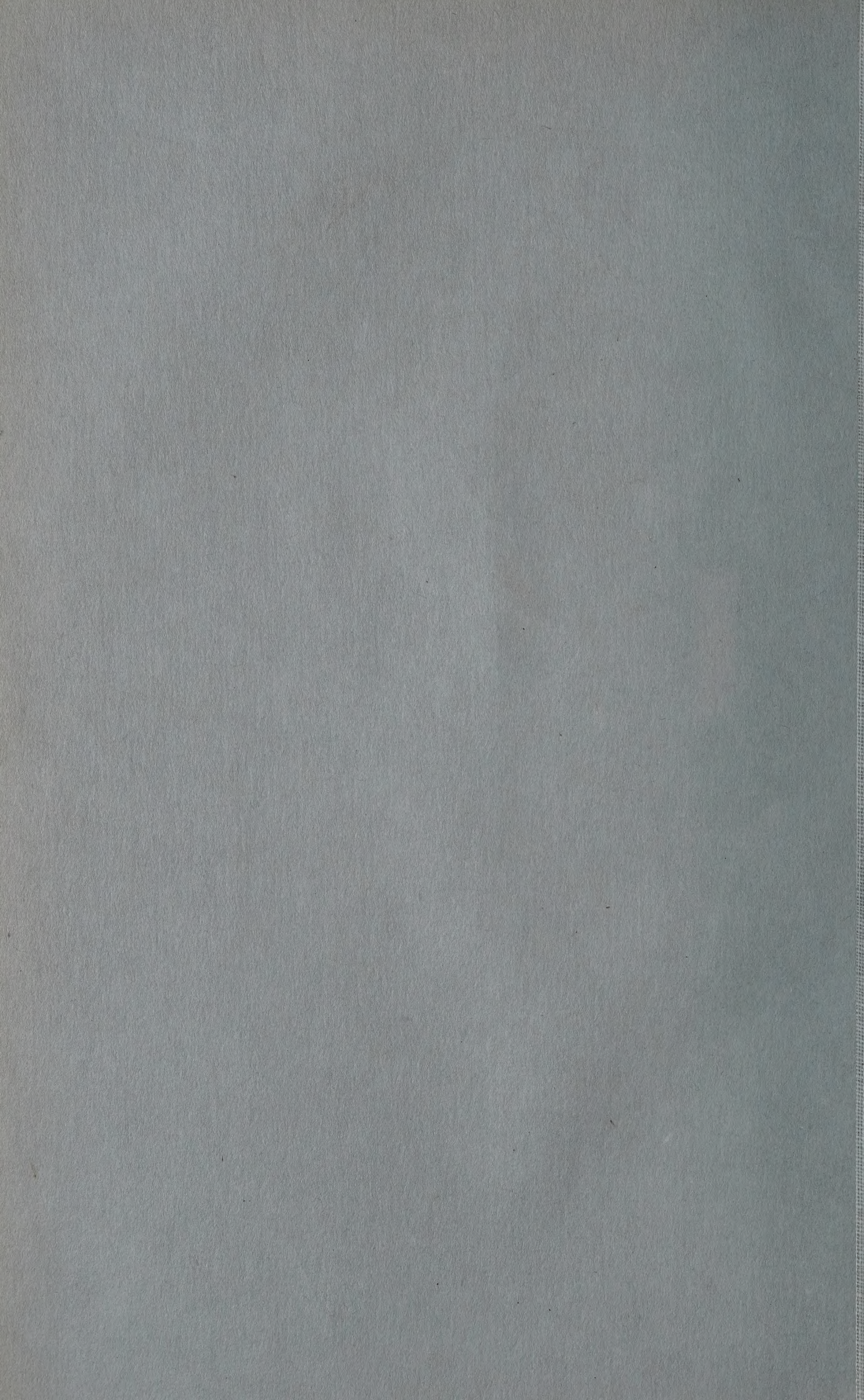
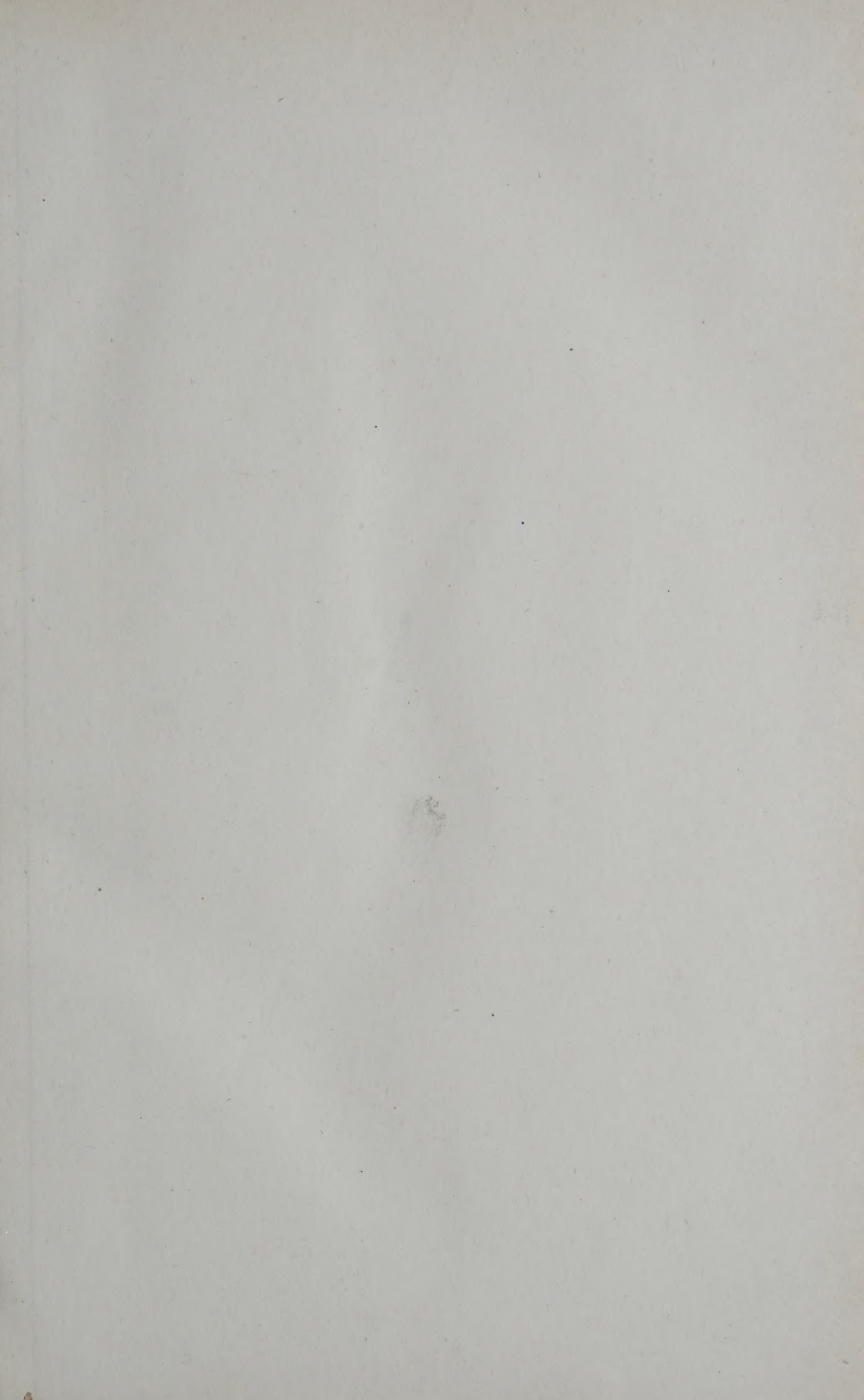








Die Neue Zeit.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.

Unter ständiger Mitarbeiterschaft

von

Aug. Bebel, Paul Lafargue, Fr. Mehring, F. A. Sorge u. A.

redigiert

von

Karl Kautsky.

Dreiundzwanzigster Jahrgang. Erster Band.



Stuttgart

Verlag und Druck von Paul Singer

1905

Inhalts-Verzeichnis.

(A. bedeutet Artikel, N. Notiz, R. Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Zeitgeschichte und soziale Zustände.

(Siehe auch II. und VI.)

1. Amerika.

2. Deutschland.

3. Frankreich.

4. Holland.

5. Italien.

6. Österreich-Ungarn.

7. Rußland.

8. Schweiz.

9. Türkei.

II. Sozialpolitisches.

1. Allgemeines.

Autoren-Verzeichnis.

(Die Zahlen geben die Seiten an.)



Nr. 1 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Von Lassalle.

✗ Berlin, 28. September 1904.

Es ist eine alte und, wie wir uns schmeicheln, gute Gewohnheit der „Neuen Zeit", einen neuen Jahrgang mit einer bisher unbekannten Gabe aus dem geistigen Schatzhause unserer großen Vorkämpfer zu eröffnen. Wenn wir diesmal einen Vortrag wählen, den Lassalle am 29. Januar 1859 in der Philosophischen Gesellschaft zu Berlin gehalten hat, so fürchten wir freilich, daß manche unserer Leser sagen werden, man könne auch in einer guten Gewohnheit zuviel des Guten tun. Um den Vortrag Lassalles in jeder Einzelheit zu verstehen, muß man mit der ganzen Terminologie der Hegelschen Philosophie vertraut sein, und wieviele sind das heute! Auch ist hier mit einem Kommentar nichts geholfen, denn mit einer eingehenden Erläuterung jener Terminologie würden wir uns erst recht alles andere verdienen, als den Dank unserer Leser.

Nun glauben wir aber an anderem Orte schon hinlänglich gezeigt zu haben, daß wir keine Freunde eines Heroenkultus sind, der jeden Papierschnitzel aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle für würdig halten würde, der Nachwelt aufbewahrt zu werden. Allein der Vortrag Lassalles, so unverständlich er in manchen Partien dem heutigen Geschlecht sein mag, ist immerhin kein Papierschnitzel. Er hat seinerzeit einiges Aufsehen in der philosophischen Welt erregt und sogar eine eigene Streitschrift, die „Epilegomena" von Rosenkranz, hervorgerufen. Dann aber ist er ein sehr bezeichnender Beitrag zu der wissenschaftlichen Psychologie Lassalles; er bestätigt, was der Schreiber dieser Zeilen zu einer Zeit, wo er diesen Vortrag noch nicht kannte, mit den Worten ausgedrückt hat: „Streng genommen ist Lassalle nicht einmal Jung-, sondern immer Althegelianer gewesen mit allem gläubigen Vertrauen auf den spekulativen Begriff als die treibende Kraft der Weltgeschichte." Endlich aber ist der Vortrag Lassalles der Mittelpunkt eines Dramas, das in höchst charakteristischer Weise ein Problem widerspiegelt, an dessen Lösung auch wir

gegenwärtig das lebhafteste Interesse haben: das Problem nämlich, wie eine große wissenschaftliche Theorie weiter zu entwickeln sei. Diese Umwelt des Vortrags sei uns nunmehr gestattet, mit einigen Strichen zu kennzeichnen.

Die drei Personen des Dramas sind Michelet, der Nachbeter Hegels, für den Hegel noch im Jahre 1870 der „unwiderlegte Weltphilosoph“ war — Engels nennt Michelet einmal den „ewigen Juden“ der Hegelschen Schule; dann Rosenkranz, der Schüler Hegels, der das System des Meisters durch Auslassungen und Einschaltungen im kleinen erhalten wollte, und endlich Lassalle, der echte Erbe Hegels, der sich leidenschaftlich gegen dies Flick- und Stückwerk erhebt und die Geschichtstheorie seines Lehrers aus ihrem innersten Kerne und Wesen heraus weiter entwickeln will. Was heute an Lassalles Vortrag noch lebendig ist, das ist Lassalles Urteil über den — heutigen Revisionismus. Zu allem Überfluß und um jede etwaige Empfindlichkeit zu schonen, wollen wir ausdrücklich hervorheben, daß in dem Vergleich des heutigen Revisionismus mit Rosenkranz nichts Verletzendes liegen soll und auch nichts Verletzendes liegen kann. Rosenkranz war, wie auch Lassalle selbst in seinem Vortrag hervorhebt, ein bedeutender und verdienstvoller Gelehrter, dessen Verbesserungen der Hegelschen Philosophie freilich längst versunken und vergessen sind, aber der — wir erinnern nur an sein Leben Diderots — auf historischem Gebiet namhafte Leistungen aufzuweisen hat, wie wir die Möglichkeit solcher Leistungen auch dem Revisionismus nie bestritten haben: immer unter der von ihm selbst gezogenen Einschränkung, daß die Historie — wie Lassalle in seinem Vortrag sagt — nicht „begriffene Geschichte“, sondern nur „Tat und Prozeß der mehr oder weniger verständigen subjektiven Einsichten“ sein könne.

Sobald Rosenkranz im Jahre 1858 seine „Wissenschaft der logischen Idee“ veröffentlicht hatte, worin er seine Verbesserungen des Hegelsystems vorbrachte, machte Michelet gegen ihn mobil, indem er auf die Worte des Meisters schwor. Lassalle erkannte natürlich sehr gut, daß damit nichts getan sei, und wies in seinem Vortrag nach, daß Rosenkranz mit seinen angeblich kleinen und unscheinbaren Änderungen nicht nur das äußere Gerüst der Hegelschen Philosophie ändere, sondern sie in ihres Wesens Wesenheit treffe. In seiner Entgegnung, der vorhin schon erwähnten Streitschrift, sagt Rosenkranz, auf Michelet zu antworten, wäre ihm nicht erst der Mühe wert gewesen, aber Lassalle sei allerdings ein ganz anderer Gegner, beschäftigt sich dann aber bezeichnenderweise viel eingehender mit den Einwänden Michelets als mit den Einwänden Lassalles und antwortet auf Lassalles Nachweis, daß er bis auf Kant zurückgegangen sei, nur mit der ausweichend-verlegenen Redensart, er könne es sich schon gefallen lassen, mit Kant verglichen zu werden. Um grundsätzlich das Banner: Zurück auf Kant zu entfalten, dazu war Rosenkranz doch ein historisch und theoretisch zu geschulter Kopf.

Wir sagten, der Vortrag Lassalles stände im Mittelpunkt eines Dramas, woraus sich schon ergiebt, daß er dies Drama selbst nicht ist. Lassalle wehrt in ihm nur den Versuch ab, die Hegelsche Philosophie in einem Sinne zu revidiere[illegible] sie von Grund aus zerstörte. Allein er sagt noch nicht, wie er selbst sie [illegible]twickeln wolle, und für seinen nächsten Zweck war es auch

nicht nötig. Als dann aber der Vortrag, mehr als zwei Jahre nachdem er gehalten war, im „Gedanken“ — eine Zeitschrift, die sich die Philosophische Gesellschaft im Jahre 1861 geschaffen hatte — der Öffentlichkeit übergeben wurde, hatte Lassalle es aus einem anderen Grunde nicht mehr nötig, ihn nach der positiven Seite hin zu ergänzen. Er hatte eben sein „System der erworbenen Rechte“ herausgegeben, worin er in umfassender Weise an Hegels Rechtsphilosophie zeigte, daß sie nicht „mit Abänderung, Verschiebung und in der Regel Verschlechterung irgend eines Dütelchens und Pünktchens zu wiederholen“, sondern nur dadurch fortzuentwickeln sei, daß die Schüler Hegels „in den Reichtum des positiven Rechtsmaterials eindrängen, um ihn begreifend zu gestalten“. Lassalle kennzeichnet hier wieder mit scharfem Griffel einen Streit, der uns heute noch bewegt. Während die einen sich abmühen, die materialistische Geschichtstheorie von Marx und Engels durch Einschaltung eines ideologischen Moments und dergleichen Dütelchen mehr zu verbessern, sehen die anderen ihre Aufgabe darin, diese Theorie an dem historischen Stoffe zu erproben, durch dessen begreifende Gestaltung sie allein fortgebildet werden kann.

Nun aber kommt der letzte Akt des Dramas, der Kampf zwischen dem orthodoxen Nachbeter und dem echten Erben Hegels. Sobald das „System der erworbenen Rechte“ erschienen war, unterzog es Michelet im „Gedanken“ einer Kritik, die an trivialer Verständnislosigkeit nichts zu wünschen übrig ließ und in dem Satze gipfelte, daß Bastiat die ökonomischen Kategorien besser erkannt habe, als Lassalle. Als höflicher Mann verzichtete Lassalle auf eine Diskussion mit Michelet, und verwies einfach auf sein Werk, was ihm als wissenschaftlicher Hochmut ausgelegt wurde, was aber tatsächlich nicht mehr als ein Ausfluß wissenschaftlicher Selbstachtung war. Man braucht heute nur die Kritik Michelets zu lesen, um alsbald zu erkennen, daß Lassalle, wenn er anders nicht sehr grob werden wollte, mit diesem Gegner nicht diskutieren konnte. Da ihm aber sein Schweigen von der Philosophischen Gesellschaft übel genommen wurde, deren eigentlicher Mittelpunkt eben Michelet war, als Mitgründer, Sekretär und Redakteur des „Gedankens“, so zog sich Lassalle ganz zurück.

Als er dann seine Streitschrift gegen Bastiat-Schulze veröffentlichte, wurde sie von einem sicheren Robert Schellwien im „Gedanken“ nach allen Regeln Hegelscher Terminologie vermöbelt, woran Michelet noch nicht genug hatte, sondern auch selbst einen gepfefferten Nachtrag abfeuerte. Heute, wo die persönlichen Versündigungen an dem Genius, von denen diese Artikel wimmeln, nicht einmal mehr ein Achselzucken herausfordern, darf man sich an dem unendlich komischen Schauspiel ergötzen, wie sich die beiden wackeren Männer abquälen, einen gewaltig flutenden Strom durch Schleusen von Spinnweben zu dämmen. Damals aber ist selbst von der kapitalistischen Tagespresse Lassalles bedeutendstes ökonomisches Werk nicht so elend herumgeholt worden, wie von dieser philosophischen Zeitschrift, deren erster Jahrgang sich nicht zuletzt im Glanze seines Namens gesonnt hatte. So hat von den drei Personen des Dramas, die wir hier skizziert haben, der orthodoxe Nachbeter Hegels das elendeste Los gezogen, und wir wären die letzten, die einem „orthodoxen

Marxisten" — falls endlich einmal ein Exemplar dieser so erfolglos wie hartnäckig gesuchten Spezies gefunden werden sollte — ein irgendwie besseres Los wünschen.

Die Gesichtspunkte, die wir eben angedeutet haben, machen aus dem Vortrag Lassalles nicht nur ein lehrreiches Dokument zu seiner Biographie, sondern auch einen lehrreichen Beitrag zur Beleuchtung einer Frage, die für die moderne Arbeiterbewegung von entscheidender Wichtigkeit ist. Unter der Aschendecke seiner dunkeln Zauberformeln leckt nur hier oder da ein revolutionäres Flämmchen empor, aber das revolutionäre Feuer glüht in dem ganzen Prinzip, das Lassalle verteidigt, in der Forderung, daß man eine weltumwälzende Theorie immer nur aus vollem Holze schneiden dürfe.

Der Bremer Parteitag.

Von **Karl Kautsky**.

Berlin, 27. September.

Nach Amsterdam Bremen. Mit ebenso großer Befriedigung wie auf die Tage von Amsterdam dürfen wir auf die von Bremen zurückblicken. Auch diese Woche hat uns reichen Gewinn gebracht. An allgemeinem Interesse können sich freilich die Bremer Verhandlungen mit denen Amsterdams nicht messen, aber das lag an der Art der Aufgaben, die in Bremen zu erledigen waren. Der Parteitag hat sie in der zweckmäßigsten Weise behandelt und gelöst — mehr kann man von ihm nicht verlangen.

Bremen und Amsterdam repräsentieren die beiden Seiten unserer Bewegung, die der Marxismus zu einer unzertrennlichen Einheit verschmolzen hat, den stolzen Hochflug des sozialistischen Gedankens und die unermüdliche Alltagsarbeit zur Hebung und Kräftigung des Proletariats. Es waren ausschließlich Detailfragen, die in Bremen zur Entscheidung kamen, und sie beschäftigten uns vollauf. Hätte man noch die Schulfrage auf die Tagesordnung gesetzt, dann wäre freilich die Gelegenheit gegeben gewesen, große Gesichtspunkte zu entwickeln, bei dem Mangel an Zeit und Vorbereitung hätten indes nur wenige Redner diese Gelegenheit ausnutzen können, besser aber gar keine Debatte über ein so wichtiges Thema, als eine verkrüppelte. Die Ausscheidung der Schulfrage aus der Tagesordnung war daher vollständig berechtigt. Welche Fülle von Problemen sie in sich birgt, wenn man sie nicht als bloße Frage einer Verbesserung des Volksschulunterrichtes und einer Besserstellung der Lehrer, sondern einer völligen Umwälzung des Erziehungswesens auffaßt, zeigten die kurzen Andeutungen, die uns Heinrich Schulz noch am letzten Verhandlungstag gab, sowie namentlich das Referat von Klara Zetkin auf der Frauenkonferenz, die diesem Parteitag, wie schon dem Münchener und Mainzer, vorausging.

Auch diese Konferenz gehörte zu den bemerkenswerten Erscheinungen des Parteitags. Von Jahr zu Jahr wird es deutlicher, daß nicht bloß hier und da eine Genossin, sondern auch ihre Gesamtheit an politischer Reife und Geschäftserfahrung der Gesamtheit der männlichen Genossen immer ebenbürtiger wird, indes sie sich gleichzeitig den Eifer und den Enthusiasmus bewahren, der eine junge Bewegung besonders auszeichnet. Unsere Frauenbewegung hat längst aufgehört, ein Schmerzenskind der allgemeinen proletarischen Bewegung zu sein;

sie wird immer mehr ein Element, das neue Kräfte und Anregungen in die Gesamtbewegung hineinträgt, diese universeller und kraftvoller gestaltet. Noch nie ist das so deutlich zutage getreten wie in Bremen, und das bildet vielleicht das wichtigste Merkmal unseres jüngsten Parteitags.

Als der bedeutendste sachliche Gewinn des eigentlichen Parteitags dürfte die Resolution über die Kommunalpolitik anzusehen sein, eine wohldurchdachte, einheitliche Leistung. Gewiß sind nicht alle ihre Details einwandsfrei, aber man darf nicht vergessen, daß eine ganze Reihe von Punkten unserer Kommunalpolitik noch sehr strittiger Natur ist, so daß jede Resolution darüber von irgendeiner Seite Anfechtungen erfahren würde. Hätte sich's darum gehandelt, ein Aktionsprogramm zu schaffen, dann wäre wohl die Überweisung an eine Kommission wünschenswert gewesen. Namentlich die schwierigste Seite der Kommunalpolitik, die Aufbringung der nötigen Geldmittel, hat in der Resolution eine Behandlung erfahren, die Bedenken hervorrief. Daß Lindemann an Stelle der Verstaatlichung der Schul- und Armenlasten usw. bloß staatliche Zuschüsse zu deren Kosten verlangte, wurde, und unseres Erachtens mit Recht, ebenso bemängelt, wie sein Eintreten in seinem Referat für den Grundsatz, daß kommunale Betriebe keine Einnahmsquelle für die Gemeinde sein sollten. Das System der Zuschüsse macht die Gemeinde von der Staatsgewalt abhängig, gibt dieser ein Mittel in die Hand, jene zu korrumpieren, das ihr fehlt, wenn die Gemeinde ein Recht hat, ihre gesamten Schul- und Armenlasten nach einem bestimmten Modus vom Staate gedeckt zu erhalten. Denn nur darum kann es sich handeln, nicht etwa um bureaukratische Zentralisation des ganzen Volksschul- und Armenwesens. Die Selbstverwaltung auf diesen Gebieten soll nicht angetastet, nur die Aufbringung der Kosten dem Staate überwiesen werden. Allerdings sind kleinere Gemeinden nicht die richtigen Körperschaften zur Verwaltung der erwähnten Gebiete. Ihnen fehlen nicht bloß die materiellen Mittel, sondern auch die geistigen Kräfte. Es müßten größere Bezirke sein, denen die Verwaltung des Schul-, Armen-, Wege- und Gesundheitswesens zu übertragen wäre.

Sehr schwierig ist die Frage, ob und inwieweit die kommunalen Betriebe Überschüsse abwerfen sollen oder nicht. Sicher dienen sie fast alle gemeinnützigen Zwecken und werden durch eine fiskalische Politik an deren Erreichung gehindert. Aber nicht minder sicher ist es, daß die anderen Einnahmequellen der Gemeinden immer mehr versagen und daß es doch eine ganze Reihe kommunaler Betriebe gibt, die ohne Gefährdung ihres gemeinnützigen Zweckes und ohne fühlbare Belastung der Bevölkerung erhebliche Einnahmen zu liefern vermögen. Ohne die Verstaatlichung der oben genannten Lasten einerseits, andererseits ohne Ausdehnung und rationelle Ausnutzung der Gemeindebetriebe erscheint mir die Durchführung großer sozialpolitischer Reformen in der Gemeinde kaum möglich.

Die Diskussion über diese beiden Punkte wie über manchen anderen dürfte durch die Resolution Lindemann nicht zum Abschluß, sondern vielmehr erst recht in Gang gebracht werden. Und das wäre nicht ihr geringster Nutzen. Denn die Aufbringung der Mittel ist die schwierigste und wichtigste Frage für jede Partei, die große Reformen im Gemeindewesen plant.

War die Aufstellung von Leitsätzen für unsere Kommunalpolitik die bedeutendste unter den Fragen, die der Kongreß zu entscheiden hatte — also abgesehen von der Organisationsfrage, die er nicht zur Entscheidung brachte —, so bildet der Fall Schippel wohl dasjenige Thema, das am ehesten zu per-

sönlichem Zanke hätte Veranlassung geben können, namentlich angesichts des aggressiven Tones, den Schippel in seinen 47 Spalten der Chemnitzer „Volksstimme“ angeschlagen hatte. Aber in Bremen war sein Ton wesentlich gedämpfter, nur stellenweise, zum Beispiel dem Genossen Cunow gegenüber, wurde er provokatorisch, im allgemeinen ermöglichte er es jedoch seinen Kritikern — und das waren alle Redner — einen ruhigen Ton beizubehalten.

Auf die Sache selbst hier nochmals einzugehen, ist wohl nach unseren früheren Ausführungen nicht notwendig. Auch die Resolution, die Bebel dazu einbrachte und die mit ungeheurer Mehrheit angenommen wurde, bedarf keines Kommentars.

Dagegen hat das Amendement Freythaler verschiedene Auslegungen erfahren. Es lautet:

> „Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensämtern in der Partei unbedingt bedarf, dem Genossen Schippel gegenüber auf das tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.“

Darüber, ob in diesen Worten eine höfliche Aufforderung an Schippel zur Niederlegung des Mandats enthalten sei, hat sich zwischen den Genossen Ledebour und Kurt Eisner eine zwar sehr kurze, aber um so heftigere Debatte entsponnen, in der Eisner sich soweit verstieg, die Ledeboursche Auffassung als eine illoyale zu bezeichnen — die einzige Äußerung in Bremen, die an Dresdener Töne erinnerte.

Tatsächlich kann man die Resolution verschieden auffassen. Ob man in ihr eine höfliche Aufforderung zur Mandatsniederlegung sieht, hängt davon ab, welchen Maßstab man an das Vertrauen und die Reputation anlegt, deren ein sozialdemokratischer Abgeordneter zur zweckentsprechenden Ausübung seines Mandats bedarf. Je niedriger man diesen Maßstab annimmt, desto berechtigter wird die Eisnersche Auslegung. Aber für die gegenteilige Auffassung scheint Illoyalität gerade nicht der passendste Ausdruck.

Wenn aber bei Anlegung eines höheren Maßstabs die Ledeboursche Auffassung vollkommen gerechtfertigt wird, warum nahm man dann nicht gleich das Amendement Katzenstein an, das Schippel direkt aufforderte, sein Mandat niederzulegen? Ich sehe darin den Ausdruck einer sehr achtungswerten Scheu, die unsere Genossen drängt, alte Kämpfer für unsere Sache, auch dann, wenn sie sich gegen diese vergangen haben, möglichst zart anzupacken. Es ist doch immer würdevoller, wenn jemand sein Mandat aus freiem Entschlusse selbst aufgibt, als wenn er dazu gezwungen wird. Das letztere macht ein weiteres gedeihliches Wirken des Betreffenden in der Partei fast unmöglich. Gar mancher von denen, die für das Amendement Freythaler stimmten in der stillen Hoffnung, es werde Schippel veranlassen, sein Mandat niederzulegen und dadurch zeitweilig sich und die Partei aus einer peinlichen Situation zu befreien, hätte sich nicht entschließen können, Schippel sein Mandat gewaltsam zu entreißen.

Durch das Amendement Freythaler wird Schippel zu nichts gezwungen, aber er wird dadurch allerdings vor einen Scheideweg gestellt: von seinen eigenen Entschließungen hängt es nun ab, ob seine Affäre als ein tragischer Konflikt zwischen Parteipflicht und Überzeugung ausklingt, in der wir ihm unser Mitgefühl nicht verweigern dürfen, oder als eine widerliche Komödie, über die wir nicht rasch genug den Vorhang fallen lassen können; ob Schippel

unserer Sache sich weiter entfremdet, um Rache zu nehmen, oder ob er die Lektion beherzigt und in stillem wissenschaftlichen Wirken oder durch eifrige politische Agitation außerhalb der Handelspolitik seine Verfehlung wieder gut zu machen sucht — das hängt von ihm selbst ab. Der Parteitag hat die Entscheidung darüber in seine Hand gegeben: vielleicht ist diese Entscheidung schon gefallen, wenn der Leser diese Zeilen zu Gesicht bekommt.

Abzuwarten bleibt auch, welche Haltung die Chemnitzer Genossen einnehmen werden. Kein Wahlkreis im Deutschen Reiche hat mit seinen Abgeordneten so eigenartige Erfahrungen gemacht, wie der ihre. Zuerst vertrat ihn im Reichstag Johann Most, der 1874 und 1877 dort gewählt wurde. Bei der Wahl im Attentatsjahr 1878 ging uns dieser Kreis verloren. Most selbst verließ Deutschland und begab sich nach England, wo er in immer schrofferen Gegensatz zur Partei geriet, so daß der Kongreß von Wyden 1880 ihn „als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtete".

Sein Nachfolger in Chemnitz wurde Bruno Geiser, der den Wahlkreis von 1881 bis 1887 vertrat. In dem letztgenannten Jahre wurden uns bei den „Faschingswahlen" fast alle sächsischen Wahlkreise entrissen, darunter auch Chemnitz. Im Herbste desselben Jahres fand aber der St. Galler Kongreß statt, einberufen von der Fraktion und früheren Abgeordneten. Da erregte es böses Blut in der Partei, daß zwei Genossen, die bis 1887 Abgeordnete gewesen waren und Kandidaten für ihre bisherigen Sitze blieben, sich weigerten, die Einladung zu unterschreiben. Einstimmig nahm der Parteitag folgenden Antrag an:

„Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung über das Verhalten der Genossen aus, welche ohne triftige Gründe der an sie ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitags nicht nachgekommen sind; ferner spricht der Parteitag die sichere Erwartung aus, daß die Genossen diesen Persönlichkeiten eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen werden."

Die beiden Genossen, denen diese Resolution galt, waren Viereck und Geiser. Der erstere zog sich von der Partei zurück, als ihm kein Mandat mehr winkte, der letztere blieb in ihr als einfacher Soldat, der bis zu seinem Tode seine Schuldigkeit tat.

An Stelle Geisers wurde aber 1890 Schippel in Chemnitz aufgestellt und gewählt. Seine Affären sind bekannt.

Man sieht, die Abgeordneten von Chemnitz haben unsere Parteitage bisher schon reichlich beschäftigt. Das ist natürlich nicht eine Schuld der Chemnitzer Genossen, sondern ihr Pech.

Bildete die Kommunalpolitik die sachlich wichtigste, der Fall Schippel die den meisten Zündstoff in sich bergende Frage in Bremen, so waren durch die Neuheit ihrer Anregungen wohl am interessantesten zwei Debatten, die kein praktisches Ergebnis brachten, die über den Generalstreik und die Agitation in der Jugend.

Die erstere Debatte zeigte in erfreulichster Weise, daß die Idee, den Massenstreik in das Arsenal unserer politischen Waffen aufzunehmen, in der deutschen Sozialdemokratie bereits ernsthaft erwogen wird und nicht mehr so allgemein von vornherein abgelehnt wird, wie das vor kurzem noch der Fall war. Aber allerdings zeigte die Debatte auch, daß dies Resultat nicht etwa durch die Agitation unseres Freundes Friedeberg erreicht wurde, sondern trotz ihrer. Friedeberg erschwert es uns ungemein, den politischen Massenstreik zu diskutieren, da er bei seiner Propagierung des Generalstreiks an anarchistische Gedankengänge anknüpft, die für jeden Sozialdemokraten unannehmbar sind. Der

anarchistische Generalstreik will ein Mittel sein, wodurch die politische Aktion aus dem Kampfe des Proletariats ausgeschaltet wird, er wollte auch ein Mittel sein, die Kleinarbeit zur Organisation und Hebung des Proletariats überflüssig zu machen, seine Propagierung bedeutete also die Lahmlegung jeder Tätigkeit der Sozialdemokratie. Seine energischste Bekämpfung war eine Lebensfrage für unsere Partei. Friedebergs Absichten sind keineswegs uns feindselige, aber in solchen Fällen kommt es auf die Absichten allein nicht an. Handelte es sich nur darum, dann brauchten wir uns niemals zu streiten, denn jeder von uns hat die besten Absichten. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik, und Friedeberg mag sich noch so sehr dagegen sträuben, die Konsequenzen seiner Agitation führen, da sie von anarchistischen Gesichtspunkten ausgehen, zu einer Hemmung der Sozialdemokratie.

Friedeberg sieht in der Propaganda des Generalstreiks das Mittel, unsere Partei zu regenerieren, die durch den Parlamentarismus und das heutige Gewerkschaftswesen versumpfe. Es ist ohne Zweifel manches berechtigt, was er zur Kritik des einen wie des anderen sagt, aber damit ist noch lange nicht das Mittel zur Kur gerechtfertigt. Es ist das Schicksal jeder Institution, daß sie für ihre Träger aus einem Mittel zum Zwecke leicht zu einem Selbstzweck wird. Dem wirkt man aber am besten dadurch entgegen, daß man die Abhängigkeit dieser Träger von dem gesellschaftlichen Gesamtkörper, dem sie dienen, zu einer möglichst engen macht. Auf unsere Bewegung angewandt heißt das, daß der parlamentarische Kretinismus wie das nurgewerkschaftliche Zünftlertum am besten bekämpft werden durch möglichst innige Zusammenfassung von parlamentarischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit zu einem einheitlichen Klassenkampf des Proletariats. In den Parlamentariern bleibt dann am ehesten das Bewußtsein lebendig, daß die Wurzel der Kraft unserer Bewegung im organisierten Proletariat liegt und nicht in parlamentarischen Intrigen. Der politische Kampf hält andererseits wieder in den Gewerkschaften das Bewußtsein der Gemeinsamkeit aller proletarischen Interessen wach und drängt die Berufsborniertheit in den Hintergrund.

Wo das Proletariat gleichzeitig als selbständige politische Partei und in kraftvollen Gewerkschaften den Klassenkampf führt, tritt aber auch die Feindseligkeit seiner Gegner am schroffsten zutage und wird dadurch schon jeder Versumpfung unserer Bewegung vorgebeugt.

Friedeberg aber will dieser drohenden Versumpfung nicht durch straffere Zusammenfassung aller Elemente des proletarischen Klassenkampfes entgegentreten, sondern durch den Kultus der freien Persönlichkeit. Die Propaganda des Generalstreiks ist ihm vor allem wertvoll, weil sie die freie Persönlichkeit entfaltet, die durch die Politik angeblich verkümmert wird. Aber was immer er unter dieser freien Persönlichkeit verstehen mag, die Propagierung dieses Schlagwortes kann nur dahin wirken, die Sonderbündelei zu begünstigen, mag Friedeberg diese wollen oder nicht. Sie kann nur ein Element der Desorganisation werden. Daß die Masse der Parteigenossen die Friedebergschen Gedankengänge ablehnt, ist daher ebenso begreiflich wie die Tatsache, daß die Verfechter des politischen Massenstreiks möglichst weit von Friedeberg abrücken, um mit diesem nicht identifiziert zu werden. Sie wollen etwas ganz anderes als er; nicht die Abkehr vom Parlamentarismus, sondern die Darbietung einer neuen Waffe, um ihn besser schützen oder kraftvoller gestalten zu können, wo er nicht ausreicht oder von unseren Gegnern eingeengt wird.

Dabei kann es sich bei uns in Deutschland vorläufig nur um ein Studium dieser neuen Waffe handeln, nicht um ihre praktische Anwendung, nicht einmal ihre Propagierung. Wenn die Anarchisten ihren Generalstreik für eine unfehlbare Waffe halten, die überall zur Anwendung kommen kann, so erscheint uns der Massenstreik als eine Waffe, die nur in äußersten Notfällen zur Anwendung kommen darf und dann nur unter bestimmten Vorbedingungen, die in Deutschland heute nicht gegeben sind. Bernsteins Ausführungen in Bremen über den Generalstreik waren vortrefflich, aber in dem eben erwähnten Punkte gingen sie insofern zu weit, als er zu sehr erwarten ließ, wir könnten verpflichtet sein, einer etwaigen Aufhebung des Wahlrechtes durch einen Massenstreik zu begegnen. Soweit sind wir in Deutschland noch nicht. Bei dem ganzen Charakter unseres Regierungssystems ist ein Massenstreik als bloße Demonstration, wie er eben in Italien so glänzend verlaufen ist, ausgeschlossen. Wenn es bei uns zum Massenstreik kommt, dann wird er zum Entscheidungskampf, zum Kampfe um die politische Macht, zum Sturze eines Regierungssystems. Solange dazu die Dinge nicht reif sind, wäre in Deutschland ein Massenstreik eine zwecklose Provokation unserer Gegner.

Die Abneigung so vieler deutscher Genossen gegen die Idee des Massenstreiks ist daher sehr begreiflich. Die Debatten darüber haben in Deutschland zunächst nur akademischen Wert. Aber wir müssen trotzdem diese Idee studieren; einmal um das Ausland zu begreifen: es geht doch nicht an, eine Idee, die so tiefe Wurzeln unter so tüchtigen Genossen in Belgien, Holland, Schweden, Italien geschlagen hat, einfach als Generalunsinn ohne weitere Prüfung abzutun. Wir müssen sie aber auch studieren, um uns über unsere eigene Widerstandskraft klar zu sein. Allgemein herrscht in unserer Partei die Empfindung, daß wir vor einer großen politischen Wendung stehen; sie kann rascher kommen, als wir vermuten, kann uns vor neue, unvermutete Situationen stellen. Da ist es geraten, daß das Proletariat rechtzeitig alle Waffen prüft, die ihm zu Gebote stehen. Ob, wann und wie wir sie anwenden, ist wieder eine Frage für sich, die kann man erst entscheiden, wann wir wissen, wie die Dinge sich wirklich gestalten. Aber der Feldherr muß schon in Friedenszeiten die ihm zu Gebote stehenden Waffen eingehend studieren, will er sie im Kriege zweckentsprechend anwenden. Mehr als solche Studien sind in Deutschland zunächst nicht notwendig. Die Diskussionen in Bremen dürften dazu in hohem Grade anregend wirken und damit haben sie alles getan, was heute für den politischen Massenstreik in Deutschland zu tun ist. Überzeugender und packender freilich als alle graue Theorie wirkt des Lebens goldener Baum, und so dürfte der Massenstreik, der in Italien praktisch ausgefochten wurde, während unsere Genossen in Bremen darüber debattierten, dem Studium des Generalstreiks einen noch weit energischeren Anstoß verleihen als der Bremer Parteitag.

Weniger grandios, aber praktisch weit wichtiger als die Frage des Massenstreiks ist die der Propaganda unter der Jugend. Auch hier wie dort handelt es sich um ein Gebiet, auf dem uns Genossen des Auslandes vorausgegangen sind und wir praktisch von ihnen lernen können — Notabene, lernen heißt nicht einfach mechanisch nachahmen. In Westeuropa kann man vieles tun, wofür in Deutschland die Vorbedingungen noch fehlen. Eine antimilitaristische Propaganda unter der Jugend nach belgischem Muster wäre heute in Deutschland ebenso verderblich wie ein politischer Streik. Der Wunsch, eine solche zu inaugurieren, wurde mit Recht auf das entschiedenste abgelehnt.

Aber damit ist nicht gesagt, daß wir uns um die Jugend gar nicht mehr zu kümmern brauchen, daß wir sie „sich austoben“ lassen, das heißt ruhig zusehen sollen, wie sie ihren Kraftüberschuß und Tatendrang auf die geistlosesten und degradierendsten Vergnügungen vergeudet, oder daß wir ihre sozialistische Erziehung ihren Vätern und Werkstattgenossen, das heißt dem Zufall überlassen sollen.

Es handelt sich hier nicht um die Erziehung der Kinder, eine Frage, die am besten im Zusammenhang mit der Schulfrage erörtert wird, sondern um die der jungen Leute vom vierzehnten bis zum zwanzigsten Jahre, die schon imstande sind, politisches Interesse zu entwickeln und deren Charakter gerade in diesen Jahren die entscheidendsten Einwirkungen erfährt.

Wir überlassen das Agitieren unter den Erwachsenen nicht ausschließlich der Werkstatt, sondern suchen es systematisch zu gestalten durch Vereine, Versammlungen, die Presse. Wir haben die Notwendigkeit einer eigenen Frauenagitation erkannt, weil die Väter, Brüder, Gatten nicht immer genügen, die Frau zu bilden, und gerade die heranwachsende Jugend sollen wir ausschließlich der Familie, der Werkstatt und dem Tanzboden überlassen! Jene Väter, die am geeignetsten wären, ihre Kinder sozialistisch zu bilden, sind in der Regel auch solche, deren karge freie Zeit fast völlig von der Partei in Anspruch genommen wird: der erste Eindruck, den deren Kinder von der Partei erhalten, ist oft der, daß sie ihnen den Vater nimmt oder den Vater übermäßig mit Arbeit und Sorgen belastet. Das wirkt gerade nicht sehr propagandistisch.

Je mehr aber die praktischen Aufgaben unserer Partei wie der Gewerkschaften und Genossenschaften mit der Ausdehnung des proletarischen Klassenkampfes wachsen, desto mehr wird der junge Nachwuchs sofort, sobald er zu uns kommt, zur Kleinarbeit herangezogen, die notwendig ist, die für sich allein aber den Gesichtskreis verengt, die Begeisterung lähmt. Um so notwendiger wird es, dem heranwachsenden Geschlecht, ehe es noch zu praktischer Tätigkeit kommt, einen weiteren Horizont zu eröffnen und den Enthusiasmus, der in jedem jugendlichen Herzen lebt, auf unsere Sache zu lenken, sowie Achtung vor der Wissenschaft, Interesse für ihr Forschen zu erwecken. Sollen die deutschen Arbeiter nicht zu jenen nüchternen Geschäftsmenschen werden wie die englischen, die für ihre nächsten Berufsinteressen einen wunderbaren Scharfsinn entwickeln, aber alles, was jenseits ihrer gewerkschaftlichen Nase liegt, mit völliger Verständnislosigkeit und Geringschätzung betrachten, und deren Interessen außerhalb der Geschäftssphäre sich auf die niedrigsten Aufregungen — Wetten, Spielen, Boxen und dergleichen — konzentrieren, sollen wir diese Entwicklung hintanhalten, dann müssen wir in dem Maße, in dem die Kleinarbeit in Partei und Gewerkschaft wächst, der systematischen Erhebung der Jugend mehr Interesse widmen.

Das wird auch in unserer Partei in immer weiteren Kreisen anerkannt, wie die Anträge über Jugendagitation beweisen.

Am leichtesten unter den deutschen Verhältnissen wäre diese zu bewirken durch eine Zeitschrift. Man darf sich deren Schwierigkeiten nicht übertrieben groß vorstellen. Für Kinder zu schreiben ist allerdings sehr schwer. Sich der Kindesseele anzupassen ohne kindisch zu werden, ihr einen neuen geistigen Inhalt in vollendeter ästhetischer Form zu geben, im kindlichen Gemüt das ethische Empfinden des modernen Kulturmenschen zu entwickeln, und es dabei anzuziehen und nicht zu langweilen, ist ungemein schwer. Nur wenige können es und diese wenigen bleiben in der Regel der Politik fern, mit der ihre

Tätigkeit nur geringe Berührungspunkte hat. Gelingt es uns, solcher Kräfte habhaft zu werden, so sollen wir sie zur Schaffung einer von bürgerlichen Vorurteilen freien Kinderliteratur heranziehen. Wir können aber eine solche Literatur nicht schaffen, wo diese Kräfte fehlen, die überall äußerst dünn gesät sind.

Viel besser steht es mit der Schaffung einer Jugendliteratur für das Alter vom vierzehnten bis zum achtzehnten, vielleicht zwanzigsten Jahre. Hier handelt es sich darum, Geist und Charakter zu bilden durch Vorführung von Tatsachen, die vielen von uns geläufig sind. Das Denken der jungen Leute ist dem unseren bereits nahe verwandt, was sie verlangen, ist aber das, was von der wissenschaftlichen Kost am leichtesten zu bieten ist: nicht Abstraktionen, sondern konkrete Tatsachen, nicht Theorien, sondern Beschreibungen. Wir brauchen ihnen nichts vom Werte zu erzählen und vom Produktionsprozeß des Kapitals, brauchen ihnen keine materialistische Grundlegung der Geschichte zu geben. Aber wir wollen ihren Horizont erweitern durch Darbietung naturwissenschaftlicher, historischer, ethnographischer Erkenntnis, ihren Ehrgeiz, ihren Opfermut, ihre Begeisterung erwecken durch die Darstellung der Kämpfe einzelner Geisteshelden und ganzer unterdrückter Klassen gegen Ausbeutung, Mißhandlung, Knechtung; wir wollen das tun in einer Weise, wie es von bürgerlicher Seite nicht geschieht und vermöge des Klassengegensatzes auch nicht geschehen kann.

Dazu den geeigneten Redakteur unter unseren literarischen Kräften zu finden, sollte nicht allzuschwer fallen, namentlich wenn man bedenkt, daß es sich nicht um ein aktuelles, politisches Blatt handelt, daß man also bei der Auswahl des Redakteurs auch die Reichsgrenzen überschreiten und in der ganzen deutschsprechenden Parteiwelt nach ihm suchen kann.

Noch weniger Schwierigkeiten wird aber die Gewinnung der Beiträge verursachen. Als solche kämen nicht notwendig bloß originale Stoffe in Frage, die klassische Literatur aller Zeiten und Länder wäre als Quelle von Beiträgen zu betrachten. Bei der Umschau um neue Mitarbeiter brauchte man sich aber nicht auf die Parteigenossen zu beschränken. In dieser Zeitschrift handelt es sich nicht um die Entwicklung theoretischer oder taktischer Grundsätze, sondern um die Darbietung von Kenntnissen und die Stählung des Charakters. Da können auch Autoren mitwirken, die unserem Endziel, der Aufhebung der Klassen, nicht zustimmen, wenn sie nur das nötige Wissen, ein warmes Herz für die Arbeiterklasse und Verständnis der Leidenschaften eines Kämpfers für die Fortentwicklung der Gesellschaft besitzen.

Über die beste Art der Verwirklichung einer derartigen Zeitschrift kann man streiten. Am wenigsten kostspielig und in der Wirkung am gesichertsten erschiene mir ihre Herausgabe in der Form einer Beilage zu den schon bestehenden Zeitungen. Eine separate Zeitschrift könnte sich nur langsam Bahn brechen, wäre auch für viele zu teuer. Eine Beilage fände sofort ein breites Publikum, und würde nicht bloß auf eine Elite einwirken.

Eindringlicher noch als das geschriebene Wort ist das gesprochene. Die persönliche Agitation unter der proletarischen Jugend durch Versammlungen und Vereine wäre zum mindesten ebenso nützlich, wie eine Jugendzeitschrift. Aber in Deutschland stellen sich dieser Art der Agitation besonders große Schwierigkeiten entgegen. Nicht bloß gesetzliche, die gelten nicht überall; die Vereins- und Versammlungsgesetzgebung in Württemberg, Baden und Hessen macht die Jugendorganisation nicht unmöglich; aber überall ist die Schwierigkeit, die nötigen Lehrkräfte aufzutreiben, eine große. Der gegebene Leiter und

Bildner einer solchen Organisation ist der Schullehrer; die sozialistischen Jugendorganisationen gedeihen in Ländern, wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß ein Lehrer sich öffentlich als Sozialdemokrat bekennt und betätigt. Das ist in Deutschland unmöglich gemacht, damit ist aber den Vereinen jugendlicher Arbeiter ihre beste Stütze entzogen.

Immerhin, ganz unmöglich sind auch im Deutschen Reich sozialistische Jugendorganisationen oder wenigstens Vereine zur Bildung der proletarischen Jugend nicht, und wo immer es gelingt, die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die ihnen im Wege stehe, da sollen sie aufs kräftigste unterstützt werden. Wir dürfen wohl hoffen, daß die sehr gerechtfertigte Ablehnung des Antrags 105, der eine antimilitaristische Propaganda in der Jugend forderte, nicht dazu führt, das Kind mit dem Bade auszuschütten und nun jeder Art Jugendorganisation und Agitation mißtrauisch gegenüber zu stehen.

Der Jenenser Parteitag wird sich wohl mit dieser Frage noch einmal beschäftigen müssen, die der Bremer nur diskutierte, nicht aber erledigte. Da er auch die Schulfrage behandeln soll, wird er, soweit man heute schon eine Prognose aufstellen darf, neben der Organisationsfrage der Erziehung der Jugend gehören. Das sind unter den strittigen Materien vielleicht jene zwei Punkte, die heute praktisch für uns von der größten Bedeutung sind, viel wichtiger als die Frage des Generalstreiks, über den zu einer Beschlußfassung zu kommen durchaus nicht dringlich ist.

Die Organisation der Partei wie die Bildung und Gewinnung der Jugend sind aber auch zwei Fragen, für die der Gegensatz zwischen Revisionisten und „Orthodoxen" nicht in Betracht kommt. Spielte dieser Gegensatz bei den Verhandlungen in Bremen keine Rolle, der Natur der zu erledigenden Fragen gemäß, so hat der Bremer Parteitag dadurch, daß er für den nächsten Kongreß die beiden eben erwähnten Fragen in den Vordergrund schob, sich noch über sein eigenes Bereich hinaus als ein Tag des inneren Parteifriedens erwiesen. Und er hat dabei durch seine Entscheidungen wie durch seine Anregungen eine reiche Saat ausgestreut.

Es hat schon interessantere Parteitage gegeben, aber wenige, die so sehr den einmütigen Beifall der gesamten Partei verdienten und fanden wie der Bremer.

Die hegelsche und die Rosenkranzische Logik und die Grundlage der hegelschen Geschichtsphilosophie im hegelschen System.

Von **Ferdinand Lassalle.**

Meine Herren! Wenn mir die Aufgabe geworden ist, nach einem so eingehenden Vortrag, wie der des Herrn Professors Michelet, mich meinerseits über die Logik von Rosenkranz zu äußern: so versteht es sich von selbst, daß ich weder auf die Transzendenz, noch auf die sogenannte pantheistische Frage, noch auf irgend etwas von dem zurückkommen werde, worüber sich Herr Michelet bereits so ausführlich verbreitet hat. Daß mir gleichwohl eine so bedeutende Nachlese überhaupt noch möglich bleibt, liegt daran, daß Herr Michelet, wo er nun im Verlauf seines Vortrags auf die Rosenkranzische Logik übergeht, mehr nur die einzelnen Punkte derselben betrachtet und diese mit eingehender Schärfe zergliedert hat. Ich dagegen will mich hauptsächlich über die Alteration

verbreiten, welche die Architektonik und Struktur der Hegelschen Logik bei Rosenkranz erlitten hat, also über das eigentlich prinzipielle und fundamentale Verhältnis, in welchem das wissenschaftliche Gebäude der Rosenkranzischen Logik zu dem der Hegelschen steht. Der bisher veröffentlichte erste Band des Rosenkranzischen Werkes, die Lehre vom Sein und vom Wesen umfassend, ist aber derjenige, welcher in bezug auf die formale Struktur noch völlig mit der Hegelschen Logik übereinstimmt, mit Ausnahme einer ganz am Ende dieses Bandes vorgenommenen Änderung, welche jedoch wiederum erst in ihrer Verbindung mit der Lehre vom Begriff ihre wahre Explikation erlangt. Die wirkliche Veränderung der Hegelschen Logik und ihres allgemeinen Planes tritt also bei Rosenkranz erst mit der Lehre vom Begriff, das heißt im zweiten Bande seiner Logik, hervor. Könnte es eben deshalb noch auf den ersten Blick scheinen, als wäre die Kritik, die ich üben will, eine vorzeitige, so ist dies jedoch durchaus nicht der Fall. Denn in seiner 123 Seiten langen Einleitung gibt Rosenkranz nicht nur, was an sich allein schon zur Ermöglichung einer erschöpfenden Kritik durchaus hinreichend wäre, die Einteilung an, die er der Lehre vom Begriff und von der Idee gibt, sondern er läßt sich daselbst, sowie am Ende des ersten Bandes und ohnehin in dem betreffenden Abschnitt seines „Systems der Wissenschaft" so ausführlich über die Verbesserungen vernehmen, die er mit dem dritten Teile der Hegelschen Logik vornimmt, daß das vollständigste Material zur Beurteilung vorliegt.

Wir alle schätzen in Rosenkranz eines der geistvollsten und verdientesten Mitglieder der Hegelschen Schule. Allein das wird uns nicht hindern können, zumal da, wo es sich um die Logik und somit um das Fundament der Philosophie handelt, unserer Kritik alle die Schärfe zu geben, die im Interesse der Sache liegt. Wohl aber fühle ich mich deshalb gedrungen, der unpersönlichen und darum rücksichtslosen Kritik, die ich Ihnen vortragen werde, hiermit die warme Anerkennung vorauszuschicken, welche den mannigfaltigen Verdiensten, die sich Rosenkranz im Laufe seiner philosophischen Tätigkeit erworben hat, geschuldet wird. Diese Verdienste brauchen auch nicht bloß zu Rosenkranz' Gunsten aus seiner Vergangenheit heraufbeschworen zu werden. Im Gegenteil! Durch das gegenwärtige Werk hat er sich von neuem solche und zwar im reichsten Maße erworben. Ich spreche hier von den Beispielen, mit welchen Rosenkranz die Hegelsche Logik allüberall bereichert hat; ein Verdienst, dessen Größe und Wichtigkeit kaum hoch genug anzuschlagen ist. Denn einerseits wird durch dies konkrete Material die Wahrheit und Lebendigkeit der logischen Stufen und Gesetze von neuem belegt und veranschaulicht, und andererseits wird durch dieselben überaus häufig das tiefste Verständnis konkreter Wissenschaften und konkreter Verhältnisse erschlossen. Ich könnte Ihnen in dieser Hinsicht Belege anführen, welche Sie mit der höchsten Anerkennung erfüllen würden. Allein wenn es ein Unrecht wäre, eine Kritik der Rosenkranzischen Logik zu geben, ohne Rosenkranz hierfür die wärmsten Huldigungen auszusprechen: so ist ein näheres Eingehen hierauf durch die mir gestellte Aufgabe, über das prinzipielle und fundamentale Verhältnis der Rosenkranzischen Logik zur Hegelschen zu berichten, ausgeschlossen; und ich kann um so eher darauf verzichten, als Herr Michelet bereits das wesentlichste in jener Rücksicht hervorgehoben hat.

Indem ich mich nun aber meiner Aufgabe zuwende, ist mir, wie sich zeigen wird, irgendwelche Übereinstimmung mit Rosenkranz unmöglich. Das Rosenkranzische Werk könnte in gewisser Hinsicht als eine Komödie bezeichnet

werden, die den Titel verdient: Kleine Ursachen, große Wirkungen — und zwar deshalb, weil die Abänderungen in der Hegelschen Logik, die Rosenkranz vornimmt, zunächst sehr unbedeutend und geringfügig zu sein scheinen, das Resultat aber nichts Geringeres ist, als ein totaler Umsturz der ganzen Hegelschen Logik, ja der ganzen Hegelschen Philosophie überhaupt in ihrem innersten Wesen. Das Komische aber hierbei ist, daß Rosenkranz völlig, wie das naive Subjekt in der Komödie, diesen ganzen Umsturz vollbringt, ohne auch nur das geringste Bewußtsein, ohne nur irgendeine Ahnung davon zu haben. Im Gegenteil, er behauptet nach wie vor, ein fester Hegelianer zu sein und Hegel nur in einigen Einzelheiten verbessert zu haben.

Gestatten Sie mir, mich zunächst durch einige äußerliche Reflexionen meinem Stoffe mehr und mehr zu nähern. Der erste Mangel, der sich bei der flüchtigsten Betrachtung des Rosenkranzischen Buches hervordrängt, ist die gänzliche Abwesenheit von Dialektik, von dem Übergang der Begriffe ineinander durch ihre eigene Bewegung. Herr Michelet hat Sie bereits auf diesen Punkt aufmerksam gemacht und die Methode von Rosenkranz deshalb sehr gut als eine deskriptive bezeichnet. In der Tat, Rosenkranz beschreibt die Begriffe, etwa wie ein Naturforscher seine Gattungen und Arten, statt sie aus einander entstehen zu lassen. Dieser Mangel kann nun zunächst eine bloße Unvollkommenheit zu sein scheinen. Diese gewinnt jedoch sofort an Bedenklichkeit, wenn man erwägt, daß, wie Hegel selbst überall hervorhebt, die Methode der Philosophie — die dialektische Erzeugung der Begriffe — der einzige Beweis ist, dessen die Philosophie für ihre Wahrheit fähig ist. Diese Bedenklichkeit steigert sich noch dadurch, daß es gerade die Logik ist, in die man diesen Mangel an dialektischer Form einzubürgern versucht; — die Logik, die man am kürzesten als die Wissenschaft der absoluten Form definieren kann, oder als die Wissenschaft, wie die Form sich selbst zum Inhalt wird. Diese Bedenklichkeit endlich wächst mehr und mehr, wenn man hinzunimmt, daß bei Rosenkranz einige Kategorien der Hegelschen Logik weggelassen worden, eine andere anders gestellt ist als bei Hegel. Entwickelte Rosenkranz nämlich dialektisch, wie Hegel, so wäre an dieser Dialektik für jeden Leser der Prüfungsmaßstab gegeben, welche der beiden Ableitungen die konsequentere und wahrere, welcher dagegen etwas Menschliches passiert sei. Indem nun aber Rosenkranz sich des dialektischen Korrektivs entschlägt, und dennoch eine Umsetzung und Fortlassung mit Kategorien der Hegelschen Logik vornimmt, bleibt das nicht mehr eine bloße Unvollkommenheit von Rosenkranz, sondern es wird dadurch auch der Schein gegen Hegel selbst und seine Logik erregt, als wäre in der Tat, wie ihr von außerhalb häufig vorgeworfen worden ist, die dialektische Methode auch bei ihr nur Schein und Kunststück: das heißt, als würden auch von ihr die Begriffe nicht durch ihr Gewährenlassen derselben erzeugt, sondern, ganz wie bei der Reflexionsphilosophie, durch äußere verständige Reflexion herausgegriffen, und nur nachträglich miteinander durch die Taschenspielerei dieser Dialektik in eine künstliche Verbindung gesetzt. Es ist deshalb das Aufgeben der Methode eine erste und Hauptsünde, die wir Rosenkranz vorzuwerfen haben und die sich schwer genug an ihm gerächt hat: denn in ihr gerade ist die Wurzel alles Weiteren zu erblicken.

Fragen wir jetzt: Welches sind die Umänderungen, die Rosenkranz mit der Struktur und Architektonik der Hegelschen Logik vorgenommen hat, so können diese vielleicht auf den ersten Blick so wenige und geringfügige zu sein scheinen,

daß sich, wie ich davon soviel Aufhebens machen könne, gar nicht begreifen, am wenigsten aber in ihnen eine durchgreifende und systematische Alteration der Hegelschen Logik erblicken lasse. Rosenkranz läßt nämlich aus der Logik fort: 1. die Kategorie des Mechanismus, 2. die Kategorie des Chemismus, 3. die Idee des Lebens mit ihren Unterabteilungen, 4. die Idee des Guten. Er stellt endlich 5. die Kategorie des teleologischen Zweckes um, indem er sie unmittelbar auf die Kategorie der Wechselwirkung folgen läßt, also noch innerhalb dessen, was Hegel die objektive Logik nennt, während die Zweckskategorie bei diesem erst in der Lehre vom Begriff als Übergang des Chemismus in die Idee erscheint. Sehen wir zunächst, inwiefern etwa jene Weglassung und diese Umsetzung einen Anspruch auf Richtigkeit haben; und sehen wir dann ferner, welche Rosenkranz selbst ganz verborgen gebliebene inhaltliche Wirkungen aus dieser scheinbar so geringfügigen Änderung der formellen Struktur der Hegelschen Logik entspringen.

Der logische Begriff des Mechanismus ist bei Hegel, um ihn so kurz und klar als möglich seinem Inhalt nach darzustellen, dieser: daß zwischen unmittelbaren Totalitäten, welche alle, als solche, vollständige und selbständige Objekte sind, eine Beziehung stattfindet, die der eigenen Natur dieser aufeinander Bezogenen schlechthin äußerlich und gleichgültig ist; wie zum Beispiel ein Haufen Körner, eine Zusammensetzung, Druck, Stoß (vergl. Hegels „Logik“, Teil III, S. 175). Hegel gelangt zu diesem Begriff auf streng dialektisch-genetischem Wege, und zwar ist dieser seinem wesentlichen Gedanken nach folgender: der Begriff, der zunächst der Begriff im allgemeinen ist, unterscheidet sich in seine Momente: Allgemeinheit, Besonderheit, Einzelheit, die er als Extreme auseinanderfallen läßt. So ist er das Urteil, in welchem sich der Begriff in seine Momente, als in die festen, auseinanderliegenden Bestimmungen von Subjekt, Prädikat und Kopula dirimiert. Indem nun das Urteil seine verschiedenen Formen durchläuft, bestimmt es sich durch sich selbst zum Schlusse, in welchem sich die im Urteil verloren gegangene Einheit der Momente des Begriffs wiederherstellt. Im Schlusse sind nicht, wie dies im nur erst allgemeinen Begriff der Fall war, seine Momente als in seiner Einheit innerlich enthalten; es sind vielmehr in ihm die unterschiedenen Bestimmungen des Begriffs, die Extreme des Urteils, gesetzt (vergl. Hegels „Logik“, Teil III, S. 115). Oder mit anderen Worten: der Schluß ist selbst noch ein Urteil, und hat als solches seine Momente in Realität, das heißt in dem Unterschied ihrer Bestimmungen gesetzt. Aber im Schlusse kommt die im Urteil verborgene innere Natur des Begriffs, Einheit seiner Momente zu sein, zum Ausbruch, und stellt sich durch seine eigene Tätigkeit her, indem sich jetzt die Extreme, die unterschiedenen Bestimmungen des Urteils, miteinander zusammenschließen und miteinander setzen. Indem nun aber so in den verschiedenen Formen des Schlusses jedes dieser Extreme sich als mit allen anderen identisch setzt, hat sich gerade durch die Vollendung des Formalismus des Schließens — im disjunktiven Schlusse — diese Vermittlung selbst aufgehoben. Denn indem sich jedes Moment der Vermittlung (Hegels „Logik“, Teil III, S. 164, 173) als selbst schon die Totalität des Vermittelten bildend dargestellt hat, so hat sich damit eben jedes der Momente als schon an sich und unmittelbar eine selbständige Totalität seiend herausgestellt. Was hierbei herausgekommen ist, ist also eine Unmittelbarkeit, die sich gerade durch das Aufheben der Vermittlung hergestellt hat — eine solche, welche entstanden ist durch die Tätigkeit des

Begriffs, die in seiner Selbstbestimmung gesetzte Vermittlung zur unmittelbaren Beziehung auf sich aufzuheben; oder wir haben ein Sein, welches ebenso sehr unmittelbar, als identisch mit der Vermittlung, und durch das Aufheben derselben entstanden ist. Dies Sein, diese Unmittelbarkeit, welche überall vom Begriff durchdrungen und als durch seine sich zur unmittelbaren Beziehung auf sich selbst aufhebende Vermittlung entstanden bestimmt ist — das Sein, welches nicht mehr wie die Momente im Urteil nur Gesetztsein des Begriffs, sondern ebenso, wie Gesetztsein, auch unmittelbares, also an und für sich seiendes Sein des Begriffs ist, ist die Objektivität. Oder noch bestimmter gefaßt. Indem sich jedes der extremen Momente des Urteils an sich selbst zur Totalität bestimmt hat, haben wir Unterschiedene, die aber erstens als Totalitäten eine dasselbe wie die andere, also gegen ihren Unterschied gleichgültig sind: die zweitens, da jedes selbst Totalität, vollständige und selbständige Unmittelbarkeiten gegeneinander sind; und die drittens, wie gegen ihren Unterschied, so auch gegen ihre ansichseiende Identität, gegen ihre Einheit und Beziehung aufeinander gleichgültig sind. Und das ist der Begriff des mechanischen Objektes und des Mechanismus, wie wir ihn oben bestimmt haben.

Der Übergang des Mechanismus in den Chemismus vollzieht sich in nicht weniger strenger Weise durch die eigene Fortbestimmung des Begriffs, obgleich ich diese Entwicklung wieder nur im allgemeinen, ohne konkrete Ausführung dieses Begriffs durch seine Unterstufen, rekonstruieren werde. Indem den mechanischen Objekten, als unmittelbaren und selbständigen Totalitäten, deren Beziehung aufeinander ihnen selbst schlechthin äußerlich ist, die negative Einheit mit sich, die ausschließende Beziehung auf sich selbst noch fehlt: so erweisen sie sich vielmehr als unselbständig gegeneinander, und eben hierdurch der Einwirkung und Beziehung aufeinander unterworfen. Indem aber diese Beziehung ihnen selbst schlechthin äußerlich bleibt, so ist die Mitteilung der Aktion, die sie empfangen, eine ebenso äußerliche und geht wieder in Ruhe über. In diesem Produkt des mechanischen Prozesses ist nun aber in der Tat ein Höheres entstanden — nämlich dies, daß sich die erste, nur an sich vorhandene Selbständigkeit des Objektes gesetzt, hergestellt hat aus der Negation seiner Unselbständigkeit, aus der Negation seiner Beziehung auf die Äußerlichkeit. Das Objekt ist jetzt aus der Äußerlichkeit in sich selbst zurückgebogen, ist jetzt negative Einheit mit sich selbst, ist jetzt erst als Negation der Äußerlichkeit wahrhaft selbständig. Zugleich ist es aber immer noch eine äußerliche Totalität. Diese in der Äußerlichkeit selbst dieselbe negierende und in sich zurückgebogene negative Einheit des Objektes mit sich ist der Begriff der Zentralität. Indem also jetzt die Selbständigkeit des Objektes durch seine negative Beziehung auf anderes vermittelt ist und diese Beziehung auf anderes dem Objekt in sich selbst und seiner Bestimmtheit nunmehr immanent ist, hat sich uns ergeben: ein Objekt, eine äußere und unmittelbare Totalität, welche ihre eigene immanente Bestimmtheit darin hat, auf ein ihr anderes bezogen zu sein — das differente Objekt oder den Begriff des Chemismus. Die Totalität des Begriffs, als welche sich die ganze Sphäre der Objektivität durch die Tätigkeit des Begriffs bestimmt hat, hat sich hier dazu fortbestimmt: nur an sich — und eben deshalb auch nur unmittelbar — als ein Ganzes des Daseins vorhanden zu sein, die Unmittelbarkeit seiner Existenz aber nur in einer immanenten, sich auf seinen Gegensatz beziehenden Einseitigkeit zu haben, nur in dieser identisch mit sich selbst zu sein und ihre differentia specifica zu haben.

Das chemische Objekt ist hiermit der Widerspruch in sich selbst, Totalität des Begriffs an sich: und bestimmte, einseitige Unmittelbarkeit zu sein; zugleich aber hat es die immanente Bestimmtheit seiner Unmittelbarkeit nur darin, in sich selbst auf ein ihm anderes bezogen zu sein. Wegen dieser Natur des chemischen Objektes ist es das Streben, diesen Widerspruch seiner Existenz und seines Begriffs aufzuheben, sein Dasein seinem Begriff adäquat zu machen, mit Aufhebung seines einseitigen Bestehens sich zu dem realen Ganzen im Dasein zu machen, welches es seinem Begriff nach ist. Die chemischen, differenten Objekte sind daher, dem logischen Begriff nach, in sich selbst und gegen sich selbst gespannt. Sie sind nur durch ihre Differenz das, was sie sind: und sind nur der absolute Trieb, sich aufzuheben und durch einander zu integrieren. Das Resultat des chemischen Prozesses ist daher ein neues Produkt, in welchem sich, obwohl es seinerseits wieder in Prozeß versetzt werden kann, jener Widerspruch des Begriffs und der Realität ausgeglichen hat — die Differenz der gespannten Extreme erloschen ist. Zugleich ist aber schon mit diesem neuen Produkt — und ohne auf das nähere Resultat des chemischen Prozesses einzugehen — eine höhere Begriffsbestimmung gegeben. In dem Produkt des chemischen Prozesses hat sich die scheinbare Unmittelbarkeit der Objektivität innerhalb ihrer selbst als ein Gesetztsein durch die Vermittlung erwiesen. Die Vermittlung aber, welche sich auf die Objektivität als auf ihre eigene Realität bezieht und in ihr nur das unselbständige Element ihrer Selbstverwirklichung, ihrer Selbstausführung hat, ist der Zweck, die Zwecktätigkeit. Betrachten wir dies etwas näher, so hat sich im Prozeß des Mechanismus bereits die Selbständigkeit der Objekte, im chemischen Prozeß jetzt auch noch — da sein Produkt ein neues Produkt ist — die Unmittelbarkeit des Objektes aufgehoben. Indem die früher differenten Objekte zu einem Neutralen zusammengegangen sind, das eine neue, nur durch Vermittlung hergestellte Unmittelbarkeit ist: so sind sie in diesem nicht mehr als Objekte, sondern als bloße Ingredienzien vorhanden, und haben durch ihr eigenes Tun dies gesetzt, nur abstrakte Momente des Begriffs zu sein. War früher die Identität der Objektivität mit dem Begriff nur an sich vorhanden, nur dadurch gegeben, daß sich der Begriff durch seine Fortbewegung in sie aufgehoben hatte — also nur, wie eine Seele, in die Unmittelbarkeit und Äußerlichkeit des Objektiven versenkt war: so ist er jetzt zum Fürsichsein gekommen, indem die Objektivität auch ihrerseits durch ihre Selbstentwicklung den Schein ihrer Äußerlichkeit, Unmittelbarkeit und Selbständigkeit abgestoßen und sich als ein Gesetztsein des Begriffs erwiesen hat. Was jetzt vorliegt, ist also der durch die Negation der Äußerlichkeit und Unmittelbarkeit, in die er versenkt war, frei gewordene Begriff, der sich auf die Objektivität als auf seine eigene, gegen ihn unwesentliche Realität, als auf eine bloße Materiatur und Sphäre seiner Selbstrealisierung bezieht; und das ist eben die Zwecktätigkeit. Im formalen Prozeß des Mechanismus war die Bewegung die bloß äußerliche Beziehung der gleichgültigen Objekte; im chemischen Prozeß war sie zur immanenten, an sich, aber noch nicht für sich seienden Natur des Objektiven geworden; in der Zwecktätigkeit ist sie die für die Objektivität, als dem gegen sie nichtigen und widerstandslosen Element ihrer selbst, gegenübertretende Natur des Begriffs. So hat sich uns jetzt die innere und eherne Notwendigkeit der Entwicklung und Aufeinanderfolge dieser Begriffe ergeben.

(Fortsetzung folgt.)

Der italienische Generalstreik.

Von **Oda Olberg.**

Am Morgen des 15. September verbreitete sich in Italien die Nachricht, daß schon wieder Karabinieri auf organisierte Arbeiter geschossen und zwei von ihnen niedergestreckt hatten. Als neues Glied der blutigen Kette, die von Berra, Candela, Giarratana bis nach Buggerru reichte, kam die Bluttat von Castelluzzi. Genau zehn Tage trennten die letzte von der vorletzten. Die Nachricht wirkte wie ein Donnerschlag. Auf einmal kam es allen zum Bewußtsein, wie kümmerlich und ohnmächtig alle bisherigen Proteste gewesen: sollten wir dieselben Worte der Entrüstung und Anklage schreiben, wie an den kaum geschlossenen Gräbern der sardischen Bergarbeiter? Sollte das Proletariat wieder in den Volksversammlungen protestieren, ohnmächtig die Fäuste ballen, um alles beim alten zu lassen, um geduldig weiter sein Joch zu schleppen, ohne das elementarste Recht aller gesellschaftlichen Gemeinschaft, ohne das Recht, sein Leben geschützt zu sehen vor der Gewalttat? Alle fühlten, daß die Stunde der Wortproteste vorüber sei: das Proletariat hätte schweigen können in seinem Schmerze und seinem Grimme, es konnte nicht einen Wortprotest an den anderen reihen, maschinenmäßig, wie die Behörden eine Bluttat an die andere reihten. Etwas mußte geschehen.

Das haben alle gefühlt und danach haben alle gehandelt, ohne eine Parole abzuwarten. Zwei Stunden, nachdem das „Tempo“ die Nachricht aus Sizilien unter der Arbeiterschaft von Monza verbreitet hatte, war der Streik dort beschlossen. Um Mittag standen die Räder still: 7000 Arbeiter streikten. Am Abend desselben Tages proklamierten die Mitglieder der Mailänder Arbeitskammer den Generalstreik, nachdem man noch 24 Stunden vorher dieses Mittel des Protestes abgewiesen hatte, als es nach der Bluttat in Sardinien vom Genossen Dugoni vorgeschlagen worden war. Vom Morgen des 16. September ruhte in Mailand jede Arbeit: man gibt die Zahl der Streikenden auf 80000 bis 100000 an.

In Rom erhielt man nur unklare Nachrichten, aber auch hier empfand man wie überall, daß das Proletariat Italiens es den getöteten Brüdern schuldig war, den herrschenden Klassen ein Halt entgegenzurufen, das sie hören mußten und wenn sie sich noch so taub stellten. In der Nacht zum 16. September vereinigten sich die in Rom anwesenden Mitglieder des Vorstandes, der Fraktion und der erste politische Redakteur des „Avanti“ und beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen:

An die Sektionen der sozialistischen Partei und an die Exekutivkomitees der Arbeitskammern Italiens!

Die Unterzeichneten, in Rom anwesende Mitglieder des sozialistischen Parteivorstandes, der Parlamentsfraktion und des Zentralorgans „Avanti“, überzeugt von der dringenden Notwendigkeit einer energischen und einmütigen Kundgebung des organisierten Proletariats Italiens gegenüber den Bluttaten, deren schnelle Aufeinanderfolge sie als systematisch und beabsichtigt kennzeichnet, begrüßen die Initiative der Arbeitskammer von Mailand und empfehlen den Organisatoren, in der größtmöglichen Ausdehnung und Intensität den Generalstreik in ganz Italien zu veranlassen, als gesetzmäßigen, würdigen und lebendigen Ausdruck der Verurteilung jener Regierungs-

methoden, die immer wieder den Brudermord erzeugen, und als feierlichen Akt der Klassenverteidigung des Proletariats und seines Rechtes auf das Dasein.

Vom Parteivorstand: Giovanni Lerda. Oddino Morgari.
Von der Parlamentsfraktion: M. Todeschini. S. Varazzani.
Für den „Avanti": Enrico Leone.

Dieser Aufruf, der hauptsächlich ein geschichtliches Dokument ist, ein Zeichen, daß die Führer mit der Masse waren, die Masse mit den Führern, kaum eine Kampfparole — wurden doch alle Blätter, die ihn außerhalb Roms verbreiteten, aufgehalten —, dieser Aufruf wurde in einer denkwürdigen Nacht entworfen: in einer Nacht, in der der Erbprinz von Italien geboren wurde und in der man in Sestri bei Genua auf das Volk schoß.

Was dann folgte, war so chaotisch, so überwältigend, daß es in allen, die es durchlebten, den Eindruck eines Elementarereignisses hervorrief, das lawinenhaft über uns fortrollte. Und allen schien es, als sei eine halbe Ewigkeit seit der ersten Kunde von Castelluzzi verflossen. Nach dem Blutbad von Sestri — zwölf Verwundete —, ehe man noch von den Ereignissen in Castelluzzi wußte, begann in ganz Ligurien der Ausstand: am 17. September mittags wurde er von den Gewerkschaftsausschüssen der Arbeitskammern beschlossen, als bereits die Trambahner, die Gasarbeiter und die Arbeiter der Elektrizitätswerke streikten. Und es ist wohl der vollständigste Generalstreik gewesen, den die Geschichte kennt: man hatte drei volle Tage die Stadt Genua ohne Licht und Brot und Fleisch gelassen, man hatte das ganze wirtschaftliche Leben unterbunden.

In Rom erklärte man den Streik am Abend des 17. September. Bis auf die Gasarbeiter umfaßte er alle Arbeiterkategorien der Hauptstadt. Die Zeitungen gaben am 18. September früh durch Extrablätter die Nachricht, daß sie wegen des Generalstreiks ihr Erscheinen einstellten. Turin, Bologna, Livorno, Biella und Hunderte kleinerer Städte folgten. Jede Gleichzeitigkeit wurde durch die Aufhebung des Telegraphenverkehrs unmöglich gemacht. Man erfuhr nichts und konnte nichts mitteilen. Die Telegraphendrähte wurden für unsere Nachrichten erst wieder durchlässig, um am 18. September die Order der Mailänder Arbeitskammer durchzulassen, daß am 19. September die Arbeit wieder aufaufzunehmen sei. Daß diese Order in der Mailänder Volksversammlung nicht gebilligt, in Genua als Fälschung verworfen wurde und daß in beiden Städten der Streik fortdauerte, das zu melden, dazu bedurfte der Telegraph volle 24 Stunden!

Die Vorstände der Gewerkschaften und der Ausschuß der Arbeitskammer in Mailand hatten die Aufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem Giolitti dem Bürgermeister sehr weitgehende Versicherungen gegeben hatte, in denen er sich gegen die Verwendung bewaffneter Macht bei wirtschaftlichen Konflikten aussprach. Maßgebend war ferner für den Beschluß, daß man ja nur demonstrieren wollte und somit drei Tage völliger, absoluter Arbeitsruhe hinreichend schienen. Den Beschluß teilte man sogleich allen Arbeitskammern Italiens mit. Die Mailänder Arbeiterschaft trat ihm nicht bei und streikte noch zwei Tage länger; auch in Genua brachte erst der 21. September die Wiederaufnahme der Arbeit.

Und während die einen aufhörten, fingen die anderen an: Mantua, Venedig, Neapel, Florenz, Ravenna und zahllose andere Städte kamen als Nachzügler.

Es läßt sich nicht eine entfernt genaue statistische Übersicht über die Zahl der Streikenden und die Gesamtheit der verlorenen Arbeitstage gewinnen. Bis in die kleinsten Gebirgsdörfer, bis in die vergessensten Orte setzte sich die Bewegung fort. In der rein landwirtschaftlichen Provinz Mantua haben etwa 120000 Arbeiter die Felder verlassen. In Ligurien schätzt man die Zahl der Streikenden auf 120000, in Como auf 10000, in Bari auf 4000, in Rom auf 8000, in Neapel auf 12000 usw. Solche Schätzungen sind natürlich schwer zu kontrollieren. Das rationellste wäre vielleicht, Provinz für Provinz die Zahl der Lohnarbeiter nach dem statistischen Amte festzustellen und die nichtstreikenden Kategorien zu schätzen und abzuziehen. Man kommt auf kolossale Zahlen, aber es handelte sich auch tatsächlich um eine gewaltige Bewegung, die in dieser Ruhe und Großartigkeit keiner erwarten konnte.

Vor mir liegen Stöße von Dokumenten über diese Bewegung, so die Bulletins, die die Arbeitskammern an Stelle der unterdrückten Tagespresse herausgaben, Aufrufe, offizielle Bekanntmachungen der Arbeitskammern usw. Da ist ein Dekret der Arbeitskammer von Ravenna, das die Verkäufer von Lebensmitteln ermächtigt, bis 10 Uhr morgens die Läden offen zu halten, „vorausgesetzt, daß kein Lohnpersonal Verwendung findet", ferner ein Aufruf der Arbeitskammer von Sampierdarena, in dem die Verkäufer von Wein und alkoholischen Getränken aufgefordert werden, in diesen Tagen den Verkauf einzustellen und man den Milchhändlern empfiehlt, für Kranke und Kinder die Milchversorgung nicht auszusetzen. Da ist ein hektographiertes Flugblatt, in plumper Schrift und ungewandter Sprache:

> Der Gewerkschaftsbund der Provinz (Mantua?) an die organisierten ländlichen Lohnarbeiter!
>
> Bürger! Kreuzt eure Arme und laßt für uns alle Montag den 19. September einen Tag der Trauer sein und des Protestes für die als Opfer gefallenen Arbeiter. Eure Demonstration, im Verein mit der des ganzen Proletariats Italiens wird der Regierung zurufen: Genug. Genug der Salven gegen unbewaffnete Arbeiter! Genug der Dienstbarkeit der Behörden für die Reaktion und gegen die organisierten Arbeiter! Genug der Freiheit, die mit den Worten gepriesen und mit den Taten verleugnet wird! Genug der Unredlichkeit und Ungerechtigkeit gegen unsere Klasse! Genug, genug dieses proletarischen Leidens! Wir wollen unsere Toten betrauern und eine bessere und reinigende Justiz fordern.

Ein Mißklang tönt in die große Solidaritätsdemonstration und das ist das Versagen der Eisenbahner. Das im Zugdienst beschäftigte Personal hat nur in Siena und in Neapel gestreikt. Die Gründe sind verschiedener Art und manche von ihnen mildern die Verantwortlichkeit des Personals. Ein von heute auf morgen, ohne vorherige Verabredung beschlossener Eisenbahnstreik ist nahezu unmöglich. Dazu kommt, daß die Eisenbahner in zwei Organisationen organisiert sind: der „Federazione" und dem „Riscatto". In der Federazione sind sie nach Kategorien zusammengefaßt, also schon deshalb schwer mobil zu machen. Anfangs, ehe sich noch die Größe und Ausdehnung der Bewegung voraussehen ließ, wurde von dem Parteivorstand selbst dem Streik der Eisenbahner widerraten. Als in der Folge die Ereignisse über die in ruhigen Zeiten als Leiter der Bewegung geltenden Persönlichkeiten weit hinauswuchsen, da hätten die Eisenbahner sich anschließen müssen. Vielleicht hat der Umstand,

daß sie vor einem schweren wirtschaftlichen Kampfe stehen, dessen Vorverhandlungen durch Einreichung eines Memorandums an die Regierung schon eingeleitet sind, auf die so gut organisierte Klasse hemmend gewirkt. Wir glauben, daß die Hauptschuld nicht im mangelnden Kampfesmut und Selbstvertrauen der Eisenbahner lag, sondern vielmehr am Mangel an Vertrauen auf die Tüchtigkeit der übrigen Arbeitergruppen. Die Eisenbahner mögen sich gesagt haben: wenn wir streiken, so ist das ein Ereignis von unermeßlicher Tragweite — wird die übrige Bewegung des Proletariats die Feierlichkeit und Größe annehmen, die das Aussetzen des Gesamtverkehrs und seine riesigen wirtschaftlichen Schädigungen rechtfertigen?

Die Bewegung hätte sie gerechtfertigt, aber man soll es den Eisenbahnern nicht allzu schwer anrechnen, wenn sie das nicht vorauszusehen vermochten. —

Was hat nun diese Bewegung dem Proletariat, das dabei seine Haut zu Markte trug, gefruchtet und genützt? Ich behalte mir vor, noch ausführlicher die Lehren des Streiks zu erörtern, sobald das gesamte Tatsachenmaterial kritisch gesichtet vorliegt. Jetzt nur einige vorläufige Bemerkungen.

Ich gestehe offen, ich schlage die parlamentarischen Wirkungen sehr gering an. Der Generalstreik hat im Parlament nicht einen gegen Giolitti gewandt, der vorher für ihn stimmte. Er hat nur die äußerste Linke kampfbereiter gemacht. Nun ist wohl klar, daß eine Parlamentsfraktion, die eines Generalstreiks bedarf, um aufzuwachen, auch hätte weiterschlafen können, da die italienische Arbeiterschaft sich den Luxus solcher Weckmittel auf die Dauer doch nicht gut leisten kann.

Auch Giolittis Versprechungen als solche scheinen mir eine kümmerliche Bürgschaft. Was hat der gute Mann nicht schon alles versprochen! Er ist kein Spezialist im Einlösen von Versprechen, wir haben das so oft erfahren, daß wir kein Recht haben, es zu vergessen.

Der Streik hat für das Proletariat nur das gefruchtet, was es täglich erobern kann, indem es ihn wiederholt. Nicht, daß Giolitti versprochen hat, gegen den Mißbrauch der Waffen — was übrigens ist ihm Mißbrauch? — aufzutreten, nicht das ist eine Errungenschaft, sondern daß das Proletariat, in Verteidigung seines Rechtes auf Sicherstellung vor Gewalt, jederzeit die Massen zu Hunderttausenden aus den Fabriken und von den Feldern, aus den Bergwerken und von den Bauten wegrufen kann. Enrico Leone sagt mit Recht im „Avanti“, daß es das wichtigste und wesentliche an dem Streik ist, daß er sich wiederholen kann. Und so ist er mehr als eine Manifestation, mehr als eine Heerschau gewesen: eine Drohung für die herrschenden Klassen. Und diese Drohung wird das Gedächtnis dieses und aller kommenden Giolitti frisch erhalten und man kann sicher sein, daß der zynische Akt des jetzigen Kabinettchefs, der einen der blutbefleckten Helden einer solchen Metzelei dekorierte, sich nicht wiederholen wird. Es wird Riesenanstrengungen kosten und Jahre dauern, ehe Italien eine gesittete, mit Selbstbeherrschung begabte Polizei heranzieht, aber jedenfalls wird die bisherige Straffreiheit des Arbeitermordes aufhören, mit Gesetz oder ohne Gesetz, wenn das italienische Proletariat seine diesmal gezeigte Wehrhaftigkeit bewahrt und im Verhältnis zu der Vorbereitung der herrschenden Klassen steigert.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. September finden wir die Besorgnis ausgesprochen, daß die Einschätzung des Generalstreiks als einer „regulären Waffe“ die Phantasie der Masse ablenken könne von der „täglichen,

schweren, unscheinbaren Organisationsarbeit". Ja, eine reguläre, bei jedem größeren Anlaß aus der Scheide zu ziehende Waffe daraus zu machen, davor sollte man sich allerdings hüten. Die ungeheuren Opfer, die jeder Generalstreik mit sich bringt für alle die, die ihn beschließen müssen, scheinen mir der beste Schutz gegen willkürlichen, frivolen Gebrauch. Für die höchste Not, für die Verteidigung der heiligsten Rechte soll man ihn aber bereit halten, und da wir mit absoluter Sicherheit wissen, daß diese höchste Not wiederkehren, daß man diese heiligsten Rechte antasten wird, so dürfen wir, so müssen wir den Generalstreik diskutieren und vorbereiten. Er ist nicht so zart, daß er durch die Diskussion abgegriffen würde und wir sind auch nicht so dumm, daß wir bei der Besprechung der Vorbereitungen unsere Betriebsgeheimnisse ausplauderten.

Was heißt denn überhaupt, einen Generalstreik vorbereiten? Das heißt, die Massen organisieren. Und zwar ist die gründlichste, am tiefsten sozialistische, die am breitesten angelegte Organisation gerade gut genug. Denn der Generalstreik ist keine Parade, für die man sich zustutzt, wo man über das zerfetzte Hemd etwa den guten Rock, über die zerrissenen Strümpfe die blank gewichsten Stiefel zieht. Bei dem Generalstreik kommt alles nach oben, was etwa in der Agitation und Propaganda vernachlässigt wurde, alle Fehler, die vielen Unterlassungssünden zeigen sich. Und deshalb gibt es schlechterdings keine eindringlichere Mahnung zur „täglichen, schweren und unscheinbaren Organisationsarbeit" als zwei oder drei Tage Generalstreik. Weniger, weil man sieht, daß die einen mitstreiken wie die Schafe und es ihnen also am täglichen Brot der Klassenaufklärung gefehlt hat, daß die anderen streiken aus Angst, die dritten aus Freude am Krakeel, weniger darum, als weil nur diese Tage die souverän gewordene Masse zeigen.

Und wo man nur die wirtschaftlich Unterdrückten zum Kampfe gegen die Besitzenden zusammengeschart hat, da wird der Haß nach oben kommen und die Roheit, und wo man den leichten und nahen Sieg der sozialen Gerechtigkeit gepredigt hat, da wird der Wahn auftauchen, die Stunde der letzten Klassenabrechnung hätte geschlagen. Wenn man es versäumt hat, die sozialistischen Grundgedanken und Ideale zu verbreiten, so hat man in diesen Tagen mit der Maßlosigkeit zu rechnen, Maßlosigkeit in den Zielen und in den Mitteln, mit dem frivolen Sinne des Spielers, der seine letzte Karte spielt, mit dem tollen Wagemut derer, die nur die gegenwärtige Stunde in ihrer Größe und Schönheit sehen, aber im Grunde an kein Morgen glauben.

Wer eine Masse im Generalstreik gesehen hat, der weiß, wo es ihr noch an sozialistischer Erziehung gebricht. In Genua und Mailand zum Beispiel hat die Regierung vom ersten Tage an tatsächlich auf die Ausübung jeder Polizeifunktion verzichtet. Vielleicht geschah es aus Besorgnis vor blutigen Konflikten, vielleicht auch in der Hoffnung, der Großstadtpöbel möge die Oberhand gewinnen und die ganze Bewegung besudeln. Jedenfalls stellte die Regierung durch das Aufgaben des Sicherheitsdienstes unsere Genossen vor ganz neue Pflichten. In Mailand hat man eine Arbeiterpolizei organisiert, die mit Anstand und auch mit einigem Kraftaufwand die schlimmsten Unruhestifter, die Betrunkenen und die Bewaffneten von den Straßen fortschaffte. In der großen Hafenstadt war man auf das Versagen der Regierung nicht vorbereitet, die vollständige Dunkelheit der Straßen begünstigte die schlechten Elemente: es scheinen dort die meisten Exzesse vorgekommen zu sein. Überall haben die Sozialisten mäßigend und zügelnd gewirkt, überall sind sie dem Vandalismus

ebenso fest entgegengetreten wie dem begeisterten Wahn der jungen Leute, die den Barrikadenkampf herbeiführen wollten.[1]

Und damit wären wir schon bei der eigentlichen Technik oder Taktik des Streiks. Mit Erlaubnis der „Arbeiterzeitung" will ich auch darüber ein paar Worte sagen. Da ist allerlei zu beachten und zu erwägen, und manche Fehler müssen hervorgehoben werden, damit man sie ein andermal nicht wieder macht. Von der mangelnden Gleichzeitigkeit der Bewegung spreche ich nicht: sie lag diesmal in der Natur der Sache und ist leicht zu vermeiden. Was die Leitung durch die Organisation betrifft, so war sie bewundernswert, was Ernst und Verantwortungsgefühl der Beschließenden, Disziplin und Einigkeit der Ausführenden betrifft. Die Arbeitskammern, in denen sich alle Gewerkschaften des Ortes oder auch der Provinz vereinigen, sind das natürliche Organ für die Leitung eines solchen Streiks. Die Parteisektion des Ortes wird ihr beratend zur Seite stehen, wie der Landesparteivorstand dem Zentralkomitee der Gewerkschaften und Arbeitskammern zur Seite stand. Wo die Arbeitskammer fehlt, tritt die Parteisektion von selbst an ihre Stelle, wo keine Sektion war, beschloß man in öffentlicher Versammlung, in der man ein Streikkomitee wählte. So hat sich überall der Strom der Bewegung sein Bett gegraben. Im großen ganzen braucht man hier nur von den Tatsachen zu lernen, ohne etwa einen bureaukratischen Instanzenweg zu schaffen, den Landeszentralorganisationen eher die Pflicht der Beratung und Information als das Recht der diktatorischen Entscheidung überlassend.

Die Übernahme des Sicherheitsdienstes von seiten der Organisation muß sofort auf die Zurückziehung der Polizei folgen. Ferner müssen die Arbeitskammern mit der größten Energie von Anfang an bekannt machen, welche Produktionszweige und Dienstleistungen nicht ausgesetzt werden dürfen: so die Versorgung der Hospitäler mit Nahrungsmitteln und die Krankenpflege. Dann ist dem Verkauf von Wein und Spirituosen entgegenzuwirken. Auch müssen die an Stelle der Zeitungen tretenden Bulletins der Arbeitskammer genauere Instruktionen für die einzelnen Gewerkschaften enthalten, als es diesmal der Fall war.

Mir scheint nämlich — und ich habe mich erst kürzlich zu dieser Meinung bekehrt —, daß die Unterdrückung der gesamten Tagespresse eine unabweisliche Folge des Generalstreiks ist. Man soll nicht ohne Not eine Masche im Gewebe der Solidarität zerschneiden. Fährt allein die Parteipresse zu erscheinen fort, so wird sich die bürgerliche Presse — besonders in Italien, wo neun Zehntel alles Zeitungsabsatzes Handverkauf ist — in ihren wirtschaftlichen Interessen so geschädigt fühlen, daß sie das Redaktionspersonal und die Verwaltungsbeamten zum Setzen heranziehen, wie das diesmal bei einer halben Nummer eines Genueser Blattes geschah. Will man dagegen die ganze Tagespresse erhalten, so setzt das eine solche Menge von Arbeitern in Arbeit — Speditionsangestellte, Packer, Kutscher, Zeitungsverkäufer —, daß dann eben von einem Generalstreik nicht mehr die Rede sein kann. Gewiß kam es uns merkwürdig vor, daß das Personal des „Avanti", weil in Rom für 12 Uhr mittag die Arbeitsruhe anberaumt war, die Aufgabe und Beförderung des Blattes ablehnte; aber es war logisch, obwohl es uns unvernünftig schien. Nebenbei war es auch — was man damals noch nicht wußte — ganz zweckmäßig, denn es

[1] In Neapel hat man tatsächlich mehrere Barrikaden gebaut.

hat dem Blatte unnütze Frachtkosten erspart, da die Regierung alle vorher gesandten Exemplare, obwohl nicht konfisziert, aufhalten ließ. Auch deshalb hat das Weitererscheinen der Parteiblätter für uns kein Interesse.

Bei einem so kurzen Proteststreik ist die Frage der Massenernährung noch nicht brennend. Immerhin fehlte in Rom am Abend des 18. September Fleisch und Brot, in Genua stieg das Brot auf 1,60 Lire das Kilo, in Sampierdarena auf 80 Centesimi, so daß die meisten Schiffszwieback aßen. Wie können die Produktionsgenossenschaften hier eingreifen? Kann dort weitergearbeitet werden? Diese Frage sollte von kompetenter Seite, etwa von den Leitern der großen Genueser Genossenschaftsbetriebe, behandelt werden.

Die Opfer des Streiks sind noch nicht einzuschätzen. Die Gerichte wüten schon und sie sind bekanntlich schlimmer als die Kugeln der Soldaten. Es sind bereits einige Hunderte von Verurteilungen gefällt, von einigen Tagen bis zu zweieinhalb Jahren. Die Zahl der von der bewaffneten Macht Getöteten beläuft sich auf sechs, vier in Genua, einer in Turin, einer in Neapel. Man hat — dies ist die erste Frucht des Streiks und muß anerkannt werden — die Waffen mit großer Mäßigung gehandhabt. Manche Unternehmer erhoben Schwierigkeiten bei der Einstellung der Streikenden, aber das sind natürlich unschädliche Mätzchen, da die Herren ihre Betriebe nicht schließen wollen.

Alles in allem war der Streik ein großer, unschätzbarer Sieg des Proletariats, der fortzeugend Gutes gebären muß. Er hat die Solidarität gesteigert, indem er sie vor eine Feuerprobe stellte, er hat gezeigt, wie tapfer, großmütig und aufopfernd das italienische Proletariat ist. Die kleinen, bei einer solchen Riesenbewegung winzigen Ausschreitungen verschwinden gegenüber dem feierlichen Ernste, der Gesittung und Menschlichkeit, die unsere organisierte Arbeiterschaft gezeigt hat. Man gebe ihr weiter Wissen und sozialistische Erziehung, schule sie in Selbstzucht und Mäßigung, und sie wird sich der größten Stunde der Geschichte voll gewachsen zeigen.

Rom, den 25. September.

Die gewerblichen Vergiftungen.

Von **Emanuel Wurm.**

Das Jahrhundert der industriellen Entwicklung brachte den Arbeitern neue Leiden: die Maschinen verkrüppeln und zermalmen sie, so daß die Zahl der Unfälle ständig wuchs und wächst — und die Chemie, dieser andere Triumph des Jahrhunderts, steigerte in bisher ungeahntem Maße die Vergiftungsgefahr, die, anfänglich fast oder ganz unmerklich, ihre Opfer rasch zu dauerndem Siechtum oder zum Tode führt. Und zwar nicht nur bei der Herstellung an sich giftiger Substanzen, nein, auch bei der Fabrikation von Medikamenten, die an sich nicht giftig sind. Während diese den Kranken Genesung oder Linderung ihrer Leiden bringen sollen, werden sie für die mit ihrer Herstellung beschäftigten Arbeiter eine neue Krankheitsquelle.

Noch widerwilliger und widerspenstiger wie bei der Unfallverhütung tritt das Unternehmertum den Anforderungen entgegen, die es im Interesse des Gesundheitsschutzes der Arbeiter erfüllen müßte. Dabei befindet es sich im Vergleich zur Unfallverhütung in dem großen Vorteil, daß es die Spuren seiner oft brutalen Rücksichtslosigkeit leicht verwischen kann. Um die Vergiftungs-

gefahr der Betriebe recht niedrig erscheinen zu lassen, wird häufig mit den Arbeitern gewechselt, so daß deren größter Teil kaum länger als ein Jahr im Betrieb bleibt, mitunter nur einige Monate! So berichtete 1897 der Gewerbeaufsichtsbeamte für Potsdam, daß in einer Mennige- und Bleinitritfabrik während 15 Monaten 141 Arbeiter ein- und 124 wieder ausgetreten sind, „mit anderen Worten: die gesamte Arbeiterschaft wird alle zwei Monate entlassen und durch neue Kräfte ersetzt".

Was mit dem kraftlos gewordenen entlassenen Arbeiter geschieht, darüber besagt der Bericht so wenig, wie sich der Unternehmer jener Fabrik um ihn kümmert. Ein Beweis übrigens, wie verderbenbringend die Arbeit in jener Bleinitritfabrik wirkte, liegt auch darin, daß trotz des skandalös häufigen Arbeiterwechsels auf je 100 Arbeiter nicht weniger als 211 Erkrankungen kamen. Dafür herrschte auch ein zehnstündiger Arbeitstag, während der Aufsichtsbeamte einen sechsstündigen als Höchstmaß erklärte.

Der häufige Arbeiterwechsel ist gerade in den giftigen Betrieben die Regel und selbstverständlich sind es in erster Linie die älteren Arbeiter, die zuerst entlassen werden. Im Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten aus Oppeln für 1903 ist mitgeteilt, daß in den dortigen Zinkhüten nur 19,2 Prozent der Arbeiter über 40 Jahre alt waren und davon nur 4 Prozent über 50 Jahre. Es werden dort wie überall immer wieder junge, frische, noch ungeschwächte Leute möglichst vom Lande geholt, die dann, in verhältnismäßig kurzer Zeit krank gemacht, auf die Straße gesetzt werden. Freilich geschieht das nicht nur in der chemischen Industrie, sondern in sehr vielen anderen ebenfalls, ja es wird bald allgemein üblich. Im Jahresbericht für 1897 teilt ein Berliner Gewerbeinspektor mit, „daß in der Regel keine über 40 Jahre alten Leute in die neueren Betriebe eingestellt, nur die jüngeren Altersklassen von 20 bis 35 Jahren durch die Industrie angezogen, die älteren aber vielfach abgestoßen würden."

Dies ist für die Beurteilung der Vergiftungsgefahr eines Betriebs sehr wichtig, denn die Entlassungen nach kurzer Beschäftigungsdauer haben doch zur Folge, daß die Erkrankungsziffer der in jenen Betrieben tätigen Arbeiter weit niedriger erscheint, als der Gefährlichkeit des Betriebs entspricht — nicht zu vergessen, daß dort, wo Betriebskassen vorhanden sind, diese durch die raschen Entlassungen vor größeren Ausgaben, die ja dort dem Unternehmer allein zur Last fallen, bewahrt bleiben. Auch wird dadurch die ihm so verhaßte Liste der Vergiftungserkrankungen recht niedrig gehalten! Die Vertuschung der Krankheitsgefahr, die in solchen Betrieben herrscht, wird noch durch jene feilen Ärzte unterstützt, die, an Betriebskrankenkassen angestellt, sich nur als Vertreter der Unternehmerinteressen betrachten und zu feig sind, die richtige Diagnose bei dem vergifteten Arbeiter zu stellen. In dem letzten Bericht (für 1903) des Oppelner Gewerbeaufsichtsbeamten heißt es darüber gelegentlich einer von ihm gemachten Zusammenstellung der Erkrankungen bei Zinkhüttenarbeitern: „Zur Beurteilung der Zahlen muß jedoch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei der Schwierigkeit einer ganz scharfen Auseinanderhaltung verwandter Krankheiten der eine oder der andere Hüttenarzt geneigt sein wird, das dem Hüttenleiter unbequeme Wort ‚Bleikrankheit' zu vermeiden." Fast gleichlautend schrieb derselbe Beamte im vorhergehenden Jahresbericht, und in dem für 1901 sagte er noch deutlicher: „daß der eine Arzt wohl als Bleierkrankung bezeichnet, was der andere unter der großen Zahl der Magen- und Darmkatarrhe aufführt. Das den Zinkhüttenbesitzern und -Leitern

unbequeme Wort ‚Bleikrankheit‘ wird dadurch mitunter von dem Kontrollbuch ferngehalten.“

Und das geschieht nicht etwa nur in diesem einen Bezirk! Höchstens daß gerade der Oppelner Beamte, der sich seit Jahren bemüht, die Zinkhüttenverordnung nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen, mutiger wie viele seiner Kollegen der Katze die Schelle umhängt. Übrigens — als vor jetzt sieben Jahren die Regierung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten Erhebungen über die Notwendigkeit eines sanitären Maximalarbeitstags anstellen ließ, schrieb derselbe Beamte für Oppeln, daß die Ärzte sich sehr zurückhaltend mit ihrer Auskunft zeigten, weil sie „oft aus Rücksicht auf ihre Existenz, wie einige auch unumwunden zugeben, wenig geneigt sind, Übelstände und Schäden aufzudecken“. Und im Bericht für Hessen hieß es, daß die Ärzte „Bedenken tragen, ihre Erfahrungen der Öffentlichkeit mitzuteilen“. Ja, in Württemberg verwahrten sich zwei Fabrikkassenärzte ausdrücklich „gegen jede ihre Stellung als Kassenärzte gefährdende Veröffentlichung ihrer Mitteilungen“.

So wirken zahlreiche Momente mit, um die Gefährlichkeit giftiger Betriebe recht niedrig erscheinen zu lassen, wobei auch nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß gerade in den chemischen Fabriken sehr viel ungelernte, noch wenig selbstbewußte Arbeiter beschäftigt werden, die sich alles gefallen lassen, die niedrigsten Lebensansprüche stellen und sich auch ohne Beeinflussung durch ihre Vorgesetzten der erzieherischen Wirkung der gewerkschaftlichen Organisation fernhalten. Das rächt sich bitter genug an ihnen selbst, denn ihr Mangel an Intelligenz läßt sie die Gefahren ihres Berufs nicht erkennen, so daß sie durch unverständiges Verhalten bei der Arbeit sich noch ganz besonders schädigen. Natürlich nutzen das die Unternehmer aus und behaupten, es sei nur der Leichtsinn oder die Dummheit des Arbeiters, die ihm Gefahr bringen. Aber selbst angenommen, es verhielte sich wirklich so, dann würde doch daraus allein der Schluß zu ziehen sein, daß nur gelernte, intelligente Arbeiter bei gefährlichen Arbeiten angestellt werden dürfen. Statt dessen beschäftigen trotz mangelnder oder ungenügender Schutzvorrichtungen gerade die chemischen Fabriken zum überwiegenden Teile ungelernte Arbeiter, mit denen sie aus den oben angeführten Gründen oft wechseln. Gewiß sind es auch häufig die Arbeiter, welche ihre Stellung kündigen; bei der anstrengenden Tätigkeit und den unzureichenden Löhnen entfliehen sie eben, sobald sie nur können, den „Giftbuden“. Die Ursache dieser Flucht wird doch nur durch den Fabrikbesitzer geschaffen — eben der unzureichende Lohn und die übermäßige Anstrengung treiben sie davon.

Das Unternehmertum tut freiwillig nur sehr selten etwas, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen, so selten und so wenig, daß sogar ein preußischer Gewerbeaufsichtsbeamter im Berichtsjahr für 1900 aus Westpreußen schrieb: „Die auf die Beseitigung und Verminderung gesundheitlicher Schädigungen gerichteten Bestrebungen finden bei den Arbeitgebern meist geringeres Entgegenkommen als die auf Verminderung der Betriebsunfälle zielenden, hauptsächlich wohl, weil erstere in der Regel kostspieliger sind, ferner weil bei ihnen Notwendigkeit und Erfolg weniger in die Augen springen und die Gleichgültigkeit der Arbeiter hemmend wirkt.“

Die Gleichgültigkeit der Arbeiter entspringt der Unkenntnis, während die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer nur der schlauen Berechnung entspringt, die

in ihrer Profitmacherei nicht von der Gesetzgebung und Verwaltung gestört wird. Sprach es doch der verstorbene Dr. Wörishoffer-Baden in seinem Bericht für 1899 offen aus, daß die Gewerbeaufsicht zu viel Rücksicht auf den Unternehmerprofit nehme: „Es sei bisher noch nicht üblich, zu fordern, daß ein im Interesse der Gesundheit der Arbeiter zu beanstandendes Verfahren durch ein einwandfreies, zur Verfügung stehendes ersetzt werde, wenn ziemlich kostspielige Umbauten die Folge hiervon sein würden."

Wie wenig die Gesetzgebung des Deutschen Reiches sich um den Gesundheitsschutz der in giftigen Betrieben tätigen Arbeiter sorgte, zeigen die nach Umfang wie Art völlig unzureichenden Verordnungen, die bisher der Bundesrat erließ. Deshalb stellte unsere Fraktion im Reichstag den Antrag: „Für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr, in denen giftige oder infektiöse Stoffe hergestellt oder verwendet werden, sind Vorschriften auf Grund der §§ 120e und 139 der Gewerbeordnung vom Bundesrat zu erlassen."

Auch die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat sich mit der Frage der Gesetzgebung für gesundheitsgefährliche Industrien beschäftigt. Professor Dr. Stefan Bauer, der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Basel, hat die von der Vereinigung gesammelten Berichte über den Stand der Gesetzgebung auf diesem Gebiet zusammengestellt.[1] In einem Vorwort definiert er den Begriff „gesundheitsgefährliche Industrien" folgendermaßen:

„Die im weiteren Sinne des Wortes gesundheitsgefährlichen Industrien können in drei große Gruppen geteilt werden:

a. Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr, in welchen giftige oder infizierende Stoffe verwendet oder hergestellt werden (zum Beispiel Fabriken, die Schwefelkohlenstoff, Arsenik erzeugen oder verwenden);
b. Betriebe, deren Fabrikationsverfahren infolge der Entwicklung von Staub oder schädlichen Dämpfen eine hohe Erkrankungsgefahr aufweisen (zum Beispiel Messingschmelzereien, Schleifereien usw.);
c. Betriebe, die infolge großer Wahrscheinlichkeit häufiger Unfälle gefährlich sind (zum Beispiel Verfüllen von kohlensäurehaltigen Wassern, Holzsägemühlen usw.).

Als giftige Betriebe kommt also Gruppe a und zum Teil Gruppe b in Betracht, in denen die Möglichkeit einer chronischen oder akuten Vergiftungsgefahr vorhanden ist. Professor Bauer stellt folgende Liste auf:

A. Betriebe, in denen irrespirable und giftige Gase oder Dämpfe erzeugt werden:
Schweflige und schwefelsaure Dämpfe, Salpetersäure und Salzsäure, Ammoniakgas, Chlor, Kohlenoxydgas, Kohlensäure, Jod- und Bromdämpfe, Leuchtgas, Schwefelwasserstoff, Schwefelkohlenstoff, Blausäure, Zinkdämpfe, ätherische Öle, Petroleumdämpfe, Terpentin, Teer.
B. Betriebe, in denen die Gesundheit der Arbeiter durch Substanzen in flüssigem und festem Zustand durch Vergiftung gefährdet ist:
Arsen, Anilin, Blei, Chrom, Kupfer und Zink (Vergiftung selten), Nitrobenzol, Oxalsäure, Phosphor, Pikrinsäure, Quecksilber, Tabak, rein

[1] Gesundheitsgefährliche Industrien. Berichte über ihre Gefahren und deren Verhütung, insbesondere in der Zündhölzchenindustrie und in der Erzeugung und Verwendung von Bleifarben. Im Auftrag der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz eingeleitet und herausgegeben von Professor Dr. Stefan Bauer, Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Basel. Jena 1903, Gustav Fischer. 459 S.

chemisch-pharmazeutische Produkte wie Karbolsäure, Sublimat, Atropin, Strychnin, Curare usw."

Das vortreffliche Werk Bauers beschäftigt sich hauptsächlich mit den Gefahren der Phosphor- und Bleiverarbeitung, über die es eine Fülle unanfechtbaren Materials bringt; die übrigen Gifte werden in späteren Publikationen behandelt werden.

Auch der Direktor des französischen Arbeitsamtes, Arthur Fontaine, hat eingehende Studien über die industriellen Gifte veröffentlicht.[1]

Der deutsche Bundesrat ließ anläßlich einer Reichstagsresolution von 1896 durch die Gewerbeaufsichtsbeamten Erhebungen vornehmen, in welchen Gewerben Wahrnehmungen gemacht wurden, die den Erlaß weiterer Vorschriften auf Grund des § 120e, Abs. 3 der Gewerbeordnung — Einführung eines sanitären Maximalarbeitstags — erwünscht erscheinen lassen und in welcher Weise Arbeitszeit und Pausen in den betreffenden Gewerben zu regeln wären.

In den Gewerbeaufsichtsberichten für 1897 teilten die Beamten die Ergebnisse ihrer Erhebungen mit, und obwohl Mangel an Zeit und ungenügende Unterstützung durch die Fabrikärzte nur unvollkommene, nicht tief genug gehende Beobachtungen zugelassen hatten, auch manchmal recht viel Rücksicht auf die Unternehmerinteressen vorwaltete, zeigte sich doch ein trauriges Bild überlanger Arbeitszeit und grenzenloser Vernachlässigung gesundheitlicher Schutzmaßnahmen, und zwar gerade in den giftigsten Betrieben. An Stelle des oft vorhandenen zwölf- bis dreizehnstündigen Arbeitstags forderten die Beamten eine Verkürzung auf acht, ja auf sechs und weniger Stunden. Daß die Dauer der Arbeitszeit von allergrößtem Einfluß auf die Gesundheit der Beschäftigten ist, wird von allen Beamten hervorgehoben; sie erklären die Verkürzung der Arbeitszeit für wichtiger und nutzbringender als alle anderen sanitären Maßnahmen. „Wo nicht die Arbeitsräume an und für sich besonders günstig angelegt waren", schrieb der Beamte für Wiesbaden über die Höchster Farbwerke, „erwiesen sich Vorkehrungen, wie Absaugvorrichtungen für Dämpfe und Staub, Ventilation und anderes gegen das Auftreten des Anilismus (der Anilinkrankheit) als unzureichend und hatten keinen Einfluß auf das Herabgehen der Erkrankungsziffer. Erst die Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf sieben Stunden war in einem besonderen Falle von Erfolg begleitet; bei gleichbleibender Arbeiterzahl sank die Zahl der Krankheitstage von 492 im Vorjahr auf 293 im Berichtsjahr, so daß hier der Beweis für den ursächlichen Zusammenhang zwischen Arbeitsdauer und Erkrankungshäufigkeit gewissermaßen experimentell erbracht wurde."

Trotz dieses experimentellen Nachweises und trotz der zahlreichen Mahnungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, Mahnungen, die um so schwerer für die Regierung ins Gewicht fallen mußten, als sie von Beamten ausgehen, die keineswegs als allzu eifrige Befürworter solcher Maßnahmen zu ungunsten der Unternehmer gelten können — trotzdem hat das Reichsamt des Innern seit der Veröffentlichung jener Erhebungsergebnisse so gut wie gar nichts getan! Der Potsdamer Gewerberat Dr. v. Rüdiger hatte in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß die französische Gesetzgebung 127, die belgische 122 gesundheits-

---

[1] Poisons industriels. Par l'office du travail. Paris 1901, Imprimerie National.

gefährliche Betriebe annehme, in denen ein Maximalarbeitstag erforderlich sei. Er selber bezeichnete 42 Gewerbe seines Bezirkes, für die die Einführung eines sechs- bis zehnstündigen Maximalarbeitstags mit teilweisem Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern erforderlich wäre, hierzu kamen noch 19 Betriebe, die von 14 anderen Aufsichtsbeamten vorgeschlagen wurden.

Der Bundesrat aber hat in den sieben Jahren, die seit jener Enquete verstrichen sind, sich nur zu einigen wenigen Verordnungen veranlaßt gesehen: für Chromatfabriken (vom 2. Februar 1897), für Thomasschlackenmühlen (vom 25. April 1899), für Zinkhütten (vom 6. Februar 1900), für Vulkanisierung von Gummiwaren (vom 1. März 1902), für Roßhaarspinnereien und dergleichen (vom 22. Oktober 1902), für Zigarrenfabriken (vom 23. April 1903).

Dabei ist in keiner dieser Verordnungen eine Maximalarbeitszeit festgesetzt, nur in Bleiakkumulatorenfabriken (Verordnung vom 11. Mai 1898) darf beim Füllen der Platten die Arbeitszeit sechs resp. acht Stunden nicht übersteigen. Von den vor 1897 erlassenen Verordnungen schreibt die für Bleifarbenfabriken einen Maximalarbeitstag von zwölf (!) Stunden vor — für Bäckereien ist er von gleicher Höhe festgesetzt! Nicht einmal den Phosphorzündholzarbeitern ist für die vier Jahre, nach deren Verlauf erst das 1903 vom Reichstag beschlossene Verbot der Herstellung eintritt, ein Maximalarbeitstag vorgeschrieben worden!

Neuerdings plant die Regierung einen Gesetzentwurf, der Schutzbestimmungen für Arbeiter bei Verwendung von Bleifarben enthalten soll — zu dem allein wirksamen Verbot der Verwendung dieser Gifte konnte sie sich noch nicht aufschwingen.

Nicht geringe Schuld tragen daran die Ärzte, die in erster Linie berufen wären, die Forderungen der Arbeiter nach einer wirksamen Schutzgesetzgebung gegen die Vergiftungsgefahr zu unterstützen. Aber aus jenen Kreisen kommt den Arbeitern nur ganz vereinzelte Hilfe. Neben Professor Sommerfeld und einigen anderen auf diesem Gebiet tätigen Ärzten ist es vor allem der Berliner Professor L. Lewin, der wiederholt zugunsten der Arbeiter seine Stimme erhob. Vor vier Jahren hatte er in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" (Nr. 20 vom 17. Mai 1900) eine Abhandlung über „Die Vergiftungen in Betrieben und das Unfallversicherungsgesetz" veröffentlicht, in der er verlangte, das Reichsversicherungsamt solle Vergiftungen als Unfälle anerkennen und dementsprechend entschädigen, wofür Lewin stichhaltige Gründe anführte. Alle früheren Versuche, die entgegengesetzte Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes zu ändern, sind jedoch vergeblich gewesen, und neuere sind leider noch nicht gemacht worden, obwohl, wie ich an dieser Stelle bei Besprechung des Lewinschen Artikels[1] zeigte, die Gewerkschaften dabei eine wichtige Aufgabe erfüllen könnten.

Vor kurzem hat nun Professor L. Lewin seinen Kampf zugunsten der Giftarbeiter von neuem aufgenommen und dabei die freilich nicht überraschende Erfahrung machen müssen, daß ihm ein ärztlicher Kollege — freilich ein Fabrikarzt — in den Rücken fiel. (Schluß folgt.)

---

[1] Vergl. „Neue Zeit", XX, 2, S. 347.

Literarische Rundschau.

M. v. Reusner, **Gemeinwohl und Absolutismus.** Berlin 1904, F. Gotheiner. IV und 142 S. Preis 4 Mark.

Das Ziel, das mit dieser „nicht sehr umfangreichen Abhandlung“ erreicht werden soll, gibt der Verfasser in dem Vorwort an. Er will die allgemein verbreitete Anschauung umstoßen, die Anschauung, „Rußland sei ein besonderes, verzaubertes Reich des Orients, welches, auf einer mystischen Grundlage des slawischen Geistes ruhend, eben deshalb gänzlich außerhalb des Kreises europäischer Ideen und europäischer Geschichte steht.“ Professor Reusner glaubt in seinem Werke deutlich nachgewiesen zu haben, „daß selbst das Rußland des öffentlichen Rechtsbewußtseins ein europäisches Land sei“, das seit Peter dem Großen dieselbe Entwicklungsgeschichte hinter sich hat wie die Staaten Westeuropas, und daß es darum zu derselben Staatsform gelangen muß, zu der Westeuropa schon gelangte.

Keineswegs aber soll man etwa daraus folgern, Professor Reusner trete als ein Apologet des Absolutismus — und zumal des russischen — auf. Was aus dieser kleinen, aber inhaltsvollen Schrift folgt, ist ein vernichtendes Urteil über den letzteren.

Professor Reusner analysiert die Entstehung und den Inhalt der Ideologie des Absolutismus in Westeuropa, er untersucht seine staatsrechtliche Grundlage, seine Verfassung, die den Lehren des Naturrechtes entsprungen war, und schildert in breiten Zügen den Übergang des aufgeklärten Absolutismus in den Polizeistaat und den Verfall seiner Ideologie.

Diese Entartung des absolutistischen Staates fließt aber mit innerer Notwendigkeit aus den Gegensätzen heraus, die sich in ihm entwickeln, aus den Widersprüchen zwischen dieser Staatsform und den Bedürfnissen der Gesellschaft, denen er nicht gewachsen ist.

Aus diesem Zustand des Verfalls kann der Staat nur dann gerettet werden, wenn er zu einem Rechtsstaat wird. Wenn aber die Regierung jede Regung der Gesellschaft zur Selbständigkeit unterdrückt und die immer anwachsenden Bedürfnisse des Landes mißachtet, so kann das nur eine Zeitlang ausgeübt werden, „denn man kann die Geschichte nicht still stehen lassen“.

Dies der Gedankengang der Schrift.

Die Quellen der Ideologie des absoluten europäischen Staates müssen wir in den Theorien des Naturrechtes aufsuchen, wie sie im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert ausgearbeitet wurden. Das Gemeinwohl als Zweck des Staates als Prinzip der Tätigkeit aller seiner Organe und Bürger — dies ist der Hauptgrundsatz des modernen Staates, der ihn vom mittelalterlichen wesentlich unterscheidet. Um diesen Zweck zu erreichen, muß man aber dem Staate die ganze öffentliche Macht übertragen und sie in der Person des Monarchen konzentrieren. Der Monarch wird allmächtig und unbeschränkt wie der Staat selbst, den Untertanen wird aber unbedingte Pflicht des Gehorsams, der Unterwerfung auferlegt (I, S. 1 bis 58).

In diesem „Bunde zwischen Fürst und Untertan im Namen des Gemeinwohls“ geht die Ideologie des absolutistischen Staates von der Lehre vom „Naturmenschen“ aus. Man soll aber diese Theorie nicht so dumm darstellen, als ob sie bei der Konstruierung dieses Naturmenschen eine „Rothaut“ oder einen „Höhlenbewohner“ vor Augen gehabt hätte. Dieser „Naturmensch“ ist ein Durchschnittsmensch, ein gewöhnlicher Mensch, „sozusagen eine mittlere Proportionale eines gegebenen Landes und einer bestimmten Zeit“. Diesen Menschen mit all seinen natürlichen Leidenschaften und Anlagen hat der Staat vor sich und sein Wohl ist das allgemeine Wohl, das zu verwirklichen die Aufgabe des Staates ist. Was aber vor allem zu den Gütern, zu den Bestandteilen des Wohles des natürlichen Menschen gehört, das ist sein Leben und seine Gesundheit, die freie Verfügung über sein Vermögen, sein Heim und Familienleben, endlich seine geistige und sittliche Aufklärung. Der Staat sichert dem

Naturmenschen diese Privatrechte, außerdem aber erkennt er in ihm ein Subjekt des öffentlichen Rechtes, denn der Staat basiert doch nach dieser Ideologie auf einem naturrechtlichen „Vertrag“. So erhält der Staat einen aufgeklärten, gesitteten Charakter, wird zum sogenannten „aufgeklärten“ Absolutismus.

Sich selbst überlassen, würde der Naturmensch seinen Leidenschaften und Schwächen unterliegen, eben darum muß der Staat so organisiert werden, daß das „Subjekt des öffentlichen Rechtes“ (möchten wir sagen) immer vom Staate geleitet und bevormundet werde. Es müssen „Ordnung und Disziplin“ geschaffen werden. Und so gestaltet sich der Staat zu einem riesigen Mechanismus, zu einer streng einheitlichen und zentralisierten Maschine (II, S. 59 bis 98).

Nun aber entwickeln sich in dem aufgeklärt-absolutistischen Staate mit Naturnotwendigkeit die Prinzipien des reinen Polizeistaats. Es wachsen die Kulturbedürfnisse des „Naturmenschen“, er will selbst darüber entscheiden, was sein und das allgemeine Wohl ist, aber der Staat fährt fort, der allgemeine Vormund zu sein, und da er außerstande ist, den neuen Anforderungen der Gesellschaft zu genügen, wählt er den „denkbar schlechtesten Weg“: er unterdrückt im Namen des alten Gemeinwohls jede neue Regung und tritt feindlich jener Entwicklung entgegen, deren Schöpfer er einst war.

So ein Polizeisystem der allgemeinen Bevormundung ist aber „ohne ein zentralisiertes und diszipliniertes Beamtenpersonal völlig undenkbar“. Und es entwickelt sich im Polizeistaat allmählich die Bureaukratie zu einer selbständigen und gewaltigen Macht, die unter dem Deckmantel der Unverantwortlichkeit des Monarchen selbst die völlige Unverantwortlichkeit genießt.

Daher geht der aufgeklärte Absolutismus in dem Polizeistaat auf, und in dem letzteren bilden sich Elemente der neueren Staatsform — des Rechtsstaats — aus (III, S. 98 bis 135).

So analysiert Professor Reusner mit rein historisch-juristischer Methode die Entstehung, Entwicklung und den Verfall des Absolutismus samt seiner Ideologie in Westeuropa und sucht mit derselben Methode zu beweisen, daß der russische Staat seit Peter dem Großen auf ebendenselben westeuropäisch-staatsrechtlichen Grundsätzen beruhe, daß seine Ideologie — die Ideologie Westeuropas sei.

Und hier gerade möchten wir einen Einwand erheben gegen die Methode des Verfassers, die ihn dazu verleitete, in Rußland ein „Rechtsinstitut“ außer acht zu lassen, wie die Leibeigenschaft, die gerade im achtzehnten und in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ihre Blüte in Rußland erreichte. Ja, wenn man die Staatsverfassung nach den Worten der Gesetze, der Ukase und der Manifeste, sowie nach den Theorien der russischen Staatslehrer beurteilt, scheint Rußland seit Peter dem Großen dieselbe staatsrechtliche Grundlage zu haben, wie die Staaten Westeuropas. Der Tendenz nach strebten die russischen Selbstherrscher danach, in Wirklichkeit aber war die Grundlage des Staates bis zur Epoche der „großen“ Reformen — die Leibeigenschaft, und diese aufzulösen wagten die russischen Alleinherrscher nicht, ehe nicht das elende Sklavensystem gänzlich verfaulte und Rußland zu einem Sebastopol brachte.

Die „aufgeklärte“ Katharina war es, die an ihre Lieblinge die noch freien, sogenannten „Staatsbauern“ zu Tausenden und Zehntausenden verschenkte, unter ihrer Regierung — besonders nach der Niederwerfung der Bauern- und Kosakenaufstände unter Pugatscheff — drückte die Last der Leibeigenschaft am schwersten, so daß ihr Nachfolger, der Despot Paul I., den Frondienst der Bauern auf drei Wochentage reduzieren mußte.

Noch unter der Regierung des wirklich humanen Alexander I. wurden in Petersburg selbst, in der Nähe des Winterpalastes, die Leibeigenen verkauft; die Milderung ihres Loses bestand darin, daß sie nur noch mit ihrer Familie, nicht ohne diese verkauft werden durften.

Ja, wenn zwischen dem Staate und dem Volke „40000 Polizeimeister“ — vielleicht mehr — in der Person der Adeligen auftraten, da kann man doch nicht be-

haupten, daß „der Staat unmittelbar neben dem Individuum zu stehen kommt", was aber, nach der Behauptung des Verfassers (S. 44), wesentlich den neuen absolutistischen Staat von einem mittelalterlichen unterscheidet. Im Gegensatz zu Professor Reusner glauben wir, daß erst seit der Epoche der „großen" Reformen der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sich in Rußland der Polizeistaat in seiner reinsten, brutalsten und gräßlichsten Form entwickelt hat. Was aber „die Elemente der modernen Rechtsordnung" — das Geschworenengericht und die Selbstverwaltung der Landbezirke — betrifft, so hat der russische Polizeistaat sie stets als fremde, ihm feindselige Elemente angesehen und gegen sie — mit vollstem Erfolg — den Kampf geführt.

Trotz der Mangelhaftigkeit der Methode ist jedoch Reusners Buch unleugbar von großem Werte, und wir bedauern sehr, daß es unmöglich erscheint, diese Schrift in Rußland weit zu verbreiten. Professor Reusner tritt völlig objektiv, mit größter theoretischer Ruhe auf, und gerade darum macht seine Analyse und Kritik des Polizeistaats einen mächtigen Eindruck.

Die Schlüsse, die er für den Polizeistaat zieht, wenden sich so mehr gegen das heutige Rußland. In keinem der westeuropäischen Länder waren die Gegensätze zwischen der Staatsform und den Lebensbedürfnissen der Gesellschaft so schroff, so gespannt, wie es jetzt in Rußland geworden, in keinem der westeuropäischen Staaten war die Regierung so wenig geneigt, einen „neuen Kurs" einzuschlagen. Noch behauptet sie sich. Aber wie der auf das System der Leibeigenschaft aufgebaute russische Staat mit einem Sebastopol endete, so wird auch der heutige Polizeistaat Rußlands mit dem zweiten Sebastopol in Ostasien zusammenbrechen. M. Sursky.

Dr. Landsberg, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Elberfeld, **Denkschrift über die Einrichtung einer Fürsorge für die von der Stadt Elberfeld ständig beschäftigten Personen.** Elberfeld (1903?), R. L. Friederichs & Co. 51 S. 8° und ein Diagramm.

Die Schrift gibt einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiter, so über ihre Altersverteilung, über die Verteilung der Dienstjahresklassen, über die Fürsorgeeinrichtungen, über die Wohnungsfürsorge; ein Anhang gibt Vergleiche mit den Leistungen anderer Städte, so daß die Schrift wertvolle Materialien dem Kommunalpolitiker bietet. Eine Kritik der tatsächlichen Angaben unterlassen wir, weil sie zu einer umfangreichen kommunalpolitischen Abhandlung werden müßte. In dem Schriftchen finden wir allgemeine sozialpolitische und sozialstatistische Anregungen, so sei hervorgehoben eine Berechnung der Mietpreise nach dem Lohne von Arbeitstagen: Für 5 Tagelohnklassen, die unterste von 2,50 bis 3 Mark, die oberste von 4,50 Mark und mehr, wurden die Kosten der Wohnungen im Lohne von Arbeitstagen berechnet. Die Ergebnisse, die sich auf kleine Gruppen beziehen, lassen keine allgemeinen Rückschlüsse zu, erwecken aber den Wunsch, daß diese Methode auf die Mietezahlungen breiterer Arbeiterschichten angewandt werde. Kurz sei das Resultat wiedergegeben. Zur Bezahlung der Miete benötigen die Arbeiter mit einem Lohne bis 3 Mark den Verdienst von 52 Arbeitstagen, die Arbeiter von 3 bis 3,50 Mark von 56, die Arbeiter mit 3,50 bis 4,50 Mark Lohn von 48, endlich die höchstgelohnten Arbeiter von 62 Arbeitstagen. Von der letzten Gruppe wurden nur Wohnungen mit drei und mehr Räumen benutzt, während die anderen Gruppen selbst Wohnungen mit nur einem Raume besaßen und die Wohnung mit zwei Räumen in allen diesen Gruppen weitaus überwog. Wenn man ein Ergebnis aus diesen Angaben wagen wollte, müßte man sagen, daß die höchsten Löhne zu einer rasch gesteigerten Befriedigung eines der wichtigsten Kulturbedürfnisse, dem der Wohnung, führten. Gerade weil dies so bedeutungsvoll ist, sollte diese Feststellung vielfach nachgeprüft werden, was ohne besondere Mühe geschehen könnte. ad. br.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 2 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Der lippische Thronstreit.

Berlin, 5. Oktober 1904.

Der Tod des Graf-Regenten von Lippe hat wieder den sonderbaren Streit über die Thronfolge in dem Ländchen Lippe entfacht. Was von Partei wegen dazu ernsthafterweise zu sagen ist, das hat eben die Provinzialkonferenz für das östliche Westfalen, zu deren Organisationsbezirk auch die Lippischen Fürstentümer gehören, mit mustergültiger Klarheit gesagt. Der Frage, ob Biesterfeld oder Schaumburg in Lippe regieren sollen, stehen wir mit dem Gefühl absoluter Wurstigkeit gegenüber, aber es ist von einer nicht zu überbietenden grotesken Komik, daß die Entscheidung darüber, wer im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts Herrscher von Gottes Gnaden in einem Lande sein soll, abhängt von der welterschütternden Frage, ob eine Ahnfrau, die vor 150 Jahren lebte, ebenbürtig war oder nicht. Eine vernichtendere Kritik des Prinzips der Monarchie von Gottes Gnaden ist undenkbar.

Indessen sowenig dieser komische Streit an und für sich eine ernsthafte Behandlung erträgt, so hat er doch im neudeutschen Reiche eine große Haupt- und Staatsaktion erzeugt. Das ist ein sehr bezeichnender Unterschied zwischen dem neudeutschen und jenem altdeutschen Reiche, das im achtzehnten Jahrhundert rettungslos verfaulte. In diesem feudalen Gemeinwesen kamen solche Thronfolgestreitigkeiten, wie sie sich jetzt in dem Ländchen Lippe abspielen, auch vor, zum Beispiel der Wasunger Erbfolgekrieg von 1747. Aber eine große Haupt- und Staatsaktion von Reichs wegen sind sie damals nicht geworden; dazu war das verfaulte altdeutsche Reich doch noch zu gesund und lebenskräftig. Nicht allein die konservativen Blätter interessieren sich für die Frage, ob Modeste v. Unruh ebenbürtig gewesen ist oder nicht, sondern auch die liberalen Blätter ergehen sich darüber in den langwierigsten Untersuchungen. Es ist wichtig, daß sie dabei einen gewissen Mannesmut vor Königsthronen entwickeln, und daß auch der Lippische Landtag eine gewisse Festigkeit gegenüber dem bekannten Willen des Kaisers bekundet, aber ist es nicht wieder im höchsten

Grade charakteristisch, daß dieser Mannesmut und diese Festigkeit sich nur zeigen, wenn es sich um das legitime Recht der Biesterfelder handelt, während sie allemal vermißt werden, wenn es darauf ankommt, ungleich wichtigere und wahrhaft moderne Kulturforderungen vor dem absoluten Herrscherwillen zu vertreten?

Der Kaiser hat nun seine Ansicht über die Thronfolge in Lippe verkündet, ohne vorher, wie Bismarck sich auszudrücken pflegte, „ministerielle Bekleidungsstücke“ anzutun. Die Depesche aus Rominten, worin er dem Sohne des verstorbenen Regenten ankündigt, daß er bei der in keiner Weise aufgeklärten Rechtslage dessen Regentschaftsübernahme nicht anerkennen könne und auch das Militär nicht vereidigen lassen werde, ist weder von dem Reichskanzler noch von dem Kriegsminister gezeichnet. Nun ist verständlich, daß der Kaiser als Reichsoberhaupt zu den Lippischen Thronfolgestreitigkeiten seine Stellung nimmt oder auch nehmen muß, so peinlich diese übertägigen Sachen ihn als einen modern empfindenden Menschen anmuten mögen, aber es ist unverständlich, wie ministerielle Würdenträger es sich gefallen lassen, daß über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden, an denen mitzuwirken ihres Amtes ist. In der profanen Welt pflegt man zu gehen, wenn einem seine gänzliche Überflüssigkeit so drastisch bekundet wird, jedoch es scheint, daß Graf Bülow und Herr v. Einem als geniale Staatsmänner andere Begriffe von Ehre und Ehrgefühl haben, als gewöhnliche Menschenkinder.

Die deutschen Monarchisten klagen beweglich darüber, daß der Kaiser, indem er sich persönlich in solchen Fragen engagiere, auch persönlich bloßgestellt werden könne, wenn die Dinge einen anderen Ausgang nehmen sollten, als er wolle. Wir wissen ihre Schmerzen als loyale Gemütsregungen zu würdigen, jedoch politisch ist die Sache von keiner großen Bedeutung. Zunächst ist es einmal fraglich, ob die Dinge wirklich einen anderen Ausgang nehmen, als der Kaiser will, und wenn sie je einen anderen Ausgang nehmen sollten, so wird es auch noch so sein. Könnte die Monarchie dadurch umkommen, daß ihre Träger sich mit dem sogenannten „Rechtsbewußtsein“ der bürgerlichen Welt in schroffen Widerspruch setzen, dann wäre längst der letzte Monarch aus Europa verschwunden. Die Monarchie hält sogar noch ganz andere Püffe aus; die unzähligen monarchistischen Skandale, die sich seit zwanzig Jahren in Europa jagen, haben ihr noch kein Haar gekrümmt. Sich darüber zu täuschen, daß es mit der „Gefährdung des monarchistischen Prinzips“ seine guten Wege hat, wenn der Kaiser über die Köpfe seiner verantwortlichen Ratgeber hinweg handelt, das wollen wir lieber dem Philister überlassen, dessen patriotische Trauer so wenig wie dessen sittliche Entrüstung je auch nur das kleinste Steinchen verrückt haben oder verrücken werden. Gerade in Preußen ist es ja von jeher der traditionelle Stolz des loyalen Untertans gewesen, daß seine Könige keine konstitutionellen Strohpuppen, sondern Persönlichkeiten aus eigenem Rechte seien, und da hat der Kaiser in den Lippischen Thronfolgestreitigkeiten doch eben nur bewährt, was seine und seiner Vorfahren eigenste Eigentümlichkeit sein soll.

Die Monarchie hat niemals in patriarchalisch-liebevollen Empfindungen der durch sie beglückten Völker gewurzelt, sondern diese Empfindungen sind stets nur, soweit sie überhaupt bestanden haben, die Folgen der Tatsache ge-

wesen, daß die Monarchie die den ökonomischen Bedürfnissen der jeweiligen Zeit am besten angepaßte Staatsform war. Heute nun gar ist die Monarchie weiter nichts als eine politische Zweckmäßigkeitsfrage, bei dem Junkertum wie bei der Bourgeoisie, bei den Konservativen wie bei den Liberalen und so auch bei den Ultramontanen, kurzum in allen Schichten der besitzenden Klassen. Deshalb hält sie so viele starke Stöße aus, und deshalb wird die Entscheidung darüber, ob der Kaiser in den Lippischen Erbstreitigkeiten seinen Willen durchsetzt oder nicht, ganz ohne Wirkung auf die Stellung der Monarchie selbst sein. Nach den Junitagen von 1848 warf sich die französische Bourgeoisie, die an Geist und Kraft immerhin noch etwas anderes war, als die deutsche Bourgeoisie heute ist, unbedenklich in die Arme eines verrufenen Abenteurers, der dann zwanzig Jahre lang von der Bourgeoisie ganz Europas als ein staatsmännisches Genie von unergründlicher Tiefe angestaunt wurde. Und da tun heute die einheimischen Vormünder des Monarchismus so, als ob die deutsche Monarchie gefährdet werden könne, wenn der Kaiser sich in dem erschütternden Streite zwischen den Biesterfeldern und den Schaumburgern auf die Seite schlägt, die nach der anscheinend übereinstimmenden Ansicht sämtlicher deutscher Stammtische die falsche ist.

Es schien uns notwendig, diese Gesichtspunkte hervorzuheben, weil die suggestive Kraft der aus der bürgerlichen Ideologie überkommenen Ansicht, als könne die Monarchie durch Mißgriffe ihrer Träger irgendwie erschüttert werden, außerordentlich groß ist und auch noch auf Köpfe wirkt, die sonst ganz klar denken. Franz Ziegler schrieb vor vierzig Jahren verzweifelt, das Volk sei ganz unglaublich herunter, es schreie mit dem Maule schon wieder Hurra, wenn es hinten noch die Striemen reibe, die ihm geschlagen worden seien. Ziegler mußte das am Ende wissen, denn gerade zwei Jahre nach diesem Stoßseufzer, beim Ausbruch des Krieges von 1866, war er der allererste, der mit dem Munde Hurra schrie, während er sich auf dem Rücken noch die Striemen rieb, die ihm und seinen Fortschrittsgevattern im Verfassungskonflikt von dem damaligen König Wilhelm geschlagen worden waren. Aber was sich bei diesen bürgerlichen Demokraten nur als ein haltloser Taumel zwischen ohnmächtigem Räsonieren und unrühmlichem Umfallen kundgeben konnte, das ist uns heute nach seinen historischen Zusammenhängen klar, und es würde zu großen Enttäuschungen führen, wenn wir irgendwelchen Wert darauf legen wollten, daß sich das bürgerliche Alldeutschland entrüstet, weil der Kaiser für die Schaumburger ist und nicht für die Biesterfelder.

Selbstverständlich halten wir die Monarchie deshalb nicht für unsterblich weil wir nicht glauben, daß sie mit den Papierpropfen der bürgerlichen Presse eingeworfen werden kann oder über das legitime Recht der Biesterfelder stolpern wird. Ihre Festigkeit beruht darin, daß sie eine Mauer ist, hinter der sich die besitzenden Klassen gegen den proletarischen Ansturm verschanzen; eben daraus ergibt sich aber auch, daß sie in dem Maße an Boden verliert, je weiter der proletarische Emanzipationskampf vorschreitet. Ihre Lose liegen auf einem größeren Gebiet, als in dem winzigen Gebiet des Lippischen Thronstreites, was man ihr denn auch wohl gönnen mag, ohne sonst Monarchist zu sein.

Ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Entwicklung.

Von **C. Legien.**

Die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland hat in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen, wie ihn auch diejenigen nicht erwartet haben, die vor einem Jahrzehnt, als in den Arbeiterkreisen Deutschlands eine sehr pessimistische Anschauung über die Entwicklungsfähigkeit der Organisationen vorhanden war, der Meinung Ausdruck gaben, daß auch in Deutschland die Gewerkschaften zu einer Macht im wirtschaftlichen Kampfe werden würden und werden müßten. Obgleich vor einem Jahrzehnt eine Viertelmillion Mitglieder in den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften vorhanden waren, so gaben doch die Niederlagen, welche die organisierten Arbeiter in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges erlitten, Veranlassung, der gewerkschaftlichen Bewegung die Möglichkeit genügender Kraftentfaltung abzusprechen. Vor einem Vierteljahrhundert sah man trotz weit geringerer Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter viel hoffnungsfroher in die Zukunft, als dies im Anfang der neunziger Jahre geschah. So sagte August Geib bei Besprechung der von ihm aufgenommenen und im Januar 1878 veröffentlichten Gewerkschaftsstatistik: „Wenn wir die Tabelle überschauen, kann uns die Freude über die Zahl der sozialistischen Gewerkschaften in Deutschland trotz alledem und alledem nicht verdorben werden. Die Gesamtzahl der in der Tabelle genannten Vereinigungen beträgt 30, darunter sind 25 Zentralvereinigungen mit Mitgliedern an mehr als einem Orte, die übrigen 5 sind Lokalvereine. Lassen wir die Hutmacher nicht außer acht, so beträgt die Zahl der eigentlichen Gewerkschaften 26 und haben diese zusammen dann mehr als 50000 Mitglieder an etwa 1300 Orten. Das sind stattliche Zahlen — und doch, wie klein erscheinen sie, sobald die Gesamtzahl der Arbeiter jener Geschäftszweige, wonach die Gewerkschaften benannt sind, aufmarschiert.“ Nachdem Geib dargelegt, daß insgesamt zirka 3 Millionen Organisationsfähiger in Betracht kommen und daß einschließlich der 25000 Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler von je 40 gewerblichen Arbeitern einer organisiert ist, sagt er weiter: „Und um dieses Ergebnis zu erreichen, sind volle neun Jahre nötig gewesen — eine lange Zeit. Allein trotzdem sind wir erfreut, so gering auch die Erfolge anscheinend sein mögen. Warum wir das sind, ist sehr einfach. Es bedeutet viel, wenn unter 40 nur einer weiß, wieviel die Uhr geschlagen hat.“ Es werden dann die Hindernisse näher geschildert, die der Entwicklung der Gewerkschaften entgegenstanden, und wird resümierend bemerkt: „Genug, die Gewerkschaften, niemals ungestört und unbehindert, sind ihrer Feinde bis jetzt stets Herr geworden, und das läßt sie uns als einen wichtigen und tüchtigen Faktor in der modernen Arbeiterbewegung begrüßen.“

Die damals von Geib und anderen erstrebte Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung gelang nicht, weil in demselben Jahre, in dem der für diesen Zweck berufene Gewerkschaftskongreß tagen sollte, das Sozialistengesetz kam und fast alle gewerkschaftlichen Organisationen zertrümmerte. Nur langsam, von Mitte der achtziger Jahre an, erfolgte ihr Wiederaufbau, zunächst in lokalen Vereinen, jedoch noch vor Ablauf des Sozialistengesetzes auch in Zentralverbänden. Nach einer von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Anfang 1891 veranstalteten Statistik bestanden 53 Zentralverbände mit

227733 und 5 durch Vertrauensleute zentralisierte Organisationen mit 73467 Mitgliedern. Bei Erlaß des Sozialistengesetzes waren 50000, bei seinem Falle aber 301200 Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Gewiß ein sicheres Zeichen für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, wenn sie sich trotz der Drangsale der sozialistengesetzlichen Zeit als entwicklungsfähig erwies! Die Verfolgungen der Arbeiterorganisationen unter dem Sozialistengesetz, die Unmöglichkeit, öffentlich eine politische Arbeitervereinigung erhalten zu können, gaben den Gewerkschaften eine Tendenz, die mit ihrem inneren Wesen nicht notwendig verbunden ist und die bei der Möglichkeit ruhiger Entwicklung sich nicht gezeigt hätte. Die Meinungen über die Aufgaben, welche die Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung zu erfüllen haben, gingen auseinander, und dies führte zu dem Streite über die Organisationsform, der in den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes eine ungünstige Wirkung auf die Gewerkschaften in den größeren Berufen ausübte. Die zu gleicher Zeit sich geltend machende wirtschaftliche Krise gab bei allen größeren Kämpfen den Unternehmern das Übergewicht. Die Niederlage, die die Gewerkschaften in Hamburg, dem Vorort gewerkschaftlicher Bewegung in Deutschland, bei der Maiaussperrung 1890 erlitten, die Niederlage, die der stärksten Gewerkschaft, dem Buchdruckerverband, 1892 bei dem allgemeinen Streik der Buchdrucker bereitet wurde, eine Reihe weiterer zu ungunsten der Gewerkschaften verlaufener Kämpfe veranlaßten eine überaus pessimistische Stimmung über die Aussichten des gewerkschaftlichen Kampfes in der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands. Diese Stimmung kam auch in der Gewerkschaftsdebatte auf dem Parteitag in Köln 1893 zum Ausdruck. Fast allgemein nahm man an, daß die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung nicht mit der politischen Arbeiterbewegung Schritt zu halten vermöchten und daß sie dauernd gegenüber dem Unternehmertum der schwächere Teil bleiben würden. Selbst ein so lebhafter Verteidiger der Gewerkschaftsidee, wie Liebknecht, glaubte, daß die Gewerkschaften in Deutschland nie annähernd die Stärke der englischen Trade Unions erreichen werden. Welche Bedeutung Liebknecht den Gewerkschaften beimaß, sprach er in einer Rede aus, die er im Anschluß an den Parteitag in Köln am 29. Oktober 1893 in Bielefeld hielt. Diese Rede ist in einer Broschüre veröffentlicht, in der es auf S. 25 heißt: „Unsere deutschen Gewerkschaften sind noch nicht so stark, sie sind noch nicht in der Lage, den Feind bis ins Mark zu treffen. Aber bei sorgfältigem Ausbauen kann und muß die Gewerkschaftsorganisation in der Hand des zum politischen Kampfe angetretenen Proletariats zu dem Hammer werden, der den kapitalistischen Gesellschaftsbau in Trümmer schlägt.“ Trotz dieser den Gewerkschaften zugemessenen Bedeutung sagte Liebknecht in derselben Rede (S. 18 der Broschüre): „Allerdings ist es meine Meinung und auch die vieler meiner Freunde: ich glaube nicht, daß jemals die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland eine ähnliche Höhe der Entwicklung erlangen werden, wie in England.“ Liebknecht zweifelte zwar nicht an der Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Gewerkschaften, sondern war, wie er weiter ausführte, der Meinung, daß der Sieg des Sozialismus eintreten würde, ehe die Gewerkschaften in Deutschland sich bis zu der Stärke derjenigen in England entwickelt haben würden.

Gleich ungünstig war das Urteil Bebels über die Aussichten für die Entwicklungsfähigkeit der Gewerkschaften in Deutschland. Bebel sagte auf dem Parteitag in Köln (S. 201 des Protokolls): „In Deutschland ist durch die sozial-

politische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben gehörte, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Gewerbeordnung entzogen worden, und das wird in noch größerem Umfang eintreten, wenn der Berlepschsche Entwurf oder auch nur unser eigener Arbeiterschutzgesetzentwurf Gesetz werden sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus beleuchte man einmal die Frage! Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung mehr eingeengt. ... Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein, wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Macht erobert hat, wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem anderen abgeschnitten."

Das war vor einem Jahrzehnt fast allgemein die Auffassung in der klassenbewußten Arbeiterschaft über die Aussichten, welche die Gewerkschaften in Deutschland hatten. Nur vereinzelt wurde dieser Auffassung widersprochen. Die Entwicklung, welche die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt gezeigt haben, hat aber erwiesen, daß jene recht hatten, die in der Zeit der Krisis behaupteten, daß auch die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu ähnlicher Entfaltung kommen werde und kommen müsse wie in England. Heute dürfte ebenso allgemein, wie vor einem Jahrzehnt die gegenteilige Ansicht sich geltend machte, nicht daran gezweifelt werden, daß die Gewerkschaften in Deutschland auf dem besten Wege sind, sich denen Englands an die Seite stellen zu können.

Am Schlusse des Jahres 1903 zählten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 941529 Mitglieder, darunter 46036 weibliche. Die Jahreseinnahme betrug 13724336 Mark, der Kassenbestand 12973726 Mark. Im Jahre 1894 waren dagegen nur 246494 Mitglieder, wovon 5251 weibliche, vorhanden; die Jahreseinnahme betrug 2685564 Mark, der Kassenbestand 1319295 Mark. Mitte des Jahres 1904 dürften die Verbände die erste Million Mitglieder erreicht haben. Es bedurfte allerdings eines Zeitraums von 35 Jahren, ehe dieses Resultat erzielt wurde. Man berücksichtige aber den Entwicklungsgang, wie er sich uns darstellt. In dem ersten Jahrzehnt nach Aufhebung der Koalitionsverbote gelingt es, 50000 Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen. In den folgenden 15 Jahren kommen trotz Sozialistengesetz weitere 200000 in die Gewerkschaften und das letzte Jahrzehnt bringt einen Zuwachs von 750000 Mitgliedern. Bis zur zweiten Million Organisierter ist noch ein weiter Schritt, aber ein auch nur annähernd gleicher Zeitraum wird nicht erforderlich sein, wie er verstrichen ist, ehe eine Million von den sechs Millionen organisationsfähiger industrieller Arbeiter und Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer zur modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaft erkannt haben wird. Von den Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaften in den ersten Jahrzehnten ihrer Agitationsarbeit zu überwinden hatten, brauchen wir nicht zu sprechen, weil sie in aller Erinnerung sind. Diese Schwierigkeiten sind auch heute keineswegs völlig beseitigt, wenn auch nicht jene Polizeiwillkür sich geltend machen kann wie zur Zeit des Sozialistengesetzes. Es muß noch

viel hinweggeräumt werden, bis wir ein ungehindertes Organisationsrecht haben werden. Diese Räumungsarbeit wird aber den heute organisierten Massen leichter als jener geringeren Zahl Organisierter, die in den Anfangsstadien der Bewegung die Arbeit begannen. Auch die Gegenorganisationen, die schon vor einem Vierteljahrhundert die gemeinsame Betätigung der von dem Organisationsgedanken berührten Arbeiter hinderte, sind nicht verschwunden. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die vor 25 Jahren 25000 Mitglieder zählten, haben im letzten Jahre eine Mitgliederzahl von 110215 erreicht. Seit einem Jahrzehnt haben sich ihnen die christlichen Gewerkschaften zugesellt, zwar im Gegensatz zu den Gewerkvereinen stehend, aber gleichfalls daran arbeitend, es nicht zu einmütiger Betätigung der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe kommen zu lassen. In christlichen Gewerkschaften waren im letzten Jahre 192617 Mitglieder, wovon 91440 zu Gewerkschaften zählten, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehörten. Dazu kommen noch Organisationen verschiedener Berufe, die nicht gemeinsame Sache mit den Gewerkschaften machen wollen, so besonders die umfangreichen Verbände der kaufmännischen Angestellten. Trotz dieser Gegenorganisationen, trotz der Hinderung, die durch reaktionäre Vereinsgesetze der Entwicklung der Gewerkschaften sich darbietet, haben diese im letzten Jahrzehnt eine Ausdehnung gewonnen, die auch von den Gegnern anerkannt und eingeräumt werden muß.

Mit dem Jahre 1894 war die Krisis in den Gewerkschaften überwunden. Von diesem Jahre ab zeigt sich, abgesehen von dem Jahre wirtschaftlicher Depression 1902, eine regelmäßige Steigerung der Mitgliederzahl und besonders der Finanzkraft der Organisationen. Die folgende Tabelle veranschaulicht dieses Wachstum der gewerkschaftlichen Zentralverbände:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahr		Jahreseinnahme	Kassenbestand
		Absolut	in Proz.	Mark	Mark
1894	246494	22964	10,2	2685564	1319295
1895	259175	12681	5,2	3036803	1640437
1896	329230	70055	27,0	3616444	2323678
1897	412359	83129	25,2	4083696	2951425
1898	493742	81383	19,7	5508667	4373313
1899	580473	86731	17,5	7687154	5577547
1900	680427	99954	17,2	9454075	7745902
1901	677510	—	—	9722720	8798333
1902	733206	55696	8,2	11097744	10253559
1903	887698	154492	21,0	16419991	12973726

Es ist nicht die Zunahme der Mitgliederzahl allein, was im Gewerkschaftsleben des letzten Jahrzehntes bedeutungsvoll, sondern es ist auch die erhebliche Steigerung der Einnahmen und des Kassenbestandes der Organisationen. Vor einem Jahrzehnt konnte man in Gewerkschaftsbranchen noch vielfach die Meinung aussprechen hören, daß man versuchen müsse, die Arbeitermassen mit niedrigen Beiträgen für die Organisationen zu gewinnen. Hohe Beiträge, so wurde argumentiert, schrecken die Arbeiter von dem Zutritt zu den Organisationen ab und es käme darauf an, die Massen diesen zuzuführen. Diese Auffassung ist heute der besseren Einsicht gewichen, daß die Gewerkschaften einen angemessenen Beitrag erheben, andererseits aber auch den Mitgliedern etwas bieten müssen,

wenn sie solche gewinnen und dauernd sich erhalten wollen. Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, die mit zu dem Zwecke dienen, die Mitglieder an die Organisation zu fesseln, fanden nicht allgemein Anklang und noch auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1896 zeigte sich eine starke Gegnerschaft gegen die Arbeitslosenunterstützung. Prinzipielle Gegner dieser gewerkschaftlichen Einrichtung dürften heute nur in verschwindender Zahl in Gewerkschaftskreisen vorhanden sein. Mit jedem Jahre führen neue Verbände diesen Unterstützungszweig ein. Im Jahre 1894 hatten 12 der heute noch bestehenden Verbände (zwei Arbeitslosenunterstützung zahlende Verbände haben sich anderen größeren Organisationen angeschlossen) Arbeitslosenunterstützung, im Jahre 1903 waren es 26 Verbände. Der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen erforderte naturgemäß eine Erhöhung der regelmäßigen Beiträge. Aber auch in den Verbänden, die nur wenig oder gar keine Unterstützung gewähren, ist in dem letzten Jahrzehnt eine wesentliche Beitragserhöhung eingetreten. Im Jahre 1894 hatten von 44 Organisationen noch 13 = 30 Prozent einen Wochenbeitrag von weniger als 15 Pfennig und 28 = 60 Prozent von weniger als 20 Pfennig. Im Jahre 1903 hatte keine der 63 der Generalkommission angeschlossenen Organisationen weniger als 15 Pfennig und nur noch 3 = 5 Prozent der Organisationen weniger als 20 Pfennig Wochenbeitrag von den Mitgliedern erhoben. Es hat oft harter Kämpfe bedurft, ehe die Mitglieder zu der Erkenntnis kamen, daß mit der verderblichen Tendenz der niedrigen Gewerkschaftsbeiträge gebrochen werden müsse. Zur Klärung der Meinungen trugen die von der Generalkommission aufgenommenen Statistiken wesentlich bei, aus denen sich ergab, daß die Organisationen, die ihre Beiträge erhöhten, keinen Verlust, sondern eine Zunahme an Mitgliedern aufwiesen und einen geringeren Wechsel im Mitgliederbestand, eine geringere Fluktuation der Mitglieder zeigten. Die Erhöhung der Beiträge ermöglichte es den Verbänden, größere Aufwendungen für die Mitglieder zu machen. Im Jahre 1894 verausgabten die Verbände 1350927 Mark für Unterstützungen und das Verbandsorgan, im Jahre 1903 aber wurden 4605078 Mark für diese Zwecke ausgegeben. Aus den Verbandskassen kamen im Jahre 1894 zur Unterstützung von Streiks 188980 Mark, im Jahre 1903 aber 4529672 Mark. An der von den Verbänden geleisteten Streikunterstützung läßt sich am deutlichsten die Stärkung der Finanzkraft der Organisationen erweisen. Vor einem Jahrzehnt galt es als selbstverständlich, daß auch bei Streiks von geringerem Umfang ein großer Teil der Unterstützungen durch Sammlungen aufgebracht wurde, während es heute als Ehrenpflicht der Organisationen gilt, nur bei sehr großen oder langandauernden Kämpfen die Hilfe weiterer Kreise der Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. So kamen im Jahre 1894 nur 24 Prozent der Ausgaben für Streiks aus den Verbandskassen, während 1903 die Streikkosten mit 88 Prozent aus den Kassen der beteiligten Verbände gedeckt wurden. Darin dürfte der beste Ausweis für die gesunde Entwicklung gegeben sein, die sich in den Gewerkschaften vollzogen hat.

Deutlicher als in den Gesamtzahlen zeigt sich die erhöhte Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder bei der Darstellung der Jahreseinnahme pro Kopf der Mitglieder in den einzelnen Organisationen im Jahre 1903 gegenüber dem Jahre 1894. In der auf S. 41 stehenden Tabelle[1] ist dieser Ausweis ge-

[1] In dieser Tabelle ist die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt angegeben. Die Angaben über Jahreseinnahme und Kassenbestand sind, wenn für die betreffende Organisation für 1894 keine Mitteilung vorlag, vom Jahre 1893 oder 1895.

Organisation der	Mitgliederzahl			Pro Kopf der Mitglieder			
				Jahreseinnahme		Kassenbestand	
	1894	1903	Zunahme seit 1894	1894	1903	1894	1903
				Mark	Mark	Mark	Mark
Bäcker	1150	5565	4415	4,98	16,86	1,05	7,84
Barbiere	725	458	—	3,25	29,02	0,08	4,70
Bauarbeiter	2226	22635	20409	3,58	17,26	—	7,48
Bergarbeiter (2 Verbände)	19801	60127	40326	2,80	10,50	0,80	7,30
Bildhauer	2885	3963	1078	24,87	40,26	19,60	16,16
Böttcher	3800	5956	2156	4,46	11,97	1,69	6,67
Brauer	5108	15766	10658	6,23	13,20	0,59	10,55
Buchbinder	3126	12254	9128	10,42	14,23	9,79	29,88
Buchdrucker	17275	35970	18695	53,75	54,62	34,70	112,09
Dachdecker	500	3273	2773	4,74	10,73	0,16	—
Fabrikarbeiter	5664	37055	31391	4,33	9,53	1,52	5,86
Gärtner	400	663	263	5,54	15,82	1,34	2,63
Glasarbeiter	2417	5514	3097	14,32	17,34	4,06	4,92
Glaser	1312	3355	2043	6,59	12,46	2,77	10,87
Hafenarbeiter	2021	13879	11858	4,90	10,83	3,17	7,73
Handels- und Transportarb.	3888	26800	22912	7,56	13,84	3,29	3,72
Handschuhmacher	2398	3077	679	19,09	22,94	7,36	11,93
Holzarbeiter	26141	79732	53591	7,27	15,85	3,17	16,94
Hutmacher	2560	3761	1201	42,14	28,62	81,32	55,42
Konditoren	330	1293	963	3,73	17,63	0,43	9,37
Kürschner	340	1834	1494	6,05	14,58	3,04	13,60
Kupferschmiede	2675	3199	524	12,58	25,04	3,83	7,69
Lederarbeiter	3378	4711	1333	10,26	17,02	3,84	12,53
Lithographen u. Steindrucker	3991	9184	5193	7,72	22,66	0,89	19,16
Maler	5289	19037	13748	6,46	16,77	3,40	11,90
Maurer	12580	101155	88575	6,85	19,38	4,69	16,99
Metallarbeiter	33406	160135	126729	7,62	17,58	1,09	5,69
Müller	550	2092	1542	6,51	19,00	1,26	9,84
Porzellanarbeiter	6578	8174	1596	17,81	23,21	8,05	8,26
Sattler	1318	3635	2317	5,80	15,33	2,70	7,93
Schiffszimmerer	1295	2124	829	3,25	10,13	1,98	17,85
Schmiede	1300	8902	7602	7,28	15,76	2,53	5,21
Schneider	8543	21011	12468	6,76	15,00	2,16	5,26
Schuhmacher	10315	25566	15251	4,10	15,82	1,19	6,85
Steinarbeiter	4500	8624	4124	9,45	14,40	1,50	19,74
Steinsetzer	2467	4865	2398	4,79	13,50	5,43	14,81
Stukkateure	234	3846	3612	4,21	22,01	3,13	14,23
Tabakarbeiter	13714	17540	3826	7,61	15,17	2,65	5,31
Tapezierer	792	4985	4193	3,80	17,75	0,48	5,07
Textilarbeiter	10302	54556	44254	5,70	10,23	0,59	5,77
Töpfer	3057	9488	6431	11,15	27,23	0,57	2,90
Vergolder	850	1567	717	6,20	16,43	4,87	22,98
Zigarrensortierer	577	1297	720	17,38	25,37	10,92	21,68
Zimmerer	8127	27265	19138	8,59	24,03	4,25	20,47

geben. Aus ihr erhellt, daß alle Organisationen, die vor einem Jahrzehnt weniger als 5 Mark Jahreseinnahme pro Kopf der Mitglieder hatten, diese bis zum Jahre 1903 auf das Doppelte bis zum Fünffachen erhöht haben. Auch die Verbände, die vor einem Jahrzehnt mehr als 10 Mark Jahreseinnahme pro Mitglied hatten, zeigen eine zum Teil sehr beträchtliche Steigerung. Nur bei den Hutmachern ist eine Verminderung der Jahreseinnahme zu verzeichnen, die jedenfalls im Zusammenhang mit dem Vermögensverlust in der Hutarbeitergenossenschaft und dem damit eingetretenen Zinsverlust steht.

Es mag nicht unerwähnt bleiben, daß diese Erhöhung der Jahreseinnahme nicht ausschließlich auf die Erhöhung der Beiträge zurückzuführen, sondern auch der geregelteren Verwaltung und der geringeren Fluktuation der Mitglieder in der Organisation zu danken ist. Beides zeigt aber wiederum, daß es sich nicht nur um eine bedeutende Ausdehnung der Gewerkschaften handelt, sondern daß mit dieser Erweiterung des Kreises der Mitglieder eine innere Erstarkung Hand in Hand ging. Auch die Erhöhung des Vermögensstandes pro Mitglied, die bei fast allen Organisationen zu verzeichnen ist, spricht dafür, daß im letzten Jahrzehnt eine eminente Stärkung der Kraft der Organisationen eingetreten ist. Nicht wenige Verbände sind heute schon in der Lage, eine Aussperrung ihrer sämtlichen Mitglieder zwei bis drei Wochen aus eigenen Mitteln halten zu können. Sicher ist, daß die Unternehmer vorziehen werden, mit solchen Organisationen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, als sich eine solche abtrotzen zu lassen.

Was die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt an Verkürzung der Arbeitszeit und an Erhöhung der Löhne erreicht haben, läßt sich leider nicht ausweisen. Es ließe sich wohl angeben, wieviele Streiks die einzelnen Organisationen in den zehn Jahren geführt haben. So hatte zum Beispiel der Holzarbeiterverband im Jahre 1894 22 Streiks mit 456 Beteiligten, im Jahre 1903 207 Streiks mit 6524 Beteiligten, im letzten Jahrzehnt 960 Streiks mit 89655 Beteiligten und 2410297 Mark Streikkosten. Der Verband der Zimmerer führte 1894 7 Streiks mit 506 Beteiligten, 1903 122 Streiks mit 4946 Beteiligten, in den letzten zehn Jahren 528 Streiks mit 26683 Beteiligten. Die Ausgaben für diese Streiks betrugen 982160 Mark. Es läßt sich aber für diesen Zeitraum nicht feststellen, welche Vorteile die Arbeiter durch die Streiks erzielten, und besonders fehlt es an Ausweisen, was die Organisationen durch Lohnbewegungen, die nicht zur Arbeitseinstellung führten, errungen haben. Für die Arbeiterschaft bedarf es solcher Ausweise, so interessant sie auch wären, jedenfalls nicht, weil sie durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation und die Opferwilligkeit für diese beweisen, daß sie den Wert der Gewerkschaften zu schätzen wissen. Dies aber wird für die weitere Entwicklung der Bewegung entscheidend sein.

Mit Genugtuung läßt sich zwar konstatieren, daß das letzte Jahrzehnt einen überaus erfolgreichen Abschnitt gewerkschaftlicher Entwicklung bildet, andererseits muß man sich vor dem Fehler hüten, die Stärke der Organisationen zu überschätzen. Die Verbände der Unternehmer sind in gleichem oder in noch erhöhterem Maße erstarkt und ausgebaut, als die Gewerkschaften. Diese Unternehmerverbände bemühen sich, die Gewerkschaften zu Kraftproben zu drängen. Es wird deshalb nicht nur darauf ankommen, die heute noch indifferenten Schichten der Arbeiterschaft für die Organisationen zu gewinnen, sondern auch eine besonnene Taktik zu üben, um nicht zu unrechter Zeit und am unrechten

Orte zum Kampfe gedrängt zu werden. Das soll nicht etwa heißen, die Gewerkschaften mögen ängstlich den Kampf an diesem oder jenem Orte oder mit dieser oder jener Unternehmerorganisation vermeiden, sondern damit soll gesagt sein, daß der Kampf nicht dann aufzunehmen ist, wenn die Unternehmer dazu drängen, weil ihnen die Gelegenheit günstig erscheint. Auch hierin sind unverkennbare Fortschritte zu verzeichnen. Diese von den Gewerkschaften befolgte Taktik hat nun aber Veranlassung gegeben, daß einzelne Stimmen laut werden, die eine Verflachung der Bewegung prophezeien. Vor einem Jahrzehnt klagte man über die geringe Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, jetzt hört man vereinzelt die Meinung äußern, der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, die finanzielle Stärkung der Organisationen bringe die Gefahr, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit den gegenwärtigen Zuständen sich abfinden, sich im Gegenwartsstaat häuslich einrichten könnten. Als Heilmittel für die angeblich beginnende Krankheit empfiehlt man die Propaganda für den Generalstreik. Diese soll das revolutionäre Gewissen der Gewerkschaftler schärfen, damit sie nicht auf Abwege geraten. Eines solchen neuen Propagandamittels bedarf es für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht, weil niemand in der Lage sein wird, auch nur einen Schimmer von Beweis dafür zu erbringen, daß in der Periode des Aufschwunges der Gewerkschaftsbewegung eine Änderung in der Auffassung über den Klassenstaat in Gewerkschaftskreisen eingetreten ist. Auch die weitgehendsten Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse beseitigen nicht den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Dessen sind sich die deutschen Arbeiter bewußt. Welche Mittel anzuwenden sind, um diesen Gegensatz endgültig zu beseitigen, kann nicht durch die Gewerkschaften untersucht und festgestellt werden. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeiterschaft zu gemeinsamem Wirken zu vereinigen. Sie sollen die Arbeiter, die infolge der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu Arbeitsmaschinen geworden sind, emporheben aus dem materiellen Elend und sie zu denkenden, fühlenden und ihrer Würde bewußten Menschen machen. Jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Erhöhung des Lohnes trägt dazu bei, dies zu erreichen. Aber es ist eine unendlich mühevolle Kleinarbeit, die verrichtet werden muß, um jene Arbeiterschichten, die in dem Unternehmer den Brotgeber und Herrn sehen, dazu zu bringen, daß sie ihren eigenen Wert einschätzen und opferwillige Mitkämpfer werden. Will man diese Arbeiterinnen und Arbeiter zu dem Glauben bringen, daß sie sich zu rüsten haben, in nächster Zeit durch Anteilnahme an einer alle Berufe umfassenden Arbeitseinstellung das auf ihnen lastende Joch mit einer gewaltigen Kraftentfaltung abschütteln zu können, so würde man damit erreichen, daß sie die erforderliche Kleinarbeit für überflüssig halten. Warum die Opfer bringen, wenn es möglich ist, durch Aufrüttlung zu einer einmaligen einheitlichen Aktion das ganze Elend zu beseitigen? *Die Propaganda für den Generalstreik ist das schlechteste Mittel, einmal den Generalstreik zu ermöglichen.* Ob er notwendig, ob er eintreten wird, mag dahingestellt bleiben. Möglich wird er nur, wenn durch die Organisationsarbeit aus den heute indifferenten opferfreudige und im Kampfe sich selbst verleugnende Arbeiter geworden sind. Aber nicht dadurch, daß man ihnen erzählt, sie werden eines Tages den ganzen Organismus der bürgerlichen Gesellschaft zum Stillstand bringen können, erzieht man sie zu ausdauernden und intelligenten Kämpfern, sondern durch die Organisationsarbeit der Gewerkschaften und politischen Organisationen und durch die Kämpfe um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und ihres Rechtes als Arbeiter

Es bedarf also keiner besonderen Anregungen, keiner neuen Mittel, um die Gewerkschaften auch fernerhin als einen wichtigen Faktor im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu erhalten, sondern nur der ruhigen Fortarbeit in der üblichen Weise. In den gewerkschaftlichen Zentralverbänden, die ihr gut Teil zum Fortschritt der Arbeiterbewegung in Deutschland beigetragen haben, findet die Generalstreikidee aus den angeführten Gründen keinen Anklang. Sie werden sich durch den Versuch, sie zu veranlassen, dieses angeblich wichtige Mittel in ihrer Propaganda zu verwenden, ebensowenig beeinflussen lassen, wie vor einem Jahrzehnt durch die ungünstigen Aussichten, die ihnen eröffnet wurden, sondern fortfahren, in der bisherigen Weise die Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampfe zu vereinigen, sie zu lehren, Opferfreudigkeit und Solidarität als die höchsten und wichtigsten Eigenschaften des Proletariats zu schätzen und zu betätigen. Wir sind überzeugt, daß bei Abschluß des nächsten Jahrzehnts sich ergeben wird, daß ihr Weg der richtige war.

Die Kartelle und der Juristentag.

Von **J. German.**

Wer vom deutschen Juristentag erwartet hatte, er werde über die rechtliche Behandlung der Kartelle Neues zu sagen haben, der muß sich schmählich enttäuscht fühlen.

Zweimal hat der Juristentag das Kartellthema behandelt, vor zwei Jahren in Berlin und jetzt in Innsbruck. Die erste Verhandlung stand im Zeichen Menzels, die zweite im Zeichen Kleins. Was dabei zustande kam, zeigt die Geschichte der Resolutionen.

Vor der Sektion in Berlin beantragte Menzel: Erstens amtliches Kartellregister und Auskunftspflicht der Kartelle gegenüber den Behörden, zweitens Reform der Gesetzgebung über die wirtschaftlichen Korporationen, damit der Staat diesen Körperschaften gegenüber die öffentlichen Interessen wahren könne. Von dieser Resolution nahm die Sektion nur ein Stückchen an, die Auskunftspflicht, das Plenum des Juristentags wagte sich nicht einmal daran, sondern verschob die Angelegenheit auf ein nächstes Mal. Daß sie damals überhaupt vor das Plenum kam, geschah charakteristischerweise nicht widerspruchslos. Ein Teilnehmer behauptete, dort dürften nur „ganz wichtige“ Sachen verhandelt werden. Nebenbei sei bemerkt, daß Klein, als er in Innsbruck seine Resolution durchdrücken wollte, erklärte, er habe sich in Berlin der Unfruchtbarkeit des Juristenstandes geschämt.

Nun aber Innsbruck! Da stellte Klein als Referent in der Sektion den folgenden Antrag:

„Der Juristentag ist der Ansicht, daß die Ordnung der Fragen, die bisher durch den Kartellierungsprozeß und die Tätigkeit der Kartelle hervorgerufen wurden, hauptsächlich der Verwaltungspolitik und der Wirtschaftsgesetzgebung zufällt.

„Der Juristentag hält rasch eingreifenden und tunlichst wirksamen staatlichen Schutz gegen übertriebene, wirtschaftlich ungerechtfertigte Preissteigerungen, zumal gegen solche, wodurch die Wirtschaft der minder bemittelten Klassen empfindlich getroffen wird, und die Gewährung der gleichen Koalitionsfreiheit, welche die Unternehmer genießen, an die Arbeitnehmer für unerläßlich.

„Was die eigentliche rechtliche Behandlung der Kartelle anlangt, so hält der Juristentag die gesetzliche Anerkennung des rechtsgültigen Bestandes der Kartelle für

notwendig und ist der Überzeugung, daß auch im Bereich des Kartells Normen und Geist des herrschenden Privatrechtes uneingeschränkt zur Herrschaft kommen und jedermann hier den vollen und gleichen Schutz seiner Interessen und seiner Persönlichkeit genießen müsse wie im übrigen Rechtsverkehr. Inwiefern zu diesem Zwecke Änderungen oder Ergänzungen des geltenden Rechtes erforderlich sind, hat sich nach der Besonderheit der einzelnen territorialen Rechtsordnung zu bestimmen."

Von dieser Resolution verstümmelte die Sektion den besten Teil; die den Schutz speziell der minderbemittelten Klassen betreffenden Worte wurden gestrichen, auch braucht der staatliche Schutz nach Ansicht der Sektion überhaupt nicht „rasch eingreifend" zu sein, er sowohl als auch die Resolutionsfreiheit sollen auch nicht unerläßlich, sondern nur gerechtfertigt sein. In dieser Form kam die Resolution nach einigen leidenschaftlichen Appellen ihres Verfassers an die Versammlung und nach heftigen Debatten mit dem Kartellanwalt Scharlach in der Sektion und dann im Plenum zur Annahme. Sie trägt die Spuren des von ungeschickten Händen geführten Fleischermessers. Sagen doch darin die Herren Juristen, daß der staatliche Eingriff bei ungerechtfertigten Preissteigerungen gerechtfertigt sei . . ., das ist die unrühmliche Geschichte der Kartellresolutionen des Juristentags.

* * *

Menzel hatte in Berlin gemeint, die Notwendigkeit gesetzlicher Publizität der Kartelle sei communis opinio. Klein hingegen ist der Ansicht, die Publizität lasse heute schon — ohne gesetzliche Regelung — nichts zu wünschen übrig. Das ist unrichtig, denn auch heute wird die Existenz eines Kartells des öfteren erst nach seinem Ende bekannt, zum Beispiel war es so beim deutschen Kabelkartell und, wenn ich nicht irre, auch beim Kartell der österreichischen Brückenbauanstalten. Von den Kartellbeschlüssen gar nicht zu reden. Gesetzliche Pflicht der Publizität in irgendeiner Form — die zweckmäßigste Form zu finden, wäre Aufgabe des Juristentags gewesen — muß vielmehr die Basis jeder rechtlichen Regelung des Kartellwesens sein. Daß mit der Publizität allein noch nichts getan ist, ist selbstverständlich. Sie gibt uns allerdings Waffen gegen die Gesellschaftsordnung, aber die Kritik hält kein Kartell davon ab, seine Interessen zu verfolgen.

Der Juristentag schlägt also zwar vor, zu handeln, die Basis des Handelns fehlt aber in seinen Vorschlägen.

Wie aber der Juristentag überhaupt vorgehen will, was der eigentliche Inhalt seiner Vorschläge, das zu sagen hat er in seiner inneren Schwäche wohlweislich unterlassen. Selbst Tante Voß findet, das Reichsjustizamt wäre in höchster Verlegenheit, wenn es auf Grund dieses Beschlusses eine Gesetzesvorlage ausarbeiten wollte; aber sie entschuldigt. Das tun wir nicht. Klein ging in seinem Referat eine ganze Reihe von Aktionen durch, die gegen die Kartelle möglich sind, aus dem größten Teile seiner Worte klang eine tiefe Einsicht, auch in den Gutachten ist viel Gutes zu finden; weshalb dennoch nichts Positives als die Forderung der Koalitionsfreiheit in der Resolution verblieb, ist nicht so ohne weiteres einzusehen. Warum machte sich der Juristentag nicht unsere Forderung der Aufhebung von Zöllen zur Bekämpfung der Kartellpreise zu eigen? Klein hat die Berechtigung und die Durchführbarkeit solcher Maßregeln in seinem Referat anerkannt. Warum brachte er sie nicht in die Resolution, warum verzichtete er auf eine Präzision des „staatlichen Schutzes"? Sehr einfach. Unseres Wissens haben außer Klein nur zwei Redner ganz oder teil-

weise in diesem Sinne gesprochen, Liefmann in Berlin und Heymann in Innsbruck, beide Juristen von der nationalökonomischen Seite. Die große Masse der Juristen ist für solche Dinge einfach nicht zu haben, sie gehören den Mehrheitsparteien des deutschen Reichstags an, der die Anträge unserer Fraktion, die Handelspolitik als Kampfmittel gegen die Kartelle anzuwenden, wiederholt abgelehnt hat. Würde Klein also seine Resolution mit diesem positiven Vorschlag belastet haben, so wäre sie unrettbar untergegangen.

Auch mit einem zweiten Mittel, das ihm noch dazu viel mehr am Herzen liegt, wagte sich Klein nicht in die Resolution. Er erkennt vollständig, und darin ist er ja mit den Beschlüssen unserer Kongresse einig, daß man Kartelle und Kartellbeschlüsse nicht verbieten darf, daß auch mit Schadenersatzpflichtigkeit usw. nichts zu machen ist. Ein Eingreifen des Staates in die Geschäfts- und Preispolitik, jede andere als formelle Kontrolle wäre, so meinte er in Berlin unter dem verständnislosen Gelächter seiner Berufsgenossen, nur dann „vielleicht denkbar, wenn es ein entscheidendes staatliches Zentralproduktions- und Verteilungsamt gäbe, das organisch das gesamte Wirtschaftsleben lenkt". Deshalb fand Klein den Ausweg, die Kartelle bei der moralischen Seite zu fassen. Eine unter Beiziehung von Sachverständigen zusammengesetzte staatliche Kommission soll Beschwerden von Korporationen über ungerechtfertigte Preiserhöhungen untersuchen. Entscheidet die Kommission, die Kartellpreise seien unberechtigt, und halten die Mitglieder oder Leiter der Kartelle an den mißbilligten Preisen dennoch fest, dann geht ihnen die Fähigkeit zur Bekleidung gewisser bürgerlicher und beruflicher Ehrenämter wie Handelskammermitgliedschaft usw. verloren. Leider beging Klein die Unvorsichtigkeit, sich nicht zu vergewissern, ob eine solche moralische Seite bei Geschäftsleuten auch wirklich vorhanden ist. Und so antwortete ihm schon in Berlin Dr. Scharlach, ein Kartellgeburtshelfer mit zwanzigjähriger Praxis, der also seine Leute kennen muß, in heller Empörung: Die maßgebenden Personen der Industrie würden sich dafür bedanken, von einem derartigen Forum sich sagen zu lassen, ob sie richtig oder unrichtig handeln; sie würden schon vorher die Ehrenämter ablehnen. ...

Koalitionsfreiheit und entsprechende Zoll-, eventuell auch Frachtpolitik ist alles, was die Sozialdemokratie gegenüber den Kartellen verlangt. Sie ist sich dabei bewußt, daß sie mit ihren Forderungen direkt gegen verstärkte Tendenzen der Kapitalistenklasse kämpft, weil die Politik der Kartelle zu Zollerhöhungen und zur Knebelung der Arbeiterschaft drängt. Andere, die „eigentlichen" Arten der Kartellgesetzgebung, halten wir, wie der Amsterdamer Kongreß sagte, für „immer aussichtslos und manchmal reaktionär". Zu dieser Sorte Kartellgesetzgebung gehört jene, welche im Sinne der Resolution des Juristentags „auch im Bereich des Kartells Normen und Geist des herrschenden Privatrechtes uneingeschränkt zur Herrschaft bringen" will. In dieser Sache befand sich der Juristentag und sein Referent in der peinlichsten Lage. Wie ist es möglich, ohne reaktionär zu sein, gegenüber den Kartellen „jedermann den vollen und gleichen Schutz seiner Interessen wie im übrigen Rechtsverkehr" zu wahren? Darauf wußte Klein keine Antwort und hier wird die Rede und die Resolution am allgemeinsten und farblosesten. „Die großen Kapitalien", sagte Klein sehr richtig, „die Verbände der Unternehmungen, die Koalitionen hier und dort drohen und zwingen und beeinflussen die Willen in äußerlich höchst zivilisierten Formen, aber der Zwang, den sie ausüben, ist innerlich viel

elementarer als der, mit dem der Gesetzgeber bislang zu rechnen gewohnt war.“ Was aber dagegen tun? Mit Allgemeinheiten ist da nichts geholfen.

Schließlich — wir müssen es anerkennen, daß der Juristentag sich nicht auf eine Utopie oder einen reaktionären Vorschlag festgenagelt hat. Er ist so wenigstens den Gefahren entgangen, in die Fehler des begrabenen österreichischen Kartellgesetzentwurfes oder des neuen ungarischen Entwurfes zu verfallen.

Dieser ungarische Gesetzentwurf, verfaßt von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Mandel, mußte natürlich mit positiven Vorschlägen kommen. Sie sind echt ungarisch. Daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht mit einem Worte auch nur erwähnt wird, ist bei einem ungarischen Gesetzentwurf selbstverständlich; daß er auch die Zollpolitik aus dem Spiele läßt, ist begreiflich, denn hohe Schutzzölle gehören zu den heiligsten Gütern der herrschenden Klassen Ungarns. Aber schadenersatzpflichtig sollen die Kartelle gemacht werden und zwar in der folgenden Weise:

Es wird ein amtliches Kartellstammbuch errichtet, in welches sämtliche Kartellverträge eingetragen werden müssen — man bemerke, daß auch hier die obligatorische Publizität die Grundlage der Gesetzgebung bildet. Der Kartellvertrag kann angefochten werden und die Kartellparteien sind schadenersatzpflichtig,

1. wenn das Kartell, um einen Konkurrenten mattzusetzen, den Preis einer Ware so sehr herabsetzt, daß die Konkurrenz zu einem „allgemein usuellen Nutzen unmöglich gemacht wird“;

2. wenn die Kartellmitglieder einen Konkurrenten dadurch zu ruinieren suchen, daß sie ihm Rohmaterial und dergleichen nur zu erheblich erhöhten Preisen liefern, oder die Lieferung verweigern;

3. wenn die Kartellmitglieder die Lieferanten ihres Rohmaterials zwingen, ihnen zu erheblich reduzierten Preisen zu verkaufen oder, wenn sie den Ankauf von Rohmaterial überhaupt verweigern, so daß der Lieferant ruiniert wird.

Diese so ungemein weitgehenden Bestimmungen, die einen Unternehmer selbst dann schadenersatzpflichtig machen, wenn er nicht an bestimmte andere Unternehmer Waren verkauft oder von ihnen bezieht: diese Art der Kartellgesetzgebung verfolgt die ebenso reaktionäre als primitive Absicht, den Kartellen als solchen keinen Einfluß auf den Profit ihrer Abnehmer und Lieferanten zu gewähren. Gegen Preistreibereien, sei es in Lebensmitteln der arbeitenden Klassen, sei es in anderen Waren, gegen die Wucherprofite der Kartelle selbst richtet sich diese Gesetzgebung nicht. Daher macht sie auch von der Zollpolitik keinen Gebrauch. Aber jedes Kartell hat jeden Schaden zu ersetzen, den es dem Profit eines Kunden oder Lieferanten, auf welche Weise immer, zugefügt hat.

So sieht es aus, wenn man die Forderung des Juristentags, jedermann den „vollen und gleichen Schutz seiner Interessen“ gegenüber den Kartellen wie im übrigen Rechtsverkehr zu wahren, in die Praxis übersetzt. So ist es zu erklären, daß zur selben Zeit, da in Innsbruck die Juristen vom Staate — wie man weiß, in sehr allgemeiner Form — verlangten, er möge gegen übertriebene Preissteigerungen eingreifen, ein ungarischer Jurist einen Gesetzentwurf vorlegt, der den staatlichen Eingriff hauptsächlich bei Preisermäßigungen stipuliert. Vielleicht hätte der deutsche Juristentag auch dem ungarischen Vorschlag zugestimmt, wenn Klein ihn mit entsprechender Wärme vorgebracht haben

würde. Den Juristen wachsen eben die Kartelle über den Kopf und sie fühlen die Verpflichtung, sich selbst und der Menschheit zu verbergen, daß der Kapitalismus in seinen Endformen an allen Seiten das Spinnengewebe des „Rechtsstaats“ zerreißt. Was werden jetzt mit dem Votum des Juristentags die deutschen Reichsjuristen tun?

Die Geschichtstheorie und Philosophie des Sozialismus.

Von **E. Belfort-Bax.**

Die Frage betreffs der theoretischen, oder soll ich sagen ideologischen, Begründung des Sozialismus beschäftigt immerfort die spekulativen Köpfe unserer Bewegung. Es wird jetzt nahezu allenthalben von den Denkern der Partei anerkannt, daß der Sozialismus als menschliches Entwicklungsstadium sowohl eine eigene Auffassung der menschlichen Entwicklung überhaupt, mithin der Geschichte, wie eine eigene Weltansicht oder Philosophie erheischt. Unsere dahinstürmenden Vortrabsreiter der sozialistischen Spekulation legen jedoch, wie mir scheint, eine starke Neigung an den Tag, die Sache manchmal zu einfach und bequem zu machen. Sie wollen nämlich unumwunden mit allen Begriffen und Denkweisen reinen Tisch machen, die, wie sie meinen, ihre Wurzel in der Geisteswelt der früheren menschlichen Kultur haben, namentlich derjenigen, die unter der späteren „bürgerlichen Geisteskultur“ entstanden ist. Letzteres kommt in den beiden unbestreitbar fähigen Aufsätzen von Genosse Pannekoek („Neue Zeit“ 31—32, 1904) sehr zur Geltung.

In seinem lobenswerten Bestreben, irgendeinen Rückfall in die Religionsfaselei zu bekämpfen (sein Aufsatz ist speziell gegen Paul Göhre gerichtet), fordert Pannekoek eine besondere Philosophie des Marxismus. Da Marx jedoch selbst gar nicht, und Engels nur sehr dürftig die eigentlichen Themen der Philosophie gestreift haben, findet Pannekoek sein bahnbrechendes Genie, seinen proletarischen Verkünder dieser Umwälzung der Philosophie in dem verstorbenen Eugen Dietzgen. Von der bloßen negativen Kritik, die mit der theologischen Denkweise und altreligiöser Schwärmerei so gründlich in der Neuzeit aufgeräumt hat, will er auf eine positive Lehre über das philosophische Problem übergehen, einer Lehre, die etwas ganz Apartes sein soll, rein proletarisch und unbefleckt von aller Verwandtschaft mit den Lehren bisheriger Denker.

Nun, das erste, welches ich über dieses Verfahren zu bemerken habe, ist, daß die bisherige menschliche Entwicklung keine solche unvermittelten Neuschöpfungen aufzuweisen hat — Natura non facit saltum — die Anfänge der geschichtlichen Periode kennen in ihrer Weltansicht durchaus keinen Bruch mit derjenigen Weltauffassung, die, soweit unsere Kenntnis reicht, wir berechtigt sind, als die der Urgeschichte zu bezeichnen. Natura non facit saltum behält auch hier seine Geltung. Fetischismus, Allbeseelung, Ahnenkultus und alles, was damit zusammenhängt, deren Wurzeln weit zurück in die graue Vorzeit der Menschheit hineinragen, finden wir nicht weniger lebendig bis tief hinein in die Periode der Zivilisation und der Geschichte des Altertums. Daß sich ein Unterschied zwischen den beiden Perioden herausgestellt hat, will ich nicht leugnen, jedoch war er keineswegs von durchgreifender Natur. Zwischen dem griechisch-römischen Altertum und dem Mittelalter besteht ebenfalls kein geistiger Bruch. Das Mittelalter arbeitete, wenigstens zum Teil, mit der Weltauffassung

des späteren klassischen Heidentums; schließlich hat die bürgerliche Spekulation keine nagelneue Weltansicht zutage gefördert, sondern dieselbe war nur eine weitere Bearbeitung von Ideen, deren Keime wir im späteren Mittelalter finden und die sich einerseits durch die Reformation, andererseits durch die Renaissance ausgebildet haben. Diese Ergebnisse genügen uns, zu zeigen, daß wir keinen Grund haben, anzunehmen, daß die neue sozialistische Welt so gänzlich reinen Tisch machen wird mit der Wissenschaft sowohl wie auch mit den Resultaten des heutigen philosophischen Denkens der bürgerlichen Welt, wie Genosse Pannekoek zu meinen scheint. Gewiß wird mancherlei geändert, und vieles wird einen neuen Anstrich, eine neue Deutung erhalten. Alles, was bloß Überlieferung ist, wird zweifellos wegfallen, wie zum Beispiel die christlich-theologische Denkweise, welche die bürgerliche Welt von ihren früheren Zeiten angenommen hat. Die Erzeugnisse jedoch von ernsten und objektiven Denkern sowohl in der Philosophie als in der Wissenschaft werden nicht ohne weiteres in die Rumpelkammer geschleudert zugunsten einer neuen, nach Maß zugeschnittenen waschechten Philosophie, die sich proletarisch nennt, mit dem verstorbenen Dietzgen oder irgendeinem anderen Propheten an der Spitze.

Und nun, wie sieht es mit der von Pannekoek so vielgepriesenen Philosophie Dietzgens aus? Ist sie wirklich so ganz neu, eine Art Athene, die aus dem Kopfe von Zeus-Dietzgen entsprungen ist? Offen gestanden, in dem, was ich von letzterem gelesen habe, sowie auch in dem in knapper Form wiedergegebenen Umriß seiner Lehre von Pannekoek (Nr. 31, S. 141—142) finde ich wenig mehr als eine Wiedergabe der empirischen Lehren, die ungefähr während des dritten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts Mode waren, mit den ziemlich abgedroschenen Gemeinplätzen und den mit unterlaufenden Fehlschlüssen, die zu dieser Denkweise bekanntlich gehören. Wir werden zum Beispiel mit folgenden erbaulichen Thesen (wahr oder falsch, je nachdem man sie auffaßt) beglückt: „daß das Allgemeine, Ewige, Unbegrenzte der Begriffe nur in diesen Begriffen, nur im Geiste besteht, doch daß es da draußen in der Welt sich einzig und allein als Besonderes, Zeitliches und Beschränktes vorfindet. Das Allgemeine ist nichts als die Totalität der besonderen Dinge, das Beharrende ist nur die Zusammenfassung alles Vergänglichen; das Ewige ist nur die ununterbrochene Reihenfolge aller zeitlichen Erscheinungen. . . . Das Unendliche, Unermeßliche ist von der ganzen, nur aus Endlichem und Meßbarem bestehenden Welt nicht verschieden“ (S. 142). Man fragt sich: Sind denn diese Phrasen des britischen Empirismus der Weisheit letzter Schluß der philosophischen Seite des Sozialismus, der neuen Philosophie der proletarischen Denkungsweise?

Es kommt mir wirklich so vor (mit aller Ehrfurcht sei's gesagt), als wenn Genosse Pannekoek in seinen Ausführungen darüber von folgendem Syllogismus ausginge: es muß eine neue Philosophie von sozialem resp. marxistischem Geiste ins Leben gerufen werden und zwar von proletarischen Denkern, die zugleich Proletarier waren. Nun hat Dietzgen, der von Hause aus ebenfalls Proletarier war, den Versuch gemacht, eine derartige Philosophie zustande zu bringen; folglich darf man annehmen, daß die Philosophie Dietzgens das erwartete Losungswort der philosophischen Wahrheit sei. Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß Genosse Pannekoek solch fehlerhafter logischer Folgerungen schuldig ist, jedoch seine Ausdrucksweise macht uns diesen Eindruck, denn sonst wüßten wir nicht, weshalb Dietzgen durch seine Bearbeitung alter Thesen des

Empirismus des neunzehnten Jahrhunderts ein solcher Ehrenplatz zugewiesen würde. Jedoch läßt sich die Sache nicht so bequem machen. Viele der Thesen, die von Dietzgen und Pannekoek aufgestellt sind, mögen ihre Richtigkeit haben, sie lassen aber den Hauptstandpunkt der Philosophie beiseite liegen. Die deutsche klassische Philosophie in ihrer Entwicklung von Kant bis Hegel hat diesen eigentlichen Standpunkt der philosophischen-Betrachtungsweise in den Vordergrund gestellt, wir können sagen, zum Grundstein ihrer sämtlichen Systeme gemacht. Kant, Fichte, Schelling, Hegel und Schopenhauer, kurz die ganze Bewegung der klassischen Philosophie ging von dem Standpunkt aus, daß in letzter Hinsicht die Welt, alles was entsteht und vergeht, Bewußtseinsinhalt, Bewußtseinsobjekt oder Bewußtseinsbestimmung ist. „Die Welt ist meine Vorstellung", wie Schopenhauer sich am Eingang seines Hauptwerkes ausdrückt. Die erkennbare Objektwelt existiert nur als solche innerhalb des Rahmens einer „möglichen Erfahrung" oder eines „Bewußtseins überhaupt", wie Kant wiederholt betont. Daß Fichte, Schelling zum Teil und Schopenhauer mit voller Konsequenz den Willen als Grundlage und Prius dieses Bewußtseinssystems machten, während Hegel das Alpha und Omega desselben als logische Kategorie, das heißt als Gedanke auffaßte, ändert nichts an der Hauptsache, die uns hier interessiert, daß alles, daß die Welt, in letzter Hinsicht, nur Bewußtseinsinhalt, nichts als ein erkanntes oder bewußtes Objekt ist. Die Materie ist von diesem Standpunkt aus nichts als eine Synthese von Empfindungen und Gedanken, von Sinneseindrücken und logischen Kategorien. Damit ist nicht gesagt, daß die Welt von anderen Gesichtspunkten aus nicht zu betrachten wäre als gerade von diesem allumfassendsten. Nötig aber ist, zu betonen, daß dieselben immer abstrakt sind und mithin ihre Ergebnisse nie das letzte Wort der Philosophie im eigenen Sinne bilden können. Darunter gehört der Materialismus als alleinberechtigte Betrachtungsweise der Welt vom Standpunkt der Naturwissenschaft, die vom Bewußtsein als solchem abstrahiert und die Welt als ein unabhängiges System von räumlichen und zeitlichen Tatsachen und Begebenheiten betrachtet. Nur möchte ich beiläufig bemerken, daß, wenn ich eine Auslegung der wissenschaftlich-materialistischen Weltauffassung haben will, ich lieber Häckels „Welträtsel" in die Hand nehme als eine weniger kompetente und weniger ausführliche Auseinandersetzung dieses, an und für sich, so berechtigten Standpunktes, und dieses, trotzdem Häckel ein „bürgerlicher Denker" sein mag.

Von diesem materialistischen oder naturwissenschaftlichen Gesichtspunkt wird Bewußtsein selbst objektiviert als Eigenschaft des Individuums und ausschließlich als die Wirkung, oder besser als begleitende Erscheinung, der Vorgänge im Gehirn und Nervensystem. Von ihrem Gesichtspunkt aus ist unzweifelhaft der Materialismus im modernen wissenschaftlichen Sinne „Sieger" auf der ganzen Linie. Von dieser Betrachtungsweise aus hat es der Geist, wie Pannekoek sich ausdrückt, „mit allen anderen Dingen der Welt gemein". Er ist nur Begleiterscheinung der höchsten Stadien der organischen Entwicklung. Dieser Gesichtspunkt, so berechtigt er auch sein mag an seinem Platze, ist jedoch nicht gerade derjenige der Philosophie im spezifischen Sinne, obwohl als Zusammenfassung der Resultate wissenschaftlicher Forschung, und wird er häufig im populären Sinne so genannt.

Im Einklang mit seiner oben kritisierten Auffassung einer nagelneuen Weltanschauung für den Sozialismus, abgesondert von jedwedem Beigemisch früherer

Denkweisen, spricht Pannekoek von „bürgerlicher Philosophie“ und „proletarischer Philosophie“. Wie schon auseinandergesetzt, finde ich diese scharfen Trennungen höchst unzulässig. Philosophie (Erkennungstheorie, Metaphysik), das heißt die Analyse der Bedingungen, oder Voraussetzungen der Welt als Inhalt oder Objekt eines Bewußtseins überhaupt, bleibt Philosophie, ebenso wie Naturwissenschaft, das heißt die Lehre der Koordination der Phänomene der Welt in Raum und Zeit, Naturwissenschaft bleibt; oder wie die Mathematik als Lehre der abstrakten Verhältnisse von Raum und Zeit Mathematik bleibt. Möchte Genosse Pannekoek uns sagen, ob die vierte Proposition der euklidischen Geometrie zu einer feudalistischen, zu einer bürgerlichen oder zu einer proletarischen Mathematik gehöre, oder ob das chemische Gesetz, nach welchem die Proportion 88,89 Sauerstoff zu 11,11 Teilen Wasserstoff die Substanz Wasser macht, als der bürgerlichen oder proletarischen Wissenschaft angehörig zu betrachten sei. Jedoch möchte ich nicht mißverstanden werden, als wenn ich Zweifel hegte, daß eine Anpassung zwischen den materiellen und geistigen Faktoren eines jeden Stadiums der menschlichen Entwicklung stattfände. Gewiß ist das der Fall, wie ich schon am Eingang dieses Artikels betont habe, nur darf die Anpassung nicht etwa schablonenhaft, im Sinne einer scharfen Grenzlinie, angenommen werden; außerdem sind es nicht die Prinzipien selber der Philosophie, der Mathematik oder der Naturwissenschaft (natürlich insofern sie überhaupt wohl begründet sind), die in dieser Anpassung in Betracht kommen, als deren Anwendung und Formulation. Letztere sind es, die dem geistigen Horizont der neuen Weltära ihren besonderen Ausdruck verleihen.

Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung nehmen allzu gern an, daß das Verhältnis zwischen der materiellen und geistigen Seite der Entwicklung, respektive ökonomischen Struktur und herrschenden Ideen, der Kategorie von Ursache und Wirkung entspricht. Meiner Auffassung nach ist das vollkommen irrig, die äußerliche mechanische Kategorie von „Ursache und Wirkung“ reicht nicht hin, um die Tatsachen des Menschenlebens zu erklären. Die eigentliche Kategorie des letzteren überhaupt ist vielmehr diejenige von „Wechselwirkung“.

Diese verfehlte Betrachtungsweise wird noch durch fehlerhafte Vergleiche gestärkt. Man spricht immer von der nichtökonomischen Seite der gesellschaftlichen Entwicklung als dem Überbau. Ebensogut könnte man, oder gar noch besser, Anbau sagen, wenn man sich überhaupt dieses architektonischen Bildes bedienen will. Die Anfänge der Gesellschaft weisen keine Unterscheidungen zwischen ökonomischen, ethischen, politischen und intellektuellen Bestandteilen des Ganzen auf. Allmählich werden diese und andere Unterschiede immer mehr ausgeprägt und lassen sich in zwei Hauptunterschiede zusammenfassen, in diejenigen der ökonomischen und diejenigen der geistigen Entwicklungsreihe. Beide Reihen sind bis auf eine gewisse Grenze als gegenseitig bestimmend anzusehen und auch bis zu einer gewissen Grenze voneinander unabhängig. Jedoch auf diese Themen genauer einzugehen, würde mich zu weit führen. Ich habe nur soviel gesagt, um die Position, die ich gegen Genosse Pannekoek einnehme, klarer zu machen. Kurzum, aus diesen erwähnten Gründen scheint es mir unangebracht zu sein, eine scharfe Linie zwischen bürgerlicher Philosophie und proletarischer Philosophie zu ziehen, wie es Genosse Pannekoek tut.

Die gewerblichen Vergiftungen.

Von **Emanuel Wurm.**

(Schluß.)

Professor Lewin forderte in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ (Nr. 25 vom 16. Juni dieses Jahres) durchgreifende sanitäre Maßnahmen und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit für Giftarbeiter. Er begründete dies mit der hohen Gefährlichkeit des Berufs, die durch die Unerfahrenheit des Arbeiters noch gesteigert wird. Zutreffend sagt Lewin:

„Haben Gebildete reichlich die Gelegenheit, sich über die biologische Wirkungsbreite der von ihnen untersuchten Giftstoffe zu unterrichten, so ist der Arbeiter, den des Lebens harte Notwendigkeit dazu zwingt, von morgens bis abends, jahraus jahrein mit solchen Stoffen umzugehen, in dieser Beziehung schlimmer daran. Er kann die Wahrheit über den auf ihn einwirkenden Schädiger seiner Gesundheit nicht oder nicht ganz erfahren, und erst dann erhält er davon Kunde, wenn er zur Rechten und Linken von seinem Arbeitsplatz Opfer fallen sieht oder an seinem eigenen Leibe die verderbliche Wirkung desselben wahrnimmt. Solange das letztere aber nicht eintritt, ist er immer noch geneigt, das, was er an anderen an Gesundheitsschädigung sieht, als etwas Zufälliges anzusehen, als eine Erkrankung, wie sie hier und da einen Menschen trifft, etwa wie eine Lungenentzündung oder einen Typhus, und nicht als eine eiserne Notwendigkeit, die auf chemischen Naturgesetzen beruht, jenen Gesetzen, die überall da in die Erscheinung treten, wo chemische Wechselwirkung zwischen einem Gifte und dem Körpersubstrat bei vorhandener Wahlverwandtschaft sich vollziehen. Selbst in den Zentren der Aufklärung gibt es viele Arbeiter, die der Gefahr aus Unwissenheit stumpf gegenüberstehen.“

Lewin verlangt daher „von den Leitern der Fabriken chemischer Produkte, daß sie die Arbeiter nicht nur in allgemein hygienischer Hinsicht insoweit gerade schützen, als vielleicht bestehende Gesetze oder Vorschriften dies verlangen, sondern weit darüber hinaus, speziell mit Rücksicht auf die Eigenart der einzelnen dargestellten Stoffe.“ Ja, bereits „in der Volksschule sollte die gewerbliche Giftgefahr geschildert werden oder, wenn sich dort keine Zeit findet, in der Fortbildungsschule“.

Die letzteren Vorschläge sind gewiß sehr zu beachten und ihre Durchführung würde manchen Arbeiter zu größerer Vorsicht veranlassen. Wünschenswert sind auch die gleichfalls von Lewin geforderten „Einzelschilderungen für jeden Giftbetrieb, die auf wenigen Seiten die Gefahren und die Mittel zu ihrer Verhütung, auch für den einfachsten Verstand leicht faßbar, darstellen müßten. In Hunderttausenden von Exemplaren sollten solche Aufklärer und Wissensverbreiter hergestellt werden. Sie sollten in die fernab vom Verkehr gelegene Bleihütte ebensogut gelangen, wie in die Werkstuben der Großstadt und in die enge Behausung des Heimarbeiters“.

Sicherlich ist solche Aufklärung dringend erforderlich. Aber sie allein vermag den Arbeiter vor den Gefahren seiner Tätigkeit nicht zu schützen. Die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer und seine Abhängigkeit von diesen zwingen ihn, sich in die Gefahr zu begeben, wenn er nicht entlassen und durch einen anderen, weniger aufgeklärten oder weniger sich bedenkenden Arbeiter ersetzt werden will. Lewin spricht das zwar nicht deutlich aus, aber er kommt zu

dem richtigen Schlusse, daß die Belehrung über die Giftgefahr weniger eine direkte als eine indirekte Wirkung zugunsten der Gefährdeten ausüben soll, indem sie „den Impuls zu einer machtvollen Bewegung von den Betroffenen aus zuwege bringt und auch indirekt veranlaßt, daß weit mehr praktische Schutzarbeit wie bisher auf diesem Gebiet geleistet wird“. Unstreitig ist ja die Unwissenheit der Arbeiter hinderlich für die Durchführung von Schutzbestimmungen. „Arbeiter und Arbeiterinnen“, schreibt Lewin, „würden durch ihr Wissen befähigt werden, die ihnen dargebotenen Schutzmaßregeln, die sie gar nicht selten als einen Zwang empfinden, verstandesmäßig zu gebrauchen.“

Aber die Belehrung allein ist nicht imstande, den erforderlichen Schutz zu bieten, wenn nicht gleichzeitig die erforderlichen gesetzlichen Schutzvorschriften vorhanden und durchgeführt sind. Lewin überschätzt die Willensfreiheit der Arbeiter in der kapitalistischen Produktionsweise ganz bedeutend, wenn er meint: „Wo den Arbeitern ein solcher Schutz nicht gewährt wird, wo Giftarbeit von ihnen unter unzulänglichen Verhältnissen, mit untauglichen Mitteln verlangt wird, würden sie (bei genügender Aufklärung über die Gefahr) solche Giftarbeit aus dem elementarsten, jedem Menschen zuzubilligenden Selbsterhaltungstrieb heraus, nicht machen.“ Das klingt, als ob die Arbeiter solcher Berufe in jedem Einzelfall die Arbeit verweigern könnten. Gewiß wäre das die richtige Antwort auf die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, würde aber in den meisten Fällen mit deren Siege enden. Sind doch gerade die Arbeiter in der chemischen Industrie sehr wenig gewerkschaftlich organisiert, was zum Teile durch ihre abspannende, jede Energie untergrabende Tätigkeit bedingt wird, zum Teile dadurch, daß sie sich aus der an und für sich recht indifferenten Schicht der ungelernten, häufig ihren Beruf wechselnden Arbeiterschaft rekrutieren.

Lewin kommt aber schließlich selbst zu der richtigen Schlußfolgerung, die Aufklärung der betroffenen Arbeiter soll dazu dienen, ihnen begreiflich zu machen, „daß für sie das Erringen von kurzen Arbeitszeiten — etwa nur vier Stunden täglich in einem derartigen gefährlichen Betrieb — eine Verlängerung des Lebens bedeutet“ und daß sie auch danach handeln.

So richtet denn auch Lewin seine Forderungen an den Staat: für gewisse Giftbetriebe ist eine gewisse Normalarbeitszeit, Ausschluß von Frauen und Kindern und striktes Verbot der Heimarbeit mit giftigen Stoffen gesetzlich zu bestimmen. Von der Volksaufklärung erwartet er nur, daß sie „die nicht vermeidbare gefahrvolle Arbeit in ihrer Gefährlichkeit vermindert“.

Diese Abgrenzung des Wirkungsgebiets von Gesetzgebung und Aufklärung entspricht vollkommen den von der Sozialdemokratie gemachten Vorschlägen, fand aber gerade in den Reihen der Ärzte, von denen Lewin Unterstützung erwartete, sofort scharfen Widerspruch.

In Nr. 37 der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ vom 8. September dieses Jahres erklärt ein Dr. Brat, seines Zeichens Vertrauensarzt der Stralau-Rummelsburger Anilinfabrik, daß sowohl seitens der Gesetzgebung als der Unternehmer schon außerordentlich viel zur Verhütung der Giftgefahr geschehen sei. Er wolle zwar die gegenwärtigen Zustände „nicht als ideale bezeichnen“, aber eindringlich warnt er davor, daß die Gesetzgebung etwa „Übereifer“ an den Tag lege, denn — und das ist das wesentlichste seiner Ausführungen — „die Gesetzgebung muß ihre Aufgabe, die Interessen auszugleichen, im Auge behalten.“

Dieser Ausgleich der Interessen heißt ins Deutsche übersetzt: Zurücksetzung der Interessen der Arbeiter hinter die der Unternehmer. Erst der Profit, dann das Menschenleben; kommen beide miteinander in Kollision, so darf man nach Brat ja nicht den Profit hintansetzen, sondern muß ihm sein Vorrecht belassen. Der Fabrikarzt Brat wird zum begeisterten Lobredner der Unternehmer in der chemischen Industrie, beweist aber dadurch nur, daß er es wirklich verdient, ihr Vertrauensarzt zu sein. Er rühmt, daß die deutsche chemische Industrie so viel für das Wohl ihrer Arbeiter getan habe wie keine andere; sie könne es auch, denn ihre wirtschaftliche Blüte erlaube es ihr. *Kurze Arbeitszeit und hohe Löhne* seien neben Wohlfahrtseinrichtungen, Pensions- und Unterstützungskassen und Arbeiterurlaub die Merkmale für die Versorgung der Arbeiter in der chemischen Industrie! Deshalb sei das Eingreifen des Staates überflüssig, denn aus eigener Initiative der Unternehmer geschehe reichlich genug! Die Arbeitszeit auf etwa vier Stunden täglich zu kürzen, sei *ein ganz willkürlicher Vorschlag* Lewins. „Zu solchen auf nicht genügende Kenntnis des praktischen Gebiets beruhenden Vorschlägen respektive Maßnahmen *wird sich der Staat nie und nimmer entschließen.*“

Zutreffend antwortet ihm Lewin (ebenfalls in Nr. 37 der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“): „Wäre Herr Brat *Fabrikbesitzer* statt Fabrik*arzt*, so könnte ich wohl verstehen, wie er zu der Epistel gekommen ist.“ Dem Lobhymnus auf die vortrefflichen Einrichtungen der chemischen Fabriken tritt Lewin energisch entgegen, verspottet Brats Angst vor der Einmischung des Staates in den inneren Betrieb der Fabriken und erklärt:

„Von Herabsetzung der Arbeitszeit mit Giften will Herr Brat, der Arzt, nichts wissen. Er findet sogar, daß die Giftarbeiter gesundheitlich besser stehen, ihre Lebensdauer besser als bei Nichtgiftarbeitern ist. Ein schöner Fund! Wie haben sich doch mit mir alle geirrt! Tatsächlich haben bereits große Giftbetriebe es eingeführt, daß Arbeiter nur ungefähr vier Stunden täglich mit dem Gifte in Berührung kommen. Dies scheint Herr Brat aber nicht zu wissen!“

Wir haben bereits oben (siehe S. 28) gezeigt, daß schon 1897 die deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten eine Verkürzung der Arbeitszeit in giftigen Betrieben bis auf sechs Stunden und weniger forderten, während sie auf die traurigen Folgen des *meist vorhandenen zwölf- bis dreizehnstündigen Arbeitstages* hinwiesen.

Was die *Höhe der Arbeitslöhne* betrifft, so gibt darüber zunächst die Aufstellung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie eine Auskunft, die zu der Behauptung Brats in schroffem Widerspruch steht. Nach dem letzten Bericht waren im Jahre 1902 in der chemischen Industrie 165889 Betriebsbeamte und Arbeiter beschäftigt, die insgesamt $159^2/_3$ Millionen Mark Lohn erhielten. Das macht pro Kopf des Beschäftigten *962 Mark jährlich*, mithin einen Tagelohn von etwa 3,20 Mark. Das ist doch gewiß kein hoher und kein auskömmlicher, sondern ein niedriger Lohn! Wenn der Durchschnittslohn, der von sämtlichen Berufsgenossenschaften in Rechnung gestellt wird, noch niedriger ist — er beträgt 804 Mark —, so wird dies dadurch bewirkt, daß einige Berufe, in denen viel Frauen und jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, sich mit ganz geringen Jahreslöhnen an den Pranger stellen, so die Berufsgenossenschaften der Nahrungsmittelindustrie mit 490 Mark, die Textil-, Tiefbau-, Tabakberufsgenossenschaft mit 500 bis 560 Mark. Dagegen zeigen

die meisten Großindustrien höhere Durchschnittslöhne als die chemische Industrie, so die Knappschaftsberufsgenossenschaft 1154 Mark, die Eisenindustrie 1091 Mark usw.

Warum teilt übrigens Herr Brat nicht die „höchsten Löhne“ mit, die in der Fabrik, welche ihm ihr Vertrauen schenkt, gezahlt werden? Nach Mitteilungen, die uns von den Arbeitern der chemischen Fabrik auf Aktien (vormals E. Scharing) zu Berlin und Charlottenburg gemacht wurden, beträgt der Anfangslohn 3 Mark pro Tag, 18 Mark pro Woche, nach einem halben Jahr werden 1,20 Mark pro Woche zugelegt, weitere Zulagen behält sich die Direktion vor, doch steigt sie nie über 22,20 Mark, die nach elf Jahren erreicht werden; nur einige wenige Arbeiter, die bereits fünfundzwanzig Jahre dort tätig sind, erhalten 24 Mark.

Die Arbeitszeit ist zwar regulär nur zehn Stunden, sehr häufig sind aber Sonntagsarbeit und Überstunden, die zum gleichen Lohnsatz wie die reguläre Arbeit bezahlt werden; oft wird zwölf bis dreizehn und noch mehr Stunden gearbeitet. Dieser Überstundenlohn kommt auch in der Lohnsumme, die der Berufsgenossenschaft mitgeteilt wird, zum Ausdruck! Dadurch erscheint der auf jeden Beschäftigten entfallene Lohn höher als er bei regulärer Arbeitszeit ist. Man würde daher einen viel zu hohen Stundenlohn erhalten, wollte man den Durchschnittslohn mit der Zahl der Arbeitsstunden bei zehnstündiger Arbeitszeit dividieren; zieht man die Überstunden mit in Betracht, so ist der Lohn weit niedriger. Statistische Angaben sind darüber allerdings nicht vorhanden, aber die Mitteilungen der Arbeiter lauten übereinstimmend dahin, daß ihr durchschnittlicher Lohn für reguläre Tagesarbeit zwischen 3 Mark und 3,70 Mark schwankt, also keineswegs ein hoher ist, namentlich bei der ungesunden Beschäftigung. Ja, der Verein chemischer Fabriken in Mannheim hat im Jahre 1903 nur 2,40 Mark bis 3 Mark Tagelohn bezahlt. Dabei erzielten diese Fabriken 16 Prozent Dividende. Und die dreiundzwanzig deutschen chemischen Fabriken, welche Aktiengesellschaften waren, kamen im Jahre 1900 bei einem Betriebskapital von 155½ Millionen Mark auf 11,1 Prozent Dividende.

Die chemischen Fabriken sind es nicht allein, welche giftige Stoffe verarbeiten und dabei rücksichtslos die Gesundheit der Arbeiter preisgeben — es geschieht auch dort, wo durch Bundesratsverordnung besondere sanitäre Einrichtungen und Maximalarbeitszeit vorgesehen sind, wie zum Beispiel bei den Quecksilber-Spiegelbelegen, für die im Winter eine achtstündige, im Sommer eine sechsstündige Arbeitszeit festgesetzt ist. In dieser Industrie werden, wie es in einer Schilderung hieß, die von einer nichts weniger als sozialistischen Seite kam, „die Arbeiter durch elende Hungerlöhne nicht nur aufs Äußerste ausgebeutet, sondern durch die Gefährlichkeit des Betriebs auch in ihrer Gesundheit zerrüttet, und angesichts der beklagenswerten Degeneration der beteiligten Bevölkerung wäre es eine Errungenschaft für Deutschland und ernstlich anzustreben, wenn diese vom national-wirtschaftlichen Standpunkt aus geradezu schädliche Industrie beseitigt werden könne.“

Man wird staunen, daß es die „Kreuzzeitung“ war, die sich so energisch gegen die Verelendung der Arbeiter äußerte, aber sie tat es freilich nicht um deren Dank, sondern aus Haß gegen die nach Amerika exportierende und darum gegen den Kornwucher protestierende Spiegelindustrie. Gleichwohl — die Tatsache, daß diese die Arbeiter zugrunde richtet, bleibt bestehen. Und gleiche

Mißstände sind in zahlreichen Industrien vorhanden, auch in solchen, deren Endprodukte gar nicht giftig sind, die aber zu ihrer Herstellung giftige Hilfsmittel benutzen. Wir erinnern nur an die Gummifabriken, in denen Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefel so große Verheerungen unter den Arbeitern anrichten, daß zum Beispiel in der Gummifabrik zu Hildesheim nach dem Gewerbeaufsichtsbericht für 1897 29 Prozent der Arbeiter mit durchschnittlich je 13 Tagen und 42 Prozent der Arbeiterinnen mit durchschnittlich je 12 Tagen erkrankten. Der Aufsichtsbeamte bemühte sich, eine bessere Lüftung der Arbeitsräume zu erreichen, die Direktion verhielt sich aber ablehnend! Dabei werfen diese Fabriken 20 bis 30 Prozent Dividende ab! Und welch miserable Löhne werden gezahlt! Nach den Angaben der Berufsgenossenschaft waren die Tagelöhne für erwachsene männliche Arbeiter 2,45 bis 3,62 Mark, für weibliche 1,55 bis 1,83 Mark!

Also von den hohen Löhnen und der kurzen Arbeitszeit ist auch hier nichts zu spüren, sowenig wie in der chemischen Industrie, als deren Lobredner sich Dr. Brat spreizt.

Zum Schutze der durch giftige Stoffe gefährdeten Arbeiter muß die Gesetzgebung einschreiten und zwar durch weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit und besondere Schutzvorschriften. Dieser Forderung, die unsere Fraktion durch ihren bereits erwähnten Antrag zum Ausdruck brachte, hat sich auch die Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz angeschlossen, die Ende September in Basel zusammentrat. Sie erklärte sich für folgende Grundbedingungen zur systematischen Bekämpfung aller gewerblichen Vergiftungen, wie zum Beispiel durch Blei, Quecksilber, Arsen, Chrom, Anilin usw.:

„1. Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen für die Ärzte und Krankenanstalten an die zuständigen sanitären Aufsichtsbehörden. Den Ärzten ist für diese Arbeitsleistung ein entsprechendes Entgelt zu bieten.

2. In Ländern, in welchen die gesetzliche Pflicht zur Krankenversicherung besteht, sind die Ärzte der Betriebe, welche gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, in eine von den Betriebsinhabern unabhängige Stellung zu bringen.

3. Die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte ist der Anzeigepflicht durch die Betriebsinhaber unterworfen.

4. Den Krankenkassenleitungen ist nahe zu legen, daß den Gesundheitsverhältnissen ihrer in Giftbetrieben tätigen Mitglieder im eigenen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist und daß sie über diese gefährdeten Betriebe spezielle Morbiditätsausweise an die Gewerbebehörden zur Bekämpfung der Vergiftungsursachen vorlegen.

5. Das Studium und die Kenntnisse gewerblicher Vergiftungen sind beim Unterricht der medizinischen Wissenschaft besonders zu fördern und die jungen Ärzte auf die wichtige prophylaktische Tätigkeit, die für den systematischen Gesundheitsschutz aller gewerblichen Arbeiter notwendig ist, in besonderen Kollegien aufmerksam zu machen.

6. Zur fachmännischen Beaufsichtigung der Betriebe, welche gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, sind neben den unabhängigen Kassenärzten speziell gewerbehygienisch geschulte Ärzte zu betrauen.

7. Die Arbeitszeiten der Giftarbeiter sollen nach der Schwere der Vergiftungsgefahr geregelt werden.

Das Bureau wurde beauftragt, eine Sachverständigenkommission zu ernennen mit dem Auftrag, eine Liste derjenigen chemischen Substanzen aufzustellen, die den Charakter von Industriegiften tragen und diese Gifte in der Reihenfolge ihrer Gefährlichkeit anzuführen.

Das Bureau soll diese Liste in geeigneter Weise zur allgemeinen Kenntnis bringen."

Diese Beschlüsse der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz werden aber ohne jede Wirkung bleiben, wenn nicht die Arbeiter selber durch politische wie gewerkschaftliche Agitation einen Druck auf die Regierungen wie auf die Unternehmer ausüben. Namentlich die Gewerkschaften sollten während der kommenden Reichstagssession, in der der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung kommt, die Arbeiter giftiger Betriebe zu zahlreichen Versammlungen veranlassen, in denen die meist nur im engsten Berufskreis bekannten Mißstände öffentlich zur Sprache gebracht werden. Das Zentrum, von dem die Annahme unseres Antrags abhängt, wird nur durch einen starken Druck von unten nach links hinüber zu zwingen sein.

Literarische Rundschau.

R. Friedeberg, **Parlamentarismus und Generalstreik.** Berlin SO. 16, Verlag „Die Einigkeit". 32 S. 10 Pf.

Das Studieren und Diskutieren des politischen Massenstreiks ist eine notwendige Sache geworden und sehr erwünscht wäre eine Broschüre, die sich geeignet erwiese, eine Grundlage dafür zu geben.

Die vorliegende Broschüre ist für diesen Zweck leider völlig untauglich, denn den politischen Massenstreik untersucht sie gar nicht; sie handelt bloß vom Generalstreik in anarchistischem Sinne, dem Streik, der nicht eine Waffe im politischen Kampfe sein soll, für den Fall, daß die anderen Waffen versagen, sondern der an Stelle des politischen Kampfes treten soll. Hier handelt es sich nicht um eine neue Waffe, die unserer bisherigen Taktik unter Umständen einverleibt werden kann, ohne an deren Grundsätzen das geringste zu ändern, sondern es handelt sich um den Umsturz aller Grundsätze unseres politischen Handelns, die für die deutsche Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen gelten.

Als ich den Bericht des „Vorwärts" über die Rede las, die Friedeberg am 3. August über den Generalstreik hielt, erschien er mir übertrieben. Ich hoffte, ein genauer Bericht werde sie in milderem Lichte erscheinen lassen. Aber ihre jetzige von Friedeberg selbst veranstaltete Ausgabe zeigt, daß der Bericht noch zu günstig für ihn war, daß Friedeberg tatsächlich eine Auffassung vertritt, die mit der Sozialdemokratie kaum noch etwas gemein hat.

Das soll nicht Ketzerriecherei sein. Jeder, der Friedeberg kennt, schätzt ihn hoch; aus der Broschüre selbst weht ein wohltuender Geist mannhaften Bekennermuts. Aber das enthebt uns nicht der traurigen Notwendigkeit, gestehen zu müssen, daß mit den von ihm jetzt vertretenen Anschauungen ein fruchtbares Wirken im Rahmen der deutschen Sozialdemokratie unvereinbar ist.

Ein paar Sätze aus seiner Vorrede genügen, das klarzulegen:

„Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer, ist ein psychologischer.... Der Parlamentarismus als Schöpfer der Gesetze steht in unlösbarem Widerspruch mit unserem wahren Endziel der freien Persönlichkeit, das heißt der Befreiung des Menschen von jeder äußeren Bindung. Das Streben nach der Besitzergreifung des Staates, nach Erringung der politischen Macht setzt notwendigerweise weitere

Herrschaft voraus und läßt dadurch die von uns angestrebte ökonomische Freiheit ohne völlig freie unbeherrschte Persönlichkeit als eine Utopie erscheinen."

Das sind rein anarchistische Gedanken, wie denn Friedeberg auch selbst erklärt, dem sozialdemokratischen Ideal müsse hinzugefügt werden das Ideal des Anarchismus.

Leider sind Sozialdemokratie und Anarchismus zwei Gedankenrichtungen, die sich miteinander nicht vereinigen lassen, die einander ausschließen. Sie brauchen sich nicht unter allen Umständen notwendig zu bekämpfen; wo sie unabhängig voneinander existieren, können sie, wie das in Deutschland seit längerer Zeit der Fall, nebeneinander bestehen, ohne sich wehe zu tun. Sobald man sie aber in einer Partei vereinigen will, sind die schlimmsten Friktionen unvermeidlich. Für anarchistische Propaganda ist in der Sozialdemokratie kein Platz. Das muß Friedeberg in aller Freundschaft, aber auch mit aller Entschiedenheit gesagt werden. K. Kautsky.

Dr. Hugo Herz, Privatdozent an der deutschen technischen Hochschule in Brünn, **Die Heimarbeit und der Notstand der Heimarbeiter in der mährischen Textilindustrie.** Brünn 1904, Fr. Irrgan. 75 S. 8⁰.

Zeichnet sich die Schrift in theoretischer und methodischer Weise nicht aus, so enthält sie doch eine Reihe tatsächlicher Mitteilungen, die zwar zum geringsten Teile auf eigener Untersuchung beruhen, aber doch ein nicht leicht zugängliches gedrucktes Material ausnutzen, so daß die Schrift für die Interessenten an der Hausindustrie im allgemeinen, der Textilindustrie im besonderen und der österreichischen Wirtschaftsverhältnisse empfohlen werden kann. Wenn wir eingangs die mangelhafte Originalität der Untersuchung erwähnten, so geschah es nur um deswillen, weil der Verfasser, der die Literatur auf diesem Gebiet durchaus nicht zu beherrschen scheint, dem vieles neu ist, was vor fünfundzwanzig Jahren schon publiziert war, in seinem Vorwort erklärt, die Wege weisen zu wollen, die die wissenschaftliche Forschung einzuschlagen hätte, um in ein nahezu unbekanntes Gebiet zu dringen. Man kann über die deutsche nationalökonomische Forschung noch so abfällig urteilen, man wird ihr das Verdienst nicht streitig machen können, daß sie zur Beleuchtung der Gewerbeentwicklung, insbesondere zur Aufhellung der Stellung der Hausindustrie innerhalb der gewerblichen Betriebssysteme und zur Klarstellung der hausindustriellen Zustände sehr viel Wertvolles geleistet hat. Ja man kann behaupten, daß gerade dieses Gebiet der Gewerbepolitik theoretisch und deskriptiv besser behandelt ist als die meisten anderen. Deswegen wirkt es etwas komisch, wenn der Verfasser uns mit einer in keiner Weise originellen Behandlung des Stoffes neue Wege weisen will. Wer diese höchst dankenswerte Aufgabe übernimmt, der muß die alten Wege schon kennen und wissen, daß sie nicht oder nur auf Umwegen zum Ziele führen. Aus dem Vergleich der letzten deutschen Berufsstatistiken wissen wir, daß im Gegensatz zu den meisten anderen Hausindustrien die zur Gruppe der Textilindustrie gehörigen im raschen Rückgang begriffen sind. Für Mähren und Österreichisch-Schlesien finden wir eine Steigerung der Heimarbeiterzahl von 1891 auf 1901. Wir finden auch daß die Zahl der Textilarbeiter im allgemeinen gewachsen ist, daß aber die hausindustrielle Textilindustrie gegenüber der fabrikmäßigen einen relativen Rückgang aufzuweisen hat. Was in Deutschland mit seiner höheren ökonomischen Entwicklung außerordentlich stark in Erscheinung tritt, ist erst andeutungsweise zu erkennen in Mähren und Österreichisch-Schlesien, hochindustriellen Provinzen des im allgemeinen hinter Deutschland ökonomisch zurückgebliebenen Österreich. Eine andere Massenerscheinung kommt in den hausindustriellen Bezirken scharf zum Ausdruck: eine starke Bevölkerungsabnahme in fast allen hausindustriellen Bezirken mit einer Bevölkerung deutscher Umgangssprache, während nur in der Minderzahl der tschechischen Weberbezirke die Bevölkerungsabnahme festzustellen war. Ungünstigere wirtschaftliche Lage, starke Degeneration der Bevölkerung infolge der durch viele Generationen der Textilindustrie zugewandten Beschäftigung sind hier die Erklärungsgründe für die auffallende Verschiedenheit in den nicht nur national, sondern auch wirtschafts-

geschichtlich und in Hinblick auf die Einkommensverhältnisse voneinander verschiedenen Bezirken.

Der Verfasser gibt auch einige Haushaltungsrechnungen wieder. Er stellt gegenüber besser gestellte Heimweber und durchschnittlich gestellte Fabrikweber mit ziemlich gleichem Familienstand; es ergibt sich da zum Beispiel, daß ein Heimweber wöchentlich 20 Heller (17 Pfennig) für Fleisch ausgab, der Fabrikweber dagegen 2 Kronen (1,70 Mark), bei Milch war das Verhältnis 30 Heller zu 2,94 Kronen, bei Gemüse 16 Heller zu 1 Krone, bei Fett 20 Heller zu 1 Krone, dagegen gab der Heimweber wöchentlich mehr aus für Kartoffel, für Butter (36 Heller gegenüber 34 Heller beim Fabrikweber), für Tabak. Die Lebensmittelausgaben pro Jahr betrugen bei dem Heimweber in Römerstadt 186 Kronen 16 Heller pro Jahr, bei einem Fabrikweber 520 Kronen, die Gesamtausgaben 351 Kronen 31 Heller, bei einem Fabrikweber 804 Kronen. Über die Kleidung wird mitgeteilt: „Die Kinder der Hausweber laufen trotz der strengen Winterkälte nackt und unbeschuht herum, die Erwachsenen haben öfters nur ein Hemd am Leibe und können deshalb vom Herbste bis zum Frühjahr nicht an die Luft hinaus." Kinder und Erwachsene, zwei bis drei Personen, schlafen in einem Bette, Webergehilfen sogar auf dem mit etwas Stroh gedeckten Ziegelpflaster der Dachböden.

Wir sind mit dem Verfasser einverstanden, wenn er schreibt:

„Die Überschätzung, welche der Errichtung von Fachschulen vielfach zuteil wird, wird keineswegs durch die Erfolge gerechtfertigt. Es ist damit auch schon gesagt, daß der Übergang der Hausweberei zur Herstellung besser bezahlter Artikel durch Schulen allein kaum merklich gefördert wird." Richtig ist auch, wenn der Verfasser sagt: „Die dringendste, sofort ohne gesetzgeberischen Apparat herzustellende Reform wäre die Ausschaltung des Faktors zwecks Abhaltung von Verkürzungen von Lohnzahlungen." Interessant ist auch die Darstellung, wie die Faktoren eine Organisation zerstört haben, die mit einigem Erfolg den direkten Verkehr zwischen den sogenannten Fabrikanten und den Heimarbeitern anbahnte. Endlich empfiehlt der Verfasser die staatliche Arbeitsvermittlung, wir haben gegen diese nichts einzuwenden, versprechen uns aber nicht soviel von ihr wie der Verfasser.

Endlich sei erwähnt, daß das Schriftchen durch eine reichliche Anwendung von Austriazismen auffällt. ad. br.

Dr. Karl Pribram, **Der Lohnschutz des gewerblichen Arbeiters nach österreichischem Recht.** (Wiener staatswissenschaftliche Studien, herausgegeben von Edmund Bernatzik und Eugen v. Philippovich in Wien. 5. Band, 2. Heft.) Wien und Leipzig 1904, Franz Deuticke. VII und 152 S. 8°.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Lohnauszahlung, Lohnbeschlagnahme usw. lauten, soweit sich die Spezialgesetzgebung damit befaßt hat, in Österreich und im Deutschen Reiche im wesentlichen gleich. Da nun die Literatur in deutscher Sprache wenig zusammenfassende Darstellungen über diesen Gegenstand besitzt, so wird die hier angezeigte Schrift, welche mit juristischem Scharfsinn, sozialpolitischem Wissen und eifriger Benutzung der Literatur verfaßt ist, auch in Deutschland ihre Leser finden. Klar erkennt der Verfasser, daß die ganze Gesetzgebung auf diesem Gebiet zum größten Teile Stückwerk ist. „Ihre Vorschriften sind Kinder der Not, sie soll bestehenden Mißbräuchen abhelfen und trägt nur den Charakter einer im wesentlichen negativen Sozialpolitik. . . . An die eigentlich tiefsten Wurzeln der Mißstände vermag die Lohnschutzgesetzgebung nicht zu rühren, an das in der ganzen Wirtschaftsorganisation begründete Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Unternehmer. Was wirksame Lohnschutzgesetze unter der Voraussetzung ihrer Durchführung erreichen können, ist im wesentlichen nur dieses: Beseitigung der Mißstände bei Lohnvereinbarung und Lohnzahlung, Befreiung des Arbeiters vor jedem Eingriff des Arbeitgebers in Lohnforderung und ausgezahlten Lohn, vor jedem direkten oder indirekten Zwange in der Verwendung des erarbeiteten Lohnes." Im wesentlichen be-

handelt der Verfasser 1. den Schutz des Arbeiters vor Übervorteilung bei der Lohnzahlung (Truckschutz oder Lohnzahlungsschutz), 2. den Schutz des Arbeiters vor Eingriffen in den Lohn (Schutz gegen Lohnminderung), 3. den Schutz des Arbeiters vor Beeinflussung in der Verwendung des Lohnes, 4. den Schutz des Arbeiters gegen Nichtzahlung des Lohnes, 5. den Schutz des Arbeiters vor einer seinen Bedürfnissen nicht entsprechenden Verlegung der Zahlungszeit. In der Behandlung des Truckverbots bemerkt der Autor sehr richtig, daß die ganze Regelung des Lohnzahlungswesens nur von der Voraussetzung ausgehen darf, daß das Entgelt für die Arbeiter, daß also nicht nur der in Geld vereinbarte Lohn auch vollständig in barem Gelde ausbezahlt werde, sondern auch die Vereinbarung hinsichtlich des Lohnes von vornherein nur auf Geld lautet. Nur dadurch wird eben die vom Gesetz zugestandene und wenig erschwerte Belastung des Reallohns zum mindesten in Hinsicht auf die Quantität und Qualität der Leistung der Beurteilung des Richters unterworfen. Wir besitzen ja leider noch in einer Reihe von Berufen, so bei Brauern, Bäckern, Fleischern, Friseuren, aber auch bei Schneidern in den Großstädten und bei einer viel größeren Zahl von Gewerben in Kleinstädten die Entlohnung des Arbeiters nur zum Teil in Geld, hauptsächlich in Kost und Logis. Daß sich hierbei sehr traurige Verhältnisse herausgestellt haben, ist jedem Kenner der Literatur bekannt. Die Gewerkschaften erstreben mit Eifer die Abschaffung dieser starken Reste mittelalterlichen, sogenannten patriarchalischen Lohnverhältnisses. In einzelnen Gewerben sind in der letzten Zeit in dieser Hinsicht große Fortschritte gemacht worden, so bei den Bäckern und Brauern, in anderen sind für absehbare Zeit große Erfolge auf diesem Gebiet durch die Gewerkschaften nicht zu erwarten, so im allgemeinen für Friseure und Fleischer und vielfach für den handwerksmäßigen Arbeiter in der Kleinstadt überhaupt. Da nun ein absolutes Verbot jeder anderen als der Barzahlung auf dem Wege der Gesetzgebung vorerst nicht zu erreichen sein dürfte, erscheint der Vorschlag, wenigstens die ausschließliche Lohnabmachung in Geld gesetzlich zu erzwingen, sehr erwägenswert. Damit würde der Arbeiter bei den zahlreichen Übervorteilungen nicht nur bei der Beköstigung, sondern auch bei der Lieferung von Hilfsstoffen in eine bessere Rechtslage versetzt werden. Insbesondere wäre dies bei den Erörterungen über die Konfektionsindustrie ins Auge zu fassen. Ebenso erscheint uns der Vorschlag erwägenswert, Abzüge vom Lohne zur Sicherung des Unternehmers gesetzlich zu verbieten. Der Verfasser führt da aus: „Hier wird dem Arbeiter der zum Leben unbedingt notwendige Lohn gekürzt um einer Forderung willen, die nur möglicherweise entstehen kann, aber noch gar nicht wirklich vorhanden ist. Der Arbeitgeber nützt hier eine wirtschaftliche Überlegenheit dazu aus, auf Kosten der Existenzbedingungen des Arbeiters Sicherungen auf alle Fälle gegen jede möglichen und noch ungewissen Schädigungen sich zu verschaffen, eine absolute Sicherung, die von keinem weiteren, gegen den Arbeiter noch zu unternehmenden Schritte abhängig ist, sondern durch bloße Erklärung von seiner Seite ihm Ersatz gewährt; diese Sicherung bietet dem Arbeitgeber überdies regelmäßig noch den Vorteil, daß er die einbehaltenen Beträge in seinem Unternehmen fruchtbringend verwerten kann, ohne auch nur zur Verzinsung derselben verpflichtet zu sein. Und für diese Vorteile gewährt er dem Arbeiter nicht einmal eine unbedingte Garantie gegen Verlust der aus der Einbehaltung dem Arbeiter entstehenden Forderung.“ Erwähnt sei auch, daß durch dieses Verfahren die Abhängigkeit des Arbeiters gesteigert, seine Widerstandskraft geschwächt wird. Die Zivilrechtslehrer und bürgerlichen Sozialpolitiker betonen stets, daß der Arbeiter in seinen Forderungen eine besonders gesicherte Stellung habe; daß die Vorteile auch auf diesem Gebiet zum Teil auf Seite der Unternehmer sind, beweisen diese Kautionsabzüge auf das klarste.

Das Trucksystem ist weder in Deutschland noch in Österreich ausgerottet, trotz seines gesetzlichen Verbots, das länger als ein Menschenalter währt, es blüht vor allem in der Hausindustrie. Treffend sagt der Verfasser, daß in gewissen Erwerbszweigen die Unternehmerrolle nur zu dem Zwecke übernommen wird, um sich für

die Waren des sonstigen Geschäftsbetriebs einen ständigen, vollständig abhängigen Kunden- und Abnehmerkreis zu sichern. Er schließt seine Ausführungen über das Trucksystem in der Hausindustrie mit den Sätzen: „Ist ein Erwerbszweig so schwach, daß selbst die Unternehmer sich dadurch nur erhalten können, daß sie den von ihnen lebenden Heimarbeitern Lebensstoffe und Rohstoffe zu Wucherpreisen überlassen, dann ist es besser, der betreffende Erwerbszweig hört überhaupt auf, zu existieren." Vor allem den Gewerkschaften, die mit dem Reallohn und dem Trucksystem zu rechnen haben, dann den Baugewerben, bei denen die Bezahlung des Lohnes gesetzwidrig in Wirtshäusern vorkommmt, sei die Schrift empfohlen. ad. br.

A. Asturaro, **Il materialismo storico e la sociologia generale.** Soziologische Vorträge an der Universität von Genua im Jahre 1902/1903. Genua 1904, Libreria moderna. 308 S. 8⁰. Preis 2,50 Lire.

Der theoretische Sinn für die Probleme des Sozialismus und ihre Zusammenhänge mit den Grenzwissenschaften ist heute wohl nirgends so lebhaft wie in Italien. Wenngleich kämpfende Anhänger der sozialistischen Partei auch in Italien — wie Ferris Amovierung beweist — in öffentlichen Ämtern ungern gesehen werden, so wirkten und wirken an italienischen Universitätslehrstühlen doch eine ganze Reihe ausgezeichneter Genossen, die nicht bloß für die Verbreitung, sondern auch für die Vertiefung der theoretischen Sätze des Sozialismus und namentlich der materialistischen Geschichtsauffassung nicht Unerhebliches geleistet haben. Über den historischen Materialismus besitzt Italien zweifellos die reichste Literatur. Es genügt, auf den jüngst verstorbenen, in Deutschland allerdings kaum gewürdigten ausgezeichneten Antonio Labriola und seine Schule zu verweisen. Doch auch die bloß freundschaftliche und selbst die gegnerische soziologische und politische Literatur ist vom historischen Materialismus stark beeinflußt, und es erscheint heute in Italien kaum ein namhaftes sozialwissenschaftliches Werk, das nicht Marx in irgendeiner Form gerecht würde.

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit hat es unternommen, die materialistische Geschichtsauffassung zu einer allgemeinen Soziologie zu erweitern. Er geht von der — unseres Erachtens irrtümlichen — Anschauung aus, daß der historische Materialismus von Marx und Engels bloß ein sehr eng begrenztes Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen erklärt: bloß eine Phase der Geschichte, nämlich die der kapitalistischen Gesellschaft. Es tut aber eine Erklärung der Gesellschaft not, die alle Erscheinungen und deren Zusammenhänge und alle historischen Stadien unter einem allgemeinen Gesichtspunkt zusammenfaßt.

Diese Forderung wurde, wie bekannt, bereits von Bernstein in seinen „Voraussetzungen" erhoben. Damals antwortete ihm Kautsky, daß dies jeder tun müsse, der irgendeine Geschichtsauffassung, welcher Art immer, anwendet; was von Bedeutung sei, das ist die Methode der Forschung und die Reihenfolge der Faktoren, deren Zusammenhänge zu erforschen sind. In Asturaros Buch sehen wir einen Versuch, Kautskys Forderungen zu erfüllen.

Nach Asturaro genügt es nicht, die kausalen Beziehungen aller Phänomene jeder Gesellschaft zum ökonomischen Phänomen aufzudecken, noch die grundlegende Bedeutung der Ökonomie auch in den nichtkapitalistischen Gesellschaften auf induktivem Wege zu beweisen. Was wir so gewinnen würden, das wäre bloß eine Erweiterung des historischen Materialismus zu einem ökonomischen Determinismus (oder besser: Kausalismus). Es bliebe noch immer die Frage offen: welche, kausalen oder nichtkausalen, Beziehungen bestehen zwischen den einzelnen Teilen des sozialen Überbaus? Das heißt es seien nicht bloß die Beziehungen zum ökonomischen Phänomenen, sondern alle Beziehungen jedes Phänomen zu allen anderen Phänomen zu finden. Daraus ergäbe sich erst die richtige Reihenfolge der gesellschaftlichen Faktoren.

Wir sehen, die Fragestellung ist ganz richtig. Wie gelangt nun der Verfasser zur Bestimmung der Reihenfolge?

Vom formal-methodischen Standpunkt dient ihm die Regel zur Richtschnur, daß jede soziologische Untersuchung die kausalen Beziehungen des Bedingenden zum Bedingten, des Zweckes zum Mittel verfolgen, in den nicht kausalen Verhältnissen genetisch, dann vom Dringenderen zum weniger Dringenden, vom Einfachen zum Komplexen, vom Speziellen zum Allgemeineren fortschreiten müsse. Materiell habe die Untersuchung auszugehen vom Menschen, wie ihn uns die allgemeine Psychologie mit allen seinen natürlichen Trieben und Bedürfnissen lehrt, und von der Kenntnis der tierischen Gesellschaften, weil in diesen jene Bedürfnisse und Triebe und die sozialen Beziehungen, zu welchen sie führen, in einem relativ einfachen Stadium beobachtet werden können.[1]

Auf diesem Wege ist der Verfasser zur Aufstellung folgender Serie gelangt, deren Glieder keinesfalls miteinander vertauscht werden dürfen:

Ökonomie. Familie und Verwandtschaft. Recht. Krieg. Politik. Moral. Religion. Kunst. Wissenschaft.

Als an erster Stelle stehend ist also die Wirtschaft das Urbedingende, der Hauptzweck, das früheste, dringendste, einfachste gesellschaftliche Phänomen. Bewiesen wird dies durch den induktiven Nachweis, daß in den primitivsten Gesellschaften jede Spur aller anderen Phänomene fehlt. Daraus folgt das erste Gesetz der allgemeinen menschlichen Soziologie: das wirtschaftliche Phänomen bildet sich unabhängig und besteht unabhängig von allen anderen gesellschaftlichen Erscheinungsgruppen.

In der weiteren Folge untersucht der Verfasser die einzelnen Phänomene in ihren Zusammenhängen. Da aber der Grundton des Buches durch das aufgestellte erste Gesetz selbstverständlich bestimmt wird, können wir uns damit begnügen, ausdrücklich auf die oben mitgeteilte Serie zu verweisen; um so mehr, als die Ausführungen des Verfassers notwendig bloß skizzenhaft sind. Auf 300 kleinen Seiten läßt sich eben keine Soziologie schreiben.

Am ausführlichsten wird das juristische Phänomen erörtert und der große Einfluß des Krieges und der militärischen Verfassung auf das Recht. Keinesfalls kann aber behauptet werden, daß der Verfasser hier zu wesentlich neuen Resultaten gelangt. Denn wenn er uns zum Beispiel beweist, daß die Entstehung des Despotismus seinen Grund in kriegerischen Einflüssen hat, wenn er in weiterer Folge behauptet, daß religiöse, künstlerische, wissenschaftliche Erscheinungen nicht immer unmittelbar auf wirtschaftliche Änderungen zurückgeführt werden können usw., so rennt er offene Türen ein. Kein ernst zu nehmender Vertreter des historischen Materialismus hat solches jemals bestritten. Doch sind seine induktiven Beweise immer von Interesse und beleuchten die Fragen vollständig.

Die Arbeit des Verfassers über die tierischen Gesellschaften, in der die Reihenfolge der sozialen Phänomene aufgestellt wird, ist uns nicht bekannt. Wie immer der Versuch ausgefallen sein mag, es gebührt ihm die Anerkennung, der erste gewesen zu sein, der diesen Versuch vom marxistischen Standpunkt unternommen hat. Bourgeoise Vorurteile haben wir im vorliegenden Buche nicht gefunden: so dürfte denn auch jene Arbeit das Interesse der Marxforscher verdienen.

Erwin Szabó.

Dr. M. R. Weyermann, **Das Verlagssystem der Lauschaer Glaswarenindustrie und seine Reformierung (Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns)**, herausgegeben von Georg Schanz. Fünfzehnter Band. Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung. X und 154 S. 8°.

Unter den vielen Schriften über die Hausindustrie verdient die hier angezeigte lobend erwähnt zu werden. Sie beruht auf eigener Anschauung und auf guter Aus-

---

[1] Der Verfasser verweist diesbezüglich auf seine „Sociologia zoologica generale“, erschienen in der „Rivista di biologia generale“.

nutzung des vorhandenen Materials, sie behandelt eine Hausindustrie, die schon in der ersten Zeit der deskriptiven Untersuchungen ihren Darsteller gefunden hat in Emanuel Sax. In mancher Hinsicht hält die Schrift den Vergleich mit ihrem Vorgänger aus, sie ist frisch, lebhaft, vorurteilslos, mit warmem Interesse für die unter der Hausindustrie Leidenden geschrieben. Wenn sie in der Darstellung die elegante Diktion von Sax vermissen läßt und manche böse Sprachsünden nicht ausgemerzt sind, so dringt sie dafür tiefer in die Darstellung der Lauschaer Glasindustrie ein. Für Sax war diese ein Ruhepunkt nach den Elendsdarstellungen im Gebiet der Puppen- und der Schieferindustrie, er sah in den Lauschaern eine Art Aristokratie der Hausindustrie, da er vor allem eingehend die Fabrikation künstlicher Augen behandelte, während Weyermann die gesamte Glasindustrie Lauschas zur Darstellung bringt und sie wertvoll macht durch einen Vergleich mit den böhmischen Verhältnissen.

In der vorliegenden Darstellung gehören die Kapitel über die Kinderarbeit, über die Einwirkung der Saison, über das Verhältnis zwischen Verlegern und Hausindustriellen sicherlich zu dem bemerkenswertesten, was über diese hausindustriellen Fragen geschrieben wurde. Von großer Bedeutung ist auch die Darstellung über die neue Entwicklung des Verlagssystems. Der Verfasser führt aus, daß die Möglichkeit, ohne bedeutende Kapitalanlagen Unternehmer zu sein, auf die Preise fortwährend gedrückt, den Schleuderhandel stark gefördert hat, so daß auch das Unternehmertum immmer mehr gesunken ist. Die Verlegerschaft wurde auch wirtschaftlich gedrückt, sie konnte die Preise nicht mehr halten und suchte den Preisdruck auf den besonders elastischen Teil des ganzen Gefüges, auf die Heimarbeiter, abzuwälzen. Diese Erscheinung im Verein mit der Tatsache, daß die Glasindustrie in überwiegendem Maße Exportindustrie ist, führt zu der merkwürdigen Tatsache „nationaler Wirtschaftspoiitik", daß aus der grenzenlosen Verelendung deutscher Heimarbeiter den größten Profit der im Ausland weilende Importeur hat. Formen der Ausbeutung stellt der Verfasser dar, die er direkt als Wucher bezeichnet. Bei Betrachtung der Wohnungsverhältnisse kommt er zu dem Resultat, daß der Kubikmeter Luftraum in den elenden Wohnungen der Heimarbeiter fast ebenso viel kostete, wie in den eleganten Wohnhäusern mit moderner Ausstattung in guten Lagen der durch hohe Wohnungspreise bekannten Stadt München. Die Räume sind eng und überteuert, überreichlich mit Menschen besetzt, niedrig, es wird in ihnen gekocht, gefärbt, Lack getrocknet, versilbert, am Gas geblasen, gegessen und größtenteils geschlafen. Auf diese elenden Wohnungsverhältnisse in hausindustriellen Bezirken und in vielen anderen Kleinstädten ist ständig hinzuweisen, weil bei der Erörterung der modernen Wohnungsfrage immer die Gefahr vorhanden ist, daß das Interesse und eine eventuelle Reformtätigkeit auf die Großstädte konzentriert wird, während, so traurig auch dort die Verhältnisse sind, sie doch immer nicht das Schrecklichste auf diesem Gebiet darstellen.

Von der größten Bedeutung für die gegenseitige Niederkonkurrierung der Hausindustriellen ist die Verwendung von Kindern. Bewußt antimalthusianische Tendenzen treten auf, der Kinderreichtum ist etwas Gewolltes, Erstrebtes, ein Heimarbeiter mit acht Kindern rühmte sich, daß er billigere Preise machen könne als alle anderen Hausindustriellen. 28 Promille beträgt in Lauscha im neunzehnten Jahrhundert die jährliche Zunahme der Bevölkerung gegenüber 14,3 Promille als höchste Zahl in einem Jahrfünft für das Deutsche Reich, das bloß einen Durchschnitt von 9,3 Promille erzielt und damit bekanntlich fast alle anderen Länder überflügelt, so Österreich mit 7,5, Belgien mit 7,7, Ungarn mit 4,4 Promille.

Neben der Schilderung des wirtschaftlichen Zustandes der Lauschaer Glasindustrie findet sich eine eingehende Darstellung des Heilprozesses in der Glasindustrie des böhmischen Bezirkes Gablonz. Der Verfasser rühmt die Tätigkeit der Arbeiter, ihrer gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen auf diesem Gebiet, er schildert eingehend, wie die Produktivgenossenschaft bei hervorragendem Organisations-

talent und rühmenswerter Disziplin einen Heilungsprozeß in einer bis auf den tiefsten Punkt verelendeten Hausindustrie ermöglichte, aber er ist vorsichtig genug, den dort beschrittenen Weg zur Reform des Verlagssystems nicht als Universalheilmittel zu betrachten. Die Voraussetzung für die Reformaktion in Gablonz war die lokale Monopolstellung dieser Industrie, aber andererseits sagt er auch und nicht mit Unrecht, daß meist der Grund des Preisdrucks in der Hausindustrie nicht in der auswärtigen Konkurrenz liegt, sondern im gegenseitigen Unterbieten der unorganisierten Heimarbeiterschaft und in dem damit enge zusammenhängenden gleichen Verhalten der Unternehmer. Der Verfasser erörtert dann die genossenschaftlichen Bestrebungen in der verwandten thüringischen Industrie. Bisher waren die Erfolge nicht zu vergleichen mit den Ergebnissen in Böhmen. Dort hatte der tiefste Grad der Verelendung ein kräftiges Eingreifen herausgefordert und zur Folge gehabt; durch glückliche Umstände war es möglich, ein verhältnismäßig großes Kapital unter ausnahmsweise günstigen Bedingungen für die Produktivgenossenschaft zu erhalten, eine Reihe sehr geeigneter Personen leiteten dieses Unternehmen direkt und indirekt. Wenn der Verfasser auch für Lauscha pessimistisch gestimmt ist, so meint er doch, daß kein prinzipielles Hindernis für eine Anlehnung an das Gablonzer Muster vorhanden ist.

Eine erhebliche Schwierigkeit mag freilich darin liegen, daß die Regierung, auf deren Unterstützung in erster Linie gerechnet werden würde, die von Sachsen-Meiningen, eine Reihe anderer Hausindustrien in ihrem Gebiet hat, die mindestens gleicher Fürsorge bedürftig sind, und daß die Regierung nicht allzu stolz sein kann auf ihre Aktion im Schiefergebiet, so daß eine besonders große Aussicht kaum vorhanden sein mag, nach dem Muster von Gablonz in Lauscha die Schäden der Hausindustrie auf dem Wege der Produktivgenossenschaft mit Staatsunterstützung zu vermindern.

Jedenfalls verdient das Buch von Weyermann lebhafte Anerkennung. Vielleicht könnten seine Erfahrungen von unseren Vertretern im Meininger Landtag in mancher Hinsicht verwertet werden. ad. br.

Notizen.

Die drahtlose Telegraphie in Amerika. Daß heute die Kriegsmarine fast aller Länder die drahtlose Telegraphie benutzt und daß sie den Japanern im ostasiatischen Kriege wesentlich nutzt, ist bekannt. In den Vereinigten Staaten, deren Marine allein über etwa 150 Land- und Schiffstationen verfügt, beginnt die drahtlose Telegraphie aber auch im allgemeinen Verkehr auf dem Lande sich einzubürgern. Auf der Weltausstellung in St. Louis befinden sich zwei Automobile, die mit Einrichtungen für Telegraphie nach dem System De Forest versehen sind und die in New York zur Übermittlung von Börsennachrichten bereits gedient haben. Sie geben dem sie Benutzenden Gelegenheit, von jedem beliebigen Punkte innerhalb eines gewissen Radius jederzeit Telegramme aufzugeben. Zwei Zeitungen in St. Louis sollen ihren Nachrichtendienst zum großen Teile ebenfalls auf die drahtlose Telegraphie gegründet haben. Die Regierung steht im Begriff, Stationen für drahtlose Telegraphie zur Benachrichtigung über Waldbrände zu errichten. Von größter Bedeutung dürfte aber das Beispiel sein, das die General Electric Companie geben will, indem sie ihre Fabriksanlagen in Schenectady und Lynn miteinander durch drahtlose Telegraphie „verbindet“. Wenn sie darin Nachahmung findet, dann kann eine große Industrie zur Herstellung der erforderlichen Telegraphenapparate entstehen. J. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 3 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Berliner Schulstreit.

Berlin, 12. Oktober 1904.

Nach dem Lippischen Thronstreit der Berliner Schulstreit! Sie haben beide eine gewisse Ähnlichkeit darin, daß sie Stürme im Glase Wasser sind, hervorgerufen durch ein autokratisches Eingreifen in die gesetz- und verfassungsmäßig verbürgten Rechte eines kleinen Bundesstaats und einer großen Gemeinde, daß dieses Eingreifen auf einen — wenigstens für die heutigen Verhältnisse im neudeutschen Reiche — verhältnismäßig lebhaften Widerstand gestoßen ist und daß dieser Widerstand insofern auch schon eine Wirkung gehabt hat, als die Regierung — im Lippischen Falle der Reichskanzler und im Berliner Falle der Kultusminister Studt — sich beeilt haben, einiges Öl auf die empörten Wogen zu gießen.

An und für sich ist der Anlaß des Berliner Schulstreits ebenso nichtig, wie der Anlaß des Lippischen Thronstreits. Die Regierung verlangt, daß die städtischen Behörden die der Stadt Berlin gehörigen Schulgebäude, insbesondere die Turnhallen, nicht mehr dem polnischen Turnverein Falke, dem tschechischen Verein Sokol, den von dem sozialdemokratischen Turnverein Fichte gebildeten Schülerabteilungen und der hiesigen freireligiösen Gemeinde zu den für Jugendliche bestimmten Vorträgen überlassen sollen. Es handelt sich dabei um eine jener unsäglich kleinlichen Maßregeln, mit denen der preußische Staat seine sogenannten „Kulturkämpfe" zu führen pflegt, und es läßt sich denn auch nichts Groteskeres denken, als die offiziöse Begründung dieser Maßregel. Da die öffentliche Volksschule — so verkündet die Regierungspresse — Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe in die Herzen der Jugend einpflanzen soll, so sei es klar, daß diese Aufgaben der Volksschule leiden würden, wenn durch Überlassung von Räumlichkeiten der Zugang sozialdemokratischer oder atheistischer Lehren zu den Herzen der Jugend gefördert und Sokolvereine unterstützt würden, die dazu bestimmt seien, die Kadres der zukünftigen polnischen Armee zu bilden. Die Regierung scheint sich einzubilden, daß der atheistische, polnische und sozialdemokratische Geist sich wie eine Art Mauerschwamm in Dielen und Wänden

festsetzt und sich dann verheerend über die Schuljugend ergießt, die in denselben Räumen turnt, in denen vorher staatsgefährliche Elemente geturnt haben.

Über solche Dinge ernsthaft zu sprechen, ist nur der preußischen Bureaukratie und ihren Offiziösen gegeben. Aber auf diesem Felde entfaltet sie auch jene kraftstrotzende Energie, die sie gegen die Unverschämtheiten des zarischen Despotismus nie aufzubieten weiß. „Der Magistrat wird unserem Ersuchen zu entsprechen haben“, dekretiert das Provinzialschulkollegium, ganz im Stile jener Zitation, die der Reichstag in Regensburg im siebenjährigen Kriege durch den Notarius Aprill an den Gesandten des alten Fritz ergehen ließ: „Danach hat Er, Kurfürst, sich zu richten“, worauf dieser Gesandte, ein Herr v. Plotho und übrigens ein Mann von lobenswerter Entschlossenheit, seinen Bedienten kurzerhand befahl: „Werft den Kerl den Gang hinunter“, was denn auch pünktlich ausgeführt wurde. Für solche Prozeduren ist unsere Zeit nun freilich zu zivilisiert, und es würde den städtischen Behörden auch nicht viel helfen. Der alte Fritz hatte die größere Macht und konnte deshalb mit dem Regensburger Reichstag umspringen, wie ihm beliebte. In dem Berliner Schulstreit hat aber, wenigstens vorläufig, die Regierung die größere Macht und sie hat diese Macht auch schon gebraucht, indem sie den Rektoren der Volksschulen, in deren Räume bisher die der Regierung mißliebigen Vereine gastfreundliche Aufnahme gefunden haben, einfach befohlen hat, diese Vereine hinauszuweisen.

Darüber ist nun eine heftige Aufregung entstanden und zwar, wie ein liberales Blatt selbst in bewußter oder unbewußter Ironie sagt, weil der brave Bürgersmann sich zwar die ungeheuerlichsten Übergriffe der Regierung in die städtische Selbstverwaltung gefallen lasse, so lange es sich „nur“ um staatsrechtliche oder ideelle Interessen handle, aber nun doch im furor teutonicus entbrenne, da das heilige Eigentum ins Spiel komme. Immerhin — Magistrat und Stadtverordnete haben getan, was ihre Pflicht war, als sie sich energisch gegen den Gewaltakt der Regierung auflehnten. Der Magistrat hat auch sofort der freireligiösen Gemeinde andere Räume im Rathause anweisen lassen, und es soll zu seinen Gunsten angenommen werden, daß er die polnischen und sozialdemokratischen Vereine in gleicher Weise schadlos halten wird. Mit alledem ist aber in der Sache selbst nichts entschieden, und es kommt nur auf die weiteren Schritte an, die zu tun sind, um die städtische Selbstverwaltung vor Eingriffen der Regierung zu sichern.

Hier darf man sich nun nicht darüber täuschen, daß die Rechtsfrage sehr verwickelt liegt. Nicht weil an und für sich irgend ein Zweifel daran bestände, daß sich die staatliche Schulaufsicht nur auf den eigentlichen Schulunterricht erstreckt, und daß somit die Stadt, außerhalb dieses Schulunterrichts, über die von ihr erbauten und unterhaltenen Schulgebäude verfügen kann, wie sie will. Aber durch die ewigen Nachgiebigkeiten der städtischen Behörden gegen die Grenzüberschreitungen der Regierung ist die Frage, was in diesen gegenseitigen Beziehungen Rechtens ist und was nicht, in ein schwer entwirrbares Knäuel juristischer Haarspaltereien verwickelt worden. Wie unsicher selbst die Verteidiger des — dem Geiste und Sinne der Gesetzgebung nach gewiß klaren und unzweifelhaften — Rechtes der Stadt umhertappen, zeigt der Jubel, den heute

die hiesige liberale Presse darüber erhebt, daß der Landrat in Jüterbog auf eine Anfrage des Magistrats in Luckenwalde genehmigt hat, daß die städtischen Turnhallen dieser Stadt drei Arbeitervereinen von „ausgesprochen sozialdemokratischem Charakter“ eingeräumt werden. Die kindliche Genugtuung darüber, einen vernünftigen Landrat gegen das unvernünftige Provinzialschulkollegium auszuspielen, steht diesen Blättern vollständig über dem Rechte, das es zu verteidigen gilt und das der Magistrat von Luckenwalde durch seine Anfrage bei dem Landrat in Jüterbog preisgegeben hat. Aber das ist eben die alte traurige Manier des Liberalismus, sein Recht zu verteidigen, und wenn er sich nicht darüber zu erheben vermag, wird der Berliner Schulstreit gleichfalls im Sande verlaufen, so heftig er auch augenblicklich die Gemüter erregen mag.

Tatsächlich handelt es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage. Die Regierung hat sich in dieser speziellen Schulfrage zu weit vorgewagt, als daß sie zurück könnte. Das Äußerste, wozu sie sich noch verstehen wird, sind einige beschwichtigende Redensarten, wie sie der Kultusminister Studt in seiner Kölner Rede bereits vom Stapel gelassen hat. An vermoderten Reskripten, durch die sie ihr angebliches „Recht“ begründen kann, fehlt es in ihren Registraturen nicht, dank eben der Nachgiebigkeit, die ihr die städtischen Behörden stets erwiesen haben. Ein Verwaltungsstreitverfahren ist in diesem Falle nicht möglich, und die Mehrheit des Landtags wird dem Vorgehen der Regierung begeisterten Beifall spenden. Sperrt die Regierung die Schulräume den Vereinen, die ihr mißliebig sind, so können die städtischen Behörden sie nicht wieder öffnen, und es ist zweifellos, daß die Regierung die Macht, die sie hat, gebrauchen wird.

Aber wir deuteten schon an, daß die Regierung diese Macht nur vorläufig habe. Will die Stadt Berlin sich wirksam den autokratischen Übergriffen in ihre Selbstverwaltung widersetzen, so muß sie ihre wirklichen Machtmittel ins Spiel bringen. Sie kann die Stadtdiener nicht zu einem Handgemenge mit den Schutzleuten kommandieren, in der Art wie sich die mittelalterlichen Kommunen fürstlicher Übergriffe erwehrten. Aber das ist auch gar nicht nötig, denn in der Gegenwart entscheidet nicht die Gewalt physischer Fäuste, sondern die Kraft der ökonomischen Mittel. Eine Handels- und Industriemetropole, wie Berlin, braucht den Hof nebst allem, was drum und dran hängt, ganz und gar nicht, aber der Hof und die Regierung brauchen Berlin wie das tägliche Brot. Die Drohung Bismarcks, mit dem ganzen Verwaltungsapparat eines modernen Großstaats nach Buxtehude oder Posemuckel überzusiedeln, wenn die städtischen Behörden nicht nach seiner Pfeife tanzen wollten, war schon vor zwanzig Jahren eine abgeschmackte Rodomontate, und ist es heute noch weit mehr als damals. Wenn aber Berlin zwar ohne Hof und Regierung, jedoch Hof und Regierung nicht ohne Berlin leben können, so hat die Stadt tausend Mittel und Wege, auch den eigenwilligsten Willen mürbe zu machen, in der denkbar friedlichsten und gesetzlichsten Weise der Welt. Es mag nur an die aus der preußischen Konfliktszeit hinlänglich bekannte Tatsache erinnert werden, daß dem alten Wilhelm nichts so sehr den Schlaf seiner Nächte gestört hat, als die an sich ja noch recht harmlose Tatsache, daß die

damaligen städtischen Behörden beschlossen, alle konventionellen Höflichkeitsbeziehungen zu dem Hofe abzubrechen und nicht mehr „in untertänigster Ehrfurcht zu ersterben", wenn irgend ein Prinz das Zeitliche segnete oder irgend eine Prinzessin geboren wurde. Ein anderes Mittel wäre, daß die Stadt Berlin, sobald irgend ein Potentat in ihrem Weichbild erscheint, sich auf den Standpunkt stellte: Mag der Hof seine Feste feiern, wie sie fallen, und seine Gäste begrüßen, wie er will, wir machen nicht mit. Es gibt solcher Mittel sehr viele und diesen Krieg kann die Stadt solange führen, bis die Regierung lieber ein glühendes Eisen antastet als ihre Rechte.

Freilich, die bürgerlichen Angstseelen rufen: Das geht nicht an, denn wenn wir zu sehr aufmucken, konfisziert uns die Regierung die ganze Selbstverwaltung. Das wäre allerdings in dem Falle möglich, daß sich die Regierung erst recht gründlich verrennen will. Sie braucht den Schein der städtischen Selbstverwaltung genau so notwendig, wie sie den Schein des Konstitutionalismus braucht. Ihre gegenwärtige Politik geht gerade dahin, diesen Schein aufrechtzuerhalten, indem sie ihn zugleich alles dessen entleert, was er noch an greifbarem Inhalt birgt. Welch törichte Politik also, wenn die städtischen Behörden, wie sie es bisher ja leider getan haben, immer mehr von diesem Inhalt opfern, nur um ja den Schein zu retten.

Einer Stadt von der tatsächlichen Machtstellung Berlins kann niemand die Machtstellung rauben, wenn sie nur selbst ihre Rechte mit etwas weniger „Gottesfurcht und Königstreue", aber mit etwas mehr Energie und Geschick verteidigen wollte. Gibt der Berliner Schulstreit endlich den entscheidenden Anstoß dazu, so wird er eine sehr bedeutsame Wendung in der Geschichte Berlins einleiten, allein wenn er nur das Gebiet des Protestierens und Resolvierens und Spintisierens in allerlei Rechtstifteleien behauptet, so wird nichts Gescheidtes dabei herauskommen.

Aus dem Reiche der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlkönige.

Von **Wilhelm Düwell.**

Obwohl das offizielle Deutschland nie versäumt, die deutsche Sozialpolitik auf Paraden zu führen, durch frisierte Tabellen in Prachteinbänden die Arbeiterfürsorge in Deutschland in hellster Gloria erstrahlen zu lassen — haben wir es tatsächlich noch nicht einmal zu einer brauchbaren Statistik über Arbeitszeit und Arbeitslohn gebracht. Dieser Mangel macht es unmöglich, über die sozialen Verhältnisse ein klares Bild zu gewinnen. Überhaupt liegt die Sozialstatistik bei uns noch sehr im argen. Eine nach Berufen und Industrien gegliederte Mortalitäts- und Morbilitätsstatistik ist nicht vorhanden, eine brauchbare Arbeitslosenstatistik fehlt, Statistiken über Lebensmittelpreise für begrenzte Bezirke sind nicht bekannt; es fehlt noch manches, was notwendig wäre, um die Lage des arbeitenden Volkes so darstellen zu können, wie sie wirklich ist. Hierfür haben die zu Paraden geführten Tabellen über die Leistung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherungen nur ganz minimalen Wert. Selbstverständlich ist

die Fürsorge für Kranke und Hilflose gut und schön, eine wirkliche Sozialpolitik soll aber dahin drängen, die Zahl der Kranken, Krüppel, Invaliden und Arbeitslosen nach Möglichkeit einzuschränken. Regeluug der Arbeitszeit, Festsetzung eines Normalarbeitstags, strenge Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen könnten nach dieser Richtung vieles bessern. Aber das ist ein Kräutlein Rührmichnichtan! Wenn das Unternehmertum nicht wüßte, daß die bestehenden Verhältnisse nicht das kritische Auge vertragen können, würde man sich auch nicht so sehr anstrengen, die Zustände zu verschleiern. Man lamentiert über die schweren „sozialen Lasten" und glaubt das Publikum genügend dafür suggeriert zu haben, anzunehmen, daß heute nur die Unternehmer, keineswegs aber die Arbeiter irgendwie Ursache zu klagen haben. Bei der Irreführung der öffentlichen Meinung leistet die deutsche Sozialstatistik den Unternehmern sehr gute Dienste; durch diese werden die gröbsten Mißstände in Dunkel gehüllt. Und gerade auf dem wichtigsten Gebiet, dem der Arbeitslöhne und Arbeitszeit, werden sehr leicht falsche Meinungen erweckt durch die rechnerischen Angaben der Berufsgenossenschaften. Von den Vertretern der Großindustrie ist bei verschiedenen Gelegenheiten im Reichstag auf die hohen Löhne, welche jene zahle, hingewiesen worden. Als Beleg dienten die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaft. Leider, jedenfalls nicht unbeabsichtigt, vergaß man aber stets, auf die besonderen Arbeitsverhältnisse der Eisengroßindustrie aufmerksam zu machen. Man hätte jedoch, wollte man die Möglichkeit falscher Meinung verhindern, auch sagen müssen, daß hier das Arbeitsjahr nicht 3000, **sondern bis 4000 Arbeitsstunden hat.**

An den Hochöfen gibt es überhaupt keine Betriebsunterbrechung, nur ein Teil der dort Beschäftigen hat abwechselnd einen freien Sonntag, oft nur einmal im Monat; hier hat das Jahr schon gleich mindestens 330 Arbeitstage. Auch in den Feuerbetrieben, Walz- und Hammerwerken, Martin- und Besemerwerken wird sehr viel Sonntagsarbeit geleistet. In der Regel wird hier auf Doppelschicht gearbeitet. Sonntag morgens schafft die Nachtschicht oft bis 7 Uhr und länger mit vollem Betrieb, dann beginnen die Reparaturarbeiten usw. an den Walzen, Hämmern und Öfen; Walzer, Ofenleute, Maurer und Hilfsarbeiter sind beschäftigt. Einige können mittags Schicht machen, andere müssen drei Viertel des Sonntags opfern, ein Teil schafft bis abends, einige müssen sogar Sonntags Doppelschicht machen. Und jeden Sonntag abend muß eine größere Kolonne antreten zum Anheizen der Öfen und Vorwärmen der Blöcke usw., damit am Montag früh sofort die Arbeit mit vollem Betrieb aufgenommen werden kann. Ferner kann man auf den Eisenwerken jeden Sonntag eine Schar von Maschinisten und Schlossern beim Reinigen, Lidern, Putzen der Maschinen und bei Reparaturarbeiten tätg finden. Für einen größeren Prozentsatz der Gesamtbelegschaft gehört der Sonntag zu den normalen Arbeitstagen. Aber auch in den mechanischen Betrieben ist die Sonntagsarbeit nicht unbekannt. Ich habe es selbst mitgemacht! Monatelang wurde bei „pressanter" Arbeit ununterbrochen geschafft, Sonntag und Wochentag, Tag und Nacht. 80 bis 90 Arbeitsstunden gehörten zu einer normalen Wochenleistung. Ich erlebte auch, daß, nachdem in so rücksichtsloser Weise der Raubbau an der Arbeitskraft einige Monate betrieben worden war, die eilige Kommission Erledigung gefunden hatte, kurzerhand hunderte Arbeiter den Laufpaß erhielten — und die in hastender Eile hergestellten Produkte sah man noch lange Zeit in der Werkstatt umherliegen.

Neben der ausgedehnten Sonntagsarbeit muß auch die Länge der täglichen Arbeitszeit berücksichtigt werden. Für die Hochofen- und sonstigen Feuerbetriebe beträgt die normale Arbeitszeit durchgängig 12 Stunden, unterbrochen von einer kurzen Pause für Einnahme der Hauptmahlzeit, meist wird das Butterbrot, ohne die Arbeit zu unterbrechen, hinuntergewürgt. Die normale Arbeitsschicht wird hin und wieder noch etwas verlängert, Sonntags gibt es für „Auserwählte" auch wohl Doppelschicht. In den übrigen Betrieben herrscht die effektive 11stündige Arbeitsschicht vor. Bei Wechselschicht beträgt die Arbeiszeit 10 Stunden. Bei Krupp ist in zwei Abteilungen, Modellschreinerei und Geschoßdreherei, die sogenannte englische Schicht eingeführt. Es wird gearbeitet von morgens 6 bis abends 5 Uhr, mit je einer 1/4stündigen Pause morgens und mittags. Aber man kann fast sagen: die normale Arbeitsschicht gehört zu den Ausnahmen, wenn nicht Arbeitsmangel vorliegt. Überall ist die Überzeitarbeit zu finden. Die Methoden darin sind, selbst auf ein und demselben Werke, sehr verschieden. Der eine Betrieb läßt jeden Tag 1 bis 2 Überstunden machen, in anderen Betrieben wird zwei- bis dreimal in der Woche mehrere Stunden länger gearbeitet; dort werden halbe Überschichten bevorzugt, schließlich findet man auch noch die Doppelschicht, ein- bis zweimal in einer Woche absolviert, ziemlich stark vertreten; die noch vor 10 Jahren sehr stark verbreitete Unsitte, 3 Schichte ohne Unterbrechung arbeiten zu lassen, ist ebenfalls noch nicht ausgerottet. Man nennt das: 36 machen! Das bedeutet, es wird 36 Stunden hintereinander von früh morgens des einen Tages bis zum Abend des anderen Tages durchgeschafft. Ich habe früher selber oft genug in einer Woche zweimal 36 und dazu am Samstag noch Doppelschicht machen müssen.

Nur noch einige konkrete Angaben aus dem Jahre 1903 und den letzten Monaten:

Nach Lohnausweisen arbeitete auf einem westfälischen Werke (Rösch-Dortmund) ein Mann in 7 Monaten **3167 Stunden**, pro Stunde 23 Pfennig ein Hochofenarbeiter auf demselben Werke absolvierte in 2 Monaten **769 Arbeitsstunden** bei einem Stundenverdienst von 30 Pfennig usw. Auf dem Hörder Verein werden im Monat vielfach 35 **Schichte** gemacht, in Ausnahmefällen noch mehr. Hier ist das 36machen noch sehr beliebt. Auf dem Bochumer Verein gehören bei einzelnen Kategorien von Arbeitern 50 **Überschichte** im Jahre zum Minimum; in mechanischen Betrieben wird bei dringender Arbei zweimal in der Woche eine halbe Überschicht — bis 12 Uhr nachts — gemacht Samstag ist die Doppelschicht bevorzugt, dann gibt es Sonntagsruhe! In Walzwerksbetrieben läßt man periodisch abends bis 8 Uhr schaffen. Ähnlich ist es bei Krupp und den übrigen rheinischen Werken. Bei Krupp wurden in einem großen Betrieb 1897, als es hieß, die noch nicht bewilligte Neuarmierung der Artillerie fertigzustellen, in der Woche bis zu 9 Schichten gemacht! Bis zu 1 1/2 Überschichte pro Woche sind dort jetzt noch in Mode. Auf der Union in Dortmund wird, verschiedentlich ununterbrochen seit März dieses Jahres, in einzelnen Betrieben jeden Abend bis 8 Uhr gearbeitet, vielfach auch bis 12 Uhr nachts manche Arbeiter bereiten sich auch hier auf die Sonntagsruhe vor durch Doppelschicht am Samstag. Das sind so einzelne Stichproben, sie geben ein Bild von den Verhältnissen, wie sie allgemein sind. Der Volksmund hat dazu folgendes Bonmot geprägt: 6 **Tage sollst du arbeiten — am 7. 24 machen!** Di bittere Satire trifft den Nagel auf den Kopf.

Die Arbeiter machen gern Überschichte, ist von den Verteidigern dieser rückständigen Einrichtung im Reichstag gesagt worden. Gewiß! Überschichte werde

gerade so „freiwillig" gemacht — als wie abhängige Arbeiter unter Aufsicht der Beamten und bei öffentlicher Wahl ihrem Ausbeuter freiwillig die Stimme geben. Wer nicht überarbeitet ist entweder wegen des minimalen Lohnes nicht existenzfähig — oder er fliegt als „überzählig" aufs Pflaster. Wenn die Herren des Großkapitals den „freien Willen" der Arbeiter ins Feld führen, so hat das einen sehr starken Stich ins Unfeine — man denke nur an die Erpressung der Huldigungsadressen im Falle Krupp. „Freiwillig" mußten seinerzeit Arbeiter auch für die „berühmte" Bismarckspende opfern. Wer nicht nach Kommando freiwillig sich meldete, wurde zu einem Privatissimum zum Meisterbureau beordert und am nächsten Löhnungstag öffnete der betreffende Beamte jede Lohndüte vor Aushändigung an den Arbeiter und entnahm derselben die „freiwillige" Spende. So wird alles „freiwillig" gemacht! Und eine große Schar von Arbeitern in der Eisengroßindustrie ist, wenn sie nicht mit den Familien bitterste Not leiden will, gezwungen, freiwillig Überschichte zu machen, solche als Wohltat zu betrachten. Es sind das in erster Linie die Transportarbeiter, weiter aber auch ein großer Teil der übrigen ungelernten Arbeiter. Zwischen 2,50 bis 3 Mark schwanken die Tagelöhne. Mit 15 Mark Wochenverdienst eine zahlreiche Familie zu ernähren, mit solchem Verdienst menschenwürdig zu existieren, ist unmöglich. Eine halbwegs anständige Wohnung von nur zwei Räumen nimmt schon den Viertelteil des Lohnes fort. Es geht nicht anders, das Einkommen muß durch Überschichte aufgebessert werden. Aber auch Schlosser, Dreher usw. werden mit Stundenlöhnen bis herunter zu 25 Pfennig abgespeist. Da ist es nicht zu verwundern, daß sich gegen die Überzeitarbeit nicht mehr Opposition erhebt, denn die große Masse erkennt in der langen Arbeitszeit nicht die Ursache der schlechten Löhne, sie sieht vielmehr darin nur ein Mittel, diese aufzubessern.

So rückständig diese Anschauung, so rückständig die Ansicht, das System der Überzeitarbeit sei von besonderem Vorteil für die Unternehmer. In Wirklichkeit wirkt das hier eingebürgerte Übel der ausgedehntesten Arbeitszeit lähmend auf die Produktion. Das Hauptprinzip bei den Betriebsleitungen ist, die Schichtlöhne möglichst niedrig zu halten und für Akkordarbeiter einen nicht zu hohen Maximalsatz festzulegen, der nicht überschritten werden darf. Nur durch verlängerte Arbeitszeit kann das Einkommen gesteigert werden. Kommt ein fixer Arbeiter bei einem günstigen Akkordsatz etwas über die gezogene Grenze, sofort wird der Akkordsatz heruntergerissen. Es ist erklärlich, daß bei solcher Engherzigkeit der Arbeiter es vorzieht, wenn möglich durch einige Überstunden die notwendige Stundenzahl für eine bestimmte Verdienstsumme zu erlangen, als sich den Akkord kürzen zu lassen. Und ist der Akkordsatz ganz schlecht, dann muß Überzeit gearbeitet werden, um wenigstens den normalen Lohn herauszuschlagen.

So ist die Überzeitarbeit zu einer stehenden Einrichtung geworden, die man für so selbstverständlich hält, daß man sich vielleicht darüber wundert, wenn das als etwas Besonderes erwähnt wird. Mancher Betrieb würde viel günstiger produzieren, wenn man sich entschließen könnte, mit der übernommenen rückständigen Einrichtung zu brechen; wenn man die Schichtlöhne entsprechend erhöhte, den engherzigen Standpunkt inbezug auf Akkordverdienste verließ und alle Überzeitarbeit ausschaltete.

Welch grober Unfug, in ökonomischer Beziehung, getrieben wird, teils zur Befriedigung des Großmachtkitzels untergeordneter Beamten, teils unter dem Banne eines zum Gesetz gewordenen Übels, dafür hier ein konkreter Nachweis. In den erwähnten Betrieben der Union-Dortmund, wo jeden Abend Überzeit

gearbeitet wird, ist es — Sitte, die Arbeiter, welche morgens über zwei bis drei Minuten zu spät kommen, für den ganzen Tag nach Hause zu schicken! Dadurch stellt man oft mehrere Arbeitsplätze leer. Wird ein Schmied nach Hause geschickt, steht der Zuschläger ohne Arbeit, und ohne Zuschläger kann auch der Schmied nicht ordentlich schaffen. Anfang September passierte es, daß in einer Schmiede, worin sieben Schmiede mit je einem Zuschläger beschäftigt sind, drei Schmiede zufällig an einem Tage ein paar Minuten zu spät kamen und nach Hause geschickt wurden, der halbe Betrieb ruhte, aber jeden Abend wird länger gearbeitet! Bei Tage bleiben Arbeitsplätze zwecklos unbesetzt, abends verbraucht man unnütz Materialien. Das ist nicht alles! Einzelne Kolonnen haben wochenlang nichts zu tun, ihre Hauptsorge ist, die Zeit totschlagen — aber abends wird länger gearbeitet! Bei etwas weniger Sinnlosigkeit würde man die Generalunkosten für die Überzeit sparen und das Ersparte den Arbeitern auf den Tagelohn zulegen. Aber nein, das Prinzip ist ja: niedrige Stundenverdienste, lange Arbeitszeit. Ein Krebsschaden ist sodann auch die vielfach sehr stark eingerissene Günstlingswirtschaft. In sehr vielen Betrieben ist es offenes Geheimnis, daß nicht die Arbeitsleistung, sondern die Neigung des Meisters für den Lohn entscheidend ist. Wer sich „lieb Kind" zu machen weiß, den Gesinnungstüchtigen spielen kann nach Wunsch der Vorgesetzten, der ist leichter Arbeit und schweren Lohnes sicher. Ganz besonders in der Großindustrie ist politische Freiheit verpönt und das gewerkschaftliche Streben der Arbeiter verhaßt. Wer nach dieser Richtung anrüchig wird oder auch sonstwie das Wohlwollen der Vorgesetzten verscherzt, der kann arbeiten, daß er ins Knie stürzt, er mag dabei der geschickteste Mann sein, sein Verdienst bleibt mager. Es gibt ja auch Ausnahmen, aber jeder mit den Verhältnissen Vertraute weiß, daß die Nepotenwirtschaft auf den rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerken fast überall ihr Unwesen treibt.

Noch eine Rückständigkeit mag hier kurze Erwähnung finden. Es ist das bis ins Lächerliche getriebene Autoritätsprinzip, das soweit geht, den Arbeitern jede selbständige Meinung, die Arbeitsanordnung und die technischen Arbeitsmethoden betreffend, abzusprechen. Manche technische und organisatorische Verbesserung wäre längst eingeführt, wenn man Anregungen seitens der Arbeiter mehr Gehör leihen, die Arbeiter an der Verbesserung der Arbeitsmethoden interessieren wollte. Wie die Dinge heute liegen, hat der Arbeiter gar kein Interesse daran, eine bessere Methode auszuklügeln oder eine gefundene Verbesserung bekannt zu geben, er weiß ganz genau, die Einführung der Verbesserung wird begleitet sein von einer entsprechenden Akkordreduktion, er hat nur Schaden. Wie rückständig man sein kann, dafür folgendes: Auf einem großen westfälischen Werke wurde vor Jahren die Einrichtung getroffen, daß junge Arbeiter unter 21 Jahren, die an Akkordarbeiten beschäftigt waren, nur die folgenden Verdienstsätze erreichen durften: 16jährige 2,10 Mark, 17jährige 2,25 Mark, 18jährige 2,40 Mark, 19jährige 2,55 Mark und 20jährige 2,70 Mark. Daß solche hinterzünftlerische Methoden nicht geeignet sind, Fleiß und Intelligenz besonders anzuregen, liegt auf der Hand.

Niedrige Tagelöhne, das ist das höchste Streben der Unternehmer und das ist die Vorbedingung der sinnlosen Überzeitarbeit, wie sie in der Eisenindustrie grassiert. Gerade die angeführten rückständigen Einrichtungen sind ein starkes Hemmnis für erhöhte Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit könnte das Hemmnis mildern.

Von den Überzeiten, wie überhaupt von der Länge der Arbeitszeit kommt in den Angaben der Berufsgenossenschaften nichts zum Ausdruck. Soweit Vergleichungen der Löhne zu anderen Berufsgruppen und zu anderen Perioden überhaupt möglich sind, sie täuschen hier immer, weil das Fundament einer brauchbaren Lohnstatistik fehlt; sie lassen ganz vermissen, in wieviel Arbeitsstunden die angegebenen Jahreslöhne verdient sind. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob ich 1000 Mark in 3000 oder in 4000 Arbeitsstunden verdiene. Zudem ist auch der in Überzeiten verdiente Lohn relativ immer minderwertiger, weil zu seiner Eroberung, ganz abgesehen von den gesundheitlichen Schäden, erhöhte Aufwendungen für Nahrung und Kleidung erforderlich sind. Bei den bekannten Mängeln der berufsgenossenschaftlichen Statistik, mit der Einstellung zum Teil fiktiver Löhne — anrechnungsfähige Löhne — ist folgender Umstand wohl besonderer Beachtung wert. In einzelnen Industrien ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter ganz erheblich, so zählt die rheinisch-westfälische Maschinenbau- und Kleineiseninduſtrie-Berufsgenossenschaft bei einer Gesamtbelegschaft von 168000 Personen 36000 Jugendliche, die nicht den ortsüblichen Tagelohn verdienen, aber nach dem Verrechnungsmodus mit diesem Lohnsatz eingestellt werden. Dadurch wird das Gesamtbild natürlich verschoben. Wie sehr dadurch die ermittelte Lohnhöhe beeinflußt werden kann, ersieht man aus den Angaben der genannten Berufsgenossenschaft, die neben den anrechnungsfähigen Löhnen auch die wirklich gezahlte Lohnsumme angibt; für das Jahr 1903 ist letztere um 3⅓ Millionen Mark, für 1902 um 6¼ Millionen Mark niedriger als die erstere. Entzieht das Fehlen der Arbeitszeitangabe den Angaben der Berufsgenossenschaft die Grundlage, ein einwandfreies Lohngebäude zu gewinnen, so ist noch durch den Berechnungsmodus nach Vollarbeitern ein weiteres Moment der Trübung hinzugetreten. Die Berechnung der durchschnittlichen Arbeiterzahl bietet bei starker Fluktuation zweifellos einige Schwierigkeit. Es gibt verschiedene Methoden der Durchschnittsberechnung, die hier nicht besprochen werden sollen. Einer näheren Beleuchtung bedarf aber die Verrechnungsmethode der Berufsgenossenschaft. Bei diesen wird für je 300 Arbeitstage ein sogenannter Vollarbeiter verrechnet. Nehmen wir an, ein Unternehmen mit 100 Personen ist an 270 Tagen im Jahre in Betrieb, es wären dann 27000 Arbeitstage geleistet. Für je 300 Arbeitstage wird ein Arbeiter angenommen, also nicht 100, wie wirklich beschäftigt waren, werden eingestellt, sondern 90. Auf diese 90 Vollarbeiter wird der ermittelte Gesamtlohn verrechnet, der Durchschnittslohn erscheint um 10 Prozent höher, als er tatsächlich war. Nun die andere Seite! Zunächst wird die Dauer des normalen Arbeitstags ganz ignoriert. Aber mehr! Die zahlreichen Überstunden und Überschichten werden bei der Verrechnung nach Vollarbeitern gar nicht gewürdigt. Welche Bedeutung das hat, möge wieder ein Beispiel illustrieren. Die in einem Werke beschäftigten 10000 Arbeiter machen jeder durchschnittlich 20 Überschichten. Nehmen wir die regulären Arbeitstage mit 300 an, so würden insgesamt 3200000 Arbeitsschichten herauskommen. Sollte die Berechnung nach Vollarbeitern wenigstens als Vergleichsmaß gelten können, müßten hier 10666 Arbeiter verrechnet werden, es werden aber nur 10000 Arbeiter der Berechnung der Durchschnittslöhne zugrunde gelegt. Ja, es kann passieren, wenn einmal Feierschichten eingelegt werden oder Betriebe auf einige Zeit ganz oder teilweise zum Stillstand kommen, dann wieder, wie oben angeführt, monatelang mit ungemessener Arbeitszeit, mit Überschichten drauf und drauf geackert wird, daß im Jahre

weniger wie 300 Arbeitstage für die Gesamtarbeiterzahl herauskommen, während die Zahl der geleisteten Schichten darüber hinausreicht. Nach der jetzigen Methode werden dann weniger Arbeiter verrechnet, als tatsächlich durchschnittlich beschäftigt waren. Diese Berechnungsmethode gibt gar keinen Halt für ein objektives Lohnbild.

Dem Unternehmertum in der Großindustrie paßt es so schon, denn die übliche Praxis der Verrechnung nach Vollarbeitern gestattet, vor dem Forum der Öffentlichkeit mit Löhnen zu paradieren, die in Wirklichkeit gar nicht verdient werden. Eine einwandsfreie Statistik müßte aufgebaut sein auf die Zahl der wirklich Beschäftigten, die Dauer deren Beschäftigung und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Danach könnte man Vergleichsberechnungen nach Vollarbeitern vornehmen.

Die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft gibt für 131061 Versicherte pro 1903 einen Jahresdurchschnittslohn von 1327 Mark an. Bei 300 Arbeitstagen wäre das ein Tagesdurchschnittsverdienst von 4,45 Mark. 100000 der hier in Betracht kommenden Versicherten würden jeden für verrückt erklären, der ihnen erzählte, sie verdienten pro Tag über 4 Mark. Die Löhne sind selbst für die einzelnen Berufe so sehr verschieden, daß man darüber präzise Angaben nicht machen kann. Wie schon bemerkt, schwanken die Löhne der ungelernten Arbeiter zwischen 2,50 bis 3 Mark — jugendliche Arbeiter und besonders niedrige Löhne bleiben hier ganz unberücksichtigt —, in den Feuerbetrieben schwanken die Löhne zwischen 3 bis 4,50 Mark, einzelne Leute erlangen 5 bis 8 Mark. Die Löhne der Schlosser, Dreher, Fräser, Hobler, Bohrer usw. schwanken zwischen 3 bis 4,50 Mark, ausgenommen einige Glückliche, die bis 5 Mark und noch darüber erlangen, für jugendliche Handwerker gehen die Löhne bis 2,50 Mark herunter. Nach Lohnausweisen, die mir vorliegen, zahlen größere Betriebe für Schlosser generell 3 Mark, ausgenommen einige ältere Leute, die 3,50 bis 4 Mark erzielen. Wenn bei solchen Löhnen die von der Berufsgenossenschaft angegebenen Verdienste erreicht sein sollen, dann muß schon ein sehr reichliches Maß von Überzeitarbeit dazu verholfen haben.

Die extensive Arbeitszeit in der Eisengroßindustrie gibt auch die Erklärung für die steigende Zahl der Unfälle. Von Jahr zu Jahr steigend, ist die Zahl der Verletzten pro 1000 Versicherte bei der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft im Jahre 1902 auf 183 gestiegen, die Prozentziffer der entschädigungspflichtigen Unfälle stieg von 1886 mit 5 Promille auf 14 im Jahre 1903. Die schweren Unfälle stiegen in der kurzen Zeit fast auf das Dreifache. Dabei werden den Verletzten bei Erlangung einer Rente immer mehr Schwierigkeiten gemacht, worüber unsere Arbeitersekretariate schon bemerkenswertes Material sammeln konnten. In einem Jahre lieferte die genannte Berufsgenossenschaft über 23000 Krüppel! Auch bei der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft ist die Unfallquote enorm gestiegen. Im Jahre 1888 entfielen auf 1000 Versicherte 5,79 entschädigungspflichtige Unfälle, 1900 waren es 10,2; in den beiden nächsten Jahren ist die Ziffer auf 9,82 resp. 9,22 herabgegangen. Dieses Nachlassen der Unfälle erklärt sich aus der Beschränkung der Arbeitszeit, Einstellen der Überzeitarbeit infolge der wirtschaftlichen Depression, worunter diese Industrie sehr zu leiden hatte.

Die ausgedehnte Arbeitszeit wirkt auch verheerend auf den Gesundheitszustand. Essen gilt als das Dorado der Arbeiter und doch steht die Er-

krankungsziffer bei der Kruppschen Betriebskrankenkasse um 35 Prozent über dem Durchschnitt aller Krankenkassen des Reiches. Wie mag es da erst auf den anderen Werken aussehen, die nicht des bekannten Wohlfahrtsruhms sich erfreuen?

Völlig unzureichend ist auch hier die Gewerbeaufsicht. Nach dem Bericht pro 1901 waren in Rheinland und Westfalen 58 Beamte tätig, welchen 33580 Betriebe mit 809573 Arbeitern unterstanden. Auf je 3 Betriebe entfiel eine Revision; oder auf jeden Beamten 340 Revisionen. Daß dabei von eingehender Kontrolle keine Rede sein kann, ist wohl selbstverständlich. Die milde Behandlung bei Übertretungen ist auch nicht dazu angetan, die Unfälle zu vermindern. Im Bereich der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft sind in den letzten zwei Jahren zwei Unternehmer durch Strafkammerurteil zu 6 Wochen Gefängnis resp. 25 Mark Geldstrafe bestraft worden — wegen fahrlässiger Körperverletzung. Im ersteren Falle der Verachtung des Arbeiterschutzes wurde durch Gnadenakt die Freiheitsstrafe in eine Geldbuße von 200 Mark umgewandelt. In zahlreichen Fällen, wo das Fehlen von Schutzvorrichtungen usw. konstatiert worden war, begnügte man sich mit Ermahnungen, in einzelnen Fällen mit Heraufsetzung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Solche Praxis ist nicht geeignet, den Respekt vor den Arbeiterschutzgesetzen zu erhöhen.

Die geschilderten Mißstände in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie erheischen gebieterisch gesetzgeberische Maßnahmen, mit der Zwölfstundenschicht und der mörderischen Überzeitarbeit muß unbedingt aufgeräumt werden. Die letzten Wahlen im Ruhrrevier lehren, daß bei den Arbeitern die Versprechungen seitens der Kapitalsvertreter, durch welche man sich so lange täuschen ließ, nicht mehr verfangen. Die in Aussicht stehenden Verhandlungen im Reichstag über Einführung eines Normalarbeitstags wird den Arbeitern auch den letzten Rest von Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien, speziell dem Zentrum, nehmen. Das letztere wird sicher wieder mit den Tiraden vom Erreichbaren und von übertriebenen Forderungen sich als Schutztruppe des reaktionären Großunternehmertums erweisen. Solche Haltung kann im voraus als Heuchelei charakterisiert werden, denn was verlangt wird, bedeutet in letzter Linie gar keine Belastung der Industrie. Mit veralteten, rückständigen, unsozialen Einrichtungen aufzuräumen, zum Segen der Arbeiter, ohne Schaden für die Leistungsfähigkeit der Industrie, dem kann ein jeder zustimmen, der nicht die Knebelung und Unterjochung der Arbeiter unter drückendes Joch als höchstes Ziel erstrebt. Man wird ja sehen, wie die „Volksvertreter" tanzen.

Die christliche Liebestätigkeit.

Von **Paul Lafargue.**

1. Die Auffassung und Betätigung der Charitas unter den ersten Christen.

Die barmherzige Liebe ist eine der drei geistlichen Tugenden, die das Christentum sich brüstet, in das Menschenherz eingepflanzt zu haben, das bis zur Ankunft Christi allem Gefühl des Mitleids mit seinesgleichen verschlossen geblieben; sie ist die würdige Vorläuferin der drei politischen Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche die französische Bourgeoisie der Menschheit des achtzehnten Jahrhunderts offenbart zu haben sich rühmt.

Die christliche Liebestätigkeit, die in tiefer Demut nichts weiter von dem Reichen fordert als ein Scherflein seines Überflusses, ist aber eine Tugend, die sehr handgreifliche Vorteile einbringt: ohne ihn in seinen Gewohnheiten zu stören, ohne ihn in seinen Lastern zu genieren oder in seinen Vergnügungen zu beirren, ohne ihm die geringste leibliche oder geistige Anstrengung zuzumuten und ohne ihn viel zu kosten, gewährt sie ihm doch zugleich das moralische Hochgefühl, sich als Wohltäter dünken zu dürfen, verschafft ihm die mit jeder Handlung großmütiger Freigebigkeit verbundene gesellschaftliche Hochachtung und verbürgt ihm obendrein einen reservierten Platz im Paradies, denn „die Liebe", sagt Petrus, „deckt eine Menge Dinge zu." Sie leistet aber auch noch andere wichtige Dienste, die ihre Prediger und Lobredner sich wohlweislich zu erwähnen hüten: die Charitas ist die zynische Vermittlerin, die den Charakter des Armen verdirbt, seine Menschenwürde und sein Selbstgefühl erniedrigt und ihn daran gewöhnt, mit Lammesgeduld sein ungerechtes und klägliches Los zu ertragen. Einzig und allein eine Gesellschaft, die die Ausbeutung des Armen bis zur äußersten Grenze treibt, konnte es fertig bringen, eine Geldanlage, die einen so fabelhaft wucherischen Zinsenertrag abwirft, auf die moralische Höhe einer geistlichen und sozialen Tugend hinaufzuschrauben.

Was auch die Theologen sagen mögen, die christliche Liebestätigkeit ist nicht mit einem Schlage zu diesem hohen Grade von Vollkommenheit gelangt. Die Apostel und die ersten Christen hatten von ihr eine weniger beschränkte und vor allem weniger bourgeoismäßige Vorstellung; sie litten selbst noch zu sehr am Notwendigsten Mangel, um zu Wohltätigkeitszwecken über irgendwelchen Überfluß verfügen zu können. Man muß einen sehr falschen Begriff von ihrem Leben haben und namentlich den Text der Apostelgeschichte und der Apostelbriefe gewaltig schönfärben, um die Apostel mit dieser so profitablen Kapitalistentugend zieren zu können: und allerdings ist niemals ohne Scheu und Skrupeln ein Text mehr verfälscht worden als der des Neuen Testamentes.[1]

---

[1] Das Vaterunser, das christliche Mustergebet (Matthäus VI, 9—14), ist ganz besonders solcher Entstellung durch die Übersetzer ausgesetzt gewesen. Die ersten Christen, für die es verfaßt wurde, waren arme Teufel, die Mangel an Brot und noch mehr Schulden als Sünden hatten: sie mußten also im Gebet den himmlischen Vater um Stillung ihres Hungers bitten sowie um Befreiung von ihren Gläubigern, unter denen einige, obwohl zum neuen Glauben bekehrt, sie „vor die Gerichtshöfe der Heiden zogen" (Jakobusbrief II, 6); folglich flehten sie beim Herbeten des Vaterunser Gott an, ihnen „das tägliche Brot zu geben" — panem quotidianum — und „ihre Schulden zu tilgen" — remitte nobis debita nostra, ἄφες ἡμῖν τὰ ὀφειλήματα ἡμῶν, erlaß, tilge uns unsere Schulden!

Um Tilgung der Schulden zu beten, mag den jüdischen und christlichen Kapitalisten unserer Zeit freilich als ein abscheulich-ungeheuerliches Begehren erscheinen; in der antiken Welt jedoch war ein Schuldenerlaß nichts so Seltenes: er fand sogar regelmäßig statt in Judäa im Großen Jubeljahr, und in den griechischen Stadtstaaten unterdrückte die demokratische Partei, so oft sie sich nach einem Aufstand der politischen Gewalt bemächtigte, jedesmal die Schuldforderungen. Bei den in Ephesus 1870 veranstalteten Ausgrabungen hat man Inschriften zutage gefördert, die folgenden Bericht enthalten: Die Stadtobrigkeiten haben (ein Jahrhundert vor Christus) in Voraussicht eines Krieges gegen Mithridates die Schuldforderungen niedergeschlagen, mit Ausnahme der durch eine Hypothek garantierten.

Die Verheißung des Schuldenerlasses war eines der besten Propagandamittel des Urchristentums. In einem dem Lucian zugeschriebenen Dialog — Philopatris —,

Die Apostel waren mit dieser vielgerühmten geistlichen Tugend der Wohltätigkeit so völlig unbekannt, daß noch nicht einmal ihre Bezeichnung in den Apostelschriften vorkommt. Die Worte des neuen Testamentes ἀγάπη (agape) und caritas, die man im Sinne von Wohltätigkeit, barmherziger Liebestätigkeit in den Übersetzungen gedeutet hat, haben in der griechischen und lateinischen Sprache niemals diese Bedeutung gehabt, und niemals geben ihnen die Apostel Paulus, Petrus, Jakobus und Johannes diesen Sinn; sie verwenden sie als gleichbedeutende Bezeichnungen für Freundschaft und brüderliche Liebe — φιλαδελφία, amor fraternus. ἀγάπη bedeutet Freundschaft. Daß die ersten Christen diesem Worte nur diesen Sinn gaben, geht deutlich daraus hervor, daß sie sich seiner zur Bezeichnung ihrer gemeinsamen Mahlzeiten bedienten, die keinerlei Wohltätigkeitsmahle waren, sondern Verbrüderungsagapen; ferner daraus, daß sie die Frauen, die als auserwählte Schwestern mit Priestern zusammenwohnten, Agapeten (Geliebte) nannten, weil ihnen ἀγάπη die brüderliche Liebe, im Gegensatz zu ἔρωσ (eros), der geschlechtlichen Liebe, bedeutete. Caritas, von den Lateinern für „Teuerheit, Teuerung“ und in übertragener Bedeutung für Liebe, Zuneigung gebraucht, hat niemals einen anderen Sinn gehabt, selbst bei den Schriftstellern zur Zeit des Verfalles der Antike, wie zum Beispiel bei Ammianus Marcellinus, der im vierten Jahrhundert nach Christus schrieb. Dasjenige Wort der griechischen Sprache, dessen Sinn dem Begriff Wohltätigkeit, Barmherzigkeit nahekommt, ist ἐλεήμων (eleémon), mitleidig, das in der kirchlichen Sprache dann zu caritabilis (wohltätig) wird. Da es ein Wort hierfür in der altlateinischen Sprache nicht gab, so entlehnen Tertullian, Hieronymus und Augustinus eines aus dem Griechischen und sagen eleemosyna (Mitleid, Erbarmen) für Almosen, Wohltat, Liebesspende. Die protestantischen Theologen Englands, die 1880 die englische Übersetzung des Neuen

---

dessen Verfasser jedoch zur Zeit des Kaisers Julian des Abtrünnigen in Alexandrien lebte, ist die Rede von christlichen Predigern, die an den Straßenecken verkündeten: „Christus wird die rückständigen Schulden, die noch an die Steuerbeamten zu zahlen sind, tilgen, er wird den Gläubigern ihr Geld wiedergeben und die privaten wie staatlichen Schulden bezahlen.“ Man sieht hier einen Kompromiß auftauchen, der zugleich den Gläubigern und den Schuldnern genug tut. Die Schulden werden getilgt werden, ganz wie es das Vaterunser erfleht, aber die Gläubiger sollen dabei wieder zu ihrem Gelde kommen — etwas, worüber sich die ersten Christen noch nicht beunruhigten. Als aber die Reichen unter den Gläubigen zahlreich wurden, begann man, um sie durch die Drohung des Verlustes ihrer Schuldforderungen nicht vor den Kopf zu stoßen und wieder fortzuscheuchen, den Text vom „Gebet des Herrn“ zu mißhandeln. Tertullian schrieb ein Traktat, um nachzuweisen, daß das lateinische Wort debita nicht im buchstäblichen Sinne von „Schulden“ genommen werden dürfe, sondern im figürlichen von „Sünden“, das heißt Schulden gegen Gott. Die Kirchenväter und die Übersetzer haben dann, in Verfälschung des heilig genannten Textes, die Bezeichnung „Sünden“ adoptiert. Indes die spanische Übersetzung des Vaterunser sagt doch noch deudas (Schulden) für debita, und die letzte Revision der englischen Übersetzung des Neuen Testamentes vom Jahre 1880 stellt die ursprüngliche Bezeichnung wieder her und schreibt „Schulden“ (debts) statt „Sünden“. Schulden sind eben allgemach eine so hochheilige Sache geworden, daß selbst der ewige Vater nicht mehr die Macht haben würde, sie durch seinen Einspruch zu tilgen; daher haben die englischen Pastoren, welche die Übersetzung revidierten, es nicht mehr für zeitgemäß gehalten, den griechischen Text noch immer zu verfälschen. Die Geschichte der Auslegung des Wortes debita offenbart die Umwälzung, die mit dem ursprünglichen Christentum vorging.

Testamentes revidierten, geben ἀγάπη und caritas wieder durch love (Freund-schaft, Liebe). Und in der Tat gestattet die Lebens- und Denkweise der Aposte und ersten Christen keine andere Auslegung.

* * *

Die ersten Christen in Jerusalem, Korinth, Ephesus, Antiochien und andere Orten gruppierten sich in kleine Gemeinden, die in einem und demselben Hause ja bisweilen in einem und demselben Zimmer wohnten: die Apostelgeschicht und die Apostelbriefe enthalten wertvolle Einzelangaben über ihr Verfahre beim Proselytenmachen, über ihre Lebensweise und über ihre Leidenschaften die sie bewegten.

„Diejenigen, welche das Wort bereitwilligen Herzens annahmen, wurde getauft und in die Gemeinde aufgenommen . . ., wenn sie in der Lehre be harrten, wurden sie zum Brechen und Austeilen des Brotes zugelassen, sowi zu den Gebeten. . . . Alle, die den Glauben hatten, lebten zusammen, inden sie alles gemeinsam hatten: sie verkauften ihre Besitztümer und Güter und ver teilten sie unter alle, je nachdem ein jeder Bedürfnis hatte. . . . Die Meng der Gläubiggewordenen war nur ein Herz und eine Seele und keiner sagte die Sachen, die er besaß, gehörten ihm zu eigen, sondern alle Dinge seien unte ihnen gemein. . . . Daher gab es unter ihnen keine Bedürftigen, weil alle welche Grundstücke und Häuser besaßen, sie verkauften und den Erlös der ver kauften Güter zu der Apostel Füßen niederlegten, damit er an jedermann ver teilt würde je nach seinen Bedürfnissen“ (Apostelgeschichte II, 41—45 un IV, 32—34).

Die Zulassung zu den Brot- und Lebensmittelverteilungen war eines de wirksamsten Propagandamittel der Apostel: an einem einzigen Tage bekehrte sich nach dem Bericht der Apostelgeschichte bei der gleichzeitigen Austeilung vo Lebensmitteln und Lehren etwa dreitausend arme Teufel: sie nahmen ohn große Umstände und Bedenklichkeit als Zugabe zu den Lebensmitteln auch noc die Lehre mit hin, von der sie wenig verstanden und die selbst für die Aposte unklar und verworren war, wie der Streit des Paulus und Petrus übe die Beschneidung bezeugt; die Aufrechterhaltung dieses hebräischen Brauche würde dem Christentum nicht gestattet haben, eine internationale Gestalt an zunehmen.

Die Masse der im Handumdrehen Bekehrten konnte notwendigerweise sic zu beharrlichem Festhalten an der neuen Lehre nur unter der Bedingung ver stehen, daß sie ebenso beharrlich den Magen gefüllt erhielt; mit der nämliche Leichtigkeit, mit der sie die Lehre angenommen hatte, mußte sie auch bereit sein sie wieder weit von sich zu werfen. Die Apostel waren mithin gezwungen, all ihre Findigkeit aufzubieten, um jenen auch Brot zur Stärkung ihrer Glaubens treue spenden zu können: und um zu diesem löblichen Resultat zu gelange wurden die mannigfachsten Mittel angewandt.

Man betrachte den evangelischen Bericht: Ananias und sein Weib Saphira zwei gute harmlose Bürgersleutchen, hatten die Lehre der Apostel so ernst ge nommen, daß sie, um sich ganz nach den Gemeinderegeln zu richten, ihre Güte verkauften und das aus dem Verkauf gewonnene Geld zu den Füßen Petr niederlegten; sie behielten jedoch einen Teil davon zurück — die Apostelgeschicht sagt nicht, in welcher Absicht. Der Apostel, der ohne Zweifel den Güterverkau aufmerksamst verfolgt hatte, wurde gewahr, daß sie ihm nicht das ganze Geld

das der Verkauf eingebracht, überlassen hatten: er ließ nacheinander den Mann und die Frau vor sich erscheinen, wo eine Macht sie niederschlug, und ließ die Leichname eilends fortschaffen und vergraben, durch „junge Leute“, die jederzeit für dergleichen Verrichtungen zu seiner Verfügung gestanden zu haben scheinen, wie die Worte des heiligen Mannes an die Saphira vermuten lassen: „Siehe, die Füße derer, die deinen Mann beerdigt haben, sind an der Tür, sie werden dich hinaustragen.“ Wie man erwarten mußte, setzt die Apostelgeschichte die Erschlagung der beiden auf Rechnung des lieben Gottes. Diese Tat „flößte der Gemeinde große Furcht ein, sowie allen, die davon erzählen hörten“. Die Politik der Apostel bestand also darin, sich durch den Schrecken in Respekt zu setzen; zu wiederholtenmalen kommt die Apostelgeschichte auf die Furcht zu reden, welche die Apostel den Gläubigen einflößen. Die Verbreiter des Christentums haben allzeit, in der alten wie neuen Welt, diese Politik befolgt. Der Jesuit Charlevoix, der durchaus kein bösartiger Mann war, erzählt in seiner „Geschichte von Paraguay“ mit großer Sanftmut und Seelenruhe, ein Kazik der Guaranys sei wegen seiner Weigerung, sich den Geboten der jesuitischen Prediger zu fügen, durch Feuer vom Himmel lebendig verbrannt worden, geradeso wie Ananias und Saphira von Gott getötet worden waren.

Es gab aber auch außerhalb der Gemeinden, die der griechische Text der Apostelgeschichte Ekklesia (Versammlung, daher französisch: église, Kirche) nennt, noch Gläubige, die, minder naiv als Ananias und Saphira, nach weltlicher Weise lebten; sie behielten ihre Güter, verstanden sich aber dazu, zum Unterhalt der „Heiligen“ beizusteuern: Heilige nannten sich die Gemeindemitglieder unter sich, wahrscheinlich weil sie über das Eigentum ihre besonderen, von den Begriffen der sie umgebenden Heiden verschiedenen Vorstellungen hatten. Die Apostel und die Heiligen, schreibt Paulus, empfingen „diese Gaben wie einen Duft des Wohlgeruchs, als ein angenehmes, Gott wohlgefälliges Opfer“. Sie waren beständig auf der Suche nach reichen und freigebigen Personen. Petrus hatte es in der Kunst, solche zu gewinnen, zur Meisterschaft gebracht: die Apostelgeschichte erzählt in Kapitel 9 und 10 mit Wohlgefallen zwei seiner einträglichen Bekehrungen, die der Witwe Tabitha und die des Hauptmanns Kornelius. Der heilige Mann hatte die gute Frau zu bereden gewußt, sie sei tot gewesen und er habe sie wieder auferweckt, und den abergläubischen Italiener hatte er bis zu dem Grade in seinen Bann zu zwingen verstanden, daß er ihm den Glauben an Engelerscheinungen einredete, die ihm Glückwünsche von Gott für seine Freigebigkeitsakte brächten. Die Heiligen in Judäa forderten, da sie unter den eigenen Landsleuten wenig Spenden einernteten, deren von den Gläubigen der anderen Länder: daher der Ursprung des Peterspfennigs. Die Korinther waren nach Aussage des Paulus sehr freigebig, ihre Liebesgaben waren reichlich genug, um den „Bedürfnissen der Heiligen“ aufhelfen, ja ihnen sogar Überfluß verschaffen zu können (2. Korintherbrief, IX, 12); aber sie waren eine Ausnahme, nach den Klagen zu urteilen, die derselbe Paulus über die Schwierigkeiten des Einbringens der Kollekten anstimmt, sowie nach den pathetischen Ergüssen des Apostels Jakobus gegen die nur schwer Geld herausrückenden Reichen. „Wohlan nun, ihr Reichen“, donnert er, „weint und wehklagt über die Trübsale, die sich über euch herabstürzen werden! Eure Reichtümer sind vermodert, eure Kleider sind von den Motten zernagt; euer Gold und Silber ist verrostet und sein Rost wird Zeugnis ablegen wider euch und euer Fleisch verzehren wie Feuer“ (Jakobusbrief, V, 1—3). Man könnte glauben, hier die leidenschaftlichen Schmähreden eines

Antisemiten gegen jüdische Geldmänner zu lesen, die sich seinen Geldforderungen nicht Genüge zu leisten beeilen.

Die Gläubigen nahmen, obwohl sie nicht mit den „Heiligen" zusammen wohnten, doch an deren Apagen oder Liebesmahlen teil, die das Abend mahl in Erinnerung zurückrufen sollten, bei dem Christus sinnbildlich den Aposteln sein Fleisch zu essen und sein Blut zu trinken gegeben hatte. Aber die Reichen übten, ehe sie sich an der für ihren feinen Gaumen mit allzuderber Kost besetzten Tafel der Heiligen niederließen, die Vorsicht, „ihre eigene bessere Mahlzeit vorwegzunehmen" (1. Kor., XI, 21). Die Heiligen ihrerseits kamen den Reichen voll servilen Eifers entgegen; sie gaben ihnen die Ehren plätze, während die Armen stehend oder auf Schemeln sitzend aßen. Der Apostel Jakobus, das Vorbild der unter den Christen der ersten Jahrhunderte üppig gedeihenden Demagogen, entrüstet sich über „die Rücksichten gegen den der einen Goldring und teure Kleider trägt.... Hat Gott nicht die Armen dieser Welt auserwählt zu Reichen im Glauben und zu Erben des Reiches das er verheißen hat denen, die ihn lieben?... Und unterdrücken euch nicht die Reichen desungeachtet und ziehen euch vor die Gerichtshöfe?" — — ohne allen Zweifel deshalb, um wieder zu ihrem geliehenen Gelde zu kommen (Jak., II, 3—6). Die Apostel und Heiligen haben die Bettelei zwar nicht er funden, wohl aber verstanden, sie auszuüben.

Die Reichen und Gläubigen wurden es müde, die Heiligen zu ernähren und scheuten sich nicht, gegen deren unaufhörliche Forderungen zu protestieren Paulus hat, trotz seiner Versicherung, „Gott habe verordnet, daß die, welche das Evangelium verkünden, vom Evangelium leben sollen", dennoch ein zu stolzes Herz, um solche Vorwürfe über sich ergehen zu lassen: „Ich habe mir diese göttliche Verordnung niemals zu Nutzen gemacht", erklärt er voll Selbstgefühl „und ich schreibe von ihr hier auch nicht etwa deshalb, damit sie auf mich selbst Anwendung finden solle, denn ich würde lieber sterben wollen, als daß ich mir von jemandem meinen Ruhm antasten ließe" (1. Kor. IX, 14—15). Petrus dagegen war von Natur bettelhaft: um sich von ihm vorteilhaft zu unter scheiden, hebt Paulus mehrmals mit Nachdruck hervor, er habe die Gläubigen nichts gekostet, sondern gearbeitet, um sein Brot zu verdienen. „Ich begehre von euch nicht eure Güter, sondern euch selbst", schreibt er an die Korinther

Die Pferde schlagen und beißen sich, wenn kein Heu mehr in der Krippe ist: die „Heiligen" fingen Zank miteinander an, wenn kein Geld mehr in der Kasse war. Die Zungen wurden entfesselt, Schimpfreden flogen hin und her und es hagelte Schläge. „Die Zunge", schreibt der Apostel Jakobus (III, 5—8) „ist ein sehr kleines Glied, und doch kann sie sich großer Dinge rühmen: siehe welch großen Wald vermag ein kleines Feuer anzuzünden! ... Die Zunge ist ein Feuer und eine Welt von Ungerechtigkeiten ... sie befleckt den ganzen Leib und bringt in Hitze die Leute ringsumher; sie entzündet sich am Feuer der

[1] Drumont, der jüdische Renegat, hat in seiner eigenen Zeitung erzählt, der wütende Antisemit Morès habe den Juden Kornelius Herz inständig um ein Darlehen von 20000 Franken zur Bezahlung einer Spielschuld gebeten und dieser sich zur Hergabe der Summe bereit erklärt, falls Drumont in eigener Person um sie zu bitten komme. Wirklich beeilten sich die beiden Herren Konfratres, sich der herabwürdigenden Bedingung des Juden, den sie alle Morgen in ihrer „Libre Parole" verhöhnten zu unterwerfen: sie fanden es sehr dumm und einfältig von ihm, daß er nicht weiter von ihnen verlangte als diesen demütigenden Gang.

Hölle.“ Die Zungen der Frauen waren am meisten voll Feuer, sie setzten alle Gemeinden in Flammen und brachten den Heiligen beiderlei Geschlechts heftig schmerzende und tiefe Brandwunden bei. Die Apostel müssen unaufhörlich gegen sie eifern: zu wiederholtenmalen gebietet Paulus ihnen Stillschweigen, denn „es ist unziemlich für eine Frau, in der Gemeinde zu reden“ (1. Kor. XIV, 35). Die Interessenfragen lieferten den Zündstoff für diese flammenden Zungen; die Streitereien drangen sogar aus dem Innern der Kirche an die heidnische Öffentlichkeit, um sich von den „Gerichtshöfen der Ungläubigen“ gesetzmäßig schlichten, statt sich von den Heiligen, die doch „die Welten und die Engel richten werden“, durch willkürlichen Machtspruch abtun zu lassen. Paulus muß sogar mit der Vorhersagung drohen, die Streitereien und Prozesse würden die Gemeinden noch zum Untergang bringen: „Wenn ihr euch herumbeißt und einander auffreßt, so gebt acht, daß ihr nicht voneinander verzehrt werdet“ (Gal. V, 15). Die Brüderlichkeit war also nicht die Tugend der Heiligen und Gläubigen des Urchristentums.

Es war nicht leicht, in den Kirchen der Heiligen und in den Vereinen der Gläubigen die Ordnung aufrecht zu erhalten und Zucht und Sitte herzustellen. Die ersten Christen bildeten ein seltsames Gemisch von armen, durch die Not verbitterten und aufeinander neidischen Teufeln, von hungrigen Taugenichtsen und Lumpenproletariern, die sich zum neuen Glauben nur um materieller Vorteile willen bekehrt hatten; in scharfem Kontrast zu dieser zweideutigen Gesellschaft standen die ehrsamen Handwerker und kleinen Geschäftsleute, die sich schämten, mit jenem liederlichen Lumpengesindel in Berührung zu stehen, sowie Personen in behaglicher Lebensstellung, die auf ihre Reichtümer stolz waren und zum Danke für ihre Liebesgaben untertänige Respektserweisungen verlangten.[1] Die Lehre, die sie zusammenhielt, predigte noch nicht die Demut,

[1] Unter den Heiligen und Gläubigen, deren „geheiligte Leiber“ „die Glieder Christi“ waren, gab es „Hurer, Ehebrecher, Buhlknaben, Päderasten, Diebe, Trunkenbolde, Habsüchtige, verleumderische Ehrabschneider“, mit einem Worte die schlimmsten Lüderjans. Man muß diese fatale, aber wahre Tatsache wohl schon zugeben, da Paulus sie in seinem ersten Briefe an die Korinther (VI, 10 und 11) offen bekennt. Ihr unsittlicher Wandel schuf die Kirchen zu Stätten unzüchtiger Ausschweifungen um: wiederum sind es keine geringeren Zeugen als Paulus und Petrus, die uns davon Nachricht geben. „Man behauptet allerseits“, schreibt der Apostel der Heiden an die Korinther, „die Hurerei (πορνεία) herrsche unter euch, und zwar derart, daß man nicht einmal unter den Heiden ähnliches sieht; einer von euch liege bei der Frau seines Vaters“ (1. Kor. V, 1). Die Predigt des Evangeliums verbesserte die Sitten der Gläubigen Judäas nicht, denn nach vier Jahrhunderten christlicher Moralpredigt und Sittenkultivierung gibt der heilige Gregorius von Nyssa in einem Traktat „De non eundo Hierosolymas“ den Rat, „nicht nach Jerusalem zu pilgern“, denn „weit entfernt, dieses Land, das einst den Abdruck und Stempel des wahren Lebens empfangen hat, von bösen Dornen gereinigt zu finden, sehe ich es vielmehr von allen irgend denkbaren Unreinigkeiten verwüstet. Dort herrschen die Bosheit, der Ehebruch, der Diebstahl, der Götzendienst, die Giftmischerei und vor allem der Mord. . . . Mordtaten lassen sich hier leichter verüben als an irgendeinem Orte der Welt.“ — Was soll man, angesichts solcher Schilderungen, von Renan und seinen idyllischen Phantasiebildern denken!

Wenn man die Apostelgeschichte und die Briefe der Apostel durchliest, so kann man sich den Schauder und Widerwillen deutlich erklären, den die ersten Christen den Heiden einflößten. Diese zügellosen Sitten konnten unmöglich so bleiben; die Apostel taten alles, was in ihren Kräften stand, um sie zu bessern und einzuschränken,

sondern entwickelte im Gegenteil das Gefühl der Gleichheit, sollten doch alle, Reiche wie Arme, Freie wie Sklaven, Tugend- wie Lasterhafte, ohne Unterschied, wieder auferstehen und in den Besitz einer unsterblichen Seele und eines „unverweslichen Leibes“ gelangen, um darin eine ewige Seligkeit zu genießen. Die Hoffnung auf Gleichheit jenseits des Grabes wirkte nicht etwa besänftigend, sondern vielmehr heftig anfachend auf die Leidenschaften des Neides, der Verachtung, des Hasses und der Zanksucht, welche die Genossenschaften der ersten Christen zerrütteten.

Damals war es daher unmöglich, wie man es freilich später tat, die Demut zu predigen und die Unterwürfigkeit einzuschärfen — unmöglich bei diesen ersten Lehrlingen des Christentums, die einzig und allein durch die persönliche Überlegenheit und mystische Autorität der Apostel gezügelt werden konnten: nur den Frauen wagen Paulus und Petrus Stillschweigen aufzuerlegen. Sie erinnern sie an den ehelichen Gehorsam, obwohl die Frauen sich einbildeten, gerade dieses Joch in der Kirchengemeinschaft, die die Geschlechtsvermischung der Urzeit wieder einführte, abzuschütteln. Da die Apostel zur Zähmung der nur allzu leicht reizbaren und lärmsüchtigen Heiligen und Gläubigen noch nicht über die Machtmittel roher Gewalt zu verfügen hatten,[1] mußten sie sich notgedrungen

---

freilich ohne viel Erfolg, denn sie waren eben eines der lockenden Anziehungsmittel des Christentums in seinem Anfangsstadium. Nur ganz allmählich ließen sie sich bessernd umgestalten, erhielten sich jedoch in ihrer ganzen Unsauberkeit auch weiterhin bei mehreren Sekten, wie zum Beispiel den Kainiten des zweiten Jahrhunderts. Sie blühten dann wieder auf mit Ausbruch der protestantischen Reformation: in England bekannten sich zahlreiche Sekten — die Familisten (Liebesbrüder) vom Berge, die Grindletonianer, die Anhänger der sogenannten fünften Monarchie usw. — zu der Lehre, ihre Mitglieder seien Heilige und infolgedessen über jedes menschliche oder göttliche Staats- und Sittengesetz erhaben, und da man nur Sünde täte in und wegen der Annahme, man verletze durch seine Handlungsweise ein staatliches oder religiöses Gesetz, so begingen mithin die Heiligen, da sie keines dieser Gesetze anerkennen, keinerlei Sünde, auch wenn sie die schlimmsten Handlungen verübten.

[1] Die Bischöfe beschäftigten sich seit der Zeit, da Kaiser Konstantin dem Christentum die gesetzliche Anerkennung gewährte, mit nichts angelegentlicher, als mit den Bemühungen, sich mit der Strafgewalt auszurüsten: sie entrissen den christlichen Kaisern die geistliche Gerichtsbarkeit zunächst über die Kleriker und sodann über die gläubigen Laien. Unter der Herrschaft des weströmischen Kaisers Honorius hob Stilicho dieses Vorrecht wieder auf, aber Olympias, der ihn ermorden ließ und dann sein Nachfolger ward, stellte es im Jahre 408 wieder her und setzte an die Stelle der gerichtlichen Klage vor den weltlichen Obrigkeiten die vor den kirchlichen Behörden. Diese Gerichtsgewalt, über die hinaus es keine Berufung gab, stellte den Bischof über den Provinzstatthalter. Der Eunuch Jovius, der an die Stelle des Olympias in der Gunst des Kaisers trat, unterdrückte diese kirchliche Gerichtsgewalt abermals und verbot, die Ketzer und Heiden zu vergewaltigen, die man zu dem auf dem Konzil von Nicäa neugebackenen Katholizismus bekehren wollte. Ein Beispiel mag von dem brutalen Despotismus der Bischöfe eine Vorstellung geben: die Mönche eines Klosters kamen, ihr Oberhaupt an der Spitze, zum Bischof von Konstantinopel Nestorius, um ihn betreffs seiner Auslegung und Auffassung der doppelten Natur Christi um Aufklärung zu ersuchen; dieser aber ließ sie mit Riemen, die mit Blei beschwert waren, durchpeitschen und schickte sie dann unter der Anklage, ihn beleidigt zu haben, vor die Stadtbehörde; da diese sie jedoch nicht schuldig finden konnte, schickte sie dem Bischof seine Sendung zurück, der nun die Ärmsten nochmals durchpeitschen ließ.

an deren Gefühle und Empfindungen wenden und sie durch fleißiges Predigen und Empfehlen der brüderlichen Liebe zu einem geordneten und friedlichen Zusammenleben zu überreden suchen. „Liebe Brüder", mahnt der selbst sehr hitzige und zornmütige Apostel Jakobus, „lästert einander nicht! Wer wider seinen Bruder redet oder seinen Bruder richtet, der redet wider das Gesetz und richtet das Gesetz. — Brüder, seid geduldig bis zur Ankunft des Herrn!" (Jak., IV, 11 und V, 7). — „Dienet einander!" mahnt Paulus wiederholt. — „Liebe deinen Nachbar (proximum, πλησίον) wie dich selbst, so wirst du mit diesem einen Gebot das ganze Gesetz erfüllen" (Gal., V, 13 und Röm., XIII, 9).[1] — „Das Ende aller Dinge ist nahe: seid daher keusch und nüchtern an den Stätten des Gebets; vor allem aber habt verdoppelte Liebe zueinander, denn die Liebe deckt gar viele Schuldvergehen zu" (1. Petrusbrief, IV, 7—8).[2] — „Liebe Freunde, liebt euch untereinander, denn Gott ist Liebe; wer liebt, ist aus Gott geboren und erkennt Gott. Wer nicht liebt, erkennt Gott nicht, denn Gott ist Liebe" (1. Joh., IV, 7—8).

Das Bedürfnis, unter den Heiligen und Gläubigen den Frieden herzustellen und aufrechtzuerhalten, war so gebieterisch, daß Paulus in seinem Briefe an die Korinther die brüderliche Liebe über den Glauben, über alle Tugenden und alle Opfer stellt: der Apostel der Heiden, der seinen Ehrgeiz darein setzt, wissenschaftlich und literarisch gebildet zu sein und sich dieser Bildung offen rühmt, beginnt das Kapitel 13 seines ersten Korintherbriefs mit einem Hymnus auf die brüderliche Liebe, der einem Kriegslied des spartanischen Schlachtensängers Tyrtäus nachgeahmt ist:[3]

„Wenn ich mit Menschen- und mit Engelzungen rede und habe die brüderliche Liebe (agape) nicht, so bin ich ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle. Und wenn ich die Gabe der Weissagung habe und kenne alle Geheimnisse und alle Wissenschaften und habe dazu den ganzen Glauben, so daß ich damit Berge versetzen könnte, und habe doch dabei die brüderliche Liebe nicht, so bin ich

---

[1] Man übersetzt proximus und πλησίος mit „Nächster", um den Glauben zu erwecken, als empfehle Paulus die Ausdehnung dieser Liebe auf alle Menschen insgesamt, während er doch an dieser wie an anderen Stellen von den Heiligen und Gläubigen Gefühle der Liebe und Freundschaft nur für ihre Glaubensgenossen verlangt. Seine Mahnung ist zudem lediglich eine Wiederholung des alten hebräischen Gebots: „Du sollst Rache weder üben noch im Herzen hegen gegen die Kinder deines Volkes: du sollst lieben deinen Nächsten wie dich selbst. Ich bin der Ewige!" (3. Mosis, XIX, 18). Bekanntlich war für die Israeliten, ebenso wie für alle Völker des Altertums der Fremde zugleich der Feind.

[2] Dieser Bibelvers, dessen Übersetzung ich nach dem Wortlaut des griechischen Textes berichtigt habe, gibt uns eine Ahnung von den Orgien und Ausschweifungen, die in den Kirchen verübt wurden. Meister Petrus, der den Ananias und die Saphira, weil sie einen Teil des Erlöses aus dem Verkauf ihrer Güter zurückbehalten hatten, mit dem Tode bestraft werden läßt, begnügt sich, diejenigen, die in den Kirchen sich während der Gebetsübungen berauschten und in Unzuchtsünden ergingen, bescheiden daran zu mahnen, daß das Ende der Welt nahe ist.

[3] Die Christen haben die griechische Literatur und Philosophie nach Kräften abgeschrieben. Der heilige Hieronymus sucht sich, um dem Vorwurf des Rufinus, er habe bei den heidnischen Autoren Anleihen gemacht, zu begegnen, mit dem Hinweis zu rechtfertigen, auch Paulus zitiere in seinem Briefe an Titus einen Vers des Epimenides, in seinem ersten Korintherbrief eine Stelle aus Menander und in seiner Predigt auf dem Markte zu Athen einen Hexameter des Aratus.

nichts. Und wenn ich alle meine Güter verteile[1] und meinen Leib dahingebe zum Verbrennen, habe jedoch die brüderliche Liebe nicht, so kann mir alles das gar nichts nützen.“ Der Apostel erklärt, er hebe die brüderliche Liebe deshalb so hoch, weil sie alle Tugenden in sich enthalte. „Die Liebe ist geduldig, sanftmütig; die Liebe neidet nicht; die Liebe ist nicht prahlsüchtig, sie tut nichts Boshaftes, begehrt nicht lüstern nach dem Gute anderer, reizt nicht zum Streite, denkt nichts Böses über andere, freut sich nicht an der Ungerechtigkeit; sie findet ihre Freude an der Wahrheit; sie deckt alles mit dem Mantel der Liebe zu, glaubt alles, hofft alles, duldet alles.“ Mit einem Worte: die brüderliche Liebe besitzt alle jene Eigenschaften, an denen die sogenannten Heiligen Mangel litten.[2]

Die neue Religion nahm, ganz wie einst Rom zur Zeit seiner Gründung, die Flüchtiggewordenen, die Verbannten und die Verbrecher in ihrem Schoße auf, ohne danach zu fragen, woher sie kamen, und ohne sich um ihre Nationalität, soziale Stellung und Moralität zu kümmern; sie vereinigte und organisierte sie gegen die Außenwelt, die der Feind war. Aber wenn der Gott der Christen zwar weder Juden noch Griechen noch Römer kannte, wenn er auch weder zwischen Freien noch Sklaven, Reichen noch Armen, Tugend- noch Lasterhaften einen Unterschied machte, so schied er dennoch die Menschen wieder in zwei feindliche Kategorien: in Gläubige und Ungläubige. Die, welche den Glauben annahmen, empfingen die Taufe und aßen symbolisch den Leib Jesu, waren „geheiligt“ und wurden „Glieder Christi“, selbst wenn sie in Lastern versunken waren und diesen auch noch in den kirchlichen Gemeinschaften zu frönen fortfuhren. Die Ungläubigen dagegen waren rettungslos verloren und verdammt, selbst wenn sie Muster von Tugend waren. „Der Herr Jesus“, schreibt Paulus, „wird sich offenbaren im Himmel mit den Engeln seiner Macht, mit Feuer, das Flammen sprüht gegen die, welche Gott nicht kennen

[1] Die lateinische Übersetzung erweitert hier den Text, indem sie hinter „verteile“ einschiebt: „um die Armen zu ernähren“. Dieser in den modernsprachlichen Bibelübersetzungen treulich nachgedruckte Zusatz berechtigt den Leser zu dem Glauben, die ersten Christen hätten die Gewohnheit gehabt, unterschiedslos an alle Armen ihre Güter zu verschenken; während doch Paulus lediglich von denen redet, die ihre Güter an die „Heiligen“ der Gemeinden verteilen.

[2] Renan sagt irgendwo, die Diskussionen der sozialistischen Kongresse und Zeitungen über gewisse Punkte der Parteidoktrin erinnerten an die Streitereien der christlichen Sekten über die kirchlichen Dogmen. Wenn es auch angängig ist, hinsichtlich der Hitze und Derbheit bei Erörterung von Streitfragen, die den Indifferenten freilich von geringer Wichtigkeit zu sein scheinen, Vergleiche zwischen den ersten Christen und den Sozialisten zu ziehen, so kann man beide doch unmöglich einander gleichstellen hinsichtlich ihrer Moralität. Mehr als dreißig Jahre ist es nun her, daß ich in den Reihen der internationalen Sozialistenpartei mein Leben zubringe: und doch ist mir noch niemals zu Ohren gekommen, daß man in Europa und Amerika nötig gehabt hätte, den Sozialisten Ehrbarkeit und Bruderliebe in solcher Weise zu predigen, wie es die Apostel vor ihren „Heiligen“ und Gläubigen taten; im Gegenteil, die Kämpfer des Sozialismus zeichnen sich für gewöhnlich durch ihren Geist der Brüderlichkeit und durch die Würde ihres privaten und öffentlichen Lebens vor anderen aus. Das Christentum in seiner Anfangszeit und der Sozialismus haben jedoch das miteinander gemein: sie sind populäre Bewegungen; daher ist auch ein sozialistischer Kämpfer durch seine täglichen Kämpfe besser als ein Gelehrter durch sein Stubenhockerleben für ein richtiges Verständnis der Leidenschaften und Sitten der ersten Christen befähigt.

und dem Evangelium nicht folgen; sie werden gestraft werden mit ewiger Pein vor dem Angesicht des Herrn und vor der Glorie seiner Macht" (2. Thessal. I, 7—9). Die Freundschaft und Bruderliebe, welche die Apostel predigten und die die modernsprachlichen Bibelübersetzungen als wohltätige, barmherzige Liebe deuten, sollte geübt werden nur unter Christen, nur unter Gläubigen; die Ungläubigen dagegen waren der Feind — gegen sie daher Haß in alle Ewigkeit! Die Heiligen labten sich, zum Troste und Ersatz für die Rache, die sie nicht schon in dieser Welt an jenen nehmen konnten, an der frohen Zuversicht auf die Rache im Jenseits, die dort Jesus selber an den Feinden des Glaubens vollstrecken würde.

Die neue Religion erweckte wieder das Rachegefühl der alten Zeit in all seinem Grimme und mit all seinem Zeremoniell. Der Wilde und der Barbar fühlten sich nur dann beruhigt, wenn sie die Rache mit eigenen Händen vollzogen. Als später die Staatsgewalt dem einzelnen das Recht nahm, die Rache selbst auszuüben, mußte im Falle eines Totschlags der Sohn des Opfers und in dessen Ermanglung der nächste Verwandte der Hinrichtung des Schuldigen beiwohnen, damit das Rachegefühl ganz gesättigt werde: das geschah noch so im Athen des Perikles. Nach den Anschauungen der ersten Christen soll Jesus ganz wie der Wilde, sich in eigener Person an den Ungläubigen rächen; und Gott, sein Vater, soll sich am Anblick ihrer Qualen weiden, denn sie werden Strafe leiden in alle Ewigkeit „vor dem Angesicht Gottes und vor der Glorie seiner Macht". Als aber das Christentum in zivilisiertere Schichten der heidnischen Gesellschaft Eingang fand, wurden auch Jesus und Gott zivilisiert: sie verloren die Gewohnheit, sich eigenhändig zu rächen, und übertrugen zu ihrer Entlastung die Sorge, den Ungläubigen die nötigen Züchtigungen zu verabreichen, auf untergeordnete Vertreter, auf Dämonen. Aber erst nach vielen Jahrhunderten werden sie hinreichend zivilisiert, um kein Vergnügen mehr am Anblick der Martern zu finden, welche die Verdammten im Grunde der Hölle durch die Teufel leiden müssen.

Die Christen der ersten Jahrhunderte hatten sich gar sehr anzustrengen, um ihre Sitten auf das Niveau der heidnischen Moral zu erheben und ihre Lehre auf die Höhe des durchgeistigten Systems der sophistischen Philosophie Platos zu bringen. (Fortsetzung folgt.)

Die hegelsche und die Rosenkranzische Logik und die Grundlage der hegelschen Geschichtsphilosophie im hegelschen System.

Von **Ferdinand Lassalle.**

(Fortsetzung und Schluß.)

Um nunmehr auf Rosenkranz zurückzukommen, so läßt er — als ein an keine dialektische Konstitution gebundener, unumschränkter Selbstherrscher im Reiche der Begriffe, der daher einen jeden aus dessen wahrer Heimat ausweisen und selbst aus seinem Reiche ganz verbannen kann — die Begriffe des Mechanismus und Chemismus gänzlich aus der Logik fort, ohne auch nur einen Versuch zu machen, den Sprung oder Fehler nachzuweisen, den Hegel in der Dialektik des Gedankens macht, wenn er den Begriff des Schlusses und seine

Bewegung in einen Begriff münden läßt. Die äußerlichen Reflexionen aber, mit denen Hegel dabei angegriffen wird, erweisen sich gleichfalls sofort als unrichtig.[1]

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Alles, meine Herren, was ich Ihnen bisher über die Verstöße von Rosenkranz entwickelt habe, sind Einzelheiten, die, so überaus wichtig sie auch an sich selbst sind, doch von mir nur deshalb so ausführlich dargelegt wurden, um nun die das Gesamtsystem Hegelscher Logik und Philosophie betreffenden Folgen nachzuweisen, welche aus diesen scheinbaren Einzelheiten resultieren. Indem nämlich Rosenkranz den Mechanismus und den Chemismus aus der Logik ganz fortläßt und die Teleologie oder Zweckbegriff aus dem Reiche des Begriffs in das Wesen verweist, fehlt bei ihm das ganze Kapitel von der Objektivität, welches, nur aus diesen drei Realisationsformen: Mechanismus, Chemismus und Zwecktätigkeit bestehend, bei Hegel den Übergang von dem Begriff als solchem in die Idee macht. Indem somit der ganze Begriff der Objektivität überhaupt und daher speziell auch ihrer Hegelschen Stellung zwischen Begriff und Idee fehlt: so ist, behaupte ich, der prinzipielle Boden des Hegelschen Systems, seine ganze Philosophie überhaupt, von Rosenkranz zwar nicht umgestürzt — damit hat es keine Not —, aber von Rosenkranz aufgegeben und verlassen worden.

Diese, wenn auch harte, Behauptung ist es, die ich jetzt näher zu rechtfertigen haben werde, und deren Darlegung den Zielpunkt dieses Vortrags bildet. Indem die Objektivität zwischen dem Begriff des Begriffs und dem Begriff der Idee fehlt, ist zuvörderst schon notwendig, daß der Begriff der Idee selbst bei Rosenkranz zu einem ganz anderen wird, als bei Hegel; denn in der Logik ist das Wichtigste und Entscheidende für einen Begriff sein Woher, seine Ableitung. Das, woraus er entspringt, macht ihn zu dem, was er ist. Bei Hegel ist die Idee die Einheit des Begriffs und der Objektivität, oder die zu ihrem eigenen Begriff gekommene Objektivität. Die Idee ist ihm die Einheit des Begriffs mit sich selbst in der Unmittelbarkeit, oder der in der Unmittelbarkeit sich adäquat gewordene Begriff. Diese Hauptbestimmung muß nun bei Rosenkranz dadurch fehlen, daß bei ihm der Begriff sich nicht durch die Objektivität hindurch zur Idee bewegt, diese bei ihm also auch nicht die Objektivität an sich hat, nicht die in ihr mit sich identische Seele derselben ist. Bei Rosenkranz behält daher die Idee, und ebenso alle weiteren Stufen derselben, notwendig eine bloß formelle, bloß subjektive und der Unmittelbarkeit als solcher äußerliche und fremde Bestimmung. Es ist nur die konsequente Folge hiervon, wenn er die Idee als unmittelbare — die Stufe des Lebens bei Hegel — wiederum in seiner Logik nicht gebrauchen kann. Die Unmittelbarkeit ist eben eine solche, die bei ihm nicht durch den Begriff hergestellt ist, und somit von ihm nicht bemeistert werden kann. Es hilft Rosenkranz nichts, zu sagen, es sei ja auch bei ihm die Idee als Einheit des Begriffs und seine Realität bestimmt. Realität und Objektivität sind durch einen großen logischen Unterschied getrennt: Objektivität ist eine Kategorie der Unmittelbarkeit, des Daseins; Realität dagegen ist alle Bestimmtheit überhaupt, auch die rein-formell-begriffliche. Einheit seiner und der Realität ist in der Logik schon

[1] Hier sind einige Abschnitte des Vortrags ausgelassen, die sich mit Einzelheiten aus dem Werke von Rosenkranz befassen und dessen nähere Kenntnis voraussetzen.

der formelle Begriff selbst. Denn die Realität hat er in der Bestimmtheit seiner Momente als Einzelheit und Besonderheit an sich. Hegel spricht sich selbst darüber in der „Logik" in einer nicht mißzuverstehenden Weise aus (Teil III, S. 233): „Die Idee hat aber nicht nur den allgemeineren Sinn des wahrhaften Seins, der Einheit von Begriff und Realität, sondern den bestimmteren vom subjektiven Begriff und der Objektivität. Der Begriff, als solcher, ist nämlich selbst schon die Identität seiner und der Realität; denn der unbestimmte Ausdruck Realität heißt überhaupt nichts anderes als das bestimmte Sein: dies aber hat den Begriff an seiner Besonderheit und Einzelheit." Bald darauf sagt Hegel: „Die Idee hat sich nun gezeigt als der wieder von der Unmittelbarkeit, in die er im Objekt versenkt ist, zu seiner Subjektivität befreite Begriff, welcher sich von seiner Objektivität unterscheidet, die aber ebensosehr von ihm bestimmt ist und ihre Substantialität nur in jenem Begriff hat. Diese Identität ist daher mit Recht als das Subjekt-Objekt bestimmt worden." Nun, dieses Subjekt-Objekt, dieser vielberühmte Hauptpunkt der modernen Philosophie, der sogar nicht nur bei Hegel, der schon bei Schelling in der Identitätsphilosophie vorhanden war, ist bei Rosenkranz wieder verloren gegangen. Seine Idee, die sich sofort aus dem Schlusse entwickelt, bleibt eine bloße Einheit des Begriffs mit seinen formalen Bestimmungen: das heißt wiederum ein bloß formaler oder subjektiver Begriff, den die Unmittelbarkeit, das unmittelbare Dasein, nicht durchdrungen hat.

Aber noch von anderen hiermit nur als notwendige Folge zusammenhängenden Seiten muß ich diesen großen Rückfall beleuchten, um ihn und seine ganze Bedeutung zur vollen Klarheit zu bringen. Der Übergang des Begriffs bei Hegel in die Kategorie der Objektivität ist, wie ich keinen Anstand nehme zu behaupten, der wichtigste Punkt der ganzen Hegelschen Logik. Die absolute innere Notwendigkeit dieses Übergangs ist einfach die, daß, indem der Begriff die drei formellen Momente: Allgemeinheit, Besonderheit, Einzelheit hat, die Allgemeinheit, welche die Besonderheit durchdringt und in ihr sofort Einzelheit ist, die Sache oder das Objekt ist — das heißt die gesetzte Einheit des Begriffs mit seinen Momenten, die realisierte gegenseitige Durchdringung dieser Momente. Die absolute, systematische Wichtigkeit dieses Übergangs liegt aber darin, daß — indem sich der logische Begriff durch sich selbst in die Gegenständlichkeit aufhebt, diese also als das von ihm selbst Gesetzte und von ihm Durchdrungene nachgewiesen ist — nur durch diesen in sein eigenes Gegenteil übergreifenden und in ihm mit sich selbst identisch bleibenden schöpferischen Akt des Begriffs es der Hegelschen Philosophie erlaubt und von ihr vollbracht ist, die objektive Unmittelbarkeit der Begriffe als eine Selbstverwirklichung seiner zu vindizieren. Fehlt dies — daß sich der Begriff durch seine eigene Bewegung zur Sache macht —, so fehlt jede wissenschaftliche Berechtigung, die Gegenständlichkeit als das Dasein des Begriffs in Anspruch zu nehmen. Fehlt dies, so ist die Unmittelbarkeit wieder das Unnahbare geworden, über welches der Begriff keine Macht hat, weil es nicht durch seine eigene Bewegung entsteht. Fehlt dies, so fällt daher, um zunächst von einer besonderen Folge zu sprechen und erst dann zur allgemeinsten aufzusteigen, unter anderem eines der wichtigsten Resultate der Hegelschen Philosophie gänzlich fort, die begriffene Geschichte. Der Begriff, welchen Hegel von der Geschichte gibt und der jedenfalls eine der einflußreichsten Konsequenzen dieser Philosophie gewesen ist, ist der: objektive Selbstverwirklichung des Begriffs

(des Geistes) zu sein. Begriffene Geschichte heißt bei ihm nichts anderes als: die als die objektive Selbstverwirklichung des Begriffs begriffene Geschichte. Die Gedankengrundlage dieser Bestimmung wurzelt gleichfalls in der Logik und muß in ihr wurzeln, wenn sie eine systematisch begründete sein soll. Es ist wahr, daß man noch niemals den systematischen Zusammenhang der Hegelschen Geschichtsauffassung mit der Hegelschen Logik sich klar gemacht, noch niemals auch nur die Frage aufgeworfen hat: wo denn eigentlich in der Logik die Hegelsche Geschichtsauffassung ihre Grundlage habe. Und doch muß sie in der Logik ihre beste Grundlage und Wurzel haben, wenn sie selbst eine objektiv-notwendige und systematische sein soll. Eben deshalb aber, weil dieser innerste Zusammenhang noch niemals untersucht worden ist, wird es am Orte sein, ihn hier näher zu betrachten. Die Hegelsche Geschichtsauffassung hat ihre Wurzel in der Tat in der Logik, und zwar, wie sich bald zeigen wird, nirgendwo anders als in dem Kapitel der Objektivität, oder in: Mechanismus, Chemismus, Teleologie. Denn diese Wurzel liegt nirgendwo anders als eben darin, daß sich der Begriff durch seine eigene Bewegung zur objektiven Unmittelbarkeit treibt und in dieser sich in sich zurücknimmt. Hört *dies* auf, so bleibt die Geschichte als ein Produkt des Zufalls stehen; oder sie kann noch, was aber im Grunde nur auf dasselbe hinauskommt, als eine Tat und Prozeß der mehr oder weniger verständigen *subjektiven Einsicht* angesehen werden. Aber das, was sie nach Hegel ist, die objektive Selbstbewegung des Begriffs — diese ihm objektive Vernünftigkeit, die etwas ganz anderes ist als die so häufig so geringe subjektive Vernunft der in einer Zeit Lebenden und Strebenden —, diese verliert sie *durchaus*. Es würde Rosenkranz nicht das geringste helfen, hingegen einwenden zu wollen, die Geschichte sei das Reich der *Idee* (und ihres Ausgeführtseins). Sie *ist* das Reich der Idee; aber die Idee hat zu ihrer Selbstvollbringung selbst kein anderes Mittel als die Tätigkeit des Be-griffs in seiner Bewegung. Der Begriff ist die Entelechie der Idee. Soll also die begreifende Erkenntnis der Geschichte eine Wahrheit sein, soll sie keine all-gemeine Phrase bleiben: so kommt alles darauf an, konkret einzusehen, wie die Idee, die nichts ist als der ausgeführte Begriff, sich als objektiv-begriffliche Bewegung in der Geschichte vollbringt, somit als Mechanismus, Chemismus und Zwecktätigkeit. Denn in diesen drei Bestimmungen und Formen besteht, wie wir gesehen haben, die objektive Bewegung des Begriffs oder die Bewegung desselben in seiner Objektivität.

Es kann vielleicht auf den ersten Augenblick als eine sehr paradoxe und ungeheuerliche Behauptung erscheinen, daß der Begriff als Mechanismus, und gar als Chemismus, in der Geschichte wirken kann, und es wird daher viel-leicht am Orte sein, dies beispielsweise näher darzulegen. Wie der Begriff des Mechanismus in der Geschichte wirkt, ist sehr leicht einzusehen. Wenn Plinius sagt: „Die Zusammenschlagung ungeheurer Grundbesitzungen hat Italien zugrunde gerichtet (ladifundia perdidere Italiane)“, so ist dies insoweit eine solche mechanische Tätigkeit des Begriffs gewesen. Oder wenn nach dem Sturz der feudalen Gesellschaft in Frankreich gerade das Gegenteil hiervon geschah und, selbst ohne daß die *Absicht* hierauf gerichtet gewesen wäre, durch die Zerschlagung und Parzellierung der Grundstücke der moderne Besitzstand erzeugt und in ihm den staatsbürgerlichen Begriff der französischen Revolution, der Idee des Individualismus und seiner unabhängigen Geltung der Persönlichkeit erst eine adäquate Realität geschaffen, in diese erst eine lebendige Wirklichkei

gegeben wurde: so war dies wiederum ein Wirken, ein Sichselbstausführen des Begriffs als Mechanismus. Oder wenn jetzt in den großen Industriestaaten, besonders in England, der Prozeß der Industrie sich dahin treibt, daß durch ihre eigene Bewegung die Kapitalien sich immer mehr zentralisieren und zusammenhäufen, der kleine Mittelstand dagegen hierdurch immer mehr verschwindet und in das auf seine bloße Arbeitskraft beschränkte kapitallose Proletariat herabsinkt: so ist das wieder eine mechanische Wirkung und Bewegung des Begriffs, aus welcher sich möglicherweise eine Auflösung und Umformung der jetzt bestehenden Gesellschaftsform erzeugen kann.

Mindestens ist es vielleicht nicht uninteressant, in dieser Hinsicht zu bemerken, wie Aristoteles schon gewußt und hervorgehoben hat, daß gerade durch diese mechanische Bewegung des Begriffs in der Geschichte jede auf Gewinn ausgehende Oligarchie in Massenherrschaft, in Demokratie umschlagen muß. „Als in die Aristokratie Verderben einriß und sie sich auf Kosten des gemeinen Wesens zu bereichern suchte," sagt er in der „Politik" III, 15, „so mußte ganz natürlich die Oligarchie entstehen. Denn sie hatten den Reichtum zu dem Geltenden, zum Maßstab des Werts gemacht." Die Oligarchie aber habe wieder zunächst in die Durchgangsstufe der Tyrannis, dann aber in die Massenherrschaft umschlagen müssen. „Denn," sagt Aristoteles in seiner einfachen Weise, „indem sie durch die Gewinnsucht den Besitz auf immer Weniger konzentrierten, stellten sie gerade dadurch die Menge zahlreicher und stärker hin; so daß sie nur einen Angriff versuchen konnte, und die Demokratien entstanden."

Spekulativer noch, wenn auch eben deshalb vielleicht schwieriger zu begreifen, ist das Wirken des Begriffs als *Chemismus* in der Geschichte. Wir haben oben gesehen, worin der Begriff des logischen Chemismus besteht. Er besteht darin, daß das Objekt an sich Totalität des Begriffs ist, diese Totalität aber gesetzt ist in einer immanenten und einseitigen, ihr Gegenteil ausschließende Bestimmtheit, welche seine, des Objektes, Natur ausmacht und in der es unmittelbare Existenz hat. Hierdurch ist das Objekt der Widerspruch zwischen seiner Totalität und der Bestimmtheit seiner Existenz, oder es ist in sich selbst gespannt, und ist das Streben, durch seine eigene Tätigkeit diesen Widerspruch, diese Spannung aufzuheben, und sein Dasein seinem Begriff gleich zu machen. Gerade dieser logische Chemismus ist es, der *hauptsächlich die Seele der Geschichte ausmacht* und ihre Bewegung erzeugt. Ich mache mich durch einige Beispiele klar. In dem Streben einer Nation nach Weltherrschaft liegt an sich eine kosmopolitische Idee, die Aufhebung der verschiedenen Nationalitäten und ihres Unterschiedes überhaupt. Dies liegt aber zuerst nur an sich darin. Was für die nach Weltherrschaft strebende Nation selbst vorhanden ist, ist zunächst vielmehr nur das einseitige Bestreben, ihr eigenes nationales Prinzip zur exklusiven Geltung zu bringen und die anderen Nationen ihm zu unterwerfen. Diese Nation ist so zunächst gegen die anderen gespannt und wesentlich auf deren Unterwerfung bezogen. Gerade aber indem sie dies erreicht und sich dem orbis terrarum unterworfen hat, ist in dieser hierdurch hergestellten Einheit der Unterschied der Nationalitäten überhaupt aufgehoben und zu einem gleichgültigen herabgesunken, das heißt, jene Spannung hat sich gerade durch ihre eigene Bewegung ausgeglichen und ist in die Idee der Gleichgültigkeit des nationalen Prinzips und Unterschieds oder in das neutrale Produkt des Kosmopolitismus übergegangen. Was ich hier als die Natur dieses Begriffs nachgewiesen habe, das hat sich in der Geschichte als Übergang der römischen

Weltherrschaft in den Kosmopolitismus der Stoa und des Christentums und den bald darauf hierdurch hervorgebrachten Zerfall jenes Weltreichs auch historisch wirklich so vollbracht. Der logische Chemismus des durchgenommenen Begriffs besteht darin, daß er diese Bewegung und dieses Resultat durch seine eigene immanente Natur hervorbringt: daß er aber dennoch weit entfernt ist, dasselbe willentlich hervorzurufen, vielmehr in demselben gerade das Gegenteil von dem vollbracht hat, was er für sich selbst erstrebte. Die nach Weltherrschaft strebende Nation war somit nicht nur gegen die anderen Nationen, sie war vielmehr gegen sich selbst gespannt. Es folgt aus der angegebenen Natur dieses Begriffs, daß jedes Streben nach Weltherrschaft, gerade wenn es erreicht ist, stets und zwar jedenfalls zunächst bei der herrschenden Nation in das neutrale Produkt des gegen sich gleichgültig gewordenen Nationalunterschieds zurückgehen und somit, da hierdurch die herrschende Nation die Kraft verliert, die anderen Nationalitäten in der Unterwerfung zu erhalten, wieder auseinanderfallen muß. Man kann daher jeder Weltherrschaft ihren Verfall mit philosophischer Notwendigkeit vorhersagen. Beiläufig gesagt, ist jedoch die moderne Zeit gegen die Vorhersagungen der Philosophie ebenso ungläubig wie undankbar geworden. Als Thales einmal eine Sonnenfinsternis und eine schlechte Ölernte prophezeite, wußte sich das ganze Altertum vor Bewunderung darüber nicht zu lassen, und hat diese Bewunderung so oft wiederholt, daß noch heute jeder Mensch aus seinen philosophischen Kompendien diese Tatsachen weiß. Wer aber erinnert sich heute noch, daß — was gleichwohl doch eine ganz andere Tat war — Fichte im Jahre 1808 in seiner Rede an die deutsche Nation, und zwar aus Gründen, die in letzter Instanz gerade auf die exponierte Natur dieses logischen Chemismus zurückgehen, den baldigen Zerfall der damals auf ihrem Zenith stehenden napoleonischen Weltherrschaft vorhersagte?

Ich will ein anderes Beispiel von dem Wirken des Begriffs in der Geschichte als logischer Chemismus geben. Die Monarchie hat die hohe Bedeutung, den Begriff der Totalität und Einheit des sittlichen Staatswillens darzustellen, gegenüber den in ihre besonderen Interessen versenkten, in ihre Privilegien und Vorrechte vertieften Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist somit die Monarchie durch ihre innere Natur von vornherein in einer feindlichen Stellung gegenüber den Privilegien. Dies ist der an sich seiende Begriff der Monarchie. Seiner Wirklichkeit nach aber, nach der Bestimmtheit, welche dieser Begriff in der Existenz hat, ist diese sittliche Totalität und Einheit des Staatswillens in der Monarchie als eine zufällige, empirische, durch die Erblichkeit der Geburt bestimmte, unmittelbare Individualität vorhanden: das heißt, sie ist selbst wieder ein Privilegium, und zwar das höchste und heiligste Privilegium, — den öffentlichen Willen als das erbliche Eigentum eines Individuums zu setzen. Es ist somit auch hier ein Widerspruch zwischen Totalität des inneren Begriffs, und der Bestimmtheit, in der er da ist, vorhanden. Der an sich seiende Begriff, die innere Natur der Monarchie, wirkt zunächst auch hier als Trieb. Das Königtum kann sich so getrieben finden — und dies ist der wirkliche geschichtliche Verlauf, den das französische Königtum seit Ludwig XI. genommen hat, und auch bei uns in Preußen ist dies besonders mit dem großen Kurfürsten eingetreten — das Königtum, sag' ich, kann sich so getrieben finden, gegen die der sittlichen Einheit und Totalität entgegenstehenden Privilegien der feudalen Gesellschaft anzusehen und sie mehr und mehr aufzuheben. Aber indem so das Königtum durch seinen begrifflichen

rieb gegen das Privileg gespannt ist, ist es gegen seine eigene Existenz, die
as höchste Privileg ist, gespannt. Und es kann daher kommen, wie sich das
der Tat wieder in Frankreich mit der Revolution von 1789 gezeigt hat,
aß das, in der Regel zu spät die Bedeutung seines Tuns gewahrende und
un gern umkehrende Königtum, das Privileg untergrabend, seine eigene Existenz
ntergraben und in die ihm eigenen Begriffe adäquate Existenzform der Einheit
nd Totalität des sittlichen Staatswillens — in die Republik — aufgehoben
at. Was die Monarchie so vollbracht hat, ist nur, ihr Dasein ihrem Begriff
däquat und gleich gemacht zu haben; zugleich ist aber dadurch das Königtum
sein direktes Gegenteil übergegangen. Indem diese Bewegung eine durchaus
urch die eigene innere Natur des Königtums gesetzte, und dennoch durchaus
ngewollte — sonst wäre sie Zweckbewegung — war, das Königtum dabei
ielmehr in das Gegenteil dessen überging, was es für sich selbst will, ist dies
leichfalls ein logischer Chemismus; — und die Staatsgefährlichkeit der Chemie
at sich jetzt wohl hinreichend erwiesen.

Die Zweckmäßigkeit in der Geschichte endlich, obgleich sie im Ver-
ältnis zu den anderen Faktoren der weniger ins Gewicht fallende ist, ist ihrer
roßen Durchsichtigkeit wegen am wenigsten zu verkennen. Wenn eine Staats-
orm, wie dies zum Beispiel in der französischen Revolution der Fall war, be-
ußt eingestürzt wird: so ist dies von seiten der diesen Umsturz mit freiem
ewußtsein erstrebenden Klassen und einzelnen teleologische Beziehung, Zweck-
ätigkeit. Diese selbst kann sich wieder verschieden gliedern. Diejenigen, die
ch in dieser Bewegung nur mit einem endlichen Objekt zusammenschließen
nd dieses, wie Vorteil, Ehre, Reichtum, Macht oder auch eine legitime Ver-
esserung ihres endlichen Loses, für sich selbst erlangen wollen, stehen unter
em Begriff der *endlichen* oder *äußerlichen* Zwecktätigkeit. Während sie
ie allgemeine Bewegung nur als Mittel für sich zu gebrauchen glauben, sind
e vielmehr selbst nur ein Mittel für den *unendlichen* Zweck der sich auf
ch selbst beziehenden Idee. Diejenigen dagegen, die vielmehr sich selbst bewußt
nd, um Mittel für die Idee zu sein und *dieser* Ausführung geben zu wollen,
efinden sich in Zwecktätigkeit, wie sie auf der Stufe der Idee wieder erscheint,
der Tätigkeit der *Idee des Guten*. Eben weil sie für sich selbst nur als
Mittel für die Idee sind, kann ihr Pathos gerade als Selbstzweck der Idee
ezeichnet werden.

Ich bin in dieser Ausführung, obgleich es noch viel konkreter hätte geschehen
önnen, soweit ins Konkrete gegangen, einmal weil ich glaubte, daß dies zur
bwechslung mit dem abstrakten Inhalt der logischen Bestimmungen vielen
icht unangenehm sein werde, und dann weil wir uns dabei im Grunde von
er Sache nicht im geringsten entfernt haben. Denn wir haben gesehen, wie
ie Tätigkeit des Begriffs in der Geschichte in der Tat gerade durch die Kate-
orien der Objektivität: Mechanismus, Chemismus und Teleologie, vor sich
eht, die Hegel dem objektiv gewordenen Begriff zuweist und in die er den
ormalen Begriff durch seine eigene Selbstbewegung übergehen läßt. Wir haben
lso gesehen, wie bei Rosenkranz mit dem Fortfall dieser Selbstobjektivierung
es Begriffs und seiner Bewegung in dieser seiner Objektivität auch jede innere
Möglichkeit einer begrifflichen Geschichte fortfallen muß. Wir haben ferner
abei beiläufig näher gesehen, wie unrecht Rosenkranz hat, zu glauben, daß
ieser logische Mechanismus und Chemismus — man würde letzteren übrigens
esser Dynamismus nennen — nur in der Natur und nicht auch im Geiste

vorkäme. Aber wie ich bereits vorhin bemerkte, der Fortfall der logisch[...] Möglichkeit einer begrifflichen Geschichte ist nur eine bestimmte und einzel[...] Folge, nur eine Folge unter anderen, die bei Rosenkranz durch seine logisch[...] Veränderungen eingetreten sind. Die wahrhafte und allgemeinste systematis[...] Folge, von der alles weitere nur eine Konsequenz ist und auf die ich sch[...] vorhin anspielte, indem ich Rosenkranz ein unbewußtes, aber totales Aufgeb[...] der Hegelschen Philosophie zur Last legte, ist eine andere. Diese systematisch[...] alles andere in sich schließende Folge ist nämlich keine geringere als die, d[...] bei Rosenkranz die wahrhafte bei Hegel vollbrachte **Identität von Se[...] und Denken**, von Metaphysik und Logik, wieder aufgegeben und ein Abfall u[...] Rückfall auf einen mit der Kantischen Philosophie zwar nicht identischen, aber i[...] analogen Standpunkt eingetreten ist. Dies habe ich jetzt näher zu rechtfertig[...]

Es ist das Verhältnis von Metaphysik und Logik in der vorkantisch[...] Philosophie, sowie die hierin durch Kant und dann durch Hegel vollzoge[...] Revolution bekannt. Kurz zusammengedrängt ist dieselbe im wesentlichen f[...] gende: Bis zu Kant waren Metaphysik und Logik voneinander getrenn[...] Wissenschaften. Die Metaphysik oder Ontologie sollte die Kategorien des Sein[...] die Logik dagegen, die deshalb eine bloß formale war, die Erkenntnisform[...] des subjektiven Verstandes behandeln. Kant bewies nun, daß dieser Unt[...] schied ein nichtiger sei, daß die angeblichen Kategorien des Seins, der Ont[...] logie, gleichfalls nichts anderes als apriorische Begriffe seien, daß sie sämtli[...] Quantität, Qualität, Relation usw. gleichfalls nur Funktionen der reinen Ve[...] nunft, Formen des urteilenden Verstandes seien: und daß somit — dies w[...] das negative Resultat, das er zog — auch durch sie das wahrhafte Sein, d[...] Ding an sich nicht erkannt zu werden vermöge. Hegel akzeptierte nun glei[...] falls bloß den von Kant gelieferten Nachweis, aber so, daß er die negati[...] Schlußfolgerung Kants in ihr positives Resultat münden ließ. Hegel akzeptier[...] den Kantischen Beweis in **dem** Sinne, daß die Formen und Gesetze des subj[...] tiven Denkens die eigenen immanenten und konstitutiven Gesetze des objektiv[...] Seins seien. So war die Identität zwischen Sein und Denken, zwischen Ont[...] logie und Logik vollbracht. So war die Identität vollbracht, sage ich? Nei[...] so wäre sie nur erst behauptet, nicht vollbracht gewesen; und außerdem wä[...] dann bei Hegel der ebenso wesentliche Unterschied von Sein und Denken ve[...] loren gegangen. Um seine Identität wirklich zu vollbringen und zugleich d[...] Unterschied nicht über der Identität zu verlieren, war ihre Ausführung nöti[...] Die Identität ist aber nur dann eine wahrhafte und ausgeführte, wenn nic[...] nur 1. das Sein an sich Denken ist und in dasselbe umschlägt: sondern au[...] 2. das Denken selbst wieder ebensosehr sich seinerseits in das Sein zurückwir[...] dieses aus sich selbst erzeugt; und sich wieder 3. aus dieser, von ihm selb[...] gesetzten Identität mit sich selbst zusammenschließt, in seine eigene Freihe[...] zurückgeht. Bloß so ist die Identität nicht nur eine ansichseiende, sondern ei[...] anundfürsichseiende, die durch die eigene Tätigkeit des Gedankens hervorgebrac[...] und für ihn selbst geworden ist: bloß so ist der **Unterschied** ebenso gewahr[...] wie die Identität; bloß so ist das Denken das **Übergreifende**, welches da[...] Sein aus sich selbst gesetzt hat und sich aus ihm zu sich zurückhebt. Läßt ma[...] bloß das dritte Moment fort, so erhält man die Schellingsche Identität[...] philosophie, bei welcher der Unterschied beider Bestimmungen übersehen i[...] Läßt man, wie bei Rosenkranz geschieht, nicht nur das dritte, sondern sog[...] das zweite Moment fort: so fällt man noch hinter die Identitätsphilosoph[...]

rück und langt auf einem Standpunkt an, auf welchem Sein und Denken
ht mehr, so sehr man auch diese Identität behaupten mag, sich als identisch
weisen. Diese Identität ist bei Hegel dadurch vollbracht, daß sich das Sein
ht nur aus sich selbst zum Begriff forttreibt, sondern daß nun eben auch der
griff sich zum Sein macht. Und dies gerade ist die unendliche Bedeutung
; Überganges aus dem Begriff in die Objektivität. Die Objektivität ist Un-
ttelbarkeit; sie ist die in der subjektiven Logik wieder auftauchende Kategorie
; Seins, das Sein als das vom Begriff durch seine eigene Bewegung gesetzte.
So sind wir — und dies ist gerade die Tiefe dabei — mitten in der Lehre
ı der subjektiven oder formellen Logik wieder bei einer Kategorie des Seins
gelangt. Gerade dadurch ist die Identität der Ontologie und der Logik eine
setzte geworden: und nun muß dieses vom Begriff gesetzte Sein, das also
sich Begriff ist, sich wieder durch sein Fürsichsein, seine Bewegung zu dem
chen, was es an sich ist — was in der dialektischen Bewegung innerhalb
Objektivität geschieht. Indem dieses Sein so selber setzt, daß es Begriff
hat es sich zum ebenso seienden wie anundfürsichseienden Begriff, zu dem
seinem Sein sich adäquaten Begriff oder zur Idee erhoben. Dieser Fort-
ıg ist schon dadurch geboten, daß in ihm das allgemeine Gesetz und archi-
onische Kunstwerk der Hegelschen Logik und Philosophie überhaupt besteht.
e Bewegung besteht bei Hegel nur darin, daß jedes Moment das, was es
sich ist, auch durch sein eigenes Tun setzt, sich selber zu ihm macht und in
umschlägt. Wie sich also durch den Verlauf der Kategorien vom Sein bis
ı Begriff zeigt, daß das Sein an sich Denken ist; so muß jetzt auch wieder
Denken sich als Sein fügen — Objektivität, und aus diesem in sich zurück-
ıen — Idee. Indem Rosenkranz hiergegen verstößt, zeigt er nur, dies
erste und absolute Gesetz der Hegelphilosophie aufgegeben zu haben. Umsonst
rde also Rosenkranz entgegnen, daß er ja überall und schon auf der ersten
te seiner Logik von der Identität von Denken und Sein spreche, daß diese
entität schon im ersten Gedanken des reinen Seins vorliege, daß sie sich
ch die Fortbewegung des Seins zum Begriff vollbringe. An sich liegt diese
entität allerdings schon im Gedanken des reinen Seins vor; an sich voll-
ıgt sie sich allerdings schon durch den immanenten Fortgang desselben zum
griff — aber eben nur an sich. Weil das Denken mit dem Sein an sich
ntisch ist, muß es dies auch an sich setzen und hervorbringen. Sonst wäre
Denken nur eine Abstraktion, zu der uns das Sein über sich hinausschickt;
r es wäre nicht das das Sein aus sich selber erzeugende Moment — es
e nicht der schöpferische Schoß und das konstitutive Gesetz desselben.
Man kann den Unterschied auch noch deutlicher so ausdrücken. Das, womit
es in der Lehre vom Sein zu tun haben, Sein, Qualität, Quantität usw.,
in der Tat nur Gedankenabstraktionen. Das Sein ist von Hegel selbst
die reinste Abstraktion erklärt worden. Qualität, Quantität sind nur
rakte Eigenschaften am Seienden, sind nie für sich selbst seiende Unmittel-
keit. Dies Sein, wie es wirklich als unmittelbares vorhanden ist und daher
Gedanken scheinbar am schroffsten gegenübersteht, bildet vielmehr unmittel-
e Totalitäten, das heißt Sachen oder Objekte: also das Sein, welches sich
el erst durch den Übergang des Begriffs zur Objektivität erzeugt. Nur
m sich das wirklich unmittelbare Sein — die Objekte — als Gesetztsein
Begriffs bewiesen hat, kann von einer wahrhaften Indentität von Denken
Sein gesprochen werden. Ein wie vollkommenes Bewußtsein Hegel selbst

über die hier nachgewiesene absolute Wichtigkeit des Überganges von Begr
in die Objektivität hatte und wie er ihm gerade dieselbe Bedeutung vindizier
die ich näher dargelegt habe, mag noch durch ein Zitat aus Hegel selbst gezei
werden. Es sind nur wenige Zeilen, aber diese wenigen Zeilen schließen innerli
alles das ein, was ich soeben entwickelt habe. Er sagt nämlich im dritten Te
der „Logik“, S. 32, da, wo er in vorläufiger Weise die Bewegung des Begrif
angibt: „Zweitens, der Begriff in seiner Objektivität ist die an und für si
seiende Sache selbst. Durch seine notwendige Fortbestimmung macht der Begr
sich selbst zur Sache und verliert dadurch das Verhältnis der Subjektivität u
Äußerlichkeit gegen sie. Oder umgekehrt ist die Objektivität der aus sein
Innerlichkeit hervorgetretene und in das Dasein übergegangene reale Begriff
Also erst dadurch, daß er sich zur Objektivität macht, verliert nach Heg
selbst der Begriff seine Subjektivität und Äußerlichkeit gegen sie. Bis dah
ist nach Hegel selbst, und trotz der schon im Gedanken des Seins liegend
und durch die immanente Entwicklung des Seins zum Begriff an sich vo
handene Identität, diese Subjektivität und Äußerlichkeit, diese Fremdheit d
Begriffs gegen die Sache noch nicht überwunden, die Identität noch nicht he
gestellt. Diese bei Hegel hergestellte Identität wird also bei Rosenkranz wied
zerrissen. Oder es ist bei Rosenkranz durch das Fortlassen des Übergang
aus dem Begriff in die Objektivität dahin gekommen, daß — und jetzt fasse
meine ganze Kritik über Rosenkranz in ein einziges, nunmehr allen ga
durchsichtiges Wort zusammen —, es ist, sage ich, bei Rosenkranz hierdu
dahin gekommen, daß nun wieder das Wort gilt, welches Kant gegen d
ontologischen Beweis vom Dasein Gottes bei Descartes, daß das Dasein ni
aus dem Begriff herausgeklaubt werden kann.

Es kann daher die Rosenkranzische Logik, meine Herren, nicht treffend
bezeichnet werden, als mit dem Worte, daß sie ein Neo-Kantianismus i
gerade wie sich die Neo-Platoniker gleichfalls, in der Hauptsache auf Plat
zurückgehend, manches von Aristoteles, besonders von seiner Entelechie a
geeignet hatten, ähnlich wie Rosenkranz die Immanenz der Kategorien v
Hegel. Je näher Sie diese Logik ansehen, desto deutlicher wird schon die
Neo-Kantismus ins Auge fallen. Rosenkranz läßt wie die Objektivität,
auch, durch seinen Kantischen Instinkt getrieben und überdies nur in n
wendiger Folge der ersteren Auslassung, die Begriffe des Lebens, des Leben
prozesses, der Gattung, die Idee des Guten, kurz alles das fort, was Ka
gorien der Unmittelbarkeit sind. Das, was ihm die Stelle der subjektiv
Logik einnimmt, schrumpft daher in folgenden Inhalt wie er selbst angibt, z
sammen: Begriff, Urteil, Schluß, Idee, Prinzip, Methode, System. Betracht
Sie diese Formen näher, so sehen Sie sofort, wie sie alle darin übereinstimm
wie Kant sie nennt, „Regulative der erkennenden Vernunft“ zu sein. Es wi
daher wieder bei Rosenkranz, wie bei Kant, die subjektive Logik ihrem Inha
nach zu einem bloßen Kanon der Beurteilung, nicht mehr zu ein
Organon zur Hervorbringung objektiven Seins. Der Unterschied zwisch
Kant und Rosenkranz ist nur der der bei weitem größeren Konsequenz bei Ka
Kant nämlich, weil nach ihm die Vernunftbegriffe nicht als konstitutive Ka
gorien angesehen werden können, bestimmt auch konsequent, daß sie als
Organon zur Hervorbringung der Einsicht des Objektiven dienen können:
sollen nur ein Kanon der subjektiven Beurteilung sein. Bei Rosenkranz d
gegen sollen sie dennoch als ein Organon zur Hervorbringung der Kennt

des Objektiven dienen. Allein dies ist nun eben eine höchst unkonsequente Behauptung. Wenn der logische Begriff nicht eben die objektive Unmittelbarkeit aus sich gefaßt hat, wenn er nicht ihre konstitutive sie ergänzende Seele ist, so kann er sie auch nicht erkennen; sie bleibt ihm unnahbar und fremd, seiner Macht entnommen, — und er kann sich nur in sich tragen. Wenn er nicht ihr eigenes sie setzende Innere ist, bleibt sie stets ein ihm verschlossenes Äußere. Das hat schon Aristoteles gewußt, indem er sein großes Gesetz, in der Schrift: „De anima“ aussprach, daß jeder Philosoph das als Seele setzen müsse, was er auch als das hervorbringende Prinzip der Dinge gesetzt habe. Denn das Erkennen der Dinge könne nur durch das gleiche geschehen, aus dem und durch das sie geworden seien.

Das Schlimmste nun von allem ist vielleicht, daß dieser ganze Rückfall bei Rosenkranz sich vollbringt, ohne daß er nur irgend ein Bewußtsein, irgend eine Ahnung über das Stattfinden desselben hat. Da er vielmehr nach wie vor behauptet, ein fester Hegelianer zu sein, so erregt er fast den Verdacht, als ob er in den erörterten Hauptpunkten niemals das Hegelsche System wahrhaft bewältigt und es zu seinem innersten Verständnis gebracht habe. Denn bekanntlich gibt es mehrfache Verständnisse Hegels und seiner Logik. Man kann das Hegelsche System im allgemeinen, man kann vieles, ja fast alles darin trefflich verstehen, und es doch niemals zu dem letzten Verständnis seines gesamten immanenten Zusammenhangs gebracht haben. Daß dies bei Rosenkranz im Rückblick auf einige Hauptfragen der „Logik“ fast der Fall zu sein scheinen könnte, mag noch eine letzte Bemerkung zeigen. Hegel teilt die „Logik“ in drei Teile ein: Lehre vom Sein, Lehre vom Wesen, Lehre vom Begriff. Rosenkranz dagegen will — und zwar ohne durch seine andere Verstöße dagegen gezwungen zu sein — die Lehre vom Wesen der vom Sein substituieren, und infolgedessen an Stelle dieser Einteilung die folgende setzen: 1. Lehre vom Sein, wozu die vom Wesen gehören soll; 2. Lehre vom Begriff; und 3. Ideologie, oder Lehre von der Idee. In diesem Änderungsvorschlag zeigt sich aber nur, daß Rosenkranz niemals sich klar gemacht hat, in welcher in Erz gegossenen Notwendigkeit die Hegelsche Einteilung beruht. Sie ist aber folgende: Im Sein geschieht der Begriff durch Übergang in anderes; Sein, Nichtsein, Werden, Qualität usw. sind solche andere gegeneinander. Im Wesen dagegen geschieht der Fortschritt zwar auch noch durch Übergang in anderes, aber in ein solches Gegenteil, welches jede der Kategorien des Wesens sofort an sich selbst hat, und in welches sie unmittelbar hinüberweist, hineinscheint. Inneres und Äußeres, Grund und Folge, Ursache und Wirkung sind solche Bestimmungen des Wesens, von denen jede sofort auf die entgegengesetzte verweist, sich in sie reflektiert. Der Fortgang in dieser Sphäre ist daher der des Reflexionsverhältnisses; er ist der, daß jedes selbst in sein anderes hineinscheint, es voraussetzt. Der Fortgang im Reiche des Begriffs dagegen besteht darin, daß, wie schon oben als hauptsächlich wichtig hervorgehoben, der Begriff — in seinem Fortgang — auch in seinem Gegenteil mit sich identisch bleibt, daß er Beisichbleiben oder mit einem anderen Worte Entwicklung in dem prägnanten Sinne von Selbstentwicklung ist. Durch diese dreifach differente Natur der formellen Entwicklung ist mit immanenter Notwendigkeit auch die Einteilung in jene drei Sphären gegeben. Die inhaltliche Einteilung ist durch die absolute Form selbst bestimmt. Die Idee begründet kein besonderes Hauptreich; denn sie hat ihre Entwicklung, die gleichfalls darin besteht, Selbstentwick-

lung zu sein, schon mit dem Begriff gemeinsam, stellt also nur eine Unterabteilung desselben dar. Diese immanente Notwendigkeit der dialektischen Form und ihre innere Bedeutung für den Inhalt der Logik selbst muß Rosenkranz ganz aus den Augen gelassen haben, als er, ohne nur auf das angegebene Verhältnis aufmerksam zu werden, jene Abänderung bewerkstelligte.

Ich habe im Eingang das Buch mit einer Komödie verglichen. Aber auch in jeder Komödie muß, wenn es dem Zuhörer dabei wohl werden soll, der Sieg der Idee den Schluß bilden. Ich frage also: Ist das Unglück eines sonst hochverdienten Mannes, ist dies rein negative und traurige Resultat das einzige und letzte, mit welchem diese Komödie abschließt; oder liegt hier nicht dennoch irgendwo der Sieg der Idee und also ein positiver und herzerhebender Abschluß vor? In der Tat ist dies im höchsten Grade der Fall. „Die Irrwege sind es“, sagt Lessing, „die uns über den wahren Weg belehren.“ Gerade dadurch, daß die scheinbar geringfügige Änderung im einzelnen, die Weglassung von zwei Kategorien und die Verschiebung einer dritten kein geringeres Resultat gehabt haben als die prinzipielle Aufhebung der ganzen logischen Wissenschaft — gerade hieran ist die in sich selbst beruhende Notwendigkeit der wunderbaren Architektonik, in der sich die logische Idee bei Hegel gegliedert hat: gerade hieran ist die diamantene Unzerbrechlichkeit ihrer Form, ist die absolute untrennbare Identität ihrer Form und ihres Inhaltes — dieser höchste Beweis ihrer Wahrheit — von neuem herausgestellt worden. So bildet denn gerade die totale Umänderung, welche eine so kleine partielle Umänderung nach sich zieht, den Triumph der Idee; und wir können mit den Worten unseres Dichters schließen, die er noch bei Lebzeiten Hegels ihm zurief und die in bezug auf die Hegelsche Logik wirkliche Gültigkeit haben:

> Und es tragen die Pfeiler, fest wie die Säulen Herakles',
> Ewig der Wissenschaft herrlich-rundlichen Bau.

Notizen.

Ein Kartell von Maschinenfabriken. Bisher hat die Mannigfaltigkeit der Maschinentypen und die Verschiedenheit der Ausführung Kartellierungsbestrebungen der Fabriken des allgemeinen Maschinenbaus gehindert und tatsächlich besteht in Deutschland kein derartiges Kartell. Nun ist in Böhmen ein Kartell der vier größten Maschinenfabriken zustande gekommen. Die Fabriken verzichten im Interesse des Profits auf ihre Individualität, errichten gemeinsame Einkaufs- und Verkaufs-, Kalkulations- und Konstruktionsbureaus und teilen den Gewinn unter sich auf, desgleichen natürlich die Aufträge. Durch die Vereinheitlichung der Leitung und die Spezialisierung der einzelnen Fabriken werden große Ersparnisse gemacht, die hauptsächlich in Gehalten nun überflüssiger Ingenieure und Bureaubeamten bestehen. Infolge der wirtschaftlichen Stagnation in Österreich ist die Arbeiterzahl der böhmischen Maschinenfabriken in den letzten Jahren vielfach auf die Hälfte heruntergegangen; durch die Gründung des Kartells und die damit verbundene Auflassung mancher Fabrikationszweige, die Verschiebung derselben, sowie schließlich durch die Konzentration der Kapitalsmacht wird die Lage der Arbeiterschaft noch weiter verschlechtert werden. Dem neuen Kartell werden sich voraussichtlich noch andere Fabriken anschließen und es ist keineswegs unmöglich, daß auch Maschinenfabriken in Deutschland jetzt zur Kartellierung sich entschließen. J. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 4 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Schulfall.

Berlin, 19. Oktober 1904.

Neben dem Froschmäusekrieg in Lippe, der die bürgerliche Presse noch immer ewaltig aufregt, aber die Arbeiterpresse sehr kalt läßt, hat sich auch in dem roßherzogtum Oldenburg ein Thronfolgestreit abgespielt, der in der bürger-chen Presse ziemlich kühl behandelt worden ist, jedoch in der Arbeiterpresse inen Streit entzündet hat, der nicht ohne eine gewisse Lebhaftigkeit geführt ird. Während die Parteigenossen in Lippe sich, getreu dem republikanischen ekenntnis der Partei, ganz abseits der Frage gestellt haben, ob die Biester-lder oder die Schaumburger im „Rechte" sind, haben die sozialdemokratischen lbgeordneten im Oldenburger Landtag zwar auch den republikanischen Stand-unkt der Partei theoretisch gewahrt, jedoch praktisch den Streit zugunsten ner Fürstenlinie gegen eine andere entscheiden helfen.

Das hat nun in einer Anzahl von Parteiblättern böses Blut gemacht, so dem Kieler und namentlich auch in dem Hamburger Parteiblatt, dem man ewiß nicht nachsagen kann, daß es an dem Fehler leide, zu den inneren arteigegensätzen eine voreilige Stellung zu nehmen. Das „Hamburger Echo" irft den sozialdemokratischen Mitgliedern des Oldenburger Landtags vor, sie ätten sich nachgerade in die vielberufene „praktische Arbeit" so hineingearbeitet, aß ihr Sinn für prinzipiell-demokratische Politik bedenklich abgestumpft worden i, und es fügt hinzu, auch anderwärts hätten sich, wenngleich nicht in so asser Form, die Folgen gezeigt, die das Versteifen auf einseitige „praktische" rbeit habe und haben müsse. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Oldenburger all allerdings geradezu ein Schulfall, weil er einerseits bei der verhältnis-äßigen Geringfügigkeit der ganzen Affäre ohne große Erhitzung der Gemüter örtert werden kann, andererseits aber gerade durch diese Geringfügigkeit zeigt, ie leicht die entscheidendsten Prinzipien der Partei preisgegeben werden, wenn ır irgendwo in ungewissem Scheine sogenannte „praktische" Vorteile aufzu-immern scheinen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Oldenburger Landtags haben durch ihren Sprecher, den Genossen Hug, zwei Gründe für ihr Votum geltend gemacht. Erstens seien sie für das verfassungsmäßige Recht des Landtags eingetreten, die Thronfolgefrage zu regeln, ohne Rücksicht auf agnatische Erbansprüche, und zweitens hätten sie die Unteilbarkeit des Großherzogtums Oldenburg sichern wollen. Der erste Grund ließe sich nun etwa hören, wenn es sich um das Recht des Landtags gehandelt hätte, unbekümmert um alle agnatischen Erbansprüche die Thronfolgefrage zu regeln, also je nach seinem souveränen Willen auch eine oldenburgische Republik zu proklamieren. Tatsächlich handelte es sich aber nur darum, ob der oldenburgische Landtag das Recht einer gewissen Wahl unter den verschiedenen agnatischen Ansprüchen habe, und um einer solchen Bagatelle lohnte es sich wahrlich nicht, eins der wichtigsten Parteiprinzipien zu verleugnen. Um diese ganze Argumentation ins richtige Licht zu stellen, so läuft sie auf das Beispiel eines mittelalterlichen Ketzers hinaus, der seine religiöse Überzeugung verleugnet, wenn ihm das Recht eingeräumt wird, bei der Frage mitzusprechen, ob er enthauptet oder gevierteilt werden soll.

Tatsächlich ist denn auch wohl der zweite Grund, die Angst vor der Vier- oder wenigstens Zweiteilung des Großherzogtums Oldenburg, die eigentliche Triebfeder für die angefochtene Abstimmung unserer Oldenburger Genossen gewesen. Sie haben sich gesagt, daß eine Zerreißung des Ländchens, schon durch die dann doppelte Hofhaltung, Verwaltung usw., die Lage des oldenburgischen Proletariats verschlechtern würde. Allein diese Sorge ist etwas sehr weit hergeholt. Hat es selbst der deutsche Bundestag seligen Angedenkens niemals gewagt, einen Kleinstaat nochmals zu zerreißen, trotz aller agnatischen Katzbalgereien in seinem Schoße, so ist diese Möglichkeit unter den heutigen Verhältnissen trotz alledem nahezu eine Unmöglichkeit. Und selbst wenn dem anders wäre, so führt es in die Sackgasse einer kleinlichen Kirchturmspolitik, wenn ein Prinzip, an dessen Aufrechterhaltung das gesamtdeutsche Proletariat das höchste Interesse hat, ohne alle Umschweife preisgegeben wird, um einem verhältnismäßig kleinen Bruchteil dieses Proletariats eine künftige Vermehrung seiner Lasten zu ersparen.

Den Punkt über dem i erhält diese „praktische" Politik dadurch, daß sie gar nicht aus einer praktischen Notwendigkeit getrieben worden ist. Auch wenn sich die sozialdemokratischen Abgeordneten der Stimme enthalten hätten, so wäre das Thronfolgegesetz doch in der Form angenommen worden, für die sie gestimmt haben. Nun ist ihnen sicherlich kein Vorwurf daraus zu machen, daß, wenn sie einmal dieser Meinung waren, sie damit nicht hinter dem Berge gehalten haben, aber indem sie ohne jeden äußeren Druck und Zwang sich zur „praktischen Arbeit" solcher Art bekannten, stellten sie diese Arbeit sozusagen als Prinzip den prinzipiellen Forderungen des Parteiprogramms entgegen. Dadurch erhält dieser Oldenburger Fall den letzten charakteristischen Zug eines Schulfalls.

Die werbende Kraft der sozialdemokratischen Propaganda liegt in der Klarheit und Unerschütterlichkeit ihrer Prinzipien, die ihre Klarheit und Unerschütter-

lichkeit wieder aus den Bedingungen und Notwendigkeiten des proletarischen Emanzipationskampfes schöpfen. Es handelt sich darum, diesen Kampf so gründlich und so schnell wie möglich an sein Ziel zu führen, an die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei; das ist der entscheidende Gesichtspunkt, der die prinzipielle Stellung der Partei zu allen politischen und sozialen Fragen bestimmt. Sie bekämpft die Monarchie und tritt für die Republik ein, nicht weil die Republik aus irgendwelchen Gründen „vernünftiger" ist, als die Republik — die historische Vernunft hat oft genug für die Monarchie und gegen die Republik entschieden —; sie tritt auch nicht für die Republik ein, weil die Arbeiterklasse in einer Republik ein leidlicheres Dasein hat, als in einer Monarchie — oft genug hat historisch das Gegenteil stattgefunden —, sondern weil die Republik dem proletarischen Klassenkampf ein ungleich günstigeres Schlachtfeld bietet, als die Monarchie. Aus diesem Grunde muß das klassenbewußte Proletariat immer antimonarchisch sein, muß es immer der Republik den Vorzug vor der Monarchie geben, darf es an seiner republikanischen Gesinnung als einem Fundamentalprinzip seines Klassenkampfes, einer notwendigen Vorbedingung seines Sieges niemals rütteln oder schütteln lassen.

Vor einigen Wochen wurde Bebel aus der Partei heraus eines argen Widerspruchs beschuldigt, weil er in Dresden gesagt habe, wir hätten unter allen Umständen die Republik der Monarchie vorzuziehen, während er in Amsterdam umgekehrt gesagt habe, die Monarchie leiste unter Umständen mehr für die Arbeiter als die Republik. In der Tat lag hier aber gar kein Widerspruch Bebels, sondern nur eine prinzipielle Unklarheit seiner Kritiker vor. In Dresden und in Amsterdam handelte es sich nicht um dieselbe Frage, sondern um zwei ganz verschiedene Fragen, die Bebel beide Male vollkommen klar und konsequent gemäß der grundlegenden Parteiprinzipien beantwortet hat. In Dresden fragte es sich, ob von sozialdemokratischer Seite der Monarchie irgend ein Entgegenkommen bewiesen werden dürfe, worauf Bebel antwortete: Nein, wir müssen unbedingt an der Republik festhalten, weil sie uns das günstigste Kampffeld bietet. In Amsterdam stand die Frage aber so: Soll die bürgerliche Republik ein Feld des Kampfes oder der Versöhnung zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein? Darauf antwortete Bebel wieder ganz konsequent: Versteht sich, ein Feld des Kampfes, denn wenn sie ein Feld der Versöhnung sein soll, so ist nicht abzusehen, weshalb wir für sie eintreten, da unter Umständen die Monarchie mehr für die Arbeiter leistet als die Republik.

Damit sind wir in den Mittelpunkt jener „praktischen Arbeit" gelangt, die alles mitnimmt, was sie für die Arbeiter bekommen kann, unbekümmert, ob dabei die Prinzipien der Partei verletzt werden. Die Parteiprinzipien *verbieten* keineswegs die praktische Arbeit auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft, sondern *gebieten* sie vielmehr, soweit diese praktische Arbeit mittel- oder unmittelbar die Kraft des Proletariats für seinen Befreiungskampf stärkt; es sei nur daran erinnert, wie oft Marx den gesetzlichen Achtstundentag als eine notwendige Vorbedingung für den Sieg der Arbeiterschaft bezeichnet hat. Allein eine „praktische Arbeit", die jeden kleinen Vorteil für einzelne Arbeiter oder

einzelne Arbeiterschichten oder auch für die ganze Arbeiterklasse eines Landes vergnügt einsteckt, ohne zu fragen, ob dadurch die leitenden Grundsätze des proletarischen Emanzipationskampfes verleugnet werden, verzichtet überhaupt auf diesen Kampf. Sie beschränkt sich darauf, den Arbeitern das Leben auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft so erträglich wie möglich zu machen, und hört damit auf, sozialdemokratisch zu sein, um kathedersozialistisch oder sozialreformerisch im bürgerlichen Sinne zu werden.

Eine solche Art „praktischer Arbeit“ verfährt und verfälscht den proletarischen Emanzipationskampf. Dieser Kampf kann im Gegenteil erheischen, daß die Arbeiter je nachdem auch Vorteile, die sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft erreichen können, freiwillig verschmähen und sich selbst eine schlechtere Lebenshaltung auferlegen, als sie haben könnten, nur um ihren Klassenkampf desto nachdrücklicher zu führen. Man denke nur an die Energie, womit die französischen Arbeiter die Danaergeschenke eines Bonaparte und die deutschen Arbeiter die Danaergeschenke eines Bismarck zurückgewiesen haben. Nichts kann ja auch klarer sein, als daß, wenn die Republik das entscheidende Schlachtfeld zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist, über kurz oder lang der Zeitpunkt eintreten muß, wo die Republik die Arbeiter grausamer mißhandelt, als sie je von der Monarchie mißhandelt worden sind, ein Zeitpunkt, den die französischen Arbeiter schon zweimal, im Juni 1848 und im Mai 1871, erlebt haben. Aber nichts kann auch unklarer sein als die Schlußfolgerung, die daraus in jener Polemik gegen Bebel gezogen worden ist: nämlich wenn dem so wäre, dann hätten die Arbeiter ja gar kein Interesse, für die Republik einzutreten.

Der Oldenburger Fall ist nun ein klassisches Beispiel dafür, in welchen Abgrund die „praktische Arbeit“ ohne prinzipiellen Boden führt. Weil eine ganz entfernte, in Wirklichkeit so gut wie unmögliche Möglichkeit vorhanden ist, daß ein keineswegs zahlreicher Bruchteil der deutschen Arbeiterklasse in Zukunft eine Vermehrung seiner Steuerlast zu erwarten hat, wenn das sozialdemokratische Prinzip gewahrt wird, muß dies Prinzip daran glauben, wird es zwar noch mit Worten in den Silberschrank gestellt, aber mit Taten verleugnet, wird der Schein hervorgerufen, als ob die Sozialdemokratie mit der Monarchie auf dem Fuße stände, daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten, wird die werbende Kraft eines sozialdemokratischen Fundamentalprinzips geschwächt und die Zuversicht der Volksmassen auf die Festigkeit und Klarheit aller Parteiprinzipien erschüttert.

Mit alledem wollen wir die praktischen Wirkungen des Oldenburger Zwischenfalls keineswegs übertreiben. Die Partei als solche ist für ihn nicht verantwortlich, und der Protest, der sich fast allgemein in der Parteipresse gegen ihn erhoben hat, läßt ihn mehr als eine beklagenswerte, denn als eine verhängnisvolle Ausnahme von der Regel erscheinen. Auch in dieser Beziehung ist er nur ein Schulfall, aber um so unbefangener kann man an ihm die Folgen jener „praktischen Arbeit“ studieren, die den Leitstern des Prinzips aus den Augen verliert.

Zur Problemstellung der theoretischen Ökonomie bei Karl Marx.

Von **Rudolf Hilferding.**

Marx' Stellung in der politischen Ökonomie und sein Verhältnis zu seinen Vorgängern, den Klassikern, ist bisher kaum befriedigend untersucht worden. Bei dem geringen Interesse, dem Probleme theoretischen Inhalts heute bei der offiziellen Ökonomie begegnen, ist das kaum zu verwundern. Aber auch in der sozialistischen Literatur fehlt eine erschöpfende Darstellung. Hier folgt man meistens der in ihrer Knappheit und Stringenz klassischen Skizze, die Friedrich Engels im Vorwort zum zweiten Bande des „Kapital" über das Verhältnis von Marx zu Smith und Ricardo und ihren sozialistischen Interpreten gegeben hat. Aber diese Skizze, vor Erscheinen des dritten Bandes geschrieben, ist schon deshalb unvollständig. Trotzdem zeigt sie gerade den entscheidenden Punkt, auf den es bei der Untersuchung ankommt: die prinzipielle Stellung, die Marx zu dem Problem der theoretischen Ökonomie einnimmt. Denn diese von Grund aus geänderte Stellungnahme ist es, die alle Fortschritte in den Einzelfragen erst ermöglicht hat. Man versperrt sich aber dieses Verständnis, wenn man ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit des Standpunktes gerade bei dem Vergleich in einzelnen Punkten stehen bleibt.

Und doch ist dies der Weg, der zumeist eingeschlagen wird. So auch in einer jüngst erschienenen Studie über Ricardo und Marx als Werttheoretiker, die Herrn Dr. Rosenberg zum Verfasser hat.[1]

So bleibt sie auch mehr Vorarbeit als Lösung des Problems, das allerdings auch nicht in seiner Vollständigkeit gestellt wird; denn nicht die Gesamtsysteme, sondern nur die Werttheorien stehen zur Behandlung. Aber unseres Erachtens ist dies eine unzulässige Einschränkung des Themas. Denn die Wertlehre ist die Grundlage des gesamten ökonomischen Systems. Wie sehr sie es ist, macht eben die Geschlossenheit desselben aus. Das Verständnis und die Bedeutung der Wertlehre kann nur aus dem Ganzen des Systems gewonnen werden. Es ist daher ein Vorzug und kein Nachteil des Buches, daß sich Rosenberg selbst nicht allzusehr an seine Beschränkung des Themas hält, sondern vielmehr immer auf das Gesamtsystem eingeht. Um so nötiger wäre aber dann auch das Aufzeigen der prinzipiellen Divergenz beider Systeme gewesen. Dies wird jedoch, wie uns ein kurzer Überblick über den Inhalt des Buches zeigen wird, nirgends unternommen.

Rosenberg beginnt mit einer Darstellung der Ricardoschen Lehren, die um so notwendiger ist, als diese Lehren heute oft in einer sehr merkwürdigen Art wiedergegeben werden. Denn je mehr sich die offizielle Ökonomie von der Arbeitswerttheorie abgewandt hat, desto eifriger zeigte sie vielfach das Bestreben, dem bedeutendsten Vertreter dieser Theorie Inkonsequenzen schon in seinen Ausgangspunkten nachzuweisen und seine Bedeutung als Arbeitswerttheoretiker in Abrede zu stellen. Solchen Versuchen tritt Rosenberg in ausführlicher Weise entgegen. Diese Polemik ist im ganzen recht wohl gelungen, wenn auch im einzelnen vielleicht manchmal des guten zuviel getan erscheint. Namentlich

---

[1] „Ricardo und Marx als Werttheoretiker." Eine kritische Studie von J. Rosenberg, Dr. phil. Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand. 128 S.

die Darlegungen über die Rolle des absoluten Wertes (S. 55), sowie über die Lösung des Problems der gleichen Profitrate scheinen uns Ricardo bisweilen Einsichten zuzuschreiben, die in solcher Klarheit doch erst Resultat des Marxischen Denkens sind.

Nach einer Kritik der Ricardoschen Wertlehre, deren Hauptfehler nach Rosenberg die geringe Beachtung des „absoluten Wertes" und der Mangel der Lösung des Problems der gleichen Profitrate auf Grund der Arbeitswerttheorie sind, erhalten wir eine im ganzen wohlgelungene Darstellung des Marxischen Systems. In einem letzten Abschnitt vergleicht dann Rosenberg die Lehren der beiden Ökonomen, um zu dem Schlusse zu gelangen, daß „Marx ein direkter Nachfolger Ricardos in der Ausarbeitung und Entwicklung der Arbeitswerttheorie" sei, wenn sie auch „eine ganz selbständige, originelle Schöpfung eines großen, selbständigen, genialen Geistes" sei (S. 127).

Nun wäre es ganz interessant, Rosenberg im einzelnen zu folgen, um so mehr, da wir keineswegs allen seinen Ausführungen über das Gemeinsame und Trennende bei Ricardo und Marx zustimmen möchten. So müssen wir es, um nur einen allerdings weniger wichtigen Punkt zu berühren, direkt als falsch bezeichnen, wenn Rosenberg Marx die Lehre zuschreibt, daß die Transportarbeit nicht wert- und mehrwertbildend sei, sondern zu den Zirkulationsunkosten gehöre (S. 112). Ein Blick in den zweiten Band des „Kapital" zeigt, daß Marx direkt das Gegenteil gelehrt hat:

„Produktmassen vermehren sich nicht durch ihren Transport. . . . Aber der Gebrauchswert von Dingen verwirklicht sich nur in ihrer Konsumtion, und ihre Konsumtion mag ihre Ortsveränderung nötig machen, also den zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie. Das in dieser angelegte produktive Kapital setzt also den transportierten Produkten Wert zu, teils durch Wertübertragung von den Transportmitteln, teils durch Wertzusatz vermittels der Transportarbeit. Dieser letzte Wertzusatz zerfällt, wie bei aller kapitalistischen Produktion, in Ersatz von Arbeitslohn und in Mehrwert." [1]

Rosenberg scheint im unklaren zu sein über das Kriterium der wertbildenden Arbeit. Wert bildet aber die Arbeit nur in der warenproduzierenden Gesellschaft. Hier ist wertbildend jede produktive Arbeit und produktiv wieder jede Arbeit, die für die Gesellschaft, für den gesellschaftlichen Produktionszweck notwendig ist, und zwar abgesehen von der bestimmten historischen Gestalt, die die Produktion in einer bestimmten Gesellschaftsform annimmt. Diese Form bewirkt eben nur, daß unter Umständen Güter als Werte, also daß die produktive Arbeit als wertschaffende Arbeit erscheint. Das Merkmal der Produktivität, das in der warenproduzierenden Gesellschaft zugleich das Merkmal der Wertschaffung ist, ist aber in allen Gesellschaftsformationen das gleiche. Der Produktionsprozeß endet aber erst mit der Herstellung der Güter zur Gebrauchsfertigkeit, wozu unter Umständen ihr Transport an den Ort des Konsumenten gehört. Im Gegensatz dazu ist Arbeit, aufgewendet nur zu den Zwecken der kapitalistischen Zirkulation, welche also nur aus der bestimmten historischen Organisation des Produktionsprozesses entspringt, nicht wertbildend.[2]

---

[1] „Kapital", II, S. 127.

[2] „Das allgemeine Gesetz ist, daß alle Zirkulationskosten, die nur aus der Formverwandlung der Ware entspringen, dieser letzteren keinen Wert hinzusetzen." „Kapital", II, S. 126.

Aber hierin weiter allen Details zu folgen, würde nicht nur zu weit führen, sondern es wäre auch wenig fruchtbar. Es sind Irrtümer, die der Kundige leicht selber korrigieren wird.

Weit wichtiger erscheint uns einmal der Versuch, die Differenz zwischen Marx und Ricardo, soweit sie prinzipieller Natur ist, zu kennzeichnen. Nun meint Rosenberg, daß „diese Differenzen nur zum ganz kleinen Teile innerhalb der Sphäre der Werttheorie liegen. Im großen und ganzen aber waren es nur Folgerungen aus der Verschiedenheit in den historischen, soziologischen und philosophischen Ansichten beider Männer“ (S. 51). Aber dies überhebt uns keineswegs der Notwendigkeit einer Analyse. Denn diese Verschiedenheiten mußten, wenn sie überhaupt Bedeutung haben sollen, sich auch auf ökonomischem Gebiet und hier vor allem in der Grundlage des ökonomischen Systems in der Werttheorie äußern, und dies um so eher, da ja Marx sich nur aus seiner historischen und soziologischen Gesamtauffassung heraus dem Studium der Ökonomie zuwandte. Vielmehr hat gerade die wesentlich andere Stellung, die die Ökonomie in dem Ganzen der Marxschen Auffassung einnimmt, seinen ökonomischen Lehren ihre prinzipielle Bedeutung gegeben.

* * *

Die Geschichte der politischen Ökonomie ist ein Stück Selbsterkenntnis der bürgerlichen Gesellschaft. Aber das Erkennen steht im Dienste des Wollens. Und der Inhalt des Wollens der neuen Gesellschaft war das Gewinnen. Reichtum und Gewinn des Reichtums war das Ziel, dem ihr kollektives Handeln, ihre Politik, zustrebte. *Wie wird die Nation reich*, war die Frage ihrer Politiker, und aus den Politikern wurden Theoretiker, als sich die Frage erhob: *Was ist der Reichtum der Nationen?* Man erinnert sich, daß die Antwort im Monetar- und Merkantilsystem zu geben versucht wurde. Auch Ad. Smith stellt dasselbe Problem, aber erweitert es noch, indem er die Verteilung des Reichtums, „die natürliche Anordnung, nach welcher deren (der Arbeit) Produkt unter den verschiedenen Ständen und Klassen der Gesellschaft sich verteilt“, in den Kreis seiner Untersuchung zieht. Für Ricardo aber ist das Problem: „Was ist Reichtum?“ gelöst, für ihn ist die Darlegung der Gesetze, welche die Verteilung bestimmen, die Hauptaufgabe der Volkswirtschaftslehre. Und darin folgen ihm nicht nur seine bürgerlichen Anhänger und Gegner, sondern auch die Sozialisten, die ebenfalls das Verteilungsproblem als das Hauptproblem in den Vordergrund stellen und, da sie in der ökonomischen Lösung Ricardos befangen bleiben, aus der Ökonomie in die Ethik flüchten, um es als ungerecht zu verdammen, und mit Thompson die Prinzipien zu entwickeln, die am ehesten zum Glück der Menschheit führen.

Anders Marx. Die Frage nach dem Wesen des Reichtums ist für ihn keine Frage der politischen Ökonomie. Reichtum ist eine Summe von Gebrauchswerten und diese ein Produkt der Tätigkeit von Mensch und Natur, seine Steigerung die naturgemäße Folge der Steigerung der Produktivität der Arbeit, wie sie die Geschichte der Technik darstellt. Seine Frage lautet: Was ist die *Form* des Reichtums? Diese Frage hatte die klassische Ökonomie gar nicht gestellt. Sie hatte zwar — und dies macht das Eigenartige ihrer historischen Stellung gegenüber ihren Vorgängern aus — den Produktionsprozeß in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, um die Lehre der Entstehung des Reichtums aus der Zirkulation, wie sie Monetar- und Merkantilsystem entwickelt

hatten, zu bekämpfen. Aber bei ihrem Suchen nach dem Reichtum, der ihr noch ununterschieden Gebrauchs- und Tauschwert war, war sie am Inhalt haften geblieben. Die Form, die der Reichtum annahm, war ihr, die an der bürgerlichen Gesellschaft als der unbewußten Voraussetzung ihres Denkens festhielt, selbstverständlich. Deshalb gelang es ihr so schwer und so unvollständig, die technische von der ökonomischen Betrachtung oder — ökonomisch gesprochen — den Gebrauchswert vom Werte zu trennen, was nicht nur den Physiokraten, sondern auch Ad. Smith nicht vollständig gelang. Erst bei Ricardo wird die Scheidung konsequent festgehalten, aber nicht genügend scharf begründet; von seinem Standpunkt auch, wie wir sehen werden, eine Unmöglichkeit.

Was ist Reichtum, wie wird er gewonnen, wie wird er verteilt: das waren also die Probleme der bürgerlichen Ökonomie gewesen. Worin besteht nun der Fortschritt bei Marx? Gerade darin, daß ihm Problem wird, was den anderen selbstverständliche Voraussetzung war: Welche Form nimmt Reichtum an, je nach den geschichtlich wechselnden Umständen, unter denen Menschen produzieren: wie erscheint Reichtum? Und er gibt darauf seine berühmte Antwort: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware" („Kapital", I, S. 1). Damit war aber nicht weniger gewonnen, als daß das Problem der *theoretischen* Ökonomie zum erstenmal vollständig und erschöpfend formuliert war.

Dies fordert allerdings eine genauere Darlegung.

Eine Vermengung der technischen mit der ökonomischen Betrachtung war im vorhinein ausgeschlossen. Denn das Wie des Produktions*vorganges*, nach dem die Technik fragt, steht hier gar nicht zur Erörterung. Und ebensowenig das fertige Produkt selbst mit seinen verschiedenen natürlichen Eigenschaften. Was uns jetzt interessiert, ist nur eine einzige, aber ganz besonders bedeutsame Eigenschaft, die der Gegenstand angenommen hat, nämlich Ware zu sein — ein Gegenstand nicht zum Gebrauch für seinen Besitzer, sondern für andere, für irgend jemand aus der *Gesellschaft*. Der Gegenstand war damit erkannt als bloßes Symbol, als Vermittler einer gesellschaftlichen Beziehung, einer Beziehung, die nur in einer bestimmten Gestalt der Gesellschaft entstehen konnte und natürlich nicht eine Beziehung zwischen Gegenständen, sondern nur zwischen den Menschen, den Mitgliedern dieser Gesellschaft, sein konnte. Wenn es also gelang, das Gesetz aufzufinden, das die Beziehungen dieser Gegenstände aufeinander regelt, wie sie in den einzelnen Austauschakten enthalten sind, war damit nicht das „Bewegungsgesetz der Gesellschaft" selbst gefunden, das ihre einzelnen Mitglieder in Verbindung setzt, die *gegenseitige* Bedingtheit ihrer wirtschaftlichen Handlungen aufzeigt, die Aufgabe der theoretischen Ökonomie somit gelöst?

Eine weitere Betrachtung wird uns die Antwort auf diese Frage bringen und uns zugleich deutlicher zeigen, wo das Problem der theoretischen Ökonomie verborgen ist und welche Antwort das Problem erheischt.

Wir haben gesehen, wie von Marx nicht der Produktions*vorgang* betrachtet wird, wie seine Frage vielmehr zunächst nach der gesellschaftlichen Form geht, die das Erzeugnis der Produktion annimmt. Das Produkt aber in seiner gesellschaftlichen Formbestimmtheit ist nicht mehr Erzeugnis des Produktionsvorganges, welchem es nur dem Gebrauchszweck angepaßte Veränderungen

seiner natürlichen Eigenschaften verdankt, sondern ist Ausdruck des Produktionsverhältnisses, in welchem seine Erzeuger stehen. Nicht mehr die natürliche Seite der Produktion, die Einwirkung der Menschen auf die Natur, sondern das gegenseitige Verhalten der Menschen in der Produktion steht jetzt in Frage. Aber die Frage nach dem Produktionsverhältnis läßt wieder zweierlei Antwort zu, und die Art der Antwort scheidet die Wirtschaftsgeschichte von der theoretischen Ökonomie. Erstere fragt nach dem Entstehen des Produktionsverhältnisses; sie mag uns zeigen, wie unter bestimmten natürlichen Verhältnissen bei einem bestimmten Stande der Produktivkräfte bestimmte Produktionsverhältnisse entstanden sind, wie das Produktionsverhältnis nun seinerseits auf die Produktivkraft zurückwirkt, sich weiter entwickelt und umgestaltet.

Wird mit dieser historisch-genetischen Betrachtung die Erkenntnis dieses Produktionsverhältnisses eine vollständige sein?

Wir werden aber dann mit der Kenntnis der Entstehung befriedigt sein, wenn das Produktionsverhältnis durchsichtig ist, einer wissenschaftlichen Erfassung weiter nicht bedarf. Doch wann wird dies der Fall sein? Die Kompliziertheit, Massenhaftigkeit, Schwierigkeit der Produktionsvorgänge kommt hier füglich nicht in Betracht. Das Produktionsverhältnis selbst muß das Kriterium erhalten, ob außer seiner genetischen Erklärung noch eine theoretische Erfassung notwendig ist. Dieses Kriterium aber kann nur im Wesen des Produktionsverhältnisses selbst enthalten sein, also in der Art, wie es konstituiert ist. Aber diese Konstitution kann augenscheinlich nur eine zweifache sein.

Die Menschen können sich in ihrer Produktion bewußt aufeinander als Teile einer Produktionsgemeinschaft beziehen; ihr Verhalten in der Produktion und ihre Verhältnisse zueinander sind einheitlich geregelt. Ihre Arbeitsordnung und die Verteilung ihrer Produkte unterstehen der zentralen Kontrolle. Die Produktionsverhältnisse erscheinen als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse, die Beziehungen der einzelnen, soweit sie das Wirtschaftsleben betreffen, als von der gesellschaftlichen Ordnung bestimmte, ihrem Privatwollen entrückte gesellschaftliche Beziehungen. Das Produktionsverhältnis selbst wird unmittelbar verstanden als von der Gesamtheit bewußt gesetztes und gewolltes. Mit der Erklärung der Entstehung dieser Ordnung und mit ihrer Beschreibung ist die Aufgabe erschöpft. Die ökonomische Betrachtung ist hier nur wirtschaftshistorische Betrachtung. Hier ist kein Raum für theoretische Ökonomie.[1]

Ganz anders dagegen, wenn die Regelung des Produktionsverhältnisses keine bewußt gesetzte ist. Die gesellschaftlichen Beziehungen erscheinen jetzt als

---

[1] Ähnlich, aber ohne nähere Begründung, sagt Konrad Schmidt in dem ausgezeichneten Artikel: „Die psychologische Richtung in der Nationalökonomie“: „Ich habe das moderne Wirtschaftsleben einen durch Gesetze (natürlich ökonomische, nicht juristische) geregelten Mechanismus genannt und die Erkenntnis dieser objektiv faßbaren Gesetze als die wesentliche Aufgabe der politischen Ökonomie bezeichnet. Muß denn aber jede Wirtschaftsordnung solchen verborgen wirkenden Gesetzen unterworfen sein? Im Begriff der Wirtschaftsordnung selbst liegt dieses nicht; solange die Menschen die Produkte ihrer Arbeit selbst verzehren oder auch einen Teil derselben zum unmittelbaren Verzehr an die Herrenklasse abtreten müssen, solange bleibt die Wirtschaftsordnung durchsichtig, einfach und klar. Eine solche Wirtschaftsordnung erkennen, heißt sie beschreiben und die historischen Ursachen ihrer Entstehung und Fortbildung nachweisen“ („Neue Zeit“, 1891/92, II, S. 421 ff.).

ungewolltes, besser gesagt als ohne Bewußtsein gewolltes, also blindes und zufälliges Resultat zahlloser voneinander unabhängiger individueller Aktionen. Der gesellschaftliche Zusammenhang selbst und seine Regelung ist nunmehr problematisch geworden und die Frage erhebt sich: Was bewegt diesen Kreis von Personen, die füreinander arbeiten, ohne voneinander zu wissen, die einander zuteilen, ohne einander zu kennen? Was ist ihre Arbeitsordnung, was bestimmt die Verteilung ihrer Produkte, die verteilt werden müssen, sollen sie überhaupt brauchbar sein? Was konstituiert diesen Kreis als Gesellschaft und was ist das Bewegungsgesetz für diese Gesellschaft, die sich ihrem inneren Wesen nach unterscheidet von der vorigen? Früher waren sie verbunden durch gemeinsamen Willen zu gemeinsamer Tat. Jetzt stehen sie einander getrennt gegenüber als Privatpersonen, handelnd nach eigenem Willen auf eigene Gefahr.[1] Nur die Not zwingt sie, zueinander in Beziehung zu treten, aber nicht indem sie als Menschen sich auf ein gemeinsames Ziel vereinen, sondern indem sie als Sachen sich austauschen. Denn nur als Sachbesitzer haben sie Interesse für den anderen Sachbesitzer. Ihre gesellschaftliche Beziehung erscheint reduziert auf die private Beziehung des Tausches. Der Tausch aber ist als solcher zunächst nur private Beziehung. Damit zwei Menschen tauschen, ist nichts nötig, als daß sie den Gegenstand haben und ihn für einen anderen hergeben wollen. Als solcher ist der Tausch eine allen Gesellschaftsformationen angehörende Erscheinung, weil alle Gesellschaftsformationen Eigentum kennen.[2]

In der Tat, der Tausch von Federstiel und Marke auf der Schulbank, der Tausch von Reitpferd und Automobil zwischen zwei Mitgliedern einer sozialistischen Gesellschaft ist ein privates Vorkommnis, ganz gleichgültig für die theoretische Ökonomie. Es ist die grundlegende Illusion der Grenznutzentheorie

---

[1] Wir können es uns nicht versagen, hier die Worte herzusetzen, mit denen Ferdinand Tönnies die Gesellschaft charakterisiert: „Die Theorie der Gesellschaft konstruiert einen Kreis von Menschen, welche, wie in Gemeinschaft, auf friedliche Art nebeneinander leben und wohnen, aber nicht wesentlich verbunden, sondern wesentlich getrennt sind, und während dort verbunden bleibend trotz aller Trennungen, hier getrennt bleibend trotz aller Verbundenheiten. Folglich finden hier keine Tätigkeiten statt, welche aus einer a priori und notwendigerweise vorhandenen Einheit abgeleitet werden können, welche daher auch insofern, als sie durch das Individuum geschehen, den Willen und Geist dieser Einheit in ihm ausdrücken, mithin so sehr für die mit ihm Verbundenen als für es selber erfolgen. Sondern hier ist ein jeder für sich allein und im Zustand der Spannung gegen alle übrigen. Die Gebiete ihrer Tätigkeit und ihrer Macht sind mit Schärfe gegeneinander abgegrenzt, so daß jeder dem anderen Berührungen und Eintritt verwehrt, als welche gleich Feindseligkeiten geachtet werden. Solche negative Haltung ist das normale und immer zugrunde liegende Verhältnis dieser Machtsubjekte gegeneinander und bezeichnet die Gesellschaft im Zustand der Ruhe. Keiner wird für den anderen etwas tun oder leisten, keiner dem anderen etwas gönnen und geben wollen, es sei denn um einer Gegenleistung oder Gegengabe willen, welche er seinem Gegebenen wenigstens gleich achtet. Es ist sogar notwendig, daß sie ihm willkommener sei, als was er hätte behalten können, denn nur die Erlangung eines Besserscheinenden wird ihn bewegen, ein Gutes von sich zu lösen“ (F. Tönnies, „Gemeinschaft und Gesellschaft“, S. 46 ff.).

[2] „Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums. In diesem Sinne ist es Tautologie zu sagen, daß Eigentum (Aneignen) eine Bedingung der Produktion sei. Lächerlich aber ist es, hiervon einen Sprung auf eine bestimmte Form des Eigentums, zum Beispiel das Privateigentum, zu machen“ (Karl Marx, Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie, „Neue Zeit“, XXI, 1, S. 713).

urch die Analyse des Tausches als rein **privaten** Aktes den Gesetzen der kapi-
alistischen **Gesellschaft** auf die Spur kommen zu wollen.

Für uns erhebt sich erst die Frage: Was macht den Tausch zu einem gesell-
chaftlichen Phänomen? Offenbar dies, daß durch den Tauschakt erst die ge-
ellschaftliche Beziehung zum Ausdruck kommt und allein zum Ausdruck kommen
ann. Die Individuen treten in wirtschaftlicher Hinsicht, natürlich nicht in
olitischer, literarischer oder religiöser, gar nicht anders in Beziehung als im
Tauschverkehr. Das Gesetz, das zeigt, wie der Tauschverkehr geregelt ist, ist
aher zugleich das Bewegungsgesetz der Gesellschaft. Dieses Bewegungsgesetz
u finden, das war aber die Aufgabe, die Marx als Problem der theoretischen
Ökonomie aufgestellt hat. Und mit der Aufgabe war zugleich der Bereich der
heoretischen Ökonomie scharf formuliert und ihre Methode bestimmt.[1] Die
heoretische Ökonomie war getrennt von der Wirtschaftsgeschichte. Während das
Gebiet der letzteren alle Gesellschaftsformationen umfaßt, entsteht das Problem
ür eine theoretische Ökonomie überhaupt erst in einer bestimmten historischen
Gesellschaftsorganisation. Denn die Gesellschaften, deren Produktionsverhält-
nisse bewußt geregelt sind, also kommunistische Gesellschaften, wo der Gesell-
chaft das Verfügungsrecht über alle Produktionsmittel zusteht, sind nicht
Gegenstand der theoretischen Ökonomie. Ihre Regelung ist allen Gesellschafts-
mitgliedern unmittelbar bewußt, sie wird verstanden ebenso wie etwa **Rechts-**
ätze, die man beschreibt und nach ihrer Entstehung aufweist. Denn ihre öko-
omische Ordnung ist nur ein Teil der mit Bewußtsein gesetzten Ordnung ihres
ozialen Lebens überhaupt. Sie haben ein auch den Inhalt der Wirtschaft
nd nicht nur die Form ergreifendes Recht. Ihre „äußere Regelung", um den
lusdruck **Stammlers** zu gebrauchen, ist zugleich eine innere, weil auch die
Materie des sozialen Lebens", die Wirtschaft, bewußt geregelt ist.

Ganz anders jene andere Art von Gesellschaftsformation, die nur in Er-
cheinung tritt in der Tauschaktion, die selbst das Verfügungsrecht des einzelnen
n seinen Sachen, also das Privateigentum, voraussetzt. Hier handelt es sich
m das Gesetz, welches die Wirtschaft dieser Gesellschaft beherrscht. Was setzt
ier die Arbeitsordnung fest, was sichert die Produktion und Reproduktion des
Bedarfes in der nötigen Menge und der nötigen Proportion? Und schließlich,
ie wird das Produktions**verhältnis** selbst reproduziert, ständig erhalten,
utomatisch, ohne Eingreifen eines zwecksicheren Bewußtseins? Wer schafft die

---

[1] Soweit dem Methodenstreit die Verwechslung zwischen Wirtschaftsgeschichte und theo-
:tischer Ökonomie zugrunde liegt, hat schon **Karl Menger** das ungeheuerliche Quiproquo
.eser Auffassung aufgedeckt. Hier nur ein Wort über die Stellung der Wirtschaftspolitik,
.e gewöhnlich als dritter Bestandteil der politischen Ökonomie zugerechnet wird. Sie ist,
arin stimmen wir mit Menger überein, angewandte Wissenschaft, aber sie muß keineswegs
nmer die Anwendung der Lehren der theoretischen Ökonomie sein. Sie ist es nur dann,
enn theoretische Ökonomie die Prinzipien der Wirtschaftspolitik erst aufzeigen muß. Prinzip
:r Wirtschaftspolitik ist aber stets ein bestimmtes Interesse. Nur dort, wo dieses Interesse
st durch ökonomisch-theoretische Analyse klar erkannt werden kann, basiert die Politik auf
eoretischer Ökonomie. Dies ist nur dann der Fall, wo es sich um das Interesse **ökono-**
ischer Klassen handelt, deren Interessen erst klar erkannt werden können, wenn die
heorie die Funktion dieser Klassen in der gesellschaftlichen Produktion aufgezeigt hat. In
ner sozialistischen Gesellschaft ist das Prinzip der Wirtschaftspolitik das Gesamtinteresse und
asiert auf der möglichst rationellen Anwendung der Technik und nicht auf theoretischer Öko-
omie.

Über- und Unterordnung der Mitglieder dieser Gesellschaft und ihr Zusamme wirken, das planlos, dennoch den Gesellschaftszweck, die Selbsterhaltung d Gesellschaft, erfüllen muß?

Kurz, es gilt die innere Gesetzlichkeit einer Gesellschaft zu finden, der zu Bewußtsein gekommen ist nur einzig und allein die äußere Regelung, die si im Grundsatz des Privateigentums vollständig erschöpft.[1]

Sind doch alle für die Wirtschaft in Betracht kommenden gesetzten Norm nichts anderes als Folgerungen aus diesem obersten, rein formalen, den Inha des Wirtschaftsgeschehens mit Absicht ignorierenden, weil dem Einzelwillen übe antwortenden Grundsatz. Diese innere Regelung ist es, um die es sich bei Ma handelt, mit anderen Worten um das Gesetz, welches die durch das Priva eigentum formell, durch die Entwicklung der Arbeitsteilung materiell in ih Elemente aufgelöste Gesellschaft der Warenproduzenten in eine Produktion gemeinschaft zusammenschließt, ihre individuellen Handlungen zu gesellschaftli notwendig bedingten umwandelt.

Es ist also die „erkenntnistheoretische Eigenart" dieses Produktionsverhäl nisses, der Marx durch die Eigenart seiner Problemstellung gerecht wurd Sie besteht aber nicht, wie Dietzel[2] meint, in der großen Anzahl der the retischen Rätsel, die das Konkurrenzsystem darbietet, und der Schwierigkeit, s zu lösen.

Vielmehr ist es nur ein einziges Rätsel, das uns aufgegeben wird: Es i in dem Tauschakt, als dem grundlegenden Vorgang, in welchem sich das gesel schaftliche Verhältnis manifestiert, das Gesetz zu entdecken, welches in ihm si durchsetzt und durchsetzen muß, um den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, da heißt die Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfes durch die Gesamtarbe der Gesellschaft auf die Dauer zu ermöglichen.

Es ist ein „Rätsel", das uns keineswegs aufgegeben wird in anderen Gesel schaftsformationen, so daß etwa in der Waren produzierenden Gesellschaft n ein Mehr für die theoretische Lösung gegeben wäre. Vielmehr ist dies Produktionsverhältnis infolge der Unbewußtheit, mit der sich innerhalb de selben die einzelnen Mitglieder aufeinander beziehen, das einzige, welches d theoretischen Ökonomie eine Aufgabe stellt. Es gilt die soziale Ordnun zu erforschen. Diese soziale Ordnung ist aber, wie schon Sombart[3] bemer hat, für diese Gesellschaft keineswegs identisch mit der äußeren Regelung. S wird erst erkannt, wenn neben der äußeren Regelung die ökonomische Theori für die sie die logische Voraussetzung bildet, die innere Gesetzlichkeit, das Gese der Wirtschaft entdeckt hat.

Das Produktionsverhältnis ist so Einheit von innerer Gesetzlichkeit un äußerer Regelung, die beide nur Ausdruck der „bestimmten, notwendigen, vo ihrem Willen unabhängigen Verhältnisse" sind, die „die Menschen in der gesel

---

[1] Aus der Unbewußtheit der ökonomischen und der Bewußtheit der politisch-juristisch Regelung entspringt innerhalb der warenproduzierenden Gesellschaft das besondere Problem wie sich die letztere, im Bewußtsein fixierte, zu der ersteren verhält, deren Wandlungen e spät vom theoretischen Erkennen erfaßt werden. Es ist dieses Problem, welches Karne Studie „Die soziale Funktion der Rechtsinstitute" zugrunde liegt. (S. „Marx-Studien herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding. 1. Band, 2. Heft.)

[2] S. Heinrich Dietzel, „Theoretische Sozialökonomik", S. 90.

[3] Die gewerbliche Arbeit und ihre Organisation. „Brauns Archiv", XIV, S. 311.

aftlichen Produktion ihres Lebens" eingehen und „die einer bestimmten Ent-
cklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen".[1]

Nur in der warenproduzierenden Gesellschaft erscheint die äußere Regelung,
eil allein mit Bewußtsein gesetzt, selbständig, getrennt von der inneren Ge-
zlichkeit, während diese Trennung in der gemeinwirtschaftlichen Produktion
cht existiert, sondern beide ununterschieden in der bewußt gesetzten gesellschaft-
hen Ordnung enthalten sind.

Der Charakter dieses Gesetzes aber, das heißt der Anspruch seiner Geltungs-
eise, ist nach dem vorausgegangenen wohl ebenfalls klar. Es ist ein das
erhalten der Produktionsagenten innerhalb des Produktionsverhält-
sses mit Notwendigkeit bestimmendes. Mit Naturnotwendigkeit, denn der
harakter der Notwendigkeit wird kein anderer, wenn er durch den durch die
igenart des Produktionsverhältnisses selbst determinierten Willen der einzelnen
ndurchgehen muß. In diesem Gesetz setzt sich der gesellschaftliche Zusammen-
ng, der hier kein mit Bewußtsein unmittelbar gewollter und durch bewußte,
meinsame Aktion hergestellter, sondern nur ein post festum vom Theo-
tiker erkannter ist, den einzelnen gegenüber mit Naturnotwendigkeit durch.
s unterscheidet sich vom Naturgesetz nur dadurch, daß es nur innerhalb einer
storisch bestimmten Organisationsform der menschlichen Gesellschaft wirkt. Um
es zu kennzeichnen, hat man auch treffend gesagt, es wirke mit sozialer Natur-
otwendigkeit.[2]

Die Methode aber, mit der dieses Gesetz gefunden werden konnte, ist die
nalyse dieses gesellschaftlichen Zusammenhanges, wie er in dem einfachsten
sellschaftlichen Akt, dem Tausche und seinem materiellen Substrat, der Ware
icht dem „Gute") erscheint. Durch die Aufzeigung der „gesellschaftlichen
ubstanz" der Ware,[3] durch den Nachweis, daß es sich bei den scheinbar sach-
hen Beziehungen der Waren um menschliche Beziehungen, und zwar mensch-
he Beziehungen innerhalb eines ganz bestimmten Produktionsverhältnisses,
r warenproduzierenden Gesellschaft, handelt, also durch die Aufdeckung des
etischcharakters der Ware, war dann das Rätsel der Gesellschaft gelöst.

Es ist aber diese geänderte Problemstellung, welche nicht übersehen werden
arf, wenn man das Verhältnis von Marx zu Ricardo analysieren will. Denn
st von hier aus gewinnt man Klarheit über die ganz verschiedene Bedeutung
ider Systeme. Ricardo setzt das Produktionsverhältnis als etwas Gegebenes,
atürliches und Unveränderliches voraus.[4]

---

[1] Karl Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", S. V.

[2] S. Karner, loc. cit. S. 108.

[3] „Da die Tauschwerte der Waren nur gesellschaftliche Funktionen dieser Gegenstände
d und durchaus nichts mit ihren natürlichen Eigenschaften zu tun haben, müssen wir
agen: Welches ist die gemeinsame gesellschaftliche Substanz aller Waren?" (Karl Marx,
hn, Preis und Profit. „Neue Zeit", 1897/98, II.)

[4] „Es ist einer der Grundmängel der klassischen politischen Ökonomie, daß es ihr nie
lang, aus der Analyse der Ware und spezieller des Warenwertes die Form des Wertes,
ihn eben zum Tauschwert macht, herauszufinden. Gerade in ihren besten Repräsentanten,
e A. Smith und Ricardo, behandelt sie die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder
Natur der Ware selbst Äußerliches. Der Grund ist nicht allein, daß die Analyse der
ertgröße ihre Aufmerksamkeit ganz absorbiert. Er liegt tiefer. Die Wertform des Arbeits-
oduktes ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise,
hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch

Was ihn interessiert, ist die Verteilung, die bei ihm auch nur in dem enge Sinne einer Verteilung der Produkte genommen wird, während sie zugleich di Verteilung der Menschen in die verschiedenen Produktionssphären und die Bestimmung ihrer gegenseitigen Stellung als Arbeiter, Kapitalisten usw. in denselben bedeutet. Deshalb bleiben seine Kategorien natürliche Kategorien; i ihm der Wert immer noch eine Eigenschaft des Gutes, nämlich Arbeitsproduk zu sein, wie bei einer anderen Kategorie der Güter ihre Eigenschaft, selten z sein; so ist das Kapital nichts anderes als „angesammelte Arbeit", ein bloße „ökonomischer Name", wie Marx einmal sagt, für Produktionsmittel. Ricard gibt daher keine genügende Begründung des Wertgesetzes, das bei ihm meh eine glücklich entdeckte, empirisch sich aufdrängende Tatsache, als Resultat eine strengen Analyse zu sein scheint.

Und da ihm der Wert in erster Linie Verteilungsmaßstab ist und es da Erfordernis jeden Maßstabs ist, möglichst genau zu sein, so hat Ricardo stet die Tendenz, die ökonomischen Kategorien, die bei ihm ohnehin unwandelbar natürliche Kategorien sind, auch quantitativ möglichst zu fixieren. So gelang er, um nur einen Punkt hervorzuheben, zu der Gleichsetzung des Arbeitslohn mit dem Betrag für das natürliche Existenzminimum des Arbeiters und z seiner Lehre vom ehernen Lohngesetz, das ihm den Einblick in den Mechanismus der Akkumulation und in das historische Bevölkerungsgesetz des Kapitalismus versperrt. So nimmt er das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" in einem engen Sinne, macht das Steigen der Grundrente zum eigentliche Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft und übersieht so die beherrschend Rolle des Kapitals, dessen historische Schranke in dem, von ihm ganz falsc begründeten, Fall der Profitrate erscheint.

Anders bei Marx. Ihm handelt es sich zunächst um Analyse der Form die jedes Gut erst zu einer Ware macht. Ware wird das Gut, weil sein Produzenten in einem bestimmten gesellschaftlichen Verhältnis stehen, in welchen sie sich als unabhängige Warenproduzenten gegenübertreten müssen. In diese Form erst ist Gut, sonst ein natürliches, durchaus unproblematisches Ding Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses, gewinnt also eine gesellschaftlich Seite.[1] Daß es Arbeitsprodukt, hört auf, seine natürliche Eigenschaft zu sein, un

---

charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig dabei auch das Spezifische der Wertform, also de Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw." („Kapital", I, 4. Auflage S. 47.)

[1] Es ist also die Formbestimmtheit des Reichtums, die das Problem für die theoretisch Ökonomie stellt, nicht aber der Reichtum selbst. In dieser ihrer Formbestimmtheit abe werden die Güter, Gebrauchswerte, zu Waren und damit zu Tauschwerten und haben Wert Als Gebrauchswerte dagegen bilden sie „den stofflichen Inhalt des Reichtums, welches imme seine gesellschaftliche Form sei" („Kapital", I, S. 2).

Sapienti sat. Für Ed. Bernstein sei noch folgendes bemerkt. In der komischen Erregung in die ihn die Herausgabe der „Marx-Studien" versetzt hat (vergl. seine Kritik in den „Dokumenten des Sozialismus", Band IV, S. 153 ff.), entdeckt er, daß hinter dem Gebrauchswer die ganze politische Ökonomie steckt. Das ist nicht gerade präzis, aber dafür richtig, wenn ma es so auffaßt, daß die theoretische Ökonomie eben beginnt, sobald sie hinter den Gebrauchswer gekommen ist und dort den Menschen in seinem Produktionsverhältnis entdeckt hat. Das i aber durchaus nicht die Meinung Bernsteins, der vielmehr im Gegensatz zu der übrigens selbstverständlichen, auch von der psychologischen Schule nicht nur nicht bestrittenen, sondern stet betonten Meinung des Verfassers, daß der Gebrauchswert ein individuelles Verhältnis zwische

wird jetzt eine gesellschaftliche Tatsache. Nun gilt es, das Gesetz dieser Gesellschaft als Produktions-, also Arbeitsgemeinschaft zu finden. Die Einzelarbeit erscheint so als unter ganz neuem Gesichtspunkt, als Teil der Gesamtarbeit, über die diese Produktionsgemeinschaft verfügt, und allein unter diesem Gesichtspunkt ist sie wertschaffend. Erst dadurch konnte Marx zur grundlegenden Trennung der konkreten, Gebrauchswert schaffenden Arbeit von der abstrakt gesellschaftlichen, Wert schaffenden Arbeit gelangen und den Springpunkt der politischen Ökonomie aufzeigen.

So ist Marx durch die Analyse der Warenform, mit anderen Worten durch die Entdeckung, daß es sich nur um die historisch vergängliche Art handelt, wie sich Glieder einer Arbeitsgemeinschaft, die der bewußten Regelung entbehrt, vermittels ihrer Verfügungsgewalt über die zum gesellschaftlichen Stoffwechsel nötigen Dinge aufeinander beziehen, zugleich zur Erkenntnis des Inhaltes der Wertvorstellung gekommen. Ricardo dagegen, der direkt auf den Inhalt zusteuert, bleibt in der Analyse des Wertes in den ersten Anfängen stecken und muß auf die genauere Einsicht in den Wertcharakter verzichten. Schließlich behält er nur den Tauschwert im Auge, den Grund der gegenseitigen Veränderungen im Austausch der Güter, was ihm für seine engere Problemstellung auch genügend erscheinen mag. Aber die Erkenntnis, daß es sich hier nur um historisch bestimmte Verhältnisse der Produzenten handelt, ist Vorbedingung gerade auch um die Gesetze der Verteilung in der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen, die nicht zu verstehen sind, ohne im Kapitalcharakter das ihnen zugrunde liegende Ausbeutungsverhältnis erkannt zu haben. Daß das Kapital Macht gewinnt und diese Macht ihrerseits die gesellschaftliche Verteilung in einer Modifikation des Wertgesetzes abändert, konnte von Ricardo nicht eingesehen werden. Für ihn blieb das Problem der gleichen Profitrate ein Rätsel, an dem seine Theorie scheiterte, während die Marxische gerade da ihren höchsten Triumph feiert. Der Mangel aber in der Problemstellung, die sich auf die Distribution beschränkt, läßt ihn auch die eigentliche Aufgabe vollständig übersehen, die ihm als selbstverständlich erscheint, weil ihm das Produktionsverhältnis unabänderlich gegeben ist: nämlich das Gesetz der Erhaltung und Entwicklung dieses Produktionsverhältnisses zu finden.

---

einem Ding und einem Menschen sei, im „Gebrauchswert, mit dem die Ökonomie zu tun hat, eine durch und durch soziale Kategorie“ sieht. Wir wollen davon absehen, daß hier sozial gesagt ist anstatt ökonomisch. Schlimmer ist aber, daß Bernstein hier ein Ding zu einer sozialen Kategorie machen will. Denn da Dinge ja keine Gesellschaft bilden, so können sie als soziale Kategorien nur dann bezeichnet werden, wenn sie Ausdruck menschlicher und zwar menschlich-gesellschaftlicher Verhältnisse geworden sind.

Der Gebrauchswert kann nur dann und nur darum als eine soziale Kategorie bezeichnet werden, wenn er bewußter Zweck der Gesellschaft, Gegenstand ihrer bewußten gesellschaftlichen Aktion geworden ist. Dies ist er in einer sozialistischen Gesellschaft, deren bewußte Leitung die Herstellung von Gebrauchswerten sich als Ziel setzt; er ist es aber keineswegs in der kapitalistischen Gesellschaft. Ein absoluter oder objektiver Gebrauchswert, der ohne Beziehung zu einem das Gut verlangenden Bewußtsein gesetzt ist, ist eine contradictio in adjecto. Kann aber der Gebrauchswert in einer sozialistischen Gesellschaft als soziale Kategorie bezeichnet werden, so ist er aber auch dann keine ökonomische Kategorie, kein Gegenstand einer ökonomisch-theoretischen Analyse, weil das bewußt geregelte Produktionsverhältnis dieser Analyse nicht bedarf.

Ricardo hat den Schlüssel gefunden, er fand aber nicht das Tor, das der Schlüssel aufschloß. Und mit ihm fanden auch seine Nachfolger, selbst wenn sie, wie die Sozialisten, danach suchten, das Tor nicht, das aus der bürgerlichen Gesellschaft herausführt. Erst Karl Marx erschloß es uns. Er wurde der Entdecker der sozialistischen Gesellschaft, weil er nach Tönnies' Wort „der Entdecker der kapitalistischen Produktionsweise" war.

Die sächsische Probe.

Bemerkungen über Wahlrechtsschutz.

Von **Georg Gradnauer.**

In einer Betrachtung über „den Widerstand des deutschen Volkes gegen Wahlentrechtungen" hat soeben Edmund Fischer die Vorgänge in Sachsen im Winter 1895/96 seiner Kritik unterworfen.[1] Bei der Bedeutsamkeit des Gegenstandes möchte ich die meines Erachtens unrichtige Auffassung der damaligen Geschehnisse nicht unwidersprochen lassen; um so weniger, als aus ihr leicht falsche Schlüsse für die Taktik unserer Partei gezogen werden können.

Aus dem Ausland ist mehrfach, zuletzt seitens Jaurès' auf dem Amsterdamer Kongreß, die vorwurfsvolle Frage nach Deutschland gerichtet worden, wie es denn möglich gewesen sei, daß das „rote Königreich", das sozialistische Sachsen „den Raub des allgemeinen Wahlrechtes ohne Widerstand über sich ergehen ließ". Ähnlich äußerte sich Turati in Bologna, um den Eindruck zu erwecken, als sei seine Richtung immerhin noch weit „radikaler" als die deutsche Sozialdemokratie, welche die Wahlentrechtung „ohne eine revolutionäre Bewegung zuließ". Und Edmund Fischer, der in jenen sächsischen Wahlrechtskämpfen in vorderster Reihe mitgewirkt hat, erkennt die Berechtigung des Tadels an und erklärt: in der Tat habe das sächsische Volk die Wahlentrechtung „ruhig hingenommen". Er will dann die Erklärung für diese „Tatsache" suchen und wirft die Frage auf: „Was hätte anderes geschehen können als das, was geschehen ist?"

In Wahrheit beruhen die Vorwürfe der ausländischen Sozialisten in unzureichender Kenntnis der wirklichen Verhältnisse. Gegenüber Jaurès ist zunächst daran zu erinnern, daß im Jahre 1895 Sachsen keineswegs „das rote Königreich", „das sozialistische Sachsen" gewesen ist. Bei den Reichstagswahlen von 1893 zählte die Sozialdemokratie 270654 Stimmen gegenüber 321411 gegnerischen. Von 23 Mandaten hatte die Partei erst 7 inne. Im Landtag hatten wir 15 Abgeordnete unter 82. Die Sozialdemokratie war also noch in der Minderheit der Wähler und das „rote Königreich" konnte damals diesen Namen ganz und gar noch nicht führen. Dieser Hinweis auf den damaligen Stand der Sozialdemokratie in Sachsen soll nicht etwa bedeuten, daß bei der jetzt erreichten Stärke unter sonst gleichartigen Verhältnissen die Wahlentrechtung verhindert worden wäre. Hierüber läßt sich natürlich nichts behaupten. Der Hinweis ist aber sehr erheblich, weil er bereits auf den Grundirrtum deutet, den jene Tadler begehen, welche sagen, man habe in Sachsen die Entrechtung „ohne Widerstand" ertragen. Die Tadler, wenn sie von „Widerstand" sprechen, meinen gewaltsamen Widerstand und Edmund Fischer spricht in eigenartig

---

[1] Siehe „Sozialistischen Monatshefte", Oktoberheft 1904.

radikalisierender Verächtlichkeit wiederholt davon, daß „nur papierene Resolutionen“ beschlossen wurden. Die Tatsache jedoch, daß Sachsen eben erst seit der Wahlentrechtung und zum guten Teile infolge der Wahlentrechtung das „rote Königreich“ geworden ist, widerlegt die Vorstellung von der ergebenen Widerstandslosigkeit des sächsischen Volkes gegenüber furchtbarem Unrecht. Wer diesen Widerstand übersieht oder unberechtigt verkleinert, muß zu trüben Schlüssen über die Fähigkeit der Arbeiterklasse zum Widerstand gegen Gewalttätigkeiten gelangen; solche trüben Schlüsse sind aber erfreulicherweise abzulehnen, da sie aus unrichtigen Voraussetzungen gezogen sind.

Wenn Turati gar gesagt hat, man brauche in Italien „die Loyalität nicht so weit zu treiben“ wie die deutsche Sozialdemokratie in Sachsen, so erscheint dieser Spott aus seinem Munde besonders erstaunlich. Er hat an einer gewaltsamen Bewegung teilgenommen, die unter schweren Opfern zusammenbrach, er selbst wurde in das Zuchthaus geworfen und die Lehre, die er aus dieser in Sachsen vermißten „revolutionären Bewegung“ zog, war die Entwicklung zur äußerst gemäßigten Taktik. In Sachsen ist nicht der gewiß heroische Widerstand, der dem italienischen Volkstemperament und der damaligen politischen Situation in Italien entsprach, geleistet worden, die sächsischen Sozialdemokraten sind aber dafür auch nicht in die Lage gekommen, nach blutiger Niederlage die alten Kampfesgrundsätze aufzugeben. Die sächsischen Sozialdemokraten sind heute so revolutionär wie früher, wenn sie auch weder damals noch jetzt dieselben Formen des Widerstandes anwenden, die in Mailand einst geübt wurden, aber jetzt durch eine Taktik der leisesten Schritte ersetzt erscheinen.

Wenn die irrtümliche Auffassung des Auslandes dadurch begreiflich ist, daß von dort aus das Geschehnis von 1896 als isolierte Tatsache außerhalb der Gesamtentwicklung Sachsens und Deutschlands angesehen wird, wodurch der falsche Schein entsteht, so ist es um so merkwürdiger, daß Genosse Edmund Fischer, der den Dingen so nahe steht, dieselbe falsche Auffassung vertritt. Ja — noch merkwürdiger! — in seiner Erinnerung stellt es sich so dar, als habe die sächsische Sozialdemokratie selbst damals eine ganz andere Wahlrechtsbewegung, einen ganz anderen Widerstand erwartet, einen „revolutionären Widerstand“, wie ihn die Ausländer vermissen. Er spricht von der Erbitterung und dem Kampfesmut unter den aktiv tätigen Parteigenossen und stellt in schwärzesten Gegensatz dazu die untätigen, gleichgültigen Volksmassen. Eine kleine Zahl von Parteigenossen hätte, nach seiner Darstellung, alles aufgeboten, um das Volk zu erregen, aber es sei überhaupt keine rechte Wahlrechtsbewegung zustande gekommen, geschweige denn, daß man bereit gewesen wäre, sich wegen des Wahlrechtes „die Köpfe einschlagen zu lassen“; es seien Resolutionen angenommen worden, weiter nichts; das äußerste war, daß in Leipzig nach der großen Bebelversammlung einige hundert Arbeiter gruppenweise nach dem Innern der Stadt zogen, „einige riefen: Hoch das Wahlrecht! und als die Polizei kam, ging man ruhig auseinander“. Die „Deutsche Tageszeitung“, das sächsische Regierungsorgan in Berlin, hat aus dieser Darstellung nicht ohne Berechtigung und mit viel Behagen gefolgert, sie habe es stets gesagt, daß nur „einige Hetzer“ unzufrieden waren, das Volk habe sich durch die Wahlrechtsänderung gar nicht beschwert gefunden.

Es ist festzustellen, daß im ganzen Verlauf des großen sächsischen Wahlrechtsringens weder die Landtagsfraktion noch die Leiter der Parteiorganisationen noch die Presse einen anderen Widerstand erregen wollten als den, der tat-

sächlich erregt worden ist. Als jene Straßendemonstration sich in Leipzig begab, hat niemand darin eine neue Hoffnung erblickt oder gewünscht, daß daraus eine andersgeartete Wahlrechtsbewegung sich entwickeln solle. Alle wußten vielmehr, daß nichts dergleichen Aussicht hatte, daß aus eigener Kraft des Proletariats, bei dauerndem Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien im Landtag, das Unheil zunächst nicht abgewendet werden könnte.

Ebenso unrichtig ist die Darstellung der Volksstimmung durch Fischer. Richtig ist nur, daß in sehr großen Teilen des sächsischen Volkes, ja in der Mehrheit der landtagswahlberechtigten Wählerschaft das Verständnis für das Unrecht, das begangen werden sollte, ebenso fehlte wie überhaupt das Verständnis für die Bedeutung der gesetzgeberischen Arbeit des Landesparlamentes noch wenig entwickelt war, was die geringe Wahlbeteiligung bei den vorhergehenden Wahlen bewiesen hatte. Gleichwohl herrschte in der Arbeiterschaft, soweit die sozialdemokratische Propaganda an sie herankam, dieselbe tiefe Erregung wie in den leitenden Kreisen der Partei; und diese leitenden Kreise selbst waren es, die stets die Massen aufforderten, trotz alledem die Ruhe zu bewahren. Fischer erzählt, um die Teilnahmlosigkeit der Bevölkerung zu veranschaulichen, ausführlich ein Einzelerlebnis — in einem Industriestädtchen war die anberaumte Versammlung schlecht besucht, einige Männer spielten Karten, Frauen strickten Strümpfe; in bedauerlicher Übertreibung erklärt er: So waren die meisten großen Protestversammlungen beschaffen. Dies ist ganz und gar unrichtig. Ich kann meine persönlichen Erinnerungen der Darstellung Fischers entgegensetzen; überall, wo immer politischer Geist in der Arbeiterklasse lebte, herrschte große Erbitterung, die Versammlungen waren überaus stattlich; jener Agitationsfeldzug, der sich durch den Winter 1895/96 bis in das Frühjahr hin ausdehnte, war einer der größten und erfolgreichsten Kämpfe der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben keine Enttäuschung erlebt an unserer Arbeiterschaft, die vielmehr, fern von aller aussichtslosen Tollkühnheit, tapfer den schweren Streit durchfocht und in der Folgezeit bald bewies, was sie in diesen Kämpfen gelernt hatte.

Eine Enttäuschung erlebten wir nur etwa am — Liberalismus. Wir hatten seinen traurigen Niedergang seit langem gesehen. Aber man durfte damals immerhin noch wähnen, er werde in dieser entscheidenden Stunde einen Rest seiner Grundsätze aufrecht erhalten. Der Liberalismus versagte vollständig, teilte mit der konservativen Reaktion jede Schurkerei, wofür ihm später die Vergeltung ward, indem er im Dreiklassenlandtag durch die konservative Zweidrittelmehrheit elendiglich an die Wand gedrückt wurde. Jaurès mag leicht über den Wahlkampf der sächsischen Sozialdemokratie abfällig urteilen — besteht in seinem Lande die gesicherte Volkssouveränetät durch die Sozialdemokratie oder nicht vielmehr durch den bürgerlichen Liberalismus und die bürgerliche Demokratie? Das ist der nie zu übersehende Unterschied zwischen den Staaten unserer Kritiker und unseren Zuständen, besonders der sächsischen, daß ein bürgerlicher Liberalismus völlig fehlt. Daher — abgesehen von anderen, hier nicht zu erörternden Momenten — müssen auch die Formen unseres Kampfes, unseres Widerstandes gegen reaktionäre Anschläge andere sein als in jenen Staaten. Es traten damals in Sachsen wohl einige tüchtige Männer gegen die Entrechtung auf den Plan, allen voran der bejahrte Professor Böhmert. Diese „Professorenbewegung“ begann der Regierung auch unbequem zu werden, unbequemer vielleicht als unsere Bewegung, mit der man von vornherein gerechnet hatte und

die auf jeden Fall niederzutreten die brutale Reaktion und das unwissende Banausentum der Ständekammern entschlossen waren. Aber die wenigen bürgerlichen Opponenten wurden von der bürgerlichen Masse schmählich im Stiche gelassen. Es zeigte sich endgültig, daß in Sachsen kein selbständiges Bürgertum vorhanden war. Die Reaktion mit dem großen Gefolge ihrer Mitläufer in allen Schichten und die sozialdemokratische Arbeiterschaft standen unvermittelt schroff gegeneinander. Da waren wir in der Minderheit und zunächst machtlos, die Vergewaltigung des Wahlrechtes zu verhindern. Unter diesen Umständen wäre der Widerstand der Gewalt unsinnig gewesen. Genosse Fischer aber, der nüchterne Politiker, der es liebt, vor Illusionen zu warnen, ergibt sich der seltsamen Illusion, die zugleich eine unberechtigte Herabsetzung der damaligen Bewegung bedeutet, als ob etwas anderes hätte geschehen können, wenn — die Sozialdemokratie nicht eine falsche Agitationsmethode betrieben hätte!

Das entscheidende Moment zur Würdigung der sächsischen Kämpfe liegt darin, daß von ihrem Anbeginn an uns und die Masse des Volkes der Gedanke beherrschte: Wenn das sächsische Wahlrecht vernichtet wird, so sind wir nicht die Besiegten, sondern werden die Sieger durch das Reichstagswahlrecht; wir werden die sächsische Politik auf die größere Tribüne des Reiches tragen, wir werden dort die sächsische Rückständigkeit und Klassenwillkür vor der weitesten Öffentlichkeit aufdecken, und bei den Wahlen zum Reichstag wird das sächsische Volk, von Wahl zu Wahl in stets gewaltigerer Deutlichkeit, die rächende Antwort erteilen. Da dieser aus den Verhältnissen notwendig entspringende und richtige Gedanke die ganze Bewegung beherrschte, konnte die Neigung zu einem „anderen Widerstand" überhaupt nicht in den Gemütern mächtig werden. Wäre dem sächsischen Volke ein Recht genommen worden, ohne dessen Besitz ihm die elementaren Voraussetzungen seines politischen Wachstums gefehlt hätten, so würde zweifellos der Kampf in jeder Hinsicht und in jedem Stadium seiner Entwicklung ganz anders verlaufen sein. So stand aber die Frage nicht und darum fand der Ausgang des Kampfes uns auch keineswegs als geschlagene und in ihrer Entwicklung geknickte Partei, sondern in aller Erbitterung über das schmachvolle Unrecht standen wir aufrecht und im sicheren Bewußtsein, daß die reaktionären Sieger von heute die Besiegten von morgen sein werden.

Es ist betrübend, wenn jetzt jene Kämpfe, auf welche die sächsische Sozialdemokratie ohne Bedauern, mit Stolz zurückschauen darf, verkleinert werden. Es wird zur törichten Legende, als habe das sächsische Volk die Entrechtung „ohne Widerstand ruhig hingenommen". „Widerstand" leisten, bedeutet nicht in jedem Falle, daß einer reaktionären Maßnahme mit Gewalt zu begegnen ist, koste es die Köpfe und wäre der schlimmste Ausgang zu erwarten. Haben wir dem Sozialistengesetz, das uns gänzlich außer das Gesetz stellte, „Widerstand" geleistet in dem Sinne, wie er jetzt plötzlich allein gelten soll? Wir mußten das Sozialistengesetz über uns ergehen lassen und haben dann den Widerstand geleistet, der uns vortrefflich bekam, schlecht aber den Feinden. Nicht anders ist die Wahlrechtsfrage in Sachsen zu beurteilen. Wie die deutsche Sozialdemokratie im schweren Kampfe gegen das Ausnahmegesetz und geradezu durch das Ausnahmegesetz stark und groß geworden ist, so die sächsische Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Entrechtung von 1896. Der Erfolg unseres Widerstandes zeigte sich über alles Erwarten glänzend in den Wahlen von 1898 und 1903.

Die Wahlrechtsfrage ist seit 1896 nicht von der sächsischen Tagesordnung verschwunden. Während die Regierung und ihre Parteien geglaubt hatten, das

Volk werde sich recht schnell mit dem Verlust des Wahlrechtes abfinden, trat, wie wir vorausgesagt, das Gegenteil ein: unsere Partei hatte das wuchtigste Agitationsmittel, um dem Volke die Klassenherrschaft zu demonstrieren, der es unterworfen ist. In immer weitere Kreise und immer tiefer in das politische Bewußtsein grub sich die erbitternde Erkenntnis der Rechtsvergewaltigung, da sich zugleich unsere Prophezeiung erfüllte, daß die gesamte sächsische Politik sich durch das Dreiklassenwahlsystem zum schweren Schaden der Bevölkerung verschlechtern würde. Man erlebte die völlige Versumpfung der sächsischen Landtagspolitik, den fürchterlichen Finanzjammer, die widerwärtige Verweigerung einer einigermaßen den Reichtum heranziehenden Besteuerung, die Steuerzuschläge auf die Einkommen der Unbemittelten, die Spar- und Knauserpolitik gegenüber den Unterbeamten in den Staatsbetrieben. Unsere Partei war in der Lage, diesen Zusammenbruch der „staatserhaltenden" Politik in Sachsen als notwendige Folge der Ausschließung des Volkes von der Gesetzgebung zu erklären. Durch unseren Kampf gegen die Entrechtung und die unter dem neuen Wahlsystem eingetretene Gestaltung der sächsischen Zustände, die hier nur angedeutet werden konnte, errangen wir in Sachsen den in der Geschichte der Sozialdemokratie unübertroffen großen Sieg vom 16. Juni 1903. Nichts irrtümlicher, als daß das „rote Königreich" die Entrechtung widerstandslos ertragen habe, vielmehr erweckte die Entrechtung den dauernden, nachhaltigsten Widerstand, aus dem Sachsen als das „rote Königreich" hervorging.

Es ist daher auch die Annahme irrig, als habe die angebliche Widerstandslosigkeit in Sachsen die Gefahren für das Reichstagswahlrecht vermehrt. Gewiß, die preußische Scharfmacherei ist unbelehrbar und hat aus den sächsischen Vorgängen nur die Lehre gezogen: Wenn die Entrechtung in Sachsen die Sozialdemokratie im Reichstag gefördert hat, so ist auch das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Man soll die Gefahr, die von dieser Seite droht, natürlich nicht irgendwie unterschätzen, um so weniger, da die Reichsregierung genugsam ihre Bereitwilligkeit für die Politik bekundet hat, zu der nichts nötig als starke Nerven und schwacher Verstand. Aber — ohne Zweifel — an weiten politischen Kreisen Deutschlands, außerhalb der Sozialdemokratie, sind die sächsischen Erfahrungen nicht spurlos vorübergegangen. Abgesehen davon, daß die Aussichten der Reaktion im Reiche in jeder Beziehung weit ungünstigere sind als damals in Sachsen, worauf hier nicht eingegangen werden soll, hat man sich sagen müssen: Die Ereignisse in Sachsen haben gezeigt, wie ein Volk sich zur Wehr setzen kann gegen Entrechtung, ohne sich, wie es die Scharfmacherei ersehnt, die Schädel einschlagen zu lassen. Sachsen, das „Probierland der Reaktion", wurde das Exempel der reaktionären Erfolglosigkeit. Ich bin der Ansicht, daß im Falle eines Angriffs gegen das Reichstagswahlrecht dem deutschen Volke ganz andere Methoden und Mittel des Widerstandes möglich sind als 1896 in Sachsen; wenn aber gleichwohl die Wahlrechtsfeinde in Unterschätzung der dem Volke zustehenden Abwehrmittel und in der Zuversicht, daß die Arbeiterklasse ihrer Gewalt werde unterliegen müssen, zur Tat zu schreiten sich vermessen, so müßten doch alle bürgerlichen Richtungen, die nicht völlig mit Blindheit geschlagen, aus den Folgen der sächsischen Entrechtung sich einigermaßen auf die notwendig im Reiche eintretenden Folgen besinnen. Es würde kommen, worauf Bebel warnend wies: die Arbeiterschaft und die weitesten Volkskreise würden dem „Vaterland", das ihnen schwere Pflichten auferlegt, aber die menschlichen Grundrechte verweigert, in stet-

wachsender Feindseligkeit gegenüberstehen, es würde der Kampf um die Wiedereroberung des entrissenen Rechtes die gesamte Politik beherrschen und das Volk bis in die Tiefen gewaltig erregen, es würden in den Einzelstaatslandtagen fortdauernde Vorstöße gegen das Reichsunrecht erfolgen, es würden die Gewerkschaften die Erkämpfung des politischen Rechtes für ihre Mitglieder in ihr Programm aufnehmen, es würden die sozialdemokratischen Organisationen mächtig wachsen. In allem würde das Gegenteil dessen erfolgen, was die Reaktion wünscht, gerade wie es in Sachsen geschah.

Auch für die deutschen Dynastien, um dies mit einem Worte zu streifen, dürfte das sächsische Vorbild keineswegs verlockend sein. Nirgends mehr als in Sachsen wurde das „monarchische Bewußtsein" gepflegt und gegen die Sozialdemokratie ausgespielt. Gerade aber die Tatsache, daß der soeben verstorbene König von Sachsen im Jahre 1896 als Mitglied der Ersten Kammer das neue Wahlgesetz unterstützte und mitbeschloß, hat die Bemühungen der Monarchisten so vollkommen scheitern lassen, daß der König, dessen Vorgänger nach alter Übung alljährlich die in Sachsen gewählten Reichstagsabgeordneten in noch stattlicher Zahl um sich versammelte, nun diese Bekundung des Volksvertrauens gänzlich entbehren mußte; nur zwei antisemitische Säulen geben noch trübseliges Zeugnis von einstiger Herrlichkeit der „Ordnungsparteien" und des monarchischen Bewußtseins in Sachsen.

Wenn also die Mirbach und Manteuffel Herren der nächsten deutschen Zukunft werden sollten — wir haben es nicht zu fürchten. Wir wünschen nicht die Verschärfung der Kämpfe, die dann einsetzen müßte, noch weniger aber fürchten wir sie!

In diesen Ausführungen liegt aber zum guten Teile zugleich auch die Widerlegung der Mahnungen, mit denen Genosse Edmund Fischer die von ihm gestellte Frage beantwortet: Was anderes hätte geschehen sollen als das, was geschehen ist, um Entrechtungspläne der Gegner zu bekämpfen? Nachdem Fischer die Teilnahmlosigkeit des sächsischen Volkes an den Landesangelegenheiten und an dem Landeswahlrecht außerordentlich übertrieben, behauptet er, wir selbst trügen zum Teile die Schuld an dieser angeblichen Teilnahmlosigkeit. Es sei dem Volke immer gesagt worden: Wir wählen nur, um zu wühlen; also habe das Volk kein rechtes Interesse am Parlament gehabt. Auch dieser Behauptung ist entschieden zu widersprechen. Diese Behauptung ist wiederum geeignet, die Tätigkeit unserer Partei in Sachsen und besonders der sächsischen Landtagsfraktionen herabzusetzen, aber sie ist völlig haltlos.

Gewiß hat die Sozialdemokratie in Sachsen damals — wie heute — und in Übereinstimmung mit der gesamten deutschen Partei auf dem Standpunkt gestanden, daß unsere Tätigkeit sich nimmermehr darin erschöpfen darf, Mandate zu erringen und im Parlament irgendwelche, zumeist unter den heutigen Verhältnissen nur geringfügige Vorteile für die arbeitende Klasse zu erzielen, sondern daß die Wirkung auf das Volk selbst unsere Hauptaufgabe ist, daß ganze Menschen, ganze Staatsbürger, ganze Sozialdemokraten geschaffen werden solien. Diese — hoffentlich unveräußerliche — Anschauung unserer Partei hat jedoch in Sachsen niemals zur Unterschätzung der gesetzgeberischen Arbeit geführt. Das gesamte Tun unserer Parteigenossen im sächsischen Landtag, von jener Zeit an, da Vollmar und Bebel und Liebknecht dort saßen, bis zu dem letzten Tage, da der letzte sozialdemokratische Abgeordnete hinausgedrängt wurde, legt Zeugnis ab gegen eine derartige Behauptung. Ebenso sind in der Versamm-

lungsagitation und in den Zeitungen stets alle Materien der sächsischen Gesetzgebung, Fabrikinspektion und Steuerwesen, Armenwesen und Schulwesen, Gesindewesen und Lage der Staatsarbeiter usw. in gründlicher Sachlichkeit behandelt worden und stets und überall ist die unmittelbare Wichtigkeit all dieser der Landesgesetzgebung unterstehenden Angelegenheiten für das Wohl der unteren Volksklassen eindringlichst propagiert worden. Es ist unbegreiflich, wie gesagt werden kann, daß in Sachsen, nach der Losung „wir wählen nur, um zu wühlen", der Wert der parlamentarischen Tätigkeit herabgesetzt worden sei, während in Wahrheit die parlamentarische Betätigung unserer Partei in Sachsen das erste vortreffliche Vorbild wurde für die Nachfolge in den anderen Bundesstaaten auf demselben Wege. Man soll nur das 1903 erschienene „Handbuch für sächsische Wähler" von Emil Nietzsche einigermaßen anblättern, um die völlige Unrichtigkeit jener Behauptungen festzustellen. Es widerspricht den Tatsachen, wenn eine Schuld der Sozialdemokratie konstruiert wird, als habe sie durch ungeschickten Scheinradikalismus Verfehlungen begangen, und es wäre ebenso eine leere Hoffnung, wenn man glauben wollte, wir könnten im Reiche durch irgendwelche Änderung unserer Agitation stärkere Garantien für das Reichstagswahlrecht gewinnen. Die Unmöglichkeit, in Sachsen das Wahlunrecht sogleich abzuwehren, lag nicht in einer durch uns verschuldeten Geringachtung des Parlamentes, sondern allein in der einfachen Tatsache, mit der wir uns heute noch abfinden müssen, daß nur eine Minderheit des Volkes von unserer Lehre und vom vollen Bewußtsein der staatsbürgerlichen Aufgaben durchdrungen war.

Es erschien nötig, das Andenken der sächsischen Wahlrechtskämpfe vor falschen Darstellungen zu schützen. Zahlreiche tüchtigste Genossen haben ihr Bestes in jener Bewegung geleistet, das sächsische Volk, soweit es überhaupt sozialdemokratisch war, hat seine Schuldigkeit getan. Es wäre bedauerlich, wenn Irrtümer, die bei ausländischen Genossen, welche aus der Ferne unsere Zustände nicht genau sehen, leichter entstehen können, auch bei uns Verbreitung fänden.

Die Richtigstellung dieser Vorgänge befreit aber zugleich von dem Wahne, als könne durch eine Taktik der Mäßigung der Widerstand gegen Attentate im Reiche erhöht werden. Gewiß wäre es verbrecherisch, wollte man durch Herabsetzung des Wertes der Parlamente das Volk gleichgültig gegen seine politischen Rechte machen. Aber nicht minder müßte eine Taktik der parlamentarischen Sanftmut dieselbe ungünstige Wirkung herbeiführen, da der Arbeiterklasse das Vertrauen verloren gehen würde, ob im Parlament etwas zu erreichen ist, was die Mühe lohnt. Die Partei wird bei ihrer bisherigen richtigen Einschätzung des Parlamentarismus verharren; reaktionäre Pläne und Taten aber werden überwunden durch die Erkenntnis stets wachsender Volksmassen von der Notwendigkeit unserer Ziele für die materielle und geistige Wohlfahrt der Gesamtheit.

Die christliche Liebestätigkeit.

Von **Paul Lafargue**. (Fortsetzung.)

2. Die Wohltätigkeitspflege im heidnischen Altertum.

Das Christentum hat der Welt die Wohltätigkeit nicht erst gebracht und brauchte sie ihr gar nicht erst zu bringen: gar manches Jahrhundert vor Christi Geburt erfreute sie sich schon in allen Städten des Altertums glänzender Pflege

und Blüte und wurde mit einer Brüderlichkeit und großmütigen Freigebigkeit geübt, von der die Christen niemals eine Ahnung gehabt haben. Es hat die ganze unaufrichtige Parteilichkeit der Kirchenväter und ähnlicher Autoren sowie die ganze servile Nachbeterei der christlichen Historiker und Moralschriftsteller aus der Laienwelt dazu gehört, um die Behauptung aufzustellen, die Wohltätigkeitspflege datiere erst seit der christlichen Zeitrechnung. Mag man bei den Kirchenvätern auch eine noch so armselige Kenntnis des griechischen und römischen Lebens voraussetzen, so kann man doch unmöglich zugeben, es sei ihnen unbekannt geblieben, daß die Reichen in Athen, Rom und anderen Städten Griechenlands wie Italiens vor ihren Haustüren an bestimmten Tagen, ja bisweilen sogar alltäglich, Nahrungsmittel an die Armen austeilen ließen.[1] Die Wohltätigkeitspflege seitens der Heiden ist unleugbar, die Apostelgeschichte selbst bezeugt sie: die Witwe Tabitha und der Hauptmann Kornelius, von denen die Kapitel 9 und 10 der Apostelgeschichte erzählen, brauchten nicht erst auf den Empfang des christlichen Glaubens warten, um Wohltätigkeit zu üben, vielmehr setzte Meister Petrus gerade deshalb, weil sie in hervorragendem Grade freigebig im Almosenspenden waren, seine „Wunder" in Szene, um dadurch ihren Geist und Willen völlig in seinen Bann zu zwingen, zu keinem anderen Zwecke als dem, recht frei und unumschränkt über ihr Vermögen zu verfügen.

Der Arme der heidnischen Gesellschaft wurde nicht wie der Dürftige der modernen christlichen Gesellschaftsordnung in kümmerlicher Weise und nur aus Mitleid unterstützt: Titus Livius berichtet uns (im 2. Buche seiner römischen Geschichte), daß die armen Bürger Roms das Recht hatten, auf Kosten des Staatsschatzes zu leben, ohne daß es möglich war, sie zur Ausübung einer der artes sordidae zu zwingen, das heißt „der schmutzigen, gemeinen Künste und Beschäftigungen", wie im Altertum die Freien die den Sklaven und Fremdlingen vorbehaltenen Handwerke und sonstigen Handarbeiten nannten. Die armen, aber freien Bürger mußten daher bereits in die äußerste Not geraten sein, wenn sie sich dazu verstehen sollten, sich als Handarbeiter in den Werkstätten zu verdingen, die der Staat zu ihrem Unterhalt zum Beispiel in Athen einzurichten sich gezwungen sah; auch ließen sie sich zu solcher Erniedrigung erst in den letzten Jahrhunderten vor Christus herab, zu einer Zeit nämlich, als die Warenproduktion die patriarchalische Familien- und Gesellschaftsordnung zerstört und eine neue Klasse, die der Geldleute, geschaffen hatte. Der Unterhalt der Armen war eine der unaufhörlichen und wichtigsten Sorgen der griechischen Staatsoberhäupter; diese veranstalteten für sie häufig Lebensmittel- und sogar Geldverteilungen: man trieb solche Fürsorge soweit, daß Perikles den dürftigen Bürgern Geld für den Theaterbesuch und für die Teil-

[1] Der berühmte Geograph Strabo, ein Zeitgenosse der Apostel, berichtet im 14. Buche seiner Erdbeschreibung: „Die Bewohner der Insel Rhodus zeigen sich sehr besorgt um das Wohlergehen des Volkes, obwohl ihr Staat keine Demokratie ist: sie hoffen dadurch die so zahlreiche Klasse der Armen in Schranken zu halten. Nicht genug mit den zu gewissen Zeiten des Jahres vom Staate regelmäßig veranstalteten Getreideverteilungen, überhäufen auch noch die Privatleute die Armen mit Spenden. Oft nimmt die Freigebigkeit der Reichen sogar die Form einer sogenannten Liturgie, das heißt einer Leistung an den Staat, an. Ganze Verproviantierungen, ganze Lebensmittellieferungen werden diesem oder jenem Reichen als Steuerbeitrag auferlegt, so daß der Arme jederzeit seines Unterhaltes sicher ist."

nahme an den Volksversammlungen gab, in denen die Privatprozesse abgeurteilt und die Staatsangelegenheiten verhandelt wurden. Die Zahl der für solche rein formellen Anstandsbesuche derartiger Versammlungen honorierten Armen belief sich in Athen auf mehr als 6000, das heißt auf mehr als die Hälfte der erwachsenen, im Besitz der politischen Rechte befindlichen Bevölkerung. Nach der Versicherung des Aristoteles war diese Einrichtung in allen demokratischen Stadtstaaten allgemein. Der atheniſche Demagog Kleon brachte diesen von Perikles auf 2 Obolen (28 Pfennig) festgesetzten Bürgersold auf die Höhe von 3 Obolen (42 Pfennig): mit diesem Betrag konnte man damals die notwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten.[1]

Der Staat unternahm fortwährend Kriege, um die Armen zu beschäftigen und Länder zur Verteilung unter sie zu erobern; die Staatsmänner machten ihnen den Hof und richteten ihr Vermögen zugrunde, um ihnen „Brot und Spiele“, panem et circenses, zu geben; das Fleisch der in großer Zahl auf den Götteraltären geopferten Tiere wurde ihnen überlassen.

Der Staat und die Reichen hielten sich zum Unterhalt der armen Bürger für verpflichtet, weil die Dürftigen dieser Art zu den Familien, deren Vorfahren die Gründer der Stadt waren, in Verwandtschafts- oder sogenanntem Klientenverhältnis standen. Sie waren ihrer Güter verlustig gegangen infolge der Zerstücklung, die das Besitztum der patriarchalischen Familie durch die fortschreitende Entwicklung der Industrie und des Handels erlitten hatte. Der Staat vertrat nun für diese armen Bürger die Stelle der ehemaligen Verwaltung des gemeinsamen Familienverbandes und Familienbesitzes, dem die Pflicht obgelegen hatte, alle ihm zugehörigen erwachsenen Glieder, junge wie alte, gesunde wie arbeitsunfähige, zu erhalten. Die Reichen hatten ihre Besitzungen mit den Landanteilen der armen Bürger vergrößert; und diese konnten mit den Fingern auf jene hinweisen, die sie aus ihrem früheren Besitz vertrieben hatten und nun auf den Grundstücken ihrer eigenen Ahnen saßen: aus Scheu vor dem Urteil der Welt hielten die Reichen sich für verbunden, die durch sie selbst arm Gewordenen nun wenigstens zu erhalten; in gleicher Weise hatten sich ja auch Dollfus, Scherer-Kestner und andere elsässische Philanthropen vor etwa fünfzig Jahren zur Gründung von Wohltätigkeitsanstalten gezwungen gesehen, damit die alten Arbeiter, durch die sie zu Millionären geworden, nicht als Bettler in den Straßen ihrer Fabrikstädte herumzogen.

Indes um an den vom Staate veranstalteten Lebensmittel- und Geldverteilungen Anteil zu haben, mußte man zur Klasse der Bürger gehören und im Besitz staatsbürgerlicher Rechte sein: Perikles ordnete vor der Austeilung einer bedeutenden Getreidespende eine Zählung der athenischen Bevölkerung an und ließ solche, die sich, ohne wirklich staatsbürgerliche Rechte zu haben, in die Bürgerlisten hatten eintragen lassen, als Sklaven verkaufen. Während der römischen Bürgerkriege waren viele Leute deshalb nach Rom übergesiedelt, um

---

[1] Im fünften Jahrhundert vor Christus betrug der Lohn eines Arbeiters in Griechenland 1 Drachme (78½ Pfennig); der Scheffel (½ Hektoliter) Gerstenmehl kostete 2 Drachmen (1,57 Mark), Weizenmehl 3 (2,36 Mark). Um die Mitte des vierten Jahrhunderts verdoppelten und verdreifachten sich, nach Ausweis der eleusinischen Inschriftentafel, die Löhne, und die Lebensmittelpreise hatten gleichfalls eine entsprechende Höhe angenommen: der Scheffel Weizenmehl galt nun 5 bis 6 Drachmen (3,93 bis 4,71 Mark). Vergl. Paul Giraud, „Der gewerbliche Arbeitslohn im alten Griechenland“ (Paris 1900).

ın den zahlreichen Verteilungen von Lebensmitteln (Getreide, Wein, Öl und ›ergleichen mehr), den sogenannten congiaria, das heißt Spenden vom Maße ›ines altrömischen congius (etwa 3 Liter) Anteil nehmen zu können. Cäsar ieß die Bürgerlisten revidieren und alle, die sich nicht als römische Bürger ıusweisen konnten, ausstreichen; dadurch wurde die Zahl der als Bürger Ein- ›eschriebenen von 320000 auf 150000 herabgesetzt.

Der Unterhalt der armen Bürger seitens des Staates und der Reichen war ırsprünglich eine Pflicht und nicht etwa ein Akt gutwilligen Beliebens: man ›ielt sich für verpflichtet, die Ungerechtigkeiten des Glückes wieder gut zu machen ınd das Elend zu mildern, das durch den wucherischen Aufkauf der den Vor- ahren der Armen zugehörig gewesenen Güter entstanden war. Die Fürsorge ür den Lebensunterhalt der Armen war eine Art Schadloshaltung; der Arme ›er heidnischen Gesellschaft wurde durch sie nicht erniedrigt und in seiner Menschen- und Staatsbürgerwürde herabgedrückt; er betrachtete sich dem Reichen ıls ebenbürtig und hatte für dessen Freigebigkeitsspenden, die in seinen Augen ıur eine spärliche Wiedererstattung des ihm Entzogenen waren, keinerlei Dank- ›arkeit übrig. Der Apostel Jakobus bringt dieses Gefühl, wenn auch unklar, ›um Ausdruck in seinen entrüsteten Scheltworten über das servile Verhalten ›er Heiligen und Gläubigen gegenüber den Reichen, die ihren Gemeinden Geschenke machten.

Freilich konnte es nicht ausbleiben, daß das edle Gefühl brüderlicher Zu- ammengehörigkeit, das anfangs dem Staate und den Reichen die hilfreiche Unterstützung der armen Bürger zu einem Gebot der Pflicht machte, bald ent- ırtete, seitdem deren Menge und leichtaufbrausende Leidenschaftlichkeit leicht zu Volksaufständen und Bürgerkriegen führte; sie wurden alsdann nur noch nach Maßgabe der Furcht, die sie einflößten, unterhalten: anfangs bekamen nur ›ie wirklichen, im Genuß ihrer staatsbürgerlichen Rechte befindlichen Bürger Lebensmittel und Geld — in Rom mußte man seine Herkunft aus einer der ›ier schon bei der Gründung der Stadt beteiligten Tribus (Stadtbezirksgemeinden) ıachweisen können; schließlich wurden diese Verteilungen unterschiedslos auf alle Armen ausgedehnt.

Der römische Senat hatte bereits in den ältesten Zeiten eine Verwaltungs- ›ehörde, die sogenannte annona (Sorge für die jährliche Getreidezufuhr) ein- ›esetzt, um den Armen das Getreide unter dem Marktpreis zu verkaufen. Nach Angaben des Titus Livius in seiner Römischen Geschichte (IV, 12) wurde der ›rste praefectus annonae, der Vorsitzende dieser Behörde, 439 v. Chr. ernannt. Dieses Amt war so wichtig, daß die aristokratische Partei den Pompejus fünf Jahre lang darin erhielt und Augustus nach Erlangung der kaiserlichen Ober- ›errschaft sofort die Würde eines praefectus annonae annahm und sich eine Reform dieses Verwaltungsamtes angelegen sein ließ. Alle Provinzen des Reiches waren verpflichtet, eine bestimmte Menge Getreide, dessen Verkaufs- ›reis der Senat festsetzte, nach Rom zu schicken; die Volkstribunen und Dema- ›ogen forderten jedoch, um die Gunst der Plebs zu gewinnen, wiederholentlich ›ie Herabsetzungen des Preises. Sempronius Gracchus brachte als Volkstribun 123 v. Chr. die lex frumentaria (Getreidegesetz) zur Annahme, deren Zweck ›ine Ermäßigung des Getreidepreises war; und zwanzig Jahre später ließ der Volkstribun Apulejus Saturninus diesen noch einmal herabsetzen. Sulla schaffte ›war das gracchische Getreidegesetz wieder ab, doch nach seinem Tode mußte ›er Senat, um Volksaufstände zu verhüten, es aufs neue in Kraft setzen; und

im Jahre 58 v. Chr. beseitigte die Lex Clodia, ein vom Volkstribunen Clodiu beantragtes Getreidegesetz, den Preis für das von der annona an das Volk geliefert Getreide überhaupt, was der Republik den fünften Teil ihrer Staatseinkünft kostete. Welcher christliche Staat hat je eine ähnliche „Liebestätigkeit“ bewiesen

Beträchtlich war die Zahl derer, die sich in die Bürgerlisten eintragen ließen durch die sie zur Anteilnahme an den Verteilungen von Lebensmitteln un bisweilen auch Geld berechtigt wurden; Cäsar beschränkte sie, wie schon bemerk auf 150000, Augustus aber erhöhte sie nach einer Revision wieder auf 200000 Die Eintragung in die Listen war ein Eigentumsrecht, das man durch Erb schaft und auch durch Verkauf an andere übertragen konnte; der Kauf eine solchen Berechtigung hatte ganz denselben Wert und Erfolg, wie wenn jeman (durch Erbschaft oder Adoption) den Rechtstitel eines Abkömmlings aus eine der Stadtgründungstribus erlangte. Aber nur die Männer hatten ein Anrech auf die Lebensmittelverteilungen; die Kaiser Nerva und Trajan dehnten si jedoch auch auf die Waisen und Kinder aus, die sogenannten puelli et puella alimentarii (Alimentengelder empfangende Knaben und Mädchen). Kaise Aurelian ließ, dreihundert Jahre nach Christus, statt des Getreides Brot aus teilen, weil die Armen nicht mehr die Mittel hatten, das Getreide mahlen un backen zu lassen. Konstantin mußte, ebenso wie die Päpste, dem Vorbild de heidnischen Kaiser nachfolgen; als er den Sitz der Regierung von Rom nac Konstantinopel verlegte, ließ er an alle Einwohner der Stadt Brot austeilen Die Kaiser und ihre Provinzstatthalter sorgten für die Bedürfnisse des aufruhr lustigen Pöbels von Rom, Konstantinopel, Alexandrien und der übrigen großen Städte des Reiches, um Aufständen vorzubeugen. Nicht mehr die Liebe zun Nächsten, sondern die Furcht vor ihm schuf damals wohltätige Herzen. Di Reichen lebten in unaufhörlicher Angst vor den Armen, die Sokrates (in Plato Schrift über den besten Staat, Buch X) mit Hornissen vergleicht, das heiß mit gefährlichen Schmarotzern, deren gewalttätige Leidenschaften man fürchten muß: sobald sie sich nach einem Aufruhr der Staatsgewalt bemächtigten, schlugen sie die Schuldforderungen nieder und teilten sich in die Güter der Reichen, di sie in die Verbannung hinausjagten oder niedermetzelten.

Der hungrige Pöbel hatte sich in Rom, Byzanz, Alexandrien usw. während der ersten Jahrhunderte der christlichen Zeitrechnung dermaßen vermehrt, da die kaiserliche Regierung und die Reichen trotz ihres guten Willens nicht meh damit fertig werden konnten, ihn zu ernähren oder in die Kolonien an di Grenzen des Reiches zu exportieren oder in die Legionen der Reichsheere z stecken; sie mußten zur Gewalt ihre Zuflucht nehmen, um ihn im Zaume z halten. Die Polizeitätigkeit machte den würdigen Abschluß der Liebestätigkeit Das Polizistenhandwerk war so verachtet, daß die Bürger sich weigerten, e auszuüben; der athenische Staat mußte Sklaven, gemeiniglich Skythen, ver wenden, um die Ordnung mit Peitschenhieben aufrechtzuerhalten, so daß als die freien Bürger von Sklaven geschlagen und mißhandelt wurden.+ Die römische Kaiser warben Barbarenbanden dazu an, Goten, Heruler, Skandinavier un ähnliche; diese jagten die tumultierende Plebs mit Stöcken und Peitschen aus einander, denn sie hielten es nicht der Mühe für wert und unter ihrer Würde sich gegen jene ihrer Kriegswaffen zu bedienen. Der berühmte skandinavisch Held Harald Harfagr, der im neunten Jahrhundert Norwegen zu einem ein heitlichen, wohlgeordneten Königreich umgestaltete, war einst vor dem Porta des kaiserlichen Palastes zu Konstantinopel auf Wache gezogen.

+ wie jetzt noch in den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Apostel und die Kirchenväter gewannen aus dieser von der staatlichen [u]nd privaten Wohltätigkeit unterhaltenen Volksmasse die Hauptbekennerschar [d]er ersten Christen.

3. Die Liebestätigkeit der Bischöfe und Mönche.

Die Kirchenväter und die Bischöfe der ersten Jahrhunderte der christlichen [Z]eitrechnung holten sich die Bekenner des Christentums aus dem entnervten, [a]rbeitsentwöhnten und plünderungssüchtigen Pöbel der Städte des oströmischen [R]eiches. Wir haben gesehen, daß die Apostel in der Wahl der Heiligen und [G]läubigen nicht allzu anspruchsvoll waren; ihre Nachfolger verfuhren ganz [e]benso. Falls es ihnen gelang, diesen Schwarm zügelloser und verhungerter [S]chmarotzer, die bei ihren Aufständen oft ganze Stadtviertel ausplünderten [u]nd in Brand steckten, zu gewinnen, zu beherrschen und zu lenken, so konnten [si]e sich damit eine furchtbare Waffe schmieden, mit deren Hilfe sie den Kaisern [u]nd Provinzstatthaltern Widerstand zu leisten und ihren eigenen Willen auf[z]uzwingen in der Lage waren. Das war das heroische Zeitalter des Christentums. [D]ie Bischöfe nahmen es auf sich, diese Lazzaroni zugleich zu nähren und zu [le]hren, um sie so zugleich am Magen und Kopf zu fassen und mittels beider [z]u beherrschen. Die Mönche in Oberägypten waren nicht wie die des Mittel[a]lters scheinheilige Betbrüder, Trunkenbolde und schmutzige Nichtstuer, sondern [d]erbe und arbeitsame Bauern, die sich der Beackerung weitausgedehnter Felder [w]idmeten, deren Ernteerträge sie auf flachen, von ihnen selbst gebauten und [g]elenkten Booten den Bischöfen von Alexandria zuführten, damit sie unter die [ch]ristianisierte Plebs verteilt würden. Die Reichen wurden tüchtig zur Bei[st]euer herangezogen und gebrandschatzt; wenn sie nicht freiwillig gaben, so [z]wangen die Bischöfe und der Pöbel sie durch Drohungen und Verfolgungen [d]azu:[1] sie machten den Kirchen und Volksführern Geschenke, um sich dadurch

[1] Augustin Thierry plaudert in seiner „Geschichte des heiligen Hieronymus“ [(]S. 480 ff.) das Mittel aus, das der heilige Augustinus anwandte, um einem reichen [R]ömer aus patrizischer, zum Christentum bekehrter Familie Geld zu erpressen. Dieser, [P]inianus mit Namen, hatte sich mit seiner Frau in Begleitung des Bischofs Alypius [na]ch der nordafrikanischen Stadt Hippo begeben, um mit dem heiligen Augustinus, [de]r dort Bischof war, eine Unterredung zu haben; alsbald schmiedeten die unter dessen [bi]schöflicher Gerichtsbarkeit stehenden Priester ein Komplott, um sich der Güter des [E]hepaars zu bemächtigen. „Man stand“, gesteht A. Thierry, „fortwährend auf der [L]auer nach reichen Leuten, man lockte sie an, stellte ihnen Fallen, ja tat ihnen oft [so]gar geradezu Gewalt an; und manche Wahl zum Priestertum, die sich aus der [F]erne wie eine Eingebung des heiligen Geistes ausnahm, war oft nur eine licht[s]cheue Spekulation des Satans.“ — Mitten in der Kirche, gerade als der heilige [A]ugustinus Gottesdienst hielt, brach ein Volkskrawall aus; Pinianus und seine Frau [w]urden vom Pöbel bedroht und zu dem Eidschwur gezwungen, Hippo nicht verlassen [zu] wollen. Alypius, der sich, um nicht von den Gläubigen zerrissen zu werden, ge[fl]üchtet hatte, schrieb an seinen Freund Augustinus in der Absicht, ihm zu Gemüte [zu] führen, daß ein erzwungener Eid nicht binde; der fromme Bischof hingegen er[klä]rte vor der Mutter des Pinianus auf deren Vorwürfe, er habe seine Kirche ent[w]eihen lassen: „Wenn man ein Versprechen gegeben hat, muß man es halten; seinen [E]id brechen ist eine Todsünde, und ihn deuteln wollen, auch eine.“ Der unglück[se]lige Pinianus wurde seines Eides erst entbunden, nachdem er vollständig aus[ge]beutelt war. Wir kennen diese erbauliche Historie nur aus den Briefen des heiligen [A]ugustinus.

Sicherheit gegen die Straßentumulte und Plünderungen zu verschaffen, d
von den Schutz- und Polizeiwachen der Barbarensöldner zwar mit brutal
Gewalt unterdrückt wurden, niemals aber im voraus verhütet werden konnte
Die Bischöfe übernahmen im Notfall selbst die Leitung der Krawalle un
Plünderungen: der heilige Cyrillus, Patriarch von Alexandria, war Anstift
und Leiter jenes schrecklichen Tumultes, der die Ermordung der berühmte
heidnischen Gelehrten Hypatia, sowie den Brand und die Plünderung eine
Teiles der Stadt herbeiführte.

Furcht und politische Beweggründe waren die Triebfedern der Liebe
tätigkeit der reichen Christen und der Bischöfe des byzantinischen Reiches. D
Heiligen Cyrillus und Johannes Chrysostomus und die Patriarchen der Christe
heit waren geschickte und vor Gewalttaten keineswegs zurückschreckende Dem
gogen, die dem Pöbel den Hof machten, den Krieg der Armen gegen die Reiche
predigten und die Volkswut entflammten und lenkten, so daß die Kaiser inmitte
ihrer Barbarenleibwachen erzitterten. Freilich, als dann die Bischöfe den Kaiser
und Provinzstatthaltern ihren Willen aufgezwungen hatten, sänftigten sie ihre
Grimm gegen die Reichen und Mächtigen und legten ihre demagogischen G
pflogenheiten ab. Die Armen, die sie bis dahin nach dem Vorbild der Apost
als Auserwählte Gottes hoch erhoben hatten, verloren seitdem ihre Huld un
Gnade; sie waren nun nicht mehr die, „welche Gott erwählt hat zu Reiche
im Glauben und zu Erben seines Reiches“ (Jak., II, 5), sondern nur no
elende Subjekte, die man mit Gewaltmitteln in Respekt zu halten und dur
knickerige und demütigende Wohltätigkeitspflege um jeden Rest von Würde ur
Selbstbewußtsein zu bringen hat. Die Bischöfe stellten sich jetzt regelmäß
auf Seite der Staatsgewalt, so oft diese zur Anwendung brutaler Gewalt gri
um das niedere Volk zu zügeln und für seine Aufstände grausam zu züchtige
Das heroische Zeitalter des Christentums war zu Ende.

Die Päpste fürchteten die Volkserhebungen ganz ebenso wie die heidnische
Kaiser, deren Nachfolger sie waren, setzten deren Politik fort und befaßte
sich gleichfalls mit der Sorge um die Volksernährung — nicht aus Liebe, sonder
aus Furcht: sie behielten die annona, also die mit der Fürsorge für eine g
regelte und billige Getreidezufuhr betraute Verwaltungsbehörde, als ein kos
bares Vermächtnis des Heidentums bei. Überdies waren die Bewerber u
Papst- und Bischofswürden auch noch deshalb der christlichen Plebs zu schmeichel
genötigt, weil diese bei ihren Wahlen noch mitzusprechen hatte.[1] Die Cas
Annonaria (Getreideverwaltungskammer), die ein Hilfsmittel zur Stütze d
päpstlichen Regierung wurde, erhielt noch zu Beginn des siebzehnten Jah
hunderts durch Papst Paul VII. eine Neugestaltung, um Änderungen der Prei
für die wichtigsten Nahrungsmittel verhindern zu können, namentlich für d
Brot, das zwei Jahrhunderte lang in Rom noch für 8 bis 9 Pfennig das Pfun
verkauft wurde, während inzwischen Teuerungen und Hungersnöte in rege
mäßiger Wiederkehr die übrigen europäischen Städte verheerten. Die päpstlic

---

[1] Die Papst- und Bischofswahlen gaben Anlaß zu Krawallen und blutig
Kämpfen zwischen den rivalisierenden Parteien. Die Wahl des Papstes Damas
im vierten Jahrhundert wurde durch die Belagerung einer Kirche und die Ermo
dung von mehr als 200 Personen gekennzeichnet: die Staatsgewalt mußte vermitteln
eingreifen, um den Pöbel zu bändigen und den von ihm gewählten Papst Urb
samt den zahlreichen von diesem geweihten Priestern zu verjagen.

Getreideverwaltungskammer" wurde 1797 durch die revolutionäre Regierung ufgelöst.[1]

Die Klöster folgten dem von den Bischöfen gegebenen Beispiel getreulich ach und ergriffen jede Gelegenheit, um ihr von politischen Klugheitsrücksichten icht mehr genährtes Wohlwollen für ihre darbenden „Brüder in Christo" zu sticken; sie hörten auf, sich um die Ernährung der christlichen Armen zu immern; sie spendeten ihnen nicht mehr das tägliche Brot, sondern waren ur noch verschwenderisch-freigebig mit Gebeten. Die Mönche bearbeiteten nicht iehr das Land, um Lebensmittelvorräte zur Verteilung unter die notleidenden läubigen zu versenden; sie schafften sich zahlreiche Sklaven und Leibeigene n, um von jeder produktiven Tätigkeit entlastet zu sein und sich nunmehr usschließlich dem Bettel und der Erbschleicherei widmen zu können. Die Abtei t. Germain-des-près zu Paris war im neunten Jahrhundert Eigentümerin ngeheurer Landgüter, deren Bebauung einer Volksmenge von mehr als 000 Leibeigenen und Lehensleuten oblag: sie war aber keine Ausnahme, alle löster des mittelalterlichen Europa besaßen Ländereien von unermeßlicher usdehnung; sie nahmen, abgesehen von den grundherrschaftlichen Rechten, die e ebensogut ausübten wie die feudalen Barone, auch noch ganz wie die Bischöfe nd Pfarrer Zehnten von den Ernteerträgen vorweg. Die von den Mönchen it einer gewissen Freigebigkeit geübte Gastlichkeit und die zu bestimmten Zeiten on ihnen veranstalteten Lebensmittelverteilungen bedeuteten für sie keine große ast. Die Zehnten und Zinsen, die sie empfingen, wurden in Naturalien erattet; und da es aus Mangel an Straßen und Handelsverkehr unmöglich ar, das Getreide, die Gemüse, die Schweine, Schafe, Hühner und andere ndwirtschaftliche Erzeugnisse, aus denen sich jene Zehnten und Zinsen zummensetzten, zu verkaufen oder sonst vorteilhaft los zu werden, so verteilten e diese lieber, ehe sie sie verderben ließen, unter dem Scheine von gastlichen nterstützungen an die Reisenden und unter dem von Almosen an die Armen. Benn sie bei der Verteilung der Gemüse, des Getreides und selbst des leisches, das sie nicht verzehren konnten — so groß war ihr Überfluß! —, nige Generosität bewiesen, so knauserten sie dagegen engherzig-haushälterisch it dem Weine, den sie aufbewahren und alt werden lassen konnten. Die losterkeller erfreuten sich einer ebenso wohlverdienten wie weitverbreiteten erühmtheit. Der Wein und eine gute Tafel waren wichtige, zur Seligkeit nentbehrliche Artikel im Glaubensbekenntnis der Mönche und hohen kirchlichen Bürdenträger — derselben, die mit tiefer Überzeugung die Leidenschaften der rmen wie Teufelsspuk zu beschwören suchten und ihnen das Fasten und die rtötung des Fleisches vorpredigten.

Die Wohltätigkeit der Mönche und Bischöfe, die im Verschenken dessen beand, was sie nicht selbst verzehren, verkaufen oder aufbewahren konnten, hatte

[1] Die apostolische „Getreideverwaltungskammer" überließ das Getreide, gleichel ob es in Überfluß oder nur spärlich vorhanden war, den Bäckern zu sieben mischen Talern (29,68 Mark) für den rubbio (Malter), der 640 Pfund Gewicht it. Bis 1763 deckten sich Gewinn und Verlust in den Einnahmen der Casa Anonaria; um diese Zeit aber begann eine Steigerung des Brotpreises, die in stetig nehmendem Maße bis zum Ende des Jahrhunderts anhielt. Trotz dieser Verluste hielt das Papsttum aus Furcht vor der Unzufriedenheit des Volkes nach wie vor n gleichen Brotverkaufspreis bei; als daher 1797 die päpstliche Regierung gestürzt urde, wies die Casa Annonaria ein Defizit von fast 1200000 Mark auf.

zur Triebfeder die Furcht — nicht mehr die vor den Armen, sondern die vo
den Feudalherren und den Kriegsknechtsbanden, die das Land durchstreifte
Die Kirchen und Klöster waren, da ihnen die furchtbaren Bannflüche de
Päpste und Bischöfe gegen die ihre Güter antastenden Ungläubigen nur u
vollkommenen Schutz gewährten, oft der Plünderung ausgesetzt. Die An
führer der barbarischen Kriegsknechtsbanden und ebenso die gut katholische
Könige und Barone hielten es allzeit für ihr gutes Recht, in den Kirche
und Klosterschatz zu greifen, um sich aus Geldverlegenheiten zu ziehen.[1] Di
Bischöfe und Mönche mußten zu ihrem Schutze an den Mut und guten Wille
des Volkes appellieren und waren daher genötigt, in den Massen der Bauer
und Handwerker die Gefühle der Ehrfurcht und Liebe für ihre Güter zu pflege
und zu erhalten — dadurch nämlich, daß sie ihnen die Überzeugung beibrachte
sie hielten diese Güter nur deshalb in ihrem Besitz, um die Not der Arme
durch wohltätige Spenden erleichtern zu können.

Indes diese nur durch die Furcht hervorgerufene Wohltätigkeit began
mit dem Verschwinden ihrer eigentlichen Ursache auch selbst dahinzuschwinde
sobald die königliche Gendarmerie zahlreich genug war, um das Königtum vo
der Plage der raubenden Barone und Kriegsknechte zu befreien, und sobal
die Straßen an Zahl zunahmen und für die Entwicklung des Handelsverkehr
genügende Sicherheit boten. Nun verkauften die Kirchen und Klöster den Über
schuß der selbstgeernteten, sowie als Zehnten und Zinsen eingenommenen land
wirtschaftlichen Produkte. Die Mönche und Bischöfe wurden so in zynische
Weise zu Dieben am Gute der Armen. In Wahrheit gehörten die Land
güter und die Zehnten und Zinsen der Kirchen und Klöster, da sie aus milde
von gutmütigen Seelen zur Unterstützung der Armen gemachten Stiftunge
herrührten oder unter diesem trügerischen Vorwand erschlichen waren, nich
den Bischöfen und Mönchen, sondern der Kirche, der ecclesia, das heißt de
Gemeinde der Gläubigen. Die revolutionären Bourgeois von 1789 beriefe
sich auch auf diesen Rechtsgrund, um sich — angeblich zur Rückerstattung a
die Nation — der Kirchengüter zu bemächtigen. Die Mönche und Bischöf
verloren dadurch, daß sie mit den Ernteerträgen der Kirchen- und Klostergüte
Handel trieben und sie ihrer wohltätigen Bestimmung entzogen, die Liebe de
Volkes, die jahrhundertelang ihr Schutz gewesen war: in England und Frank
reich wurden sie während der Revolutionszeiten aus ihrem Besitz vertrieben, ohn
daß sich die Massen der Bauern und Arbeiter zu ihrer Verteidigung erhoben

Man hat der katholischen Kirche den Vorwurf gemacht, sie sei in ihre
Lehre, ihren Dogmen und in ihren Formen und Gebräuchen, die unveränderlic
von Jahrhundert auf Jahrhundert übergegangen seien, gleichsam versteinert
Sehr mit Unrecht stellt man ihr solch ein geistiges Armutszeugnis aus. Si
hat jene im Gegenteil mit raffiniert-schlauer Geschicklichkeit den verschieden

[1] Karl Martell, der Großvater Karls des Großen, des Begründers der welt
lichen Herrschaft des Papsttums, raubte und plünderte die Kirchengüter, um sie a
seine Krieger zu verteilen. Die Könige der Feudalzeit waren der Meinung, di
Reichtümer der Kirche seien nur zur Abhilfe für ihre eigenen dringenden Bedürfniss
aufgespeichert worden; sie brandschatzten die Klöster und Kirchen mit der nämliche
Ungeniertheit, mit der sie auch die Juden ausbeuteten. „Doch der Klerus", bemerk
in dieser Hinsicht Montesquieu, „erhielt soviel, daß man ihm unter den drei fran
zösischen Königsgeschlechtern zu mehreren Malen alle Güter des Königreichs gegebe
haben muß."

rtigsten örtlichen wie zeitlichen Verhältnissen anzupassen verstanden; sie hat
ie Wohltätigkeitspflege mit unterschiedlichen Verkleidungen drapiert, um sie für
ie Begründung, Entwicklung und Aufrechterhaltung ihrer Autorität und ihres
limbus nutzbar zu machen. Die Verachtung der Güter dieser Welt, dieses
runddogma der Apostel und ersten Christen, die nach den Gütern jenseits
es Grabes nur trachteten, weil sie sich der Güter dieser Welt nicht bemäch-
gen konnten, legt die Kirche sofort beiseite, als sie die Reichtümer der Erde
langen und mit den einst den Armen gehörigen Ernteerträgnissen und Zehnten
andelsgeschäfte machen kann; sie marschiert heute an der Spitze der indu-
riellen Bewegung und der kommerziellen Spekulation. Die Klöster sind indu-
rielle Unternehmungen, die sich in Frankreich speziell der Fabrikation alko-
lischer Likȫre widmen, ohne deshalb die übrigen profitreichen Industriezweige
verschmähen: die Trappisten haben sich, nachdem sie bereits ihr „Bruder,
an muß sterben“ in „Bruder, man muß destillieren“ umgewandelt hatten,
ach noch auf die Ausbeutung der Porzellanfabrikation gelegt.[1]

Auch die Frauenklöster sind in die Bewegung des Jahrhunderts eingetreten.
ie Bettelorden haben Nonnengesellschaften Platz gemacht, die sich einem
nischen und aufdringlichen Bettel ergeben; andere heilige Frauen betreiben
it kunstvollem Raffinement die schamloseste Ausbeutung der Waisenkinder,
e sie aus christlicher Barmherzigkeit aufnehmen. Ihre Barmherzigkeit bringt
nen Millionen ein.

(Schluß folgt.

Literarische Rundschau.

r. **Walter Naumann**, **Zur Wohnungsfrage im Königreich Sachsen.** Leipzig 1902,
Verlag von Jäh & Schnuke.

Wie alle bürgerlichen Sozialpolitiker, die der Wohnungsfrage ihre Aufmerksam-
it zugewendet haben, so bleibt auch Naumann, ein eifriger Anhänger der so-
nannten Bodenreformer, auf halbem Wege stehen. Er zeigt an der Hand sorg-

[1] Die Trappisten, die sich mit dem Todesgruß „Bruder, man muß sterben“ an-
den und zu ihrer Zerstreuung sich ihr Grab selbst graben, sind ebenso geriebene
eschäftsleute wie glaubenseifrige Christen. Anbei ein Pröbchen ihrer kommer-
ellen Geschicklichkeit:

Das Kloster La Grande Trappe zu Soligny kaufte 1894 von einer Witwe
rnoulin für 6200 Franken ein Stück Land im Umfang von 12 Hektar, das als „die
oße Heide von Prepotin“ bekannt war. Die Mönche, die durch die Untersuchungen
nes Ordensbruders, eines geschickten Chemikers und Geologen, wußten, daß das
esitztum reichhaltige Lager von Porzellanerde und Glasersand enthielt, brachten so-
eich nach dem Kaufe eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen
sammen, in der ihnen für die Einlage der 12 Hektar eine Summe von 800000 Franken,
16000 Aktien zu je 500 Franken, zugeschrieben wurde. Frau Arnoulin, der die
ihrem ehemaligen, um niedrigsten Preis verkauften Besitztum enthaltenen Reich-
mer unbekannt geblieben waren, forderte nun von den Trappisten einen Gewinn-
teil an diesem Mehrwert. Die frommen Spitzbuben schlugen das ab. Sie mußte
e Sache vor das Gericht in Mortagne bringen, das zu ihren Gunsten entschied,
dem es dahin erkannte, daß der Untergrund der „großen Heide“ im Zeitpunkt des
rkaufs einen bedeutenden Wert enthielt, der im Kaufpreis durchaus nicht mit in
echnung gebracht worden sei. Jedoch jene Kinder Gottes unterwarfen sich diesem
teil von Kindern der Menschen nicht; sie legten Berufung vor dem Appellations-
richt in Caen ein, das aber die Entscheidung des Mortagner Gerichtshofs bestätigte.
en Tod im Herzen, weil sie ihre Gaunerei nicht hatten durchführen können, mußten
das Grundstück nach der Schätzung eines Sachverständigen bezahlen.

fältiger Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse im Königreich Sachsen im allgemeinen und der sächsischen Großstädte im besonderen, daß auch in diesem in dustriell entwickelten Lande eine Wohnungsnot besteht, die sich im absoluten un relativen Wohnungsmangel, in verhältnismäßig hohen Mietspreisen, in häufiger Wohnungswechsel und der ungesunden Beschaffenheit vieler Wohnungen äußert. Di Ursache der Wohnungsnot erblickt Naumann in den modernen Eigentumsverhält nissen an Grund und Boden, er hält eine völlige Loslösung der Bodenrechtsordnun von der gesamten Wirtschaftsordnung und einseitige Umgestaltung derselben nac anderen Prinzipien bei der engen Wechselwirkung, in welcher das private Grund eigentum mit der ganzen wirtschaftlichen Organisation steht, kaum für möglich, ohn zugleich mit dieser Wirtschaftsordnung überhaupt zu brechen. Aber als Freund de herrschenden Wirtschaftsordnung warnt er vor einer Erschütterung ihrer Grund pfeiler und begnügt sich mit geringfügigen Reformen. Die Grundrente soll bis z einem gewissen Grade der Allgemeinheit wieder zugeführt werden, ohne daß deshal das Privateigentumsrecht am Boden aufgehoben wird. Auf diese Weise hofft Nauman der gewerbsmäßigen Bodenspekulation die Lebensfähigkeit nehmen zu können. Di Mittel, mit denen er sein Ziel erreichen will, sind die bekannten bodenreformerische

Auch bei der Erörterung der Reformbestrebungen zur Hebung der Wohnungs not, mit denen er sich im zweiten Teile seines Buches beschäftigt, wagt er nirgend die Konsequenzen zu ziehen. Mit Recht weist er auf den Widerstand hin, den durch greifende Reformbestrebungen auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge in den Kreise der Hausbesitzer finden, aber er hat nicht den Mut, die Beseitigung des Privileg der Hausbesitzer in den Gemeindevertretungen zu fordern, sondern er glaubt, da die egoistische Opposition der Hausbesitzer dadurch gebrochen werden kann, daß ma rücksichtslos diejenigen Stadtverordneten, welche sich den auf Verbesserung der Ge meindepolitik hinzielenden Maßnahmen ohne ideelle Gründe widersetzen, der Öffent lichkeit preisgibt. Vom grünen Tische mag sich ja ein solcher Vorschlag recht schö anhören, aber in der Praxis wird man damit nicht weit kommen, denn um „ideelle Gründe sind echte Hausagrarier noch niemals verlegen gewesen. So dumm sin unsere Hausbesitzer in den Gemeindevertretungen denn doch nicht, daß sie es nich verständen, ihren egoistischen Gelüsten ein altruistisches Mäntelchen umzuhängen.

Die weiteren Vorschläge Naumanns sind lediglich längst bekannte und teilweis bereits praktisch erprobte Reformen, die wohl den relativen Wohnungsmangel linder und die Beschaffenheit der Wohnungen selbst wie auch die Art ihrer Benutzun bessern, aber auf die Gestaltung der Mietspreise nur geringen Einfluß haben könne Was das Naumannsche Buch wertvoll macht, ist das reichhaltige statistische Materia das er fleißig gesammelt und übersichtlich geordnet hat. P. H

Druckfehler-Berichtigung.

Der in der vorigen Nummer enthaltene Schlußartikel „Die Hegelsche und die Rosenkranzische Logik un die Grundlage der Hegelschen Geschichtsphilosophie im Hegelschen System“, von Ferdinand Lassalle, ist durch ei bedauerliches Versehen unkorrigiert gedruckt worden. Wir bitten unsere Leser, das Versehen zu entschuldige und die nachstehend verzeichneten Druckfehler zu berichtigen. Es soll heißen:

Seite 86, erste Zeile von oben: statt in einen Begriff — in jene Begriffe.
Seite 88, zwanzigste Zeile von oben: statt Einsicht — Einsichten;
— achte Zeile von unten: statt ladifundia perdidere Italiane — latifundia perdidere Italiam
— vorletzte Zeile von unten: statt unabhänigen — unabhängigen;
— in der letzten Zeile von unten: statt in diese — in dieser.
Seite 89, zwanzigste Zeile von oben: statt Weniger — Wenigere;
— siebenundzwanzigste Zeile von oben: statt ausschließende — ausschließenden.
Seite 90, elfte Zeile von unten: statt heiligste — härteste;
— neunte Zeile von unten: statt Totalität — der Totalität.
Seite 93, vierundzwanzigste Zeile von oben: statt fügen — setzen;
— vorletzte Zeile von unten: statt Indendität — Identität.
Seite 94, vierundzwanzigste Zeile von oben: statt bei Descartes — bei Descartes äußert;
— achtzehnte Zeile von unten: statt Neo-Kantismus — Neo-Kantianismus;
— vierte Zeile von unten: statt bestimmt — leugnet.
Seite 96, letzte Zeile: statt herrlich-rundlichen Bau — herrlich-unendlichen Bau.

Die Buchdruckerei

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 5 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

John Locke.

☍ Berlin, 26. Oktober 1904.

Es gibt viele Geschichten der Philosophie, gelehrte und ungelehrte, gescheite
ınd törichte, interessante und langweilige, aber es fehlt noch immer die Ge-
chichte der Philosophie. Um sie zu schreiben, ist in erster Reihe notwendig, die
Philosophie vom Kopfe, auf dem sie in all ihren bisherigen historischen Dar-
tellungen steht, auf die Füße zu stellen. Mit anderen Worten: man darf nicht
ı den Hirnwebereien der philosophischen Systeme den Schwerpunkt der Philo-
ophie suchen, sondern man muß von dem Standpunkt ausgehen, den F. A. Lange
inmal — freilich ohne daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen —
ıit den Worten andeutet: „Es gibt keine sich aus sich selbst, sei es in Gegen-
ätzen, sei es in direkter Linie, fortentwickelnde Philosophie, sondern es gibt
ur philosophierende Männer, welche mitsamt ihren Lehren Kinder ihrer
eit sind.“

Oder mit noch anderen Worten: die Philosophie ist eine ideologische Begleit-
scheinung der Klassenkämpfe, eine der ideologischen Formen, in denen die
Tenschen sich dieser Kämpfe bewußt werden und sie ausfechten. Es hat keine
hilosophie gegeben, solange es keine Klassengegensätze gab, und sobald die
lassengegensätze beseitigt sein werden, wird es keine Philosophie im historischen
inne dieses Wortes mehr geben. Erst aus der Geschichte der Klassenkämpfe
llt das scheidende und sondernde Licht in die scheinbar unübersehbare Wirrnis
r philosophischen Systeme, und man findet dann — was Schopenhauer ein-
al andeutet, auch er, ohne daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen —,
ıß die wenigen Fundamentalsätze aller Philosophie in unzähligen Variationen
ımer wiederkehren und daß auch die bedeutendsten Werke der bedeutendsten
hilosophen von ewigen Wiederholungen wimmeln. Alles das ist für den
odernen Menschen, der mitten in Klassenkämpfen steht, die längst ihre ideo-
gischen Schleier abgeworfen haben, mehr oder weniger ungenießbar, aber
ıter dem Gesichtspunkt betrachtet, unter dem die philosophischen Systeme je

für ihre Zeit Gestalt und Leben gewonnen haben, ließe sich die Geschichte d Philosophie als ein bedeutsames und lehrreiches Stück der menschheitliche Geschichte schreiben.

Nur für die Anfänge der Philosophie, die griechische Naturphilosophie, ve sagt dieser Maßstab insofern, als sie uns nur in sehr trümmerhaften Bruc stücken überliefert und wir gar zu wenig von den Zeitumständen wissen, unt denen sie entstanden ist. Aus diesem nicht innerlichen, sondern rein äußerliche Grunde vermögen wir die erste Form der griechischen Philosophie nur in de allgemeinsten Umrissen als eine Widerspiegelung gleichzeitiger Klassenkämp zu erkennen. Aber gleich in der zweiten Periode tritt der Idealismus de „göttlichen Platon", dessen Wirkungen sich bis in unsere Zeit erstrecken, a die ideologische Begleiterscheinung der grausamsten und rohesten Klassenherrscha auf, die es in der damaligen griechischen Welt gegeben hat. Nichts törichte als das Geflenne, das sich von einem philosophischen Lehrbuch ins andere üb den „Märtyrertod" des Sokrates schleppt, über den „Justizmord", den d törichte Menge an dem großen Weisen begangen haben soll. Sokrates i gerichtet worden als der Wortführer einer Klasse, die durch eine Unsumme vo bluttriefender Grausamkeit, Tücke und Verrat, wobei gerade Lieblingsschül des Sokrates, wie Alkibiades und Kritias, in erster Reihe standen, die Sta Athen in ihrer Kraft gebrochen und in einen tiefen Abgrund des Elends gestür hatte. Statt die Würde eines „Märtyrers" zu zeigen, hat Sokrates sei Richter vielmehr — wenn anders seinem Schüler Platon zu glauben ist - noch durch frivole Herausforderungen gereizt, und Justizmord hin, Justizmo her — wenn es in der Geschichte der Klassenkämpfe keinen schlimmeren Justi mord gäbe, als die Hinrichtung des Sokrates, so sähe sie in diesem Punk beinahe noch wie ein harmloses Idyll aus.

In der Geschichte der neueren Philosophie können gar so tolle Verschiebung des historischen Sachverhalts nicht mehr vorkommen. Der Zusammenha zwischen den ökonomisch-politischen Klassenkämpfen einer Zeit und ihrer jeweilig Philosophie tritt hier so klar hervor, daß es sich auch dem blödesten Au aufdrängt. Aber in den herkömmlichen Geschichtsbüchern über Philosophie wi das, was neuere Philosophen über Ökonomie und Politik zu sagen gehabt habe regelmäßig in den Hintergrund gedrängt gegen ihre allgemeine Hirnwebe in irgend welchen Ismen, die nicht die Ursache, sondern vielmehr die Fol ihrer praktischen Stellung zu den praktischen Fragen ihrer Zeit ist. So wi John Locke, dessen zweihundertster Todestag übermorgen wiederkehrt, als Phil soph des Sensualismus einregistriert, und eben in diesen Sensualismus d Schwerpunkt seiner historischen Stellung gelegt, womit an und für sich g nichts gesagt ist. Denn die Annahme, daß unsere gesamten Vorstellungen u sprünglich auf sinnlicher Wahrnehmung, auf den Affektionen der Sinne beruh bringt die historische Entwicklung nicht um einen Flohsprung vorwärts, währe John Locke tatsächlich einen großen Einfluß namentlich auf das 18. Jahrhunde gehabt hat.

Er war der klassische Typ des englischen Bourgeois um die Wende des 1 zum 18. Jahrhundert. Das Lebenswerk, das er vollbracht hat, bestand in d

Rechtfertigung und Verteidigung des Kompromisses, womit die englische Bourgeoisie die englische Revolution des 17. Jahrhunderts abschloß, indem sie gemeinsam mit dem Adel ein Schattenkönigtum schuf, aber alle politische Macht in das Parlament verlegte. Ökonomisch gehörte Locke zu den Vorläufern des physiokratischen Systems, über das Marx schreibt: „Es ist in der Tat das erste System, das die kapitalistische Produktionsweise analysiert und die Bedingungen, innerhalb deren Kapital produziert wird, als ewige Naturgesetze der Produktion darstellt. Andererseits erscheint es vielmehr als eine bürgerliche Reproduktion des Feudalsystems, der Herrschaft des Grundeigentums; und die industriellen Sphären, innerhalb deren das Kapital sich zuerst selbständig entwickelt, erscheinen vielmehr als ‚unproduktive' Arbeitszweige, bloße Anhängsel der Agrikultur. Die erste Bedingung der Kapitalentwicklung ist die Trennung des Grundeigentums von der Arbeit, das Gegenübertreten der Erde, dieser Urbedingung der Arbeit, als selbständige, in der Hand einer besondern Klasse befindliche Macht gegenüber dem freien Arbeiter. In dieser Darstellung erscheint daher der Grundeigentümer als der eigentliche Kapitalist, das heißt als der Aneigner der Mehrarbeit. Der Feudalismus wird so sub specie der bürgerlichen Produktion reproduziert und erklärt; die Agrikultur erscheint als der Produktionszweig, worin sich die kapitalistische Produktion — das heißt die Produktion des Mehrwerts — ausschließlich darstellt. Indem so der Feudalismus verbürgerlicht wird, erhält die bürgerliche Gesellschaft einen feudalen Schein." [1]

Das physiokratische System entfaltete seine eigentliche Blüte in Frankreich, in einem vorherrschend ackerbauenden Lande, nicht in England, einem vorherrschend industriellen, kommerziellen, seefahrenden Lande. Bei dem Ökonomen Locke zeigt sich vielmehr ein polemisches Interesse gegen das Grundeigentum, dessen Rente sich durchaus nicht von dem Wucher unterscheide. Aber wie Locke zwei Menschenalter hindurch als Arzt, Erzieher und Sekretär im Hause des Lords Shaftesbury lebte, so war er der Interpret der „glorreichen Revolution" von 1688, von der man wohl sagen kann, daß sie den Feudalismus verbürgerlichte, aber der bürgerlichen Gesellschaft einen feudalen Schein gab. Gewiß hat Locke für die politische und religiöse Freiheit gekämpft, jedoch wie matt und nüchtern erscheint dieser Kampf neben den flammenden Schriften, die Milton gegen das patriarchalische Königtum von Gottes Gnaden gerichtet hatte. In anderem Sinne, als es ursprünglich gemeint war, aber deshalb nicht minder schlagend erfüllte sich Miltons Wort, die Briten seien unversehrt durch das Feuer gegangen, um dann am Qualm zu sterben. In der Tat verqualmte das republikanische Feuer im Konstitutionalismus, als dessen Vater oder richtiger als dessen literarischer Taufpate sich Locke den lautesten Ruhm erworben hat.

Er hat diesen Konstitutionalismus einfach dem Kompromiß abgeschrieben, das die englische Revolution geschlossen hatte. Seine berühmte „Trennung der Gewalten", wonach die regierende, die gesetzgebende und die richterliche Gewalt

[1] Diese glänzende Schilderung, die Marx von dem physiokratischen System entwirft, ist seiner Nachlaßschrift über die „Theorien des Mehrwerts" entnommen, die Kautsky demnächst herausgeben wird.

streng voneinander geschieden werden und sich gegenseitig im Gleichgewicht halten sollten, hieß weiter nichts, als daß dem König jede Gewalt über Gesetzgebung und Rechtsprechung genommen und regierende, gesetzgebende und richterliche Gewalt der herrschenden Aristokratie und Bourgeoisie übertragen werden sollten. Es gibt wenig gleich einleuchtende Beweise für die verblendende Macht der Phrase, als daß ein paar Jahrhunderte lang die englische Verfassung als Muster für die „Trennung der Gewalten" gegolten hat, während jedes Kind weiß oder doch wissen sollte, daß in England regierende und gesetzgebende Gewalt eben *nicht* getrennt ist, daß der Vertrauensmann der Parlamentsmehrheit unweigerlich leitender Minister wird. Lockes konstitutionelles Rezept, angewandt auf Monarchien, deren reale Macht noch nicht gebrochen war, hat denn auch regelmäßig die schmerzlichsten oder auch die lächerlichsten Enttäuschungen hervorgerufen, wovon namentlich die deutschen Revolutionsjahre zu erzählen wissen.

Dem Konstitutionalismus Lockes entsprach die Halbheit seiner bürgerlichen Toleranz. Sicherlich war sie etwas anderes, als die sogenannte Toleranz des aufgeklärten Despotismus, wie sie etwa von dem alten Fritz geübt wurde, aber sie erstreckte sich doch nicht auf — Atheisten. Hier war der sterbliche Punkt der bürgerlichen Aufklärung, wie sie Locke und sein größerer Schüler Voltaire vertreten, mit einzelnen glänzenden Ausnahmen, wie Pierre Bayle. Gegen ihn sagte Voltaire, man möge ihm nur vier- oder fünfhundert Bauern zu regieren geben, und Bayle würde alsbald die Lehre von der göttlichen Vergeltung predigen lassen. Es ist derselbe Pferdefuß, der dann auch in Kants Philosophie wieder erschien, die erst die radikale Unmöglichkeit Gottes demonstrierte und dann das Dasein Gottes als die notwendige Voraussetzung alles sittlichen Handelns bewies. Das „vernunftmäßige Christentum" Lockes war nichts anderes, als das dem Herrschaftsbedürfnis der „glorreichen Revolution" angepaßte Christentum.

Alle harten Ecken und Kanten der rauhen Wirklichkeit glättete Locke nun durch seinen Sensualismus. Der Satz selbst, daß im Geiste nichts sein könne, was nicht vorher in den Sinnen gewesen sei, war durchaus nicht neu, war schon im Aristoteles zu finden. Was Locke daraus machte, war einfach dies: daß der Mensch nur durch die Erfahrung klug werde, daß er sich also hüten solle, mit dem Kopfe durch die Wand zu rennen, daß alle Begeisterung und Schwärmerei von Übel sei, daß nichts über den gesunden Menschenverstand des guten Bürgers gehe.

So stellt sich Lockes Weltanschauung als höchst prosaisch, als ganz starr und steril dar. Allerdings hat man auch „sozialistische" Anklänge in seinen Schriften nachweisen wollen, weil er gewisse Schranken des Privateigentums anerkannte, weil er die Naturdinge für gemeinschaftliches Eigentum erklärte und das individuelle Eigentum nur insoweit verteidigte, als es der einzelne Mensch durch seine Arbeit verwerten könne, weil er das Eigentum an einem größeren Umfang der Produktionsmittel, als dem eben angedeuteten, im Widerspruch mit der naturrechtlichen Basis des Eigentums oder des Rechtes am Privateigentum fand. Allein das waren keine *ökonomischen* Forderungen

der sozialistischen an die kapitalistische, es waren Rechtsansprüche der bürgerlichen an die feudale Gesellschaft; es waren die Illusionen des Naturrechtes, das mit den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise Hand in Hand ging und in dem Maße zerstob, worin sich ihre holden Geheimnisse entschleierten. Von nichts war Lockes harter und trockener Geist weiter entfernt, als von kommunistischen und sozialistischen Schwärmereien, wie sie zu seiner Zeit überhaupt erst möglich waren.

Aber eben in dieser Beschränkung war er doch wieder ein Meister der bürgerlichen Aufklärung, der auf ungleich reichere und vielseitigere Geister, wie Montesquieu, Voltaire, Diderot und überhaupt die französische Geistesbewegung des 18. Jahrhunderts den stärksten Einfluß gehabt hat. Das dürfen wir um so eher anerkennen, je glücklicher wir sind, ganz und gar aus seinem Gedankenkreise hinausgewachsen zu sein.

Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen.

Von **Otto Bauer** (Wien).

I.

Die lebhaftere Diskussion des Krisenproblems in den letzten Jahren sichert dem Versuch einer Darstellung der Marxschen Krisentheorie einiges Interesse. Es kann sich hier aber um keine bloße Wiedergabe, es muß sich vielmehr um eine Rekonstruktion dieser Lehre handeln; denn gerade die Krisentheorie leidet schwer darunter, daß es Marx nicht vergönnt war, sein Lebenswerk selbst zu vollenden. Wohl findet sich der Nachweis der **Möglichkeit** allgemeiner Absatzkrisen auf der Stufe der einfachen Warenproduktion, ferner der **Unvermeidlichkeit** allgemeiner Krisen bei kapitalistischer Reproduktion auf einfacher Stufenleiter bei Marx in vollendeter, schwer zu übertreffender Gestalt; aber für die Begründung der **Periodizität** der Wirtschaftskrisen bei kapitalistischer Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter liegen doch nur die Bausteine auf dem großen Arbeitsfeld bereit. Ob es mir gelungen ist, aus diesem Material ein Gebäude aufzubauen, das den stolzen Namen des Meisters tragen darf, mag der Leser entscheiden.[1]

* * *

„Da man Produkte mit Produkten kauft, so wird jede Ware desto mehr Käufer finden, je zahlreicher die anderen Waren sind. ... Der erste Schluß, den man aus dieser wichtigen Erkenntnis ziehen kann, ist, daß in jedem Staate die Waren desto leichter und in desto größerem Umfang Absatz finden werden, je zahlreicher die Produzenten und je vielfältiger die Produktionszweige sind. An den Orten, wo viel produziert wird, wird die Substanz geschaffen, mit der

[1] Die bisherigen Darstellungen der Marxschen Krisentheorie dienen, soweit sie von Marxisten geschrieben sind, entweder der **Popularisierung** der Lehre oder der **Abwehr** gegnerischer Angriffe. v. **Bergmann** steht Marx zu fern, als daß er in seiner „Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien", Stuttgart 1895, mehr hätte leisten können als die richtige Wiedergabe einiger Stellen des „Kapital", die das Krisenproblem behandeln. **Tugan-Baranowsky** hat sich in seinem verdienstvollen Werke „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen", Jena 1901, das volle Verständnis für Marx durch seine Ablehnung der Mehrwerttheorie unmöglich gemacht.

allein man kauft: der Wert. Das Geld versieht in dem doppelten Austausch nur einen vorübergehenden Dienst. Nachdem jeder verkauft hat, was er produziert, und gekauft hat, was er konsumieren will, zeigt es sich, daß man immer Produkte mit Produkten bezahlt hat. Sie sehen, meine Herren, daß jeder an der Wohlfahrt aller interessiert ist und daß durch die Prosperität eines Gewerbszweigs die Prosperität aller anderen Produktionszweige gefördert wird.“ So verkündet Jean Baptiste Say seine berühmte „Théorie des débouchés“, die Lehre von der prästabilierten Harmonie der Interessen in der Gesellschaft der freien Konkurrenz, von dem metaphysischen Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Wohl kann es, so hören wir, eine partielle Überproduktion, ein zu großes Angebot in Waren irgendeiner Art geben, aber unmöglich ist die allgemeine Überproduktion, der general glut; denn es gibt kein sichereres Mittel gegen die Überproduktion in einem Gewerbszweig, als die Steigerung der Produktion in allen anderen Gewerbszweigen. Gegen diese Lehre wandte sich zuerst die Marxsche Kritik, um die Möglichkeit allgemeiner Absatzkrisen auf der Stufe der einfachen Warenproduktion zu beweisen.

Wo steckt der Fehler in Says Argumentierung? Er liegt in dem harmlos klingenden Satze: „L'argent ne remplit qu'un office passager dans ce double échange.“ „Das Geld leistet bei diesem doppelten Tausche nur einen vorübergehenden Dienst.“ Indessen, Geld ist, wie schon Kolumbus wußte, ein „wunderbares Ding“. Sein Gebrauchswert ist, ausgetauscht zu werden, wenigstens ausgetauscht werden zu können. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles, weil Gold sich immer wieder in alles verwandeln kann. Im Gelde ist der gesellschaftliche Charakter der Arbeit des Warenproduzenten zum Ding geworden, und ein Ding kann man unter anderem auch — in einen Kasten sperren. Den Geizhals hat der leichtsinnige Franzose vergessen, ihm leistet das Geld durchaus keinen „vorübergehenden Dienst“. Indem er das Gold in den Kasten sperrt, verselbständigt er den ersten Abschnitt des Kreislaufs Ware-Geld-Ware, er verkauft, ohne zu kaufen.

100 Schuster bringen um 100 Taler Schuhe auf den Markt; sie wollen sie verkaufen und um den Erlös von den Schneidern Kleider kaufen. 100 Schneider bringen um 100 Taler Kleider auf den Markt; kaum haben sie das Geld in der Hand, kaufen sie damit Schuhe. Hier herrscht Gleichgewicht zwischen Bedarf und Deckung. Aber in unsere ehrsamen Schuhmachermeister fährt ein böser Geist. Sie wollen nicht mehr um nichtigen Tand ihren ganzen Erwerb hingeben; von 100 Talern, die sie lösen, legen sie 20 zurück, um damit vielleicht einmal ein armes Christenkind aus der Sklaverei loskaufen zu können. Die Schneider haben keine ungestörte Freude an dem frommen Entschluß der Jünger des heiligen Krispinus; bleibt ihnen doch ein Fünftel ihrer Kleider als unverkäufliche Ladenhüter liegen. Dies schmälert ihr Einkommen und auch sie können nicht mehr soviel Schuhe kaufen als früher, auch in den Schuhmacherläden entstehen Vorräte unabsetzbarer Waren — Überproduktion hier wie dort, general glut in unserer Schuster- und Schneiderstadt. Und käme nun der kluge Ökonom zu einem Schuhmachermeister und würde ihm raten, den frommen Entschluß wieder aufzugeben, die Christensklaven ihrem Schicksal zu überlassen und durch Einkauf einiger Paare Beinkleider das gestörte Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot wieder herzustellen, so würde ihm der ehrsame Hausvater den vollen Laden zeigen und sagen, in so schlechten Zeiten sei Sparsamkeit doppelt nötig.

Woher stammt die Überproduktion in unserem Falle? Sie ist eine Folge des „Sparens", der „Abstinenz", der **Unterkonsumtion** der frommen Schuhmachermeister. Warenproduktion ist gesellschaftliche Produktion; die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes geschieht durch die Wirksamkeit des Wertgesetzes. Der gesellschaftliche Charakter seiner Arbeit erscheint dem einzelnen Warenproduzenten in der Tatsache, daß er sein Produkt verkaufen, in Geld verwandeln kann. Dies gibt ihm aber die Möglichkeit, seinen Anspruch auf eine Quote des gesellschaftlichen Gesamtproduktes geltend zu machen, wann es ihm beliebt. Wenn er das Geld in den Kasten sperrt, so besteht dieser Anspruch gleichsam potentiell; es steht in seinem Belieben, wann er die aufgespeicherte eigene Arbeit gegen lebendige fremde Arbeit austauschen will. Daher die Möglichkeit allgemeiner Überproduktion; das **zeitliche Auseinanderfallen der Leistung eigener Arbeit und des Anspruchs auf das Äquivalent in Produktion fremder Arbeit** ermöglicht die Absatzkrisen auf der Stufe der einfachen Warenproduktion; diese Möglichkeit entspringt aus der Tatsache, daß der gesellschaftliche Charakter der Arbeit des Warenproduzenten ihnen in der Gestalt eines Dinges, des Geldes, erscheint.

„Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat. Die Zirkulation sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken des Produktenaustausches eben dadurch, daß sie die hier vorhandene unmittelbare Identität zwischen dem Austausch des eigenen und dem Eintausch des fremden Arbeitsproduktes in den Gegensatz von Verkauf und Kauf spaltet. Daß die selbständig einander gegenüberstehenden Prozesse eine innere Einheit bilden, heißt ebensosehr, daß ihre innere Einheit sich in äußeren Gegensätzen bewegt. Geht die äußerliche Verselbständigung der innerlich unselbständigen, weil einander ergänzenden, bis zu einem gewissen Punkte fort, so macht sich die Einheit gewaltsam geltend durch eine — Krise. Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muß, von besonderer konkreter Arbeit, die zugleich als nur abstrakt allgemeine Arbeit gilt — dieser immanente Widerspruch erhält in den Gegensätzen der Warenatmosphäre seine entwickelten Bewegungsformen. Diese Formen schließen daher die Möglichkeit, aber auch nur die Möglichkeit der Krisen ein."[1] „Geldzirkulation kann stattfinden ohne Krisen, aber Krisen können nicht stattfinden ohne Geldzirkulation."[2] Allgemeine Absatzkrisen sind auf der Stufe der einfachen Warenproduktion möglich; zur unentrinnbaren Notwendigkeit werden sie erst bei kapitalistischer Warenproduktion.

Der fromme Entschluß, Christensklaven loskaufen zu wollen, ist ein Zufall — ihn gibt der Herr den Frommen im Schlafe. Der kapitalistischen Produktion aber ist die Notwendigkeit vorübergehender Geldakkumulation, zeitlichen Auseinanderfallens von Verkauf und Kauf und damit gewaltiger ruckweiser Bedarfsverschiebungen immanent, unabhängig von allen frommen Einfällen. Diese Notwendigkeit beruht auf der Art der **Zirkulation des fixen Kapitals**. Allmählich geht der Wert des fixen Kapitals auf das Produkt über; der Teil des fixen Kapitals, der im Arbeitsmittel verkörpert ist, nimmt ständig ab, der Teil, der aus dem Zirkulationsprozeß des Produktes in Geldform zu dem Kapitalisten zurückgeflossen ist, nimmt ständig zu. Schließlich ist das ganze fixe

[1] Marx, „Das Kapital", I, 4. Aufl., S. 77 ff.
[2] Marx, „Kritik der politischen Ökonomie", S. 86.

Kapital wieder zu Geld geworden, der Kapitalist wirft die wertlos gewordene Maschine zum alten Eisen und kauft sich eine neue. Wohl kann es geschehen, daß der größere Bedarf an Webstühlen in einem Jahre etwa durch geringeren Bedarf an Spinnmaschinen ausgeglichen wird; geschieht dies aber, so ist das bei kapitalistischer Produktion ein bloßer Zufall, sie hat ja kein Organ, das durch zweckmäßige Verteilung der Erneuerung der Arbeitsmittel auf verschiedene Jahre ruckweise Bedarfsveränderungen verhindern könnte. Gesetzt, es sei in den letzten Jahren ein großer Teil des fixen Kapitals der Gesellschaft erneuert worden; in unseren Tagen sinkt dann notwendig der Bedarf an Arbeitsmitteln, die Produktionsmittelindustrien müssen ihre Erzeugung einschränken, es sinken Profite und Löhne in den Produktionsmittelindustrien, damit verringert sich auch der Absatz der Konsumtionsgütergewerbe — wir haben sinkende Preise, Profite, Löhne, steigende Arbeitslosigkeit in der ganzen Industrie. Gleichzeitig aber sammelt sich in den Kassen der Kapitalisten unbeschäftigtes Geldkapital an, das nichts anderes ist als verwandelte Gestalt der sich allmählich verschleißenden Produktionsmittel; sind diese Schätze dereinst groß genug geworden, dann wird das Geld wieder zur Maschine werden und ein neuer „Aufschwung“ wird damit beginnen. So hat der Wechsel der Konjunktur — bald „Unterkonsumtion“, brachliegendes Geldkapital, Depression, bald wieder fieberhaftes Hasten, um den ungeheuer gewachsenen Bedarf überhaupt befriedigen zu können — seine Ursache in der Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel, in der Tatsache, daß sie Geld gewesen sind und wieder zu Gelde werden müssen. Prosperität und Krise könnten aufeinander folgen, wenn auch nur die Arbeitsmittel erneuert würden ohne eigentliche Akkumulation, ohne Verwandlung von Mehrwert in Kapital. Aber freilich wäre es dann bloßer Zufall, wenn in einem Jahre in zahlreichen wichtigen Produktionszweigen ein besonders großer oder ein besonders geringer Teil des fixen Kapitals erneuert werden müßte; als notwendig wird dieses Zusammenfallen erst begriffen, wenn der gesellschaftliche Bedarf nicht mehr bloß vom Verschleiß der Arbeitsmittel, sondern auch von dem Maße der produktiven Anlage akkumulierten Mehrwertes bestimmt wird. Bei kapitalistischer Produktion auf einfacher Stufenleiter wären zeitweilige allgemeine Krisen unvermeidlich; kapitalistische Produktion auf erweiterter Stufenleiter erzeugt den industriellen Zyklus, gesetzmäßige Aufeinanderfolge von Prosperität und Depression.[1]

Wir unterstellen im folgenden eine rein kapitalistische Wirtschaft, das heißt eine Gesellschaft, die nur aus Kapitalisten und Proletariern besteht; wir abstrahieren ferner zunächst vom Kreditsystem.

Beobachten wir nun zunächst eine solche Gesellschaft in der Periode der Prosperität! „Zufällig“ habe sich in mehreren wichtigen Produktionszweigen in einem Jahre die Notwendigkeit der Erneuerung eines großen Teiles des fixen Kapitals ergeben; die Folge sei ein allgemeiner „Aufschwung“. Was bedeutet dies nun?

Die erste Folge des günstigen Geschäftsganges ist eine wesentliche Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals. Die Umschlagszeit des Kapitals

[1] Im zweiten Bande des „Kapital“ findet sich eine eingehende Analyse der komplizierten Abhängigkeitsverhältnisse der Produktionszweige bei kapitalistischer Reproduktion auf einfacher Stufenleiter; wir können auf die Wiedergabe dieser Untersuchungen verzichten, da wir nach Analogie dieser Analyse die Gleichgewichtsbedingungen der kapitalistischen Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter untersuchen werden.

umfaßt seine Produktionszeit und seine Umlaufszeit. Die Produktionszeit ihrerseits umfaßt zwei Perioden: 1. die Periode des Produktionsprozesses und 2. die Zeit, in der sich das Kapital in der Produktionssphäre befindet, ohne jedoch im Produktionsprozeß tätig zu sein, also die Pausen des Produktionsprozesses, ferner die Zeit, in denen die Produktionsmittel, Roh- und Hilfsstoffe als Bedingungen des Produktionsprozesses bereitliegen, ohne in den Produktionsprozeß selbst eingegangen zu sein (Vorräte an Baumwolle, Kohle und dergleichen). Die Periode des Produktionsprozesses schließt wiederum die des Arbeitsprozesses, die Arbeitszeit, ein; man denke etwa an die Differenz zwischen der Produktionszeit und Arbeitszeit in der Landwirtschaft, der Gerberei und dergleichen. Die Umlaufszeit des Kapitals zerfällt in die Verkaufszeit, die Zeit, die erforderlich ist, um das Produkt gegen Geld umzusetzen, und die Einkaufszeit bis zur Wiederverwandlung des Geldes in Ware, Produktionsmittel und Arbeitskräfte. In Zeiten günstigen Geschäftsganges verkürzt sich nun die Umlaufszeit, ferner jener Teil der Produktionszeit, in der sich das Kapital in der Produktionssphäre, aber nicht im Produktionsprozeß befindet; dem Versuch einer Verkleinerung der Differenz zwischen der Dauer des Produktions- und des Arbeitsprozesses setzen dagegen die technischen Bedingungen der Produktion meist enge Schranken. All das bedeutet nun erstens Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals, zweitens Verschiebung nach der Richtung, daß die Arbeitszeit einen größeren Teil der gesamten Umschlagszeit bildet als früher. Verkürzung der Umschlagszeit bedeutet, daß dasselbe Kapital öfter umschlägt, daß es mehr Arme bewegt, daher mehr Werte und bei gleichbleibender Mehrwertrate eine größere Masse des Mehrwertes produziert als früher: also Steigen der Profitrate. Was bedeutet aber jene Veränderung in der Zusammensetzung der Umschlagszeit, die wir konstatiert haben? Profit zeugt das Kapital dem einzelnen Kapitalisten während der ganzen gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeit, Mehrwert für die Kapitalistenklasse aber wird nur während der Arbeitszeit geschaffen; je größer der Anteil der Arbeitszeit an der Umschlagszeit, desto größer ist der gesellschaftliche Gesamtmehrwert, desto größer daher auch der Anteil des einzelnen Kapitalisten an jenem. Daher wirkt die Veränderung des Aufbaus der Umschlagszeit nach derselben Richtung wie ihre Verkürzung: sie bewirkt das Steigen der Profitrate.

Wenn — nach unserer Annahme durch gleichzeitige Erneuerung eines großen Teiles des fixen Kapitals in mehreren Produktionszweigen — der gesellschaftliche Bedarf gestiegen ist, so wird aber die Produktion nicht nur durch Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals ausgedehnt werden, sondern auch durch produktive Anlage neuer Kapitalien. Es werden ja bei kapitalistischer Produktion stets Teile des Mehrwertes akkumuliert, ohne jedoch zunächst in produktives Kapital verwandelt zu werden; Marx nennt sie „latentes" Geldkapital, auch potentielles oder virtuelles Geldkapital; vielleicht können wir sie besser mit einem Ausdruck Schäffles als totgelegtes Kapital bezeichnen. Der gesteigerte Bedarf an Arbeitsmitteln zur Erneuerung des fixen Kapitals, der sich im Steigen der Preise äußert, das Steigen der Profitrate bewirken nun massenhafte produktive Anlage des bisher totgelegten Kapitals. Da aber nur das angelegte, nicht das totgelegte Kapital Mehrwert aufsaugt, so verändert sich mit dem Verhältnis zwischen dem angelegten und totgelegten Kapital auch das Verhältnis des gesellschaftlichen Mehrwertes zum gesellschaftlichen Gesamtkapital; es wächst der auf jeden Teil des Gesamtkapitals entfallende Mehrwert.

Das Steigen der Profitrate infolge der Beschleunigung des Umschlags des Kapitals und infolge der Verringerung des Anteils des unproduktiv akkumulierten am Gesamtkapital hat seine Ursache darin, daß dasselbe Kapital jetzt mehr Hände beschäftigt, daher auch mehr Mehrwert an sich zieht als früher. Aber die produktive Anlage der bis nun totliegenden Kapitalien bringt überdies die merkwürdige Erscheinung hervor, daß in der ganzen Gesellschaft eine Zeitlang die Preise noch schneller wachsen als die Werte, die Profite schneller zunehmen als der gesellschaftliche Mehrwert. Denn die neu anzulegenden Kapitalien treten zunächst als Käufer von Produktionsmitteln und Arbeitskräften auf dem Markte auf; der gewaltigen neuen Nachfrage steht aber, ehe die neuen Betriebe ihre Produkte auf den Markt bringen können, ein unverändertes oder doch langsamer wachsendes Angebot von Waren gegenüber. Wir scheinen es hier mit einem Phänomen zu tun zu haben, das dem Wertgesetz widerspricht. Auch wenn nicht ein Arbeiter mehr beschäftigt würde — ja, dann erst recht! — würde die Summe der Warenpreise steigen; auch wenn nicht um eine Stunde Mehrarbeit mehr geleistet würde, würde die Summe der Profite wachsen. Wie ist das möglich?

Die Kapitalien, die jetzt in die Produktionssphäre wandern, waren während der vorausgegangenen Periode totgelegt worden. Wir kennen bereits aus der Analyse der einfachen Warenproduktion die Wirkungen der unproduktiven Akkumulation. Mit jeden 1000 Mark, die, statt gegen Waren ausgetauscht zu werden, in den Kassen eines Warenproduzenten liegen bleiben, wird einem anderen Warenproduzenten die Möglichkeit der Realisierung eines Teiles des von ihm geschaffenen Wertes genommen. Infolge der überwiegenden Totlegung des akkumulierten Mehrwertes waren daher in der unserer Prosperität vorausgegangenen Periode die Preise gesunken, auch wenn nicht weniger Arbeit und — bei gleichbleibenden Kosten — die Profite gesunken, auch wenn nicht weniger Mehrarbeit geleistet wurde. Ein Teil der erzeugten Werte konnte in der Periode überwiegender Totlegung nicht realisiert werden, aber er bestand doch potentia und muß sofort in Erscheinung treten, sobald die damals totgelegten Kapitalien in produktives Kapital verwandelt werden. Sobald dies geschieht, steigen nun die Preise schneller als die Werte und die Profite schneller als die Masse des Mehrwertes. Der Überschuß entstammt jener Arbeit, die in der vorausgegangenen Periode geleistet wurde, aber das Äquivalent in Produkten fremder Arbeit damals nicht empfangen konnte.

Das Steigen der Preise und Profite während der Prosperität entstammt also einer doppelten Ursache: einerseits dem Umstand, daß es durch Verkürzung der Umschlagszeit und durch Änderung des Verhältnisses des totgelegten zum angelegten Kapital gelingt, dasselbe Kapital mehr Hände bewegen, mehr Mehrarbeit an sich ziehen zu lassen, andererseits aber der Tatsache, daß bei der produktiven Anlage des bisher totliegenden Kapitals das Wertgesetz sich durchsetzt, indem den jetzt geschaffenen Werten das zuwächst, was während der vorausgegangenen Periode der Totlegung verloren gegangen war.

Das Wachstum der Profitrate wird noch beschleunigt, wenn es den Arbeitern nicht gelingt, sich eine bedeutende Steigerung der Arbeitslöhne zu erkämpfen. Denn wenn das variable Kapital nicht in demselben Verhältnis zunimmt wie die Masse des Mehrwertes, dann steigt die Mehrwertrate und mit ihr unter sonst gleichbleibenden Bedingungen natürlich auch die Profitrate. (Schluß folgt.)

Lohnkämpfe der Buchdrucker im Jahre 1848.

Von **Karl Böttcher.**

Bereits im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert fanden Lohnkämpfe in nzelnen Gewerben an verschiedenen Orten statt, und gerade im Buchdruck-ewerbe waren sie während der Zunftzeit nicht selten. Dies hatte seine ganz sondere Ursache. Wie in allen anderen Gewerben, so bestand damals auch n Buchdruckgewerbe eine zunftmäßige Organisation. In ihrem Rahmen hlossen sich auch die Gehilfen zu Gesellenbruderschaften zusammen. Diese aren durch das Gesetz als Vertretungen der Gehilfen anerkannt. Es stand nen eine gewisse Gerichtsbarkeit zu, sogar der Arbeitsnachweis war ihnen erwiesen. Lohn und Arbeitszeit wurden durch ein Gesetz, die Buchdrucker-dnung, bestimmt. Waren nun die Arbeitgeber nicht gewillt, die Vorschriften r Buchdruckerordnung innezuhalten, so wurden sie von den in den Gesellen-uderschaften organisierten Gehilfen dazu gezwungen. Als letztes Mittel achte man die Arbeitsniederlegung in Anwendung. Unter dieser Form der rganisation, dem „Postulat" — die Bezeichnung stammt von der „Postulie-ing", der Aufnahme der Neuausgelernten in die Gesellenbruderschaften —, ar die Lage der Gehilfen eine vollauf befriedigende. Infolgedessen wurde der udrang zum Gewerbe immer größer. Die Gesellenbruderschaften entwickelten h im Laufe der Zeit zu einer Macht, und die Arbeitseinstellungen nahmen . Je mehr aber nun die Gehilfen die Gesellenbruderschaften zur Verbesse-ing ihrer Lage benutzten, um so mehr waren diese Organisationen den Druck-rren ein Dorn im Auge. Wie heute vielfach die Obrigkeit „bedrängten" nternehmern zu Hilfe eilt, so geschah es auch damals. Das Postulat wurde nach und nach aufgehoben. In Berlin geschah dies im Jahre 1808. Da an durch die Aufhebung des Postulats den Gehilfen das Recht, sich inner-lb der Innungen zu organisieren, genommen, konnte von dieser Seite kein influß auf die gewerblichen Verhältnisse mehr ausgeübt werden. Ganz selbst-rständlich war es nun, daß die Vorschriften der Buchdruckerordnung über rbeitszeit, Arbeitslohn usw. nicht mehr innegehalten wurden. Schließlich ver-wand denn auch die Buchdruckerordnung selbst. Bald machten sich aber die olgen dieser Entrechtung der Gehilfen bemerkbar. Eine unglaubliche Lehr-igszüchterei entstand, die Arbeitslosigkeit nahm zu, der Lohn wurde herab-setzt, die Arbeitszeit verlängert, und die Nacht- und Sonntagsarbeit griff mer mehr um sich. Zu alledem gelangte im Jahre 1826 noch die Schnell-esse zur Einführung. Hierdurch wurde eine ganze Anzahl Drucker, die an r Handpresse unentbehrlich war, überflüssig. In Folge des großen An-anges zum Gewerbe, der in der letzten Zeit des Postulats geherrscht hatte, achte sich ein starkes Überangebot von Arbeitskräften bemerkbar. Die Folge von war natürlich, daß der Lohn weiter fiel und daß die gewerblichen Ver-ltnisse immer schlechter wurden. Als Begleiterscheinung zu diesen Vorgängen sellte sich noch, wie ja leicht erklärlich, die Schmutzkonkurrenz der Buch-uckereien untereinander. Auch hierunter hatten die Gehilfen zu leiden.

Angesichts solcher Zustände war es unmöglich, daß die Gehilfen sich ergeben alles fügten. In den größeren Städten entstanden Gehilfenverbindungen, lche sich lebhaft mit der Erörterung gewerblicher Fragen beschäftigten. Schon Jahre 1846 begann in Mittweida i. S. das erste Buchdruckerfachblatt, die ypographia", zu erscheinen, die eifrig die Mißstände im Buchdruckgewerbe

besprach. Zu den Mitarbeitern dieses Blattes gehörte auch Robert Blum, d
übrigens die Organisationsbestrebungen der Leipziger Buchdruckergehilfen eif
unterstützte. Als dann in den Märztagen von 1848 die Freiheitsstürme dur
die deutschen Lande brausten, als aus Untertanen Staatsbürger wurden, macht
auch die Buchdruckergehilfen von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrau
Kaum waren die Straßen Berlins wieder ruhig von den Stürmen der Mär
tage, da stellten auch schon die Berliner Buchdruckergehilfen Forderungen z
Verbesserung ihrer Lage. Die hauptsächlichsten waren: Einführung der zeh
stündigen Arbeitszeit, Abschaffung der regelmäßigen Sonntags- und Nachtarbe
Lohnzuschlag von 50 Prozent für Überstunden, wöchentliche Auszahlung ein
Minimallohns von 5 Talern. Wenn man weiß, daß damals die Berlin
Buchdruckergehilfen nur 3 bis 3½ Taler wöchentlich verdienten, dann kann m
sehr wohl begreifen, daß die Arbeitgeber über diese Forderungen nicht sonderli
erfreut waren. Zu der gleichen Zeit stellte man in Hamburg, Bresla
Leipzig wie überhaupt in allen größeren Städten Deutschlands Forderunge
die nur wenig von denen der Berliner abwichen. In Berlin kam es infol
des hartnäckigen Weigerns der Druckereiinhaber am 27. April 1848 zum Au
stand. Jedoch schon am 1. Mai nahm man die Arbeit wieder auf. Hier w
in anderen Orten hatten die Arbeitgeber versprochen, die Forderungen d
Gehilfen bis zum 1. Juli 1848 zu erfüllen. Doch jetzt schwelgten diese nic
etwa in Vertrauensseligkeit. Sie arbeiteten rüstig weiter. Die „Typographi
stellte ihr Erscheinen ein und an ihrer Stelle wurde in Berlin der wöchentli
einmal erscheinende „Gutenberg" herausgegeben. Dieser war nun bald d
Mittelpunkt aller organisatorischen und agitatorischen Arbeit. Auf seinem Ti
standen als Motto die Worte: „Durch Einheit zur Kraft, durch Kraft zu
Sieg!" Gleich in den ersten Nummern des „Gutenberg" wurden die Gehilfe
forderungen in einem längeren Artikel begründet, und zwar so geschickt, w
man es auch heute noch nicht besser könnte. Überhaupt führte die Redakti
des Blattes eine scharfe, schneidige Feder. In treffender Weise verteidigte
die Gehilfenforderungen. Mit rastlosem Eifer arbeitete der „Gutenberg" au
der Schaffung einer großen nationalen Organisation der Buchdrucke
gehilfen vor, die dann auch auf der ersten Versammlung der deutschen Bu
drucker vom 11. bis 16. Juni 1848 in Mainz stattfand. 10000 Buchdruck
in 90 Städten waren durch 44 Abgeordnete vertreten. Bezeichnend für d
Geist, der schon damals unter den Buchdruckergehilfen herrschte, war eine A
sprache, die der Führer der Berliner Buchdruckerbewegung anläßlich der Mainz
Tagung hielt. Nachdem der Redner ausgeführt hatte, daß es vielen so schein
als seien die Buchdrucker unfähig, etwas zu erreichen, weil sie im April kein
wesentlichen Erfolge errungen hätten, sagte er unter anderem:

„Wir haben unsere Kräfte zusammengezogen, ganz Deutschland bietet uns e
Reserveheer, und wir werden, wenn unser Feind nicht im voraus nachgibt, getr
vorwärtsrücken und — siegen. Wohl ist es lustiger, mit einem Schlage im plö
lichen, heftigen Sturme die gegenüberstehende Festung zu nehmen; wir haben
noch nicht genommen, aber wir haben sie moralisch entwaffnet. Wir haben d
kleinlichen Verleumdungen, mit denen einzelne Patrone uns vernichten wollte
zurückgewiesen in ihr leeres Nichts; wir sind offen vorgerückt und haben uns d
besten Wall genommen, den Wall der öffentlichen Meinung. Jetzt sind wir die leg
timen Kämpen für die Unabhängigkeit der Arbeiter, unser Kampf ist kein egoistische
selbstsüchtiger, er ist vielmehr die Notwendigkeit gegen den Egoismus, gegen d
Selbstsucht, und indem wir ihn verfolgen, unterstützen wir damit die Sache all

ınserer Brüder, die auf uns blicken mit hoffenden Augen, die aus unseren Be- ̓chlüssen, aus unseren Handlungen Mut und Stärke schöpfen wollen. Brüder! Ich ;weifle nicht an eurer Einigkeit, wenn die Stunde wieder gekommen, die uns ans :rnste Werk ruft; ein jeder Zweifel wäre Verrat an der Menschenwürde, die ihr ıicht verletzen werdet. Denn ihr seid mehr als die stummen Werkzeuge einer Macht, ›ie ihre Stärke aus eurer Hände Arbeit nur gewonnen; ihr seid die Vorkämpfer :iner ganzen Klasse der Gesellschaft, gerade wie unsere Gegner uns im Geiste einer :eindlichen Klasse gegenübergetreten."

Die vorstehenden Worte sind wohl der beste Beweis dafür, daß ein großer Teil der Buchdrucker schon im Jahre 1848 von der Notwendigkeit des Klassen- :ampfes überzeugt war.

Doch nun wieder zu der Mainzer Tagung. Auf ihr wurde der „Nationale Buchdruckerverein" gegründet, dem nicht nur Gehilfen, sondern auch diejenigen Arbeitgeber beitreten konnten, die sich verpflichteten, an der Besserung der ;ewerblichen Verhältnisse mitzuarbeiten. Sechs Tage wurde in Mainz beraten. Man faßte eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse, für deren Durchführung bis um 1. August alle der Organisation Angeschlossenen tätig sein sollten. Die ›urch die Delegierten Vertretenen waren verpflichtet, für die Beschränkung der Lehrlingszahl, Einführung des Zehnstundentags, Zahlung eines Minimallohns ›on 4 Taler 17 Neugroschen und eine Reihe anderer Beschlüsse einzutreten. Außerdem beschloß man die Einrichtung von Unterstützungskassen. Aus alledem rsieht man, welche umfassende Arbeit der Mainzer Kongreß zu bewältigen ıatte. Infolge der gewerblichen Mißstände hatte man vor allem das Be- treben, diese zu beseitigen. Man ging aber, trotzdem man auf dem Kongreß eine einzige Frage der „großen Politik" besprochen hatte, doch in einem Punkte über die Gewerbefrage hinaus. Der Frankfurter Nationalversammlung wurde :ämlich eine Petition überreicht, in der folgende Forderungen enthalten waren:

1. Gründung eines deutschen Arbeiterministeriums, gewählt durch Arbeitgeber :nd Arbeitnehmer.
2. Abschaffung der Ausnahmegesetze, die den Arbeiter allein treffen, namentlich ı bezug auf das Wandern und die Niederlassung.
3. Überwachung des Lehrlingswesens.
4. Regulierung des Maschinenwesens in Deutschland und dessen Beschränkung ısoweit, als dasselbe ohne allgemeinen Nutzen zur Bereicherung des einzelnen dient nd als es die Konkurrenz des Auslandes erlaubt.
5. Erlaß eines Gesetzes, welches bestimmt, daß ein Geschäft nur von denen be- :ieben wird, die dasselbe erlernt haben.
6. Aufforderung an die verschiedenen geschäftsverwandten Arbeiter Deutschlands ır Vereinigung behufs der Feststellung ihrer Arbeitspreise und zur Gründung von :ranken-, Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen nach Muster der Buchdrucker und ›ewährung von Staatsmitteln zur Gründung derselben.
7. Anerkennung der Kompetenz des Arbeiters, seine Verhältnisse zu regulieren.
8. Protest der Nationalversammlung an die betreffenden Regierungen gegen Aus- ›eisung und Verfolgung solcher Arbeiter, die sich die Lösung der Arbeiterfrage zur ıufgabe gemacht.

Wer wünschte nicht, daß heute diese Forderungen — ausgenommen 4 und — Wirklichkeit werden möchten!

In der Begründung dieser Forderungen hieß es unter anderem:

„Ganz übereinstimmend machte sich die Überzeugung geltend, daß nicht der Staat, nicht die Behörden unsere Verhältnisse ordnen, nein, daß der Arbeiter lbst, daß von unten hinauf die Heilung unserer krankhaften Zustände vor-

genommen werden müsse, daß es unsere Pflicht sei, die wunden Stellen blo
zulegen. Wir sind weit entfernt von allen Beglückungstheorien, wir sehen
einer den Verhältnissen angemessenen Verwertung unseres Kapitals, nämli
unserer Arbeitskraft, und in der Abschaffung aller den Arbeiter allein treffend
Ausnahmegesetze die kürzeste und einfachste Heilung aller Arbeiterzustände."

Eine geradezu treffende Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaft
bewegung spricht besonders aus dem letzten Satze. Erst in der jüngsten Ze
hat sich innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Erkenntnis Bal
gebrochen, daß das, was 1848 die Buchdrucker für notwendig erachteten, zwe
Zusamenschluß und Kräftigung der Gewerkschaften, auch heute noch geboten i

So hatte denn die Mainzer Tagung den Beweis erbracht, daß die Bu
druckergehilfen fähig waren, zu begreifen, weshalb ihre Lage eine so schlech
war. Auch war der richtige Weg beschritten worden, um die Ursachen d
gewerblichen Mißstände zu beseitigen. Nun galt es noch, den Versuch
machen, ob man stark genug sei, sie auch aus der Welt zu schaffen. Ma
hatte keine Zeit zum Zaudern mehr. Noch wenige Wochen waren es n
bis zum 1. August, und an diesem sollten ja die Mainzer Beschlüsse in d
Praxis umgesetzt sein. Allerorten regte es sich, den Arbeitgebern wurden d
Forderungen vorgelegt. Man ersuchte um Regelung der Arbeitsverhältnis
An wenigen, meist schlesischen Orten, vor allem in Breslau, hatten die Gehilf
Erfolge zu verzeichnen. Im übrigen Deutschland sah es sehr trübe aus. Vo
nehmlich in manchen kleineren Städten. Auch in einer ganzen Anzahl Gro
städte waren die Arbeitgeber nicht gewillt, die gewerblichen Verhältnisse
regeln. In Berlin, Hamburg, Bremen, Erfurt, Frankfurt a. M., Dresde
Altona, Schleswig, Hildburghausen, Weimar, Potsdam, Wiesbaden usw. ka
es infolge des hartnäckigen Weigerns der Druckereiinhaber zu Arbeitseinstellunge
Die nun folgenden Lohnkämpfe wurden jedoch wesentlich erschwert durch d
schwächliche Verhalten des Frankfurter Zentralkomitees des „Nationalen Bu
druckervereins". Es sorgte nicht im geringsten für die Durchführung d
Mainzer Beschlüsse und wirkte dadurch lähmend auf die ganze Bewegun
Nach kurzer Zeit wurde in den meisten Orten, ohne daß wesentliche Erfol
erzielt waren, die Arbeit wieder aufgenommen. Am längsten hielt man
Hamburg und Berlin aus. In Berlin währte der Streik den ganzen Mon
August hindurch, in Hamburg sogar bis Mitte September. In diesen schwer
Tagen war es wiederum der „Gutenberg", welcher die Streikenden kampf
mutig erhielt. In flotten Artikeln und in anfeuernden Gedichten forderte
auf zu unverzagtem Aushalten und festem Zusammenstehen. Noch heute ist
interessant, ihn nachzulesen. Für die geschickte Kampfesweise des „Gutenber
mag folgendes als Beleg dienen. Um der Nachwelt den Beweis zu liefe
daß der deutsche Liberalismus in seiner Mehrheit schon in der frühesten Juge
nichts taugte, hatten liberale Blätter seit dem kurzen Ausstand im April wied
holt gegen die Gehilfenforderungen Stellung genommen. Zu Beginn
August kam nun der „Gutenberg" hierauf zurück. Er schrieb unter ander
folgendes:

„Als die Berliner Buchdruckergehilfen vor mehreren Monaten die Arbeit e
stellten, weil sie sich mit ihren Prinzipalen nicht über ihre Forderungen verständig
konnten, da erhob sich ein großer Teil der sogenannten ‚liberalen Presse' gegen die
‚Zwangsmaßregel', und in ihrer ‚Entrüstung' zeihte sie die feiernden Arbeiter nieder
selbstsüchtiger Zwecke, sie machte besonders den intelligenten Buchdruckern den V

wurf, daß sie den übrigen Arbeitern mit einem solchen Beispiel der Empörung vorangingen, daß sie ihre ‚persönlichen materiellen Interessen dem Interesse der Gesamtheit nicht unterzuordnen verstünden'. Wir sind der ‚liberalen' Presse damals die Antwort auf diesen Vorwurf schuldig geblieben, wir geben sie ihr heute, denn unzweifelhaft wird es in den nächsten Tagen nicht an denselben sowohl beleidigenden wie unvernünftigen Bemerkungen fehlen. Diese Herren stellen den Arbeitern das Recht in Abrede, ihre Arbeit niederzulegen, sie erkennen in einer solchen Maßregel eine Kriegserklärung gegen die Gesellschaft, gegen welche diese sich wappnen müsse. Sie stellen einem Teile der Gesellschaft das Recht in Abrede, sich gegen das Interesse der Gesamtheit zu erheben, und oft genug haben wir es hören müssen: ‚Was sollte aus uns werden, wenn die Bäcker mit einem Male sagten, sie wollen nicht mehr um diesen Lohn backen! Sollten wir deshalb hungern müssen?' Hier liegt der Kern der sozialen Frage und wir werden ihn zum Vorschein ziehen. Ihr wollt den Arbeitern das Recht absprechen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen! Wir Arbeiter fragen im Gegenteil mit vollerem Rechte: Woher nehmt ihr denn das Recht zu einer solchen Äußerung? Habt ihr je dafür gesorgt, daß wir nicht zu der schrecklichen Alternative gezwungen würden, der Gesellschaft zu kündigen? Habt ihr je zugegeben, ihr liberalen Herren, daß die Sache der Arbeit Sache der Gesellschaft, Sache des Staates sei? Seid ihr nicht von jeher die fanatischen Verteidiger des Grundsatzes gewesen, daß die Industrie, die Arbeit, die Art und Weise, auf welche der einzelne sein Leben zu gewinnen habe, seine Privatsache sein müsse? Wir fragen euch: Woher nehmt ihr die Berechtigung, mit einem Male den Staat, die Gesellschaft gegen uns in Anspruch zu nehmen? Und wenn wir euch fragen, wer ist denn im Staate, in der Gesellschaft am meisten berechtigt, seine Interessen zur Geltung zu bringen: werdet ihr leugnen können, daß es die arbeitende Klasse ist? Hier ist der faule Fleck unserer Zustände. Hat der Staat mit uns eine Übereinkunft geschlossen, daß wir ihm in dieser oder jener Form dienen müssen? Hat der Staat dafür gesorgt, daß wir als Arbeiter leben können? Hat er das Recht der Arbeit anerkannt, hat er die Arbeit garantiert oder hat er es nicht vielmehr dem einzelnen überlassen, zu sehen, wie er durchkomme, hat er es der freien Konkurrenz nicht überlassen, den Lohn zu bestimmen? Solange die Gesellschaft auf ihrem jetzigen Boden, dem der freien Konkurrenz, fortbesteht, müssen wir euch, die ihr mit einem Male als ihre Verteidiger euch erhebt, das Recht absprechen, sie gegen uns anzurufen, denn wir haben den gesetzlichen Boden dieser Gesellschaft nicht verlassen; es ist ihr nie eingefallen, zu erklären, daß die spezielle, engere Sache der Buchdrucker die der Allgemeinheit sei; wir unterhandeln mit unseren Arbeitgebern, mit denen wir immer unterhandelt haben. Was geht uns die jetzige Gesellschaft an? Wir sind an dieselbe nur gebunden, als wir Steuern für sie zahlen, als wir uns hüten müssen, zu betteln, sonst würde sie uns einstecken, als wir unseren Teil an der Volksvertretung und der Gesetzgebung haben, soweit wir ihn uns erobert, aber unser Arbeitsverhältnis, unsere Lohnfrage, das ist ja unsere ‚Privatsache'! Und gerade bei dem Beispiel, das mit den Bäckern erhoben wurde, ersehen wir, auf wie wankenden Grundlagen diese Gesellschaft beruht, wie dies ganze Gebäude entweder mit einem Male zusammenstürzen muß unter den rüttelnden Armen des modernen Simson, des Proletariats, oder nur zusammengehalten werden kann durch die eisernen Klammern des Despotismus. Ja, wir geben zu, die Gesellschaft kann die aufrührerischen Arbeiter, solange sie vereinzelt sich erheben, zwingen, unter diesen oder jenen Bedingungen ihr zu dienen, das heißt zu arbeiten, sie kann selbst in dem freiesten Staate der Welt, in Amerika, einen Teil in die vollständigste Sklaverei des anderen geben, aber was sie nicht kann, das ist: den ewigen Drang nach der Freiheit unterdrücken, den Groll und die Wut der Gefesselten verwischen, dem Daniedergeschmetterten den Stachel der innersten Empörung entreißen."

Auch dieser Artikel ist recht freimütig geschrieben. Vortrefflich ist die Verteidigung des Rechtes der Arbeitsniederlegung. Trotzdem nun in Berlin die

Begeisterung eine solch große war, wurde doch auch hier die Lage immer schwieriger. Streikbrecher, die meist aus der Provinz kamen, begannen die offenen Stellen zu besetzen. So hatte es denn wenig Zweck, den Kampf noch länger fortzuführen, da er nach Lage der Sache auf alle Fälle ungünstig verlaufen mußte. Nach vierwöchigem Kampfe wurde die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Mancher, der in Berlin ergraut war, mußte, gemaßregelt, die Stadt verlassen, da er nirgends Beschäftigung fand. Doch noch war nicht alles verloren. In Hamburg befanden sich die Gehilfen noch im Ausstand. Aller Blicke richteten sich dorthin. Leider aber sollten auch hier die Arbeitgeber Sieger bleiben, denn nach sechswöchigem Ringen erklärten die Gehilfen am 14. September, sie seien bereit, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Ein schönes Zeugnis wurde im „Gutenberg" von den Hamburgern den wandernden Arbeitslosen ausgestellt, von denen es hieß: „Mancher litt den größten Mangel, wollte aber lieber auf der Landstraße umkommen, als hier in Kondition treten."

So waren denn die Gehilfen auf der ganzen Linie geschlagen. Nur in Schlesien hatten sie Erfolge zu verzeichnen. Die größte Schuld an den Mißerfolgen trug offenbar das Frankfurter Zentralkomitee des „Nationalen Buchdruckervereins" insofern, als es die „Repressalien", die in Mainz beschlossen worden waren — Verrufserklärung der nicht bewilligenden Druckereien und der zu den alten Bedingungen arbeitenden Gehilfen, Ausschluß letzterer aus der Organisation usw. — nicht in Anwendung brachte. Doch es sollte bald noch schöner kommen. Das Zentralkomitee trug sogar obendrein noch den Geist der Zwietracht unter die Gehilfenschaft, indem es eine besondere Organisation gründete. Zum 27. August 1848 berief es nämlich eine Buchdruckerversammlung nach Frankfurt a. M. ein, an der mehr Druckereiinhaber als Gehilfen teilnahmen und auf der über die Durchführung der Mainzer Beschlüsse beraten werden sollte. Schon die Art der Zusammensetzung bürgte dafür, daß die Mainzer Forderungen erheblich gekürzt werden würden. Wenn man weiter erfährt, daß selbst die Berliner Arbeitgeber vertreten waren, die noch im Kampfe mit ihren Gehilfen standen, dann kann man sich wohl einen Begriff von den dort gefaßten Beschlüssen machen. Der Redakteur des „Gutenberg" protestierte in Frankfurt a. M. energisch gegen diese Verwässerung der Bewegung. Es half aber alles nichts. In Frankfurt a. M. wurde eine Sonderorganisation, der „Allgemeine Buchdruckerverein", gegründet, der sich 70 Delegierte, die etwa 5000 Buchdrucker vertraten, anschlossen. Hierdurch war der „Nationale Buchdruckerverein" so gut wie aufgehoben. Die Frankfurter Tagung reichte jedoch in der Bedeutung wie in der Leistungsfähigkeit nicht im entferntesten an die imposante Mainzer Versammlung heran. Durch die Unbestimmtheit der Frankfurter Beschlüsse war, wie der „Gutenberg" mit Recht schrieb, „der Willkür der Prinzipale Tor und Tür geöffnet". Es waren ja auch genügend Arbeitgeber an den Frankfurter Beratungen beteiligt. Die Berliner, Hamburger und Breslauer Gehilfen protestierten denn auch gegen die Beschlüsse und traten der neuen Organisation nicht bei. Ein großer Teil der Gehilfen anderer Druckorte handelte ebenso. Die fortgeschritteneren Elemente konnten sich eben der schwächlichen Haltung des neuen Vereins wegen mit diesem nicht befreunden. Das gab der Redaktion des „Gutenberg", die jedes Paktieren mit den Arbeitgebern, wie dies der „Allgemeine Buchdruckerverein" trieb, rücksichtslos bekämpfte, Veranlassung, auf den 30. September 1848 einen neuen Kongreß nach

Berlin einzuberufen. Auf diesem Kongreß sollte der „Gutenbergbund“, der in Berlin vom Redakteur des „Gutenberg“ provisorisch gegründet worden war, konstituiert werden. Es erschienen denn auch 48 Delegierte, unter denen sich 17 Druckereiinhaber befanden, welche die Mainzer Forderungen bewilligt hatten und gemeinsam mit den Gehilfen arbeiten wollten. Doch was geschah nun? Die Reaktion war schon wieder am Werke. Am 3. Oktober 1848 wurde eine Anzahl auswärtiger Delegierter, darunter auch Arbeitgeber, aus Berlin ausgewiesen. Als man dann zur Beschlußfassung über die Satzungen des Bundes übergehen wollte, wurde der Kongreß polizeilich aufgelöst. Man schlug nun aber der Polizei doch ein Schnippchen und beschloß die Satzungen in einer geheimen Tagung. Durch den „Gutenberg“ wurden den Gehilfen die Grundsätze und Beschlüsse des „Gutenbergbundes“ bekannt gemacht. Doch immer frecher erhob die Reaktion ihr Haupt. Einen Schlag nach dem anderen versetzte sie der „staatsgefährlichen“ Organisation. Dem „Gutenberg“ entzog man das Postdebit. Die einzelnen Lokalvereine des Bundes wurden aufgelöst. Schon nach einigen Jahren war von der mit großer Hoffnung und viel Energie ins Leben gerufenen Buchdruckerbewegung von 1848 nichts mehr vorhanden. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aber ist auch diesen wackeren Kämpen von 1848 ein Ehrenplatz sicher. Das Proletariat ehrt seine Helden. Und solche waren es. Mit Fug und Recht können sie als Vorkämpfer der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden.

Die christliche Liebestätigkeit.

Von **Paul Lafargue.** (Schluß.)

4. Der Wohltätigkeitsbetrieb der Bourgeois.

Die Bourgeoisie muß zur Vergrößerung ihres Vermögens, das sich aus Diebstählen an der Lohnarbeit zusammenhäuft, notwendig eine zahlreiche Menge freier Arbeiter zu ihrer Verfügung haben, die ohne Zusammenhalt unter sich, ohne irgendwelchen Schutz von oben und arm genug sind, um notgedrungen ihre Arbeit um einen Spottpreis verkaufen zu müssen. Sie hat mit systematischer Konsequenz die Arbeiter vom feudalen Drucke befreit, deren Innungsverbände zerrissen und die wenigen schützenden Obdachstätten, die ihnen die Religion bot, aufgehoben. Die Feste der katholischen Kirche, die die Zahl der Feiertage bis auf neunzig, mit Einschluß der zweiundfünfzig Sonntage, also auf durchschnittlich zwei in der Woche, brachte, an denen es unter dem Regime *vor* der Revolution verboten war, arbeiten zu lassen — diese zahlreichen Festtage legten der Ausbeutung der Arbeiter Hindernisse in den Weg; und die von mehreren Klöstern noch immerfort veranstalteten Suppen- und Lebensmittelverteilungen brachten den notleidenden Arbeitern bis zu einem gewissen Grade einen Zuschuß zu den Löhnen, die sie für die vier Wochentage erhielten, an denen es erlaubt war, sie auszubeuten. Der Protestantismus verwarf, um den Bourgeois-Gewerbetreibenden, die in seinen Reihen sehr zahlreich waren, Genugtuung zu verschaffen, das Almosen im Namen der Religion und schaffte im Himmel die Heiligen ab, damit man auf Erden ihre Festtage beseitigen konnte. Die Revolution von 1789 verstand ihre Sache noch besser. Die reformierte Religion hatte den Sonntag beibehalten; die revolutionären Bourgeois fanden,

ein Ruhetag auf sieben Tage sei zuviel, und setzten daher an Stelle der siebentägigen Woche die zehntägige Dekade, damit der Tag der Ruhe nur alle zehn Tage wiederkehrte; und um die Erinnerung an die kirchlichen Feiertage ein für allemal zu Grabe zu tragen, ersetzten sie im republikanischen Kalender die Heiligennamen durch solche von Metallen, Pflanzen und Tieren. Das Gesetz vom 24. Vendémiaire (Weinmonat) des Jahres II der Republik (15. Oktober 1793) stempelte das Almosen zum Vergehen.

Die bürgerliche Ökonomie, dieser zweite geistige Ausdruck für die materiellen Interessen der Bourgeoisklasse, setzte das Werk der reformierten Religion in ihren Angriffen gegen die der Arbeiterklasse nützlichen Einrichtungen staatlicher Vorsorge fort: die von den Gemeindeverwaltungen besorgten Getreideverproviantierungen, die gesetzliche Regelung der Lebensmittelpreise und die Casa Annonaria, dieses dem Papsttum vom Heidentum hinterlassene Vorbild und Muster derartiger Vorsorgeanstalten, wurden von den Physiokraten zum Zielpunkt herber Kritiken gemacht, von Condorcet, vom Abbé Galiani und anderen, die sich zu Lobrednern der Getreidehandelsfreiheit aufgeworfen hatten, die Necker mit dem ungeheuersten Spieltisch, den man aufstellen könnte, verglich: denn „mit einer einzigen Million konnte man eine Nation aushungern".



Es war zugunsten der modernen Produktion, die zu ihrer Entfaltung und Ausdehnung wohlfeile Arbeitskräfte im Überfluß braucht, daß die revolutionären Bourgeois die Lebensbedingungen der Arbeiter umgestalteten und die Zünfte sowie die vom alten Regime getroffenen Einrichtungen staatlicher Vorsorge beseitigten; so hatte das Kapital vom ersten Auftreten an eine Arbeiterübervölkerung geschaffen, für die es eine sichere Arbeitsgelegenheit, ihre einzige Hilfsquelle, nicht bot. Die Zahl der Vagabunden und Bettler, eine der unheilbaren Plagen der Zivilisation, war so beträchtlich geworden, daß man seit dem sechzehnten Jahrhundert in Frankreich grausame Strafen gegen sie verordnete: sie wurden zum Auspeitschen, Brandmarken und Hängen verurteilt. Diese Strafbestimmungen wurden während der Revolutionsperiode des achtzehnten Jahrhunderts erneuert: das obenerwähnte Gesetz vom Vendémiaire des Jahres II gebot dem Bettler, seinen Aufenthalt in der Gemeinde seines Heimatsortes zu nehmen, die zu seiner Beschäftigung Werkstätten einrichten sollte; falls er sie etwa verließ, wurde er zu Gefängnishaft mit Zwangsarbeit verurteilt und im Rückfall zur Landesverweisung nach der Insel Madagaskar. Unter Ludwig XV. hatte man Bettlerverwahrsame oder Arbeitshäuser eröffnet, die wahre Gefängnisse waren, da man in ihnen die Vagabunden mißhandelte, um ihnen die herumschweifende Lebensweise zu verleiden. Ganz dieselbe Übervölkerungserscheinung hatte sich auch in England gezeigt, und trotz der grausamsten Zurückdrängungsmaßregeln schwollen die Massen von Landstreichern und Bettlern, die durch die Umwandlung des Ackerlandes in Weideland von ihrer Landarbeit weggescheucht worden waren, immer mehr an; man mußte in diesem Lande der protestantischen Reformation die Mittel der Züchtigung durch die der christlichen Liebe ergänzen: unter Elisabeth wurden die Poor-laws oder Armengesetze erlassen, die jeder Pfarrgemeinde den Unterhalt ihrer Armen zur Pflicht machten; sie sind noch in Kraft und laufen glücklich auf dies paradoxe Resultat echt bourgeoismäßiger Nächstenliebe hinaus, daß der Unterhalt der Armen den Armen selbst zur Last gelegt wird: so zum Beispiel zahlen in London die reichen Pfarrgemeinden, aus deren Bezirk der teure Preis der Wohnungsmieten die Dürftigen fortscheucht, keine Armensteuer, während die

Arbeiterviertel, in denen jene sich massenhaft anhäufen, der Armenunterstützung halber schwer besteuert sind. Die Bourgeoisie schuf erst die Armen, um sich billige Arbeitskraft zu verschaffen, und als deren Menge dann jene Zahl überstieg, die sie ohne Profitschmälerung beschäftigen konnte, jagte sie die Überschüssigen zur Stadt hinaus, verwies sie in ihre Heimatsgemeinden und verurteilte sie zu Gefängnis und Körperstrafen: sie machte ein Verbrechen aus der Armut, die ihr zur Erzeugung von Reichtümern nichts nützen konnte.

Die Armenfrage nahm gleich in den ersten Tagen der Revolution des Jahres 1789 den Charakter großer Schärfe und Dringlichkeit an. Bailly, den man eben erst, um die Not der durch die politische Krise aufs Pflaster geworfenen Arbeiter zu lindern, zum Bürgermeister von Paris gewählt hatte, packte sie in Massen zusammen und pferchte sie — an 18000 Menschen — wie wilde Tiere auf dem Hügel Montmartre ein; die Stürmer der Bastille bewachten dort die Arbeiter mit Kanonen, die brennenden Lunten in der Hand. Dieses Benehmen der revolutionären Bourgeois, die laut ihrer Deklamationen soeben den Kampf um „die Befreiung der Menschheit“ begannen, kündigte der Arbeiterklasse die Behandlung an, die sie von der siegreichen Bourgeoisie zu erwarten hatte.

Freilich, als zum erfolgreichen Widerstand gegen die verbündeten Monarchien Europas ein Appell an den Mut der Volksmassen notwendig wurde, mußten die revolutionären Bourgeois die Anwendung von Gewalt zu dem löblichen Zwecke, die Volksmassen in gebührendem Respekt zu halten, auf einen anderen Zeitpunkt verschieben; sie gelobten feierlich, an die Soldaten der Republik eine Milliarde von den Gütern der Emigrierten verteilen zu wollen, und kirrten die Armen mit dem demagogischen Wortschwall der Kirchenväter und der weiland Bischöfe von Konstantinopel und Alexandrien. Acht Monate nach der Annahme jenes Gesetzes vom Vendémiaire des Jahres II, das man zur Anwendung zu bringen doch nicht den Mut hatte, verlas Barrère, am 22. Floréal (Blütenmonat; 11. Mai) desselben Jahres (1794), im Namen des Wohlfahrtsausschusses vor dem Nationalkonvent ein Gutachten über „die Ausrottung der Bettelei . . ., die eine wandelnde Anklage und leibhaftige Denunziation gegen die Regierung ist. . . . Das Bild der Bettelei ist bis heute auf der ganzen Welt nur die Geschichte der Verschwörung der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden gewesen.“ Während die Mitglieder des Nationalkonventes die Armen mit solchem hochtrabenden Philanthropisten-Phrasenschwall abspeisten, bemächtigten sie selbst sich der den Armen von Rechts wegen gehörenden Güter der Geistlichkeit und der Spitäler und zerstückelten und zerteilten sie zu Nutz und Frommen der Besitzenden die Gemeindegüter, deren Einziehung überall auf dem Lande die Zahl der an den Bettelstab gebrachten Arbeiter noch vergrößerte. Hätte der Krieg nicht die arbeits- und mittellosen Stadtarbeiter und Bauern in starkem Prozentsatz, zu mehreren Hunderten vom Tausend, dem Heere zugeführt und an die Grenzen geworfen, so würde in ganz Frankreich, in den Städten wie auf dem Lande, eine Volkserhebung stattgefunden haben. Der Krieg war ein wirksameres Mittel, sich die Armen vom Halse zu schaffen, als jenes bürgermeisterliche Zusammenpferchen auf dem Montmartre und die auf sie gerichteten Kanonen der Bastillestürmer, die sich in getreue Wachthunde der eben im Entstehen begriffenen bürgerlichen Ordnung verwandelt hatten.

Die Revolution brachte die industrielle Entwicklung in ein schnelleres Marschtempo. Die Bourgeoisie beseitigte die Zunftmeisterämter, die Innungen

und die dem Handel und der Industrie vom alten Regime angelegten Fesseln aller Art; sie machte sich diese Freiheit redlich zunutze und gründete Fabriken oder vergrößerte die schon vorhandenen. Sie hatte einen wahren Heißhunger nach Arbeiterfleisch, der um so heftiger war, als der Krieg eine beträchtliche Zahl von erwachsenen und kräftigen Arbeitern fortgeführt hatte. Da es an Männern mangelte, griff sie daher auf die Kinder zurück, deren Verwendung zu Industriearbeitern die nun aufgehobenen Zünfte bis dahin verhindert hatten: vor der Revolution konnten Kinder unter vierzehn Jahren in den Fabriken nicht ausgebeutet werden, und auch solche über vierzehn Jahren fanden sich in ihnen nur in geringer Zahl. Die Beschäftigung vieler Kinder von vierzehn Jahren in der Tapetenfabrik von Reveillon hatte unter den Handwerkern der Pariser Vorstadt St.-Antoine heftigen Unwillen erregt, so daß sie die Fabrik in Brand steckten — zu demselben Zeitpunkt, in dem man in Paris zur Wahl der Deputierten für die Generalstände des Jahres 1789 schritt. Die Arbeiterfrage pflanzte sich, ebenso wie die Armenfrage, gleich an der Eingangspforte der Revolution auf. Da die Kinder der Arbeiter- und Handwerkerfamilien den Bedarf der arbeitshungrigen Industrie nicht zu decken vermochten, so nahm man auch noch die Waisenkinder und die von der öffentlichen Wohltätigkeit auf der Straße aufgelesenen hinzu. „Die Dekade“, das „philosophische, literarische und politische Zeitungsorgan“ der Ideologen und Nationalökonomen, bringt in ihren Spalten, wie einen Triumph der Philanthropie, zur Kenntnis, daß Boyer-Fonfrède, der Bruder des Konventsmitglieds gleichen Namens, „Besitzer einer bedeutenden Fabrik in Toulouse, ermächtigt wurde, aus den Waisen- und Findelhäusern fünfhundert Kinder zur Beschäftigung in seinen Fabrikwerkstätten auswählen zu dürfen. ... Er hat auf diese Weise in seiner Fabrik die Waisen- und Findelhäuser von Toulouse, Montpellier, Carcassonne und den umliegenden Gegenden vereinigt“ (20. Ventôse [Windmonat] des Jahres VI, das ist 10. März 1797). Die industrielle Ausbeutung des Kindes und der Frau, dieser Ruin der Arbeiterfamilie, ist eine der glorreichsten Errungenschaften der Philanthropie.

Auch eine wohlfeile Ernährung der Arbeiter, zu dem löblichen Zwecke von Lohnherabsetzungen, war eine der philanthropischen Lieblingsideen der Fabrikbesitzer und Nationalökonomen des achtzehnten Jahrhunderts. Das Getreide war nach ihrer Ansicht für die Arbeiter ein zu teures Nahrungsmittel: mit Freuden nahmen sie die Kartoffel von Parmentier in Empfang, und Jean Baptiste Say glaubte mit der Banane einen noch besseren Fund getan zu haben.[1]

Die „Dekade“ gab in ihrer Nummer vom 10. Germinal (Keimmonat) des Jahres VIII (30. März 1800) den guten Rat, man solle, um das Volk in wahrhaft ökonomischer, Ersparnisse ermöglichender Weise zu ernähren, „das bisherige Weizen- und Roggenbrot durch ein anderes ersetzen, das mit Mehl

[1] J. B. Say setzt in seiner „Staatswirtschaftslehre“ (Buch I, Kap. 17) mit Wohlbehagen den Vorzug der Banane auseinander: „Ein und dasselbe Stück Land“ schreibt er, „bringt an Bananen 106000 Kilo, an Kartoffeln 2400 Kilo und an Getreide 800 Kilo hervor; ½ Hektar kann, in Mexiko mit Bananen bepflanzt, mehr als 50 Menschen ernähren, während er, in Europa mit Getreide besät, kaum zwei Menschen ernährt.“ Die Kartoffel, in Italien und England schon seit dem siebzehnten Jahrhundert gebaut, ist erst in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu einem allgemeinen Volksernährungsmittel geworden.

von Gerste, Hafer, Mais, Buchweizen, Bohnen, Kartoffeln und Kastanien zubereitet würde". Wenn die Franzosen die Revolution erst einmal mit kühlem Gleichmut und ohne Klassenvorurteile studieren, werden sie die Bemerkung machen, daß die Ideen, die deren Größe ausmachen, aus der Schweiz gekommen sind, wo sich die Bourgeoisie bereits der Herrschaft bemächtigt hatte: von Genf nämlich führte A. P. de Candolle die sogenannten „ökonomischen Suppen", alias Armensuppen, ein, die im Paris der Revolution Furore machten, weil sie „den kleinen Handwerkern eine gesunde und wohlschmeckende Speise verschafften". „Die Fabrikleiter", schreibt die „Dekade" in ihrer Nummer vom 20. Nivôse (Schneemonat) des Jahres VIII (9. Januar 1800), „sollten in ihren Werkstätten einen großen Kessel mit solcher Suppe aufstellen lassen, um daraus ihre Arbeiter mit einem augenfälligen Gewinn für beide Teile zu ernähren. . . . Nicht bloß der Mann von Gefühl freut sich über die Wohltaten einer solchen Einrichtung, auch dem Politiker wird es dabei klar, daß ein Mittel, das dem Armen eine wenig kostspielige Nahrung sichert, zugleich die Ruhe des Staates sichert." Der Graf Rumford, dem man den Beinamen „Minister der Humanität" gegeben hat, stand an der Spitze eines Komitees, das in der Vorstadt St.-Antoine und in anderen Stadtvierteln von Paris ökonomische oder Armensuppen stiftete. Selbst der trockene und zähe Volney konnte sich nicht enthalten, weich zu werden, „wenn man diesen Verein von Männern in angesehener Stellung sich eifrig damit beschäftigen sieht, einen Topf mit kochender Suppe zu dirigieren" (Nummer der „Dekade" vom 10. Frimaire [Reifmonat] des Jahres X, das ist 30. November 1801). Das war denn also das ganze Resultat und Überbleibsel der feierlichen Versprechungen und des demagogischen Phrasengeklingels des Nationalkonventes!

Die Philanthropie, deren Name in der französischen Sprache erst um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts auftaucht, zog im Triumph in das revolutionäre Frankreich ein, um an die Stelle der christlichen Liebestätigkeit zu treten.

* * *

Die Revolution hatte den Boden der Gesellschaft für das Kommen der maschinellen Produktion vorbereitet, die im Überfluß und zu Spottpreisen die Arbeiter vorfand, deren sie bedurfte, um sich zu entwickeln und die Kapitalistenklasse um Millionen und Milliarden zu bereichern. Das Proletariat, die von der Kapitalistenklasse geschaffene produktive Klasse, ist trotz der lateinischen Herkunft seines Namens eine moderne Schöpfung; sie unterscheidet sich von den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen der früheren Zeiten. Der Proletarier ist ein Bürger, der, wenigstens in der Theorie, politische Rechte genießt; aber er besitzt weder Eigentum noch sonst eine gesellschaftliche Existenzgarantie irgendwelcher Art; er lebt aufs ungewisse in den Tag hinein von seinem Lohne, dem Preise für die einzige Ware, die er zu verkaufen hat, seine Arbeitskraft; falls der Kapitalist diese Arbeitskraft nicht mehr nötig hat, wirft er den Arbeiter aufs Straßenpflaster, ohne sich irgend weiter darum zu kümmern, was aus ihm und seiner Familie werden mag.

Wenn in der Anfangszeit der kapitalistischen Produktion die Industrie Mangel an Arbeitskräften hatte, wie in unseren Tagen die Landwirtschaft, so hat die Maschine diesem Übelstand abgeholfen, indem sie die industrielle Verwertung der Frauen und Kinder ermöglichte und eine Arbeiterübervölkerung

schuf, die Engels die „Reservearmee der Arbeiter“ nennt. Der Kapitalist fürchtet die Forderungen der Arbeiter nicht mehr; er schreibt den Proletariern die Gesetze vor, er bestimmt despotisch die Höhe der Löhne und der Arbeitsstunden, erläßt die Werkstattordnungen und verfügt Strafen und Entlassungen.

Nicht minder als das Proletariat ist der Pauperismus der kapitalistischen Gesellschaft von dem der früheren Gesellschaftsordnungen verschieden.

Die enterbten Klassen der antiken Stadtstaaten teilten sich in drei scharf unterschiedene Unterabteilungen: in die Sklaven, in die Handwerker und Taglöhner und in die Armen; die Mehrzahl dieser letzteren waren Deklassierte, aus besseren Ständen Herabgekommene, die kein Handwerk verstanden und auch gar keines treiben wollten, außer denn etwa das Waffenhandwerk. Der Staat und die Reichen sorgten für ihre Verpflegung anfangs aus einem Gefühl von Brüderlichkeit, später aus Furcht vor ihren Aufruhrgelüsten; aber sie beuteten sie nicht industriell aus. Seit dem vierten Jahrhundert vor Christus stießen diese Armen, besonders zahlreich in Griechenland, im Kriege aufeinander, da sie sich in allen Armeen als Söldner herumschlugen; sie verkauften sogar ihre Dienste an die Barbaren (Perser, Karthager und andere) zur Bekämpfung der Griechen: nach der Eroberung Asiens durch Alexander und Griechenlands durch die Römer ergossen sie sich über die ganze alte Welt, in allen möglichen Beschäftigungen tätig: als Soldaten, Rhetoren, Philosophen, Ärzte, Verwaltungsbeamte und Parasiten.

Die Armen der kapitalistischen Gesellschaft, die in physiologischer Weise verarmt sind — durch eine eintönige, gesundheitswidrige und bis zur Erschöpfung der Kräfte ausgedehnte Arbeit, durch ungenügende und ungesunde Ernährung sowie durch den Alkoholismus, die Tuberkulose, die Skrophulose und dergleichen mehr —, besitzen nicht die physische Kraft, die geistige Bildung und das kampflustige Feuer der Armen der antiken Gesellschaft. Verhältnismäßig schwache Polizeikräfte genügen, um sie in Schranken zu halten. Die Fügsamkeit und Zahmheit, die man am Proletariat konstatiert, sind moderne Erscheinungen. Sie schreiben sich erst aus einem Zeitraum von etwa einem halben Jahrhundert her.

Die häufigen Teuerungen in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, veranlaßt durch die rapide Zunahme der städtischen Bevölkerung sowie durch den Mangel an Straßen und die Unvollkommenheit der Transportmittel, verursachten Volksaufstände, die das Land- und Stadtvolk für die Revolution vorbereiteten. Ein fühlbarer Ausfall in der Getreideernte war selbst in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts noch fähig, Volksunruhen hervorzurufen: die schlechte Ernte des Jahres 1847 war mitveranlassend für die Revolution von 1848. Die Armen flößten damals den herrschenden Klassen Schrecken ein; ihre Ernährung gehörte noch mit zu den Sorgen der Staatsmänner; selbst die reaktionärsten Regierungen zögerten bei schlechtem Ernteausfall nicht, die Zolltarife außer Kraft zu setzen und die ausländische Einfuhr zu begünstigen, um die Steigerung des Brotpreises zu verhindern. Die Furcht vor den Armen ist verschwunden: die Minister und Abgeordneten stimmen leichten Herzens für Schutzzölle, die das Brot verteuern sollen. Die Großindustriellen, die noch unter dem zweiten Kaiserreich zollfreie Einfuhr von Getreide und Vieh forderten, damit die Armen ihre Nahrung um billigeren Preis bestreiten könnten, sind ihrer Macht, die Löhne, auch bei noch so hohen Lebensmittelpreisen, auf dem niedrigsten Mindestmaß halten zu können, dermaße

sicher, daß sie an der Ernährung des Arbeiters kein Interesse mehr haben und mit den Agrariern des Herrn Méline gemeinsame Sache machen, um die Einfuhrzölle für Getreide und Fleisch hinaufzuschrauben.

Die reichen Klassen fühlen sich gegen jede Revolte der Armen durch deren Gewöhnung und resignierte Ergebung in ihr elendes Los so wohlgeschirmt, daß sie keine Furcht mehr vor ihnen haben; sie ängstigen sich nur noch vor ihren einzelpersönlichen und anarchistischen Rückforderungs- und Vergeltungsversuchen, vor ihren Diebstählen und Mordattentaten. Und dennoch weigern sie sich, den Ursachen der Vergehen und Verbrechen, deren Zahl in demselben Maße wächst, in dem die Zivilisation fortschreitet, genau nachzuforschen, aus Furcht, konstatieren zu müssen, daß die Gesellschaftsordnung, aus der sie selbst soviel Gewinn ziehen, für deren Erzeugung verantwortlich ist. Die Gesetzgeber, die die Gesetze genehmigen, und die Behörden, die sie zur Anwendung bringen, machen noch immer aus dem sogenannten freien Willen der spiritualistischen Philosophie und des Christentums ein unantastbares Rechtsdogma und können sich noch nicht von der Ansicht trennen, daß der Verbrecher für die von ihm begangenen Verfehlungen allein verantwortlich sei. Lombroso und seine famose Schule, die in der physischen Beschaffenheit und Veranlagung des Verbrechers die Ursache seiner Übeltaten entdecken, haben lediglich einen Ballast falscher anatomischer Wissenschaft in Anwendung gebracht, um die Bourgeoisie in dieser Meinung zu bestärken. Und doch hat schon von etwa 75 Jahren Quetelet auf die Beziehungen hingewiesen, die zwischen der Zahl der Vergehen und Verbrechen und den Getreidepreisen bestehen. Als er seine vergleichenden Statistiken aufstellte, war der Brotpreis großen Veränderungen unterworfen, die ihn zu einem Hauptfaktor für das plötzliche Anwachsen der Strafrechtsfälle machen konnten. Jedoch seit einem halben Jahrhundert, namentlich seit der ungeheuren Getreideproduktion der Vereinigten Staaten, die von 1880 an datiert, hält sich der Brotpreis mit geringen Abweichungen auf einem bestimmten Durchschnittsmaß, und demungeachtet wächst die Zahl der Strafrechtsfälle unaufhörlich, ja während gewisser Jahre sogar im beschleunigten Tempo. Wenn man daher auch zugeben wird, daß der Brotpreis eine stetig mitwirkende Ursache für das Entstehen von Strafrechtsvergehen bleibt, so muß man gleichwohl den Grund für deren zeitweilig schnellere Vermehrung anderswo suchen als im Brotpreis. Mit Benutzung der vom Justizministerium von 1826 bis 1886 veröffentlichten Statistiken habe ich eine eingehende Untersuchung über die Wirkung angestellt, welche die Störungen des Handels und der Industrie, wie sie sich aus Bankrotten ergeben, denen Lohnherabsetzungen und unfreiwillige Arbeitseinstellungen voraus und zur Seite gehen, auf die Kriminalstatistik haben könnten, und ich habe gefunden, daß die Zahl der Vergehen und Verbrechen plötzlich wuchs, wenn sich die der Bankrotte vermehrte, um dann wieder kleiner zu werden, wenn die Geschäfte sich hoben. Die Mordtaten schienen dem Einfluß der Bankrotte nicht zu unterliegen; die Sittlichkeitsverbrechen standen zu diesen gerade in umgekehrtem Verhältnis: sie waren zahlreicher während der guten Geschäftsjahre, in denen weniger Bankrotte vorfielen. Die Armen, die in den Zeiten verdoppelter Bankrotte und stark vermehrter Arbeitslosigkeit der Beschäftigung und folglich der Existenzmittel beraubt sind, haben, um sich solche zu verschaffen, kein anderes Hilfsmittel als den Diebstahl, „dieses von der Natur gegebene Recht", wie Charles Fourier sagt. Meine Studien habe ich vor 14 Jahren in der „Neuen Zeit" (1890, Band 8, S. 11, 56, 106) veröffentlicht.

Die Kapitalistenklasse, die für die Ursachen der durch ihre eigene Zivilisation verschuldeten Kriminalfälle kein Interesse hat, interessiert sich desto mehr für die Bestrafung der Vergehen und Verbrechen, um ihre Klassengenossen gegen die persönlichen und anarchischen Vergeltungs- und Rückforderungsversuche der Armen zu schützen. Die Staatsmänner, die Sittenlehrer und die Philanthropen haben sich alle der Aufgabe gewidmet, das Strafanstaltswesen zu vervollkommnen, und sie haben damit so guten Erfolg gehabt, daß die Entwicklung desselben zum Maßstab für die Zivilisation eines Volkes genommen werden kann: seit einem Jahrhundert haben sie die Zahl der Gefängnisse, Zuchthäuser und Strafkolonien immer stärker vermehrt und aus der Republik der Vereinigten Staaten das fürchterliche Zellengefängnis mit Einzelhaft in Europa eingeführt. Die bourgeoise Ausbeutung verliert ihre Rechte selbst über die Gefangenen nicht; sie sind für die, welche sie arbeiten lassen, eine profitable Einnahmequelle und dabei zugleich ein Mittel, die Löhne des freien Arbeiters herabzudrücken.

Da es den brutalen Gewaltmaßregeln nicht gelingen will, die wachsende Zahl der von der kapitalistischen Gesellschaft gelieferten Verbrecher zu beschränken, so hat man sich genötigt gesehen, das England der Elisabeth nachzuahmen und Wohltätigkeitsanstalten zu errichten: öffentliche Armenunterstützung, ein Bissen Brot, Krankenhäuser, die den Studenten und Professoren Kadaver für ihre anatomischen Experimente und Studien liefern, Nachtasyle, um die Straße von Vagabunden zu säubern, die den Passanten gefährlich werden können usw. Die Furcht ist die Mutter der öffentlichen Wohltätigkeit.

Die Bourgeois haben die private Wohltätigkeit wieder zu Ehren gebracht, die einen, um die mildtätigen Personen auszubeuten, um mit den Arbeiterwohnungen Philanthropie zu 6 Prozent zu treiben, um öffentliche Subskriptionen zu veranstalten, deren Ertrag sie selbst schlucken, die anderen, um sich zu amüsieren. Die Wohltätigkeit ist für die Damen des Kapitalismus ein Vorwand zum Klatschen und Intrigieren in den Komitees, welche die Wohltätigkeitsfeste veranstalten, und zum Tanzen, Flirten, Konfektessen und Champagnertrinken auf den Wohltätigkeitsbällen und -Basaren. Die Armen dienen zu allem: die Herren vom Kapital ziehen aus ihnen Profite und die Damen Amüsements. Die Armen sind für sie ein Segen des lieben Gottes. Einzig und allein schon deshalb, weil Christus gesagt hat: „Arme wird es immer unter uns geben", würden sie an seine Gottheit glauben.

Die kapitalistische Klasse, die die Arbeiterklasse systematisch aussaugt und zerrüttet, glaubt sich gegen jeden gemeinschaftlich unternommenen Vergeltungs- und Rückforderungsversuch gesichert, weil den Arbeitern der Zusammenhang mangelt, sie in wirtschaftlicher, leiblicher wie geistiger Not sich befinden und die Säbel und Bajonette der Polizisten und Soldaten da sind! Indes der staunenswerte Mut, die unerschütterliche Widerstandsfähigkeit und die bewundernswürdige Disziplin, welche die Arbeiter in manchen großen, durch Wochen und Monate ausgedehnten Streiks bewiesen haben, sind untrügliche Zeichen für die unbezähmbare Energie, die in den Massen des Proletariats schlummert und die ein politisches Ereignis oder eine allgemeine wirtschaftliche Krise wieder erwecken und entfesseln kann. Die kapitalistische Klasse wird alsdann ja sehen, wieviel in der Wagschale einer sozialen Revolution die Polizei und Armee wiegt, die ihre wirtschaftliche und politische Herrschaft beschützt. Das zur Erhebung erwachte Proletariat wird jeden Widerstand fortfegen, die Pro-

duktionsmittel zum Nationaleigentum machen und die gesellschaftliche Produktion einführen: dann wird, wie in der Zeit des ursprünglichen Kommunismus, die Menschheit die erniedrigende Wohltätigkeit nicht mehr kennen; es wird keine Reichen mehr geben, um Wohltaten zu spenden, und keine Armen mehr, um sie zu empfangen.

Die Comenius-Bibliothek in Leipzig.

Von **Otto Rühle.**

Ostern nächsten Jahres wird sich in der Schenkendorfstraße in Leipzig in schöner Vollendung ein stattlicher, im Renaissancestil gehaltener Bau erheben, der die Aufgabe hat, die größte pädagogische Bibliothek Europas, die zweitgrößte der Erde, in seine Mauern aufzunehmen. In vier geräumigen Halbetagen soll die gewaltige Büchersammlung, die den Namen des ersten der großen deutschen Pädagogen trägt (Comenius, 1592—1670), untergebracht werden; ein Lesesaal, Räume für Katalogisierungsarbeiten und die Expedition, die Hausmeisterwohnung, Wartesäle usw. nehmen den übrigen Teil des Innern in Anspruch, so daß das Gebäude ausschließlich den Zwecken der Bibliothek dient.

Die Entwicklung der Comenius-Bibliothek ist ebenso interessant, als sie das geistige Streben und Wirken der deutschen Lehrerschaft ehrt. Ein Menschenalter — wenn auch voll unausgesetzter Arbeit und Mühe — ist imstande gewesen, aus kleinen, unscheinbaren Anfängen nach und nach dieses standard work zu schaffen.

Vor kaum mehr als dreißig Jahren wurde die Comenius-Bibliothek ins Leben gerufen. Der Leipziger Lehrer Julius Beeger beklagte lebhaft, so schreibt die „Leipziger Lehrerzeitung", daß die deutschen Lehrer ihr pädagogisches Wissen nur aus Kompendien schöpften und nicht zu den Quellenschriften griffen, daß sie Geschichte der Pädagogik trieben, ohne die Hauptwerke zu lesen. Ein Jahr später, am 16. November 1871 (man glaubte noch, Comenius sei am 15. November 1671 gestorben), feierte der Leipziger Lehrerverein dessen zweihundertsten Todestag. Im Anschluß an den Festvortrag stellte Beeger den Antrag, eine pädagogische Zentralbibliothek für ganz Deutschland und Österreich ins Leben zu rufen, die „Comenius"-Bibliothek genannt werden solle. Der Verein stimmte zu und wählte zur Durchführung einen Ausschuß mit Beeger an der Spitze, der dann sofort an die Arbeit ging. Ein Aufruf wurde in alle Welt verschickt, um für das Projekt Stimmung zu machen. Darin hieß es, daß es für jede Wissenschaft, die sich frisch entwickeln soll, notwendig sei, das literarische Material möglichst vollständig und wohlgeordnet an gewissen Sammelstellen aufzuspeichern, und weiter, daß für die Pädagogik Sammlungen dieser Art so gut wie gar nicht vorhanden seien. „Es gilt, eine Bibliothek ins Leben zu rufen, welche den pädagogischen Schriftstellern das Material zum Weiterbau ihrer Wissenschaft möglichst vollständig, übersichtlich geordnet und bequem an die Hand liefert." Damit war der Plan kurz und klar dargelegt.

Die bald darauf, vom 21. bis 23. Mai 1872, stattfindende 20. deutsche Lehrerversammlung gab weitere Gelegenheit, für den Gedanken zu werben. Unter anderem führte Hugo Weber aus: „Eine erhöhte Ausbildung der Pädagogik ist nur möglich, wenn wir ihr eine Stätte gründen, gleichsam eine alma mater für dieselbe, eine Nährmutter, und das ist die Pädagogische Zentral-

bibliothek, die möglichst vollständig alles vorhandene Material wohlgeordnet zusammenstellt. Sie soll eine Rüstkammer sein, soll unsere literarischen Waffen enthalten, mit welchen wir der Pädagogik das Recht einer selbständigen Wissenschaft erkämpfen. Bis uns die deutschen Regierungen eine hohe Schule bauen, werden wir noch lange warten müssen. Aus freier eigener Initiative des Lehrerstandes heraus muß es geschaffen werden: ein Denkmal der Einmütigkeit der deutschen Lehrer, ein Denkmal unseres gemeinsamen Strebens und Wirkens."

Die Agitation hatte anfangs nur mäßigen Erfolg. Die ersten drei Jahre brachten 5737 Mark und 10017 Bücher. Bald aber traten raschere Fortschritte ein. 1880 wies die Bibliothek bereits einen Bestand von 20000 Bänden auf, 1886 waren 40000, 1889 die 50000 und 1901 die 100000 erreicht; in den letzten Jahren bezifferte sich der jährliche Zuwachs auf 4—5000 Nummern. Besondere Erwähnung verdient die Sammlung der mehr als 36000 Schulprogramme von gegen 1500 verschiedenen Lehranstalten. Eine wertvolle Bereicherung erfährt die Bibliothek 1905, indem dann vertragsgemäß die kostbare Bibliothek des als Pestalozzi-Forscher sehr geschätzten früheren Zschopauer Seminardirektors Oberschulrat Israel in ihren Besitz übergeht.

Julius Beeger wollte, so heißt es in einem Schreiben, das der Sächsische Lehrerverein im März 1903 an den geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Lehrervereins richtete, die von ihm begründete und Jahrzehnte hindurch geleitete pädagogische Zentralbibliothek zu einem innerhalb Deutschlands einzig dastehenden Institut ausbauen. Ihrer ganzen Anlage nach völlig verschieden von den vielerorts bereits bestehenden und bis zum heutigen Tage noch vielfach neu begründeten Lehrerbildungsbibliotheken sollte sie wohl der Lehrerbildung im engeren Sinne hervorragende Dienste leisten; ihre letzte und höchste Aufgabe sollte die Comenius-Stiftung jedoch in der Förderung der pädagogischen Wissenschaft erblicken.

In den Satzungen der Comenius-Stiftung vom 8. Februar 1872 begründet denn auch Beeger bereits ein literarisches Archiv für die pädagogische Wissenschaft. § 1. Die Pädagogische Zentralbibliothek (Comenius-Stiftung) hat den Zweck, das Material zum Weiterbau der pädagogischen Wissenschaft namentlich für die auf diesem Gebiet arbeitenden Forscher möglichst vollständig, übersichtlich geordnet und bequem an die Hand zu liefern. § 2. Zu diesem Behuf soll ihr die größtmögliche Vollständigkeit in derjenigen Literatur gegeben werden, welche direkt für Erziehungs- und Unterrichtszwecke bestimmt ist oder in unmittelbarem Zusammenhang damit steht. Dagegen sollen aus den Gebieten der Wissenschaften und Künste, welche als Unterrichtsfächer in der Schule vorkommen, nur die größeren Werke, insofern sie für die Hand des pädagogischen Schriftstellers erforderlich sind, Aufnahme finden. § 3. Es ist ein nach diesen Gesichtspunkten zusammengestelltes Repertorium anzufertigen, welches einerseits dem pädagogischen Schriftsteller über das Vorhandensein von Schriften Aufschluß gibt und andererseits bei den Anschaffungen für die Bibliothek zum Anhalt dient. In den Erläuterungen zum Statut heißt es noch zu § 2: Die Pädagogische Bibliothek soll in größter Vollständigkeit erhalten: alle Schriften, welche für die Erziehung in Haus und Schule, für den öffentlichen wie für den Privatunterricht, für Kindergärten, Volksschulen, Gymnasien, Realschulen, Sonntags- und Fortbildungsschulen, für Waisenhäuser, Blinden- und Taubstummenanstalten berechnet sind oder in irgendeiner Beziehung dazu stehen; alle Schriften, welche für die Hand der Lehrer und Er-

zieher (pädagogische, methodische, didaktische usw.), und alle, welche für die Hand der Kinder und Zöglinge (Schulbücher, Jugendschriften usw.) bestimmt sind; alle Schriften, welche die leibliche Pflege zum Gegenstand haben (Gesundheitspflege, Turnen usw.), und alle, welche die geistige Erziehung behandeln (Psychologie usw.); alle Schulgesetze, Verordnungen, Regulative, Hausordnungen, geschriebene sowohl wie gedruckte, Motive zu den Gesetzen, Gutachten, hierauf bezügliche Landtagsberichte usw.; alles, was sich auf Schulgebäude, Schulmobiliar und Lehrmittel bezieht; Schulzeitungen, Amtskalender, Examenprogramme, schulstatistische Nachrichten usw.; von den vorgenannten Schriften alle aus alter und neuer Zeit, in deutscher oder in fremder Sprache, gute sowohl wie wertlose und schlechte.

In den ersten Jahren ihres Bestehens hatte die Bibliothek mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß mit Defizit gearbeitet wurde. Doch schon im dritten Jahre griff die Stadt Leipzig mit einer regelmäßigen jährlichen Unterstützung ein, die Ende 1902 insgesamt 16500 Mark betrug. Ein Geschenk der Stadt Leipzig ist auch das Grundstück, auf dem das eingangs erwähnte Gebäude errichtet ist. Die Leipziger Lehrerschaft hat zu den Aufwendungen für die Bibliothek den Löwenanteil beigetragen, nämlich 26000 Mark, dem gegenüber sich das sächsische Kultusministerium mit seinen nach und nach bewilligten 4400 Mark und das preußische mit 2300 Mark ungemein kläglich ausnehmen. Der Sächsische Lehrerverein hat bisher 8400 Mark aufgebracht, alle anderen auswärtigen Vereine, Gönner, Lehrer usw. etwas über 22000 Mark.

Die Ausgaben beliefen sich nach der „Leipziger Lehrerzeitung" bisher über 100000 Mark. Für Miete wurden über 20000 Mark, für Ankauf von Büchern zirka 21000 Mark, für Buchbinderlöhne 12000 Mark, für das Drucken der Kataloge über 9000 Mark gezahlt. Das jährliche Budget bewegt sich zwischen 8000 und 10000 Mark.

Die Bibliothek kann von jedermann unentgeltlich benutzt werden; es ist irrig, zu glauben, daß sie nur Lehrern zur Verfügung stünde. Bei Bestellungen genügt eine Postkarte mit behördlichem Stempel, Mitglieder deutscher und österreichischer Lehrervereine brauchen sich nur als solche auszuweisen, und zwar bedarf es dieses Ausweises nur das erstemal. Die bequemen, in keiner Weise lästigen Bedingungen des Entleihens haben begreiflicherweise eine ganz außerordentliche Inanspruchnahme der Bibliothek zur Folge gehabt. Bis Ende 1903 betrug die Zahl der Entleihungen 217000, 136000 Bücher gingen nach auswärts. „Wie manchem talentvollen und strebsamen Manne mag die Bibliothek in den Sattel geholfen, wie manchen zu begeistertem Schaffen angeregt, wie manchen aber von nutzloser Schreiberei abgehalten haben."

Die Gesamtzahl der gegenwärtig in der Comenius-Bibliothek vereinigten Bücher beträgt zirka 110000; das neue Gebäude ist so geräumig, daß es bis zu 300000 Bänden aufnehmen kann, außerdem läßt es sich ohne Schwierigkeiten durch Erweiterungsbauten vergrößern. Der vorhandene Platz für Neuanschaffungen dürfte für ein halbes Jahrhundert ausreichend sein.

Eine Quelle unerschöpflicher Belehrung, eine Pflegestätte pädagogischer Wissenschaft wie kaum eine zweite, ein Denkmal deutschen Geisteslebens wird die Comenius-Bibliothek in den kommenden Jahrzehnten noch segensreicher wirken als in den verflossenen. Breite, tiefe Ströme der Bildung gehen von ihr aus. . . .

Berufstätige und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Österreich.

Von H. Fehlinger.

Die vor kurzer Zeit veröffentlichten summarischen Ergebnisse der österreichischen Betriebszählung von 1902[1] ermöglichen eine Gegenüberstellung der Zahl der bei dieser Gelegenheit ermittelten berufstätigen und jener der organisierten Arbeiter dieses Landes, wobei die relative Stärke der Organisation in den verschiedenen Gewerbeklassen zum Ausdruck kommt. Allerdings stößt man dabei auf Schwierigkeiten, insbesondere weil die Klassifikation der Berufe der amtlichen und der Gewerkschaftsstatistik nicht allgemein übereinstimmt; doch ist dies nur bei einer Minderheit der Gewerbeklassen der Fall.

Insgesamt wurden durch die Betriebszählung 3981303 Personen ermittelt, welche in der Produktion, sowie im Handel, Verkehr und sonstigen Gewerben, ausschließlich der Land- und Forstwirtschaft und des Eisenbahnbetriebs, tätig waren. Davon entfällt ein guter Teil auf solche Klassen, welche für die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der Arbeiter außer Betracht kommen. Es waren: Tätige Inhaber 1250094 oder 31,4 Prozent; technisches Aufsichtspersonal und kaufmännische Beamte 318810 oder 8 Prozent; Arbeiter 2412399 oder 60,6 Prozent, wobei jedoch die am Zählungstag Arbeitslosen nicht berücksichtigt wurden; die mittätigen Familienangehörigen in Kleinbetrieben und in den mit Heimarbeiterkarten gezählten Betrieben (314788) sind ebenfalls ein für die Gewerkschaften meist unzugängliches Element. Obzwar die Betriebsstellung derselben nicht mitgeteilt wird, so geht man doch kaum fehl mit der Annahme, daß sie zumeist als Arbeiter zu betrachten seien. Eine Ausnahme muß hinsichtlich des Handels, Verkehrs usw. gemacht werden; in diesen Gewerbeklassen erscheint die Zahl der Beamten bedeutend höher als jene der Arbeiter, was vermuten läßt, daß ein Teil der Gehilfen als „Beamte" verzeichnet wurden; auch die Zahl der „Familienangehörigen" übertrifft im Falle der letztgenannten Gewerbe jene der als „Arbeiter" ausgewiesenen Personen. Zieht man nun die in den Produktionsgewerben tätigen 217604 Familienangehörigen der Betriebsinhaber von der gesamten Arbeiterzahl ab, so bleiben 2194795, die für die gewerkschaftlichen Bestrebungen in Betracht kämen.

Die Gewerkschaftskommission in Wien gibt die Zahl aller organisierten Arbeiter Österreichs (am 31. Dezember 1903) mit 177592 an.[2] Hiervon müssen wir die organisierten Eisenbahner, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Beamten (zusammen 28995) in Abrechnung bringen, da diese Kategorien von Erwerbstätigen in den Zahlen der Betriebsstatistik nicht mit inbegriffen sind, worauf sich ergibt, daß in allen übrigen Gewerbeklassen 148597 Arbeiter, oder 6,8 Prozent von allen 2194795, den gewerkschaftlichen Organisationen, einschließlich der gemischten Gewerkschaften und der Arbeiterbildungsvereine, angehören. In der vorgenannten Zahl der Berufsarbeiter sind auch jugendliche Personen unter 16 Jahren mit inbegriffen. Um die relative Stärke der Gewerkschaftsorganisation richtig beurteilen zu können, ist es nötig, auch diese auszuscheiden. Aus dem vorliegenden statistischen Material ist nun wohl zu ersehen, daß die Zahl dieser Jugendlichen 231,701 beträgt, jedoch fehlen uns Angaben über die Verteilung derselben nach der Stellung im Betrieb. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß sich die Jugendlichen auf die beiden Klassen der familienfremden Arbeiter und der tätigen Familienangehörigen verteilen. Setzen wir dabei voraus, daß die Proportion der jugendlichen familienangehörigen und familienfremden Arbeiter dieselbe ist wie bei den Erwachsenen, so entfallen auf die Klasse der Arbeiter 87 Prozent, das sind 201,579 von allen jugendlichen Personen. Hienach würde die Zahl der organisierbaren Arbeiter am Zählungstag 1993216 betragen

[1] „Statistische Monatsschrift", 1904, Heft 5—7.

[2] „Die Gewerkschaft", 1904, Nr. 11.

haben. Mit dieser Zahl kann man jene der gewerkschaftlich Organisierten besser vergleichen und man gelangt zu dem Schlusse, daß dieselben 7,5 Prozent aller gewerblichen Arbeiter Österreichs im Alter von 16 Jahren und darüber bilden, ausschließlich der Eisenbahner usw. Wieweit in den einzelnen Gewerbeklassen von diesem Durchschnitt abgewichen wird, ist aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen. Es muß dabei ferner bemerkt werden, daß eine Teilung der Mitglieder des Verbandes der Papier-, chemischen und Gummiarbeiter auf die Gewerbeklassen Papierindustrie einerseits und chemische und Kautschukindustrie andererseits nötig wäre. Dies ist jedoch nicht durchführbar, weshalb die gesamte Mitgliedschaft der letztgenannten Gewerbegruppe zugezählt wurde, was um so berechtigter erscheint, als die Papierarbeiter nur eine Minorität bilden. Um nicht zu Schätzungen Zuflucht nehmen zu müssen, ist die gesamte Arbeiterzahl, einschließlich der Jugendlichen, in allen Gewerbeklassen angesetzt. Hingegen sind, mit Ausnahme des Handels, Verkehrs usw., die in Kleinbetrieben und mit Heimarbeiterkarten gezählten Betrieben tätigen Familienangehörigen der Inhaber außer acht gelassen.

Gewerbeklassen	Zahl der Arbeiter	Zahl der Gewerkschafter Absolut	Zahl der Gewerkschafter In Prozent
Urproduktion	160006	8450	5,3
Hüttenbetrieb, Metallverarbeitung, Maschinenbau, Anlagen für Licht und Kraft	301416	24425	8,1
Industrie in Steinen, Erden usw.	192684	7743	4,0
Holz-, Flecht-, Schnitzindustrie	132075	12997	9,8
Chemische und Kautschukindustrie	46423	3610	7,8
Industrie in Leder, Federn usw.	29345	4401	15,0
Textilindustrie	310480	11932	3,8
Tapezierergewerbe	3806	—	—
Bekleidungs- und Putzindustrie	216960	13500	6,2
Papierindustrie	48495	1939	4,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	211564	9427	4,5
Gast- und Schankgewerbe	109876	—	—
Baugewerbe	267816	6219	2,3
Graphische Gewerbe	28505	14753	51,8
Industrie im Umherziehen	209	—	—
Handel, Verkehr usw.	135157	5386	4,0

Rechnet man den oben angeführten 124782 organisierten Arbeitern die Mitglieder der gemischten Gewerkschaften usw. (22927) zu, ebenso jene der Eisenbahnerorganisation usw. (29883), so erhalten wir die Gesamtziffer der Gewerkschaftskommission. Könnte man die den gemischten Gewerkschaften usw. Angehörigen nach Berufen einreihen, so würde sich der Prozentsatz der organisierten Arbeiter allgemein etwas erhöhen.

Die Gegenüberstellung der Zahl der beruflich tätigen und jener der organisierten Arbeiter zeigt uns deutlich, daß in Österreich die Gewerkschaftsorganisation noch nicht so weite Fortschritte gemacht hat als im Deutschen Reiche.[1] Dabei muß man freilich in Betracht ziehen, daß die Organisationsbestrebungen diesseits der schwarzgelben Grenzpfähle auf noch weit größere Schwierigkeiten stoßen, als draußen im Reiche, die in den politischen Verhältnissen und in der ökonomischen Rückständigkeit ihre Begründung haben. Mit Recht sagt Hueber in seinem letzten Bericht über die Stärke der österreichischen Gewerkschaften, daß diese Umstände unser Wollen und Können nicht über eine bestimmte Grenze hinauslassen, um die Arbeitermassen schneller der Organisation zuzuführen. In den letzten Jahren wurde manches zum Ausbau und zur Festigung der Gewerkschaftsbewegung getan; „sie besitzt nun ein tragfähiges Fundament, auf welchem mit mehr Sicherheit weiter gebaut werden kann, als ehedem.“[2]

[1] Vergl. „Korrespondenzblatt“ 1904, Nr. 27, Tabelle VI.

[2] „Die Gewerkschaft“ 1904, S. 117.

Literarische Rundschau.

Dr. **Bernhard Harms**, Privatdozent der Nationalökonomie und Statistik an der Universität Tübingen, **Deutsche Arbeitskammern.** Untersuchungen zur Frage einer gemeinsamen gesetzlichen Interessenvertretung der Unternehmer und Arbeiter in Deutschland. Tübingen 1904, H. Lauppsche Buchhandlung. XII und 96 S. 8°. — — **Die holländischen Arbeitskammern**; Professor Raoul Jay, **Die Arbeitsräte in Frankreich.** (Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 12.) Jena 1903, G. Fischer. V und 86 S. kl. 8°.

In der ersten Schrift gibt Harms eine Übersicht über die Arbeitsämter und verwandte Erscheinungen, er sucht die Begriffe von Arbeitsamt, Arbeitskammer, Arbeitsräten, Beiräten, Arbeitersekretariaten, Arbeiterausschüssen klar zu definieren. Es ist dies sicherlich eine wenn auch nicht angenehme, so doch nützliche Beschäftigung. Die belgischen, holländischen, französischen, italienischen, schweizerischen Einrichtungen, die einstmals in Österreich geplanten Arbeiterkammern, die verschiedenen Vorschläge in Deutschland, Arbeitskammern einzurichten, legt der Verfasser klar an der Hand des vorliegenden Materials dar, um dann zur Beantwortung der Frage zu kommen, ob das Deutsche Reich Arbeitskammern errichten soll. Er bejaht diese Frage entschieden, er tritt für ziemlich ähnliche Einrichtungen ein, wie sie, dem Erachten des Referenten nach, nicht allzu glücklich im Jahre 1885 von den Sozialdemokraten gefordert wurden. Der Referent ist nicht für paritätische Arbeitskammern, sondern für Arbeit*er*kammern, das heißt Vertretungen der Arbeiter, ähnlich wie es für andere Klassen der Gesellschaft die Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw. sind. Die Erfahrungen mit den Handwerkerkammern, in denen Unternehmer und Arbeiter vertreten sind, steigern gerade nicht unsere geringen Sympathien für die Arbeitskammern. Harms macht sich alle möglichen Illusionen über den Nutzen der Arbeitskammern. Er erörtert die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Unternehmern, er erhofft die Loslösung der Gewerkschaften von dem Standpunkt des Klassenkampfes und ihre Heranziehung zur Mitarbeit an den Aufgaben des Staates. Er spricht bei dieser Gelegenheit auch von der Umgestaltung dieser Organisationen in dem Sinne, daß sie ausschließlich beruflichen Interessen dienen. Tatsächlich tun sie dies heute schon und nur gehässige oder mangelhaft informierte Beurteiler der Gewerkschaften können behaupten, daß sie andere als ihre beruflichen Interessen in den Vordergrund stellen. 99 von 100 Teilen der gewerkschaftlichen Betätigung sind gerade seit der Kräftigung der Berufsorganisationen den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften, der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewidmet. Derartige nicht zutreffende Urteile über die Gewerkschaften sind bei Harms nicht erstaunlich, ist ihm doch die Terminologie der Gewerkschaften nicht geläufig, so spricht er immer, wenn er eine Aussperrung im Auge hat, von einer Ausschließung.

Sowenig wir mit den Tendenzen des Verfassers übereinstimmen, so gerne wollen wir anerkennen, daß sein Buch eine wertvolle Informationsquelle ist und eine wenn auch nicht vollständige, so doch brauchbare Materialiensammlung.

Die zweite der genannten Schriften ist letzteres in höherem Maße. Die holländischen Arbeitskammern finden hier die zweite Darstellung durch Harms. Die erste, umfangreichere ist von einem besonders sachkundigen Kritiker, Vliegen, im zweiten Bande des 21. Jahrganges dieser Zeitschrift auf S. 367 bis 372 eingehend besprochen. Die vorliegende Darstellung ist nur ein Auszug aus der größeren Schrift, bloß die Berichte der Arbeitskammern für das Jahr 1902 sind noch berücksichtigt. In erheblich kürzerer Weise als die holländischen Kammern sind die französischen Arbeitsräte, die einst vielberühmte Schöpfung Millerands, behandelt. Es geht aus der Darstellung des bekannten französischen, katholischen Sozialpolitikers hervor, daß Regierung und Senat die rechtliche Grundlage der französischen Arbeitsräte nicht anerkennen, daß die wenigen bestehenden unter geringer Teilnahme der Wählerschaft zustande kamen und eine nicht sehr bemerkenswerte Tätigkeit entwickelten. Ein

Gesetzesvorschlag zur Schaffung neuer, in ihrer Wirksamkeit beschränkter Arbeitsräte liegt dem französischen Parlament vor, für seine Verabschiedung soll aber wenig Aussicht vorhanden sein. ad. br.

Hans Gideon Heymann, **Die gemischten Werke im deutschen Großeisengewerbe.** Ein Beitrag zur Frage der Konzentration der Industrie. Münchener volkswirtschaftliche Studien. 65. Stück. Stuttgart und Berlin 1904, Cotta. IX und 342 S.

Dieses Buch bedeutet mehr, als sein Titel verrät; es ist eine gute, mit sehr großem Fleiße gearbeitete Geschichte der deutschen Eisenindustrie speziell in der Kartellzeit. Die geschichtliche Darstellung dient dem Autor als Mittel, die Überlegenheit und den Sieg der gemischten Werke gegenüber den reinen Werken zu zeigen. Die gemischten Werke, die mehrere oder auch alle Produktionsstufen zwischen den Kohlen- und Erzfeldern einerseits und dem Markte für Walz- und Gußwaren umfassen, arbeiten in der Regel schon allein der technischen Überlegenheit wegen billiger als die reinen Werke, die nur auf einer Produktionsstufe sich ausbreiten. Dazu kommt aber noch mehrfacher Vorteil auf den Märkten für Roh- und Fertigfabrikate, sie sind von der Konjunktur viel unabhängiger und können sie andererseits wieder besser ausnützen usw. Infolgedessen sind die größten und kapitalkräftigsten Werke gemischt, die gemischten Werke sind die Zentren, in welchen das Kapital immer mehr sich versammelt, sie beherrschen die ganze Industrie und auch die Kartelle.

Heymann entwickelt in vortrefflicher Weise, wohin die Geschäftspolitik der großen gemischten Werke führt. Diese Werke, von denen viele an einem Dutzend, ja noch viel mehr Kartellen beteiligt waren — ein Umstand, dessen Unleidlichkeit übrigens viel zur Schaffung des Stahlwerksverbandes beigetragen hat —, betrieben und betreiben eine Geschäftspolitik, welche die reinen und schwächeren Werke ruiniert. Schwindel und Tricks sind dabei gar nicht nötig: die Kartellpreise für das Rohmaterial der reinen Werke werden hoch, die Preise für das Produkt der reinen Werke relativ niedrig gehalten und zwischen beiden die reinen Werke zerquetscht, bis sie einem großen gemischten Werke in den Rachen fallen: „Mittelstandspolitik haben die Kartelle treiben wollen; die Früchte waren großkapitalistische Konzentration, Expansion und Expropriation, wie sie im gleichen Umfang ohne Kartelle nie erfolgt wäre, selbst wenn sich verstärkte Ansätze zur Trustbildung gezeigt hätten. Heute sind nur noch zwei bis drei Dutzend großer Werke auf dem Schlachtfeld der Konkurrenz in der deutschen Eisenindustrie übrig geblieben." Hinter diesen steht das halbe Dutzend Berliner Großbanken. Und der Autor resümiert mit den folgenden bemerkenswerten Worten: „Für die deutsche Montanindustrie ist die Richtigkeit der Konzentrationslehre von Karl Marx exakt nachgewiesen — die Montanindustrie Deutschlands ist reif zur Expropriation."

Wie es mit der Möglichkeit der Gründung neuer Konkurrenzwerke durch Kapitalisten, welche außerhalb der Syndikate stehen, beschaffen ist, das stellt Heymann für die einzelnen Reviere ebenfalls vortrefflich dar. Die Erz- und Kohlenfelder sind in festen Händen, die Syndikatsmitglieder dürfen auch nicht ohne weiteres verkaufen. Aber selbst der für die Anlage von Hüttenwerken in Betracht kommende Grund und Boden ist vielfach mit Beschlag belegt. Ein Eisenwerk im Moselrevier zum Beispiel kaufte in kleinen Abständen kleine Parzellen derart auf, daß eine größere einheitliche Neuanlage unmöglich ist. „Will heute ein unbeteiligter Dritter", so resümiert der Verfasser auch hier in drastischer Weise, „der weder Kohlen- noch Erzinteressent ist, in Deutschland Stahlwerke errichten, so muß er nach Bremen und Hamburg, nach Stettin oder Danzig gehen und zusehen, wie weit er mit englischer Kohle und mit schwedischem Erz kommt."

Zur Vollendung der Wirkung dieses Buches fehlt nur eines, eine Geschichte der Arbeiterschaft. Nach den Huéschen Studien über die „modernen Völkerwanderungen" und nach der Arbeit Bosselmanns in den „Störungen im deutschen Wirtschaftsleben" zu schließen, könnte man da sehr interessante Dinge erfahren. Tat-

sächliche Mängel finden wir wenig in dem Buche; Kleinigkeiten vermögen den Wer der Arbeit nicht zu verringern, wie ein häufiges, aber etwas heiser klingendes Be kenntnis zu Brentano und der Irrtum, daß bei schlechter Konjunktur die Kartel preise durch Produktionseinschränkungen hochgehalten werden (S. 245), während si doch auch dann einfach Monopolpreise sind. J. G

Notizen.

Über den Chemigraphentarif veröffentlichte Fr. Schnetter in Nr. 52 der „Neue Zeit" einen neuen Artikel, durch den er die Aufsätze von A. Hehr in Nr. 26 un von mir in Nr. 33 dieser Zeitschrift, die als Antwort auf seinen in Nr. 20 er schienenen ersten Artikel veröffentlicht wurden, zu widerlegen sucht. Verschieden Umstände ermöglichen es mir leider erst heute, auf die zweiten Ausführunge Schnetters noch kurz folgendes zu entgegnen:

Die überwiegende Mehrheit der Lithographen, Chemigraphen, Steindrucker un Lichtdrucker hält Tarifverträge für diese Berufe für erstrebenswert, was durch de einmütigen Beschluß der Generalversammlung 1901 des Zentralverbandes bewiese wird. Daß dort Tischendörfer das einleitende Referat hielt, tut gar nichts zu Sache, und die Opposition des Sonderverbandes der Lithographen, der sich durch di Außerachtlassung des demokratischen Prinzips der Unterordnung einer verschwin denden Minderheit unter die Mehrheit außerhalb der modernen Gewerkschafts bewegung stellte, ändert an der tarifgünstigen Stimmung nicht das mindest Übrigens bleibt Schnetter dafür, daß der spätere Verlauf der Dinge die Richtigkei der Einwände des Sonderverbandes bestätigt haben soll, den Beweis schuldig.

Wenn die Gehilfen beim Tarifabschluß auf die Forderung der Unternehme nach dem sogenannten Organisationszwang eingingen, dann geschah es angesicht der errungenen Vorteile und im Vertrauen auf die Stärke ihrer Organisation. Den schon damals waren die Gehilfen in einem derartig hohen Prozentsatz organisier daß nicht viel zu „pressen" übrig blieben. Die Unternehmer hätten sich also m ihrer Hoffnung auf die „Fahnenflucht der Gepreßten" getäuscht. Übrigens hätte auch die Gehilfen in bezug auf die gepreßten Unternehmer dieselben Hoffnunge hegen können, wenn Schnetters Ansicht richtig ist. Aber sie ist nicht richtig, und da Nachgeben der Gehilfen in dem einen Falle gibt ihm kein Recht zu der Behauptun sie hätten sich von den Unternehmern zur Erreichung eigennütziger Zwecke mi brauchen lassen. Übrigens widerspricht sich auch Schnetter in dieser Frage, inde er auf der einen Seite behauptet, die Gehilfen hätten den Unternehmern zur mon polistischen Beherrschung des Marktes verholfen, und auf der anderen, Schmut konkurrenz lasse sich auch durch Zwangsbestimmungen nicht ausschließen.

Dagegen, daß durch den Chemigraphentarif tatsächlich der Schmutzkonkurre vorgebeugt wird, werden auch die Konsumenten der chemigraphischen Erzeugnis kaum etwas einzuwenden haben, da es nicht in deren Interesse liegen kann, billige Ware auf Kosten der Löhne der Hersteller zu erhalten. Nicht die früheren „hohe Preise sollten wieder erzielt werden, wohl aber solche Preise, auf Grund deren den herstellenden Arbeitern möglich ist, auch vernünftige Arbeitslöhne zu forder

Zum Schlusse will ich noch bemerken, daß unorganisierte oder die sechs Chem graphen des Sonderverbandes an Nachteilen, die sie durch den Tarif erleiden, selb schuld sind, daß nach dem Urteil hervorragender Gewerkschaftsführer und nach fo täglichen Erfahrungen trotz Schnetter die Tarifverträge den Klassenkampfcharakt der Verbände nicht beeinträchtigen und daß uns endlich das Lob unserer Gegn ebensowenig berühren muß wie ihr Tadel. Paul Barth

---

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 6 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Nationale Ehre und Verwandtes.

♂ Berlin, 2. November 1904.

Die südwestafrikanische Kampagne gegen die Hereros entwickelt sich mehr und mehr zu einem reellen Kolonialkrieg, der Hunderte von Menschenleben und Hunderte von Millionen verschlingen wird, soweit er sie nicht schon verschlungen hat. Trotz aller „Siege", die von den deutschen Truppen erfochten werden, wagen selbst die verblendetsten Kolonialblätter nicht zu bestreiten, daß die Wunde noch lange Jahre bluten wird, aber es gibt keinen bürgerlichen Gegner dieser verpfuschten Kolonialpolitik, der sich zu der Forderung aufschwänge, endlich Schluß mit ihr zu machen. Um der „nationalen Ehre" willen soll der historische Widersinn fortgetrieben werden, bis die bitterste Neige des Kelches geleert ist.

Ein Glück, daß wenigstens für die deutsche Arbeiterklasse diese „nationale Ehre" ein hohles Schlagwort ist, für das sie nicht einmal einen Pfifferling zahlt. Sie steht ihrerseits auf dem Standpunkt, daß die „nationale Ehre" nur durch die Nation selbst verpfändet werden kann, und die deutsche Nation hat mit den kolonialen Abenteuern nie etwas zu schaffen gehabt. In ihrem Ursprung ein Verlegenheitsmanöver Bismarcks, der gerade vor zwanzig Jahren, gegen seine bessere Überzeugung, die deutsche Reichsflagge über der südwestafrikanischen Sandwüste hissen ließ — zu dem edlen Zwecke eines Wahlpuffs, der die gärende Unzufriedenheit der deutschen Philister noch einmal beschwichtigen sollte —, ist die deutsche Kolonialpolitik niemals mehr als die verwerfliche Spielerei kleiner Kreise gewesen. Freilich hat sie der Reichstag gebilligt, aber nur weil die bürgerliche Opposition sich in dieser, wie in anderen Fragen, um eine ernsthafte Entscheidung zu drücken gewußt hat.

Die „nationale Ehre" jammert jetzt darum, daß 400 auf britisches Gebiet übergetretene Hereros von den kapländischen Kolonialbehörden ausgeliefert werden sollen, damit sie an deutschen Stricken baumeln können. Einstweilen haben die Engländer diese Hereros entwaffnet, jedoch das genügt dem reizbaren

Ehrgefühle unserer Kolonialfexe nicht. Der Henker ist der einzige Mann, der die „nationale Ehre“ sühnen kann. Ob die Engländer diese Blut- und Mordgier befriedigen werden, das ist freilich sehr fraglich. Nicht weil bei ihnen ein unbilliges Übermaß von Menschenfreundlichkeit vorauszusetzen wäre, sondern weil sie bisher nicht die geringste Neigung verraten haben, der deutschen Kolonialpolitik gefällig zu sein. So wird der edle deutsche Patriot sich über seinen Durst nach Hereroblut einstweilen hinwegtäuschen müssen durch neue Schimpfereien über das „perfide Albion“, womit sein Warenlager an „nationaler Ehre“ ja reichlich genug assortiert ist.

Inzwischen haben auch die herrschenden Klassen in England einen hübschen Beitrag zum Kapitel von der „nationalen Ehre“ geliefert. Die Beschießung englischer Fischerboote durch russische Kriegsschiffe schien einen Augenblick das ganze englische Volk zu entflammen, und es sah beinahe so aus, als ob der russische Bär für seine unaufhörlichen Frechheiten endlich einmal einen gehörigen Klaps auf die Tatzen bekommen werde. Allein der zarische Despotismus trägt eher einen Lorbeer, als eine Ohrfeige davon, für einen Bruch des Völkerrechts, der an Ruch- und Sinnlosigkeit seinesgleichen sucht. Alle die großen Worte der englischen Diplomatie waren rein in den Wind gesprochen, so daß man beinahe eine Art sympathischen Verständnisses für den armen Grafen Bülow empfindet, der über die Beschießung eines deutschen Dampfers durch die russischen Lümmel gar nicht erst große Worte gemacht, sondern sich gleich mit schweigender Demut in Väterchens unerforschliche Ratschlüsse geschickt hat.

Da mag man sich noch die braven Japaner loben, die, gelb und häßlich und schlitzäugig und was sie sonst noch sein mögen, wenigstens nicht in zitternder Erfurcht vor dem zarischen Bären ersterben, sondern ihn auf glühenden Platten tanzen lassen. Es ist die bitterste Satire auf die europäische Zivilisation, daß während vor fünfzig Jahren noch die westeuropäischen Völker den Mut hatten, der russischen Hegemonie die Zähne zu weisen, heute nur noch ein asiatisches Volk diesen Mut besitzt. Aber wie soll man dann über eine Politik denken, die den internationalen Sozialismus bestimmen will, einen flehenden Aufruf an die internationale Diplomatie zu richten, auf daß diese dem Blutvergießen des japanisch-russischen Krieges ein Ziel setze? Bekanntlich hat Jaurès einen solchen Vorschlag gemacht, ohne überall mit derjenigen Entschiedenheit zurückgewiesen zu werden, die im Interesse des proletarischen Emanzipationskampfes geboten gewesen wäre.

Es ist klar und bedarf keiner weitläufigen Begründung, daß der internationale Sozialismus den Krieg verabscheuen und brandmarken muß, genau so, wie er die Klassengesellschaft verabscheut und brandmarkt, die immer aufs neue Kriege erzeugt und ihrem inneren Wesen nach erzeugen muß. Aber es ist ein vollkommener Trugschluß, daraus zu folgern, daß es die Aufgabe der modernen Arbeiterklasse sei, jeden Krieg um jeden Preis zu hindern. Gewiß sind die Kriege heute viel greuelvoller, als zu irgendeiner früheren Zeit, aber wünscht das Proletariat deshalb den Stillstand der kapitalistischen Entwicklung, weil sie je länger je mehr Leiden auf sein Haupt häuft? Gesetzt, es wäre möglich, den japanisch-russischen Krieg durch sentimentale Entrüstungsschreie zu

schließen, was wäre damit gewonnen, als eine verhängnisvolle Selbsttäuschung der Arbeiterklasse über das unveräußerliche Wesen der kapitalistischen Produktionsweise? Und welches Interesse hat der internationale Sozialismus daran, seinen Todfeind aus der Falle zu befreien, in die er endlich geraten ist? Es ist zwar richtig, obgleich keineswegs neu, wenn Jaurès meint, der russische Autokrat könne viele bessere und nützlichere Dinge tun, als mit Japan Krieg zu führen. Aber wer kann sich im Ernste vorstellen, daß Väterchen diese besseren und nützlicheren Dinge tun wird, sobald ihn der internationale Sozialismus aus der Klemme gerettet hat, worin er jetzt steckt? Als ob ein Fuchs je aufhören könnte, die Hühner des Bauern zu würgen, der so töricht gewesen wäre, ihm aus dem Tellereisen zu helfen!

Zunächst ist alles das eine ebenso unfruchtbare wie wehleidige Sentimentalität. Ein sozusagen praktisches Gesicht bekommt die Sache erst dadurch, daß sich nach Jaurès der internationale Sozialismus an die internationale Diplomatie wenden soll, um den Frieden zwischen Japan und Rußland zu vermitteln. Die moderne Arbeiterklasse soll sich also um Hilfe und Rat an eine Schicht der herrschenden Klassen wenden, wie sie teils drohnenhafter, teils volksverräterischer selbst in der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufzufinden ist! Es war die goldene Zeit der Diplomatie, als im achtzehnten Jahrhundert die Pflicht eines Diplomaten dahin erläutert wurde, „andere Länder zu belügen zu seines eigenen Landes Bestem". Damals hatte diese Lügerei noch eine gewisse historische Bedeutung; hundert Jahre später konnte Bismarck, als er die ersten Blicke hinter die diplomatischen Kulissen tat, schon in gänzlicher Verblüffung schreiben: „Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat nicht, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigtuerei in dieser Diplomatie steckt." Seitdem die kapitalistische Entwicklung die letzten verhüllenden Schleier abgeworfen und die großen Interessenkonflikte der Klassen wie der Nationen klar und nackt einander entgegengestellt hat, ist das diplomatische Gewerbe zu einer ebenso perfiden wie plumpen Bauernfängerei geworden, die keine andere Aufgabe mehr hat, als den beherrschten und unterdrückten Klassen auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen ein X für ein U zu machen. Deshalb forderte Lothar Bucher, zur Zeit als er noch ein gescheiter Demokrat war, die Abschaffung aller Gesandtschaften, und Liebknecht hat oft in zutreffender Weise darauf hingewiesen, daß, je unfreier ein Volk, desto geriebener seine Diplomatie sei, und umgekehrt. Deshalb hätten die Vereinigten Staaten die schlechtesten Diplomaten, Rußland aber die besten.

Das hat sich wieder bei dem neuesten englisch-russischen Zwischenfall gezeigt. Wäre es nach dem Willen des englischen Volkes gegangen, so hätte der zarische Despotismus für das Blutvergießen, das seine Knechte unter den englischen Fischern angerichtet haben, einen gehörigen Denkzettel empfangen; da es aber nach dem Willen der englischen und der russischen Diplomatie ging, kommt der Sünder nicht nur mit einem blauen Auge davon, sondern es sieht ganz danach aus, daß die an der Doggersbank verübten Mordtaten zu einer diplomatischen „Annäherung" zwischen England und Rußland führen werden. Und diese selbe Diplomatie soll der internationale Sozialismus anrufen, damit sie den Frieden

zwischen Japan und Rußland vermittle! Da würde eine schöne Bescherung ans Tageslicht kommen, vorausgesetzt, daß die internationale Diplomatie wirklich das leisten könnte, was Jaurès ihr ansinnt.

Glücklicherweise kann sie es nicht. Gegenüber einem großen Interessenkonflikt der Klassengesellschaft, wie er in dem japanisch-russischen Kriege explodiert, ist sie so ohnmächtig, wie ein Bauernfänger gegenüber einer periodischen Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Die einzige Wirkung solcher Vorschläge, wie sie Jaurès gemacht hat, besteht in der Zerrüttung der Erkenntnis, die sich über das historische Wesen des Kapitalismus und des Krieges, dank den Arbeiten unserer großen Meister, mühsam genug im internationalen Sozialismus durchgesetzt hat. Deshalb müssen sie mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, auch wenn sie praktisch nicht besonders großen Schaden anzurichten vermögen. Die arbeitenden Klassen dürfen nicht in die Illusion gewiegt werden, als hätten sie irgend etwas von einem Werkzeug der herrschenden Klassen zu erwarten, wie die Diplomatie ist; sie brandmarken und verabscheuen den Krieg als eine Pest, die gerade aus ihrer Reihe die schwersten Opfer heischt, aber eben darum dürfen sie sich nicht der geringsten Selbsttäuschung über den historischen Ursprung des Krieges hingeben. Der proletarische Klassenkampf muß auf dem Gebiet der auswärtigen Politik genau so unerbittlich geführt werden, wie auf dem Gebiet der inneren Politik.

Nach alledem hat das proletarische Klasseninteresse mit dem Friedenstraum, der auf die internationale Diplomatie hofft, sowenig etwas zu tun, wie mit der „nationalen Ehre“, die sich in die Hände des Henkers befiehlt.

Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen.

Von **Otto Bauer** (Wien). (Schluß.)

II.

Die Verwandlung des totgelegten in angelegtes Kapital erfordert zunächst Ausdehnung der Produktion der Güter höherer Ordnung, der Produktionsmittel; aber das Wachstum des Einkommens von Kapitalisten und Arbeitern führt auch eine gewaltige Produktionssteigerung der Konsumtivgütergewerbe herbei. Um die Bedingungen des Gleichgewichtes der Produktionsmittel- und der Konsumtionsgüterindustrien kennen zu lernen, unterstellen wir, daß in jedem Jahre das ganze Produkt der gesellschaftlichen Arbeit des Jahres, aber auch nur das Produkt dieses Jahres konsumiert wird. Nennen wir in der Gruppe I, den Produktionsmittelindustrien, das in der Produktion verzehrte fixe Kapital f, das zirkulierende konstante Kapital z, das variable Kapital v, den produktiv angelegten Teil des Mehrwertes p, den totgelegten Teil des Mehrwertes a und den als Revenue des Kapitalisten verzehrten Mehrwertteil r, endlich die Summe der Produktionspreise der gesamten Produkte der Gruppe I während eines Jahres P, so erhalten wir:

$$\text{I. } f + z + v + p + a + r = P.$$

Analog für die Gruppe II, die Konsumtionsgüterindustrien:

$$\text{II. } f_1 + z_1 + v_1 + p_1 + a_1 + r_1 = G.$$

Soll die Gruppe I ihre Produkte während des Jahres absetzen können, so muß, wenn wir $\frac{f}{n}$ und $\frac{f_1}{n_1}$ den in dem betreffenden Jahre erneuerten Teil des fixen Kapitals,[1] kp und $k_1 p_1$ den in konstantes Kapital verwandelten Teil des Mehrwertes nennen, folgende Bedingung erfüllt sein:

$$\text{III.}\quad \frac{f}{n} + z + kp + \frac{f_1}{n_1} + z_1 + k_1 p_1 = P.$$

Nennen wir den in variables Kapital verwandelten Mehrwertteil βp und $\beta_1 p_1$ — so daß also $kp + \beta p = p$ und $k_1 p_1 + \beta_1 p_1 = p_1$ ist —, so stellt sich uns die Bedingung des ungestörten Absatzes der Waren der Gruppe II in der folgenden Gleichung dar:

$$\text{IV.}\quad v + r + \beta p + v_1 + r_1 + \beta_1 p_1 = G.$$

Subtrahieren wir nun die Gleichung IV von der Gleichung II, so erhalten wir die neue Gleichung:

$$f_1 + z_1 + a_1' + k_1 p_1 - v - r - \beta p = 0.$$

oder, wenn wir $f^1 + z_1 = c_1$ einsetzen:

$$c_1 + a_1 + k_1 p_1 = v + r + \beta p.$$

Die Bedingung des Gleichgewichtes bei kapitalistischer Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter ist also, daß die Summe des in der Produktion verzehrten konstanten Kapitals, des totgelegten und des in konstantes Kapital verwandelten Mehrwertteils der Konsumtionsgüterindustrien gleich ist der Summe des variablen Kapitals, des als kapitalistische Revenue konsumierten und des in variables Kapital verwandelten Mehrwertteiles der Produktionsgüterindustrien. Dieses Gleichgewicht stellt sich nun in der von uns betrachteten Periode des „Aufschwunges" unschwer her. Beide Wertsummen weisen Tendenz zum Steigen auf, sowohl das konstante Kapital der Gruppe II, als auch die Revenuen der Kapitalisten und Proletarier der Gruppe I. Daß dieses Wachstum in einem solchen Verhältnis geschieht, daß das Gleichgewicht erhalten oder doch immer wieder hergestellt wird, bewirkt die Heranziehung des neuen, bisher totliegenden Kapitals, welches durch die jeweilige Preislage bald in die eine, bald in die andere Gruppe gelockt wird. Wird so einerseits das Streben nach Herstellung des Gleichgewichtes der beiden großen Gruppen der Industrie zu einem weiteren Motiv der produktiven Anlage des „latenten" Geldkapitals, so ist andererseits das Vorhandensein „totliegender Kapitalerübrigungen" ein Sicherungsmittel gegen Störung jedes Gleichgewichtes, gegen Disproportionalität der Produktion.

So charakterisiert sich uns die Prosperität: mit größerem Bedarf von Arbeitsmitteln zur Erneuerung eines größeren als des auf den Jahresdurchschnitt entfallenden Teiles des fixen Kapitals hat sie begonnen; infolge der Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals, sowie infolge der Änderung des Verhältnisses des totgelegten zum angelegten Kapital, vielleicht auch infolge des Steigens der Mehrwertrate steigt die Profitrate; die Anlage längst totliegenden Kapitals, der Austausch längst vergangener gegen gegenwärtige Arbeit steigert die Preise; das Vorhandensein totgelegten Kapitals ermöglicht Erhaltung der Proportionalität der Produktion bei Reproduktion auf ständig erweiterter Stufenleiter.

---

[1] Natürlich kann hierbei n auch < 1 sein.

Daraus geht aber auch schon hervor, daß jeder solchen Epoche der Prosperität ihre Schranken gesetzt sind. Die Verkürzung der Umschlagszeit hat jederzeit irgendeine bestimmte Grenze; bei gegebenem Stande der industriellen Technik, des Transportwesens, der kommerziellen Einrichtungen kann über eine gewisse Grenze hinaus weder die Umschlagszeit verkürzt noch ihr Aufbau wesentlich verändert werden. Das totliegende Kapital, das in der vorhergehenden Periode angesammelt wurde, sei es nun als Werterſatz des in der Produktion sich verschleißenden fixen Kapitals, sei es als unproduktiv akkumulierter Mehrwert, versiegt einmal und damit ist die Möglichkeit der produktiven Akkumulation auf die alljährlich neuentstehenden Geldkapitalien beschränkt. Noch früher endet die Möglichkeit einer Steigerung der Mehrwertrate; die infolge der erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften steigende Machtstellung des Proletariats setzt den Methoden der Bildung absoluten Mehrwertes eine Schranke; Zeugung relativen Mehrwertes hindert das Steigen der Warenpreise, insbesondere aber auch der Umstand, daß die landwirtschaftliche Produktion aus technischen Gründen gewöhnlich nicht ebenso schnell erweitert werden kann wie die industrielle. Aber trotz all dem — trotzdem die Umschlagszeit nicht mehr verkürzt werden kann, totgelegte Kapitalien nicht mehr verfügbar sind, die Mehrwertrate nicht mehr steigt — wäre noch immer Fortdauer der Prosperität denkbar; es setzt dies voraus, daß in jedem Jahre die erzeugte Masse des Mehrwertes so groß ist, daß durch die Nachfrage des produktiv akkumulierten Mehrwertes auf dem Produktionsmittelmarkt das Versiegen der ehemals totgelegten Kapitalien ausgeglichen wird; in diesem Falle würde der Umschwung der Konjunktur erst dann eintreten, wenn die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung ihre äußerste Grenze erreicht hat, wenn ein Kapital $c + \triangle c$ nicht mehr Arme bewegen, nicht mehr Werte und daher auch keinen größeren Mehrwert schaffen könnte als ein Kapital c. In Wirklichkeit kann es nie soweit kommen; denn in Wirklichkeit ist auch jener von uns hypothetisch gesetzte Fall unmöglich, daß die Prosperität weiterbesteht, obwohl kein „latentes" Geldkapital mehr vorhanden ist, die Umschlagszeit nicht mehr verkürzt, die Mehrwertrate nicht mehr gesteigert werden kann; denn daß etwa durch die absolute Größe des gesellschaftlichen Mehrwertes die Profitrate trotz aller dieser Umstände wenigstens unverändert bleibt, macht ein Prozeß unmöglich, der sich während der Prosperität vollzogen hat, nämlich der Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals. Von den neuangelegten Kapitalien wird ein ständig größer werdender Teil zu konstantem, ein ständig geringer werdender Teil zu variablem Kapital; da aber nicht Gebäude und Maschinen, sondern nur menschliche Arbeit Werte schaffen, so folgt daraus, daß bei unveränderter Mehrwertrate die auf je 100 Mark des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entfallenden Masse des Mehrwertes ständig sinkt. Während der Prosperität wirken nun freilich dieser Tendenz jene uns bekannten Momente entgegen, die ein Steigen der Profitrate bewirken; sind sie nicht mehr stark genug, das Fallen der Profitrate zu verhindern, dann hat die Prosperität ihr Ende gefunden.

Der Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals ändert aber auch jenen Mechanismus, durch den sich ständig das Gleichgewicht der Produktions- und der Konsumtionsgüterindustrien durchsetzen muß. Wir haben uns die Bedingungen dieses Gleichgewichtes für die Epoche der Prosperität in der Gleichung dargestellt:

$$c_1 + a_1 + k_1 p_1 = v + r + \beta p.$$

Auf der Höhe der Konjunktur wird kein Teil des Mehrwertes mehr unproduktiv akkumuliert; dann ist $a_1 = 0$ und das Gleichgewicht der beiden Gruppen fordert das Verhältnis:

$$c^1 + k_1 p_1 = v + r + \beta p.$$

Die Wertsumme ($c_1 + k_1 p_1$) wächst während der Prosperität beständig; dagegen wird das Wachstum von $v + r + \beta p$ gehemmt; das Wachstum von v und von βp wird durch den Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals verlangsamt, r kann — da die Mehrwertrate und die Akkumulationsrate $p : (p + r)$ sich nicht zu seinen Gunsten verändern — nicht schneller wachsen als v. Es entsteht also eine Tendenz zu einer Störung des Gleichgewichtes in dem Sinne:

$$c_1 + k_1 p_1 > v + r + \beta p.$$

Diese Störung muß ausgeglichen, aber sie kann nicht mehr — wie Störungen während der aufsteigenden Bewegung — durch Heranziehung totliegenden Kapitals in die zurückgebliebene Industriegruppe beseitigt werden, sie führt vielmehr dazu, daß die produktive Anlage von Kapital in der Gruppe II verlangsamt, ein Teil des Mehrwertes in dieser Gruppe totgelegt wird. So beginnt die rückläufige Bewegung: Zunahme der Totlegung gegenüber der produktiven Anlage, Verlangsamung des Umschlags des Kapitals, daher sinkende Preise und Profite. Infolge der Zunahme der Totlegung des akkumulierten Mehrwertes sinkt der Bedarf an Produktionsmitteln, die Riesenwerkstätten, die während der Prosperität neu entstanden, sind unbeschäftigt, die Verringerung der Revenuen von Kapitalisten und Arbeitern senkt auch die Nachfrage nach Konsumtionsgütern, wodurch wiederum in der Gruppe II produktive Neuanlage von Kapitalien gehemmt und damit die Nachfrage nach Produkten der Gruppe I eingeschränkt wird; so senkt sich die Depression immer schwerer über die ganze Industrie. Wieder haben wir hier die uns schon bekannte Tatsache zu verzeichnen, daß während der Depression infolge der Totlegung großer Teile des Mehrwertes die Summe der Preise schneller sinkt als die Summe der Werte, die Summe der Profite schneller als die Masse des gesellschaftlichen Mehrwertes.

Aber wie die Prosperität in sich selbst ihre Schranken trägt, so erzeugt auch die Depression die Bedingungen neuen Aufschwunges.

Die Prosperität war eine Epoche, in der große Mengen brachliegenden Kapitals in fixes Kapital verwandelt werden. In der auf den Umschwung der Konjunktur nächstfolgenden Zeit finden Investitionen nur in geringem Umfang statt, gleichzeitig sammelt sich Geldkapital an, in Geld verwandelte Gestalt des in der Produktion verbrauchten fixen Kapitals; es muß schließlich der Augenblick eintreten, wo ein großer Teil der während der Prosperität neugeschaffenen Arbeitsmittel unbrauchbar geworden ist und erneuert werden muß. Dies war ja der Moment, in dem unsere Untersuchung der Prosperität eingesetzt hat; nur galt es uns dort als bloßer Zufall, daß gleichzeitig in mehreren Produktionszweigen großer Neubedarf an Produktionsmitteln eingetreten ist; wenn aber einmal durch einen solchen „Zufall" die ganze Bewegung begonnen hat, dann dürfen wir wohl annehmen, daß ein beträchtlicher Teil der gleichzeitig investierten fixen Kapitalien immer wieder auch beiläufig gleichzeitig wird erneuert werden müssen, und da jedesmal nicht nur das fixe Kapital erneuert, sondern auch ein großer Teil indessen angesammelten Mehrwertes in derselben

Epoche der Prosperität in fixes Kapital verwandelt wird, so gewinnt die ganze Bewegung immer schärfere Umrisse.

Aber auch ganz abgesehen von der „technischen Basis" des industriellen Zyklus trägt die Depression die Bedingungen einer neuen Periode der Prosperität in sich.

Die große Arbeitslosigkeit schwächt die Macht der Arbeiter und ermöglicht es den Unternehmern, die Mehrwertrate zu steigern; da infolge des Stockens der produktiven Neuanlage von Kapital die organische Zusammensetzung des Kapitals unverändert bleibt, so kann die Steigerung der Mehrwertrate auch eine Steigerung der Profitrate herbeiführen.

Die wachsende Masse des totliegenden Kapitals wird in den Köpfen der Produzenten zum Motiv, nach neuer Gelegenheit zur Verwertung des Kapitals Umschau zu halten; man wendet sich Produktionszweigen zu, die während der Prosperität vernachlässigt wurden, man ist bestrebt, durch technische Fortschritte neue Verwertungsmöglichkeiten zu schaffen. Die niedrigen Preise der Arbeitsmittel erleichtern alle Investitionen, die niedrige Profitrate läßt Unternehmungen als wirtschaftlich erscheinen, die während der Prosperität nicht dafür gelten konnten. So entstehen neue Unternehmungen, damit neue Nachfrage auf dem Markte; kommt schließlich steigende Nachfrage nach Produktionsmitteln infolge des technischen und „moralischen" Verschleißes der während der Prosperität geschaffenen Arbeitsmittel hinzu, so beginnt allmählich wieder der wirtschaftliche Aufschwung.

Wir haben bisher den gesetzmäßigen Wechsel der Konjunktur in einer kapitalistischen Gesellschaft ohne Kreditsystem betrachtet. Das Kreditsystem modifiziert aber das Bild bedeutend, verschwindet doch, wie es scheint, die Totlegung des Kapitals damit so gut wie gänzlich. Kein Kapitalist häuft den Profit in Geldgestalt jahrelang in seinen Kassen, sondern in den Händen eines Kreditinstituts wird auch das zu Mehrwert heckendem Kapital, was nach unserer bisherigen Annahme totgelegt wurde. Alles Kapital, das der Kapitalist in irgendeiner Phase des Kreislaufs nicht verwerten kann, stellt er dem Kreditinstitut zur Verfügung. Das Kreditinstitut hat die Aufgabe, die ihrer Größe nach stets wechselnden Kapitalien produktiv zu verwerten, das heißt Produktionsmittel und Arbeitskräfte zu kaufen, um das Kapital Mehrwert aufsaugen zu lassen. Das kann natürlich niemals sofort und unmittelbar geschehen. Es vergeht immer irgend ein Zeitraum — mag er auch nur wenige Stunden umfassen —, bevor das von einem Unternehmen zur Verfügung gestellte Geldkapital in einem anderen Unternehmen als produktives Kapital wirksam ist. Es ist also immer ein Teil des gesamten den Kreditorganisationen zur Verfügung gestellten Kapitals nicht tatsächlich als Kapital wirksam, es ist totgelegt; je geringer dieser Teil ist, desto größer ist bei gegebener Profitrate des tatsächlich produktiv wirkenden Kapitals der auf das ganze den Kreditorganisationen zur Verfügung stehende Kapital entfallende Profit. Dieser tatsächlich totliegende Kapitalteil ist groß in Zeiten, in denen ohne das Bestehen des Kreditsystems ein großer Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals totgelegt würde, denn in solchen Zeiten werden den Kreditorganisationen größere Kapitalien zur Verfügung gestellt und können sie diese schwerer verwerten; da nun die Kreditorganisationen den gesamten Mehrwert — nach Abzug ihres Unternehmergewinns — zu gleichen Teilen auf das gesamte ihnen zur Verfügung gestellte Kapital verteilen, gleichgültig, ob das betreffende individuelle Kapital

produktiv wirksam geworden ist oder nicht, so sinkt in solchen Zeiten der Zinsfuß. Dagegen steigt der Zinsfuß in Zeiten, in denen auch ohne das Bestehen des Kreditsystems nur ein geringer Teil des gesellschaftlichen Kapitals unproduktiv akkumuliert würde. Die Höhe des Zinsfußes ist also abhängig von dem Verhältnis des „latenten" Geldkapitals zum produktiv wirkenden Kapital.

In den Zeiten der Prosperität steigt der Zinsfuß; da aber auch die Masse des produzierten Mehrwertes steigt, geschieht das Steigen des Zinsfußes nicht auf Kosten des Unternehmergewinns. Nun tritt aber ein Augenblick ein, in dem die Masse des Mehrwertes nicht mehr oder nur langsam steigt; gerade jetzt steigt aber der Zinsfuß sehr schnell; denn gäbe es kein Kreditsystem, wäre in diesem Zeitpunkt nur ein sehr geringer Teil des Kapitals totgelegt, bei entwickeltem Kreditsystem wird daher von den Kreditinstituten viel Geldkapital beansprucht, ihnen aber wenig zur Verfügung gestellt. Dies ist der Augenblick, in dem jedes weitere Steigen des Zinsfußes nur auf Kosten des Unternehmergewinns möglich wäre; in dieser Gestalt stellt sich durch den Mechanismus der Zinsfußbewegung jene uns schon bekannte Situation dar, in der das totgelegte Kapital verbraucht ist und die Gegenwirkungen gegen das Sinken der Profitrate nicht mehr stark genug sind. Nun ändert sich sofort das Verhältnis zwischen Totlegung und Anlegung, der Zinsfuß sinkt. Hat uns in einer kapitalistischen Wirtschaft ohne Kreditsystem die Masse des brachliegenden Kapitals als Motiv zur Inangriffnahme neuer Unternehmungen gegolten, so wirkt hier der niedere Zinsfuß unmittelbar nach derselben Richtung; niederer Zinsfuß „belebt" den Geschäftsgang, läßt manches Unternehmen rentabel erscheinen, das höheren Zinsfuß nicht vertrüge, erleichtert Investitionen. So bereitet sich wieder ein neuer Aufschwung vor.

Das Kreditsystem ändert also nichts Wesentliches an dem Bilde von dem gesetzmäßigen Wechsel der Konjunktur, das wir uns für eine kapitalistische Gesellschaft ohne die Einrichtungen des Kreditsystems entworfen haben. Zwar wird der tatsächlich totliegende Teil des gesellschaftlichen Kapitals durch diese Institutionen natürlich sehr verkleinert; aber er verschwindet niemals gänzlich und die Wirkungen seiner Größenveränderung werden durch den eigenartigen Mechanismus der Bewegung des Zinsfußes auf das gesamte in der kapitalistischen Wirtschaft tätige Kapital übertragen, jedem einzelnen Kapitalteil unmittelbar fühlbar. In einer Volkswirtschaft ohne Kreditsystem müßten sich die Wirkungen einer Änderung des Verhältnisses zwischen totgelegtem und angelegtem Kapital langsam von einem Produktionszweig auf den anderen übertragen; wenn aber die deutsche Reichsbank ihren Diskontsatz um 1 Prozent hinaufsetzt, so fühlt dies jedes Unternehmen im Deutschen Reiche sofort. Das Kreditsystem verkürzt und verdeutlicht also die Übergänge zwischen den verschiedenen Phasen des industriellen Zyklus.

* * *

Was ist also Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen? Vor allem: sie ist eine Theorie von dem *gesetzmäßigen Wechsel der Konjunktur* in einer rein kapitalistischen Wirtschaft. Natürlich ist auch ihr empirischer Ausgangspunkt die rauhe Wirklichkeit der verheerenden Krisen, die die kapitalistischen Volkswirtschaften seit 1825 mit unerbittlicher Regelmäßigkeit heimgesucht haben; aber sie sucht die geschichtlichen Vorgänge zu erklären, indem sie von allem für den Wirtschaftstheoretiker Zufälligen absieht. Eine solche Theorie hat für den

Historiker, der die Geschichte irgendeiner bestimmten Krise studiert, allerding nur heuristischen Wert; er muß auch jene Umstände berücksichtigen, die de Theoretiker auszuscheiden hat. So beruhen auch nach dem Zeugnis eines geist reichen Naturforschers die Keplerschen Gesetze auf einer „ziemlich rohen Schema tisierung"; je genauer wir die Bewegungen des einzelnen Planeten ins Aug fassen, desto weniger scheint er jenen Gesetzen zu folgen.

Marx hat aus dem Plane seines Hauptwerkes die „Theorie der Kon kurrenz" ausgeschaltet; es heißt also den Plan des „Kapital" mißverstehen wenn man darin etwa Untersuchungen über den Einfluß der Kartelle oder de Telegraphenbureaus auf die Krisen erwartet. Daher ist es auch nicht der dra matisch bewegte Augenblick der Krise, sondern die regelmäßige Aufeinander folge von Prosperität und Depression, was Marx zu erklären sucht.

Die Wissenschaft hat sich — insbesondere seit der klaren Formulierung de Gegensatzes durch Tugan-Baranowsky — bisher im wesentlichen mit de Frage beschäftigt: Ist die Unterkonsumtion der Volksmassen das Hemmni ungestörter Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft oder ist es für das Kapita gleichgültig, ob Lebensmittel oder Maschinen erzeugt werden, wenn nur di Proportionalität der Produktion erhalten bleibt? Kann auf die Daue die Produktion schneller wachsen als der Bedarf an Gütern, die unmittelba dem Konsum dienen? Gern und oft hat man auf mehrere anscheinend in Widerspruch miteinander stehende Stellen Marx' über die letzte Ursache de Krisen hingewiesen, um zu beweisen, auch Marx habe jene Frage nicht zu entscheiden vermocht. Uns dünkt die Frage durch Marx entschieden. Gewiß dem Kapitalisten ist es gleichgültig, ob er Maschinen für andere Kapitaliste oder ob er Lebensmittel für Arbeiter produziert, das Kapital schafft sich selbs seinen Markt; aber die Proportionalität der Produktion wird notwendig, wi wir gesehen haben, gestört durch den Fortschritt zu höherer organischer Zu sammensetzung des Kapitals, durch die Tatsache, daß ein immer geringerer Tei des Kapitals der Produktion von Gütern für den persönlichen Konsum dient. Die Disproportionalität der Produktion und mit ihr die rückläufige Bewegung tritt ein, wenn $c_1 + k_1 p_1 > v + r + \beta p$, das ist: in einem Augenblick der Unter-konsumtion.

Man nehme eine Geschichte der Krisentheorien in die Hand und mustere die verschiedenen „Krisenfaktoren" der Ökonomen: Überproduktion, Akkumu-lation, Disproportionalität, Immobilisierung des Kapitals, zeitliches Aus-einanderfallen von Totlegung und Anlegung, Unterkonsumtion verschiedener Spielart! Im Marxschen System erscheinen sie fast alle in neuer Beleuchtung wieder, aber sie erscheinen wieder als die aufeinanderfolgenden Glieder einer logischen Kette.

Sozialreformer-Kongresse.

Von **Paul Hirsch.**

Mitte Oktober haben sich Sozialreformer der verschiedensten bürgerlichen Parteien in der südwestdeutschen Ecke ein Rendezvous gegeben. Am 14. und 15. Oktober hielt in Mainz die von dem früheren preußischen Handelsminister Freiherr v. Berlepsch gegründete Gesellschaft für soziale Reform ihre zweite Generalversammlung ab, tags darauf vereinigten sich die Bodenreformer in

Darmstadt zu ihrem vierzehnten Bundestag und den Abschluß der Veranstaltungen bildete der erste allgemeine deutsche Wohnungskongreß, der vom 17. bis 19. Oktober in Frankfurt a. M. tagte.

Die Gesellschaft für soziale Reform will ein Sammelort sein für alle, „die es ernst mit der Fortführung der Sozialgesetzgebung und mit der Selbsthilfe der Arbeiter meinen", in ihren Reihen sind alle Stände und Berufe, alle bürgerlichen Parteien und alle Konfessionen vertreten. Eine starke Stütze finden die Bestrebungen der Gesellschaft in den ihr angehörigen Korporationen, worunter neben staatlichen und städtischen Behörden, Unternehmerverbänden, politischen Vereinen und kirchlich-sozialen Gruppen auch christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, evangelische und katholische Arbeitervereine und andere noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterorganisationen sind. Wie der Jahresbericht mitteilt, sind der Gesellschaft gegen 750000 organisierte Arbeiter, Gehilfen und Angestellte durch ihre Vorstände angeschlossen. Wer aber glaubt, daß eine zahlenmäßig so starke Vereinigung auch eine Macht repräsentiert, der bewegt sich in einem schweren Irrtum. Der Jahresbericht vermag als nennenswert nur anzuführen, daß die Gesellschaft aus Anlaß des ersten deutschen Arbeiterkongresses mittelbar den Zusammenschluß der vaterländischen Arbeiterschaft hat fördern können und daß sie in Ausführung der auf ihrer ersten Generalversammlung gegebenen Anregung Ende Dezember 1903 eine Eingabe um gesetzliche Festlegung einer Maximalarbeitszeit von zehn Stunden für Fabrikarbeiterinnen an Bundesrat und Reichstag gerichtet hat. Und sie ist stolz auf ihren Erfolg. Hat doch der Bundesrat, wie aus industriellen Kreisen verlautet, hierüber schon Gutachten von den Handelskammern eingefordert!

Auch die Verhandlungen ihrer diesjährigen Generalversammlung werden den sozialen Frieden, nach dem die Gesellschaft ihre Sehnsucht richtet, nicht stören, werden in die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" keinen Mißton bringen. Die Herren berieten über Arbeitskammern und über Konsumvereine. Weder in den Referaten noch in der Diskussion, in der die christlichen Gewerkschaftsführer und die Hirsch-Danckerianer dank der Zurückhaltung der Unternehmer und der Berufsparlamentarier so viel reden durften, wie sie wollten, wurde irgend etwas vorgebracht, was nicht seit Jahr und Tag in den Parlamenten und in der Presse des langen und breiten erörtert worden wäre. Charakteristisch war es, daß man sich bei dem ersten Thema lediglich über die Frage Arbeitskammern oder Arbeiterkammern sowie darüber unterhielt, ob es sich empfehle, diese Gebilde an die Gewerbegerichte anzuschließen, daß aber von keiner Seite das Recht der Arbeiterklasse auf eine gesetzliche Vertretung ihrer Interessen betont wurde. Auch die Debatte über Konsumvereine ließ jeden großen Gesichtspunkt vermissen. Die Rolle, die die Konsumvereine im Befreiungskampf der Arbeiterklasse spielen können, wurde nicht einmal angedeutet. Der Referent betrachtete die mit realer wirtschaftlicher Macht ausgerüstete Organisation der Konsuminteressen in der Hauptsache als Gegengewicht gegen die Neuformierung der Volkswirtschaft durch die kartellierte und monopolisierte Industrie, sowie durch die großkapitalistische Zentralisation im Handel. Unsere völlige Zustimmung findet seine scharfe Kritik der Konsumvereinsbekämpfung durch Verwaltung und Gesetzgebung; nur fürchten wir, daß seine Worte in den Wind gesprochen sind und die zahlreich anwesenden Mitglieder der Zentrumspartei des preußischen Abgeordnetenhauses dem Referenten

zu Trotz nach wie vor die ungesetzlichen Maßnahmen der preußischen Minist
gegen Konsumvereine zulassen werden.

Noch dürftiger als die Tagesordnung der Gesellschaft für soziale Refor
war die des vierzehnten Bundestags der deutschen Bodenreforme
Die Herren unterhielten sich über gesetzgeberische Versuche zur Einführung de
Zuwachssteuer in Baden und Bayern, über Bodenreform und Kolonialpolit
und über die Verstaatlichung der Wasserkräfte. Es scheint, als ob die Boder
reformer ihren Bundestag nur deshalb einberufen hätten, um aller Welt a
oculos zu demonstrieren, daß sie die Idee der Nationalisierung des Boden
völlig aufgegeben haben und nur noch die Besteuerung des unverdienten Wert
zuwachses an Grund und Boden und die Einführung der Grundsteuer nac
dem gemeinen Werte für erstrebenswert halten. Denn um diese beiden Forde
rungen drehte sich alles, wenn man von der Forderung des Schweizer Professor
Schär auf Verstaatlichung der Wasserkräfte absieht. Und dabei glauben di
Bodenreformer, die sich besser Steuerreformer nennen sollten, daß wer wei
wieviel Mut dazu gehört, wenn ein Beamter oder gar ein Geistlicher sich ihrer
Bestrebungen anschließt.

Eine wenigstens äußerlich imposante Veranstaltung bildete der erste all
gemeine deutsche Wohnungskongreß, zu dem sich über tausend Teilnehme
eingefunden hatten. Aber diese große Zahl war seine einzige Stärke — und
zugleich seine Schwäche, denn so viel Menschen für einen bestimmten Zwec
mobil zu machen, war nur dadurch möglich, daß man unterschiedslos einen
jeden zuließ, gleichviel ob Anhänger oder Gegner der Wohnungsreform. Das
hatten sich in der Hauptsache die deutschen Haus- und Grundbesitzervereine zu
nutze gemacht, die wohl in ihrer großen Mehrzahl, und zwar gleich immer
durch mehrere Delegierte, vertreten waren, um sich einen entscheidenden Einfluß
auf den Verlauf des Kongresses zu sichern.

Bei der Bildung des Organisationsausschusses allerdings waren die organi-
sierten städtischen Hausbesitzer übergangen worden, ein Verfahren, gegen welches
der Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzer Deutschlands in
einem dem Kongreß überreichten „Manifest" Protest erhob. Wir begreifen nicht,
wie die organisierten Hausbesitzer den Anspruch auf Hinzuziehung eines Ver-
treters erheben können. Mit demselben Rechte könnten ja auch die Berliner
Konfektionäre dagegen protestieren, daß man sie nicht zu den Vorarbeiten für
den Heimarbeiterschutzkongreß geladen hat, könnte sich der Verband der Arbeit-
geber aus dem Baugewerbe darüber beschweren, daß ihm kein Einfluß auf die
Einberufung und Zusammensetzung der Bauarbeiterschutzkongresse eingeräumt
worden ist. Nicht nur im Organisationsausschuß hatten die organisierten Haus-
besitzer nichts zu suchen, sie hätten überhaupt von den Verhandlungen des
Kongresses ausgeschlossen sein müssen. In den in Haus- und Grundbesitzer-
vereinen organisierten Hausbesitzern haben wir es mit Elementen zu tun, deren
Interessen aller ernsthaften Wohnungsreform diametral entgegengesetzt sind, mit
Elementen, die nicht nur in den städtischen Körperschaften selbst ihre Sonder-
interessen in der rücksichtslosesten Weise vertreten, sondern auch bei den Wahlen
zu den städtischen Körperschaften ihren Einfluß in gemeingefährlicher Weise
geltend machen. Das sind dieselben Elemente, die Miquel einst gekennzeichnet
hat als „Klasse von Hausbesitzern, welche die ihnen in der Regel infolge
hypothekarischer Beleihung zugefallenen Häuser für Arbeiterwohnungen ein-
richten und die Wohnungsnot in empörender Weise ausbeuten, sowohl durch

e unerschwingliche oder nur durch unsittlichen Erwerb erschwingliche Höhe der
ietspreise, wie durch die gänzliche Verwahrlosung der Wohnungen, durch die
f alle Weise beförderte Überfüllung derselben, durch die geradezu wucherischen
istigen Bedingungen des Mietsvertrags".

Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, daß diese Elemente nicht auf
nen Wohnungskongreß gehören, so haben sie selbst den Beweis erbracht durch
s erwähnte Manifest, von dem wir aus agitatorischen Gründen nur wünschen
öchten, daß es möglichst weiten Kreisen zugängig gemacht wird. Es wird
rin die Behauptung aufgestellt, „daß die Wohnungsverhältnisse, das heißt
e Beschaffenheit der Wohnungen und die allgemeine Wohnweise, wie sie vom
nfang des vergangenen Jahrhunderts an bis zum Eintritt der Bewegungen
r die sogenannte Wohnungsreform bestanden haben, keineswegs von solcher
t gewesen sind oder noch sind, daß darunter die Volksgesundheit im all-
meinen und das Wohlbefinden der unteren Klassen der Bevölkerung hätte
uernd Schaden leiden müssen". Das Verlangen nach Verbesserung der Wohn-
eise und der Wohnungen sei nicht von deren Bewohnern ausgegangen, sondern
n solchen, die bessere Wohnungen gewöhnt sind und nun denen, die sie
lechter wohnen sahen, bessere Wohnverhältnisse zu bringen sich gedrungen
hlten, wobei oftmals zu bemerken war, daß die, welche mit besseren Wohnungen
dacht werden sollten, dies selber gar nicht begehrten. Weiter wird in dem
anifest eine Lanze gebrochen für das Schlafstellenwesen und dagegen Einspruch
hoben, daß man auch Wohnungen nicht mehr für ausreichend erachten will,
e vor etlichen Jahrzehnten noch den damaligen Ansprüchen voll genügten.
d Leute mit solchen Anschauungen führten in den Kongreßverhandlungen
s große Wort!

Zum öffentlichen Skandal artete aber das dummdreiste Vorgehen der Haus-
rarier aus, als beim Generalbericht Professor Dr. Pohle von der Akademie
r Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt a. M. über die tatsäch-
he Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Deutschland in den
tzten Jahrzehnten sprach und Landrat Berthold-Blumenthal, der Vor-
ende des Verbandes der Baugenossenschaften Deutschlands, in seinem Referat
er Entwicklung, Stand und Einfluß der Reformmaßregeln ihm
undierte. Ein Kongreß, der zur Besprechung von Reformen auf dem Gebiet
s Wohnungswesens einberufen ist, wird mit einem Referat eingeleitet, das das
ngreifen des Staates oder anderer Behörden zur Befriedigung des Wohnbedürf-
sses als überflüssig bezeichnet und auf das freie Spiel der Kräfte ein Loblied
ngt. Darauf lief im großen ganzen das Referat von Pohle hinaus, und die
eiche Tendenz, wenn auch nicht in so präziser Form, kam in den Darlegungen
n Berthold zum Ausdruck. Es war eine direkte Verhöhnung des Kongresses,
e auch den ungeteilten Beifall der Hausagrarier unter Führung ihres Ver-
ndsdirektors, des reaktionären Stadtrats und Baumeisters Hartwig aus
resden fand.

Einem Pohle das einleitende Referat zu übertragen, war um so unbegreif-
her, als der Organisationsausschuß dessen Anschauungen über die Wohnungs-
age kennen mußte. Hat Pohle doch erst im Oktoberheft der von Julius
olf herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialwissenschaften" einen längeren
rtikel über den Wohnungsmarkt unter der Herrschaft der privaten Bau-
ekulation veröffentlicht, worin er die private Bautätigkeit verteidigt. Sie
füllе ihre volkswirtschaftliche Aufgabe in vollem Maße und befriedige infolge

der Bodenspekulation das Bedürfnis nach gesunden und preiswerten Wohnung
die im Jahrgang 1902 der „Zeitschrift des preußischen statistischen Burea
veröffentlichte Arbeit des Oberregierungsrats Evert „Zur Wohnungsstatistik
Preußen" beschuldigte er, daß sie nur denjenigen Vorschub leiste, welche
private Bautätigkeit für unfähig zur angemessenen und rechtzeitigen Deck
des Wohnungsbedarfs erklären. Mit aller Entschiedenheit widerspricht Po
in seinem Artikel der Auffassung, daß die Mißstände auf dem Gebiet
Wohnungswesens nicht lediglich als vorübergehende Erscheinungen anzuseh
seien, die im Wege des freien Spieles der wirtschaftlichen Kräfte alsbald v
selbst wieder verschwinden, und jammert über die Not der Vermieter v
Kleinwohnungen, die in dreifacher Hinsicht vom Mietausfall bedroht sei
einmal durch Leerstehen der Wohnungen, zum zweiten durch die Notwendigk
von Preisnachlässen für die besetzten Wohnungen und endlich durch häufig
Uneinbringlichkeit der Mieten. Er betrachtet es als eine gesunde und innerl
berechtigte Reaktion, durch die schlimmere Unzuträglichkeiten vermieden werd
wenn die Bauspekulation eine plötzliche außerordentliche Steigerung der W
nungsnachfrage nicht sofort mit einer entsprechenden Ausdehnung der B
tätigkeit beantwortet und kommt zu dem Schlusse, daß, wer an der Freizüg
keit nicht rütteln lassen will, wohl oder übel auch die Unregelmäßigkeiten
Wohnungsproduktion in Kauf nehmen muß und kein Recht hat, über die priv
Bautätigkeit als unfähig zur Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe d
Stab zu brechen. „Denn die Zustände, die heute auf dem Wohnungsma
herrschen, sind zum großen Teile nur die Folge der Freizügigkeit beziehung
weise der grundlegenden Einrichtungen unserer individualistisch-freiheitlich
Wirtschaftsordnung überhaupt. Sie dürfen aber nicht als eine isolierte E
scheinung betrachtet werden. Die letztere Betrachtungsweise führt nur da
an einzelnen Symptomen herumkurieren zu wollen — ein Versuch, der, m
mit untauglichen Mitteln unternommen, notwendig scheitern muß. Und
führt weiter zu unbilligen und ungerechten Urteilen über die heutige Wirtschaf
ordnung überhaupt, woraus dann die zahllosen Reformvorschläge jenes sozi
politischen Dilettantismus entspringen, der gegenwärtig immer weitere Kre
zieht und der, weil ihm gesunde und klare volkswirtschaftliche Anschauung
fehlen, nicht viel Nützliches schaffen, höchstens den Schein für die Wirklichk
bieten kann, aber eben weil seine Taten nicht die versprochenen und erhofft
Wirkungen haben können, nur zur Steigerung der Unzufriedenheit b
trägt."

Die Diskussion, die sich an die Referate von Pohle und Berthold knüpf
war ebenso flach wie ausgedehnt. Statt daß die Freunde einer Wohnun
reform für eine großzügige Wohnungspolitik eintraten, ergingen sie sich
Einzelheiten und verzettelten so die Diskussion; die Hausagrarier dagegen o
rierten nicht ungeschickt; sie ließen ihre Hauptführer, Herrn Hartwig und d
Spandauer Justizrat Baumert, los und diese vertraten deren Interessen in i
skrupellosesten und demagogischsten Weise. Mitunter, zum Beispiel als H
Hartwig den weisen Satz aussprach, daß das Wohnungselend durch die A
beiter verschuldet werde, die Lust an Spiel und Frauenzimmern hätten u
ihre Gelder an die Streikkassen abführten, glaubte man sich in einer anti
mitischen Radauversammlung, nicht aber auf einem Kongreß, der in ernst
und würdiger Weise eine für die gesamte Bevölkerung so wichtige Frage r
die Wohnungsfrage zu erörtern hat.

Leider müssen wir bei dieser Gelegenheit auch unseren eigenen Parteigenossen einen Tadel aussprechen. Keiner der anwesenden Sozialdemokraten, die in die Debatte eingriffen, fand es für nötig, der prinzipiellen Stellung unserer Partei zur Wohnungsfrage Ausdruck zu verleihen. Allerdings war die Sozialdemokratie offiziell nicht auf dem Kongreß vertreten, aber das tut nichts zur Sache. Wir haben ein Recht, zu verlangen, daß wo immer ein Sozialdemokrat bei Anlässen wie dem vorliegenden das Wort ergreift, er im Sinne seiner Partei spricht, mag er nun als Privatperson, als Delegierter einer Gewerkschaft oder in welcher Eigenschaft auch immer sich eingefunden haben. Daß ein Naumann, ein Franz Oppenheimer, ein Damaschke viel schärfere Worte gegen den Privatbesitz an Grund und Boden und die dadurch ermöglichte Ausbeutung der Massen fanden, daß sie sich viel eingehender mit dem Zusammenhang zwischen steigender Grundrente und Wohnungselend befaßten, als unsere eigenen Parteigenossen, vermögen wir nicht gerade als erfreuliche Erscheinung zu bezeichnen.

Einen frischeren Zug brachte erst das Referat des Privatdozenten Dr. L. Sinzheimer-München über die Aufgaben von Reich, Staat und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in der Wohnungsfrage. Er zog scharf gegen die sogenannten „kommunalen Autonomisten“ zu Felde, die verlangen, daß die Kommunalkörper die vornehmsten und alleinigen Träger der Wohnungsreform sein sollen. Er hält es für unmöglich, auf Grund einer autonomen Kommunalreform wirksam den Mißständen des Wohnungswesens zu begegnen, zumal da in absehbarer Zeit nicht daran zu denken sei, daß die vermoderten Gemeindeverfassungen mit ihren Privilegien modernen Verfassungen das Feld räumen. Ebenso unhaltbar sei das Verlangen der Partikularisten, die zwar für staatliches Eingreifen zu haben sind, die aber alles den Einzelstaaten übertragen, das Reich mit verschränkten Armen zusehen lassen wollen. Die Erfahrung lehre, daß innerhalb der Einzelstaaten Widerstände vorhanden sind, die es zum richtigen Tempo in der Behandlung der Wohnungsfrage nicht kommen lassen. Das allgemeine gleiche direkte Reichstagswahlrecht biete eine bessere Garantie als das Klassenwahlrecht der Einzelstaaten. Gerade auf diesem Gebiet sei auch die parlamentarische Kontrolle unerläßlich. Deshalb müsse das Reich auf dem Gebiet des Wohnungswesens als ein den Einzelstaaten übergeordnetes Organ auftreten. Es handle sich nicht um eine Absorbierung der Tätigkeit der Einzelstaaten und der Kommunen, sondern um ein Zusammenschweißen unter der Oberleitung des Reiches.

Das augenblicklich aktuellste Thema, den preußischen Wohnungsgesetzentwurf, hatte Sinzheimer aus seinem Referat ausgeschieden. Die Aufgabe, hierüber zu sprechen, hatte der Organisationsausschuß einem — bayerischen Landtagsabgeordneten, dem ultramontanen Mitglied des Reichstags Dr. Jäger überwiesen, der den Entwurf trotz all seiner Mängel als Fortschritt bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß er — wenn auch mit erheblichen Änderungen — Gesetz werden möge!

In der Debatte herrschte Übereinstimmung darüber, daß der preußische Wohnungsgesetzentwurf in der von der Regierung veröffentlichten Form unannehmbar sei. Allerdings gingen die verschiedenen Gruppen von Gegnern des Entwurfes von ganz verschiedenen Erwägungen aus. Die Hausagrarier bestritten der Regierung das Recht, die Selbstverwaltung zu beschränken, solange sie nicht Rentenbanken zur Ablösung der Anliegerbeiträge schaffe. Die

Sozialdemokraten tadelten es, daß der Entwurf keine allgemeine, sich über d
ganze Gebiet der preußischen Monarchie erstreckende obligatorische Ordnung d
Wohnungswesens herbeiführen wolle; ferner fehlten ausreichende Normalbestim
mungen über die notwendigen Erfordernisse für ein gesundes menschlic
Wohnen, eine von der Polizei unabhängige, kommunale Regelung des Wohnun
wesens, allgemeine kommunale Wohnungsämter auf demokratischer Grundla
eine öffentlich-rechtliche Organisation (staatliche oder kommunale Baubank
zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und Erweiterung des (
propriationsrechtes. Deshalb sei der Entwurf ganz ungenügend zur Linderu
der Wohnungsnot der arbeitenden Klasse: eine Beseitigung der heutig
Wohnungsmißstände sei überhaupt völlig ausgeschlossen, solange der preußis
Landtag das Parlament des Klassenprivilegs sei und in der Gemeinde d
Vorrecht der Hausbesitzer existiere: nur im Staate des allgemeinen Wahlrech
und in der demokratischen, ihre Angelegenheiten selbst verwaltenden Gemein
seien die wirksamen Träger einer tiefgreifenden Wohnungsreformpolitik zu e
blicken. Die Vertreter der Städte schließlich hatten sich in einer Vorbesprechu
auf eine Resolution geeinigt, in der sie den Versuch der Regierung, d
Wohnungsfrage auf gesetzlichem Wege ihrer Lösung näher zu bringen, m
Freuden begrüßen, aber den veröffentlichten Entwurf in wichtigen Dingen n
als sehr abänderungsbedürftig bezeichnen, so daß sie dessen Annahme ni
empfehlen können.

Der Hauptgrund, aus dem die Vertreter der Städte gegen den preußisch
Wohnungsgesetzentwurf mobil machen, besteht in der Furcht einer dadurch h
beigeführten weiteren Beschränkung des ohnehin so kümmerlichen Selbstverw
tungsrechtes der Gemeinden. Gewiß läßt sich dieser Einwand nicht von d
Hand weisen, aber auf der anderen Seite lehrt die Erfahrung, daß Gemeind
sehr oft erst des Anstoßes von oben bedürfen, um sich ihrer sozialen Pflicht
bewußt zu werden. Das gilt namentlich für das bisher so stark vernachlässig
Gebiet der kommunalen Wohnungsreform, ein Gebiet, auf dem schon weit me
hätte geleistet werden können, wenn nicht die Sonderinteressen der in den G
meindeverwaltungen die führende Stellung einnehmenden Hausbesitzer a
wirklich durchgreifenden Maßnahmen illusorisch gemacht hätten. Eine Selb
verwaltung im vollen Sinne des Wortes ist nur denkbar, wenn für die Wahl
zu den Gemeindevertretungen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wa
recht unter Aufhebung aller Privilegien eingeführt wird. Solange die Meh
zahl der deutschen Gemeindevertreter sich mit Händen und Füßen dageg
sträubt, daß das Wahlrecht auf eine demokratische Grundlage gestellt wird, s
lange sie zäh an dem Hausbesitzerprivileg festhalten, haben sie kein Recht, si
darüber zu beklagen, wenn die Regierung einschreitet. Freilich ist die preußisc
Regierung nicht berechtigt, in dieser Beziehung eine führende Rolle einzunehme
War es doch gerade diese Regierung, die im Jahre 1876 das Vorrecht d
Hausbesitzer beseitigen wollte, da „das Bedürfnis, ja die Möglichkeit einer de
artigen, eine besondere Klasse der Einwohnerschaft hervorhebenden Bestim
mung vielfach und anscheinend nicht ohne Grund in Frage gestellt“ sei, d
aber ein Vierteljahrhundert später erklärte, daß zwar „in den kleineren Städt
bei dem überwiegenden Einfluß der Haus- und Grundbesitzer sich die Wohnung
reform nicht in dem Maße wird durchsetzen lassen, als es wünschenswert ist
daß aber trotzdem als Gegengewicht gegen das Eindringen der Sozialdem
kraten in die Gemeindeverwaltungen „die Haus- und Grundbesitzer in städtisch

Behörden nicht entbehrt werden können, weil sie das stabile und erhaltende Element sind". Vor einer solchen Regierung brauchen die Hausagrarier nicht große Angst zu haben, der Klassenstaat wird ihnen nicht wehe tun.

Wegen der vorgerückten Zeit konnte der dritte Hauptgegenstand, „Wohnungserstellung und Kapitalbeschaffung", nicht mehr so eingehend erörtert werden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Landrat a. D. Dr. Heydweiller, der das Hauptreferat übernommen hatte, forderte in seinen Leitsätzen, daß der Begriff der Gemeinnützigkeit und damit der Unterstützungsberechtigung auf die gewerblichen Bauunternehmungen ausgedehnt werden solle. Im Anschluß daran wurden einige wichtige Reformversuche und -Projekte in Einzeldarstellungen erörtert, und zwar sprachen Landesrat Dr. Liebrecht über die Landesversicherungsanstalten und das Reichsvorgehen, Generalsekretär Dr. Grunenberg über städtische Baubanken und Gemeindegarantie für zweite Hypothek, Regierungsrat Dr. Seidel über gemeinnützige Bau- und Hypothekenbanken auf Grundlage der Selbsthilfe, und Landrat Passarge über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen. Alle diese Referate behandelten Spezialfragen, die, so wichtig sie auch sind, doch für die Allgemeinheit wenig Interesse bieten.

Resolutionen hat der Kongreß nicht gefaßt. Der Organisationsausschuß wollte ursprünglich eine von ihm akzeptierte Resolution zur Abstimmung bringen, weitere Resolutionen dagegen nicht zulassen, der Kongreß beschloß jedoch infolge Einspruchs von sozialdemokratischer Seite, auf Resolutionen überhaupt zu verzichten.

Um zu zeigen, welche Stimmung im Organisationsausschuß vorherrschte, sei die Resolution, die er einzubringen beabsichtigte, im Wortlaut wiedergegeben:

> „Unter Anerkennung des von den Regierungen und Gemeindebehörden bisher Geschehenen auf dem Gebiet des Wohnungswesens, ganz besonders unter Anerkennung des von der preußischen Regierung vorgelegten Wohnungsgesetzentwurfes, erklärt der Kongreß, diese Maßnahmen und Vorschläge reichen nicht aus, um Mißstände auf dem Gebiet des Wohnungswesens gründlich zu beseitigen. Der Kongreß erklärt es daher für dringend erforderlich, daß eine Reichs-Wohnungskommission gebildet werde, die unter Leitung des Reiches, unter Hinzuziehung von Parlamentariern und Sachverständigen ein Reichswohnungsgesetz auszuarbeiten habe."

So ist denn bei dem Kongreß weiter nichts herausgekommen, als daß der Widerstand der Hausagrarier und ihres Anhanges gegen Wohnungsreformen gesteigert wurde. Diese bürgerlichen Sozialreformer, die weder die Grundrente noch den Kapitalprofit antasten wollen und doch an dem aus ihnen entspringenden Elend der Massen herumkurpfuschen möchten, diese Halben können eben nichts Ganzes zuwege bringen — es sei denn eine ganze große Lächerlichkeit, wie sie gerade dieser Wohnungskongreß zeitigte. Den Arbeitern aber ist wieder einmal klar vor Augen geführt worden, daß sie von bürgerlicher Seite nichts zu erwarten haben und sie selbst Hand anlegen müssen, wenn es besser werden soll.

* * *

Nachwort der Redaktion. Seitdem vorliegende Ausführungen niedergeschrieben worden, hat sich in der Parteipresse eine lebhafte Diskussion darüber entsponnen, ob die Teilnahme von Parteigenossen an dem Wohnungskongreß gerecht-

fertigt war, ja, ob Sozialdemokraten überhaupt auf Kongressen bürgerlicher Sozialreformer etwas zu suchen haben. Während von einer Seite diese Beteiligung als bloße Geschmackssache betrachtet wurde, haben andere Genossen gefordert, daß von Partei wegen die Beteiligung an bürgerlichen Kongressen ebenso geregelt werde, wie die an der bürgerlichen Presse.

Eine solche Regelung ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Dem Amsterdamer Kongreß lag sogar ein Antrag auf internationale Regelung dieser Beteiligung vor, doch kam er wegen der Überfülle von Stoff nicht auf die Tagesordnung. Er wurde veranlaßt durch einen interparlamentarischen Friedenskongreß in Wien, der unsere österreichischen Genossen in eine sehr peinliche Lage versetzte. Aufgefordert, an ihm teilzunehmen, hatten sie ablehnend geantwortet und die bürgerlichen Friedensillusionäre gebührend verhöhnt, die da vermeinten, mit ein paar sentimentalen Redensarten die nationalen Gegensätze der kapitalistischen Welt hinwegsäuseln zu können. Um so unangenehmer ihre Überraschung, als dann eine Reihe hervorragender Parteigenossen des Auslandes — keine deutschen — an diesem Kongreß teilnahmen und nun von der bürgerlichen Presse unseren österreichischen Genossen als Musterknaben entgegengehalten wurden.

Um ähnliche widrige Vorkommnisse zu vermeiden, war vorgeschlagen worden, an internationalen bürgerlichen Kongressen dürften sich Sozialisten nicht beteiligen, wenn die Parteigenossen des Landes, in dem er stattfinde, die Beteiligung ablehnten. Der Antrag (internationale Solidarität) kam, wie gesagt, nicht zur Diskussion. Aber er zeigt, daß in dem Zeitalter der Kongresse die Beteiligung von Sozialisten an bürgerlichen Kongressen auch außerhalb Deutschlands als eine Frage empfunden wird, die der Regelung bedarf und deren Entscheidung man nicht dem mehr oder weniger guten Geschmack der einzelnen Genossen überlassen darf. Bei unserem Handeln sollte überhaupt weniger an den „guten Geschmack“ und den „guten Ton“ und mehr an unsere Prinzipien appelliert werden.

Die Frage der Beteiligung an bürgerlichen Kongressen hängt zusammen mit der Frage: Was können wir dort erreichen? Genosse Südekum meinte, er habe sich am Wohnungskongreß beteiligt, um dort etwas zu lernen. Aber dazu braucht man die Verantwortung eines Teilnehmers oder gar Einberufers nicht auf sich zu nehmen. Dazu genügt es, die allerdings bescheidenere Funktion eines Zuhörers auszuüben.

Andererseits erklärt man, an bürgerlichen Kongressen teilzunehmen, um ihre praktische Wirksamkeit zu vergrößern. Aber in welcher Weise soll das geschehen? Will man ihnen neue Einsichten vermitteln, die sie ohne uns nicht erlangen könnten, und glaubt man dadurch ihre Beschlüsse praktischer zu gestalten? Aber bei sozialen Reformen liegen die Schwierigkeiten am wenigsten bei mangelnder Einsicht, vielmehr bei mangelndem Willen und mangelnder Macht. Die bürgerliche und die proletarische Sozialreform wollen beide die Lage des Proletariats verbessern; darin sind sie einig. Aber die erstere will das erreichen ohne Verringerung des Profits und der Grundrente, ohne Beeinträchtigung des Privateigentums, während wir von der Überzeugung ausgehen, daß ohne energische Eingriffe in diese Sphären jeder Versuch einer Sozialreform eine bloße Kurpfuscherei bleiben muß. Das gilt auch für die Wohnungsfrage.

Die „praktische“ Arbeit der bürgerlichen und die der proletarischen Sozialreformer ist daher in ihrem Wesen sehr verschieden und jeder Versuch eines praktischen Zusammenarbeitens muß diese Differenz zum Ausdruck bringen. Nicht durch unser Zusammenarbeiten können wir die sozialreformerische Tätigkeit der bürgerlichen Welt anregen und verstärken, sondern durch unseren Druck von außen, durch die Macht, die wir dem Proletariat im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft verleihen.

Für unsere Teilnahme an bürgerlichen Kongressen kann daher in erster Linie nur jener Gesichtspunkt maßgebend sein, der für die Sozialdemokratie überhaupt,

solange sie nicht die politische Macht erobert hat, stets als der wesentlichste im Vordergrund stehen muß: der der Aufklärung und selbständigen Organisation des Proletariats. Jede sonstige praktische Gegenwartsarbeit hat sich dieser Aufgabe unterzuordnen, darf nie in Gegensatz dazu treten.

Wir Sozialdemokraten dürfen an bürgerlichen Kongressen, auch als Privatpersonen, also nur dann teilnehmen, wenn dadurch die Aufklärung des Proletariats über die Klassengegensätze nicht gehemmt, seine Organisation als selbständige Klasse nicht gehindert, sondern das eine wie das andere eher gefördert wird.

Und gleich dem Ob wird auch das Wie der Teilnahme durch diese Gesichtspunkte bestimmt. Sozialdemokraten haben, wenn sie schon einmal an einem bürgerlichen Kongreß teilnehmen, dort propagandistisch für den Sozialismus zu wirken und ihren Gegensatz zu der bürgerlichen Welt stets zu betonen, die Überlegenheit ihres Standpunktes über den bürgerlichen darzulegen. Wer dazu nicht das Zeug hat oder nicht Gelegenheit findet, der hält sich am besten auch solchen Kongressen bürgerlicher Sozialreformer fern, von denen fortzubleiben kein prinzipieller Grund vorliegt.

Auf keinen Fall darf man eine derartige Teilnahme als Privatsache der einzelnen betrachten. Ein Sozialdemokrat gilt einmal in all seinem öffentlichen Tun als Repräsentant seiner Partei, namentlich wenn er in ihr ein Vertrauensamt bekleidet, mag er nun zu dem betreffenden Kongreß delegiert sein oder auf eigene Faust hingehen. Der Eindruck auf die Öffentlichkeit bleibt derselbe. Auf den aber kommt es an. Wir befürchten nicht, daß irgendein Genosse durch sein Zusammenwirken mit bürgerlichen Elementen bei sozialreformerischen Kongressen an seiner Seele Schaden leidet — er dürfte im Gegenteil meist von optimistischen Erwartungen kuriert werden. Aber wir befürchten in den meisten Fällen eine Schädigung unserer propagandistischen Tätigkeit, und diese muß der Angelpunkt unseres Wirkens bleiben.

Der Abolitionismus.

Von **Hans Block.**

Der Kapitalismus hat die Prostitution zwar nicht geschaffen, aber er hat sie zur Massenerscheinung gemacht und wird stets ein wirksamer Förderer dieses Gesellschaftsübels sein. Energische Sozialreform, die die Arbeitskraft schützt, der schlimmsten Ausbeutung wehrt, rückhaltlose Anerkennung des Koalitionsrechtes durch die Staatsgewalt können die Prostitution eindämmen; verschwinden wird sie aber erst in einer Gesellschaft, die jedem ihrer Glieder eine menschenwürdige Existenz gewährleistet und die wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution fortfallen.

Erkennen wir aber die Prostitution als unter den heutigen Verhältnissen unvermeidlich, so haben auch wir Sozialisten ein lebhaftes Interesse daran, daß der Staat nicht durch falsche Maßnahmen das „unvermeidliche Übel“ noch schlimmer mache, als es ohnehin ist. Schon wegen der großen Gefahr, die der Menschheit durch die Geschlechtskrankheiten droht, können wir nicht gleichgültig sein gegen die Art und Weise, wie sich der Staat mit der Prostitution abfindet.

Der Staat reglementiert die Prostitution. Er stellt die Prostituierte unter Ausnahmerecht, nimmt ihr fast jedes Staatsbürgerrecht, zwingt sie, sich periodisch auf ihre geschlechtliche Gesundheit untersuchen und im Krankheitsfall heilen zu lassen. So glaubt er die Verseuchung durch Geschlechtskrankheiten einschränken zu können, und für den „öffentlichen Anstand“ sorgt er gleichzeitig durch eine Reihe kleinlicher Vorschriften, die die Bewegungsfreiheit der Prostituierten fast

aufheben. Dies System hat als Konsequenz die Polizeijagd auf die geheimen Prostituierten mit all ihren menschenunwürdigen Begleiterscheinungen, den Mißgriffen der Sittenpolizisten, dem Denunziationsunwesen und der furchtbaren Gefahr, daß durch die Unterstellung unter die sittenpolizeiliche Kontrolle manches Mädchen wider Willen in den Schmutz der öffentlichen Prostitution hinabgestoßen und fast stets auch für immer darin festgehalten wird, das bis dahin nur hin und wieder der Versuchung erlegen war, ein warmes Abendbrot durch Preisgabe des Leibes zu erkaufen — ganz abgesehen davon, daß bei dem summarischen polizeilichen Verfahren, das oft genug die Grenze des direkten Zwanges streift, wenn nicht überschreitet, auch Mädchen zu Prostituierten gestempelt werden können, die nichts weiter taten, als ihre Liebe zu verschenken.

Daß dies Polizeisystem von Grund aus verderblich ist, daß es entschieden bekämpft werden muß, darüber dürfte in der Sozialdemokratie wohl Einstimmigkeit herrschen. Schwierig ist dagegen die Beantwortung der Frage, was an die Stelle des Bekämpften treten soll.

Für den Sozialisten, den seine Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge verhindert, wirksame Mittel gegen die Prostitution zu erblicken in Sittlichkeitspredigten und Keuschheitstraktätchen oder gar in strafrechtlicher Verfolgung jeder Prostitution, wie sie die deutschen Männerbünde, die Sittlichkeitsvereine und die kirchlich gerichteten Frauenvereine fordern — sie verlangen auch die Bestrafung des prostituirenden Mannes —, bleiben nur zwei Wege: der des Abolitionismus oder des Neureglementarismus. Der erstere will die staatliche Regelung der Prostitution überhaupt beseitigen, der zweite sie verbessern, humanisieren.

Die abolitionistische Bewegung hat kürzlich in Deutschland ein kräftiges Lebenszeichen gegeben in dem vom 22. bis 24. September zu Dresden tagenden Kongreß der Internationalen Föderation zur Abschaffung der reglementierten Prostitution. Diese Föderation besteht seit 1875. Die Abolitionistenbewegung aber setzte zu Ende der sechziger Jahre in England ein. Eine begeisterte Frau, Josefine E. Butler, war die Begründerin. Von religiösem Impuls getrieben, hat diese Frau die englische Nation zum Kreuzzug wider das die Frau entwürdigende Institut aufgerufen. Nicht zum wenigsten in der Arbeiterschaft hat sie die Gefolgschaft gefunden, deren stetiges Anschwellen schließlich zum Falle der Reglementierung in England führte. Im Jahre 1883 wurde das Gesetz suspendiert und 1886 definitiv aufgehoben.

In Deutschland knüpfen sich die ersten Ansätze der abolitionistischen Bewegung an den Namen einer Sozialistin, der Frau Guillaume-Schack, die im Jahre 1880 ihre Agitation begann. Bleibendes wurde durch sie indes nicht geschaffen — die Vereine, die sich ausschließlich an die bürgerlichen Kreise wendeten, lösten sich von der Gründerin los und verschwanden schließlich.

Erst die Empörung, die gegen die Mitte der neunziger Jahre durch eine Reihe rasch aufeinanderfolgender grober Miß- und Übergriffe von Sittenpolizisten in verschiedenen deutschen Städten geweckt wurde, belebte die abolitionistische Bewegung wieder. Im Anschluß an eine große Entrüstungsversammlung, die die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Berlin einberufen hatten, bildete sich dort ein Zweigverein der Föderation unter dem Vorsitz des Fräulein Anna Pappritz. Ihm folgten Vereine zu Dresden, Wiesbaden, Hamburg, Düsseldorf, Kassel, Elberfeld, München, Bremen und Halle. Vorsitzende des deutschen Zweiges, zu dem sich diese Vereine verbunden haben, ist

Frau Scheven, die in Dresden eine Monatsschrift unter dem Titel „Der Abolitionist“ herausgibt.

Wie schon aus dem Angeführten hervorgeht, ist der Hauptträger des abolitionistischen Gedankens in Deutschland die linksstehende bürgerliche Frauenbewegung, und in den übrigen Ländern, wo die Föderation Boden gefunden hat, dürfte es nicht viel anders sein. Wenigstens ist das Statut der Föderation vom Geiste jener Bewegung durchtränkt. Das zeigt sich besonders prägnant im vierten Absatz des Artikels 4, wo es heißt: „Indem der Staat einzig die Frau mit den gesetzlichen Konsequenzen eines gemeinsamen Aktes belastet, verbreitet er die unheilvolle Idee, daß es für jedes Geschlecht eine besondere Moral gäbe.“ Sonst erklären die Statuten noch, daß die Föderation die Reglementierung bekämpft als einen gesundheitlichen Irrtum, eine soziale Ungerechtigkeit, eine moralische Ungeheuerlichkeit und ein förmliches Vergehen gegen jedes Recht. Sie verwirft „einerseits jede unter dem Vorwand der Sittenpolizei angewendete Ausnahmemaßregel; andererseits behauptet sie, daß der Staat den Begriff der Verantwortlichkeit an und für sich, die Grundlage jeder Sittlichkeit, umstürzt, indem er durch eine besondere Institution dem Manne Sicherheit und Unverantwortlichkeit in der Unsittlichkeit zu verschaffen sucht“. Da „die einfache Tatsache der persönlichen Prostitution eine Gewissenssache ist und kein gesetzliches Vergehen in sich schließt“, erklärt die Föderation, daß sich die Einmischung des Staates auf sittlichem Gebiet auf die Bestrafung der kriminellen Begleiterscheinungen der Prostitution, zum Beispiel der Unzucht an Minderjährigen, Kuppelei, Mädchenhandel, Verletzung des öffentlichen Anstandes usw. zu beschränken hat. „Die in dieser Hinsicht erlassenen Maßregeln sind auf Männer wie auf Frauen anzuwenden. Jedesmal, wenn die Kuppelei unter das Gesetz fällt, sind diejenigen, welche die Unterhändler bezahlen und von ihrem Gewerbe Nutzen ziehen, als Mitschuldige zu betrachten.“ Im Artikel 6 wird das Tätigkeitsfeld erweitert durch die Bestimmung: „Außer den Fragen, die mit ihrem besonderen Zwecke in direkter Verbindung stehen, studiert die Föderation in wissenschaftlicher Weise die Prostitution. Sie strebt eine beständige, eingehende Untersuchung der sittlichen, ökonomischen und anderen Ursachen dieses Übels, sowie seiner Wirkungen an und sucht sie zu beseitigen.“

Diese Arbeit nun hat, wie die deutsche abolitionistische Literatur und auch der Kongreß gezeigt haben, manche der deutschen Frauenrechtlerinnen, die in der Abolitionistenbewegung tätig sind, zu der Erkenntnis geführt, daß die Hauptwurzel der Prostitution in wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen ist und also auch jede Bekämpfung der Prostitution, die nicht einfach Sport und Zeitvergeudung sein soll, ein Kampf um die Besserung der Existenzbedingungen der arbeitenden Klasse und um die Emanzipation des weiblichen Geschlechtes sein muß. Freilich ist es noch nicht zur Orientierung des gesamten Argumentenkomplexes, den diese Frauen für ihre Bestrebungen ins Feld führen, nach dieser grundlegenden Erkenntnis gekommen; die Ideologie drängt sich des öfteren wieder vor, die Bedeutung und Wirksamkeit sittlich-erzieherischer Maßregeln wird ab und an noch allzuhoch angeschlagen und die Arbeit auf diesem Gebiet der auf dem wirtschaftlichen an Fruchtbarkeit gleich geachtet. Aber immerhin dürfen wir feststellen, daß diese Abolitionistinnen in vielen Punkten zu gleichen Resultaten wie die Sozialisten gekommen sind, daß ihr eifriges Studium des Prostitutionsproblems ihnen die Augen geöffnet hat für Schäden der heutigen Gesellschaftsordnung, die ihnen infolge ihrer Klassenzugehörigkeit sonst wahr-

scheinlich nicht aufgestoßen wären. So sagt zum Beispiel Katharina Scheven in einer Broschüre, in der sie die Frage beantwortet: „Warum erachtet die Föderation die Prostitution nicht als strafbares Vergehen?“ auf S. 8 in der Polemik gegen die Forderung der Sittlichkeitsvereine auf Bestrafung der Prostitution:

„Wo ist der Staatsanwalt, der die diamantenbedeckte Dirne, die auf Gummirädern daherrollende Kurtisane zur Rechenschaft ziehen würde? Stehen sie moralisch höher als das stellenlose Dienstmädchen, das mit einem Kinde auf den Händen von dem treulosen Liebhaber verlassen wird, die hungernde Saisonarbeiterin, die sich endlich einmal satt essen will und die beide fast mit Naturnotwendigkeit der Prostitution zur Beute fallen? Zu der bereits bestehenden Geschlechtsjustiz würde sich auch noch eine empörende Klassenjustiz gesellen. Gesetze, die mit den herrschenden Sitten in solchem Widerspruch stehen, sind gefährlich. Sie werden von den Einflußreichen und Mächtigen umgangen und kommen nur an den Ärmsten und Hilflosesten in ihrer vollen Härte zur Anwendung.“

Eine solche Stelle verrät, daß die Verfasserin durch ihre Erfahrungen und Studien in eine sehr kritische Stellung zu einer der wesentlichsten Institutionen des Klassenstaats, zur Rechtspflege, gedrängt worden ist. Und ähnliche kritische Urteile über andere Seiten der bürgerlichen Gesellschaft und eine ganze Reihe von Forderungen nach sozialen und sozialpolitischen Reformen finden sich öfters in den Aufsätzen dieser Führerin der deutschen Abolitionisten. Noch näher dem Kern der Frage und den Anschauungen der Sozialisten aber kam Frau Marie Stritt in dem Referat, das sie auf dem Dresdener Kongreß über dieselbe Frage hielt, die in der obenerwähnten Broschüre behandelt wird. Erst eine völlige Neugestaltung der Gesellschaft, so erklärte die Referentin, könnte den Quell schließen, der der Prostitution stetig neuen Zufluß schafft und der vor allem aus dem Industrialismus gespeist wird. Als die zunächst in Angriff zu nehmenden Reformen empfahl sie eine einschneidende Wohnungsreform, Erweiterung der staatlichen und gemeindlichen Jugendfürsorge, Ausbau der sozialen Hygiene, unter anderem unentgeltliche Behandlung der unbemittelten Geschlechtskranken, sowie vor allem die ökonomische, soziale und politische Befreiung der Frau. Die Leitsätze, die dem Referat zugrunde lagen, führen aus, daß die strafrechtliche Verfolgung der Prostitution unlogisch sei, weil die Prostitution als ein unvermeidliches Produkt der bisherigen Kulturentwicklung zu betrachten, ebenso wie die legale Ehe, deren natürliche und unzertrennliche Begleiterscheinung sie von jeher gewesen ist — als ein Produkt des durch diese Kulturentwicklung bedingten sexualökonomischen Verhältnisses: der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Manne; daß ferner der ungeheure Umfang, den die Prostitution gegenwärtig angenommen hat, auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Neuzeit zurückzuführen ist, die auch die Frau in den Kampf um ihren Lebensunterhalt drängte; und daß die Prostitution nur durch eine Beseitigung dieser Wurzeln, durch eine völlige Umgestaltung der Verhältnisse, durch eine neue Gesellschaftsordnung eingedämmt respektive beseitigt werden könnte. Die strafrechtliche Verfolgung aber wäre auch ungerecht, denn sie würde einen unberechtigten Eingriff in die jedem Staatsangehörigen garantierte persönliche Freiheit bedeuten, da durch die einfache Tatsache des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zweier selbstverantwortlicher Personen gegen Entgelt nicht die Rechte dritter oder der Gesellschaft verletzt werden; sie würde,

da bei der Bestrafung nur das Moment der Gewerbsmäßigkeit in Betracht käme, immer nur den einen Teil, die Frau, treffen, während der Mann, dessen Nachfrage erst das Angebot geschaffen hat, der in unzähligen Fällen der Schuldige, in allen der Mitschuldige ist, frei ausginge. Praktisch unwirksam und undurchführbar wäre sie wegen der Unzahl der Delikte, die die Gerichte nicht bewältigen könnten und weil die männliche Nachfrage sofort ein Ersatzheer an Prostituierten schaffen würde.

Das zweite Referat des Kongresses war eine Auseinandersetzung mit dem Neureglementarismus. Diese Bewegung, in Deutschland besonders durch den berühmten Forscher auf dem Gebiet der Geschlechtskrankheiten und Entdecker des Gonokokkus, Professor Neißer-Breslau, und seine Schule vertreten, will die Reglementierung ohne ihre schädlichen und menschenunwürdigen Begleiterscheinungen und Folgen. Sie will die Tätigkeit der Polizei bei der Gesundheitskontrolle möglichst einschränken und sie dafür Sanitätskommissionen zuweisen, die aus Ärzten, Richtern, Geistlichen und Vertretern anderer Berufe zusammenzusetzen wären. Diese Sanitätskommissionen hätten aber ungefähr dieselbe Aufgabe wie die jetzige Sittenpolizei, sie hätten darüber zu wachen, daß sich die Prostituierten regelmäßig untersuchen lassen, sie hätten ihnen eine Erkennungskarte auszuhändigen und müßten solche, die sich der Kontrolle oder der Heilbehandlung entziehen, der Polizei anzeigen, damit sie sie den Gerichten überliefere. Neißer, der freilich den Wert von Sozialreformen zur Eindämmung der Prostitution nicht verkennt, kommt schließlich zur Empfehlung von Bordellen, obgleich die Bordelle die wesentlichsten Förderer des Mädchenhandels sind, und von ärztlichen Zwangsuntersuchungen, die etwa alle drei Monate an allen unverheirateten Personen innerhalb einer bestimmten Altersgrenze vorzunehmen wären, an den Frauen durch Frauenärzte. Der Zwangscharakter dieses Systems tritt in der letzten Forderung deutlich zutage — die Ausnahmestellung der Prostituierten beseitigt es nicht — der einzige tiefere Unterschied gegen das jetzige System ist, daß die Listen der Kontrollmädchen nicht mehr von der Polizei, sondern von der Sanitätskommission geführt werden, deren Haupthandlangerin aber die Polizei wäre. Die zwangsweise Unterstellung unter die Kontrolle bleibt und würde in ihren Folgen sich von der jetzigen wenig unterscheiden.

Es ist demnach wohl klar, daß die Abolitionisten den Neureglementarismus entschieden bekämpfen. Fräulein A. Pappritz, die auf dem Kongreß in Verbindung mit Aug. de Morsier-Genf und Blanche Leppington-London über dieses System referierte, faßte ihre Ausführungen in Thesen zusammen, in denen es heißt:

„Die Neoreglementaristen schlagen die Gründung einer Sanitätskommission vor, die einerseits die ihr von Ärzten gemeldeten Geschlechtskranken zu überwachen, andererseits die ihr von der Polizei gemeldeten Verdächtigen den Ärzten zur Untersuchung zuzuweisen hat. Diese weisen dann die Krankbefundenen wiederum behufs Überwachung an die Sanitätskommission zurück.

„Diesen Vorschlägen gegenüber machen die Abolitionisten folgende Bedenken geltend:

„. . . Die Befugnis der Sanitätskommission, ungehorsame Patienten der Polizei, respektive dem Richter zur Bestrafung zu überweisen, würde das Vertrauen in den ärztlichen Stand erschüttern und schwere Schädigungen nach sich ziehen, durch Verheimlichung und Verschleppung der Krankheit.

„Die Subalternbeamten dieser Sanitätskommission, die die Kranken respektive Verdächtigen zu überwachen hätten, würden sich in keiner Weise von den jetzigen Sittenpolizeibeamten unterscheiden. Die ganze Härte und Ungerechtigkeit des jetzigen Systems mit seiner Klassenjustiz, seinen Mißgriffen usw. bliebe bestehen."

Dem Neißerschen Arsenal aber haben die Abolitionisten brauchbares Material entnommen gegen die Reglementierung, insoweit sie als Schutz gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten angesehen wird. Neißer hat auf dem ersten Kongreß der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Frankfurt a. M. ausgeführt: „... Gerade die kranken Prostituierten, die naturgemäß die Überführung in ein Krankenhaus fürchten, entziehen sich deshalb dieser Kontrolle nach Möglichkeit und vagieren heimlich weiter oder sie verlassen die Stadt, um der zwangsweisen Internierung im Krankenhaus zu entgehen. Die sanitäre Überwachung der unter Kontrolle gestellten Personen wird nicht in der Weise ausgeführt, daß die Untersuchung auch nur einigermaßen eine Gewähr für die Nichtinfektivität der Untersuchten böte. Verhältnismäßig zuverlässig ist die Untersuchung auf Ulcerationen und Syphilis, ganz *unzureichend* aber mit Bezug auf die *Trippererkrankungen*. Der wesentlichste Grund für diese Unvollkommenheit ist der Mangel an Ärzten, die diese sehr zeitraubende Untersuchung durchführen könnten. Da aber das Männerpublikum an einen Nutzen der ärztlichen Kontrolluntersuchungen glaubt, so *steigert* die Kontrolle geradezu die von den Prostituierten ausgehenden hygienischen Gefahren, indem sie Männer dazu verleitet, gerade Prostituierte, ‚weil sie unter Kontrolle stehen', zum Geschlechtsverkehr zu benutzen."

Die Abolitionisten legen großen Wert auf den Nachweis, daß die Reglementierung ihren Zweck, die Gesundheit des Volkes zu schützen, niemals erfüllen kann. Sie verweisen gern auf die englischen Statistiken, die seit dem Falle der Reglementierung in England, also seit dem Jahre 1886, geführt worden sind. Sie ergaben, daß in der Zeit von 1886 bis 1898 der Stand der Syphilitischen in der Armee von 270 Promille auf 120 Promille sank; unter den frisch eingestellten Rekruten gingen die Syphilitiker von 110 auf 29 pro 10000 Mann zurück. Die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung sind von 95 auf 65 pro 1 Million Einwohner zurückgegangen. Die Todesfälle an erblicher Syphilis bei Kindern unter einem Jahre sind von 230 auf 159, auf 100000 lebende Kinder berechnet, gesunken, und bei der Marine sind die Syphilitischen von 203 Promille auf 131 Promille herabgegangen.

Natürlich kann man aus diesen Zahlen nicht schließen, daß *infolge* der Abschaffung der Reglementierung die Geschlechtskrankheiten sich verminderten. Sie zeigen aber, daß auch beim Fehlen der Reglementierung gegen die Geschlechtskrankheiten erfolgreich anzukämpfen ist. Den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten wollen die Abolitionisten auch führen. Sie erstreben möglichst weite Verbreitung der Erkenntnis von der Gefährlichkeit der Geschlechtskrankheiten und der Notwendigkeit ihrer rationellen Heilung, sowie daß die Erlangung der Heilbehandlung erleichtert werde. In den Thesen des Fräulein Pappritz wider den Neureglementarismus lautet der 8. Absatz:

„Die Geschlechtskrankheiten sind nur zu bekämpfen durch prophylaktische Maßregeln (gesunde Wohnungen, Aufklärung, Kampf gegen den Alkoholismus) und durch eine umfassende Sozialhygiene: die Krankenhäuser müßten gesetzlich verpflichtet sein, Geschlechtskranke aufzunehmen; die Behandlung müßte eine humane und nötigenfalls unentgeltliche sein. Zahlreiche Ambulatorien und

Polikliniken für Geschlechtskranke sollten von den Kommunen errichtet und unterhalten werden."

Eine Maßregel, die der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten noch energischer entgegenwirken soll, ohne daß sie ein Ausnahmegesetz gegen die Prostituierten bedingt, schlug auf dem Kongreß Genosse Paul Kampffmeyer in seinem Referat über die Rolle der Krankenversicherung bei der Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten vor. Das Wesentliche seiner Vorschläge ist: Es werden durch Gesetz nach dem Vorbild unserer Krankenkassen Institute geschaffen, die auf öffentliche Kosten jedem venerisch Erkrankten Krankengeld, freie ärztliche Hilfe und freie Medikamente gewähren. Wo leistungsfähige Krankenkassen bereits bestehen, ist ihnen diese Aufgabe zu übertragen. Die Begründung solcher Institute hat zu geschehen für die venerisch verseucht erklärten Orte. Das werden — nach der Statistik Preußens — die Groß-, Mittel-, Hafen- und Fremdenverkehrsstädte sein. Das deutsche Reichsgesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten ist auf die venerischen Krankheiten in abgeänderter Form auszudehnen. In allen vom Bundesrat für seuchenverdächtig erklärten Orten wird der ärztliche Behandlungszwang eingeführt. Die Durchführung haben Sanitätskommissionen zu bewirken, die demokratisch zusammengesetzt sind, hauptsächlich aus Delegierten der in den Krankenkassen Versicherten, aus Vertretern der Ärzteorganisationen und der staatlichen und kommunalen Gesundheitsbehörden gebildet werden. Diese Kommissionen haben die Volkskreise, die besonders von den Geschlechtskrankheiten heimgesucht werden, zu ermitteln, über diese Krankheiten zu belehren und die Erkrankten der unentgeltlichen ärztlichen Behandlung zuzuführen. Sie sind berechtigt, von jeder männlichen oder weiblichen Person zu verlangen, daß sie sich über ihren Gesundheitszustand durch Attest eines unentgeltlich zu konsultierenden Arztes ausweist. Sie soll nicht das Recht haben, krankheitsverdächtige Personen ohne weiteres zwangsweise untersuchen zu lassen, noch die kranke Person zu zwingen, einen bestimmten Arzt zu wählen. Der Kranke bleibt unbehelligt, wenn er nachweist, daß er sich behandeln läßt, was er bei den Ärzten der Krankenkasse unentgeltlich hat. Weigert sich jemand, ein Gesundheitsattest beizubringen, oder, falls er krank befunden wurde, sich behandeln zu lassen, so hat die Kommission die Renitenten dem Strafrichter zu melden, der die weiter in Widersetzlichkeit Verharrenden einer Zwangsuntersuchung und eventuell einer Zwangsbehandlung unterwerfen darf.

Als Korreferentin wandte sich Frau E. Piecynska-Genf gegen den Vorschlag, weil sie in der Zwangsuntersuchung und Zwangsbehandlung eine Wiederkehr des von den Abolitionisten bekämpften Reglementierungssystems auf Umwegen fürchtet. Da die Feststellung, wer venerischer Krankheit verdächtig, sehr schwierig sei, da Geschlechtskrankheiten durch intime, meist geheim gehaltene Beziehungen erworben werden, so werde die Kommission zu einer Überwachung der Lebensführung genötigt sein. Jede gesunde Person müsse die Forderung, sich über ihre geschlechtliche Gesundheit auszuweisen, als eine Beleidigung empfinden und sie sei in solchem Falle gezwungen, sich einer die Schamhaftigkeit verletzenden Untersuchung zu unterwerfen.

In der Diskussion erklärten sich die tätigsten Vertreter des Abolitionismus, von den Deutschen die Frauenrechtlerinnen, ebenfalls gegen den Hauptpunkt des Kampffmeyerschen Vorschlags, den sie mit den Prinzipien der Föderation in Widerspruch stehend erachteten. Dagegen befürworteten sie sehr warm die

möglichst weite Ausdehnung der Krankenversicherung und den Fortfall jener Bestimmung, die den Krankenkassen das Recht gibt, Geschlechtskranken das Krankengeld zu versagen. In dieser Debatte zeigte sich allerdings auch, daß die lose Organisation der Abolitionisten allerlei rückständigen Elementen gestattet, sich ihrer Fahne anzuschließen. Konnte doch in der Diskussion ein Vertreter der Naturheilkunde, Sanitätsrat Dr. Bilfinger, nicht unterlassen, die Enthaltsamkeit von Alkohol, Nikotin und Fleisch als das beste Mittel zur Bekämpfung der Prostitution zu empfehlen, und brachte es doch der bekannte Philanthrop Professor Dr. Viktor Böhmert fertig, die Krankenkassen aufzufordern, den Geschlechtskranken das Krankengeld zu entziehen, damit der Makel, der auf solchen Kranken ruhe, nicht weggewischt werde. Solche Erscheinungen sollten eine Mahnung für die Abolitionisten sein, ihre Organisation straffer zu gestalten.

Zur Diskussion über den Kampffmeyerschen Vorschlag waren von der Kongreßleitung auch Vertreter der deutschen Krankenkassen eingeladen worden. Von der Berliner Zentralkommission der Krankenkassen Deutschlands waren die Genossen Kohn und Siemanowski delegiert worden. Indes stand für die Diskussion nur sehr wenig Zeit zur Verfügung. Beide Genossen beschränkten sich darauf, die Abolitionisten der Sympathie der Krankenkassenvertretungen Berlins zu versichern und ebenfalls für die Ausdehnung der Krankenversicherung und die Gleichstellung der Geschlechtskrankheiten mit den übrigen Krankheiten zu plaidieren. Zu den Zwangsbestimmungen des Kampffmeyerschen Vorschlags dagegen äußerten sie sich skeptisch und bezweifelten seine praktische Durchführbarkeit.

Genosse Kampffmeyer verteidigte in seinem sehr kurzen Schlußwort die Zwangsbestimmungen mit dem Hinweis auf den Impfzwang, die Quarantäne und dergleichen. Er erhoffe das Heil, erklärte er, nicht gerade vornehmlich von gesetzlichen Zwangs- und Strafbestimmungen, sondern vielmehr von der umfassenden Wirksamkeit der human geleiteten Sanitätskommissionen und Krankenkassen, die belehrend, schützend und fördernd hinter all den Unglücklichen stehen sollen, die sich mit Geschlechtskrankheiten infiziert haben. Aber die Existenz der vortrefflichen Sanitätseinrichtungen verbürge noch nicht die Benutzung durch träge, schwach begabte oder böswillige Elemente, wie sie namentlich unter den Prostituierten häufig anzutreffen seien. In einem Aufsatz in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" hat Genosse Kampffmeyer dann nachträglich erklärt, daß er unter Umständen bereit sei, die Befugnis des Richters zur Anordnung von Zwangsuntersuchungen aus seinem Programm zu streichen, die Bestrafung wegen Verletzung des Reichsseuchengesetzes und den ärztlichen Behandlungszwang dagegen nicht.

Eine Abstimmung über den Kampffmeyerschen Vorschlag hat auf dem Kongreß gemäß den Statuten der Föderation nicht stattgefunden. Die Verhandlung zeigte aber, daß die Hauptträger des abolitionistischen Gedankens im Ausland wie in Deutschland den Vorschlag unseres Genossen ablehnen. Er ist aber in nicht minderem Maße als das abolitionistische Prinzip ernster Erwägung in den Reihen jener Partei wert, die „gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung" kämpft, „richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse", die in der Prostituierten das bedauernswerte Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse erkennt und auch dem entartetsten Mitglied der Menschheit den Anspruch auf Menschenrechte zugesteht.

Die Dresdener Städteausstellung.[1]

Von **Adolf Braun.**

In der Geschichte des Ausstellungswesens wird die erste deutsche Städteausstellung zu Dresden als hervorragende organisatorische Leistung wie als bedeutungsvolle Feststellung des auf diesem Gebiet der Kommunalpolitik in vielen Städten Geleisteten stets einen hervorragenden Platz einnehmen, freilich nur in dem Sinne, daß nicht der tatsächliche Zustand, das oft Wesentliche, wenn auch durch die Entwicklung Überholte, sondern im wesentlichen die Höhepunkte des Erzielten, oft auch nur des Gewollten, dargestellt wurden. Aber wenn auch nur selten einen Durchschnitt des Tatsächlichen für den Statistiker, so bot die Ausstellung doch vielfach für den Politiker Maßstäbe des Erstrebten, selbstverständlich bei vielem Anerkennenswerten auch viel zur Kritik Herausforderndes. Unzweifelhaft bot diese Ausstellung eine Fülle von Belehrung, sie war auf dem Gebiet der Kommunalpolitik ein Anschauungsunterricht im größten Stile. Noch niemals war eine so gewaltige Fülle von Material über fast alle Gebiete städtischer Verwaltung zusammengetragen, geordnet und glücklich vorgeführt worden wie im Sommer 1903 in dieser Ausstellung. Ein eingehendes Studium des Gebotenen erforderte soviel Zeit, daß die meisten Besucher wie der Referent bedauert haben dürften, daß die Ausstellung nichts Bleibendes und sich weiter entwickelndes Gebilde war, sondern nach wenigen Monaten völlig verschwand. Die Erinnerung an die Ausstellung wird festgehalten durch das hier angezeigte Werk. Die 29 Abteilungen desselben, die von 28 Fachmännern verfaßt sind, und die Fülle von Plänen und Abbildungen lassen leider eine eingehende und kritische Besprechung des Werkes nicht zu, ganz abgesehen davon, daß dem Referenten hierzu die Sachkenntnis fehlen würde, es sei deshalb nur auf den Inhalt aufmerksam gemacht.

Mit einer Geschichte der Städteausstellung setzt die Darstellung ein. Leider ist wegen schwerer Erkrankung des Herausgebers, unter der auch die Fertigstellung der Gesamtarbeit litt, dieser Teil mißraten; außer einem allgemeinen Blicke über die Entwicklung des deutschen Städtewesens gibt dieser Aufsatz vornehmlich offizielle Reden und Kundgebungen, die aber nicht bedeutungslos sind für denjenigen, der den Byzantinismus deutscher Stadtoberhäupter am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts studieren will. Auch sie mögen dem Zwecke der Ausstellung gedient haben, „den Stand des deutschen Städtewesens zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere die Entwicklung der größeren Gemeinden Deutschlands in den letzten Jahrzehnten und die Fortschritte auf den verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung in dieser Zeit zu veranschaulichen." Weiter sollte die Ausstellung die Erzeugnisse deutscher Gewerbetreibender für den Bedarf größerer Gemeindeverwaltungen zur Darstellung bringen. An diesen Aufsatz schließt sich eine leider nur kurze Übersicht über die Verfassung und Verwaltung der deutschen Städte von Dr. Kuhfahl. Wer sich mit der Mannigfaltigkeit deutscher Städteordnungen, die nicht einmal für jeden Bundesstaat einheitlich sind, beschäftigt hat, weiß, daß dieser Gegenstand auf 21 Seiten nicht erörtert werden kann. Während Preußen ebenso wie Bayern verschiedene Städteordnungen besitzen, fehlen diese in mehreren thüringischen Staaten vollkommen, so daß dort die Ortsgesetze noch mehr voneinander abweichen wie in den größeren Städten. Der Aufsatz von Kuhfahl zerfällt in ein Kapitel über die Grundlagen und Gestaltung des städtischen Verfassungsrechtes, in ein weiteres über die Befugnisse der

---

[1] Dr. jur. et phil. Wuttke, Professor an der technischen Hochschule zu Dresden, „Die deutschen Städte." Geschildert nach den Ergebnissen der ersten deutschen Städteausstellung zu Dresden. Unter Mitarbeit von Bertram, Böhmert, Edelmann usw. im Auftrag der Ausstellungsleitung herausgegeben. Durch ein Vorwort eingeleitet von Oberbürgermeister Beutler. Leipzig 1904, Friedrich Brandstetter. 1. Band, XLVI und 892 S. gr. 8°, und 2. Band, VIII und 455 S. Folio.

Stadtbehörden und der Bürgerschaftsvertretungen, dem ein letztes über die Verteilung der Verwaltungsaufgaben innerhalb der Stadtbehörden folgt. In dem engen Raume hätte sich die Mannigfaltigkeit der tatsächlichen Verhältnisse einigermaßen besser darstellen lassen, wenn man die statistische Methode nicht verschmäht hätte. Die wenigen Zeilen über die Wahlrechte informieren nicht, auch die verschiedenen Arten der Magistratsverfassung hätten sich bis zu einem gewissen Grade zahlenmäßig darstellen lassen. Der Verfasser scheint kein warmer Freund der Selbstverwaltung zu sein, er zieht der „oberflächlicheren Art parlamentarischer Verhandlungen“ das Bureausystem vor, wenn er auch zum Schlusse „ein möglichst selbständiges und freischaltendes Gebaren als sicherstes Unterpfand ihres ferneren Gedeihens“ den Städten wünscht.

Den deutschen Städtebau behandelt Professor Kornelius Gurlitt. Er geht von Haußmanns Tätigkeit in Paris aus, der er gerecht wird, wenn er auch nicht mit Unrecht seufzt, „die gelungensten Schöpfungen planmäßigen Städtebaus stehen tief hinter dem geschichtlich Gewordenen zurück“. Doch will er mit fester Hand geschichtlich gewordene Mißstände beseitigt wissen. Sehr beachtenswert sind seine Bemerkungen zu den „Freilegungen“ hervorragender Bauwerke, vor allem großer Kirchen. Er zeigt, daß das Ergebnis meist enttäuscht und daß die enge Umgebung der alten Dome mitgewirkt hat zu ihrem gewaltigen Eindruck, daß diese Bauwerke einander angepaßt waren. Was der kundige Verfasser über den unpraktischen, ertötenden Schematismus im Städtebau, was er gegen die gerade Linie, gegen den Schachbrettplan, gegen die übliche rechtwinklige Durchschneidung der Straßen, über die Beziehungen von Verkehr und Platzanlagen, von Grundbesitzerinteressen und allgemeinen Interessen sagt, verdient von jedem Kommunalpolitiker beachtet zu werden. An den Aufsatz von Gurlitt schließen sich Fritz Schuhmachers Darlegungen über die architektonischen Aufgaben der Städte. Was er über den Bau der Rathäuser, über den Mangel an Übereinstimmung von Bauzweck und Fassade sagt, über die Zeichen von „Theaterkultur“, über die innere Lage vieler Bauten kann wohl unterschrieben werden. Der Weg zu einer im wahren Sinne modernen Architektur führt durch das Bemühen, künstlerisch zu gestalten, was den Zweck des Baues ausmacht; der äußere Eindruck des Baues muß eine sich als selbstverständlich aufdrängende Folgeerscheinung der Bestimmung des Werkes sein. Wenn man klagt, daß der deutsche Reichstag — wir kommen da freilich von der Kommunalpolitik ab — keine Inschrift trägt, so ist dies eine der schneidendsten Kritiken dieses Baues, den man eben nach der Fassade eher für ein Waffenmuseum als für ein Heim der Volksvertretung halten muß. Eine Reihe Einzelfragen werden kurz, aber meines Erachtens treffend erörtert, so zum Beispiel die Frage, wo steinerne, wo eiserne Brücken sich einem Stadtbild besser einfügen. Im engen Zusammenhang mit diesen beiden Aufsätzen steht Oberbaukommissar Gruners Beitrag „Die Baupolizei“; die Fragen des Bauarbeiterschutzes sind in ihm zwar nicht einmal erwähnt, sonst aber ist der Aufsatz recht instruktiv.

Die Wohnungsfürsorge behandelt v. Weck; er rühmt die Nürnberger Erhebung vom Herbst 1901 und vermutet wohl, daß ihre Ergebnisse schon vorliegen, was jedoch nur zum geringsten Teile der Fall ist. Leider sind bloß fünf Seiten der Wohnungsstatistik gewidmet, so daß sich das Ergebnis dieses Abschnitts auf die Konstatierung schlechter Wohnungen beschränkt. Wenig umfangreicher ist der Abschnitt über die Wohnungspflege, von einer erschöpfenden Behandlung dieser wichtigen Materie kann da nicht die Rede sein, doch wird auch der Kenner des Gegenstandes einige neuere Angaben finden, die in dem Buche v. d. Goltz' und in der anderen Literatur noch nicht verarbeitet ist. Ein Bogen ist dem Wohnungsbau gewidmet. Was die Ausstellung auf diesem Gebiet zur Anschauung brachte, ist systematisch hier geordnet und in seinen Wirkungen wohl zu optimistisch behandelt. An diesen Aufsatz schließen sich Abhandlungen des Dr. v. Seidlitz über die Fürsorge für die Kunst, des Gartenbaudirektors Bertram über die deutsche Gartenkunst in den Städten, dann des Essener Beigeordneten Dr. Wiedfeldt über städtische Betriebe, bei dem wir etwas länger ver-

weilen wollen. Der Verfasser sieht in dieser Verwaltungstätigkeit einen wichtigen, vielleicht den wichtigsten Teil der städtischen Verwaltungskunst und -Politik; in knappen, aber klaren Strichen zeichnet er die Entwicklung des deutschen „Munizipalsozialismus“, der nun seine theoretischen Widersacher fast völlig zum Schweigen gebracht hat. Die Anpassung der Verwaltungsmaschinerie an die neuen Aufgaben scheint uns im Gegensatz zu Wiedfeldt noch nicht vollendet, ihre Arbeiterpolitik hat sich das verfrühte Lob Wiedfeldts in den meisten Städten erst zu erwerben. Der Verfasser gibt zu, daß einzelne städtische Betriebe wie Theater, Badeanstalten und dergleichen auch mit Unterbilanz arbeiten dürfen, wünscht aber als Regel die Herauswirtschaftung eines üblichen Unternehmergewinns, als Finanzminister der Stadt Essen verwirft er das Gebührenprinzip, für das bei den meisten städtischen Betrieben meines Erachtens sehr viel spricht. Auf die umfangreiche, aber ruhig und sachlich gehaltene Polemik mit unseren Anschauungen sei hier bloß hingewiesen, eine Replik würde den Rahmen dieser Skizze weit überschreiten müssen. Leider hat diese Polemik den Verfasser verhindert, das Material der Städteausstellung in gewünschtem Maße auszunutzen. Auch hier hätte eine tabellarische Form der Behandlung eine Konzentrierung des Stoffes und damit eine weitere Belehrung ermöglicht. Selbständige Kapitel sind den Gaswerken (Oberingenieur Höffner), den städtischen Elektrizitätswerken (Professor Kübler), den städtischen Wasserwerken (E. Grahn), den Schlacht- und Viehhöfen (Landestierarzt Dr. Edelmann), dem Tiefbau (Oberbaurat Klette) gewidmet. Sie enthalten viel Material und werden den Interessenten manche Anregung und Belehrung, aber auch manchen Anstoß zur Kritik geben. Das Technische überwiegt in diesen Abhandlungen, die tabellarische Darstellung ist öfters angewandt. Baurat Lucas bespricht die städtischen Brücken. Gegen seinen Schlußsatz, daß die städtischen Brücken ein harmonisches Zusammenarbeiten der Architektur und Ingenieurkunst zeitigten, dürften manche Kunstkenner Einspruch erheben.

Der öffentlichen Gesundheitspflege sind 120 Seiten gewidmet. Da erörtert Professor Nowack im allgemeinen die öffentliche Gesundheitspflege, Dr. Flinzer die Gesundheitspolizei in deutschen Städten, Dr. Schmalz die Krankenanstalten, Kommerzienrat Lingner die Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung, Dr. Menzel das Samariter- und Rettungswesen. Wir können nur bemerken, daß sich in diesen Aufsätzen viel interessantes und nicht nur für den Hygieniker, sondern auch für den Kommunalpolitiker verwertbares Material findet. Das Unterrichtswesen wird in zwei Abhandlungen beleuchtet, so das allgemeine städtische Bildungswesen von Professor Lyon, das gewerbliche Unterrichtswesen von Gewerbeschuldirektor Kuhnow. Lyon erörtert unter anderem in sehr ausführlicher Weise die verschiedenen Richtungen im Schulhausbau, entschieden wendet er sich gegen die reine Staatsautorität in der Bestimmung der Lehrziele und in der Herrschaft über die inneren Angelegenheiten der Schule. Sympathisch behandelt er den Handfertigkeitsunterricht, leider befürwortet er die Beibehaltung des Schulgeldes, sein Eintreten für reichliche Freistellen, denen der Charakter der Armenunterstützung genommen werden soll, kann uns mit seiner Gegnerschaft gegen die Freischule nicht aussöhnen. Die Zurückgebliebenheit Deutschlands gegenüber England und den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Volksbibliotheken räumt der Autor ein. Das in Dresden vorgeführte heimatkundliche Schulmuseum verdient allgemeine Nachahmung, billig ließen sich auch zoologische und botanische Gärten, die dem blassen Stadtkind Tiere und Pflanzen der Provinz vorführen, schaffen, damit auch der Städter Weizen von Gerste unterscheiden lerne und den Spinat nicht nur in gekochtem Zustand erkenne. Kurz werden die Mädchengymnasien, der Nachhilfeunterricht, die Jugendfürsorge außer der Schule erörtert. Der Aufsatz über das gewerbliche Unterrichtswesen ist eine zu rosige Darstellung des wenigen Bestehenden und des in der Entwicklung Begriffenen.

Armenwesen und Wohlfahrtspflege behandelt Direktor Böhmert. Er beklagt sich mit Recht, daß eines der wichtigsten Gebiete der städtischen Sozialpolitik, die Fürsorge für die städtischen Arbeiter, auf der deutschen Städteausstellung unvertreten

geblieben ist. Es ließe sich im Gegensatz zu Böhmert auf manchen Grund hierfür raten. Wir wissen nicht, warum Böhmert als sicher annimmt, daß gerade dieses Verwaltungsgebiet auf künftigen Städteausstellungen besonders sorgfältig vertreten sein wird. Selbst der offiziell bestellte Berichterstatter war enttäuscht über die geringe Ausbeute, die dem Sozialpolitiker die Abteilung Armenwesen und Wohltätigkeit bot, soweit bei den vielfach verstreuten Ausstellungsobjekten hier von einer Abteilung gesprochen werden kann. Der Referent beschränkte sich deshalb nicht auf die Ausstellungsobjekte, als er seine Darstellung in Angriff nahm. Leider ist diese nicht fehlerlos; so wird bei Besprechung des Unterstützungswohnsitzes behauptet, daß das Heimatsrecht unter anderem durch Erwerbung des Bürgerrechtes erworben wird, während das teils durch Gebührenleistung, teits durch Ersitzung zu erwerbende Heimatsrecht erst die Voraussetzung für die Erwerbung des Bürgerrechtes ist. Bietet der Abschnitt über die Armenpflege einen mit Rücksicht auf die Raumbeschränkung einigermaßen genügenden Überblick, so überschreiten die Ausführungen über die Wohlfahrtspflege die gezogenen Grenzen; da wird von Arbeitersekretariaten, Konsumvereinen, Kinderheilstätten, Seehospizen wie von allen möglichen anderen Leistungen von gemeinnützigen Vereinen gesprochen, die auf der Ausstellung nicht vertreten waren und deren Arbeitsgebiet leider noch außerhalb der Tätigkeit der Kommunen liegt. Wir wissen nicht, ob hier bewußt oder unbewußt an dem Gesichtskreis der Kommunalverwaltungen Kritik geübt werden sollte.

Bankdirektor Dr. Koch bespricht die städtische Anleihen- und Bankpolitik, er beklagt mit Recht, daß städtische Schuldenwirtschaft kein Ausstellungsobjekt gebildet hat, obgleich sie doch zur Beurteilung der Gemeindefinanzen und der Leistungen der Städte wichtig ist und bei den Forderungen der Kommunalpolitiker nicht außer Betracht bleiben kann. Bei dem Mangel an Ausstellungsobjekten auf diesem Gebiet ist die wenn auch nicht vollständige, so doch interessante und durchsichtige Darstellung des Berichterstatters doppelt dankenswert. Uns erscheint besonders interessant die Darstellung der Ansätze zu einem städtischen Bankwesen, so vor allem der Grundrenten- und Hypothekenanstalt der Stadt Dresden. Ein bekannteres Gebiet behandelt der Dresdener Sparkassendirektor Dr. Ritthausen, die öffentlichen Sparkassen und Leihhäuser. Wichtige Fragen wie die Berufsverteilung der Klientel dieser Anstalten und die Geschäftsergebnisse der Leihhäuser sind nicht behandelt. Wohl wird gesagt, daß die finanziellen Ergebnisse des Leihamtsbetriebs keine glänzenden sind, aber dies hätte ziffernmäßig festgestellt werden sollen, da der Zinsfuß der Leihhäuser den Marktzinsfuß trotz der absoluten Sicherheit der Darlehen erheblich übersteigt, ebenso wäre eine Statistik über die Zahl der gegebenen und zurückbezahlten Darlehen, der Dauer der Kreditfristen sehr zu wünschen, um so mehr, als die Angaben im statistischen Jahrbuch deutscher Städte nur einen kleinen Teil der städtischen Bevölkerung umfassen.

Neben der Lingerschen Ausstellung der Volkskrankheiten war die Darstellung der Tätigkeit der Sicherheitspolizei der Hauptanziehungspunkt für die Besucher. Diese beiden Clous der Ausstellung lagen eigentlich außerhalb ihres Rahmens oder doch nur an der Peripherie städtischer Tätigkeit. Die Darstellung des Landgerichtsdirektors Dr. Weingart über die Sicherheitspolizei wird jedenfalls viele Leser anziehen, da wenig zugängliche Literatur über dieses Gebiet existiert und dasselbe durch seinen Umfang den Nichtfachmann zur Information nicht einladet. Den Abschnitt Organisation leitet der Verfasser mit folgenden bemerkenswerten Sätzen ein: „Seit längerer Zeit bestehen Bestrebungen, die Polizei für ganz Deutschland zu zentralisieren.... Insbesondere ist angeregt worden, eine zentrale Reichspolizeibehörde unter dem Reichsamt des Innern oder dem Oberreichsanwalt zu schaffen und ihr eine zentralisierte Reichsgendarmerie, die ähnlich wie das Militär organisiert wäre, zu unterstellen.“ Hierauf wird der tatsächliche Zustand dargestellt: Verteilung der Tätigkeit bei der Kriminalpolizei, Einrichtungen zur Erzielung möglichster Schnelligkeit, organisierte Hilfsmittel der Polizei. Weitere Abschnitte behandeln das Melde- und Fahn-

dungswesen, den Erkennungsdienst, Ausrüstung der Polizei, neue Verfahren, durch die schwer erkennbare Spuren sichtbar und verwertbar gemacht werden, Kriminalmuseum.

Das städtische Feuerlöschwesen behandelt Branddirektor Mittmann. Auf diesem Gebiet hat die moderne Technik revolutionierend gewirkt. Allarmthermometer, Dampfspritzen, Automobilfahrzeuge, pneumatische Rettungsleitern, Feuerschutzanzüge, Rauchschutzapparate und vieles andere gehören jetzt zur Ausrüstung der Feuerwehr und waren noch vor wenigen Jahrzehnten völlig unbekannt. In dieser Abteilung beteiligten sich außer den Städten auch viele industrielle Etablissements als Aussteller.

Das Aktenwesen und die Buchhaltung beleuchtet Ratsassessor Dr. Kuhfahl. Auch hier bot die Ausstellung viele Lücken, obgleich die Bedeutung einer richtigen Aktenführung für den Kanzleibetrieb einleuchtet. Einige Beispiele des Verbrauchs von Schreibmaterialien, Bemerkungen über die Anwendung von Stenographie und Schreibmaschinen, Angaben über die Zahl der Eingänge, über Bemühungen, den Schriftverkehr zu vereinfachen und einige andere finden sich in den zwei ersten Abschnitten. Der Aktenhaltung und Tagebuchführung, der Aktenauswahl für das Archiv und der Vernichtung entbehrlicher Aktenstücke, dem Kassen- und Buchhaltungswesen sind besondere Abschnitte gewidmet. Direktor Leutemann bespricht die Städtestatistik. Ihr Material fand sich in vielen Abteilungen der Ausstellung. Die Abgrenzung staatlicher und städtischer Statistik und die Konzentrierung aller städtischen statistischen Arbeit in einem Amte schafft stets neue Schwierigkeiten. Leutemann gibt eine Geschichte der Kommunalstatistik, er wirft dann einen Rundblick auf die statistischen Arbeitsfelder der städtestatistischen Ämter und unterscheidet zwei Gebiete, Sozial- und Verwaltungsstatistik. Den Begriff der Sozialstatistik faßt er soweit wie möglich, Bevölkerungs- und Wanderstatistik, Eingemeindungen, Besiedelungs-, Grundbesitz- und Wohnungsstatistik, Grundwertverhältnisse, Grundbesitzwechsel, Berufs- und Gewerbezählung, Straßenbahnwesen und Lebensmittelversorgung, Lebensmittelpreise und Konsumstatistik, Lohnstatistik, Arbeitsmarkt, Einkommensgliederung, Armen- und Schulstatistik, Statistik der ehrenamtlichen Betätigung werden als Sozialstatistik rubriziert, leider nur kurz erwähnt. Als Verwaltungsstatistik werden registriert die Betriebsergebnisse der städtischen Werke, der Leih- und Sparkassen, der Badeanstalten und Straßenreinigung, der städtischen Finanzen im allgemeinen, dann wieder im besonderen des Armenwesens. Hierauf folgt eine Erörterung über die organisatorische Stellung der städtestatistischen Ämter; da wird erwähnt, daß dank derselben immer mehr Männer mit nationalökonomischer Bildung neben den Juristen in die höheren städtischen Verwaltungsstellen eindringen und damit eine stärkere Anpassung an die Aufgaben der Gegenwart eintritt wie in der staatlichen Verwaltung.

Der zweite Band enthält eine reiche Fülle illustrativen Materials über die meisten [illegible] ersten Bande textlich behandelten Gebiete. Ein Eingehen auf dieses Material müssen wir uns leider versagen, wir wollen nur bemerken, daß auch der Statistiker seine Rechnung findet, da eine Reihe wertvoller Diagramme in den Band aufgenommen wurden.

Das Werk ist kein Handbuch der Kommunalpolitik, aber eine reiche Sammlung [illegible]n Materialien, die zwar durch die Städteausstellung veranlaßt ist, aber nicht selten [illegible]er diese hinausgreift und damit beweist, daß der Rahmen einer zweiten Städte[illegible]sstellung noch weiter gezogen werden muß, daß er vor allem die städtischen Arbeiter[illegible]rhältnisse und auch die konkurrierende Tätigkeit von Vereinen, Stiftungen usw. in [illegible] greifen muß. Nicht nur vornehmlich auf das Blendende, auch auf das Rück[illegible]ndige muß sie sich erstrecken. Lindemanns Werke finden in den zwei Bänden [illegible]nche Ergänzung. Leider fehlt dem Werke ein Register, obgleich seine Benutzbarkeit [illegible]ter diesem Mangel sehr leidet.

Wer sich ernstlich mit kommunalen Fragen befaßt, wird viele Anregungen in [illegible]n Buche finden, dessen Ausstattung in jeder Hinsicht vieles Lob verdient.

Literarische Rundschau.

Elisabeth Gotheiner, **Studien über die Wuppertaler Textilindustrie und ihre Arbeiter in den letzten zwanzig Jahren.** (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Gustav Schmoller und Max Sering. Band XXII Heft 2.) VIII und 96 S. gr. 8°. Leipzig, Duncker & Humblot.

In der Einleitung tadelt die Verfasserin Alfons Thun wegen der Verschwommenheit des in seinem berühmten Buche: „Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter" entworfenen Bildes. Sie zeigt die Mängel der Arbeit Thuns, die doch in mancher Hinsicht bahnbrechend gewesen ist, so daß wir mit einem außerordentlich großen Interesse uns dem Studium ihrer Arbeit zuwandten, die vollenden und fortsetzen sollte, was Thun begonnen und nicht genügend ausgeführt hat. Leider enttäuscht die Verfasserin, die Sicherheit ihres Tadels ist größer als ihr positives Talent. Sie beschwert sich über das unvollkommene Material von Thun und sie selbst benutzt das neueste Material bedeutend weniger wie altes. Den Hintergrund der Zustände hat Alfons Thun viel genauer gezeichnet wie die Verfasserin. In dem ganzen Buch ist ein einziges Kartell erwähnt. Die Klagen über die Zollpolitik der Vereinigten Staaten sind laut und breit, während die deutsche Zollpolitik von jedem Tadel verschont wird. Von Wilhelm II. wird die sichere Entschlossenheit gerühmt, mit der er das Erbe seiner Väter antrat, obgleich nicht herauszufinden ist, was das mit der Wuppertaler Industrie zu tun habe, da die Beziehung der Verfasserin falsch ist.

Die Bedeutung der Mode für die geschilderte Industrie, das ihr eigentümliche System der Raum- und Dampfkraftvermietung wird dargestellt. Die Schwankungen in der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter werden als ein zuverlässiger Gradmesser für den Geschäftsgang bezeichnet, was vielleicht für die Barmener Besatzindustrie aber nicht für die Industrie überhaupt gelten kann. Verhältnismäßig kleinen Lohnerhöhungen wird viel zu große Bedeutung beigemessen, sie fallen unserem Erachten nach zusammen mit einer Verminderung des Reallohns. Das Prämiensystem ist viel zu kurz gestreift. Bei einer starken Heranziehung der Frauen fehlt eine ins einzelne dringende Darstellung, für welche Textilgewerbe dies mehr, für welche es weniger der Fall war. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit wird auf Grund von fünfzehn Jahre alten englischen Erfahrungen nach Schulze-Gävernitz illustriert, während die Verfasserin dies doch eingehend auf Grund der Erfahrungen im Wuppertal zeigen sollte. Was sie da beibringt, sind zehn Jahre alte Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Verfasserin referiert eben mehr, sie stellt zusammen, sie forscht aber nicht selbständig. Merkwürdig mutet einen an, wenn die Verfasserin schreibt, daß in der Hausindustrie „allerdings noch bis zum Erlaß des Reichsgesetzes betreffend die Regelung der Kinderarbeit großer Mißbrauch mit der Beschäftigung von Kindern zur gewerblichen Arbeit getrieben" wurde. Woher weiß denn die Verfasserin, daß dieser Mißbrauch heute nicht ganz ebenso betrieben wird? Nach allem, was wir wissen, ist tatsächlich nichts der Rede Wertes für die Durchführung des Kinderschutzgesetzes geschehen.

Die Verfasserin gibt vier Arbeiterhaushaltungsrechnungen, deren Aufstellung selbst die mildeste Kritik nicht billigen kann. In einer wissenschaftlichen Arbeit hätte die Veröffentlichung derselben unterbleiben müssen. Wenn die Verfasserin behauptet, daß Elberfeld-Barmen seit 1893 sozialdemokratisch im Reichstag vertreten sei, so ist dagegen zu bemerken, daß dies schon bedeutend länger der Fall ist. Bekanntlich war dieser Wahlkreis schon 1874, dann 1878 und ununterbrochen seit 1884 im Besitz der Sozialdemokratie. Große Anerkennung spendet die Verfasserin den Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer und für die minimalen Fürsorgeleistungen der Gemeinden hat sie auch Lob.

Wir glauben, die Verfasserin hätte besser getan, den Vergleich ihrer engbrüstigen Leistung mit dem Buche von Thun nicht herauszufordern. ad. b

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 7 — 23. Jahrgang, 1. Band — 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Feudalismus und Sozialismus.

✗ **Berlin, 9. November 1904.**

Eine ständige Jammerrubrik unserer bürgerlichen Oppositionspresse, die unablässigen und unabsehbaren Fährnisse, denen die bürgerlichen Patrioten ausgesetzt sind, die dem Vaterland ihre Dienste als Offiziere zu weihen bereit sind, ist neuestens mit einigen ausgesuchten Nummern bereichert worden. Es hat keinen Zweck, auf die einzelnen Fälle einzugehen, zumal da nichts weniger angebracht wäre, als irgend ein Gefühl des Mitleids oder der Sympathie mit diesen Opfern ihrer Vaterlandsliebe. Von Interesse ist jedoch die allgemeine Frage, weshalb der moderne Militarismus, der längst nicht mehr ohne bürgerliches Geld und selbst nicht einmal mehr ohne bürgerliche Intelligenz bestehen kann, dennoch ein Nest feudaler Vorurteile geblieben ist, die jeden, der sie nur mit der kleinsten Unvorsichtigkeit streift, sozusagen mit elektrischen Schlägen niederstrecken.

Die Lösung des scheinbaren Rätsels liegt in dem zwiespältigen Charakter der Bourgeoisie, die ihrem historischen Wesen nach auf eine friedliche Tätigkeit angewiesen, dennoch durch den Klassengegensatz, worauf sie beruht, zu einer kriegerischen Tätigkeit gezwungen ist, wenn sie ihre Herrschaft aufrecht erhalten will. Sie hat es verabsäumt, das Werkzeug des Krieges ihren Interessen gemäß umzumodeln, aber da sie dies Werkzeug immer wieder gebraucht, so kommt die verkehrte Welt heraus, daß sie sich von denselben Leuten hudeln lassen muß, die nicht einen Tag bestehen können, ohne aus ihrem Beutel zu zehren. Nirgends tritt dies Verhältnis so kraß hervor, als gerade in Deutschland, dessen Bourgeoisie sich erst entwickelte, als die englische und französische Bourgeoisie bereits ihren historischen Höhepunkt überschritten hatte, die also von vornherein, trotz ihres tropischen Wachstums, einen epigonenhaften und schwächlichen Charakter trug. In dem Punkte, um den es sich hier handelt, hat sie seit hundert und mehr Jahren auch nicht den geringsten Fortschritt gemacht.

Der preußische Militarismus sah von Anbeginn in der feudalen Unwissenheit seines Offizierkorps einen besonderen Ruhmestitel. Rekrutierte sich diese Kaste doch aus jenem märkischen Junkertum, das schon der Abt Trittheim in den Tagen des Humanismus mit den Worten gekennzeichnet hatte: „Selten findet man hier einen Mann, der Interesse für die Wissenschaften zeigt; aus Mangel an Erziehung und Lebensart lieben die Leute mehr die Schmausereien, den Müßiggang und das Trinkgelage.“ Das war zweihundert Jahre später noch schlimmer geworden; hatte Trittheims Gönner, der Kurfürst Joachim I., wenigstens noch einen Seufzer darüber ausgestoßen, daß in der Mark Brandenburg ein gebildeter Mann so selten sei wie ein weißer Rabe, so schimpfte König Friedrich Wilhelm I., der eigentliche Schöpfer der preußischen Königsmacht, gebildete Leute „Bärenhäuter“ oder „Hundsfötter“, und hätte sich deren auch nur einer unter seine Offiziere gemischt, so würde er ihn allerhöchsteigenhändig hinausgeprügelt haben.

Unter seinem Sohne, dem „großen“ Friedrich, wurde das nicht anders, und soweit es anders wurde, geschah es sehr wider den Willen dieses Despoten. Er hat nicht bloß in figürlichem Sinne bürgerliche Offiziersaspiranten bei der Vorstellung eigenhändig mit dem Krückstock aus den Reihen gestoßen. Der General v. d. Goltz stellt in seinem Buche: Das Volk in Waffen, die Dinge auf den Kopf, wenn er sagt, Friedrich und sein Vater hätten das Offizierkorps aus dem erblichen Adel entnommen, weil dieser „zu jener Zeit den gebildeten Teil der Nation fast ausschließlich repräsentiert“ habe und die Bildung „die Grundlage für veredelte moralische Eigenschaften“ sei. Mit Recht hat ein bürgerlicher Historiker dagegen eingewandt: „Mihr müste der Teufel plagen, würde der alte Fritz wohl geschrieben haben, wenn ihm jemand vorgeschlagen hätte sein Offizierkorps nach dem Maßstab der ‚Bildung‘ zu ergänzen.“ Junker wollten diese preußischen Könige zu Offizieren haben, mochte es mit ihrer „Bildung“ auch nicht besser stehen, als mit der Bildung des Prinzen Moritz von Dessau, den sein Vater als seinen Lieblingssohn gar nichts hatte lernen lassen, damit man einmal sehe, was die reine Natur vermöge.

Eben dieser Prinz, der es in preußischen Kriegsdiensten bis zum Feldmarschall gebracht hat, zeigte aber auch, daß sich das holde Prinzip des alten preußischen Militarismus, die kompletteste Unwissenheit zur obersten Legitimation des Offiziers zu machen, in dieser unvollkommenen Welt nicht ganz ohne Rest durchführen ließ. Es genügte für die Paradezeiten unter Friedrich Wilhelm I., aber es genügte nicht mehr für die Kriegszeiten unter Friedrich II. Dieser König brauchte, wie er sich einmal in einer seiner Kabinettsordres ausdrückt, „einige Subjekte“, die nicht bloß dem Patent nach Generale waren, sondern im Notfall auch ein Heer oder einen Heerteil selbständig kommandieren konnten, was für die Soldatenheere des achtzehnten Jahrhunderts auch noch gerade keine überschwengliche Bildung, aber doch einige notdürftige Kenntnis in den schwierigen Künsten des Lesens und Schreibens voraussetzte. Dazu kam, daß der siebenjährige Krieg die Reihen des preußischen Junkertums lichtete und somit bürgerlicher Ersatz herangezogen werden mußte. Aber alles das geschah sehr wider den Willen des Königs; nach dem Hubertusburger Frieden war

er die bürgerlichen Offiziere wieder aus dem Heere heraus und setzte an ihre Stelle adelige Abenteurer aus der Fremde; auch was er für das militärische Bildungs- und Erziehungswesen tat, hielt sich in den bescheidensten Grenzen.

Die Kritik dieses famosen Systems erfolgte dann bei Jena. Unter den „Reformen“, die dem zerbrochenen Junkerstaat wieder auf die Beine helfen sollten, befand sich nun das der bürgerlichen Klasse eingeräumte Recht, Rittergüter und Offizierspatente zu erwerben. In der Tat hatte schon an der Abwerfung des napoleonischen Joches das bürgerliche Element den entscheidenden Anteil. Das gilt nicht nur von der Landwehr in ihrer Masse, sondern auch von den militärischen Führern. Scharnhorst, der genialste der preußischen Generale, war ein Bauernsohn, und auch die Gneisenau, York, Bülow, Grolman gehörten nicht eigentlich zur altpreußischen Junkerklasse, sondern hatten wenigstens von mütterlicher Seite Bauern- oder Handwerkerblut in den Adern. Jedenfalls wurde jetzt als Prinzip festgestellt, daß im Kriege nur die Tapferkeit, im Frieden nur die Bildung zum Offizier befähigen solle, und in den Jahrzehnten nach Waterloo drang die bürgerliche Klasse massenhaft in das Offizierskorps ein.

Jedoch das Wesen dieser feudalen Kaste wurde dadurch so wenig geändert, wie die allgemeine Wehrpflicht aus dem preußischen Heere ein „Volk in Waffen“ machte. Wie sich der Junkerstaat, nachdem der fremde Eroberer durch die Bürger- und Bauernklasse aus dem Lande geschlagen worden war, auf ökonomischem und politischem Gebiet retablierte, so auch auf militärischem. Die Müller und Schulze verbürgerlichten nicht die Itzenplitze und Zitzewitze, sondern umgekehrt die Itzenplitze und Zitzewitze feudalisierten die Müller und Schulze. Das konnte auch nicht wohl anders sein, solange die deutsche Bourgeoisie verhältnismäßig erst so schwach entwickelt war wie in der vormärzlichen Zeit. Dann aber schlug ihre Stunde, als am 18. März 1848 die Berliner Arbeiter die Elitetruppen des preußischen Militarismus aus Berlin herausschlugen und dieser Militarismus selbst eine innere Desorganisation offenbarte, die in ihrer Art kaum weniger arg war, als er sie fünfzig Jahre früher bei Jena offenbart hatte.

Es ist bekannt genug, daß die Bourgeoisie die Gelegenheit nicht beim Schopfe zu ergreifen wußte. Statt sich der Herrschaft über das Heer zu bemächtigen, vertrödelte sie kostbare Monate, bis sich der Militarismus von seinem ersten Schrecken erholt hatte und nun seinerseits zum Angriff gegen die politische Herrschaft der Bourgeoisie vorging. Ein schüchterner Versuch, seine herausfordernden Brutalitäten abzuwehren, kostete im Herbste 1848 dem sozusagen liberalen Ministerium Hansemann und danach der Berliner Versammlung das Dasein. Der preußische Militarismus brachte die deutsche Revolution ums Leben, wofür diese sich bei der deutschen Bourgeoisie zu bedanken hatte. Aber damit war noch nicht alles für die bürgerliche Klasse verloren. Sie konnte, dank ihrem großen Geldbeutel, ein gewichtiges Wort mitsprechen, als der preußische Militarismus sich „reorganisieren“ mußte, um in der modernen Welt weiter existieren zu können. Allein es ist wieder bekannt genug, daß sie auch diese Gelegenheit nicht nur in unglaublich kurzsichtiger Weise verpaßte, sondern auch der feudalen Offizierskaste, deren Rückgrat sie nicht rechtzeitig zu brechen gewagt hatte, obendrein alle historischen Trümpfe in die Hände spielte.

Sie hatte dabei nicht einmal ein Bewußtsein der beschämenden Rolle, die sie spielte. Jeder bürgerliche Jüngling, der nur irgend hoffen durfte, zu Gnaden angenommen zu werden, drängte sich nach 1871 zu einem Leutnantspatent. Wie weit diese Illusionsfähigkeit ging, zeigte noch im Jahre 1885 einer der geistreichsten Bourgeoisschriftsteller, Karl Hillebrand, ein Mann, der keineswegs blind war für das Banausentum, das sich nach 1871 im deutschen Geistesleben breit zu machen begann, vielmehr gerade im Kampfe gegen dies Banausentum zu folgender Schlußfolgerung kam: „Die Armee, der wir soviel verdanken, die aber trotz des großen nationalen Aufschwunges von 1813 doch während des langen Friedens noch viel von ihrer junkerlichen Ausschließlichkeit bewahrt hatte, ist seit unserer staatlichen Wiedergeburt der Nation wieder näher gerückt, verschmilzt immer mehr mit ihr. Ist sie doch jetzt für ganz Deutschland die gemeinsame Schule, in der sich die Söhne aller gebildeten Stände erst als Freiwillige, dann als Reserve- oder Landwehroffiziere begegnen — und ich müßte mich sehr irren, wenn dieser Bürger-Offizier nicht einmal der Typus der deutschen Gebildeten werden sollte, wie der Mann der Gentry, der Gentleman, der der englischen geworden ist." Schade, daß Hillebrand heute nicht mehr lebt und in Forbach und Pirna, an den Brüsewitz und Hüssener nicht mehr studieren kann, was aus seinem „Bürger-Offizier" geworden ist.

So wie es gekommen ist, mußte es aber nach allen Gesetzen der historischen Entwicklung kommen. Ein so kastenmäßig abgeschlossener Stand, wie das deutsche Offizierkorps, muß trotz der günstigsten Existenzbedingungen und gerade auch durch sie, auf die Dauer innerlich verfallen, meist namentlich jenen Hochmut und Übermut züchten, dessen Rutenstreiche jetzt seine untertänigsten Bewunderer in der Bourgeoisie schmerzlich zu empfinden beginnen. Deshalb haben sie aber nicht den geringsten Grund zur Klage, denn sie selbst haben sich diese Rute gebunden. Auch sind sie noch lange nicht von ihren Illusionen geheilt, wenn sie sich einbilden, durch etwelches Räsonnieren irgend etwas an dem Stande der Dinge ändern zu können. Und selbst wenn sie größere Courage und tiefere Einsicht besäßen, als ihnen tatsächlich beschieden ist, so zeigen die höchst problematischen Mittel, womit die französische Bourgeoisie gegenwärtig den Feudalismus vom Militarismus zu trennen versucht, daß die bürgerliche Klasse längst unfähig geworden ist, den Militarismus prinzipiell zu bekämpfen.

Anders aber ist er nicht mehr zu besiegen, seitdem der Sozialismus eine Macht geworden ist, die unaufhaltsam die moderne Arbeiterklasse ergreift.

Die Marx-Studien.

Von **Max Zetterbaum.**

I.

Die neue Zeitschrift, deren erster Band vor uns liegt, die „Marx-Studien",[1] ist ein Zeichen und ein Weiser einer neuen Richtung in unserer theoretischen Forschung

[1] „Marx-Studien", Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding. 1. Band. Wien 1904. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand.

Als Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer neuen Lehre und in ihrer neuen geschichtlichen Praxis ein neues Prinzip der Weltgeschichte zur sich selber bewußten Geltung brachten, da standen sie im Reiche des damaligen Geistes ihren Zeitgenossen als einsame und unverstandene Fremdlinge gegenüber. In jener Zeit der grandiosen Triumphe der Naturwissenschaften und der Technik, als noch der Kapitalismus an sich selber und seine ideologischen Götter als an ein ewiges, unwandelbares Sonnensystem glaubte, als die atomisierten, aus den Banden der engeren ökonomischen Gemeinschaften losgelösten Individuen der bürgerlichen Welt sich selber als selbstherrliche Monaden erschienen, in jenen Zeiten des vulgärsten Liberalismus betrachtete man die menschliche Gesellschaft als ein freiwilliges Bündnis dieser selbstherrlichen Individuen. Um die Menschen als eingereiht in einen notwendigen gesellschaftlich-geschichtlichen Zusammenhang zu begreifen, um die Präponderanz und Einheit der gesellschaftlichen Momente zu erkennen, hätten diese Menschen der bürgerlichen Welt außer ihr stehen müssen. Aus dem Wesen der reinen bürgerlichen Gesellschaft folgt nämlich die Verständnislosigkeit für wirkliche Sozialwissenschaft. Darum konnte man eine Lehre nicht verstehen, welche die Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt einer ihr eigentümlichen realen Einheit auffaßte, den allgemeinen notwendigen Zusammenhang der Totalität der gesellschaftlichen Funktionen darlegte und die eigentümlichen Gesetze der als einheitlicher Kosmos begriffenen kapitalistischen Produktionsweise, das Werden und Vergehen dieser Welt und der von ihr abhängigen gesellschaftlichen Daseinsformen der Individuen nachwies.

Mit dem gradweisen Erstarken der Arbeiterbewegung, als sich in dieser die Marxsche Theorie täglich und stündlich wie in einem hierzu angestellten Experiment verwirklichte und in ihrer Wahrheit erwies, kamen die Mehrheit derjenigen, die ihr Leben der Arbeiterbewegung widmeten, aus dem inneren Leben der Arbeiterbewegung heraus zur Erkenntnis der Marxschen Lehre und ihrer Grundgedanken. Sie erkannten nämlich, daß die Kraft und Stärke der Arbeiterbewegung im geraden Verhältnis zur Realisation und Verbreitung der Marxschen Lehren standen. Die feurigsten und begeistertsten politischen Agitatoren der Neuzeit, die Liebknecht, Bebel, Lafargue usw. waren daher zugleich die ersten Verfechter des Marxismus. Ihre Zahl mehrt sich. Es erscheinen Guesde, Plechanow, Kautsky, Mehring und andere; Friedrich Engels übernimmt gewissermaßen die Leitung dieser Richtung. Sie alle, „die Marxisten", „die Marxsche Schule", sind sich bewußt, Vertreter einer neuen Lehre zu sein. Sie wollen bloß dem Proletariat dienen, in seiner Mitte diese Lehre verbreiten. Die Welt der offiziellen Theorien kümmert sie nicht. Sie haben die Hohlheit und Nichtigkeit der offiziellen Theorie und zugleich die strotzende, lebenquellende Wahrheit der eigenen Lehre erkannt. Sie suchen nun vom Standpunkt der Marxschen Theorie alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens, Individuen und Epochen, Literatur und Kultur, Politik und Wirtschaft zu beleuchten, um der Arbeiterschaft die neue Welt zu zeigen und sie im neuen Denken zu erziehen. Die Schriften dieser Phase bilden die eigentliche sozialdemokratische Literatur und sie haben daher ihr besonderes Gepräge. Sie sind geschrieben für intelligente Arbeiter. Sie müssen daher der Form nach klar und einleuchtend sein; da kann man seine eigene geistige Unklarheit hinter den Symbolismus und die Zweideutigkeit von Worten und Perioden nicht verstecken. Inhaltlich bringen sie die Grundsätze der Marxschen Theorie in einer **konkreten** Fassung zur Darstellung und Erklärung und erörtern vom Standpunkt der konkret gefaßten

Sätze der Theorie die realen Probleme der Zeit oder der Geschichte. Diese Arbeit der Marxisten wird mit Erfolg gekrönt. Das Proletariat aller Länder wird mit Marxschem Geiste erfüllt, die Zahl derer, welche die neue Lehre verstehen, ist besonders im Proletariat bedeutend gewachsen und die Bahnen der Arbeiterbewegung erscheinen nunmehr unverrückbar. Mit dem Augenblick, als die geschichtliche Aufgabe dieser Richtung, der „Marxisten", vollbracht war, gewinnt man den Eindruck, daß diese besondere Literatur der Marxisten, welche in Monographien und Broschüren die Marxschen Lehren bis dahin erklärten und demonstrierten, sich immer mehr vermindert.

Die neue Arbeiterbewegung hatte das Antlitz der bis damals rein kapitalistischen Erde verändert. Die bürgerliche Welt verlor den Glauben an ihre eigene Herrlichkeit und Ewigkeit, sie erkannte selber, daß der gesellschaftliche Fortschritt auf Grund der bürgerlichen Grundlagen und Vorstellungen unmöglich ist. Man flüchtet sich daher in den Tempel des eigenen Innern. Psychologismus und Subjektivismus kommen wieder zu Ehren. Nach der früheren Epoche der krassesten Anbetung der Außenwelt kommt eine Epoche des extremen Kultus des wahrhaft fetischartig objektivierten „Ich". Ein individualer Psychologismus beherrscht auch die Wissenschaften. Die bürgerlichen Ökonomen ignorieren einfach die Existenz einer kapitalistischen Produktionsweise, sie brauchen sie daher nicht zu analysieren und ihre inneren Bewegungsgesetze aufzudecken, es genügt, wenn sie den vergrabenen Schatz ihrer eigenen Seele heben und ihren Rhythmus bei der individuellen Bedürfnisbefriedigung ablesen. Die bürgerlichen Philosophen bemühen sich, die Möglichkeit der Sozialwissenschaft zu negieren, indem sie das psychische Erlebnis des einzelnen als nicht verknüpfbar mit dem kausalen gesellschaftlichen Zusammenhang darzustellen suchen und den einzigartigen Wertinhalt der psychischen Phänomene hervorheben. Nachdem sie auf diese Weise auf dem Papier die Möglichkeit einer theoretischen Erfassung des gesellschaftlichen Lebens vernichtet haben, bemerken sie zu ihrem Ärger, daß der Marxismus das Leben und die Eigenschaften dieser Gesellschaft theoretisch aufdeckt und praktisch verändert. Sie werfen sich daher von ihrem subjektivistischen Standpunkt auf eine Kritik des Marxismus. Die subjektivistische Strömung färbt sogar auf manche Elemente in der Arbeiterbewegung ab, für welche die scharfe Prägung der Marxschen Gedankenwelt ein Hindernis bildet, um die objektive Kluft der Klassengegensätze zu überbrücken und zu verschleiern.

Unter solchen Einflüssen wuchs die jüngere Generation unserer Intelligenz heran. Sie haben als Kinder ihrer Zeit die methodologischen und erkenntniskritischen Probleme durchdacht, innerlich mit den Subjektivisten aller Art gerungen und sie überwunden. Sie fanden ferner die notwendigste theoretische Arbeit für den unmittelbaren Emanzipationskampf der Arbeiterklasse schon geleistet, in der Arbeiterschaft schon eine Fülle marxistisch geschulter Köpfe, die aus dem Proletariat hervorgegangen sind, und sie erlangen daher bei dieser geschichtlichen Situation die Muße, von dem unmittelbaren theoretischen Bedürfnis der Arbeiterklasse abzusehen und von methodologischem und erkenntnistheoretischem Standpunkt aus die Marxsche Theorie zu durchleuchten sowie mit den theoretischen Wortführern des Subjektivismus die Waffen zu kreuzen. Wenn die Marxisten der früheren Phase von den in ihrer Konkretheit gefaßten Marxschen Sätzen ausgingen, um konkrete Probleme zu beleuchten und zu erhellen, so analysieren die Jüngeren die konkreten Grundbegriffe des Marxschen

Systems, weisen die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Bildung dieser Begriffe auf, bestimmen deren Stellung im System der Wissenschaft und fördern auf diese Weise sowohl den lückenlosen Ausbau des Marxschen Systems wie die selbständige Entwicklung der Sozialwissenschaft.

Was wir hier zeichnen, ist mehr gärende Tendenz als vollendete Wirklichkeit. Schon mancher Aufsatz der „Neuen Zeit" in den letzten Jahren signalisierte die neue Richtung, nunmehr tritt sie zum erstenmal mit den „Marx-Studien" selbständig in die Öffentlichkeit.

* * *

Die „Marx-Studien" enthalten eine Arbeit von Rudolf Hilferding, „Böhm-Bawerks Marx-Kritik" (S. 1—61), eine von Dr. Josef Karner über die soziale Funktion der Rechtsinstitute (S. 62—192) und endlich die ausführliche Arbeit Max Adlers, „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft" (S. 192—432).

Hilferding tritt der Marx-Kritik Böhm-Bawerks, des Hauptes der psychologischen Schule in der Nationalökonomie, entgegen. Die psychologische Schule, welche einst ausgezogen war, exakte Gesetze der Wirtschaft aufzustellen, endete in Wirklichkeit notwendigerweise in unrühmlicher Impotenz. Sie hat gar nichts zu erklären vermocht und ihr wie der übrigen bürgerlichen Ökonomie blieben überhaupt die Aufgaben der Wissenschaft der Nationalökonomie fremd. Sie dient heute höchstens dazu, in den Lehrbüchern der Nationalökonomie das obligate Kapitel über Wert und Preis auszufüllen. Um so schärfer bemühte sich Böhm-Bawerk um den Nachweis, daß der Wertbegriff, wie ihn Marx formuliert hatte, falsch sei und daß das Wertgesetz bei der Erklärung der Durchschnittsprofitrate sich nicht bewähre und zur Wirklichkeit im Widerspruch stehe. Wir wollen hier nur jenen Teil der Hilferdingschen Antikritik anführen, der den allgemeineren Teil des Problems betrifft, in unseren Vereinen einst oft diskutiert wurde und daher stärkeres Interesse erwecken wird. Manche wörtliche Anführung wird den Charakter der Schrift und die Art ihrer Argumentation dem Leser näher bringen.

Einer der bedeutsamsten Einwände Böhm-Bawerks gegen die Marxsche Werttheorie ist der, daß kein realer Grund vorhanden sei, bei der Gegenüberstellung von Waren vom Gebrauchswert und von allen anderen Eigenschaften der Waren zu abstrahieren, sie wegzunegieren und bloß die Eigenschaft, daß sie Arbeitsprodukte seien, zum Ausgangspunkt der Wertfeststellung zu nehmen. Wenn man jene Eigenschaften ausschließen konnte, so auch die, Produkte der Arbeit zu sein. Wenn man will, so sind alle anderen Eigenschaften bei den Waren ebenso als gemeinsam anzuerkennen wie die von Arbeitsprodukten.

Hilferding erwidert: Daß ein Gut Arbeitsprodukt ist, macht ein Gut noch nicht zur Ware. Doch nur als Ware ist ein Gut gegensätzlich als Gebrauchswert und Wert bestimmt. Die Beziehung im Austauschverhältnis macht erst den Warencharakter des Gutes aus. Eine Ware kann sich aber auf andere Waren nicht von selbst beziehen. Die sachliche Beziehung der Güter aufeinander kann nur Ausdruck der persönlichen Beziehung ihrer Besitzer sein. Als Warenbesitzer sind sie aber Träger bestimmter Produktionsverhältnisse: voneinander unabhängige und gleiche Produzenten von Privatarbeiten, die jedoch bestimmt sind nicht für individuelle, sondern für gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung. Durch den Austausch der Produkte wird also der gesellschaftliche Zusammen-

hang der durch das Privateigentum und die Arbeitsteilung in ihre Atome zerlegten Gesellschaft hergestellt.

Die gegensätzliche Bestimmung der Ware als Gebrauchswert und Wert erscheint uns jetzt als Gegensatz der Ware, soweit sie auf der einen Seite als natürliches Ding, auf der anderen Seite als gesellschaftliches Ding auftritt. Es ist ein Gegensatz bloß in der Betrachtungsweise. Als natürliches Ding ist sie Gegenstand der Naturwissenschaft, als gesellschaftliches Ding Gegenstand einer Gesellschaftswissenschaft, der politischen Ökonomie. Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen kann aber die Ware nur sein, sofern sie selbst als Produkt der Gesellschaft betrachtet wird, als Ding, dem die Gesellschaft ihren Stempel aufgedrückt hat. Die Glieder der Gesellschaft können sich jedoch ökonomisch nur aufeinander beziehen, indem sie füreinander arbeiten. Diese materielle Beziehung erscheint in ihrer historischen Formbestimmtheit im Austausch der Waren. Das Gesamtarbeitsprodukt stellt sich dar im Gesamtwert, der in der Einzelware in quantitativer Bestimmtheit als Tauschwert in Erscheinung tritt. Ist die Ware ihrer gesellschaftlichen Substanz nach Arbeitsprodukt, so erhält jetzt diese Arbeit dadurch ihren bestimmten Charakter als gesellschaftlich notwendige Arbeit: die Waren erscheinen nicht mehr als Produkt der Arbeit verschiedener Subjekte, diese erscheinen vielmehr als „Organe der Arbeit“. Die Privatarbeiten erscheinen so der ökonomischen Betrachtung als ihr Gegenteil: als gesellschaftliche Arbeiten. Das Resultat des auf diese Weise qualitativ bestimmten gesellschaftlichen Produktionsprozesses ist quantitativ bestimmt durch die Gesamtmasse der aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeit. Als adäquater Teil des gesellschaftlichen Arbeitsproduktes — und nur als solcher fungiert sie im Tauschverkehr — ist die Einzelware quantitativ bestimmt durch die in ihr enthaltene Quote der Gesamtarbeitszeit.

„Weil also die Arbeit das gesellschaftliche Band ist, das die in ihre Atome zerlegte Gesellschaft verbindet, und nicht weil sie die technisch relevanteste Tatsache ist — wie Böhm meint —, ist sie das Prinzip des Wertes und besitzt das Wertgesetz Realität.“

Hilferding hellt auch auf befriedigende Weise die Frage der Reduzierbarkeit komplizierter auf einfache Arbeit auf. Diese Frage bildet eines der bekannten Schlagworte gegen die Marxsche Werttheorie. Natürlich tritt sie auch Böhm breit.

Hilferding weist darauf hin, daß Marx in der Werttheorie nicht das Mittel sieht, um zur Feststellung der Preise zu gelangen, was Böhm als Aufgabe der Ökonomie ansieht, sondern das Mittel, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft zu finden. Für Marx ist überhaupt der Preis „eine schon ganz veräußerlichte und prima facie begrifflose Form des Warenwertes“ (III). Ob eine bestimmte komplizierte Arbeit, zum Beispiel Bildhauerarbeit, das Vier- oder Sechsfache einfacher Arbeit, zum Beispiel der Schneiderei, darstellt, ist gleichgültig. Wichtig ist aber, daß eine Verdopplung oder Verdreifachung der Produktivkraft in der Sphäre der komplizierten Arbeit den Preis ihres Produktes gegenüber dem der unverändert gebliebenen einfachen Arbeit um das Zwei- resp. Dreifache senken würde. Die absolute Höhe der Preise ist durch Erfahrung gegeben, was uns interessiert, ist die gesetzmäßige Veränderung welche diese Preise erfahren.

Aber wenn auch die absolute Höhe der Preise praktisch erst durch den gesellschaftlichen Prozeß festgesetzt wird, müssen im Wertbegriff doch alle Elemente

enthalten sein, welche den Vorgang, den die Gesellschaft bei der Reduktion einhält, theoretisch erkennen läßt. Unter Zurückweisung des antimarxschen Versuchs Bernsteins, den höheren Wert des Produktes der qualifizierten Arbeit aus dem höheren Lohn der qualifizierten Arbeitskraft herzuleiten, weist Hilferding nach, daß in der Ware Arbeitskraft des qualifizierten Arbeiters viele einfache Arbeiten, die notwendig waren, um diese bestimmte qualifizierte Arbeitskraft herzustellen, aufgespeichert sind, die erst mit dem Beginn der Tätigkeit der qualifizierten Arbeit für die Gesellschaft flüssig werden. Die Arbeit der Ausbilder überträgt nicht nur Wert, sondern auch den eigenen Gebrauchswert, nämlich den, Quelle von Neuwert zu sein. Diese einfache Arbeit ist bis zu dem Zeitpunkt der Betätigung der qualifizierten Arbeit, in deren Bildung sie eingegangen ist, latent. Erst in dem einen Akte der Verausgabung der qualifizierten Arbeit wird eine Summe von einfachen Arbeiten verausgabt und damit eine Summe von Wert und Mehrwert geschaffen, die der Wertsumme entspricht, welche die Verausgabung aller einfachen Arbeiten erzeugt hätte, die notwendig waren, um die komplizierte Arbeitskraft und ihre Funktion, die komplizierte Arbeit, zu erzeugen. Komplizierte Arbeit erscheint so vom Standpunkt der Gesellschaft, also ökonomisch betrachtet, als das Vielfache einfacher Arbeit, so verschieden einfache und komplizierte Arbeit einer anderen physiologischen, technischen oder ästhetischen Anschauung erscheinen mögen.

So wird in der Marxschen Werttheorie die Werthöhe zu einer theoretisch meßbaren Größe. Wenn aber Böhm verlangt, man möge ihm die Beziehung zwischen Tauschwerten resp. Preisen und den Arbeitszeiten darlegen, so verwechselt er theoretische mit praktischer Meßbarkeit. Was ich erfahrungsgemäß feststellen kann, ist der konkrete Arbeitsaufwand, den die Herstellung eines bestimmten Gutes erfordert. Wieweit diese konkrete Arbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit bedeutet, wieweit sie also für die Wertbildung in Betracht kommt, könnte ich nur feststellen, wenn ich den jeweiligen Durchschnittsgrad von Produktivität und Intensität, den die Produktivkraft erlangt hat, sowie das von der Gesellschaft geforderte Quantum dieses Gutes kennen würde. Es heißt das aber vom einzelnen verlangen, was die Gesellschaft leistet. Denn der Rechenmeister, der die Höhe der Preise allein ausrechnen kann, ist die Gesellschaft, und die Methode, deren sie sich dabei bedient, ist die Konkurrenz. Diese Illusion, daß der theoretische Maßstab zugleich unmittelbarer praktischer Maßstab sei, war es, die zur Utopie des Arbeitsgeldes und des konstituierten Wertes führte. Es ist die Auffassung, die in der Theorie des Wertes nicht ein Mittel sieht, dem Bewegungsgesetz der heutigen Gesellschaft auf die Spur zu kommen, sondern ein Mittel, zu einem möglichst stabilen und gerechten Preiskurant zu gelangen.

Den ausführlichsten Teil seiner Abhandlung widmet Hilferding der Widerlegung der Einwände Böhms gegen die Gültigkeit des Wertgesetzes bei Annahme der Marxschen Lösung des Problems der Durchschnittsprofitrate. Hilferding sucht den Gegner in allen Schlupfwinkeln auf und dabei zeichnet er sich in allen seinen Ausführungen durch jene Klarheit und unbeugsame Folgerichtigkeit im Nachweisen und Schließen aus, die eine alte Stärke unserer Literatur bildet. Wer diesen Abschnitt aufmerksam gelesen hat, der ist nicht mehr berechtigt, zu behaupten, daß das Wertgesetz nur als eine „metaphysische Kategorie“ aufzufassen sei. Bei allen Modifikationen ist es mindestens so real wie das Fallgesetz, das in der erscheinenden Wirklichkeit überhaupt nicht

rein erscheint. Es zeugt von Unverständnis des Wesens eines wissenschaftlichen „Gesetzes", das doch nur unter bestimmten Bedingungen gilt und sich stets diesen gemäß manifestiert, wenn man das „Gesetz" wegen Modifikationen in der Erscheinungsweise als „aufgehoben" erklärt, obwohl der Nachweis klar erbracht wird, wie und warum bei einer eingetretenen Änderung in der äußerlichen Formgestaltung seiner Bedingungen — in einem übrigens unwesentlichen Teile — auch die Erscheinungsweise des weiter fortwirkenden Gesetzes eine Modifikation in einer bestimmten äußerlichen Sphäre erleidet.

Das Schlußkapitel widmet Hilferding einer Auseinandersetzung mit der subjektivistischen Auffassung der Nationalökonomie, in der er nachweist, es handle sich im Streite zwischen Marx und Menger nicht um zwei verschiedene Methoden, die einander zu ergänzen haben, sondern um eine verschiedene Auffassung des ganzen sozialen Lebens, von denen die eine die andere ausschließt.

Die glänzende Arbeit Hilferdings, die eine Zierde unserer ökonomischen Literatur bildet, hat in den „Dokumenten des Sozialismus" (Nr. 4 dieses Jahres) von Bernstein eine Beurteilung erfahren, die aus allgemein soziologischen und aus parteipolitischen Gründen Beachtung verdient. Bernstein ergeht sich gegen Hilferding, der in einer streng wissenschaftlichen und leidenschaftslosen Form seine Sache führt, in persönlichen Insulten und Ausdrücken der Geringschätzung, wie zum Beispiel „widerwärtiger Epigonenhochmut", „speit", „stolpert von seiner hohen Position in eine Tiefe herab", „Schul-Marxist" und dergleichen. Er spricht der Arbeit Hilferdings den ihr zukommenden wissenschaftlichen Wert ab, die Haltlosigkeit der Böhmschen Ausstellungen nachgewiesen zu haben, und tritt als Verteidiger und Paladin der bürgerlichen Nationalökonomie auf, in deren Schule er Hilferding, um noch viel zu lernen, schickt. Eine derartige Kritik Bernsteins, der stets über den „schlechten Ton" sogar bei politischen Polemiken gejammert hat, wo es sich um die vitalsten Interessen des Proletariats gegenüber einem raubgierigen Feinde handelt, offenbart wieder einmal deutlich den theoretischen Zusammenhang des Revisionismus mit der bürgerlichen Weltauffassung und den fast persönlichen Haß gegen den konsequenten Marxismus als die Lehre, die sich bewußt ist, der theoretische Ausdruck des proletarischen Emanzipationskampfes zu sein. Eine Arbeit wie die Hilferdings, welche die Legende von der Überwindung oder Fehlerhaftigkeit der Marxschen Werttheorie zerstört und überlegen die Hohlheit der bürgerlichen Wissenschaftsbegriffe aufweist, verschüttet zugleich die Quellen, aus denen der Revisionismus geistig gespeist wird. Inde ira!

Im übrigen sind die Ausführungen Bernsteins wirklich bedeutungslos. Er bekämpft Hilferding durch Zitate aus Marx, über deren Sinn sich auseinanderzusetzen den Rahmen dieser Kritik überschreiten würde. Teils sind es Mißverständnisse, teils Dinge, die niemand bestreitet und die ohne Belang für die Frage sind. Manche Sätze Bernsteins sind mehrdeutig oder direkt unverständlich formuliert, so zum Beispiel der Satz: „Im übrigen ist es ein Aberglaube, daß man die Kategorien der Arbeit, des Kapitals, des Profits, der Rente usw. nur begreift, wenn man den Wert *nicht* (sic!) lediglich von der Arbeit ableitet", welcher im Zusammenhang mit dem folgenden Satze von der Unvollkommenheit der „Arbeitswerttheorie" unverständlich bleibt.

Es ist schade, daß Bernstein sich nur in Allgemeinheiten bewegt und nicht klar und deutlich angegeben hat, welche bürgerliche nationalökonomische Schule oder welcher Ökonom überhaupt durch die Kategorie des Gebrauchswertes die

Zusammenhänge und das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise oder wenigstens irgendwelcher speziellen realen ökonomischen Phänomene tatsächlich aufgedeckt hat. Dann wäre trotz Raummangels eine Erwiderung möglich gewesen. Bis dahin halten wir an dem Satze fest, daß nur die Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise durch Marx aus einem einheitlichen, in dieser Produktionsweise gelegenen Prinzip, durch welches alle wesentlichen Zusammenhänge und Phänomene dieser Wirtschaftsordnung in ihrer Funktionalität einheitlich erfaßt, verstanden und aufgedeckt wurden, den erkenntniskritischen und methodologischen Anforderungen des Wissenschaftsbegriffs überhaupt und denen der Wissenschaft der Nationalökonomie insbesondere am adäquatesten entspricht. Es ist wahr, alle Probleme der Nationalökonomie sind mit Hilfe der sogenannten „Arbeitswerttheorie" bis nun nicht gelöst worden. Aber diese Theorie bildet vom methodologischen Standpunkt aus das einzige Erkenntnismittel, den einzigen Weg zu ihrer künftigen Lösung. Die Nationalökonomie hat ihre besondere, vom rein gesellschaftswissenschaftlichen Standpunkt zu erfassende Problemstellung und es ist das Verdienst der Hilferdingschen Arbeit, ihr Thema bewußt und konsequent unter diesem Gesichtspunkt durchgeführt zu haben.

Karners Arbeit behandelt in positiver Weise die soziale Funktion der Rechtsinstitute. Stammler hatte in seinem Werke „Wirtschaft und Recht" die These vertreten, das Recht, die soziale Regelung sei das Prius allen Gesellschaftslebens, ohne Recht sei ein Gesellschaftsleben nicht denkbar, und daraus den Schluß auf die aktive Selbständigkeit des Rechtes gegenüber der durch den Rechtswillen zu verändernden Wirtschaft gezogen. Karner tritt diesem Gesichtspunkt entgegen. Wohl ist das Recht Bedingung der Wirtschaft, aber nicht Ursache der Änderung und der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Übrigens sei das Recht durch außerrechtliche Tatsachen bedingt. Bei gleichbleibendem rechtlichen Bestand, ohne Änderung des Gesetzes, kann ein Rechtsinstitut in seiner wirtschaftlichen Natur, in seinen sozialen und ökonomischen Funktionen sich ändern. Bei demselben Rechte kann also die Rechtsausübung eine verschiedene sein. Dieser Nachweis bildet die Aufgabe der vorliegenden, scharfsinnig und geistreich durchgeführten Arbeit, in welcher er uns den Funktionswandel des Eigentums und der Adnexinstitute aus dem Obligationenrecht von der Periode der einfachen Warenproduktion, wo der Eigner Produzent, das eigene Haus Stätte des Betriebs und des Konsums, der Produktion und des Warenumsatzes war bis zur kapitalistischen Produktionsweise, wo das Eigentum an den Produktionsmitteln durch den Lohnvertrag dem einen Menschen Herrschaft über den anderen Menschen gewährt und wo das Eigentum durch den Kaufvertrag zum Mittel der Realisation des Mehrwertes, Mehrwertstitel wird. Den Grundgedanken dieser Arbeit, den er oft auf die pikanteste Weise in allen Schlupfwinkeln der juristischen Institute und ihrer verwickelten Struktur aufweist, bildet der Satz von Marx: „Dieses selbe Recht steht in Kraft wie am Anfang, wo das Produkt dem Produzenten gehört und wo dieser, Äquivalent gegen Äquivalent vertauschend, sich nur durch eigene Arbeit bereichern kann, so auch in der kapitalistischen Periode, wo der gesellschaftliche Reichtum in stets steigendem Maße das Eigentum derer wird, die in der Lage sind, sich stets aufs neue die unbezahlte Arbeit anzueignen" („Das Kapital", I, S. 550). Die Natur der höchst interessanten Arbeit Karners erlaubt uns nicht, an der Stelle auch nur andeutungs-

weise von ihrem Inhalt und ihren Problemen einen Begriff zu geben. Wi hoffen, daß es ausführlich in dieser Zeitschrift in selbständiger Erörterun geschehen wird. Der Verfasser verspricht uns eine zweite, an die gegenwärtig anschließende Arbeit, in welcher er den Nachweis führen wird, wie der wirt schaftliche Wandel die Änderung des Rechtes herbeiführt. Möge sie bald er scheinen. (Schluß folgt

---

Der Zunftgedanke im Tarifvertrag.

Von **Bernh. Schildbach.**

Der kollektive Arbeitsvertrag ist in fortwährender Ausdehnung begriffen un verdrängt immer mehr die Diktatur des einzelnen Unternehmers bei der Fest setzung der Arbeitsbedingungen. Wohin geht diese Entwicklung? Aus de mannigfaltigen Einzelerscheinungen auf dem Tarifgebiet wollen wir hier eine Beitrag zur Lösung dieser Frage suchen.

Schon in den frühesten Zeiten der kapitalistischen Epoche finden wir — wen auch vereinzelt — die Arbeitsbedingungen in ganz ähnlicher Weise wie heut in so manchem Tarifvertrag geregelt. Unstreitig hat diese Art Lohnregelun ihre Wurzel in der Zunftverfassung, ganz abgesehen davon, ob sie ihre Ent stehung den Machteinflüssen der Gesellen- oder der Meisterschaft verdankt. Di Bestimmungen der Zunftverfassung waren ohne die Mithilfe der Gesellen au die Dauer nicht durchführbar, und dem Gesellenstand mußten die Bestimmunge der Zunft gleichgültig sein, wenn nicht auch seinen Interessen Zugeständniss gemacht wurden oder seine Interessen überhaupt mit denen der Meisterscha im großen und ganzen zusammenfielen. Die Beseitigung der Preisdrücker mußte damals genau so wie heute das Ziel zur Herbeiführung einer gewerb lichen Ordnung sein. Zur Grundlage eines soliden Produktpreises gehört denn auch — da die Arbeitskraft noch einen wesentlich höheren Bestandteil de Produktionsprozesses bildete, als heute im Zeitalter der Maschine — ein gewisse Regelung der Löhne, wie sie als „Lohntaxordnungen" im Baugewer und in einigen privilegierten, teilweise örtlich begrenzten Branchen der Metall und Textilindustrie bestimmt, in anderen Gewerben allem Anschein nach be standen haben.

So erfahren wir, wie in Solingen schon im Jahre 1673 die von de großkapitalistischen Kaufleuten zu Heimarbeitern degradierten Schwertmache unter Sanktionierung des kurfürstlichen Obervogtes, einen Akkordlohn- sowi einen Preistarif einführten und zu deren strikten Einhaltung ein zu alle Mitteln des „Terrors" befugtes Schiedsgericht einsetzten.[1] Der größere Waffen bedarf in der Zeit des siebenjährigen Krieges veranlaßte die Schwertmache unter Ausnutzung der günstigen Konjunktur im Jahre 1759 wiederum ein Verbesserung der Akkordpreise in einem Kollektivabkommen, unter Zuziehun der Kaufmannschaft, festzulegen und gleichzeitig die Preise für das von de Kaufleuten an die Handwerker gelieferte Rohmaterial einheitlich zu regeln Auch in der Messerbranche — ebenfalls in Solingen — datieren die Kämpf um geordnete Lohnsätze und Arbeitsbedingungen weit zurück. Im Jahre 159 wurde ein Akkordpreisverzeichnis festgelegt, das im Jahre 1603 insofern weite ausgebaut wurde, indem es bestimmte, daß die Produktpreise unter Berücksich

---

[1] Vergl. A. Thun, „Die Industrie am Niederrhein."

igung der neuen Muster sowie der Qualität jedes Jahr neu zu regeln waren ınd daß die Kaufleute sich einzeln durch Unterschrift zur Anerkennung der Ver= inbarungen verpflichten mußten. Ende des siebzehnten Jahrhunderts gelang s, durch Vertrag an Stelle des Trucksystems — das die widerlichsten Zustände ezeitigt hatte — die Barzahlung einzuführen und die früheren Akkordsätze rneut zur Anerkennung zu bringen.

Unzählige Kämpfe füllten die folgende Zeit aus; auf die Streiks der Hand= verker folgten Aussperrungen seitens der Kaufleute, schließlich polizeiliche Ein= riffe, zum Beispiel Streikverbote unter Androhung von Geldbußen und Haft= trafen zuungunsten der Arbeiter und endlich tarifliche Vereinbarungen mit Festsetzung von hohen Geldstrafen auf Tarifbrüche. Die Auflösung der Zünfte ınd die Einführung der Gewerbefreiheit gaben dann den folgenden Kämpfen inen anderen Charakter. Die Organisationslosigkeit der Gewerbe drängte die lrbeiter auf den Weg der Revolte, bis endlich die gewerkschaftliche Organi= ation der Arbeiter den Bewegungen klare Ziele setzte, die — bezeichnend genug ür den sozialistischen Geist der Zunft — in denselben Forderungen und den= elben Einrichtungen gipfelte, welche ehedem der Geist des industriellen Libe= alismus zerstört hatte. Wer heute in Solingen die Tarifverträge über Akkord= reise mit den Kontroll= und Überwachungsinstanzen, den „Vergleichskammern" nd paritätischen Schiedsgerichten der in Lokalorganisationen vereinigten lrbeiter betrachtet, erkennt in ihnen die neuzeitliche Form alter Zunfteinrichtungen.

Ziemlich in gleicher Form wie in Solingen spielten sich die Kämpfe in der Feilenindustrie Remscheids und in der niederrheinischen Textilindustrie ab. Aus er Textilindustrie haben sich, mit Ausnahme einiger Branchen der Handweberei, llerdings keine nennenswerten Abmachungen, wohl infolge der Organisations= osigkeit dieser Arbeiter, in unsere Zeit herübergerettet.

Neben den Lohnbestimmungen spielte in jenen Bewegungen selbstverständlich uch die Regelung des Zuganges zum Gewerbe eine bedeutende Rolle, und ıan kann wohl sagen, daß gerade diese Absperrungsmaßnahmen zu engherzig ehandhabt wurden — die Zunft sich dadurch schließlich selbst den Untergang orbereitete. Neben einer gewissen Garantie der Existenz für die in das Ge= erbe Eintretenden versäumte man auch, auf die wirtschaftliche Möglichkeit der ntfaltung und Fortentwicklung des Gewerbes bedacht zu sein.

Von anderen Gewerben oder Industrien, deren Entstehungsgeschichte bis or die Zunftzeit zurückreicht und in welchen gegenwärtig zahlreiche Tarif= erträge bestehen, kann angenommen werden, daß der Tarifvertrag ebenfalls ı der Zunftzeit entstanden ist. Darauf weisen unter anderem häufig vor= ommende Tarifbestimmungen hin, deren zünftlerischer Charakter ganz offen= chtlich ist. Im Buchdruckgewerbe, bei dem die Tarifgemeinschaft durch die erbreitung über das ganze Reich die größte Beachtung verdient, lassen sich ie ersten Tarifansätze in dem Jahre der Revolution 1848 nachweisen — aber uch in diesem Gewerbe dürften lokale Abmachungen vordem vorhanden ewesen sein.

Betrachten wir uns nunmehr jene Bestimmungen in den bestehenden Tarifen, ie unverständlicherweise auch in sozialistisch denkenden Arbeiterkreisen abfällige ritik erfuhren. Im Buchdruckertarif war es die Lehrlingsskala, die Anlaß ır Kritik bot, und doch ist eine Regelung in dieser Hinsicht das erste Er= ordernis geregelter Arbeitsbedingungen. „Wo sollen die jungen Leute hin, enn jedes Gewerbe sich abschließen würde?" hört man mit gewisser Berech=

tigung fragen. Demgegenüber wäre der Einwand zu erheben: „Wo bleiben die durch Überfüllung und dauernde Arbeitslosigkeit von einem Beruf Ausgestoßenen?" Während also der uneingeschränkte Zugang zu einem Gewerbe den Unternehmern billige Arbeitskräfte sichert, Lohnreduktionen erlaubt oder Lohnaufbesserungen verhindert, die gewerkschaftliche Organisationstätigkeit lähmt und den in den Beruf Eintretenden bittere Enttäuschungen bereitet — durch nutzlose Verschwendung des ganzen Kostenaufwandes einer drei- bis vierjährigen Lehre und nachherige Löhne, die oft hinter denen der ungelernten Arbeiter ganz beträchtlich zurückstehen —, sichert eine Regelung der Lehrlingsfrage, wenn sie von den Interessenten nicht zur Machtfrage ausgenutzt wird und den sozialen Existenzbedingungen des Gewerbes sich anpaßt, der gewerkschaftlichen Aktion Erfolg, dem Gewerbe und seinen Arbeitsbedingungen eine Stetigkeit, die im Interesse der Vorwärtsentwicklung unserer gesamten Kultur liegt.

Die Lehrlingsskala des Buchdruckertarifs, welche die Zahl der Setzerlehrlinge staffelweise von 3 bis 80 Gehilfen auf 1 bis 6 — auf je weitere 8 Gehilfen 1 Lehrling —, die der Druckerlehrlinge von 2 bis 20 Gehilfen auf 1 bis 4 — auf je weitere 6 Gehilfen 1 Lehrling — festsetzt, wird nach statistischen Nachweisungen über die Arbeitslosigkeit der Buchdrucker als zu hoch bezeichnet und deshalb seitens der Gehilfen eine Herabsetzung der Lehrlingszahl angestrebt. Wie der gewerkschaftliche Machteinfluß aber auch drohenden Gefahren rapider technischer Umwälzungen begegnen kann, zeigen die Bestimmungen des Buchdruckertarifs über die Setzmaschine. So ist für Maschinensetzer die Arbeitszeit achtstündig, also um eine Stunde kürzer; das Lohnminimum sowie die Zuschläge auf Überarbeit um 25 Prozent höher, ferner ist die Akkordarbeit ausgeschlossen und bestimmt, daß Lehrlinge nur in den letzten drei Monaten und nur behufs ihrer Ausbildung beschäftigt werden dürfen, und endlich ist festgesetzt, daß nur gelernte Handsetzer — nach einer Maximallehrzeit von drei Monaten unter Zahlung des Gehilfenlohns — beschäftigt werden dürfen. Dem Eindringen ungelernter billiger Arbeitskräfte wird gesteuert durch die Bestimmung: „An Schnellpressen sind als Maschinenmeister oder Drucker nur gelernte Buchdrucker zu beschäftigen."

Die den Buchdruckern verwandten Schriftgießer verfügen über Tarife mit nur lokaler Gültigkeit, obwohl das Bestreben nach nationaler Vereinheitlichung seit langem vorhanden ist. Die Tarife in Berlin, Leipzig und Stuttgart verbieten die Heimarbeit; eine Bestimmung, die von weittragender wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung ist. Die Regelung der Lehrlingsfrage erfolgt in Hamburg durch direkten Hinweis auf die Lehrlingsskala des Buchdruckertarifs, in Berlin durch Festsetzung einer eigenen Skala, die für die Kleinbetriebe eine etwas höhere, für die Großbetriebe eine etwas niedrigere Zahl von Lehrlingen als der Buchdruckertarif festsetzt. Die Anfang dieses Jahres abgeschlossenen Tarife der Chemigraphen und Lichtdrucker weisen ebenfalls Lehrlingsskalen auf; im Tarif der Lichtdrucker ist sogar die Lehrzeit — vier Jahre — tariflich festgelegt. Der Chemigraphentarif bestimmt ferner, daß im Verband der Lithographen und Steindrucker organisierte Gehilfen nur bei organisierten Prinzipalen arbeiten dürfen (siehe „Neue Zeit", XXII, 1, S. 637, 833, XXII, 2, S. 215, 819). Auf diese Bestimmung näher einzugehen, müssen wir uns hier versagen; hervorgehoben sei nur, daß ein äußerst modernes Gewerbe, in dieser Hinsicht ohne jede Tradition, einen Zunftgedanken praktiziert. Die Notwendigkeit zu diesem Vorgehen war jedenfalls geboten, wenn wir bedenken, daß d

Zugehörigkeit zur Unternehmerorganisation gleichzeitig zu einer festgelegten Preiskonvention verpflichtet und daß eine die Tarifdurchführung verbürgende andere Arbeiterorganisation nicht bestand. Im Tarif der Lichtdrucker ist der Ausschluß Unorganisierter nicht enthalten; es werden aber die errichteten paritätischen Arbeitsnachweise verpflichtet, nur organisierte Arbeitskräfte an die der Prinzipalsvereinigung angeschlossenen Firmen zu vermitteln. Im Dreistädtetarif der Buchbinder finden wir eine Bestimmung, die der im Buchdruckertarif auf die Setzmaschine bezüglichen gleicht und die Anteilnahme an einer technischen Errungenschaft zugunsten der Arbeiter darstellt. Die Presser an Phönix- und Viktoriapressen erhalten nach sechswöchiger Lehrzeit einen um 14 bis 20 Pfennig höheren Stundenlohn. Die Abwehr der Verdrängung gelernter Arbeiter soll durch folgenden Passus erreicht werden: „Das an Phönix- und Viktoriapressen beschäftigte Personal besteht mindestens zur Hälfte aus gelernten Pressern." Die Lehrlingsskala dieses Tarifs gestattet in vier Abstufungen auf 3 bis 15 Gehilfen das Anlernen von 2 bis 5 Lehrlingen.

Wohl das Interessanteste auf dem Gebiet des korporativen Arbeitsvertrags finden wir in den Tarifgemeinschaften der Schlägergewerbe Mittelfrankens. Stark von Zunftgedanken durchsetzt und mit der privatkapitalistischen Korruption auf stetem Kriegsfuß befindlich, bedeuten diese Tarifvereinbarungen beachtenswerte sozial- und wirtschaftspolitische Versuche auf diesem Gebiet. Schon die Bestimmungen über die Arbeitszeit weichen von den üblichen Gepflogenheiten — der Festsetzung einer bestimmten Stundenzahl auf die Dauer des Tarifs — grundsätzlich ab, indem die Arbeitszeit unter Angabe der täglichen Produktionsleistung (Formenzahl) im Maximum festgelegt, aber bei flauem Geschäftsgang vom Tarifamt (einer paritätischen Überwachungsinstanz) bestimmt wird. Um den Lohnausfall bei verkürzter Arbeitszeit den Gehilfen erträglich zu machen, werden diese unterstützt aus einem vom Tarifamt verwalteten Fonds, der sich aus Beiträgen der einzelnen Unternehmer nach dem Produktionsquantum — pro Form 20 Pfennig — zusammensetzt.[1] Haben schon die Bestimmungen über die Arbeitszeit einen produktionsregelnden Einfluß, so ist dieser in den Vereinbarungen der Feingold-, Silber- und Aluminiumschläger noch verstärkt durch die Aufnahme einer beide Teile verpflichtenden Preiskonvention und den Ausschluß neu eröffneter Konkurrenzbetriebe während der Vertragsdauer. Während aber die Arbeiter auf die Produktpreisbildung der Unternehmer der Feingoldbranche keinen Einfluß haben, wird dieser ihnen teilweise zugestanden in der Silber- und Aluminiumbranche, indem dort das Tarifamt über Abänderungen der Preise entscheidet. Von Wichtigkeit ist in den Abkommen der Feingoldschläger noch, daß die Kosten von zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Tarifs notwendig werdenden Arbeitseinstellungen die Unternehmer tragen, wenn es sich um Verstöße gegen die Preiskonvention, die Arbeiter, wenn es sich nur um solche gegen Tarifbestimmungen, und beide Parteien gemeinsam, wenn es sich um Schließung der Betriebe infolge der Geschäftsflaue usw. handelt. Auch die Lehrlingsbestimmungen enthalten mehr, als die oben geschilderten Tarife. Außer der Lehrlingszahl wird die Dauer der Lehrzeit und die Höhe der zu zahlenden Entschädigung (Kostgeld) festgelegt, sowie dem Tarifamt die Befugnis über-

[1] Diese Einrichtung bezieht sich nur auf die Tarifgemeinschaft der Feingoldschläger und wurde noch innerhalb der Vertragsdauer unter Zustimmung der Arbeiter wieder aufgehoben.

tragen, bei Überfüllung des Berufs die Annahme neuer Lehrlinge ganz zu ver
bieten. Die Anerkennung nur einer Organisation (Metallarbeiterverband) un
ausschließliche Beschäftigung ihrer Mitglieder findet sich hier — wenn auch nich
in allen Tarifen — wieder. Wenn wir oben bemerkten, daß diese Tarif
gemeinschaften nur einen Versuch darstellten, so nur deshalb, weil die fort
gesetzten Klagen der Arbeiter über Tarifbrüche der Unternehmer zu der An
nahme berechtigen, daß die Tarifgemeinschaften nur auf „dem Papier" stehen

In den zahlreichen Tarifen der Steinarbeiter finden sich ebenfalls An
lehnungen an alte Zunftgebräuche wieder. Das „Budenrecht" war in de
Zunftzeit das Recht, in der Werkstatt über Arbeitsbedingungen zu sprechen un
Klagen zu erheben, und zwar handelte es sich um bestimmte Fristen, um Ta
und Stunde, während der Arbeitszeit. Mit dem Zerfall der Zunft ging di
ernste Seite dieses Brauches verloren, während die Zusammenkünfte in Sauf
gelage ausarteten. Die gewerkschaftliche Organisation baut, unter Benutzun
noch vorhandener zünftischer Rechte, die alte Einrichtung wieder auf; da
„Budenrecht" wird als Zahlabend der Gewerkschaftsbeiträge und als Gelegen
heit zu einer immer vollzählig besuchten Werkstattbesprechung oder Betriebs
versammlung konserviert.

Der Tischlertarif in Oldenburg enthält den Passus: „Es soll stets mit alle
Mitteln von beiden Seiten darauf hingearbeitet werden, daß das Nachfeierabend
arbeiten der Gesellen für eigene Rechnung nicht mehr stattfindet", jedenfall
als eine Konzession an die Meister für eine Erhöhung der Löhne. Die Besei
tigung der Schmutzkonkurrenz wird den Arbeitern in einem Tarif der Musik
instrumentenbranche in Altenburg S.-A. dadurch zur Pflicht gemacht, daß si
den Tarif auch in den niedrigere Löhne aufweisenden Konkurrenzorten zur Ein
führung bringen sollen. Die Tarife der Parkettleger in München sowohl al
auch in Nürnberg verbieten den Gehilfen die Übernahme von Privatarbeite
auf eigene Rechnung. In Altenburg S.-A. und Erfurt machen die Glase
meister die Bezahlung schlecht hergestellter Arbeiten von den Urteilen von ver
traglich eingesetzten paritätischen Kommissionen abhängig; diese Einrichtun
findet sich noch häufiger in den Tarifen des Töpfergewerbes in den „Taxations
kommissionen" wieder und erinnert an die in der Zunftzeit üblichen Prüfunge
der Waren, bevor sie auf den Markt gebracht werden durften. „Ungelernt
werden nicht mehr beschäftigt", bestimmt der Malertarif in Heidelberg, währen
die Tarife desselben Berufs in Lübeck, Neustadt a. H., Rosenheim i. Bayer
und Wurzen die „Pfuscharbeit" verbieten. Den Tarifkontrahenten in Schleswi
aber genügt die Verpflichtung, daß die Pfuscharbeiten der Gesellen „nicht unte
dem üblichen Innungspreis hergestellt" werden dürfen. Um die Einhaltun
der Bestimmungen zu wahren, sieht der Lübecker Tarif vor, daß der de
Verbot zuwiderhandelnde Geselle „auf Anzeige beim Ladenmeister durch diese
zu verwarnen" ist, und „im Wiederholungsfall hat der Gesellenausschuß z
beschließen, ob der Meister ihn zu entlassen hat"; der Tarif in Neustadt a. H
besagt: „Zuwiderhandelnde werden boykottiert." Zünftig scheint es in Rosen
heim zuzugehen; dort ist dem Verbot der Pfuscharbeit ein solches des „Blau
machens" angefügt und „im Interesse der Gehilfen sowohl als der Meister de
Wirtshausbesuch zur Brotzeit- und Frühstückspause untersagt". Der Stukkateur
tarif in Elberfeld enthält den bemerkenswerten Paragraphen: „Die Gehilfe
verpflichten sich, die Meister bei Maßnahmen gegen eine sogenannte Schmutz
konkurrenz zu unterstützen, wogegen sich die Meister verpflichten, die hierdurc

eschäftigungslos gewordenen Gehilfen in ihren Betrieben zu verteilen und zu eschäftigen." Gegenüber dieser Bestimmung, die für sich selbst spricht, führen vir eine solche aus dem Tarif der gleichen Branche in Neustadt a. H. an, velche lautet: „Sämtliche organisierten Gipser verpflichten sich, keine Arbeiten on einem Baumeister oder sonstigen Unternehmer zu übernehmen." Wenn s auch den Gehilfen gleichgültig sein kann, bei wem sie arbeiten, so ist hierbei och zu beachten, daß die Meister gerade in dieser Branche hartnäckig sich veigern, die Arbeitsbedingungen mit der Arbeiterorganisation zu regeln, und aß diese sich oft gezwungen sieht, ihre Verträge, unter Umgehung der Handverksmeister, direkt mit den Bauunternehmern abzuschließen. Die Verträge im Baugewerbe — namentlich diejenigen der Maurer und Zimmerer — weisen ine Menge Bestimmungen zünftischen Charakters auf; vielfach werden die Korrespondenzen zwischen den Parteien in zünftischem Stile abgefaßt oder venigstens einige Phrasen aus jener Zeit angewandt. Ein baugewerklicher Tarif in Glückstadt bestimmt, daß wenn Tischler Zimmererarbeiten verrichten, ies nur zu dem — jedenfalls höheren — Lohne der Zimmerer geschehen darf. In Halberstadt „versprechen die Arbeitgeber, die in Halberstadt und Umgebung vohnenden Leute nach Möglichkeit bei Neueinstellungen zu berücksichtigen und ei Arbeitsmangel die Fremden zuerst zu entlassen". In Stuttgart bildet „die Anerkennung dieses Vertrags künftig die Voraussetzung der Eingehung eines Arbeitsverhältnisses und der Aufnahme eines neuen Mitglieds in die in Betracht kommenden Berufsvereine." Von modernem Geiste und einem chönen Beispiel anerkannter Gleichberechtigung, wenigstens in einer Frage, eugt ein Paragraph des Maurer- und Zimmerertarifs in Eberswalde, der besagt: Im Laufe des Jahres soll außer den gesetzlichen Feiertagen an zwei Tagen ie Arbeit ruhen, und zwar an einem Tage, welcher von seiten der Arbeitgeber estimmt, und an einem, welcher von seiten der Arbeitnehmer bestimmt wird."

Diese wenigen Beispiele von Vertragsbestimmungen, die aber noch bedeutend ermehrt werden könnten, dürften genügen als Beweis dafür, daß der Despotismus im Arbeitsverhältnis vor dem Einfluß der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sowie der politischen Aufklärungsarbeit zurückweicht und daß er Zunftgedanke im modernen gewerblichen Konstitutionalismus seine Auferstehung erlebt. Die Beugung des Einzelwillens unter den Willen einer Korporation ist als ein Stück Organisation und als die erzieherische Voraussetzung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zu betrachten und zu begrüßen.

* * *

Nachschrift der Redaktion. Wir haben vorliegenden Ausführungen gern Raum gegeben, weil sie manchen beachtenswerten Gesichtspunkt enthalten, können ber doch nicht umhin, um Mißverständnissen vorzubeugen, einige ernste Bedenken anzudeuten.

Genosse Schildbach spricht von dem „sozialistischen Geiste der Zunft", der eine Erneuerung finde in den „klaren Zielen", welche „die gewerkschaftliche Organisation den Bewegungen der Arbeiter setzt". Diese gipfle „in denselben Forderungen und Einrichtungen", die der industrielle (?) Liberalismus zerstört hatte.

Gegen diese Identifizierung des sozialistischen wie des gewerkschaftlichen Geistes mit dem zünftigen möchten wir doch Verwahrung einlegen. Sozialistische Produktion heißt Organisation der Produktion durch die Organe der Gesamtheit der Gesellschaft für die Gesamtheit der Gesellschaft, und zwar einer Gesellschaft, in der die Klassen aufgehoben sind. Die zünftige Produktion bedeutet

die Organisation der Produktion privater Betriebe durch die genossenschaftlichen Organe einzelner Berufe, innerhalb deren der Klassengegensatz zwischen Meister und Geselle besteht. Jede der einzelnen zünftigen Berufsorganisationen suchte auf Kosten der anderen Berufe und der gesamten Gesellschaft, sowie der von der Organisation ausgeschlossenen Kollegen eine privilegierte Stellung und ein Produktionsmonopol zu erlangen. Darin waren die Zünfte völlig antisozialistisch. Ihr „sozialistischer Geist" war etwa von demselben Kaliber wie der der heutigen Unternehmerverbände. Das sind jene modernen Organisationen, denen sie am nächsten kommen.

Oder soll der „sozialistische Geist" der Zunft darin zu suchen sein, daß sie Gesellen wie Meister umfaßte, jene wie diese an den Privilegien und der Monopolstellung der Zunft interessiert waren? Aber das bewirkte bloß die Zersplitterung der Arbeiterklasse, machte sie unfähig zu einem Klassenkampf, unfähig dazu, eine höhere Produktionsweise anzustreben, in der der Gegensatz von Meister und Geselle ausgelöscht ist, machte sie also unfähig zu einer sozialistischen Bewegung. Das war kein Nachteil, solange das Handwerk blühte und das Gesellentum nur ein Übergangsstadium zur Meisterschaft bildete. Es lähmt aber völlig den Aufstieg der Arbeiterschaft in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der die Masse der Bevölkerung zeitlebens zur Lohnarbeit verurteilt bleibt und nur befreit werden kann, wenn die Gesamtheit der Gesellschaft die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktionsmittel sich aneignet.

Eine Wiederbelebung des zünftigen Geistes wäre also das schlimmste, was der modernen Arbeiterbewegung passieren könnte. Er ist heute ihr gefährlichster Feind.

Danach sind auch die Tarifverträge zu beurteilen. Sie sind nicht von vornherein abzuweisen, aber sie bilden allerdings dann eine große Gefahr für den Emanzipationskampf des Proletariats, wenn sie Versuche einer einzelnen Arbeiterschicht darstellen, Vorteile zu erringen nicht auf Kosten der Unternehmer, sondern auf Kosten der Konsumenten, also der gesamten Gesellschaft, oder gar auf Kosten anderer Arbeiterschichten; wenn sie nicht einen Waffenstillstandsvertrag mit einer feindlichen Macht darstellen, sondern ein dauerndes Bündnis, das Unternehmer und Arbeiter eines bestimmten Berufs eingehen, um mit vereinten Kräften die Gesellschaft auszubeuten oder andere Arbeiterschichten niederzuhalten.

Dieser zünftige Geist hat die englische Arbeiterbewegung schwer geschädigt, er wird aber in der heutigen Arbeiterbewegung am ehesten begünstigt durch Tarifverträge. Je mehr man sich auf solche einläßt, desto eifriger muß man daher bemüht sein, alles aus ihnen fernzuhalten und auszumerzen, was der Privilegierung einzelner Arbeiterschichten auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft und deren Zerreißung in gegensätzliche Elemente förderlich ist. Wie die Gewerkschaften haben auch die Tarifverträge ein doppeltes Gesicht, ein die proletarische Bewegung förderndes und ein sie hemmendes. Soweit sie den zünftigen Geist entwickeln, wirken sie reaktionär. Je mehr sie sich ausbreiten und an Bedeutung gewinnen, desto wichtiger wird es daher für jeden, der den sozialistischen Geist fördern will, den zünftigen Geist zu bekämpfen.

Wie sehr das eine praktische Notwendigkeit geworden ist, zeigt der vorliegende Artikel selbst, der eine Reihe von Tarifbestimmungen rühmend hervorhebt, die nichts sind als Versuche, einigen engen, abgeschlossenen Kreisen von Arbeitern Privilegien auf Kosten nicht der Unternehmer, sondern anderer Arbeiter zu erhalten.

Ist die Wurmkrankheit ausgetilgt?

Von **Otto Hué.**

Ende September dieses Jahres brachte die Tagespresse die Nachricht, im Ruhrkohlenbecken sei die Wurmseuche in solchem Maße ausgetilgt, daß Krankheitsfälle „fast nur unter Bruchprozent zu konstatieren“ seien. Dementsprechend habe das Oberbergamt eine Pause in der mikroskopischen Untersuchung der Belegschaften bewilligt. Diese Nachricht ist meines Wissens amtlich weder bestätigt noch dementiert worden. Auch aus Schlesien und Sachsen sind verschiedentlich Preßmeldungen über Nichtvorhandensein oder „erfolgreiche Bekämpfung“ der Wurmkrankheit unter den Bergleuten gekommen. Das teilnehmende Publikum atmet auf, die Bergleute werden sorglos, die Behörden womöglich noch sorgloser.

Es wiederholt sich der Vorgang aus dem letzten Drittel der neunziger Jahre. Auch damals hieß es, die „ergriffenen Maßregeln gegen die Ankylostomiasis seien von solchem Erfolg gekrönt, daß man mit dem baldigen vollständigen Erlöschen der Seuche rechnen dürfe“. Die preußisch-ministerielle „Zeitschrift für Bergbau usw.“ war damals das Organ der Optimisten; fünf bis sechs Jahre später kam die fürchterliche Enttäuschung. Diesmal sind die amtlichen Quellen weniger schnell fertig mit ihrem Worte, aber was sie in Umlauf setzten, ist schon nicht geeignet, Bergleute und Publikum zur unablässigen Frontstellung gegen die heimtückische Seuche zu veranlassen. In den neuesten Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden wird das Bild der Seuchenentwicklung und -Bekämpfung vielfach viel günstiger gezeichnet, wie es den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend sein darf. Dies hat auch vielleicht die Preßnachrichten über das „Austilgen“ der Wurmseuche beeinflußt. Und doch liegen keinerlei sichere Unterlagen für den Nachweis der Seuchenaustilgung vor. Damit nicht wieder weiteste Kreise des Volkes in einen verhängnisvollen Irrtum verfallen, soll hier der status quo ante ungefähr skizziert werden.

Nach dem derzeitigen „Reichsanzeiger“ war im Juni 1904 von den 222 Ruhrschächten erst auf 131 die mikroskopische Untersuchung der ganzen Belegschaft durchgeführt. Nur auf 101 Schächten war eine zwei- oder mehrmalige Untersuchung vorgenommen. Der dirigierende Knappschaftsoberarzt Dr. Tenholt-Bochum gibt aber den Ärzten die Anweisung, „mindestens sechsmal diese Untersuchung zu wiederholen, um ganz sicher zu sein, ob der Untersuchte befallen ist oder nicht“. Laut „Reichsanzeiger“ wurden auf den 101 zwei- oder mehrmals untersuchten Anlagen zuerst 14261 Wurmträger ermittelt, bei der letzten Untersuchung nur noch 3972. Nach Tenholt, einer anerkannten Autorität, kann aber eine so dürftige „Durchmusterung“ kein zuverlässiges Resultat zeitigen. Im besten Falle ist es als eine bedeutende Stichprobe zu verwerten.

Jene „Reichsanzeiger“-Statistik betrifft den Stand vom Juni 1904, und schon im September 1904 soll das Oberbergamt gestattet haben, die ohnehin nur dürftige Durchmusterung noch zu verlangsamen?! Es soll die Seuche fast „ausgetilgt“ sein?! Wo nicht einmal die Hälfte der Schächte mehrmals untersucht ist! Tenholt, Löbker, Bruns, Goldmann, Leichtenstern, Lambinet, alle Autoritäten auf diesem Gebiet, sind sich wenigstens darin einig, daß die Ausrottung der Seuche nur das Werk jahrelanger, intensiver Arbeit sein kann, und nun sollte ein so beispielloser Seuchenherd wie das Ruhrgebiet schon in wenigen Monaten saniert sein? Das glaube wer kann.

Im ersten Bericht des Bakteriologischen Instituts Gelsenkirchen teil dessen Direktor Dr. Bruns mit, die von ihm laboratorisch und in Versuchs strecken unter Tage angestellten biologischen Studien über den Seuchenerzeuge würden sich noch lange hinziehen. Derselbe Autor schreibt im „Klinischen Jahr buch", Jahrgang 1904 (!), es stehe für ihn fest, „daß die Krankheit noch seh in ihrer Ausbreitung begriffen ist und daß, wenn nicht entschiedene Maß regeln getroffen werden, wir über kurz oder lang vor einer sehr schwere Kalamität stehen werden" (S. 22 des Sonderabdrucks). Dieselbe Quelle be zeugt, es sei kein wirksames, das heißt in der Grube anwendbares Desinfektions mittel vorhanden. Bruns hat sehr scharfe chemische Agentien ausgeprobt mi fast negativem Resultat. Die radikal abtötend wirkenden Chemikalien könne in der Grube nicht verwendet werden mit Rücksicht auf die Arbeiter.

Auch in den vom preußischen Ministerium veranlaßten, der Erörterung übe die Wurmkrankheit gewidmeten Konferenzen in Berlin am 4. April und an 5. Dezember 1903 ergab die Aussprache der Ärzte, daß es an einem wirksame Desinfektionsmittel fehle. Man könne die Seuchenherde in den Gruben nich durch radikale Abtötung vernichten, müsse sich vielmehr auf „peinlichste Sauber keit" der Grubenabteile und der Arbeiter verlassen; die vorhandenen Eier un Larven dürfen nicht zu neuer Ansteckung dienen, sondern müssen, ohne auf di Arbeiter übertragen zu werden, auf natürliche Weise absterben. Unterstützt wir dieser Prozeß durch Aufsammeln der Dejektionen in bereit stehende Abortkübe und Reinigung derselben mit der immerhin etwas desinfizierenden Kalkmilc Also es gilt, sorgfältiger Prophylaxe die Wege zu ebnen. Dazu ist allerding das übliche Prophezeien bald erreichter „Austilgung" der Seuche am alle ungeeignetsten!

Nun fällt aber entscheidend ins Gewicht, daß von der unter den heutige Verhältnissen (Fehlen eines guten Abtötungsmittels) allein sanierend wirkende „peinlichen Sauberkeit" auf den Gruben noch immer keine Rede is Infolge einer im Juni-Juli 1904 erneut veranstalteten Enquete des Deutsche Bergarbeiterverbandes liefen von 87 Ruhrschächten brauchbare Angabe ein. Von 26 Schächten wurde eine „total verschmutzte", „ekelhafte", „sa mäßige" Beschaffenheit der unterirdischen Abortkübel gemeldet! Sie seien „nic zu benutzen", würden „schlecht oder gar nicht gereinigt", stünden „oft tagelan voll" — die betreffenden Arbeiter verrichteten darum ihre Notdurft in de Strecken, im „Bergwerkversatz" usw., eine Manipulation, die von allen Autor täten als immens seuchenfördernd bezeichnet wird. Aber was sollen d Arbeiter anders machen? Zudem fehlt es auch auf den besseren Schächten o genug an ausreichenden Kübeln. Von 34 Schächten wurden „sehr mange hafte" oder gar „ekelhafte" Waschanstalten gemeldet, ebenfalls keine Zeiche energischer Seuchenbekämpfung, denn die regelmäßige vollständige Körpe waschung auf den Zechen selbst ist ebenfalls ein wichtiges Mittel gegen d Infektionsgefahr, obendrein ein Schutz für die Familienangehörige denen der wurmversetzte Grubenkot nicht in die Wohnstube geschleppt werden dar

Also herrschten auf über einem Drittel der befragten Zeche sanitäre Zustände, die allen Lehren der Seuchenbekämpfung Hoh sprechen! „Die Anzahl der Eier im Kote ist eine ungeheure; Leichtenster fand in 1 Gramm Kot 18910 Eier" (Löbker). Dies bedenke man! Die Enque des Bergarbeiterverbandes fand im Juni-Juli 1904 statt; sie enthüllte gro artige Vorbedingungen für die Seuchenausbreitung. Es gibt kein brauchbar

Desinfektionsmittel, also kann man die immer und immer wieder in Milliarden erzeugten Seuchenkeime nicht radikal abtöten. Und im September 1904 soll die Seuche im Ruhrgebiet fast ausgetilgt sein?!

Es kann nicht oft und energisch genug gegen diese unheilvolle Beschwichtigungsmethode protestiert werden! Die Seuche ist eine furchtbare Plage für die Arbeiter. Den Geschäftsberichten der Ruhrzechen ist zu entnehmen, daß die „Maßregeln gegen die Wurmkrankheit", vor allem die körperliche Hinfälligkeit der der überaus schwächenden „Wurmkur" unterworfenen Arbeiter, die Gestehungskosten der Kohle verteuert haben! Natürlich trägt den Schaden nicht der Unternehmer, sondern er versteht es, durch seine Vereinigungen (Syndikat, Kohlenkontor) sich an dem Kohlenkonsumenten schadlos zu halten. An einer rationellen Ausrottung der Seuche ist also, ganz abgesehen von allem anderen, das Publikum auch direkt materiell interessiert.

Was überhaupt auf die amtlichen Beurkundungen über den Stand der Wurmkrankheit zu geben ist, dafür bietet das Aachener Bergwerksrevier (Wurm-Eschweiler Bezirk) ein klassisches Beispiel. Wie dem preußischen Landtag im Frühjahr 1904 in einer ministeriellen Denkschrift („Mitteilungen über die Wurmkrankheit") mitgeteilt wurde, sind im Jahre 1903 von den Knappschaftsärzten im Aachener Grubenbezirk „zahlreiche Untersuchungen von ansässigen und zugewanderten Bergleuten" vorgenommen worden; „sämtliche Untersuchungen sind negativ ausgefallen. (!) Die Knappschaftsärzte, die ihre Leute sehr gut kennen und mit der Wurmkrankheit vertraut sind, sind ebenfalls der Ansicht, daß die Wurmkrankheit im Revier nicht vorhanden ist" (S. 21 bis 28 a. a. O.). Der Berginspektorenbericht für 1903 sagt denn auch kein Wort über ein Vorkommen der Seuche im Aachener Bezirk. Dies rosige Bild ist schnell sehr getrübt worden. Im Mai-Juni 1904 ergaben Untersuchungen von Belegschaftsteilen der Gruben Maria und Nordstern 60 bis 90 Prozent Wurmkranke unter den ausgehobenen Arbeitern!!! Heute geben auch Werksbeamte zu, daß die Seuche auf allen Zechen im Wurm-Eschweiler Revier vorkomme! Ist das nicht auf jeden Fall frappierend?

Entweder die früheren Untersuchungen sind außergewöhnlich oberflächlich gewesen, oder die Seuche hat sich in wenig Monaten so kolossal einnisten können. Jedenfalls mahnt dieser Vorgang zur äußersten Vorsicht gegenüber den amtlichen Seuchennachrichten. Daher ist auch gegenüber den beruhigenden Meldungen aus rheinisch-westfälischen, schlesischen, sächsischen und thüringischen Grubenbezirken äußerste Skepsis am Platze, zumal in den letzteren Revieren immer noch nicht entfernt eine so gründliche Untersuchung der Belegschaften vorgenommen wurde, daß sie zu einem halbwegs abschließenden sanitären Gutachten berechtigt. Es muß darauf hingewiesen werden, daß entgegen anderen amtlichen Publikationen die ministerielle Denkschrift konstatiert, sogenannte „immune" Gruben seien noch nicht nachgewiesen. „Die Frage, bei welchen Temperaturen die Eier und Larven entwicklungsfähig bleiben, ist noch nicht mit völliger Sicherheit zu beantworten" (Seite 18). Bruns hat noch bei und sogar noch bei unter 20 Grad Larven entwickelt, wenn auch nur vereinzelt. Immerhin ist die Möglichkeit des Gedeihens von Seuchenkeimen auch bei geringen Temperaturen vorhanden, im Sommer können sich die Keime auch im Freien (über Tage) unter zufällig günstigen Bedingungen entwickeln! Im Ruhrgebiet sind 1903 21 Gruben mit unter 21 Grad Temperatur als „befallen" ermittelt! (Sanitätsbericht des Knappschaftsvereins.)

Nimmt man nun noch hinzu die sensationelle Entdeckung des Zoologie professors Looß (Kairo), der die Übertragung der Wurmseuche durc die Haut konstatierte — der Zoologe Schaudinn hat im Auftrag de deutschen Reichsgesundheitsamtes die Looßsche Entdeckung nachgeprüft un richtig befunden („Deutsches Medizinisches Wochenblatt")! — zieht man diese unübersehbar wichtige Forschereergebnis mit in Betracht, so gehört schon ei granitharter Glaube dazu, den „ergriffenen Maßregeln" die Austilgung de Seuche zuzutrauen. Die „ergriffenen Maßregeln" können die Seuche noc gar nicht ausgetilgt haben, denn sie stehen in viel zu vielen Fällen und Grube nur auf dem Papier. Was höchstens nur eine umfassende, auch die Indivi dualität des Seuchenerregers berücksichtigende jahrelange beharrlich Sanierungsaktion fertig bringen kann, das können unmöglich einige Monat tastender Versuche, voll Ignorierung der sanitären Grundregeln, bewerkstelligen Gegen jeden Versuch, der Öffentlichkeit das Gegenteil glauben zu machen, mu entschieden Verwahrung eingelegt werden, soll das Übel nicht ein rettungs los chronisches werden.

Soeben geht mir der neueste Sanitätsbericht des in erster Linie von de Wurmseuche betroffenen Allgemeinen Knappschaftsvereins für das Ruhr gebiet zu. Sein Studium ist allen zu empfehlen, die einen Blick tun wolle in die mannigfache Widerstandsfähigkeit des Seuchenkeims. 1902 sind nu 1872 wurmkranke Knappschaftsmitglieder „statistisch in Betracht gezogen" 1903 sind 22992 Wurmkranke in Behandlung genommen worden! Die Zah der Krankheitsfälle betrug nach den Personalbogen 32576! 9584, das sin 41,6 Prozent der Befallenen sind wiederholt in Behandlung gewesen, da heißt sie wurden entweder erneut infiziert oder konnten in der ersten „Kur nicht „geheilt" werden. „Nach den allgemeinen Eindrücken, welche in de Krankenhäusern gewonnen werden, ist anzunehmen, daß etwa ein Drittel vielleicht noch mehr der Wurmträger durch Abtreibemittel von den Wurm nicht zu befreien sind!!!" So konstatiert der knappschaftliche Sanitäts bericht, schroff im Gegensatz zu anderen amtlichen Verlautbarungen, die un einreden wollen, die von den Bergleuten „Pferdekur" genannte Abtreibungsku sei fast stets erfolgreich.

Gerade lese ich, der „Reichsanzeiger" vom 5. November melde, die Unter suchung auf Wurmkrankheit sei nun auf 107 Schachtanlagen durchgeführt (als noch nicht auf der Hälfte!) und habe erstmalig 14430 Wurmträger ergeben letztmalig 3480, was einer Abnahme von 75,9 Prozent gleichkomme. Auch die deckt sich wieder nicht mit den Bekundungen des doch gewiß autoritativen Be richtes des Knappschaftsvereins für das Ruhrgebiet. Mindestens beweist de Bericht, daß von einer Austilgung der Seuche schon deshalb keine Rede sei kann, weil über 30 Prozent der Infizierten die Würmer nicht mehr los werden also stets für neue Seuchenherde sorgen. Daß diese ständigen Wurmträge durchaus nicht alle über Tage angelegt werden können, ergibt sich schon au folgendem:

Von 100 Belegschaftsmitgliedern sind im Jahre 1903 als „wurmbehaftet" oder „wurmkrank" ermittelt worden und in Behandlung gewesen: Ruhrzech Adolf v. Hansemann 30,7, Altendorf 35, Borussia 70,1, Karoline 40, Kon stantin I 31,1, Konstantin II 52,9, Dannenbaum I 32,2, Graf Schwerin 89,2 Hannibal I 52,6, Holland III/IV 44,5, König Ludwig I—III 44, Lothringe 46,9, Präsident II 59,3, Shamrock I/II 52, Erin 37, Wiesche 41,9 usw. Ei

Drittel der Infizierten, sagt der knappschaftliche Sanitätsbericht, wird den Wurm nicht wieder los; würden die Ungeheilten aber alle — wie die Bergpolizei vorschreibt! — nicht wieder untertags angelegt, so müßte eine Anzahl Zechen schon einen großen Teil ihres Betriebs eingestellt haben! Wie steht eigentlich die Sache? Ist die Bergpolizeiverordnung genau befolgt worden, oder läßt man ihre Übertretung zu in der Erkenntnis, mit den bisher angewandten Mitteln ja doch die Seuche nicht ausrotten zu können? Oder verstehen sich die Ärzte immer noch nicht auf die mikroskopische Ermittlung der Seuchenträger? Oder sagt der knappschaftliche Sanitätsbericht objektiv die Unwahrheit? Irgendwo muß etwas nicht richtig sein. Auf alle Fälle aber höre man auf mit der Beschwichtigungsmelodie.

Was haben denn schließlich alle die vom „Reichsanzeiger", von den ministeriellen Denkschriften und den Sanitätsberichten publizierten Ziffern für einen Wert? Einen absoluten durchaus nicht, höchstens einen sehr bedingt relativen. Man beachte: im Jahre 1903 sind im Ruhrgebiet 149704 Bergleute zu- und 125325 abgegangen. Auf 100 Belegschaftsmitglieder kommen 106 wechselnde! Hunderte Bergleute kehren in einem Monat auf einer Zeche ab, Hunderte andere fangen auf demselben Schacht neu an. Wer kann da ein zutreffendes Bild von dem Belegschaftszustand der betreffenden Zeche geben? Zum Beispiel 200 Bergleute gehen am 1. November von Zeche Zollverein nach den umliegenden Schächten. Diese sind im Oktober auf Wurmkrankheit untersucht, im November soll Zollverein daran kommen. Die hiervon Abkehrenden können sehr stark verseucht sein, werden nun aber nicht von der Untersuchung erfaßt und das ganze statistische Krankheitsbild ist falsch!

Es ist einfach unmöglich, zu gleicher Zeit die 222 Ruhrschächte mit ihren 270000 Arbeitern zu untersuchen, und doch könnte nur dies zuverlässigen Aufschluß geben über den Stand der Seuche. Der Sanitätsbericht des Knappschaftsvereins gibt denn auch loyal die Mangelhaftigkeit seines Materials zu; ja er bezeugt, daß es gar nicht möglich ist, auf den großen Ruhrzechen die wirklichen Prozentsätze der Wurmkranken zu ermitteln (Seite 89 a. a. O.). Und da wagt man es in der Presse, zuversichtlich von einer „erheblichen Abnahme", fast gänzlichen Austilgung der in ihrem wahren Umfang noch gar nicht ermittelten Seuche zu schreiben!

Es ist auch experimentiert worden mit der gefährlichen Einstellung der angeblich seuchenbefördernden Berieselung des Kohlenstaubs. Wie die ministerielle Denkschrift und die Berginspektorenberichte konstatieren, hat diese Maßnahme zum Beispiel auf Zeche Westhausen sogar eine Vermehrung der Wurmkranken gezeitigt! Die Individualität des Seuchenerregers ist noch durchaus nicht genügend erforscht, er trotzt der schematisch-bureaukratischen Bekriegung. Welche Ausrottungsmittel arbeiterseitig vorgeschlagen werden, habe ich in der „Neuen Zeit", XXI, 2, 1903, S. 185, in dem Artikel: „Die Wurmkrankheit im Ruhrkohlenbecken" schon erörtert, worauf ich verweise. Als meine Menschenpflicht erachte ich es, stets und immer wieder den volksschädlichen Schönfärbereien entgegenzutreten, woher sie auch kommen. Hätte man auf die Mahnungen und Kritiken des Deutschen Bergarbeiterverbandes vor fast einem Jahrzehnt gehört, würde man die Arbeiterorganisation zur gern geleisteten Hilfsarbeit bei der rationellen Bekämpfung der Wurmseuche herangezogen haben, das Unheil wäre nicht über die Bergleute und die Bergbauindustrie hereingebrochen.

Die Wahlsysteme der deutschen Einzelstaaten.

Von **Hans Marckwald**.

1. Allgemeines.

Die einzige systematische Darstellung der Wahlsysteme der deutschen Einze
staaten in der sozialdemokratischen Presse, die Artikelserie des Genossen Heinri
Wetzker in der „Neuen Zeit“ (XVIII [1899/1900], 2, Nr. 36, 38 und 39) i
durch Wahlrechtsänderungen überholt, so in den Reichslanden, in Bremen
Lübeck, Hamburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Altenburg; auch verdiene
die letztjährigen Wahlrechtskämpfe in Bayern, Baden und Hessen eingehend
Erörterung.

Um eine vergleichende Übersicht über die Verteilung der Macht der Klasse
innerhalb der Einzelstaaten — soweit sich diese Macht in der Wahlart ve
gegenständlicht — zu ermöglichen, andererseits aber, um auf Wiederholunge
der von Wetzker seinerzeit gegebenen Mitteilungen möglichst zu verzichten, seie
im folgenden diejenigen Punkte besonders hervorgehoben, welche Genosse Wetzk
damals nicht berücksichtigt hat, während auf Einzelheiten, wie die Wahlzeiten
die er ausgiebig zusammenstellte, nicht eingegangen werden soll. Vor alle
aber werden die eigenartigen staatsrechtlichen Zustände in Mecklenburg, welch
Wetzker nicht erwähnt, beleuchtet werden müssen.

Das Wahlverfahren zu den Landtagen der Einzelstaaten ist noch so vie
gestaltig wie die deutsche Landkarte mit ihren 26 Vaterländern. Zwar beste
nirgends ein Wahlsystem, welches der Arbeiterklasse und dem Mittelstand de
ihnen auf Grund ihrer zahlenmäßigen und kulturellen Bedeutung zukommende
Einfluß auch nur in so geringem Maße sichert wie das Reichstagswahlrech
aber über Mangel an Abwechslung kann sich niemand beklagen, der sich in d
diversen Wahlgesetze vertieft. Neben Wahlarten, die dem Proletariat den ma
gebenden Einfluß sehr wohl ermöglichen, wenn es sich nur zur verständige
Ausnutzung seines Stimmrechtes entschließt, neben Parlamenten, in denen ei
Mehrheit von Erwählten des gleichen Wahlrechtes ihren Sitz mit Privilegierte
adeligen oder geistlichen Standes oder mit den Erkorenen der „Höchs
besteuerten“ teilt, finden sich „Volksvertretungen“ nach preußisch-sächsische
Muster, von den idyllischen Zuständen im Lande des Ochsenkopfes ganz z
schweigen.

Vorausgeschickt sei, daß alle diejenigen, welche sich an den Reichstagswahle
nicht beteiligen dürfen (von der Wahlmündigkeit abgesehen), auch bei de
Wahlen zu den Parlamenten der Einzelstaaten rechtlos sind, so die im Konku
Befindlichen, die Almosenempfänger, die Militärpersonen und diejenige
die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. In fast alle
Staaten dürfen nur die Bürger des betreffenden Staates wähle
Deutsche „Ausländer“ müssen oft viel Geduld an den Tag legen, ehe diejenige
Formalitäten erledigt sind, welche zur Sicherung des jedem Deutschen na
Artikel 3 der Reichsverfassung zustehenden Bürgerrechtes nötig sind. Die ei
zige Ausnahme bilden die Reichslande, in denen es ein besonderes Staat
bürgerrecht nicht gibt. Allen Wahlsystemen gemeinsam ist eine ungleiche Ei
teilung der Wahlkreise zu ungunsten des klassenbewußten Proletariat
Nirgends besteht eine Verpflichtung zur periodischen Neueinteilung der Wah
kreise; selbst wo einmal eine gerechte Neuabgrenzung stattfindet, ist bis z
nächsten Wahl die Ungleichheit der Wahlkreise aufs neue eingetreten, was ste

u ungunsten derjenigen Gegenden ausfallen muß, deren Industrie und somit
Einwohnerzahl sich seit der Neuregelung gehoben hat. In Ländern mit Klassen-
wahlen, bei denen, wie in Preußen, Sachsen, Braunschweig und Waldeck, das
Proletariat absolut entrechtet ist, käme die periodische Neueinteilung der Wahl-
kreise der Bourgeoisie zugute. Je länger die Wahlkreise in der Form gleich
bleiben, um so mehr werden sie inhaltlich verschieden; weil die preußischen
Liberalen nicht verstanden haben, sich rechtzeitig eine gleiche Verteilung der
Wahlkreise zu erkämpfen, schlug das Dreiklassenwahlrecht in sein Gegenteil um
und wurde aus einem Machtmittel der Bourgeoisie gegen das Junkertum zur
sichersten Stütze der Junkerherrschaft gegen die Bourgeoisie.

Einen einigermaßen ausreichenden Ersatz für die regelmäßig zu erneuernde Einteilung der Wahlkreise bietet nur Oldenburg, wo jeder Wahlkreis auf je 10000 Einwohner einen Abgeordneten wählt, wobei Einwohnerzahlen über 5000 nach oben abgerundet werden. Wenn zum Beispiel in dem für die Sozialdemokratie sichersten oldenburgischen Landtagswahlkreis Rüstringen, der bisher drei Genossen in die Volksvertretung entsendet, bis zur nächsten Volkszählung die Einwohnerzahl um 5001 oder mehr steigen würde, so wäre unserer Partei dadurch ein neuer Sitz im Landtag sicher.

Ein Schutz des Wahlgeheimnisses, wie er durch Isolierraum und amtliche Kuverts sowie vorgeschriebene Größe der Stimmzettel bei der Reichstagswahl vorgeschrieben ist, bestand bisher nur in Württemberg und Baden; die gleichen Bestimmungen sind infolge der Annahme der Wahlreform jetzt in Hessen eingeführt worden. Dabei ist zu bemerken, daß die Sicherung des Wahlgeheimnisses in den drei genannten süddeutschen Staaten insofern eine größere wie bei den Reichstagswahlen ist, als dort keine „Nebentische“ an Stelle der vorschriftsmäßigen „Nebenräume“ zulässig sind.

Das aktive Wahlrecht beginnt in den meisten deutschen Einzelstaaten mit dem vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahr, in Bayern, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Sondershausen und Lübeck dagegen mit Vollendung des einundzwanzigsten und in Preußen des vierundzwanzigsten Lebensjahrs. In vielen Einzelstaaten hat jeder das passive Wahlrecht, der das aktive besitzt. Ausnahmen bilden folgende Staaten, in denen nur mindestens dreißig Jahre alte Leute Abgeordnete werden dürfen: Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe, Reuß ä. L. und Hamburg. Außerdem dürfen nur mindestens fünfundzwanzig Jahre alte Leute in Bayern, Sachsen-Weimar und Schwarzburg-Sondershausen Wahlmänner werden. Die weiteren Ausnahmen von der Regel, daß, wer das aktive Wahlrecht hat, auch das passive besitzt, sind die folgenden: In Anhalt darf kein Staatsbeamter ein Mandat übernehmen, ohne dazu die Erlaubnis des Herzogs zu bekommen. In Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt und Braunschweig darf nur gewählt werden, wer seit mindestens einem Jahre, in Waldeck und Sachsen-Altenburg, wer seit mindestens zwei Jahren, und in Sachsen, wer seit mindestens drei Jahren Staatsangehöriger ist. In die Hamburger Bürgerschaft darf nur entsandt werden, wer in der „freien“ Stadt entweder seit drei Jahren wohnt oder einen eigenen Gewerbebetrieb hat. In Oldenburg darf niemand Abgeordneter werden, der wegen eines „nach der Volksmeinung“ ehrlosen Vergehens oder Verbrechens angeklagt ist. In Hessen darf zwar jeder Wähler auch Abgeordneter werden; um aber zum

Wahlmann zu avancieren, muß man einen Steuersatz entrichten, der „einer Steuerkapital von 80 Mark entspricht", das heißt man muß zum mindeste 1100 Mark Einkommen haben, wenn man nicht gerade als Grundbesitzer ode Gewerbetreibender Realsteuern bezahlt. In Schwarzburg-Rudolstadt habe nur Steuerzahler das passive Wahlrecht; jeder, der irgendwelches Einkomme hat, und wäre es auch noch so wenig, muß freilich Steuern zahlen. Sachse hat neben allen sonstigen Schönheiten seines Wahlsystems die Spezialität vo allen anderen deutschen Staaten voraus, daß die passive Wahlberechtigung a eine Mindeststeuerleistung geknüpft ist. Nur wer 38 Mark direkte Staatssteue zahlt, darf sächsischer Landtagsabgeordneter werden; das heißt nur wer mi destens 1900 Mark Einkommen hat, es sei denn, daß er bei geringerem Ei kommen über Grundbesitz verfügt.

2. Liberale Musterländer.

Selbst in Baden, das noch das wenigst schlechte Wahlsystem von alle deutschen Einzelstaaten hat, weil das Wahlrecht gleich und geheim ist, bishe auch allgemein war, wird durch das vorgeschriebene Wahlverfahren der Wil des Volkes gefälscht. Bisher war nämlich die Wahl indirekt. Bei indirekte System ist natürlich der Abgeordnete oft der Vertrauensmann der Minderhe der Wähler, da die Wahlmänner mit verschieden großen Majoritäten gewäh werden. Nun soll freilich nach dem neuen Wahlgesetz die direkte Wahl zu Einführung gelangen; dafür aber soll die Wahl aufhören, allgemein zu sei In Zukunft soll nur wählen dürfen, wer entweder geborener Badener ist ode doch seit zwei Jahren die Staatszugehörigkeit besitzt oder endlich seit mindesten einem Jahre Staatsangehöriger ist und während dieses Jahres ununterbroche in Baden gewohnt hat. Obendrein sollen zwar dienigen nach wie vor wähle dürfen, die zu arm sind, steuerpflichtig zu sein; wer aber mit der ihm ob liegenden Steuerzahlung trotz Mahnung im Rückstand bleibt, ohne daß ih Stundung bewilligt ist, soll sein Wahlrecht einbüßen. Daß durch letztere Be stimmung lediglich Proletarier getroffen werden, ist klar; aber auch durch da Erfordernis größerer Seßhaftigkeit wird der Einfluß der Arbeiterklasse ve mindert, denn Arbeiter müssen an denjenigen Ort ziehen, an welchem sie ih Brot finden. Im ersten Wahlgang soll die absolute Mehrheit eutscheiden; i zweiten Wahlgang können außer den beiden, welche die meisten Stimmen hatte wieder sämtliche Kandidaten, auf die nicht gerade weniger als 15 Prozent de abgegebenen Stimmen entfielen, gültige Stimmen erhalten; ausschlaggebend i sodann relative Mehrheit, wie bisher bei den Urwahlen schon im ersten Wah gang. Bei den Abgeordnetenwahlen entschied im ersten Wahlgang nur absolu Mehrheit. Dann fand engere Wahl zwischen den drei Kandidaten statt, welc die meisten Stimmen hatten; hatte auch dann keiner die absolute Majoritä so gab es eine Stichwahl. Die Frage der relativen oder absoluten Mehrhe ist keine so wichtige, daß unsere Partei darauf hereinfallen darf, wenn ander Parteien die Notwendigkeit von Stichwahlen aus angeblich demokratische Gründen für eine Gewissensfrage erklären, um eine Wahlreform zum Scheiter zu bringen. Prinzipiell richtiger ist aber das Stichwahlsystem wie die En scheidung durch relative Mehrheit. Kompromisse sind für alle Parteien be denklich, bleibt aber bei einem zweiten Wahlgang, bei welchem Stimmen au jeden Kandidaten zulässig sind, jede Partei grundsätzlich ihrem Kandidaten tre

wird unter Umständen mit relativer Mehrheit ein Mann gewählt, dessen chtung von der überwältigenden Mehrheit seines Wahlkreises für das denkbar ößte Übel gehalten wird. Übrigens ist die „Reform“ nur dadurch gerettet orden, daß der Ersten Kammer, einer reaktionären Adelsvertretung, das cht eingeräumt wurde, über die einzelnen Etatspositionen abzustimmen; darch ist das einzige Recht, durch welches das Volk seinen Willen durchsetzen m, das Budgetrecht beeinträchtigt, da infolge der neuen Bestimmung nur ch eine über eine starke Energie verfügende Mehrheit der Zweiten Kammer e Suprematie behaupten kann. Es war selbstverständlich, daß unsere Gessen im badischen Landtag gegen die Reform stimmten.

In Hessen hat die gleichfalls in diesem Jahre beschlossene Änderung des ahlsystems zweifellos einen Fortschritt gebracht. Wo ein Wahlgesetz besteht, lches der Arbeiterklasse erheblichen Einfluß sichert, kann durch die Konkurrenz : Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen ch einmal eine Verbesserung des Wahlverfahrens erkämpft werden, während ie fortschrittliche Reform in den rückständigen Staaten ohne Eingriff des iches fast undenkbar ist. Bisher wurde auch in Hessen indirekt gewählt, t ist die direkte Wahl eingeführt worden. Bisher durfte jeder Steuerler oder Invalide wählen, wenn er seit drei Jahren im Lande wohnte; jetzt freilich vorgeschrieben, daß die Wähler auch noch seit drei Jahren Staatsgehörige sein müssen. In Hessen muß jeder, der irgendwelches Einkommen t, auch Steuern zahlen. Wer arbeitsunfähig ist, darf wählen, auch ohne uerpflichtig zu sein. Wer aber arbeitslos ist und ohne Einkommen existiert, il ihn vielleicht Verwandte ernähren, darf in Hessen nicht wählen, obwohl keine Armenunterstützung bekommt. Verschlimmert ist das Gesetz insofern, früher nur, wer mit seinen Staatssteuern länger als zwei Monate im ickstand war, nicht wählen durfte, während jetzt auch diejenigen, welche an emeindesteuer seit mehr als zwei Monaten etwas schuldig geblieben sind, : Wahlrecht einbüßen. Ohne „Kautelen“ kommt nun mal in deutschen nden kein Fortschritt zustande. Bisher entschied bei Urwahlen relative Mehrit, bei den Abgeordnetenwahlen absolute Majorität; nach dem neuen Gesetz rd absolute Mehrheit mit eventueller Stichwahl entscheidend sein.

Die interessantesten Wahlrechtskämpfe des letzten Jahres hat Bayern ert, wo eine Reform des Wahlrechtes nur an der Bestimmung der Verfassung eiterte, daß jede Änderung der Konstitution mit Zweidrittelmehrheit beschlossen rden muß. Nach dem bestehenden Gesetz darf nur wählen, wer einen überssigen, aber freilich im Grunde unschädlichen Verfassungseid geleistet hat und t mindestens einem halben Jahre Steuern zahlt. Die Verpflichtung zur hlung direkter Steuern beginnt bei einem Einkommen von 500 Mark; wer ch weniger hat, ist berechtigt, sich durch Zahlung einer freiwilligen Steuer n 50 Pfennig pro Jahr das Wahlrecht zu sichern. Bei Urwahlen wie bei n Abgeordnetenwahlen entscheidet absolute Mehrheit, eventuell in der Stichhl. Nun sollte durch diejenige Wahlrechtsrevision, welche von der Mehrheit s Landtags gebilligt wurde, die direkte Wahl eingeführt werden. Bei der uptwahl sollte die absolute Mehrheit entscheiden; die Stichwahl sollte aber ht zwischen denjenigen beiden Kandidaten stattfinden, welche die meisten immen hatten, sondern es sollten im zweiten Wahlgang wieder Stimmen auf e beliebigen Kandidaten zulässig sein und die relative Mehrheit zur Wahl r Abgeordneten genügen. Als „Kautel“ für diese Reform war vorgesehen,

daß das aktive Wahlrecht an das fünfundzwanzigste Lebensjahr gebunden werd
sollte, während bisher das einundzwanzigste genügt. Außerdem sollte n
wählen dürfen, wer seit mindestens einem Jahre Staatsangehöriger ist. D
Zweidrittelmehrheit für den winzigen Fortschritt, der immerhin mit dem neu
Gesetz durch Abschaffung des indirekten, den Volkswillen fälschenden Systen
verbunden war, fand sich nicht, weil die Nationalliberalen, die Freisinnige V
einigung und die Freisinnige Volkspartei gegen die Reform stimmten. Nachd
die genannten Parteien die Einführung der direkten Wahl hintertrieben hatt
und ihr volksfeindliches Verhalten die Entrüstung der breiten Massen d
Wählerschaft, insbesondere der Arbeiter, erregt hatte, beantragten sie, die Änd
rung des Wahlsystems — wohlgemerkt immer mit denselben Kautelen — du
Einführung des Proporzes durchzuführen. Der demagogische Kniff der Lib
ralen, die nun plötzlich ihr demokratisches Herz entdeckt hatten, hätte sehr kultu
fördernd gewirkt, wenn das Zentrum die Liberalen beim Worte genommen u
für deren Antrag gestimmt hätte. Die Liberalen hatten das Zentrum ab
richtig eingeschätzt. Die „Schwarzen" stimmten gegen das Proportionalwa
system und verhinderten so, daß aus dem jahrelangen Streit um das Wa
recht wenigstens irgend etwas herauskam. Liberale wie Klerikale tragen al
gleichmäßig die Schuld an der Aufrechterhaltung des jetzigen, von alle
Seiten als ungerecht denunzierten Wahlrechtes, und nur die Sozialdemokra
hat sich, wie überall, so auch in Bayern, als einzige Sachwalterin der Volk
rechte erwiesen.

In Oldenburg darf zwar wählen, auch wer keine Steuern zahlt; daf
sind aber diejenigen Staatsbürger vom Wahlrecht ausgeschlossen, welche b
ihrem Arbeitgeber in Kost und Logis stehen, mithin alle diejenigen Dienstbote
Handwerksgesellen und Handlungsgehilfen, die bei ihrem Arbeitgeber wohn
und von ihm beköstigt werden. Wetzker ließ es dahingestellt sein, ob Schl
stelleninhaber wählen dürfen; indes ist die Wahlberechtigung der letzteren en
schieden. Bei den Urwahlen entscheidet relative Mehrheit, bei den Abgeordnete
wahlen entscheidet absolute Mehrheit. Hat im ersten Wahlgang keine Part
die absolute Majorität, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei welchem no
gültige Stimmen auf jeden beliebigen Kandidaten abgegeben werden könne
vom dritten Wahlgang an scheiden stets diejenigen Kandidaten aus, welche d
wenigsten Stimmen haben, bis sich schließlich nur noch zwei Parteien gege
überstehen. Zu registrieren ist noch, daß niemand wählen darf, der währe
der letzten fünf Jahre wegen eines Verbrechens oder Vergehens bestraft i
welches nach der Volksmeinung als ehrlos gilt. In der Handhabung komm
diese Bestimmung freilich nur darauf hinaus, daß diejenigen das Wahlrecht ei
büßen, welche zu Ehrverlust verurteilt sind und somit nach dem Reichsstra
gesetzbuch meist sowieso keine politischen Rechte ausüben dürfen.

In Sachsen-Koburg-Gotha dürfen nur Steuerzahler wählen. D
Steuerpflicht beginnt mit 300 Mark Jahreseinkommen. Auch dürfen diejenige
nicht wählen, welche mit ihren Steuern im Rückstand sind. Dazu kommt, da
Dienstboten, Handwerksgesellen und Handlungsgehilfen, die bei ihrem Arbei
geber logieren und beköstigt werden, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. W
eine Zuchthausstrafe verbüßt hat und wer wegen eines entehrenden Vergehen
mit Gefängnis bestraft worden ist, darf noch bis nach Ablauf von zehn Jahre
nach Verbüßung seiner Strafe nicht wählen. Bei den Urwahlen wie bei de
Abgeordnetenwahlen entscheidet außerdem relative Mehrheit.

Das indirekte System im Superlativ besteht bei den Wahlen zum elsaß-othringischen Landesausschuß. Die Wähler wählen in direkter und heimer Wahl vier Bezirkstage; diese Bezirkstage wählen 34 Mitglieder des ndesausschusses. Die Bürger wählen ferner als Kommunalvertretung die emeinderäte. Von den Gemeinderäten wählen die der vier Städte Metz, traßburg, Kolmar und Mülhausen je einen Abgeordneten. Die übrigen emeinderäte wählen auf je 1000 Einwohner einen Wahlmann; die Wahlänner wählen in den 20 Kreisen, in die das in Frage kommende Gebiet einteilt ist, je ein Mitglied des Landesausschusses; die Abgeordneten sind also e Erwählten der Erwählten der Erwählten der Erwählten. Im ersten Wahlng entscheidet bei allen diesen Wahlen absolute, im zweiten relative Mehrit. Nur Steuerzahler dürfen wählen, so daß, wer nicht gerade Grund-, aus- oder Kapitalbesitzer ist und infolgedessen Grund-, Gebäude- oder Kapitalntensteuer bezahlt, nur wahlberechtigt ist, wenn er mindestens 700 Mark Einmmen besitzt, denn die Pflicht zur Zahlung von Einkommensteuer beginnt it 700 Mark Einkommen. Wer einmal im Konkurs war, hat erst fünf Jahre ch dessen Beendigung wieder das Wahlrecht. Das allerschlimmste aber t, daß bei den Wahlen zum Bezirkstag sowohl wie zu den Gemeinderäten eamte, Lehrer, Religionsdiener, Richter, Rechtsanwälte, Gewerbetreibende, ndwirtschaftliche Grundbesitzer und städtische Hausbesitzer schon wählen dürfen, enn sie erst ein Jahr am Orte wohnen, während die übrigen erst nach dreihriger Ortsansässigkeit wahlberechtigt sind.

Von den 16 Abgeordneten von Schwarzburg-Rudolstadt werden 12 uf Grund des allgemeinen gleichen geheimen und direkten, dem Reichstagsahlrecht entsprechenden Wahlmodus gewählt; die übrigen 4 sind Auserkorene er Höchstbesteuerten (mit mindestens 300 Mark direkter Staatssteuer).

Die Zweite Kammer von Württemberg zieren neben 71 auf Grund eines it dem Reichstagswahlrecht übereinstimmenden Systems gewählten Volksertretern 23 Privilegierte: nämlich 13 Erwählte des Adels, 6 evangelische eneralsuperintendenten, 1 Bischof, 1 Mitglied des Domkapitels, der nach der mtszeit älteste katholische Dechant und der Universitätskanzler.

Von den 24 Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Meiningen gehen 6 aus Wahlen hervor, die den Reichstagswahlen gleichen. Außerdem aber erden 4 Abgeordnete von den „Höchstbesteuerten“ (mit 3000 Mark und mehr inkommen) und 4 von den Großgrundbesitzern (mit mindestens 60 Mark rundsteuer) gewählt.

Gleichfalls aus allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlen geht die weidrittelmehrheit der 15 Abgeordneten von Schaumburg-Lippe hervor. wei Abgeordnete werden vom Fürsten ernannt, je einer von der Ritterschaft nd Geistlichkeit gewählt und einer von den Juristen, Ärzten und studierten chulmännern (nicht Volksschullehrern) delegiert.

Noch weit schlechter ist das Wahlrecht in Reuß j. L. Von den 16 Abeordneten werden 3 von den Höchstbesteuerten (mit mehr als 5000 Mark Einmmen) gewählt. Ferner ist der jeweilige Besitzer des Paragiums Köstritz, nes großen Gutes, das ein Majorat einer Seitenlinie des Herrscherhauses t, geborener „Volksvertreter“. Im übrigen gleicht bezüglich der anderen 2 Abgeordneten zwar das Wahlrecht dem zum Reichstag, aber mit einem esentlichen Unterschied. Wählen darf nur, wer das Gemeindebürgerecht besitzt; die Gemeinden aber sind berechtigt, ein Bürgergeld zu ver-

langen, und zwar bis zur Höhe von 6 Mark für diejenigen, welche seit Jahren am Orte wohnen, und bis zur Höhe von 30 Mark für die ande Wer wegen zu geringen Einkommens keine Steuern zahlt, ist wahlberech wer aber mit seinen Steuern länger als zwei Jahre im Rückstand ist, nicht wählen. Im Gegensatz zu fast allen anderen Parlamenten, in wel Erwählte der Höchstbesteuerten sitzen, dürfen in Reuß j. L. die 5000 M Männer bei den allgemeinen Wahlen nicht mitwählen.

In Sachsen-Weimar werden 5 Abgeordnete von den Großgrundbesit (die aus einem land- oder forstwirtschaftlich betriebenen Grundeigentum wenigs 3000 Mark Einkommen erzielen) gewählt; 5 Abgeordnete werden von denjeni gewählt, die aus anderen Quellen als dem Grundbesitz ein Einkommen mindestens 3000 Mark beziehen. Die übrigen 23 Abgeordneten werden indirekte Weise gewählt. Wahlberechtigt ist aber nur, wer an seinem Wo ort Bürgergeld bezahlt hat, und dieses beträgt mindestens 10 Mark; die meinden sind sogar berechtigt, bis zu 15 Mark zu verlangen. Bei den wahlen gilt relative, bei den Abgeordnetenwahlen absolute Mehrheit eventueller Stichwahl. Die Wahlmänner sind strafbar, wenn sie ohne reichende Entschuldigung bei der Abgeordnetenwahl fehlen; der gleiche W zwang wird auf die Privilegierten (Großgrundbesitzer und Großkapitalis ausgeübt.

(Schluß fo

Literarische Rundschau.

Hermann Hesse, **Peter Camenzind.** Roman. Berlin 1904, S. Fischer, Verl

Man liest nur wenige Sätze und weiß: hier spricht ein Dichter, der die F des Lebens begriffen hat und künstlerisch zu ergreifen weiß. Weil aber dieses aus der Fülle geboren wurde, ist es schwer, mit kurzem Worte das Wesen Ganzen zu bezeichnen. Es hat wie das Leben nicht nur eine, sondern viele kostb Seiten: packt man die eine, so geschieht den anderen Unrecht, und so trifft man a die eine nicht ganz, denn nichts steht unabhängig für sich. Das Leben, wie Herm Hesse es zeichnet, kann als Motto den Goethevers tragen: Natur ist weder K noch Schale, alles ist sie mit einem Male.

Den Roman eines Ausgesetzten gibt der Dichter, den Roman eines, der n Fuß zu fassen weiß, weil ihn das Lebenssehnen von der Scholle wegriß, die gebar und auf der einzig er heimisch wurzeln könnte. Es ist die Lebensgeschi eines Bauernsohns, den der engste Verkehr mit der Natur seiner schweizerisch Gebirgsheimat seelisch erzog, der ein Dichter ist und in der Stadt ins Literat handwerk gerät, der aber die Brücke zum Menschen der Stadtkultur nicht findet schließlich, als ein Vereinsamter ins verfallende elterliche Heim zurückkehrend, herbe Wahrheit begreift, daß die starke Gebundenheit seiner persönlichen Kultur Geist und Wesen seiner dörflichen Heimat ihm den Weg zum ganzen Aufgel draußen in der großen Welt versperrt. Das ist die äußere Linie dieses Buches, der Weite gesehen. Sie zeichnet nicht den Lebensweg eines Menschen, der ein star Ringer ist und sich kraftvoll durchzusetzen sucht. Nach dieser Seite hin fällt Schwerpunkt der Dichtung nicht. Camenzind ist von bäuerlicher Schwere, er l sich von den Dingen des Lebens suchen und weiß sie nicht für sich zu biegen. A die materielle Sicherstellung seiner Existenz fällt ihm mühelos zu, weil er als jo nalistischer Kritiker, Feuilletonist und Erzähler seinen Seltenheitswert besitzt. alles bedeutet ihm nichts, man erfährt es gleichsam nebenher. Camenzind will et für sein inneres Leben die äußere Sicherung suchen — in diesem Wollen gipfelt die sicht des Buches, und diese Absicht trifft ein lebendiges Moment gegenwärtigen Lebe

Das Buch gräbt dem individuellen Inhalt der unveräußerlichen Menschenrechte ach. Das Sehnen des Einzelmenschen wird schließlich immer über die äußeren arantien persönlicher Bewegungsfreiheit hinausgehen: je mehr Denken und Empnden sich der höchsten Entwicklungsform natürlicher Gesundheit annähern, um so ehr macht sich mit der Kraft einer Daseinsbedingung das Verlangen geltend, die armonie zwischen dem Ich und der Umwelt aufzufinden, mit anderen Worten: für ie eigene innere Kulturreife die Möglichkeit des Auslebens im vollnatürlich entickelten anderen Individuum zu gewinnen. Es ist ein Prinzip ästhetischer Kultur, as in diesem Verlangen spielt. Das ästhetische Ziel ist das Finden und Erkennennnen „freimütiger Natürlichkeit des Lebens". In Camenzind hat die schlichte erkunft und die bildende Umwelt seiner ersten Jugend dies Erkennenkönnen und es Zielverlangen stark entwickelt, und so steht er als werdender Mensch von vornerein im scharfen und sich immer mehr verschärfenden Gegensatz zu der noch odelnden, nicht zum inneren Ausgleich gelangten und deshalb an verbildenden lementen überreichen modernen Kultur. Früh schreibt Camenzind Satiren auf ihre schäbige Lächerlichkeit" und schließlich gibt er den Kampf auf, ein Vereinsamter, der eilich nicht zerbrochen, aber doch immer eine Art Weltflüchter geworden ist. Nicht ur wir Menschen von heute werden den Kampf Camenzinds aus ganzer Seele verehend mitempfinden können. Hesse gräbt ihn so sehr in Wurzeltiefen bloß, daß an schon wagen darf, von Menschlichem, das immer sein wird, zu reden. Der lensch wird immer, eben weil er Individuum ist, und wird immer mehr, je mehr bewußt um das Gefühl eines harmonischen Verhältnisses zur Umwelt ringt, ein edränge von Gegensätzen und Widersprüchen auf dem Wege seiner Persönlichkeitsisprüche finden, durch das jeder in eigener Weise sich durchzuwinden haben wird. nd da wird es immer zu einem Durchleben dieser elementaren Empfindungen mmen, die Hesse in einfach-schlichter Form in großer Fülle erfaßte und zum Bilde r inneren Entwicklung eines Einzelnen verwob. Darin und in dem Erleben, das amenzinds Schicksal modelt, klingt die in der Gegenwart pulsierende Fülle inneren ehnens, Hoffens, Genießens, Enttäuschtseins, Duldens in einem Reichtum von Beehungen an, der den offenbaren Erfolg dieser Dichtung erklärt.

Es ist nicht das besondere äußere Schicksal Peter Camenzinds, das diesen Erfolg rursachte — gegen den Ausgang flaut die bedeutende Wirkung der Geschichte erklich ab —, und ebenso gibt es auch sonst Momente, die für Camenzind allzu rsönlich-charakteristisch sind, als daß sie in weiteren Kreisen ausschweifende Einüce erzeugen könnten. Aber das alles beeinträchtigt die Hauptwirkung nicht: das n Anfang an stark einsetzende Gefühl, einen Menschen zu begleiten, der menschlich erlegen ist, weil ihn eine segnende Natürlichkeit des Wesens vor der Gefahr sichert, e so manche geistige Überlegenheit zur Mutter abstoßender Schwächen werden läßt. enn die hinter uns versinkende Ära eines ebenso kleinmütigen wie großmäuligen essimismus sich ausweglos mit der Frage nach dem Wozu kasteite, so ist es jetzt die rage nach dem Wohin, die an die Rätselpforten des Lebens pocht, und sie klingt in nstem gläubigen Suchen und Deuten überall aus den Blättern der Hesseschen Dichtung.

Hesse, der 1877 geboren wurde, ist einer aus der Schar der jüngsten Generation, e, weil die Gegenwart so wenig die Sehnsucht nach dem Anblick idealer menschher innerer Vollkommenheit zu befriedigen vermag, sich an den Bildern, die von n Menschen der italienischen Renaissancekultur überliefert sind, schadlos halten. as Ideal seines Peter Camenzind — das Buch ist in höchstem Maße als Selbstographie zu betrachten — ist Franz von Assisi, der Gründer des Franziskanerdens, über den Hesse übrigens ein eigenes Büchlein ankündigt. Bei ihm findet er e tiefe liebende Kraft, die ins Allerheiligste der Natur hinabzutauchen vermag und bei den Menschen nicht vergißt. „Indem er die ganze Erde, die Pflanzen, Gerne, Tiere, Winde und Wasser in seine Liebe zu Gott inbegriff, übereilte er das ittelalter und selbst Dante und fand die Sprache des zeitlos Menschlichen". as zeitlos Menschliche! In diesem Begriff deutet Hesse an, was er selber sucht:

er will den natürlichen Kern des Wesens Mensch seelisch und zugleich auch sprachli herausarbeiten, und dieser Kern ist ihm der empfängliche Natursinn, der der Que der reinsten, ästhetisch und sittlich reinsten Eigenschaften ist. Er findet ihn na langem, an Enttäuschungen reichem Wandern im Körper eines von den Mensche die ihm als beste Wesen galten, für lästig und überflüssig gehaltenen — Krüppel Bittere Kritik! Leider zugleich die schlimmste Schwäche der Komposition. In d Plastik künstlerischer Versinnlichung ist aber auch diese zum Ausgang überleiten Episode stark.

Hesse ist ein glänzender Gestalter. Er hat die Kunst, mit einfachsten Mittel größte Plastik zu erzielen. Die Namen Gottfried Keller, Konrad Ferdinand Meye Eduard Mörike nennt er oft, und ihrer Kunst gliedert die seine sich an. Mörik berühmte Beherrschung des charakteristischen Beiwerkes lebt bei ihm wunderbar au Er hat eine stille Art zu schildern. Alle erzählten Dinge sind aus der Erinneru gesehen, und leise vergoldet von einem warmen Gefühl menschlich wertender Übe legenheit, die alles ernsthaft und lächelnd zugleich nimmt, ziehen die Dinge still, oh Leidenschaft gegeben, vorüber. Ein warmes Tönen ist in der Sprache dieses jung Dichters, und diese Eigenschaft wächst aus dem in der Unerschöpflichkeit und Schö heit des Einzelnen begriffenen Reichtum aller sichtbaren Welt. So sind Inhalt u Form zu einer wundervollen Einheit gelangt, und wo das ist, da ist höchste Kun Hermann Hesse zählt von diesem Werke an in der deutschen Kunst.

Franz Diederic

Staatslexikon. Zweite, neubearbeitete Auflage. Unter Mitwirkung von Fac männern herausgegeben im Auftrag der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wisse schaft im katholischen Deutschland. Von Dr. Julius Bachem, Rechtsanwalt Köln. Freiburg im Breisgau, Herdersche Verlagsbuchhandlung. 5 Bände. (45 Hef à 5 Bogen Lexikon-Oktav.) Preis pro Heft 1,50 Mark.

Mit dem soeben erschienenen 45. Hefte ist das stattliche Werk zum Abschluß g langt. Von streng ultramontanem Standpunkt aus geschrieben und redigiert biet es einen wertvollen Einblick in die Ideenwelt dieser Partei, gleichzeitig aber au eine Fülle von Material aus Gebieten, die in anderen Handwörterbüchern d Staatswissenschaften nicht oder nicht so eingehend behandelt werden, weil sie ebe von anderen sozialpolitischen und religiösen Voraussetzungen ausgehen. Wir wolle hier nicht an ihnen Kritik üben, sondern nur an dem Werke, das sie zu vertrete sich als Aufgabe stellt. Und da müssen wir erklären, daß es diese in vollstem Ma und in geschickter Weise löst. Das Verzeichnis der Mitarbeiter zeigt auch, daß d tüchtigsten Kräfte des Ultramontanismus auf allen Gebieten des Wissens mi gearbeitet haben. Auf die Verhandlungen im Reichstag und in den Landtage namentlich soweit das Zentrum dabei eine Rolle spielt, wird stets Bezug genomme die Literaturangaben sind reichlich und erstrecken sich auch auf Quellenwerke ander politischer Parteien. Daß stets die ultramontane Anschauung als die allein richti erklärt wird, ist selbstverständlich. Dabei laufen auch recht interessante Geständni mit unter, die sonst nicht so offen kundgegeben werden. So wird zum Beispiel de christlichen Gewerkvereinen das Lob gespendet, sie „berechtigen vollauf zu der Ho nung, daß sie einer gesunden gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die Bahn breche werden, der die Arbeitgeber, die Gesetzgebung und die Gesellschaft volle A erkennung nicht werden versagen können" (Band 1, S. 1044). Den Mitgliedern d christlichen Gewerkvereine pflegt man das in so drastischer Form nicht gern zu g stehen, daß sie dazu da seien, um sich die Anerkennung der Arbeitgeber zu e ringen! — Doch, wie gesagt, die politische Richtung des Werkes entspricht sein Flagge, unter der es offen segelt, wie dies ja auch schon bei der ersten Auflage, d 1889 erschien, der Fall war. Die zweite Auflage ist umfangreicher und besser durc gearbeitet.

E. W

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 8 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Ibsens Briefe.

↗ **Berlin, 16. November 1904.**

Unter den literarischen Gaben dieses Herbstes stehen in erster Reihe die Briefe Henrik Ibsens, die von Julius Elias und Halvdan Koth im Verlag von S. Fischer in Berlin mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben worden sind. Äußerlich stellen sie sich als ein stattlicher und vortrefflich ausgestatteter Band von 536 Seiten dar, der im ganzen 238 Briefe von Ibsens Hand enthält; innerlich geben sie zwar keine erschöpfende Biographie, aber ein ungemein fesselndes Bild des großen Dichters, der heute nur noch körperlich unter den Lebenden weilt.

Der erste Brief ist vom 15. Oktober 1849, der letzte vom 9. Dezember 1900 datiert. Über mehr als ein halbes Jahrhundert erstreckt, sind 238 Briefe nicht viel. Ibsen war ein sehr saumseliger Briefschreiber, und fast jeder seiner Briefe beginnt mit einer Klage über seine Abneigung, Briefe zu schreiben. Dazu kommt, daß viele Briefe einen rein geschäftlichen oder gar aktenmäßigen Inhalt haben, viele andere sich bis in kleine Einzelheiten hinein mit skandinavischen Angelegenheiten beschäftigen, die für deutsche Leser doch nur ein beiläufiges Interesse haben und ihnen auch durch die sorgfältigen Anmerkungen der Herausgeber nicht eigentlich nahe gebracht werden können. Nimmt man hinzu, daß die Briefe über die einzelnen Lebensperioden Ibsens sehr ungleich verstreut sind und namentlich über seine Altersdichtungen so gut wie gar keine Aufschlüsse geben, so liegt auf der Hand, daß die biographische Ausbeute, die sie gewähren, nicht allzu groß sein kann.

Aber sie geben uns den Mann in seines Wesens Wesenheit. Die Herausgeber, die nicht nur für Einteilung und ihre Anmerkungen, sondern auch für die vortreffliche Übersetzung der Briefe alles Lob verdienen, haben ihrem Buche als Motto die Worte des sechzigjährigen Ibsen vorangesetzt: „Ich habe damit angefangen, mich als Norweger zu fühlen, habe mich dann zum Skandinavier entwickelt und bin jetzt beim Allgemein-Germanischen angelangt.“ Dieses Motto

ist treffend, wenn auch nur für eine Seite von Ibsens Leben. Von den fünfzi Jahren seiner dichterischen Entwicklung ist die erste Hälfte rein skandinavisc gewesen, und er selbst hat große Zweifel daran geäußert, ob gerade seine be deutendsten Werke aus dieser Zeit, wie „Peer Gynt", deutschen Lesern je ver ständlich gemacht werden könnten. Damals war Ibsen ein grimmiger Deutschen hasser. Im Januar 1865 schrieb er aus Rom an Björnstjerne Björnson „Wäre ich noch länger in Berlin geblieben, wo ich den Einzug im April sa (nach dem dänischen Kriege), den Pöbel, der sich brüllend zwischen den Trophäen von Düppel wälzte, sah, wie er auf den Lafetten ritt und in die Kanonen spuckte — dieselben Kanonen, denen keine Hilfe ward und die doch Schüsse s lange abgegeben hatten, bis sie barsten —, ich weiß nicht, ob ich da nicht der Verstand verloren hätte." Und ähnlich ein paar Monate später an sein Schwiegermutter: „Ich war in Berlin, als der Einzug stattfand, ich sah, wi der Pöbel in die Schlünde der Düppeler Kanonen spuckte, und das nahm ic als ein Zeichen, wie einst die Geschichte um dieser Affäre willen Schweden un Norwegen ins Gesicht spucken wird."

Der Deutschenhaß Ibsens verschwand auch keineswegs, weil er 1870 de „idealen Reichsgedanken", dessen Erfüllung er für die drei skandinavische Völker so heiß ersehnte, für Deutschland „zur Tat und zur Wahrheit" werde sah, wie die Herausgeber seiner Briefe andeuten möchten. Sie selbst müsse an einer anderen Stelle ihres Kommentars erzählen, daß Ibsen noch im Herbs 1872 seinen Freund und Wohltäter Björnson aufs grimmigste verhöhnte, al einen „Priester des Pangermanismus", als einen „Wetterhahn, der schwankt", weil Björnson damals die skandinavische Revanchepolitik verwarf und von de schleswigischen Wiedereroberungsgelüsten abriet. Damals lebte Ibsen scho mehrere Jahre in Deutschland, und alle Schönheiten des neudeutschen Reiche waren ihm längst offenbar. Was ihn wirklich vom Skandinavischen zum All gemein-Germanischen übergehen ließ, das sprach er in einem Briefe aus Münche vom Frühjahr 1880 aus, worin er einem jüngeren norwegischen Dichter di Reise nach Deutschland mit den Worten empfahl: „Hier kann man die Kultu der Gegenwart studieren, hier kann man volkstümliches Leben beobachten, ei Leben, verwandt mit dem unserigen und doch so verschieden von ihm und darum vielleicht eben für Sie von besonderem Interesse. Ich weiß, was ich für mein Person der Kenntnis des allgemeinen Weltlebens schulde, und ich denke o mit Teilnahme der vielen begabten Menschen in der Heimat, die durch eng Verhältnisse gehemmt sind." Damit berühren wir den tieferen Grund de Problems, das die Herausgeber der Ibsenschen Briefe allzu oberflächlich streifen

Weshalb floh Ibsen aus seiner geliebten Heimat? In demselben Brief an seine Schwiegermutter, aus dem wir schon die Äußerung über den Berline Pöbel zitierten, sagt er darüber: „Das war für mich das Entscheidende un Bedeutungsvolle, daß ich hinreichend Distanz gewann zu unseren eigenen Ver hältnissen, um die Hohlheit hinter diesen selbstgeschaffenen Lügen unseres so genannten öffentlichen Lebens und die Jämmerlichkeit dieser ganzen persönliche Phrasendrescherei zu sehen, der es an Worten nie fehlt, wenn es gilt, über ein ‚große Sache' zu schwadronieren, die aber nie den Willen, die Kraft oder da

Pflichtgefühl für eine große Tat hat. Wie oft hört man nicht in Norwegen die guten Leute mit tiefster Selbstgenügsamkeit von der norwegischen Besonnenheit reden, womit im Grunde nichts anderes bezeichnet wird, als jene laue Mitteltemperatur des Blutes, die es einer honetten Seele unmöglich macht, eine Dummheit großen Stiles zu begehen. Die Herde ist gut einexerziert, das läßt sich nicht leugnen; sie hat eine Uniformiertheit, die in ihrer Art mustergültig ist; ein Schritt und Takt für alle! Hier ist es anders, das glaube mir!" Hier, das will sagen im Rom des Kirchenstaats. Aber auch diese Herrlichkeit neigte sich ihrem Ende zu und im Dezember 1870 schrieb Ibsen betrübt an Georg Brandes: „So hat man denn also jetzt Rom uns Menschen weggenommen und es den Politikern überantwortet. Wo sollen wir nun hin? Rom war die einzige friedsame Stätte in Europa, die einzige Stätte, die die wahre Freiheit genoß, die Freiheit von der politischen Freiheitstyrannei. Ich glaube, ich mag es nicht wieder sehen nach dem, was dort passiert ist. Alles Köstliche, die Unmittelbarkeit, der Schmutz wird jetzt verschwinden; für jeden Staatsmann, der dort entsteht, wird ein Künstler zugrunde gehen." Trotzdem ist Ibsen wieder nach Rom gekommen, aber als er so schrieb, hatte er für ein paar Jahrzehnte seinen Aufenthalt in Deutschland genommen, wo ihm sein Weltruhm erwachsen ist.

Die „Freiheit von der politischen Freiheitstyrannei", das ist ein und in gewissem Sinne selbst der Grundton, der durch die Briefe Ibsens klingt. Hat die urwüchsige Kraft des norwegischen Bauernlandes je einen klassischen Typus erzeugt, so ist es Ibsen in all seiner Knorrigkeit. „Sturmwetter habe ich immer gern mögen", schreibt noch der Greis, und der Mann fühlte eine Kraft in sich, die „Bären fällen" könnte. Jedoch über die norwegische Bauerndemokratie hat niemand so unermüdlich gespottet, wie Ibsen. Selbst noch zu einer Zeit, wo er durch den Lärm, den seine „Gespenster" in Norwegen erregten, gewissermaßen wider Willen auf ihre Seite gedrängt wurde und sich mit Björnson wieder ausgesöhnt hatte, schrieb er an diesen: „Ich begreife nicht, weshalb man unsere Linke liberal nennt. Wenn ich die Storthingsverhandlungen lese, so ist es mir nicht möglich, im Gedankengang der Bauern eine Spur mehr wirklichen Freisinns zu entdecken, als ihn die ultramontane Bauernbevölkerung in Tirol hat." In Ibsens „Volksfeind" steckt ein gutes Stück seines Selbst. Vom „Doktor Stockmann" schrieb er nach Abschluß dieses Dramas an seinen Verleger: „Wir harmonieren in so mancher Beziehung: aber der Doktor ist ein größerer Wirrkopf als ich und hat außerdem verschiedene andere Eigentümlichkeiten, denen man verschiedene Äußerungen aus seinem Munde zugute halten wird, die man am Ende nicht so ganz ruhig hingenommen hätte, wenn ich sie vorgebracht hätte." Und etwa zur selben Zeit an Georg Brandes: „Björnson sagt: Die Majorität hat immer recht. Und als praktischer Politiker muß man das wohl sagen. Ich dagegen muß notwendig sagen: Die Minorität hat immer recht. Selbstverständlich denke ich nicht an Stagnationsmänner, welche von der großen Mittelpartei, die man bei uns die Liberalen nennt, achteraus gesegelt sind, sondern ich meine die Minorität, die da vorangeht, wo die Mehrheit noch nicht hingelangt ist." Andere Briefstellen zeigen zur Genüge,

daß diese Minorität nach Ibsens Ansicht nur aus ihm selbst bestand un etwa denen noch, die an ihn glaubten. „Alle Parteien kalt zurückzuweisen un einen eigenen Standpunkt für sich einzunehmen“, das war ihm eine Lebensfrag für den Dichter.

Alle Politik war ihm in tiefster Seele zuwider. Ibsen nannte sich ger einen „Staatssatirikus“ und haßte den Staat, der ihm gerade noch gut genu war, durch literarische Konventionen die poetische Produktion zu schützen un Ehrensolde für Poeten auszuwerfen. In diesem Punkte, wenn auch in keinen anderen, war Ibsen in hohem Grade Staatssozialist; seine Petitionen an de König, die Minister und das Storthing um Pensionen für sich und ander nehmen einen unbillig großen Raum unter seinen Briefen ein; ein Glück fü den Leser, daß in ihnen doch manchmal ein ungeschlachter Humor spukt. Im März 1881, als Ibsen schon ein Mann von sehr rangierten Verhältnissen wa wandte er sich an einen Staatsrevisor um Erhöhung der für ihn und Björnso bewilligten Dichterpensionen, beiläufig ohne Björnsons Vorwissen, und schlo mit den originellen Sätzen: „Einen Vorschlag über die Größe der gewünschte Gagenerhöhung unterfange ich mich nicht zu machen. Ich gestatte mir nu ergebenst in Erinnerung zu bringen, daß der schwedische Reichstag Nordenskiöl und Palander, als sie die Nordostpassage gefunden hatten, je 4000 Krone jährlich bewilligt hat. Ich gestatte mir, die Möglichkeit ins Auge zu fasser daß Björnson und ich auf unseren Dichterfahrten verschiedene Nordost- un Nordwestpassagen gefunden haben könnten, die in Zukunft ebenso vom nor wegischen Volke befahren werden dürften, wie der Weg, den Palander un Nordenskiöld erschlossen haben.“ Für diesesmal hatte Ibsen aber keinen Erfolg

Alles das würde nun gänzlich mißverstanden werden, wenn man es ander auffassen wollte denn als untrennbare Bestandteile dessen, was dieses Dichter eigentliche Größe ausmacht. Ein besseres Motto seines Lebens, als die Heraus geber seiner Briefe gewählt haben, sind die Worte, die er im September 187 an Georg Brandes richtete:

Eine energische Produktion ist eine vortreffliche Kur. Was ich Ihnen vor alle Dingen wünschen möchte, ist ein richtiger Vollblutegoismus, der für Sie die Trieb feder werden kann, auf eine Weile nur sich und Ihrer Sache Wert und Bedeutun beizumessen und alles andere als nicht existierend zu betrachten. Halten Sie die nicht für das Zeichen einer gewissen Brutalität in meiner Natur! Sie können j doch Ihren Zeitgenossen auf keine bessere Weise nützen, als durch Ausmünzung de Metalls, das Sie in sich tragen. Für das Solidarische habe ich eigentlich nie ei starkes Gefühl gehabt: ich habe es eigentlich nur so als traditionellen Glaubensfa aufgenommen — und hätte man den Mut, es ganz und gar außer Betracht z lassen, so würde man vielleicht den Ballast los, der am schlimmsten auf der Per sönlichkeit lastet. Überhaupt gibt es Zeiten, wo die ganze Weltgeschichte mir wi ein einziger großer Schiffbruch erscheint — es gilt sich selbst zu retten.

Ibsen besaß im höchsten Grade den „Vollblutegoismus“ des Künstlers, de nur seiner Kunst lebt und alles andere als nicht existierend betrachtet. Gewi nicht im Sinne der ästhetischen Kraftgenies, von denen heute Markt und Gasse wimmeln; vor dieser Horde trieb ihn sein Genius vielmehr zu Björnson. A ihn schrieb Ibsen schon im September 1865: „Ist es nicht ein unermeßliche

Glücksgeschenk, schreiben zu können? Aber eine große Verantwortung ist dabei, und ich habe jetzt Ernst genug, das zu fühlen und gegen mich selbst hart zu sein. Ein Kopenhagener Ästhetiker sagte einmal, als ich dort war: Christus ist doch wirklich das interessanteste Problem der Weltgeschichte — der Ästhetiker genoß ihn, wie der Schlemmer den Anblick einer Auster genießt. Um solch ein Molluske zu werden, dazu war ich freilich immer zu stark; was aber allerhand geistreiche Esel aus mir hätten machen können, das weiß ich nicht, und das, was sie gestört hat, das, lieber Björnson, bist eben du!" Ibsen entzog sich dem Kampfe seiner Zeit nicht, aber allein aus seiner schöpferischen Kraft heraus wollte er ihn schlichten. Im Juni 1880 schrieb er an einen seiner deutschen Übersetzer: „Alles, was ich gedichtet habe, hängt aufs engste zusammen mit dem, was ich durchlebt — wenn auch nicht erlebt habe. Jede neue Dichtung hat für mich selbst den Zweck gehabt, als geistiger Befreiungs- und Reinigungsprozeß zu dienen. Denn man steht niemals ganz über aller Mitverantwortlichkeit und Mitschuld in der Gesellschaft, der man angehört. Deshalb habe ich einmal als Widmungsgedicht dem Exemplar eines meiner Bücher folgende Zeilen vorangesetzt:

> Leben heißt — dunkler Gewalten Spuk bekämpfen in sich.
> Dichten — Gerichtstag halten Über sein eigenes „Ich".

Das ist echt goethisch gesagt, und so trifft auch auf Ibsen das Scheltwort Uhlands über Goethe zu:

> Nicht hatt' er Zeit zu achten Auf eines Volkes Schmerz,
> Er konnte nur betrachten Sein groß zerrissen Herz.

In der Tat erinnert Ibsen in seinen Briefen immer wieder an die größten Künstler unter den deutschen Dichtern, an Goethe und Hebbel. Wir erfahren aus seinen Briefen nichts von seinen Herzensangelegenheiten, denn die Zeit, um dieses Tor zu entriegeln, ist nach der Ansicht der Herausgeber noch nicht gekommen, aber unheimlicher noch als die Rücksichtslosigkeit, womit Goethe und Hebbel über ihre Friederiken und Elisen hinwegschritten, berührt die Herzenshärtigkeit, womit sich Ibsen, kaum daß er flügge geworden war, von seinen armen Eltern abkehrte, ihnen jahrzehntelang „äußerst selten" schrieb, sie in aller Bedrängnis ließ und nach dem Tode des Vaters den entfernten Verwandten, die für den alten Mann gesorgt hatten, nicht eigentlich deshalb dankte, sondern hauptsächlich dafür, daß sie ihm so ermöglicht hätten, ungestört seinem Genius zu leben. Ibsen wandte sich von der norwegischen Bauerndemokratie ab, wie Goethe von der französischen und Hebbel von der deutschen Revolution. Mit beiden teilt er auch die kindische Freude an der Ordensspielerei, die den guten Björnson so arg verschnupfte. Solche „Vollblutegoisten" leben nur sich und ihrer Kunst und mitunter selbst auch nur ihrer Eitelkeit, wie denn Ibsen einmal einen norwegischen Landsmann anstiftete, ihn biographisch in einem deutschen Unterhaltungsblatt zu verewigen: „Liebster, schreib' was zusammen, was für die Deutschen paßt, — schreib' es so wohlwollend, wie deine Gewissenhaftigkeit es erlaubt. Eine Dichtermisere zieht heute nicht mehr; erzähle lieber, daß Regierung und Storthing mir eine Gage ausgesetzt haben, daß ich reise,

mich ‚in dem großen Vaterland' aufhalte usw." Es ist, als ob man eine jungen Mann von Mosse & Ko. hörte, nicht zu vergessen, daß Ibsen zur Ze dieses Briefes das „große Vaterland" noch wie die Pest haßte.

Solchen Gestalten, in denen sich das unendlich Kleine mit dem unendlic Großen untrennbar mischt, wird die bürgerliche Historie niemals gerech Entweder sucht sie das „Brutale" des künstlerischen „Vollblutegoismus zu vertuschen und den Löwen als Lamm zu frisieren, wie man es in ga mancher Biographie Goethes und Hebbels studieren kann und wozu auch di Herausgeber von Ibsens Briefen schüchterne Anläufe nehmen. Oder sie stimm das Lirum Larum von dem „Übermenschen" an, die von den Pflichten mensc licher Solidarität entbunden seien. Das eine ist so abgeschmackt wie da andere. Jedoch auch Goethe umging die Frage mehr, als daß er sie beantwortet wenn er meinte, die Deutschen sollten sich nicht den Kopf zerbrechen, ob e oder Schiller der größere Dichter sei, sondern froh sein, zwei solcher Kerle z haben. Wer mag denn im Ernste daran zweifeln, daß als Künstler Ibsen übe Björnson, Goethe über Schiller, Hebbel über Uhland steht! Allein deshalb i es kein ästhetisches Banausentum, sondern ein feiner und tiefer Instinkt de Menschen, wenn ihnen die Björnson, Schiller und Uhland — die Dichter, dene an künstlerischer Vollendung gebricht, was ihnen an menschlicher Solidaritä am Mitkämpfen und Mitleiden gegeben ist — ungleich mehr ans Herz g wachsen sind als die Ibsen, Goethe und Hebbel.

Erst in der sozialistischen Gesellschaft, die jedem Menschen das harmonisc Ausleben aller seiner Fähigkeiten gestattet, wird die Dissonanz verstummen, di durch alles künstlerische Schaffen der bürgerlichen Zivilisation schrillt.

Albert Schäffle: Aus meinem Leben.

Von **A. Bebel.**

Der ehemalige österreichische Handelsminister im Ministerium Hohenwar Dr. Albert Schäffle, hat nach seinem am ersten Weihnachtstag 1903 erfolgte Tode Erinnerungen hinterlassen, die jetzt in zwei stattlichen Bänden im Verla von Ernst Hofmann & Co. in Berlin erschienen sind. In Schäffle schied ei außerordentlich fleißiger und für die bürgerliche Welt in gewissem Sinne bahr brechender Volkswirtschaftler und Gelehrter aus dem Leben, wie das in de „Festschrift für Albert Schäffle zum 24. Februar 1901" — seinem siebzigste Geburtstag —, die K. Bücher, K. V. Fricke, F. H. Funk, G. v. Mandr G. v. Mayr und Fr. Ratzel ihm widmeten, in warmer Weise ausgesproche wurde. Für die Sozialdemokratie war der verflossene österreichische Handels minister insofern von besonderem Interesse, als er wenigstens eine Zeitlang z denjenigen Männern der Wissenschaft gezählt werden durfte, die sich bestrebte den modernen Sozialismus möglichst vorurteilsfrei zu beurteilen. Die Kriti die er an den wissenschaftlichen Ergebnissen wie den Theorien des moderne Sozialismus in seinen Schriften: „Kapitalismus und Sozialismus, mit be sonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen" (1870), „Die Quint essenz des Sozialismus" (1. Aufl. 1874) und „Bau und Leben des soziale

Körpers“ (1. Band 1875) übte, hatte in weiten bürgerlichen Kreisen die Auffassung verbreitet, daß Schäffle selbst ein verkappter Sozialist sei und unter dem Scheine, ein neutraler Beobachter zu sein, für den Sozialismus Propaganda mache.

Diese Auffassung konnte gestützt werden auf eine Reihe Sätze, wie sie unter anderen in der Vorrede zur zweiten Auflage der „Quintessenz des Sozialismus“ (1877) enthalten sind; dort heißt es zum Beispiel: daß nach all den zerstörenden und untergrabenden Tendenzen, welche die herrschende Wirtschaftsordnung in die Gesellschaft getragen habe, die besitzenden Familien selbst nicht mehr sicher seien, ob sie nicht in der nächsten oder übernächsten Generation in das Proletariat hinabsinken müßten; sie gerade seien im Eigentum und Familienleben durch die bestehenden Zustände bedroht. „Deshalb sollte der Sozialismus . . . von allen Seiten einer ruhigen Erwägung unterzogen werden.“ Er, Schäffle, habe dies getan, ohne die Vorstellungen über den etwaigen Übergang zur Verwirklichung des Sozialismus zu diskutieren. Dieses Verfahren halte er für das Richtige, weil er glaube, daß es sich für die öffentliche Diskussion zunächst um die Berechtigung der *Ideen* des Sozialismus handle. An die Möglichkeit der plötzlichen Verwirklichung des Sozialismus dächten, so scheine ihm, auch seine Führer nicht; eine solche Improvisation wäre wohl ein Verbrechen am Sozialismus selbst.

Man wird zugeben müssen, freundlicher als in diesen Sätzen konnte man sich als Kritiker dem Sozialismus kaum gegenüberstellen. Deshalb war es auch taktisch ein geschickter Zug, daß, als wenige Jahre später das Sozialistengesetz über die deutsche Sozialdemokratie verhängt wurde und im November des Jahres 1878 sogar Schäffles „Quintessenz“ selbst dem Verfolgungseifer der Regierung zu Oppeln zum Opfer fiel und auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde — ein Verbot, das die Beschwerdeinstanz wieder aufhob —, unser verstorbener Parteigenosse Höchberg auf den Gedanken kam, 10000 Exemplare der Schäffleschen „Quintessenz“ auf seine Kosten gratis in den gegnerischen Kreisen zu verteilen. Es wurden hierbei hauptsächlich die Kreise der Professoren, der Schriftsteller, der höheren Lehrer, höheren Beamten usw. bedacht. Schäffle erwähnt in seinen Erinnerungen mit Genugtuung, daß seine „Quintessenz“ in über 23000 Exemplaren Verbreitung gefunden habe, er sagt aber kein Wort davon, daß ziemlich die Hälfte dieser Exemplare in der angedeuteten Weise verbreitet wurde, obgleich ihm dies nicht unbekannt geblieben ist. Eine Erklärung hiefür liegt vor. Der Schäffle bis zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist ein anderer, als der Schäffle von da ab bis zu seinem Tode; wenigstens soweit die Beurteilung des Sozialismus durch ihn in Frage kommt. Das läßt sich nicht bloß aus seiner schriftstellerischen Tätigkeit beweisen, das kann Schreiber dieses auch aus seinen persönlichen Beziehungen zu dem Verstorbenen, die periodenweise bis in das Jahr 1880 währten, von wo ab sie aufhörten, dartun.

Schäffle hat dieses in meinen Augen für ihn günstige Vorurteil, daß er dem Sozialismus nahe stehe und für eine spätere Periode menschheitlicher Entwicklung ihn als durchführbar ansehe, nachher gründlich zerstört durch seine 1885 erschienene Schrift „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“, eine Veröffentlichung, die Schreiber dieses mit besonders gemischten Gefühlen gelesen hat. Aber sie bestätigt nur, daß Schäffles Lebenslaufbahn in bezug auf die Beurteilung des Sozialismus in zwei grundverschiedene Teile zerfällt. Be-

kanntlich rief die zuletzt erwähnte Schrift Schäffles als Gegenantwort das geistreich geschriebene Pamphlet von Hermann Bahr hervor: „Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle.“

Zur Charakterisierung meiner persönlichen Beziehungen zu Schäffle sei folgendes erwähnt. Schäffle kam 1868 als Mitglied des Zollparlamentes nach Berlin, woselbst ich ihn mit anderen seiner Landsleute (Österlen, Tafel, Ammermüller, Deffner usw.) näher kennen lernte. Wir verkehrten ziemlich häufig miteinander und ich sogar sehr gern, weil Schäffle im persönlichen Umgang nicht nur ein sehr liebenswürdiger und humoristisch angelegter Herr war, sondern auch über ein großes Wissen verfügte und vieles originell beurteilte, da er in keine der verschiedenen bürgerlichen Parteischablonen zu bringen war. Das gab seinen Urteilen und Unterhaltungen einen besonderen Reiz. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß sein Urteil über uns sich ebenfalls sehr wesentlich von dem anderer bürgerlicher Vertreter unterschied. Im Herbst 1868 siedelte Schäffle als Professor nach Wien über. Damit hatten unsere Beziehungen ein vorläufiges Ende. Das erste direkte Lebenszeichen, das ich wieder von ihm erhielt, datiert aus dem Sommer 1875; er sandte mir den eben erschienenen ersten Band seines Werkes: „Bau und Leben des sozialen Körpers“ mit einigen freundlichen Zeilen. Ich dankte ihm dafür in einem längeren Briefe. Beachtet man, daß ich im Frühjahr 1875 die zwei Jahre Festung, die mir 1872 wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat, und weitere neun Monate Gefängnis, die mir ebenfalls 1872 wegen Majestätsbeleidigung zuerkannt worden waren, absolviert hatte, so verdient dieses Verhalten des ehemaligen österreichischen Handelsministers — was er von Anfang Februar bis Ende Oktober 1871 gewesen war — alle Anerkennung. Zwei Jahre später, Sommer 1877, als er zu einem Besuch seines intimen Freundes, des Professors Fricke, nach Leipzig kam, besuchte er mich sogar an einem Sonntag nachmittag persönlich, wobei sich unsere Unterhaltung hauptsächlich um die Frage drehte, wie die Armee organisiert werden müßte, sobald die Sozialdemokratie zur Macht gelangt sein werde. Zufällig war Julius Motteler Augen- und Ohrenzeuge jener Unterhaltung. Weitere drei Jahre später, im Frühjahr 1880, machte ich dann in Stuttgart Schäffle meinen Gegenbesuch. In der langen Unterhaltung, die ich damals mit ihm hatte, drehte es sich hauptsächlich um die Frage, **wann** der Sozialismus zur Macht gelangen werde. Hierin differierten natürlich unsere Ansichten etwas stark, aber daß wir einmal zur Macht kommen würden, darüber bestand bei ihm kein Zweifel. Unsere letzte persönliche Begegnung fiel in das Jahr 1882; sie war eine rein zufällige, indem ich mit einigen Freunden in Stuttgart die Restauration besuchte, in der Schäffle regelmäßig im Kreise seiner Freunde den Abendschoppen trank. Unsere gegenseitige Begrüßung war eine rein formelle, an die sich keine Unterhaltung anknüpfte.

Es stimmt also, wenn ich ausführte, daß der Schäffle vor dem Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in bezug auf seine Beurteilung des Sozialismus ein anderer war, als später. Dafür fehlt es auch nicht an Gründen, wie ich weiter unten dartun will.

Interessant an Schäffles Lebenslauf ist, daß er in seiner Jugendzeit gleich Miquel seine „revolutionäre Periode“ hatte, nur blieb er hübsch im bürgerlich-revolutionären Fahrwasser, während bekanntlich Miquel nach niedergeschlagener Revolution sich zum radikalsten Kommunismus und zum Vorschlag, Bauernaufstände zu organisieren, aufschwang. Eine revolutionäre Periode hatte fast

jeder aus den Reihen der Intelligenz, der im mannbaren Alter die Jahre 1848 und 1849 erlebte. Die Bewegung jener Jahre war ansteckend. Um so ungerechtfertigter war es, wenn sie später als alte Herren diejenigen verspotteten oder gar verfolgen halfen, die zu vollenden und weiterzuführen trachteten, was die Revolutionsjahre unerfüllt gelassen hatten. Und das ist bekanntlich sehr viel.

Schäffle gehörte nicht zu denen, die das „Steinige! Steinige!“ im Munde führten. Er war z. B. im Gegensatz zu Miquel allezeit Gegner des Sozialistengesetzes, insofern hat er wenigstens seine „revolutionäre Vergangenheit“ nie verleugnet. Diese letztere war allerdings nur eine sehr kurze und weit mehr heiteren als tragischen Charakters. Wie er erzählt, brach die Revolution von 1848 aus, als gerade seine Seminarlaufbahn im Zisterzienserkloster zu Schönthal, das einst im Bauernkrieg eine gewisse Rolle spielte, zu Ende ging. In der Schönthaler Gegend rotteten sich die Bauern zusammen, um vor allem die „Lagerbriefe“ des kgl. Kameralamtes als Feuerungsmaterial in ihre Gewalt zu bekommen. Das Kameralamt hatte aber seine Akten vor der Wut der Bauern ins Schönthaler Kloster gerettet, Schäffle versichert indes, daß er und seine Kommilitonen kaum geneigt gewesen wären, gegebenenfalls als Retter für „Ordnung und Eigentum“ aufzutreten. Bald darauf bezog er, nachdem er den „Konkurs“ im Kloster glänzend bestanden hatte, das Tübinger Stift, das seit der Lutherschen Reformation das Privilegium genießt, den schwäbischen Pfarrhäusern ihre männlichen Repräsentanten zu liefern. Schäffle mußte — wobei er einen Herzenswunsch seiner Mutter erfüllte — sich der Theologie widmen, wozu ihn auch seine Mittellosigkeit zwang. Der bald darauf erfolgte Tod der Mutter und seine Beteiligung an der Revolution rettete ihn vor diesem ihm antipathischen Studium. Seine revolutionäre Aktion bestand nun darin, daß er sich gleich vielen seiner Kommilitonen bei einem Besuch einer Volksversammlung in Reutlingen durch „einen demagogischen Schönredner“ verführen ließ, sich den Freischaren in Baden anzuschließen. Auf der Flucht aus dem Stift kamen sie nach Gernsbach, woselbst Max Dortu, der später standrechtlich erschossene Freischarenmajor, stationiert war, der sie freundlich empfing, ihnen aber auch klar machte, wie Schäffle erzählt, daß ihr Opfer keinen Wert mehr habe, da es mit der Revolution zu Ende gehe. So war denn Schäffles einzige Freischarenheldentat, daß er zwei Nächte auf Wache vor dem Schlosse Eberstein stand, um dann, mit Zustimmung Dortus, sich wieder über die Grenze durch die dort aufgestellten württembergischen Truppenteile zu schleichen und nach Tübingen zurückzukehren. Der ihm hier im Stift diktierten Karzerstrafe entzog er sich, indem er Tübingen verließ und sich nach seiner Adoptivheimat, dem Pfarrhaus zu Orlach, begab. Da er aber leben mußte, wurde er jetzt Privatlehrer in Gschwend auf der Welzheimer Heide und trat von hier aus im Juli 1850 als Mitglied in die Redaktion des „Schwäbischen Merkur“ ein, in welcher Stellung er fünf Jahre verblieb.

Schäffle war also einer der „Ausgesprungenen“, die kein regelrechtes Universitätsstudium absolvierten. Was ihm aber an der Universitätsausbildung fehlte, holte er mit eisernem Fleiße während seiner Stellung in Stuttgart nach und bestand schließlich die erste höhere Dienstprüfung mit gutem Erfolg, ohne eine akademische Fachvorlesung gehört zu haben. Seine Freundschaft mit Cotta, die schon von elterlicher Seite stammte, brachte ihm die fleißig benützte und gut bezahlte Mitarbeiterschaft an der „Deutschen Vierteljahrsschrift“ ein, ebenso kam

er durch Cotta in Beziehungen zu der damals sehr einflußreichen „Augsburger Allgemeinen Zeitung", die im großdeutschen Interesse arbeitete. Auch kam er, ebenfalls wieder durch Cotta, in Beziehungen zu süddeutschen und österreichischen Staatsmännern.

Seine Stellung zu den Plänen Napoleons und zum österreichisch-italienisch-französischen Kriege 1859 entsprach seiner großdeutschen Auffassung; aber frühzeitig erkennend, daß, solle Österreich auf die Dauer mit dem übrigen Deutschland zusammengehalten werden, dieses nur durch die Macht der materiellen Interessen geschehen könne, arbeitete er eifrig, aber vergeblich an einer deutsch-österreichischen Zollunion, ein Gedanke, der bekanntlich neuerdings wieder aufgetaucht ist und sich selbst bis zur Abschließung eines mitteleuropäischen Zollbundes erweitert hat.

Neu war mir in Schäffles Erinnerungen zu lesen, daß er Anfang der sechziger Jahre im „Merkur", ohne Anregung von Berlin, für die preußische Militärreorganisation eingetreten sei und Sympathien mit dem Vorgehen Bismarcks und Roons gehabt habe. Nicht um deren Dank zu erwerben, wie er hinzusetzt, sondern „aus Haß der Städte" wider die extrem Liberalen des preußischen Landtags und die bei dieser Opposition befindlichen Harmonieapostel der vulgären Nationalökonomie (die Schulze-Delitzsch, Faucher, Michaelis, Prince Smith und andere). Diese Angaben Schäffles widersprechen stark dem Bilde, das man sich bisher von seiner frühesten politischen Tätigkeit machte. In den Bundesreformbestrebungen aber stand er — seltsamer Widerspruch, denn die von Bismarck durchgesetzte preußische Heeresreorganisation war die Vorbereitung zum späteren Kriege mit Österreich wie mit Frankreich — auf großdeutscher Seite, und saß im Vorstand des großdeutschen Reformvereins, dem Antipoden des kleindeutschen Nationalvereins. Hier im großdeutschen Reformverein befand er sich, wie er selbst zugibt, in einer sehr gemischten und zum Teil sehr reaktionären Gesellschaft. Später (1864) zog er sich auch von demselben zurück. Ein heiteres Intermezzo begegnete Schäffle auf dem Frankfurter Abgeordnetentag 1863, woselbst Großdeutsche und Nationalvereinler in bezug auf die deutsche Bundesreform vergeblich eine Verständigung versuchten. Bei dieser Gelegenheit trat Löwe-Calbe, der es sehr gern hörte, wenn man ihn den letzten Präsidenten des ersten deutschen Parlamentes nannte, an Schäffle heran und sagte zu ihm: „Ah, Dichter des Trompeters von Säckingen! Wenn ich ein Dichter wäre, so müßten über den Augustenburger längst die schönsten Anekdoten in die letzte Hütte verbreitet sein." Löwe-Calbe machte ein sehr verdutztes Gesicht, als er von Schäffle hörte, daß er ihn mit Scheffel verwechselt habe. Nebenbei bemerkt, schwärmte damals Löwe-Calbe wie der größte Teil der Fortschrittler und Nationalvereinler für die Einsetzung des Augustenburgers, des Vaters der jetzigen deutschen Kaiserin, zum Herzog von Schleswig-Holstein.

Von seiner Tätigkeit als schwäbischer Landtagsabgeordneter war Schäffle sehr wenig befriedigt. 1861 gewählt, legte er bereits 1865 sein Mandat nieder, obgleich die Wahlperiode erst 1867 endete. Dagegen spricht er mit wahrer Begeisterung von seiner Wahlagitation im Wahlkreis Ulm-Blaubeuren-Laupheim-Biberach, in dem er im Frühjahr 1868 für das Zollparlament agitierte und gewählt wurde. Nach seinem Eingeständnis seien seine Erfahrungen mit dem allgemeinen Stimmrecht viel bessere gewesen, als er fünf Jahre zuvor geglaubt habe. Seine Erfahrungen in der Wahlagitation unter dem Zensus- und dem allgemeinen Wahlrecht sprächen zugunsten der Wähler des allgemeinen Stimm-

echtes. Er habe von da an gefunden, daß unser Zeitalter ein solches unaufhaltsamer Demokratie geworden sei. Diese Überzeugung sei von da an unerschütterlich bei ihm gewesen. Aber er hat sie später doch nur mit Vorsicht anwenden wollen. Während seiner Ministerschaft in Österreich konnte er sich nur dazu aufschwingen, daß allenfalls ein Teil der Vertretungskörper nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt werde, ein Plan, den er nicht einmal bei seinen Ministerkollegen durchsetzen konnte. Im übrigen schwärmte er für eine körperschaftliche Vertretung. Sein utopistisches Ziel war die Erhaltung und Vermehrung eines kräftigen Mittelstandes, den er glaubte allen großkapitalistischen Entwicklungstendenzen zum Trotze, die er sehr genau kannte, durch politisch-soziale Maßnahmen am Leben erhalten zu können.

Ende September 1868 siedelte Schäffle von Tübingen, wohin er seit 1860 zum Professor der Staatswissenschaften berufen worden war, in der gleichen Stellung nach Wien über. Dort hielt er unter anderem im Winter 1869/70 in fünf stark besuchten Versammlungen Vorträge über die Arbeiterbewegung. Hier im ökonomisch rückständigen Österreich fand er mit seiner Tätigkeit den Resonanzboden, der ihm in Deutschland fehlte. Auf der einen Seite, und zwar im Lager der konservativen Föderalisten, begann man in ihm den Mann der Situation zu sehen, auf der anderen Seite, bei den Liberalen und, was in Österreich mehr als anderswo gleichbedeutend ist, bei der Hochfinanz, sah man in ihm den verkappten Sozialisten, der sich einem Teile des Hochadels und den Selbstherrlichkeitstendenzen der Tschechen nur zur Verfügung stelle, um die ihm verhaßte kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Daß Schäffle in seinen Vorlesungen und Schriften von der kapitalistischen Produktionsweise gesprochen und das Jobber- und Gründertum als moderne Raubritter bezeichnet hatte, verursachte in diesen Kreisen schlotternde Angst und grimmige Wut. Und siehe, das für unmöglich Angesehene verwirklichte sich nur zu bald. Anfang Februar 1871 wurde, nachdem monatelang Verhandlungen zwischen den beteiligten Kreisen und dem Kaiser vorangegangen waren, ohne daß Herr v. Beust, der damals österreichischer Reichskanzler war und gegen Schäffle von vornherein einen instinktiven Haß empfand, etwas davon ahnte, das Ministerium Hohenwart berufen, in dem Schäffle die Stelle als Handelsminister erhielt.

Hatte man nach zahlreichen Verfassungsexperimenten, die in Österreich von 1848 bis 1871 gemacht worden waren, in den letzten Jahren es mit dem Zentralismus versucht, so wollte man es jetzt einmal mit dem Föderalismus probieren und hier lautete wieder der Hauptprogrammpunkt Ausgleich mit Böhmen, nachdem der Ausgleich mit Ungarn 1867 verwirklicht worden war. Es zeugt jedenfalls von hoher Intelligenz und einer außerordentlichen Arbeitskraft, daß Schäffle, dem bis zu seiner Berufung nach Österreich die verzwickten und verzwackten österreichischen Verfassungsverhältnisse und herrschenden Völkergegensätze kaum mehr als oberflächlich bekannt waren, es fertig brachte, sich in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit in dieselben einzuarbeiten und ein Programm zu entwerfen, das die Zustimmung des Kaisers fand. Wieweit dieses Programm geeignet war, wenn es verwirklicht wurde, den innerpolitischen Zuständen Österreichs eine gewisse Stabilität zu verleihen, darüber wage ich kein entscheidendes Urteil zu fällen. Offenbar falsch aber ist es, wenn die „Vossische Zeitung“ in ihrem Nachruf sagt: „Schäffle habe auch die deutschnationalen Bestrebungen in Österreich in ihrer Bedeutung verkannt, so daß er, ein Echtdeutscher von Abkunft

und Erziehung und der Sproß eines evangelischen Hauses, während seiner österreichischen Zeit einer der eifrigsten Förderer der ultramontanen und tschechischen Interessen wurde."

Schäffle hatte sich zum Ministerwerden nicht gedrängt, er hat vielmehr, und hierin darf man ihm glauben, als der Kaiser ihm das Ministerium anbot, nachdrücklich auf alles aufmerksam gemacht, was in Österreich in weiten Kreisen gegen ihn sprechen mußte, seine Abstammung, seine soziale Stellung, sein Protestantismus, seine wissenschaftlichen und speziell seine sozialreformerischen Anschauungen. Auch war es Schäffles Programm, dem Deutschtum, in dem er selbst den eigentlichen Kulturträger in Österreich sah, eine entsprechende Stellung zu verschaffen. Ob die von ihm gewählten Mittel die geeigneten waren, darüber streite ich nicht, darüber gehen wohl in unserer eigenen Partei unter den urteilsfähigen Genossen die Meinungen auseinander. Das Ministerium Schäffle-Hohenwart betrachtete sich als ein Ausgleichs-, ein Versöhnungsministerium. Diesem Programm entsprechend begann es seine Tätigkeit mit der Veröffentlichung einer allgemeinen Amnestie, durch die in erster Linie die im Wiener Hochverratsprozeß, Juli 1870, schwer verurteilten damaligen Parteigenossen Most und Oberwinder und mit ihnen Andreas Scheu und noch elf andere befreit wurden. Mir bleibt unvergeßlich, als eines Abends im Februar 1871 nach einem langen Verhör mein Untersuchungsrichter im Leipziger Hochverratsprozeß mir die Leipziger Zeitung vorlegte und schweigend mit dem Finger auf das Telegramm hinwies, das die Nachricht von der österreichischen Amnestie enthielt. Er wollte wohl damit sagen: Ihnen und ihren Mitangeklagten (Liebknecht und Hepner) wird es voraussichtlich einstmals auch so gehen, falls sie verurteilt würden. Ich sagte ihm, daß ich mich über die Nachricht sehr freute, daß sicher Schäffle der Urheber dieser Amnestie sei — was Schäffle in seiner Niederschrift bestätigt —, daß ich aber nicht glaubte, daß wir im Falle unserer Verurteilung Ähnliches zu erwarten hätten. Und so geschah es. Im Herbste 1873 starb König Johann von Sachsen und es bestieg König Albert den Thron, es kam auch eine kleine Amnestie, aber wir politischen „Verbrecher" waren davon ausgeschlossen, was unsere Familien, die auf Amnestierung gehofft hatten, sehr enttäuschte, mir aber keine Minute leid tat.

Schäffle sucht in seinen Erinnerungen die Amnestie damit zu rechtfertigen, daß sie nicht „wegen Most und seinen Gesellen" von ihm beantragt worden sei, sondern wegen der vielen anderen Personen, die damals einem System politischer Tendenzprozesse zum Opfer gefallen seien. Er tadelt heftig, daß damals die Sozialdemokraten so „taktlos gewesen seien", ihm durch eine Deputation für die Amnestie zu danken, und erklärt emphatisch: Mit der Sozialdemokratie gleichwie mit den bürgerlichen Demokraten, weder in Wien noch in Stuttgart, weder vorher noch nachher habe ich irgendwelchen Parteizusammenhang gehabt, bei denselben aber viele unbegründete Hoffnungen zerstört.

Es soll zugeben werden, daß Schäffle die Amnestie nicht nur wegen „Most und seinen Gesellen" beantragt hat, obgleich für mich feststeht, daß er im Februar 1871 noch nicht so wegwerfend von Most und seinen Gesellen gesprochen hat, wie das später geschah. Jedenfalls hat er nie den Dank, den ich ihm in meinem Briefe aus dem Sommer 1875 noch nachträglich für den Erlaß der Amnestie aussprach, zurückgewiesen. Auch soll zugegeben werden, daß er mit der Sozialdemokratie nie einen „Parteizusammenhang" gehabt hat und entgegenstehende Behauptungen Verdächtigungen seiner Person sind. Wie

r aber über die Sozialdemokratie bis 1880 dachte, habe ich oben nachgewiesen; s hat jedoch niemand von uns, weder in Deutschland noch in Österreich, geglaubt, daß er uns als Partei besondere Dienste leisten könnte oder würde, deshalb hat er auch keine unbegründeten Hoffnungen bei uns zerstört.

Wie vorauszusehen war, konnte das Ministerium Schäffle-Hohenwart bei der Gegnerschaft, die es auf allen Seiten fand, sich nicht lange am Ruder halten. Schäffle mochte auch bald genug finden, daß er bei der Bundesgenossenschaft, auf die er angewiesen war, mit Elementen zu tun hatte, die noch weit rückständiger waren als jene, die er seinerzeit als Bettgenossen im großdeutschen Reformverein fand, die ihn bereits 1864 veranlaßten, aus demselben auszutreten. Und da auch der Kaiser, trotz aller Verherrlichung seiner Gewissenhaftigkeit und eines Fleißes als erster Staatsdiener, die Schäffle ihm angedeihen läßt, sich als ein schwacher und schwankender Mann erwies, der den verschiedensten Einflüssen zugängig war, so ergriff er, sobald er merkte, daß der Kaiser zu schwanken begann, die Gelegenheit beim Schopfe und reichte seine Demission ein, die er zunächst nur für seine Person, aber rückhaltlos forderte. Wenn Schäffle schildert, wie in der ersten Hälfte der sechziger Jahre sowohl Herr v. Linden wie Herr v. Golther in Weinen ausbrachen, als der König von Württemberg ihnen den Abschied als Minister gab, und auch Herr v. Miquel, wie die Fama erzählt, weinend das Kastanienwäldchen verließ, als ihm unerwartet die Ministerherrlichkeit über dem Kopfe zusammenbrach, so muß man sagen, daß Schäffle sich in seiner Stellung wie ein Mann benahm und als solcher sein Ministerhotel verließ. Mit großer Genugtuung begrüßt es Schäffle, daß wenige Tage nach dem Falle des Ministeriums Schäffle-Hohenwart auch der Reichskanzler v. Beust gestürzt wurde, in dem er vom ersten Tage seiner Wirksamkeit in Österreich einen gehässigen und intriganten Gegner fand.

Bemerkenswert sind bei Schäffle auch seine Mitteilungen über die Stellung Österreichs zum deutsch-französischen Kriege. Seit den Ereignissen des Jahres 1866 lag dieser Krieg in der Luft. Bekannt ist, daß Napoleon mit Österreich einen Vertrag abgeschlossen hatte, wonach dieses sich verpflichtete, im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen Frankreich zu unterstützen. Dieses Bündnis fand besonders in dem Erzherzog Albrecht, der seit 1866 Preußen noch tiefer haßte als vordem, den eifrigsten Verfechter. Wie aber Napoleon III., trotz aller Warnungen seines Militärbevollmächtigten in Berlin, des Obersten v. Stoffel — man lese dessen Militärberichte aus den Jahren 1866 bis 1870 —, vollständig unvorbereitet, provoziert durch Bismarcks geschickte Kartenmischung in der spanischen Erbfolgefrage, in den Krieg hineintappte, so war auch Österreichs Armee für einen Krieg vollkommen unvorbereitet. Deshalb fand es der österreichische Kaiser, nachdem ihm sein Kriegsminister über den Zustand der Armee reinen Wein eingeschenkt hatte, für klüger, sich der Neutralität zu befleißigen.

Mit den Berichten der geheimen Polizeiagenten scheint Schäffle dieselben Erfahrungen gemacht zu haben, wie ehemals Bismarck, der schon als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. Anfang der fünfziger Jahre nach Berlin schrieb: Die Polizeiagenten dichten und übertreiben unverantwortlich, sie wollen eben zeigen, daß sie unentbehrlich sind. Ähnlich urteilt Schäffle. Die Unfähigkeit der politischen Polizei und die Gemeinheit ihrer geheimen Agenten habe er an der Quelle kennen gelernt, namentlich aus den Berichten, die während und nach der Pariser Kommune eingingen. Ihre Berichte seien meist zum Lachen,

oft zum Ekel gewesen. Schäffle berichtet weiter über die Machenschaften, di
im Sommer 1871 zwischen Bismarck und Beust in Gastein stattfanden, un
„eine Internationale der Regierungen“ gegen die Internationale der Arbeite
zustande zu bringen. Er bestreitet, wie in der im Anhang zu seinen Erinne
rungen abgedruckten Denkschrift Beusts über die Internationale behauptet wird
daß das Ministerium Hohenwart sich in corpore mit diesen Plänen einverstande
erklärt habe, er sei entschieden dagegen gewesen. Offenbar trug sich schon da
mals Bismarck mit dem Gedanken, im Falle einer repressiven Unterdrückun
der Sozialdemokratie auch mit einer „positiven“ Bekämpfung derselben vor
zugehen, eine Gedanke, der bekanntlich nach Erlaß des Sozialistengesetzes in de
Versicherungsgesetzgebung verwirklicht wurde. Mit welchem Erfolg, ist bekann
Es hat weder die repressive noch die positive Bekämpfung der Sozialdemokrati
die erhoffte Wirkung gehabt. Im übrigen ist die „Denkschrift“, die damals Beu
über die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie ausarbeite
ließ, von so außerordentlich dürftigem Inhalt, daß man staunen muß, a
solches Material hin ausnahmegesetzlich vorgehen zu wollen. Herr v. Beu
hat auch in Österreich nie verleugnen können, daß er aus Sachsen kam.

Schäffle kehrte nach seiner Entlassung als Minister nach Württemberg zurüc
woselbst er bis zu seinem Tode in voller Zurückgezogenheit als Privatman
lebte. Daß ihm diese Zurückgezogenheit doch nicht so ganz leicht wurde, w
er sie darstellt, zeigt sein Eingreifen in die Bismarckschen Sozialreformplän
was ihm, dem Fünfzigjährigen, der damals in der Vollkraft seines Schaffen
stand, nicht verargt werden kann. Etwas überraschend für seine Freunde un
Feinde, und er hatte der letzteren namentlich in seinem Heimatland speziell i
der Deutschen (nationalliberalen) Partei sehr viele, ist, daß er in dieser zweiten
man kann auch sagen dritten Phase seiner Tätigkeit, eine förmliche Begeisterun
für Bismarck empfand. Bismarcks Verhalten auf dem Berliner Kongreß, d
Inauguration seiner Kolonialpolitik (!), dann seine Sozialpolitik hätten ihn z
seinem Verehrer gemacht, mit Begeisterung aber habe ihn sein Wort erfüll
Wir Deutsche fürchten Gott und sonst niemand in der Welt! Offenbar hatte
seine österreichischen Erfahrungen einen gründlichen Wandel in allen seine
politischen Auffassungen herbeigeführt.

Bekanntlich fand der erste Bismarcksche Unfallversicherungsentwurf, der ein
allgemeine Unfallversicherung in den Händen des Reichs plante, nicht die Zustim
mung des Reichstags oder richtiger ausgedrückt, die vom Reichstag vorgenommen
Umarbeitung verwarf der Bundesrat. Schon damals sprachen sich die Redne
des Zentrums für eine berufsgenossenschaftliche Organisation in den Hände
der Unternehmer aus. Schäffle, der allezeit für sogenannte körperschaftlich
Organisationen schwärmte, kritisierte von diesem Gesichtspunkt aus den Entwu
in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ und sandte seinen Artikel mit einen
Begleitschreiben an Bismarck. Dieser, der mittlerweile auch anderer Ansic
geworden war in bezug auf die Grundlagen der Unfallversicherung, antworte
Schäffle sofort in sehr entgegenkommender Weise. Er schrieb: er werde si
freuen, bei den Vorarbeiten für einen neuen Entwurf und bei der Prüfun
der Wege zum Ziele den Beistand einer auf diesem Gebiet so bewährte
Kraft zu haben und bitte zunächst um eine Äußerung, ob er auf seine freund
liche Bereitwilligkeit rechnen könne, zuvörderst mündlicher Besprechung, dem
nächst auch zu geschäftlicher Mitwirkung bei den nötigen Vorarbeiten un
Entwürfen.

Damit war Schäffle offenbar die Aussicht eröffnet, in das Reichsamt des ;nnern — und nach seiner ganzen Persönlichkeit konnte er alsdann nur als eiter in demselben in Frage kommen — einzutreten. Freilich war Bismarck ı bezug auf den gesetzgeberischen Abschluß sehr pessimistisch. Die Erfahrungen, ie er mit seiner ersten Vorlage im Reichstag gemacht hatte, waren für ihn icht verlockend. Schäffle hingegen warf sich mit Feuereifer auf die Sache. ereits am 21. Oktober 1881 antwortete er auf Bismarcks Brief vom 16. Ok- ober, daß er zu jeder Hilfeleistung bereit sei und seine Kraft Bismarck zur erfügung stelle. Am 11. November zeigt er Bismarck an, daß er bereits en Entwurf eines Normativgesetzes für Errichtung und Einrichtung allgemeiner ilfskassen des Deutschen Reiches in etlichen 130 Artikeln fertiggestellt habe. ür die Ausreifung der Vorlage an den Reichstag würde er nur die juristische djustierung und eine Anzahl amtlicher Probeerhebungen nötig haben und ierzu kaum mehr als vier Monate gebrauchen. Um genau die Tragweite der ache zu übersehen und sie vor jedermann vertreten zu können, habe er auch e Invaliditätsversicherung jeder Art, einschließlich der Alters- und Kranken- ersicherung, ins Auge gefaßt und hierfür das volle Organisationsbild gewonnen. n demselben Briefe an Bismarck klagt Schäffle sehr bezeichnender Weise über en ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen (am 26. Oktober 1881) und der nen folgenden engeren Wahlen, die eine nicht günstige Mehrheit für diese rojekte ergeben hätten. Bemerkt sei, daß der Ausfall jener Wahlen in der auptsache darin bestand, daß die eigentliche Rechte von 115 Vertretern auf 77 esunken war und die Nationalliberalen von 98 auf 45 reduziert worden waren. agegen war aber hauptsächlich auf ihre Kosten eine neue Fraktion mit 47 Ver- etern, die sogenannte Liberale Vereinigung, als deren Nachfolger die heutige reisinnige Vereinigung zu betrachten ist, entstanden. Die Fortschrittspartei ar von 26 auf 59 Vertreter — wesentlich herbeigeführt durch die Unterstützung r Sozialdemokratie bei den engeren Wahlen — gewachsen. Das Zentrum ar, ohne seine Hospitanten, von 93 auf 98, die Sozialdemokratie von 9 auf 2 Vertreter gestiegen. Bildeten in dem früheren Reichstag Konservative und ationalliberale zusammen die absolute Mehrheit, so konnte diese jetzt nur mit inzutritt des Zentrums erlangt werden, eine Stärkeveränderung, die auch ismarck sehr wenig behagte, wie er Schäffle gegenüber offen zugestand.

Auf den Gesetzentwurf, den Schäffle an Bismarck am 20. November ge- ndt hatte, dankte letzterer durch Brief vom 25., worin er ihm seinen „etwas eidischen Glückwunsch“ ausspricht für die erstaunliche Arbeitskraft, durch die in so kurzer Zeit die schwere Aufgabe bewältigen konnte. Vier Tage später hreibt Bismarck wieder an Schäffle: sein Interesse wachse an der inhalts- ichen Arbeit, je mehr er sich in die in derselben entwickelten Gedanken ver- efe. Er habe keine prinzipiellen Einwendungen zu erheben. Er sei aber aus ktischen Erwägungen der Ansicht, daß man nicht gleich mit einem das ganze ersicherungswesen umfassenden Entwurf vorgehen dürfe. Man müsse nach em Grundsatz handeln, daß die Artischoke nicht auf einmal, sondern blattweise erspeist werde, andernfalls würde das Vorgehen auf zahlreiche Gesellschafts- eise abschreckend wirken und die Opposition stärken; man solle sich mit der egung der Fundamente zu dem zukünftigen Gebäude begnügen. Er schließt it der Hoffnung auf mündliche Besprechung mit Schäffle.

Letzterer akkomodiert sich sofort dem Bismarckschen Wunsche nach stückweiser nangriffnahme der Versicherungsgesetzgebung und schlägt vor, mit der Kranken-

versicherung zu beginnen und mit der Unfallversicherung noch einige Jahre
warten. Am 11. Dezember schreibt Bismarck an Schäffle, daß er durch Ei
sendung seines Entwurfes die Probe nunmehr als vollständig gelungen anse
Jetzt handle es sich darum, den Zweifelnden zu zeigen, daß es mit den a
gekündigten Reformen ernst werden solle. Im Interesse derselben halte
eine vorläufige Bearbeitung des Bodens für sehr wünschenswert. Die Pub
kation solle sich zunächst auf eine kurze gemeinfaßliche Wiedergabe des En
wurfes, auf eine Skizzierung seines Hauptinhaltes beschränken. Er frage,
er (Schäffle) mit dieser Idee einverstanden sei und eventuell eine solche Ve
öffentlichung gestatten oder selbst veranlassen wolle. Schließlich bittet er u
seinen Besuch.

Schäffle erklärt sich zu allem bereit, er halte aber noch über eine Rei
wichtiger Punkte für die Ausführung Aufklärung für nötig, die nur mündl
gegeben werden könne, und so wird, nachdem er sich zum Besuch bei Bisma
bereit erklärte, dieser auf den 3. Januar 1882 festgesetzt. Das Endresult
dieser Besprechung war, daß Schäffle vorläufig in Berlin blieb, um d
Manuskript für die aufklärende Broschüre über die geplanten Reformen dru
fertig zu machen. Hervorheben möchte ich hier, daß Bismarck in der erst
Unterhaltung mit Schäffle über den Reichstag die Einführung des allgemein
Stimmrechtes als einen Versuch bezeichnete, den er gemacht habe, eine Äuß
rung, die sich schlecht reimt mit seiner Verteidigung des allgemeinen Stim
rechtes im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im Jahre 186

Unterdes nötigte ein Krankheitsanfall Bismarcks Schäffle, wieder na
Stuttgart zurückzureisen. Die Entscheidung zog sich von Tag zu Tag hin, u
als er endlich einen vom 2. März datierten Brief des Baron v. Heyking, d
späteren deutschen Gesandten in China, empfing, ging klar aus demselb
hervor, daß Schäffles Entwurf als abgetan anzusehen sei. Daß man aber au
auf seine Mitarbeit verzichtet habe, wurde vollends klar, als ihm He
v. Böttcher am 22. April 1882 die im Reichsamt des Innern ausgearbeitet
Entwürfe über die Kranken- und Unfallversicherung übersandte mit der bri
lichen Bemerkung: „Sie werden manche Ihrer Vorschläge berücksichtigt finden

Es ist kein Zweifel, daß Bismarck eine Zeitlang ernsthaft daran dachte u
auch Schäffle es erwartete, ihn in das Reichsamt des Innern aufzunehme
Dafür spricht unter anderem auch, daß Bismarck den Kaiser Franz Josef au
drücklich bitten ließ, die Mitarbeiterschaft Schäffles unter dem persönlich
Vorsitz Bismarcks zu gestatten, ein Ansuchen, das selbstredend sofort gewäh
wurde.

Sicher scheint mir aber auch zu sein, daß Bismarck mit diesem Plane a
eine auch für ihn unüberwindliche Opposition stieß. Zunächst hatte Schäf
mit dem heftigen Widerstand der Nationalliberalen zu kämpfen, die in ih
den ehemaligen Großdeutschen haßten, auf deren Stimmung aber auch e
Bismarck Rücksicht nehmen mußte. Man stelle sich einmal das Verhältn
zwischen Schäffle und Herrn v. Bennigsen vor. Im weiteren war es selb
verständlich, daß man im Reichsamt des Innern Himmel und Hölle in Be
wegung setzte, um den ehemaligen österreichischen Minister sich als Chef u
Vater der Versicherungsgesetzgebung fernzuhalten. Der Eintritt Schäffles beding
den Austritt des Herrn v. Böttcher. Daß auch die preußischen Konservativ
für einen solchen Plan, der aller Tradition widersprach, nicht zu haben war
ist sicher. Außerdem sah man in Schäffle, wenn auch sehr mit Unrecht, ein

verkappten Sozialdemokraten, oder tat wenigstens so, wofür eine Reihe Stellen aus seinen Schriften, geschickt verwendet, zu sprechen schien, was bei der Stimmung, die gerade zu jener Zeit — drei Jahre nach Verhängung des Sozialistengesetzes — in den oberen Regionen herrschte, großen Eindruck machen mußte.

Ungeachtet dieses vollendeten Mißerfolges suchte Schäffle weitere Verbindungen mit Bismarck zu unterhalten. So sandte er ihm im Juli 1884 seine Schrift: „Inkorporation des Hypothekarkredits“, worauf ihm Bismarck unter dem 17. Juli dankt und ihn bittet, fortzufahren mit der Unterstützung seiner reformatorischen Bestrebungen. Er werde ihm dankbar sein für jedes Maß von Hilfe, das er ihm zuteil werden lasse. Das war nur eine sehr platonische Anerkennung, der wie vordem eine entsprechende Tat nicht folgte. Daraus wie aus so manchem anderen Vorgang mußte Schäffle die Überzeugung gewonnen haben, daß er nunmehr gründlich die Auffassung zerstören müsse, als besitze er irgendwelche Sympathien für die Sozialdemokratie oder als hege er noch den Glauben, daß dieselbe jemals zur Herrschaft kommen könne. So schrieb er 1885 seine Broschüre: „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“, drei Briefe an einen Staatsmann zur Ergänzung der „Quintessenz des Sozialismus“. Der Zusatz, den Schäffle dem Haupttitel dieser Schrift gab, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Ergänzung der „Quintessenz“, die diese Schrift enthalten soll, stellt sich für jeden, der lesen und denken kann, als ein Widerspruch mit derselben heraus. Und geholfen hat Schäffle diese Desavouierung seiner selbst nichts. Es bewahrheitet sich hier einmal wieder der alte Erfahrungssatz, daß wer auch nur einmal in einer schwachen Stunde die Sozialdemokratie objektiv würdigt und ihr, wenn auch nur sehr bedingt, zustimmt, für die bürgerliche Welt ein Verlorener ist. Es stirbt nicht nur, wer vom Papste ißt, sondern auch wer die Sozialdemokratie einmal lobt. Neulich drückten dies die berüchtigten „Hamburger Nachrichten“ dahin aus, daß, wer aus den oberen Klassen der Sozialdemokratie auch nur einmal Vorschub leiste, als ein Verräter an seiner Klasse anzusehen sei; er gleiche dem Vaterlandsverräter, der eine belagerte Festung dem Feinde überliefere. Unter dieser stillen Anklage hat Schäffle bis an sein Lebensende gestanden. Und daß er zwei Jahre vor seinem Tode, im Jahre 1901, auch noch energisch gegen den neuen Zolltarif auftrat, zunächst in einer Serie Artikel in der „Frankfurter Zeitung“, die dann als besondere Schrift unter dem Titel „Ein Votum gegen den Zolltarif“ erschienen sind, hat aufs neue dem Verdacht seiner alten Feinde Nahrung gegeben. Ist doch das wunderbare Gebilde, das der Reichstag aus dem ihm überlieferten Marmorblock zurechtmeißelte, der vollendetste Ausdruck der sozialökonomischen Weisheit unserer heute herrschenden Klassen, obgleich dieses wunderbare Gebilde, nach dem Zugeständnis seiner eigenen Schöpfer, vollständig unbrauchbar ist, um künftig als Generaltarif für unsere Zollpolitik in gesetzgeberische Wirksamkeit gesetzt zu werden. Aber wer sich gegen dieses kostbare Erzeugnis des borniertesten Egoismus und der kurzsichtigsten Interessenpolitik erhob und erhebt, war und ist National- und Vaterlandsfeind, ein Bundesgenosse der umstürzlerischen Sozialdemokratie. So starb Schäffle unter einem falschen Verdacht, wie er fast sein ganzes Leben unter falschen Verdachten zugebracht hat. Ein wahrhaft tragisches Geschick für einen Mann, der um mehr als Hauptеslänge über seine bürgerlichen Gegner emporragte.

Die Marx-Studien.

Von **Max Zetterbaum.**

II.

Max Adlers Arbeit „über Kausalität und Teleologie im Streite um di Wissenschaft" führt uns in das Gebiet der Philosophie. Diese Arbeit soll, wen auch indirekt, zur Verteidigung der erkenntniskritischen Grundlagen des Marxis mus dienen. Dilthey, Windelband, Rickert, Münsterberg, Stammler und Ander leugnen die Möglichkeit der Erfassung einer adäquaten Gesetzmäßigkeit im Weg einer kausalen Erklärung der bestehenden Zusammenhänge auf dem Gebiet de sogenannten Geisteswissenschaften, zu denen die zünftigen Gelehrten alle nich naturwissenschaftlichen Wissenschaften zählen. Adler führt uns die Ergebnis dieser erkenntniskritischen Forschungen in geschlossener Gedankenreihe und i ihrer vollen Stärke vor. Nach Ansicht dieser Erkenntniskritiker ist die Einhe der Wissenschaft ein unkritisches Dogma. Bei den Naturwissenschaften stift die Einheit das Gesetz, bei den Geisteswissenschaften der Wert, und darun ist es nicht die Kausalität, sondern nur die teleologische bewußte, auf de Wert beziehende Betrachtungsweise, welche in den Geisteswissenschaften allei Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit zu vermitteln imstande ist. Bei den Natur wissenschaften wird der Vorgang in einen durch das Kausalschema vermittelte Zusammenhang gestellt, in welchem er nur mit dem seinen Platz hat, wa an ihm dem Allgemeinen zukehrt und daher der auf das Allgemeine gerich teten Abstraktion zugänglich ist. Alles, was nicht zum Allgemeinen gehör seine Individualität und Konkretheit bleibt außerhalb der Aufgaben de Naturwissenschaft. In dem Sinne gehören zu den Naturwissenschaften auc diejenigen Erkenntnisse, die das geistig soziale Leben vom Standpunkt kausale Gesetzmäßigkeit zu erkennen suchen. Sie sperren sich jedoch von der Erreichun des Zieles ab, da ihnen gerade der wertvolle Teil des menschlichen Wesen entgeht. Das menschliche Wesen ist nämlich seinem eigentlichen Wesen nac zunächst nicht erkennendes, sondern stellungnehmendes Subjekt. Unser Sein i vor allem nicht Intellektualität, sondern ganz und gar Wollen, Aktualitä Alle Betätigung des menschlichen Lebens ist ein fortgesetztes Stellungnehmer ein Billigen und Mißbilligen. In den Fundamentalgegensätzen von Wahr un Falsch, Gut und Böse, Schön und Häßlich ist Eines, was das Ich aufnimm und dann bildet es durch einen Wertungsakt seine Welt der Wahrhei Sittlichkeit und des Ideals. „Franzose sein, Mohammedaner sein, Symboli sein, Atheist sein, Hegelianer sein" — sagt Münsterberg — „bedeutet in de historischen Welt Subjekt gewisser Systeme von wirklichen Akten der Stellung nahme sein." Die Stellungnahme kommt aber nur in ihrer konkreten Einzel haftigkeit in Betracht. Die Welt des menschlichen Geschehens läuft nicht blo als eine indifferente Kausalkette ab, sondern sie hat für uns überall und i jedem einzelnen Gliede einen Wert, sofern wir darauf reflektieren, was i demselben einzigartig ist. In die Welt kommt dieser Wert dadurch, weil de Mensch seiner Aktualität nach kein erkennendes, sondern zwecksetzendes, teleo logisches Wesen ist. Hält man für erklärt, was als Spezialfall eines all gemeinen Gesetzes erwiesen wurde, so verstehen wir nur das, was uns al Ausfluß einer Stellungnahme klar erscheint. Zwischen Naturwissenschaft un Geisteswissenschaft, zwischen Kausalität und Teleologie gähnt eine Kluft. E seien verschiedene Betrachtungsweisen und verschiedene Erkenntniszwecke.

Aber selbst die Naturwissenschaften haben nach dieser Anschauung in letzter Instanz stets einen teleologischen Charakter. Vor allem erfolgen ihre Aussagen über die Beziehungen von den Vorgängen der Außenwelt mit der Bedeutung, daß diese Urteile von jedermann anerkannt werden müssen. Der Grund dieser Anforderung einer Anerkennung durch jedermann liegt darin, weil diese Sätze als wahre Urteile gelten. Damit bezieht sich das ganze System der Naturwissenschaft gleichfalls auf einen Wert: den Wahrheitswert. Jedes Urteil enthält daher untrennbar in sich auch eine Beurteilung. Auch die allgemeinen Voraussetzungen aller Wissenschaft, ihre Axiome haben in sich keine andere als bloß teleologische Notwendigkeit, daß nämlich ihre Geltung unbedingt anerkannt werden muß, wenn anders gewisse Zwecke erfüllt werden sollen, wenn also das Denken den Zweck hat, wahr zu sein, das Wollen den Zweck gut zu sein usw. Die Axiome sind daher die unerläßliche Bedingung des Wahrheitszwecks, sie haben die teleologische Bedeutung, Mittel für den Zweck der Allgemeingültigkeit zu sein, denn nur durch Erfassung der Mannigfaltigkeit des Naturstoffs unter allgemeinen Begriffen und Gesetzen ist eine Erkenntnis von ihm möglich.

Die teleologische Unterminierung der Wissenschaft dringt noch tiefer. Ihre Argumentation ist folgende: Jede Erkenntnis der Welt als solcher beruht auf der Überzeugung, daß wir eine an sich vorhandene Ordnung zu entdecken vermögen. Wir kennen jedoch nie die Ordnung von Dingen als solchen, sondern nur die Ordnung von Bewußtseinsinhalten, das heißt die Beziehungen der Vorstellungen aufeinander, welche sein sollen und daher zu bejahen sind. Die Kategorien des menschlichen Geistes sind für ihn Regeln, welche ein bestimmtes Sollen in der Verbindung der Elemente zum Ausdruck bringen. „Daß zwei Empfindungen a und b als die gleichzeitigen Eigenschaften eines und desselben Dinges vorgestellt werden sollen, ist nur möglich durch die Anwendung einer allgemeinen Regel, wonach überhaupt verschiedene Vorstellungsinhalte in der Form der Substanzialität und Inhärenz miteinander verknüpft werden sollen.“ Im Urteil übrigens erfahren wir überhaupt erst etwas vom Sein der Dinge. Das Sein ist nämlich als Vorstellung nichts, es kommt nur im Urteilsprädikat in Betracht. Es bedeutet einen bestimmten Bewußtseinsinhalt, der im Urteil als seiend anerkannt wird. Das Urteil richtet sich nicht nach dem Sein, sondern die das Denken beherrschende Regelhaftigkeit seiner Verbindungen, dieses Sollen als teleologische Notwendigkeit sagt allein, was als seiend beurteilt werden soll. „Das Sein der Dinge hat daher seinen Grund im Sollen.“

Adler erklärt nun, er erkenne als richtig an, daß die Welt kritisch erfaßt gar nicht anders in ihrer Qualität verstanden werden kann, denn als eine Verarbeitung der Masse des im Bewußtsein Gegebenen unter einem großen System von Regeln des Denkens, weil schon das nächstbeste Ding gar nicht anders widerspruchslos gefaßt werden kann, denn als eine Regel der Vorstellungsverbindung. Er erkennt weiter an, daß wir die Anerkennung der Wahrheit als ein Sollen empfinden. Er bestreitet jedoch entschieden, daß diese Regelhaftigkeit des Denkens als ein Kanon für dasselbe aufgefaßt werden könne, also für dieses ein Sollen bedeute, und daß die Unterscheidung von Wahr und Falsch selbst, also nicht bloß die Anerkennung des bereits als wahr Erkannten und das Verwerfen des Falschen, auf ein solches Sollen zurückführe.

Adler macht geltend, daß von der gesetzmäßig wirkenden Funktionalität des Bewußtseins kein anderer als ein Schritt der Willkür dahin zu führen scheint, die in ihr gegründete Denknotwendigkeit, welche eigentlich nur eine andere Be-

zeichnung für das Sein des Bewußtseins selber ist, als ein Sollen anzusprechen. Das gilt für die gesamte teleologische Beweisführung. Der Wahrheitszweck is den Axiomen im Sinne der Verfechter der Teleologie gar nicht inhärent. Was wir in unmittelbarer Evidenz des Bewußtseins haben, ist einzig und allein bloß der Anspruch der Allgemeingültigkeit in allen Betätigungsweisen des Bewußtseins, nicht aber, daß wir uns ebenso in allen damit auf Zwecke beziehen. Woher soll ein so komplizierter und dem Denkvorgang so inadäquater Begriff wie der Zweck plötzlich der formalen Aktion unseres Bewußtseins anfliegen? In dieser Aktion finden wir den Zweck nicht.

Ferner: die Wissenschaft ist ein System von Urteilen. Erkenntnis geschieht im und durch das Urteil. Indem Adler das Wesen des Urteils, also die Form, in der wir Wahrheit erfahren, untersucht, findet er, daß in jedem Urteil als solchem für das urteilende Subjekt bloß eine Art logischen Müssens, ein Nichtanderskönnen, keineswegs aber ein Sollen enthalten ist. Jedes Sollen hat nämlich einen Sinn nur gegenüber einem Anderskönnen. Das urteilende Subjekt kann jedoch, wenn es wirklich urteilt, von seinem Standpunkt kein anderes Urteil fällen. „Alles, was in unserem Erkennen auf den Denk- und Anschauungsformen desselben beruht, ist daher von jener Notwendigkeit erfüllt, daß es zwar der leeren Möglichkeit eines Anderssein entgegengehalten werden kann, dies aber nur als eine Form unseres Denkens, daß es aber selbst doch keineswegs anders gedacht werden kann. Und sehe ich also einen Stein zu Boden fallen, so kann ich zwar denken, daß er in der Luft verweilte, ja ich kann sogar denken, daß ein anderes als ein menschliches Wesen diesen Steinfall vielleicht noch ganz besonders wahrnimmt, nie aber bringe ich zustande, den *Vorgang selbst* anders aufzufassen als eben so, wie er mir durch meine Anschauungs- und Denkformen bestimmt wird. Und das macht den Zwang im Urteil aus, der als solcher gar nicht empfunden wird, weil er nichts anderes ist als die Gesetzlichkeit des Denkens selbst." „Was hat es für einen Sinn nämlich, mit Rickert zu sagen, daß ich, sobald ich Töne höre und darüber urteilen *will*, mich durch ein Sollen genötigt finde, zu urteilen. ‚Ich höre Töne' — ja, was hätte es selbst nur für einen Sinn, zu sagen, daß ich so urteilen muß, da ich jedenfalls *gar nicht anders kann*?"

Auf erkenntnistheoretischem Wege, dem einzig kompetenten, läßt sich ein „Sollen" in dem Gehalt des Urteils nicht konstatieren. Die Frage nach Anerkennung der Wahrheit ist hingegen rein ethischer Natur; der Gehalt des Urteils selber ist jedoch wertfrei. Die Gesetzmäßigkeit des Bewußtseins formalisiert sich im Urteil in der Weise des „Nichtanderskönnens", für den Urteilenden also absolut und auf eine allgemein gültige Weise. Es erweist sich daher das System der Naturerkenntnis als absolut und allgemein gültiger Natur — als Wissenschaft, eigentlich als Naturwissenschaft. Ihr Charakter ist einheitlich, wenn auch, je nachdem naturales oder soziales Dasein erkannt wird, ein zweifacher Typus der Erkenntnis sich ausprägt, deren einen die Naturwissenschaft im engeren Sinne, deren zweiten die unrichtig sogenannten Geisteswissenschaften, richtig benannt die Gesellschaftswissenschaften bilden. Der Teleologie ist die Sphäre des Wollens, der aktuellen menschlichen Wirksamkeit gewährt; im Gebiet der Wissenschaft hat sie kein Anrecht. Die Wissenschaft erschließt zwar eine beschränkte Seite des Daseins, diejenige, welche, in Objektform gefaßt, in Allgemeinbegriffen abstrahiert und unter Gesetze gebracht werden kann. Aber hier ist sie souverän. Der Standpunkt von Karl Marx, die gesellschaftliche

Erscheinungen in kausalem Zusammenhang zu erfassen, hat daher die volle erkenntnistheoretische Begründung.

Adlers scharfsinnige und gedankenreiche Arbeit gehört meiner Ansicht nach, trotz ihres anderweitigen Inhaltes, dessen wir unten erwähnen, im strengen Sinne des Wortes nicht in die „Marx-Studien“, sondern in das Gebiet der reinen Erkenntnistheorie. Adler richtet seine volle Wucht und den ganzen Inhalt seiner Gegenargumentation gegen die teleologische Auffassung des Naturerkennens im allgemeinen. In diesem Falle jedoch, da es sich hier um den Gehalt des Urteils überhaupt, um die Bedeutung der Axiome usw. handelt, sind an der Frage die Naturwissenschaften im engeren Sinne ebenso interessiert wie die Sozialwissenschaften. Nun wäre meiner Ansicht nach die Physik beispielsweise als Wissenschaft auch nicht bedroht, wenn die Argumentation der Rickert usw. richtig erscheinen würde — was a priori unmöglich ist —, denn für den Bestand der Wissenschaft würde einfach ihre Existenz sprechen. Aber es ist ferner auch nicht so schwer, zu wissen, daß das Urteil „der Stein fliegt in die Höhe“ für den diesen Vorgang Betrachtenden kein „Sollen“ im ethischen Sinne, wo ein „Anderskönnen“ möglich ist, sondern eben ein „Nichtanderskönnen“ bedeutet, daß es allgemein gültig, wertfrei ist usw. Das weiß und fühlt jeder, wenn er sich auf den Sachverhalt auch nicht in einer erkenntnistheoretischen Auseinandersetzung zu besinnen vermag. Die „Gefährdung“ der Sozialwissenschaften überhaupt und des Marxismus insbesondere durch diese Seite der teleologischen Auffassung scheint mir zu entfernt zu sein, daß es notwendig wäre, sich vom Standpunkt des Marxismus in die ganze Kontroverse hierüber einzulassen. Die Naturwissenschaften im engeren Sinne können, wenn es notwendig ist, aus ihrem Bereich diese elementare Frage nach dem Gehalt der Wissenschaft überhaupt leichter und augenfällig schlagender lösen als die Sozialwissenschaften, deren Urteile komplizierterer Natur sind. In der Beziehung existiert vielleicht ein Problem für die allgemeine Erkenntnistheorie, nicht aber unmittelbar für die Sozialwissenschaft.

Hingegen ist die Frage, ob Kausalität oder Teleologie die richtige Erkenntnisweise in den Sozialwissenschaften sei, wegen der Schwierigkeiten, die sich aus der besonderen Natur des Gegenstandes selbst ergeben, wirklich diskutabel, und zwar weil die Welt der Gesellschaftswissenschaft wirklich ein System von Werten darstellt, weil diese Werte von zielstrebenden, also „teleologisch“ handelnden Menschen in Verfolgung ihrer Zwecke geschaffen werden, weil das Problem der individuellen „Wahlfreiheit“ hier leicht mystifizierend wirkt, weil wir in der Regel bloß Individuen in der Erscheinung haben und in unserer Auffassung erst die gesellschaftswissenschaftlichen Phänomene konstruieren, weil die Erfassungsweise der Werte für uns eine andere ist wie die Erfassungsweise in den Naturwissenschaften — nämlich das Verstehen und nicht das Einreihen in die Regel, weil das Verhältnis von Ursache und Wirkung wesentlich eine andere Form annimmt in den Naturwissenschaften, wo das Gesetz der Erhaltung der Energie oberstes Prinzip ist, und eine andere in den Sozialwissenschaften, wo dieses Gesetz jeden Sinn für die sozialwissenschaftliche Erkenntnisweise verliert, weil schließlich diese und viele andere Fragen, die man noch hier anreihen könnte, bis nun methodologisch nicht klargestellt wurden. Eine derartige erkenntniskritische, methodologische Klarstellung dieser Probleme würde zugleich eine Aufhellung der erkenntnistheoretischen Grundlagen des Marxismus bedeuten. Adler jedoch schenkt sogar den einleitenden teleologischen Einwänden der

Windelband, Münsterberg, Dilthey usw. über die Verschiedenheit der Erkenntnis-weisen und Zwecke in den Natur- und Geisteswissenschaften, die er selber zu[r] Darstellung bringt, im weiteren Verlauf seiner Abhandlung keine Beachtung. Sie scheinen sich ihm aus seiner allgemeinen Definition der Wissenschaft vo[n] selbst zu erledigen — was jedoch bloß teilweise der Fall ist. Über alle wirklic[h] essentiellen Fragen in dem Problem, ob Kausalität oder Teleologie, schweig[t] Adler. Er bricht an der Stelle ab, wo er beginnen soll. Wohl sieht er all[e] Fragen, aber sie scheinen ihn nicht zu interessieren. Und da ist der Punkt, w[o] wir einem inneren Bedenken Ausdruck geben. Wir haben wenig so eminent[e] theoretische Begabungen wie die Max Adlers. Das Gebiet, das seiner Be-arbeitung auf dem Felde marxistischer Forschung harrt, ist groß und inhalts-reich — aber bis nun scheint eine gewisse Unmöglichkeit, dem Zauber theo-retischer Subtilitäten sich zu entziehen, ihn daran zu hindern, für die notwendige[n] Probleme die notwendige Lösung zu finden. Mögen seine künftigen Arbeite[n] unsere Befürchtungen zerstreuen!

In der Abhandlung Adlers begegnen wir einigen Kapiteln, die in keinen[m] unmittelbaren Zusammenhang zum eigentlichen Thema stehen, nichtsdestowenige[r] eine Fülle anregender und interessanter Gedanken zutage fördern. Ein solche[s] Kapitel wie Marx' Verhältnis zur Erkenntniskritik, sowie die anderen sozial-wissenschaftlichen Inhaltes lassen bedauern, daß der Verfasser anstatt dieser ein-geschobenen und daher unvollkommen zur Darstellung gebrachter Partien ihre[n] Inhalt nicht zum Gegenstand einer selbständigen Arbeit gemacht hat. Auch hätt[e] hierbei die Abhandlung Adlers an Einheitlichkeit und Konzision gewonnen. Übe[r] die Stellung des historischen zum naturphilosophischen Materialismus wieder-holt Adler die Meinung vieler jüngeren Marxisten, welche jeden begrifflichen Zusammenhang zwischen diesen Theorien verneinen. Am interessantesten schein[t] uns die Zusammenstellung von Kants Erweis des Fehlens einer Annahm[e] für die Substantialität des „Ich" mit Marxens Aufstellung des Fetisch-charakters — des objektivistischen Scheines — der Ware. Mit Recht verwahr[t] sich Adler, als ob hier eine bloße Analogiespielerei vorliegen sollte. Adle[r] meint, es ließe sich der Parallelismus des Gedankenganges in der kritische[n] Methode von Kant und Marx selbst noch in den Einzelheiten der Marxsche[n] Darlegung durchführen. Es sei die Denkweise Kants und Marxens selbst, di[e] sich formal übereinstimmend erweise. Diese und ähnliche Allgemeinheiten Adler[s] erwecken bloß den Schein, als ob Adler „eine Synthese von Kant und Marx[“] herstellen wollte, was sicher gegen Adlers Intentionen wäre. Ich werde mi[r] daher erlauben, in einigen Sätzen die Ursache dieses Phänomens, wie sie m[ir] erscheint, zur Darstellung zu bringen.

Die Ursache liegt in der neuen Erkenntnisweise, die wirklich Kant in d[ie] Philosophie und in die Wissenschaft eingeführt hat. Es ist der Begriff de[s] Prozesses, der steten Aktualität, der Funktionalität an Stelle der Betrachtun[g] der Dinge als Substanzen in ihrem räumlichen Beieinandersein usw. Ka[nt] selber war sich dieses Sachverhaltes nach seiner methodologischen Seite hin nic[ht] bewußt, wenn er auch die Tat auf dem entscheidenden Gebiet geleistet hat. E[r] ist nämlich der wahre Urheber der psychologischen Aktualitätstheorie, wona[ch] die „Seele" nicht als ein Substantielles aufgefaßt werden könne, sondern un[s] bloß in ihrem Wirken, in ihrem Prozeß, in ihrer reinen Aktualität gegeben se[i]. Er selber spricht zwar von den verschiedenen Seelen„vermögen", aber im Grun[de] bedient er sich für einen neuen Inhalt einer alten, unbeholfenen, falsche[n]

Terminologie. Die Konstituierung des Weltbildes nach Kant kann überhaupt nicht anders widerspruchslos begriffen werden, als wenn man seine „Anschauungen“ Raum und Zeit und seine Kategorien nur in ihrer steten Funktionalität, als ein konstantes Weben und Fungieren bestimmter Art auffaßt. Sonst wären sie leere, sinnlose Schachteln, als welche sie oft mißverstanden worden sind. Bei Kant also ist das „Bewußtsein“, der „Geist“, die subjektive Funktionalität, jeder Substantialität bar, zugleich Gesetzgeber der Natur und Ausgangspunkt aller Erkenntnis. Fichte ist sich des Wesens dieses Standpunktes bewußt und er handhabt konsequenter als Kant den Begriff des Prozesses — wenn auch des rein geistigen — als Grundbegriff im gesamten Gebiet der Erkenntnis und der Sittlichkeit. Mit grandioser Konsequenz führt Hegel diesen Begriff für seine, alle Gebiete der Erkenntnis umfassende Philosophie durch. Marx hat ihn von Hegel übernommen und dem Marxismus erscheint die Welt als ein System wirkender Beziehungen, ein System von Prozessen.

Durch seine Methode war also Marx angewiesen, die Dinglichkeit der Ware, wie sie sich der Erscheinung aufdrängte, in Prozesse, in Beziehungen aufzulösen. Nun war die Ware für Marx ein gesellschaftliches, von vergesellschafteten Menschen geschaffenes Phänomen. Die Auflösung des gegenständlichen Scheines der Ware in gesellschaftliche Verhältnisse wirkender Personen war also für Marx methodologisch gegeben. Freilich ist es das Wesen des Genies, die Leistung in ihrer vollen Größe wirklich auch zu vollbringen.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen Kant und Marx und nicht bloß in dem einen Punkte, aber stets bloß in dem Sinne, daß Kant zuerst die Grundgedanken aufgestellt, daß er der Beginner und Begründer der deutschen klassischen Philosophie ist, deren Vollendung Hegel repräsentiert. Der erkenntnistheoretische Gehalt dieser Philosophie bildet die erkenntniskritische Grundlage des Marxismus wie überhaupt der gesamte geistige Grundgehalt der klassischen Philosophie in konkreter Weise in den Marxismus aufgenommen und in ihm aufgesogen ist.

Auf andere Fragen, die Adler berührt, wie den transzendentalen Charakter der sozialen Erfahrung usw., müssen wir uns versagen, hier einzugehen. Wir verweisen auf das Buch selber.

* * *

Die Probleme, welche in den „Marx-Studien“ zur Erörterung gelangen, das hohe geistige Niveau dieser Arbeiten verleihen diesem Unternehmen einen besonderen Charakter in unserer Parteiliteratur. Trotz ihres streng wissenschaftlichen Gepräges und Inhaltes und des inoffiziellen Charakters der Publikation betrachte ich die „Marx-Studien“ als einen Teil unserer Parteiliteratur. Das bedeutet nicht, daß kritische Arbeiten nichtsozialistischer Verfasser, welche die Erkenntnis des Marxschen Systems fördern könnten, in ihnen keine Aufnahme fänden. Die „Marx-Studien“ wollen — wie sie es in der Vorrede betonen — die Marxschen Gedanken nicht als unantastbare Dogmen vertreten. Wir Marxisten begegnen überhaupt den alten abgeschliffenen Phrasen von Orthodoxie und Dogmatismus mit den Worten Lessings aus der „Hamburgischen Dramaturgie“: „Mit der Autorität des Aristoteles könnte ich schon fertig werden, wenn ich es nur mit seinen Gründen könnte.“ Denn einzig und allein darauf, auf diese „Gründe“ kommt es an.

Zur Frage des Generalstreiks.

Von **Wilhelm Düwell.**

Bei der Frage des Generalstreiks kann es sich selbstverständlich nur um da Können handeln; nicht das Wollen, sondern die Zweckmäßigkeit, die Chance des Vorteils oder Nachteils, sind die bestimmenden Faktoren — also ein Machtfrage! Die numerischen und finanziellen Fortschritte, welche die meiste Gewerkschaften in den letzten Jahren zu verzeichnen haben, dürfen auch wol in der Hauptsache die dem Generalstreik zuneigenden Strömungen gestärk haben. Es ist auch selbstverständlich, daß bei der Fragebeantwortung die be stimmenden Faktoren der näheren Zukunft als Basis dienen, es hat weni Zweck, jetzt in heißem Bemühen zu forschen, ob wir in fünfzehn, dreißig, fünfzi Jahren unter diesen oder jenen Voraussetzungen mit Erfolg einen Generalstrei inszenieren können. Es heißt also die Kräfte und sonstigen Imponderabilie prüfen, um sowohl bezüglich unserer eigenen Stärke als auch der Machtmitte unserer Gegner keine Illusionen aufkommen zu lassen. Die so scharf betont „große Verschiedenheit" des wirtschaftlichen und politischen Generalstreiks kan ich nicht vollständig unterschreiben, weil für beide Arten manche gleiche Fak toren von sehr großer Bedeutung in Betracht kommen. Das wird sich aus de Nachfolgenden ergeben.

Welche Voraussetzungen hat der wirtschaftliche Generalstreik? Eine einig Arbeiterschaft, eventuell die Möglichkeit, die Einfuhr von Produkten zu ve hindern, und eine gemeinsame Forderung! Eine solche rein wirtschaftliche Natur zu finden, hat schon seine Schwierigkeiten. Die Arbeitsverhältnisse i den einzelnen Berufen und in den verschiedenen Landesteilen sind grund verschieden, so unterschiedlich, daß eine Forderung für einen Teil der Arbeite eine ganz gewaltige Verbesserung bedeuten kann, während andere Gruppe darin eine Schädigung, eine Verschlechterung der derzeitigen Verhältnisse e blicken müssen. Das gilt für die Lohnhöhe und für die Arbeitszeit! Berüc sichtigt man weiter die Konjunkturverschiedenheit für die verschiedenen Beruf daß zum Beispiel zur selben Zeit für einen Beruf Arbeitermangel, für de anderen Arbeitsmangel vorherrscht, so wird man zugeben müssen, ein Genera streik mit rein wirtschaftlicher Forderung ist schon nicht leicht denkbar, es würd immer eine Dosis politischer Demonstration eingemischt werden müssen, Prote gegen Verschlechterung des Koalitionsrechtes, Demonstration für gesetzliche Arbeiterschutz usw.

Aber auch angenommen, man hätte eine rein wirtschaftliche Grundlage fü einen Generalstreik gefunden, der Ausgang des Kampfes kann nicht zweifelha sein. Selbst wenn man eine das Interesse des Kapitals nicht sehr stark be rührende Forderung stellte — aber wegen Bagatellen wird man keine Riese aktion einleiten und dafür läßt sich auch keine Begeisterung wecken —, scho um das in Deutschland bei dem Unternehmertum krankhaft ausgebilde Autoritätsprinzip unverletzt zu erhalten, um den Herr-im-Hause-Standpun zu wahren, würde das Unternehmertum Widerstand leisten. Ein Generalstre von mehreren Wochen Dauer ist aber undenkbar, selbst wenn genügende Geld mittel vorhanden wären — aber sie fehlen —, würde der Hunger die Reihe der Streikenden gewaltig lichten, oder es käme zu Revolten; das Ende brauc nicht ausgemalt zu werden. Streiken Eisenbahner, Schiffsmannschaften, Fuhr leute usw., dann bleibt auch die Nahrungszufuhr aus. Wo sollte es aber hi

ihren, wenn unseren Großstädten und Industriezentren auf Wochen jede An- ıhr von Subsistenzmitteln unterbunden würde? Streiken die Verkehrsarbeiter icht, würden die herrschenden Gewalten, Regierung und Unternehmertum, es cher nicht unterlassen, den Verkehr mit Nahrungsmitteln zu stören, um die streikenden durch Hunger zur Kapitulation zu zwingen.

Es würde auch aus anderem Grunde gar nicht möglich sein, die Arbeiter uf längere Zeit zusammenzuhalten. Wohl in keinem Lande der Welt hat der atholizismus Politik und Religion so miteinander zu verquicken gewußt wie ı Deutschland. Der Kulturkampf war der Nährvater dieses Mischlings von ranszendentalem Idealismus und Parteimachtjägerei. Obwohl dem Klerika- smus die Religion als politische Dienstmagd dienen muß, gilt dem gläubigen atholiken die Politik immer nur als ein Mittel für die Interessen der Kirche. Benn diese gebieterisch fordert, muß der Katholik sogar auf Staatsbürgerrechte erzichten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung stellt sich in bewußten Gegensatz zur ıodernen Arbeiterbewegung. Der Frankfurter Kongreß kann keinen Zweifel arüber lassen, daß diese Organisationen sich mehr als Stützen der bestehenden Gesellschaftsordnung und -Herrschaft wie als Träger moderner Kultur, des ortschritts auf sozialem Gebiet fühlen. Trotz des oft gesuchten Klassenbewußt- ins bei den christlichen Gewerkschaften wird man keinen einzigen Fall nach- veisen können, wo diese Organisationen mit uns bewußt den Klassenkampf eführt haben; dagegen ist die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung ne Kette von Hindernissen für Klassenkämpfe. Die christlichen Gewerkschaften edeuten keine Stärkung der Arbeiterbewegung, nein, diese wird durch jene ganz heblich geschwächt. Und wer trotz der Erfahrungen im Gewerkschaftsleben och nicht weiß, daß wenigstens der kirchengläubige Katholik seine wirtschaft- chen Interessen hinter die politischen Bedürfnisse des Zentrums, als ver- eintlich religiöse Pflicht, zurücksteckt, der sollte sich doch durch den letzten atholikentag etwas belehren lassen. Fast jubelnd stimmte man der Brot- erteuerungspolitik des Zentrums zu; die religiös Verhetzten lachen bei den stockschlägen auf den Magen — das Zentrum, die Kirche, der Himmel will's ı so! In dem fast eine Million Mitglieder zählenden Katholischen Volks- erein, in den zahllosen kirchlichen Vereinen, in den christlichen Gewerkschaften at man der Brotverteuerung zugestimmt und keinen Schimmer der Opposition ernahm man gegen den Zentrumsgrundsatz, den Eisenbahnern müsse das staatsbürgerrecht des Streiks verweigert werden.

Wenn der Klerus in einem gegebenen Moment eine Aktion der Arbeiter ls den Interessen der Kirche entgegenstehend, als wider die Religion inter- retiert, die Schlachtordnung wäre auseinandergerissen; viele Tausende, Hundert- ıusende, die sich spontan der Bewegung angeschlossen haben könnten, würden bfallen, reuig dem klerikalen Gebot folgen. Aber es würde soweit gar nicht al kommen. Ein spontaner Streik müßte, weil ihm jede Vorbedingung eines sieges fehlt — wenn man nicht in einem ein-, zwei-, dreitägigen Generalstreik, er nicht in Blut und Eisen untergeht, oder nicht den Hunger als Bezwinger eht, einen erstrebenswerten Sieg erblickt —, bald ergebnislos verlaufen, einem rganisierten Generalstreik würden sich die Hunderttausende Mitglieder kirch- cher Korporationen überhaupt nicht anschließen. Daß der Klerus von der anzel, im Beichtstuhl, überall dagegen im Namen der Kirche auftreten würde, etrachte ich als selbstverständlich. Wohl ist es vereinzelt möglich, daß ein

Kirchentreuer aus besonderem Anlaß, wenn eine starke Unzufriedenheit ih momentan aufreizt, einen „roten" Stimmzettel abgibt, aber sich gegen de Willen der Kirche an einer andauernden Aktion zu beteiligen, wagt er nicht Der kirchengläubige Katholik ist nicht zuerst Mensch, Staatsbürger und dan Katholik, er ist immer zuerst Katholik und dann erst Mensch und Staatsbürge Nur sehr wenige Katholiken wählen Zentrum, weil ihnen dessen Wirtschafts politik behagt, sie wählen Zentrum, weil sie das für ihre religiöse Pflicht halten und in den Kreis der religiösen Pflichten fällt damit für sie die Zustimmun zu der Zentrumspolitik. Die psychologische Erklärung für dieses Verhältnis für diese unheimliche Macht der Zentrumsdemagogen geben der Kulturkamp der der katholischen Kirche und deren Dienern bei dem Volke die unbedingt Autorität gesichert hat, und die konfessionelle Zerrissenheit und Hetze in Deutsch land. Und niemand kennt die Macht des deutschen Klerus besser als dieser selbs und durch das Zentrum weiß er seine Macht auszuüben.

Das Zentrum wird auch unbedenklich das Wahlrecht preisgeben, wenn e sich Vorteil davon verspricht, und diese Zeit wird kommen. Darf man da s optimistisch sein, zu erwarten, die kirchentreuen Katholiken würden einen Sturm unternehmen gegen das katholische Zentrum? Man täusche sich doch nicht übe die in jahrtausendlanger Herrschaft gewonnene Macht der Kirche! So schnell un mit einem Stoße ist das Fundament nicht ausgehoben. Der Anschluß der un bewußt Fernstehenden, uns bewußt Entgegentretenden an die moderne Arbeiter bewegung, an den politischen Klassenkampf wird niemals durch Amalgamatio geschehen, immer nur durch Abbröcklung auf jener Seite. Wirtschaftliche Ver hältnisse, unsere Agitation, können natürlich den Abbröcklungsprozeß stark be einflussen, aber man verkennt die Psyche des deutschen Zentrumskatholiken wenn man glaubt, jenen wirklich als Klassenkämpfer gewinnen zu können solange er noch, oder obwohl er noch im Banne der kirchlichen Dogmati steht.

Solange der Zentrumsturm, als Feste des Klerikalismus, nicht stürzt, un er steht noch leidlich fest, solange er noch Millionen Wähler hinter sich hat, i ein Generalstreik ein Unternehmen, das der Klerikalismus zu einer Niederlag für das Proletariat wendet. Erst wenn wir die Massen vom Zentrum los gerissen haben — dann sind sie auch von klerikalem Einfluß befreit —, könnte wir darauf rechnen, daß die Massen der Parole eines organisierten General streiks folgen würden.

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Verhältnisse tatsächlich zum Teil z unseren Ungunsten verschoben, trotz dem Anwachsen der Gewerkschaften! Bishe waren meist die lokalen Kräfte entscheidend für den Ausgang eines Kampfes Eine schwache Gewerkschaft konnte bei relativer Stärke an einem Orte gege ein sonst mächtiges Unternehmertum, das an diesem Orte aber relativ schwac war, einen Sieg erringen. In den letzten Jahren hat das Unternehmertu jedoch seine Kräfte konzentriert, die wirtschaftlichen Entwicklungen, die indu striellen Zusammenballungen dazu haben die Machtmittel des Unternehmertum mindestens soviel gestärkt, als für die Arbeiter das Wachsen der Gewerkschafte die Kampffähigkeit erhöhte. Nur keine Illusionen! Die numerisch stärkste Ge werkschaft, der Metallarbeiterverband, ist gegenüber der Großindustrie noch voll ständig machtlos, wenn es auf einen offenen Kampf ankommen sollte. Solang große Massen Arbeiter sich unter das Zentrumsjoch beugen, die christlichen Ge werkschaften den Klassenkampf erschweren, haben wir die angedeuteten Ver

nderungen in den Machtqualitäten nicht ausgeglichen, sind wir der organisierten Macht des Unternehmertums noch nicht überlegen.

Man könnte es ein tragisches Ereignis nennen, daß gerade diejenige Organisation, die sich am meisten bemüht hat, durch die Taktik politischer und religiöser Neutralität die kirchentreuen Berufsgenossen an sich zu ziehen, der Bergarbeiterverband, eine christliche Organisation mußte entstehen sehen, deren Dasein für die Bergarbeiterschaft, heute und auf noch lange Zeit, die Möglichkeit eines Generalstreiks so gut wie ganz ausschließt. Die Erfolge, die der Verband in der letzten Zeit erlangte, waren weniger Siege gegen das Kapital als gegen die andere — Arbeiterorganisation. Aber selbst von einem gelegentlichen Zusammengehen der verschiedenen Verbände in einzelnen Fragen — wobei man übrigens bisher meist immer noch sehr traurige Erfahrungen gemacht hat — bis zum Generalstreik ist ein sehr weiter Weg. Ein großer Streik wie 1889 kann unter den jetzigen Verhältnissen nicht wieder aufkommen.

Aber auch angenommen, es könnte gelingen, die uns bewußt Gegenüberstehenden für einen Generalstreik zu begeistern, dann haben wir immer noch nicht die Indifferenten. Deren Zahl ist groß! Zu diesen treten noch die „Entmannten", diejenigen, die durch den Druck des Kapitals jede Willenskraft eingebüßt haben. Zu diesen gehören ziemlich alle die „Jubilare", die seit zwanzig Jahren auf ein und demselben Werke sich quälen und dabei auch noch die Wohlfahrtskette nachschleppen. Eine Arbeitseinstellung paßt gar nicht in die Vorstellungswelt solcher Leute, obendrein ist ihre stete Sorge die, nichts zu tun, was sie eventuell um den Genuß der durch die sogenannten Wohlfahrtskassen in Aussicht gestellten Vorteile bringen könnte. Für viele Werkswohnungsinhaber genügt das Bewußtsein, mit Lösung des Arbeitsvertrags auch sofort die Wohnung räumen zu müssen, um jeden Gedanken, gegen den Unternehmer irgendwelche oppositionelle Tat zu unternehmen, fernzuhalten. Es kommt hinzu, daß in der Verarbeitungsindustrie die Möglichkeit gegeben ist, im Falle der Not für einen großen Teil der Produktion schnell ungelernte Arbeiter für die verschiedenen Arbeitsphasen anzulernen. Das ist für solche Arbeiter immerhin mit einer relativ erheblichen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verbunden. Man würde genug Leute finden, die die günstige Gelegenheit nicht verschmähen würden.

Will man also annehmen, daß es möglich sein könnte, ohne daß es zu Krawallen käme, ohne daß das Militär eingriffe, wochenlang einen Massenstreik zu führen, das Unternehmertum würde allein unter der indifferenten Arbeiterschaft Kräfte genug finden, um die Betriebe notdürftig aufrecht zu erhalten. Und dann hat man lange Zeit.

Nicht die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation, sondern meist die Konkurrenz innerhalb der betreffenden Unternehmergruppen war bisher bei den gewonnenen Streiks der beste Helfer für die Arbeiter. Wo es gelingt, einzelne Unternehmer von der Gesamtheit abzusplittern, sie zur Anerkennung der Forderungen zu bewegen, da haben die Arbeiter meist gewonnenes Spiel. Solche Absplitterungen sind möglich, wo es noch ein Kleinunternehmertum gibt. Dieses sieht bei längeren Streiks sich ruiniert, es hofft, durch Bewilligung der Forderungen seinen Konkurrenten Terrain abzugewinnen, aus Egoismus hilft es zum Siege der Arbeiter. Durch die Syndikate und Kartelle ist für die Bergwerksindustrie und die Eisengroßindustrie dieses Moment der Konkurrenz schon längst ausgeschaltet, durch die Gründung der Zentralstelle für Arbeitgeber-

verbände ist dieses Moment für weitere Industriegruppen mindestens sehr al geschwächt, bei einem Generalstreik wäre dieses Moment aber vollständig au gehoben.

Und die Auslandskonkurrenz? Die ist bisher bei Streiks immer noch ein Stütze für das Unternehmertum gewesen, der man vergeblich durch Sympathi streiks zu begegnen suchte. Die Auslandskonkurrenz könnte für die Arbeiter nu schädigend wirken, indem durch diese die dringendsten Bedürfnisse befriedig würden. Bei einem geschlossenen Generalstreik könnten die Güter aber imme nur bis an die Grenze gebracht werden. Stockt aber der Verkehr nicht, wa dann? Den Transport verhindern, brächte wieder die Einmischung de Militärs! Daß übrigens die Auslandskonkurrenz im allgemeinen dem Unter nehmertum nicht schaden wird, dafür dürften auch die internationalen Ver einbarungen zwischen den industriellen Verbänden sorgen. Besonders in Streik fällen ist sich das Unternehmertum seiner Klasseninteressen bewußt. Ein Masse streik ohne Einschluß der Rohproduktion, ganz gleich, ob wirtschaftliche ode politische Motive zugrunde liegen, kann keinen großen Erfolg bringen. An genommen, es gelänge, die Massen für einen Streik zu begeistern und die Ein fuhr von Kohlen zu verhindern, dann hätten unsere Unternehmer nur für de internationalen Markt zu fürchten, aus den Koloniebewohnern und dem Be amtenheer stellt man so viele Kräfte, daß der Betrieb nicht ganz eingestellt z werden braucht. Dasselbe gilt für die großen Eisenwerke. Der Bochume Verein in Bochum brachte schon im Jahre 1889 aus seinem Eisenwerk so viel ehemalige Bergleute zusammen, daß er mit diesen auch seinen Zechenbetrie aufrecht erhalten konnte. Kann man aber die Kohleneinfuhr nicht verhinder dann hat die Eisenindustrie überhaupt keinen dringenden Mangel am wichtigste Material zu befürchten. Und selbst die Textilindustriellen haben in Crimmitscha den Kampf bis ans bittere Ende geführt.

Können wir aber auf absehbare Zeit nicht einmal für verschiedene Industrie die Massen für einen Generalstreik des betreffenden Berufs gewinnen, so siche nicht für einen allgemeinen Generalstreik. Damit fallen auch die Möglich keiten, daß ein Generalstreik von nur kurzer Dauer, lediglich als Demonstratio gedacht, ohne den bewußten Willen, es auf eine Machtprobe ankommen z lassen, Verwirrung in die Reihen der bürgerlichen Gesellschaft hineintrage würde, dadurch das Proletariat Vorteile erringen könnte. Will man nur ei paar Tage demonstrieren, warum sollte man sich da verwirren lassen? Un bei dem organisierten Generalstreik fehlt das Moment der Überraschung, d würde man in der „Verwirrung“ höchstens das Militär aufbieten.

Für einen Generalstreik fehlt zunächst die Voraussetzung, daß wir dafür di Massen gewinnen, und wenn wir sie gewännen, würde der Streik als Macht mittel an der Macht der Gegner und an den Verhältnissen scheitern, entwede der Hunger oder die Militärmacht schlüge den Streik zu Boden. Wollte ma die Arbeiter der Lebensmittelbranchen von dem Streik ausschließen, dann fehlte uns immer noch die Mittel, dem Millionenheer die Subsistenzmittel auf Woche hinaus zu liefern; das Bürgertum aber könnte es aushalten, ja dieses würd vielleicht sogar die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie aussperren, um di Kapitulation zu erzwingen. Allerdings, Bagatellen wegen würde man da vielleicht nicht fertig bringen — aber wegen einer Kleinigkeit, die der bürger lichen Gesellschaft nichts schaden kann, wird auch, wie bemerkt, kein General streik inszeniert, nicht die Gefahr eines Blutbads heraufbeschworen; und di

Masse, wenn sie für eine große Sache vielleicht den Kampf aufnehmen würde, wird es wegen einer Bagatelle sicher nicht tun. Ein Versuch nach dieser Richtung würde scheitern und damit auf lange Zeit die Widerstandskraft gegen die Reaktion lähmen anstatt stärken.

Anderseits darf man dem Unternehmertum so viel Einsicht zutrauen, daß es die revolutionierende Wirkung eines gewonnenen Generalstreiks nicht unterschätzt; es weiß, daß ein siegreicher Streik die Massen elementar auf dem Wege des Emanzipationskampfes vorwärts drängt und darum wird man kein Machtmittel verschmähen, um jeden Generalstreik niederzuschlagen. Der Generalstreik als organisierte Machtprobe ist die Revolution! Um bei diesem Machtkampf zu siegen, müssen wir die absolute Macht haben; nicht nur bei der arbeitenden Bevölkerung, auch das Militär muß soweit revolutioniert sein, daß die Soldaten im gegebenen Moment nicht auf „Vater und Mutter“ schießen, sondern in der Mehrzahl dem Kommando zu einer Brudermetzelei den Gehorsam versagen.

Haben wir aber diese Macht, dann brauchen wir den Generalstreik nicht!

Werden aber nicht die Machtmittel des Staates größer? Zum Beispiel durch weitere Verstaatlichung industrieller Betriebe? Würde nicht durch die Verstaatlichung des gesamten Bergbaus die ganze Bergarbeiterschaft in dieselbe trostlose Abhängigkeit und Bewegungslosigkeit gebracht wie die Eisenbahner und die Saargrubenbergleute? Nein! Je weiter der Umfang der staatlichen Betriebe, desto mehr muß der Terrorismus des Staates ablassen, je größer der Kreis der zu beschäftigenden Personen, desto mehr Beschränkung in der Auswahl. Der Staat als Unternehmer ist kapitalistisch! Die meisten Soldaten sehen jetzt im Kapitalismus, im Ausbeutertum, in der wirtschaftlichen Unterdrückung und im Militarismus als Staatsinstitution zwei verschiedene Gewalten; sie mögen die erstere Gewalt hassen, für die letztere bleibt noch die Möglichkeit der Begeisterung. Je weiter aber der Staat seine Sphäre als Unternehmer ausdehnt, desto mehr spätere Soldaten haben den Staat als Träger der kapitalistischen Ausbeutung erkannt; sie erkennen den Militarismus als Stütze dieses Systems, lernen ihn als solchen hassen und für den Staat wird es immer gefährlicher, die Soldaten bei eventuellen Streiks usw. als Niederknüppler ihrer eigenen Interessen zu benutzen. Der Staat stärkt seine Machtmittel nicht, er muß sie selbst schwächen.

Was soll aber nun geschehen, wenn uns das Wahlrecht genommen wird? Nun, dann wählen wir nicht — dann wühlen wir! Die zehn Jahre Sozialistengesetz haben mehr revolutioniert, als das die paar Wahlen während der Zeit und die parlamentarische Tätigkeit fertig bringen konnten. Gradnauer hat schon an dieser Stelle nachgewiesen, daß der Wahlrechtsraub in Sachsen uns das erste rote Königreich brachte. Daß die Köpfe revolutioniert sind, nicht daß die Sachsen „rot“ wählen, ist der größere Vorteil. Der Raub des Reichstagswahlrechtes gäbe uns die beste Schaufel für die Wühlarbeit; die Wühlarbeit ohne das Sicherheitsventil der geheimen Wahl würde für die herrschende Gesellschaft verhängnisvoller als ein Generalstreik — der verloren ginge. Warum also einen Generalstreik inszenieren wollen, wenn es mindestens ein Lotteriespiel ist, auf die Folgsamkeit der Massen zu rechnen, wenn man sicher sein kann, einen Streik in Not und Verzweiflung oder in Blut erstickt zu sehen, wenn man überzeugt sein muß, daß ein niedergeschlagener Generalstreik das Proletariat auf seinem Wege eine ganze Strecke zurückwirft, während wir ohne jenes Experiment, wenn auch nicht wünschenswert schnell, aber doch immer mehr

dem Zeitpunkt näher rücken, wo wir die absolute Macht haben. Diese müss wir haben — eher bekommen wir kein Recht. Das Spielen mit dem Gener streik könnte die herrschende Gesellschaft zu dem Gedanken veranlassen, die Z zu bestimmen, wann sie va banque spielen will. Die Entscheidung darüb wollen wir aber nicht den Gegnern überlassen; wir rüsten solange, bis d Ausgang eines Kampfes nicht mehr zweifelhaft sein kann.

Literarische Rundschau.

Karl Frohme, **Monarchie oder Republik?** Kulturgeschichtliche Streifzü Hamburg 1904, Druck und Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlag anstalt Auer & Co. in Hamburg.

Das Buch Frohmes hält, was es auf dem Titelblatt verspricht: es gibt Stre züge durch die Kulturgeschichte. Es ist das Produkt einer jahrelangen Lektüre, sich auf den Ursprung, die Entwicklung, die Umwandlungen und den Zerfall d Monarchismus richtete, und man muß gestehen, daß Frohme diesem Studium e erstaunliche Ausdehnung gegeben hat. In den Schriften der alten Kirchenväter u der mittelalterlichen Staatsrechtstheoretiker ist er ebenso zu Hause wie in d Büchern der radikalen oder reaktionären Wortführer der neueren Zeit. In der V rede betont der Verfasser, daß er nicht etwa eine Geschichte des Königtums schreib sondern sich nur über den Monarchismus in der Geschichte verbreiten will. Du diese Begrenzung in der Sache gewann Frohme eine Freiheit in der Form, die d Buche gut zustatten gekommen ist. Der Autor brauchte sich nicht streng an Methode wissenschaftlicher Untersuchung zu halten, und er hat von dieser Freiheit a giebigen Gebrauch gemacht.

Als eigentliches Ziel schwebte dem Verfasser vor, das demokratische Gefühl i großen Massen in ein demokratisches Bewußtsein umzuformen, und zu diesem Er stellt er die Frage auf: Hat der Monarchismus jemals und irgendwo die Herrsch der Gerechtigkeit herbeigeführt und gesichert, hat er jemals eine unanfechtbare, d Interessen aller dienende Staats- und Gesellschaftsordnung geschaffen? In die Form bedarf die Frage freilich keiner Antwort, sie läßt die Relativität alles his rischen Geschehens zu sehr vermissen und macht sich die gestellte Aufgabe zu lei Gerade bei Büchern, wie das von Frohme eins ist, die nicht neue Untersuchung anstellen, sondern nur alte zusammenfassen wollen, bedauert man lebhaft aufs ne daß der historische Materialismus noch nicht größere Geschichtsperioden sein Forschungsmethode unterworfen hat. Unter diesem Mangel leidet das vorliegen Buch. Der Einfluß ideologischer Geschichtsbetrachtung tritt zuweilen störend herv der aber sofort zerstiebt, sobald der Verfasser auf die Entwicklungsperiode des Mo archismus zu sprechen kommt, die er selbst erlebt und an seinem Teile auch mit - einflußt hat.

Aber trotz dieser Mängel des Buches glauben wir, daß Frohme mit sein fleißigen Arbeit in der Hauptsache seinen Zweck erreichen wird. Wie wir hören, t das Buch den Arbeiterorganisationen zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt.

La Vie Socialiste. Revue bi-mensuelle internationale. Paris, 3 Rue de Pondiché Jährlich 12 Franken.

Diese Halbmonatsschrift wird von einem Komitee jüngerer Sozialisten, v linken Flügel der sogenannten Jaurèsisten, die sich den Abgeordneten F. de Presse beigesellt haben, herausgegeben vornehmlich zu dem Zwecke, einen Sprechsaal f Angehörige der verschiedenen Richtungen des französischen Sozialismus zu bil

nd dadurch deren Einigung zu fördern. Eine löbliche Absicht, der wir die besten Zünsche auf den Weg geben.

Allerdings sind die Schwierigkeiten des neuen Unternehmens große. Eine poli- ische Zeitschrift, die nicht ein bloßes Geschäftsunternehmen ist, kann auf die Dauer in bloß neutraler Sprechsaal bleiben; sie nimmt stets die politische Färbung der- nigen an, die sie herausgeben, und das um so eher, je kraftvollere, klarere und nsequentere Persönlichkeiten sie sind. Aber als Provisorium in einem Übergangs- adium, wie das jetzige des französischen Sozialismus, läßt sich die Neutralität auch on einer charaktervollen und energischen Redaktion für kurze Zeit wohl durchführen. ndes kommt es dabei nicht auf die guten Absichten der Redaktion allein an. Wie eit es ihr im vorliegenden Falle gelingen wird, die verschiedenen Richtungen zum prechen in ihrer Revue zu veranlassen, läßt sich aus dem ersten Hefte nicht er- nnen, da es an französischen Mitarbeitern, soweit ich sie kenne, nur solche des nen Lagers aufweist, in dem die Redaktion selbst steht.

Wie schwer es aber sein wird, die verschiedenen Richtungen unter einen Hut zu ingen, zeigen die beiden einleitenden Artikel von Bebel und F. de Pressensé, die ide die Einigung behandeln.

Bebel hebt mit Recht hervor, daß es stets Fragen der Taktik, nicht des Zukunfts- ıals waren, was die sozialistischen Parteien spaltete, und daß die Einigung die ereinigung zu gemeinsamer Aktion bedeutet. Wohl kann es in der deutschen ozialdemokratie Meinungsverschiedenheiten geben, aber die Praxis der Partei ist ne einheitliche, von ihrer Mehrheit bestimmte.

Pressensé dagegen erklärt, seine Partei sei bereit, den anderen Sozialisten die and zu reichen unter der Bedingung, daß sie ihr dieselbe Freiheit gewähren, die bereit ist, den anderen zuzugestehen. Es sei geradezu kindisch, die Aufhebung der eilnahme der Sozialisten am ministeriellen Block zur Vorbedingung der Einigung machen. Um was es sich bei der Einigung handle, das sei das Aufhören des ruderkampfes und die Erzielung des Zusammenwirkens aller Sozialisten Frank- ichs im Namen eines gemeinsamen Prinzips, aber auf verschiedenen Wegen ar des voies diverses) — zur Realisation unseres Endziels.

Man sieht, das sind zwei ganz verschiedene Auffassungen dessen, was die Eini- ıng bedeutet: soll sie die Verständigung sein über einen gemeinsamen Weg oder e Verständigung darüber, daß jeder Teil den anderen machen läßt, was er will?

Uns erscheint allerdings die Verständigung über einen gemeinsamen Weg dringend twendig, namentlich angesichts des bedenklichen Anwachsens der antiparlamenta- ichen Gewerkschaftsbewegung, die aus der Taktik des Ministerialismus ihre beste raft zieht.

Ein Zufall will, daß gleichzeitig mit „La Vie Socialiste“ auch die Halbmonats- ırift „Le Mouvement Socialiste“ (Paris, Edouard Cornély, 101 Rue Vaugirard. ihrlich 15 Franken) wieder zu erscheinen beginnt, nachdem sie eine Zeitlang ein- stellt gewesen.

Der „Vorwärts“ zählt jedoch mit Unrecht ihren Herausgeber Hubert Lagardelle den „extremen Guesdisten“. Seine letzten Artikel zeigen vielmehr, daß er eine ichtung eingeschlagen hat, die zu den antiparlamentarischen Gewerkschaftern führt. ir bedauern das sehr, nicht bloß im Interesse unseres Freundes Lagardelle selbst e seiner bisher vortrefflich geleiteten Zeitschrift, sondern auch im Interesse des ınzösischen Sozialismus, der gerade jetzt solche Seitensprünge am wenigsten ver- igt. Es hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben, wollte man den Ministeria- mus durch die antiparlamentarische, revolutionäre Gewerkschafterei ersetzen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Einigung der französischen Sozialisten auf ıer gemeinsamen, der Amsterdamer Resolution entsprechenden Basis zustande käme. ıs gäbe ihr am sichersten die nötige Kraft, allen Abirrungen nach links wie nach hts gleich wirksam einen Riegel vorzuschieben. K. Kautsky.

Sozialistische Jugendliteratur. Der Bremer Parteitag hatte sich wieder r der Frage der Gründung einer Jugendzeitschrift und der Schaffung sozialistisch Jugendliteratur beschäftigt und schließlich die darauf bezüglichen Anträge dem Part vorstand zur Erwägung überwiesen.[1]

Einen Weg, der nennenswerten Erfolg verspricht, sehe ich in der Herausga einer „Jugendbibliothek“. Ich denke mir diese so, daß in kleine Büchelchen v etwa 120 bis 200 Seiten Umfang einige kleine Erzählungen, Sagen, Märchen, fern eine Reihe passender, für die Jugend verständlicher Gedichte, dann auch noch zwei b drei nicht zu lange, leicht verständliche Aufsätze geschichtlichen, naturwissenschaftlich Inhaltes oder Abhandlungen über das Leben in den Arbeiterfamilien usw. a genommen werden. Von diesen Büchern, die zum Preise von vielleicht 20 b 25 Pfennig zu haben sein müßten, könnte etwa monatlich oder zweimonatlich ein erscheinen, und das könnte jeder Arbeiter seinen Kindern kaufen. Wer weiß, m welcher Gier von den Schulkindern (besonders Knaben), und namentlich den älter der Inhalt der Indianerbücher und der anderen Kriegs- und Rittergeschichten, wel diese Kinder in die Hand bekommen, geradezu verschlungen wird, der muß zu d Überzeugung gelangen, daß es nur möglich ist, diese verrohende und verdummen Schundliteratur zu verdrängen, wenn man etwas Besseres, aber in ähnlicher Fo bietet. Solche Indianerbücher wandern von Hand zu Hand und ebenso würde mit unseren Jugendschriften gehen, wenn man es verstände, den Inhalt dem ki lichen Verständnis anzupassen.

Solche Jugendschriften würden zweifellos eine sehr große Verbreitung erhalt Man müßte natürlich für die Kinder und für die heranwachsende Jugend den Inh der Bücher etwas verschieden bemessen. Es würde sich vielleicht empfehlen, ei Klasse „Kinder bis 14 Jahren“ und eine weitere Klasse „heranwachsende Juge über 14 Jahren“ zu schaffen. Auf diesem Wege wird es hoffentlich möglich se auch die Jugend und damit die Zukunft für uns zu gewinnen.

Franz Krüger, Königsberg i.

---

[1] Vom 1. Januar 1905 ab wird dem Wunsche des Parteitags dadurch Rechnung tragen werden, daß die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (V lag: Stuttgart, Furtbachstraße 12, Redaktion: Frau Klara Zetkin-Zundel, Wilhelmsh Post Degerloch bei Stuttgart) auch neben sonstiger Erweiterung ihres Inhaltes, nament des Unterhaltungsteils, alle vier Wochen eine Beilage mit sorgfältig gewählter Juge lektüre bringen will. Die Redaktion stellt sich dabei das Ziel, daß „diese Lektüre im Die des hohen Ideals stehen soll, die leiblichen und geistigen Kräfte der proletarischen Kinder harmonischer, kraftvoller Entfaltung zu bringen, auf daß diese zu Persönlichkeiten heranreif welche eines Tages die große geschichtliche Mission ihrer Klasse begreifen und erfüllen könn Die Kinder sollen durch die gebotene Lektüre in die Welt des natürlichen und des sozia Lebens und seiner Triebkräfte eingeführt werden. Sie sollen lernen, den Menschen als Gl in der unendlichen Kette alles natürlichen Seins zu erfassen, als Glied auch des sozia Organismus, das von der Allgemeinheit empfängt und ihr zu geben nicht bloß als Pfli sondern als höchstes Glück empfindet. Ein weiteres Ziel der Kinderlektüre sei noch angedeu sie muß unseren Kleinen die Natur erschließen als eine Quelle unerschöpflichen Genusses, muß in ihnen die Fähigkeit künstlerischen Empfindens pflegen. Die Wahrheit dem Ki die Schönheit, die Güte; das muß ihre Losung sein.

Belehrende Artikel, Biographien bedeutender Persönlichkeiten, Erzählungen, Gedichte u sollen das aufgezeigte Ziel fördern. Daß daneben in den Kinderseiten der „Gleichheit“ a Spiel und Unterhaltung eine Stätte finden werden, ist selbstverständlich.“

Die Redaktion unserer so bewährten Genossin Zetkin bürgt dafür, daß auch diese fänge einer Jugendzeitschrift sich so kräftig auswachsen werden, wie dies mit der „Gleichh der Fall war, die jetzt über 12000 Abonnenten zählt. Wir halten aber auch den Vorsch des Genossen Krüger für beachtenswert. Die Redaktion der „Neuen Ze

---

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 9 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Spinnwebfaden.

⚡ **Berlin**, 23. November 1904.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat für sich und die „Nation“ des Herrn Theodor Barth eine merkwürdige Entdeckung gemacht. Danach haben die beiden Organe seit Jahrzehnten den proletarischen Klassenkampf geführt. Gemäß der „Frankfurter Zeitung“ bedeutet nämlich dieser Kampf „in konkreten Fällen nichts weiter, als ganz aus eigener Kraft von den anderen sich tüchtig wichsen“ zu lassen. Da nun seit Jahrzehnten keine politische Partei in Deutschland so „tüchtig gewichst“ worden ist wie die Richtung, die von der „Frankfurter Zeitung“ und von der „Nation“ vertreten wird, so liegt die Schlußfolgerung auf der Hand, vorausgesetzt, daß der proletarische Klassenkampf wirklich „nichts weiter“ bedeutet, als er nach dem Frankfurter Blatte bedeuten soll.

Bittere Enttäuschung ist immer eine schlechte Ratgeberin, und so nehmen wir der „Frankfurter Zeitung“ ihren Scherz nicht übel. Sie und die „Nation“ haben politisch nichts mehr hinter sich als ein kleines Häuflein guter Leute und schlechter Musikanten, mit denen platterdings kein ernsthafter Krieg geführt werden kann, und so dünken sie sich gerade noch gut genug als Generalstäbler der sozialdemokratischen Partei, die nach ihren Rezepten nun gut machen soll, was sie seit vierzig Jahren angeblich schlecht gemacht hat. Allmählich kommen sie aber dahinter, daß es mit diesem feinen Plänchen auch nichts ist, und so reden sie sich in einen blinden Zorn gegen den proletarischen Klassenkampf hinein, dem sie gerade die politische Impotenz vorwerfen, die ihr eigentliches Kennzeichen und Merkmal ist.

Das ist menschlich begreiflich und insoweit auch verzeihlich. Man muß sich sogar hüten, diesen liebenswürdigen Gönnern einen Tadel auszusprechen. Denn dann würden sie sofort ein gewaltiges Hallo erheben und die gesamte Menschheit zum Zeugen dafür aufrufen, wie sehr sie gefürchtet würden. Wohl aber darf man mit einiger Genugtuung registrieren, daß sie in ihrer gründlichen

Verstimmung allerlei Gedanken ausplaudern, die sie sonst in der keuschen Tiefe ihrer Herzen zu verbergen pflegen. Sie verhöhnen den proletarischen Klassenkampf in der schon angedeuteten, zwar salz-, aber deshalb nicht giftlosen Weise: sie sagen, es sei das Schicksal dieses Kampfes, immer und überall geschlagen zu werden; sie zucken die Achseln über die Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse je aus eigener Kraft gegen die Bourgeoisie aufkommen könne; sie präsentieren sich endlich als das moralische Gewissen der herrschenden Klassen, an das zu appellieren dem Proletariat die einzige Möglichkeit der Rettung biete.

Alles das ist in der „Nation" zu lesen und die „Frankfurter Zeitung" summt dieselbe Melodie. Diese Geständnisse verdienen immerhin niedriger gehängt zu werden. Ursprünglich nämlich las man es ganz anders. Da sollte das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie nur geschlossen werden, um gemeinsam gegen die absolutistisch-feudalistische Reaktion zu kämpfen. Das hatte noch einen gewissen logischen, wenn auch keineswegs zwingenden Sinn. Denn ein solches Bündnis war ganz überflüssig, da die Arbeiterklasse noch nie auch nur einen Augenblick gezögert hat, die Bourgeoisie zu unterstützen, sobald diese bereit war, einen wirklichen Kampf gegen die Reaktion zu führen. Nicht an die Arbeiter, sondern an ihre eigene Klasse hätten die Befürworter dieses Bündnisses ihre Beschwörungen richten müssen, denn die Liberalen haben ihre politische Pflicht bekanntlich bisher fast immer versäumt, sobald es galt, die Reaktion dadurch zu bekämpfen, daß man die Sozialdemokratie unterstützte.

Indessen, wenn die Gelehrten der „Nation" und der „Frankfurter Zeitung" gelegentlich auch ihresgleichen abkanzelten, so fiel der erquickende Tau ihrer Beredsamkeit doch vorzugsweise auf die sozialdemokratischen Felder. Die Sozialdemokratie sollte sich „mausern", um der Ehre würdig zu werden, von solchen Generalstäblern kommandiert zu werden. Dies stand nun schon in einem höchst sonderbaren Widerspruch zu der ursprünglichen oder richtiger der vorgeschützten Absicht. Um die Reaktion zu stürzen, zieht man sich auf die Heermassen der Arbeiterklasse zurück, was insoweit nicht unvernünftig war, aber indem diese Heermassen ins Feld rücken sollen, mutet man ihnen zu, sich zu desorganisieren. Es ist just solch genialer Einfall, als wenn Benedek sich im Jahre 1870 den deutschen Heeren als Oberbefehlshaber empfohlen hätte, unter der Bedingung, daß sie seine Strategie und Taktik von 1866 nachahmten.

Da es nun aber mit der „Mauserung" seine guten Wege hat, lassen die großen Strategen die Maske fallen und verspotten dieselbe Partei, ohne deren Hilfe sie eben erst die Reaktion für unbesiegbar erklärt haben, als ein Nichts, als einen Schatten und einen Schemen, der jeden Augenblick mit dem kleinen Finger des kapitalistischen Gewaltstaats zerdrückt werden könnte. Liest man diese Rodomontaden in der „Nation" und in der „Frankfurter Zeitung", so erscheinen sie um kein Haarbreit wahrer, als in der „Post", aber allerdings noch um einige Haaresbreiten unschöner. Denn die scharfmacherische Presse glaubt doch ein für allemal an ihr Kredo, während diejenigen Leute, die der Sozialdemokratie nachlaufen und sie dann erst für eine gemeingefährliche Utopie erklären, wenn sie sich ihren Utopien unzugänglich erwiesen hat, in der Tat zum Schaden noch den Spott verdienen.

Jedoch es ist ganz nützlich, wenn sie selbst offenbaren, worauf es ihnen bei ihrem Liebeswerben um die Sozialdemokratie eigentlich angekommen ist. Man darf nicht daran zweifeln, daß sie die Reaktion hassen, daß sie den Bülow und Hammerstein und Schönstedt gern zuherrschen möchten: Hebet euch von unseren Ministersesseln, damit wir uns darauf niederlassen können. Man darf ebensowenig daran zweifeln, daß sie aus Mangel an eigenen Truppen für diesen Zweck die Arbeitermassen gern aufbieten möchten. Insoweit sind sie ganz ehrlich. Aber die Arbeitermassen müssen nach ihrem Kommando und beileibe nicht nach eigenem Plane marschieren, denn sonst sind die trefflichen Strategen von ihrem Bourgeoisstandpunkt aus keinen Augenblick sicher, daß sie den Teufel nicht durch Beelzebub vertreiben; lieber liegen sie sich, weinend vor Schmerz und vor Freude, mit den ärgsten Reaktionären in den Armen, ehe sie dem Proletariat auch nur eine Handvoll reeller Macht gönnen.

Dies ist der eigentliche Sinn der „Mauserung", von der Herr Barth und eine Frankfurter Freunde singen und sagen; so erklärt sich der Widerspruch, weshalb sie in demselben Augenblick, wo sie angeblich die Sozialdemokratie als geschlossene Macht gegen die Reaktion aufbieten wollen, durch alle möglichen Hetzereien von hinten herum eben diese Macht zu sprengen suchen. Ohne die Hilfe der Arbeiterklasse können sie gar nicht daran denken, die Reaktion zu stürzen, aber diese Hilfe kann für sie ebenso gefährlich werden, wie für die Reaktion, wenn die Arbeiter nicht vom Kopfe bis zum Fuße in liberale Klausen eingewickelt worden sind. Läßt sich diese Vorbedingung nicht erfüllen, so lassen die braven Männer ihrer angeborenen Arbeiterfeindschaft alle Zügel schießen und legen sich, wie eben jetzt, ins gesellschafts- und staatserhaltende Zeug, daß man nicht mehr weiß, ob man die „Nation" oder die „Post" liest.

Von praktischer Bedeutung ist ihre Selbstenthüllung gewiß nicht, denn die kleine Gruppe, um die es sich hier handelt, hat in der praktischen Politik überhaupt nichts zu sagen. Aber symptomatisch ist die Sache immerhin wert, verzeichnet zu werden. Innerhalb der bürgerlichen Klassen gibt es keine einzige Richtung, von der, wir sagen nicht einmal ein aufrichtiges Interesse für, sondern nur ein ehrliches Bündnis mit einer Arbeiterpartei zu erwarten wäre. Solch Interesse und Bündnis ist höchstens die Sache einzelner bürgerlicher Ideologen, aber keines bürgerlichen Fraktiönchens, und sei es so klein, wie die anderthalbdutzend Männlein, die hinter der „Frankfurter Zeitung" und der „Nation" einherziehen. Mögen sie noch so breitspurig und noch so erhaben von ihrer Bereitwilligkeit reden, mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Reaktion zu bekämpfen, ihr Hintergedanke ist immer, die Sozialdemokratie als Katzenpfötchen zu mißbrauchen, um die Kastanien der Bourgeoisie aus der heißen Asche der Reaktion zu holen.

Gefährlich für die Partei ist dies Treiben an und für sich nicht. Wenn die Barth und Genossen nicht nachgerade daran verzweifelten, mit ihren kleinen Plätzchen eine „Mauserung" der Sozialdemokratie herbeizuführen, so würden sie trotz all ihrer enttäuschten Hoffnungen doch nicht so offen mit der Sprache herausrücken, wie sie jetzt tun. Was ihnen dennoch den Mut aufrecht erhält, das ist die hier oder da in der Partei hervortretende Neigung, diesen Brüdern mit ihrer

eigenen Münze zu zahlen. Es sei nur an die Kompromisse bei den Gemeinde wahlen in einzelnen Parteiorten verwiesen, auf die sich die „Frankfurter Zei tung“ denn auch mit großer Emphase beruft. In solcher Art des Kampfe sind die bürgerlichen Intriganten immer den sozialdemokratischen Politiker überlegen, und wir stimmen ganz mit Bebel überein, der kürzlich in einer fran zösischen Zeitschrift geschrieben hat, der Sozialdemokrat, der sich einbilde, ein bürgerliche Partei durch eine klug berechnete Mäßigung einwickeln oder täusche zu können, sei ein politischer Dummkopf.

Gewiß kann auch die Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien ein Ab kommen schließen, aber sie darf dabei nie, wie es neuerdings mehrfach geschehe ist, den prinzipiellen Boden des proletarischen Klassenkampfes verlassen, de die Männer der „Frankfurter Zeitung“ und der „Nation“ so krampfhaft z verhöhnen suchen, weil sie wissen, wie uneinnehmbar er für all ihre Ränk und Schwänke ist. Es ist nur ein Spinnwebfaden, woran ihre luftigen Hof nungen hängen, und ehe sie sich's versehen, wird er zerrissen sein.

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

1. Die Begrenzung der Streitfrage.

Der internationale Kongreß hat ein unerwartetes Nachspiel gehabt. Au Grund einer Reihe von Äußerungen, die in Amsterdam gefallen waren, wurde Guesde und Bebel der Gleichgültigkeit gegen die Republik, ja einer gewisse Vorliebe für die Monarchie geziehen. Daß die bürgerliche Presse damit hausiere ging, war nicht verwunderlich; sie versteht's nicht besser. Daß Jaurès un seine Freunde diese Deutung kolportierten, war weniger erbaulich, aber au ihrer Situation begreiflich. Aber schließlich begann man sogar im „Vorwärts dasselbe Lied zu singen, nachdem ich in der „Neuen Zeit“ auseinandergeset aus welchen Gründen der sozialdemokratische Republikanismus sich vom bürge lichen unterscheide.

Eine Polemik, die sich daraufhin zwischen dem Genossen Eisner und m entspann, nahm bald eine solche Richtung, daß ich sah, auf diesem Wege wer eine Verständigung nicht erzielt. Ich brach daher die Polemik ab, nicht we ich dachte, mich dadurch um das Geständnis einer Niederlage herumdrücken z können, wie Eisner so freundlich war anzudeuten, sondern um die Auseinande setzung auf einer anderen, meines Erachtens fruchtbareren Grundlage fortz führen unter möglichster Beiseitelassung aller Polemik. Dringende Arbeiten a der Herausgabe der Marxschen „Theorien über den Mehrwert“ haben mi gehindert, die vorliegende Artikelserie früher fertig zu stellen. Aber ihre Hinau schiebung war wohl der Übel größtes nicht. Das Thema veraltet nicht so rasc

Vor allem handelt es sich darum, sich darüber klar zu werden, welche Punk eigentlich strittig sind.

Da kann ich zunächst nur wiederholen, was ich in der „Neuen Zeit“ (XXI 2, S. 675) gesagt:

„Wir sind schon deswegen Republikaner, weil die demokratische Republik d einzige, dem Sozialismus entsprechende politische Form ist. Die Monarchie ka

nur bestehen auf der Grundlage von Klassenunterschieden und Klassengegensätzen. Die Aufhebung der Klassen bedingt auch die Aufhebung der Monarchie."

Wohl hat man auch von einem sozialen Königtum gesprochen, aber die Monarchie kann nie die Klassen aufheben, sie kann höchstens dahin streben, daß die Klassen sich die Wage halten, daß keine die andere allzusehr überragt. So forderte auch der bedeutendste Verfechter der Idee des sozialen Königtums, Rodbertus, nicht die Aufhebung des Kapital- und Grundeigentums, und damit die Aufhebung des Lohnsystems, das er noch auf Jahrhunderte hinaus für unentbehrlich hielt, sondern nur eine solche Gestaltung des Arbeitslohns, daß er an der steigenden Produktivität der Arbeit in gleicher Weise teilnähme, wie Profit und Grundrente.

Da die Macht der Monarchie am größten dann, wenn die verschiedenen Klassen sich die Wage halten, weil die Monarchie dann am wenigsten abhängig von einer jeden unter ihnen ist, die einen durch die anderen im Zaume hält, kann es wohl unter Umständen ihren Interessen entsprechen, einer starken Klasse entgegenzutreten, um eine schwächere zu schützen. So hat das Königtum oft die aufkommende Bourgeoisie gegenüber dem Feudaladel gestützt. Aber aus demselben Grunde muß die Monarchie danach trachten, eine versinkende Klasse zu halten, sei es auch auf Kosten der ökonomischen Entwicklung, und einer erstarkenden Klasse entgegenzutreten. Dasselbe Königtum, dessen Interesse es erheischte, das schwache Bürgertum vor dem starken Feudaladel zu schützen, hielt es später für seine Aufgabe, den ökonomisch verkommenden Feudaladel auf Kosten der Nation über Wasser zu halten und die Entwicklung der Bourgeoisie möglichst einzudämmen.

So hat die Monarchie auch mitunter dem Proletariat politische Rechte verliehen oder sonstige Konzessionen, um es gegen die Bourgeoisie auszuspielen, aber das erstarkende Proletariat findet stets die Monarchie unter seinen Gegnern.

Und von vornherein steht die Monarchie dem kämpfenden Proletariat stets mißtrauisch gegenüber, mehr als jeder anderen Klasse. Denn welcher Klasse immer sie durch ihre politischen Interessen in einem gegebenen Moment genähert werden mag, vom Proletariat trennt sie immer die Kluft, die den Besitzenden vom Besitzlosen scheidet. Monarchie wie Papsttum können die verschiedensten Wandlungen durchmachen, aber sie bleiben stets Angehörige der besitzenden Klassen und als solche Gegner der Emanzipation des Proletariats.

Damit ist aber auch die Gegnerschaft des kämpfenden Proletariats gegeben. Sowohl sein Endziel wie seine Bewegung machen den klassenbewußten Proletarier zum Republikaner. Kann die eine oder die andere der besitzenden Klassen hier oder dort unter besonderen Umständen einmal zu einer republikanischen Gesinnung getrieben werden, prinzipiell republikanisch wird durch seine Klassenlage unter den Klassen des modernen Staates nur das Proletariat.

Darüber sind wir wohl alle einig. Damit ist aber nun nicht die strittige Frage aus der Welt geschafft, sondern nur ihr Gebiet begrenzt.

Soweit die republikanische Staatsform und das Proletariat allein in Betracht kommen, ist die Sache freilich sehr einfach. Die Schwierigkeit kommt durch einen dritten Faktor hinein, den wir leider nicht ignorieren können: die Bourgeoisie.

Diese besitzt heute im ökonomischen und gesellschaftlichen Leben die Herrschaft, damit fällt ihr aber auch, obwohl nicht immer direkt und ungeteilt, die Herrschaft im Staate zu. Sie ist jedoch weit anpassungsfähiger als das Prole-

tariat. Kann dieses, seiner ganzen Klassenlage nach, nur in der Republik zu Herrschaft kommen, ist diese die einzig mögliche Form für die „Diktatur de Proletariats“, so vermag die Bourgeoisie unter jeder politischen Form sich de Herrschaft im Staate zu bemächtigen, ebenso wie die katholische Kirche, mit de sie auch den guten Magen gemein hat. Am unmittelbarsten aber vermag s ihre Herrschaft auszuüben in einer parlamentarischen Republik oder in eine parlamentarischen Monarchie, deren Oberhaupt eine bloße Dekoration ist. D parlamentarische Regierungsform ist die ihren Klasseninteressen entsprechendst

So kann dieselbe Republik, die den Boden für die Emanzipation des Prol tariats bildet, gleichzeitig der Boden werden für die Klassenherrschaft der Bour geoisie, ein Widerspruch, der aber nicht sonderbarer ist als etwa die wide spruchsvolle Rolle, welche die Maschine in der kapitalistischen Gesellschaft spiel die gleichzeitig die unentbehrliche Vorbedingung der Befreiung des Proletariat und das Mittel seiner Degradierung und Knechtung ist. Diese Widersprüc sind allen gesellschaftlichen Institutionen in einer auf den Klassengegensatz au gebauten Gesellschaft eigen. Ihre Aufzeigung kann nur demjenigen als ei Widerspruch im Denken erscheinen, der sich über diese Gegensätze in der wir lichen Gesellschaft nicht klar geworden ist. Wer sie erkannt hat, wird aus ein Kritik der bürgerlichen Republik ebensowenig eine Verherrlichung der Monarch herauslesen, wie er die Ausführungen, die Marx in seinem „Kapital“ über d degradierenden Tendenzen der Maschine in der kapitalistischen Gesellschaft mach als eine Verherrlichung des maschinenlosen Kleinbetriebs auffassen wird.

Ob man den Widerspruch anerkennt, der in der Rolle der Republik in de bürgerlichen Gesellschaft liegt oder ihn für das Produkt eines Denkfehler erklärt, hängt also davon ab, ob und wieweit man die Wirkungen der Klasse gegensätze auf das politische Leben anerkennt. Kurt Eisner führte im „Vo wärts“ zum Lobe der Republik aus,

„daß in der bürgerlichen Demokratie aus ihren eigenen Existenzbedingung heraus das Proletariat von den verschiedenen Gruppen der herrschenden Klass weit intensiver umworben werden muß als in der Monarchie, daß daher in ihr d Klassenkampf verschleierter erscheint.... Daher das Interesse am Arbeiterfang

Das letztere bestreite ich durchaus nicht, ich habe es vielmehr in meine Artikel über den Amsterdamer Kongreß ausdrücklich anerkannt. Ich unte scheide mich jedoch dadurch von Eisner, daß ich die Möglichkeit bestreite, dur ein derartiges Umwerben dauernd den Klassenkampf zu verschleiern, und da es mir unmöglich ist, in dieser Verschleierung einen Vorteil für das Prol tariat zu entdecken.

Wer das erstere annimmt, der muß der Ansicht sein, daß zwischen „de verschiedenen Gruppen der herrschenden Klassen“ „weit intensivere“ Interesse gegensätze bestehen, als zwischen den besitzenden Klassen einerseits und de Proletariat andererseits; wer das zweite annimmt, muß der Ansicht sein, d Klassenkampf sei ein Übel — vielleicht ein unvermeidliches Übel, aber jedenfal ein Übel, dessen möglichste Abschwächung und Verschleierung einen Vorteil fi das Proletariat bilde, so daß um deswillen die Republik der Monarchie vo zuziehen sei.

Das ist in der Tat die Ansicht von Jaurès und seinen Freunden, u darin stehen sie im Gegensatz zu den Marxisten, die da erklären, der Klasse gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat sei ein fundamentaler, unübe brückbarer, weit tiefer gehend als irgendein Interessengegensatz innerhalb d

besitzenden Klassen. Wohl haben diese in der Republik allen Grund, „Arbeiterfang" zu treiben, aber nur in den seltensten, stets rasch vorübergehenden Fällen gewähren sie zu diesem Zwecke wirkliche Konzessionen, die das Proletariat kräftiger und kampffähiger machen. In der Regel sind es Scheinkonzessionen, gemacht, um das Proletariat zu spalten, einzuschläfern, auf Irrwege zu leiten oder zu korrumpieren, kurz, um es zu *schwächen*. Auf die Dauer läßt sich jedoch der Klassengegensatz dadurch nirgends überwinden. Früher oder später bricht er immer wieder durch, und je mehr Konzessionen die Bourgeoisie früher dem Proletariat gemacht, desto mehr muß sie sich dann bedroht fühlen, wenn dieses anfängt, die demokratischen Errungenschaften im eigenen Klasseninteresse statt im Dienste der Bourgeoisie anzuwenden; und desto energischer muß dann jeder Repressionsversuch der Bourgeoisie ausfallen, da diese in der Republik vom Proletariat weit direkter bedroht ist als in der Monarchie, sobald es sich einmal auf die eigenen Füße stellt und des Spieles satt wird, sich von einer Fraktion der Bourgeoisie gegen die andere ausspielen zu lassen.

Gerade darin, daß unter diesen Umständen die Klassengegensätze unvermittelter und schroffer aufeinanderplatzen, als bei gleicher Höhe der ökonomischen Entwicklung in der Monarchie, sehen wir Marxisten einen Vorteil der Republik. Würde sie wirklich, wie Eisner von ihr preisend sagt, die „Klassengegensätze verschleiern", so müßte das als ein ernstlicher Nachteil in unseren Augen erscheinen, die wir im Klassenkampf die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung sehen — solange die Gesellschaft auf Klassengegensätzen beruht — und nicht in dem kategorischen Imperativ der Kantschen Ethik und auch nicht in der berauschenden Kraft der Schlagworte der bürgerlichen Demokratie.

Der Streitpunkt ist also jetzt klar bezeichnet. Es handelt sich nicht um die Frage, ob das Proletariat die Republik vorzuziehen hat oder nicht. Darüber sind wir alle einig. Sondern es handelt sich um die Frage: Mildert die Republik den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat oder verschärft sie ihn? Wird in der Republik die Bourgeoisie getrieben, arbeiterfreundlicher zu sein, die Befreiung des Proletariats mehr zu fördern oder weniger zu hemmen, als in der Monarchie?

Und anderseits: ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, das unleugbar vorhandene Streben der bürgerlichen Republikaner nach Verschleierung der Klassengegensätze zu unterstützen; hat sie die Aufgabe, in dem Proletariat den Glauben zu fördern, der republikanische Bourgeois sei arbeiterfreundlicher als der monarchistische? Darum handelt es sich.

Ist damit die Streitfrage begrenzt, so auch das Gebiet, für welches sie gilt. Sie kann nur auftauchen in einer Republik, sie ist praktisch gegenstandslos in einer Monarchie. Sie kann uns in Deutschland nur beschäftigen wegen unserer internationalen Beziehungen, wegen der Notwendigkeit, uns über die Differenzen der *französischen* Genossen klar zu werden. Für Deutschland bedeutet die Republik, mit Ausnahme der paar Hansestädte, die aber nicht demokratische Republiken sind, keineswegs eine Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Für uns hier kommt nur ihre andere Seite in Betracht, die, ein Mittel der Emanzipation des Proletariats zu sein.

2. Die amerikanische Republik.

Man kann auf zwei Arten unsere Streitfrage erörtern. Einmal in der Weise, daß man abstrakt das Wesen der Republik, das der Bourgeoisie und

des Proletariats und ihres Klassengegensatzes untersucht — ein sehr umständ-
licher Weg, um so ermüdender, als er meist durch sehr bekanntes Gebiet zu
führen hätte. Für unsere praktischen Zwecke ist jedenfalls kürzer und weniger
ermüdend die Untersuchung nicht einer abstrakten Republik, sondern einer kon-
kreten, derjenigen, um die der ganze Streit sich dreht, der französischen. Nur
um erkennen zu lassen, daß es sich nicht um eine französische Sonderfrage
sondern um ein jeder bürgerlichen Republik eigentümliches Problem handelt
sei kurz noch der amerikanischen Republik gedacht, die einen ganz anderen
Typus darstellt, als die französische. In dieser haben wir eine weitgetriebene
Zentralisation der Verwaltung wie des ganzen geistigen und politischen Lebens
in einer riesigen Hauptstadt, möglichste Einschränkung der Selbstverwaltung von
Gemeinde und Departement, hohe Entwicklung aller Mittel der Klassenherr-
schaft — Armee, Polizei, Staatskirche. Alles das fehlt in den Vereinigten
Staaten. Die Klassengegensätze selbst waren dort lange Zeit schwach entwickelt
Die Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung bildet die Trennung der Masse
der Bevölkerung von ihren Arbeitsmitteln, vor allem dem wichtigsten, dem
Grund und Boden. Von diesem gab es aber in den Vereinigten Staaten lange
mehr als genug für alle, die danach verlangten. So konnte nicht bloß jeder
ein selbständiger Bauer werden, auch der innere Markt wuchs rasch und ebenso
die Nachfrage nach Intellektuellen — Advokaten, Verwaltungsbeamten usw
Jedem Menschen, der energisch und intelligent genug war, eröffneten sich die
glänzendsten Karrieren, auch wenn er ohne Mittel begann. Die Stellung eines
Lohnarbeiters schien gerade für die kampffähigsten der Proletarier nur ein
Durchgangsstadium zu sein. Das hinderte die Lohnarbeiter ebenso sehr, ein
proletarisches Klassenbewußtsein zu erlangen, als es die Kapitalisten davon
abhielt, das Proletariat — oder wenigstens seine kampffähigen Schichten — zu
bedrängen und zum Kampfe herauszufordern. Die Republik schien Klassen-
kampf und Sozialismus nicht aufkommen zu lassen.

Aber das hat sich in den letzten Jahrzehnten gewaltig geändert, wie all-
gemein bekannt. „1870 waren noch Streiks und Aussperrungen in Amerika
kaum bekannt; zwischen 1887 und 1894 war das Land Zeuge von vierzehn
tausend Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, an denen ungefähr vier Mil-
lionen Arbeiter teilnahmen“ (Hillquitt, „History of Socialism in the United
States“, S. 153). Je mehr aber das amerikanische Proletariat anwächst und
der Klassengegensatz zunimmt, desto eifriger ist die Bourgeoisie bemüht, alle
Mittel, welche die Republik ihr bietet, zur Niederhaltung des Proletariats an-
zuwenden. Sie betreibt den so gerühmten „Arbeiterfang“ in großartigstem
Maßstab, aber nicht durch Gewährung sozialer Reformen — was davon in
der letzten Zeit geschaffen worden, ist nicht der Rede wert —, sondern durch
systematische Korrumpierung der Massen, durch Überschwemmung des Landes
mit einer käuflichen Presse, durch Stimmenkauf bei Wahlen, durch die Gewin-
nung einflußreicher Arbeiterführer.

In jedem Lande versucht man heute diese Methoden, die Arbeiter zu ver-
wirren und zu korrumpieren. Selbst das absolutistische Rußland sah die Versuche
des Gendarmenoffiziers Subatoff, eine polizeilich gegängelte Arbeiterbewegung
zu schaffen. Aber nirgends werden diese Versuche in solchem Umfang und mit
solcher Hartnäckigkeit betrieben wie in der Republik, gerade wegen der republi-
kanischen Freiheit, wegen der Macht des Stimmzettels, der Presse, der Arbeiter-
koalitionen. Aber auch nirgendwo haben diese Versuche mehr Erfolg, als gerade

[i]n der Republik. Noch leben im amerikanischen Arbeiter die Traditionen der [V]orzeit, wo jeder unter ihnen den Marschallstab im Tornister trug, noch glaubt [e]r dank seiner Demokratie besser daran zu sein als die Arbeiter der Mon[a]rchien, und des Sozialismus nicht zu bedürfen, der nur ein Produkt des [e]uropäischen Despotismus sei. Noch glaubt er, in der Demokratie gebe es keine [K]lassen und keine Klassenherrschaft, weil das gesamte Volk die politische Macht [b]esitze. Die wichtigste Aufgabe unserer amerikanischen Genossen besteht heute [d]arin, diesen republikanischen Aberglauben zu zerstören, den Arbeiter zur Ein[si]cht zu bringen, daß er nicht minder ausgebeutet und geknechtet sei, wie sein [G]enosse in der Monarchie, daß ebenso wie diese die Demokratie ein Werkzeug [d]er Klassenherrschaft geworden ist und daß sie erst dann wieder ein Werkzeug [w]erden kann, diese Klassenherrschaft zu brechen, wenn er seinen republikanischen [A]berglauben überwunden hat.

Darin besteht heute die Agitation unserer Genossen in Amerika; und sie [w]ürden jeden mit Hohngelächter empfangen, der ihnen weismachen wollte, aus [d]em „Arbeiterfang“ der republikanischen Bourgeoisie entsprängen irgendwelche [V]orteile für das Proletariat.

In dieser ihrer Agitation gegen den republikanischen Arbeiterfang werden [d]ie Sozialisten Amerikas sehr unterstützt dadurch, daß die amerikanische Bour[g]eoisie bei diesem Mittel, das Proletariat niederzuhalten, nicht stehen bleibt. So [g]ern sie es möchte, es gelingt ihr nicht, den Klassengegensatz dauernd zu „ver[sc]hleiern“, dieser Schleier zerreißt immer wieder, und je eifriger die Bourgeoisie [d]aran ist, die Arbeiterklasse durch Zuckerbrot zahm zu machen, um so wütender [sc]hwingt sie die Peitsche, wenn ihr die Zähmung nicht gelingt. Man braucht [n]ur immer wieder an Kolorado zu erinnern, um zu zeigen, wie brutal die [B]ourgeoisie alle Machtmittel ausnutzt, die ihr die Republik zur Verfügung [st]ellt, wenn es gilt, widerspenstige Arbeiter niederzuwerfen.

In Amerika findet also der republikanische Aberglaube sehr wenig Anklang [i]n Parteikreisen.

In Frankreich allerdings liegt die Sache nicht so einfach.

3. Die erste Republik in Frankreich.

In einer seiner Amsterdamer Reden und jüngst wieder in einer Artikelserie [de]r „Humanité“ führte Jaurès aus, daß in der französischen Revolution die [E]igenart der proletarischen Taktik Frankreichs begründet liege, die gerade das [G]egenteil der deutschen von Marx und Lassalle inaugurierten zu sein habe, da [D]eutschland leider nie eine ordentliche Revolution gekannt habe. Daran ist [so]viel richtig, daß die Taktik von Jaurès allerdings das Gegenteil nicht bloß [de]r Guesdeschen, sondern auch der Marxschen und Lassalleschen, der deutschen [üb]erhaupt ist, während die Guesdesche und die deutsche von demselben Ge[da]nkengang getragen wird.

Doch dies nur nebenbei. Was hier in Betracht kommt, ist die Jaurèssche [T]hese, daß durch die Revolution dem französischen Proletariat eine andere [T]aktik vorgeschrieben worden sei, als dem deutschen. Dank der Revolution und [de]r Republik habe das Proletariat seit deren Beginn eine große historische [R]olle gespielt, „indem es die revolutionäre Bourgeoisie zuerst unterstützte und [da]nn mit sich riß“ („Humanité“ vom 14. September).

Auch darin liegt ein richtiger Kern. Kein Zweifel, dank der Revolution – die aber selbst wieder eine Folge einer besonderen ökonomischen Entwicklung

und hochgradiger Zuspitzung der Klassengegensätze war — hat das Proletari in Frankreich früher als in irgendeinem anderen Lande eine große politisc Bedeutung erlangt, aber nur zum Teil dadurch, daß es „die revolutionä Bourgeoisie zuerst unterstützte und dann mit sich riß", sondern zum größt Teile dadurch, daß es in Gegensatz zur Bourgeoisie geriet und sie b kämpfte.

Die feudale Monarchie hatte Frankreich am Ende des achtzehnten Jah hunderts in eine Lage gebracht, vergleichbar der des heutigen Rußland: Niede lagen nach außen, Korruption, ökonomischer Ruin im Innern; die völli Niederwerfung des Regierungssystems war eine Lebensfrage für die gan Nation geworden, an der alle Klassen interessiert waren, die nicht direkt der bestehenden Staatsverwaltung Anteil hatten. Aber diese Niederwerfu wäre damals schon unmöglich gewesen ohne das Eingreifen der unteren Volk schichten, Kleinbürger, Bauern, Proletarier. Sie bewaffneten sich, erstürmt die Bastille, brannten die Schlösser des Adels nieder, hoben die feudalen Last auf, begannen die Selbstverwaltung ihrer Gemeinden.

Die konstituierende Nationalversammlung bestätigte nur, was das Volk vo zogen hatte. Durch das Gesetz vom 14. Dezember 1789 wurde die vollständi Selbstverwaltung der Gemeinde anerkannt, kein Regierungsbeamter stand üb ihr. Sie erhielt auch ihre eigene bewaffnete Macht in den bewaffneten Bürger der Nationalgarde, die ihre Offiziere selbst wählte; das Gesetz vom 22. Dezemb setzte die Selbstverwaltung der Departements fest; am 5. Mai 1790 wurde d Wahl der Richter durch das Volk eingeführt, am 12. Juli endlich bestimm daß jede Gemeinde ihren Pfarrer, jedes Departement seinen Bischof selbst wähle.

Dieser Umwälzung der Verfassung entsprach eine Umwälzung des Steu wesens. Die herrschende Klasse versteht es immer, die Lasten des Staates, d sie ausbeutet und der sie schützt, den ausgebeuteten und niedergehaltenen Klass aufzuladen. Aus dem Steuersystem kann man daher den sozialen Charakt eines Staatswesens erkennen.

Die große Revolution beseitigte natürlich die Steuerfreiheit der privilegiert Klassen, dann aber auch die indirekten Steuern, die Salz- und Getränk steuern, das Tabaksmonopol, die inneren Zölle und die Gemeindeoktrois. Neb den Reichszöllen und dem Erlös aus dem staatlichen und kommunalen Grun besitz, der durch die Kirchengüter gewaltig vermehrt wurde, sollten die Staat einnahmen durch eine einzige direkte Steuer auf das Reineinkommen gele werden, das man, nach der damals herrschenden physiokratischen Lehre, au schließlich in der Grundrente sah. So hatte das Volk die Machtmittel d Klassenherrschaft, Staatsverwaltung, Rechtsprechung, Armee, Kirche, sich zu eig gemacht und die Lasten der Erhaltung des Staatswesens von sich ab auf d höheren Klassen abgewälzt: in der Tat, eine großartige Leistung, vollbra durch das unterstützende und vorwärtstreibende Eingreifen des Proletariats u des Kleinbürgertums in den Kampf der Bourgeoisie gegen die Monarchie.

Aber selbst damals schon, als noch eitel Harmonie zwischen Bourgeoisie u Proletariat zu sein schien und ihre Klassengegensätze höchstens in gelegentlich Hungerrevolten ohne politische Bedeutung zutage traten, warnte ihr Klasse instinkt die Bourgeoisie vor allzu großen politischen Konzessionen an das Pro tariat. Wenn sie schon nicht wagen durfte, die neugewonnene Freiheit dir zu konfiszieren, so suchte sie diese wenigstens indirekt zu monopolisieren, inde

ie die Unterscheidung des Aktiv- und Passivbürgers schuf. Nicht das Volk vurde bewaffnet, sondern nur die Aktivbürger; nur diese hatten die Gemeindevertreter, Richter, Pfarrer usw., sowie endlich die Deputierten in die Nationalversammlung zu wählen. Aktivbürger wurde aber nach dem Gesetz vom 22. Dezember 1789 nur, wer großjährig war, ein Jahr lang im Bezirk wohnte und eine direkte Steuer im Betrag von wenigstens drei landesüblichen Taglöhnen zahlte. Die Zahl der Aktivbürger betrug 4 Millionen bei einer Bevölkerung von etwa 26 Millionen. Überdies waren alle diese Wahlen indirekte, und da sich die Bourgeoisie dadurch noch nicht genügend geschützt glaubte, machte sie die Wählbarkeit für die Nationalversammlung von dem Besitz eines Grundeigentums und dem Zahlen einer direkten Steuer im Betrag von Mark Silber (etwa 50 Franken) abhängig.

Zu dem politischen Schutzwall des Zensus gesellte sich die Berufsarmee. Neben der Nationalgarde blieb das alte Heer bestehen mit seinen oft im Ausland geworbenen Regimentern, die sich zum Teil immer noch gegen das Volk gebrauchen ließen und die der Disziplin unter aristokratischen Offizieren unterworfen blieben. Endlich blieb noch als Schutzwall der besitzenden Klassen die Monarchie erhalten, die allerdings dem Parlament, der Nationalversammlung, untergeordnet wurde, aber immerhin das Kommando über die Armee, die Ernennung der regierenden Minister und das Recht behielt, den Beschlüssen der Nationalversammlung, wenigstens für einen gewissen Zeitraum, die Zustimmung zu versagen, ohne die sie nicht Gesetz werden konnten (das Veto).

Die große Bourgeoisie hing an der Monarchie und der Armee als der letzten Schutzwehr gegen den Andrang des revolutionären Volkes — Kleinbürger und Proletarier. Und als Ludwig XVI. aus Paris ins Ausland zu ziehen suchte, um mit der Hilfe auswärtiger Monarchen seinen wankenden Thron zu stützen, kam es nach seiner Gefangennahme zum ersten feindlichen Zusammenstoß der beiden Klassen in der Revolution. Während die Volksmasse die Abdankung des Königs forderte, verteidigte ihn die Mehrheit der Nationalversammlung. Wie sehr sie sich dabei schon ihrer Klasseninteressen bewußt war, beweist der damalige Ausspruch Barnaves: „Die Revolution muß innehalten; ein Schritt weiter auf der Bahn der Freiheit, und wir haben die Vernichtung des Königtums. Ein Schritt weiter auf der Bahn der Gleichheit, und wir haben die Aufhebung des Eigentums."

Als dann am 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld eine Petition aufgelegt wurde, welche die Abdankung des Königs forderte, und das Volk in Massen zuströmte, sie zu unterzeichnen, da rückte der „Freiheitskämpfer" Lafayette mit der bürgerlichen Nationalgarde von Paris an und jagte die Menschenmenge unter blutigem Gemetzel auseinander.

Das war die würdige Einleitung des Klassenkampfes von Bourgeoisie und Proletariat.

Barnave hatte recht gehabt, die Bourgeoisie mußte wünschen, daß die Revolution zum Abschluß komme. Sie hatte erreicht, was sie brauchte, jeder weitere Schritt auf dem Wege der Revolution mußte sich gegen das Eigentum, das heißt sie selbst wenden.

Aber in den Kämpfen der Jahre 1789 und 1790 hatten die niederen Volksklassen, namentlich von Paris, ihre Kraft erkannt; sie hatten gesiegt, aber die Frucht des Sieges war dem besitzenden Bürgertum zugefallen. Sie konnten sich dabei nicht beruhigen, sie mußten danach trachten, auf dem Wege der Frei-

heit und Gleichheit weiter zu marschieren, um sich aus ihrer Not und ihrem Elend emporzuarbeiten; und da sich die Bourgeoisie den Versuchen widersetzte, sie auf diesem Wege mit sich zu reißen, mußte es bald zu erbitterten Kämpfen zwischen beiden Klassen kommen.

Ihre Gegensätze wurden noch gesteigert durch den Krieg, den die verbündeten Monarchien Europas gegen das revolutionäre Frankreich führten, einen Krieg, in dem es sich nur behaupten konnte durch die energischste Aufbietung aller seiner Mittel, wie sie bloß die Rücksichtslosigkeit durchsetzen konnte, welche die unteren Klassen für das Eigentum empfinden. Jetzt (1792 und 1793) wurde die Monarchie in Trümmer geschlagen, das allgemeine Stimmrecht proklamiert, die alte Armee völlig aufgelöst und durch die Bewaffnung des gesamten Volkes ersetzt; jetzt wurde der Reichtum der Reichen dazu verwendet, die Armeen und die Armen zu ernähren. Aber es war eine Zeit des Schreckens, in der dies geschah, eine Zeit des Schreckens für die Bourgeoisie, die sich durch dieses Regime weder „unterstützt" noch „mitgerissen" fühlte; Akte, wie etwa die Hinrichtung der Girondisten, empfand sie durchaus nicht als Ausflüsse der „Kooperation der Klassen".

Die Schreckensherrschaft, diese Diktatur, wenn auch nicht des Proletariats allein, so doch der niederen Volksklassen, entsprang mit Notwendigkeit aus den Verhältnissen, aber sie war mit gleicher Notwendigkeit zum Scheitern verurteilt. Noch war die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Produktion nicht gegeben, bereits aber die Möglichkeit verschwunden, die Gesellschaft auf die individuelle Produktion des Kleinbetriebs zu beschränken. Die Herrschaft des Kapitals war eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden, der Krieg verstärkte, wie er es noch überall in dem letzten Jahrhundert getan hat, die dem Kapitalismus günstigen Tendenzen, da er ein gewaltiges Bedürfnis nach Massenproduktion und Massenhandel schuf. Gleichzeitig mit dem Bedürfnis nach Kapitalismus schuf er aber auch Kapitalien und Kapitalisten, sobald er eine siegreiche Wendung genommen hatte. Unermeßliche Reichtümer der Nachbarländer, namentlich ihrer Kirchen, Aristokraten und Fürstenhöfe floßen in die Taschen der Sieger und ihrer Ausbeuter. Dies und die Lieferungen für die Armeen schuf immer wieder neue Kapitalisten.

Da die Warenproduktion bestehen blieb, blieb auch die Schreckensherrschaft der Notwendigkeit unterworfen, für das wichtigste der modernen Kriegsmittel zu sorgen: Geld, Geld, noch einmal Geld. Und da die indirekten Steuern fast sämtlich aufgehoben waren, die direkten nicht genug abwarfen, bildete die Haupteinnahmsquelle der Regierung der Verkauf der konfiszierten kirchlichen und aristokratischen Güter an Leute, die sie bar bezahlen konnten, also nicht an Proletarier, sondern an Kapitalisten. Ungeheure Bodenflächen wurden von den Bodenspekulanten um billigen Preis erworben und dann in kleinen Parzellen mit großem Profit, meist an Bauern und Taglöhner, verkauft. Auch dadurch schuf der Krieg eine ausgedehnte und reiche Kapitalistenklasse.

Mit dem Siege schwand auch die Zwangslage, welche das Schreckensregiment für alle revolutionären Klassen zur Notwendigkeit gemacht hatte. Seine gewaltsamen Eingriffe ins ökonomische Leben wurden, außer für das Proletariat, immer unerträglicher. Das Proletariat selbst aber beraubte der Krieg seiner kampffähigsten Elemente, nicht nur durch Krankheiten und feindliche Waffen, sondern auch durch Kriegsglück und Beute, die so manchen armen Schlucker in die Reihen der Gebietenden und Reichen emporhoben. Gera

dadurch wurde auch im Volksheer selbst eine neue, vom Volke unterschiedene Offizierskaste mit kapitalistischen Instinkten und Interessen geschaffen, die an die Stelle des alten feudalen Offizierkorps trat.

So mußte sich die Wage bald wieder auf die Seite der Bourgeoisie senken. Der 9. Thermidor (27. Juli) 1794, der Sturz Robespierres, bildete den Wendepunkt, die Niederwerfung der Vorstädter von Paris in einer Serie blutiger Straßenkämpfe vom 12. Germinal bis zum 4. Prairial (1. April bis 23. Mai) 1795 war die entscheidende Katastrophe, die Hinrichtung Babeufs am 27. Mai 1797 der letzte Akt in dem Trauerspiel der Niederwerfung der niederen Volksmasse durch die revolutionäre Bourgeoisie. Schritt für Schritt wurde ihr ein Machtmittel nach dem anderen genommen, zuerst natürlich die Waffen des physischen Kampfes; die Nationalgarde wurde wieder zur bewaffneten Bourgeoisie. Die Armee fing wieder an, sich vom Volke abzusondern. Ihre Offiziere wagten schon, sie gegen dieses ins Feld zu führen. Ebenso wurden dem Volke die Waffen der Organisation genommen, seine Vereine aufgelöst (der Jakobinerklub am 12. November 1794), endlich die Waffe des Stimmzettels geraubt. Das Wahlrecht wurde durch die neue Verfassung des Jahres III (1795) an die Zahlung einer direkten Steuer und Ansässigkeit im Wahlbezirk während mindestens eines Jahres gebunden; an Stelle der direkten Wahl, welche die Verfassung von 1793 eingeführt, wurde wieder die indirekte durch Wahlmänner gesetzt.

Damit war die Herrschaft des niederen Volkes gebrochen, aber auch das Schicksal der Republik besiegelt. Die Bourgeoisie hatte die Armee wieder vom Volke losgelöst, über dieses gestellt und gegen dieses aufgeboten, nun wurde sie selbst vom Herrn der Armee unterworfen.

Napoleon vollendete nach seinem Staatsstreich vom 18. Brumaire (1799) das Werk der republikanischen Bourgeoisie, die neue Staatsgewalt zu einem Werkzeug der Klassenherrschaft zu gestalten. An Stelle der Selbstverwaltung der Gemeinde und des Departements trat die Verwaltung durch eine zentralisierte Bureaukratie.

Die Seele der lokalen Verwaltung wurde der von der Regierung ernannte Präfekt, der an die Spitze des Departements gestellt wurde und die Gemeinderäte aller Gemeinden im Departement, sowie auch die Bürgermeister in den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern ernannte. Die Bürgermeister der größeren Gemeinden wurden direkt von der Regierung bestellt.

An Stelle des vom Volke gewählten trat jetzt auch der vom Staatsoberhaupt ernannte, allerdings angeblich von der Regierung unabhängige Richter. Diesem wurde aber nun als aktivstes Element des ganzen Gerichtsverfahrens der Staatsanwalt zur Seite gestellt, der direkt ein Regierungsbeamter ist, von der Regierung seine Weisungen erhält und diese auszuführen hat.

Endlich wurde auch die kirchliche Hierarchie wiederhergestellt und dem neugeschaffenen Herrschaftsapparat einverleibt, durch das Konkordat von 1801.

Dies Konkordat besteht heute noch, es ist jetzt eben das Objekt lebhafter Kämpfe. Aber nicht bloß das Konkordat, der ganze um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts geschaffene Verfassungsbau hat sich in allen wesentlichen Punkten unverändert bis heute erhalten, so sehr entsprach er den Interessen der Bourgeoisie.

Und wie mit der Verfassung, verhält es sich mit der Steuergesetzgebung. Die direkten Steuern traten nun wieder an Bedeutung zurück neben den in-

direkten, die hervorgeholt und modernisiert wurden. Das Kaiserreich erneue die Getränkesteuer, Salzsteuer, das Tabakmonopol, das Oktroi der Gemeinde es erhöht auch die Einfuhrzölle. Nach Adolf Wagners „Finanzwissenschaf (III. Teil, S. 380, 389) rechnete das französische Budget mit folgenden Ei nahmen (in Millionen Franken):

	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Enregistrement und Stempel
1800	263	12 (Zölle)	123
1810	303	217	191
Zunahme	15 Prozent	1700 Prozent	55 Prozent

Gegen alles das hatte die Bourgeoisie nichts einzuwenden. Das einzi was sie an der Verfassung des Kaiserreichs unangenehm empfand, war d Mangel des Parlamentarismus. Dieser ist die ihrer Klassenlage am best angepaßte Form für ihre Klassenherrschaft, danach verlangt sie allenthalbe wo sie ökonomische Macht erlangt hat. Um die Gewinnung eines Repräsentati systems, um die Vermehrung der Rechte des Parlamentes, um die ihren Interess am besten angepaßte Gestaltung des Wahlrechtes drehten sich allein alle d politischen Kämpfe der einzelnen Schichten der Bourgeoisie — hohe Finar industrielles großes und kleines Kapital, Großhandel, Zwischenhandel — den nächsten Jahrzehnten nach dem Erstehen und dem Zusammenbruch d Kaiserreichs.

Die unteren Klassen des Volkes dagegen, wenigstens die Kleinbürger u Proletarier in Paris, blieben dem Gedanken der Republik treu, der einzig Staatsform, durch die sie wenigstens zwei Jahre lang (1792 bis 1794) Fran reich beherrscht und in die Geschicke Europas bestimmend eingegriffen hatte Die Republik war die Form ihrer Klassenherrschaft gewesen, an ihr hielten fest. Zu ihnen gesellten sich alle die mannigfaltigen Ideologen, die teils, me oder weniger bewußt, die Interessen der unteren Klassen vertraten, teils si an der Größe der Erinnerungen von 1793 berauschten, ohne sich über d Klassengegensätze klar zu werden, die damals miteinander rangen.

So oft die Kämpfe der Bourgeoisie mit Königtum, Junkertum, Kirche si so sehr zuspitzten, daß die unteren Volksklassen dadurch aufgewühlt und politischen Aktionen getrieben wurden, tauchten auch republikanische Tendenz auf, welche die liberale Bourgeoisie dann eifrig niederzuhalten bestrebt wa denn auch in ihrer Erinnerung war die Republik gleichbedeutend mit de Regime der unteren Volksklassen. 1830 gelang es ihr auch, nach Vertreibun der Bourbonen, die drohende Republik zu eskamotieren und den Orleans a den Thron zu verhelfen. Aber nicht so glücklich war sie 1848, als die Ag tation um eine Wahlreform durch die Provokationen der Regierung urplötzli zu einem Kampfe gegen die Dynastie und deren Umsturz führte. Diesm beherrschten die unteren Volksklassen so gründlich das Feld, daß die Repub unvermeidlich wurde. Um zu retten, was zu retten war, blieb den bürgerlich Politikern nichts übrig, als sich im Handumdrehen zur Republik zu bekehre damit sie ihre Regierung bilden könnten. So kam's zur zweiten Republik.

(Fortsetzung folg

Marinesorgen.

(Revision des Flottenprogramms.)

Von **A. Bebel.**

Dieses ist der Titel einer in diesen Tagen erschienenen Schrift des Kapitän-
utnants a. D. F. Rust, die großes Aufsehen erregen wird.[1] Sie dürfte bis
och hinauf in die Marinekreise mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen
erden. Es ist wieder eine der literarischen Bomben, die für gewisse Leute sehr
r Unzeit platzen. Herr Rust kritisiert unsere ganze Flottenpolitik in ver-
chtender Weise. Er fordert im Grunde genommen einen völligen Umsturz
iseres Flottenprogramms, das er als verkehrt und verhängnisvoll ansieht,
ıd empfiehlt das Betreten ganz neuer Wege für die Marinerüstung. Die
ıuen Kosten, die daraus entstehen, verursachen ihm kein Kopfzerbrechen, er
ht, wie alle Fachleute, auf dem Standpunkt: ist eine neue Rüstung notwendig,
müssen die Mittel aufgebracht werden, einerlei wie und woher.

Gelingt es unseren offiziellen Sachverständigen in der Marine nicht, die
ustsche Kritik als unhaltbar oder mindestens als stark übertrieben nachzu-
eisen, dann ist die deutsche Marineverwaltung nicht wenig bloßgestellt. Aber
cht minder auch die Mehrheit des Reichstags, die unter Führung des Zentrums
h so eifrig für die beiden Flottenvorlagen von 1898 und 1900 engagierte.
as Diktum des verstorbenen Lieber von den blamierten Europäern dürfte
ne fröhliche Auferstehung feiern, aber mit einem recht unangenehmen Bei-
schmack.

Wie vorauszusehen war, sind es die auf dem russisch-japanischen Kriegs-
auplatz zu Wasser gemachten Erfahrungen, die Rust zur Abfassung seiner
hrift den stärksten Anstoß gaben. Insbesondere sind es die Vorkommnisse,
e den Untergang der großen Panzer, des russischen „Petropawlowsk" und des
panischen „Hatsuse", herbeiführten, die ihn in der Ansicht bestärken, daß es
Zukunft mit den großen Panzern vorbei sei, und ihm das deutsche Flotten-
ogramm, das sich hauptsächlich auf den Bau solcher Panzerkolosse stützt, als
rchaus verfehlt erscheinen läßt. Neben dem Torpedoboot sieht Rust in dem
iterseeboot, dessen Bau Frankreich und England in neuester Zeit energisch
reiben, den gefährlichsten Feind der großen Panzer, der es künftig letzteren
möglich macht, noch Küstenangriffe zu unternehmen. Das Unterseeboot
deute eine Revolution in der Seekriegführung. Das Unterseeboot sei der
ıftige Beherrscher des Kanals, auf dem sich alsdann kein Panzerschiff mehr
gen dürfe. Mit der nötigen Zahl von Torpedo- und Unterseebooten aus-
üstet, seien die deutschen Küsten gegen jeden Angriff einer feindlichen Flotte
llkommen geschützt. Keine Küste eigne sich besser für diese Art der Verteidi-
ng, als die deutsche. Mit dem Kostenaufwand zweier großer Panzer (zirka
Millionen Mark) seien die deutschen Küsten sehr viel billiger und besser
gen jeden feindlichen Angriff gesichert, als durch kostspielige und schwerfällige
ınzergeschwader.

Rust bringt damit das Wort des verflossenen Marineministers Hollmann
eder zu Ehren, der bereits im Frühjahr 1897 in der Budgetkommission des
ichstags nachdrücklich erklärte: „Für den Küstenschutz brauchen wir keine
otte, die Küsten schützen sich selbst." Diesen Satz beklatschte damals lebhaft

[1] Berlin 1904, A. Schwetschke & Sohn.

auch das Zentrum, aber kaum neun Monate später hatte man ihn vergess
als Herr Tirpitz Marineminister wurde und mit seinem Schlachtflottenprogram
— welches das des Kaisers war — vor den Reichstag trat. Nunmehr wurde d
Zentrum dessen eifrigster Fürsprecher und Herr Lieber als Referent tat dam
in der Kommission und im Plenum, als habe er die Marineweisheit der gan
Welt in sich aufgenommen. Schade, daß er die Rustsche Kritik nicht mehr erleb

Im Eifer seiner Kritik gibt Rust auch manches zu, womit er uns Flott
gegnern Wasser auf die Mühle liefert. So schreibt er auf S. 14 seiner Schri
„Welchen Einfluß man einer Kriegsflotte auf die Entwicklung des Welthand
zusprechen soll, muß dahingestellt bleiben; Sieg und Niederlage werden in Z
kunft auf weiten, europäischer Kultur eben erst erschlossenen Gebieten im wi
schaftlichen Kampfe entschieden werden. *Hier ist die Überlegenheit ein
und allein von der Güte und der Preiswürdigkeit der deutsch
Waren, nicht von der Zahl und Tragweite der deutschen Schiff
geschütze abhängig.*" Und auf S. 124 bemerkt er: „Zu unserer Verteidigu
und zu unserem Leben wäre die Flotte nicht absolut notwendig." Auch dar
glaubt er nicht, daß wir unsere Kolonien vor der Wegnahme durch eine frem
Macht — Frankreich oder England — schützen könnten. Überhaupt ist
Pessimismus, den Rust für den Fall eines Seekriegs mit England an den T
legt, im höchsten Grade bemerkenswert. Bekanntlich haben unsere Wass
chauvinisten die Ansicht, daß wir eine Flotte haben müßten, die es mit d
jenigen Englands aufnehmen könne. Und als es vor Jahren galt, die Reklam
trommel für die neuen Flottenvorlagen zu rühren, war es der stetige Hinw
auf Englands Seeübergewicht, der die Hauptbegründung für die Flott
vorlagen liefern mußte. Jetzt wundert man sich, daß England auf Deut
land schlecht zu sprechen ist und man in England Deutschland mit größt
Mißtrauen behandelt.

Rust hat für die Auffassung, daß wir es einst mit England zur See a
nehmen könnten, wie alle Vernünftigen, nur ein Achselzucken. Vor allem v
urteilt er die geräuschvolle Art, womit bei uns alles in Szene gesetzt wi
wodurch auch in der Flottenfrage die Gegner erst stutzig gemacht wurden. S
dem habe England von neuem gerüstet, so daß nunmehr der Abstand in d
beiderseitigen Flottenkräften *nicht kleiner, sondern größer geworden* s
„Mit unseren Seestreitmitteln sind wir ohnmächtig, dem Handel Englands o
auch nur demjenigen Frankreichs wesentlich zu schaden.... Bei einem K
flikt mit England — vor dem uns die Vorsehung bewahren möge — wür
*kein Dampfer mehr aus der Weser oder Elbe auslaufen, die schwa
weiß-rote Flagge würde von dem Weltmeer weggefegt.*"

Das sind bittere Wahrheiten, die bei verschiedenen Leuten stark verschnup
werden. Man muß es dem Kapitänleutnant a. D. nachrühmen, er besitzt d
Mut seiner Überzeugung. Das ist um so höher anzuerkennen, da er sich kei
Augenblick über die Folgen seines Auftretens täuscht. Nachdem eine kaiserli
Order zu Anfang dieses Jahres ergangen ist, durch die die Offiziere a. D. u
z. D. der Armee verwarnt wurden, schriftstellerische unliebsame Kritiken an d
Zuständen in der Armee zu üben, so wird vielleicht nunmehr auch eine sol
Order an die Offiziere a. D. und z. D. der Marine ergehen. Rust beschw
sich bitter und mit dem größten Recht über die Unfreiheit der Kritik in Deut
land, die dem Reiche nur zum Schaden gereicht. Er verweist auf das A
land, woselbst in dieser Beziehung die Dinge ganz anders lägen. In Engl

scheue sich selbst ein aktiver Admiral, wie Lord Beresford, nicht, öffentlich Kritik an Mängeln in der Flotte zu üben und Vorschläge zu ihrer Abhilfe zu machen. Ähnliches geschehe in Italien, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten. Für aktive Seeoffiziere und Ingenieure sei es bei unseren Verhältnissen **unmöglich**, unparteiisch zu schreiben, und unter den inaktiven gebe es auch nur wenige, die es riskierten, denn die Wahrheit sei ein gefährlicher Begleiter und ein unwillkommener Gast. Wer Fachblätter anderer Nationen kenne, werde verwundert sein über die geringe fachwissenschaftliche Betätigung unserer Seeoffiziere und Ingenieure im Vergleich zu derjenigen anderer Nationen.

Diese preußisch-deutsche Unduldsamkeit, die keine Kritik leiden und keine vertragen kann, kostet das deutsche Volk schwere Opfer. Die gefährliche Einseitigkeit des herrschenden Systems und die Unvollkommenheit der technischen Organisation kann nur Mangelhaftes liefern. Wer zum Beispiel glauben würde, an der Spitze der Konstruktionsabteilung im Marineamt stehe ein genialer Ingenieur als Chefkonstrukteur, der den Bau der Schiffe leite, irrte sich sehr. Das ist zwar überall im Ausland der Fall, aber nicht bei uns. Hier steht an der Spitze dieses wichtigsten Zweiges der Marineverwaltung ein Konteradmiral, dem ein zweiter hoher Seeoffizier folgt, erst dann kommen die verschiedengradig titulierten Fachleute. Die Folge dieses Systems ist, nach Rust, ein kolossaler Dilettantismus, der Unklarheiten und Schwankungen erzeugen müsse und mit mangelhaften Bauten die Wehrmacht zur See bezahle.

Der Verrottetheit der militärisch-hierarchischen Auffassungen zuliebe werden also die wichtigsten Interessen des Landes geopfert. Infolge dieses Systems, behauptet Rust, besitze Deutschland bis heute noch keinen Schiffsbauingenieur von Ruf. Auch sei die Folge der verkehrten Einrichtungen, daß Deutschlands Staatswerften teurer bauten als die englischen, obgleich die Arbeiter in England sehr viel höhere Löhne erhielten — was er zahlenmäßig nachweist — und die Arbeitszeit kürzer sei. Bekanntlich besteht in den englischen Marinewerkstätten der Achtstundentag. Trotzdem baue England seine Schiffe 35 Prozent billiger als Deutschland.

In wissenden Kreisen sei es kein Geheimnis, daß unsere Kriegsschiffbauten, auch wenn man öffentlich ihre Vortrefflichkeit ausposaune, recht viel zu wünschen übrig ließen. So seien die englischen Panzerschiffe wie die englischen Panzerkreuzer den deutschen erheblich überlegen. Unser neuester in der Ausrüstung begriffener Typ Braunschweig könne es weder mit dem englischen Typ Eduard VII., noch mit dem „Vermont“ der Amerikaner, noch mit der „Republique“ der Franzosen aufnehmen.

Auch die Organisation der Seestreitkräfte erachtet Rust für verfehlt. Die Einteilung der Flotte in heimische Schlachtflotte und Auslandsflotte müsse den Fachmann aufs höchste überraschen. Keine andere Marine kenne diese markierte Unterscheidung. Ein Flottenprogramm auf lange Sicht, wie das deutsche, sei ein Nonsens, das gebe es nirgends. Die Erfahrungen in Ostasien hätten alles bei uns in Frage gestellt, eine gründliche Revision des Flottenprogramms sei unumgänglich.

Rust fordert in erster Linie, erstklassige Panzerkreuzer zu bauen von größter Schnelligkeit und der Fähigkeit, einen großen Kohlenvorrat aufzunehmen; die sogenannten geschützten Kreuzer müsse man ganz fallen lassen, sie seien die auf sie verwendeten Kosten nicht wert. Weiter gelte es, Torpedoboote und Unterseeboote in ausreichender Zahl herzustellen.

Man darf gespannt sein, was die offiziellen Marinekreise auf die Kritik und die Vorschläge des Kapitänleutnants a. D. zu antworten haben. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Flottenfragen hat durch die vorliegende Schrift eine Stärkung erfahren. Wie auf dem Lande so treibt auch auf dem Wasser die unausgesetzt fortschreitende Technik zur Unmöglichmachung der Kriege.

Die italienischen Wahlen.

Von **Oda Olberg** (Rom).

Im Jahre 1897, unter dem Ministerium de Rudini, brachte die italienische Partei 108086 Stimmen auf und eroberte 16 Mandate. Seit dieser Zeit ist sie nicht wieder allein vor einen allgemeinen Wahlkampf getreten und hatte daher vor dem 6. November dieses Jahres keine Gelegenheit, sich ein klares Bild von den Kräften zu machen, die sie zur Eroberung der politischen Macht im Parlament aufzubieten vermag. Dieses Bild haben uns nun die letzten Wahlen gegeben, bei denen die Partei über 300000 oder etwa ein Fünftel aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte und 29 Mandate errang.

Wenn trotz dieses Fortschritts, der wohl die normale Entwicklung eines gesunden Parteiorganismus in günstigem sozialen Milieu darstellt, im In- und Ausland von einem Stillstand oder Rückschritt der sozialistischen Bewegung Italiens gesprochen wird, den die jüngsten Wahlen verraten sollen, so geschieht dies teils als bewußte offiziöse Tatsachenfälschung, teils aber auch aus Unkenntnis oder falscher Deutung der jüngsten Parteigeschichte. Man weist darauf hin, daß den Wahlen von 1897 die Wahlen von 1900 unter Pelloux folgten, die 32 sozialistische Mandate ergaben, vergißt aber, daß diese Wahlen sich als Vergleichsobjekt ausschalten, da in ihnen die sozialistische Partei mit Republikanern und Radikalen gemeinsam vorging.

Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß der Bund der Volksparteien den Sozialisten mehr gegeben hätte als er sie kostete. Im Gegenteil glaube ich, daß die Partei den Republikanern und Radikalen ein größeres Stimmenkontingent zuführte, als sie von beiden empfing und daß daher die Zahl der damals von sozialistischen Kandidaten *erhaltenen* Stimmen — 164946 — ein wenig hinter der von den Sozialisten — für Kandidaten aller drei Fraktionen — *abgegebenen* zurückbleibt. So hat uns der Bund der Volksparteien durchaus nicht eine fiktive Stimmenkraft gegeben. Wohl aber hat er künstlich die Widerstände vermindert, mit denen unsere Partei, sobald sie allein steht, unfehlbar rechnen muß, und hat so Illusionen und Enttäuschungen gezeitigt. Es liegt auf der Hand, daß drei Parteien, die sich darüber einigen, einander keine Wahlkonkurrenz zu machen, im Wahlkampf über ihre Stimmenkraft hinaus erfolgreich sind, ähnlich, wie ein Kartell Industrieller auf dem Markte größere Chancen hat, als dem einzelnen nach seinen Leistungen zufielen.

Daß das Kartell der äußersten Linken vor allem im Sinne einer Erleichterung der Ergänzung der Mandate wirkte, wird auch bewiesen — freilich in plumper, anfechtbarer Weise — durch das Verhältnis zwischen Stimmenzahl und Mandaten, das sich in keinem unserer Wahlkämpfe so günstig gestaltete wie im Jahre 1900. Ferner finden wir diese Auffassung erhärtet durch die Art, wie uns diesmal ein Teil der 1900 erworbenen Mandate verloren ging:

nicht weil die Zahl der sozialistischen Stimmen gesunken war, sondern vielmehr, weil republikanische oder radikale Kandidaturen unsere Kandidaten in Stichwahl mit den Konstitutionellen brachten. Die Wahlen von 1900 haben ein in keinem Verhältnis zur sozialistischen Stimmenzahl stehende sozialistische Vertretung ins Parlament gesandt; die jüngsten Wahlen, die die Partei von neuem auf ihre eigene Kraft stellten, brachten uns wieder auf das uns als Kampfpartei zukommende Maß und erhielten uns ungefähr den bisherigen Bestand bei verdoppeltem Aufgebot von Wählern.

Bei Auflösung der Kammer zählte das italienische Parlament 32 Sozialisten, ungerechnet Barbato, der, in einem republikanischen Wahlkreis gewählt, vor mehreren Monaten das ihm aus persönlicher Sympathie gewährte Mandat niedergelegt hatte. Von den 32 Sozialisten gehörten 28 der sozialistischen Partei an, 3 den Mailänder autonomen Gruppen (Turati, Majno und Maironi), 1 ist Wilder (de Felice). In der neuen Kammer sitzen ebenfalls 32 Sozialisten, von denen 29 der Parteiorganisation angehören, 1 den autonomen Gruppen (Turati) und 2 unorganisiert sind (de Felice und Auteri-Berretta). Die Partei verfügt also über 1 Mandat mehr als in der vorigen Kammer.

Freilich hat sie Verluste erlitten, wie sie in dieser Höhe wohl keine sozialistische Partei anderer Länder zu verzeichnen hat, *aber sie hat kein einziges Mandat verloren, das sie aus eigener Kraft, ohne den Bund der Volksparteien, gewonnen hatte.* Von den 12 verlorenen Mandaten schalten wir zunächst einmal Bergamo aus, das eben erst in einer Ersatzwahl gewonnen war und dessen Vertreter (Maironi) noch nicht einmal im Parlament gewesen ist. Auch Varese (Bossi) wurde erst vor zwei Jahren bei einer Ersatzwahl erobert. Solche Wahlkreise gehören nicht zum Parteibestand. Bleibt Ravenna II, das wir nach dem Interregnum einer Legislaturperiode den Republikanern zurückgaben, Mailand II, wo wir 1900 nur mit Hilfe der Republikaner und um wenige Stimmen den absolut siegessicheren Gegner schlugen und wo diesmal der reformistische Kandidat 870 Stimmen weniger erhielt als bei den vorigen Wahlen, während der Parteikandidat es gar nur auf die kümmerliche Zahl von 74 Stimmen brachte,[1] und Neapel IX, wo die Regierung im Bunde mit der Camorra durch Truppenkordons die Sozialisten vom Wählen abhielt. Alle anderen verlorenen Kreise gingen verloren trotz normalen Zuwachses der sozialistischen Stimmen, 2 in der Hauptwahl, die 1900 mit minimaler Mehrheit gewonnen waren, die übrigen 5 in der Stichwahl.

Den 12 verlorenen stehen 12 eroberte Kreise gegenüber, von denen 1 dem nicht organisierten Sozialisten Auteri-Berretta zufiel, einem Sizilianer, dessen Name außerhalb seiner Insel wenig bekannt ist. Von den 11[2] interessiert uns

[1] Folgendes sind die Wahlergebnisse der 6 Mailänder Kreise, wo, ebenso wie in Como und Bergamo, die Reformisten eigene Kandidaten aufstellten, im II. (Majno) und V. (Turati) Kreise im Bündnis mit den Radikalen. Im VI. Kreise stimmten sie für den Parteikandidaten Cabrini.

	I	II	III	IV	V	VI
Sozialisten	179	74	283	110	714 }	
Reformisten	820 }	1794	758	535 }		2176
Radikale	942 }		1363	1199 }	4572 }	780
Republikaner oder Klerikale	698	128	200	270	211	99
Konservative	2329	2613	1426	2330	1421	1190

[2] Diese 11 Wahlkreise, nach der Höhe der Stimmenmehrheit geordnet, sind Pescarolo (Bissolati), San Giovanni in Persiceto (Giacomo Ferri), Empoli (Masini), Alexandria

vor allem Pescarolo, wo die Partei 1895 schon in Stichwahl war, 1897 auf den Namen Bissolati siegte, 1900 um 24 Stimmen unterlag und jetzt mit über 1000 Stimmen Mehrheit wieder in ihre Rechte eintritt. 6 weitere Kreise sind mit einer Mehrheit von 500 bis 800 Stimmen erobert und dürften Erbgut der Partei werden; 4 sind um wenige Stimmen dem Gegner abgenommen und sind vorderhand noch auf unsicherem Grunde.

Ehe wir den Boden der rein beschreibenden Wahlchronik verlassen, müssen wir noch der Verteilung der sozialistischen Stimmen unsere Aufmerksamkeit schenken. Die Zahlen der sozialistischen Stimmen sind nicht absolut genau, sondern einfach aus der Zusammenstellung der Berichte der „Agenzia Stefani" gewonnen. Sie bleiben nicht unwesentlich hinter der Wirklichkeit zurück; besonders der Süden und die Inseln sind beeinträchtigt, weil dort vielfach sozialistische Zählkandidaten aufgestellt waren, deren Stimmenzahl die Berichte einfach der Rubrik der zersplitterten Stimmen zuteilen. Für ganz Italien dürften die Zahlen um 1 bis 1½ Prozent zu erhöhen sein.

Die Statistik beschränkt sich auf die für Parteikandidaten abgegebenen Stimmen. Die von den Kandidaten der autonomen Sektionen — in fünf Mailänder Wahlkreisen, in Como und Bergamo — sowie von de Felice in Catania erhaltenen Stimmen bleiben unberücksichtigt, wogegen diejenigen mitgezählt sind, die die Autonomisten und de Felice erhielten, wo sie von Parteiabteilungen regelrecht aufgestellt wurden. Es ergibt sich so eine Gesamtsumme von 301 525 sozialistischen Stimmen, von denen 169 694 Stimmen auf Norditalien entfallen, 102 290 auf Mittelitalien, 18 356 auf Süditalien und 11 185 auf die Inseln.

Die auf Seite 277 folgende Tabelle veranschaulicht die sozialistische Stimmenzahl der einzelnen Regionen bei den Wahlen von 1897, 1900 und 1904.

Wie man ersieht, ist die sozialistische Bewegung sehr ungleich über Italien verteilt, eine Erscheinung, die auf geographische, geschichtliche und wirtschaftliche Ursachen zurückgeht, zu deren Würdigung wir vielleicht gelegentlich kommen werden. Fortschritte sind aber auf der ganzen Linie gemacht worden, und zwar die verhältnismäßig größten von den rückständigsten Landschaften. Einzig Campanien zeigt Stimmenrückgang, der hier wohl auf die beispiellose Vergewaltigung der Wähler durch die Ordnungsparteien und die Camorra zurückzuführen ist. Bei dem relativ geringen Stimmenzuwachs der Lombardei ist zu bedenken, daß die 9259 Stimmen der Autonomisten in Mailand nicht mitgezählt sind, sondern nur die wesentlich niedrigere Stimmenzahl (3536) der Parteikandidaten.

Schon die zahlreichen Stichwahlen (30) haben gezeigt, daß immer mehr Wahlkreise mit der Möglichkeit einer Eroberung durch die Sozialisten rechnen müssen. Hier haben selbst die mit dem Parteileben Vertrauten viele Überraschungen erfahren. Wer konnte zum Beispiel erwarten, daß in einem einig fünfzig Kilometer von jeder Bahnverbindung entfernten Wahlkreise der toskanischen Sümpfe und Wälder, wo auf den Quadratkilometer 32 Einwohner kommen, in der malariadurchseuchten Maremma und den wilden Bergen des Kreises Scansano, ein Landarbeiter, Genosse Donatelli, mit dem ministeriellen Kandidaten in Stichwahl käme, in einem Kreise, in dem man 100 Kilomete

---

(Zerboglio), Belluno (Perera), Bozzolo (Aroldi), Montagnana (Carazzolo), Castelmaggior (Bentini), Bologna II (Costa), Portomaggiore (Enrico Ferri) und Mantua (Dugoni). Di Wahlen Bissolatis, Costas und E. Ferris sind Doppelwahlen.

Landschaften	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen	Sozialistische Stimmen	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen	Sozialistische Stimmen	Abgegebene Stimmen[1]	Sozialistische Stimmen
	1897			1900			1904[2]	
Piemont	338994	192985	25250	357928	202381	43811	245191	73565
Ligurien	102203	54459	5281	104959	52152	10619	69555	16173
Lombardei . . .	353557	171110	21426	371832	192036	34954	259143	52484
Venezien	228950	101714	10704	242376	111743	12079	152382	27472
Norditalien . .	1023704	520268	62661	1077095	558312	101463	726271	169694
Emilia und Romagna . .	162637	90414	19378	175353	99264	26306	135410	47831
Marken	65799	35315	3581	68293	39413	2609	42715	9051
Umbrien	50366	27215	1315	49074	26016	1885	34720	6812
Toskana	194183	110863	10476	201122	115485	18654	142455	31824
Latium	61816	38481	1893	65951	37973	1937	44329	6772
Mittelitalien .	534801	302288	36643	559793	318151	51391	399629	102290
Abbruzzen und Molise . . .	72464	47632	914	79597	50479	1019	54582	1364
Campanien . .	156438	111102	2543	171392	107934	6375	118764	5027
Apulien	92307	65788	1770	98507	71295	2034	81269	8504
Basilicato . . .	21425	13724	—	23774	14308	72	16190	735
Calabrien . . .	63582	42859	954	66995	42284	200	49141	2726
Süditalien . .	406216	281105	6181	440265	286300	9700	319946	18356
Sizilien	126368	86123	2601	140322	86510	2209	110916	9810
Sardinien . . .	29820	18356	—	31034	19788	183	24940	1375
Inseln	156188	104479	2601	171356	106298	2392	135856	11185
Ganz Italien .	2120909	1208140	108086	2248509	1269061	164946	1581702	301525

[1] Die Zahlen dieser Kolonne sind ebenso wie die der sozialistischen Stimmen nach den Telegrammen der „Agenzia Stefani" zusammengestellt. Da gelegentlich einige vorläufige Resultate als definitive erscheinen können, dürften sie hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Andererseits begreifen sie auch die für nichtig erklärten Stimmen ein, während die offiziellen Statistiken entnommenen Zahlen für 1897 und 1900 nur die gültigen Stimmen umfassen.

[2] Die Daten über die Wahlberechtigten für die letzten Wahlen sind zurzeit noch nicht erhältlich.

im Wagen zurücklegen muß, um zwei Versammlungen zu halten? Wer durfte hoffen, daß das konservative Florenz drei Genossen zur Stichwahl brachte?

Freilich, von 30 Stichwahlen waren nur 4 uns günstig — weil die Regierung all ihre Wahlbeeinflussung aufbot und weil bei dem für die Stichwahlen seit dem Parteitag von Florenz (1896) geltenden Bündnis mit Republikanern und Radikalen die „verwandten Parteien" uns verwandtschaftlich behandelten, indem sie die sozialistischen Stimmen für ihre Kandidaten annahmen, ohne in der Gegenleistung übertrieben ehrlich zu sein. Unser gewaltiger Stimmenzuwachs

auf der ganzen Linie ist uns die beste Bürgschaft für die Zukunft und die Partei wird sich die Freude daran gewiß nicht durch ein paar eskamotierte Mandate vergällen lassen.

* * *

Nun erschöpft sich aber die Eigenart dieses Wahlkampfes keineswegs in der gegebenen ziffernmäßigen Darstellung. Ihm kommt eine große prinzipielle Bedeutung zu und er wird in der inneren Politik in gewissem Sinne Epoche bilden, weil er eine Neugruppierung der Ordnungsparteien einleitet.

Man bedenke, daß die Wahlen auf den Generalstreik folgten und nach der Darstellung der Regierung das „Urteil des Volkes" über ihn bilden sollte. Obwohl man nun die Stimme des Landes mit allen Mitteln zu ersticken gesucht hatte und sie durch das Getöse der Waffen und das Klirren der Goldrollen zu übertönen bemüht war, haben sich über 300000 Wähler gefunden, die am Tage nach dem Generalstreik, am Tage also nach einer revolutionären Bewegung, die ungeheure materielle Opfer gekostet hat, ohne andere als rein ideelle Vorteile zu bringen, für die Partei und ihr Programm einstanden. Man schlage das nicht gering an. Der Streik hat in vielen Städten, vor allem in Genua und Mailand, sehr ernste Formen angenommen. Auch hat die Partei ihn nicht als eine Episode dargestellt, deren Verantwortlichkeit sie ablehnen, die sie als etwas dem Wesen unseres Kampfes fremdes von sich weisen könne. Die Partei hat sich vielmehr durch Äußerungen ihres Vorstandes und in ihrem Zentralorgan offen und ausdrücklich zu dem Streik bekannt, sie hat ihn als im vollen Einklang mit den sozialistischen Methoden und Zielen gelten lassen, als eine Lebensäußerung einer proletarischen im Klassenkampf stehenden Partei, die sich wiederholen kann und wiederholen muß. Und so lautete die Frage, die der Wähler durch Abgeben einer sozialistischen Stimme bejahte, nicht mehr wie bisher: wollt ihr zu einer Partei stehen, die diese und jene Menschheitsideale anstrebt, dieses und jenes Gegenwartsprogramm hat und für deren Mitgliedschaft ihr verfolgt, geschädigt, hundertfach gehemmt werdet? Diese Frage haben viele junge Schwärmer begeistert bejaht, mehr um der Verfolgung als um des Programms willen. Der Sturm des Generalstreiks hat diese Gefolgschaft gründlich abgeschüttelt — gehört doch zum Wesen des „Sympathikers" eine gewisse, wenn auch nicht allzu grelle Färbung des wehrlosen Verfolgtseins. Von da bis zum Aufsichnehmen der Verantwortung für den Generalstreik ist ein weiter Schritt, den nur derjenige tun wird, der von der geschichtlichen Notwendigkeit unserer Bewegung, von der Unvermeidlichkeit eines gewaltsamen Austrags und von der Höhe des Einsatzes überzeugt ist, sei es auf Grund theoretischer Erwägungen oder aus der persönlichen Klassenstellung heraus.

So ist der Generalstreik ein trefflicher Prüfstein für die Scheidung des vagen Gefühlssozialismus von dem Sozialismus des Klassenkampfes geworden.

Ferner hat er reale Gegenwartsinteressen der kleinbürgerlichen Schichten verletzt und hat diese, die von vielen Punkten unseres Minimalprogramms angezogen wurden, sehr schroff abgestoßen. Besonders die in Italien ungeheuer zahlreiche Schicht der kleinen Kaufleute ist durch den Streik sehr geschädigt worden und uns jedenfalls als Wählermasse diesmal ganz verloren gegangen.

Dieses Lösen einer fiktiven Gemeinschaft der Ideale und Interessen hat seinen politischen Ausdruck in dem Zerfall des Bundes der Volksparteien ge-

funden. Unter dem Drucke der auf die Maiaufstände des Jahres 1898 folgenden Reaktion ist dieser Bund bekanntlich entstanden als eine Vereinigung der Sozialisten und der bürgerlichen Demokratie zur Wahrung der elementaren politischen Rechte, die dem aufsteigenden Bürgertum ebenso unentbehrlich sind, wie dem Proletariat. Als Schutz- und Trutzbündnis hat es damals zweifellos seine Lebensberechtigung gehabt und sie auch dokumentiert durch den siegreichen Kampf gegen die die verfassungsmäßigen Freiheiten bedrohende Reaktion. Nachdem aber diese Freiheiten vorläufig soweit gesichert erschienen, daß kein reaktionärer Anfall sich an sie heranwagt, verlor der Bund seinen geschichtlichen Sinn und damit seinen inneren Halt. Angesichts des Generalstreiks brach er zusammen, wie er bei jeder anderen spezifisch sozialistischen Kundgebung zusammengebrochen wäre.

Sehr mit Unrecht hat man Radikalen und Republikanern einen „Abfall" von ihrem Programm vorgeworfen. Davon ist keine Rede. Gerade weil diese beiden Fraktionen sich selbst treu blieben, die Republikaner ihrem ideologischen, von der sozialen Wirklichkeit abstrahierenden Programm, die Radikalen den Leitsätzen der bürgerlichen Demokratie, konnten sie dem Proletariat auf den Wegen nicht folgen, die der blinde, automatische Klassenkampf gebahnt hat, deren Beschreiten mit Bewußtsein aber nur von denen gewollt und gebilligt werden konnte, die von dem Kampfe der Klassen und von ihrer eigenen Tüchtigkeit zu diesem Kampfe die Verwirklichung ihrer sozialen Ziele erwarten. Was hatten Radikale und Republikaner mit dem Generalstreik zu schaffen, bei dem das Proletariat alle Räder stillstehen hieß, um die Regierung zur Achtung vor dem Leben der Arbeiter aufzufordern? Gar nichts. Je mehr sie seine Bedeutung erfaßten, um so fremder mußte er ihnen sein und um so energischer mußte er sie gemahnen an die ihnen obliegende Vertretung der schwer geschädigten Interessen des Kleinbürgertums. Es ist töricht und unbillig zugleich, der bürgerlichen Demokratie vorzuwerfen, wenn sie hinter der Partei zurückbleibt. Das heißt uns selber unseren Fortschritt, das Entfallen unserer Eigenart vorwerfen. Die Geschichte des bürgerlichen Radikalismus ist reich an Versündigungen gegen ihre ureigensten Ideale. Das Ablehnen jeder Gemeinschaft an der Generalstreiksbewegung gehört aber nicht hierher.

Der Zerfall des Bundes der äußersten Linken hat übrigens den Radikalen nicht einmal die Vorteile gebracht, die er ihnen bringen konnte. Sie sind nicht als Regierungspartei in den Wahlkampf getreten, was logischerweise geschehen mußte, wenn Giolitti gerade seine liberale Seite zu oberst gekehrt hätte. Die Regierung fand aber die andere reaktionär gefärbte Seite für den Wahlkampf günstiger, gab die kleine Schar der eben erst schlechter Gesellschaft entkommenen Radikalen willig preis, um des Anrechtes auf die Stimmen der Klerikalen und Konservativen nicht verlustig zu gehen. So kamen die Radikalen für die Wahlen in den kleinen Kirchenbann, während über die Sozialisten und Republikaner der große verhängt wurde. Wenn sie trotzdem nicht sonderlich gut abschnitten — sie waren 48 und sind 39 —, so ist das wohl weniger dem ministeriellen Widerstand als der eigenen Desorganisation zuzuschreiben. Die Republikaner waren 26 und verlieren nur zwei Wahlkreise, weil alle Stichwahlen zu ihren Gunsten ausschlugen, dank dem sozialistischen Stimmenbeitrag.

Wenn Giolitti im Bunde mit den durch den Generalstreikschrecken etwas gemäßigter gewordenen Radikalen den Wahlkampf aufgenommen und zu einem für ihn guten Ende geführt hätte, so müßten wir in unverhohlener Achtung

auf seinen Erfolg blicken. Er hätte mit einem liberalen Programm den ver-fassungsfeindlichen Parteien und der Reaktion der äußersten Rechten erfolgreic die Stirne geboten. In Wirklichkeit ist aber die Stellung der Regierung, de Wert ihres Sieges ganz anderer Art. Giolitti hat den Kampf gegen de Umsturz dadurch begonnen, daß er sein eigenes Programm umstürzte. Mi seinem Liberalismus war es ja nie eine große Sache, aber er bestand doc offiziell und Giolitti mußte es sich gefallen lassen, daß man alle seine poli-tischen Werke mit dem Maßstab des Liberalismus maß. Die Angst vor de Umsturz hat nun diesmal Giolitti bestimmt, einen Strich durch sein Programn und durch seine politische Vergangenheit zu machen, wie sie im goldenen Buch der Offiziösen steht. Er hat im Bunde mit den Klerikalen und den Konserva-tiven gesiegt, auf ihren Namen und mit ihren Stimmen. Die „liberale Regierung hat so alles gerettet — nur die Ehre nicht.

Mit anderen Worten: die Regierung hat im Wahlkampf an alle konstitutio-nellen Kräfte appelliert, um die sozialistische Partei zu besiegen. Sie hat abe den entscheidenden Zuzug von den Konservativen und Klerikalen erhalten, di sich bei jeder weiteren liberalen Lebensäußerung gegen sie kehren werden. Di drei abgestempelten Klerikalen im Parlament tun es natürlich nicht. Aber de notorische Wahlbund mit der schwärzesten Reaktion beweist mit leuchtende Klarheit, daß in Italien die moderne Bourgeoisie mit ihrem typischen Pro-gramm nicht imstande ist, der aufsteigenden sozialistischen Partei einen Damr entgegenzustellen. Sie vermag das nur, indem sie sich mit den Elemente verbindet, die ihre Negation darstellen, mit den Klerikalen und Konservative Das ist noch nicht der Block der Bourgeoisie, in dem die unwesentlichen Ab-weichungen bewußt unter die wesentliche Aufgabe, die Verteidigung der bürger-lichen Gesellschaftsordnung, untergeordnet werden. Es ist eine Art zusammen-gekehrter Schutthaufen von Programmscherben, den man der sozialistischen Wog entgegenstellt, nicht um soziale oder politische Klassenbestrebungen zu sicher sondern um eine Frist zu gewinnen für die Herrschaft eines Ministeriums un seiner Gefolgschaft von Schmarotzern.

Arbeits- oder Arbeiterkammern?

Von **Paul Umbreit**, Berlin.

Die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitervertretungen ruft fortgeset die tiefstgehenden Meinungsverschiedenheiten hervor, sowohl bei bürgerliche Politikern, als auch in der Arbeiterschaft. Diese Meinungsverschiedenheite erstrecken sich zumeist auf die Form und Zusammensetzung dieser Vertretunge hängen aber, obwohl dies in der Diskussion weniger scharf hervortritt, inni mit der Auffassung von ihren *Aufgaben* zusammen. Auf der in Mainz an 14. und 15. Oktober stattgefundenen zweiten Generalversammlung der *Gesell-schaft für soziale Reform* traten diese Gegensätze sinnenfällig hervor. Da si aber auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschafte bestehen, so ist ihre nähere Erörterung wohl angebracht, um so mehr, als di Reichsregierung in der bevorstehenden Reichstagssession veranlaßt werden wird sich bindend über diese Frage zu äußern.

Für die sozialdemokratische Partei besteht nach wie vor der im Jahre 190 eingereichte und im Dezember 1903 erneuerte *Entwurf eines Gesetzes*, be

treffend die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeits-ämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern. Dieser Entwurf verlangt gleich seinen Vorgängern von 1884, 1890 und 1901 und im engsten Anschluß an das Parteiprogramm die Errichtung paritätischer Arbeitskammern, bestehend aus der gleichen Zahl von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber unter Vorsitz eines Arbeitsrats, für jeden Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde. Ihre Aufgaben liegen zunächst auf dem Gebiet der sozialpolitischen Initiative, Begutachtung, Erhebung und Berichterstattung. Darüber hinaus fordert der Entwurf für diese Kammern nach zwei Seiten hin amtliche Befugnisse, einmal durch die ihr zustehende Wahl der Mitglieder des Arbeitsamtes, einer sozialpolitischen Behörde, der die Organisation des Arbeitsnachweises, die Errichtung des Einigungsamtes, die Aufgaben höherer Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und die Gewerbeaufsicht sowie die Durchführung der Anordnungen und Anweisungen des Reichsarbeitsamtes obliegen sollen; ferner durch die Unterstützung des Arbeitsamtes in seiner amtlichen Tätigkeit, insbesondere bei seinen statistischen Erhebungen. Diese Verbindung mit dem Arbeitsamt sichert der Kammer die Stellung einer auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruhenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die wie die Handwerkskammern einen Teil der Funktionen der Verwaltungsbehörde erfüllt. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß derartige Funktionen nicht erlangt werden können für eine Kammer, die einseitig die Interessen einer einzigen Klasse vertritt. Nur einer paritätischen Vertretung der Arbeitgeber und Arbeiter wird man einen bestimmenden Einfluß auf die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zugestehen. Sollte die Arbeitskammer also mehr sein als ein Organ, das nur Wünsche äußert und die Meinung der Arbeiter bekundet, sollte sie tatsächlichen Einfluß auf die Ordnung der Arbeiterverhältnisse erlangen, so mußte sie das Organ aller an der Regelung dieser Verhältnisse beteiligten Kreise sein. Daraus ergab sich von Anbeginn die Basis des sozialdemokratischen Entwurfes. Schon 1877 verlangte die Sozialdemokratie selbstverwaltende Gewerbekammern als Vertretung der Gewerbs- und Arbeitsinteressenten. Ihr weiterer Entwurf vom Jahre 1884 vertrat übereinstimmend mit den späteren das Prinzip einer Organisation der Arbeitsbehörden auf der Basis der Selbstverwaltung, und daran hielten alle späteren Entwürfe fest; nur in Einzelheiten brachten die letzteren einige Änderungen, bedingt durch das inzwischen in Kraft getretene Gewerbegerichtsgesetz.

War demnach die sozialdemokratische Formulierung der Arbeitskammern durch deren Aufgaben bedingt, so suchte das Zentrum bei seinem ersten Verlangen nach gesetzlichen Arbeitervertretungen, denen es nur sehr beschränkte Rechte zugestehen wollte, für diese nach einer anderen Form. Bereits 1893 hatte es in seiner Reichstagsinterpellation bekundet, daß nach ihm diese geordneten Arbeitervertretungen, entsprechend den Verheißungen der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, keinen anderen Zweck haben sollten, als den Arbeitern einen freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche zu ermöglichen. In dieser noch 1895 vorherrschenden Auffassung interpretierte es unter Zustimmung der Regierungsvertreter diese Interessenvertretungen als Arbeiterkammern. Um so befremdlicher war es, daß die Zentrumsfraktion 1898 im Reichstag die Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend Arbeitskammern beantragte. Was sie mit diesem Frontwechsel bezweckte, ging aus einem Projekt hervor, das Herr Hitze, der sozialpolitische Führer des Zentrums,

in einem Straßburger Vortrag vertrat: die Unterdrückung der Interessenver-
tretung der Arbeiter zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Professo
Hitze wollte bloß noch Kammern für die Großindustrie, allenfalls noch für di
Hausindustrie haben; für das Handwerk genügten ihm die vorhandenen Ge
sellenausschüsse und für die Handlungsgehilfen sei ähnliches im Anschlu
an die Handelskammern vorzusehen. Diese Industriekammern sollten nur An
träge stellen, Gutachten abgeben, Erhebungen veranstalten und Berichte heraus
geben dürfen, also keinerlei staatliche Befugnisse besitzen. Wenn trotz diese
rein beratenden Aufgaben die Grundlage der Kammern eine gemeinsam
paritätische Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitern sein sollte, so lag di
Annahme nahe, daß selbst die bloßen Wünsche und Meinungen der Arbeite
durch den Einfluß der Arbeitgeber korrigiert werden sollten. Professor Hit
sprach dies auch unumwunden aus: solche Arbeitskammern sollen die Arbeite
auf nächste, praktische Ziele lenken, sie mit den Schwierigkeiten un
Grenzen der Erfüllung ihrer Wünsche rechnen lehren, dadurch ver
nünftigen und maßvollen Anschauungen und Bestrebungen i
Stande der Arbeiter wie Arbeitgeber Bahn brechen und auf diese Weise ins
besondere der Sozialdemokratie mit Erfolg entgegenwirken. Ein
Scheinvertretung zur Fälschung der Arbeitermeinungen, ohne irgendwelche
entscheidenden Einfluß, — eine Verschleppungskammer, das war der Inhal
des Hitzeschen Projekts. Dazu leistete sich dieses noch die besondere ungeheuer
liche Ungerechtigkeit, für die Wahl der Arbeitervertreter ein indirektes Wahl
system zu empfehlen, die Großindustriellen jedoch ohne Wahl als Mitgliede
der örtlichen Kammer zuzulassen.

Demgegenüber hatte es Frhr. v. Heyl sehr leicht, anstatt jeder Neuorgani
sation eine Erweiterung der Gewerbegerichte zu beantragen, die diese
die Funktionen von Kammern verleihen sollte. In der Tat neigten sich Reichs
tag und Regierung seinem Vorschlag zu, ersterer durch Annahme einer Resolu
tion (1901) und letztere durch die Erklärungen des Staatssekretärs Graf Posa
dowsky am 30. Januar 1904, daß in Aussicht genommen sei, die Gewerbe
gerichte zu Arbeitervertretungen im Sinne der kaiserlichen Erlasse auszugestalten
Was Reichstag und Regierung bewogen haben mag, die Lösung der Frage de
gesetzlichen Arbeitervertretung gerade auf diesem Wege, unter Ablehnung selb
ständiger Arbeitskammern, zu suchen, ist aus den Verhandlungen in der Kom
mission, sowie im Plenum des Reichstags zur Genüge klar geworden: di
Vermeidung neuer Arbeitervertretungen mit neuen Rechten und Aufgaben un
die Vermeidung neuer Wahlen. Die Gewerbegerichte haben ohnehin di
Befugnisse des Einigungsamtes, der Antragstellung und Begutachtung; ga
man ihnen dazu das Recht der Vornahme von Erhebungen und der Bericht
erstattung, so war den Forderungen nach einer Interessenvertretung der Arbeite
Genüge geschehen; im übrigen soll die Überbürdung der Gewerbegerichte mi
ihrer richterlichen Tätigkeit dafür sorgen, daß ihnen für sozialpolitische Auf
gaben wenig Zeit bleibt. Auch hält ihre Abhängigkeit von den Gemeinde
verwaltungen sie ohnedies in Schranken. Daraus geht aber klar hervor, da
die Arbeiterschaft von solchen Arbeitskammern praktisch sehr wenig zu erwarte
hat und daß es sich auch hier um eine Scheinreform handelt, die von de
Schaffung wirklicher Kammern ablenken soll.

In der Arbeiterschaft hat sich denn auch nicht eine Stimme zugunste
dieser Verbindung mit Gewerbegerichten erhoben. Während die Sozialdemo

ıtie nach wie vor Arbeitskammern fordert, verlangte auch der vorjährige ristlich-soziale Arbeiterkongreß zu Frankfurt a. M. paritätische Arbeits-mmern, dagegen der diesjährige Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Ge-rkvereine im Gegensatz zu den Anträgen seines Zentralrats reine Arbeiter-nmern. Mag man auch dem letzterwähnten Beschluß vorzugsweise inner-ganisatorische Motive beimessen (als Demonstration gegen die alte Gewerk-reinsleitung, die die Arbeitskammern mit dem Prinzip der sozialen Harmonie rteidigte, die Arbeiterkammern dagegen als Organ des Klassenkampfes rwarf), so zeigt dies doch, welche Widersprüche in Arbeiterkreisen über diese age vorhanden sind.

Auch die bereits erwähnte Generalversammlung der Gesellschaft für ziale Reform in Mainz brachte ein getreues Abbild dieser Widersprüche. er vertrat der Referent Dr. Harms-Tübingen den Standpunkt der selb-ndigen Arbeitskammern, der Korreferent M. v. Schulz-Berlin den der Aus-taltung der Gewerbegerichte. Dr. Harms wollte nicht bloß Interessen-tretungen der Arbeiter, sondern er will den Kammern auch Aufgaben über-gen, die sich aus dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eiten (Herbeiführung von Tarifgemeinschaften, Einigungsamt); so kam er paritätischen Grundlage. Von weiteren amtlichen Funktionen für diese ımt er Abstand; als Wahlrecht empfiehlt er das Proportionalsystem (aktives d passives Wahlrecht für beide Geschlechter, ersteres vom fünfundzwanzigsten, teres vom dreißigsten Jahre ab). Der Wahlfeindschaft der herrschenden eise macht er die Konzession, die Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer künftig Arbeitskammer zu überlassen — eine Wahlentrechtung, die keineswegs die stimmung der Arbeiter finden wird. Ein solches indirektes Wahlsystem er-eint auch deshalb undurchführbar, da in manchem Kammerbezirk wohl ein tzend Gewerbegerichte bestehen. Dr. v. Schulz, der zugleich Gewerberichter d Sozialpolitiker ist, befürchtet, die Gewerbegerichte würden neben selbstän-en Arbeitskammern ihre sozialpolitische Eigenart, ihre Volkstümlichkeit ver-en; er aber will diese erhöhen, indem er die Schicksale beider Institutionen einander verknüpft. Wie Dr. Harms das Gewerbegericht aus der Arbeits-ımer, so will er die Arbeitskammer aus dem Gewerbegericht hervorgehen lassen gerät dabei auf einen Wahlmodus, der kaum noch Spuren eines Wahl-htes erkennen läßt, indem er durch Gesetz die Mitglieder des Gewerbegerichtes pflichten will, bei der Wahl der Kammermitglieder alle vorhandenen hattierungen von Organisationen zu berücksichtigen. Zu dieser Farce einer hl werden sich natürlich Arbeitervertreter in der Praxis nicht hergeben.

Gegenüber diesen paritätischen Vorschlägen, denen sich in der Debatte Pro-sor Hitze, Ingenieur Bernhardt-Berlin, sowie die christlichen Gewerkschaftler sberts, Schiffer, Behrends und Schlack anschlossen, vertraten Professor rminghaus-Köln und Rechtsanwalt Cohn-Dortmund, sowie die Gewerk-einler Erkelenz und Sauer die Forderung reiner Arbeiterkammern als Organe er Meinungsäußerung der Arbeiter und als Gegengewicht gegen die Unter-mervertretungen (Handels-, Handwerks-, Landwirtschaftskammern). Es ent-che der Gerechtigkeit, den Arbeitern eine ebensolche Interessenvertretung wie Arbeitgebern einzuräumen und sie als Staatsbürger an der Mitberatung tschaftlicher und politischer Fragen zu beteiligen. In paritätischen Kammern e sich der Arbeiter beengt und Kompromißgutachten gemischter Vertretungen en keinen Wert.

Da bei den Verhandlungen der Gesellschaft für soziale Reform Beschlü
nicht gefaßt werden, so hatte diese Debatte ein unmittelbares Ergebnis ni
Wohl aber rief sie eine Reihe weiterer Meinungsäußerungen hervor, von der
zwei von besonderem Interesse sind, da sie sich beide im Gegensatz zu den v
Dr. Harms und M. v. Schulz vertretenen Vorschlägen bewegen. Im neues
Hefte des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" plädiert
badische Gewerbeinspektor Dr. Fuchs lebhaft für reine Arbeiterkamme
Er bezeichnet es als unklug, bei der geringen Klärung der Sachlage und
Unreife der Regierungspläne jetzt schon auf Arbeiterkammern zu verzichten, u
erblickt deren wichtigste Aufgabe in der Interessenvertretung der Arbeit
Es fehle an einem allgemein anerkannten Organ, von dem jederzeit und le
die Wünsche der Arbeiterschaft erhoben werden könnten. Die vorhanden
Arbeiterorganisationen genügen ihm dazu nicht und Preßäußerungen könn
keinen Anspruch darauf erheben, die Stimmung der Arbeiterschaft zum wah
Ausdruck zu bringen. Das Gebiet dieser Interessenvertretung (Gutachten, V
schläge auf Aufforderung und aus freier Initiative) sei groß und gebe rei
lichen Arbeitsstoff; ferner könnten den Vertretungen statistische Erhebungen
gewiesen werden, obwohl Fuchs gegen diese Ausdehnung ihrer Tätigkeit e
Reihe prinzipieller Bedenken äußert. Darin ist ihm zweifellos Recht zu geb
daß schon der skizzierte Aufgabenkreis mehr Zeit und Kraft erfordert, als d
Gewerbegerichten im Nebenamt zur Verfügung steht. Schon daß die bisher
gutachtliche Tätigkeit der Gewerbegerichte fast gänzlich ausfiel und ohne wa
nehmbaren Einfluß blieb, sei ein deutlicher Fingerzeig dafür, einer Organisat
nicht mehrere gleichwichtige Aufgaben zuzuweisen.

Von staatlichen Befugnissen der Kammern will Dr. Fuchs indeß nic
wissen. Er erblickt darin eine Schwächung der Staatsgewalt, die z
Spielball der sich gegenseitig bekämpfenden Parteien gemacht werde. Er w
diese Staatsgewalt im Gegenteil gestärkt wissen und verlangt von ihr m
Initiative, um bei drohenden wirtschaftlichen Kämpfen ihren Einfluß auf
Parteien zur Geltung zu bringen. „Der Staat kann seine ausführen
Gewalt niemals in die Hände einer Interessenvertretung leg
Das Vertrauen in die Objektivität der Behörden müßte darunter sch
leiden. Es bedeutet grundsätzlich die Auflösung der Staatsgewalt o
doch mindestens ein ganz neues Moment für die Organisation der Behörd
wenn den Interessenvertretungen mehr als beratende oder antragstellende B
fugnisse in die Hände geliefert werden. Der Kampf der einzelnen Interess
gruppen untereinander würde eine bisher nicht gekannte Schärfe annehm
denn wer wollte verhindern, daß nicht auch die Handwerkervertretungen
Durchführung der in ihrem Interesse erlassenen Gesetze gegenüber der Gr
industrie und dem Großhandel in die Hand nähmen?" Herr Fuchs vergi
daß die Handwerkerorganisationen sowohl das Recht des Erlasses a
licher Vorschriften (Lehrlingswesen), als auch das Recht der Inspektion
Handwerksbetrieben bereits haben und daß die Reichsgesetzgebung hier i
langem in der Tat wichtige amtliche Befugnisse Interessentengruppen in
Hände gegeben hat, die sich keineswegs durch paritätische Zusammensetz
auszeichnen. Und haben die Unfallberufsgenossenschaften, die nur
Unternehmern bestehen, nicht gleichfalls solche Befugnisse auf dem Gebiet
Unfallverhütung erhalten? Ist nicht die ganze reichsgesetzliche Arbeiterv
sicherung auf der Organisation von Interessentengruppen aufgebaut? D

:n nicht schon heute solche Interessentengruppen auf die Arbeitsvermittlung, die Regelung von Arbeitszeit und Arbeitslohn den weitestgehenden Einfluß s? Der übermächtige Einfluß des Unternehmerinteresses regelt die meisten dingungen der Arbeitsverhältnisse und eben die Staatsgewalt hat noch :mals Bedenken getragen, diesem Einfluß die Arbeiter in die Hände zu ern. Erst dann, wenn wichtige Befugnisse den einseitigen Unternehmer- ;anisationen entzogen und paritätischen Organen anvertraut werden :en, erwachen bei den Vertretern der Staatsautorität prinzipielle Bedenken ɔ sie fürchten plötzlich eine Schädigung des objektiven Rufes der Behörden! ;ade, daß diese Objektivität auf denjenigen Gebieten, die bisher der Staats- :orität unbestritten verblieben waren, so wenig den berechtigtesten Zwei- n standzuhalten vermochte und daß die Bewegung, die eine volkstümliche lbstverwaltung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erstrebt, gerade ; dem mangelnden Vertrauen auf die staatliche Bureaukratie so reiche Nah- ıg zieht. Im übrigen könnte Herr Gewerbeinspektor Fuchs sehr wohl wissen, ; auch die Selbstverwaltung öffentlich-rechtlicher Korporationen von Interessen- ıppen an die Schranken der Gesetze gebunden ist, die nach wie vor Staatsgewalt repräsentieren, und daß über diese Gesetze Gerichte wachen, sicherlich kein Jota der Staatsautorität zugunsten der Arbeiter preisgeben.

Aus ähnlichen Erwägungen heraus, aber im wohlverstandenen Interesse : arbeiterschutzfeindlichen Unternehmertums, entscheidet sich auch die „Deutsche beitgeber-Zeitung“ für — reine Arbeiterkammern. Sie erkennt sogar ; Verlangen der „Unselbständigen“, gleich den „Selbständigen“ Kammern zu itzen, in denen sie zu Worte kommen können, als berechtigt an und bezweifelt ır, ob man recht tue, zuerst der untersten Stufe der Unselbständigen eine he Vertretung zu geben, anstatt mit den Handlungsgehilfen, Technikern usw. beginnen. Entschieden lehnt sie aber die paritätischen Arbeitskammern die im eigensten Sinne des Wortes „Streikkammern im Dienste der werkschaften“ würden und hinter denen sie Pläne wittert, die auf immer itere Verkürzung der Unternehmerrechte gerichtet seien. Es ist ihr ıe weiteres klar, daß in diesen Arbeitskammern die Sozialdemokratie bald das große Wort führen werde, wie auch, daß es an allerhand Illu- nisten unter den Arbeitgebern nicht fehlen werde, die allen Ernstes meinen, mit ihren natürlichen Gegnern paktieren zu können. Was die „rbeitgeber-Zeitung“ fürchtet, ist nicht allein die Aussicht, daß die Arbeits- ımer ein Mittelpunkt tarifgemeinschaflicher Bestrebungen und verhaßter ıigungsamtlicher Tendenzen sein werde, sondern daß sie mehr als bloße ünsche äußern und Anträge stellen könne, daß sie auf die Regelung der beitsverhältnisse einen tatsächlichen Einfluß ausüben und die Unter- ıhmerrechte wirksam beschränken könne. Und sie zweifelt gar nicht :an, daß es Arbeitgebervertreter gibt, die sich solchen sozialpolitischen Be- ebungen der Arbeiter nicht hartnäckig genug widersetzen würden. In reinen beitgeberkammern läßt die starre Vertretung des Unternehmerinteresses für che „moderne Versöhnungspolitik“ keinen Raum, und die reine Arbeiter- nmer mag wünschen oder fordern soviel sie will, — über ihre Äußerungen ıt man einfach als über „sozialdemokratische Anmaßungen“ zur Tagesordnung ɪr. Mag der Staat sich den Luxus leisten, eine sogenannte Gleichberechtigung : Arbeiter anzuerkennen und die Folgen dafür allein tragen, — nur ver- one er die Arbeitgeber, mit solchen Arbeitervertretern als Kollegen gleich-

berechtigt zu raten und taten. Für sich allein sind solche Arbeitervertretun
ungefährlich; man kennt sie nicht und behandelt sie als Luft. Parität
Vertretungen von Arbeitgebern und Arbeitern dagegen sind für die All
herrschaft der Unternehmer eine ernste Gefahr.

Man muß zugestehen, daß von diesem Standpunkt aus betrachtet
Stellungnahme der „Arbeitgeber-Zeitung" durchaus konsequent ist. Übrig
ist diese Haltung der Arbeitgeberkreise gegen paritätische Arbeitskamm
keineswegs neu; sie deckt sich mit derjenigen, die diverse Handelskammern
längerem in dieser Frage eingenommen haben und die im Jahre 1901 a
die Stuttgarter Handelskammer und die württembergische Zentralstelle
Handel und Industrie gegenüber den Anträgen Hitze und Heyl für re
Arbeiterkammern eintreten ließ. Damit ist zwar nicht bewiesen, daß pari
tische Kammern unter allen Umständen ein sozialpolitisches Ideal seien
daß sie allein eine praktische Wirksamkeit zu entfalten vermöchten. Das Hitzes
Projekt ließ ja schon zur Genüge erkennen, daß auch paritätische Kammern
den bloßen Schein einer Arbeitervertretung herabgedrückt werden können,
läßt man sie nur noch unverbindliche Wünsche äußern, dann bedarf es da
in der Tat keiner gemischten Zusammensetzung der Kammer. Um die Stimmu
der Arbeiter wiederzugeben, sind reine Arbeiterkammern sicherlich weit be
geeignet, und schließlich genügen dazu auch die gewerkschaftlichen Orga
sationen. Es kommt vielmehr im wesentlichen auf die Aufgaben u
Rechte der Kammern an, wenn sie mehr als Scheinvertretungen, Deko
tionen der Gleichberechtigung sein sollen. Hält man indes daran fest, in d
Kammern mehr als eine Repräsentation der Arbeiter zu schaffen, ihnen du
staatliche Befugnisse einen wirksamen Einfluß auf die Ordnung d
Arbeitsverhältnisse zu sichern, sie zu Organen der Selbstverwaltu
zu erheben, dann kann ihre Grundlage nur eine paritätische sein. N
sie können ein Gegengewicht gegen solche Unternehmerkreise bilden, die d
sozialen Fortschritt und die Gleichberechtigung der Arbeiter grundsätzlich
kämpfen. Sie tragen dazu bei, den gemeinschädlichen Einfluß solcher O
ganisationen der Unternehmer zu eliminieren und die gesetzgebenden Körp
schaften in Reich, Staat und Gemeinde zugunsten sozialpolitischer Gru
sätze und Reformen anzuspornen. Diese vorteilhafte Stellung paritätisch
Kammern ergibt sich schon dort, wo das entscheidende Gewicht nach wie v
bei den Verwaltungsbehörden liegt. Eine Arbeiterkammer mag die berechtigts
Anträge stellen — sie wird fast stets ein ablehnendes Gegenvotum der Hande
und Handwerks-, beziehungsweise Arbeitgeberkammern hervorrufen. Es li
in der Natur einseitiger Interessenvertretungen, den Forderungen des Gegn
Widerspruch entgegenzusetzen. Dadurch geraten Regierung und Verwaltung
die Lage des sogenannten unparteiischen Dritten, allein zu bestimmen, w
geschehen soll. Die Verantwortung nach beiden Seiten ist groß; von lin
wirkt die aufpeitschende Agitation der Arbeiter, von rechts der Widerstand
Unternehmer. In dieser Situation beobachtet die Regierung erfahrungsgem
die Taktik der Verschleppung; sie erklärt die Lösung der Frage für verfr
oder angesichts der widerstreitenden Interessen als nicht spruchreif, oder
bekundet ihren guten Willen zu Reformen durch Untersuchungen, Erhebung
und Erwägungen, verhindert aber damit zugleich wirksam jede tatsächli
Lösung. Anders ist jedoch ihre Stellung einer paritätischen Kammer geg
über, deren Mehrheitsvotum bereits einen Ausgleich der Gegensätze darste

iieses Votum vertritt gegenüber dem einseitigen Klassenstandpunkt der Unter-
ehmer den Standpunkt des Gemeininteresses und drängt die Regierung in
nen Gegensatz zu den Scharfmachern, spornt sie zur Beschleunigung der Re-
rmen an.

Voraussetzung einer solchen günstigen Wirkung der paritätischen Kammer
: aber, daß ihre Stellung, auch wenn sie nur beratendes Organ ist, eine
itoritative ist, daß sie das Vertrauen des größten Teiles der Selbständigen
id Lohnarbeiter besitzt und sich auf die öffentliche Meinung stützen kann.
ieses Vertrauen ist aber abhängig von dem Einfluß, den diese vertretenen
olksschichten auf die Vertretung auszuüben vermögen, abhängig also von der
iahlverfassung der Kammer. Nur ein durchaus demokratisches,
rektes Wahlrecht sichert der Kammer den unmittelbaren Kontakt mit den
ertretenen, der ihren Beschlüssen öffentliche Bedeutung und zwingende Kraft
rleiht. Das trifft natürlich auf Arbeits- wie auf Arbeiterkammern zu, auf
tere aber in höherem Maße, weil solche mit größeren Schwierigkeiten rechnen
üssen und die Stellung ihrer Vertreter eine verantwortungsvollere ist. Bei
ritätischen Kammern ist also ein direktes, allgemeines, gleiches
id geheimes Wahlrecht die unerläßliche Vorbedingung eines ge-
ihlichen Wirkens. Jedes andere System, insbesondere jedes indirekte,
e immer geartete, Wahlsystem schädigt das Vertrauen zur Kammer und
mit ihren Wert. Lieber reine Arbeiterkammern, als ein Organ, das
n Arbeitern und Arbeitgebern nicht ernst genommen wird und zu einer
heinvertretung herabsinkt.

Der Widerstand der Regierungen gegen neue Wahlvertretungen ist kein zu-
liger; er richtet sich gegen das Emporkommen einer neuen demokratischen
itorität, die der Staatsgewalt unbequem werden kann. Mit diesem Wider-
nd wird das Problem der Arbeitskammern ernstlich zu rechnen haben, und
erklärt sich daraus, wenn bürgerliche Sozialpolitiker alle möglichen Projekte
chen, deren Zweck ist, um diese „ekligen Wahlen" (wie Professor Hitze
in Mainz nannte) herumzukommen. Wir verstehen diese bürgerlichen Sorgen,
r wir können den Herren nicht helfen. Jedes indirekte Wahlrecht macht die
mmern wertlos für die Arbeiter, mag die Wahl in Händen bereits gewählter
beitervertreter (Arbeiterversicherung, Gewerbegerichte) liegen oder mögen
ganisationen zur Vertretung berufen werden. Manche Sozialpolitiker
uben, daß sie besonders weitgehende Konzessionen machen, wenn sie den Ge-
rkschaften und ähnlichen Arbeitervereinen die Wahl der Arbeitervertreter,
: Innungen und Arbeitgeberverbänden die der Arbeitgebervertreter zu über-
gen wünschen. Das hat gewiß einiges für sich; der württembergische Ent-
rf von 1901 beantragte dies sogar im Sinne einer Legalisation der Gewerk-
aften. Auch Dr. Fuchs schlägt vor, das Wahlrecht den verschiedenen Ge-
kschaftsgruppen, Arbeiterfortbildungsvereinen und katholischen und
ngelischen Arbeitervereinen zu geben. Er stützt sich dabei auf Mille-
d, der durch Verleihung des Wahlrechtes an die Arbeitersyndikate die letzteren
fördern gedachte. So gut gemeint solche Vorschläge aber sein mögen, so
issen wir sie nach reiflicher Erwägung ablehnen, da sie ein positives Recht
tzen durch einen Zustand, der mehr oder weniger von der behördlichen
llkür abhängt. Bei jedem direkten Wahlrecht entscheidet die absolute Zahl;
st das Proportionalsystem, das den Minderheiten eine Vertretung gewährt,
ert der tatsächlichen Wählerziffer eine ihrer Stärke entsprechende Ver-

tretung. Dagegen wird es bei indirekter Wahl durch Vereine von der En
scheidung der Behörden abhängen, welche Organisationen zur Vertretung z
gelassen werden und welche Vertreterzahl jeder Organisation eingeräumt wir
Daß die Gewerkschaften möglichst in der Minderheit bleiben, dafür werde
sicherlich viele Behörden sorgen, und die Vorschläge von Dr. Fuchs lassen berei
erkennen, auf welche Weise man den Gewerkschaften ein Gegengewicht anhänge
will. Eine solche Kammer ist aber kein Ausdruck der wahren Stimmung d
Arbeiter, sondern eine Fälschung derselben. Die Preisgabe des direkten Wah
rechtes verleitet also zu Wahlungeheuerlichkeiten, die den Wert der ganzen R
form in Frage stellen.

Auch nach anderer Seite hin muß ein solches Wahlrecht der Organisation
Bedenken erwecken. Die Arbeitskammer kann nicht mehr sein, als ein Orga
der Beteiligung der Arbeiter an der Staatsgewalt, — die Arbeiterkamm
nicht mehr als ein Sprachrohr der Arbeiter; beide können die Gewerkschaft
organisationen nicht entbehrlich machen; vielmehr bedürfen sie derselbe
um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. So erwünscht es nun manche
scheinen mag, das Kammerwahlrecht an den Nachweis der gewerkschaftlich
Organisation zu knüpfen, so würde die Gleichstellung von konfessionellen u
bildenden Arbeitervereinen im Gegenteil diese Arbeiterkreise von der gewer
schaftlichen Organisation fernhalten, indem sie ihnen auch ohnedies einen d
Gewerkschaften gleichwertigen Einfluß sichert. So wenig sich die Regi
rungen die Gelegenheit entgehen lassen werden, ein durchaus konservative
rückständiges Arbeiterelement zu privilegieren, so wenig haben die Gewer
schaften Anlaß, solchen Neigungen die gewünschte Handhabe zu geben. S
halten fest an der Forderung unmittelbarer, demokratischer Wahle
die die beste Sicherheit gegen rückständige Organisationsbildungen gewähre
Insbesondere erwarten sie, daß das aktive und passive Wahlrecht auch d
Frauen erteilt wird, und daß das passive Wahlrecht nicht an Beschränkung
geknüpft wird, die die von den Gewerkschaften besoldeten Berufsang
hörigen (Gewerkschafts-, Arbeitersekretäre usw.) von der Vertretung au
schließen. Gerade diese Arbeiterbeamten haben sich neben dem unerläßlich
Vertrauen der Arbeiter ein Maß volkswirtschaftlicher Kenntnisse und gewer
schaftlicher Erfahrungen erworben, das sie zu dieser Vertretung ganz hervo
ragend befähigt, und es hieße das Ansehen der Kammer schädigen, wenn m
ihr diese Kräfte vorenthalten wollte. Überdies muß den Gewerkschaften d
Möglichkeit verbleiben, ihre Vertreter durch Anstellung vor Maßregelung
schützen.

Resümierend fassen wir unsere Ausführungen dahin zusammen:

1. Für die Repräsentation der Arbeiterschaft, für die Äußerung ihr
Wünsche, für die Erstattung von Gutachten und Berichten und für die B
teiligung an Erhebungen genügen schon reine Arbeiterkammern; sie müsse
um als Ausdruck der wirklichen Stimmung der Arbeiterschaft zu gelten, beruf
werden durch direkte, demokratische Wahlen.

2. Sollen den Kammern weitere öffentlich-rechtliche Funktionen a
dem Gebiet der Regelung der Arbeitsverhältnisse übertragen werden, so m
ihre Zusammensetzung eine paritätische Vertretung von Arbeitgebern u
Arbeitern sein. Für diese verantwortungsvolleren Funktionen bedarf es e
recht einer demokratischen Wahlverfassung mit unmittelbarem gleichen, a
gemeinen und geheimen Wahlrecht.

3. Den Beschlüssen paritätischer Kammern kommt in der Regel eine größere ialpolitische Wirkung auf Regierungen und Verwaltung zu, insofern sie den nfluß des antisozialen Scharfmachertums isolieren.

Unter diesen Gesichtspunkten liegt für uns kein Anlaß vor, die Forderung ritätischer Arbeitskammern zugunsten reiner Arbeiterkammern fallen lassen. Wir erkennen an, daß das Bedürfnis dazu vorhanden ist, die Meiagen der Arbeiter selbst zu hören oder kundzugeben. Für solche Fälle ht es aus, wenn das Gesetz jeder Gruppe (Arbeiter — Unternehmer) das cht erteilt, ihre Meinung in besonderen Berichten, Gutachten oder Angen zum Ausdruck zu bringen, ein Recht, das in wichtigen Fällen auch der inorität zugestanden werden muß. Im übrigen sind wir überzeugt, daß h bei dem Vorhandensein von Kammern die hauptsächlichste Initiative den oerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter zufallen wird, in den meisten Fällen eine besondere Kundgebung der Arbeitervertreter in Kammer entbehrlich machen werden. Sollte die paritätische Zusammenung der Arbeitskammer also wirklich den reinen Ausdruck der Arbeiterderungen erschweren (was sich gewiß vermeiden läßt), so fehlt es uns nicht anderen Organen, unsere Wünsche der Regierung sehr vernehmlich zu chen. Dagegen können wir nicht auf das unmittelbar amtliche Eingreifen Arbeitskammern (durch Arbeitsämter) in die Regelung der Arbeitshältnisse verzichten; wir bedürfen dringend eines Organs, das diese Lücke füllt und die sozialpolitischen Funktionen der unteren und höheren rwaltungsbehörden überleitet in eine Selbstverwaltung der geblichen Interessenten. Die Arbeitsvermittlung muß der einseitigen ternehmerwillkür entzogen werden. Die Gewerbeaufsicht verkümmert er einem bureaukratisch-unternehmerfreundlichen System; die Regelung Lehrlingswesens wird einseitig von Arbeitgebern beherrscht und der laß von Arbeiterschutzvorschriften, die Regelung der Sonntagse, die Wohnungsaufsicht und selbst die wichtigsten statistischen Erungen sind Polizeiorganen überlassen, denen jedes Verständnis für solche fgaben mangelt.

Die ganze deutsche arbeiterschutzgesetzliche Praxis krankt an diesem polizeilichitalistischen System. Jede neue Arbeiterschutzreform (zum Beispiel die Einrung des Kinderschutzgesetzes) läßt diese verkehrte Grundlage nur um so offer hervortreten. Für eine energische Heimarbeiterschutzreform, für gründliche Wohnungsaufsicht reicht ihre Tragfähigkeit nicht aus. Und flicken wir an dieser Organisation herum, um ihre schlimmsten Mängel beseitigen, — fordern die Wahl von Arbeiterschutzkontrolleuren aus Arbeitersen, fordern kommunale Arbeitsnachweise usw. Aber das alles läßt das stem völlig unberührt. Nur eine Neuorganisation der Arbeitsbehörden der breiten Grundlage der Selbstverwaltung der Arbeitsinteressenten öglicht eine konsequente Ausgestaltung und Durchführung des Arbeiterschutzes eine Ordnung der Arbeitsverhältnisse im Rahmen der gesetzlichen Bestimngen. Eine solche Neuorganisation mag manchem Vertreter des Prinzips der es lenkenden Staatsgewalt ungeheuerlich erscheinen; nachdem die Reichstzgebung aber der Handwerksorganisation grundsätzlich alle diese Benisse zugestanden hat, haben wir um so weniger Ursache, uns von diesem chaus richtigen Wege zurückschrecken zu lassen. Eben weil wir erkannt haben, dieser Weg allein zum Ziele führt, werden wir für ihn kämpfen.

Daran hindert uns nicht der Umstand, daß die Unternehmer bereits in Handels=, Gewerbe=, Handwerks= und Landwirtschaftskammern einsei Interessenvertretungen besitzen, während der Arbeiterklasse solche bis fehlten. Erlangen die paritätischen Arbeitskammern diejenige Stellung und Befugnisse, die unser Entwurf fordert, so wird damit die Bedeutung und Einfluß der einseitigen Arbeitgeberkammern erheblich zurückgedrängt, und Verschwinden der letzteren kann nur noch eine Frage der Zeit sein. Handwerkskammern sind ohne weiteres ihrer amtlichen Funktionen zu entklei sie bleiben Organe zur Äußerung von Wünschen der Handwerkerkreise und sonstigen Aufgaben gehen auf die Arbeitskammern über. Die Handels= die Landwirtschaftskammern werden natürlich gegenüber den Arbeitskam in erhöhtem Maße Zentren der sozialfeindlichen Arbeitgeberkreise sein. Entwicklung führt sie aber dem sicheren Untergang entgegen. Es hieße an sozialpolitisch gestaltenden Kraft der immer mächtiger anwachsenden Arb bewegung verzweifeln, wollten wir diesen Unternehmervertretungen ein en Leben zugestehen. Vor allem liegt kein Bedürfnis vor, ihre Notwendigkeit Unantastbarkeit anzuerkennen oder gar, wie Dr. Harms in seinen Thesen, Unternehmerinteressen eine bevorzugte Stellung einzuräumen. Sie sind Or der Klassenherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet und als solche vern wir ihre Berechtigung und bekämpfen wir ihr Dasein, wie wir auf politis Gebiet die Herrenhäuser und Ersten Kammern bekämpfen, ungeachtet der z Lebenskraft der meisten derselben, die bis jetzt aller Angriffe spottete.

Natürlich hat die Sozialdemokratie damit zu rechnen, daß ihre Anträge Mehrheit im Reichstag finden. Das hindert sie nicht, diese mit aller En zu vertreten und die Überzeugungskraft ihrer Argumente auf die Gegner w zu lassen. Ob sie dann dem einen oder anderen seitens der Regierung Mehrheitsparteien empfohlenen Vertretungssystem ihre Zustimmung erteilt, von der Erwägung der voraussichtlichen Wirkungen derselben auf die Arb klasse abhängen. Sie wird vielleicht die paritätische Vertretung fallen l und für reine Arbeiterkammern eintreten, wenn die bürgerliche Mehrhei erstere zu einem bloßen Anhängsel der Gewerbegerichte herabdrücken Sicherlich aber wird sie jeden Vorschlag ablehnen, der darauf rechnet ist, die Arbeiterstimmung zu fälschen und die Arbeiter unter Scheine einer Interessenvertretung zu bevormunden und zu betrügen.

Literarische Rundschau.

Eduard Fuchs, **Die Karikatur der europäischen Völker** vom Jahre 1848 bis Gegenwart. Mit 515 Illustrationen und 65 Beilagen hervorragender und sel Blätter in Schwarz= und Farbendruck. Berlin, A. Hofmann & Co. 484 S.

Eduard Fuchs, **Ein vormärzliches Tanzidyll.** Lola Montez in der Karik Mit 90 Illustrationen und Beilagen. Berlin, Ernst Frensdorff. 138 S.

Mit dem ersten dieser beiden Bände ist das große Werk über die Karikatu europäischen Völker vollendet worden, das Eduard Fuchs mit außerordentl Mühe und tief eindringendem Verständnis geschaffen hat. Der erste Band, de diesen Spalten wiederholt besprochen worden ist, reichte „vom Altertum bis zur zeit"; der zweite, uns vorliegende Band, dessen erste Lieferungen ebenfalls scho

'er Stelle angezeigt worden sind, umfaßt wenig über ein halbes Jahrhundert, die r Jahrzehnte seit der Februarrevolution von 1848, ohne daß sich dem Verfasser Vorwurf machen ließe, den Stoff ungleich verteilt zu haben. Seine Disposition ıb sich sehr einfach daraus, daß die Karikatur im Leben der modernen Völker in leich höherem Maße eine Macht geworden ist, als sie es jemals früher in der chichte war.

Es ist unmöglich, auf dem engen Raume, über den wir hier nur verfügen ıen, einen auch nur annähernden Begriff von dem außerordentlichen Reichtum ;eschichtlich interessanter und künstlerisch wertvoller Spenden zu geben, den uns ḥs in diesem zweiten Bande bietet. Er verwahrt sich, wie uns scheinen will, gutem Fug gegen das zweideutige Lob, das manche Kritiker seinem ersten Bande der Bemerkung gespendet haben, „das Material zu seiner Arbeit läge auf der ıße, man brauche es nur aufzuheben". Fuchs meint, wenn unter der „Straße" Museen und Kupferstichkabinette gemeint seien, so sei das ein Irrtum. Dort ıe sich das Allerwenigste. Es gäbe zurzeit keine einzige öffentliche Stelle in ıtschland, wo systematisch auch nur das Wertvollste gesammelt würde, was es dem Gebiet der Karikatur gebe, und das Gute, was sich in öffentlichen Samm= en finde, dürfe gewöhnlich nach Maßgabe der Statuten nicht reproduziert werden. ı müsse unter der Straße, auf der das Material aufzuheben sei, im wörtlichen ıe die Straße verstehen. Auf der Straße, wie sie landauf landab durch ganz ıschland, Holland, Belgien, England, Frankreich, Schweiz, Italien, Österreich ::, hat Fuchs das Beste und das Meiste des in seinen beiden Bänden aufgehäuften materials gesucht und gefunden.

Jedoch hat er sich sein Ziel höher gesteckt als auf eine bloße Sammlung der risch und künstlerisch hervorragendsten Karikaturen. Er will die Karikatur als bedeutsame Erscheinung sowohl der Kultur= als der Kunstgeschichte nachweisen. n er sie in dieser Beziehung auch manchmal überschätzen mag, so ist das ein rlicher und unvermeidlicher Rückschlag auf ihre allzulange Unterschätzung und ert in keiner Weise sein großes Verdienst, auf einem wichtigen Gebiet der ır= und Kunstgeschichte die erste Bahn gebrochen zu haben. Im ganzen und en hat er vortrefflich die schwierige Aufgabe gelöst, diese lange Reihe geist= und prühender Karikaturen durch einen Text zu geleiten, der ihrer würdig ist; er in charakteristischen Zügen die erste Geschichte der Karikatur, wie sie sich aus allgemeinen geschichtlichen Verlauf der Dinge entwickelt, von ihm abhebt und er auf ihn zurückwirkt. Wir möchten gerade diesen Gesichtspunkt hervorheben, in den bisherigen Besprechungen des glänzenden Werkes kaum genügend betont en ist. Schade, daß sein Preis — jeder der beiden Bände kostet broschiert lark —, so gering er im Verhältnis zu dem Gebotenen sein mag, für Arbeiter= n unerschwinglich ist; Arbeiterbibliotheken, denen ihre Mittel gestatten, auch auf flege des künstlerischen Geschmacks unter ihrem Lesepublikum bedacht zu sein, ist Anschaffung durchaus zu empfehlen.

Ein Nebenwerk zu dieser groß angelegten Leistung ist das „Vormärzliche Tanz=), worin Fuchs an einem interessanten Einzelbeispiel zu zeigen beabsichtigt, „daß arikatur Einblicke in die Zeit ihrer Entstehung und in den Charakter des Be= lten eröffnet, die in gleicher Weise ausführliche Geschichtswerke und gewissen= te Analyse oft nicht zu geben vermögen". Lola Montez in der Karikatur ist iesen Zweck vorzüglich geeignet; um ihre Person bewegt sich eine höchst charak= ische Episode des vormärzlichen Despotismus, die in der Tat nur vom Griffel arikatur in erschöpfender und historisch würdiger Weise geschrieben werden Konnte das große Werk gewissermaßen nur von Berg zu Berg schreiten, so dies kleine ins Tal hernieder und zeigt an einem klassischen Falle bis ins nine und Einzelste, was die Karikatur als kultur= und kunsthistorische Triebkraft tet.

F. M.

Hans Ostwald, **Die Bekämpfung der Landstreicherei.** Darstellung und Kriti[k] Wege, die zur Beseitigung der Wanderbettelei führen. Stuttgart 1903, V[erlag] von Robert Lutz. 278 Seiten. 5 Mark.

Hans Ostwald hat als Goldarbeiter das Leben auf der Walze kennen g[elernt] und mit emsiger Feder bewiesen, daß sein Auge zu beobachten und sein Versta[nd zu] prüfen versteht. Er ist der beste schriftstellernde Kenner des wie eine Welt fü[r sich] bestehenden Milieus der Proletarier und Deklassierten der Landstraße, und so [durfte] er sehr wohl als die berufene Kraft gelten, einen Stoff zu gruppieren und k[ritisch] zu durchschreiten, wie ihn die Frage der Bekämpfung der Landstreicherei bietet. [Er] hat seinem eigenen Wissen ein hochgeschichtetes Quellenmaterial zugefügt, und [so ist] ein Buch entstanden, das fast von Handbuchart und sicher unentbehrlich ist, [wenn] man den behandelten Stoff kennen lernen will.

Die Arbeit beschränkt sich gänzlich auf deutsche Verhältnisse. Sie wirft k[einen] Blick auf die Zustände jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle. Um s[o ge]schlossener wirkt infolgedessen das Ganze als ein Stück deutscher sozialpoliti[scher] Geschichte. Dieser Eindruck würde noch schärfer erwachsen sein, wenn Ostwa[ld an] den Eingang seiner Betrachtung eine Skizze des Zusammenhanges der Arbeits[losig]keit mit dem Hineinwachsen Deutschlands in den Kapitalismus gestellt hätte[. Er] hat vortreffliches Ziffernmaterial in Händen gehabt, ein Material, das name[ntlich] die Schicht der völlig und unrettbar Verelendeten beleuchtet. Es ist durch das [Buch] verstreut und nicht für den genannten geschichtlichen Zweck besonders verw[ertet.] Ostwald begnügt sich in dieser Hinsicht mit einigen nur streifenden Erwähnu[ngen.] Ein näheres Eingehen würde aber gerade das Übermaß von Gleichgültigkeit, [Miß]verstehen, Unverstand und Ohnmacht, das die bürgerliche Gesellschaft Deutsch[lands] der Erscheinung der Arbeitslosigkeit gegenüber offenbart und das sich in so [aus]giebiger Weise in Ostwalds Buche enthüllt, seinem Wesen nach noch besser aufg[edeckt] und erklärlich gemacht haben. Es ist ein interessanter Prozeß, der sich seit [dem] Ausgang der sechziger Jahre und namentlich seit der goldtollen Gründerperiod[e mit] ihrem Produkt des großen Kraches vollzieht: ein kennzeichnendes Stück bürger[licher] Seelengeschichte liegt dokumentarisch aufgeblättert in all den Mittelchen, in [denen] die Abneigung der besitzenden Klasse, den Elenden, die ihre Wirtschaftsordnung [pro]duziert, zu helfen, sich von einzelnen Mildgesinnten und mit stärkerer Regung [von] Verantwortlichkeitsgefühl Ausgestatteten ein philanthropisches Mäntelchen umh[ängen] läßt. Ostwald münzt bei einer Gelegenheit ein Wort, das sich verallgemeiner[t auf] alle jene Mittelchen anwenden läßt: sie sind wie ein heißer Stein, den man in [einen] Eisberg wirft, um den Berg aufzutauen.

In der Zusammenstellung all der Mittel, die der Abhilfe, Vorbeuge, Für[sorge] und Unterstützung dienen sollen, liegt der Wert des Buches. Es füllt da wi[rklich] eine Lücke der sozialpolitischen Literatur aus. Man findet eine Menge statist[ischer] Tabellen, die über den besonderen Fall hinaus Aufklärendes geben, und name[ntlich] sind Statuten privater Vereine und behördlicher Institute unverkürzt zum Ab[druck] gebracht. So kann man die ganze Frage bis zur Gegenwart mit ihrem ge[sell]schaftlichen praktischen Einsetzen in der Behandlung des Problems der Arbeits[losig]keit und mit ihrem ersten Vorstoß im Reichstag an der Quelle studieren, und üb[erdies] ist das Studium durch die Kritik aus dem Leben heraus in ganzer Lebendigke[it er]möglicht. Ostwald trifft mit seiner Kenntnis des Menschenmaterials der Land[straße] sicheren Stoßes die verwundbaren Stellen der bürgerlich ausgeheckten Mittel [gegen] die Landstreicherei, die voll unerträglichen Zwanges und kurzsichtiger Einseit[igkeit] oder gar Verranntheit der Auffassung sind. Er hat für ein ehrliches Wolle[n ein] Wort der Anerkennung, aber vom Unzureichenden sagt er in jedem Falle, daß [es und] weshalb es für ein wirksames Mindern des gesellschaftlichen Schadens nicht tau[glich] ist. Er fordert System für die Sache der Bekämpfung. Er betont, daß gerade [bei] den sogenannten „Stromern“, den „unverbesserlichen Landstreichern und Bett[lern“] die Pflege des Arztes unendlich viel angebrachter wäre als die Pflege des Theol[ogen.]

Pädagogen oder gar des verurteilenden Juristen; aber auch das genügt natürlich noch nicht. Was bisher an Hilfsanstalten, Wanderarbeitsstätten, Arbeiterkolonien geschaffen wurde, kann, selbst wenn es für alle, nicht nur für defekte Wanderer sorgen würde, nur eine Übergangsstation bilden zur Arbeitslosenversicherung oder einer ähnlichen Einrichtung, und so gipfelt Ostwalds Forderung in der Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung. Er deutet das Ziel an, ohne über die Grenzen der Wirksamkeit einer solchen Institution im Verein mit der Fortdauer der kapitalistischen Produktionsordnung, die ihrer industriellen Reservearmee nicht entraten mag, zu theoretisieren. Seine Meinung faßt er schließlich so zusammen:

„Es ist ein Irrtum, von einer Einrichtung alles Heil zu erwarten. Es ist eben alles nötig: ein gutgeregeltes Herbergswesen, eine Art Arbeiterkolonie für ‚Unheilbare', Arbeitslosenversicherung und vielleicht auch noch nach ihrer Einführung eine Art von Wanderarbeitsstätte, gewissermaßen wie jetzt die Invaliditätsversicherung Heilanstalten unterhält, um möglichst wenig Invalide zu haben — daneben aber stets eine größere Zahl Trinkerasyle und -Heilanstalten. Die Hilfe, die Bekämpfung muß aber zentralisiert werden. Alle Beteiligten sollen ihre Kräfte gemeinsam anspannen. Nicht gegeneinander oder jeder auf eigenem Wege, sondern alle nach einer Richtung verbunden miteinander! Die Arbeiterbewegung mit ihrer Erziehung zur Festigkeit und Würde ihrer Glieder und mit ihrem vorbildlichen Unterstützungswesen, die christlichen Kreise mit ihrem Wohltun, die Verwaltungsbehörden mit ihren Anstalten usw. usw. Doch sollten an allen Organen dieser verschiedenen Kreise die Mitglieder aller Kreise, vor allem aber die beteiligt sein, die diese Sache am meisten angeht: die Arbeiterbevölkerung."

Die Betonung, die Ostwald der Beteiligung der Arbeiterschaft an der Lösung der Frage gibt, mag über den Ansatz Verschwommenheit, der in seiner Forderung der Vereinigung so sehr widerstrebender Faktoren gefunden werden könnte, hinweghelfen. Ostwald drängt auf die Entwicklung des Bestehenden hin, und man darf wohl annehmen, er sei erst dann zufrieden, wenn die Entwicklung dem Ziele zusteuern wird, das der Gewerkschaftskongreß von 1902 mit seiner Forderung einer durch Reichszuschuß subventionierten Arbeitslosenversicherung unter freier Selbstverwaltung der Arbeiter gewiesen hat.

Es sei erwähnt, daß Ostwald einen kurzen Auszug seines 278 Seiten starken Buches in der für 15 Pfennig käuflichen Broschüre „Unsere armen Wandernden — und wie sie unterstützt werden" gegeben hat. Diese Broschüre ist in der im Felix Dietrichschen Verlag in Leipzig von Sombart herausgegebenen Flugschriftensammlung „Sozialer Fortschritt" erschienen.

Franz Diederich.

Hermann Duncker, **Das mittelalterliche Dorfgewerbe nach den Weistumsüberlieferungen.** Inaugural-Dissertation. Leipzig, Oswald Schmidt. 138 S. 8°.

Die Anfangsformen des Handwerkes sind von der Nationalökonomie lange Zeit unbeachtet gelassen. Soweit man sie für die Erklärung wirtschaftlicher Vorgänge brauchte, rekonstruierte man sie sich einfach nach dem Modell der vorhandenen Betriebsformen und ihrer Spezialisierung, nur daß man sich die Technik und das Arbeitsgerät unvollkommener dachte. Charakteristisch dafür sind die auf den Handwerksbetrieb bezüglichen Äußerungen der klassischen englischen Schule. Ihr gilt das Handwerk seinem Ursprung nach als die ganz selbstverständliche Folge einer primitiven natürlichen Arbeitsteilung, die sich teilweise schon auf der Stufe des Jägerlebens vollzieht. „In einem Jäger- oder Hirtenstamm", sagt zum Beispiel Adam Smith, „findet sich ein Mensch, der Bogen und Pfeile mit größerer Geschicklichkeit verfertigt als alle anderen. Er tauscht sie gegen Vieh oder Wildpret bei seinen Genossen um und findet schließlich, daß er sich hierbei besser steht, als wenn er selbst zum Jagen auszieht. Zuletzt macht er die Anfertigung von solchem Gerät zu seiner Hauptbeschäftigung und wird so zu einer Art Waffenschmied." Recht einfach; es fehlt nur noch die Hinzufügung, daß dieser primitive Waffenschmied alsbald einen Lehr-

ling und Gehilfen annimmt und sich dann mit anderen Waffenschmieden zu einer Berufsverband vereinigt, und man hat schon in nuce das ganze mittelalterlich Handwerk mit seiner Zunftorganisation vor sich.

Später räumte zwar die Wirtschaftshistorik mit diesen Konstruktionen ziemlic auf; man begann die früheren Formen des Handwerkes auf Grund geschichtliche Urkunden zu erforschen; aber naturgemäß lenkte nun zunächst das Handwerk de Städte und Fronhöfe die Aufmerksamkeit auf sich, während vorläufig das alte Dorf gewerbe noch unberücksichtigt blieb. Erst neuerdings, nachdem die Genesis de städtischen Wirtschaftslebens gezeigt hat, wie eng zuerst die Entwicklung der gewerb lichen Technik mit den Wirtschaftsbedürfnissen des platten Landes zusammenhing geht man auch an die Erforschung des alten Dorfgewerbes.

Einen interessanten Beitrag zu diesen Untersuchungen liefert Dunckers Schrift Er hat die auf Süd- und Mitteldeutschland sowie auf Österreich und die beiden Schweizerkantone Aargau und Basel bezüglichen Weistümer mit Aufmerksamkei durchmustert und bringt aus ihnen manche bisher nicht beachteten Angaben herbei Allerdings behandelt Duncker nicht das gesamte Dorfgewerbe. Die meist als „Bann gewerbe" bezeichneten, Nahrungsmittel produzierenden Gewerbezweige hat er aus geschieden; er beschränkt sich auf die Darstellung jener Gewerbe, die sich mit de Herstellung von Brennstoffen, Holz-, Eisen- und Taugeräten, mit dem Hausbau und der Anfertigung von Bekleidungsgegenständen beschäftigen. Doch diese Beschränkung war durch den Umfang des Materials und den engen Raum einer Dissertations schrift durchaus geboten. Ich bin sogar der Ansicht, daß die Schrift gewonnen hätte wenn Duncker unter den von ihm behandelten Gewerben nochmals eine engere Auswah getroffen hätte; denn sein Bestreben, auf knappem Raume möglichst viel zu bieten gibt manchen Abschnitten seiner Schrift den Charakter einer gewissen aphoristischen Un fertigkeit; sie sind geradezu überladen mit Zitaten, kurzen Auszügen und Anmerkungen

Am eingehendsten hat Duncker das Schmiedehandwerk geschildert. Mit Recht denn es nimmt seiner Bedeutung nach unter den Dorfgewerben nicht nur die erste Stelle ein, sondern ist auch das älteste der Gewerbe. Sobald der Landbau einige Bedeutung erlangt und die Anwendung eiserner Ackergeräte allgemein Gebrauch wird, sehen wir fast überall als erstes Handwerk die Schmiederei entstehen, die allerdings auf dieser Stufe nicht bloß die eigentliche Schmiedearbeit umfaßt; der Schmied ist vielmehr anfänglich zugleich Stellmacher und Zimmerer, der nicht nur die Eisenteile eines Werkzeugs oder Ackergeräts, sondern meist auch die dazu gehörenden Holzteile herstellt. In dieser Form findet sich die Schmiederei als besonderes Handwerk bekanntlich schon bei manchen der ackerbautreibenden afrikanischen Halbkulturvölker, und in dieser Form tritt sie auch zuerst in den deutschen Dorfschaften hervor, wie einzelne Stellen in den alten Weistümern noch mit ziemlicher Sicherheit erkennen lassen. Der Schmied war zuerst ein Bauer, wie die übrigen im Dorfe, meist ein kleinerer, dessen Landbesitz nicht seine volle Arbeitskraft in Beschlag nahm, und seine Schmiedearbeit war anfänglich Aushilfsarbeit, die er nicht auf seiner eigenen „Schmiedestätte" (Smitstatt), sondern in „Stör" (Stür) verrichtete, das heißt er ging auf des Bauern Hof und verrichtete dort auf dessen Amboß und oft auch mit dessen Arbeitsgerät unter Hilfeleistung des Bauern oder irgendwelcher anderen Personen aus dessen Haushalt die erforderliche Arbeit, wofür er außer einer kleinen Naturalentschädigung „Speis und Trank" bekam. Auch die nötigen Holzkohlen und das Eisen lieferte der Bauer, der einen Schmied bei sich beschäftigte, gewöhnlich selbst. Alteisen und Eisenabfälle fanden sich fast in jedem bäuerlichen Haushalt; außerdem aber gehörte das Eisen nächst Salz, Wachs und Tuch (tuech, worunter man die verschiedenartigsten Gewebe zusammenfaßte) zu den ältesten Handelsartikeln, die in den deutschen Marktorten feilgeboten wurden. Vielfach stellten jedoch auch bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, als die Herstellung von Roheisen in primitiven Schachtöfen (Hochöfen) aufkam, die Bauern in eisenreichen Gegenden ihr Eisen auf offenem Herde im sogenannten Rennprozeß selbst her.

In anderen Gegenden scheint es jedoch schon frühzeitig üblich geworden zu sein, daß wenn der Bauer nicht selbst das nötige Eisen hatte, der Schmied, was er brauchte, mitbrachte, doch wurde in solchem Falle, wie verschiedene Stellen alter Weistümer beweisen, der Schmied nicht für seine Arbeit mit Einschluß des von ihm zugegebenen Materials bezahlt, sondern der Preis des verarbeiteten Eisens wurde extra ermittelt und entrichtet: ein Beweis, daß die Materiallieferung anfangs als nicht zum Schmiedhandwerk gehörend betrachtet wurde. Auch die Holzkohlen lieferte später häufig der Schmied, wie er denn auch neben seinem eigentlichen Handwerk in waldreichen Gegenden nicht selten das „Kolburnen" (Kohlenbrennen) betrieb. Die Schmiedestälte wurde dann der Bequemlichkeit wegen meist im Walde oder am Waldesrand angelegt, daher die häufige Erwähnung von „Waldschmieden" in alten Urkunden.

Dafür, daß dem Schmiede gestattet wurde, für seines Handwerkes Bedarf bestimmte Holzmengen in den Dorf- oder Markwaldungen zu schlagen, Kohlen zu brennen und, wo Eisenerzgruben vorhanden waren, sich aus diesen Eisenstein zu holen, übernahm er gewisse Verpflichtungen der Gemeinde und der Mark gegenüber. Gewöhnlich mußte er bestimmte Gemeindearbeiten umsonst machen und den Dorfinsassen alle von ihnen geforderten Arbeiten zu billigen, festgesetzten Preisen leisten. Manche alljährlich wiederkehrende Arbeiten, zum Beispiel das Ausbessern und Schärfen der Ackergeräte vor dem Gebrauch, wurden überhaupt nicht jedesmal einzeln bezahlt, sondern der Schmied erhielt dafür in jedem Jahre nach der Ernte ein gewisses in Naturalien bestehendes Pauschale, das sogenannte „Smitkorn" oder „Schärrfkorn" (für das Schärfen der Ackergeräte).

Die Bedeutung, die das Schmiedehandwerk bald für das dörfliche Wirtschaftsgetriebe erlangte, wird deutlich dadurch charakterisiert, daß dort, wo kein Schmied im Dorfe war oder er mit der Bauernschaft in Streit geriet, die Gemeinden vielfach dazu übergegangen sind, daß sie aus Eigenem Schmiedestätten herstellten und diese dann an einen Dorfinsassen unter bestimmten Bedingungen verpachteten, also sich für ihre Bedürfnisse eine eigene Gemeindeschmiede schufen. In solchem Falle wurde dann der Schmied öfters zu einer Art Amtsperson, der die Straf- und Folterwerkzeuge aufzubewahren und anzuwenden hatte, und die Schmiedediele diente nebenbei zur Versammlungsstätte, auf der über die vorzunehmenden Gemeindearbeiten beratschlagt wurde.

Nächst dem Schmiedehandwerk tritt im dörflichen Wirtschaftsleben zuerst die Stellmacherei als besonderes Gewerbe hervor, aus dem sich dann später die Zimmerei, Böttcherei und Tischlerei absonderten. Auch das Ziegler- und Maurerhandwerk entsteht erst auf späterer Stufe. Dagegen findet man schon ziemlich früh die „Weber" erwähnt. Das Spinnen und das Weben der gewöhnlichen Zeugarten wurde allerdings im bäuerlichen Haushalt selbst vorgenommen; aber bei den reicheren Bauern, die es sich leisten konnten, scheint es schon vor dem fünfzehnten, teilweise schon vor dem vierzehnten Jahrhundert Sitte geworden zu sein, sich zur Herstellung besonders feiner Tuche hin und wieder auf einige Zeit einen Weber ins Haus zu nehmen oder ihm das Garn zur Verarbeitung mit in sein Heim zu geben.

Das von Duncker mit anerkennenswertem Fleiße herbeigeholte Material ist von ihm geschickt zusammengestellt, und den daraus gezogenen Folgerungen kann man im wesentlichen beistimmen. Nur in einigen wenigen Fällen scheint er mir spätere Entwicklungsformen in eine zu frühe Zeit verlegen zu wollen. Auch mit seiner Deutung des Wortes „Stör" (Stür) kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. Richtig ist es nach meiner Ansicht, wenn Duncker diesen Ausdruck mit unserem neuhochdeutschen Worte „Steuer" (nicht im Sinne von „Abgabe", sondern im Sinne von „Steuerung", „Leitung") identifiziert; aber verkehrt ist es, wenn er ihn hinterher einfach mit „Hilfe" und „Unterstützung" übersetzt und dann die Störarbeit als bloße „Aushilfearbeit" mit der sogenannten Bittarbeit in Parallele stellt. Als Störarbeit galt vielmehr solche Arbeit, bei welcher der herangezogene Handwerker

die „Stür", das heißt die Steuerung, die Leitung übernahm, also nicht er die Hilf- arbeit leistete, sondern der Kunde. Der Ausdruck ist außerordentlich charakteristisc denn tatsächlich hatte anfänglich bei der „Störarbeit" der Handwerker die Leitun und der Kunde assistierte nur. H. (

Dr. A. Blaschko, **Die gesundheitlichen Schäden der Prostitution und deren Be- kämpfung.** Berlin, Verlag von W. und S. Löwenthal. Nach einem auf d Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine gehalten Vortrag.

„Der hier noch jungen abolitionistischen Bewegung ist es bislang nicht gelunge die öffentliche Meinung und die ausschlaggebenden Parteien für ihre Ziele zu e wärmen. . . . Um so notwendiger erscheint es mir, immer von neuem die Unwir samkeit des herrschenden Systems darzutun." Mit diesen Worten kennzeichn A. Blaschko die Tendenz seines trefflichen Büchleins.

Er zeigt an der Hand von Beispielen, wie wenig Wert den ziffernmäßigen Da legungen beizumessen sei, die eine Zu- oder Abnahme der venerischen Erkrankung unter dem Einfluß der Reglementierung dartun. Gegenüber den anderen Faktore welche die Frequenz der Geschlechtskrankheiten beeinflussen, sei der Einfluß d Reglementierung ein verschwindender. Als Mängel des Systems bezeichnet Blasch folgende:

1. Es werde nur ein Bruchteil der Prostituierten der Kontrolle unterworfe 2. Die Krankenhausbehandlung erstrecke sich nicht auf die Dauer der ganzen E krankung. 3. Es werde die durch die Zurückhaltung erkrankter älterer Prostituiert entstehende Lücke stets durch neue, nicht erkrankte ersetzt, die nun der Infektion verfalle

Trotz aller Bemühungen Blaschkos, nur die sanitäre und nicht die rechtlic Seite der Frage zu berühren, fallen doch auch einige helle Lichter auf das, was die „unselige Verquickung der sanitären Maßnahmen mit sogenannten sittenpoliz lichen" nennt.

Aus der Verurteilung dieses Systems heraus macht Blaschko seine Vorschlä zur zweckmäßigen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Er hält zwei Wege f geeignet. Der erste besteht in der Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Pe sonen mit steuerbarem Einkommen unter 2000 Mark (nach dem Vorschlag Kamp meyers) mit gleichzeitiger breiter Eröffnung der Krankenhäuser und Ambulatori für alle Geschlechtskranken und Gewährung von Krankengeld, wie sie bei den b stehenden Krankenkassen durch die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskran heiten angebahnt wurden. Den zweiten Weg sieht er im Ausbau der Wohnung inspektion und -Gesetzgebung. Er glaubt, daß es auf diese Weise gelingen werd die venerisch Erkrankten, insbesondere die geheime und Gelegenheitsprostitution ungeahnter Weise zur Inanspruchnahme der Ärzte und Krankenhäuser zu führe Was an Zwangsmaßregeln etwa noch erforderlich sei, habe nicht durch polizeilic Eingriffe, sondern nach richterlichem Verfahren veranlaßt zu werden.

Alle Maßregeln — und dieser Satz scheint mir vor allem beachtenswert Blaschkos Vortrag — dürfen sich nicht gegen die Prostituierten als Pe sonen, sondern gegen den Prostitutionsbetrieb als solchen richten. M diesen Worten verurteilt Blaschko nicht nur das gegenwärtige System der Regleme tierung, sondern ebensosehr alle anderen Versuche, den Kampf gegen die venerisch Erkrankungen durch Rechtlosmachung der venerisch Erkrankten zu führen.

Entfallen nun alle Zwangsmaßnahmen gegen die Prostitution — und Blasch zeigt uns, daß sie auch vom sanitären Standpunkt nicht aufrecht zu erhalten sind – dann versprechen in der Tat die Vorschläge Blaschkos den größten Erfolg; denn s wollen nicht nur alle Prostituierten der ärztlichen Behandlung zuführen, sonde auch jene andere, kaum minder gefährliche Hälfte, die Nutznießer der Prostitutio die Gewaltmaßregeln wohl kaum jemals zugänglich zu machen sind. h.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 10 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Reichstag und Sozialdemokratie.

⚹ Berlin, 30. November 1904.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten, und mit seinen Beratungen eginnt das, was in der bürgerlichen Presse die „politische Hochsaison" genannt ird. Für die sozialdemokratische Partei hat dies Wort keinen rechten Sinn, enn für sie ist die politische Bewegung immer in gleich regem Flusse: ihrer lgitation gibt die Tagung des Reichstags keinen neuen Anstoß, sondern nur inen stärkeren Widerhall.

Trotz der „politischen Hochsaison" erneuern sich mit deren angeblichem eginn in der bürgerlichen Welt die Klagen über das sinkende Ansehen des leichstags. Sie sind auch durchaus berechtigt, soweit es auf die bürgerliche Belt ankommt. Welches Interesse kann auf die Dauer ein Parlament einößen, von dessen Mehrheit jedermann im voraus weiß, daß sie nur Ja und men zu den Beschlüssen der Regierung sagt? Entweder regiert ein Parlaent selbst, und dann wird es ihm niemals an der gebührenden Aufmerksamit fehlen, oder wenn es das politische Heft noch nicht in Händen hat, so achtet es danach, die politische Herrschaft zu erlangen, und dann wird es ihm enfalls nicht an der geziemenden Achtung fehlen, am wenigsten, wenn die ation unter einer Regierung leidet, wie wir sie gegenwärtig in Deutschland ben. Jedoch die Resignation, die sich damit bescheidet, eine politische Null sein, hat noch keinem Parlament auf die Beine geholfen.

Daran würde auch durchaus nichts die Gewährung von Diäten ändern, orin die bürgerlichen Parteien das Heilmittel aller parlamentarischen Schäden hen. Dies Hindernis der parlamentarischen Betätigung ist für jede Partei n frischer Lebenskraft sehr leicht zu bewältigen, wie das Beispiel der sozialmokratischen Partei zeigt. Indessen wenn man auch davon absieht, so ist s ewige Jammern um Diäten selbst nur ein neuer Beweis für die hoffngslose Ohnmacht des bürgerlichen Parlamentarismus in Deutschland. Nicht mal diese geringfügige und nebensächliche Forderung hat er in vierzig Jahren

durchzusetzen gewußt, in einer Zeit, wo er fort und fort auf barsches Heischen der Regierung die schwersten Lasten auf den Nacken der Nation gewälzt hat. Hätte er ein wenig Rückgrat, so hätte er der Regierung längst die Diäten abgetrotzt; wenn er sie jetzt etwa bekommen sollte, so nur aus dem erhebenden Grunde, weil die Regierung selbst sie für notwendig erachtet, um ihre parlamentarische Jasagemaschine in notdürftigem Gange zu erhalten.

Allerdings bietet dem Reichstag jede seiner Tagungen die günstige Gelegenheit, sich zu bessern, und so auch die gestern begonnene. Wachsende Militärlasten und wachsendes Defizit: die Hebel, mit denen sich von jeher Parlamente politische Macht errungen haben, liegen parat. Aber wer glaubt daran, daß die Mehrheit dieses Reichstags sie gebrauchen wird? Einfach niemand, und eben deshalb erregen ihre Verhandlungen keine andere Empfindung als das Gefühl verzweifelter Gleichgültigkeit. Der Reichstag wird alles bewilligen, was die Regierung verlangt, höchstens daß diese oder jene bürgerliche Fraktion einen kleinen Stoßseufzer laut werden läßt. Selbst damit wird es aber kaum weit her sein, zumal da die Regierung so herablassend gewesen ist, eine sogenannte „Konzession" mit der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit zu machen, wovon in der bürgerlichen Presse schon ein großes Gemäre ist. Tatsächlich handelt es sich dabei nur, wie der selige Stephan zu sagen pflegte, um einen „konstitutionellen Schaumkloß": die Regierung kann gar nicht mehr daran denken, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen, aber was ihr eine bittere Notwendigkeit abzwingt, tauscht sie in scheinbar großmütiger Gebelaune gegen eine neue Vermehrung ihrer Machtmittel aus.

In dieser Frage läßt sich so recht das innere Wesen des deutschen Parlamentarismus studieren. Um die zweijährige Dienstzeit bewegte sich der preußische Verfassungsstreit der sechziger Jahre. Die bürgerliche Opposition forderte sie als Ausgleich für neue Militärlasten, und sie war völlig in ihrem Rechte, wenn sie dadurch die militärische Leistungsfähigkeit des Heeres nicht vermindert sah. In der Tat sollte die dreijährige Dienstzeit nur dazu dienen, um das Heer für Staatsstreichszwecke tauglich zu erhalten. Um dieses erhabenen Zwecks willen ließ es das Ministerium Bismarck-Roon auf die budgetlose Regierung ankommen, in der dann auch bestätigten Annahme, daß aus den Löwenfellen der liberalen Volkstribunen schließlich doch nur Schneider Schnocks hervorkriechen würden. Was diese Helden nicht durchzusetzen vermocht hatten, das setzte der Militarismus selbst durch, indem er zu den kolossalen Dimensionen anwuchs, die der dreijährigen Dienstzeit wohl oder übel den Garaus machten. Aber wenn der Parlamentarismus nicht den Kern aus der Nuß zu lösen vermochte, so weiß die Regierung sogar mit der wertlos gewordenen Schale gute Geschäfte zu machen: sie verhandelt die endgültige Preisgabe der dreijährigen Dienstzeit noch gegen neue Militärlasten. Das ist ein Vorspiel dazu, wie sich auch die Militärfrage lösen wird. Die Regierung wird einmal Diäten gewähren müssen, um den ihr so nützlichen und sogar unentbehrlichen Scheinkonstitutionalismus aufrecht zu erhalten, aber sie wird dann auch die großmütige Geberin spielen und „Kompensationen" verlangen, die der Nation teuer zu stehen kommen sollen.

Was den Reichstag trotz alledem über dem Niveau der preußischen Land-
atskammer erhält, ist allein die Tatsache, daß die Arbeiterklasse stark in ihm
ertreten ist. Gewiß kann die sozialdemokratische Fraktion als eine Minder-
eit den Reichstag nicht umschaffen, aber sie macht ihn zu der Stätte, wo noch
ie reine und ungeschminkte Wahrheit über unsere öffentlichen Zustände ver-
ündet wird, und das ist eine Aufgabe, deren gewissenhafte Erfüllung dem
eichstag, auch so wie er ist, noch wirkliches Ansehen in den Volksmassen gibt.
nsofern mag man sagen, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-
aktion gewissermaßen „staatserhaltend" sei, daß sie der wachsenden Unzufrieden-
eit über ein rückständiges Regierungssystem, die sonst vielleicht eher den Kessel
rengen würde, ein Ventil eröffne. Wenn bürgerliche Gegner diese Argumente
egen die blinde Wut der Scharfmacher ins Feld führen, so haben sie von
rem bürgerlichen Standpunkt aus vielleicht nicht so unrecht. Allein der bürger-
che Gedanke, auch in seiner relativ vernünftigsten Fassung, ist nicht unser
edanke. Wir haben gar kein Interesse an bewußtlosen Explosionen, bei denen
e Trümmer des Kessels unberechenbare Zerstörungen anrichten; die soziale
evolution geht auf anderen Wegen und zu anderen Zielen, wie die bürger-
che Revolution. Sie kann allein durch die Wucht denkender und entschlossener
assen siegen, und deshalb ist die aufklärende Propaganda, die von der Tribüne
s Reichstags betrieben werden kann, von hohem Werte, auch wenn sie in
n sorgenden Gemütern der Bourgeoisie manchmal trügerische Hoffnungen er-
ecken mag.

Eine wie reiche Ernte diesmal der sozialdemokratischen Kritik im Reichstag
rrt, braucht an dieser Stelle nicht noch ausführlich dargelegt zu werden. Es
d nicht nur die wachsenden Militärlasten und das wachsende Defizit, nicht
r die neuen Handelsverträge: es kommen hinzu der Kolonialkrieg in Süd-
stafrika, die Schande des Königsberger Prozesses, die immer schauerlicheren
teile der Militärjustiz, die „Weltpolitik" des Grafen Bülow, das ewige
izielle Festefeiern mit jener pomphaften Beredsamkeit, die das Ausland in
mselben Maße amüsiert, worin sie ihm imponieren soll, und was dieses
libers ist. Es ist ein endlos langes Register, und wenn es nur in den
ndlosen" Reden erledigt werden sollte, die der bürgerlichen Presse so großen
mmer bereiten, so ist es nicht die Schuld derer, die mit ihrer Kritik den
ftrag ihrer Wähler erfüllen, sondern die Schuld der anderen, die so un-
nüdlich daran arbeiten, der Kritik immer neuen Stoff zu liefern.

In banger Erwartung dieser kommenden Dinge mokieren sich bürgerliche
ätter augenblicklich über eine Äußerung, die nach einem Bericht sozialdemo-
tischer Blätter vom Reichstagsabgeordneten Südekum in einer Nürnberger
rsammlung getan worden sein soll. Diese Äußerung geht dahin, es sei hoch
der Zeit, im Reichstag einmal mit gewissen Personen, wie es Pernerstorfer
österreichischen Reichsrat getan, ganz ernsthaft ins Gericht zu gehen und
pathologischen Momente des Absolutismus zu erörtern. Wir wissen nicht,
diese Äußerung wirklich so gefallen ist, und es liegt uns auch durchaus
n, die Taktik Pernerstorfers zu kritisieren, die sehr wohl den österreichischen
hältnissen angepaßt gewesen sein kann. Aber da bürgerliche Blätter mit

jener angeblichen Äußerung eines sozialdemokratischen Abgeordneten, die immerhin durch den Bericht sozialdemokratischer Blätter beglaubigt ist, eifrig krebsen, so lohnt es sich wohl, nebenbei zu bemerken, daß ein parlamentarisches Vorgehen dieser Art sowohl der prinzipiellen wie der taktischen Auffassung der deutschen Sozialdemokratie widersprechen würde.

Prinzipiell hat die deutsche Partei stets den Standpunkt vertreten, daß die „pathologischen Momente des Absolutismus“ die Konsequenzen der ökonomischen und politischen Zustände sind, worin der Absolutismus wurzelt. Sie sucht die Wurzel auszurotten, aber sie schnipfelt nicht an den Zweigen herum, die immer wieder wachsen werden, solange die Wurzel bleibt, und die durch die fleißig angewandte Schere nur eine desto geilere Triebkraft gewinnen. Sie donnert nicht gegen die Fürsten als die Ursachen alles Übels, sondern sie sucht die Zustände zu beseitigen, durch die es ermöglicht wird, daß überhaupt Fürsten existieren. Weshalb sie so verfährt, hat Karl Marx schon im Jahre 1847 gegen Karl Heinzen nachgewiesen, und es ist überflüssig, diese, wie wir glauben, längst in Fleisch und Blut der Partei übergegangenen Argumente nochmals zu wiederholen.

Nun mag man einwenden, daß Karl Marx gleichwohl ein Jahr später in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ überaus scharfe Worte gegen Friedrich Wilhelm IV. gebraucht habe. Das ist richtig, aber hierbei spielte nicht die prinzipielle Frage mit, wie sich die Sozialdemokratie zur Monarchie stelle, sondern nur die taktische Frage, wie man einen Monarchen, mit dem man kämpft, am schärfsten treffen könne. Unter diesem Gesichtspunkt mag Pernerstorfers Vorgehen bei den österreichischen Verhältnissen gerechtfertigt gewesen sein, worüber wir uns, wie gesagt, jedes Urteils enthalten: wir behaupten nur, daß unter den deutschen Verhältnissen jede Nachahmung dieses Vorgehens dem Angegriffenen ebenso nützen wie dem Angreifer schaden würde. Die Philister würden sich vielleicht im geheimen freuen, wenn die Sozialdemokratie einmal offen ausspräche, was sie sich auf der Bierbank nur in die Ohren zu raunen wagen, aber das würde sie durchaus nicht hindern, in jene tobsüchtigen Paroxysmen des Patriotismus zu verfallen, die aus dem Sommer des Jahres 1878 doch in lebhafter Erinnerung sein sollten.

Um nicht mißverstanden zu werden, fügen wir noch hinzu, daß wir in der Lage, die uns den Gebrauch dieser Waffe als unrätlich erscheinen läßt, nicht ein zurückgebliebenes, sondern ein vorgeschrittenes Stadium des Klassenkampfes sehen, worin sich die deutsche Arbeiterklasse befindet.

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

4. Die zweite Republik und die Sozialisten. (Fortsetzung.)

Als am 24. Februar 1848 die Republik proklamiert wurde, da erwachten alle Erinnerungen von 1793. Von vornherein betrachteten die unteren Klassen die Republik als die Bürgschaft der Wahrung ihrer Interessen, als die „sozia

Republik“, die mit derselben Kraft, wie die von 1793, aber mit besserem Er-
olg, weil belehrt durch alle die Erfahrungen, die man seitdem gemacht, das
Werk der Ausgleichung der Klassenunterschiede und der Erlösung der darbenden
Menschheit wieder aufnehmen werde.

Aber es war nur das äußere Kostüm, das die Männer von 1848 den
Jakobinern von 1793 entlehnten, wie Marx schon unmittelbar nach dem Aus-
ang der Revolution bemerkte. Während die Revolutionsmänner noch glaubten,
ie hätten dieselben Aufgaben wie 1793, und dieselben Kräfte ständen ihnen
u Gebote, dieselben Methoden seien am Platze, hatten sich das Kampffeld, die
Waffen, ja auch die Kämpfer selbst gründlich geändert. So anfeuernd die
evolutionäre Tradition wirkte, sie wurde ein Hemmnis der neuen Revolution
adurch, daß sie die Erkenntnis der wirklichen Aufgaben und der Mittel ihrer
Lösung erschwerte.

Vor allem war die Situation jetzt eine ganz andere dadurch, daß völliger
Friede nach außen herrschte. Als im September 1792 die Republik zustande
am, war der Landesfeind in Frankreich eingedrungen, nahte er der Hauptstadt,
war er im Begriff, das verderbliche und allgemein verhaßte feudale Regime
wieder aufzurichten. Im Februar 1848 herrschte tiefer Friede, und dieser blieb
rhalten. 1792 hatte sich das monarchische Europa gegen das revolutionäre
Frankreich verbündet. 1848 ergriff die Revolution von Frankreich aus ganz
Europa und machte nur vor einer Monarchie auf dem Festland Halt: der
ussischen, die sich hütete, der Revolution mit Waffengewalt entgegenzutreten,
olange sie im Fortschreiten war.

Ohne den Kriegszustand wäre aber die Schreckensherrschaft der unteren
Klassen in Frankreich unmöglich gewesen. Erst er schuf den Boden, den Aus-
nahmezustand, auf dem sich dieses abnorme Gebilde erheben konnte: ein anti-
kapitalistisches Regime in einer kapitalistischen Gesellschaft. Das ist ein Wider-
spruch, der zu den unerträglichsten Zuständen führen und unbedingt damit
nden muß, daß entweder das antikapitalistische Regime oder die kapitalistische
Produktion verschwindet. Da letzteres noch nicht möglich war, mußte ersteres
intreten. Die Schreckensherrschaft der Jakobiner wurde nur möglich durch den
Krieg, der an und für sich mit den Bedingungen jeder Produktionsweise
n Widerspruch steht und stets Maßregeln erheischt, die den normalen
Produktionsprozeß einschnüren, sowie durch die Furcht vor der Niederlage,
e noch gewaltigere Leiden mit sich gebracht hätte als Krieg und Schreckens-
egiment.

Aber wie die Situation, waren 1848 auch die Klassen andere. Die Seele
er Bewegungen von 1793 hatten die Pariser Kleinbürger gebildet. Das Prole-
ariat der Pariser Vorstädte hatte ihnen Kraft und Kühnheit verliehen, da es
nter ihnen stand, sie vorwärts trieb, ihnen die energischsten und rücksichts-
losesten Kämpfer lieferte, aber es hatte noch kein eigenes Bewußtsein entwickelt.
Es dachte und empfand noch ganz kleinbürgerlich, und es konnte dies um so
eher, als das Kleinbürgertum noch ganz revolutionär dachte und empfand, im
Kampfe gegen alle herrschenden Mächte, die kapitalistischen ebenso wie die
feudalen, das Mittel seiner Erhebung und Befreiung erblickte.

Seitdem war eine Reihe von Jahrzehnten raschester kapitalistischer Entwick-
lung vor sich gegangen, die den Kleinbürger immer mehr aus einer ganzen
Reihe wichtiger Produktionszweige verdrängt, in anderen zurückgedrängt, ihn
immer mehr aus der Produktion in den Zwischenhandel verwiesen, immer mehr

aus der Grundlage der Industrie zu ihrem parasitischen Anhängsel gemach
hatte. Damit hatte er auch zusehends an revolutionärer Kraft und Kühnhei
verloren, war unzuverlässiger und haltloser geworden. Gleichzeitig hatte sic
sein Zusammenhang mit dem Proletariat in dem Maße gelockert, in dem diese
begonnen hatte, ein eigenes Bewußtsein zu entwickeln und sich eigene Ziele z
setzen, die im Gegensatz standen zu den kleinbürgerlichen, auf der Waren
produktion und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln fußenden. S
zog sich ein tiefer Zwiespalt durch die beiden Klassen, welche die Republik erober
hatten und die revolutionären Traditionen neu zu beleben suchten. Jede vo
ihnen las aus diesen Traditionen etwas ganz anderes heraus.

Aber nicht minder gespalten war das Proletariat selbst. Ein Teil, un
zwar ein sehr großer, hatte sich noch nicht frei gemacht von den kleinbürger
lichen Anschauungen und Empfindungen, lieferte ebenso wie 1793 Truppen fü
die Politiker des bürgerlichen Radikalismus.

Daneben hatte jedoch ein großer Teil bereits ein selbständiges Bewußtsei
und selbständige Ziele gewonnen in der Form des Sozialismus, der in de
vierziger Jahren begonnen hatte, sein utopistisches Stadium zu verlassen. Au
einer Lehre bürgerlicher Denker, durch die bürgerliche Menschenfreunde ver
anlaßt werden sollten, die Kräfte und Mittel zu liefern, um das Proletaria
zu erheben und aufzuheben, wurde er damals zu einer Lehre, deren sich da
Proletariat bemächtigte, um sich damit selbst zu erheben und nach Mitteln un
Kräften zu suchen, sich aufzuheben.

Aber so klar und einfach die Klassenlage des Proletariats ist, so einheitlic
sein Klassenkampf sein kann, so mannigfaltig waren die Theorien, an die e
anknüpfte, und so mannigfaltig die Richtungen seiner sozialen und politische
Bestrebungen.

Man kann 1848 drei große Hauptrichtungen der sozialistischen Bewegun
Frankreichs unterscheiden, gekennzeichnet durch die Namen Blanqui, Proudho
und Louis Blanc.

Die urwüchsigste darunter ist die blanquistische, die direkt anknüpft an de
Babouvismus, der seinerseits nichts war als die Fortsetzung des Jakobinismu
und dessen Übersetzung aus dem Kleinbürgerlichen ins Proletarische. So w
die Jakobiner durch eine Reihe von Volksaufständen Paris erobert, den Konver
(das Parlament) beherrscht, und durch die stramme Organisation ihres Klub
und durch die gewaltige Macht der Pariser Kommune ganz Frankreich i
Schach gehalten hatten, so wollten die Blanquisten durch eine Reihe prol
tarischer Aufstände Paris unter die Botmäßigkeit des Proletariats bringen un
durch Paris Frankreich beherrschen und ihm nach und nach eine sozialistisc
Produktionsweise aufzwingen. Das Pariser Proletariat selbst sollte durch ei
aufs äußerste zentralisierte Organisation nach dem Muster des Jakobinerklub
bei seinen Aufständen geleitet und nach erfochtenem Siege dirigiert werden.

In der Tat, wenn etwas Derartiges 1793 möglich gewesen, warum soll
es 1848 unmöglich sein, wo doch das Proletariat inzwischen um soviel stärk
geworden war?

Wie alle Politiker, die im Jahre 1848 das Jahr 1793 fortsetzen wollte
übersahen auch die Blanquisten die Verschiedenheiten der Situation, die sich i
zwischen vollzogen. Diese Verschiedenheit war aber für die proletarische
Jakobiner von 1848 in mancher Beziehung noch ungünstiger als für die klei
bürgerlichen.

Die revolutionären Kleinbürger von 1793 waren, bei allem Antikapitalismus, doch auf dem Boden der Warenproduktion und des Privateigentums an den Produktionsmitteln stehen geblieben, wie schon erwähnt; das war aber die Grundlage, auf der das ganze ökonomische Leben damals ruhte. Und der Kapitalismus stand noch in seinen Anfängen; er war zu einem gesellschaftlichen Bedürfnis geworden, aber die Masse der Bevölkerung lebte noch vom Kleinbetrieb; die antikapitalistischen Tendenzen der Jakobiner entsprachen ihren *persönlichen* Bedürfnissen, wenn sie auch im Gegensatz standen zu den *gesellschaftlichen* Bedürfnissen, die nicht direkt dem einzelnen zum Bewußtsein kamen.

1848 war der Kapitalismus vielleicht nicht mehr ein allgemeines gesellschaftliches Bedürfnis; er konnte vielleicht schon für manche Gegenden und Produktionszweige durch gesellschaftliche Produktion ersetzt werden; aber immer noch blieb die Warenproduktion und das Privateigentum an den Produktionsmitteln für den größten Teil der Bevölkerung Frankreichs, selbst für einen großen Teil der Bevölkerung von Paris, ein *persönliches* Bedürfnis. Die proletarischen Jakobiner von 1848 standen daher in einem weit schärferen Gegensatz zu den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung, als die kleinbürgerlichen Jakobiner von 1793. Sie hätten, um ihre Diktatur zu behaupten, weit größere Machtmittel zur Verfügung haben müssen als ihre Vorgänger.

Jedoch das gerade Gegenteil war der Fall. Seit 1793 hatten sich die Machtverhältnisse in Frankreich gewaltig zu ungunsten der Hauptstadt verschoben. Eine der Bedingungen der jakobinischen Herrschaft war die gewesen, daß 1789 bereits alle Herrschaftsmittel der herrschenden Klassen zerstört worden waren, Kirche, Bureaukratie, Armee. Das Proletariat, und auch das Kleinbürgertum, wird nie den Staat durch diese Herrschaftsmittel beherrschen können. Nicht nur, daß das Offizierskorps, die Spitzen der Bureaukratie und der Kirche sich stets aus den höheren Klassen rekrutieren und mit diesen durch die innigsten Bande verbunden sind, so steckt in diesen Korporationen ihrer Natur nach, als Herrschaftsmittel, das Streben, sich über die Volksmasse zu erheben, sie zu beherrschen, statt ihr zu dienen; sie werden stets in ihrer Masse antidemokratisch, aristokratisch sein. Das empfanden die Jakobiner so gut, daß sie, als der Krieg ihnen wieder die Schaffung eines Offizierskorps aufnötigte, jeden höheren Offizier unter die Aufsicht von Zivilkommissären setzten, weil jeder von vornherein aristokratischer Neigungen verdächtig schien.

Die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat heißt daher nicht etwa einfach Eroberung des Ministeriums, das dann die bisherigen Herrschaftsmittel — Staatskirche, Bureaukratie, Offizierskorps — ohne weiteres in sozialistischem Sinne dirigiert, sondern sie bedeutet die Auflösung dieser Herrschaftsmittel. Solange das Proletariat nicht stark genug ist, mit ihnen fertig zu werden, wird ihm alle Besetzung einzelner Ministerien und ganzer Regierungen nichts nutzen, kann ein sozialistisches Ministerium im besten Falle nur ein kurzlebiges Ding sein, das sich im vergeblichen Kampfe gegen diese Herrschaftsmittel aufreiben muß, ohne etwas Dauerndes schaffen zu können.

1792 waren die Jakobiner in der günstigen Lage, alle diese Herrschaftsmittel aufgelöst zu finden. Da konnten Paris mit seinen gewaltigen Machtmitteln und der so ausgezeichnet im ganzen Lande organisierte und disziplinierte Jakobinerklub ihre Übermacht in vollem Maße entfalten.

Nach dem 9. Thermidor und besonders unter dem Kaiserreich hatten dagegen Bourgeoisie und Kaiserreich die genannten Herrschaftsmittel wieder auf-

gebaut und unendlich vervollkommnet. Es ist richtig, sie waren stramm zentralisiert, und der Zentralpunkt, von dem aus sie dirigiert wurden, war Paris. Solange diese Herrschaftsmittel im Besitze der Pariser Regierung blieben, wurde Frankreich von Paris aus regiert. Aber sobald Paris in die Hände eines demokratischen Regimes geriet, mußten die Herrschaftsmittel sich sofort gegen dieses und damit gegen Paris selbst wenden. Den nötigen Zentralpunkt konnten sie auch außerhalb Paris finden, wie die Erfahrungen von 1871 gezeigt haben. Diese zentralisierten Herrschaftsmittel wurden dann die Macht, die ganz Frankreich gegen Paris führte und dieses erdrückte.

Wenn man nach der jakobinischen Tradition annahm und heute noch vielfach annimmt, durch die Zentralisation der Verwaltung könnte ein revolutionäres Paris leichter Frankreich beherrschen, als bei weitgehender Selbstverwaltung der Gemeinden, so ist diese Meinung völlig irrig. Das revolutionäre Paris dominierte in Frankreich gerade damals, als die Selbstverwaltung der Gemeinde am höchsten ausgebildet war, der Zentralismus der Jakobiner beherrschte den Föderalismus der Gemeinden. Der Versuch der Girondisten, die Provinz gegen Paris aufzubieten, scheiterte damals kläglich. Es war gerade das zentralisierte Frankreich, das 1848 wie 1871 den girondistischen Plan erfolgreich durchführte.

Die Aufgabe des französischen Sozialismus ist damit gegeben: die Eroberung der Provinz ist ebenso wichtig wie die von Paris, und die Auflösung und Schwächung der zentralisierten Herrschaftsmittel ist möglichst zu fördern, namentlich durch Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung, natürlich auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Stimmrechtes. Viele französische Sozialisten scheinen freilich auch heute noch anderer Meinung zu sein. Sie glauben zum Beispiel die Gefährdung der Republik durch die aristokratischen Tendenzen der Armee am besten zu bekämpfen durch Vermehrung der Polizeigewalt des Staates statt durch Einführung des Milizsystems.

Der jakobinische Blanquismus, der diese ungeheuren zentralisierten Herrschaftsmittel sich gegenüber sah, wäre also, hätte er Paris erobert, auf weit größere Schwierigkeiten gestoßen, als seine Vorgänger 1793, indes seine Machtmittel weit geringer gewesen wären. Er hätte schließlich ebenso sicher scheitern müssen als diese. Aber immerhin, er hätte doch vorübergehend ein sozialistisches Regime begründen können, das nicht nutzlos vorübergegangen wäre, wie keine große revolutionäre Bewegung scheitert, ohne gewaltige Spuren zu hinterlassen, die nicht wieder zu verlöschen sind, und ohne mächtige Anregungen zu geben, die jahrzehnte-, ja jahrhundertelang nachwirken. Die Revolution von 1848 hätte für die proletarische Sache dann mehr geleistet, als bloß die Schärfung des proletarischen Klassenbewußtseins und die Vertiefung der Klassengegensätze durch die Junischlacht.

Aber der Blanquismus konnte 1848 nicht seine volle Kraft entfalten. Seine Organisationen waren durch erfolglose Putsche des vorhergehenden Jahrzehntes geschwächt, die besten seiner Führer, vor allem Blanqui selbst, in Haft, als die Revolution losbrach. Und neben dem Blanquismus waren andere Richtungen aufgetaucht, die einen großen Teil des Proletariats gefangen nahmen.

Die eine davon war die proudhonistische. Wirkte Blanqui vor allem als Kämpfer und Organisator, so war Proudhon vor allem Theoretiker, mitunter auch Träumer. Ebensosehr wie Blanqui erkannte er den Gegensatz zwischen Proletariat und Kapital, mehr als jener vertiefte er sich in die Erforschung

ſeiner ökonomiſchen Geſetze. Aber die Erfahrungen von 1793 hatten auf ihn ganz anders gewirkt wie auf Blanqui. Wollte dieſer die jakobiniſche Politik im Intereſſe des Proletariats fortſetzen, ſchob er einſeitig die Eroberung der Staatsgewalt in den Vordergrund, ſo ſah Proudhon nur das Mißlingen der Revolution und wurde dadurch voll Mißtrauen gegen die Revolutionen und Staatsveränderungen, ſowie ſchließlich den Staat ſelbſt. Nicht durch deſſen Eroberung, ſondern durch die Umformung der **ökonomiſchen** Verhältniſſe ſollte das Proletariat ſich emanzipieren. Will aber das Proletariat ſich durch rein ökonomiſche Mittel befreien, ſo ſind das notwendigerweiſe einmal kleinliche Mittel, ſolche, die es aus ſeinen eigenen ökonomiſchen Einnahmen aufbringen kann; und dann ſind es notwendigerweiſe friedliche Mittel, ſolche, die keinen erheblichen Widerſtand bei den herrſchenden Klaſſen finden, dieſen nicht gefährlich erſcheinen. Auf ſolche Mittel beſchränkte ſich denn auch der Proudhonismus in ſeiner Praxis, auf die Gründung von Verſicherungskaſſen, Tauſchbanken, Genoſſenſchaften, Mittel, die entweder ganz utopiſtiſch waren, wie die Tauſchbanken, oder Mittel, wie die Verſicherungskaſſen und Genoſſenſchaften, die ganz nützlich ſein konnten, wenn ſie **neben** anderen, gewaltigeren und wichtigeren Mitteln des proletariſchen Emanzipationskampfes in Anwendung kamen; die aber direkt ſchädigend wirkten und daher verwerflich wurden, wenn ſie das ausſchließliche Tätigkeitsgebiet der Arbeiterklaſſe in ihrem Befreiungskampf bilden und ſie von der Anwendung anderer Mittel abhalten ſollten.

Die Beſchränkung auf dieſe kleinlichen, friedlichen Mittel brachte aber notwendigerweiſe auch die Beſchränkung des Endziels mit ſich, da nur kleine Ziele mit den kleinen Mitteln erreichbar waren. Es konnte im Grunde auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Aufhebung des Kapitalismus und die Emanzipation des Proletariats durch die Verwandlung des Proletariers in einen **Kleinbürger**. Nicht die Aufhebung der Warenproduktion durch geſellſchaftliche Produktion, ſondern die Bildung eines neuen Typus der Warenproduktion, bei dem durch Ausſchaltung des Geldes und des Zwiſchenhandels der kapitaliſtiſche Profit aufgehoben werden ſollte, war das Endziel des Proudhonismus.

Dem Kommunismus, der geſellſchaftlichen Produktion, ſtand Proudhon entſchieden feindlich, der Revolution geringſchätzig und verſtändnislos gegenüber. Er war in ſeinem Denken ganz kleinbürgerlich und daher vielfach reaktionär, wie das am deutlichſten in ſeiner Auffaſſung der Frauenfrage zutage trat.

Am 17. Mai 1846 ſchrieb er an Marx: „Ich glaube, daß wir dieſelbe (die Revolution) nicht nötig haben, um zu reüſſieren, und daß wir demzufolge die **revolutionäre** Tat nicht als Mittel der Reform aufſtellen dürfen, weil dieſes angebliche Mittel ganz einfach ein Appell an die Gewalt, an die Willkür, kurz ein Widerſpruch wäre. Ich ſtelle mir das Problem: die Reichtümer durch eine ökonomiſche **Kombination** in die Geſellſchaft zurückfließen laſſen, die der Geſellſchaft durch eine andere Kombination entnommen werden.“

Dieſe Kombination zu entdecken, nicht die politiſche Macht zu erobern, erſchien ihm als die Hauptaufgabe des Sozialiſten.

Weit größeren Einfluß jedoch als die Proudhons und Blanquis beſaß beim Ausbruch der Revolution die dritte Richtung des franzöſiſchen Sozialismus, die Louis Blancs. Ebenſowohl wie Proudhon und Blanqui erkannte auch er den tiefen Gegenſatz zwiſchen dem Kapitalismus und den proletariſchen Intereſſen. Ebenſogut wie Blanqui, und in vollem Gegenſatz zu Proudhon, erkannte er auch die Bedeutung der Staatsgewalt für das ökonomiſche Leben und die

Umwandlung der Gesellschaft. Aber im Gegensatz zu Blanqui wollte er nich das Proletariat in revolutionärem Kampfe der Bourgeoisie entgegensetzen. E hielt es für möglich, und darin bestand seine historische Besonderheit, die edlere und intelligenteren Teile der besitzenden Klassen von der Notwendigkeit des Sozia lismus zu überzeugen, da sie unter dem Kapitalismus, der freien Konkurrenz, de Krisen, nicht minder litten als das Proletariat. Eine über den Klassen stehend Staatsgewalt, angetrieben und erleuchtet von den besten Elementen der ganze Nation, war das Mittel, von dem Louis Blanc die Verwirklichung seine Sozialismus erwartete, der daher auch ein friedfertiger, jeglichem Klassenkamp abholder sein mußte. Nicht auf den Sieg des Proletariats rechnete er, sonder auf den Sieg der Vernunft, die für alle Klassen die gleiche ist. Wohl strebt er die gesellschaftliche Produktion an, aber nicht durch Eroberung der Macht mittel des Kapitals, durch Expropriierung der Kapitalistenklasse; sondern nebe den kapitalistischen Unternehmungen sollten sich die vom Staate eingerichtete und unterstützten Arbeitergenossenschaften erheben und nach und nach imme mehr ausdehnen.

Louis Blanc rechnete also vor allem auf das Wohlwollen der Bourgeoisie die zum Sozialismus überredet werden mußte. War für Blanqui die poli tische Organisation des Proletariats das souveräne Mittel, es zu befreien für Proudhon seine ökonomische Organisation, so für Louis Blanc di Macht der Redner und Literaten des Sozialismus, die Herzen zu rühren In der mündlichen und schriftlichen Schönrednerei sah er das wichtigst Kampfesmittel des Sozialismus, ein Kampfesmittel, das er selbst auf da virtuoseste zu handhaben wußte. Und was von ihm, gilt von seinen Nach folgern. Sie sind glänzende Redner und Schriftsteller, die den Zauber ihre Worte für unwiderstehlich halten. Ohne diesen Glauben wäre in der Tat ihr Richtung nicht denkbar.

Man sieht, alle drei Richtungen hatten ihre Schwächen, aber die Schwäch jeder derselben entsprang aus der Schwäche des Proletariats selbst, das noc nicht die Kraft besaß, die Gesellschaft zu beherrschen und doch schon das leb hafte Bedürfnis empfand, sich zu befreien. Jede der drei Richtungen sucht einen anderen Weg, diese Befreiung zu ermöglichen, ehe noch das Proletaria genügend erstarkt war.

Dabei war aber jede in den Traditionen der großen Revolution befangen und das bildete das zweite Moment ihrer Schwäche. Knüpfte der Blanquismu direkt an den Jakobinismus und seine Illusionen an, wirkte in Proudhon in Gegensatz dazu der Katzenjammer, den das Scheitern der Illusionen der großen Revolution hervorgerufen, so waren in Louis Blanc jene großen Erinnerunge lebendig, in denen die revolutionären Bewegungen trotz der Klasseninteressen die sie im Grunde bewegten, als rein menschliche Bewegungen und Wirkunge der großen Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erschienen, wi zum Beispiel in der Nacht des 4. August 1789, wo Feudalherren und Kirchen fürsten freiwillig ihre eigenen Privilegien abschafften, die freilich, bei Lichte be trachtet, tatsächlich das empörte Volk vorher schon in Scherben geschlagen hatte auf die zu verzichten daher kein übermäßiges Opfer war.

Wurden diese drei Richtungen von den genannten drei Männern am beste und charakteristischsten vertreten, so hatten diese sie doch nicht geschaffen. Si entsprangen den Verhältnissen, und nicht zufälligen, sondern für die modern Gesellschaft wesentlichen Verhältnissen, so daß wir alle drei Richtungen auc

heute noch in Frankreich lebendig finden, obwohl sie der Besonderheiten längst entkleidet sind, die ihnen ihre genannten drei Vorkämpfer verliehen, jede den modernen Verhältnissen angepaßt und äußerlich völlig verändert. Ja, nicht bloß in Frankreich, im ganzen internationalen Sozialismus finden wir immer wieder mehr oder weniger ausgesprochen diese drei Richtungen: die eine, die das Proletariat durch die Eroberung der politischen Macht im Kampfe gegen die Bourgeoisie befreien; die zweite, die das Wohlwollen der Staatsmacht oder eines Teiles der Bourgeoisie gewinnen, und die dritte, die hinter dem Rücken des Staates, ohne viele Politik durch die ökonomischen Organisationen das Proletariat emanzipieren will. Die Lebenskraft dieser drei Richtungen rührt wohl daher, daß jede von ihnen ein notwendiges Stück des proletarischen Befreiungskampfes repräsentiert. Das gilt cum grano salis auch von der Louis Blancschen.

Das Proletariat kann sich nicht befreien, wenn es sich nicht als selbständige politische Organisation konstituiert, welche die Staatsmacht erobert. Aber dies kann nicht das Werk des Putsches einer kleinen Minderheit der Arbeiterklasse sein, sondern setzt eine langsame und mühevolle, vielfach friedliche Arbeit der ökonomischen, moralischen, intellektuellen Hebung der Masse des Proletariats voraus, wobei die Entwicklung seiner ökonomischen Organisationen unentbehrlich ist. Dies wieder kann nicht unter Ignorierung des bürgerlichen Staates geschehen. Das Proletariat kann sich nicht außerhalb des Staates stellen, es bleibt in ihm, und jede Veränderung desselben wirkt auf seine eigene Entwicklung zurück. Es darf daher den politischen Kämpfen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien nicht teilnahmlos zusehen, die Gestaltung der Gesetzgebung nicht für etwas Gleichgültiges halten, sondern muß tatkräftig eingreifen in die ersteren, die eine Seite gegen die andere unterstützend, und versuchen, der Staatsgewalt Gesetze abzuringen, die seinen Aufstieg fördern. So enthielt jede der drei Richtungen einen gesunden Kern, so geriet jede in Irrtum durch seine Isolierung von dem Gesamtkörper der proletarischen Bewegung. Und so muß auch heute noch immer wieder jede einseitige Hervorhebung der einen der drei Seiten unserer Bewegung unter Vernachlässigung der anderen — politische Revolution, ökonomische Organisation, Beeinflussung der Gesetzgebung — Wahrheit in Irrtum verwandeln und das Proletariat auf Abwege führen, welche die Opfer seines Kampfes vergrößern, seine Erfolge verringern.

Kann aber das Proletariat seine volle Kraft nur dann entfalten, wenn es sich aller drei Seiten seines Befreiungskampfes bewußt bleibt, so wirken doch die Verhältnisse dahin, bald diese bald jene Seite erfolgreicher zu gestalten. Daß die eine Seite dann mehr in den Vordergrund tritt, ist durchaus nicht bedenklich, vielmehr für die proletarische Sache höchst förderlich, solange es nicht zu einem völligen Vergessen oder gar absoluten Verdammen der anderen Seiten führt, die unter anderen Verhältnissen ihrerseits viel wirksamer werden können und die stets im Auge behalten werden müssen, soll die Hervorhebung der einen Seite nicht zu einer Einseitigkeit führen, aus der nur Illusionen und dann Enttäuschungen erstehen können.

In den Zeiten einer politischen Revolution war diejenige Seite des proletarischen Emanzipationskampfes, welche von seinen Vorkämpfern vor allem in den Vordergrund zu schieben war, die auf Eroberung der politischen Macht gerichtete. Der Blanquismus entsprach den Bedürfnissen der damaligen Situation am besten; was ihr abzuringen war, konnte das Proletariat am ehesten

dadurch erringen, daß es sich geschlossen und energisch der blanquistischen Führung anvertraute.

Aber wir haben schon darauf hingewiesen, daß die blanquistischen Organisationen geschwächt, ihre Führer verhaftet waren; und gerade diese Seite der proletarischen Bewegung setzte eine geschlossene politische Organisation und anerkannte Führer voraus. Für die ökonomischen Rezepte Proudhons war natürlich die Zeit der politischen Revolution schon gar nicht günstig. Dagegen wurde Louis Blanc der Mann des Tages. Seine Illusionen entsprachen dem Mangel an Klassenbewußtsein in der Mehrheit der proletarischen Masse, außerdem aber verfügte er über jene große Waffe, durch die moderne Politiker die unorganisierten Volksmassen am meisten beeinflussen, ja beherrschen: die Presse.

Die Louis Blancschen Illusionen von dem Zusammenwirken der Klassen haben stets in Journalistenkreisen den fruchtbarsten Boden gefunden. Der Journalist, ausgebeutet vom Kapital, zu dessen Lohnarbeiter herabgedrückt, aber doch meist aus bürgerlichen Kreisen hervorgegangen und durch seine persönlichen Beziehungen, Neigungen, Ziele dem bürgerlichen Milieu einverleibt, reproduziert politisch und literarisch die Zwischenstellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die der Kleinbürger ökonomisch einnimmt. Er entwickelt leicht proletarische Sympathien, sucht aber nach einem Wege, sie geltend zu machen, ohne mit der Bourgeoisie zu brechen. Dieses Stadium hat wohl jeder von uns „Akademikern" in der sozialistischen Bewegung durchgemacht, auch jene, die sich zu der schärfsten Betonung des proletarischen Klassenstandpunktes durchgerungen haben. Viele bleiben in jenem Stadium zeitlebens stecken.

Der Journalist, der durch seine Leitartikel die „öffentliche Meinung" macht, verfällt aber auch am ehesten in die Illusion, die Klassengegensätze durch geschriebene oder gesprochene Leitartikel überwinden und die verschiedenen Klassen zu gemeinsamer Arbeit überreden zu können.

Wenn die urwüchsig proletarische Bewegung sich immer zwischen den beiden Extremen der politischen Revolution und der ökonomischen Organisation der proletarischen Klasse bewegt, die 1848 die Formen von Blanquismus und Proudhonismus angenommen hatten, so neigt der Literatensozialismus stets zur Kooporation der Klassen, wie sie 1848 durch Louis Blanc vertreten wurde.

Je weniger organisiert und politisch geschult das Proletariat, desto mehr wird es aber durch die Presse beherrscht. Und im Februar 1848 besaß das Pariser Proletariat, abgesehen von einigen geheimen Klubs, gar keine Organisation. Die 1843 gegründete „Réforme", von Louis Blanc im Verein mit kleinbürgerlich-sozialistischen Demokraten redigiert, war damals eine Macht unter den revolutionären Massen.

Es entsprach dem Mangel an selbständiger Organisation und selbständigem Klassenbewußtsein des Pariser Proletariats, wenn auf die Zusammensetzung der provisorischen Regierung der Republik nicht der Blanquismus Einfluß nahm, sondern Louis Blanc; wenn diese Regierung nicht eine sozialistische war, sondern eine bürgerliche, in der zwei Sozialisten Aufnahme fanden, Louis Blanc und Albert, von vornherein zur Ohnmacht verurteilt, eine Deckung der bürgerlichen Regierung gegen das Proletariat, nicht ein vorgeschobener Posten des Proletariats auf feindlichem Gebiet.

Mit ihm, und das war ein großes Unglück, schrieb Jaurès über Louis Blanc in der „Cosmopolis", „schien der Sozialismus an der Macht zu sein, ohne daß er sie besaß. Dieser hatte seine Vertretung in der provisorischen Regierung,

in der die bürgerlichen Anschauungen herrschten; ein Schein der Macht, durch den der Sozialismus die Befürchtungen der Kapitalisten überreizte, ohne daß er die Kraft erhalten hätte, den Kapitalismus zu beseitigen". (Zitiert von E. Buré in „La Vie Socialiste", 2. Heft S. 125.)

Die Kraft, die das Proletariat in den Februartagen entfaltete, hatte nicht ausgereicht, das bürgerliche Regime zu stürzen, sondern nur ausgereicht, die Monarchie unmöglich zu machen, also an ihre Stelle die Republik zu setzen. Wenn es die Republik erzwang, so erreichte es damit nichts anderes, als daß es der Bourgeoisie die Aufgabe auferlegte, die Republik, die das Proletariat als das Werkzeug seiner Emanzipation betrachtete und als „soziale" begrüßte, in ein Werkzeug bürgerlicher Klassenherrschaft zu verwandeln. Es zwang die Bourgeoisie, nun selbst gegen das Proletariat zu regieren, diese unangenehme Aufgabe, die sie bis dahin der Monarchie überlassen hatte, selbst in die Hand zu nehmen. Die Bedeutung aber, die das Proletariat in der Republik und durch sie erlangt hatte, erzeugte in der Bourgeoisie einen Haß gegen die arbeitende Volksmasse, wie sie ihn unter der Monarchie nicht gekannt. Hatte sie unter dieser das Proletariat gern dazu benutzt, die Regierung einzuschüchtern und sich gefügig zu machen, so drängte sie jetzt die Regierung, der neuen Macht, die sich so drohend neben ihr erhob, ein Ende zu bereiten, ein rasches Ende, wenn es sein mußte, ein Ende mit Schrecken. Während die von Louis Blanc geführten Arbeiter von der Lösung der sozialen Frage durch die soziale Republik träumten, die alle Klassengegensätze mildern und zur Kooperation der Klassen führe, bereitet die bürgerliche Republik einen Klassenkampf vor, wie ihn gleich furchtbar das neunzehnte Jahrhundert noch nicht gesehen.

Vor allem sah die neue Regierung ihre Aufgabe darin, eine „zuverlässige" Militärmacht nach Paris zu schaffen und das Proletariat zu entwaffnen, dem die Februartage Waffen gegeben. Das führte zur Katastrophe der Junitage, zur blutigen Niederwerfung des Proletariats. Und nun nahm ihm die siegreiche bürgerliche Republik alles wieder, was es durch Besiegung der Monarchie erobert. Seine Presse wurde geknebelt, seine Vereine aufgelöst, die Nationalgarde, die allen Klassen zugänglich gemacht worden war, wieder auf die Bourgeoisie beschränkt, endlich das allgemeine Wahlrecht aufgehoben, als die Wahlen, trotz der Niederlage vom Juni, Sozialisten in die Nationalversammlung brachten. Das Stimmrecht wurde nun an dreijährige Seßhaftigkeit geknüpft; außerdem genügten Polizeistrafen, ja Übertretungen der Vereinsgesetze und ähnliche Lappalien, um den Verlust des Wahlrechts nach sich zu ziehen.

So gelang es allerdings, das niedergeworfene Proletariat völlig zu knebeln. Aber damit beseitigte man jene Stütze der Republik, deren diese nach 1848 mehr noch bedurfte als nach 1793. Zur Zeit des Konvents war noch das Kleinbürgertum kraftvoll und energisch gewesen. Fünfzig Jahre später war es haltlos und furchtsam geworden. Die Bourgeoisie aber stand der Republik nach wie vor mißtrauisch, ja feindselig gegenüber. Ihre Zuversicht bildete die Armee; damit unterwarf sie sich aber auch dem Regime des Vertrauensmanns der Armee, des dritten Napoleon. Das zweite Kaiserreich folgte der Junischlacht ebenso notwendig, wie das erste dem 9. Thermidor gefolgt war.

Die amerikanischen Wahlen und die Sozialisten.

Von **Hermann Schlüter.**

Der große Sieg der republikanischen Partei mit ihrem Kandidaten Theodor Roosevelt bei der Nationalwahl in den Vereinigten Staaten bedeutet einen Sieg des Großkapitalismus über seinen kleinbürgerlichen Gegner. Die Majorität des amerikanischen Volkes hat die kapitalistisch-imperialistische Politik der bisherigen Regierung mit großer Majorität gutgeheißen, und der Versuch der demokratischen Partei, auf konservativer Grundlage und unter Zurückweisung der Bestrebungen ihres radikalen Flügels, der sich unter der Leitung von Bryan bei den beiden vorhergehenden Präsidentschaftswahlen Geltung zu schaffen versuchte, Erfolg zu erringen, ist kläglich gescheitert.

Die beiden großen bürgerlichen Parteien der Vereinigten Staaten sind die republikanische und die demokratische. Die Republikaner waren bisher im Besitz der Herrschaft in der Bundesregierung und die Demokraten suchten sie daraus zu verdrängen, um in den Besitz dieser Herrschaft zu kommen. Ein rechter Kampf um die Beute, bei dem nach außen hin Prinzipien nur eine ganz geringe Rolle spielen, obgleich im Grunde genommen beide Parteien eine bestimmte Gesellschaftsschicht vertreten.

Im wesentlichen herrscht hier im Wahlkampf zwischen den beiden großen Parteien kein Unterschied, wenigstens kein bedeutender. Prinzipienfragen spielten bei den hiesigen Wahlkämpfen bisher nur ausnahmsweise eine Rolle. Die Handhabung der Politik, die zum großen Teile in den Händen geschäftsmäßiger Politiker, sogenannter Fachpolitiker, liegt, schließt, zum Teil wenigstens, das Hervortreten von Prinzipienfragen im Wahlkampf aus. Für diese Politiker ist die einzige Frage die, an der Herrschaft zu bleiben oder die Herrschaft zu erringen, um ihren Beuteanteil einstecken zu können. Diese Politiker, zum großen Teile Lumpenproletarier und Leute, die sich auf das Lumpenproletariat stützen — wie denn zum Beispiel die Herrschaft in der Stadt New York tatsächlich in Händen des Lumpenproletariats liegt —, stützen sich in ihrem Kampfe um die Beute auf irgendwelche Prinzipien, ganz gleichgültig, welcher Art sie sind. In Betracht gezogen wird dabei nur, ob diese Prinzipien geeignet sind, die Wählerschaft anzulocken. Beide Parteien suchen bei Beginn des Wahlkampfes ein „Issue" (eine Parole), auf Grund dessen der Kampf durchgeführt wird. Ist keine brennende Frage vorhanden, die man zum Zentralpunkt des Kampfes machen kann, so wird der Wahlkampf ein rein persönlicher, oder die Partei, die nicht im Amte ist, sucht durch allgemeine Angriffe den Gegner zu verdrängen. Bei den beiden vorhergehenden Präsidentschaftskampagnen war die Freisilberprägung das „Issue". Dieses Mal war keine Parole vorhanden und die Demokraten halfen sich mit allgemeinen Angriffen. Da wurde Sparsamkeit in der Verwaltung verlangt. Da wurde der Imperialismus angegriffen, während die Demokraten, im Besitz der Macht, sich wohl hüten würden, zum Beispiel den Philippinen ihre Selbständigkeit zu geben. Da werden einige Ermäßigungen im Zolltarif gefordert, obgleich auch die Demokraten sich sehr hüten, durch direkte Forderung des Freihandels den Groll der Großindustriellen auf sich zu laden, denen dieser Tarif die Taschen füllt. Da werden einige Redensarten gegen die Trusts losgelassen, während in Wirklichkeit die demokratische wie die republikanische Partei beide von den Trusts regiert werden.



Gegenüber diesen allgemeinen Angriffen der Demokraten verteidigten die epublikaner ihre Stellung und die Taten ihrer Regierung. Das war deren rogramm.

Wenn man nun noch die beiderseitigen persönlichen Angriffe nimmt, in enen man sich der Korruption aller Art beschuldigt, Angriffe, bei denen das echt auf beiden Seiten ist, so hat man so ziemlich das ganze Arsenal beimmen, aus dem die bürgerlichen Parteien der Vereinigten Staaten ihre Waffen nehmen. Es soll indes hervorgehoben werden, daß das freihändlerisch ngehauchte Element, das hier vorhanden ist, sich in der demokratischen Partei ammelt und daß die republikanische Partei in den letzten Jahren, besonders nter dem Einfluß des verstorbenen Mark Hanna, sich zu einer mehr strikten ertreterin des Großkapitals entwickelt hat, während sich in der demokratischen artei das kleinbürgerliche Element zusammenzog, das bei den Wahlen von 896 und 1900 den Vertreter der Freisilberprägung Bryan zu ihrem Bannerräger machte. Beim diesmaligen Wahlkampf siegte aber auch in der demoratischen Partei der kapitalistische Flügel und die Trusts spielten innerhalb erselben dieselbe herrschende Rolle wie in der Partei der Republikaner. Wie lles in Amerika, so ist hier auch — wie schon bemerkt — die Politik ein eschäft. Ein ganzes Heer von Politikern, die in der Politik ihren Lebenswerb suchen, vertritt im Wahlkampf diejenigen Forderungen, welche die Partei, on der sie engagiert sind, aufgestellt hat. Überzeugung spielt dabei keine Rolle der doch nur in Ausnahmefällen; jedenfalls nicht bei der Masse dieser Ererbspolitiker, die oft genug in dem einen Wahlkampf bekämpfen, was sie in m vorhergehenden befürwortet haben, je nachdem ihre Parteikonvention und e Plattform der Partei, die bei jeder Wahl neu aufgestellt zu werden pflegt, as verlangen.

Die Masse der Arbeiterschaft ist mit den bürgerlichen Parteien eng liiert, ils mit der demokratischen, teils mit der republikanischen. Gewohnheit, Übereferung, Familientradition spielen da eine große Rolle, so daß es eine der auptaufgaben der sozialistischen Agitation hierzulande ist, zunächst einmal die lassen der Arbeiter von ihren alten Parteiverbindungen loszulösen.

Eine große Schwierigkeit für die sozialistische Agitation liegt in dem Widerand, den sie in den meisten Gewerkschaften findet, in denen die hauptsächlichsten ortführer — nur zu oft direkt im Solde der bürgerlichen Parteien stehend — h gegen eine unabhängige und selbständige Arbeiterpolitik wenden. Unter m Schlagwort: „Keine Politik in der Union", tritt man dort der selbständigen rbeiterpolitik, auch außerhalb der Union, mit allen Mitteln entgegen, betreibt er doch innerhalb der Gewerkschaft Politik, indem man mit den bürgerlichen arteien einen Handel abschließt, in welchem den Arbeitern vor der Wahl lerlei Versprechungen gemacht werden, die man nach der Wahl ebensooft icht.

Der Mißerfolg dieser hier „Schwanzpolitik" — weil die Arbeiterschaft dabei n Schwanz der bürgerlichen politischen Parteien bildet — genannten politischen ktion, wie auch das Einsetzen der sozialistischen Agitation hat indes in letzter eit dem Gedanken selbständigen politischen Vorgehens der Arbeiter selbst konservativen Kreisen der Gewerkschaftler viele Anhänger geschaffen, und nmer häufiger begegnet man in diesen Schichten der Forderung, daß die Areiter, unabhängig von den anderen Parteien, ihre Interessen politisch wahren llen.

Die Beteiligung der Sozialdemokratie an den amerikanischen Wahlen geh bis in die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück Meistens ging diese Wahlbeteiligung aber von eingewanderten — durchwe deutschen — Arbeiterelementen aus und sie hatte deshalb keine nachhaltig Wirkung, wenn auch in verschiedenen Städten nicht unbedeutende Stimmen zahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie abgegeben und verschiedentlic auch Beamte und Gesetzgeber von ihr gewählt wurden.

An der Präsidentenwahl beteiligten sich die Sozialisten New Yorks in Jahre 1888 zum erstenmal, und zwar in der Art, daß sie wohl Wahlmänner aber keinen Präsidentschaftskandidaten aufstellten. Das Resultat war ein schlechtes Im ganzen Staate New York wurden damals noch keine 3000 sozialistisch Stimmen abgegeben, von denen etwa 2500 auf die Stadt New York fielen.

Bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 1892 wurde der erste sozia listische Kandidat für dieses Amt aufgestellt, der in 6 Staaten 21512 Stimmen erhielt, wovon 18000 Stimmen auf den Staat New York kamen. Im Jahre 189 stieg die Gesamtziffer der sozialistischen Präsidentschaftswähler auf 36275, an denen schon 20 Staaten der Union partizipierten. New York war in diese Ziffer mit 17667 vertreten. Bei den Kongreßwahlen des Jahres 1898 ging dann das gesamte sozialistische Votum in 24 Staaten auf 82204 hinauf.

So war der Stand der Bewegung, als im Jahre 1899 eine Krise eintrat die eine Spaltung herbeiführte und die sozialistische Partei dieses Landes in zwei Flügel teilte. Der prinzipielle Grund dieser Spaltung war die verschieden Auffassung in der Gewerkschaftsfrage. Im Jahre 1900 gingen beide Rich tungen in der Präsidentschaftswahl selbständig und getrennt vor, und jed stellte einen eigenen Kandidaten auf. Der Kandidat der „Socialist Party“, der sozialistischen Partei, war Eugene V. Debs, auf den bei der Wahl 97730 Stimmen fielen. Der Kandidat der sozialistischen Arbeiterpartei erhielt nur 34191 Stimmen. Die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen in den Ver einigten Staaten betrug in jenem Jahre also 131921. Neben New York, in dem 12869 Stimmen für Debs abgegeben wurden, erschienen jetzt schon eine ganze Anzahl anderer Staaten auf dem Plan, die eine nicht unbeträchtliche sozialistische Stimmenzahl aufwiesen. So lieferte Kalifornien 7572, Connecticut 1741, Illinois 9687, Indiana 2374, Iowa 2742, Massachusetts 9716, Michigan 2826, Minnesota 3065, Missouri 6128, New Jersey 4609, Ohio 4847, Penn sylvanien 4821 und Washington 7095 Stimmen für Eugene V. Debs.

Die Kongreßwahlen des Jahres 1902 brachten den Sozialisten eine ganz bedeutende Stimmenzunahme. In 40 Staaten und Territorien der Union er hielten die Kandidaten der sozialistischen Partei 231061 Stimmen, während die Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei in 19 Staaten 52780 Stimmen auf sich vereinigten. In der obigen Stimmenzahl der sozialistischen Partei sind 7500 Stimmen enthalten, die im Jahre 1900 in neun Staaten abgegeben worden waren, in denen 1902 keine Wahlen abgehalten wurden. In einzelnen Staaten schnellte das sozialistische Votum ganz unerwartet in die Höhe. Es stieg zum Beispiel für die sozialistische Partei in Illinois auf 20167 und in Indiana auf 7134 Stimmen, Iowa wuchs von 2742 im Jahre 1900 auf 6360 in 1902; Massachusetts ging auf 33629 hinauf. In Minnesota stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen von 3065 auf 10129; in Montana von 708 auf 3131; in Nebraska von 823 auf 3157; in New York von 12869 auf 23400; in Ohio von 4847 auf 14270; in Oregon von 1494 auf 3532; in Pennsyl-

vanien von 4821 auf 21 910; in South-Dakota von 169 auf 2738; in Utah von 717 auf 2927; in Washington von 2006 auf 4739; in Wisconsin von 7095 auf 15 957 Stimmen.

Bei der diesjährigen Wahl hatte die sozialistische Partei auf ihrer Konvention in Chicago wiederum Eugene V. Debs als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, während sie den Schriftsetzer Benjamin Hanford für das Amt des Vizepräsidenten nominierte.

Debs' Eltern stammen aus dem Elsaß; er wurde vor 49 Jahren in Indiana geboren. Im Frühjahr 1875 kam er in Terre Haute, Indiana, in die Gewerkschaftsbewegung, und zwar als Lokomotivheizer. Er spielte in der Organisation derselben bald eine Rolle, und im Jahre 1880 wurde er Sekretär und Schatzmeister der „Brotherhood of Locomotive Fireman“, als welcher er eine große Tätigkeit in der Organisierung nicht bloß seiner, sondern auch anderer Gewerkschaften entwickelte.

Im Jahre 1894 organisierte Debs die „American Railway Union“, eine Verbindung von Eisenbahnarbeitern, die bald in den bekannten „Pullman-Streik“ verwickelt wurde, der für eine Zeitlang den ganzen Eisenbahndienst im Westen Amerikas lahmlegte.

Debs wurde als Leiter dieses Streiks verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Gefängnis machte er sich mit sozialistischer Literatur vertraut und verließ als Sozialist die Zelle, wenn auch bei seinem Sozialismus in bezug auf Klarheit anfänglich noch vieles zu wünschen übrig blieb. Ließ er sich doch damals noch auf einen Plan ein, im Westen der Union einen eigenen sozialistischen Staat zu gründen. Bald aber überwand Debs diese Kinderkrankheit, und seither ist er, ein tüchtiger Redner, unablässig für die sozialistische Propaganda tätig. Von einem Ende der Vereinigten Staaten bis zum anderen hat er zahllose Versammlungen abgehalten, und sein Ruf als Redner verfehlte nie, diesen Versammlungen ein zahlreiches Publikum zuzuführen.

Der sozialistische Vizepräsidentschaftskandidat Benjamin Hanford ist Schriftsetzer, der Anfang der neunziger Jahre vom tätigen Gewerkschaftler zum tätigen Sozialisten sich entwickelte. Er ist 46 Jahre alt und geborener Amerikaner, wie denn auch nur solche zum Amte des Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden können. Er stammt aus Cleveland, Ohio, ist ein sehr tüchtiger Redner und einer der klarsten Köpfe der amerikanischen Bewegung. Von den Sozialisten New Yorks wurde er mehreremal als Kandidat für den Gouverneursposten aufgestellt.

Der Wahlkampf wurde von den Sozialisten in strikt prinzipieller Weise geführt. Alle ihre Schriftstücke, ihre Broschüren und Flugblätter betonten aufs entschiedenste den proletarischen Charakter der Bewegung. In den Versammlungen wurden die Endziele des Sozialismus in schärfster Weise hervorgehoben. Von den Schwierigkeiten, mit denen wir hier in unserer Agitation zu kämpfen haben, mag der Umstand zeugen, daß ein großer Teil unserer nationalen Organisatoren und Redner während dieses Wahlkampfes zehn- und zwanzigtausend Meilen in Ausübung ihrer Agitationsarbeit zurücklegen mußten. Hierzu kommt die Verschiedenheit der Nationalitäten, die uns zwingt, unsere Literatur in sieben, acht und mehr verschiedenen Sprachen erscheinen zu lassen.

Zum näheren Verständnis mögen hier zunächst einige Mitteilungen über das hiesige Wahlrecht und die herrschende Wahltechnik folgen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten wird nicht durch direkte Wahl gewählt. Die Ernennung zu seinem Amte geschieht vielmehr durch Wahlmänner die in jedem Staate der Union gesondert durch die Wählerschaft ernannt werden. Die Zahl der Wahlmänner ist in jedem Einzelstaat, je nach der Bevölkerungsgröße, verschieden. Nach jeder der Volkszählungen — die alle zehn Jahre stattfinden — wird durch Gesetz die Zahl der Vertreter im Repräsentantenhaus in Washington festgesetzt. Die Zahl dieser Repräsentanten unter Hinzuziehung der Zahl der zwei Senatoren, die jeder Staat nach Washington in den Senat schickt, ist nun gleich der Zahl der Elektoren, der Wahlmänner, die bei der Präsidentenwahl in jedem Staate ernannt werden, um die Wahl des höchsten Beamten zu vollziehen.

Bei der diesjährigen Wahl betrug die Gesamtzahl der Wahlmänner 476 von denen auf New York als größtem Staat 39, auf Delaware und einige ander der kleinsten Staaten nur 3 kommen. Die Zahl der zur Wahl nötigen Stimmen betrug also 239 Stimmen. Der Kandidat der Republikaner, Theodor Roosevelt, erhielt nun 343, Parker, der Kandidat der Demokraten, 133 Stimmen. Roosevelt ist somit gewählt. Hierbei sind die 8 Stimmen für Maryland, dessen Resultat in diesem Augenblick noch nicht feststeht, für Roosevelt gerechnet.

Das Wahlrecht ist hierzulande keineswegs einheitlich, denn es gibt kein Bundeswahlrecht in dem Sinne, in dem etwa das deutsche Reichstagswahlrecht besteht. Das Wahlrecht ist in jedem Einzelstaat der Union verschieden und verschieden auch die Form, in der es ausgeübt wird. Das amerikanische Bürgerrecht und das politische Stimmrecht sind nicht etwa zwei Begriffe, die sich decken. Das Bürgerrecht gilt gleichmäßig für die ganze Union als eine Sache, welche durch den Bund geregelt wird. Die Regelung des Wahlrechtes ist Sache der Einzelstaaten. Das gilt nicht bloß von den Staats- und Lokalwahlen, das gilt auch von den Wahlen für die Präsidentschaft und die Gesetzgebung des Bundes. Zwar verleiht in der Mehrzahl der Unionsstaaten er der Besitz des amerikanischen Bürgerrechtes das aktive Wahlrecht. In einer ganzen Reihe dieser Staaten aber — besonders der westlichen, die nur dünn bevölkert sind — haben auch Einwanderer schon das Stimmrecht, wenn sie noch nicht Unionsbürger geworden sind. Im allgemeinen ist das Wahlrecht an das Alter von 21 Jahren (und darüber) geknüpft. In einzelnen Staaten bestehen Beschränkungen nach der Richtung hin, daß eine gewisse Bildung gefordert wird, zum Beispiel daß vom Wähler gefordert wird, daß er seinen Namen schreiben und daß er notdürftig lesen kann. In Rhode Island mußten bis zum Jahre 1889 naturalisierte Bürger sogar den Nachweis bringen, daß sie Grundbesitzer seien, wenn sie zur Ausübung des Wahlrechtes berechtigt sein wollten. Ähnliche Beschränkungen gelten noch heute in mehreren Südstaaten. In New York wird, wie auch anderswo, gefordert, daß der Wähler ein Jahr im Staate, drei Monate im County und 30 Tage im Wahldistrikt lebt, daß er außerdem mindestens 90 Tage Bürger war, ehe er zur Stimmabgabe berechtigt ist. Auch eine Wahlsteuer ist in verschiedenen Staaten vorgesehen, um das Wahlrecht zu beschränken. In mehreren Staaten des Südens hat man ganz ingeniöse Wahlbeschränkungen erfunden, um das dortige Negervotum herunterzudrücken und die schwarzen Wähler um ihr Wahlrecht zu betrügen das ihnen durch das Gleichberechtigungsamendement der Bundesverfassung gewährleistet ist. So schreibt zum Beispiel das Wahlgesetz von Louisiana vor daß nur jener wahlberechtigt ist, der lesen und schreiben kann, der 300 Dollar

steuerbares Eigentum hat oder dessen Großvater oder Vater am 1. Januar 1867 das Wahlrecht hatte. Damit nimmt man den Negern das Wahlrecht, ohne dem Buchstaben nach die Konstitution der Union zu verletzen, die die Gleichberechtigung der Neger verlangt. Die weißen Machthaber des Südens sorgen schon dafür, daß den Negern das Lesen und Schreiben nicht beigebracht wird. Eigentum haben die Neger — die arbeitende Klasse in den Südstaaten — ebensowenig, und wennschon einzelne Schwarze vorhanden sein sollten, die nicht durch diese beiden Bestimmungen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, so sorgt die dritte Restriktion des Gesetzes schon dafür, daß kein „Nigger" durch die Maschen des Wahlgesetzes hindurchschlüpfen kann. Am 1. Januar 1867 hatte nämlich kein Schwarzer in Louisiana das Wahlrecht.

In Nord-Karolina besteht übrigens noch eine Wahlbeschränkung, die der Kuriosität halber hier angeführt sein mag. Dort ist eine Gesetzesbestimmung in Kraft, die festsetzt, daß niemand das Wahlrecht ausüben darf, der die Existenz des „allmächtigen Gottes" leugnet.

In mehreren Staaten des Westens, zum Beispiel in Kolorado, Idaho, Utah und Wyoming, haben auch die Frauen das Stimmrecht, und in diesen Staaten sind die weiblichen Wähler berechtigt, auch bei der Präsidentenwahl des Bundes ihre Stimme abzugeben. Daß außerdem in vielen Staaten der Union die Frauen das Recht haben, bei Gemeindewahlen, besonders aber bei Wahlen für Schulämter und in Steuerfragen, stimmen zu dürfen, ist bekannt.

In nahezu allen Staaten der Union werden die Wahlen nach dem australischen Wahlsystem oder einer etwas abgeänderten Form desselben vorgenommen. Dabei wird der Stimmzettel den Wählern vom Staate geliefert, meistens in der Form, daß die Kandidaten aller gesetzlich anerkannten Parteien gedruckt auf diesen Stimmzetteln erscheinen. Im Staate New York werden alle Kandidaten aller Parteien auf einem Stimmzettel gedruckt, und der Wähler bezeichnet durch ein Kreuz die Liste oder die einzelnen Kandidaten, für welche er stimmen will. Für das Geheimnis der Wahl ist in der Weise Sorge getragen, daß der Wähler sich in eine Wahlbude, die im Wahllokal vorhanden ist, begibt und hier seinen Zettel präpariert. In vielen Wahldistrikten wird auch schon mit einer Maschine gestimmt, die nach Schluß der Wahl das Resultat für die verschiedenen Parteien automatisch anzeigt. Diese Wahlmaschinen haben sich bei der letzten Wahl als sehr praktisch herausgestellt, und es ist deshalb anzunehmen, daß sie bald allgemein in Gebrauch sein werden.

Was nun das Resultat der letzten Wahl in bezug auf die sozialdemokratische Stimmenzahl anlangt, so war dasselbe ein großer Erfolg. Bezeichnet die Wahl mit dem Erfolg der Republikaner einen großen Sieg des Kapitalismus, so zeigt sie gleichzeitig, daß dieser Kapitalismus auch seine Totengräber erzeugt, und daß diese Totengräber schon an der Arbeit sind. Die Zunahme des sozialistischen Votums ist eine außerordentliche.

Bei dem großen Territorium unseres Landes und bei dessen Zersplitterung in 45 Staaten, in denen mit einer oder zwei Ausnahmen überall sozialistische Stimmen abgegeben wurden, ist eine ganz genaue Berechnung der Stimmen, die für die sozialistischen Wahlmänner — Elektoren — abgegeben wurden, zurzeit noch nicht möglich. Immerhin können wir in runden Zahlen unseren Erfolg feststellen, und in einzelnen Staaten ist hiernach dieser Erfolg ein ganz unerwarteter.

Während bei der letzten Präsidentenwahl im Jahre 1900 für den Kandidaten der Sozialisten 97730, für jenen der Sozialistischen Arbeiterpartei 34191,

zusammen also 131921 Stimmen, abgegeben wurden, fielen nach Angabe de Nationalsekretärs unserer Partei diesmal auf Debs nicht weniger als run 600000 Stimmen, eine Schätzung, die meiner Meinung nach etwas zu ho gegriffen ist. Die Stimmen der Sozialistischen Arbeiterpartei (De Leoniten) sin auf wenige Tausende zusammengeschrumpft, und höchstwahrscheinlich wird s jetzt bald ganz vom Schauplatz verschwinden.

Zeigte auch schon die Steigerung unserer Stimmenzahl bei den Kongreß wahlen des Jahres 1902 auf 230000 Stimmen unseren Vorwärtsmarsch, s gab es doch sehr wenige unter uns, die einen solch kräftigen Vorstoß bei de diesmaligen Wahl für wahrscheinlich gehalten hätten.

Unter den einzelnen Staaten steht Illinois mit Chicago an der Spitze de sozialistischen Fortschritts. Hier stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen vo noch nicht 10000 im Jahre 1900 auf 75000 in diesem Jahre. Kalifornie sprang von 7500 auf 35000, Indiana von 2300 auf rund 30000. In Iow erhielt Debs im Jahre 1900 2700 Stimmen, diesmal 24000. Minnesot mit 3000 Stimmen bei der vorigen Präsidentenwahl gab diesmal unsere Kandidaten über 25000 Stimmen. Ohio mit weniger als 5000 Stimmen i Jahre 1900 ging auf etwa 30000 sozialistische Stimmen hinauf. New Yor das bei der vorigen Präsidentenwahl nur 12869 Stimmen für Debs abga lieferte ihm diesmal über 40000. Wisconsin ging von 7000 Stimmen i Jahre 1900 auf diesmal 35000 Stimmen hinauf. Pennsylvanien stieg i selben Zeitraum von 4800 auf mindestens 25000. Und ähnlich ist das Result in allen Staaten, mit einziger Ausnahme von Massachusetts, wo wir eine nicht unbedeutenden Verlust gegenüber dem Resultat der Kongreßwahlen d Jahres 1902 haben, wenn unser Votum dort auch jenes des Jahres 1900 übe steigt. Im Jahre 1900 wurden 9716 sozialistische Stimmen für den Prä denten abgegeben, in diesem Jahre 12978, mithin 3262 mehr. Aber im Ve gleich zu den Kongreßwahlen, bei denen im letzten Jahre 25251 Stimmen a gegeben wurden, ist diesmal ein Verlust von 12273 Stimmen zu verzeichne Für diesen Mißerfolg sind lokale Ursachen verantwortlich.

In der Hauptsache sind es die Mittelstaaten und die Staaten des Westen die zum Emporschnellen unserer Stimmenzahl beitrugen. Weniger gut hab die östlichen Staaten abgeschnitten, wenn auch, wie gesagt, mit Ausnahme vo Massachusetts sich überall ein gesunder und stetiger Fortschritt gezeigt hat.

Es ist nicht gelungen, schon diesmal einen sozialistischen Vertreter in de Kongreß der Vereinigten Staaten hineinzubringen, wenn unseren Genossen Milwaukee auch nur wenig Stimmen dazu fehlten. Dort wurden aber fü unserer Kandidaten in die Staatslegislatur gewählt, und zwar vier in d Assembly und einer in den Staatssenat. Die gewählten Genossen sin W. J. Aldrigde, Maschinist; August Streloh, Maler; Eduard J. Bern Zigarrenmacher, und F. J. Brockhausen, ebenfalls Zigarrenmacher. Der Na des Staatssenators ist Jakob Rummel, der auch Zigarrenarbeiter ist. W die Namen zeigen, sind die meisten dieser erwählten Genossen von deutsch Herkunft.

Auch den Chicagoer Genossen ist es gelungen, zwei ihrer Kandidaten in d Staatsgesetzgebung zu bringen. Es wurden dort der Maschinist J. A. Ambr und der Arbeiter A. Olson in die Assembly gewählt.

Unser Erfolg gibt uns auch in den Augen der hiesigen Politiker bereits gro Bedeutung. Schon werden Pläne laut, nach welchen der radikale Flügel d

Demokraten bei der Reorganisation ihrer Partei auf die sozialistische Mithilfe rechnen und zu dem Zwecke weitgehende Zugeständnisse in bezug auf Arbeiterschutz machen wolle. Es bleibe dahingestellt, inwieweit das auf Wahrheit beruht. Es ist natürlich selbstverständlich, daß die amerikanische Sozialdemokratie für nichts Derartiges zu haben ist. Sie wird selbständig und unabhängig ihren Weg fortsetzen und ihrer nächsten großen Aufgabe gerecht zu werden versuchen: die amerikanische Arbeiterschaft in all ihren Schichten von den bürgerlich-politischen Parteien loszulösen und sie zur selbständigen Politik zu erziehen.

Die Wahlsysteme der deutschen Einzelstaaten.

Von **Hans Marckwald.**

3. Musterländer der Reaktion. (Schluß.)

Ist in den von uns ironisch als „liberale" Musterländer bezeichneten Staaten wenigstens theoretisch die Möglichkeit gegeben, daß die Vertreter der größten Klasse, des Proletariats, einmal die Mehrheit im Parlament erobern können, so ist dies überall da unmöglich, wo das Wahlsystem noch rückständiger ist wie selbst in Sachsen-Weimar. So sind in Anhalt die meisten Arbeiter vom Wahlrecht ganz ausgeschlossen. Wählen darf in den Städten nur, wer mindestens 1050, und auf dem Lande, wer mindestens 00 Mark Einkommen hat; Ausnahmen von dieser Wahlrechtsbeschränkung bilden nur diejenigen, welche ein mit mindestens 45 Pfennig zur Grundsteuer veranlagtes Grundstück besitzen. Dazu kommt, daß nur wählen darf, wer seit mindestens sechs Monaten ununterbrochen im Staate wohnt. Die Wahl ist ferner geheim, aber indirekt; bei der Wahl der Wahlmänner und der Abgeordneten entscheidet die absolute Mehrheit eventuell mittels Stichwahl, die unmittelbar nach der Hauptwahl vorgenommen wird, also viel Zeitverlust für die Wähler bedingt. In den Städten werden 14, auf dem Lande 10 Abgeordnete gewählt. Die in den Städten zu wählenden Abgeordneten müssen selbst städtische, die vom Lande zu delegierenden Volksvertreter müssen ländliche Wähler sein. Zu diesen 24 Abgeordneten kommen noch 2, die vom Herzog ernannt werden, ferner 8 von den meistbesteuerten Großgrundbesitzern (landwirtschaftliche Grundeigentümer mit einem Ertrag von mindestens 8400 Mark und Besitzer städtischer Häuser im Kapitalwert von mindestens 252000 Mark) und 8 von den meistbesteuerten Gewerbetreibenden (mit einem Ertrag des Betriebs von mindestens 12000 Mark) in direkter Wahl gewählte.

In Reuß ä. L. werden von den 12 Abgeordneten 3 vom Fürsten ernannt und 2 von den Rittergutsbesitzern gewählt. Die übrigen 7 Abgeordneten werden von den Steuerzahlern gewählt; die Steuerpflicht beginnt mit 600 Mark Einkommen. Im übrigen ist die Wahl indirekt und auch nicht geheim, da die Stimmzettel im Wahllokal geschrieben werden müssen und abhängige Wähler infolgedessen leicht kontrolliert werden können. Obendrein entscheidet bei den Urwahlen relative und nur bei den Abgeordnetenwahlen absolute Mehrheit.

Im Fürstentum Lippe werden von den 21 Abgeordneten 5 von denjenigen landwirtschaftlichen Grundbesitzern gewählt, die entweder einen Reinertrag von mindestens 3275 Mark erzielen oder bei geringerem Reinertrag mindestens 31 Morgen besitzen; 2 Abgeordnete werden von denen gewählt, die 180 Mark

oder mehr an Einkommensteuer zahlen. Letzteres sind nach dem zweijährlic festzusetzenden Finanzbedarf diejenigen mit einem Mindesteinkommen von 630(6900, 7200 oder 7800 Mark, in der letzten Zeit stets 6300 Mark. 7 Ab geordnete werden von denjenigen gewählt, die mindestens 36 Mark Grund und Einkommensteuer zahlen. Arbeiter sind auch von dieser Klasse aus geschlossen, denn zu ihr gehört von denen ohne Ar und Halm je nach de Finanzlage des Staates nur, wer ein Mindesteinkommen von 1600, 1800, 190 oder 2000 Mark bezieht, also auch bei jetzigem hohen Steuerdruck nur, we mindestens 1600 Mark aufzuweisen hat. Das restliche Drittel von 7 Ab geordneten wird von denen gewählt, die keiner der privilegierten Klassen an gehören. Das Wahlrecht ist direkt und geheim; es entscheidet absolute Mehr heit, eventuell mittels Stichwahl.

In Sachsen-Altenburg werden von den 30 Abgeordneten 9 durch di Höchstbesteuerten gewählt. Die Kategorie der „Höchstbesteuerten“ wird folgende maßen festgestellt: Die Einwohnerzahl jedes der 7 Bezirke wird durch 50 geteilt. Was dabei herauskommt, ist die Zahl der Höchstbesteuerten des Be zirkes. Altenburg hatte zum Beispiel nach der Volkszählung von 190 37500 Einwohner; die Zahl 37500 geteilt durch 500 ergibt 75. Somit bi deten die 75 reichsten Einwohner der Stadt Altenburg daselbst die Kurie de Höchstbesteuerten. Diejenigen, welche nicht in dieser Klasse der ganz Reiche wählen, werden nach Maßgabe ihrer Steuerleistung in drei Klassen geteil Die gesamte Staatssteuersumme, welche die Betreffenden im Wahlkreis au bringen, wird durch 3 geteilt, und daraus ergeben sich dann die drei Klasse Arbeiter gibt es in der ersten Klasse gar nicht und in der zweiten so vereinzel daß sie dort keine ausschlaggebende Rolle spielen können. Dazu kommt da Erfordernis mindestens sechsmonatiger Staatszugehörigkeit und mindesten ebenso langen ununterbrochenen Aufenthaltes im Lande als Voraussetzung de Wahlrechtes. Wer noch weniger wie 60 Mark Einkommen hat, darf nic wählen; ebensowenig, wer bei seinem Arbeitgeber in Kost und Logis steh Nichtsteuerpflichtige dürfen wählen; wer aber mit seinen Steuern länger al drei Monate im Rückstand ist, geht seines Wahlrechtes verlustig. Jede Klass wählt 7 Abgeordnete; die Wahl ist geheim und direkt, jedoch entscheidet relati Mehrheit.

In der „Republik“ Bremen ist nur wahlberechtigt, wer ein Bürgergel von 16,50 Mark bezahlt hat. Im übrigen werden allerdings 68 Vertreter de Bürgerschaft durch gleiches geheimes und direktes Wahlrecht mit absoluter Meh heit (eventuell Stichwahl) gewählt. Aber die Majorität der „Volksvertretung“ 82 Abgeordnete, werden von den besitzenden Klassen erkoren, und zwar 14 vo den Studierten, 40 durch die großen Kaufleute (Mitglieder der Börse), 20 durc die selbständigen Handwerker und Fabrikanten und 8 durch die Großlan wirte. Die Privilegierten dürfen sich an den allgemeinen Wahlen nicht b teiligen.

In der „freien Stadt“ Lübeck darf gar nur wählen, wer seit mindesten fünf Jahren ununterbrochen ein Einkommen von 1300 Mark oder mehr bezoge und versteuert hat. Das Wahlrecht ist direkt und geheim; es entscheidet relati Mehrheit.

Noch plutokratischer hat die Bourgeoisie in Hamburg das Wahlrec gestaltet. Die Hälfte der 160 Mitglieder der Bürgerschaft wird nämlich vo Privilegierten gewählt (40 von den Grundeigentümern und 40 von den s

genannten „Notabeln", das heißt den jetzigen und früheren Richtern und Mitgliedern von Verwaltungsbehörden). Die andere Hälfte wird von allen „Bürgern" gewählt; „Bürger" wird aber nur, wer fünf Jahre lang ununterbrochen mindestens 1200 Mark Einkommen versteuert. Wer einmal Bürger geworden ist, behält das Wahlrecht, auch wenn sein Einkommen unter 1200 Mark sinkt; indes verliert auch der Bürger sein Wahlrecht, sobald er keine Einkommensteuer bezahlt; die Steuerpflicht beginnt bei einem Einkommen von 900 Mark. Auch büßt sein Stimmrecht ein, wer mit der Zahlung ihm obliegender Steuern im Rückstand bleibt oder zum Verlust der Fähigkeit zum Bekleiden öffentlicher Ämter verurteilt ist. Die Wahlen sind geheim und direkt; es entscheidet absolute Mehrheit, eventuell mittels Stichwahl.

Von den 15 Abgeordneten von Schwarzburg-Sondershausen werden nicht weniger als ein Drittel von dem Landesherrn ernannt; 5 Abgeordnete werden von den 300 Höchstbesteuerten in direkter öffentlicher Wahl gewählt; 5 Abgeordnete gehen aus allgemeinen Wahlen hervor, doch sind von diesen diejenigen ausgeschlossen, die in ihrer Gemeinde das Bürgerrecht nicht erworben haben. Die Gemeinden aber sind berechtigt, ein Bürgergeld von beliebiger Höhe zu erheben. Außerdem sind diejenigen ländlichen Gemeinden, die besondere „Nutzungen" gewähren, berechtigt, die Verleihung des Wahlrechtes davon abhängig zu machen, daß der zehnfache Betrag der aus den „Nutzungen" auf den einzelnen Bürger entfallenden Vorteile entrichtet wird. Die allgemeinen Wahlen sind nicht nur öffentlich, sondern auch indirekt. Sowohl bei der Wahl der Wahlmänner wie der Abgeordneten entscheidet absolute Majorität; doch muß die Stichwahl im unmittelbaren Anschluß an die Hauptwahl stattfinden. Die Wähler müssen also wie in Preußen allesamt gleichzeitig im Wahllokal anwesend sein.

Hat man in allen bisher besprochenen Staaten die Möglichkeit der Wahl einiger Konzessionsproletarier eingeräumt, so fehlt dem Klassenstaat jedes Feigenblatt in denjenigen Ländern, in welchen nach preußischem Muster das Dreiklassenwahlsystem zur Einführung gelangt ist und in denen jeder einzelne Abgeordnete ausnahmslos sein Mandat den besitzenden Klassen zu verdanken hat. In Sachsen wurde anläßlich des Wahlrechtsattentats das preußische Vorbild sogar insofern noch übertroffen, als nur Steuerzahler wählen dürfen, so daß Staatsbürger mit weniger als 450 Mark Einkommen das Wahlrecht nur besitzen, wenn sie etwa als Eigentümer eines kleinen Grundstücks Grundsteuer zahlen. Nach preußischem Muster werden die Wähler je nach der Höhe der von ihnen gezahlten Steuer vermittels Drittelung der Gesamtsteuersumme in drei Teile geteilt; nur werden nicht wie in Preußen die Kommunalsteuern mitgerechnet. Im Gegensatz zu Preußen wird die Drittelung für die einzelnen Urwahlbezirke nur dann gesondert vorgenommen, wenn nicht dieselbe Gemeinde mehrere Urwahlbezirke umfaßt. Zum Unterschied von Preußen ist vorgesehen, daß Steuerzahlungen über 2000 Mark nicht in Anrechnung kommen, daß ferner Wähler, die eine bestimmte Steuersumme entrichten, auch dann in die erste beziehungsweise zweite Abteilung aufrücken, wenn die Drittelung an sich zu einem anderen Ergebnis führen würde. Wer 300 Mark Steuern zahlt, das heißt wer mindestens 8300 Mark (im Falle von Grundsteuerzahlung natürlich entsprechend weniger) Einkommen hat, gehört stets zur ersten Abteilung; wer 38 Mark Steuern zahlt, das heißt wer, ohne Grundbesitzer zu sein, mindestens 1900 Mark Einkommen versteuert, ist stets Wähler zweiter Abteilung. Fingierte

Steuersätze wie in Preußen gibt es in Sachsen nicht. Wer in Preußen kein Staatssteuer zahlt, dem werden bekanntlich 3 Mark hierfür angerechnet; außer dem werden den Grundbesitzern und Gewerbetreibenden in denjenigen Orten in welchen keine direkte Kommunalsteuer erhoben wird, die vom Staate ver anschlagte, aber nicht verlangte Grund- und Gewerbesteuer in Anrechnung gebracht. Während in Preußen bei Ur- und Abgeordnetenwahlen Stichwahlen stattfinden, entscheidet in Sachsen bei den Urwahlen im zweiten und bei den Abgeordnetenwahlen im dritten Wahlgang relative Mehrheit. Auch ist di Wahl nicht wie in Preußen öffentlich, sondern geheim. Das Dreiklassenwahl recht fungiert eben auch ohne Öffentlichkeit so prompt, daß die Konservativen sehr zufrieden sind und sich gegen jede auch nur scheinbare Reform sträuben so entrüstet auch König und Volk über *diese* Art von Wahlen sind.

In *Waldeck* besteht im wesentlichen das preußische System, doch ist dieses noch dadurch verschlimmert, daß keineswegs jeder wählen darf. Um wählen zu dürfen, muß man seit mindestens einem Jahre Gemeindebürger sein. Für Leute, deren Eltern Gemeindebürger waren, genügt, daß sie ein Jahr ununter brochen am Orte wohnen, andere müssen sich vor mindestens einem Jahre das Bürgerrecht gekauft haben, wenn sich die Gemeinde Bürgergeld zahlen läßt Gemeinden bis 800 Einwohner dürfen Bürgergeld bis zur Höhe von 60 Mark, Gemeinden mit 800 bis 1500 Einwohnern bis zur Höhe von 75 Mark, Ge meinden mit mehr als 1500 Einwohnern bis zur Höhe von 90 Mark erheben. Von den Gemeindebürgern dürfen nun auch nur diejenigen wählen, welche ent weder in der Gemeinde ein Wohnhaus besitzen oder ein anderes Grundstück im Werte von mindestens 300 Mark oder welche mindestens 3 Mark direkte Steuern pro Jahr entrichten. Letzteres tun diejenigen, welche mindestens 300 Mark Jahreseinkommen haben, sofern sie nicht wegen zahlreicher Kinder oder sonstiger persönlicher Verhältnisse zu einer niedrigeren Steuer eingeschätzt sind. Von denen, welche alle genannten Bedingungen erfüllen, dürfen aber diejenigen nicht wählen, die keine eigene Wohnung haben, also entweder bei ihrem Arbeitgeber logieren oder nur Schlafstelleninhaber, nicht etwa Chambre- garnisten sind. Wer wegen Betrugs, Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung oder einer anderen Straftat, wegen welcher auf Ehrverlust erkannt werden kann, angeklagt ist, darf nicht wählen. Wer wegen eines der genannten Ver- brechen oder Vergehen verurteilt ist, hat kein Stimmrecht, auch wenn er sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Nach Verbüßung seiner Strafe und, wenn er zu Ehrverlust verurteilt war, nach Wiedererlangung der bürgerlichen Ehrenrechte, muß er erst wieder ein Jahr am Orte wohnen und, wenn ein Bürgergeld eingeführt ist, das letztere aufs neue seit mindestens einem Jahre bezahlt haben, um wieder wählen zu können. Außerdem kann noch durch Zweidrittelmehrheit des Gemeinderats demjenigen das Wahlrecht auf fünf Jahre entzogen werden, der sich beharrlich weigert, ein ihm übertragenes öffent- liches Ehrenamt anzunehmen oder ordnungsgemäß auszuüben, oder der durch „unsittlichen Lebenswandel" oder durch Trunksucht die öffentliche Achtung ver- loren hat oder wegen eines anderen als der oben erwähnten Verbrechen oder Vergehen (zum Beispiel wegen Beleidigung) bestraft worden ist, und wäre es zu einer Geldstrafe. Die Drittelung erfolgt nicht für den Urwahlbezirk, sondern für die ganze Gemeinde. Fingierte Steuersätze gibt es nicht.

Noch sinnloser hat *Braunschweig* das preußische System verschlimmert, um den Beweis zu erbringen, daß nichts so schlecht ist, daß es nicht noch

echter gemacht werden kann. Von den 48 Braunschweiger Abgeordneten
den nur 30 vermittels des modifizierten preußischen Dreiklassenwahlrechtes
ählt; von den restlichen 18 werden 2 von den Geistlichen der Landeskirche,
on den höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen, 4 von den Großgrund-
tzern, 3 von den höchstbesteuerten Gewerbetreibenden und 4 von den
dierten in direkter geheimer Wahl gewählt. Bei der Wahl der Studierten
fen diejenigen nicht mitwählen, die nach vollendetem Studium nicht ent-
er sofort oder doch seit vollendetem dreißigsten Lebensjahr, im letzteren
le aber mindestens fünf Jahre hintereinander, als katholische, reformierte
: jüdische Geistliche, Lehrer, Universitätsdozenten, Richter, Staatsanwälte
: sonstige Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamte fungiert oder als Ärzte
: Rechtsanwälte praktiziert haben. Akademiker, die zum Beispiel Schrift-
er geworden sind, hat man also nicht der mit der „Bildung“ verbundenen
rechte für würdig erachtet. Keiner darf in mehr als einer dieser privi-
erten Klassen wählen, während alle bei den allgemeinen Wahlen das
nmrecht besitzen. Zur Wahl der 30 Delegierten des öffentlichen Dreiklassen-
mrechtes ist zu bemerken, daß nur wählen darf, wer ein ganzes Jahr un-
erbrochen am Orte wohnt und Steuern zahlt. Die Steuerpflicht beginnt
dem Lande mit 300, in den Städten mit 400 Mark, kann aber durch
neindebeschluß auf die Einkommen von 900 Mark (beziehungsweise einer
chen 300 und 900 Mark liegenden Summe) und mehr beschränkt werden,
urch die betreffenden Zensiten ihr freilich sowieso wertloses Wahlrecht ein-
en. Ferner dürfen die Gemeinden ein Bürgergeld bis zur Höhe von
Mark erheben; in Gemeinden, die von diesem Rechte Gebrauch machen,
ei den Landtagswahlen niemand stimmberechtigt, der das Bürgergeld nicht
hlt hat. Die Drittelung, für welche nur die Gemeinde-, nicht auch die
atssteuern in Betracht kommen, findet für den ganzen Wahlkreis statt;
erte Steuersätze kommen nicht in Ansatz. Bei den Urwahlen entscheidet
ive, bei den Abgeordnetenwahlen absolute Mehrheit, eventuell mittels
hwahl.

Die beiden atavistisch regierten Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin
Mecklenburg-Strelitz haben freilich eine „Verfassung“, die den Neid
t der braunschweigischen Grundherren und preußischen Junker erregen und
u der Variation des Bülowschen Wortes veranlassen könnte: Mecklenburg
Deutschland voran! Jeder der beiden Großherzöge hat ein „Domanium“,
hes absolutistisch beherrscht wird, in welchem also die Weisheit „Durch-
tings“ allein für Steuern, Staatsausgaben und einzelstaatliche Gesetze maß-
nd ist. Der größte Teil der beiden Großherzogtümer untersteht dem „Korps
Ritter und Landschaft“; das heißt die beiden Staaten werden von derselben
einsamen „Behörde“ — oder wie man die wunderliche Parodie auf ein
ament sonst nennen will — regiert. Zu diesem mecklenburgischen Landtag
ren sämtliche Rittergutsbesitzer des Landes, etwa 700 an der Zahl. Neben
n Grundherren dürfen nun freilich noch 49 Vertreter der im ständischen
et gelegenen Städte Platz nehmen; ja, es ist die Bestimmung vorgesehen,
jede Abstimmung von der Ritterschaft und den Städtevertretern gesondert
nehmen ist, wenn es die Mehrheit sei es der „Ritter“ oder der städtischen
reter verlangt, und daß ein Beschluß nicht als gefaßt gilt, wenn er nicht
Zustimmung beider Teile findet. Diese Bestimmung nutzt aber der städti-
Bourgeoisie nicht das geringste, denn die Vertreter der mecklenburgischen

Städte sind ebenso gute Sachwalter der Junker wie diese selbst. Soll
Beschluß nur für eines der Großherzogtümer gelten, was aber selten geschi
so ist auch eine regionale Trennung bei der Abstimmung zulässig.

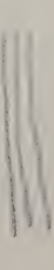
Die Bürgermeister und Ratsherren der mecklenburgischen Städte werden
Lebenszeit mit ihrem Amte betraut, so daß sie nach Erlangung ihrer Wü
auf niemand weiter wie auf sich selbst Rücksicht zu nehmen brauchen.
meisten von ihnen treten neben- oder auch hauptamtlich in den Dienst
Junker und werden dadurch von diesen abhängig. Übrigens sind die Vert
der Städte zum Teil gar nicht von der Bürgerschaft gewählt, sondern
Großherzog ernannt, und wo eine Wahl stattfindet, hat infolge der kom
nalen Wahlentrechtung des Proletariats im günstigsten Falle die Bourge
einen gewissen Einfluß; die Arbeiterklasse kommt nicht in Betracht. Nun
jede der 49 Städte ihre eigene Verfassung; diese munizipalen Konstitutio
weichen wesentlich voneinander ab und stimmen nur in der Benachteilig
der Arbeiterklasse überein; so manche dieser zunftzeitgemäßen Stadtordnun
stammt aus uraltersgrauen Zeiten, in denen man neue Gesetze nicht zu druc
sondern in geschriebenen Urkunden auf „ewig" zu erlassen pflegte. Nach
gehendem Studium alles in der Landesbibliothek in Rostock vorhande
Materials habe ich teils aus vergilbten Schriftstücken, teils aus Verordnun
und Verträgen folgendes Resultat gewonnen:

Von den 49 städtischen Mitgliedern des mecklenburgischen Landtags sind
vom Schweriner Großherzog ernannt. In 7 dieser Städte setzt der Lan
herr den ganzen Magistrat ein; in einer der Städte darf nur der Bürgerme
zum Landtag geschickt werden, während in den anderen 6 die ernan
Magistratsmitglieder einen aus ihrer Mitte wählen dürfen. In 11 der e
erwähnten 18 Städte ernennt der Großherzog nur den Bürgermeister, doch
nur dieser und kein Ratsherr zum Landtag entsandt werden. In weite
2 Städten werden die Bürgermeister vom Schweriner Großherzog ernannt
die übrigen Magistratsmitglieder bestätigt. Diese Magistrate können einen
ihrer Mitte wählen. In 4 anderen Städten, in denen der Magistrat
Bestätigung bedarf, ist der Bürgermeister ständiges Mitglied des Landt
Ferner sind noch 3 Schweriner Städte vorhanden, in denen der Magis
zwar wählen kann, wen er will, in denen aber sämtliche Magistratsmitgli
bestätigt werden müssen. In einer Stadt werden die meisten Magistr
mitglieder weder ernannt noch bestätigt, doch ist das eine bestätigte Magistr
mitglied, der Bürgermeister, ständiges Mitglied des Landtags. In e
Schweriner Stadt schließlich, in welcher der Bürgermeister ernannt wird,
der Magistrat aus seiner Mitte auch einen unbestätigten Ratsherrn schi
Nur auf 13 von den 42 Schweriner Städten hat der Großherzog keinen
fluß, indem in diesen 13 kein Magistratsmitglied ernannt oder bestätigt w
Von den 7 Strelitzer Städten, die innerhalb des landständischen Gebiets lie
— Neustrelitz gehört zum Beispiel zum „Domanium" —, sind nur 2, auf
der Großherzog keinen Einfluß hat, in 3 hat er das Bestätigungsrecht
sämtliche Magistratsmitglieder; in einer nur für den Bürgermeister; in e
Stadt endlich wird der Bürgermeister ernannt, während die anderen Magistr
mitglieder der Bestätigung nicht bedürfen. Die Strelitzer Magistrate brau
keinen Bürgermeister, sondern können auch einen Ratsherrn in den Lan
schicken. Von den 49 Stadtvertretern, die bei voller Besetzung im Landtag
wesend sein würden, sind mithin mindestens 31, also die große Mehrheit,

 Großherzögen ernannt oder bestätigt. Dazu kommt, daß mit Ausnahme
 19 Schweriner Städten, die nur ihren Bürgermeister schicken dürfen (von
sen 19 sind 12 ernannt und 5 bestätigt), die Städte das Recht haben, sich
ereinander auf einen gemeinsamen Vertreter zu einigen, ein Recht, von dem
lich fast nur die Strelitzer Städte Gebrauch machen. In einem großen Teile
 Städte werden die Magistratsmitglieder durch — Selbstergänzung des
agistrats gewählt.

Das „Korps der Ritter und Landschaft" hat das jährliche Steuerbewilligungs-
ht, und von seiner Zustimmung hängt jede Ausgabe im ständischen Gebiet
der Großherzogtümer ab. Gesetze, welche an den Privilegien der Ritterguts-
tzer und der Stände etwas ändern, bedürfen der Zustimmung des Land-
s; andere Gesetze sind nach dem Landes-Grund-Gesetzlichen Erbvergleich
 wörtlich! — „gleichgültig" und können von den Großherzögen aus eigenem
hte verordnet werden, nachdem die Stände gutachtlich gehört worden sind.

Eine Sonderstellung nimmt hier das zu Mecklenburg-Strelitz gehörende
rstentum Ratzeburg ein. Hier bestand bis 1869 der reine Absolutis-
s, also derselbe Zustand wie innerhalb des Domaniums. Als aber der
smarcksche Bonapartismus gerade auf seinem Höhepunkt stand, forderte ein
sschuß des Bundesrats den Großherzog auf, für dieses Gebiet eine Ver-
ung zu geben. Und richtig — es kam denn auch eine „Verfassung". Der
ndtag sollte das Recht haben, neue Gesetze zu — begutachten; das Recht,
 Ausgaben zu bewilligen, wurde ihm versagt; an den bestehenden Steuern
as zu ändern, sollte ihm nicht zustehen; nur neue Steuern sollten von
er Genehmigung abhängen, doch sollte auch diese Beschränkung des Absolu-
nus nicht gelten, falls etwa die neuen Steuern in ganz Mecklenburg-Strelitz
oben werden. Das ganze Recht des Ratzeburger Landtags reduziert sich
 darauf, solche Steuern für sein kleines Gebiet zu genehmigen, welche dem
manium und den ständischen Landesteilen nicht einmal zugemutet werden.
er diesen Umständen taten die Ratzeburger das Klügste, was sie überhaupt
 konnten, nämlich sie wählten ihre Abgeordneten immer nur unter der Be-
gung, daß sie ihr Mandat nicht ausüben. Es gibt 21 Abgeordnete, zu-
hst die 3 Rittergutsbesitzer des Ländchens, sodann 3 von der Synode aus
r Mitte zu wählende Pastoren. Des weiteren werden 9 Abgeordnete von
 Bauern, 3 von den Domanialpächtern und 2 von den Hausbesitzern der
dt Schönberg in geheimer Wahl mit absoluter Mehrheit und eventueller
chwahl gewählt. Ein Abgeordneter wird von einem Siebenmänner-Kollegium
wählt, das aus den 3 Magistratsmitgliedern und den 4 „Quartiersmännern"
adtverordneten) der Stadt Schönberg besteht. Von den 3 Magistrats-
gliedern sind einer vom Großherzog direkt, die beiden anderen von einer
 Großherzog eingesetzten Verwaltungsbehörde ernannt. Die 4 Quartiers-
nner werden in öffentlicher, gleicher und direkter Wahl mit absoluter
hrheit von denjenigen Schönbergern gewählt, die ein Bürgergeld von 6 Mark
ichtet haben. Da mindestens 11 Abgeordnete anwesend sein müssen, um
 Haus beschlußfähig zu machen, die Erwählten der Bauern und der Stadt
önberg aber nicht erscheinen, so wiederholt sich seit dem Jahre 1870 all-
lich das Schauspiel, daß der Landtag einberufen wird, in seiner ersten und
igen Sitzung seine Beschlußunfähigkeit konstatiert und auseinandergeht. In
em Jahre war es bereits das fünfunddreißigste Mal, daß sich dieses übliche
ermezzo in der Stadt Schönberg abspielte. Es scheint nicht, daß dem



Großherzog diese Farce über wird; sie dürfte so lange wiederkehren, bis d
Reichstag endlich einmal Wandel schafft.

Unsere Partei wird innerhalb und außerhalb des Reichstags immer wied
die Forderung reichsgesetzlicher Einführung des allgemeinen gleichen geheim
und direkten Wahlrechtes aller mündigen Männer und Frauen, zum mindest
aber des Reichstagswahlverfahrens in den Einzelstaaten, erheben. Wir hab
freilich nicht das Vertrauen, daß die herrschenden Klassen die Erfordernisse d
Zeit verstehen werden; um so energischer wird sich das Volk aber sein Rec
erkämpfen müssen, denn das gleiche Wahlrecht ist „nicht nur sein politische
sondern auch sein wirtschaftliches Programm: die Grundbedingung aller s
zialen Hilfe“.

Literarische Rundschau.

Max Treu, **Der Bankrott des modernen Strafvollzugs und seine Reform.** Stu
gart 1904, Verlag von R. Lutz. 107 S. Preis 1,50 Mark.

In unseren Tagen, wo Hunderte und Tausende von Büchern jährlich in Deutsc
land erscheinen, die das Gebiet des Strafrechts berühren, ist es nur wenigen v
ihnen beschieden, die Aufmerksamkeit der ganzen Gesellschaft — nicht nur der Fac
männer — auf sich zu lenken, sie auf längere Zeit zu fesseln und nicht blitzschn
in den Fluten des großen Stromes der Vergessenheit zu versinken. Schon läng
wurde die Kritik des Strafvollzugs in Deutschland geübt, aber Leuß war es, der v
einem Jahre die Schrecknisse der modernen „Toten Häuser“ Deutschlands in so e
greifender Weise schilderte, daß jeder, der nicht alles Menschengefühl verloren hat
sich schaudernd fragen mußte, ob er im zwanzigsten Jahrhundert oder in den Zeit
Torquemadas lebe. Das Leußsche Buch aber konnte solch Aufsehen nur desha
erregen, weil es mit dem Herzblut eines jahrelang gequälten, denkenden Mann
geschrieben war.

Anders das uns vorliegende Buch. Dem Verfasser ist das heutige System d
Strafvollzugs in Gefängnissen und Zuchthäusern Deutschlands, in all seinen Bestan
teilen recht gut bekannt. Ihm wurde es vergönnt, Einblicke in die Verhältnisse d
Verwaltung zu werfen, wie es einem anderen vielleicht nicht vergönnt wäre, und
von dem gesamten Leben in Strafanstalten eine vortreffliche Vorstellung zu g
winnen. Aber da der Verfasser den Strafvollzug nicht an sich selbst zu studier
hatte, konnte er natürlich nicht in so flammender, den Leser ergreifender Weise w
Leuß das heutige Strafsystem an den Pranger stellen.

„Die schmachvollen Zustände einer schonungslosen Kritik zu unterwerfen“, w
schon lange des Verfassers Wunsch. Das Leußsche Buch war ihm nur die Ve
anlassung, die seit Jahren gehegten Gedanken in die Tat umzusetzen. So malt u
der Verfasser das System der deutschen Strafanstalten, und nach eingehender, scharf
Kritik fällt er nichts anderes als das Todesurteil über dieses System.

Die Arbeit in den Strafanstalten wirkt auf die Gefangenen entsittlichend. D
Beamten- und Aufseherpersonal ist nicht befähigt, erzieherisch zu wirken, es wird n
nach äußerer Disziplin gestrebt, die zum Selbstzweck wird. Der Unterricht beste
zumeist in Überfülle von Religion, beschränkt sich auf die Forderungen der Volk
schule und „die sogenannte Bibliothek ist der unerfreulichste Winkel in diesen u
erfreulichen Häusern“. Der Briefverkehr untersteht einer strengen Kontrolle dur
die Behörden, es kommt auch vor, daß der einfache Aufseher sie mit seinen schmutzig
Händen ausübt; in den meisten Strafanstalten werden die Besucher — größtentei
doch die nächsten, die geliebtesten Personen — durch ein eisernes Gitter von de
Gefangenen getrennt. So wird die Unterdrückung, die Zerknickung der menschlich

ürde und Persönlichkeit zu einem raffinierten System erhoben. Deshalb ruft mit
llstem Rechte der Verfasser entrüstet aus:

„Nicht Leben, sondern Verwesung ist der Geruch der Strafanstalten. Grau wie
: Novemberabend, frostig und eintönig ist das Leben darin. Mit voller Absicht los=
öst von allem, was dieses Leben hell und sonnig macht, rollt in entsetzlicher Öde
s Dasein eines Gefangenen ab, Tag für Tag dasselbe Elend, dieselben müden,
bitterten Gesichter ringsum, dieselbe Häufung körperlicher, geistiger und seelischer
tbehrungen. . . .“ So ist der heutige Strafvollzug in Deutschland nur „das Leiden-
: Elendesten unter den Elenden, in dem ganze Hekatomben lebendiger Menschen=
len ihr Ende finden“.

Das ist der reiche Inhalt des ersten größeren Teiles des Buches (S. 1—80). Nun
gnügt sich leider der Verfasser nicht mit „bloß negativer Kritik“, sondern bringt
e ganze Reihe von „Reformvorschlägen“ vor! Das Buch hätte entschieden ge=
nnen, wäre ihm dieser „positive“ Teil fern und fremd geblieben. Nicht etwa des=
:b, weil der Verfasser herzlich wenig mit der Frage, die er behandelt, vertraut ist.
beansprucht nämlich „die Priorität der Urheberschaft in seinem Vorschlag der
ıgestaltung der Freiheitsstrafen“ und weiß dabei nicht, daß in Nordamerika schon
t 1876 die sogenannten „Reformatorien“ (jetzt gegen zwanzig an Zahl) bestehen,
denen viel weiter gegangen ist, als der Verfasser „vorschlägt“.[1] Auch hätte der
rfasser bei besserer Sachkenntnis für die heutige Strafrechtswissenschaft ganz kurios
ıgende Vorschläge nicht gemacht — wie zum Beispiel den, die Schwere der Strafe
Diebstahl nach dem Werte des Gestohlenen abmessen zu lassen.

Diese und andere „olle Kamellen“ würde man dem Verfasser noch verzeihen,
:r was an seinen Reformvorschlägen zu mißbilligen ist, das ist, daß sie im großen
ızen den Prinzipien der Humanität widersprechen, von denen ausgehend er selber
s heutige System des Strafvollzugs kritisiert. So soll im Falle mehrfachen Rück=
ls oder eines schweren Verbrechens, für das die Freiheitsstrafe nicht angemessen
cheint (die übrigens die Dauer von zwei Jahren nicht überschreiten darf, wobei aber
en die strenge Absperrung in den ersten sechs Monaten der Verfasser „keine oder
h nur geringe Bedenken hat“), die Verschickung nach fernen Kolonien eintreten. Da
len die Verurteilten „die volle (!) Freiheit genießen, abgesehen von dem Zwange
s Aufenthaltes und dem Zwange der Arbeit“. Dort würden sie durch die Lage
wungen, für ihre Existenz zu ringen. Wer aber diesen Kampf ums Dasein nicht
sfechten will — „der gehe zugrunde“. Von einer „Verseuchung“ der Ein=
borenen durch diese „Schar von Zivilisationszerstörern“ könne dabei keine Rede
ı, denn, wie der Verfasser sich äußert, „alles, was wir über die Ethik der Ein=
borenen wissen, riecht durchweg ganz abscheulich nach Mord, Blutrache, Unzucht,
utschande, Treulosigkeit und Verräterei“. Man sieht ja gleich, wie wenig der
rfasser von der Kolonialpolitik Europas und Amerikas und deren „Ethik“ was
iß.

Ja, als ich dieses und anderes im „positiven“ Teile des Buches durchlas, kam
: oft der Gedanke: hätte doch der Verfasser sich auf seine wirklich treffliche
egative“ Kritik des Strafvollzugs in Deutschland beschränkt! M. Sursky.

---

igo Ganz, **Vor der Katastrophe.** Ein Blick ins Zarenreich. Skizzen und
Interviews aus den russischen Hauptstädten. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt.
316 S. 3 Mark.

Ganz hat während dreier Monate die russischen Verhältnisse in Rußland selbst
diert; durch Interviews mit verschiedenen Personen und hochgestellten Beamten
hte er sie kennen zu lernen, und man darf auch zugeben, daß er, wenn auch nicht
ız einwandsfrei, doch in vielen brennenden Zeitfragen gut unterrichtet wurde.

[1] Außer der ausländischen Literatur besitzen wir auch im Deutschen eine Schrift dar=
r: „Die New Yorker Staatliche Besserungsanstalt zu Elmira“, von A. Winter, 1890.

Leider ist er mit den Arbeitern gar nicht in Verbindung getreten, deshalb hat einige Fragen nur oberflächlich behandelt. So schreibt er zum Beispiel, daß e zielbewußte Revolution in Rußland ausgeschlossen sei. Allerdings ist auch er i Meinung, daß eine Katastrophe der jetzigen russischen Staatsordnung sehr n bevorstehe.

Wenn wir, den Ariadnefaden der marxistischen Geschichtsauffassung in Hand, eine Studie der gesellschaftlichen Verhältnisse unternehmen, fassen wir Dinge nicht in ihrem Sein, sondern in ihrem Werden auf; wir suchen nach Tendenz der geschichtlichen Entwicklung, nach ihren Widersprüchen und nach der Lösung. Die bürgerlichen Geschichtschreiber vermögen im Gegenteil nur das zu seh was schon selbst in die Augen springt, aber die geschichtliche Entwicklung ein Landes erfassen sie nicht. Deshalb kommen ihnen unsere Schilderungen und uns Kritik gewisser gesellschaftlicher Zustände „tendenziös", „geschwärzt", „subjektiv" u vor. So haben die russischen Marxisten schon vor zwanzig Jahren die künft Entwicklung Rußlands im großen und ganzen vorausgesehen, während die kle bürgerlichen Ideologen, die Narodniki (Volkstümler), noch vor kurzem die kapi listische Entwicklung Rußlands ableugneten. Den russischen Marxisten war es a schon längst klar, daß das Zarenregime einer Katastrophe entgegeneile. Nun kom ein bürgerlicher Journalist und teilt der bürgerlichen Welt mit, daß das „Zar reich vor einer Katastrophe stehe". Ein bürgerlicher Politiker kommt zu dies Schlusse durch seine Beobachtungen und Interviews mit denen, die in keinem Fa zu den Unterdrückten gehören, die meisten sogar zu solchen Schichten, die mit d Bestehenden nur dann unzufrieden sind, wenn das Volk ihre ruhige Existenz bedro Das zeigt am allerdeutlichsten, daß die Katastrophe schon vor der Tür steht.

Kurze Zeit vor der glorreichen französischen Revolution von 1789 besuchte gewisser englischer Schriftsteller Arthur Young Frankreich. Er wunderte sich üb das Maß der Geduld der französischen Bauern und sah die Revolution vora Sollte H. Ganz ein zweiter A. Young sein? . . . Allerdings will er nur von ein Katastrophe, aber nichts von einer Revolution wissen. Das kommt aber nur dah daß er die inneren Kräfte Rußlands nicht kennt, da ihm die revolutionären Orga sationen, selbstverständlich, nicht zugänglich waren.

Er konnte sich also über deren Stärke und deren Wirkungskreis keine Meinu machen. Wir jedoch haben kompetentere Quellen für unser Urteil über die Ma der revolutionären Organisationen, und zwar auch nicht seitens der „unterirdisch Mitarbeiter der revolutionären Journale", sondern aus dem Munde des ermordet Ministers des Innern v. Plehwe, der in einem geheimen Bericht bemerkt hatte, d die „regierungsfeindlichen Elemente sich zu einer imponierenden Macht organisi haben" („Osswoboschdenje" Nr. 26). Selbst eine genauere Betrachtung der v H. Ganz geschilderten russischen Verhältnisse muß zu einer anderen Meinung üb die Stärke der revolutionären Bewegung bringen. In Rußland sind nicht n sämtliche Minister, der Minister des Innern ausgenommen, sondern auch der Z selbst fast machtlos; der eigentliche Selbstherrscher Rußlands ist die geheime po tische Polizei; jede neue Maßregel wird durch ihre Wirkung auf die revolution Bewegung geprüft; der ostasiatische Krieg ist in der Hoffnung auf die Schwächu der revolutionären Bewegung unternommen worden. Schon diese wenigen Tatsach sagen ganz deutlich, daß die revolutionäre Bewegung sich zu einem wichtigen Fakt in Rußlands politischem Leben emporgehoben hat. Gewiß ist eine einheitlich unt nommene und geleitete Revolution noch unmöglich; wenn das russische Proletari die Avantgarde der Revolution, zu einer solchen Revolution reif wäre, spräche m dann vielleicht nicht mehr von einer bürgerlichen, sondern von einer proletarisch Revolution. Aber während einer allgemeinen Katastrophe, zu der der revolution Kampf des Proletariats viel beiträgt, wird das organisierte, zielbewußte russis Proletariat sie in eine Revolution zu verwandeln vermögen und der Regieru möglichst viel demokratische Rechte entreißen. Wenn, wie einige aus dem Büchle

ı H. Ganz vielleicht schließen werden, die revolutionäre Bewegung nur darin be- ıde, daß die oberen Schichten der Gesellschaft und die Gebildeten unzufrieden mit bestehenden Ordnung sind, so wäre es der Regierung leicht, mit ihnen fertig zu 'den, wie dies im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Fall :. Was jetzt jede Konzession seitens der Regierung unmöglich macht, da sie zu :m Stützpunkt der fortschreitenden Revolution werden kann, das ist die Massen- vegung der Arbeiterschaft. Das hat auch P. v. Struve anerkannt, als er in der :swoboschdenje" erklärte: „Wenn Fürst Loris-Melikoff am Anfang der achtziger)re des vorigen Jahrhunderts die Schuld der Regierung in kleinen, kaum merk- en Raten tilgen wollte oder vielleicht mußte, wird Fürst Snjatopolk-Mirsky nicht kliche Konzessionen, sondern bloß den schimmernden Schein von Konzessionen en können." In seinem Gespräch mit den Korrespondenten der Zeitung „Russ" ärte der neue Minister des Innern, die ausländischen Korrespondenten, die von en liberalen Absichten schrieben, hätten ihn nicht verstanden.

All das blieb H. Ganz unbekannt. Das Buch ist aber trotzdem, wie gesagt, ein : interessantes und lesenswertes Werk, das wir den Lesern nur empfehlen können.

n-n.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin, Alexandrinenstraße 26, ver- ntlicht soeben ihren Bericht über das fünfte Betriebsjahr, der wiederum gegen Vorjahr einen erfreulichen Aufschwung nachweisen kann. Gegründet und unter- en von unserem Parteigenossen Stadtverordneten Hugo Heimann, Berlin, wird e Bibliothek allgemein als mustergültig angesehen, und sie hat wesentlich dazu etragen, daß sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse mehr als bisher em Gebiet der Volksbildung zuwendet. Namentlich sind es städtische Verwal- gen, die jetzt vielfach aus Gemeindemitteln mit Lesehallen verbundene Volks- iotheken gründen und erhalten. Das ist ein Erfolg der Heimannschen Bibliothek, ihr weit über die Grenzen Berlins hinaus Bedeutung verschafft hat. Auch für Berliner Stadtverwaltung ist diese Bibliothek noch ein unerreichtes Muster; heißt och in der im Jahre 1900 von der Stadt herausgegebenen Festschrift, daß sie den vorbildlichen Verhältnissen anderer Länder „musterhaft eingerichtet ist", sie von den Berliner Lesehallen die größte ist, mit „behaglich ausgestatteten ımen, in denen gleichzeitig 150 Personen lesen und arbeiten können", und daß sie „jedermann ohne Schwierigkeit zugänglich ist".

So wird man mit Recht behaupten dürfen, daß diese sozialdemokratische Muster- ichtung dazu beigetragen hat, den frischen Zug in der Entwicklung der Berliner tischen Volksbibliotheken lebendig zu erhalten.

Noch vor wenigen Jahren war es mit den Berliner städtischen Volksbibliotheken t trübe bestellt. Jahrzehntelang hat die städtische Verwaltung dieses Gebiet der ksbildung vollständig vernachlässigt und sich daran genügen lassen, alte Schmöker zuleihen, die zum Teil von wohltätigen Gebern gestiftet waren. Die Ausgabe Bücher fand an drei Tagen in der Woche von 11 bis 1 oder 12 bis 2 Uhr , die Benutzung war an Kautelen gebunden, die nicht leicht zu erfüllen waren. hallen gab es nicht. Im Jahre 1890 waren in 25 Volksbibliotheken 109383 Bände handen. An 14721 Lesern wurden 334837 Bände ausgeliehen. Unter dieser rzahl befanden sich nur 626 Arbeiter.

Seitdem hat nun freilich die sozialdemokratische Kritik in der Stadtverordneten- ammlung sowie durch die Presse eine vollständige Umwälzung des städtischen ksbibliothekwesens herbeigeführt. Ein Teil der Bibliotheken sind mit Lesehallen unden, sie sind in den Abendstunden geöffnet, die Büchervorräte sind erneuert usw., aß eine früher ungeahnte, noch stetig zunehmende Benutzung konstatiert werden n.

Freilich sind die mustergültigen Einrichtungen des Heimannschen Instituts noch ner ein von der Stadt unerreichtes Ideal.

Die Erfolge, die dieses Institut in den fünf Jahren seines Bestehens aufzuwe hat, sind ein sprechender Beweis für die Nützlichkeit und Notwendigkeit derart Einrichtungen für die Volksbildung.

Wie bereits der Name besagt, besteht die Heimannsche Bibliothek in einer A leihebibliothek und mehreren Lesesälen. Die Ausleihebibliothek hat im Berichtsj (Oktober 1903/04) an 8846 Leser 65399 Bände nach Hause verliehen. Erfreulich daß der Bericht eine stetige Steigerung der Leserzahl zu melden weiß und daß belehrende Literatur 31 Prozent aller Entlehnungen ausmacht. Gegen das Vorj ist die Benutzung der wissenschenschaftlichen Abteilungen um 6 Prozent gestie ein Beweis, daß die unausgesetzten Bemühungen der sachkundigen Beamten, Leser nach und nach von der Nichts-als-Unterhaltungsliteratur abzuwenden und an bessere literarische Erzeugnisse zu gewöhnen, von Erfolg war. Dies ist um so freulicher, als die Statistik unter den Benutzern allein 4474 gewerbliche Arbeiter 2209 Kaufleute und weibliche Angestellte gezählt hat.

Eine ebenso erfreuliche Entwicklung hat der Besuch der Lesesäle aufzuweisen denen zur freien Benutzung 516 Zeitungen und Zeitschriften aus allen Ländern in allen Parteischattierungen ausliegen, während eine umfangreiche und s kundig ausgewählte Nachschlagebibliothek, 1246 Bände umfassend, Rat und A kunft gibt.

In diesen Lesesälen läßt sich in der Tat bequem arbeiten. Die Räume sind haglich durchwärmt und gut beleuchtet und geben so manchem armen Proleta der als Schlafbursche in der Küche hausen muß, oder der sein Heim in einem L aufgeschlagen hat, das nie ein erwärmender Strahl der Sonne erreicht, erst Möglichkeit, sein Wissen zu fördern, seinen Geist zu beleben. Die trockenen Za des Berichtes können natürlich nicht wiedergeben, wie nutzbringend ein solches stitut wirkt. Sie zeigen aber doch, daß der Kreis derer stetig wächst, die nach reibender Tagesarbeit noch die Zeit finden, ihren Wissensdrang zu befriedigen. letzten Jahre besuchten 67309 Personen die Lesesäle; seit dem Bestehen des Insti wurden 282977 Besucher gezählt.

Für den Erfolg, den die Bibliothek aufzuweisen hat, spricht auch der schn Absatz des Katalogs, der innerhalb vier Monaten vergriffen war, so daß sich neue Auflage notwendig machte, die soeben erschienen ist. Die Anlage ist dies wie bei der ersten Auflage, die allgemein Beifall gefunden hatte. In 19 Abteilun die wiederum in Unterabteilungen zerlegt sind, weist der Katalog etwa 18000 Bä nach. Vor allem ist erwähnenswert die reichhaltige Ausstattung derjenigen teilungen, die in Beziehung zur Arbeiterbewegung stehen, von denen wiederum über Sozialismus und Sozialdemokratie besonders hervortreten. Da die gew lichen Arbeiter einen bedeutenden Teil der Leser ausmachen, so ist ihnen dies h willkommen, zumal diese Literaturzweige in den städtischen Volksbibliotheken wenig Berücksichtigung finden. Besonders reichhaltig sind auch die Abteilun Naturwissenschaft und Geschichte. Daneben sind aber die übrigen Fächer keinesw vernachlässigt, wie ein auch nur flüchtiges Durchblättern des 720 Seiten sta Katalogs beweist, dessen gute Ausstattung besonders erwähnt zu werden verdi Wesentlich erweitert ist in dieser zweiten Auflage das Sachregister; neu hinzuge ist ein Autoren- beziehungsweise Titelregister, dessen Fehlen bei der ersten Aufl des Katalogs bemängelt worden war. Mit Hilfe dieser beiden Register ist es dem in der Literatur weniger bewanderten Leser leicht gemacht, die gesuchten Bü aufzufinden. Der Katalog liefert von neuem einen Beweis der umfassenden S kenntnis, mit der die einzelnen Abteilungen der Bibliothek zusammengestellt sind wird dazu beitragen, die Zahl der Freunde der Bibliothek zu vermehren zur Fre auch des Gründers des Instituts. B. Bru

---

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 11 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Kritisches zur Etatsdebatte.

⸗ Berlin, 7. Dezember 1904.

Die Generaldebatte des Reichsetats, gewissermaßen das Pracht- und Prunk-
ück des bürgerlichen Parlamentarismus, gestaltet sich je länger je mehr zu
nem rednerischen Zweikampf zwischen dem Reichskanzler und dem Redner der
ozialdemokratie um. Bürgerliche Blätter ärgern sich daran, und von ihrem
tandpunkt aus kann man ihnen das nicht einmal so sehr übelnehmen. Aber
e sollten deshalb niemanden anklagen als sich selbst und die Parteien, denen
e dienen. In der Entwicklung der Etatsdebatte spiegelt sich nur die Entwick-
ing der Dinge selbst wieder: es gibt innerhalb der deutschen Grenzen nur
och eine ernsthafte und wirksame Opposition, nämlich die Sozialdemokratie,
nd der oberste Beamte des Reiches ist nichts anderes als der Beauftragte der
rrschenden Klassen, der ihre gemeinsamen Interessen gegenüber der proleta-
schen Revolution vertritt.

Es entspricht ebenfalls nur der tatsächlichen Entwicklung der Dinge, daß
dem rednerischen Zweikampf zwischen Bebel und Bülow, wie er sich eben
ieder abgespielt hat, der Sieg sich immer unverkennbarer auf die Seite Bebels
igt. An den Gewaltstößen, die er führen kann, gestützt auf den unauf-
ltsam wachsenden Groll und Zorn der Massen, zersplittert der leichte
alanteriedegen, den Graf Bülow allein zu führen vermag. Immerhin — so
hlecht wie diesmal hat der Reichskanzler doch noch niemals abgeschnitten.
as bißchen Flitter, womit er sich sonst auszustaffieren wußte, als sei er von
iderem Kaliber wie die landläufigen Sozialistentöter der preußischen Regie-
ng, ist gänzlich zerstoben; er weiß nun auch nichts Besseres zu tun, als die
rufenen Zitate aus sozialdemokratischen Blättern und Schriften hervor-
stöbern, die, selbst wenn sie das beweisen, was sie beweisen sollen — und in
n allermeisten Fällen werden sie nicht einmal diesem bescheidenen Anspruch
recht —, immer noch nichts beweisen würden. Dazu kommen dann die ollen
amellen von der fürchterlichen Tyrannei, die im sozialdemokratischen „Zu-

kunftsstaat" herrschen werde und heute schon in der sozialdemokratischen Partei herrsche, und endlich der feierliche Appell an den deutschen Philister, der sich vor allem in der Welt fürchtet, daß nämlich die Sozialdemokratie einen Krieg zwischen Deutschland und Rußland anzetteln wolle.

Das sind die Ingredienzien zu dem Kuchen, den der Reichskanzler bäckt und mit staatsmännischer Miene auf den Tisch des Hauses niedersetzt, indem er die proletarische Opposition auffordert: Iß davon und stirb daran. Diese ganze Taktik hat nun längst kein politisches und kaum noch ein psychologisches, sondern nur noch ein pathologisches Interesse. Wie muß es in den Köpfen der Leute aussehen, die mit solchen Mitteln und Mittelchen die moderne Arbeiterbewegung hemmen zu können glauben, eine Bewegung, die sie doch nun seit vierzig Jahren zu studieren reichliche Zeit gehabt haben? Müßte sie nicht eine halbe Stunde ernsthaften Nachdenkens, selbst wenn sie die Sozialdemokratie noch so bitter hassen mögen, und gerade dann erst recht, von der gänzlichen Wirkungslosigkeit solcher Waffen überzeugen? Können sie sich denn wirklich der doch so naheliegenden Einsicht verschließen, daß wenn es eine Möglichkeit gibt, den Gang der modernen Arbeiterbewegung aufzuhalten, diese Möglichkeit keine andere sein kann, als eine reformatorische Gesetzgebung, die wenigstens einigermaßen den Übeln abhilft, unter denen die Volksmassen ein immer wachsendes Elend dahinschleppen müssen.

In der Tat dürfte hier der springende Punkt sein, der die reuige Rückkehr des Grafen Bülow zu den abgetakelten Mätzchen der seligen Eulenburg und Puttkamer erklärt. Er ist am Ende „geistreich" genug, ihre gänzliche Hohlheit zu erkennen, aber es reicht bei ihm lange nicht zu der Fähigkeit, die Dinge auf einen besseren Fuß zu stellen und wenigstens zu versuchen, ob sich die Sozialdemokratie nicht doch den Wind aus den Segeln nehmen lasse. So hat er sich einige Jahre lang mit mehr oder minder guten, oder richtiger mit mehr oder minder schlechten Witzen aus der Affäre zu ziehen gesucht, bis auch dieses Salz salzlos geworden ist und nun eben nichts mehr übrig bleibt, als der große Zitatensack preußischer Staatskunst und was darum und daran hängt. Irgend eine Wirkung verspricht sich der Reichskanzler, wie wir zu seiner Ehre anerkennen wollen, davon gewiß nicht; er markiert nur noch mit leeren Worten seinen Widerstand, den er mit Gründen nicht mehr leisten kann, aber freilich mit allen Machtmitteln der kapitalistischen Gesellschaft um so hartnäckiger zu leisten gedenkt.

In alledem ist er nichts anderes als der Beauftragte dieser Gesellschaft. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Nicht mehr, denn wäre er auch nur im bürgerlichen Sinne des Wortes ein Staatsmann, so würde er nimmermehr unter den heutigen Zuständen des Reiches zum Reichskanzler avanciert sein; nicht weniger, denn offenbar genügt das ihm beschiedene Maß politischer Leistungsfähigkeit allen bürgerlichen Parteien. Prüft man nämlich, was von diesen Parteien in der gegenwärtigen Generaldebatte des Reichstags geleistet worden ist, so wird man nicht nur keine irgendwie ernsthafte Opposition gegen das System Bülow entdecken, sondern man wird nahezu versucht sein, den Träger dieses Systems noch als den Einäugigen unter den Blinden anzuerkennen. Wa

kennzeichnet namentlich auch die liberalen Reden der Sattler, Schrader und Müller-Sagan denn anders als politische Altersschwäche? Was haben sie gegen ein Regierungssystem, das sich mit Haut und Haaren den Agrariern verschrieben hat, mehr einzuwenden, als diese oder jene kleine Beschwerde, die Verweigerung der Reichstagsdiäten und dergleichen Kram, der politisch kaum in dritter oder vierter Reihe mitzählt? Wenn sie damit der Regierung zu imponieren glauben, so vergessen sie, daß Graf Bülow sich vor allem deshalb den Agrariern verschrieben hat, weil diese die einzige bürgerliche Richtung darstellen, die entschlossen und fähig ist, ihm zu einem ernsthaften Tanze aufzuspielen, falls er nicht so tanzt, wie sie pfeift.

Am wenigsten aber haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen das protestiert, was Graf Bülow über die Sozialdemokratie zu sagen hatte; höchstens daß der eine oder der andere bürgerliche Redner die Langeweile dieser Trivialitäten durch komische Grimassen erträglich zu machen suchte. Keinem von ihnen ist es eingefallen, die Debatte über das proletarische Problem auf eine höhere Stufe zu heben. Sie sind darin augenscheinlich ganz mit dem Reichskanzler einverstanden, und dies entlastet ihn für seine Person immerhin. Wollte er wirklich versuchen, durch eine reformatorische Politik die Sozialdemokratie lahm zu legen, so würde er auf den für ihn unzerbrechlichen Widerstand der herrschenden Klassen stoßen. Er paßt zur bürgerlichen Mehrheit des Reichstags, wie sie zu ihm paßt.

Für eine bürgerliche Opposition könnte das intellektuelle Versagen der Gegner unter Umständen sehr gefährlich werden. Ja, in gewissem Sinne ist es dem deutschen Liberalismus in seiner Blütezeit gefährlich geworden. Als zur Zeit der sechziger Jahre im vorigen Jahrhundert die Fortschrittspartei das preußische Abgeordnetenhaus beherrschte, bis auf einige Junker aus dem hintersten Hinterpommern, die mit Rednern, wie Twesten, Waldeck, Mommsen, Sybel usw. nicht rivalisieren konnten, da glaubte der Liberalismus, im schwelgenden Gefühl seiner parlamentarischen Triumphe, schon seines Sieges sicher zu sein, bis dann doch die Reaktion obenauf kam, mit ihrem trockenen Programm: Laßt sie schwätzen, soviel sie wollen, denn die wirkliche Macht haben wir. Indessen, wenn die herrschenden Klassen gegenwärtig mit diesem selben Programm durchzukommen versuchen, so übersehen sie die Kleinigkeit, daß, was dem Liberalismus passieren mußte, deshalb noch nicht der Sozialdemokratie zu passieren braucht und ihr in der Tat weder passieren kann noch wird.

Eine bürgerliche Opposition, die auf dem Gebiet des bürgerlichen Parlamentarismus nichts ausrichten kann, als wieder und wieder reden, ohne den geringsten praktischen Erfolg, so wie die Fortschrittspartei in der preußischen Konfliktszeit, ermüdet auf die Dauer ihre Wähler und macht sie geneigt, sich einer anderen bürgerlichen Partei zuzuwenden, die ihnen scheinbar oder wirklich etwas zu bieten vermag. Umgekehrt wird eine proletarische Opposition, die ihre Vertreter in einem bürgerlichen Parlament so siegreich einherschreiten sieht, daß die Gegner sich, um dem Ansturm auszuweichen, noch, sagen wir, unintelligenter anstellen, als sie wirklich sind, wird dadurch in ihrem Kraft- und Siegesbewußtsein nur gestärkt und gewinnt immer neue Anhänger. Und je

größere Massen unter ihrer Fahne zusammenströmen, um so näher rückt der Tag ihres Sieges heran, denn alle noch so raffinierten Mordswerkzeuge der kapitalistischen Gesellschaft werden zum Kinderspielzeug, sobald die Mehrheit des modernen Proletariats, ohne das diese Gesellschaft auch nicht einen Tag bestehen kann, sich ihres Schicksals und ihres Willens klar bewußt wird.

Unter „nationalem“ Gesichtspunkt mag die „unendliche Öde“ dieser Etatsdebatte, die sogar einzelnen bürgerlichen Blättern auf die Nerven fällt, gerade keinen erhebenden Eindruck machen. Denkt man an die großen historischen Konflikte, die gegenwärtig mehr als einen Weltteil bewegen, so mag sie sogar ungemein beschämend wirken. Jedoch solange die „nationale“ Politik von den herrschenden Klassen gemacht wird, brauchen wir uns darüber kein Kopfzerbrechen zu machen. Genug, daß aus der Blamage dieser Klassen ein reeller Nutzen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse entspringt, dessen Sieg überhaupt erst eine nationale Politik ermöglicht, die diesen Namen verdient.

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

5. Das zweite Kaiserreich und die Pariser Kommune. (Fortsetzung.)

Eine der ersten Handlungen des Kaiserreichs bestand in Versuchen, die Arbeiterklasse zu versöhnen, welche die bürgerliche Republik sich entfremdet hatte. Unter Louis Philipp war die Zahl der Wähler für die Zweite Kammer eine sehr beschränkte — 300000 — gewesen. Die Revolution hatte sie plötzlich auf ungefähr 9 Millionen anschwellen lassen. Durch das Wahlgesetz vom 31. Mai 1850 wurde sie dann wieder um 3 Millionen verringert. Die Verfassung vom 14. Januar 1852 stellte das allgemeine Stimmrecht wieder her, wie es seitdem bis heute in Frankreich besteht.

Aber dadurch ließ sich das Proletariat nicht kaufen. Seine Gegnerschaft gegen das Kaiserreich blieb unbeugsam, es blieb der Republik treu, auch als das Kaiserreich zum allgemeinen Stimmrecht weitere politische Konzessionen von 1860 an fügte, die Befugnisse des Parlamentes erweiterte, Presse, Vereine und Versammlungen liberaler behandelte.

Leichter fand sich die Bourgeoisie mit dem Kaiserreich ab, obwohl dieses mit der Unterbindung des Parlamentarismus, der zu völliger Machtlosigkeit verurteilt war, die den Klasseninteressen der Bourgeoisie entsprechendste politische Institution, ihr auserwähltes Herrschaftsmittel, am härtesten traf. Aber das Kaiserreich brachte den Schutz des Eigentums vor dem Kommunismus und brachte einen wirtschaftlichen Aufschwung. Und diesem Zauber hat die Bourgeoisie nie zu widerstehen vermocht. Die Jahrzehnte nach der Februarrevolution waren das goldene Zeitalter des industriellen Kapitalismus für England und Frankreich; es war die Zeit jener „berauschenden Vermehrung von Reichtum und Macht“, von der Gladstone erzählte. Das Kaisertum hatte sie nicht geschaffen, aber es profitierte davon und gewann die Anerkennung der Bourgeoisie.

Aber wie in England war auch in Frankreich diese „berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht“ fast ganz auf die Kapitalistenklasse (den

großen Grundbesitz eingeschlossen) beschränkt. Der Anteil der arbeitenden Klassen daran war geringfügig, unmerklich; für weite Schichten des arbeitenden Volkes äußerte sich diese Entwicklung sogar in direkter Herabdrückung, so daß ihr Gegensatz zur Kapitalistenklasse, damit aber auch zum herrschenden Regime, immer mehr wuchs.

Waren aber die Tage nach der Februarrevolution den Tendenzen Louis Blancs besonders günstig gewesen, so trat jetzt der Proudhonismus in den Vordergrund. Die Louis Blancschen Illusionen waren für lange Zeit im Blute des Juni erstickt worden. Aber auch die Kraft zu politischer Auflehnung nach blanquistischer Art hatte diese Niederlage gelähmt. Die Masse der sozialistischen Arbeiterschaft verzweifelte an der Politik, hielt die politische Tätigkeit für ebenso zwecklos wie korrumpierend und wandte sich vorwiegend der Förderung ökonomischer friedlicher Organisationen zu.

Als die „Internationale" um die Mitte der sechziger Jahre aufkam, herrschten auch in ihrem französischen Teile die Proudhonisten vor. Aber je mehr sie an Kraft gewann, verfolgt wurde, die Opposition gegen das Kaiserreich wuchs, desto mehr wurde die französische Internationale aus einer Gesellschaft friedlicher sozialer Studien und Experimente, die sie anfänglich gewesen, zu einer Kampfesorganisation. Damit verlor sie immer mehr ihren ursprünglichen proudhonistischen Charakter, andere Elemente kamen seit 1868 neben den Proudhonisten auf, blanquistische und bakunistische. Bakunin, 1860 aus Sibirien entflohen, übertrieb das Mißtrauen Proudhons gegen den Staat und den Putschismus der Blanquisten ins Extrem und vereinigte diese beiden Extremen zu einer Mischung, die sehr nach dem Geschmack der deklassierten Intellektuellen in den romanischen Ländern war. Neben diesen begann aber in der „Internationale" eine neue Richtung aufzusteigen: der Marxismus, den man in diesem Zusammenhang betrachten kann als die Zusammenfassung alles dessen, was an lebensfähigen Keimen in den drei Richtungen des französischen Sozialismus enthalten war. Gleich dem Blanquismus erkannte er die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht als unentbehrliche Vorbedingung der Emanzipation des Proletariats. Aber er war sich klar darüber, daß die Methoden von 1793 dazu nicht tauglich waren, daß das Proletariat nicht mehr siegen konnte durch die Organisierung einer kleinen Anzahl von Verschwörern, sondern nur durch seine Organisation als selbständige politische Partei der Mehrheit des Volkes. Er sah aber auch weiter, daß die Besitzergreifung der Staatsmacht an eine Reihe moralischer und materieller Vorbedingungen geknüpft war, die nicht bloß die politische, sondern auch die ökonomische Organisation des Proletariats erheischten. Diese ökonomische Organisation sollte sich jedoch nicht hinter dem Rücken der herrschenden Mächte, sondern im Kampfe gegen sie entwickeln; an Stelle der friedlichen ökonomischen Organisationen des kleinbürgerlichen Proudhonismus, der Versicherungsinstitute, Tausch- und Kreditbanken, Genossenschaften setzte er die Organisation des ökonomischen Kampfes, die Streikorganisation, die Gewerkschaft. Zugleich erkannte er aber auch die Notwendigkeit, mit den gegebenen politischen Mitteln dem heutigen Staate schon soviel als möglich abzuringen, durch den bürgerlichen Staat Maßregeln zugunsten der Arbeiterschaft zur Durchführung zu bringen. Aber er erwartete nicht, wie Louis Blanc, vom kapitalistischen Staate Mittel zum Aufbau einer neuen, genossenschaftlichen, antikapitalistischen Produktionsweise, sondern Mittel zum Schutze der Arbeitskraft, jener Ware, an

deren möglichst großem Gebrauchswert die kapitalistische Gesellschaft aufs lebhafteste interessiert ist. Er forderte von der Staatsgewalt nicht die Subventionierung von Arbeitergenossenschaften, sondern die Gewährung eines Normalarbeitstags und ähnlicher Maßregeln des Arbeiterschutzes.

Dieser Gedankengang bedeutete, wie gesagt, eine Zusammenfassung der lebensfähigen Keime aller drei Richtungen des französischen Sozialismus. Aber er stand zu sehr im Widerspruch zu den revolutionären Traditionen Frankreichs und zu den Traditionen jeder einzelnen dieser Richtungen. Nur in wenigen Köpfen der französischen Internationale fand er Eingang. Freilich waren diese wenigen ihre besten.

Ähnlich ging es übrigens dem Marxismus auch in den anderen Teilen der „Internationale“. Marx suchte in dieser nicht bloß die Marxisten zu organisieren, sondern, wie seine Politik in der Theorie selbst eine Zusammenfassung aller lebensfähigen Keime der verschiedenen proletarischen Bewegung darstellte, so wollte er auch ihre praktische Anwendung zu einer organisatorischen Zusammenfassung dieser Bewegungen in einem einheitlichen Klassenkampf gestalten. Die „Internationale“ stand allen offen, Proudhonisten wie Blanquisten, englischen Gewerkschaftern wie deutschen Sozialdemokraten. Im Anfang gelang es auch Marx, diese verschiedenartigen Elemente, allerdings mit Mühe und Not, zusammenzuhalten, aber schließlich suchte jede dieser Richtungen wieder unter Ausschluß der anderen ihre besonderen Wege zu gehen, empörten sie sich im Namen der Meinungsfreiheit und Toleranz gegen den „intoleranten“ Marx, der sie alle hatte vereinigen wollen; und damit jede einseitig sich auf ihre Spezialliebhaberei beschränken könne, rebellierten sie gegen den „engen und einseitigen Dogmatismus“ des Marxismus, der allen ihren Seiten in einer umfassenden Theorie zu ihrem Rechte verholfen hatte.

Das geschah jedoch erst nach dem Falle der Pariser Kommune, die auf den Trümmern des Kaiserreichs erstanden war.

Ehe noch seine inneren Gegner stark genug geworden waren, es zu stürzen, erlag das Kaisertum seiner äußeren Politik. Diese mußte Weltpolitik sein, um der eigenen Bourgeoisie zu imponieren, um den Bourgeois, der zu Hause zu politischer Machtlosigkeit verurteilt war, dafür durch das Bewußtsein zu entschädigen, daß er im Ausland als Bürger einer großen Nation angestaunt werde. Freilich, die Weltpolitik wurde notwendigerweise zu kriegerischer Politik; aber auch diese war notwendig für das Kaiserreich, um die Armee zu beschäftigen und zu befriedigen, auf deren Schultern es ruhte.

Kriege kosten jedoch Geld, viel Geld, woher dies erlangen? Vielleicht durch Sparsamkeit bei den anderen Staatsausgaben? Aber Napoleon und seine Leute waren eine Bande Abenteurer, die den Staat erobert hatten, nicht um durch seine Macht eine gesellschaftliche Idee zu verwirklichen oder eine bestimmte Klasse zur Herrschaft zu bringen, sondern um ihn zu plündern. Beim Hofe und in der oberen Beamtenschaft machte sich die schamloseste Verschwendung breit.

Als Mittel, den finanziellen Anforderungen der Kriegspolitik gerecht zu werden, wäre also nur die Steigerung der Steuern übrig geblieben. Aber die fürchtete das so schwankende und schwache Regime, das stets auf Popularitätshascherei ausging. Es war leichtfertig und gewissenlos genug, das Land in Kriegsabenteuer zu stürzen, nicht aber stark und kühn genug, dem Lande die Konsequenzen davon in entsprechenden Steuererhöhungen aufzubürden.

„Das zweite Kaiserreich", sagt Adolf Wagner, „war immer, auch zur Zeit ines festesten Bestandes, darauf erpicht und auch darauf angewiesen, die Beölkerung nicht durch unpopuläre Steuerpolitik zu erregen" („Spezielle Steuerhre", S. 394).

Die Erträge der direkten Steuern blieben daher im wesentlichen auf gleicher öhe, wie sie am Ende der Julimonarchie gewesen waren. Bei den anderen teuern suchte man auch möglichst wenig zu ändern, vielfach rührte die Zuahme des Ertrags nicht von einer Erhöhung der Steuer, sondern von der ermehrung der Bevölkerung und der „berauschenden Zunahme von Reichtum" r. So namentlich die Zunahme des Ertrags der Verkehrssteuern.

Adolf Wagner illustriert das durch eine Tabelle, der wir folgende Zahlen tnehmen:

Steuerarten	Staatseinnahmen in Millionen Franken 1847	1870
A. Direkte Steuern	331,7	332,8
B. Verkehrssteuern (Stempel-, Transport-, Besitzwechselsteuern)	253,8	446,5
C. Indirekte Verbrauchsteuern:		
1. Zölle	160,3	75,1
2. Salzsteuer	70,7	31,8
3. Getränkesteuer	102,0	243,4
4. Inländischer Zucker	19,3	111,8
5. Tabakmonopol	112,5	246,8
Summe	464,8	708,9
D. Übrige kleine Steuern	48,0	54,8
Summe (A—D)	1098,3	1543,0

Also der Tabak, der Zucker und der Alkohol mußten „bluten". Dafür aber ırden die Salzsteuer (diese schon von der zweiten Republik) und die Zölle rabgesetzt. Stiegen aber die Einnahmen keineswegs so gewaltig wie die Ausben, so waren die naturnotwendige Folge davon Defizite, Anleihen, die rrüttung der Finanzen.

Nach einer Aufstellung in „Statemans Yearbook" (1904) betrug die Schuldent des französischen Staates (in Millionen Franken):

	Kapital	Zinsen
Am 1. Januar 1852	5516	239
Am 1. Januar 1871	12454	386

Die Zunahme ist also eine enorme. Trotzdem reichten die gepumpten Milrden nicht, den Bedarf des Heeres sicherzustellen, angesichts der allgemeinen rruption der Verwaltung. Die Armee war immer weniger ihren Aufgaben vachsen. Das ist natürlich kein Argument dafür, die Steuern tüchtig in die ӧhe zu schrauben, sondern eines dafür, sich aller weltpolitischen Abenteuer zu thalten.

Solange Frankreich nur mit Mächten zu tun hatte, die ebenso korrumpiert d bankrott waren, zog es sich allerdings siegreich aus der Affäre — gegen ıßland, Österreich, China. Aber das Kaiserreich scheiterte, sobald es den den Mächten gegenübertrat, die damals am Beginn ihres Aufstiegs waren, : sie an die Spitze der Weltmächte bringen sollte: die Vereinigten Staaten d Deutschland. Kampflos zog sich Napoleon III. vor den Drohungen der teren aus seinem mexikanischen Abenteuer zurück, um wenige Jahre danach

in seinem Konflikt mit Deutschland nach wenigen raschen Schlägen der Gefangene des Siegers zu werden. Damit wurde die dritte Republik in Frankreich gegründet. Als reife Frucht, ohne jede Kraftanstrengung, fiel sie diesmal dem Volke in den Schoß.

Dank den modernen Massenarmeen einerseits, dem modernen Massenproletariat andererseits, kann aber heute ein kapitalistischer Staat eine feindliche Invasion nicht mehr abwehren, ohne das Proletariat zu bewaffnen. Noch unter dem Kaiserreich hatten die bürgerlichen Republikaner in der Kammer unter dem Eindruck der ersten Niederlagen eine Ausdehnung der Nationalgarde verlangt, die unter dem Kaiserreich zu der bedeutungslosen Spielerei einiger auserwählten bürgerlichen Kreise geworden war; alle Bürger im wehrhaften Alter sollten bewaffnet werden — allerdings immer noch mit der Einschränkung: „soweit sie mindestens ein Jahr in der Gemeinde wohnhaft sind“. Immerhin bedeutete das eine Art der Volksbewaffnung, die zahlreiche Proletarier einschloß. Es war eine höchst demokratische Maßregel. Erhielten doch die neuen Bataillone der Nationalgarde das Recht, ihre Offiziere und Unteroffiziere selbst zu wählen. Die Angst vor den siegreichen Deutschen und noch mehr die vor den empörten Parisern hatte die Reaktionäre der Kammer am 11. August getrieben, diesen Vorschlag der Radikalen anzunehmen. Als aber das Kaiserreich zusammenbrach und das Volk von Frankreich wieder Herr seiner eigenen Geschicke wurde, da erfaßte die Bourgeoisie noch größere Angst vor den Bataillonen der Pariser Nationalgarde.

Das Proletariat freilich dachte in den Stunden der Bedrängnis des Gemeinwesens nicht an seine besonderen Klasseninteressen. Es duldete ohne Widerstreben, daß die bürgerlichen Republikaner der Kammer eine Regierung bloß aus ihrer Mitte bildeten, ohne irgend ein proletarisches Element zuzuziehen.[1]

---

[1] Ich möchte hier einer falschen Auffassung begegnen, die mein Ausspruch in der Amsterdamer Taktikkommission gefunden hat, wo ich erklärte, zu den Zwangslagen, in denen ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung eintreten darf, rechne ich „Situationen, wie sie zum Beispiel nach dem 4. September 1870 in Frankreich eintraten, wo von sozialistischer Seite verlangt wurde, ein Sozialist, Blanqui oder Delescluze, sollten in die Regierung eintreten, die den Zweck hatte, die Landesverteidigung zu organisieren“.

Jaurès hat gefunden, damit setze ich seinem republikanischen Ministerialismus einen noch viel schlimmeren „nationalistischen Ministerialismus“ entgegen, wenn ich für die Verteidigung des Vaterlandes gelten lasse, was ich für die Verteidigung der Republik ablehne. Dieselbe Argumentation wiederholt Pressensé in seinem Artikel über den Amsterdamer Kongreß im ersten Hefte von „La Vie Socialiste“.

Tatsächlich habe ich nirgends davon gesprochen, daß die Verteidigung des Vaterlandes schlechtweg den Eintritt eines Sozialisten in die Regierung rechtfertige; da wären am Ende unsere russischen Genossen auch durch den Krieg gezwungen, die Regierung des Zaren zu unterstützen; ich sprach von einer „Situation, wie sie nach dem 4. September 1870 in Frankreich“ eintrat. Damals handelte es sich aber nicht bloß um die Verteidigung des Landes gegen eine auswärtige Invasion, sondern auch um die Verteidigung einer demokratischen Republik gegen einen Feind, der sie verstümmeln, schwächen, ja ihr den verhaßten Usurpator wieder aufzwingen wollte. Es war eine Situation, in der alle freiheitlich gesinnten Elemente der ganzen Kulturwelt — ausgenommen den deutschen Liberalismus, aber eingeschlossen die deutsche Sozialdemokratie, sowie die „Internationale“ — auf die Seite Frankreichs traten.

Wäre 1899 die Republik ebenso bedroht gewesen wie 1870 und hätte damals der Eintritt eines Sozialisten die Kräfte ihrer Verteidiger ebenso vermehren können, dann wäre — einzig zu dem Zwecke dieser Verteidigung und nur so lange — unter dieser Zwangslage der Eintritt Millerands in ein bürgerliches Ministerium wohl zu rechtfertigen gewesen. Aber

Dagegen wurden die bürgerlichen Machthaber der neuen Republik von An-
ng an in ihrer Verteidigung des Landes durch die Furcht vor den bewaffneten
ariser Proletariern gelähmt, und die Verteidigung von Paris litt ebensosehr
ıter dem Streben, die Nationalgarde nicht zu kräftiger Entfaltung oder gar
:m Siege gelangen zu lassen, wie unter den Waffen der Belagerer. Die
olksbewaffnung, die levée en masse, von der man Wunder erwartete, wirkte
esmal ganz anders, als in der großen Revolution.

1793 bestand noch die große Masse des Volkes aus Bauern und Klein-
irgern. Der Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Proletariern war noch
enig entwickelt und wurde ganz in den Hintergrund gedrängt durch den großen
meinsamen Gegensatz aller dieser Klassen gegen die Aristokratie, deren Ver-
indeter der auswärtige Feind war. Da hatte die Volksbewaffnung die höchste
ilitärische Kraftentfaltung der Nation bedeutet. 1870 beherrschte bereits der
lassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit ganz Frankreich; der Kapitalisten-
ısse drohte damals aber viel geringere Gefahr vom auswärtigen Feinde, der
im schlimmsten Falle finanziell schwächte und ihren inneren Markt einengte,
ährend der innere Feind die Grundlagen ihrer Existenz selbst bedrohte.

Die Situation war also eine ganz andere als 1793. Die Wiedererweckung
r revolutionären Traditionen, der Glaube, durch die levée en masse wieder
n Feind hinausjagen zu können, war ein trügerischer. Gerade die Volks-
waffnung lähmte die Verteidigung des Landes in ihrem entscheidenden Punkte,
Paris, indem sie seine Verteidiger in zwei feindliche Lager auseinanderriß.

Endlich, am 29. Januar, kam es zu einem Waffenstillstand, der den Frieden
ıleiten sollte. Ihn zu schließen, wurde am 8. Februar eine Nationalversamm-
ng nach allgemeinem Stimmrecht gewählt. Die Wahlen ergaben eine starke
aktionäre Mehrheit. Von 750 Abgeordneten waren 450 Monarchisten. Bildeten
e Proletarier und die proletarischen Parteien die entschiedensten Vertreter der
epublik, aber auch der Fortsetzung des Krieges, so verwünschten Bauern und
ourgeois den Krieg; die ersteren namentlich, weil er sie ruinierte, die Bour-
ois auch deswegen, weil er die Volksbewaffnung mit sich brachte und das
waffnete Proletariat in Paris immer mehr in den Vordergrund schob; und
t dem Kriege verwünschten sie die Republik.

Weit noch mehr als monarchistischen Empfindungen entsprang die reak-
ınäre Zusammensetzung der Versammlung der Sehnsucht nach Frieden und
m Hasse gegen das revolutionäre republikanische Paris. Als Friedensengel
ıren die klerikal-monarchistischen Krautjunker auch den liberalen bürgerlichen
publikanern willkommen, und ebenso als Gegner von Paris, dessen revolu-
näres Proletariat sie alle erschreckte. Republikaner und Monarchisten, sie
beiteten in der Nationalversammlung zusammen, wenn es galt, Paris zu
wächen und zu demütigen. Dies muß konstatiert werden gegenüber den Ver-
hen von revisionistischer Seite, die jetzt gemacht werden, die Schuld an dem
mpfe gegen die Pariser Kommune ebenso wie früher an der Junischlacht von
n bürgerlichen Republikanern ganz auf die klerikalen Monarchisten zu wälzen.
cht ein Angehöriger der letzteren Richtung, sondern Thiers, den bis heute die
rgerlichen Republikaner Frankreichs als ihren großen Mann verehren, wurde

ese Zwangslage ist nie bewiesen worden. Und ein bürgerliches Ministerium hieß noch
ht ein Ministerium Gallifet. Die Aufnahme dieses Mannes in die Regierung war ein
himpf für die Sozialisten. Die Rettung der Republik darf aber nicht mit der Beschimpfung
er treuesten Verteidiger eingeleitet werden.

zum Haupte der vollziehenden Gewalt der Republik ernannt; und in ihre Regierung saßen zur Zeit der Kommune radikale Republikaner wie Jule Favre, Picard, J. Simon.

Vom Beginn an beherrschte die Nationalversammlung der Haß gegen Pari Seine Abgeordneten wurden beschimpft, es selbst seiner Eigenschaft als Haup stadt entkleidet durch den Beschluß vom 10. März, der Versailles zum Sit der Regierung und der Nationalversammlung machte.

Das empörte wieder das Pariser Kleinbürgertum gegen die Versammlun und trieb es den revolutionären Elementen in die Arme.

Immer schroffer wurde der Gegensatz, der schließlich in offenen Bürgerkrie ausbrach, als Thiers einige Regimenter absandte, die am frühen Morgen de 18. März der Pariser Nationalgarde ihre Kanonen stehlen sollten, womit e die Entwaffnung von Paris einzuleiten gedachte. Der Versuch wurde rech zeitig entdeckt und vereitelt. Damit war aber der Krieg erklärt. Aus der Ve teidigung der Waffen des Pariser Proletariats entspann sich jener gewaltig Kampf, der das erste moderne proletarische Regime erhob und stürzte.

Es war ein Kampf zunächst um die Nationalgarde; mit dieser siegte i Paris das Proletariat, das sich dann am 26. März in der Kommune ein eigene Regierung gab.

Es war leider keine einheitliche; die drei Richtungen des französische Sozialismus finden wir auch in ihr wieder vertreten. Neben den Proudhoniste die Blanquisten, daneben als dritte freilich nicht mehr eine bestimmte, theoretis begründete Richtung, wie sie Louis Blanc repräsentierte, sondern nur noch eine kleinbürgerlich-proletarischen Mischmasch, ohne jedes bestimmte Programm aber mit sehr viel Gefühl und Tatendrang, und vor allem voll von den Trad tionen der großen Revolution. Louis Blanc selbst war in diesem Momen nicht mehr in Paris zu finden. Paris hatte ihn wohl zum Abgeordneten i die Nationalversammlung gewählt; aber als diese Paris den Krieg erklärt blieb er in Versailles und unterstützte die Regierung in ihrem Kampfe gege die Kommune. Seine Illusion von der Befreiung des Proletariats durch desse Zusammenwirken mit den vorgeschrittensten und edelsten Teilen der Bourgeoi endete in seinem Zusammenwirken mit dem rückständigsten und brutalsten Krau junkertum zur Niederwerfung des Proletariats. Dabei hatten sich seine theo retischen Anschauungen und Sympathien kaum geändert. Aber die Klasse gegensätze waren stärker als seine frommen Wünsche, und wer, von bürgerliche Seite kommend, nicht den Mut und die Entsagung hat, sich rückhaltlos de kämpfenden Proletariat gegen die Bourgeoisie anzuschließen und alle Brücken m dieser abzubrechen, wird schließlich bei allen proletarischen Sympathien im entsche denden Moment nur zu leicht auf die Seite der Gegner des Proletariats getriebe

So schlimm die theoretische Zerrissenheit und Unwissenheit des Parise Proletariats war, so wurde es dadurch doch nicht so sehr geschädigt, als dur seinen Mangel an einheitlicher Organisation, die allerdings zum Teil dur seine theoretische Zerfahrenheit bedingt wurde, zum Teil durch den Mang eines Koalitions- und Vereinsrechtes, der jede proletarische Massenorganisatio seit 1794 unmöglich machte. Wir kommen auf diesen letzteren Punkt no zurück.

Indes, trotz theoretischer Unwissenheit und organisatorischer Zersplitterun leistete das Pariser Proletariat Erstaunliches in der Organisation der öko mischen und sozialen Verhältnisse. Es fand eine der schwierigsten Situatione

: der Mißwirtschaft und dem Bankrott des Kaiserreichs war das Elend der
agerung gefolgt, die Paris völlig entblößt zurückließ: ohne alle Vorbereitung
rde nun dem Proletariat die Verwaltung dieses ungeheuren, völlig ruinierten
biets durch die Verhältnisse aufgezwungen; im Kriege, angesichts des Verrats
bisherigen Verwaltung hatte es im Handumdrehen mit ganz neuen Kräften
neue Verwaltung aufzubauen. Trotz alledem gelang ihm diese Aufgabe
das beste. Paris war nie so gut verwaltet gewesen, wie unter der
nmune.

Man darf dies Beispiel wohl jenen Kleinmütigen in unseren Reihen ent-
enhalten, die nichts mehr fürchten als unseren Sieg, und es für ihre Haupt-
gabe halten, aller Welt die Überzeugung beizubringen, daß noch für lange
t hinaus die Eroberung der politischen Macht durch unsere Partei mit Not-
ndigkeit das Chaos und unseren Bankrott bedeute.

Wenn das Pariser Proletariat vor einem Menschenalter, völlig unentwickelt,
er den schwierigsten Verhältnissen, sich seinen sozialen Aufgaben völlig
achsen zeigte, dürfen wir heute mit den frohesten Erwartungen dem Tage
eres Sieges entgegensehen.

Wo dagegen die Kommune völlig versagte, das war das Kriegswesen
die Politik. Auf diesen Gebieten fand sie sich durchaus nicht zurecht.
hl hatte sie einige ernste, fähige Männer auch hier aufzuweisen, aber deren
rksamkeit wurde mehr als paralysiert durch eitle Gecken, Schreier und Nichts-
:, die sich von der Organisations- und Verwaltungsarbeit fernhielten und
Gebiete vorzogen, wo man mit Säbelrasseln und Schönrednerei groß tun
nte. Vor allem aber machte sich hier die Zerfahrenheit am schlimmsten
end.

Wie immer die theoretischen Schrullen der einzelnen Sozialisten sein mochten,
sie vor die praktischen Arbeiten der sozialen und politischen Organisation
ellt wurden, einigten sie sich rasch mit sicherem Instinkt über das Notwendige
fanden sie das Zweckmäßigste heraus, auch wenn es ihren überkommenen
orien widersprach.

Anders dagegen dort, wo es den militärischen und politischen Kampf
n den Gegner galt. Es zeigte sich, daß die moderne Produktionsweise und
urwüchsigen sozialen Kämpfe im Proletariat wohl für sich allein schon
Fähigkeiten sozialer und politischer Organisation entwickeln, nicht aber ohne
eres die des höheren Kriegshandwerkes oder der hohen Politik. Das erstere
a leicht zu begreifen. Dagegen ist politische Schulung dem Proletariat doch
hter zugänglich als kriegerische, aber auch jene fehlte 1871 noch den Pariser
eitern. Sie setzt nicht bloß die Kenntnis der eigenen Bedürfnisse und
fte, sondern auch die der Gegner voraus. Diese wird aber nur erlangt
ch eingehendes theoretisches Studium oder lange politische Praxis. Beides
ngelte den Proletariern von 1871. Längere Teilnahme an den parlamen-
ischen Arbeiten liefert die beste Schule für den politischen Kampf gegen die
urgeoisie, aber weder die Proudhonisten noch die Blanquisten hatten am
lamentarischen Kampfe teilgenommen, und die kleinbürgerlich-radikalen Ge-
ssozialisten à la Rochefort waren überhaupt unfähig, politisch irgend etwas
ernen. Bei ihnen allen aber wurde das bißchen politische Einsicht, das sie
entwickeln vermochten, noch verdunkelt durch die Traditionen der großen
olution, von denen sie sich immer noch leiten ließen, ohne zu merken, wie
ig verschieden die Verhältnisse geworden waren.

Rasches, einheitliches, konsequentes Handeln, das war damals die V
bedingung, sollte Paris gegen die Kräfte ganz Frankreichs siegen, welche
Zentralregierung von Versailles aufbot, oder vielmehr, sollte sie diese Reg
rung lähmen und so viel Kräfte des Landes auf ihre Seite ziehen, um ein
Vergleich zu erzielen, der die demokratische Republik und die politische u
militärische Wehrhaftigkeit des Proletariats sicherstellte. Aber dies rasche u
einheitliche Handeln war unmöglich, da Paris, das den Kampf nicht gesu
von ihm überrascht wurde, und da es keine einheitliche politische Organisati
mit bestimmten Zielen vorfand, die Krieg und Politik hätte leiten könn
Mannigfache Organisationen, jede mit anderen Zielen und anderer Taktik, w
belten durcheinander und gaben der Politik und Kriegführung der Komm
jeden Tag eine andere Richtung, heute aggressiv, morgen die kriegerische Akti
durch friedliche Vermittlung hemmend, um übermorgen die begonnene V
mittlung durch neues Waffengetöse zu unterbrechen, ehe sie ein Resultat
zeitigt.

Wußte das Proletariat noch nicht recht, wessen es sich von der Bourgeoi
zu versehen habe und wie es mit ihr am besten fertig werde, so war de
Regierung von Anfang an entschlossen, das bewaffnete Proletariat um jed
Preis niederzuwerfen und zu dezimieren. Und in diesem Bestreben fand
die einmütige Zustimmung der ganzen Nationalversammlung bis zur äußers
Linken. Dieser Zielbewußtheit und Geschlossenheit bürgerlicher Politik u
Kriegskunst erlag die politisch zerfahrene Kommune, trotzdem in ihr dam
chon die Fähigkeit des Proletariats zu sozialer Organisation und Verwaltu
aufs glänzendste zutage trat.

Die Überlegenheit bürgerlicher Politik hat seitdem aufgehört. Drei Ja
zehnte parlamentarischer Kämpfe haben das Proletariat genügend mit
bekannt gemacht. Die kriegerische Überlegenheit der modernen Machthaber al
dauert nur so lange, als die Armee ihr willenloses Werkzeug bleibt. Mit ein
unzuverlässigen Armee vermag auch der größte Feldherr nicht zu siegen.

Das politische Ideal der Kommune darzustellen, ist nicht so einfach, da
mannigfachsten Tendenzen sich in ihr kreuzten. Aber im Grunde kamen a
praktischen Forderungen und Organisationsversuche der Kommune auf denselb
Typus der demokratischen Republik hinaus, den schon die große Revoluti
begründet.

Ich kann die von der Kommune angebahnte Staatsverfassung nicht bes
zur Anschauung bringen, als durch Wiederholung der klassischen Schilderu
die Marx in seinem Manifest über den Bürgerkrieg in Frankreich gibt.
sagt da:

„Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Arm
losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehe
Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende E
richtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unt
drückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den v
schiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich u
jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder
erkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlam
tarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend
gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sof
aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jed

absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen waltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der ntliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden.[1] Die erworbenen Anrechte und Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen rdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der dlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, ern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die de der Kommune gelegt.

„Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche rdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht zu brechen; sie dekretierte die Auflösung Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen den in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer gänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zun nähren. Sämt- Unterrichtsanstalten wurden dem Volke unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig aller Einmischung des Staates und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft t von den ihr durch Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten eln befreit.

„Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen erdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und ochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener sollten sie fernerhin gewählt, ntwortlich und absetzbar sein.

„Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittel- ten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge al in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Pro- nten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein und daß das nde Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit t werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirkes sollten ihre gemein- n Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirks- tstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, wichtigen Funktionen, die dann noch für die Zentralregierung übrig blieben, n nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, heißt streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunal- ssung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staats- t, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und egen sein wollte gegenüber der Nation, an der sie doch nur ein Schmarotzer- uchs war. Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten erungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, iber der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen ern der Gesellschaft zurückgegeben werden."

So war das Ideal der demokratischen Republik beschaffen, die das Pariser etariat von 1871 zum Werkzeug seiner Emanzipation gestalten wollte.

Sehen wir nun zu, was die Bourgeoisie aus der Republik gemacht hat, it sie ein Werkzeug kapitalistischer Klassenherrschaft werde. (Fortsetzung folgt.)

[1] Das höchste Gehalt, das gezahlt wurde, war 6000 Franken. K.

Säuglingsschutz und städtische Verwaltung.

Von Dr. **Hermann Weyl.**

I.

Auch in den Gemeinden muß die Sozialdemokratie eine klare und zweideutige Klassenpolitik treiben; auch die Kommunalpolitik geht aus Klassenkampf, auch sie strebt nach sozialer Gleichstellung und politischer Gl berechtigung aller Angehörigen des Volkes. Es ist sonach begreiflich, daß bürgerlichen Parteien ihre Grundsätze verraten, um den Sozialdemokraten e entscheidenden Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten nach Möglichkeit zuenthalten.

Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege können wir immerhin noch am eh etwas erreichen, weil sich hier die Interessen des Proletariats mit denen Besitzenden wenigstens zum Teil decken; denn die Seuchen machen, wen erst einmal da sind, nicht Halt vor den Palästen: das ist sozusagen die freiwillige Rache, die die Elenden nehmen an den Reichen dieser Erde!

Nicht erst in der allerjüngsten Zeit ist das Problem der Säuglingssterb keit aufgetaucht. Schon im Jahre 1859 hat Virchow in seinen Beiträgen Statistik der Stadt Würzburg auf die große Sterblichkeit des ersten Leb jahres hingewiesen; schon damals hat er angeführt, es ließe sich nicht bezwei „daß durch eine Verbesserung der Pflege sowohl der Kinder wie der M die wichtigsten Erfolge erzielt werden könnten, und daß hier für den Arzt bloß, sondern auch für die bürgerliche Gesellschaft und den Staat ein A zu vermehrter Sorge dringend hervortritt."

Die eingehenden Untersuchungen des Berliner Statistischen Amtes haben zweideutig das wertvolle Ergebnis zutage gefördert, daß die sozialen V hältnisse an der grauenhaften Erscheinung der Säuglingssterbl keit die Schuld tragen. Im Gemeinderat von Gent hat Genosse An einen Bericht über die Sterblichkeit der Kinder erstattet, aus dem hervor daß von 100 Kindern aus den wohlhabendsten Klassen der Bevölkerung 7 Jahren nach der Geburt noch 90 leben, was einer Sterblichkeit von 10 Pro gleichkommt, während von 100 Kindern aus der Fabrikarbeiterbevölkerung 7 Jahren noch 59 leben,[1] das ist eine Sterblichkeit von 41 Prozent. Äh liegen die Verhältnisse in allen Industriestädten. Für Berlin können die ziehungen zwischen Armut und Krankheit nachgewiesen werden aus der Stat die das Berliner Statistische Amt seinem Jahresbericht über die Bewegung Bevölkerung Berlins im Jahre 1903 diesmal neu beigegeben hat. An D katarrh (eingeschlossen Brechdurchfall, Magendarmentzündungen usw.) sta im Jahre 1903 in Berlin 3148 Kinder des ersten Lebensjahres, davon in Krankenhäusern und 2725 zu Hause. Von letzteren wohnten 14 in bl Wohnküchen, 1792 in Wohnungen mit nur 1 Zimmer, 754 in Wohnun mit 2 Zimmern, also allein 2560 in kleinsten Wohnungen. Auf Wohnun mit 3 Zimmern kommen dann nur noch 122 Sterbefälle, auf Wohnungen 4 Zimmern nur 30, auf Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern nur Unter den 1792 Einzimmerwohnungen waren 47 mit 2 Bewohnern, 384 m 498 mit 4, 389 mit 5, 228 mit 6, 122 mit 7, 72 mit 8, 23 mit 9, 16 mit 3 mit 11, 3 mit 12 Bewohnern (und 7 ohne Angabe der Bewohnerz

[1] „Kommunale Praxis" 1901, Nr. 15, S. 250.

ese Zahlen enthüllen den Klassengegensatz, der durch die Gesellschaft geht, in
ner ganzen Grauenhaftigkeit: in solchen Löchern, „Wohnungen" geheißen,
en die Kinder des Volkes, hier erliegen sie ihrem Schicksal!
Die mehr von der wohlhabenderen Bevölkerung bewohnten Stadtteile weisen
türlich auch prozentual eine viel geringere Sterblichkeit auf als die Viertel,
denen die Proletarier zu Hause sind: im Jahre 1903 betrugen die im ersten
bensjahr gestorbenen Kinder, verglichen mit den Lebendgeborenen desselben
hres, in der Friedrichstadt 100,52 Promille, auf dem Wedding, in einer
sgesprochenen Arbeitergegend, 267,77, im Durchschnitt der Stadt 194,09! —
nmerhin gehört die Säuglingssterblichkeit zu denjenigen Problemen, denen
genüber der Fortschritt sowohl der öffentlichen wie der privaten Hygiene im
ufe der Jahre nicht ganz machtlos gewesen ist und denen er bisher wenigstens
geringem Umfange hat beikommen können. Abgesehen von der allgemeinen
rbesserung hygienischer Einrichtungen mag hierbei schon die strengere Kontrolle
Milch durch die Organe der Gesundheitspolizei eine gewisse Rolle spielen.
den Jahren 1871/75 starben in Berlin durchschnittlich 34,4 Prozent der
nder unter 1 Jahre, in den folgenden Zeiträumen von je 5 Jahren starben:
8, 27,9, 26,3, 24,1, 21,2 Prozent, im Jahre 1903: 19,4. Es kann also
ht geleugnet werden, daß in den letzten Jahren die Säuglingssterblichkeit
eutend nachgelassen hat. In gleicher Weise hat sich ja auch die Sterblich-
an Typhus und Tuberkulose verringert; das Zurückgehen der Sterblichkeit
diesen Krankheiten beweist auf das deutlichste, daß die Verminderung auf
Verbesserung unserer hygienischen Einrichtungen zurückzuführen ist, durch
che einerseits zwei für die Gesundheit außerordentlich wichtige Faktoren,
t und Wasser, „möglichst" rein erhalten werden, andererseits für „möglichst"
vandsfreie Nahrungsmittel gesorgt werden kann. Die große, andauernde Hitze
Sommers 1904 hat wieder, wie in jedem heißen Sommer, eine ziemlich er-
liche Säuglingssterblichkeit in Berlin zur Folge gehabt. Trotzdem ergibt sich
einer Zusammenstellung[1] der Sterblichkeitsziffern dieses Jahres mit denen
ebenfalls heißen Sommer 1900 und 1901 — die Sommer 1902 und 1903
ren besonders kühl und deshalb mit dem letzten Sommer nicht direkt ver-
chbar —, daß die Zahl der Säuglingstodesfälle dieses Jahres hinter denen
Sommers 1900 und 1901 nicht unbeträchtlich zurückgeblieben ist.
Die Zahlen für 1904 und 1901 (letztere stehen in Klammern) sind: Januar,
ruar, März 2022 (2202), April 680 (791), Mai 632 (850), Juni 732 (918),
i 1005 (1381), August 1785 (2155). Jeder Monat des Jahres 1904 gibt
eine geringere Säuglingssterblichkeit, selbst wenn man berücksichtigt, daß
Jahre 1904 die Geburten hinter denen von 1900 und 1901 etwas zurück-
lieben sind. Allein in den drei Monaten Juni, Juli, August starben im
hre 1900: 4425, im Jahre 1901: 4454, im Jahre 1904 jedoch 3522 Säug-
e. So erschreckend hoch diese Zahl noch ist, so ist sie doch um mehr als
Kinder geringer als die jedes der beiden Vergleichsjahre. Wenn man
ücksichtigt, daß in dem letzten Quartal die Zahl der Säuglingstodesfälle
a die Höhe derjenigen des ersten Quartals zu erreichen pflegt, dann muß
n im Jahre 1904 auf eine Säuglingssterblichkeit von fast 10000 Kindern
ßt sein, davon ca. 3700 durch Magendarmerkrankungen. Im Jahre 1900

---

[1] „Veröffentlichungen der Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit."
in W., Frobenstraße.

sind aber 11 762 Säuglinge gestorben, von denen 4743 an Magen- und D
erkrankungen litten, 1901 starben 11 325 Säuglinge, darunter 4782 an
dauungserkrankungen. Die Zahl der Säuglingstodesfälle in diesem Jahre b
hiernach um ca. 1500, die Zahl der Todesfälle an Darmerkrankungen
ca. 1000 hinter den Zahlen der entsprechend heißen Jahre zurück. Dieser
folg ist zu danken der verdienstvollen Gesellschaft zur Bekämpfung der S
lingssterblichkeit in Berlin, die durch 48 Tierärzte ca. 170 städtische Kuhs
beaufsichtigen ließ, damit in diesen die Milch sauber gewonnen und gleich
dem Melken abgekühlt wird.

Ist dieser „Erfolg" schon erzielt worden durch eine private Vereinig
der nicht erhebliche Geldmittel zur Verfügung stehen, so ist es die dring
Aufgabe der Stadt als einer sozialen Gemeinschaft, das Problem der S
lingssterblichkeit in seinem Kerne zu erfassen; die Gemeindeverwaltungen
berufen, die praktischen Folgen aus den Lehren der Bevölkerungsstatisti
ziehen. Die Einrichtung ärztlicher Überwachung der Kinder, Erlaß von
weisungen an die Mütter, die Beschaffung einer verhältnismäßig einwandsf
Kuhmilch ist gewiß recht nützlich; soll aber eine durchgreifende Abhilfe, ja
nur eine erhebliche Besserung erzielt werden, muß es kombiniert sein
sozialen Maßregeln. Die Geldkosten sind keineswegs unerschwinglich
halten sich im Rahmen dessen, was der bürgerlichen Gesellschaft möglich
erreichbar ist.

Nur die öffentlich-rechtlichen Organisationen, wie Staat und Kommune,
imstande, die geschilderten Notstände einigermaßen abzustellen, wenn, wie
wissen, schon die gräßlichen Verhältnisse, unter denen die Kinder vielfach geb
werden, sie zu frühem Tode verurteilen: in den sozialen Beziehungen sind
bereits vor der Geburt wirkende Ursachen vorhanden, welche die Lebens
und die Lebensfähigkeit der Neugeborenen so ungünstig beeinflussen, daß sie
bald erliegen. Es ist das unbestreitbare Verdienst unseres Genossen Dr. C
Freudenberg, den gegenwärtig schwere Krankheit zu unser aller Leidwesen
das Lager gestreckt hat,[1] in der Berliner Stadtverordnetenversammlung — Sitz
vom 24. Januar 1901 — für die Frage der Bekämpfung der Säugli
sterblichkeit durch die Stadt eine bedeutsame Reihe fruchtbarster Anregu
gegeben und weitausgreifende Vorschläge gemacht zu haben. Gelegentlich
Beratung des von ihm im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion
gebrachten Antrags betreffend die Einsetzung einer gemischten Deputation be
Erwägung von Maßregeln zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit
er zunächst in großzügigen Ausführungen[2] darauf hin, daß bisher seitens
Gesellschaft, des Staates und der Gemeinde so gut wie nichts geschehen ist,
der großen Masse alleinstehender Frauen und Mädchen in der zahlrei
Fabrikindustriearbeiterbevölkerung, die für ihren Lebensunterhalt auf den Er
ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, ihre Notlage zu erleichtern, sobald
Schwangerschaft ihnen den bisherigen Unterhalt raubt. Abgesehen von
kleinen Anzahl dieser Unglücklichen, die als sogenannte Hausschwangere in
beiden Berliner Universitätsentbindungsanstalten Unterkunft finden, werden
paar hundert schwangere Frauen in drei oder vier privaten Anstalten

[1] Genosse Freudenberg ist am 5. Dezember leider verstorben.

[2] Amtlicher Bericht über die Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung
24. Januar 1904, Nr. 4.

genommen. In dieser Tatsache ist zweifellos eine der Ursachen für die grauenhafte Säuglingssterblichkeit zu suchen. Andere Faktoren wirken erst nach der Geburt des Kindes. Es ist jetzt wohl einwandsfrei festgestellt, daß die künstliche Ernährung eine der Hauptursachen der gesteigerten Säuglingssterblichkeit ist.

Während im allgemeinen die sinkende Sterblichkeit einen erfreulichen Beweis für die Seuchenfreiheit der deutschen „Kultur" bildet, fallen im ganzen Reiche von ca. 2 Millionen Geborenen etwa 470000 im ersten Jahre schon wieder als taube Blüten ab (1902). Deutschland verliert im Durchschnitt 23,6 Prozent seiner Neugeborenen im ersten Jahre, Frankreich nur 15 Prozent.[1] Länder, deren Frauen als „Vollmenschen" ihre Kinder an die Brust nehmen, wie Schottland, Irland, Schweden, verlieren nur etwa 10 Kinder von 1000 im ersten Jahre, nicht wie bei uns 236 Promille.

Mit Hilfe moderner technischer Errungenschaften geht es schließlich in wohlhabenden Kreisen einigermaßen an, ein Kind mit der Flasche aufzuziehen. Es kommt hierbei noch in Betracht, daß hier ständig ärztliche Überwachung vorhanden ist. So liefert auch die künstliche Ernährung in den wohlhabenden Kreisen keineswegs so schlechte Ergebnisse als in den proletarischen Bevölkerungskreisen. Hier stellt, wie mit Recht seitens aller Fachmänner betont wird, die künstliche Ernährung an den Geldbeutel, an die Zeit und insbesondere das hygienische Wissen der Eltern Anforderungen, denen diese eben nicht gewachsen sind. In Berlin war 1901 die Sterblichkeit der nicht ausschließlich mit Muttermilch aufgezogenen Säuglinge des ersten Lebensjahrs 7,04 mal so groß wie die der Brustkinder. Die Unterschiede sind am bemerkbarsten, wenn man nur die an Verdauungsstörungen Gestorbenen heranzieht: die Sterblichkeit der Flaschenkinder (inklusive der Kinder mit gemischter Nahrung) war 18,5 mal so groß als bei den Brustkindern. Diese Zahl ist als Mittelwert für das ganze Jahr berechnet. Für die Monate Juli, August, September 1901 war die Sterblichkeit der Flaschenkinder 25,5 mal so groß wie die der Brustkinder.

Hieraus ergibt sich unwiderleglich, daß der frühzeitige Tod der Säuglinge keineswegs ein unvermeidbares Geschick darstellt: wenn die Stadtverwaltung den ehrlichen und ernsten Willen hat, wenn sie mit Einsicht und Entschiedenheit an die Arbeit geht, dann muß es ihr gelingen, die Säuglingssterblichkeit in beträchtlichem Umfang einzuschränken.

Freudenberg verlangte in seiner programmatischen Darstellung Heimstätten oder Unterkunftsstätten für jene schwangeren Frauen, denen der Fortschritt ihrer Schwangerschaft die Erwerbsmöglichkeit entzogen hat. In diesen Anstalten sollen die Schwangeren, die einer besonderen Pflege nicht bedürfen, in Ruhe ihrer Entbindung entgegensehen können.

Andere Maßregeln sind nötig, um die Ursachen, welche nach der Geburt wirken, nach Möglichkeit auszugleichen. Es handelt sich darum, die sozialen Hemmnisse zu beseitigen, die es vielfach den proletarischen Müttern unmöglich machen, ihre Kinder selbst zu stillen, während sie über die physische Fähigkeit und den guten Willen hierzu verfügen. Exakte Erhebungen haben gezeigt, daß entgegen der Auffassung mancher Ärzte, die von einer wachsenden Unfähigkeit der Frauen zum Stillgeschäft sprechen, selbst in den breiten Volksschichten etwa [illegible] Prozent aller Mütter hierzu geeignet sind. Andererseits soll gewiß zugestanden werden, daß zu einem Teile das fehlende hygienische Verständnis,

[1] R. Hessen, „Zukunft" 1904, Nr. 6: Gesunde Frauen.

Mangel an gutem Willen und fehlende Ausdauer an dem Verzicht schuld sind. Es wird später noch davon die Rede sein, wie wir durch Aufklärung den hygienischen Unverstand zu bekämpfen haben werden. Hier sei nur wiederholt der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die künstliche Ernährung, in welcher Gestalt nur immer, als eine Hauptquelle der Säuglingssterblichkeit betrachtet werden muß: ohne Mutterbrust gibt es keine absolut einwandsfreie Nahrung. Enthält doch die Muttermilch gewisse Schutzstoffe, die Blut und Darm der Kinder gegen Schädigungen wehrhaft machen. Stellt danach die Stärkung der Tüchtigkeit unserer Mütter die einzige durchgreifende Abhilfe dar, so haben wir als Aufgabe der Stadt zu betrachten, den Müttern die physische und soziale Möglichkeit zu gewähren, ihr Kind zu nähren. Bedürftige Mütter, bei denen aus materiellen Gründen der Verzicht auf das Stillen droht, müssen durch Naturalien und genügende Geldzuwendungen unterstützt werden. Diese Unterstützung ist um so wichtiger, wenn auf der anderen Seite durch Verbilligung und Erleichterung der Flaschenernährung gewissermaßen eine Prämie auf die künstliche Aufzucht gesetzt wird. Ich erinnere daran, daß in Rouen stillende arme Frauen wöchentlich 3 Pfund Fleisch von der Stadt, außerdem Gratifikationen von 10 bis 20 Franken erhalten. In anderen französischen Städten wird, falls die Mutter ihr Kind regelmäßig dem beamteten Arzte vorstellt, monatlich eine Belohnung von 3 bis 6 Franken gewährt.

Für die ersten vier bis sechs Wochen werden Mutter und Kind in Wöchnerinnenheimen Aufnahme finden. Die ersten Lebenswochen sind bekanntlich die gefährdetste Zeit für das Kind. Für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wäre sicherlich recht viel getan, wenn die Kommune eine größere Anzahl gerade der unehelichen Mütter, deren Kinder doppelt so stark an der Sterblichkeit beteiligt sind wie die der ehelichen, in solchen Wöchnerinnenheimen unterbrächte. Aber auch bei der unverheirateten Mutter haben wir mi[t] einer gewissen Abneigung gegen die Anstaltspflege überhaupt zu rechnen: diesen Widerwillen gegen Anstaltsbehandlung, der weitverbreitet, in sehr vielen Fällen jedoch unberechtigt ist, müssen wir vor allem dadurch bekämpfen, daß wi[r] Musteranstalten schaffen. Bei den Verheirateten kommt in Betracht, daß sie meist vom Haushalt unabkömmlich sind; wenn die Wöchnerin in eine Anstal[t] geht, ist das Haus verwaist und dann haben die zu Hause verbleibenden Kinde[r] keine Pflege. Es muß daher auch eine Organisierung der häuslichen Pflege eintreten, selbstverständlich ohne das Odium der Armenunterstützung. Wenn in dieser Weise den Schwangeren und Wöchnerinnen im eigenen Heim eine ausreichende Unterstützung gewährt wird, wenn Hauspflegerinnen von der Gemeinde angestellt werden, die selbstredend nicht durch konfessionelle Propaganda ihre Schützlinge belästigen dürfen, dann kann auch in kleineren Gemeinde[n] recht viel Erfolgreiches geschaffen werden.

Für die spätere Zeit des Säuglingsalters empfiehlt Freudenberg, Anstalte[n] zu errichten, in denen die Frauen eine geeignete Beschäftigung finden — s[ie] sind ja körperlich zur Arbeit durchaus fähig; neben dem Fabrikraum müß[te] eine Krippe geschaffen werden, in der die Mütter ihre Kinder während de[r] Arbeitszeit unterbringen, um ihnen während der Arbeitspause die Brust z[u] geben. Er meint ganz zutreffend, daß die Stadt eine sehr große Anzahl dies[er] Frauen unterbringen könnte, wenn sie den Bedarf an Wäsche und Kleidun[g] für Waisenhäuser, Krankenanstalten usw. in eigenem Betrieb herstellte. Wen[n]

ie von den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen vereinbarten Löhne nd Arbeitsbedingungen anerkannt werden, kann von einer unberechtigten Konkurrenz gegenüber den freien Arbeiterinnen nicht die Rede sein, im Gegenteil, ie Schleuderkonkurrenz der durch ihre Not für jeden Preis arbeitenden Frauen vird eingeschränkt und dadurch die Lohnhöhe allgemein gesteigert.

Es bleibt dann die große Gruppe der Kinder, die notgedrungen mit der lasche aufgezogen werden müssen, weil die Mütter über die physische Fähigeit zum Stillen nicht verfügen. Wenn die Mütter gezwungen sind, außerhalb es Hauses ihrem Erwerb nachzugehen, entbehren die Kinder der notwendigen flege. Für diese Fälle sind die Krippen die einzig mögliche Lösung. Die emeinde muß aus eigener Anregung Musteranstalten errichten, deren hygieische Resultate dann auch ausgezeichnete sein werden.

Den Müttern schließlich, die zwar nicht stillen können, aber Zeit haben, ihr ind selbst zu pflegen, weil sie nicht außerhalb des Hauses beschäftigt sind, hlen die Mittel, um alles in vollkommener Weise zu beschaffen, was zu einer diegenen Pflege des Kindes erforderlich ist. Unentgeltlich oder zu ermäßigten reisen muß solchen Müttern trinkfertig hergestellte Säuglingsnahrung in ortionflaschen zur Verfügung gestellt werden. Die Bewilligung unentgeltlicher bgabe wird von der Verpflichtung abhängig zu machen sein, das Kind ständiger ztlicher Beaufsichtigung zu unterziehen. Trinkfertig muß die Nahrung geliefert erden, weil nach meiner Überzeugung selbst die beste Kuhmilch in nicht sachrständigen Händen statt Nutzen Schaden stiftet, und bei der argen Unkenntnis, elche leider noch vielfach über die Technik der künstlichen Ernährung im Volke errscht, würde selbst die allgemeine Verteilung der reinsten Kindermilch nicht n erwünschten Einfluß auf das Endergebnis haben. (Schluß folgt.)

Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie.

Von **Dionys Zinner.**

Der am 20. und 21. November in Zürich abgehaltene Parteitag der schweizechen Sozialdemokratie nahm einen so befriedigenden Verlauf, daß seine Beechung eine angenehme Aufgabe ist. Die Hauptaufgabe des Parteitags war Schaffung eines neuen Parteiprogramms, die er sehr gut gelöst d womit er eine neue Epoche in der Geschichte der schweizerischen Sozialnokratie eröffnet hat.

Das bisherige Programm der Partei datiert aus dem Jahre 1888, und es r vom schweizerischen Arbeitertag in Bern aufgestellt worden. Sein Verer war der verstorbene Genosse Albert Steck, Advokat in Bern, der sich um Förderung unserer Sache, namentlich durch seine literarische Tätigkeit, erliche Verdienste erworben hat. Er stand auf dem Boden des Marxismus dementsprechend auch das von ihm verfaßte Programm. Dieses wurde r seinerzeit nebst den ebenfalls von Steck ausgearbeiteten Parteistatuten als ondere Drucksache herausgegeben, allein es drang so wenig in die Kreise der eiterschaft, daß es heute nur noch wenigen Parteigenossen bekannt ist.

Die schweizerischen Sozialdemokraten hatten sich das erste Programm im hre 1870 gegeben, das dann 1877 auch vom Grütliverein akzeptiert wurde das sich in der Hauptsache an das Eisenacher Programm der deutschen ialdemokraten anlehnte.

Neben dem Grütliverein und ohne ihn, der in seiner Blütezeit über 16000 Mitglieder zählte und heute noch deren über 8000 hat, konnte sich ein sozialdemokratische Partei als selbständiges politisches Gebilde nicht recht ent wickeln, und man mußte daher daran denken, beide in eine Einheit zusammen zufassen. Das geschah im Jahre 1901 auf dem Parteitag in Solothurn, w der Grütliverein als die organisatorische Grundlage der Partei erklärt un seinem Zentralkomitee auch die Aufgaben der Geschäftsleitung der sozialdemo kratischen Partei übertragen wurden. Diese Reorganisation hat sich sehr gu bewährt; sie hat die Scheidung der Geister gefördert, manche gegnerische Ele mente und unsichere Mitläufer abgesondert, die Bildung kantonaler und lokale Parteien zur Folge gehabt und so unsere ganze Bewegung weiter ausgebreite gestärkt und befestigt.

Die neue und nun zweckmäßig organisierte Partei bedurfte auch eines neue Programms, für dessen Ausarbeitung der Parteitag zuerst eine viergliedri Kommission bestellte, und da diese nicht zu einer befriedigenden Erfüllung ihr Aufgabe gelangte, ihr später noch weitere sieben Genossen beigab. Sie bestan nun aus Lang, Greulich, Seidel, Pflüger, Brandt, Frau Conzett, alle in Züric Dr. Studer-Winterthur, Fürholz-Solothurn, Rapin-Lausanne und Fevri-Lugan

Die viergliedrige Kommission hatte ihre Aufgabe ebenso einseitig wie leic aufgefaßt. Sie arbeitete den Entwurf zu einem praktischen Arbeitsprogram aus, der den zweiten Teil des Parteiprogramms bilden sollte, während d erste, grundsätzlich-theoretische Teil desselben ein andermal hätte ausgearbeit und beschlossen werden können. Der Parteitag lehnte diesen Vorschlag, ab u die Programmkommission erhielt den Auftrag, einen vollständigen Entwu auszuarbeiten, ihn rechtzeitig in der Parteipresse zu publizieren, damit er den Versammlungen von den Genossen diskutiert werden könne, und ihn soda dem nächsten Parteitag vorzulegen.

Das ist nun geschehen. Die Kommission veröffentlichte anfangs Aug dieses Jahres den Programmentwurf mit einem grundsätzlich-theoretischen u einem praktischen Teile, der überall freundliche Aufnahme und auch fast au nahmslose Zustimmung fand. Das Programm ist zwar in beiden Teilen etw lang geraten, wodurch es sich sehr vom Erfurter Programm der deutsch Sozialdemokratie unterscheidet; allein bei dem Mangel an theoretischer Agitation literatur unserer Partei und dem Mangel der schweizerischen Arbeiter theoretisch-sozialistischer Schulung bedeutet diese Ausführlichkeit keinen Nacht sondern im Gegenteil einen schätzenswerten Vorteil.

Der theoretische Teil zerfällt in eine Einleitung, welche die Grundsätze u das Endziel der Sozialdemokratie darlegt; in die Erwägungen, welche die E stehung und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft skizzieren und charakte sieren, die sozialistische Gesellschaft als eine geschichtliche Notwendigkeit scheinen lassen und die den Weg zum Sozialismus zeigen; den Abschluß bil eine kurze Würdigung der welt- und kulturgeschichtlichen Bedeutung des Soz lismus. Die Erwägungen konstatieren, daß die wirtschaftliche Entwicklung Schweiz aus einem bäuerlich-kleinbürgerlichen Gemeinwesen in ein Indust land verwandelte und daß diese Umgestaltung auch eine politische Neuordnu notwendig machte. „Die oft blutigen Klassenkämpfe des modernen Bürgertu gegen die Aristokratie und die Zunftherrschaft führten zu demokratischen E richtungen und zur Gleichberechtigung der Bürger vor dem Gesetz. Das E wicklungsbedürfnis von Handel und Verkehr schuf sich im Sonderbundskr

en Bundesstaat. Nach der Beseitigung dieser Schranken vollzog sich eine Entaltung der Produktivkräfte und eine gewaltige Zunahme der gesellschaftlichen Machtmittel und des Reichtums, wie sie vorher nie für möglich gehalten worden ist."

Aber trotz der Erweiterung der politischen Rechte und trotz der Zunahme es gesellschaftlichen Reichtums leben weite Schichten des Schweizervolkes in edrücktester Lage und größter Abhängigkeit. „Der Kampf ums Dasein wird iit steigender Erbitterung geführt und verzehrt die besten Kräfte der Nation.)ier ist es die Sorge ums tägliche Brot, dort die Sucht nach Profit, die alles)ichten und Trachten des Volkes gefangen nimmt. Aber während die ehrliche lrbeit nicht vor Not zu schützen vermag, häufen und vermehren sich die arbeitsosen Einkommen. Tausende, ruhelos umhergetrieben, haben keine Heimat iehr und keinen Herd. Die wirtschaftliche Abhängigkeit führt zu einer neuen rt politischer Rechtlosigkeit. Das Unternehmertum mißbraucht seine Überlegeneit, um dem Arbeiter seine staatsbürgerlichen Rechte, vor allem das Vereinscht, zu verkümmern. Das Arbeitsverhältnis wird zum Herrschaftsverhältnis. as Unternehmertum, als die politisch einflußreichste Klasse, ist stets und mit rfolg bestrebt, in der Gesetzgebung und in der Verwaltung die staatlichen lachtmittel seinen Klasseninteressen dienstbar zu machen. Auch unserem demoatischen Staatswesen ist der Stempel eines Klassenstaats aufgedrückt. Dieser Biderspruch zwischen der politischen Freiheit und der wirtschaftlichen Not und nterdrückung wird immer schmerzlicher empfunden, und immer energischer lehnt h das Gerechtigkeitsgefühl und die Vernunft gegen die als unhaltbar erkannten ustände auf."

Die Ursache dieser elenden Zustände wurzelt in der kapitalistischen Wirtaftsordnung, das heißt im Privatbesitz an den Produktionsmitteln und in r Produktion zum Zwecke des Profits, und sie lassen sich deshalb nur mit eser beseitigen.

Sodann fährt das Programm fort in der Darstellung des bisherigen Entcklungsganges: „Die wirtschaftliche Entwicklung führte mit Notwendigkeit zum ege der Maschine über das einfache Werkzeug, zum Siege des Großbetriebs er Handwerk und Kleinbetrieb. Darauf beruht der unaufhaltsame Zerfall s alten Mittelstandes und das Anwachsen des industriellen Proletariats, das s den Reihen der durch den Kapitalismus ruinierten Handwerker und Kleinuern stets neuen Zuzug erhält. Die Trennung des Arbeiters von den Proktionsmitteln — Arbeitsstätten, Maschinen, Rohstoffen — und die Monolisierung der letzteren in den Händen der Kapitalisten macht den Arbeiter n Gegenstand der Ausbeutung, indem sie es dem Unternehmer ermöglicht, fremde unbezahlte Arbeit anzueignen. Je mehr es aber gelingt, durch die herrschung der Naturkräfte, durch Verbesserung der Maschinen und der beitsmethoden die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit zu steigern, desto größer Zahl der Besitzlosen, desto drückender ihre Abhängigkeit und die Unsichert ihrer Existenz, desto übler ihre Lage im Verhältnis zum gesellschaftlichen ichtum. Der Überfluß der Wenigen erzeugt mit Notwendigkeit die Armut Vielen. Die Vorteile des wirtschaftlichen Fortschritts kommen allein den itzern der Produktionsmittel zugute. Der Arbeiter aber, dessen Tätigkeit Hauptquelle des gesellschaftlichen Reichtums bildet, hat keinen Anteil an ier Steigerung."

In der Darstellung der sozialistischen Gesellschaft wird besonders betont und iit ein beliebtes demagogisches Manöver der Gegner vereitelt, daß der

Sozialismus nicht die Beseitigung des Privateigentums überhaupt und schlechthin fordert, sondern nur so weit, als es unverträglich geworden ist mit dem Interesse der großen Mehrheit des Volkes, das heißt des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Der Abschnitt „Weg zum Sozialismus" zeigt drei Wege, die zusammen zum Ziele führen: den politischen Kampf, den gewerkschaftlichen Kampf und das Genossenschaftswesen. In den Darlegungen über den politischen Kampf wird ausgeführt, daß zur Förderung der auf die Verstaatlichung und Kommunalisierung des Verkehrs, des Handels und der Industrie gerichteten Bestrebungen der Aufgabenkreis des Bundes, der Kantone und der Gemeinde stets erweitert werden soll. Als besonders geeignet zur Vergesellschaftlichung werden der städtische Baugrund, die Wasserkräfte und die Wälder bezeichnet. Darum kämpft die sozialdemokratische Partei unablässig für Erweiterung ihrer politischen Macht und verlangt sie steigenden Anteil an der Gesetzgebung und an allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, um sie demokratisch auszugestalten und der fortschreitenden Sozialisierung dienstbar zu machen. Die letztere Forderung bildet in anderen Ländern noch eine Streitfrage unter unseren Genossen; in der demokratischen Republik, wo die meisten Behörden direkt vom Volk gewählt werden, ist sie keine grundsätzliche, sondern nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, die von Fall zu Fall zu entscheiden ist. Daran ändern auch die unangenehmen Erfahrungen nichts, die zum Teil mit sozialdemokratischen Vertretern in bürgerlichen Kantonsregierungen gemacht worden sind.

Hier wird auch die Stellungnahme unserer Partei zur Agrarfrage dargelegt. Es wird festgestellt, daß in der schweizerischen Landwirtschaft fast durchgängig der Kleinbetrieb herrscht, das Grundeigentum für den Kleinbauer kein Mittel zur Aneignung fremder Arbeit ist, sondern dieser vielmehr selbst wie der Lohnarbeiter zu den ausgebeuteten Volksklassen gehört. Da hier noch die Vorbedingungen für einen gesellschaftlichen Betrieb fehlen, muß das Ziel der Agrarpolitik die Steigerung der Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit und die Sicherung des Ertrags für den Bauer sein. Die Mittel dazu sind die Güterzusammenlegung, genossenschaftliche Viehhaltung, Verwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, Versicherungen und jede andere Art genossenschaftlicher Betätigung; andererseits Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmäßige Tilgung, bis der Zins in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergeht. „Dann wird die natürliche Entwicklung, die sich in demokratischen Formen vollziehen wird, die Bauern von selbst zu rationellen Betriebsgenossenschaften und endlich zu gesellschaftlichem Eigentum und gesellschaftlicher Produktion führen."

Der Großbetrieb, wenn auch in genossenschaftlicher Form, ist demnach auch für die Landwirtschaft das Ziel und gleichzeitig das Übergangsstadium für die Vergesellschaftlichung des Bodens. Im Widerspruch damit steht die Erklärung im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft, wonach bis jetzt die Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs über den Kleinbetrieb noch nicht in gleichem Maße bewiesen ist wie in der Industrie. Offenbar hat der verdienstvolle Verfasser des theoretischen Teiles des Programms, Genosse Lang in Zürich, diesen Zweifeln kein so großes Gewicht beigelegt, um ihretwegen dem mit unendlichen Mühen verbundenen kleinbäuerlichen Zwergbetrieb gegenüber dem rationellen genossenschaftlichen Großbetrieb den Vorzug zu geben.

Der gewerkschaftliche Kampf, eine notwendige Ergänzung des politischen Kampfes, befähigt die Arbeiter, in ihrer Eigenschaft als Produzenten wirtschaf

iche Macht zu erobern, sich gegen Bedrückung und Verelendung zu wehren und
nitbestimmend in die Regelung des Arbeitsvertrags und der Produktion ein-
ugreifen. „Die gewerkschaftliche Organisation ist gleichzeitig eine Schule, in
er die Arbeiterschaft sich zur Leitung der sozialistischen Produktion heranbildet."
In bezug auf das Genossenschaftswesen sagt das Programm, daß die
chweizerische sozialdemokratische Partei dieses fördert, damit „die Arbeiter auch
ls Konsumenten Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung zu erlangen im-
ande sind. Die Genossenschaft hat die Aufgabe, nicht nur preisregulierend zu
irken und die Konsumenten vor Ausbeutung zu schützen, sondern auch die
urch den Absatz gesicherte Produktion der Bedarfsartikel in die Hand zu
ehmen, um auch auf diesem Wege die Sozialisierung der Produktion anzubahnen."
So viel über den theoretischen Teil. Das Arbeitsprogramm enthält
vanzig Gruppen von Postulaten, die den Ausbau der Demokratie, die Gleich-
eit und Gleichstellung der Bürger und Geschlechter, den Schutz der persön-
chen Freiheitsrechte, die Demokratisierung des Wehrwesens, die Steuergesetz-
ebung, Schulwesen und Berufslehre, Sorge für die Jugend außerhalb der
chule, geistige und sittliche Hebung des Volkes, Reform des Strafrechtes und
s Strafprozesses, Zivilprozeß und Schuldbetreibung, öffentliche Gesundheits-
lege und Wohnungspolitik, öffentliche Krankenpflege, Einrichtungen der Ver-
herung und sozialen Fürsorge, Armenwesen, gewerblichen Arbeiterschutz,
rbeitsvertrag und Lohnschutz, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer
olgen, Monopole, öffentliche Dienste und Betriebe, Anstellungsverhältnisse der
taats- und Gemeindeangestellten, Regelung des Submissionswesens betreffen.
ie zwanzig Gruppen enthalten 125 Postulate, welche eine große Summe der
chtigsten Arbeiterinteressen auf allen öffentlichen Gebieten berühren, die aber
m größten Teile von der organisierten schweizerischen Arbeiterschaft schon seit
hren vertreten werden und die auch teilweise in den Kantonen und Ge-
inden durchgeführt sind, freilich nicht immer in befriedigendem Maße. Die
rchführung der Forderungen des Arbeitsprogramms, wofür die Möglichkeit
ute schon gegeben ist, würde zweifellos die bestehende Ordnung erheblich ver-
sern und den Übergang zur sozialistischen Ordnung, zu der logischerweise die
nokratische Verfassung führen muß, bedeutend erleichtern.
Auf dem Parteitag leitete die Programmberatung Genosse Lang durch eine
ßzügige Rede ein, in der er den nötigen Kommentar zum Programm gab.
änderungsanträge, und zwar zum theoretischen Teil, wurden nur von zwei
iten gestellt. Der eine Antrag verlangte eine Ergänzung des Programms
dem Sinne, daß jeder Sozialdemokrat Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlich-
: als die Regel seines Verhaltens gegenüber seinen Gesinnungsgenossen und
en alle Menschen ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube und Nationalität an-
nnen soll. Darüber gab es eine lebhafte Debatte, in der die Gegner darauf
wiesen, daß diese Grundsätze ohnehin schon im Programm enthalten seien.
r Antrag wurde hierauf abgelehnt. Der zweite Antrag wollte eine Ab-
erung des agrarpolitischen Teiles, insbesondere Streichung der Sätze, welche
Ausbeutung fremder Arbeitskräfte durch den Kleinbauer verneinen und ihn
dem Lohnarbeiter zu den ausgebeuteten Volksklassen zählen; ferner wurde
Aufnahme einer weiteren Gruppe von Postulaten zum Schutze der Land-
eiter in das Arbeitsprogramm gefordert. Begründend wurde ausgeführt,
von einer Ausbeutung fremder Arbeitskräfte durch den Kleinbauer nur
n nicht geredet werden kann, wenn er solche nicht beschäftigt. Nach der

schweizerischen Berufszählung kommen aber auf 212000 landwirtschaftliche Betriebsinhaber 119000 Landarbeiter, wovon 100000 männlichen Geschlechtes. Die Zahl der Betriebe mit fremden Arbeitskräften, die doch ausgebeutet werden, ist jedenfalls eine so große, daß es nicht angeht, nun ganz allgemein nur vom Kleinbetrieb zu reden und die Ausbeutung fremder Arbeitskräfte zu verneinen. Es gehe aber auch nicht an, den Kleinbauer dem Lohnarbeiter als Ausgebeuteten gleichzustellen, da er als selbständiger Unternehmer eine ganz andere Stellung einnehme. Wolle man ihn als Hypothekarschuldner als Ausgebeuteten betrachten, so könne man auch in jedem anderen Unternehmer, der mit fremdem Kapital „arbeitet" und dafür Zinsen zahlen muß, einen Ausgebeuteten erblicken. Der Arbeiterschutz für die Landarbeiter empfehle sich für die sozialdemokratische Arbeiterpartei von selbst. Die beantragte Abänderung wurde mit der Argumentation bekämpft, daß der Kleinbauer tatsächlich Proletarier sei und 25 bis 50 Prozent seines Arbeitsertrags in Form des Bodenzinses dem Kapitalisten abliefern müsse. Nur ganz wenige Bauern beschäftigen fremde Arbeitskräfte, sie arbeiten fast ausschließlich mit ihren Familienangehörigen. Großbauern im Sinne der deutschen Tiefländer gibt es in der Schweiz höchstens zwei Dutzend, aber diese wenigen haben es fertig gebracht, die große Masse der Bauernsame wirtschaftlich und politisch vor ihren Wagen zu spannen. Heute steht uns die gesamte Bauernsame noch in geschlossener Phalanx gegenüber. Ihr Denken ist unseren Postulaten noch auf lange Zeit hinaus unerschlossen. Sie bildet in unserer demokratischen Republik noch die absolute Mehrheit; ohne ihre teilweise Zustimmung sind auf gesetzlichem Wege keine Fortschritte zu erzielen. Darum müssen wir der besonderen Stellung der Landwirtschaft Rechnung tragen, und wir können es auch, ohne uns in prinzipieller Hinsicht etwas zu vergeben.

Schließlich wurden auch diese Anträge abgelehnt und hierauf ohne weitere Debatte das ganze Programm von den 230 Delegierten durch Erheben von den Sitzen einstimmig angenommen. Nach einem weiteren Beschluß soll das neue Programm mit einem Kommentar versehen als Broschüre herausgegeben werden.

Der Bericht der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrats, die aus sieben Mann besteht und den Greulich erstattete, gab zu verschiedenen Bemerkungen Anlaß. Zunächst wurde der sanfte Ton beanstandet, auf den die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten gestimmt sind, den jedoch Genosse Greulich nicht gelten ließ. Immerhin wünschte auch er, daß die Fraktion um einige frische und frohe Draufgänger verstärkt werden möchte. Auch die Vertreter der Eisenbahner waren nicht zufrieden mit der Fraktion, die ihnen nicht wirksam genug gegen die Beschneidung des passiven Wahlrechtes der Angestellten der Bundesbahnen vorgegangen ist. Der Bericht Greulichs wurde schließlich genehmigt.

Zugleich erhielt die Fraktion verschiedene neue Aufträge vom Parteitag. Sie soll Protest einlegen gegen die demonstrativen Ausweisungen und gegen den Beitritt der Schweiz zum internationalen Geheimvertrag gegen die Anarchisten, sowie eine authentische Interpretation des Artikels 70 der Bundesverfassung verlangen, der von der inneren und äußeren Sicherheit der Eidgenossenschaft handelt und für die Fremdenpolizei zum Mädchen für alles geworden ist. Weiter soll die Fraktion auf die Verstaatlichung und Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Landes hinwirken, und endlich soll sie den Bundesrat darüber interpellieren, weshalb bei der Vergebung des Baues des Rickentunnels (Kanton St. Gallen) keinerlei Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in die Verträge aufgenommen wurden, wohl aber die Streikklausel

m Schutze der beteiligten Unternehmer. Davon haben sie denn auch fleißig
brauch gemacht, als im Juli die Arbeiter zur Erreichung des Achtstunden-
zs die Arbeit einstellten. In einer Resolution wurden eine Reihe von Forde-
ngen an die in der Vorbereitung begriffene Vereinheitlichung des Zivilrechtes
fgestellt.

Neben dem Programm war der zweite Hauptpunkt der Tagesordnung des
rteitags die Militärfrage. Seit Jahren strebt der Bundesrat die Revision
s Militärgesetzes an, worin ihn die Verwerfung einer bezüglichen Vorlage
der Volksabstimmung von 1895 nicht beirrt hat. Gegenwärtig liegt wieder
neuer Entwurf vor, der durchaus reaktionär gehalten ist und nebenbei noch
e Vermehrung der militärischen Dienstleistungen durch die Soldaten herbei-
ren will. Die Partei nimmt dagegen keine grundsätzlich ablehnende Haltung
. Sie verlangt aber die Beseitigung der Verschlechterungen im Entwurf und
ann die Aufnahme zahlreicher Verbesserungen. Das neue Arbeitsprogramm
dert die Demokratisierung des Heerwesens, und zwar durch die Durchführung
gender Forderungen: Vereinfachung der Bekleidung und Ausrüstung. Wahl
Offiziere durch die Mannschaft. Bekleidung und Ausrüstung der Offiziere
ch den Staat. Gleiche Verpflegung für Offiziere und Mannschaft. Ab-
affung des Militärstrafrechtes und der Militärgerichtsbarkeit in Friedens-
en. Unterstützung der Familie während des Dienstes des Ernährers. Schutz
Wehrmanns gegen die ökonomischen Folgen der Entlassung wegen des
ilitärdienstes. Abschaffung des Schuldverhaftes wegen Nichtbezahlung des
ilitärpflichtersatzes.

Dem Parteitag lagen mehrere Anträge und Resolutionen von den Genossen
schiedener Orte vor, auch ein Antrag des Parteikomitees. Die Debatte sehr
ebende Momente waren der im Militärgesetzentwurf vorgesehene Kriegs-
trieb der Eisenbahnen durch den Bundesrat, um den Eisenbahnern
Waffe des Streiks aus den Händen zu schlagen und sodann die frivolen,
vozierenden und empörenden Militäraufgebote bei Streiks, die sich
adezu unheimlich rasch wiederholen und die trotz aller phrasenhaften und
„atsmännischen“ Beschönigungen keinen anderen Zweck und keine andere
rkung haben, als den Kapitalisten beizustehen, den Streik niederzuschlagen
d die Arbeiter um ihre Rechte zu prellen. Erfreulicherweise erweisen sich
Versuche als erfolglos, den gesunden Sinn der Arbeiter, die hier absolut
keiner Kompromißlerei etwas wissen wollen, zu verwirren: sie fordern
aller Entschiedenheit das Verbot des Militäraufgebots bei Streiks im
litärgesetz, und wenn dasselbe nicht aufgenommen wird, erfolgt unweigerlich
der Volksabstimmung die Verwerfung. Der Parteitag beschloß die Auf-
llung dieser Forderung mit 107 gegen 45 Stimmen. Sämtliche Anträge zum
litärgesetzentwurf wurden der Parteileitung zur Ausarbeitung einer bezüg-
en Eingabe an das Militärdepartement in Bern überwiesen. Recht be-
ckenswert ist noch, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags der
assenstreik und die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen gesetzt
den soll.

So hat der Züricher Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie einen
gezeichneten Verlauf genommen und aller Welt bekundet, daß die Arbeiter-
ft entschlossen ist, immer und überall energisch für ihre Rechte einzutreten
zielbewußt auf den Sozialismus hinzuarbeiten.

Literarische Rundschau.

Parent-Duchâtelet, **Die Prostitution in Paris.** Eine sozialhygienische Stud
Bearbeitet und bis auf die neueste Zeit fortgeführt von Dr. med. G. Montan
Freiburg i. Br. und Leipzig 1903, Fr. Paul Lorenz. VIII und 262 S. 8°. 4,50 Ma

Wilhelm Fischer, **Die Prostitution,** ihre Geschichte und ihre Beziehung
zum Verbrechen und die kriminellen Ausartungen des modern
Geschlechtslebens. Stuttgart-Leipzig, Karl Daser. 240 S. 8°. 3 Mark.

Das erste Buch, das den Namen eines in der Prostitutionsliteratur bekannt
von Lombroso geschätzten Autors auf dem Titelblatt führt, ist eine Materiali
sammlung, deren Teile ungleichen Wert haben. Parent-Duchâtelet hat als Hospit
arzt eine Masse Beobachtungen über die Prostitution gesammelt, er hat aus d
Akten der Sittenpolizei viele Tatsachen ermittelt und statistische Feststellungen
macht und teilt das, was er so erschloß, in sachlicher Weise mit. Darüber hina
kommt er nur gelegentlich und in größerem Umfang nur in den letzten Abschnitt
wo seine Schilderung des Pariser Reglementierungssystems zugleich eine Rechtfertigu
sein will. Sonst gibt Parent-Duchâtelet meist nur Tatsachen und überläßt es d
Leser, selbst die Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Tatsachen werfen oft interessa
und instruktive Streiflichter auf das Problem, andere sind Ballast und einige üb
eilte Verallgemeinerungen der Beobachtungen, die der Verfasser an immerhin rela
beschränktem Material gemacht hat und denen die Erfahrungen unserer Prostitutio
kenner widersprechen. Das Buch ist deshalb mit Vorsicht zu lesen.

Für die Schattenseite der Reglementieruug hat Parent-Duchâtelet kein Au
Er findet alle Einrichtungen, die die Pariser Sittenpolizei getroffen hat, gut u
zweckmäßig und vermag sogar die Zwangseinschreibung von Kindern als gebo
im Interesse der Sittlichkeit und Gesundheit anzusehen. Nach ihm scheint es,
könne den Beamten der Sittenpolizei, die das Verhör bei der Einschreibung führ
wegen ihrer Sachkunde niemals ein Mißgriff passieren. Als ob diese tägliche Übu
nicht gerade die gedankenlose Routine erzeugen könnte, die gefährlichste Feindin jed
Bemühens und Vermögens, in die Seele des gefährdeten Mädchens einzudring
Die Kritiklosigkeit Parent-Duchâtelets in dieser Hinsicht geht so weit, daß er
ärztlichen Untersuchungen, denen sich innerhalb gewisser Fristen das Mädchen noch
unterziehen hat, das seine Streichung aus den Kontrollisten beantragt, weil es s
aus dem Sumpfe herausarbeiten will, als kein Hindernis ansieht, „einen ehrba
Lebenswandel zu führen“. Daß diese regelmäßigen Untersuchungen das Mädchen u
Stellung und Brot bringen und so ein Hindernis werden können, die Mittel f
einen „ehrbaren Lebenswandel“ zu erwerben, das blieb dem Herrn verborgen.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß in Paris die Bordelle seit Beginn d
neunzehnten Jahrhunderts in stetigem Abnehmen begriffen sind, trotz aller Müh
der Sittenpolizei, die sie wegen der leichteren Überwachung erhalten zu sehen wünsc
Die Tatsachen, die Parent-Duchâtelet darüber mitteilt, beweisen schlagend die U
möglichkeit, die Prostitution zu kasernieren oder auch nur die Kasernierung zu ih
vorherrschenden Form zu machen, wie es die Neureglementaristen fordern.

Für die Qualität der deutschen Bearbeitung ist bezeichnend, daß nirgends
ganzen Buche zu erkennen ist, wo die Arbeit Parent-Duchâtelets aufhört und d
Bearbeitung des Dr. med. G. Montanus anfängt, der das Werk nach Titel u
Prospekt „bis auf die neueste Zeit fortgeführt“ hat. Viel ist davon nicht zu merke
In einem zweiten Bande, der die geheime Prostitution und die Verbreitung d
Geschlechtskrankheiten unter den Pariser Prostituierten behandeln soll, verspri
Montanus eine Erörterung „der brennenden Frage des Reglementarismus und d
Abolitionismus“ zu geben.

Das Buch des Herrn Fischer ist für Leute geschrieben, die in einer Schr
über Prostitution nicht Belehrung über ein schwieriges Problem, sondern pikan
sinnenkitzelnde Unterhaltung suchen. Zur Wahrung des Dekorums werden an za

:hen Stellen möglichst aufdringlich gehörige Portionen platter Moral serviert.
:e Geschichte der Prostitution, die Fischer gibt, ist eine system- und kritiklose Zu-
ımenstoppelung aller möglichen Lesefrüchte mit größter Breittretung pikanter
tails. Über die historischen und soziologischen Kenntnisse des Verfassers spricht
nde ein Satz der Einleitung, wo es heißt: „Die Ehe ist die einzig legitime Rege-
g des Geschlechtsverkehrs zwischen Mann und Weib, alles andere ist Unzucht beim
unne und beim Weibe aus naheliegenden Gründen ‚Prostitution‘, denn es gehört
den Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, daß ein Weib ohne irgend einen
rteil dem Manne zu Willen ist; selbst die Frauen und Mädchen, die sich zu Ehren
Göttin der Liebe und Fruchtbarkeit prostituierten, verschenkten nicht umsonst ihre
nst, insofern das Wohlwollen der Göttin ihnen von hohem Werte sein mußte.“
ch dieser Probe, die auch zugleich den „Geist“ des Buches charakterisieren kann,
f es nicht wundernehmen, daß Herr Fischer keine Ahnung von der wahren Be-
tung des freien Geschlechtsverkehrs in der vorgeschichtlichen Zeit und bei Wilden
Barbaren hat, daß er von den dahinter steckenden Ehe- und Familiensystemen
sittlichen Anschauungen nichts weiß und diesen Geschlechtsverkehr also ohne
teres mit der Prostitution gleichsetzt. — In den Kapiteln, die sich mit der Pro-
tion der Gegenwart beschäftigen, wird sie durchaus vom Standpunkt des Bour-
is betrachtet, der von der Polizei verlangt, daß sie die unangenehmen und ge-
rlichen Begleiterscheinungen dieser verächtlichen, aber unentbehrlichen Institution
erdrücke. Das schlimmste an der Prostitution ist Herrn Fischer das Zuhälter-
en, dessen Schrecken seine ängstliche Phantasie bis ins Ungemessene vergrößert.
e freilebende Prostituierte ohne Zuhälter gibt es nach ihm nicht. Also her mit
Kasernierung, damit „das der Gesellschaft gefährliche und dem Staate im Falle
iger Unternehmungen im Sinne des von gewisser Seite angekündigten ‚großen
dderadatsches‘ geradezu bedrohliche Zuhälterwesen eingedämmt werde“. Diese
ne Stelle kann nebenbei einen Begriff von dem Stile des Buches geben. — Sittlich,
Herr Fischer ist, wendet er sich auch gegen die Forderung nach Aufhebung des
75 des Strafgesetzbuchs und fordert vielmehr seine Umredigierung, so daß wie
Österreich auch die Tribadie strafbar wird, die nach seiner Behauptung sich in
lin zu einer großen Gefahr für die Tugend der weiblichen Jugend ausgewachsen
Doch genug — das Buch ist eine eingehendere Besprechung nicht wert! H. B.

:to Krille, **Aus engen Gassen.** Gedichte. Berlin 1904, Johann Sassenbach.
4 Seiten. 90 Pfennig.

Die Gedichte Krilles werden von Klara Zetkin mit einem schönen Vorwort ein-
itet, worin sich auch einige Daten aus dem Leben des jungen Poeten finden.
le ist im Jahre 1878 geboren, als drittes Kind eines Maurers, der kurz vor
er Geburt tödlich verunglückte. Mit harter Tagelöhnerarbeit erzog die auf-
rnde Mutter ihre Kinder. Otto Krille erhielt in einer sächsischen Dorfschule,
n in der zweiten Bürgerschule zu Großenhain seine erste Bildung. Mit zwölf
ren brachten ihn Verwandte in der königlich sächsischen Soldatenknabenerziehungs-
alt Kleinstruppen bei Pirna unter. Von da gelangte er in die Unteroffiziers-
le zu Marienberg. Fünf Jahre hat der Knabe und Jüngling unter dem eng-
igen, brutalen Gamaschenknopfsystem gelitten, bis es ihm gelang, den Drill der
tärischen Anstalt mit der harten Zucht der Fabrik zu vertauschen. In einer
sdener Fabrik sind die meisten der Gedichte entstanden, die Otto Krille in der
genannten Sammlung herausgegeben hat.

Wir wünschen dem Büchlein eine weite Verbreitung in der Arbeiterklasse. Was
zu seiner kritischen Würdigung sagen könnten, hat uns Klara Zetkin in ihrem
wort vorweggenommen. In der Tat führen diese Gedichte aus engen Gassen
onnige Weiten; das geschichtlich Bedeutsame vom Wesen des modernen Prole-
ats ist in ihnen lebendig. Und den Vorwurf der Tendenzdichtung weist die Genossin

Zetkin mit den schlagenden Worten zurück: „Nicht die ausgesprochene Tenden künstlerisch verwerflich, nur ihre Darstellung mit künstlerisch unzulänglichen Mitt Das hat freilich nicht gehindert, daß ein sicherer Julius Bab in einer literari Zeitschrift der Bourgeoisie zehn Seiten lang im Namen der „ästhetischen Ästh sowohl Otto Krille wie Klara Zetkin und nebenbei auch Bebel herunterputzt, dieser die „fast tragische Borniertheit“ besäße, einen großen Kulturgenius wie H Maximilian Harden nicht zu verstehen.

Allerdings reitet Herr Bab nicht sowohl auf der „Tendenz“ als auf der „Fo herum. Er vergleicht ein Weberlied Krilles mit dem Weberlied Heines und m die Tendenz sei ja dieselbe, aber „der Neffe des vielfachen Hamburger Millio Salomon Heine“ habe nun einmal viel schönere Verse gemacht als der Proleta Krille, und darauf komme es für die „ästhetische Ästhetik“ an. Das ist aber recht törichtes Gerede und führt, wenn es ernst genommen sein will, zu der un weichlichen Konsequenz, „Des Knaben Wunderhorn“ lieber heute als morgen in Ofen zu stecken. Oder um ein nächstliegendes und vielleicht auch für Herrn Ju Bab verständliches Beispiel anzuziehen, weshalb hat Gerhart Hauptmann die schütternde Kraft seines Weberdramas nicht aus Heines Weberlied geholt, son aus dem „Blutgericht“, dem „Liede der Weber von Peterswaldau und Langenbiel das vor der „ästhetischen Ästhetik“ noch viel weniger besteht als Krilles Gedic Über diese Gedichte witzelt Herr Julius Bab in dem dekadenten Stile, wie ein Rezensentenjüngling des versinkenden Roms, mit seinem Horaz in der Hand, die Schlachtgesänge der alten Germanen gewitzelt haben mag.

Wer das Leben und Weben der proletarischen Welt kennt, wird gern das erkennende und empfehlende Vorwort unterschreiben, das Klara Zetkin den Gedic Krilles mit auf den Weg gegeben hat. Es ist echtes und zukunftsfrohes Lebe diesen Gedichten, und auch wo sie noch mit der Form ringen, raunt in ihnen unbändige Kraft des Proletariats, die unaufhaltsam zur Sonne drängt und der einst einen reicheren Frühling der Kunst schaffen wird, als er jemals geblüht

F

André Morizet, Docteur en droit, Bibliothécaire adjoint au Ministère d Justice, Paris, Les secrétariats ouvriers en Allemagne. Edition du Mo ment Socialiste. 130 S.

August Müller, **Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschl** München, bei G. Birk & Co. 184 S.

Die Arbeitersekretariate in Deutschland haben jetzt eine eingehende Würdi auch durch solche Forscher gefunden, welche mit der Arbeiterbewegung in e Fühlung stehen und deshalb an die Arbeitersekretariate, eine Frucht der Arbe bewegung, mit dem nötigen Verständnis herantreten können. In dieser Bezie unterscheiden sich die Schriften von Morizet und Müller vorteilhaft von der Sc des Dr. Richard Soudek über die deutschen Arbeitersekretariate, die ad. br. im vor Jahrgang dieser Zeitschrift, S. 381, besprochen hat. Im weiteren haben jene be Arbeiten das gemeinsam, daß sie mit großem Fleiße ausgeführt sind, daß die fasser das vorhandene Material, namentlich die Jahresberichte der Arbeitersekreta und die im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deu lands“ veröffentlichten Statistiken gewissenhaft verarbeitet haben. Ja, der Fra hat selbst die Reise nach Deutschland nicht gescheut, um die Tätigkeit unserer Arbe sekretäre aus eigener Anschauung kennen zu lernen und sein Material durch per liche Rücksprache mit Adolf Braun, Segitz, Timm, Robert Schmidt und verschied anderen zu vervollständigen.

Jedoch ist das Ziel, welches jene beiden Forscher mit ihren Studien verfol nicht das gleiche. Morizet, welcher Delegierter im Conseil Central du P. S. de Fr und Mitglied der Redaktion des „Mouvement Socialiste“ ist, wollte offenbar se

andsleuten an den großen Diensten, die die Arbeitersekretariate in Deutschland den
rbeitern leisten, zeigen, was das Proletariat aus eigener Kraft dank der unermüd-
chen Arbeit einer gut disziplinierten und zielbewußten Organisation vermag. Seine
chrift schildert uns in großen Zügen, wie die klassenbewußten Arbeiter in Deutsch-
nd sich gedrängt sahen, Rechtsauskunftsstellen zu begründen, und wie sich diese in
iffallend kurzer Zeit zu Arbeitersekretariaten entwickelten, welche Tätigkeit die
rbeitersekretäre entfalten, wie die Arbeitersekretariate verwaltet, ihre finanziellen
erhältnisse geregelt werden, wie sich endlich die Behörden zu ihnen stellen; in einem
nhang werden ähnliche Einrichtungen in Österreich, Dänemark, Frankreich und der
chweiz kurz besprochen. Das Bild, welches so der Verfasser von dem Wesen und
r Bedeutung unserer Arbeitersekretariate gibt, ist durchaus zutreffend und wird
inen Eindruck auf die Arbeiter in Frankreich um so weniger verfehlen, da die Dar-
ellung gewandt und klar ist.

Müller dagegen, der jetzt wieder, wie bereits vor Beginn seiner Studien, Mit-
ied der Redaktion unseres Parteiblatts in Magdeburg ist, folgte bei der Abfassung
iner Schrift dem Wunsche, nicht nur die Entstehung, Organisation und die Auf-
ben zu schildern, die sich die Arbeitersekretariate gesetzt haben, sondern auch nach-
weisen, wie diese Aufgaben gelöst werden, ob und welche Fehler und Mängel
erbei zutage treten, und zu versuchen, Tendenzen der Entwicklung festzustellen, die
Urteil darüber ermöglichen, welche Tätigkeitsgebiete den Arbeitersekretariaten zu
servieren sind, wenn ihre Wirksamkeit am erfolgreichsten mit ihrem Ursprung und
rer Organisation in Einklang gebracht werden soll. Dieses Vorhaben hat Müller
dankenswerter Weise ausgeführt. Er ist auf die Einzelheiten, die für die Be-
teilung der Arbeitersekretariate in Betracht kommen, mit großer Sachkenntnis
her eingegangen und hat in seinen kritischen Darlegungen eine Reihe von An-
gungen gegeben, welche der weiteren Entwicklung unserer Arbeitersekretariate
rderlich sein werden.

Für ganz besonders verdienstvoll halte ich den wiederholten Hinweis Müllers
rauf, daß die Hauptwirksamkeit der Sekretariate den Rechtsauskünften und der
chtshilfe aus der sozialen Gesetzgebung gewidmet sein muß. Demgemäß wendet
sich auch dagegen, daß bei den Arbeitersekretariaten die statistischen Aufgaben auf
sten der Rechtsauskunft und Rechtshilfe gefördert werden. „Um als sozial-
litischer Schriftsteller und Statistiker zu wirken, braucht man nicht notwendiger-
ise Arbeitersekretär zu sein; es gibt Personen und Institutionen genug, die diese
ufgaben übernehmen können, während für die eigentliche Domäne der Arbeiter-
retariate noch kein Ersatz geschaffen ist."

Einen weiteren wichtigen Punkt berührt Müller, indem er die Frage aufwirft,
die Art und Weise, in welcher die Arbeitersekretäre ihr wertvolles sozialpolitisches
aterial in ihren Jahresberichten verarbeiten, richtig ist. Meistens, so führt er aus,
sen sich die Arbeitersekretäre von dem Gedanken leiten, ihre Jahresberichte müßten
Mittel zur Rechtsbelehrung der Arbeiter sein. Man finde deshalb in ihren Be-
hten vielfach sachgemäße, leicht faßliche Erläuterungen der Gesetze, welche die
beiter besonders interessieren. Trotzdem hätten bisher die Jahresberichte der
beitersekretariate nur in geringem Umfang dazu beigetragen, Rechtskenntnis in den
ihen der Arbeiter zu verbreiten, weil nur ein geringer Teil der organisierten
beiter die Berichte kaufe; ein noch kleinerer Teil werde sie aber wohl lesen. Unter
sen Umständen hält es Müller für angebracht, die Berichte weniger für die breiten
beitermassen, als für die Sozialpolitiker, Gesetzgeber, Redakteure von Arbeiter-
tungen und die übrigen Arbeitersekretäre zu berechnen.

Diese Beweisführung scheint mir nicht einwandsfrei zu sein. Wenn die Jahres-
ichte der Arbeitersekretariate das beste Mittel für die Rechtsbelehrung der Arbeiter
ren, dürften wir uns durch den Umstand, daß die große Masse der Arbeiter
sen Wert der Berichte noch nicht erkannt hat, nicht zurückschrecken lassen, sondern
ßten das Interesse der Arbeiter für die Berichte zu wecken suchen. Ich führe die

Tatsache, daß die Jahresberichte der Arbeitersekretariate sich als Mittel zur Recht belehrung der Arbeiter nicht bewährt haben, darauf zurück, daß die Berichte eb nicht das beste Mittel für die Rechtsbelehrung der Arbeiter sind, daß als solch vielmehr passende Zeitungsartikel und Spezialschriften vorgezogen werden müssen.

Für die Beantwortung der Frage, in welcher Weise die Arbeitersekretaria ihre Jahresberichte gestalten sollen, muß der von Müller mit Recht so nachdrückli betonte Grundsatz maßgebend sein, daß die wichtigste Aufgabe der Arbeitersekretaria die Rechtsauskunft und Rechtshilfe ist. Demnach haben die Arbeitersekretäre ihren Jahresberichten vor allen Dingen ihre Erfahrungen aus der Praxis d Arbeitergesetze mitzuteilen. Sie erfüllen damit eine zweite Aufgabe, zu deren Lösu sie am besten berufen sind, und durch deren Lösung sie für den Klassenkampf d Arbeiter ein wertvolles Material liefern. Aus diesem Grunde komme ich zu der selben Resultat wie Müller, der verlangt, daß die Berichte weniger Dinge enthalt sollen, die dem Arbeiter, der Rechtsbelehrung sucht, nutzen können, dem Sozia politiker aber geläufig sind. „Dafür würde das Arbeitersekretariat als soziale B obachtungsstation gewinnen und ebenso die Sekretäre, da manche interessante En scheidung, die heute den Aktenschrank eines Sekretariats ziert, dann veröffentli und für die Praxis nutzbar gemacht werden könnte." Außerdem — möchte ich hinz fügen — sollten die Berichte besser durchgearbeitet werden, als es bisher meiste geschehen ist. Diejenigen Fälle, welche die Arbeitersekretäre in den Berichten e wähnen wollen, sollten sie nicht einfach aneinanderreihen, sondern planmäßig ve arbeiten. Dann werden sie dazu gelangen, das Wesentliche von dem Unwesentlich zu sondern und Wiederholungen zu vermeiden. Diese Forderung kann aber n dann Berücksichtigung finden, wenn die Arbeitersekretäre den Bericht nicht erst na Schluß des Jahres in Angriff nehmen, sondern bereits im Laufe des Jahres d ihnen für den Bericht geeignet erscheinende Material bearbeiten.

In dem zweiten Teile seiner Schrift versucht Müller darzustellen, wie sich den Berichten der Arbeitersekretäre die drei Arbeiterversicherungsgesetze wide spiegeln. Da ich selbst eine ähnliche Bearbeitung der letzten Jahresberichte d Arbeitersekretäre in dieser Zeitschrift veröffentlicht habe, beschränke ich mich dara anzuerkennen, daß Müller in diesem Teile der Schrift eine ebenso dankenswer Arbeit wie in dem ersten Teile geboten hat.

Die Schrift ist daher mit Freuden zu begrüßen und für deren Verfasser, der, u sprünglich ein „einfacher" Arbeiter, mit dieser Arbeit seine Studien an der Un versität in Zürich abschloß, das ehrenvolle Zeugnis seines Fleißes und seiner Fähi keiten. Gustav Hoch-Hana

---

Bibliographia Economica Unversalis, Repertoire bibliographique annuel d travaux relatifs aux sciences économiques et sociales. Publié par Jul Mandello, Professeur à la faculté de droit de Pozsony. Première anné Travaux de l'année 1902 rédigés par Ervin Szabó, Bibliothécaire de la chamb de commerce et d'industrie de Budapest (Bibliographia Universalis, Publicati Coopérative de l'institut international de bibliographie). Bruxelles, Institut inte national de bibliographie. XXI und 170 S. 8°.

Es ist schwer, dieses Buch zu besprechen, da der Herausgeber meint, der Kri so ziemlich alles weggenommen zu haben, führt er doch in der Einleitung eine gan Reihe von Mängeln seines Buches auf. Zu unserem Bedauern müssen wir sage daß er sich auch hier nicht der Vollständigkeit befleißigt hat, die doch als die er Aufgabe eines Bibliographen erscheinen muß, besonders wenn sein Werk einen hochtönenden Titel hat. Eine allgemeine Bibliographie der wirtschaftlichen u sozialen Wissenschaften wäre sicherlich eine überaus dankenswerte Aufgabe und würde dem Ideal nahe kommen, wenn sie wie die vom deutschen Buchhändle börsenverein herausgegebenen bibliographischen Hilfsmittel auf Grund der Einsi in die Druckwerke selbst verfaßt werden würde. Vielfach scheint dies von den Be

ssern geschehen zu sein, denn aus manchen Titeln kann man nicht auf die Ab-
lung schließen, der sie das Buch zugeteilt haben. Im wesentlichen aber haben sie
ch der Vorrede bloß die bibliographischen Hilfsmittel benutzt und entschuldigen
mit die Tatsache, daß sie nur die deutsche, französische und magyarische Literatur
nähernd vollständig eingereiht haben, während die englische und italienische
eratur unvollständig, die skandinavische, niederländische, spanische usw. mehr als
ingelhaft vertreten ist. Die treffliche Bibliographie, welche P. Lippert in Conrads
ihrbüchern regelmäßig veröffentlicht, scheint von dem Verfasser übersehen zu sein.
Das Charakteristische für die vorliegende Bibliographie ist die möglichst genaue
uppierung in zahlreiche Unterabteilungen. Dies ist aber nur möglich bei einer
nauen Kenntnis des Inhalts der Druckwerke. Oft findet man Unterscheidungen,
man durchaus nicht begreift, und dann wieder durchaus nicht zueinander gehörige
erke in der gleichen Gruppe. Die Klassifikation erfolgt oft nur nach äußerlichen
erkmalen. Die freien Hilfskassen finden sich unter Unterstützungsvereinen, während
der deutsche Forscher auf diesem Gebiet unter Krankenkassen sucht; in der gleichen
teilung finden wir eine Darstellung einer deutschen Gewerkschaft verzeichnet. Die
ankenkassen sind aber nicht nur in der Rubrik Unterstützungsvereine zu suchen,
n findet sie auch in zwei verschiedenen Rubriken, einmal unter der Spitzmarke
surances-Maladies und dann unter Assurance contre la Maladie; dies haben wir
dadurch entdeckt, weil wir in der erstgenannten Abteilung bloß ein einziges
rk verzeichnet fanden und danach suchten, ob nicht an einer anderen Stelle die
rke über Krankenversicherung zu finden wären; wir entdeckten zwei Stellen, viel-
ht sind noch mehr vorhanden. In der Abteilung Bergarbeiter fanden wir bloß
Buch, und dieses gehört in eine ganz andere Abteilung. Während auf der einen
ite eine arge Zersplitterung herrscht, findet sich in dem Abschnitt Statistik alles
gliche zusammengefaßt, neben den großen Sammelwerken der statistischen Ämter,
n-, Genossenschafts-, Pfändungs-, Schulstatistik, Atlanten für Wirtschafts-
graphie, politische Jahrbücher, Produktions-, Morbiditäts-, Mortalitätsstatistik,
graphien von Statistikern und alles mögliche andere. Daneben sind wieder ein-
ne Gruppen der Statistik besonders klassifiziert. Keine Rubrik ist aber vollständig,
vielfach finden auch Werke, für die besondere Rubriken eingerichtet sind, ihren
tz in der Gesamtrubrik Statistik; so finden wir zum Beispiel die Beiträge zur
tistik des Königreichs Bayern Heft 62: Bayerische Tabellen zur Berufs- und
verbestatistik, dann Band 142 der preußischen Statistik, der auch von der Berufs-
Gewerbezählung usw. handelt, nicht in der Rubrik Berufsstatistik, sondern in
Rubrik Statistik. Ähnliche Beispiele können wir für die Sterblichkeitsstatistik,
die Geburtenstatistik usw. anführen. In der Rubrik Gewerbeinspektion ist ein
ziges Buch verzeichnet, obgleich das Deutsche Reich allein für jeden Bundesstaat
ährlich eine Publikation besitzt. Für das Baugewerbe finden wir eine einzige
beit verzeichnet. Die Landwirtschaft ist in zwei Abteilungen getrennt, ohne daß
möglich sein wird, festzustellen, warum die Verteilung der einzelnen Werke in
e zwei Abteilungen erforderlich war. Die Abteilungsgeschichte weist drei Werke,
Abteilung Karten, Atlanten zwei Werke auf, obgleich historische und geographische
cke wirtschaftlich-geschichtlichen oder statistischen Inhalts nicht so selten sind.
hers Buch „Arbeit und Rhythmus“ findet sich unter Nationalökonomie, der
satz von Kelles-Krauz: „Musik und Ökonomie“ in dieser Zeitschrift unter „Schöne
iste“. Jedes Buch ist mit einer Ziffer versehen, welche für die Stellung des In-
s in der Wissenschaft maßgebend sein soll. Daß eine leider so willkürliche Rubri-
ung zu Entscheidungen dieser Art, welche für die Bibliotheksverwaltungen maß-
nd sein sollen, nicht ermächtigt, ist wohl klar. Im übrigen sind auch diese
len von Druckfehlern nicht frei, so soll es zum Beispiel auf S. 105 statt 341825,1
en 351825,1. — Es ist lebhaft zu bedauern, daß dieses Werk mit seiner schönen
stattung durchaus nicht den Ansprüchen genügt, die an eine allgemeine national-
omische Bibliographie zu stellen sind. ad. br.

Dr. Max Prager, München, **Die Mittelstandsfrage.** (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Vorträge und Abhandlungen, herausgegeben von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin, Heft 201/202.) Berlin 1904, L. Simion Nachf. 56 S. gr. 8°.

Eine lebhaft geschriebene, auf vielem Material beruhende liberale Streitschrift gegen die Mittelstandspolitiker, die auch für unsere Genossen manches wertvolle Material enthält. Die Stellung des Handwerkers, des Detailhändlers wird klar gezeichnet. In bezug auf die Agrarpolitik wird dem mittleren Bauerngut, nicht dem Rittergut die Zukunft überwiesen. Diese Frage ist hier so eingehend erörtert worden, daß ich auf eine Auseinandersetzung verzichten kann. Nicht mit Stillschweigen kann man aber darüber hinweggehen, daß der Verfasser das besondere „Interesse jedes wahren Freundes des Mittelstandes für die Industriearbeiter mit Landbesitz" herausfordert. Er sagt: „Nun bedarf es keiner langen Ausführung, wie wichtig ihre Erhaltung von sozialpolitischen Gesichtspunkten aus ist und wie wünschenswert es ist, daß ihre Zahl sich in Zukunft ständig vermehrt." Wir sind der Meinung, daß es hier eines Einspruchs sehr wohl bedarf; diese Arbeiter mit Landbesitz sind bekannt als Lohndrücker, es fehlt ihnen die Freizügigkeit, die Möglichkeit des Widerstandes gegen den Unternehmer, ihnen kann der Lohn so lange gedrückt werden, als der Ertrag ihres Gütleins den dringendsten Lebensbedarf deckt. Für diese Leute gibt es keine freie Zeit, denn was ihnen von der Industriearbeit an späten Abendstunden, an Sonn- und Feiertagen freigelassen wird, das wird dem Zwergbesitz zugetan. Es liegt im Interesse der großen Unternehmer, aber nicht im Interesse der Sozialpolitiker und auch nicht in dem der Mittelstandspolitiker, daß das industrielle Proletariat in seiner Widerstandskraft gebändigt und gebrochen wird durch ein klein wenig Grundbesitz. Das als Sozialpolitik auszugeben, fordert den schärfsten Widerspruch heraus. Es ist ganz merkwürdig, daß der Verfasser, der sonst klaren wirtschaftlichen Blick nicht vermissen läßt, hier so kräftig fehlgreift. ad. b

---

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 24. und 25. September 1903 in Elberfeld. (Schriften des deutschen Vereins usw., 67. Heft.) Leipzig 1903, Verlag von Duncker & Humblot. XXII und 108 S. gr. 8°.

Das Heft, das für Kommunalpolitiker vieles Material, wenn auch ausschließlich vom bürgerlichen und bureaukratischen Standpunkt, enthält, behandelt das Elberfelder System, die Zwangs-(Fürsorge-)Erziehung und Armenpflege, die geschlossene Armenpflege, Volks- und Krankenküchen. Speziell für den preußischen Politiker findet sich manches wertvolle Material zur Kritik der parlamentarischen Verhandlungen; der Gegensatz zwischen Praxis und starrer wie kalter Rechtsauslegung kommt öfter in den Verhandlungen zum Ausdruck. In eine Kritik der Schrift einzugehen, ist im Rahmen einer Anzeige unmöglich, wir können uns aber nicht versagen, eine Stelle wörtlich aus der Rede des Potsdamer Oberregierungsrats Massows wiederzugeben: „Der deutsche Landmann ist ein guter Untertan, und wenn der königliche Landrat kommt und ihm sagt: das und das muß sein, dann tut er es im allgemeinen; manchmal mehr als einem lieb ist; denn wenn man mal eine Dummheit macht, dann macht er sie mit. (Große Heiterkeit.) Ich bin vierzehn Jahre Landrat gewesen, und im letzten Jahre, als ich das uneingeschränkte Vertrauen meines Kreises genoß, habe ich mehr Dummheiten gemacht als in den ersten dreizehn Jahren zusammen. (Wiederholte große Heiterkeit.) Ich hatte eben keine Opposition mehr, und das taugt nicht. Also der deutsche Bauer ist im allgemeinen gegen die Obrigkeit folgsam." Diese Stelle ist auch politisch bedeutsam, sie erklärt manche unfaßbare Wahl in Ostelbien. ad. b

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



. 12 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Urahnfrau.

⸗ **Berlin, 14. Dezember 1904.**

Mittelalterliche Chroniken erzählen die rührende Geschichte des Grafen Hammerstein, dessen erlauchtes Geschlecht heute noch in vielen edlen Sprossen ht.

Otto v. Hammerstein liebte seine Muhme Irmgard, aber der Bischof Mein- t von Paderborn verbot ihm die Heirat mit ihr, weil die Kirche die Ehe er so nahen Blutsverwandten nicht ohne Dispens zulasse. Der beschränkte ffe fand ein geneigtes Ohr bei dem damaligen Kaiser Heinrich II., den die chichte — er regierte von 1002 bis 1024 — als den Pfaffenkaiser ver- met. Jedoch Otto und Irmgard v. Hammerstein verzagten deshalb nicht, sie dachten auch nicht daran, ihren liebedürstenden Leib zu kasteien. Auf m Felde, vor einem Bilde des Gekreuzigten, der so menschlich und milde die süßen Sünden der Liebe gesprochen hat, vergaben sie sich, und sie ten ihr Brautlager auf blühender Heide.

Darob ergrimmten Kaiser und Bischof gar gewaltiglich. Es gelang ihnen, Irmgards zu bemächtigen und sie in ein Kloster zu sperren. Doch der ebte wachte über sie; in einer finsteren Gewitternacht erstieg er, als fahrender ger verkleidet und unterstützt von seinem Freunde Konrad von Franken, Mauern des Klosters, das seinen Schatz barg, und rettete seine holde Beute sein festes Schloß am Rhein. Aber noch waren die Prüfungen des Paares beendet. Zweimal gelang es dem Bischof von Paderborn, sich an Irm- zu nesteln und sie mit furchtbarer Schilderung der Höllenstrafen zu igen, so daß sie nahe daran war, zu fallen. Jedoch beide Male erschien rechtzeitig ihr Gatte, und voll heißer Liebeslust, voll fröhlichen Lachens alles heisere Pfaffengekrächze flog sie ihm an die illegitime Brust.

Da entbrannte Bischof und Kaiser abermals in heiligem Grimm, und der r zog mit großer Heeresmacht vor das Schloß der Hammersteine. Allein eudale Hammerstein, voll anarchistischen Trotzes, wie ein moderner Kar-

funkelstein, trotzte den Waffen mit Waffen, und erst der Hunger bezwang ih und seine Getreuen. Als aber Kaiser und Bischof triumphierend in das Schlo einzogen, fanden sie Otto und Irmgard eng umschlungen auf dem Lager de Liebe. Und zum dritten Male erwachte in ihnen aller gerechte Zorn von Sta und Kirche. Sie trieben die Liebenden mit harten Worten ins Elend. Monat lang irrten Otto und Irmgard in den Wäldern umher, bis sie sich endlic bettelnd, verschmachtend, dem Tode nah, wieder am Bilde des Gekreuzigte fanden, vor dem sie sich einst versprochen hatten. Sie hörten, daß der Kais tot sei, und schon atmeten sie auf, allein der Bischof von Paderborn hatte ih Spur entdeckt und nahte mit aufgehetztem Pöbel, sie endlich zu erschlagen. I dieser höchsten Not nun erschien mit festlichem Gepränge der neugewählte Kaise es war Konrad von Franken, der Freund des Grafen Hammerstein, der ein mit ihm den Klosterfrieden gebrochen hatte, um Irmgard zu befreien. Un nun endete alles in Freude und Herrlichkeit für das bedrängte Paar. Ob nachträglich noch den Segen der Kirche erbeten hat, melden die Chroniken nic doch sicherlich schreibt sich die zähe Lebenskraft ihres Geschlechtes davon he daß es einst von seiner Urahnfrau in freier Natur empfangen wurde, a blühender Heide, ohne den dumpfen Segen der Kirche.

So erzählen mittelalterliche Chroniken von Otto und Irmgard Hamme stein, und ein moderner Poet, Adolf Wilbrandt, hat daraus ein leidlich Drama geschaffen, das am 5. März 1870 im königlichen Schauspielhaus Berlin zum erstenmal aufgeführt wurde.

Und nun ist die Urahnfrau derer von Hammerstein, die sich so freudig freier Luft dem Manne ihrer Wahl dahingab, von einem ihrer Nachfahr vergewaltigt worden, von dem Minister v. Hammerstein, der im preußisch Landtag ein junges Weib, das sich in all ihrem Herzensrecht, wenn auch ke keinem Hammer= so doch einem Karfunkelstein ergeben hatte — und wenn d Adel der Hammerstein immerhin schon neunhundert Jahre zählt, so ist d Adel der Karfunkelsteine noch viel, viel älter —, der brutalen Lust sein Junkerklique preisgab. Es ist gewiß kein welterschütterndes Ereignis, aber ist ein Blitz, der blendend den geistigen und sittlichen Verfall der Klasse leuchtet, die über Preußen und Deutschland regiert. Um die rechtlose Willk seiner eigenen Taten zu beschönigen, reißt die rohe Faust dieses Ministers d Vorhang von Dingen, die durch das älteste und ursprünglichste Gesetz mens licher Gesittung der offenen Schau entzogen sind, und seine Mitjunker stampf und wiehern vor Beifall, zum melancholischen Beweis dafür, daß sie nicht e mal von dem letzten ihrer Stallknechte so viel Herzenstakt gelernt haben, u dem Verächter weiblicher Scham ein kräftiges Pfui ins Gesicht zu schleude

Aber soll man sie zu hart verdammen, wenn selbst die liberalen Held der Bourgeoisie, die im preußischen Landtag sitzen, kein Wort des Protes übrig hatten? Es ist die alte Geschichte: dem Junkertum geht alles dur weil die Bourgeoisie immer feige genug ist, sich alles bieten zu lassen. Ger ein armes, wehrloses Geschöpf wird öffentlich geschändet, aber möglicherwe — wer weiß? — ist es doch sozialistisch oder anarchistisch angekränkelt, u weshalb sich in irgendwelche Unkosten stürzen, um einer Fremden, einer H

losen, einer Unbekannten willen? Wird einmal ein Bourgeoisdämchen von einem Schutzmann angeflegelt, ja dann bringen es die liberalen Abgeordneten etwa zu einem kleinen Lärm. Aber gegen die Untat eines Ministers, die in ihrer kalten Ueberlegung jede polizeiliche Ausschreitung überbietet, lehnt sich kein richtiger Liberaler auf, wenn sie an einer „Ausländerin“ verübt wird, die sich nun gar noch über die heuchlerische Prüderie der bürgerlichen Gesellschaft hinweggesetzt hat. Und zu alledem dann endlich die faszinierende Wirkung des junkerlichen Beifallsgewiehers, dem sich so leicht kein liberales Heldenherz zu entziehen vermag.

Immerhin — in der bürgerlichen Presse regt sich so etwas wie Scham, und man kann gern das Interesse der Partei so weit vernachlässigen, um sich zu freuen, daß die herrschenden Klassen in Deutschland noch nicht durchweg auf die Stufe der Roheit herabgesunken sind, aus der das Attentat auf die Urahnfrau derer von Hammerstein erflossen ist. Der Roheit oder richtiger vielleicht: der Verrohung. Die Roheit ist ein naiver und urwüchsiger Zustand, der die Keime einer höheren Entwicklung in sich trägt und keineswegs ehrliches, gesundes, kräftiges Empfinden ausschließt: man war sehr roh in Deutschland, als die Urahnfrau derer von Hammerstein auf blühender Heide ihr Brautlager hielt. Jedoch die Verrohung ist der trübe Bodensatz einer untergehenden und halb schon untergegangenen Zivilisation, wo die Herzen und Köpfe gleich leer geworden sind und höchstens ein blöder Frevel an jedem natürlichen Fühlen gellendes Gelächter entfesselt.

Einen solchen Frevel hat der Urenkel Hammerstein an der Urahnfrau seines Geschlechtes verübt. Könnte sie sich aus ihrem steinernen Sarge erheben, sie würde diesen entarteten Nachfahren verleugnen und als ihr echtes Fleisch und Blut das Mädchen anerkennen, das, wie einst sie selbst, in den Armen ihres Geliebten ertappt wurde, als die Häscher rechtloser Gewalt ihre Tür erbrachen.

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

6. Die Verfassung der dritten Republik. (Fortsetzung.)

Nach der blutigen Maiwoche schien es, als sollten die Dinge wieder denselben Lauf nehmen, den sie nach dem 9. Thermidor 1795 und nach der Junischlacht 1848 genommen. Nach der Niedermetzlung der Proletarier war die Bahn wieder frei geworden für die Monarchie.

Wenn es diesmal nicht abermals zu ihrer Aufrichtung kam, lag die Schuld vor allem an den Prätendenten. Wenn sich zwei Prätendenten um einen Thron streiten, so leidet darunter ganz gewaltig der monarchische Gedanke. Das hat uns selbst der Kampf um die Regentschaft auf dem Lippeschen Thrönchen in der so fürstenfrommen Kinderstube Deutschland gezeigt. Wie ganz anders mußte die Katzbalgerei dreier Prätendenten um den Thron auf eine an Respektlosigkeit vor Monarchen so gewöhnte Nation wie die französische wirken. Als aber endlich die Orleans und die Bourbonen sich wenigstens vorübergehend geeinigt und die ersteren auf ihre Anwartschaft zugunsten des

Grafen von Chambord verzichtet hatten, da stellte sich's heraus, daß dieser ein impotenter Idiot war. Darf aber ein im Purpur geborener Fürst alle nur möglichen geistigen und physischen Gebrechen besitzen, ohne zum Tragen der Krone untauglich zu werden, so muß einer, der die Krone erobern will, mindestens soviel Grütze und Keckheit haben, wie ein glücklicher Abenteurer braucht, sonst wird er auch von dem monarchischsten Parlament einem Lande nicht aufgedrängt werden können.

So mußte die Nationalversammlung in Ermanglung eines allen monarchistischen Elementen genehmen, einigermaßen reputierlichen Prätendenten auf den Genuß der Monarchie verzichten. Aber konnte sie dieses köstliche Gut nicht echt produzieren, so setzte sie dafür an seine Stelle ein Surrogat, das dem unverfälschten Vorbild wenig nachgab. 1848 verhöhnte man die deutschen Kleinstaatler, daß sie die Republik mit dem Großherzog an der Spitze wollten. Die Krautjunker der „unauffindbaren Kammer" schufen das Kaiserreich mit einem Präsidenten der Republik an der Spitze.

Die erste Republik hatte sich gehütet, einen Einzelnen an die Spitze des Staates zu setzen. Auch die zweite hatte erst nach der Junischlacht das Bedürfnis empfunden, die ganze Exekutivgewalt in einer einzigen Hand zu vereinigen. Die Nationalversammlung der dritten Republik dagegen glaubte von vornherein nicht auskommen zu können ohne eine „einheitlich zusammengefaßte und zu energischem Handeln geeignete Exekutivgewalt", wie sich S. Brie ausdrückt („Die gegenwärtige Verfassung Frankreichs", S. 23), offenbar zur kräftigeren Niederhaltung des Proletariats. Sie erwählte sogleich nach ihrem Zusammentritt im Februar 1871 Thiers zum „Oberhaupt der vollziehenden Gewalt". Die Verfassung von 1875 machte dann die Einrichtung der Präsidentschaft nicht bloß zu einer dauernden, sondern ging bei der Festsetzung der Befugnisse des Präsidenten noch über die von der reaktionären Kammer von 1848 akzeptierten hinaus.

Nach der Verfassung vom 4. November 1848 wurde der Präsident auf vier Jahre gewählt; jetzt beträgt seine Amtsdauer sieben Jahre. 1848 war ihm der Oberbefehl des Heeres versagt; 1875 erhielt er ihn. In der zweiten Republik war der Präsident der Nationalversammlung für seine Amtsführung verantwortlich, jetzt ist er es nicht mehr; seine Minister tragen die Verantwortung für ihn. 1848 war die Kammer permanent, der Präsident konnte sie nicht vertagen oder auflösen, heute kann er ersteres ohne weiteres, letzteres mit Zustimmung des Senats tun. 1848 wurde für alle Staatsverträge die Zustimmung der Nationalversammlung verlangt; heute kann der Präsident Staatsverträge (mit bestimmten Ausnahmen, wie Tarifverträge) abschließen, von denen er der Kammer nur dann Kenntnis zu geben braucht, „wenn das Interesse und die Sicherheit des Staates es gestatten". Er darf also Bündnisverträge abschließen, die die kriegerische Hilfe seines Landes verbürgen, ohne daß dieses etwas dreinzureden hat, ja überhaupt Genaueres darüber erfährt. Siehe die famose Allianz mit Rußland, durch die Frankreich jeden Moment in einen vernichtenden Krieg hineingehetzt werden kann, ohne daß es bei ihrem Abschluß je befragt und über ihren Inhalt unterrichtet worden wäre.

Über den Vertrag mit Spanien wegen Marokkos berichtete erst jüngst der Pariser Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung":

„Rein gar nichts hat man über das geheimnisvolle Marokko-Abkommen mit Spanien erfahren. Die bezüglichen Anfragen der oppositionellen Deputierten, Deny=

Cochin und Charles Benoist, hat der Minister wie zum Hohne lediglich durch die buchstäbliche Wiederholung der sibyllinischen Formel der veröffentlichten französisch-spanischen Deklaration ‚beantwortet‘. Dabei ist der Inhalt des Vertrags im reaktionären Spanien wenigstens den Parteichefs mitgeteilt worden. Noch mehr. Der Inhalt des Vertrags ist der englischen Regierung bekannt. Die französischen Volksvertreter aber dürfen darüber erst nach fünfzehn Jahren — zugleich mit der ganzen Welt — aufgeklärt werden.“

Das nennt man Volkssouveränität!

Wie ein Monarch ernennt der Präsident alle Staatsbeamten; er hat eine Zivilliste von 1200000 Franken, einen Palast, einen Hofstaat; endlich ist er Großmeister eines Ordens, damit auch dieses monarchistische Gewächs der Republik nicht fehle. Der Orden der Ehrenlegion, von Napoleon I. gestiftet, damit die Eitelkeit seiner Großen zu einer Stütze seines persönlichen Regimes werde, ist in der dritten Republik zu ungeahnter Blüte gelangt, die auch unter dem sozialistischen Handelsminister gedieh, der die Verdienste besonders erfolgreicher kapitalistischer Ausbeuter um das Vaterland damit belohnen durfte, auf diese Weise langsam aber sicher den Sozialismus „vorbereitend“ und den Kapitalismus „aushöhlend“.

Dabei ist dieser Orden ein teurer Spaß, da er seinen Mitgliedern Pensionen zahlt. Er verbraucht jährlich über 16 Millionen. Ein netter republikanischer Reptilienfonds!

Endlich werden nach dem Gesetz vom 29. Juli 1881 Beleidigungen des Präsidenten strenger geahndet als die gewöhnlicher Sterblicher — er gilt also als eine über seine Mitbürger erhabene Majestät.

Der gutmonarchische Professor Oncken hat ganz recht, wenn er mit Befriedigung konstatiert, daß „der Präsident der neuen Republik die ganz gesunde Stellung hatte, die der Landesfürst in jedem Verfassungsland einnimmt, nur daß er gewählt wird und nach sieben Jahren von selbst aus dem Amte schied“ („Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“, II, S. 807).

Man sieht, die Monarchisten sind mit der monarchischen Stellung des Präsidenten der Republik ganz zufrieden. Er ist gewählt, das ist der ganze Unterschied zwischen ihm und einem konstitutionellen Monarchen, etwa dem belgischen oder italienischen.

Aber ist er nicht der Erwählte des allgemeinen Stimmrechtes? Des allgemeinen allerdings, nicht aber des gleichen und direkten.

1848 wurde der Präsident von der Bevölkerung durch das allgemeine gleiche und direkte Stimmrecht gewählt. Nach der Verfassung von 1875 wird er erwählt von der Nationalversammlung, die aus der Kammer der Deputierten und dem Senat besteht.

Der Senat, das ist die zweite antidemokratische Einrichtung, mit der die Verfassung von 1875 die Republik bereicherte. So reaktionär sie war, wagte die Nationalversammlung doch nicht, das allgemeine und gleiche Stimmrecht zur Deputiertenkammer anzutasten, das in den zwei Jahrzehnten des Kaiserreichs sich doch schon zu tief eingelebt hatte. Hinter das Kaiserreich konnte die Republik nicht mehr zurückgehen, um so weniger, als zu gleicher Zeit das neue deutsche Kaisertum das allgemeine Stimmrecht zur Basis des Reiches machte.

Aber wie das deutsche Kaisertum dem Reichstag des allgemeinen gleichen und direkten Stimmrechtes gegenüber die Landtage des vielfach allgemeinen,

aber ungleichen und indirekten Wahlrechtes als Rückendeckung erhielt, so schuf die Verfassung von 1875 zu demselben Zwecke den Senat, eine Einrichtung, die weder die erste noch die zweite Republik gekannt hatte, die der Monarchie entlehnt war. Er beruht ebenso wie die Kammer der Deputierten auf dem allgemeinen Stimmrecht, aber er wird nicht direkt von den Wählern gewählt, sondern von Wahlkollegien. Jedes Departement erwählt eine gewisse Anzahl Senatoren — auch das kleinste mindestens 2, das Norddepartement 8, das der Seine 10. Schon diese Verteilung bewirkt eine Beeinträchtigung der industriellen, revolutionären Departements zugunsten der agrarischen, reaktionären. So zählte das Departement Hautes Alpes 1901 109510 Einwohner. Hier kam auf 54755 ein Senator. Im Norddepartement dagegen zählte man 1866994 Einwohner, also auf 233374 einen Senator. Das Seinedepartement endlich mit 3669930 Einwohnern hat gar nur auf je 366993 Köpfe einen Vertreter im Senat. Die Pariser haben also dadurch schon nur ein Sechstel des Wahlrechtes der Hautes Alpes.

Das ist freilich eine Schönheit der Wahlkreiseinteilung, die auch das Wahlrecht zum deutschen Reichstag ziert.

Dazu kommt aber nun die Zusammensetzung des Wahlkollegiums eines jeden Departements, das die Senatoren wählt. Es setzt sich zusammen aus den Abgeordneten des Departements, seinen Generalräten und Arrondissementsräten, sowie endlich aus den Delegierten der Gemeinderäte. Bemerkenswert sind hier die letzteren. Nach der Verfassung von 1875 hatte jede Gemeinde, wie klein oder groß sie sein mochte, das Recht, einen Delegierten in das Wahlkollegium zu entsenden. Das Gesetz vom 9. Dezember 1884 stufte die Anzahl der Delegierten etwas nach der Größe der Gemeinden ab, aber immerhin noch in ganz ungenügendem Maße. Die kleinen, meist reaktionären Dorfgemeinden bleiben auch jetzt noch zu ungunsten der großen Städte enorm bevorzugt, wie folgende Tabelle zeigt. Es beträgt die Anzahl der Delegierten, die jede Gemeinde als Senatswähler in das Wahlkollegium des Departements entsendet:

Gemeindebevölkerung	Anzahl der delegierten Senatswähler
Bis zu 500 Einwohnern	1
Von 501 bis 1500 „	2
„ 1501 „ 2500 „	3
„ 2501 „ 3500 „	6
„ 3501 „ 10000 „	9
„ 10001 „ 30000 „	12
„ 30001 „ 40000 „	15
„ 40001 „ 50000 „	18
„ 50001 „ 60000 „	21
Über 60000 „	24
Paris	30

Man sieht, wie benachteiligt die großen Städte über 60000 Einwohner sind, besonders aber Paris. 1901 zählte man 137 Gemeinden mit weniger als 50, 10567 mit 50 bis 300 Einwohnern. Jede von ihnen entsendet einen Senatswähler, zusammen 10704. Paris dagegen mit seinen 2700000 Einwohnern entsendet 30, also auf 90000 Einwohner einen Senatswähler. Zu der sechsfachen Verkürzung von Paris gegenüber den kleinsten Departements gesellt sich hier die 300- bis 1800fache gegenüber den kleinsten Gemeinden, die ein Drittel aller ausmachen. Und das erstere wie das letztere Unrecht wächst in dem Maße, in

dem Paris und die industriellen Zentren zunehmen, indes das flache Land entvölkert. Von 1881 bis 1901 ist die Zahl der Gemeinden mit weniger als 50 Einwohnern von 67 auf 137 gestiegen, die der Gemeinden zwischen 50 und 100 Einwohnern von 8771 auf 10567. Gleichzeitig wuchs Paris von 2239928 Einwohnern auf 2714068.

Diese Zahlen zeigen schon an, was es mit der Redensart von der Herrschaft des allgemeinen gleichen Stimmrechtes in der französischen Republik auf sich hat. Der Präsident ist der Erwählte nicht nur der Kammer, sondern auch des Senats, die ihn in gemeinsamer Sitzung, als Nationalversammlung vereinigt, erwählen. Der Präsident, der Erwählte des ungleichen Stimmrechtes, ernennt aber die Minister, und diese sind vom Senat ebenso abhängig wie von der Kammer.

Ein sozialistischer Minister in Frankreich ist heute ein Minister von des Senats Gnaden, einer Körperschaft, die zu den konservativsten der Welt gehört und sich rühmen darf, eine der wenigen nach allgemeinem Stimmrecht gewählten Körperschaften in Europa zu sein, die ebenso frei von Sozialdemokraten ist, wie der preußische und sächsische Landtag.

Wie in der Frage des gesetzgebenden Körpers entfernte sich die Verfassung von 1875 auch in der der Organisation der Staatsverwaltung ganz gewaltig von dem Beispiel der ersten Republik und der Pariser Kommune, um völlig im Geleise des Kaiserreichs zu bleiben. An der Herrschaft der zentralistischen Bureaukratie wurde so gut wie nichts geändert. Der Präfekt bleibt der Herrgott im Departement, ohne dessen Zutun die Gemeinde nichts Wichtiges unternehmen darf und dessen Untergebene die Bürgermeister sind.

„Alle Ministerien und alle großen Verwaltungszweige sind am Departementshauptort vertreten: der Krieg durch den General, der Kultus durch den Bischof, die Finanzen durch den Generalstaatskassier und durch verschiedene andere Beamte (Hypothekenbewahrer, Direktor des Enregistrements, der Zölle und der indirekten Steuern usw.), die öffentlichen Arbeiten durch den Chefingenieur, der öffentliche Unterricht durch verschiedene Inspektoren. . . . Und alle diese Dienstvorstände stehen in fortwährenden Beziehungen zum Präfekten, der den meisten derselben gegenüber Vorgesetzter ist, diese verschiedenen Verwaltungen gleichsam in einem Bündel vereinigt, damit sie sich gegenseitig kennen, verständigen und unterstützen, und der endlich neben beinahe allen diesen Beamten selbst in ihrem Amtskreis mittätig ist.

„In der Tat hat der Präfekt, welcher das unmittelbare Organ des Ministers des Innern ist, wenn er auch das Armeekorps nicht kommandiert, doch die ganzen Rekrutierungsangelegenheiten unmittelbar unter sich; er wirkt, wenn er auch keine Steuern einnimmt, doch bei der Verwaltung der Departements- und Gemeindeeinkünfte mit. Er ist zwar nicht mit der Justiz befaßt, aber die Sträflinge sind in seine Hand gegeben, und die Gefängnisse unterstehen ihm ausschließlich. Er ernennt und entläßt die Lehrer und belegt sie mit Disziplinarstrafen; . . . ebenso übt er auch seinen Einfluß auf den Chefingenieur des Departements in allem, was die Departementsstraßen und Vizinalwege betrifft; endlich verwaltet er das Departementsvermögen unter der Oberaufsicht des Generalrats" (Josat bei Lebon, „Das Staatsrecht der französischen Republik", 1892, S. 102).

Josat hätte zu den Obliegenheiten des Präfekten noch die hinzufügen können, alle Welt auf ihre politische Zuverlässigkeit zu bespitzeln und bei den Wahlen die der Regierung genehmen Kandidaten mit aller Energie und allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln — und das sind nicht wenige — zu unterstützen.

Neben den Präfekten stehen die Vertretungen der Departements — di
Generalräte — und die Gemeinderäte. Nach der Napoleonischen Verfassun
vom Jahre 1800 waren die Generalräte sowie die Maires der größeren Städt
von der Regierung, die Gemeinderäte und die Maires der Gemeinden vo
weniger als 5000 Einwohnern vom Präfekten ernannt worden. Die Juli
revolution brachte die Wahl dieser Körperschaften nach einem Zensuswahlrech
die Revolution von 1848 nach allgemeinem Stimmrecht. Der einzige erheb
liche Fortschritt, den die dritte Republik darüber hinaus vollzog, war die Wah
der Maires durch die Gemeinden (1882), wovon aber Paris bis heute aus
geschlossen ist. Es steht auch heute noch unter einem von der Regierung er
nannten Bürgermeister, dem Seinepräfekten, dem ein Polizeipräfekt beigegebe
ist. Diese Einrichtung des Gesetzes vom 28. Pluviose des Jahres VIII (1800
hat sich bis in die Republik des zwanzigsten Jahrhunderts hinein erhalten, un
Herr Lepine sorgt dafür, daß sein Bestehen uns recht oft in eindringlichste
Weise zum Bewußtsein gebracht wird. Selbst de Pressensé rief jüngst in de
„Humanité“, was wohl die alten Republikaner, die das Kaiserreich bekämpfter
dazu sagten, wenn sie sähen, wie dieses „preußische Paschalik unter dem Regim
des Herrn Lepine mächtiger, unabhängiger, der Kontrolle der Bürger wie de
Überwachung der Minister mehr entzogen sei als je!“ („Humanité“, 2. Oktober
Der letztere Zusatz soll dazu dienen, die Mitschuld der Regierung, der auc
Pressensé dient, an den Infamien Lepines, den sie stets deckt, zu minderr
Aber welche demokratische Ohnmacht äußert sich in diesem Schmerzensschre
eines Mitglieds der Regierungspartei!

Auch heute noch unterliegt jeder Beschluß eines Gemeinderats der Sanktio
des Präfekten oder des Ministers des Innern; der Präfekt kann auch jede
Akt des Gemeindevorstehers, des Maires, annullieren, jeden von diesem er
nannten Polizeidiener der Gemeinde absetzen. Der Maire ist nicht bloß Re
präsentant der Gemeinde, sondern auch der Zentralbehörde, deren Weisunge
er zu vollziehen hat. Und diese Befugnisse bleiben nicht auf dem Papier
auch dienen sie nicht etwa bloß dazu, Ungeschicklichkeiten oder Mißstände z
beseitigen. Nur ein Beispiel: Der Gemeinderat von Roubaix, den die „Gues
disten“ erobert hatten, beschloß unter anderem, kommunale Apotheken sowi
eine unentgeltliche juristische Auskunftstelle, eine Art Arbeitersekretariat zu er
richten. Der Präfekt annullierte diese Beschlüsse, und die Regierung trat au
seine Seite (1894).

Das Heer von Staatsbeamten, das die dritte Republik vorfand, wurd
von ihr nicht verkleinert. Im Gegenteil, jedes Ministerium suchte seinen Ein
fluß dadurch zu verstärken, daß es die Zahl der Beamtenposten vermehrte, di
man an Protektionskinder seiner Freunde vergeben konnte.

Nur ein Beispiel dafür, das ich gerade zur Hand habe. Am 8. Dezember 188
erging es Gambetta, dem damaligen Ministerpräsidenten, ziemlich übel,

„als die Gehalte bewilligt werden sollten für zwei neue Ministerien (Ackerba
und schöne Künste) und zwei neue Unterstaatssekretärstellen für Krieg und Ackerba
die Gambetta eigenmächtig errichtet hatte, um einige Freunde, die er sonst nicht ve
wenden konnte, zufriedenzustellen.“ Ribot benutzte diese Gelegenheit, Gambetta i
der Kammer eins auszuwischen. „Er gestand, bisher habe er immer geglaubt, wa
eine demokratische Regierung zu ihrem Vorteil von einer monarchischen unterscheid
sei insbesondere das, daß die Gewalten sich unter eine geringere Anzahl von Köpfe
verteilten und daß der ganze prunkende Hofstaat von überflüssigen Menschen ve

schwinde, den man zur Verzierung alter Monarchien rechne. ... Er sehe mit Staunen, wie seit einigen Jahren das Personal der Ministerien beständig zunehme, statt abzunehmen. Aus einer vergleichenden Zusammenstellung der Budgets seit 1874 ergebe es sich, daß allein die Besoldungen der Beamten der Hauptverwaltungen um 4 Millionen Franken gewachsen seien usw." (Oncken, a. a. O., S. 826, 827).

Natürlich machte es der tugendhafte Herr Ribot als Minister nicht besser.

„In dem Maße", sagt Paul Louis, „in dem das Kleinbürgertum zurückging, die Krisis auf dem flachen Lande wuchs, vermehrte die herrschende Klasse das Beamtenheer, um die neuen Rekruten der revolutionären Reserve zu entwaffnen und neue Kontingente an ihre Fahne zu binden. Neben ihre militärische Schutzwehr von 600000 Mann setzte sie eine bürgerliche von 700000 bis 800000 Familien. Mehr als ein Zehntel der Bevölkerung machte sie dadurch solidarisch mit ihrer Herrschaft, weil zum Teilhaber an ihr" („Histoire du Socialisme Français", 1901, S. 280).

Mit der Regierung treten jetzt auch die ministeriellen Sozialisten für das bureaukratische Parasitentum ein.

Eine der überflüssigsten Beamtenkategorien sind die Unterpräfekten. Jahraus jahrein wird der Antrag gestellt, sie zu beseitigen. Vergebens. In diesem Jahre war sogar die Budgetkommission dafür eingetreten. Ihr Antrag wurde mit 314 Stimmen gegen 193 abgelehnt. In der Majorität befanden sich die ministeriellen Sozialisten (bis auf sieben).

Wie mit dem Verwaltungsmechanismus ist es mit dem Richterstand. Auch hier hat die Republik gar nichts Erhebliches geändert. Keine Spur von einer Erwählung der Berufsrichter durch das Volk. Das ganze richterliche Rüstzeug des Kaiserreichs, inklusive die das gerichtliche Verfahren beherrschende Stellung des Staatsanwalts, hat die dritte Republik sich zu eigen gemacht.

Kurt Eisner ist sehr begeistert von den französischen Richtern, denen die französische Bourgeoisie eine vorzügliche Erziehung habe angedeihen lassen. Als Beweis dafür dient ihm der „gute Richter". Leider kann er nur mit einem solchen aufwarten — einen weißen Raben dürfte man vielleicht auch unter den deutschen Richtern auftreiben können. Will man aber wissen, wie „gut erzogen" die französischen Richter sind, dann erinnere man sich des Prozesses gegen Zola, der diesem wegen seiner Anklagen gegen das Kriegsgericht, das Dreyfus verurteilte, ein Jahr Gefängnis einbrachte. Eine schamlosere Beugung des Rechtes und eine schuftigere Prozeßleitung wie in dieser Affäre ist nicht denkbar.

Ein Jahr für Zolas Kampf um die Wahrheit — ebensoviel, wie jüngst die Fabrikantensöhne Crettiez dafür erhielten, daß sie mit kühler Überlegung drei Arbeiter feig und hinterlistig ermordeten, die sie nicht im geringsten bedrohten.

Den Meuchelmördern halfen die Gerichtspersonen, wo sie konnten: „Die Anklagekammer hat sich direkt zum Anwalt der Mörder herabgewürdigt", berichtete der Pariser Korrespondent des „Vorwärts" (29. November 1904). Die Richter ermutigen also indirekt die Fabrikanten zur Niederschießung streikender Arbeiter — das erinnert auf das lebhafteste an die Zustände in der großen, transatlantischen Republik. In der Tat, die republikanische Bourgeoisie hat ihre Richter gut gezogen, zur höchsten Milde gegen wohlhabende oder angesehene Mörder von Arbeitern und zu unerbittlicher Strenge gegen deren Ankläger oder einfache Proletarier.

Wir werden noch Gelegenheit haben, die Arbeiterfreundlichkeit der französischen Richter in einem anderen Zusammenhang kennen zu lernen.

In bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche hat die dritte Republik bisher alles so gelassen, wie sie es vorgefunden. Das 1801 zwischen Bonaparte und dem Papst Pius VII. abgeschlossene Konkordat hat sich bis in unsere Tage in voller Kraft erhalten. Selbst der sozialistische Minister hat noch mehrere Male das Kultusbudget bewilligt, und wenn es jetzt zum Bruche zwischen Staat und Kirche gekommen, ist dies einer Provokation der Kirche zuzuschreiben. Wobei noch immer daran zu zweifeln ist, daß dieser Bruch ein dauernder sein werde. Wir kommen darauf noch später zurück.

Es bleibt uns nur noch ein Herrschaftsmittel zu betrachten, allerdings das wichtigste, die Armee. Hier hat die Republik einschneidende Änderungen getroffen, aber keine anderen als zum Beispiel Österreich und Rußland auch. Wie diese übernahm es die preußische Art der Verquickung von allgemeiner Wehrpflicht mit stehendem Heer. Die große Revolution hatte jene schon durchgeführt und ein wirkliches Volk in Waffen organisiert. Napoleon I. setzte an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht die Konskription mit der Möglichkeit für die Besitzenden, sich vom Kriegsdienst loszukaufen. Die Maires und Unterpräfekten hatten darüber zu bestimmen.

Nach dem Gesetz vom 27. Juli 1872 ist jeder kriegstaugliche Franzose zum Militärdienst verpflichtet. Aber er wird nicht ein bewaffneter und im Waffengebrauch geübter Bürger, sondern wie der alte Berufssoldat ist er in der Kaserne vom Volk abgeschlossen, untersteht er auch außerhalb seiner kriegerischen Berufstätigkeit einer besonderen Disziplin und Gerichtsbarkeit, ausgeübt von einer bevorrechteten Offizierskaste, die erhaben ist über die bürgerlichen Gesetze und innerhalb ihrer besonderen Disziplin und Gerichtsbarkeit nur abhängig von ihren Vorgesetzten, in letzter Linie dem Präsidenten, der sie ernennt.

Nicht um das Volk zu bewaffnen, sondern um die Zahl der Soldaten möglichst zu steigern, führte die dritte Republik die allgemeine Wehrpflicht ein. Gleichzeitig damit schaffte man den Rest von Volksbewaffnung ab, der sich aus der großen Revolution noch erhalten hatte, die Nationalgarde. Freilich war si[e] unter den monarchischen Regimes verkümmert und zu einem Privileg de[r] Reichen, sowie zu einem bloßen Spiel mit Waffen herabgedrückt worden. Abe[r] wie der Februar 1848 und dann 1870/71 während des Krieges und un[-]mittelbar nach ihm die Pariser Ereignisse bewiesen, hatte sie in Zeiten de[r] Revolution dennoch einen zu gefährlichen Ansatzpunkt für die Bewaffnung de[s] Proletariats gegeben. 1848 bestand eines der Mittel der Revolutionäre, sic[h] Waffen zu verschaffen, darin, sie aus den Wohnungen der wohlhabende[n] Nationalgardisten zu holen, die keine Miene machten, sie zu verteidigen. Di[e] Bourgeoisie konnte also nach 1871 nur noch ruhig schlafen, wenn Waffen außer[-]halb der Kaserne, außerhalb des Bereichs der militärischen Disziplin, nich[t] mehr zu finden, alle Klassen des Volkes entwaffnet waren. So wurde 187[-] die Nationalgarde aufgehoben. Die Einführung der allgemeinen Wehr[-]pflicht ging Hand in Hand mit der völligen Entwaffnung de[s] Volkes.

Das geschah unter Mitwirkung derselben bürgerlichen Republikaner, die noc[h] im Dezember 1867 in der Kammer den Antrag auf Einführung eines Miliz[-]systems nach schweizerischem Muster eingebracht und in ihrem Programm vo[n] 1869 die Volksbewaffnung verlangt hatten.

Durch die Entwaffnung des Volkes war der bewaffneten Revolution von
nten ein starker Riegel vorgeschoben; gleichzeitig aber den Staatsstreichgelüsten
er Prätorianer des Offizierskorps Tür und Tor geöffnet. Heute wird den
ürgerlichen Republikanern selbst angst vor der Säbelherrschaft, die sie dadurch
eraufbeschworen; durch die erbärmlichste Spitzelwirtschaft suchen sie das
ffizierskorps niederzuhalten. Aber vergebens. Die Bourgeoisie ist heute so
eit gekommen, daß sie sich der Säbelherrschaft nur erwehren kann durch Be-
affnung des Proletariats; die immer drohender heranrückende Herrschaft des
roletariats nur hinauszuschieben weiß durch die Herrschaft des Säbels. Beide
aktoren uneingeschränkt zu beherrschen, ist ihr nicht mehr gegeben. Aber da
schließlich die Herrschaft der Offizierskaste doch lieber erträgt als die des
roletariats, weigert sie sich hartnäckig, das einzige Mittel zu ergreifen, das
m Säbelregime für immer ein Ende machen kann, die Volksbewaffnung.

Diese Zwickmühle ist für die Freunde der Republik nicht angenehm, aber
s ist kein Grund, über die wahren Gründe der Herrschaftsstellung, die der
eneralstab in der Republik erlangt hat, die Augen zu schließen und den
lauben zu nähren, das Proletariat schütze die Republik am besten dadurch,
ß es von der bürgerlichen Polizeispitzelei Wunder erwarte, und nicht da-
rch, daß es seine Forderung auf Volksbewaffnung immer energischer geltend
ache.

In der beherrschenden Position, die allmählich dem Offizierskorps mit
aturnotwendigkeit aus dem Militarismus der dritten Republik erwuchs, tritt
monarchistischer Charakter am deutlichsten zutage. Mit den staatlichen In-
tutionen, welche die erste Republik begründete, welche die zweite Republik
ch dem Willen der Sieger vom Februar 1848 ins Leben rufen sollte, welche
lich die Pariser Kommune durchzuführen suchte — mit allen diesen Einrich-
ngen, die unter dem Namen der Republik zusammengefaßt werden, hat die
rfassung der dritten Republik nichts gemein. Dagegen hat sie von der Mon-
chie alle Herrschaftsinstitutionen übernommen, welche die drei großen Revo-
ionen Frankreichs zu vernichten gesucht hatten.

Republikanisch ist in der dritten Republik nur noch die direkte Herrschaft
Bourgeoisie, die nicht durch einen erblichen Repräsentanten der Exekutiv-
valt vermittelt wird. Dadurch kommt sie aber auch viel leichter in direkte
llision auf der einen Seite mit dem Proletariat oder dem Kleinbürgertum,
der anderen Seite mit ihren eigenen Herrschaftsmitteln, die danach trachten,
Mitteln der Beherrschung der unteren Klassen zu Mitteln der Beherrschung
Staates zu werden.

In jeder Republik spitzen sich die modernen Klassengegensätze schroffer zu
in der Monarchie, da sich die Klassen in jener unvermittelter entgegentreten.
schroffsten müssen sie sich aber in einer Republik mit monarchischen Herr-
ftsmitteln äußern, da hier zur republikanischen Unvermitteltheit der Klassen-
ensätze noch ihre Verschärfung durch der Monarchie entsprechende politische
gleichheiten und Unterdrückungen hinzukommt, was einen steten Drang nach
itischen Umwälzungen erzeugt, der der reinen Demokratie fehlt. In ihren
narchischen, nicht in ihren republikanischen Institutionen liegen heute die
ahren für die Republik. Diese monarchischen Einrichtungen werden aber
zeit am eifrigsten verteidigt von den regierenden Republikanern aller Schattie-
gen, die ministeriellen Sozialisten eingeschlossen. (Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um den Stillen Ozean.

Von **M. Beer.**

1. Die Gebiete des Stillen Ozeans.

Allem Anschein nach bedeutet das letzte Viertel des neunzehnten Jahrhunder den Abschluß einer Periode, die vor genau vierhundert Jahren mit der Er deckung Amerikas begonnen hatte. Vom wirtschaftlich-geographischen Stan punkt betrachtet, könnte man sie die atlantische Periode nennen. Der ku turelle Schwerpunkt, der bis dahin im Mittelmeer und in der Ostsee geleg hatte, wurde nach den Ländern um den Atlantischen Ozean übertragen, w sich auch die verschiedenen Formen des nationalen, bürgerlichen und kapi listischen Wesens nach und nach herausgebildet haben.

Die Erzeugung des materiellen Bedarfes hat einen überwiegenden E fluß auf die innerpolitischen, nationalen und sozialen Schichtungen und Kämp der Austausch des materiellen Bedarfes bestimmt in hohem Maße die V wicklungen der äußeren Politik, den Aufbau und Untergang großer Reic Zwischen beiden findet eine rege Wechselwirkung statt. Der Austausch ist Handelsrouten gebunden; bedeutende Handelsrouten, weltwirtschaftliche Arteri bestimmen die Richtung der äußeren Politik und den Hauptschauplatz des k turellen Ringens.

Waren in der bürgerlich-nationalen Periode der Atlantische Ozean und mit ihm verbundenen Gebiete der Hauptschauplatz des Kulturlebens, so begin jetzt der Stille Ozean immer mehr und mehr in den Mittelpunkt des We verkehrs und deshalb auch in den Mittelpunkt der äußeren Politik zu tret

Die Mittelmeerperiode hat viertausend Jahre gedauert; die atlantis Periode nur vierhundert Jahre. Die Kulturleistungen stehen offenbar im u gekehrten Verhältnis zur Dauer der Kulturperioden. Die atlantische Perio hat die Welt tiefer und umfassender umgewälzt als die Mittelmeerperio Die Zunahme der materiellen und geistigen Energien wirkt beschleunigend den Gang der Kultur. Auch der jetzt beginnenden Periode des Stillen Ozea wohnt offensichtlich die Tendenz inne, kurzlebig und intensiv wirkend zu se Seit dem Jahre 1884 wurden Afrika und Asien teils politisch umgestaltet, te in einen Umgestaltungsprozeß geworfen; dahinsiechenden Staatengebilden Unabhängigkeit genommen oder der Todesstoß versetzt; zersplitterte Wirtschaf kräfte zusammengefaßt und Organisationsarbeiten geleistet, wie sie die W nie gekannt hat. Und doch stehen wir kaum an der Schwelle dieser schicksa reichen Periode!

* * *

Der Stille Ozean nimmt fast die Hälfte der Wasserfläche der Erde ein. hat die Form eines Dreiecks: sein Scheitelpunkt ist das Beringmeer; seine Se sind die Westküsten Amerikas und die Ostküste Asiens; an seiner Basis lieg Australien, Neuseeland und zahlreiche Inselgruppen. Diese Gebiete unt scheiden sich von den Küsten aller anderen Meere dadurch, daß sie auß ordentlich reich an Mineralien, besonders an Edelmetallen sind. Mit Ausnahm Transvaals sind die Edelmetallquellen der neueren und neuen Zeit zu find an den Westküsten Amerikas und in Australien.

Die Gold- und Silberschätze, die zu Beginn der atlantischen Periode du die spanischen Konquistadoren Cortez, Pizarro und ihre Nachfolger

[M]exiko, Peru und den isthmischen Gebieten nach Europa gelangten, haben viel [da]zu beigetragen, daß der Feudalismus in Westeuropa beseitigt und der Mer[ka]ntilismus, die bürgerlich-nationale Periode eingeleitet wurde.

Die Goldschätze Kaliforniens und Australiens haben um die Mitte des [ne]unzehnten Jahrhunderts den Großkapitalismus eingeleitet; Nordamerika zum [I]ndustrieland ersten Ranges gemacht und in seinen Südstaaten die Sklaverei [ab]geschafft; dem Stillen Ozean seine Bedeutung gegeben; Ostasien in Gärung [ve]rsetzt und Rußland nach Wladiwostok und Port Arthur gelockt.

Zu den ersten Politikern und Ökonomen, die die Bedeutung der Gold[en]tdeckungen in Kalifornien und Australien sofort verstanden und würdigten, [ge]hört Karl Marx. Im Januar 1850 schrieb er: „... Wir kommen nun zu [A]merika. Das wichtigste Faktum, das sich hier ereignet hat, wichtiger noch [al]s die Februarrevolution, ist die Entdeckung der kalifornischen Goldgruben. [Sc]hon jetzt, nach kaum achtzehn Monaten, läßt es sich voraussehen, daß diese [En]tdeckung viel großartigere Resultate haben wird als selbst die Entdeckung [Am]erikas. ... Das kalifornische Gold ergießt sich in Strömen über Amerika [un]d die asiatische Küste des Stillen Ozeans und reißt die widerspenstigen [Ba]rbarenvölker in den Welthandel, in die Zivilisation. Zum dritten Male [be]kommt der Welthandel eine neue Richtung. Was im Altertum Tyrus, [Ka]rthago und Alexandria, im Mittelalter Genua und Venedig waren, was [bis]her London und Liverpool gewesen sind, die Emporien des Welthandels, [da]s werden jetzt New York und San Francisco. ... Der Schwerpunkt des [We]ltverkehrs, im Mittelalter Italien, in der neueren Zeit England, ist jetzt [die] südliche Hälfte der nordamerikanischen Halbinsel. ... Dank dem kalifor[nis]chen Golde und der unermüdlichen Energie der Yankees werden beide Küsten [des] Stillen Meeres ... ebenso industriell sein, wie es jetzt die Küste von Boston [bis] New Orleans ist. Dann wird der Stille Ozean dieselbe Rolle spielen wie [jetz]t das Atlantische, im Altertum und Mittelalter das Mittelländische Meer — [die] Rolle der großen Wasserstraße des Weltverkehrs" (Mehring, „Nachlaß von [Ma]rx usw.", 3. Band, S. 443—444).

Reich an Mineralien ist die ganze Westküste Nordamerikas: Alaska, Britisch-[Kol]umbia (besitzt neben der walisischen die beste Kohle der Welt), Nevada, [Mo]ntana, Kolorado.

China, Korea und Japan zeigen einen ähnlichen Charakter. Das russische [Ges]chwader in Ostasien benutzte japanische Kohle. Die Eisen- und Kohlenlager [Chi]nas sind so bedeutend, daß mit ihnen Industrien aufgebaut werden könnten, [die] den europäischen und amerikanischen um nichts nachstehen, aber vor ihnen [den] Vorzug billiger Arbeitskräfte haben würden. Es sind solche, von der Natur [reic]h ausgestattete, aber noch nicht ausgebeutete Gebiete, nach denen das [in d]en kapitalistischen Ländern aufgehäufte und nach Anlagen suchende Kapital [drän]gt.

Alle diese Ursachen trugen dazu bei, daß der Schiffsverkehr am Stillen [Oze]an in den letzten fünfzig Jahren eine bedeutende Steigerung erfahren hat. [Et]wa ein Dutzend Dampferlinien durchkreuzen jetzt den Stillen Ozean zwischen [Am]erika und Asien. ... So wurden die Hawaiinseln mit Kalifornien ver[bun]den; Australien mit Asien und Amerika und allen größeren Inseln; Japan [und] China mit Südasien, den Philippinen, Australien, Indien und Europa; [Ala]ska mit den pazifischen Häfen, während die Küsten, Inseln und die Ströme [Chi]nas mit fremden Schiffen bedeckt sind, wo vor fünfzig Jahren der Handels-

verkehr schüchtern sich bewegte und die meisten Häfen verschlossen fand. D
Schiffe, die vor sechzig Jahren im Stillen Ozean handelten, segelten um d
Kap Horn oder der guten Hoffnung, schlängelten die Küsten Amerikas u
Asiens entlang, besuchten die verschiedenen Punkte, vollzogen ihren Austaus
und nach ein- oder zweijähriger Abwesenheit kehrten sie in ihre Heimatshäf
zurück. Jetzt verfügen alle wichtigen Häfen über Schnelldampfer, die an b
stimmten Tagen in See stechen und direkte Verbindungen haben. An solch
Plätzen wie Wladiwostok, Yokohama, Tientsin, Shanghai und Hongkong tri
man jeden Tag fünfundzwanzig bis fünfzig Dampfer der Gesellschaften d
Pacific Mail, Canada Pacific, Northern Pacific, Oriental and Californ
Oriental and Peninsula, der Transsibirischen und der Nippon Yusen Kais
(japanische Postdampfer); die letztgenannte Gesellschaft, die zweitgrößte d
Welt, verfügt über Hunderte von Schiffen, darunter 83 Dampfer, und hat Ve
bindungen mit allen Häfen Japans, Chinas, Koreas, Sibiriens und mit d
Linien nach Kalkutta, den Philippinen, Hawaiinseln, Australien und Amerik
(Bancroft, „New Pacific", S. 1. New York 1900).

Die Inseln, Häfen, Land- und Meerengen, die auf den pazifischen Handel-
routen liegen, wurden deshalb in den letzten Jahrzehnten zum Gegenstand b
sonderer Aufmerksamkeit der Großmächte. Da der Güteraustausch der zivi-
sierten, das heißt auf Privateigentum beruhenden Welt zwischen Person
und Staaten vor sich geht, die sich gegenseitig als engherzige Egoisten, Die
und Räuber betrachten, so folgt der Handelsmarine die Kriegsmarine. Ei
Ausnahme ist die freihändlerische Anschauung, aber diese hat nur eine the
retische Bedeutung und hat an der Praxis nichts geändert. Beide Marin
brauchen Kohlenstationen und Stützpunkte. Zu diesem Zwecke wurden die i
Pazifischen gelegenen Inseln annektiert.

England besitzt dort die Inselgruppen Fidschi, Tonga, Ducie, Pitcair,
Tokelau, Phönix, Ellice, Gilbert, Britisch-Salomon, Santa Cruz usw. usw. –
Frankreich besetzte im Jahre 1880 Tahiti und Rapa, um die Route Panam-
Australien zu beherrschen; seine Streitpunkte mit England über die Neu
Hebriden werden von einer Kommission untersucht. — Deutschland erhi
Kaiser Wilhelms-Land (in Neuguinea), den Bismarck-Archipel, Nördlic
Salomongruppe, Marshall, Karolinen, Marianen, Palau, Samoa (Sawai u
Upolu); die Besetzung Kiautschous gehört ebenfalls zur selben Politik. — D
Vereinigten Staaten von Amerika erwarben Hawai (1897), die Phil-
pinen (1898), Guam, kauften den von Lesseps in Kolumbien in Angriff g
nommenen Panamakanal für acht Millionen Dollar, und als die Regieru
Kolumbiens sich dem Einfluß der Nordamerikaner widersetzte, förderten di
die Rebellion und Loslösung des Departements Panama, das in einer Na
zur selbständigen Republik wurde (Oktober 1903). Der Gedanke eines int-
ozeanischen Kanals ist beinahe so alt wie die Entdeckung Amerikas; Kolumb
unternahm seine Reise, um eine neue Route nach Asien zu finden, da die b
dahin benutzte Mittelmeerroute im fünfzehnten Jahrhundert durch die Sie
der Türken unsicher wurde. Vom Jahre 1528 an beschäftigten sich Spani,
Engländer, Amerikaner, Holländer und Franzosen mit der Durchstechung d
Isthmus von Darien (Panama), aber erst seit der Entdeckung des kalifornisch
Goldes wurde der Plan ernster in Angriff genommen. Seine Verwirklichu
verdankt er dem nordamerikanisch-spanischen Krieg (1898), der den Eintritt d
Vereinigten Staaten in die Kolonialpolitik verkündete. Der Kanal soll d

Amerikanern die Möglichkeit geben, ihre wirtschaftliche und ihre kriegerische Macht in kürzester Frist dem Stillen Ozean zuzuwenden. — In Japan war man sich der Bedeutung des Stillen Ozeans schon in den achtziger Jahren vollständig klar; im Frieden von Schimonoseki (1895) erhielt es die Insel Formosa, die strategisch den pazifischen Verkehr mit Hongkong beherrscht. — Rußland erwarb die Insel Sachalin (1859), die den Norden Japans beherrscht und die Amurmündung schützt, den Hafen Wladiwostok (1860), die Mandschurei mit Port Arthur (1896—1900), und in dem Maße wie der Schiffsverkehr im Stillen Ozean vom Westen und Süden zunahm, verlängerte Rußland seine Eisenbahn durch Sibirien ostwärts zur pazifischen Küste.

2. Die Großmächte und Ostasien.

Die Politik Englands in Ostasien hatte von Anfang an ausschließlich kommerzielle Beweggründe. Die Briten wollten feste Handelsverbindungen zwischen Indien und Ostasien herstellen. Einer der ersten Schritte nach dieser Richtung hin war die Erwerbung der Insel Singapore (1819), deren Stadt gleichen Namens sie zu einem der größten Handelsplätze der Welt machten. Das Mittel zum Aufschwung Singapores war der Freihandel. Einer der wichtigsten Artikel der indischen Ausfuhr war Opium, dessen Schädlichkeit die chinesischen Behörden bald erkannten, so daß sie sich seiner Einfuhr widersetzten. Die Folge war der Opiumkrieg (1840), der zu den schwärzesten Blättern in der britischen Geschichte gehört. Die Chinesen unterlagen; im Frieden von Nanking (1842) überließen sie Hongkong an die Engländer und öffneten fünf Handelsplätze dem internationalen Verkehr: Canton, Amoy, Futschu, Ningpo, Shanghai. Dieser Krieg bereitete die Gärung vor, die einige Jahre später in der Rebellion der Taiping zum Durchbruch kam und bis zum Jahre 1864 dauerte. Während dieser Rebellion, die man heute allgemein als einen nationalen Regenerationsversuch betrachtet, wurde ein französischer Missionar getötet und ein kleines englisches Schiff „Arrow“ beschlagnahmt, wodurch es zu einer englisch-französischen Strafexpedition kam, die mit der Einnahme Pekings abschloß (1860). Im Jahre 1885 besetzten die Engländer die Insel Port Hamilton an der Südküste Koreas; die Absicht war, diese Insel zur Flottenstation gegen Rußland zu machen (Dilke, „Present Condition of European Politics“, S. 175). Als dann China von Rußland die Zusicherung erhalten hatte, die Integrität Koreas zu wahren, wenn England die gleiche Zusicherung macht, gab England Port Hamilton an China zurück, wobei eine Art Bündnis zwischen England und China gegen Rußland abgeschlossen wurde (1887). Während des chinesisch-japanischen Krieges (1894/95) galt England als der Freund Chinas. Das Verhältnis löste sich auf im November 1897, als Rußland Port Arthur besetzte und die britischen Kriegsschiffe aus diesem Hafen vertrieb. Im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts stand die englische Diplomatie den Vorgängen in Ostasien kopflos gegenüber. Lord Salisbury war ein Diplomat der alten Schule, die sich hauptsächlich mit der orientalischen Frage beschäftigte. Alle anderen Fragen wurden rein empirisch behandelt. Gladstone und Rosebery, die in den Jahren 1892 bis 1895 am Ruder waren, hatten ebensowenig eine Ahnung von der Rolle des Stillen Ozeans wie Salisbury, oder wie dessen Zeitgenossen und Vorgänger: Gortschakoff, Bismarck, Cavour, Nesselrode, Metternich, die samt und sonders in den Traditionen der orientalischen Frage, der Nationalitätenkämpfe und der bürgerlichen Revolution oder aristokratischen Reaktion

groß wurden. Diese Periode schloß ungefähr im Jahre 1880 ab. Was seit dem kam: Imperialismus, Sozialismus, ostasiatische Frage, war ihnen ein Buch mit sieben Siegeln.

Rußland begann sich fast gleichzeitig mit England nach Ostasien auszudehnen. Sein Vormarsch in Asien ist ein Eroberungszug, der an den mongolischen im dreizehnten Jahrhundert erinnert. In den vierziger Jahren wurde N. N. Murawieff zum Generalgouverneur Ostsibiriens ernannt. Im Jahre 184 baute er die Festung Petropawlowsk in Kamtschatka; 1850 Nikolajewsk an der Mündung des Amur; durch den Vertrag von Aigun (Mai 1858) erhiel er von China das pazifische Küstengebiet zwischen dem Amur und Usur; zwe Jahre später war das ganze linke Ufer des Amur in russischem Besitz; im selben Jahre (1860) wurde Wladiwostok gebaut. Gleichzeitig faßte Rußland Fuß auf Sachalin, das Japan gehörte, und im Jahre 1875 war ganz Sachalin russisch, wofür Japan die Kurileninseln erhielt. Dieser den Japanern auf gezwungene Tausch, sowie das Benehmen der Russen während des japanisch russischen Kondominiums in Sachalin haben den Grund gelegt zur tiefen Feindschaft zwischen den beiden Mächten. Zur Vervollständigung der Daten des russischen Vormarsches in Asien ist noch folgendes hinzuzufügen: Im Jahre 186 wurden die kaukasischen Stämme nach langjährigem Ringen schließlich unterworfen; 1865 die Provinz Turkestan in Mittelasien etabliert; 1866 Bochar unterworfen; 1868 Samarkand besetzt; 1873 Chiwa unterworfen; 1876 Chokand und 1878 Balch besetzt; 1879 die Tökke Turkomanen besiegt; 1884 Merv besetzt, womit Rußland einen wichtigen Schritt in seinem Vormarsch gegen Indien machte. Als sich die Engländer über die russische Besetzung Mervs aufregten spottete Lord Salisbury über die „Mervosität“ Englands. Ein Jahr später waren die Russen an der Grenze Afghanistans und besetzten Penschdeh. In der Zeit, als die englische Konfusion über die russische Politik wuchs, nahm die Klarheit über sie in Japan zu. Als der Zarewitsch, jetzt Zar Nikolaus II. sich im Jahre 1891 auf einer Reise durch Japan befand, wurde er von einem Polizeibeamten durch einen Schwertstreich am Kopfe verwundet. Das Attentat hatte rein politische Motive. Auf seiner Rückreise kam der Zarewitsch nach Wladiwostok, wo er den ersten Spatenstich zur transsibirischen Bahn tat Im Jahre 1894 folgte er seinem Vater auf den Thron, und im April 1895 beim Abschluß des japanisch-chinesischen Krieges, der Japan in den Besitz von Liautung und Port Arthur brachte, intervenierte er in Gemeinschaft mit Frankreich und Deutschland gegen Japan, das zur Räumung der Halbinsel Liautung gezwungen wurde. Die Intervention wurde unternommen, um angeblich den Frieden in Ostasien zu befestigen, da der ostasiatische Friede bedroht wäre wenn eine fremde Macht Port Arthur besetzte. Das russische Memorandum an den Mikado erklärte wörtlich: „Die japanische Besetzung der Halbinsel Liautung würde nicht nur die chinesische Hauptstadt bedrohen, sondern auch die Unabhängigkeit Koreas illusorisch machen. Wir betrachten deshalb die Besetzung von Liautung als ein Hindernis für den Frieden Ostasiens“ (April 1895). Diese Intervention bedeutete den Beginn der Aufteilung Chinas. Die Beschützer der Integrität Chinas und des Friedens in Ostasien gingen bald daran sich den Lohn ihrer Intervention zu holen. Im Dezember 1896 schloß Graf Cassini, damals russischer Botschafter in Peking, einen Vertrag mit Li-hung-tschang ab, der den Bau der transmandschurischen Bahn Charbin-Port Arthur autorisierte. Ein Jahr später besetzte Deutschland Kiautschou, Rußland Port

Arthur, Frankreich dehnte seine südchinesische Einflußsphäre aus. Während des Boxeraufstandes besetzte Rußland die Mandschurei, verpflichtete sich aber in einem separaten Friedensvertrag mit China, die Mandschurei in drei sechsmonatigen Terminen zu räumen, natürlich mit Ausnahme der Militärposten, die zum Schutze der transmandschurischen Eisenbahn nötig sind. Der letzte Termin war der 8. Oktober 1903, aber Rußland machte keine Anstalten, seiner Vertragspflicht nachzukommen. Acht Jahre nach dem Frieden von Schimonoseki waren die transsibirische und transmandschurische Eisenbahn fertig, Port Arthur mit 53 Forts und 600 Geschützen zu einem Kriegshafen ersten Ranges umgestaltet und Rußland Herr der Mandschurei und Koreas und erwartungsvoller Erbe von ganz Nordchina. Im Sommer 1903 wurde Admiral Alexejeff zum Statthalter des Amurgebiets, in Wirklichkeit der ganzen Mandschurei und Koreas, ernannt. In Tokio war diese Ernennung das Signal, daß Rußland entschlossen ist, seine Herrschaft über den ostasiatischen Teil des Stillen Ozeans einschließlich der Mandschurei endgültig zu befestigen. Nach ihren fünfzigjährigen Erfahrungen mit Rußland ist die japanische Diplomatie auf eine derartige Eventualität nicht unvorbereitet gewesen. Im Januar 1902 hatte sie ein Bündnis mit England abgeschlossen, um im Falle eines Konfliktes mit Rußland den Rücken frei zu haben. Und im Juli 1903 begann sie Unterhandlungen mit Petersburg, die bis zum 5. Februar 1904 dauerten, aber keine friedliche Lösung brachten. Die offiziellen Dokumente über diese Unterhandlungen wurden vom Auswärtigen Amte in Tokio im Februar 1904 in der Form eines Weißbuchs veröffentlicht.

3. Das japanische Weißbuch.

Die offiziellen Unterhandlungen begannen am 28. Juli 1903 und wurden eingeleitet mit folgender Auseinandersetzung, die vom japanischen Staatssekretär des Äußern, Baron Komura, an Herrn Kurino, den japanischen Vertreter in Petersburg, gerichtet war: „Die japanische Regierung verfolgt mit aller Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge in der Mandschurei und betrachtet die gegenwärtige Lage als sehr ernst. Solange noch zu hoffen war, daß Rußland seine Vertragspflichten gegenüber China und anderen Mächten erfüllen werde, beobachtete die japanische Regierung eine reservierte Haltung. Aber die kürzlich unternommene Aktion Rußlands in Peking, wo neue Forderungen an die chinesische Regierung gestellt wurden, beweist, daß Rußland darauf bedacht ist, seine Stellung in der Mandschurei eher zu befestigen als aufzugeben; dann läßt seine zunehmende Tätigkeit an der koreanischen Grenze ernste Zweifel darüber entstehen, wie weit der Ehrgeiz Rußlands reicht. Die unbeschränkte, permanente Besetzung der Mandschurei durch Rußland schafft einen Zustand, der der Sicherheit und den Interessen Japans schädlich ist. Eine solche Besetzung würde das Prinzip der gleichen wirtschaftlichen Gelegenheit für alle Nationen, sowie die Integrität Chinas verletzen. Aber noch wichtiger ist, daß Japan von einer beständigen Gefahr bedroht wird, wenn Rußland an der Flanke Koreas stationiert ist. Korea würde dann vollständig unter russischen Einfluß fallen. Korea ist aber ein wichtiges Außenwerk in der Verteidigungslinie Japans. Die Unabhängigkeit Koreas ist deshalb eine absolut notwendige Bedingung für unsere Ruhe und Sicherheit. Dann hat Japan dort überwiegende politische und wirtschaftliche Interessen, die es keiner anderen Macht überlassen und mit keiner anderen Macht teilen kann. Die Regierung ist dem-

gemäß zum Entschluß gelangt, sich darüber mit der russischen Regierung i aller Freundlichkeit und Offenheit auseinanderzusetzen, um zu einem Ein verständnis über Fragen zu gelangen, die uns viel Sorge bereiten.

„Im Vertrauen auf Ihr Urteil und Ihre Klugheit legt die Regierung dies Unterhandlungen in Ihre Hände. Sie werden deshalb beauftragt, die Unte handlungen mit Graf Lambsdorff zu eröffnen und ihm folgende Note zu übe reichen:

Indem die japanische Regierung glaubt, daß Sie mit ihr den Wunsc teilen, die Ursachen aller künftigen Mißverständnisse in unseren Beziehunge zu beseitigen, ist es ihr angenehm, mit der russischen Regierung in eine Unte suchung der ostasiatischen Angelegenheiten einzutreten, um unsere Interesse sphären klar abzugrenzen. Wenn Sie geneigt sind, diese Anregung im Prinzi anzunehmen, so ist die japanische Regierung bereit, ihre Ansichten über d Natur und den Umfang dieses vorgeschlagenen Einverständnisses darz legen."

Darauf antwortete Kurino am 31. Juli, daß er den Auftrag ausgefüh und daß Lambsdorff ihm seine Bereitwilligkeit erklärt habe, der Anregung d japanischen Regierung zu folgen.

Baron Komura telegraphierte sodann, folgende Vorschläge zur Basis d Unterhandlungen zu machen:

„1. Gegenseitige Verpflichtung, die Unabhängigkeit Chinas und Koreas z wahren, und das Prinzip gleicher Gelegenheit für Handel und Verkehr all Nationen aufrechtzuerhalten.

2. Gegenseitige Anerkennung der überwiegenden Interessen Japans i Korea und der speziellen Eisenbahninteressen Rußlands in der Mandschure Japan darf Maßregeln ergreifen zum Schutze seiner Interessen in Kore und Rußland zum Schutze seiner Interessen in der Mandschurei, insofer diese Interessen mit dem Artikel 1 übereinstimmen.

3. Japan und Rußland dürfen keine Maßregeln ergreifen, die die En wicklung ihrer wirtschaftlichen Interessen in ihren Sphären hemmen könnte Rußland verpflichtet sich, Japan zu gestatten, seine koreanische Eisenba nach dem Süden der Mandschurei zu verlängern.

4. Beide Mächte verpflichten sich, zum Schutze ihrer Interessen oder z Unterdrückung von Insurrektionen nur so viel Truppen nach ihren Sphär zu schicken, wie es absolut notwendig ist, und sie zurückzuziehen, sobald ih Aufgabe erfüllt ist.

5. Rußland erkennt als das ausschließliche Recht Japans an, die koreanisc Regierung zu beraten, ihr in der Reform des Landes beizustehen und i militärischen Beistand zu gewähren.

6. Dieser Vertrag hebt alle früheren Abmachungen auf."

Am 24. August 1903 berichtet Kurino nach Tokio, daß der obenerwähn Entwurf an den Statthalter Alexejeff nach Port Arthur zur Begutachtung g sandt wurde. Lambsdorff meinte, der Vorschlag betreffend die japanische Ve längerung der koreanischen Eisenbahn nach der Mandschurei müsse abgeleh werden, dagegen seien die übrigen Vorschläge diskutabel. Trotzdem verging sechs Wochen, ehe der russische Gegenentwurf fertiggestellt wurde. Am 5. O tober telegraphierte Komura, daß der russische Vertreter in Tokio ihm folgend Gegenentwurf überreicht hatte:

„1. Gegenseitige Verpflichtung, die Unabhängigkeit und Integrität Koreas zu wahren.

2. Rußland anerkennt die wirtschaftliche Vorherrschaft Japans in Korea und das Recht Japans, die koreanische Regierung zu beraten in allem, was die Zivilregierung betrifft.

3. Rußland verpflichtet sich, die Entwicklung der japanischen Interessen in Korea nicht zu hemmen.

4. Japan darf zu diesem Zwecke Truppen nach Korea senden, aber nur mit Vorwissen Rußlands — und nur so viel Truppen, wie absolut notwendig, und hat sie nach erfüllter Aufgabe zurückzuziehen.

5. Gegenseitige Verpflichtung, keinen Teil Koreas zu strategischen Zwecken zu benutzen, keine Küstenbefestigung zu errichten.

6. Gegenseitige Verpflichtung, denjenigen Teil Koreas, der nördlich vom 39. Breitegrad liegt, als neutrale Zone zu betrachten, wohin keine der Vertragsmächte Truppen entsenden darf.

7. Japan erkennt die Mandschurei als vollständig außerhalb seiner Interessensphäre liegend an."

Aus diesem Gegenentwurf geht vor allem hervor, daß Rußland jede Diskussion über die Mandschurei ablehnte, als ob sie der russischen Souveränität unterworfen wäre. Japan verlangte nicht von Rußland die Räumung der Mandschurei, sondern die Anerkennung der Souveränität Chinas. Japan verlangte nur, daß Rußland alle Verträge respektiert, die China mit den Mächten abgeschlossen hat. Diese Verpflichtung lehnte Rußland ab. Dagegen wollte es die wirtschaftliche Vorherrschaft Japans in Korea anerkennen, die aber schon in früheren Verträgen anerkannt war. Der russische Vertragsentwurf ließ also die Frage so, wie sie vor dem 28. Juli 1903 stand. Beide Entwürfe sind wohl geeignet, die Kluft aufzudecken, die sich in den acht Jahren seit dem Frieden von Schimonoseki zwischen den beiden Mächten aufgetan hatte. Japan trat dann mit dem russischen Vertreter in Tokio in weitere Verhandlungen ein, und letzterer legte am 11. Dezember dem japanischen Minister des Äußern folgenden amendierten Entwurf vor:

„1. Gegenseitige Verpflichtung, die Unabhängigkeit und Integrität Koreas zu wahren.

2. Rußland anerkennt die Interessenvorherrschaft Japans in Korea und sein Recht, Korea in der Reform seiner Zivilverwaltung zu beraten.

3. Rußland verpflichtet sich, die wirtschaftliche Entwicklung Japans in Korea nicht zu hemmen und auch nicht gegen die Maßregeln zu opponieren, die Japan zum Schutze dieser Entwicklung ergreifen wird.

4. Japan ist berechtigt, Truppen zum Schutze seiner Interessen oder zur Unterdrückung von Insurrektionen nach Korea zu schicken.

5. Gegenseitige Verpflichtung, keinen Teil Koreas zu strategischen Zwecken zu gebrauchen und keine Küstenbefestigung vorzunehmen.

6. Neutrale Zone in Korea nördlich vom 39. Breitegrad, innerhalb welcher keine der Vertragsmächte Truppen senden darf.

7. Gegenseitige Verpflichtung, die Verbindung der koreanischen und transmandschurischen Eisenbahnen nicht zu hemmen, wenn diese den Jalu erreicht haben werden."

Diesem amendierten Entwurf konnte Japan nicht zustimmen, da es keine anderen als wörtliche Garantien hatte gegen eine Besetzung Koreas durch Ruß-

land, denn Japan durfte keine militärischen Maßregeln in Korea ergreifen. Der Vertrag allein genügte Japan nicht, da dieses aus Erfahrung wußte, daß Rußland nur so lange einen Vertrag respektiert, bis es stark genug ist, den Vertrag zu brechen. Dann verlangte Japan eine Zusicherung, daß seine von China erhaltenen Vertragsrechte auch von Rußland in der Mandschurei gewahrt würden. Der Gegensatz zwischen den beiden Mächten bestand also darin, daß Rußland auf die Souveränität der Mandschurei Anspruch machte und in Korea den Japanern nur wirtschaftliche Vorrechte zugestehen wollte, während Japan die russische Besetzung der Mandschurei nur als temporär betrachtete aber die russischen Eisenbahnrechte und die russischen Pachtrechte in Port Arthur und Dalny zu respektieren entschlossen war, ebenso verlangte Japan solche Rechte in Korea, die einen gewissen Schutz gegen ein russisches Eingreifen hätten bieten können. Japan verlangte deshalb die Streichung der Worte „keinen Teil Koreas zu strategischen Zwecken zu gebrauchen“ im Artikel 5; die Streichung des Artikels 6; schließlich die Anerkennung seiner Handelsrechte in der Mandschurei. Dieses Verlangen wurde am 13. Januar 1904 von Kurino an Graf Lambsdorff gestellt und um möglichst prompte Antwort gebeten. Die japanische Regierung wartete bis zum 5. Februar vergeblich auf Antwort. Sie beauftragte mittlerweile ihren Petersbürger Vertreter, vom russischen Minister des Äußern wenigstens das Datum zu erhalten, an dem die Antwort abgeschickt werden sollte. Aber Graf Lambsdorff konnte auch diesem Verlangen nicht nachkommen, da der Zar und Admiral Alexejeff die Unterhandlungen leiteten oder verschleppten, aber mittlerweile umfassende Rüstungen vornahmen. Das russische Geschwader in Port Arthur wurde auf die doppelte Stärke gebracht, Torpedojäger wurden stückweise mit der transsibirischen Bahn abgeschickt; Truppen gingen nach dem Jalu ab; am 1. Februar ersuchte der Kommandierende von Wladiwostok den japanischen Konsul, den Hafen zu verlassen, da der Belagerungszustand jeden Augenblick über die Stadt verhängt werden könnte; die Port Arthur-Flotte machte klar und verließ den Hafen; am 4. Februar befand sich Admiral Virenius mit einem Teile der baltischen Flotte im Mittelmeer. Diese nicht mißzuverstehenden Vorbereitungen überzeugten die japanische Regierung, daß die seit Ende Juli 1903 geführten Unterhandlungen nur dazu dienten, den Russen Zeit zu lassen, kriegsfertig zu werden. Sie beauftragte deshalb Kurino die Unterhandlungen abzubrechen und die Pässe zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 5. Februar 1904 von Komura an Kurino telegraphiert. Sie gab ein Resümee der verschiedenen Konferenzen, deckte die Verschleppungstaktik und die unausgesetzten Rüstungen der Russen auf und schloß mit folgenden Worten:

> „Indem die japanische Regierung diese Maßregel ergreift, behält sie sich das Recht einer solchen selbständigen Aktion vor, die ihr als geeignet erscheint, ihre bedrohte Stellung zu befestigen und zu verteidigen, sowie ihre legitimen Rechte und Interessen zu schützen.“

Am 6. Februar 1904 überreichte Kurino dem russischen Minister des Äußern die Note, die eine Kriegserklärung bedeutete.

Am selben Tage überreichte Baron Komura dem russischen Vertreter in Tokio eine ähnliche Note, nur war sie etwas schärfer abgefaßt. Sie schloß: „Die japanische Regierung muß es ablehnen, die Verantwortlichkeit für alle jene Vorfälle zu übernehmen, die aus dem Abbruch der Unterhandlungen folgen mögen.“ —

Gleichzeitig mit dem Abbruch des diplomatischen Verkehrs wurde Vizeadmiral Togo mit dem Oberbefehl der japanischen Kriegsflotte betraut.

Am 7. Februar veröffentlichte das Tokioer Tageblatt „Dschidschi Schimpo“ folgenden Leitartikel:

„Rußland ist eines der größten Reiche der Welt; Japan ist ein kleiner Inselstaat im fernen Osten. Manche werden es deshalb verwegen von Japan finden, sich Rußland gegenüberzustellen. Aber die Handlungsweise Rußlands ist so ungerecht, daß Krieg unvermeidlich ist. Die Sachlage ist kurz folgende: Korea steht in engster Verbindung mit unserer nationalen Verteidigung und ist gleichzeitig für uns absolut notwendig als eine Quelle, von der wir Lebensmittel beziehen, und als ein Gebiet, wohin unsere überschüssige Bevölkerung auswandert. Die Unternehmungen unserer Angehörigen sind dort bereits nicht gering. Dann liefert China uns nicht nur Rohstoffe für unsere Fabriken, sondern ist gleichzeitig das beste Absatzgebiet. China ist also mit dem wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes aufs engste verbunden. Das Sperren Chinas würde eine Lage schaffen, die wir nicht aushalten könnten. . . . Aber Rußland zeigt, daß es nicht die mindeste Rücksicht auf unsere Interessen nehmen will. Die mit ihm abgeschlossenen Verträge sind Makulatur in den Augen der Petersburger Diplomatie. Wenn man seine künftige Haltung aus seiner vergangenen schließen darf, ist Rußland entschlossen, die Besetzung der Mandschurei permanent zu machen, dort Prohibitivzölle einzuführen, da die Russen nicht imstande sind, in offenem Kampfe mit den Kaufleuten anderer Völker zu konkurrieren. Ist einmal die Mandschurei russifiziert, dann wird Nordchina an die Reihe kommen. Unser Auswanderungsgebiet, unsere Rohstoffquellen und Absatzmärkte werden uns gesperrt; aber unsere Bevölkerung nimmt zu, und unser Land ist zu klein, sie zu ernähren. Unsere Entwicklung wird gehemmt, und unser Schicksal kann nur Dekadenz sein, wenn wir uns jetzt nicht zur Wehre setzen. . . . Indem wir unsere Pflicht gegen uns selbst erfüllen, tragen wir gleichzeitig die Fackel der Zivilisation im Orient, und unser Erfolg wird nicht nur der Nation zugute kommen, sondern der ganzen Zivilisation, in deren Geschichte wir sodann ruhmvoll fortleben werden. In einem solchen Moment ist die Nation einig und einheitlich und kann es keinen Unterschied der Klasse oder der Person geben. Aber da es in erster Reihe die Krieger sind, die die Aufgabe haben, im Namen des Volkes zu handeln, so gebührt ihnen die größere Ehre, da sie die schwerere Verantwortlichkeit haben. Armee und Flotte sind dem Namen nach verschieden, aber sie sind nur die zwei Räder des Wagens. Allein in einem Lande wie dem unserigen, das von allen Seiten von der See umgeben ist, hat die Flotte den Vortritt. Ohne einen Nelson können wir keinen Wellington haben. Die Männer der Flotte müssen erst den Feind von der See vertreiben, ehe die Armee ihre langwierige und mühevolle Arbeit beginnen kann. Wir vertrauen, daß Japan sich als das England des Orients erweisen wird.“

Am 8. Februar 1904 verkündete bereits der Kanonendonner im Golf von Petschili, daß einer der größten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kriege seinen Anfang genommen hatte. (Schluß folgt.)

Säuglingsschutz und städtische Verwaltung.

Von Dr. **Hermann Weyl.**

II.

Die Stadtgemeinde Berlin wird ferner aus Gründen der Hygiene und aus Gründen der Volksernährung Stellung nehmen müssen zu der Frage, ob nicht auf den Rieselfeldern ertragreiche Milchwirtschaft betrieben werden kann. Denn als grundsätzliche Forderung müssen wir es aussprechen, daß es im Interesse einer hygienischen Milchversorgung notwendig ist, unter Ausschaltung des privaten Geldvorteils und des technisch unfähigen Kleinbetriebs die Produktion und die Distribution der Milch aus der Domäne der Privatindustrie herauszusetzen. Als Aufgabe der Gemeinde müssen wir es bezeichnen, durch Eigenproduktion auf den Rieselfeldern dafür zu sorgen, daß eine frische, möglichst keimfrei gewonnene, kurze Strecken in reinen Gefäßen transportierte Milch zur Säuglingsnahrung zugänglich, und daß der Preis dieser Milch für die Angehörigen der ärmeren Klassen nicht unerschwinglich sei. „Die Munizipalisierung der Milchproduktion ist eine Forderung der Hygiene so gut wie es die Munizipalisierung der Gas- und Wasserversorgung ist“, sagt Lindemann-Hugo in seiner Interpretation unseres Kommunalprogramms. Diese Aufgabe der Eigenproduktion ist auch keineswegs eine so gewaltige, daß sie die Stadt nicht ohne große Schwierigkeiten zu lösen vermöchte: es handelt sich im wesentlichen um eine Organisationsfrage. Er stellt in seinem grundlegenden Werke[1] eine überschlägliche Rechnung auf über die Größe der den städtischen Behörden zugemuteten Aufgabe. Es würde sich für Berlin darum handeln, für etwa 50000 Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren die erforderliche Milch zu beschaffen unter Zugrundelegung eines täglichen Durchschnittsmaßes von 1 Liter pro Kind = zirka 50000 Liter. Nimmt man nun 10 Liter als tägliche, 3000 Liter als Jahresproduktion einer guten Milchkuh, so werden etwa 6000 Milchkühe zur Deckung des Jahresquantums notwendig sein.

Solange jedoch eine Milchwirtschaft auf den städtischen Rieselgütern nicht beliebt wird, empfehlen wir, daß die Stadt Kuhställe mit allen hygienischen Kautelen errichtet, oder daß sie es wenigstens übernimmt, Verträge mit solchen Produzenten abzuschließen, welche die hygienischen Vorschriften zu erfüllen und sich unter städtische Kontrolle zu stellen bereit sind. Im Prinzip müssen wir uns mehr für eine reinliche, keimfreie Gewinnung der Milch erklären als für die Pasteurisierung oder Sterilisierung, Entkeimungsmethoden, denen neben gewissen Vorzügen sehr große Nachteile anhaften: die Nativität des Lactalbumins wird aufgehoben. Das heißt die für die Ernährung bedeutsame, ursprüngliche Beschaffenheit des Milcheiweißes wird in ihrem wesentlichen Bestand gefährdet. Eine „gute“ Kindermilch muß rein sein, das heißt es darf nichts hinzugetan und nichts weggenommen sein, besonders dürfen nicht Teile vom Fell und dem Dünger der Kühe in die Milch hineinkommen. Sie muß gut sein, das heißt $3^1/_2$ bis 4 Prozent Fett enthalten. Sie muß frisch sein, das heißt sobald als möglich nach der Gewinnung genossen werden. Die erstklassige gute Kindermilch stammt von Kühen, die natürlich ernährt werden, das heißt von solchen mit Weidegang, da die Kühe sich dort ihre Nahrung

[1] C. Hugo, „Die deutsche Städteverwaltung“, Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. I, S. 135 ff.

selbst suchen können. Die Milch muß auch in spätestens dreißig Stunden verbraucht sein; Milchkonserven sollen völlig ausgeschaltet werden. Gerade nach dem Gebrauch der Konserven hat man die schwersten Störungen bei Säuglingen gesehen. Chemische Zusätze sind stets schädlich, insbesondere die Desinfektion mit Formaldehyd nach Behring, durch welche die Milch schwer chemisch verändert wird, die Milchsäurebazillen unterdrückt werden, während die Krankheitserreger sich besser entwickeln. Auch wird der Geschmack noch bei 1:40000 beeinflußt; selbst der kleinste Zusatz von Formaldehyd ist schädlich.

Um speziell die Lage der unehelichen Kinder, deren Sterblichkeit doppelt so groß ist als die der ehelichen, durchgreifend zu verbessern, wird man noch in der städtischen Waisenverwaltung zu Reformen genötigt sein. Unmittelbar nach der Geburt muß die Waisenverwaltung feststellen, ob ein Notstand vorhanden ist, und dann sofort das Nötige verfügen; sie darf nicht erst warten, bis sie angerufen wird. Etwa 40 Prozent der unehelichen Kinder kommen in Haltepflege und unterstehen einem verwickelten Vormundschaftsapparat, von dem aus die Verhältnisse nicht übersehen werden können; gerade von einer gesundheitlichen Gefährdung der Säuglinge erhalten die maßgebenden Personen (Vormund, Vormundschaftsrichter, Gemeindewaisenrat, Polizei und Kreisarzt) erst dann vielfach Kenntnis, wenn es zu spät ist. Es ist daher bei der Kostbarkeit des alljährlich nutzlos zugrunde gehenden Menschenmaterials eine Neuordnung der Säuglingsfürsorge dringend erforderlich. Als die vorläufig beste Art der Versorgung der unehelichen Kinder empfiehlt sich die Unterbringung in einer Familie mit genauer Kontrolle der Ziehmütter, die häufig nicht aus bösem Willen, sondern aus Unkenntnis das Leben ihrer Pfleglinge gefährden. Es sind nach unserer Ansicht unter Aufsicht zu stellen alle unehelichen Kinder und diejenigen ehelichen Kinder, die gegen Entgelt in fremder Pflege untergebracht sind, doch ist die Aufsicht möglichst einfach, einheitlich und sachverständig zu gestalten.

Wir müssen dann noch zur wirksamen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit die Errichtung neuzeitlich eingerichteter Säuglingsheime und -Krankenhäuser fordern. Bis vor wenigen Jahren haben Säuglingsspitäler nicht existiert, und erkrankte Säuglinge wurden in den allgemeinen Krankenhäusern behandelt. Da indessen die Eigenart der Säuglingspflege eine Reihe von Einrichtungen erfordert, die in den allgemeinen Krankenhäusern zum Teil fehlen, so hat man in sachverständigen Kreisen immer dringender auf die Notwendigkeit eigens eingerichteter Säuglingskrankenhäuser hingewiesen. Da bei manchen erkrankten Säuglingen nur noch die Ernährung mit Muttermilch die Genesung herbeiführen kann, so empfiehlt es sich, in dem Säuglingskrankenhaus den aus der Entbindungsanstalt entlassenen Wöchnerinnen Unterkunft und eine entsprechende Entschädigung zu gewähren gegen die Verpflichtung, außer dem eigenen noch ein zweites Kind zu nähren, was in den meisten Fällen ohne Schädigung von Mutter und Kind geschehen kann. Zur Vermeidung der hohen Kosten für Pflege und Wartepersonal, die mit einem Säuglingskrankenhaus naturgemäß verknüpft sind, ist vielleicht mit dem Hospital ein Ammennachweis, sowie die Ausbildung von Wärterinnen zu verbinden; das Säuglingsspital ist zweckmäßig anzugliedern an ein schon bestehendes Kinderkrankenhaus.

Schließlich erscheint mir noch von entscheidendem Werte die autoritative Aufklärung und Belehrung der Mütter und Pflegefrauen durch Vorträge, Broschüren, Verhaltungsmaßregeln für junge Frauen, die am besten durch ein

bei der standesamtlichen Meldung mitzugebendes Merkblatt zur Verteilung kämen. Insbesondere muß unsere Frauenwelt durch die öffentliche, behördlich geleitete Agitation nicht allein über die Gefahren der künstlichen Ernährung, sondern auch darüber belehrt werden, wie Mütter, die scheinbar zum Stillgeschäft nicht tauglich sind, nach einigen Wochen dennoch zum Erfolg gelangen können. In dieser Beziehung muß der vortrefflichen Wirkung von verständiger Ernährung der Wöchnerin, von Waschungen und Kompressen der Brüste, der Massage und — des regelmäßigen Anlegens gedacht werden. Es wäre ferner geboten, hierbei die Bedeutung des Stillens auch für die Mütter in das rechte Licht zu rücken. Es braucht nur an die vollbegründete Anschauung des Münchener pathologischen Anatomen Bollinger erinnert zu werden, wonach die Zunahme des Brustkrebses bei den Frauen mit der Zunahme der Gepflogenheit, nicht zu stillen, gleichen Schritt hält.

Nachdem in der Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 24. Januar 1901 Genosse Freudenberg im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion die zwingende Notwendigkeit solcher Maßregeln zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit nachgewiesen hatte, wie wir sie oben im Anschluß an seine Ausführungen unseres Erachtens erschöpfend dargelegt haben, nahm die Versammlung den Antrag an, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über dieses Problem und seine Durchführung zu beraten. Drei Jahre ließ sich Magistratus Zeit, ehe er sich dazu bequemte, jenem Ersuchen Folge zu geben. Die Deputation hat nun vom Januar bis Juni 1904 getagt und zu den bis ins einzelne gehenden Vorschlägen, die von dem Genossen Alfred Bernstein und dem Verfasser dieser Abhandlung gemacht wurden, ihre entscheidenden Beschlüsse gefaßt. Das praktische Ergebnis der Beratungen, so unzureichend und bescheiden es noch sein mag, darf jedenfalls als ein recht erfreuliches bezeichnet werden. Die Beschlüsse sind mindestens als ein wertvoller Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand zu begrüßen, wenn sie auch nur einen ersten Anfang darstellen. Ist es uns doch gelungen, unsere bürgerlichen Gegner zu der Ansicht zu bringen, daß Maßregeln zur Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit nötig und möglich sind, sowie daß unter keinen Umständen die Armenverwaltung die Kosten für die erforderlichen Aufwendungen übernehmen darf.

Von Gemeinde wegen sollen künftig die Eltern in der gesundheitlichen Fürsorge für ihre Säuglinge beraten und unterstützt werden: vorbeugende Maßregeln sind zu treffen, um die Gesundheit der Kinder zu erhalten. Diese Aufgabe glaubte die bürgerliche Mehrheit der Deputation ursprünglich schon gelöst, wenn man der ärmeren Bevölkerung den Bezug hygienisch einwandsfreier Säuglingsmilch zu billigem Preise ermögliche. Es gelang uns jedoch, den zähen Widerstand der Gegner zu brechen, indem wir nachwiesen, daß die Fürsorge der Mutter zuteil werden und selbstverständlich vor der Geburt des Kindes einsetzen muß. Es ward nunmehr der Antrag zum Beschluß erhoben, daß 90000 Mark jährlich in den Etat eingestellt werden für die Verpflegung von Hilfsbedürftigen, hier ortsangehörigen Schwangeren im letzten Stadium der Schwangerschaft, sowie für die Aufnahme von Neuentbundenen in geeigneten, zweckmäßig eingerichteten Heimstätten bis zur völligen Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit. Als Ersatz für die Heimstätten sollen Familienpflegestellen unter sachverständiger Aufsicht dienen: für die Wöchnerinnen als Übergangsstadium zur Wiederaufnahme des selbständigen Erwerbes.

Für die Ernährung wird angestrebt, daß dem Säugling möglichst die natürlichste Nahrung, die Muttermilch gereicht wird. Es soll hingewirkt werden, daß die Frauen über die Vorzüge des Stillens der Säuglinge durch die Mütter und die Gefahren der künstlichen Ernährung, insbesondere des Alkoholgenusses der Stillenden, belehrt werden durch geeignete Ärzte, Pflegerinnen und Hebammen. Diese Belehrung der Mütter soll, abgesehen von der persönlichen Einwirkung durch Ärzte, Pflegerinnen und Hebammen, durch aufklärende Vorträge der Schulärzte in den Elternversammlungen der Gemeindeschulen und durch Merkblätter erfolgen, die von Sachkundigen verfaßt und bei der standesamtlichen Meldung mitzugeben sind. Da dem mangelhaften Wissen der Hebammen und Pflegerinnen in vielen Fällen die Verzichtleistung auf das Stillen zuzuschreiben ist, ward es für notwendig erachtet, bei der zuständigen Behörde vorstellig zu werden, daß im Unterricht weit mehr, als das bisher geschieht, auf die Fragen des Stillens und der Pflege des Kindes Rücksicht genommen werde. Zweckentsprechende Bestimmungen sollen in das Lehrbuch der Hebammen und in die gedruckten Anweisungen für die konzessionierten Pflegerinnen aufgenommen werden. Ein ersprießliches Feld eröffnet sich auch denjenigen Frauen, deren ehrenamtliche Tätigkeit zum Verkehr mit den Wöchnerinnen Gelegenheit gibt (Armen- und Waisenpflegerinnen). Bedürftigen Müttern soll es durch namhafte Geldbeihilfen erleichtert werden, ihre Kinder zu stillen.

Von den öffentlichen Entbindungsanstalten sollen künftig die Meldungen von Geburten innerhalb vierundzwanzig Stunden an die Standesämter und täglich von diesen an das Vormundschaftsgericht ergehen, damit das letztere in die Lage versetzt wird, schneller als bisher die Vormünder für uneheliche Kinder zu bestellen. Dadurch wird die Möglichkeit geboten, die Alimentenprozesse eher zu führen und so mittelbar für die Säuglinge zu sorgen.

Bei der künstlichen Ernährung soll den bedürftigen Müttern und Pflegemüttern die Möglichkeit gegeben werden, zu mäßigen Preisen oder ohne Entgelt zubereitete Säuglingsmilch und gebrauchsfertige Säuglingsnahrung zu beziehen. Ein der Deputation unterbreitetes Memorandum des Dr. Finkelstein, leitenden Arztes des Kinderasyls, dessen Tätigkeit ständige Beschäftigung mit den einschlägigen Fragen verlangt, wies mit Recht darauf hin, daß gerade bei der künstlichen Ernährung am wichtigsten und aussichtsvollsten für die Bekämpfung der Sterblichkeit die Neuorganisation des ärztlichen Aufsichtsdienstes über die Säuglinge der ärmeren Volksschichten erscheint. Wir stellten es bereits oben als zweifellos fest, daß die beste Kuhmilch in nicht sachverständigen Händen statt Nutzen Schaden stiftet. Auch Finkelstein kommt zu der Überzeugung — gleich anderen Kinderärzten —, daß ein beträchtlicher Teil aller Todesfälle der Säuglinge nicht so sehr durch schlechte Milch wie durch Verstöße gegen die notwendige Technik (Menge, Unreinlichkeit, ungeeignete Zusätze) bedingt werden, die bei ständiger ärztlicher Belehrung vermieden werden können. Unter sachgemäßer Aufsicht würde bereits mit der für 18 Pfennig erhältlichen Milch in der Regel ein befriedigender Erfolg erreicht. Haben doch einige französische Säuglingsärzte die Sterblichkeit ihrer Klientel auf 3 bis 4 Prozent herabgedrückt! Da die Erfolge der ärztlichen Aufsicht völlig von der speziellen Vorbildung des Arztes abhängig sind, und die Diätetik des Kindesalters ein besonderes Studium erfordert, so geht es nicht an, die Aufgabe der Säuglingsüberwachung den vielbeschäftigten Armenärzten zu überlassen.

In verschiedenen Stadtgegenden sollen nun vorläufig im ganzen ac Fürsorgestellen für Säuglinge geschaffen werden, in denen sich bedürfti Mütter und Pflegemütter von Säuglingen unentgeltlich spezialärztlich Rat für die Pflege und Aufzucht der Kinder holen können. Diese Stell werden auch die Verabfolgung zubereiteter Säuglingsmilch und gebrauch fertiger Säuglingsnahrung in Portionsflaschen zu übernehmen haben. D Milch wird, solange sie nicht auf den städtischen Gütern und Rieselfarm produziert wird, von zuverlässigen Genossenschaften, von Molkereien oder Mil händlern bezogen, bei welchen eine nachweisbar sichere Überwachung der Stä und Verkaufsstellen besteht. Zur Inanspruchnahme dieser Fürsorgestellen od Ambulatorien sind zuzulassen: Kinder des ersten und zweiten Lebensjahrs, d der städtischen Armen- oder Waisenpflege oder der polizeilichen Haltekind aufsicht unterstellt sind, oder von den Bezirksvorstehern, Armenkommission vorstehern oder Vorsitzenden der Gemeindewaisenräte überwiesen werden. D Verabfolgung der Milch oder gebrauchsfertiger Säuglingsnahrung erfo gegen Erstattung eines mäßigen Preises oder unentgeltlich für U bemittelte.

Die Tätigkeit der unter sich und mit einer Zentrale in steter Verbindu stehenden „Säuglingsärzte“ würde bestehen in der Belehrung der Müt und Pflegefrauen über die für ihren Pflegling speziell nötigen Maßnahmen u die Technik der Pflege, sowie in der Vermittlung individuell bestimmter Sä lingsnahrung. Die Zuweisung der Kinder durch die genannten behördlich Organe erfolgt nicht nur, wenn mangelhaftes Gedeihen und Krankheit H nötig erscheinen lassen, sondern aus Rücksichten der Prophylaxe sind a gesunde Kinder zu überweisen, wenn die Umstände es empfehlen. A erstrebenswertes Ziel soll gelten, daß der Arzt mit Hilfe d beaufsichtigenden Organe eine ständige Kontrolle über die Kind seines Bezirkes übt und bei den geringsten Anzeichen von Schädigung unmittelbare Aufsicht eintreten lassen kann. Jede Unterstützung wird nur hängig gemacht von der Verpflichtung, das Kind dem Arzte regelmäßig v zustellen. Die notwendigen Nährpräparate sollen, wie Finkelstein vorschlä nach Rezept aus den Apotheken des Bezirkes bezogen, auch die trinkfert Nahrung könnte dort zubereitet werden, oder für alle Ambulatorien gemeins in einer oder mehreren Zentralküchen, von wo am besten eine Lieferung Haus erfolgt.

Da es sich nur um Säuglinge handelt, sind große Anstalten gar nicht n wendig: es genügen zwei oder drei Zimmer für eine Fürsorgestelle, in de die Beratung und fortgesetzte Kontrolle der Kinder und Mütter stattzufin hat. Diese Einrichtungen sollen möglichst an geeignete Anstalten, insbesond städtische Krankenhäuser, angegliedert werden, zunächst an das Kinderkrank haus, das neue Waisenhaus, das Kinderasyl usw. Zum Betrieb der er Fürsorgestellen werden in den nächsten Etat 30000 Mark eingestellt.

Endlich sollen dann, bis die Stadt in der Lage ist, die Säuglingsbew anstalten (Krippen) in eigenen Betrieb zu übernehmen, dem Berliner Krip verein namhafte Zuschüsse gewährt werden. Dieser Verein bezweckt die richtung von Säuglingsbewahranstalten in den Arbeitervierteln zur Aufna solcher Kinder im Alter von 6 Wochen bis zu 3 Jahren, ohne Unterschied Glaubensbekenntnisses, deren Eltern außer dem Hause beschäftigt sind. Ei konfessionelle Belästigung der Eltern ist dabei ausgeschlossen.

Lebhafte, scharf zugespitzte Erörterungen rief in der Deputation der Berliner Stadtverordneten die Frage hervor, woher für alle diese Einrichtungen das Geld genommen werden soll. Mit aller Entschiedenheit wandten wir uns gegen den Vorschlag, die Mittel der Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Unter keinen Umständen durften wir es zulassen, daß etwa Personen, die bisher der Armenpflege noch nicht anheimgefallen sind, ihr dadurch erst anheimfallen, daß die Armenverwaltung die Kosten für die geschilderten Aufwendungen übernimmt. Das Schwergewicht liegt dabei nicht sowohl darin, daß öffentliche Mittel überhaupt in Anspruch genommen werden, als in der durch Verwendung von Armengeldern eintretenden Beeinträchtigung der politischen Rechte. Wenn öffentliche Armenmittel aufgewendet werden und dadurch Verlust des Wahlrechtes eintritt, dann ist mit Recht zu befürchten, daß gerade die besten Elemente, die der Hilfe ganz besonders würdig erscheinen, aus wohlbegründeter Scheu vor dem Verlust der politischen Ehrenrechte jede Hilfe ablehnen würden. Interessant in dieser Hinsicht ist ein Versuch, an jedermann einwandsfreie Säuglingsmilch abzugeben, der in Halle a. S.[1] in einem von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadtteil gemacht worden ist. Man gab früh 6 Uhr und abends 8 Uhr Halbliterflaschen abgekühlter Milch zu dem Preise von 8 Pfennig ab. Gegen vorher in den Apotheken zu lösende Marken erfolgte die Ausgabe der Milch am nächsten Tage. Erfreulicherweise war infolgedessen eine Abnahme der Darmkrankheiten der Säuglinge dieses Stadtteils sowie eine verminderte Kindersterblichkeit zu konstatieren. Von der 1000 Mark betragenden städtischen Beihilfe wurden aber im Jahre 1902 nur 471 Mark verbraucht. Die Arbeiter befürchteten, die Entnahme dieser Säuglingsmilch werde als Armenrecht angesehen und bringe sie um ihr Wahlrecht, zumal die Organisation des Milchverkaufs dem Frauenverein zur Armen- und Krankenpflege überwiesen war. Im nächstfolgenden Jahre wurden von den abermals ausgeworfenen 1000 Mark gar nur 373 verbraucht. Hatte man doch schon früher Familienvätern das Wahlrecht entzogen, wenn sie sich oder einen ihrer Angehörigen in der Halleschen Klinik behandeln ließen und nicht sofort bezahlen konnten, so daß die Armenverwaltung die vorläufige Regelung übernahm. Dadurch war die Bevölkerung mißtrauisch gemacht und zu der erwähnten Zurückhaltung bei der Entnahme der Säuglingsmilch veranlaßt worden. Es ist dies Verhalten ein Beweis, wie hoch gerade die Arbeiter ihr Wahlrecht einschätzen. Der Magistrat von Halle hat übrigens die Lehren aus der hier skizzierten Tatsache gezogen, denn er ließ in diesem Jahre — 1904 — öffentlich erklären, daß die Entnahme von Säuglingsmilch in keinem Falle den Verlust des Wahlrechtes nach sich ziehe. Zugleich hat man dem Frauenverein zur Armen- und Krankenpflege die Organisation des Verkaufs abgenommen und betreibt sie seitens der Stadt durch geeignete Organe.

In unserer Deputation mußte nach solchen Beobachtungen auch darauf hingewiesen werden, daß die Säuglingspflege wie etwa die Heilstättenbehandlung der Tuberkulösen schon deshalb nicht als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln im Sinne der Wahlgesetze anzusehen sein dürfte, weil sie nicht lediglich im Interesse des einzelnen Kranken, sondern mindestens ebensosehr zugleich im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt. Dieser Standpunkt ist von einer Reihe von Gemeinden, zum Beispiel Charlottenburg, Hamburg, Mannheim, hin-

[1] „Kommunale Praxis" 1904, Nr. 17, S. 414 ff.

sichtlich der Bekämpfung der Tuberkulose eingenommen worden. Es ist natürli nicht ausgeschlossen, daß eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichte wenigstens für Preußen, die Gemeinden zwingt, diesen humanen Standpun aufzugeben. Die Juristen sind sich nicht darüber einig, ob nicht jede Unte stützung vom Gericht als Armenunterstützung angesehen werden kann. Bis d hemmenden Wahlgesetzbestimmungen aufgehoben sind, könnte man unseres G achtens Abhilfe nur dadurch schaffen, daß alle Bürger bis zu einem bestimmt Einkommen, also etwa soweit sie der Invaliditätsversicherung unterworfen sin wie das ja beim Reichsseuchengesetz mit Erfolg geschehen ist, als berechti zur Unterstützung erklärt werden. In Berlin, das mit reichen Stiftung und sogenannten Wohltätigkeitsfonds ausgestattet ist, regten wir an — un die Deputation stimmte dem zu —, die Mittel zur Bekämpfung der Säugling sterblichkeit aus Stiftungen flüssig zu machen. Für die Schwangeren un Wöchnerinnen wird ein Teil der aufgewendeten Mittel durch Krankenkass ersetzt werden.

Nach unseren Informationen steht das Kollegium des Magistrats und d Plenum der Stadtverordnetenversammlung den Beschlüssen, welche die Dep tation einmütig zur Ausführung dringend empfohlen hat, „sympathisch" gege über. Mit Beginn des Etatsjahrs 1905 dürfte mindestens ein Teil jen Maßregeln in Kraft treten, die gewiß durchaus im Rahmen der sozialen Au gaben verbleiben, welche zu erfüllen eine Kommune ohne weiteres sich verpflicht fühlen sollte.

Allerdings, was wir erreicht haben, ist bescheiden und unzureichend; d größte Teil der Arbeit in dem Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit lie noch vor uns. Wie überall auf sozialem Gebiet, so ist aber auch hier sch die klare Erkenntnis des Zieles, dem wir zuzustreben haben, die erste Vo bedingung des Fortschritts, und von der Kraft und Stetigkeit der Ag tation und Organisation der Arbeiterklasse wird es abhängen, w schnell wir uns dem fernen Ziele nähern. Aufgabe aller derer, denen das Wo der Gesamtheit am Herzen liegt, wird es sein, hier helfend einzugreifen. Mög insbesondere die sozialdemokratischen Gemeindevertreter jede sich ihnen da bietende Gelegenheit benutzen, die Gemeindeverwaltungen an ihre sozial Pflichten auf diesem Gebiet zu erinnern.

Wenn unsere Genossen in den kleineren Gemeinden uns darauf hinweis sollten, zur Durchführung unserer Vorschläge müßten wir ihnen auch glei das Geld zur Verfügung stellen, so erwidern wir darauf: Wir müssen uns vo dem Gefühl befreien, daß wir die Geldmittel herbeizuschaffen haben. Als Sozia demokraten haben wir diejenigen Forderungen aufzustellen, die wir für richt halten, und können uns davon durch die Rücksicht auf die Geldmittel um weniger abhalten lassen, als ein Mangel an solchen nur dadurch entsteht, da der Staat alle verfügbaren Gelder gegen unseren Willen für kulturwidri Zwecke ausgibt! Unser ganzer wirtschaftlicher und politischer Kampf beru doch auf der Erkenntnis, daß die durch die ausgebeutete Arbeiterklasse erzeugt Werte einer kleinen Minderheit zugute kommen und zum größten Teile i Interesse dieser Minderheit verwendet werden. Daher verlangen wir auch den Gemeinden, daß die durch Besitz und Eigentum Bevorzugten die Mitt für Durchführung sozialer Reformen aufbringen, und reichen deren Mittel nic aus, so müssen die Wohlhabenden in Staat und Reich herangezogen werde Die größeren Verbände (Kreise, Staat, Reich) müssen den Gemeinden, die die

lufgaben aus Mangel an Mitteln nicht erfüllen können, die Kosten zur Durch-
ührung dieser Aufgaben überweisen.

Eine große Reihe kultureller Forderungen werden verwirklicht, wenn es
elingt, den Gedanken, der unseren Vorschlägen hinsichtlich der planmäßig durch-
eführten, erfolgreichen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zugrunde liegt,
ım Prinzip zu erheben. Diese Forderungen sind schon seit Jahren von der
ozialdemokratie erhoben worden: unsere Tätigkeit auf diesem Gebiet muß die
ılturfördernde Wirksamkeit unserer Partei im Gegensatz zu den bürgerlichen
arteien von neuem beweisen. Darüber dürfen und werden wir uns aller-
ings keinen Täuschungen hingeben: die soziale Prophylaxis der Krankheiten
nd Seuchen ist die allerschwerste und wird es immer bleiben, solange der
apitalismus herrscht.

Zwei Dramen einer deutschen Arbeiterin.

Von **Friedrich Stampfer.**

Daß Hans Sachs „ein Schuh-Macher und Poet dazu" war, sagt ein spöttisch
ngender Vers; aber viele der besten unserer blassen Literaten dürften sich glücklich
hätzen, wenn sie des handfesten Nürnberger Meisters poetischen Leisten besäßen.
eit dem Verfall des Meistersanges ist unsere Literatur vornehmlich Gelehrten-
eratur gewesen. Erst der große geistige Aufschwung, den der Sozialismus der
ndarbeitenden Klasse gebracht hat, hat in dieser, wie keinem ihrer Kenner ver-
rgen sein kann, schüchterne Keime einer neuen ursprünglichen Volkskunst geweckt.
b's gute Ernte geben wird, steht freilich noch dahin! Aber welcher sozialdemokra-
che Schriftsteller oder Redakteur hätte nicht schon massenhaft poetische Erzeugnisse
n Setzern, Drehern, Schlossern, Schustern und Schneidern in seinen Händen
habt! Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß heute viele Hunderte deutscher
beiter im stillen nach der Palme der Dichtkunst ringen, und nur philisterhafter
werstand kann dieses heiße Bemühen deshalb verspotten, weil Zielweite und Kraft
in so argem Mißverhältnis zueinander stehen. Es ist niemand erfreut, wenn
n wieder einmal ein Pack unorthographisch geschriebener „Talentproben" zu „ge-
igter Beurteilung" auf den Schreibtisch fliegt; es sollte aber doch auch niemand
kennen, daß die Dichterfreudigkeit, die heute die deutschen Arbeiter erfaßt hat,
Ganzes genommen eine durchaus erfreuliche Erscheinung ist und frohe Hoff-
ngen weckt.

Auch ich war wenig erfreut, als ich vor kurzem zwei gedruckte Dramen zu-
chickt erhielt, deren Verfasserin sich mir brieflich als Arbeiterin vorstellte und mein
teil einforderte. „Aristus" ist irgendwo an der Saale in einer freigeistig und
ialistisch gesinnten Schifferfamilie geboren, hat dürftigen Volksschulunterricht er-
lten und lebt — jetzt Mitte der Dreißig stehend — als Näherin in irgendeiner
hsischen Arbeitervorstadt. Und diese Näherin schreibt Dramen![1]

Mir hat der erste Blick in die beiden Hefte eine außerordentliche und merk-
rdige Überraschung gebracht. Ich habe das Urteil des ersten Eindrucks, indem
las und abermals las, mit aller Strenge nachzuprüfen gesucht, und ich finde mich
n Bekenntnis verpflichtet, daß ich Aristus für eine Dichterin halte, die der
stesten Beachtung würdig ist. Ich wage die weitere Behauptung, daß unsere
ehrten Bühnendramatiker von dieser Dramen dichtenden Näherin außerordent-
h viel lernen können.

---

[1] Aristus, Frau Hawerland und ihre Söhne. Schauspiel in vier Aufzügen. — Aristus,
c Versöhnungstrunk. Eine Frauenkomödie in drei Aufzügen. Kommissionsverlag der
ziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beide Dramen behandeln das heikle und schwierige Thema der sexuellen E
ziehung. Beide fallen dadurch auf, daß ihr äußerliches Geschehen dürftig und geri
ist, beide leiden unter dem Mangel einer lebhaften, mit dramatischer Folgerichtigk
entwickelten Handlung. In beiden macht sich eine gewisse Scheu vor allzu schroff
Konflikten, eine allzu optimistische Auffassung der Menschennatur, ein allzu groß
Vertrauen in die Kunst, durch Worte zu überzeugen, bemerkbar. Beide aber si
voll merkwürdig klarer Beobachtung, beide überraschen durch die Fähigkeit ihr
Verfasserin, mit wenig einfachen Strichen ein wirkliches Bild menschlichen Seele
lebens zu zeichnen, und durch den echten herzlich-reinen Dichterglauben, der sie erfül

„Frau Hawerland und ihre Söhne“ soll zeigen, wie zwei junge Student
durch den Einfluß ihrer edlen, geistig hochstehenden Mutter zu reinem Geschlecht
leben erzogen werden. Man sucht vergebens nach äußerlich starken dramatisch
Spannungen, selbst der Versuch, die „Handlung“ des Stückes zu erzählen, scha
Verlegenheit. Im ersten Aufzug geschieht eigentlich nichts, als daß Robert, d
älteste Hawerland, von seiner Mutter bei dem Versuch, mit einem Dienstmädchen a
zubändeln, überrascht wird. Der zweite und dritte Aufzug entwickelt dann vo
nehmlich die Eindrücke, die dieses Erlebnis in Frau Hawerlands Seele hervorgeruf
hat. Der vierte bringt die Aussöhnung zwischen Mutter und Sohn und dessen Rü
kehr zu einer reinen Jugendliebe.

Das ist herzlich wenig — nicht wahr? — und wenig geeignet, gespannte Ne
gierde zu erwecken. Aber nun lese man, wie diese Ereignislosigkeit mit wirkli
atmendem, in liebevoller Eigenart geschautem Leben erfüllt ist! „Frau Hawerlan
ist kein naturalistisches Stück; es endet mit Elfen und Johanniszauber, und al
seine Charaktere sind, obgleich weit davon entfernt, Typen zu sein, mit einer gewiss
Ausschließlichkeit geschildert. Ihre Züge zerfließen nicht, sondern alles ist aus d
notwendigen dichterischen Einseitigkeit gesehen. Es sind auch harmlose Tändelszene
junger Mädchen drin enthalten, die wahrhaft entzückend sind. Die männliche Haup
gestalt Robert, das stille Wasser, ist mit einer Klarheit erfaßt und von innen hera
gestaltet, die alle Theaterschemen der dramatischen Tagesliteratur verblassen läß
Die Übergangsstufen zwischen Kindheit und Reife erscheinen an vier Mädchen un
vier Jungen, also in achtfacher Schattierung, mit wirklicher Meisterschaft wiede
gegeben. Wenn dagegen die erwachsenen Personen des Stückes etwas blasser e
scheinen, so liegt das nicht daran, daß das Charakterisierungsvermögen der Ve
fasserin auf diesem Gebiet etwa unter dem guten Durchschnitt stünde, sondern vielmeh
daran, daß es auf jenem anderen Gebiet unendlich über dem Durchschnitt steht.

Ähnliches ließe sich vom „Versöhnungstrunk“ sagen, obwohl er meines E
achtens ziemlich weit unter „Frau Hawerland“ zu stellen ist. Die dramatische Hand
lung pulsiert hier stellenweise lebhafter, es fehlt ihr aber jede konsequente Durc
führung. Das Ganze ist eigentlich nur ein lehrhafter Dialog zugunsten einer freiere
Geschlechtserziehung. Mathilde von Siegerfeld kehrt, nachdem sie ihr Leben in Fre
heit genossen, in die engen Verhältnisse ihrer Vaterstadt, einer kleinstaatlichen Re
denz, zurück. Ihre Anschauungen befinden sich in entschiedenem Gegensatz zu dene
ihrer Schwester Käte und ihrer Jugendfreundin Elvire. Erst nachdem ihre beide
Gegnerinnen Schlimmes mit ihren Töchtern erfahren haben — die lockere Agnes i
durchgebrannt, und die Lebensillusion der tugendstrengen Lucie ist durch Trübun
des väterlichen Bildes zerstört worden —, finden sich die drei, nachdem die unve
heiratete Mathilde sich als die glücklichste Mutter von allen dreien zu erkenne
gegeben, zu einem „Versöhnungstrunk“ zusammen.

Der Abschluß kann nicht befriedigen. Denn Käte und Elvire sind zu festgeprägt
Charaktere, als daß man von episodischen Erlebnissen und ein wenig Überredungs
kunst eine Änderung ihrer Anschauungen ernstlich erwarten dürfte. Aber auch übe
dieses kleine Drama ist eine Fülle wahrer Lebensbeobachtung ausgestreut, auch hie
erscheint es als die eigentlichste Kunst seiner Verfasserin, mit ein paar glückliche
Griffen jugendlich unentwickelte Charaktere zu modellieren. Die Schilderung de

hwärmenden, exzentrisch-ausgelassenen und verlogenen Agnes ist ein wirkliches abinettstück.

Alles in allem bestätigt sich auch hier die banale Wahrheit, daß wo viel Licht, uch starker Schatten ist. Aber hüten wir uns vor pedantischer Strenge! Wer die stücke von Aristus mit trockenem kritischen Verstand liest, in der stillen Voraus- tzung, sie nur dann anzuerkennen, wenn sie den strengen Regeln der Dramaturgie ntsprächen, wird an ihnen nichts Lobenswertes finden. Von alledem, was „das rama soll" und was „das Drama muß", wird er nichts in ihnen entdecken. Ich ber gestehe, daß ich mich hier der starken „Fehler" nicht minder freue als der arken Vorzüge. Hier ist ein ursprüngliches Talent, das ohne Beachtung der Regeln, ielleicht auch ohne ihre genauere Kenntnis, seinen eigenen Weg zu gehen versucht. h' wir zu schulmeistern beginnen, eh' wir warnend und zeternd unsere Stimmen heben, wollen wir zusehen, wie weit es auf seinen eigenen Wegen kommt! Am Ende t vielleicht die sächsische Näherin gescheiter als gelehrte Doktoren und Magister! s mag auch sein, daß sie ihre eigene dramatische Form noch gewinnt oder sich aus gener Erfahrung zur Regel bekehrt, es mag aber auch sein, daß ihr eigentliches alent mehr auf epischem als auf dramatischem Gebiet liegt! Ich kann's nicht nders sagen, ich glaubte, als ich diese beiden Dramen einer deutschen Arbeiterin it tausend kritischen Bedenken las, doch in ihnen zu erkennen, was nach Goethes ort den Dichter macht: „ein volles, ganz von Einer Empfindung volles Herz!"

Literarische Rundschau.

rno Holz, **Des berühmbten Schäffers Dafnis sälbst verfärtigte, sämbtliche Freß-, Sauff- und Venuslieder benebst angehänckten auffrichtigen und reue- mühtigen Bußthränen.** München 1904, R. Piper & Co. 266 Seiten. Preis 1 Mark.

Indes in hundert Zungen die Taktik der Überwundenen, vom Überwundensein s Naturalismus zu reden, fortgesetzt wird, beweist Arno Holz, daß der Natura- mus sein enges Programm darstellt und daß es sich lohnt, seinen immer lebendigen äften in konsequentem Suchen nachzugehen. Das Dafnis-Buch fällt durchaus in n naturalistischen Rahmen. Die Anfänge des Holzschen Naturalismus schöpften re Eigenart und Kraft aus dem Prinzip, die mit unbestochenster Objektivität auf- fangene Wirklichkeit in der ungeschminkt-einfachsten Form reden zu lassen, so daß s künstlerisches Ergebnis die Wirklichkeit des Lebens in natürlicher Lebendigkeit porlaucht. Mit dem Durchbruch des neuen Weges für Epos und Drama begann lz, mit der Revolution der Lyrik setzte er die Arbeit fort, und Dafnis bedeutet n eine neuartige konsequente Probe auf die Güte des alten Prinzips.

Wenn Lyrik die subjektivste Form der Dichtkunst ist, so ist Dramatik das Gegen- t: im Drama schafft der Dichter aus der Seele anderer Individuen heraus. Nun veist Holz, daß auch das lyrische Mittel imstande ist, die Arbeit des Dramas leisten: er versetzt sich so gänzlich in ein anderes Individuum, daß er es in ischer Subjektivität sich selber widerspiegeln lassen kann. „Zum erstenmal" ver- ht er, „die lyrische Form der dramatischen adäquat zu handhaben. Das heißt: zur möglichst getreuen Darstellung eines Charakters zu verwerten, der mit dem Dichters als nicht kongruierend empfunden wurde." Und das Dafnis-Buch ist h mehr. Es beweist, daß es möglich geworden ist, eine vergangene Kultur in er eigenen Sprache, im ureigensten, intensivsten Lebenausdruck wieder erstehen zu en. Holz sagt über seine Absicht selbst: „Mein Individuum ist ein Exemplar es alten carpe diem-Typs, der in den verschiedensten Verkleidungen immer wieder s den Kulturen aller Völker aufgetaucht ist: ‚Morgen leben wir nicht mehr, also t uns heute leben!' ... Die Aufgabe, die ich mir gestellt hatte, erwies sich, von

allem Psychischen abgesehen, technisch um so schwieriger, als ich mir als Zeithinte grund das Deutschland der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts gewäh hatte, dessen Sprache mit der unseren nicht mehr identisch ist."

Die gestellte Aufgabe, in der sprachlichen Nachahmung eine energische For setzung und ein bisher nicht erreichter Höhepunkt auch sonst schon hervorgetreten Bestrebungen und Neigungen, ist nie so meisterlich und in solchem Umfang geli worden wie jetzt durch Arno Holz. Die Dafnis-Lieder — jeder Lex Heinze-Mar wird sie ohne Besinnen in das pornographische Rubrum schleudern, und zwar m dreidoppeltem Wutfluch, weil der Dafnis ein Mann in Bäffchen und Talar ist – lassen eine Physiognomie sehen, die jeder aus dem Leben — man möchte am liebst schreiben: aus dem eigenen Spiegel, kennt, nur daß es Sitte ist, dieses Spiegelbi heimlich für sich zu behalten. Wie ja auch die in erotischen Dingen offener reden Dafnis-Zeit nicht ganz offen redete, sondern ihre sexuellen Empfindungen un Wünsche in ein Schäfergewand hineindichtete. Die Dafnis-Lieder sind von d köstlichsten erotischen Sinnenfreude: naiv-unbekümmert, derb-genial, lapidar-ursprün lich, unerschöpflich im Auskosten der historisch gegebenen stilistischen Möglichkeit des Freß-, Sauff- und Venus-Themas, von einem wahrhaft diabolisch-göttliche Humor der Lebensluft und Genußweisheit, von dem in der Form auch Wilhel Busch eine Ader besitzt, der aber in seinem Reichtum und seiner Dreistigkeit echt Arno Holz ist.

Die Neigung für diesen Dafnis-Stil brach schon vor mehr als zehn Jahren b dem ehemaligen Freunde und Mitarbeiter Holz', bei Johannes Schlaf, durch. Ho zitiert in den ersten Zeilen seiner „Revolution der Lyrik" ein Schlafsches Gedich „Papa Opitz", das vor rund dreihundert Jahren durchaus ernst gewirkt habe würde und heute nur amüsiere; er spricht da in diesem Zusammenhang von de „Sinn für die heimliche Komik der Lyrik". In seiner köstlichen Satire „Die Bled schmiede" kann man lernen, wie sehr Holz diesen Sinn für gegenwärtige und ve gangene Lyrik besitzt, und aus diesem Sinne heraus haben auch die Dafnis-Lied ihre groteske Kraft empfangen.

Franz Diederic

Notizen.

Die Internationalität des Kapitals wird gut illustriert durch folgende Statisti die wir in der „Humanité" vom 9. Dezember finden. Danach umfassen die im Besi der französischen Kapitalisten befindlichen Wertpapiere einen Gesamtwert von 137 Mi liarden. Davon sind aber fast die Hälfte ausländische Wertpapiere, 66 Milliarden von denen über 11 Milliarden russische Staatspapiere. Das französische Finan kapital ist also beinahe ebenso an der „Prosperität", das heißt an der Ausbeutun des Auslandes interessiert wie an der des teuren Vaterlandes. Der Patriotismu der Kapitalisten geht immer mehr dahin, dem eigenen Volke durch Zölle, Milita rismus und Marinismus die Kräfte abzupressen, mit denen es erfolgreiche Wel politik machen und die Industrie des Auslandes unter seiner Oberhoheit entwickel das heißt ein ausländisches Proletariat schaffen und sich unterwerfen kann, das de Industrie und dem Proletariat des Inlandes Konkurrenz macht. Das Proletaria jedes kapitalistisch entwickelten Landes strebt dagegen dahin, die Proletarier de Auslandes zu unterstützen, damit sie sich organisieren und fähig werden, der kapi talistischen Ausbeutung Widerstand zu leisten, und aufhören, die Arbeiter der andere Länder zu unterbieten.

Die Kapitalisten wie die Proletarier sind international; aber die Internatio nalität der einen ist nach Ziel und Methode das Gegenteil der Internationalitä der anderen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 13 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Zwischen zwei Fronten.

⚔ Berlin, 21. Dezember 1904.

Wenn der deutschen Nation neue Militärlasten aufgehalst werden sollen, ird gewöhnlich das erhebende Lied angestimmt von den zwei Fronten, vischen denen das Deutsche Reich eingeklemmt sei, der französischen und r russischen Front. Es ist nun nicht unsere Absicht, heute diese Tirade auf ren etwaigen Kern zu untersuchen, was ohnehin von sozialdemokratischer eite oft genug geschehen ist. Das Schlagwort hat aber noch einen anderen inn, und zwar einen, wie zugegeben werden muß, sehr bedenklichen; nicht ır als angebliches „Volk in Waffen", sondern auch als vielgepriesenes Volk der Dichter und Denker" steht die deutsche Nation oder stehen vielmehr re herrschenden Klassen zwischen zwei Fronten, der französischen und der ssischen Front.

Es ist eine bekannte Tatsache, wie anregend und befruchtend die französische ıfklärungsliteratur des achtzehnten Jahrhunderts auf Deutschland gewirkt t, wie ernst sie in Deutschland genommen wurde, während in Frankreich bst ihre berühmtesten Träger, wie Voltaire, nicht entfernt ihre historischen nsequenzen ahnten.

Heute können wir die analoge Erscheinung beobachten, daß die sozia- ische Literatur in Rußland aufs eifrigste studiert wird, während die „deutsche ldung" sich wie toll vor Entzücken gebärdet, wenn der Reichsspaßmacher ilow seine Grimassen über diese Literatur schneidet. Wäre der neureichs- itsche Protz nicht aller historischen Bildung bar, so könnte ihm dieser histo- he Vergleich etwas zu raten geben. Eine Nation, die von der anderen zu nen versteht, wird dieser auf die Dauer immer über den Kopf wachsen, ein z, der ehedem, als es noch eine bürgerliche Bildung in Deutschland gab, zum Überdruß von jedem Schulmeister bewiesen wurde, namentlich an der anzösischen Oberflächlichkeit", die sich um nichts bekümmere, was außerhalb

der französischen Grenze passiere, und deshalb von Rechts wegen von Leipz bis Sedan unterlegen sei.

Erklärt es sich nun vom historischen Standpunkt aus ganz natürlich, da die unentwickeltere von der entwickelteren Nation zu lernen sucht, wie zur Ze der bürgerlichen Aufklärung die Deutschen von den Franzosen, und zur Ze der sozialistischen Aufklärung die Russen von den Deutschen, so ist es ein seiner Art einziges Schauspiel, daß, während die bürgerlichen Patrioten Deutschland mit Füßen treten, was einst der wirkliche Schatz ihrer Klasse g wesen ist, eben dieser Schatz von den mißachteten Franzosen in aller Emsigke gehoben wird. Zur Zeit, wo der biedere Magistrat von Nürnberg den echt Schildbürgerbeschluß faßt, an irgend einer versteckten Stelle eines riesig Bismarckdenkmals ein Reliefbild Ludwig Feuerbachs anzubringen, erschei in Frankreich eine umfassende und vortreffliche Monographie über den Ei fluß Feuerbachs auf die deutsche Literatur. Das ist ein historisches Gen bildchen, das die deutsche Bourgeoisie zum Nachdenken veranlassen könnt wenn sie anders das Nachdenken nicht längst über dem Profitschlagen verler hätte.

Was uns zu diesen Bemerkungen veranlaßt, sind drei kürzlich erschienen umfangreiche Werke der französischen Literatur über deutsche Schriftsteller, d in ihrem Vaterland mehr oder minder vergessen sind.[1] Will man diesen Werk einen Vorwurf machen, so ist es der, allzuviel von der „französischen Obe flächlichkeit“ abgelegt und allzuviel von jener „deutschen Gründlichkeit“ a genommen zu haben, womit die deutsche Konrektorenliteratur einherzuprunk pflegt. Besonders gilt dies von der Arbeit über Gutzkow und das junge Deutsc land. Herr Dresch panzert so ziemlich jede Seite mit einem halben Dutze von Zitaten, die unzweifelhaft beweisen, daß er seinen Gegenstand aufs grün lichste studiert hat, aber leider fehlt seinem Buche die historische Perspekti Um nur ein Beispiel anzuführen, so behauptet er, daß Gutzkow vor Ma und Engels den Hegelianismus bekämpft und eine Formel des historisch Materialismus gegeben habe. Das kann man nur schreiben, wenn man wed von Hegel noch von Marx etwas weiß. Als Gutzkow im Jahre 1835 ei mehrmonatige Gefängnisstrafe verbüßte, schrieb er, um die Langeweile der Ha abzukürzen, eine „Philosophie der Geschichte“, ohne andere Hilfsmittel, wie selbst sagt, als die Verwünschungen, die frühere Bewohner seiner Gefängnisze an die Wände gekritzelt hatten. Unter seinen mancherlei schwachen Schrift ist diese wohl die allerschwächste; Immermann hat sie schon in seinem Münc hausen witzig verspottet, und ein deutscher Bewunderer Gutzkows sagt von ih mit ihren, in flüchtiger unsystematischer Weise aneinandergereihten Einfälle Ahnungen, Bemerkungen und Berichtigungen komme sie gar nicht an die Hegelsc Philosophie heran. Gutzkow selbst hat übrigens später, in einer der au

---

[1] J. Dresch, Gutzkow et la Jeune Allemagne. Paris 1904, Société no velle de librairie et d'édition. 483 S. — Viktor Basch, L'individualisme anarchis Max Stirner. Paris 1904, Felix Alcan. 294 S. — Albert Levy, La philosoph de Feuerbach et son influence sur la littérature allemande. Paris 19 Felix Alcan. 544 S.

biographischen Schriften, die Herr Dresch häufig genug zitiert, mit ehrenwerter Selbsterkenntnis zugegeben, daß er nicht der Mann gewesen sei, mit „Hegels abstraktem Formelkram“ fertig zu werden; seinen Übergang zur Bühnentätigkeit rechtfertigt er unter ausdrücklichem Hinweis auf die „Hallischen Jahrbücher“ damit, daß die Fortsetzung des großen neuzeitlichen Kampfes andere Waffen erfordert hätte, als er zu führen verstanden habe.

An solchen Mißgriffen ist das Werk des Herrn Dresch nicht arm. Er ist hierin allzu abhängig von seinen deutschen bürgerlichen Quellen. Gegen eine Ehrenrettung Gutzkows und des jungen Deutschlands, insoweit als sie von den Julian Schmidt, Treitschke und sonstigen Borussen arg mißhandelt worden sind, ist nichts einzuwenden, aber man darf sie deshalb nicht zu den klassischen Trägern der deutschen Geistesentwicklung in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts machen. Das sind sie in keiner Weise gewesen. Mit Recht sieht Dresch in Gutzkow den bedeutendsten der jungdeutschen Schriftsteller, aber Gutzkows bedeutende Leistungen, seine großen Romane, fallen erst in die Zeit, wo es kein junges Deutschland mehr gab. Auch in dieser Beziehung gibt das Werk von Dresch schließlich ein schiefes Bild von Gutzkow, indem es, allerdings seiner Anlage gemäß, dessen hervorragendste Arbeiten beiläufig oder gar nicht erwähnt. Vom „Zauberer von Rom“ erfahren wir, außer durch ein paar beiläufige Hinweise, nur durch folgende, von Dresch neu veröffentlichte Briefstelle Gutzkows: „Ich schreibe an meinem großen Roman und sehne mich, diese Riesenarbeit auch nur zur Hälfte erst überstanden zu haben. Der Hof liegt nicht so bequem in beiden Rittern.“ Das soll nun einer verstehen; offenbar hat Gutzkow geschrieben: Der Stoff liegt nicht so bequem wie bei den Rittern (vom Geiste). Immerhin wiegen solche kleine Versehen leicht gegen den entscheidenden Grundmangel des Werkes, den wir schon damit kennzeichneten, daß ihm die historische Perspektive fehle.

Da sind die Herren Basch und Levy viel mehr auf der richtigen Fährte, wenn sie Stirner und Feuerbach zum Gegenstand ihrer Studien machen. Herr Basch ist Professor an der Universität in Rennes, und seinem Buche sitzt wie angegossen, was Adolf Hillebrand, der unter dem zweiten Kaiserreich ebenfalls Professor an einer französischen Provinzialuniversität war, über diese Art Literatur sagt.

„Es ist eines jener Werke, durch welche die besseren unter den französischen Fakultätsprofessoren von Zeit zu Zeit das Publikum an ihre Existenz und Existenzberechtigung erinnern zu müssen glauben. Es sind dies meist trefflich angeordnete und komponierte Bücher, elegant, aber mit Maß in der Eleganz, geschrieben. Solche Bücher sind fast immer, auch was den Inhalt betrifft, sorgfältig gearbeitet, doch pflegt derselbe meist, was Gedanken und Fakta anlangt, nicht durch allzugroße Originalität zu sündigen. Es sind gefällige, zahme, ziemlich erschöpfende Bücher, welche dem Lesepublikum die Mühe ersparen, Aristophanes oder Lukretius, Dante oder Shakespeare selber zu lesen und ihm doch erlauben sollen, einen Begriff davon zu haben und vorkommendenfalls ein Urteil darüber auszusprechen.“

Genau nach diesem Schema hat Herr Basch sein Buch gearbeitet.

Das Beste daran ist der erste Teil, der Abriß von Max Stirners Leb und Werk; man kann diese klare und verständliche Darstellung nur mit Be gnügen lesen. Im zweiten Teile, der den anarchistischen Individualismus a die Synthese des juristischen Individualismus und des Anarchismus nac weisen soll, treibt das Schifflein des Verfassers ziemlich hilf- und ratlos zwisch den ideologischen Sandbänken namentlich auch der deutschen Universitätsweish umher. Es erübrigt, näher darauf einzugehen, da diese Dinge kein groß Interesse haben und Herr Basch sie schließlich selbst auf der Schaukel d Einerseits-Andererseits schweben läßt. Einerseits sind wir abgeschlossene u unterschiedene Ichs, aber andererseits hat das Ich Fenster, wodurch die Bild und Geräusche der Außenwelt dringen, ohne die das Ich, wie es scheint, kei wirkliche Existenz haben würde. Im Grunde und am letzten Ende entscheid in den Grundproblemen der Soziologie, der Metaphysik und der Moral nic die Vernunft, sondern das Gefühl, das seelische Temperament. Mit dieser dür tigen Weisheit entläßt uns schließlich Herr Basch.

Höher steht das Buch Albert Levys über Feuerbach, obgleich Herr Le ebenfalls Provinzprofessor und zwar am Lyzeum von Toulouse ist. Es gi nicht nur eine klare Übersicht über die Philosophie Feuerbachs, sondern unte sucht auch mit eindringendem Verständnis ihren Einfluß auf Strauß, Rug Marx und Engels, Stirner, Moleschott, Hettner, Herwegh, Richard Wagn und Gottfried Keller. Am ausführlichsten wird mit Recht der Einfluß Feue bachs auf Marx und Engels beleuchtet, und wir müssen diese Untersuchun bis auf eine kleine Einschränkung, als musterhaft bezeichnen.

Unsere Einschränkung bezieht sich auf die Polemik, die Herr Levy dageg führt, daß Engels in seiner bekannten Schrift über Feuerbach dessen letz Arbeiten nicht genügend berücksichtigt haben soll. Herr Levy meint, Feuerba würde die historische Entwicklung zwar nicht in der marxistischen Interpretati anerkannt haben, wonach der ökonomische Faktor nicht nur die herrschende od die vorwiegende, sondern die einzige wirkliche Triebkraft der Geschichte sei, w alle Ideologien nur Widerspiegelungen der Produktivkräfte seien, aber d Prinzip der Entwicklung habe Feuerbach allerdings anerkannt, und seine Mor fordere ausdrücklich, um verwirklicht zu werden, eine Umgestaltung der Gese schaft, und sei keineswegs auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt, w Engels annehme. Feuerbach habe Darwin und Marx gekannt und sich geg Kant erklärt, der eine allgemeine Moral, nicht nur für alle Menschen, sonde noch obendrein für alle denkbaren vernünftigen Wesen verkündet habe.

Daran ist so viel richtig, daß Feuerbach in seinen letzten Lebensjahren si wiederholt energisch gegen die bürgerlichen Moralpredigten ausgesprochen h die an die Adresse der arbeitenden Klassen gerichtet werden, eben aus dem G sichtspunkt heraus, daß die Moral der arbeitenden Klassen wegen ihrer Klasse lage eine ganz andere sei als die Moral der besitzenden Klassen. Auch richtig, daß Engels diese Äußerungen nur flüchtig berührt hat. Hätte er aber auch so ausführlich berücksichtigt, wie Herr Levy wünscht, so würde seine historische Auffassung Feuerbachs im Wesen der Sache nicht geände haben. Das eine Mal, wo Feuerbach das „Kapital" von Marx erwähnt, nen

er es nur eine „wenigstens an unbestreitbaren Tatsachen interessantester, aber auch schauerlichster Art reiche Schrift“ und beweist dadurch, daß er dem eigentlichen Wesen des Werkes, wenn nicht ablehnend, so doch fremd gegenübersteht. Daß Herr Levy selbst den historischen Materialismus nicht versteht, zeigt die Interpretation, die er von der „marxistischen Interpretation“ gibt.

Sonst ist das Buch Levys aber eine sehr tüchtige Arbeit, die ihm kein deutscher Professor vorgemacht hat und vermutlich auch nicht nachmachen wird.

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

7. Die bürgerlichen Republikaner an der Arbeit. (Fortsetzung.)

a. Opportunismus und Kapitalismus.

Die Verfassung der dritten Republik beruht auf den staatlichen Grundlagen, ie das erste Kaiserreich geschaffen; sie erhielt ihre besondere Form durch die, ie die bürgerlichen Republikaner selbst sagten, reaktionärste Kammer, die Frankeich je gehabt. Man hätte glauben sollen, sobald diese monarchisch-klerikale ammer durch eine andere ersetzt war, in der die antiklerikal-demokratischen epublikaner dominierten, würde sofort diese Verfassung im demokratischen inne revidiert werden. Nichts von alledem. Im wesentlichen ist die Verssung Frankreichs heute noch die von Napoleon I. und den Krautjunkern egebene. Ein Teil der bürgerlichen Republikaner, die Radikalen, forderte noch ne Zeitlang, daß die äußerlich der Demokratie am meisten widerstreitenden nstitutionen, der Senat und die Präsidentschaft, aufgehoben würden. An den ilitarismus und die Bureaukratie wagten auch sie nicht zu rühren. An der tzteren hielten sie fest, weil sie selbst nach Posten angelten, der Bevölkerung er suchten sie weis zu machen, daß gerade diese Zentralisation das beste ittel bilde, aufs rascheste alle jene segensreichen Reformen durchzuführen, mit nen die Republik schwanger sei. Man brauche nichts zu ändern, als an telle der bestehenden Minister sie, die Radikalen, zu Ministern zu machen, d alles werde glänzend gehen. Eine andere Mitwirkung des Volkes dabei s die Erwählung einer genügenden Anzahl Radikaler in die Kammer sei erflüssig. Unter Demokratisierung der Verwaltung verstehen diese Herren ute nicht mehr die Ersetzung der bureaukratischen Bevormundung durch die elbstverwaltung, sondern die Ersetzung von Protektionskindern der rechten rch solche der linken Seite der Kammer.

Freilich, der Senat und der vom Senat miterwählte Präsident standen dem ersonenwechsel anfangs stark im Wege. Aber da sich die Radikalen sonst sehr rmlos erwiesen, haben sich ihnen auch die Tore des Senats eröffnet. Andererts zeigte sich der Senat auch für die Deputiertenkammer sehr nützlich. Bei m ungleichen Wahlrecht, aus dem er hervorgeht, und der neunjährigen andatsdauer seiner Mitglieder bedarf er nicht der Popularität der Volksassen. Er kann die Unpopularität leichter ertragen als die Abgeordneten der ammer. So dürfen diese um so volksfreundlicher sich gebärden, um so mehr ren Wählern versprechen, um so radikaler stimmen, da sie ja wissen, daß der enat schon dafür sorgt, daß alle schönen Beschlüsse nur auf dem Papier

bleiben, wenn sie die Herrschaft oder Ausbeutung des Kapitalismus wirkli ernsthaft einengen würden. Dank dem Senat können die bürgerlichen Radi kalen alle Vorteile ihres Radikalismus bei den kleinbürgerlichen und proleta rischen Wählern einheimsen, ohne je befürchten zu müssen, dadurch das kapi talistische Regime zu gefährden. Auf diese Weise wird der nicht auf de „Arbeiterfang" angewiesene Senat zur notwendigen Ergänzung für die auf de „Arbeiterfang" ausgehende bürgerliche Demagogie.

Endlich wurde eine Verfassungsrevision immer gefährlicher, je mehr di extremen Parteien von rechts und links erstarkten, die nicht eine Konservierun des bestehenden Zustandes, sondern seinen Umsturz wollten. So haben di Radikalen seit geraumer Zeit jede Agitation auch gegen Präsidentschaft un Senat fallen gelassen; die monarchische Spitze und das ungleiche Stimmrec gelten ihnen heute als die festesten Stützen der Republik und des allgemeine Stimmrechtes. Was heute als „Republik" in Frankreich verteidigt wird, das i immer noch die Schöpfung der Krautjunkerkammer, welche die Kommune mordet

Aber ein großer Teil der bürgerlichen Republikaner bedurfte nicht diese Umwegs, um zur Anerkennung, ja Verehrung der von den Krautjunker geschaffenen Verfassung zu kommen. Sie erkannten sofort, wie sehr sie de Herrschaftsbedürfnissen der Bourgeoisie entsprach, und so warfen sie leichte Herzens die demokratischen Allüren über Bord, die in ihnen doch nicht ein lebende Macht, sondern bloße Erinnerungen an die große Revolution ware arbeiteten fröhlich an der neuen Verfassung mit und paßten sich ihr an. Da waren die Opportunisten. Sie gaben ihr radikales Programm den Masse gegenüber nicht auf, wußten aber seine Verleugnung in seine Vollendung um zureden. Durch die Macht der Rede schwarz in weiß verwandeln, ist ein Grundbedingung der politischen Existenz des Opportunismus ebenso wie de „Kooperation der Klassen". Die Kunst, sich und vor allem die Hörer i Worten zu berauschen, war bei Gambetta ebenso hoch entwickelt wie bei Loui Blanc.

Man höre nur zum Beispiel, wie Gambetta sich über die Tatsache aus sprach, daß die Senatoren nicht direkt, sondern von Wahlkörpern erwähl wurden, zu denen ursprünglich jede Gemeinde, die kleinste wie die größte, o sie 50 Einwohner oder 2 Millionen umfaßte, einen Wahlmann entsandte. Ei reaktionäreres Wahlrecht, ein schlimmeres Attentat auf das allgemeine gleic und direkte Stimmrecht war nicht gut denkbar. Zu welch herrlicher demokr tischen Errungenschaft wußte aber Gambetta diese Erbärmlichkeit umzureden

„Lange habe ich mich gesträubt," sagte er am 23. April 1875 seinen Wähler den Arbeitern von Belleville, „zu glauben, daß diese Versammlung (die Nationa versammlung), die sicherlich die am meisten monarchisch und — wie soll ich do sagen — am wenigsten unkirchlich gesinnte ist, die Frankreich je gehabt hat, gesättig wie sie ist mit den Vorurteilen des oligarchischen Regimentes, bei der Aufgabe, ein erste Kammer zu errichten, dahin kommen würde, ihr als Grundlage zu geben, wa das am meisten Demokratische ist, was Frankreich besitzt: den Ge meindegeist nämlich, die 36000 Kommunen Frankreichs. Sehen Sie jetzt, in welche Maße der Geist der Demokratie alle Köpfe eingenommen und selbst unsere erklärteste Gegner durchdrungen haben muß, damit die Gesetzgeber von 1871 dem Senat, de sie schaffen wollten, die 36000 Kommunen Frankreichs als Quelle anweisen konnten Bewundern Sie in der Tat die Folgen und die Bedeutung eines solchen Gesetzes!

Und nun entwarf Gambetta ein glänzendes Bild all der Herrlichkeiten, di für Frankreich aus diesem Wahlrecht hervorgehen werden, das nicht eine

Senat, sondern „den großen Rat der Kommunen Frankreichs“ erzeugen müsse. So wurde die Aufhebung des gleichen Stimmrechtes für die Pariser Arbeiter ı einen Sieg des Prinzips der Kommune umgeschwindelt.

Dem reaktionären Wechselbalg wird eine demokratische Etikette aufgeklebt, nd die Demokratie hat über die Reaktion gesiegt! — eine Methode, die sicher n Friedlichkeit und Sicherheit mit keiner anderen vergleichbar ist. Man kann ur noch Siege erfechten, wenn man bereit ist, jede Niederlage einen Sieg zu ennen.

Indes waren es nur die Proletarier und Kleinbürger, die Gambetta mit ieser Methode betrog, nicht die Bourgeoisie; nicht jene Klasse, deren Interessen : tatsächlich vertrat, sondern jene, deren Stimmen er zu fangen suchte, um sie en kapitalistischen Interessen dienstbar zu machen. Die Illusion war nicht ei ihm, sondern bei seinen Wählern. Den bürgerlichen Interessen entspricht er Senat vollkommen.

Die Verfassung von 1875 erstand unter den Nachwirkungen des Aufstandes er Pariser Kommune. Daher war ihr leitender Gesichtspunkt der, die Republik zu gestalten, daß sie eine Herrschaft des Proletariats ausschloß. Aber das roletariat ist heute die einzige Macht, die der Kapitalistenklasse wirksam ent-egentreten kann, weil sie die einzige ist, die eine höhere Produktionsweise als e kapitalistische repräsentiert. Unter den Einschränkungen der Kapitalisten-asse sind die vom Proletariat errungenen oder seinen dauernden Klassen-teressen dienenden die einzigen, die einen Kulturfortschritt bedeuten und die esellschaft auf eine höhere Stufe heben. Alle anderen Einschränkungen des apitalismus bewirken eine Hemmung der sozialen Entwicklung, eine Unter-ndung der höchsten bisher erreichten Form des ökonomischen Lebens zugunsten edrigerer, rückständiger, überlebter, führen zu unerträglichen Zuständen.

So muß schließlich immer wieder der Kapitalismus heute zur Herrschaft mmen, unter jeder Verfassung, die nicht das Proletariat zur Herrschaft führt; ag sie so antiliberal als möglich sein, durch ihre politischen Formen Klein-ırger, Bauern, Junker, Soldaten, Pfaffen, absolutistische Bureaukraten oder elche nichtkapitalistischen oder antikapitalistischen Klassen immer bevorzugen, s Kapital wird unter jeder dieser Verfassungen herrschen. Es bemächtigt sich n Ende auch der demokratischen Republik dort, wo das Volk, der „Demos“, ehr aus Kleinbürgern und Bauern als aus Proletariern besteht; das „Kaiser-ich ohne Kaiser“, wie man die dritte Republik treffend nannte, bot aber für ne Herrschaft von vornherein den günstigsten Boden. Es hatte im Kaiser-ch mit dem Kaiser durch den Kaiser geherrscht, der immerhin noch eigene nastische Zwecke neben den kapitalistischen verfolgte; im Kaiserreich ohne den aiser wird es direkt der Kaiser selbst, der die Minister einsetzt, den Senat und : Deputiertenkammer zusammensetzt und dirigiert. So wird die republi-aische Politik noch leichter zu kapitalistischer Politik als die monarchische.

Das tritt deutlich zutage zum Beispiel in der Kolonialpolitik.

Man kann in der kapitalistischen Kolonialpolitik zwei verschiedene Zeitalter terscheiden, die voneinander ebenso verschieden sind wie die ältere und jüngere hutzzollpolitik, mit der sie zusammenhängen. Zwischen beiden Epochen liegt s Zeitalter des Freihandels. Die ältere Kolonialpolitik bildete einen Be-ndteil der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals; sie beruhte auf direkter ünderung reicher Länder, deren Reichtümer sie als Kapital in das Heimat-nd importierte. Die neue Kolonialpolitik findet solche reiche Plünderungs-

objekte nur in geringem Maße vor. Sie entspringt den Bedürfnissen ein Kapitalismus, der an seinem eigenen Überfluß zu ersticken droht, der sei Reichtümer und Kapitalien in die Kolonien exportieren will, natürlich n zu dem Zwecke, damit auch die kapitalistische Ausbeutung dahin zu exportiere

Die alte Kolonialpolitik bereicherte, wo sie mit Erfolg betrieben wurde, nic bloß die Kapitalisten, sondern auch den Staat, der an der Plünderung d Kolonien teilnahm. Die neue Kolonialpolitik bereichert die Kapitalisten a Kosten des Staates, da es in den Kolonialländern zunächst nur wenig z plündern gibt, während die Festsetzung und Ausbreitung der kapitalistische Ausbeutung dort erhebliche Ausgaben für militärische Expeditionen und d Erhaltung eines großen staatlichen Herrschaftsapparats erfordert.

Bismarck, der ein gutes Auge für die Interessen der Staatsgewalt hatt wehrte sich denn auch lange genug dagegen, die neue Kolonialpolitik zu beginne Es war die französische Republik, die sie mit aller Macht inaugurierte, als s 1881 nach Tunis ging, 1882 nach Anam, 1883 nach Tonking und Madagaska Die deutsche Kolonialpolitik begann erst ein Jahr später.

In welchem Maße daneben die hohe Finanz Regierung und Kammer z beherrschen und ihren Spekulationen sich sogar direkt dienstbar zu mache wußte, bezeugte am besten der bekannte Panamaskandal von 1888.

Wie wenig aber die Staatsgewalt dort vermochte, wo sie mit den kapit listischen Interessen in Konflikt geriet, erweist die französische Eisenbahn politik.

Die Eisenbahnen haben sich als eines der mächtigsten unter den moderne Kriegsmitteln erwiesen. Alle modernen Großstaaten auf dem Festland Europa trachten daher nach möglichster Verstaatlichung ihres Eisenbahnnetzes, um e vollständig in ihrer Hand zu haben. Im Deutschen Reiche ist diese Verstaa lichung fast völlig durchgeführt.

Anders in der Republik. Sie hat keine Kosten gescheut, ihre Armee d deutschen ebenbürtig zu machen; sie spart weder mit dem Gute, noch mit de Blute des Volkes für diesen Zweck. Aber der so heiße Patriotismus des fra zösischen Kapitals erlischt rapid, wenn durch die Maßregeln zur Verteidigun des Vaterlandes das Gebiet seiner Ausbeutung beschränkt werden soll.

Die Erfahrungen des deutsch-französischen Krieges hatten die Notwendigke der Verstaatlichung der Eisenbahnen für die moderne Kriegführung deutli erwiesen, ihr Ankauf durch den Staat wurde daher in Preußen lebhaft betriebe namentlich 1879 bis 1884.

Auch in Frankreich suchten seine Patrioten in gleicher Richtung zu wirke besonders Gambetta trat eifrig für die Verstaatlichung ein. Aber der „Diktato mußte vor der Profitgier derselben Bourgeoisie die Segel streichen, deren Klasse interessen er selbst so sehr gefördert.

Nach dem Scheitern der Verstaatlichungsprojekte kam es zu Verhandlunge zwischen dem Staate und den sechs großen Eisenbahngesellschaften. Das Result waren die Verträge von 1883, les conventions scélérates, die ruchlosen Ve träge, wie sie hinterdrein genannt wurden, und mit Recht. Weit entfern die Privilegien einzuschränken, mit denen das Kaiserreich die Gesellschaften au gestattet, wurden sie neu bestätigt und vermehrt. Eine Reihe von Bahnen, d der Staat seit 1879 gebaut, wurden ihnen geschenkt, ebenso wurden der Wes bahn 80 Millionen geschenkt, die sie dem Staate schuldete. Den Gesellschafte wurden Mindestdividenden vom Staate garantiert, und zwar:

der Ostbahn	7½ Prozent des Anlagekapitals			
„ Westbahn	7⅒	„	„	„
„ Südbahn	10	„	„	„
„ Mittelmeerbahn	11	„	„	„
„ Orleansbahn	11⅒	„	„	„
„ Nordbahn	13½	„	„	„

Die Belastung der Steuerzahler durch diese Verträge war enorm. In zehn Jahren (1884 bis 1893) betrugen die Garantiezuschüsse des Staates an die Eisenbahnen 688 Millionen Franken. Und dabei dauerte die Plünderung der Reisenden und der Frachtenversender durch die Gesellschaften fort.

Das Schlimmste ist aber die Art und Weise, wie diese Verträge zustande kamen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Raynal ebenso wie der Berichterstatter der Kommission der Kammer, Rouvier, malten die Verträge und ihre günstigen Folgen für den Staatsschatz und den Verkehr in rosigstem Lichte. Die Prüfung ihrer Vorspiegelungen wurde aber äußerst erschwert. „Auf dringendes Verlangen der Regierung wurde ihre Beratung zuerst in der Kommission des Abgeordnetenhauses, dann im Hause selbst auf das äußerste beschleunigt. Die Abgeordneten, die eine gründliche Prüfung und Vorberatung verlangten und nachdrücklich Verwahrung dagegen einlegten, daß so wichtige Vorlagen, wie Camille Pelletan sich ausdrückte, im Galopp durchgepeitscht würden, wurden niedergestimmt“ (A. v. d. Leyen, Eisenbahnen, Regierung und Volksvertretung in Frankreich, „Zeitschrift für Eisenbahnen und Dampfschiffahrt“, Wien 1895, S. 99. Diesem Artikel sind auch die meisten der anderen über die Verträge von 1883 hier vorgebrachten Daten entnommen).

Mit welcher Leichtfertigkeit diese Verträge abgefaßt wurden, erhellt daraus, daß sie keine genauen Bestimmungen über die Dauer der Verpflichtung des Staates, die Dividenden zu garantieren, enthielten. „Weder bei der Begründung des Gesetzentwurfes über die Verträge, noch in den Kommissionsverhandlungen, noch in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses oder des Senats ist die Dauer der Garantieverpflichtung ausdrücklich zur Sprache gekommen“ (A. v. d. Leyen, a. a. O. S. 116).

Hinterdrein legten manche Bahnen die Verträge dahin aus, daß die Garantieverpflichtung bis zum Ablauf der Konzession (bei der Südbahn bis 1960) dauere, indes der Minister Barthou 1894 annahm, die Verpflichtung erlösche 1914. Aber der Staatsrat entschied für die Gesellschaften. Von 1884 bis 1893 hatte die Südbahn schon 135 Millionen vom Staate bekommen. Die Verlängerung der Garantiepflicht von 1914 bis 1960 kann den Staat bei dieser Gesellschaft allein leicht eine halbe Milliarde und mehr kosten.

Daß so geriebene Geschäftsleute wie Raynal, Rouvier und die Mehrzahl der französischen Parlamentarier nicht aus Unerfahrenheit oder Leichtsinn solche Verträge abschlossen, ist klar. Von Anfang an wurde denn auch gegen die gesamte Bande in der Presse und in der Kammer die Anklage erhoben, sie sei von den Gesellschaften gekauft worden, und die Angeklagten haben darauf stets nur mit Vertuschungsversuchen geantwortet. Die Hauptschuldigen an den Verträgen figurierten dann auch in der Reihe der Panamisten, unter ihnen Herr Rouvier, jetzt Finanzminister in dem Ministerium Combes, das nach der Meinung naiver Sozialisten berufen sein soll, die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung zu inaugurieren. In Wirklichkeit ist die Anwesenheit dieses Vertrauensmanns der hohen Finanz im Ministerium eine Garantie für die Kapi-

talistenklasse, daß die Unterstützung der Regierung durch die Sozialisten auc nicht die mindeste Einengung der Plünderung des Staates durch die Kap talisten mit sich bringt. In der Tat haben die beiden letzten „sozialistischen Ministerien nicht einen Finger gerührt, um den großen Eisenbahngesellschafte zu Leibe zu gehen; Millerand hat die Subventionierung des Kapitals no vermehrt, indem er den großen Reedern Prämien zuschanzte (Gesetz vo 25. November 1901).

Das Budget des französischen Staates für 1904 verzeichnet:

Subventionen und Zinsen an Eisenbahngesellschaften (Ministerium der öffentlichen Arbeiten)	97600000	Franken
Subventionen an Postdampfer	26653000	"
Subventionen für die Handelsflotte (Handelsministerium) .	29250000	"
Zusammen	153503000	Franken

Man sieht, auch unter sozialistischen Ministern und von Sozialisten gestützte Regierungen verkümmert das Kapital in der dritten Republik nicht.

b. Die Steuerpolitik der dritten Republik.

An Vergeudung von Staatsgeldern zugunsten der Kapitalistenklasse kan sich die dritte Republik mit dem zweiten Kaiserreich messen. An Energie i der Belastung der unteren Volksklassen ist sie ihm noch über. Die Kolonia politik, die Vermehrung der Beamtenposten, die Vergrößerung der Armee, d Subventionierungen kapitalistischer Unternehmungen ließen die Staatsausgabe riesengroß anschwellen.

Wir haben oben gesehen, daß Adolf Wagner ein Wachstum der Steue einnahmen in der Zeit zwischen 1847 und 1870 von 1098 auf 1543 Millione Franken verzeichnet. Von 1870 bis 1885 gibt er aber eine weitere Zunahm auf 2692 Millionen an, und im Budget für 1904 sind die Staatseinnahme auf 3571 Millionen veranschlagt. Das macht von 1870 bis heute eine Zu nahme von zwei Milliarden, mehr als eine Verdopplung der Steue lasten.

Und das bei fast gleichbleibender Bevölkerung! Sie betrug 1847 36, 187 über 38, 1901 nicht ganz 39 Millionen. Auf den Kopf kam 1847 eine Steue last von 30, 1870 von 40, 1904 von 92 Franken. Sie wuchs in den zw Jahrzehnten des Kaiserreichs um 10 Franken (33 Prozent), in den drei Jah zehnten der Republik um 50 Franken (125 Prozent). Auf eine fünfköpfi Familie kommt heute durchschnittlich eine Steuerlast von 450 Franken!

Dabei hat aber die Vermehrung der Steuern nicht gereicht, die steigende Ausgaben zu decken. Immer neue Schulden mußten gemacht werden. Na einer Aufstellung in „Statesmans Yearbook“ betrug die Verschuldung Fran reichs in Millionen Franken:

	Kapital	Zinsen
23. September 1800	714	36
1. Januar 1815	1272	64
1. August 1830	4426	199
24. Februar 1848	5913	244
1. Januar 1852	5516	239
Januar 1871	12454	386
" 1889	21251	739
" 1899	29948	1256
" 1902	30343	1192

Auch wenn man die 5 Milliarden Kriegsentschädigung abzieht und noch weitere 3 Milliarden auf Kriegskosten rechnet, bleibt immer noch eine Vermehrung der Schulden um etwa 10 Milliarden bestehen.

Aber die Vermehrung der Steuern charakterisiert an sich noch nicht das kapitalistische Regime. Der Ruf nach möglichst wenig Steuern ist ein kleinbürgerlicher. Auch ein proletarisches Regime bedarf hoher Steuern, solange es nicht sozialistisch wirtschaftet, wie dies zum Beispiel in Gemeinden eintreten kann, die innerhalb des kapitalistischen Staates vom Proletariat erobert werden. Große soziale Reformen sind ohne große Aufwendungen unmöglich. Hier liegt eine der größten Schwierigkeiten jeder sozialistischen Kommunalpolitik innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise.

Die hohen Steuern unterscheiden also an sich noch nicht ein proletarisches oder proletarierfreundliches Regime von einem kapitalistischen, wohl aber die Art der Steuern und ihre Verwendung.

Und da marschiert die dritte Republik an der Spitze der kapitalistischen Staaten.

Wir haben gesehen, daß die erste Republik danach trachtete, die Bedürfnisse des Staates möglichst nur durch direkte Steuern zu decken — und, wo diese nicht ausreichten, durch die Konfiskation von Gütern der Volksfeinde. Schon vor der Erringung der Republik hatte das revolutionäre Volk die indirekten Steuern selbst fast ganz abgeschafft, die Organe ihrer Erhebung verjagt. Wir haben aber auch gesehen, wie nach der Niederwerfung der unteren Volksklassen zugleich auch wieder die Rückkehr zu den indirekten Steuern begann. Sie wurden seitdem der Hauptpfeiler des französischen wie jedes anderen bürgerlichen Steuersystems. Die dritte Republik aber hat, im Gegensatz zur ersten, ihre Bedeutung über das vom Kaiserreich überkommene Maß hinaus nicht vermindert, sondern vermehrt.

Wenn man die schon mehrfach erwähnte Tabelle Adolf Wagners, die er in dem Ergänzungsheft zu seiner „Speziellen Steuerlehre“ (S. 137) selbst bis 1894 ausdehnte, durch die Zahlen für 1904 ergänzt, erhalten wir folgende Resultate:

Millionen Franken	1847	1870	1885	1894	1904
Direkte Steuern	331,7	332,8	446,5	535,0	626,2
Verkehrssteuern	253,8	446,5	708,0	710,3	759,4
Indirekte	464,8	708,9	1309,6	1542,4	1945,9
Andere kleinere	48,0	54,8	228,3	186,0	239,5
Summe	1098,2	1543,0	2692,4	2973,7	3571,0
Prozente					
Direkte Steuern	30,2	21,5	16,6	18,0	17,5
Verkehrssteuern	23,1	29,0	26,3	23,9	21,2
Indirekte	42,3	46,0	48,6	51,8	54,5
Andere kleinere	4,4	3,5	8,5	6,3	6,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Progression					
Direkte Steuern	100,0	100,3	134,6	161,3	188,7
Verkehrssteuern	100,0	175,9	279,0	280,0	299,2
Indirekte	100,0	152,5	281,7	331,8	418,6
Andere kleinere	100,0	114,2	475,6	387,6	499,0
Summe	100,0	140,5	245,2	278,0	325,2

Das Anwachsen der direkten Steuern ist aus dieser Tabelle nicht ganz klar zu ersehen, da das französische Budget Steuern, die wir als direkte ansehen,

namentlich die Erbsteuer, nicht als solche, sondern als Verkehrssteuern bezeichn
Aber ganz auffallend tritt in der Tabelle das stete Anwachsen der indirekt
Verbrauchssteuern zutage. Während die Gesamtsumme der Steuern seit 18
sich verdreifachte, hat sich die der indirekten Steuern vervierfacht.

Kurt Eisner findet den französischen Etat „weit antikapitalistischer a
die preußisch-deutsche Steuerschröpfung". Ihm imponiert besonders die Grun
steuer und die Erbsteuer, die er der preußischen Einkommensteuer en
gegenhält. Es ist wahr, die Grundsteuer ist revolutionären Ursprungs, sie soll
die einzige Steuer bilden, den Mehrwert besteuern. Ihr Ertrag war 1790 a
240 Millionen Franken veranschlagt. Wie war seitdem ihre Entwicklung?

„Die ursprüngliche Hauptsumme (principal) des Grundsteuerkontingentes d
ganzen Staates hat erhebliche Herabsetzungen erfahren." Das so herabgeset
Kontingent ist aber dann „seit geraumer Zeit (1821) im wesentlichen tatsächli
stabil geworden, gegen die Natur jeder Steuer, auch gegen die ursprüngliche Absi
des Gesetzgebers und im vollen Gegensatz zur Entwicklung des französischen Steue
bedarfes und der meisten übrigen, besonders der indirekten Verbrauchs- u
der Verkehrssteuern, aber auch der Patentsteuer, zu welchen allen die Grun
steuer daher immer mehr in ein Mißverhältnis gekommen ist" (Adolf Wagner, a. a.
S. 438).

Nie war dies Mißverhältnis so groß, wie unter der dritten Republik. M
hat also keine Ursache, die über hundert Jahre alte Steuer, die alle franz
sischen Regimes überdauert hat, gerade der jetzigen Republik zugute zu schreibe
Sie ertrug 1870 172, 1885 178 Millionen, ist für 1904 auf 194 Million
veranschlagt. Die Grundsteuer trifft sowohl Kulturland wie mit Gebäud
bedeckten Boden. Seit 1884 werden beide Arten Grundsteuer getrennt a
geführt. Da zeigt die Grundsteuer vom Kulturland sogar eine Abnahm
Sie betrug in Franken:

	1884	1904	Zu- (+) oder Abnahme (—)
Für Kulturland . . .	118650252	104932554	— 13717698
„ Gebäude	57070621	89539551	+ 32468930
Summe	175720873	194472105	+ 18751232

Man sieht, die französischen Agrarier haben sich über die Republik nicht
beklagen. Die Grundsteuer wird für sie immer geringer. Wir werden d
Agrarierschutz Frankreichs noch in einem anderen Zusammenhange kenn
lernen.

Nicht dasselbe wie von der Grundsteuer kann man von der Erbschaftsste
sagen. Sie ist hoch, und ihre Erträge steigen natürlich mit der Zunahme d
kapitalistischen Reichtums. Immerhin nicht so stark wie die allgemeine Steue
last. Die Erträge der Erbsteuer stiegen von 1885 bis 1904 von 177 Million
auf 221, also um 25 Prozent, dagegen die allgemeinen Steuereinnahmen v
2692 auf 3571 Millionen, also um 32 Prozent.

Überdies ist diese Erbsteuer gar nicht von der Republik geschaffen, sie find
sich schon vor der großen Revolution im ancien régime. Sie beruht heute no
im wesentlichen auf dem Gesetz vom 22. Frimaire des Jahres VII (1798), d
Zeit der vollsten Reaktion und Säbelherrschaft, unmittelbar vor dem Staat
streich Napoleons. Das Gesetz vom 25. Februar 1901, das sie reformier
hat nicht viel an ihr geändert. Bis dahin war sie ohne jegliche Progressi
gewesen, hatte also gerade das nicht enthalten, was wir von einer jeden de
artigen Steuer fordern müssen. Seitdem ist eine gewisse Progression eingetrete

aber eine minimale, die nicht weit geht. Von einer Befreiung der kleinsten Erbschaften, des Erbteils der Ärmsten, ist aber keine Rede. Für Erbschaften in direkter Linie sind zu bezahlen bei einem Betrag von 1—1000 Franken 1 Prozent; die Steuer wächst bis zu einem Maximum von 2½ Prozent für Erbschaften von 250001 Franken und darüber hinaus. Bei Erbschaften zwischen Nichtverwandten aber beträgt die Erbsteuer mindestens 15 Prozent (bis 1000 Franken) und höchstens 18 (1 Million und darüber). Der Sohn eines hundertfachen Millionärs hat also nur 2½ Prozent für sein reiches Erbe zu zahlen; das arme Dienstmädchen, das für langjährige Dienste mit einem kleinen Legat bedacht wird, muß 15 Prozent davon dem Staate abgeben. Und noch eine Schönheit der französischen Erbsteuer. Bei den kleinsten Beträgen sind die Steuersätze für Erbschaften unter Nichtverwandten 15mal so groß wie für solche in direkter Linie. Bei den größten (über eine Million) nur 7mal so groß. Eine eigenartige Progression.

Neben diesen Steuern kommen hier noch in Betracht die Personal- und Mobiliar- und die Tür- und Fenstersteuer. Die Personalsteuer beträgt den dreifachen Betrag des vom Generalrat für die Gemeinde als üblich angesetzten Tagelohns (mit dem Maximum von 1½ Franken) und wird in gleicher Höhe von jedem Einwohner beider Geschlechter in der Gemeinde erhoben, der „im Genusse seiner Rechte" und nicht notorisch arm ist. Das ist eine ganz primitive, brutale Kopfsteuer. Die Mobiliarsteuer wird berechnet nach der Höhe des Mietwertes der Wohnung, die der Steuerzahler bewohnt. Auch hier keine Progression oder vielmehr, da bei den kleinen Einkommen ein größerer Prozentsatz auf die Kosten der Wohnung entfällt als bei den größeren, bildet diese Steuer eine nach unten progressive Einkommensteuer.

So sagt denn auch Adolf Wagner von ihr:

„Ohne Steuerfreiheit für kleine Wohnungen der Ärmeren und mit proportionalem Steuerfuß wirkt sie, vollends neben der Personalsteuer, umgekehrt progressiv auf die kleinen Leute, die Masse der Bevölkerung. Bedenken, die sich in Frankreich bei dessen sonstiger hoher Verbrauchsbesteuerung noch steigern" (a. a. O. S. 458).

Dieselben Bedenken wie die Mobiliarsteuer treffen die Tür- und Fenstersteuer, die außerdem noch dadurch bedenklich wird, daß sie nichts anderes ist als eine Besteuerung der Licht- und Luftzufuhr für die nicht im Freien arbeitende Bevölkerung, also eine Besteuerung ihrer Hygiene.

Diese direkten Steuern sind also höchst irrationell, nach unten drückender als nach oben. Unter den indirekten stehen in erster Linie die Monopole und die Zölle, die in Frankreich enorm hoch geschraubt sind. 1870 ertrugen die letzteren 70 Millionen, 1885 schon 291 und 1904 421 Millionen! Der Ertrag der Monopole ist für 1904 auf 480 Millionen veranschlagt (ohne Post und Telegraphen). Das Tabakmonopol warf 1870 247, 1885 397, 1904 433 Millionen ab.

Die Schönheiten des französischen Steuersystems blieben unvollständig, wollten wir nicht auch noch der Besteuerung der Gemeinden gedenken. Die große Revolution hatte, wie wir gesehen, das Oktroi aufgehoben; an dessen Stelle wurde den Gemeinden gestattet, Zuschläge zu den direkten staatlichen Steuern, also zunächst der Grundsteuer, einzuheben. Die Reaktion behielt die Zuschläge, gesellte ihnen aber das Oktroi wieder zu, das 1798 für Paris, im folgenden Jahre für andere Gemeinden eingeführt wurde.

„Dies Oktroi ist allmählich in so zahlreichen Gemeinden (im Jahre 1888 i 1525) angewandt, so umfassend ausgebildet und zu einem so starken Ertrag gebrac worden, daß es an finanzieller Bedeutung für den Kommunalhaushalt der Gesam heit der französischen Gemeinden und zumal für den riesigen Haushalt von Par die direkte Besteuerung mittels der Zuschlagcentimen erheblich übertrifft" (Ado Wagner, a. a. O. S. 865).

Das Oktroi, dieser Rest des Mittelalters, in Preußen schon 1873 (die Mah und Schlachtsteuer) aufgehoben, erwächst und gedeiht lustig in der dritt Republik wie in den drei ihr vorhergehenden Monarchien, nachdem die gro Revolution geglaubt, ihm für immer den Garaus gemacht zu haben. Es sin eben ganz eigenartige Traditionen der Revolution, welche die dritte Republ beherrschen.

Wir finden im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" eine Tabell aus der wir folgende Zahlen herausheben:

Jahr	Zahl der Oktroigemeinden	Bevölkerung des Oktroibezirkes	Roherträg	Steuer pro Ko der Bevölkeru (jährlich)
			Franken	Franken
1823	1434	5997600	61871443	10,32
1863	1508	9582144	167043698	16,43
1883	1526	12518762	285704247	22,82
1893	1518	14108352	316847524	24,54
1898	1509	13454110	333194906	24,76

Der Ertrag dieser schlimmsten und reaktionärsten aller Steuern ist al noch immer im Steigen. Man vergleiche damit Berlin, dessen Gemeindesteue pro Kopf 1898 28 Mark ausmachten, wovon 42 Pfennig durch Verbrauch steuern aufgebracht wurden.

Zu alledem kommt noch hinzu die hartnäckige Weigerung jedes bisherig Parlamentes der dritten Republik, eine progressive Einkommensteuer einzuführe wie sie in verschiedenen deutschen Staaten seit längerer Zeit besteht. Der jüng Entwurf Rouviers verspricht auch kein besseres Schicksal zu haben als sei Vorgänger. Sollte er aber wirklich Gesetz werden, wird er der reine Ho auf eine wirkliche progressive Einkommensteuer sein.

Adolf Wagner findet denn auch im französischen Steuersystem durcha nichts „Antikapitalistisches". Er ist voll Sympathie für die in Frankreich vo wiegenden Steuerarten, sowohl die indirekten Steuern wie die Monopole; meint auch, in der Hauptsache sei das Steuersystem der dritten Republik ei Notwendigkeit, was richtig ist, bei den gegebenen sozialen und politisch Verhältnissen; aber er muß zugeben, daß es das Gegenteil ist des an kapitalistischen Steuersystems, das die große Revolution einzuführen versucht daß es die Fortsetzung und Verschärfung des monarchistischen Steuersyster bildet. Im Ergänzungsheft zu seiner „Speziellen Steuerlehre" (1896) schreibt e

„Im Anfang des zweiten Jahrhunderts nach dem Jahre 1789 ist man in Fran reich mehr als je von dem im Beginn der ersten Revolution verfolgten Ziele d Steuerpolitik: weg mit den indirekten Steuern, entfernt. Unter dem Einfluß d Ereignisse von 1870/71, der seitdem innegehaltenen allgemeinen Politik hat m gerade in der dritten Republik eine Steuerpolitik eingeschlagen und konsequent durc geführt, welche den Schwerpunkt der Steuern selbst immer mehr noch in die indire Verbrauchsbesteuerung, daneben in die Verkehrsbesteuerung gelegt hat. In den letz

Jahren, auch wieder seit Mitte und Ende der achtziger Jahre, besonders unter dem Einfluß der jüngsten Zollpolitik, ist diese Richtung sogar abermals stärker geworden. ... Ein idealistischer Finanzmann und Steuerpolitiker der ersten Revolution, welcher das Steuersystem des ancien régime verurteilte und zusammenbrechen half, würde staunen, wenn er im heutigen französischen System im ganzen noch wieder so viele Ähnlichkeit mit dem alten sähe" (S. 134, 135).

Und nun noch ein Blick auf die Verwendung der auf so irrationelle und arbeiterfeindliche Art aufgebrachten Milliarden.

Nach dem jüngsten Budget entfielen auf:

Verzinsung der Staatsschuld . .	1216934612	Franken
Kosten der Steuererhebung . . .	213805685	"
Armee	680720000	"
Marine	312931832	"
Kolonien	110358097	"
Zusammen	2534750226	Franken

71 Prozent der Ausgaben entfallen auf diese Gebiete. Dazu kommen noch über 150 Millionen Subventionen an kapitalistische Unternehmungen, endlich bisher 43 Millionen für die Kirche. Auf den Rest entfallen bloß 23 Prozent des Gesamtbudgets von 3571 Millionen Franken. Und auch davon geht ein erheblicher Bruchteil auf die Bezahlung von Sinekuren und arbeiterfeindlichen Funktionen hinaus.

Man muß diese Ziffern im Auge behalten, wenn man die Kraft der Republik, größere Ausgaben für soziale Reformen auf sich zu nehmen, richtig taxieren will. Die Volksmasse ist schon aufs äußerste durch Steuern bedrückt, die Kapitalistenklasse weiß aber die Klinke der Gesetzgebung vortrefflich zu benutzen, um Angriffe auf ihren Geldbeutel abzuwehren. Ohne solche oder ohne große Verringerung der Ausgaben für Staatsschulden oder Kriegswesen ist aber der französische Staat ganz außerstande, erhebliche Summen für soziale Reformen aufzubringen, bleiben alle Versprechungen solcher leere Flausen.

c. Das Koalitionsrecht.

Die Steuerpolitik ist eines der Gebiete, auf denen die kapitalistische Republik sich leicht arbeiterfeindlicher zeigt als die Monarchie, ein anderes ist die Sozialpolitik. Natürlich wäre es lächerlich, zu sagen, die Monarchie, in der die Staatsgewalt zu einer größeren Selbständigkeit gegenüber der Gesellschaft gelangt ist, sei in allen Punkten weniger arbeiterfeindlich als die kapitalistische Republik. Es gibt Gebiete, wo Proletariat und Bourgeoisie das gleiche Interesse gegenüber der Staatsgewalt haben; auf diesen Gebieten ist die kapitalistische Republik dem Proletariat freundlicher als die Monarchie — natürlich stets unter der Voraussetzung sonst gleicher Umstände; die Preßfreiheit zum Beispiel ist in der kapitalistischen Republik leicht größer, auch das Schulwesen dort besser geordnet als in der Monarchie. Auf dem letzten Gebiet hat die dritte Republik Hervorragendes geleistet. Wo die Interessen der Staatsverwaltung und der Bourgeoisie zusammenfallen, da werden Monarchie und kapitalistische Republik auf einer Stufe stehen; und das gilt für die meisten Gebiete des Staatslebens, so äußere Politik (abgesehen von der Kolonialpolitik, an der heute das Kapital ein größeres Interesse hat als der Staat), Militarismus usw.

Dagegen wird die kapitalistische Republik leicht dort arbeiterfeindlicher a
die Monarchie, wo das proletarische Interesse im Gegensatz steht zum kapit
listischen, dagegen in einem gewissen Einklang mit dem Staatsinteresse.
einem gewissen Einklang, denn eine volle Harmonie zwischen dem heutig
Staat und dem Proletariat ist auf keinem Gebiet möglich. Aber ihre Inte
essen gegenüber der Bourgeoisie gehen in der Steuerfrage zum Beispiel do
soweit Hand in Hand, als das Proletariat auf das lebhafteste daran inte
essiert ist, die besitzenden Klassen möglichst stark zur Tragung der Staatslast
herangezogen zu sehen, zur eigenen Entlastung, und der Staat auch ein Inte
esse daran hat, aus den besitzenden Klassen möglichst viel für sich herau
zuholen. Dies Interesse kann aber um so weniger zur Geltung kommen,
mehr die Staatsgewalt von den besitzenden Klassen direkt abhängig ist.

Andererseits hat die Staatsgewalt auch ein gewisses Interesse an d
physischen Kraft und Leistungsfähigkeit der Staatsbürger sowohl als Steue
zahler wie als Soldaten. Der Kapitalist hat wohl auch ein Interesse dara
möglichst kräftige und ausdauernde Arbeiter zu beschäftigen, aber wenn no
genügende Reserven davon vorhanden sind, liegt ihm wenig daran, wie ras
er sie verbraucht, wie sehr die Zahl der degenerierten Elemente im Proletari
wächst.

Eine der Kapitalistenklasse selbständiger gegenüberstehende Staatsgewalt wi
daher, wenn sie nicht ganz von der Hand in den Mund lebt und völlig ve
rottet ist, leichter Einrichtungen zum Schutze der Arbeiterschaft treffen, als ei
von ihr direkt abhängige. Das zeigt uns auch die dritte Republik.

Kurt Eisner hebt freilich ihr Koalitionsrecht und ihren Norma
arbeitstag rühmend hervor. Aber der Glanz dieses Ruhmes verblaßt b
denklich, wenn man sich die Arbeiterpolitik der dritten Republik näher ansie

Es ist bekannt, daß eine der ersten sozialpolitischen Taten der großen Rev
lution die Zertrümmerung der Zünfte war. Um sie nicht wieder aufleben
lassen, wurde durch das Gesetz vom 14. Juni 1791 verboten, daß Arbeiter od
Unternehmer desselben Berufs sich zusammentun, um ihre gemeinsamen Inte
essen zu wahren. Diese Bestimmungen richteten sich nicht bloß gegen d
Zünftlerei der Vergangenheit. Unter dem Einfluß der neuen Freiheit, die
grell kontrastierte mit dem überkommenen Elend, hatte sich in Paris eine sta
Ausstandsbewegung von Lohnarbeitern aller Art entwickelt, die nach Loh
erhöhungen verlangten. Das Gesetz vom 14. Juni 1791 war die Antwort d
Bourgeoisie darauf.

Es wurde indes zunächst nicht allzu hart empfunden. Das Lohnproletari
war noch schwach, ganz im kleinbürgerlichen Gedankenkreis befangen, außerde
aber lag ihm der politische Kampf als Mittel zur Verbesserung seiner La
viel näher als der wirtschaftliche; jener war auch damals weit aussichtsreich
Dagegen trat der letztere mehr in den Vordergrund nach dem Sturze d
Schreckensherrschaft, und das veranlaßte nicht nur, daß das Gesetz vo
14. Juni 1791 energischer zur Anwendung gebracht, sondern auch, daß es ve
schärft wurde durch Polizeimaßregeln und Gesetze, die schließlich in d
Artikeln 414, 415 und 416 des Code pénal (1810) gipfelten. Der erste dies
Artikel bestrafte jede Koalition der Unternehmer, die „ungerechterweise und mi
bräuchlich" eine Herabsetzung der Löhne erzwingen will, mit Gefängnis v
6 Tagen bis 6 Monaten und einer Geldstrafe bis 3000 Franken. Jede Ko
lition der Arbeiter und jede Verrufserklärung wurde durch die Artikel 415 u

416 mit Gefängnis von 1 bis 3 Monaten bestraft; den Rädelsführern aber drohten 2 bis 5 Jahre. Auch wurden diejenigen, die sich gegen die beiden letzteren Artikel vergingen — also nur die sich koalierenden Arbeiter, nicht auch die sich koalierenden Unternehmer —, der polizeilichen Überwachung für 2 bis 5 Jahre unterworfen.

Dazu kamen die Artikel 291 bis 294 des Code pénal, durch die festgesetzt wurde, daß kein Verein mit mehr als 20 Mitgliedern sich ohne Zustimmung der Regierung bilden dürfe.

Das famose Koalitionsverbot blieb vollinhaltlich in Kraft bis zur Februarrevolution. In dieser herrschten jedoch die Arbeiter zu kurze Zeit, als daß sie es hätten umstürzen können. Sie bewirkte bloß die formelle Gleichstellung von Unternehmern und Arbeitern. Die Koalitionen beider wurden mit den gleichen Strafen belegt.

Eine erheblichere Milderung des Koalitionsverbots brachte erst das Kaiserreich, als es in den sechziger Jahren sich einen liberalen Anstrich geben wollte und das aus der kapitalistischen Prosperität erwachsende Proletariat, angeregt durch das englische Beispiel, sich immer mehr zu regen begann. Die gewerkschaftliche Organisation wurde nun zu einem dringenden Bedürfnis für die Lohnarbeiter, das sie um jeden Preis zu befriedigen suchten, wenn's auf gesetzlichem Wege nicht ging, so auf ungesetzlichem. Namentlich die Form der durch das Gesetz vom 15. Juli 1850 anerkannten, früher aber schon geduldeten Hilfskassen (sociétés des secours mutuels) wurde ein beliebter Deckmantel, um dahinter „Widerstandsgesellschaften“ (sociétés de résistance) zu verstecken, wie die dem Lohnkampf dienenden Gewerkschaften in Frankreich damals vorwiegend hießen, für die dann nach der Kommune ihr jetziger harmloserer Name (syndicats) gebräuchlich wurde. Schon in den vierziger Jahren finden wir derartige Widerstandsgesellschaften, aber erst in den sechziger Jahren erhielten sie eine solche Ausdehnung und Kraft, daß die Regierung mit ihnen rechnen mußte.

Wie sonst erwies sich auch hier die kaiserliche Regierung völlig haltlos. Aus Angst vor den Gewerkschaften machte sie ihnen Konzessionen, um sie zu gewinnen, und malträtierte sie sie polizeilich, um sie nicht erstarken zu lassen. Die Folge dieser famosen Politik war, daß sie gleichzeitig erstarkten und immer oppositioneller wurden.

Das Koalitionsrecht wurde den Arbeitern gegeben, die ständige Organisation des proletarischen Widerstandes blieb aber verboten. Die Artikel 414 bis 416 des Code pénal wurden in ihrer alten Form aufgehoben und durch neue ersetzt. Nach der neuen Fassung von Artikel 414 und 415 wurde jeder bestraft, der durch „Gewalttätigkeiten, Tätlichkeiten, Drohungen oder betrügerische Manöver“ eine gemeinsame Arbeitseinstellung herbeiführt oder herbeizuführen sucht, um die Löhne zu steigern oder herabzudrücken oder die Freiheit der Arbeit zu beschränken. Dafür wurden 6 Tage bis 3 Jahre Gefängnis und Geldstrafe von 16 bis 3000 Franken angedroht, außerdem Unterstellung unter polizeiliche Überwachung, wenn diese Schandtaten die Folge einer Verabredung waren. Artikel 416 verbot die Verrufserklärungen.

Mit Recht bemerkt A. Leroy in einem Artikel über die Gewerkschaften (in „La vie socialiste“, Nr. 2, S. 85), damit sei das alte Koalitionsverbot nur gefallen, um es in neuer Form aufleben zu lassen: in der eines Schutzes der Freiheit der Arbeit.

Das Gesetz vom 14. Juni 1791 blieb dabei bestehen, doch wuchs gege
Ende des Kaiserreichs die stillschweigende Duldung der Gewerkschaften.

Die dritte Republik ging lange nicht über das zweite Kaiserreich hinaus
Ihre einzige Leistung bestand zunächst in dem Gesetz vom 14. März 1872, da
die „Internationale“ verbot und die Mitgliedschaft bei ihr mit 3 Monaten bi
2 Jahren Gefängnis bedrohte.

Die berufliche Organisation wurde den Arbeitern freilich nach wie vor durc
die Verhältnisse aufgezwungen, aber unter dem Schreckensregiment nach de
Kommune äußerten die Gewerkschaften zunächst sehr friedliche Tendenzen, warfe
sich namentlich auf die Gründung von Genossenschaften und bekämpften er
bittert den neuauftauchenden Sozialismus, der durch Guesde und Genossen sei
1876 propagiert wurde. Indes allmählich begann er auch in den Gewerkschafte
Fuß zu fassen, und je länger diese rechtlos blieben, um so größer wurde di
Gefahr, daß der oppositionelle Geist in ihnen um sich greife. So finden wi
seit 1881 die Bestrebungen der bürgerlichen Republikaner, den Gewerkschafte
an Stelle der Duldung eine rechtliche Grundlage zu geben, „um den soziale
Frieden zu sichern“; Versuche, die unter dem opportunistischen Ministerium
Ferry, mit Waldeck-Rousseau als Minister des Innern zu dem Gesetz vom
21. März 1884 führten, durch welches das Gesetz vom 14. Juni 1791 auf
gehoben und erklärt wurde, die Artikel 291 bis 294 des Code pénal fände
auf die Gewerkschaften keine Anwendung. Auch der Artikel 416 des Code péna
wurde aufgehoben, dagegen blieben die Artikel 414 und 415 bestehen, welche di
„Freiheit der Arbeit“ schützten.

Was die Arbeiter in Deutschland 1869 erlangten, darauf hatten die Arbeite
in der dritten Republik also bis 1884 warten müssen.[1] Man kann aber nich
sagen, daß nun wenigstens das französische Koalitionsrecht dem deutschen über
legen gewesen wäre. Wohl hat es einen großen Vorteil gegenüber diesem
Es gilt auch für ländliche Arbeiter. Aber man würde sich täuschen, wollt
man annehmen, daß es auf alle Arbeiterschichten Anwendung findet. Es gil
sonderbarerweise nur für solche, die „industrielle, kommerzielle oder landwirt
schaftliche Interessen haben“. Also zum Beispiel nicht für die Intellektuellen
Erst das Gesetz vom 30. November 1892 erlaubt die gewerkschaftliche Organi
sation für Ärzte und Hebammen. Dagegen haben die Lehrer bis heute noc
nicht dies Recht.

Besonders zweifelhaft ist die Stellung vieler Arbeiter im Staats- und Ge
meindedienst, die nicht eine ausgesprochene „industrielle, kommerzielle oder land
wirtschaftliche Tätigkeit ausüben“. Die Regierungen und Gerichte verneinte
das für viele von ihnen. Erst als das Vereinsgesetz vom 1. Juli 1901 für di
Vereine überhaupt freiere Bestimmungen schuf, das aber immer noch eine Reih
von Fußangeln, namentlich für Vereine mit internationalen Beziehungen, enthält
konnten die Staatsarbeiter (Postbeamte und andere) sich organisieren — wenn
die Regierung es gestattete. Zur Stunde, wo ich dies schreibe, finde ich lebhaft
Klagen in den Pariser Blättern des ministeriellen Sozialismus über die Versuch
des Direktors der indirekten Steuern, die Gewerkschaft seiner Beamten zu zerstören
deren Rechtslage keineswegs eine unzweifelhafte ist. Und dabei hatte diese Ge
werkschaft sich in der untertänigsten Weise dem Finanzminister gegenüber be

---

[1] Auf manche Reform noch länger. Das Arbeitsbuch, das für Deutschland 186
aufgehoben wurde (auf Antrag Bebels), blieb in der Republik bis 1890 in Kraft.

nommen und dem alten Panamisten Rouvier wiederholt ihre Hochachtung und Verehrung ausgesprochen.

Also die volle Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter, die von den Verehrern der dritten Republik bei uns so rühmend hervorgehoben wird, steht auf sehr chwachen Füßen. Auch abgesehen davon enthält das Gesetz vom 21. März 1884 och zahlreiche Beschränkungen der Koalitionsfreiheit. Es gestattet den Gewerkschaften bloß die Beschäftigung mit ökonomischen Fragen, politische Fragen sind daher ausgeschlossen. Nicht bloß die Statuten, sondern auch die Namen der Funktionäre müssen dem Maire der Ortschaft, in der die Gewerkhaft ihren Sitz hat, mitgeteilt werden — eine Bestimmung, die die Arbeiter esonders erregte, da sie befürchteten, die Maires würden diese Namen den Unternehmern mitteilen, denen es dann ein leichtes wäre, durch Entlassung er Betreffenden die Gewerkschaft lahmzulegen. Das wird noch verschlimmert urch die weitere Bestimmung, daß nur solche, die den Beruf tatsächlich ausben, Mitglieder der Gewerkschaft sein dürfen. Gewesene Arbeiter dürfen ohl Ehrenmitglieder sein, können aber nach der geltenden Rechtsprechung kein mt in der Gewerkschaft bekleiden. (Vergleiche den Kommentar zu dem Gesetz der vortrefflichen Sammlung „Lois sociales, recueil des textes de la législation sociale en France“, herausgegeben von J. Chailly-Berth und A. Fontaine. aris 1895, Léon Chailly.)

Nicht als eine Konzession, sondern als ein Fallstrick wurde dies Gesetz n den Arbeitern Frankreichs aufgenommen, die dagegen protestierten. Es uerte lange, ehe sie begannen, sich seiner zu bedienen. Ihr Mißtrauen war cht unberechtigt. So bot zum Beispiel die Veranlassung zur Schließung der ariser Arbeitsbörse 1893 der Umstand, daß von den 270 Gewerkschaften, die umfaßte, 120 nicht den Anforderungen des Gesetzes entsprachen.

Dies Mißtrauen erklärt es zum Teil, daß noch 1890 nur 140 000 Arbeiter Frankreich gewerkschaftlich organisiert waren. Erst mit dem wirtschaftlichen ufschwung, der gegen die Mitte der neunziger Jahre begann, nahm ihre Zahl rker zu.

Die gewerkschaftliche Organisation ist daher in Frankreich viel jünger als i den meisten kapitalistischen Staaten Europas. Sie ist als Massenorganiion erst ein Jahrzehnt alt. Trotzdem es dort schon seit mehr als einem hrhundert eine starke proletarische Strömung in der Politik gibt, seit mehr sechzig Jahre selbständige proletarische Parteien, hat das Proletariat in Republik die Grundlagen seiner gewerkschaftlichen Organisation und damit Massenorganisation des Proletariats erst jüngst erhalten. Kein Wunder, ß die französischen Arbeiter in allem, was Organisationsarbeit und Disziplin, uerndes einheitliches Zusammenwirken anbelangt, so sehr hinter den anderen ndern zurückstehen. Auch das ist eine der Traditionen der großen Revolution, denen sie leiden.

Die Gegnerschaft gegen Streiks und Gewerkschaften bei Regierungen und Richtern aber seit 1884 keineswegs überwunden. Wir haben oben schon darauf hiniesen, daß die gewerkschaftliche Organisation mancher Staatsarbeiter noch er den letzten „sozialistenfreundlichen“ Ministerien gehindert wurde. Gerade en letzten Jahren mehren sich aber auch die Versuche einzelner Gerichte, das eikrecht — ganz nach dem neuesten englischen Muster — dadurch illusorisch machen, daß man die Streikenden entweder wegen Kontraktbruchs verfolgt für den Schaden haftbar macht, den die Arbeitseinstellung verursachte.

Und je mehr die Gewerkschaften wachsen, desto größer die Sorgfalt, über de „Freiheit der Arbeit" zu wachen, die das Kaiserreich in den Artikeln 414 un 415 des Code pénal begründete, Artikeln, die mehr als je in Kraft sind.

Mit dieser Praxis der Gerichte beschäftigt sich eingehend das schon mehrfac erwähnte „Mouvement Socialiste", das den gewerkschaftlichen Dingen besonder Aufmerksamkeit schenkt. In der Nummer vom 5. Juli 1902 schreibt Jule Uhry über die „Streiks vor den französischen Gerichten" und zeigt, daß „di Gerichte Urteilssprüche erlassen, die auf die Unterdrückung des Streikrechte hinauslaufen, einfach durch eine neue und sonderbare Auslegung der bestehende Gesetze" (S. 1281).

Auf dem französischen Gewerkschaftskongreß vom vorigen Jahre (7. Kongre der Conféderation générale du travail) kam ein Antrag von Bourchet un zwanzig Genossen zur Verhandlung über die Mittel, das Koalitionsrecht z schützen.

„Bourchet setzt auseinander, durch welche Mittel die Gerichte sich bemühen, da Koalitionsrecht aufzuheben; eine Rechtsprechung macht sich breit, welche die Gewer schaften trifft. Er zitiert einige typische Beispiele: Die Gewerkschaft der Gelbgieß (fondeurs en cuivre) des Departements der Departements der Seine wurde z 5000 Franken Schadenersatz verurteilt; die der Former (mouleurs en fonte) z 3000 Franken; die der Arbeiter in den Fabriken von Zinnhähnen (robinettier in Lyon zu 2000 Franken; die der Former derselben Stadt zu 1000 Franken us Und das ist nicht alles. Man könnte diesen Beispielen leicht noch zwanzig ande hinzugesellen" („Mouvement Socialiste", 15. Februar 1903, S. 351).

Vergleiche noch den Artikel von Raoul Briquet in derselben Zeitschrift vo 15. Februar 1902 über die englischen Gerichtsurteile gegen die Trade Union die mit französischen Urteilen in Parallele gestellt werden.

Diese Verurteilungen fanden statt auf Grund des Artikels 1382 des Co civil, der da sagt: „Jede Tat eines Menschen, die einem anderen Schaden ve ursacht, verpflichtet den Urheber desselben zu seiner Gutmachung." Dazu ab kommen die Artikel 414 und 415. Nach einer Statistik, die A. Leroy in de schon erwähnten Artikel von „La vie socialiste" mitteilt (S. 94) fanden den zwanzig Jahren von 1864 bis 1884 1027 gerichtliche Verfolgungen weg Übertretungen der drei Artikel 414 bis 416 statt; dagegen in den zwölf Jahr von 1884 bis 1896 1329 wegen Übertretungen der beiden Artikel 414 und 41 Von den daraus zwischen 1884 bis 1896 hervorgehenden Verurteilungen u faßten nur 362 eine Geldstrafe, 2069 Gefängnis bis zu 1 Jahre, und 6 G fängnis von mehr als 1 Jahre. Von 1896 bis 1902 betrug die Zahl d wegen dieses Deliktes Angeklagten: 107, 169, 158, 150, 373, 312, 251. E ist also erheblich gewachsen.

Wir finden in Frankreich dieselbe Entwicklung des Koalitionsrechtes wie den anderen kapitalistischen Ländern. Zuerst sucht man die gewerkschaftli Organisation unmöglich zu machen. Als das nicht mehr geht, gibt man bis zu einem gewissen Grade frei, sucht aber nun ihren konservativen Charak als reine Unterstützungskassen zu fördern und die Ausübung des Streikrech möglichst zu beschränken. An Stelle des Kampfes um das Vereinsrecht tr der Kampf um die „Freiheit der Arbeit" in den Vordergrund. Das ist, r gesagt, in Frankreich der Gang ebenso wie anderswo. Aber in der dritt Republik mußten die Arbeiter länger auf das Koalitionsrecht warten wie anderen alten kapitalistischen Ländern, dafür aber hat die Republik von 2

fang an mit wachsender Energie den Schutz der „Freiheit der Arbeit“, das heißt die indirekte Störung und Unterbindung des Streikrechtes unternommen.

Und immer mehr zieht sie zu diesem famosen Geschäft neben den nur zu willfährigen Richtern und der, wie überall, dazu dienstwilligen Polizei das Militär herbei, anerkanntermaßen das beste Mittel, die Unternehmer in ihrer Hartnäckigkeit zu bestärken und die Arbeiter zu erbittern, also die Gegensätze zu verschärfen und Unruhen hervorzurufen, nicht zu verhüten. So ist die Arbeiterschlächterei bei Streiks ein Kennzeichen der dritten Republik geworden.

Nicht nur dort, wo Unruhen befürchtet werden, sind heute in Frankreich sofort bei einem Streike Soldaten auf dem Platze. Sie werden von vornherein entsendet, mag es auf dem Schauplatz des Ausstandes noch so friedlich hergehen.

Zur Stunde, wo ich dies schreibe, finde ich in der gewiß nicht gegen das Ministerium gehässigen „Humanité“ (9. Dezember) folgenden Passus über den gerade ausgebrochenen Streik der Landarbeiter in Südfrankreich:

„Wir haben gestern sehr deutlich erklärt, daß wir die Entsendung von Truppen nach dem Narbonnais mißbilligen. Nichts, absolut nichts rechtfertigt diese Entsendung. Es beliebt der Verwaltungsbehörde, die Armee in den Dienst der Großgrundbesitzer zu stellen. Diese hatten sie in einem Plakat verlangt, und der Präfekt gehorcht. Das ist gut, das ist in der Ordnung. Wir wissen nun, wem die Verantwortung für die Dinge zufällt, die sich ereignen werden.“

Wissen dies die Genossen von der „Humanité“ wirklich? Sie sprechen doch von dem Anteil an der Macht, die das Proletariat jetzt gewonnen hat. Besteht sie darin, daß der Präfekt den „Großgrundbesitzern gehorcht“?

Woher rührt aber die Tatsache, daß gerade, seitdem die Sozialisten an der Macht „teilnahmen“, die Anwendung von Truppen bei Streiks immer häufiger geworden ist und die Arbeiterschlächtereien sich mehren? Diese Erscheinungen fallen nicht bloß zufällig zusammen, sie stehen in einem inneren Zusammenhang.

Die heutige, von Sozialisten gestützte Regierung hat sicherlich kein Interesse daran, die Arbeiter zu provozieren und mit ihnen in Kampf zu geraten. Sie braucht ja die Arbeiterstimmen und muß trachten, die Gefälligkeiten der Sozialisten durch Gegendienste zu erwidern. Aber sie kann dies nur dort tun, wo die Klassengegensätze nicht in Frage kommen.

In den Staatsbetrieben kollidieren die kapitalistischen Interessen nicht direkt mit den Arbeiterinteressen. Daher dulden manche Ministerien die gewerkschaftliche Organisation ihrer Angestellten, bewilligen ihnen auch bessere Arbeitsbedingungen, wenn's geht, sogar den Achtstundentag, den zum Beispiel Millerand vom 16. September 1899 an für die Arbeiter in den Pariser Werkstätten der Herstellung von Post- und Telegraphenutensilien einführte — nicht etwa für den ganzen Postdienst, wie vielfach angenommen wird. Für die Arbeiter in der Ausrüstung der Telegraphen und Telephone in der Provinz zum Beispiel bestimmte er durch den Erlaß vom 15. Januar 1901 den Elfstundentag.

Aber so sehr die Regierung den Arbeitern dort entgegenzukommen sucht, wo sie es kann, ohne kapitalistische Interessen zu verletzen, noch mehr muß sie den Kapitalisten und deren Vertretern entgegenkommen, von denen sie noch viel abhängiger ist. Und was Jaurès schon von Louis Blanc sagte, das trifft heute von ihm selbst zu: sein Einfluß auf die Regierung dient nicht dazu, die Kapitalisten zu schwächen, wohl aber ihre Reizbarkeit und ihr Mißtrauen gegen-

über den Arbeitern und der Regierung aufs höchste zu steigern. In Deutsc
land braucht die Regierung nicht bei jedem Streik, bei jeder Demonstratio
Militär aufmarschieren zu lassen, um die Bourgeoisie zu beruhigen. Die
fühlt sich sicher genug, sie weiß, daß sie unter allen Umständen auf die Staat=
gewalt bauen kann. In Frankreich schreit heute die Bourgeoisie bei jede
Streik, bei jeder Demonstration, sie werde von der Regierung verraten, un
um die besitzenden Klassen zu beruhigen und ihre Unterstützung nicht zu ve
lieren, muß daher das Ministerium bei dem friedlichsten Streik, der harn
losesten Demonstration gleich als Regierung der starken Faust auftreten un
immer wieder von neuem durch die Tat beweisen, daß die Ordnung unter il
ebenso sicher ist wie in irgend einem anderen Polizeistaat.

Die Anteilnahme der Sozialisten an der Regierung dient nur dazu, die
nervöser zu machen bei jeder Bewegung von Arbeitern gegen Kapitalisten, ab
ganz und gar nicht dazu, die Kapitalisten entgegenkommender zu stimmen. E
ist dies denselben Ursachen zuzuschreiben, die bewirkten, daß die Aufnahme vo
Louis Blanc und Albert in die Regierung der Februarrevolution und d
Junischlacht dicht nebeneinander liegen, warum die Republik die Regierungs=
form ist, in der die gesellschaftlichen Gegensätze am schärfsten zum Ausdru
kommen. (Fortsetzung folg

Der Kampf um den Stillen Ozean.

Von **M. Beer.**

4. Der japanisch=russische Krieg. (Schluß

Aus dem politisch=geographischen Konflikt ergab sich die Strategie de
Japaner. Sie hatte vor allem die Aufgabe, Korea den Russen endgültig z
entziehen; dann die See freizuhalten für Truppenlandungen; schließlich eine
für Rußland vitalen Punkt in der Mandschurei zu ergreifen, um es zu zwinge
die japanischen Vertragsrechte in der Mandschurei zu respektieren. Dies
vitale Punkt ist Port Arthur — der Hafen, der die russische Flotte: 7 Schlach
schiffe, 5 Kreuzer und Flottillen von Torpedojägern und Torpedobooten usw
beherbergte, und der die Endstation der transmandschurischen Eisenbahn i
Indem die Japaner zur Beherrschung Port Arthurs gelangen, erhalten sie d
Seeherrschaft im Gelben Meere und entziehen gleichzeitig der trans=
mandschurischen Bahn ihren Wert; das Hauptziel der russischen Politik, eine
eisfreien Zugang zum Stillen Meere zu erhalten, wäre durch die Beherrschun
Port Arthurs durch die Japaner vereitelt. Allein der Kriegsplan der Japan
ist noch ambitiöser. Er ist nicht nur auf Korea und Port Arthur gerichte
sondern auf die ganze Mandschurei; die Japaner nahmen sich vor, Rußlan
vollständig aus chinesischem Gebiet zu vertreiben, obwohl sie an Schiffen un
Armeen den Russen bei weitem nachstehen. Beim Kriegsausbruch bestand d
japanische Flotte aus 6 Schlachtschiffen, 8 Panzerkreuzern, 18 geschützte
Kreuzern zweiter und dritter Klasse, 17 Torpedojägern, 67 Torpedobooten
Vereinigten die Russen ihr ostasiatisches mit dem baltischen Geschwader, dan
würden sie mindestens die doppelte Seestärke der Japaner haben. An Soldate
können die Japaner etwa 400000 aufbringen, gegen russische 500000 ode
noch viel mehr, wenn es den Russen gelingen sollte, die Seeherrschaft zu e
langen. Der japanische Kriegsplan zeigt einen Mut, der an Verwegenhe

grenzt. Diese Verwegenheit ist übrigens das Kennzeichen aller starken Völker im Moment ihrer nationalen Verschmelzung. So nüchtern die Japaner in der Regel denken, so werden sie durch die Fülle ihrer Energie, durch das im nationalen Zusammenschweißungsprozeß erzeugte Kraftbewußtsein über ihr eigentliches Ziel hinausgetrieben.

Am 6. Februar 1904 lichtete die japanische Flotte die Anker und dampfte abends vom Hafen von Saseho nach der Westküste Koreas ab. Im Gelben Meere angelangt, wurden vier Kreuzer unter Konteradmiral Uriu zur Deckung eines nach Tschemulpo, dem Hafen von Söul, bestimmten Truppentransportes detachiert. Am 7. trennten sich beide Geschwader: Togo mit der Hauptflotte nahm seinen Kurs nach dem Golf von Petschili, Uriu nach Tschemulpo, wo er am 8. anlangte und drei russische Schiffe: den Kreuzer Varjag, das Kanonenboot Korejetz und das Transportschiff Sungari, traf. Nach einem kurzen, nur 35 Minuten dauernden Gefecht wurden der Varjag und Korejetz vernichtet. In der Nacht vom 8. zum 9. war Togo vor Port Arthur, und seine Torpedoboote schlichen sich an den Hafeneingang heran, wohin auch die russischen Schlachtschiffe Zarewitsch und Retwisan und der Kreuzer Pallada, die in der Außenreede gelegen und das Herannahen der japanischen Flotte bemerkt hatten, steuerten. Den Japanern gelang es, nach den herankommenden russischen Kriegsschiffen einige Torpedogeschosse abzufeuern und sie alle drei zu beschädigen. Am folgenden Morgen beschoß Togo die auslaufende russische Flotte, von der das Schlachtschiff Poltawa und die Kreuzer Diana, Askold und Novik getroffen wurden. So hatte Togo innerhalb zwölf Stunden die Seeherrschaft erlangt, und die japanische Heeresleitung konnte nunmehr ungestört Truppenlandungen in Korea vornehmen. Während der folgenden Wochen machte Togo fünf Versuche, den Hafeneingang durch die Explosion alter Kauffahrteischiffe zu sperren, wobei die japanischen Seeleute Wunder der Tapferkeit verrichteten. Nichtsdestoweniger waren die Berichte, die Togo darüber an seine Regierung sandte, trocken und lakonisch gehalten. Still, entschlossen und zum Tode bereit ist nicht nur die Flotte, nicht nur die Armee, sondern das ganze Volk Japans. Und wir werden noch von diesem Volke Taten sehen, die der antiken Tugend gleichkommen werden.

Als die Sperrversuche sich nicht wirkungsvoll genug erwiesen hatten, griff Togo zu mechanischen Minen. Am 12. April gelang es ihm, den russischen Admiral Makaroff — sein Vorgänger Admiral Starck war infolge seiner Niederlagen abberufen worden — aus Port Arthur in die offene See zu locken. Dank der Tatsache, daß der Nebel sich früher lüftete, als Togo berechnet hatte, gewahrte Makaroff sofort, daß ihm eine Falle gestellt worden war. Er kehrte rasch um, stieß aber mit seinem Flaggschiff Petropawlowsk auf eine von den Japanern gelegte Mine und ging in wenigen Augenblicken mit Mann und Maus unter. Mit Makaroff, dem berühmtesten Seeoffizier Rußlands, fand auch der Schlachtenmaler Wereschtschagin seinen Tod in den Meereswellen.

Mittlerweile war das Eis im Norden des japanischen Meeres gebrochen und die vier russischen Kreuzer, die sich in Wladiwostok befanden, konnten nunmehr den japanischen Seeverkehr beunruhigen und schädigen. Sie schossen auch einige unbegleitete und wehrlose japanische Transporte in den Grund, so daß Togo ein Kreuzergeschwader unter Konteradmiral Kamimura detachieren mußte, um das japanische Meer zu bewachen. Kamimura konnte erst um die Mitte August seine Aufgabe einigermaßen lösen, indem er den russischen Kreuzer

Rurik vernichtete und die Kreuzer Gromoboi und Rossija schwer beschädigte. Am 15. Mai hatte die japanische Flotte das erste Unglück: eines ihrer besten Schlachtschiffe stieß im Golf von Petschili auf eine Mine und ging mit 350 Mann unter.

Am 23. Juni versuchte der russische Admiral Withöft, der Nachfolger Makaroffs, mit seiner ausgebesserten Flotte einen Durchbruch zu machen, entweder nach Wladiwostok oder nach einem neutralen Hafen. Aber die Wachsamkeit der Japaner machte diesem Versuch ein frühzeitiges Ende. Withöft zog sich unter dem Schutze der Küstenbatterien von Port Arthur rasch zurück. Am 10. August machte Withöft wieder den Versuch, mit seiner ganzen Flotte in die offene See zu gelangen und Togo eine Schlacht zu liefern. Im Kampfe wurde das Schlachtschiff Zarewitsch arg beschädigt und fand Zuflucht in Kiautschou, wo es entwaffnet wurde; der Novik entkam nach dem Norden von Wladiwostok, wurde aber von Kamimuras Geschwader vernichtet; Diana fand Zuflucht im französischen Hafen Saigun; Askold und ein Torpedojäger entkamen nach Wusung (Shanghai). Die übrigen russischen Schiffe kehrten beschädigt nach Port Arthur zurück. Admiral Withöft kam in der Schlacht um. Die japanische Flotte erlitt in dem Kampfe keinen nennenswerten Schaden. Seitdem hat der Golf von Petschili kein russisches Schiff mehr gesehen. —

Um die Mitte Februar 1904 befand sich die ganze Mandschurei, die aus den drei Provinzen Liautung, Schinking und Kirin besteht, in Händen der Russen, ebenso die nördliche Hälfte Koreas. Die russische Armee zählte damals insgesamt etwa 150000 Mann; davon befanden sich 30000 in Port Arthur, 10000 in Wladiwostok, 10000 als Eisenbahnwache, 23000 als Grenzwache, der Rest um Liaujang und Mukden. Der Befehlshaber zu Wasser und zu Lande war der Statthalter Admiral Alexejew. Bald nach den ersten Seeunglücken, die vielfach durch die schlechte Disposition der Flottenteile, sowie durch Mangel an Voraussicht und Disziplin verursacht wurden, begann man in Petersburg an den Fähigkeiten des Statthalters zu zweifeln. Der Zar beschloß deshalb, ihm einen militärischen Leiter beizugeben, da — wie der Zar in einem Handschreiben an Alexejew hervorhob — „es sich in diesem Kriege darum handelt, die russische Herrschaft am Stillen Ozean definitiv zu begründen“. Zum militärischen Leiter wurde der frühere Kriegsminister und jetzige Oberbefehlshaber Kuropatkin ernannt.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Feindseligkeiten begannen die Japaner ihre Truppenlandungen in Korea. Um die Mitte Februar rückten sie von Söul nach dem Norden vor, und der erste japanische Schuß gegen die Kosaken fiel am 28. Februar bei Pingjang, den Thermopylen Koreas, wo man allgemein die erste Landschlacht zwischen Japanern und Russen erwartete. Die Kosaken zogen sich aber nach dem Norden zurück und ließen den Japanern Zeit, die unwegsamen Straßen Koreas auszubessern und die Linie Pingjang-Gensan zu befestigen. Am 28. März befand sich die japanische Vorhut bereits bei Tschengdschu, wo sie in einem Scharmützel die Russen zurückwarf. Diese zogen sich über den Jalu, den Grenzfluß zwischen Korea und der Mandschurei zurück. Im April war Korea russenfrei. Ende April begann General Kurok[i] mit der ersten, damals nur aus zwei Gardedivisionen bestehenden Armee den Übergang über den Jalu vorzubereiten. Er konzentrierte seine Streitkräfte bei Widschu, der Mündung des Jalu, unweit der russischen Waldkonzession und Niederlassung Jongampo, die die Russen mit dem Namen Port Nikolaus ge-

auft hatten. Um den Japanern den Übergang über den Jalu streitig zu machen, sandte Kuropatkin 25000 Mann unter den Generalen Sassulitsch, Kaschtalinski und Mischtschenko. Nach mehrtägigen Gefechten überbrückten die Japaner die Jalumündung, überschritten am 30. April den Fluß und lieferten den Russen am 1. Mai die erste Landschlacht bei Kiulentscheng (russisch: Turentschen; japanisch: Kurendscho). Waren schon die maritimen Erfolge der Japaner eine Überraschung für die zivilisierte Welt, so glaubte man sie nach ruhiger Überlegung durch die allgemein bekannte Seeuntüchtigkeit der Russen erklären zu können. Man war deshalb auf das Ergebnis der ersten größeren Landschlacht besonders gespannt. Nun — der Ausgang der Schlacht bei Turentschen, in der die Russen aufs Haupt geschlagen wurden, 1363 Tote auf der Wahlstatt ließen, 613 Mann an Gefangenen und 29 Geschütze verloren, hat mit einem Schlage der Welt offenbart, daß eine neue Großmacht im fernen Osten entstanden sei, mit der man rechnen müsse.

Wenige Tage darauf hatte Kuroki Fengwangtscheng besetzt, während General Oku mit der zweiten Armee in Liautung landete, um den Landzugang zu Port Arthur zu sperren. Diesen Zugang bildet die sehr schmale Landenge bei Kintschou, die deshalb von den Russen stark befestigt und mit 100 Geschützen armiert wurde. Oku begann den Kampf gegen die Landenge am 21. Mai. Fünf Tage tobte der Kampf, und erst am 26. Mai wurden die Russen geschlagen, die sich fluchtartig nach Port Arthur zurückzogen. Den Japanern fielen 78 Geschütze zur Beute, und der Weg nach Dalny war ihnen offen. Um diese Zeit landete auch General Nodzu mit der dritten Armee bei Pitsewu und bewegte sich zwischen Kurokis äußerster Linken und Okus Rechten. Die japanischen Streitkräfte bestanden demgemäß aus drei Armeen. Kuroki bildete den rechten Flügel, Oku den linken, Nodzu das Zentrum, deren Ziel offenbar Liaujang war. Die Truppenzahl dieser drei Armeen betrug etwa 180000.

Anfang Juni entsandte Kuropatkin den General Stackelberg mit zwei Divisionen nach dem Süden, um erstens die Vereinigung der dritten Armee Nodzus mit der Armee Okus zu verhindern und, wenn möglich, Port Arthur zu entsetzen. Auch Stackelberg wurde von Oku bei Telissu oder Wasangkau (14. und 15. Juni) eine blutige Niederlage bereitet. Am 26. Juni besetzte Kuroki die drei Pässe: Motien, Talin und Fenschu, die den Zugang zur Linie Haitscheng-Liaujang beherrschten, während Oku und Nodzu von Süden sich nach derselben Linie nordwärts bewegten. Am 21. Juni besetzten sie Simutscheng, am 9. Juli Kaiping, am 25. Taschitschou, wodurch der Hafen Niutschwang den Japanern in die Hände fiel. Am 1. August waren die Russen fast aus ganz Liautung verdrängt; sie behielten nur noch einen engen Kreis um Port Arthur und einen schmalen Landstrich zwischen den Pässen und der Bahnlinie Haitscheng-Liaujang.

Mittlerweile hatte Kuropatkin bedeutende Verstärkungen mit der transsibirischen Bahn aus Rußland erhalten. Der einzige russische Minister, der ein großes Maß von Tüchtigkeit bewies, ist der Eisenbahnminister Fürst Chilkow, der in den Vereinigten Staaten den Wert von Zeit und Wahrhaftigkeit im Produktionsprozeß gelernt hat. Die transsibirische Bahn funktioniert über Erwarten gut, und mit ihrer Hilfe konnten die Verluste, die Kuropatkin stets und überall erlitt, wieder gut gemacht werden. Im August war die russische Armee in der Mandschurei, ausschließlich der Besatzung in Port Arthur, etwa 200000 Mann stark. Kuropatkin stellte General Keller, dem Helden vom Schipkapaß, vier Divisionen zur Verfügung, um Kuroki den Motienpaß zu entreißen. Am

17. August, am Jahrestag seines Sieges am Schipkapaß, schritt Keller zu
Angriff gegen den Motienpaß. Der Angriff scheiterte indes vollständig
der Wachsamkeit und Bereitschaft der Japaner. Die russischen Divisionen wurd
blutig zurückgeworfen und zogen sich nach Anping, etwa 20 Kilometer v
Liaujang, zurück. Keller selbst wurde von einer japanischen Granate getroff
und auf der Stelle getötet.

Ende August stand Kuroki vor Liaujang im Osten, Oku im Süden, Nod
im Südosten, um die Entscheidungsschlacht zu liefern. Aber die Russen hatt
monatelang an der Befestigung der von der Natur starken Position gearbeit
und sie zu einer Festung von ungeheurer Stärke umgewandelt. Dazu ha
Kuropatkin eine Armee, die numerisch mindestens derjenigen Oyamas, d
mittlerweile auf dem Kriegsschauplatz angekommenen japanischen Oberbefeh-
habers, gleich war. Die Schlacht im Süden, Osten und Nordosten Liaujan
dauerte ununterbrochen vom 26. August bis zum 4. September und kostete d
Japanern 15000 Mann, den Russen 20000 Mann. Die Russen wurden zw
aus Liaujang nach dem Norden vertrieben, aber vernichtet oder erheblich g
schwächt waren sie nicht. Oyama hatte hier dieselbe Erfahrung mit den Russ
gemacht wie Napoleon bei Borodino (1812) und Friedrich II. bei Zorndorf (175

So groß die Enttäuschung bei den Japanern war, so war sie noch grö
in Petersburg, wo man allgemein überzeugt war, daß Liaujang das Grab d
japanischen Armee werden würde. „Schweren Herzens" zogen die Russen no-
wärts, wo ihrer weitere Verstärkungen aus Europa harrten, und am 2. Oktob
erließ Kuropatkin ein Manifest, das an russischer Großmäuligkeit nichts
wünschen übrig ließ. Er versprach seiner Armee, daß die Zeit der Rückzi
vorüber sei und daß er über eine den Japanern überlegene Macht verfü
Am 8. Oktober hatten sechs Divisionen den Schaho überschritten, um die Rec
und das Zentrum Oyamas anzugreifen. Weitere sechs Divisionen setzten s
von Mukden nach Jentai in Bewegung, um Oyamas Linke zu vernichten. D
japanische Armee befand sich im Nordosten von Liaujang; im Süden begre
vom Taitsefluß, im Westen von der transmandschurischen Bahn, im Norden v
der Zweigbahn nach den Jentai-Minen. Kuropatkins Plan war, Kurokis Lin
die am Taitse ruhte, zu umgehen und von Osten nach Westen einen Weg n
Liaujang zu öffnen, also Kuroki vom Süden abzuschneiden; dann Nodzu und O
auf Liaujang zurückzuwerfen, sie da einzuschließen und der noch übrigbleibend
russischen Armee die Bahn nach Port Arthur zu öffnen, um die Belager
zu entsetzen. Während so Kuropatkin mit seiner Linken gegen Kuroki zum v-
nichtenden Schlage ausholte, konzentrierte Oyama seine Macht gegen die russis
Rechte bei Jentai. Der kühne Gegenangriff war von glänzendem Erfolg
krönt. Die noch schwache russische Rechte und ein Teil des russischen Zentru
wurden vollständig erschüttert und gerieten in Gefahr, abgeschnitten zu werd
Kuropatkin entzog nun seiner gegen Kuroki gerichteten Linken eine genüge
Truppenzahl, um seine Rechte vor dem Untergang zu retten, wodurch der Dr
gegen Kuroki erleichtert und es diesem möglich wurde, aus der Defens
zur Offensive überzugehen. In wenigen Tagen befand sich die ganze russis
Armee wieder auf dem Rückzug. Am 18. Oktober war die Schlacht am Sch
zu Ende. Die Russen hatten einen Verlust von 45000 Mann und 43 G
schützen zu verzeichnen, die Japaner verloren 15000 Mann und 14 Geschü
Aber die Sieger waren erschöpft und konnten die Russen über den Schaho ni
zurückdrängen. Seit dem 18. Oktober stehen sich beide Armeen auf halb

Wege zwischen Liaujang und Mukden schlachtbereit, aber untätig gegenüber. —

Um Port Arthur, das seit der Schlacht von Kintschou eingeschlossen ist, leitet General Nogi mit etwa 70000 Mann die Belagerung der Festung, die vom russischen General Stößel mit 30000 Soldaten und 12000 Matrosen verteidigt wird. Der Fortschritt der Japaner ist langsam, opferreich, aber sie sind ihrem Ziele nicht mehr fern. Die Verluste der Japaner werden dort bis jetzt auf 30000 Mann, die Verluste der Russen auf 15000 Mann geschätzt.

5. Progressive Kraft und beharrliche Massivität.

Man mag über die Rolle der Kriege denken wie man will, sicher ist, daß sie die höchste Probe auf die Lebenskraft, die Organisationsfähigkeit und im allgemeinen auf die geistigen Eigenschaften der kriegführenden Nation oder Klasse ist. Die in einer solchen Rolle gezeigten Eigenschaften dürfen als ein untrüglicher Maßstab für die Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit der Kriegführenden betrachtet werden. Dieselben Eigenschaften werden sich auch auf anderen Gebieten zeigen, denen sich die Sieger und Besiegten einst zuwenden. Wenn heute die Meinung vorherrscht: „Gold folge dem Eisen", oder „der Handel folge der Flagge", so darf dies nicht etwa in vulgärer Weise verstanden werden, daß erfolgreiche Kriege zu wirtschaftlicher Blüte führten, sondern daß der Sieger im Kriege auf Grund derselben Eigenschaften auch im Handel erfolgreich ist, wenn er ihn mit derselben Energie betreibt wie den Krieg. Historisch betrachtet, folgte oft genug der Krieg dem Handel und das Eisen dem Golde. —

In dem seit zehn Monaten tobenden See- und Landkrieg zwischen einem bislang kaum bekannten ostasiatischen Inselstaat und der größten Militärmacht Europas zeigten die Japaner eine von keinem Volke der Welt übertroffene Energie im Angriff und in der Aufopferung. Schon die Klarheit ihres Zieles, die Sicherheit ihrer diplomatischen Unterhandlungen, der Mangel an Illusionen über die russischen Friedensversicherungen und der erhabene Mut, den von ganz Europa gefürchteten Russen den Krieg zu erklären, sind Zeichen ungewöhnlicher geistiger Energien. Es sind dieselben Eigenschaften, die es der herrschenden Klasse Japans vor drei, vier Jahrzehnten ermöglichten, den Feudalismus abzuwerfen, in die Ära der „Mihdschi" (Aufklärung), wie die Japaner ihre Zeit seit 1867 nennen, einzutreten und den industriellen Nationalstaat zu gründen.

Woher diese Energie? Ich habe diese Frage schon vor ungefähr einem Jahre in diesen Blättern berührt, aber keine Antwort geben können. Seitdem hat sich mir folgende Hypothese aufgedrängt. Der Feudalismus, wie er im Mittelalter vorherrschte, das heißt ehe er zum Bauernlegen und grundherrlichen Frondienstsystem ausartete, hatte mit dem Agrarkommunismus viel mehr gemein als mit der privatwirtschaftlichen Produktion. Der ökonomische Druck war kaum fühlbar, und die politische Gewalt, die später so verhängnisvoll in das Dasein des arbeitenden Volkes eingriff, kam erst mit der hereinbrechenden Geldwirtschaft. Solange man die Ackerbauprodukte nicht zu Geld machen konnte, war kein Grund vorhanden, die Bauern und ihre Angehörigen zu degradieren. Wie gesund und freiheitlich das Volk damals war, zeigen die gewaltigen Bauernkriege in England, Deutschland und Frankreich beim Eindringen der Geldwirtschaft, beim Beginn des Bauernlegens und des grundherrlichen Frondienstes. Es waren kerngesunde Menschen, die sich gegen die beginnende ökonomische und politische Unterdrückung in flammender Rebellion erhoben. Aber der Beginn

der nationalen Periode, des absoluten Fürstentums und des degradierend
Frondienstes siegte. Die Folgen waren für die Bauern, Landarbeiter und d
städtische Proletariat verhängnisvoll: in der Armut und der Unterdrückun
gingen ihre Energien zugrunde. Je länger dieser Untergang des mittelalte
lichen Feudalismus und die Kindheit der Bourgeoisie dauerte, desto knechtsselig
und energieloser wurde das arbeitende Volk. Man stelle sich nun vor, wie d
Volk ausgesehen hätte, wenn die Geldwirtschaft gleichzeitig mit der modern
Technik, wenn die Periode, die unmittelbar den Bauernkriegen vorherging, m
der industriellen Revolution zusammengetroffen wären, so daß der Übergan
vom Feudalismus zur modernen Industrie verhältnismäßig schmerzlos sich hät
vollziehen können. Die Nation wäre um alle physischen und geistigen Energi
reicher, die während des grundherrlichen Frondienstes, des absoluten Fürste
tums und der ursprünglichen Akkumulation zugrunde gingen.

Nun, so etwas ist tatsächlich in Japan vor sich gegangen. Japan war b
zum Jahre 1854 vom Weltverkehr und von der Geldwirtschaft abgesperrt; d
Feudalismus steckte noch in genossenschaftlichen, milden Fronden, die den Baue
ein großes Maß von Selbstverwaltung überließen. Als dann Japan de
Weltverkehr, der Geldwirtschaft geöffnet und der Feudalismus abgeschafft wurd
trat die moderne Industrie sofort an seine Stelle. Die ganze Periode, die
Europa die neuere Zeit umfaßt und die die arbeitenden Klassen mit Skorpion
züchtigte, ihnen Disziplin einbleute und ihnen das Rückgrat brach, fehlt
Japan fast vollständig. Japan ging fix und fertig als moderner Staat a
dem Mittelalter hervor. Das Volk hat sich seine Energien bewahrt, und d
Adel und die Krieger hatten keine Zeit, durch die Unterdrückung des Volk
und durch die Geldgier selber degradiert zu werden.

Ich hatte diese Hypothese fertig, als ich in Amsterdam beim international
Kongreß (August 1904) Genossen Katayama traf und sie mit ihm besprach. W
er mir über die sozialen Zustände des feudalen Japans sagte, ist eine Bestä
gung der Hypothese. Katayamas Vater war Bauer und Gemeindevorsteh
Die Vorsteherwürde war in der Familie Katayamas seit zweihundert Jahr
geblieben. Der Vorsteher hatte unter anderem auch die Streitfälle zu schlicht
die zwischen den Grundherren und Bauern zuweilen ausbrachen. Die Katayam
entschieden fast immer zugunsten der Bauern. Diese Art des Gerichtsverfahre
zeugt gewiß von der beschränkten und milden Herrschaft des Adels und v
dem freiheitlichen Sinne der Bauern. Katayama hat die über die Streitfä
aufgenommenen Protokolle und Akten seiner Familie sorgfältig gesamme
Ich regte ihn an, sie ins Englische zu übersetzen und daraus die feudale Ve
gangenheit Japans zu rekonstruieren. Was wir bis jetzt über Japan wiss
kam aus den Quellen der dortigen Junker und Ritter; eine Volksgeschich
Japans fehlt noch vollständig.

Bestärkt in meiner Hypothese haben mich auch die Berichte der englisch
Korrespondenten aus Japan, die von der ungetrübten Freude und dem u
gebrochenen Wesen der japanischen Bevölkerung erzählen. Der Korresponde
der „Daily News“, der als Australier die Japaner fürchtet und haßt, kom
nicht umhin, zu berichten, daß er in keinem Lande der Welt einen so u
getrübten, sonnigen Frohsinn bei armen Kindern getroffen wie in Japan od
wie der Korrespondent sagt: „bei den kleinen gelben Heiden“.

Hinzu kommt, daß Japan ein Inselstaat ist und in steter Berührung u
stetem Ringen mit dem Meere sich befindet. „Ein eigentliches Sich-Einleb

n die Natur des Meeres gibt es nicht, aber es gibt ein Rückwirken der großen Eigenschaften des Meeres auf den Geist des Menschen. Aus endlosen Horizonten wächst ein großer Zug von Kühnheit, Ausdauer und Fernblick in den Geist und Charakter der Seevölker hinein. Seevölker haben am meisten beigetragen zur Vergrößerung der politischen Maßstäbe. Das weite Meer erweitert den Blick nicht nur des Kaufmanns, sondern auch des Staatsmanns. Nur das Meer kann wahre Weltmächte erziehen" (Ratzel).

Der berühmte deutsche Geograph hat indes einen Faktor vergessen, der bei einem Inselvolk wirkt. Die Sicherheit seiner Grenzen gibt ihm eine politische Sicherheit, die zur nationalen, staatlichen Freiheit führt, obwohl die einzelnen Bürger nicht freier gesinnt sein mögen, als die einzelnen Bewohner kontinentaler Länder. Der einzelne Engländer zum Beispiel ist weniger frei als der einzelne Franzose oder Deutsche oder gebildete Russe. Aber national, das heißt staatlich sind die Engländer freier als andere Länder, da sie infolge ihrer insularen Abgeschlossenheit ihre politischen Kämpfe ohne Furcht vor fremder Einmischung ausfechten konnten.

Dies sind meines Erachtens die Gründe für das Selbstbewußtsein, die Zielsicherheit, die unerschütterliche Entschlossenheit und die wundervollen Energien der japanischen Diplomatie und des japanischen Volkes. Aber das Volk ist noch jung, und der Mangel an Erfahrung macht es zuweilen in neuen kritischen Situationen allzu vorsichtig. Es hängt ihm noch manches von der orientalischen Langsamkeit an und zeigt in seinen Handlungen noch nicht das rasche Tempo, das erst das moderne Leben mit sich bringt. —

Nicht minder bedeutungsvoll sind die Eigenschaften, die die Russen in diesem Kriege gezeigt haben. Die bisherigen Erfahrungen berechtigen zum Schlusse, daß die Russen, sowohl die herrschenden wie die beherrschten, sich im Laufe der letzten hundertundfünfzig Jahre nicht merklich geändert haben. Die Macht Rußlands ist nach wie vor die nicht zu erschütternde vis inertiae — das Massive, Unbewegliche seines ganzen Wesens, das nicht mit Jahren, sondern mit Jahrhunderten rechnet. Die mörderischen Schlachten bei Liaujang und am Schaho offenbarten bei den Russen dieselben Charakterzüge wie die Schlachten bei Zorndorf (1758) zwischen Friedrich II. und der russischen Armee unter Fermor und bei Borodino (1812) zwischen Napoleon und Kutusow. Was Thomas Carlyle in seiner „Geschichte Friedrichs II." (5. Band, S. 361 ff., deutsche Ausgabe) über die Schlacht bei Zorndorf schreibt, könnte mit wenigen Änderungen auf die Schlacht bei Liaujang ganz gut passen: „Ein anderer Theseus und der Minotaurus ... Friedrich zieht gelassen dahin, Reiterei und Fußvolk hinter Zorndorf, während der russische Minotaurus ihn mit blöden, blutunterlaufenen Augen prüft. ... Die Hälfte des Minotaurus ist auf diese Weise zu Trümmern geschlagen, aber der Angriff auf dieselbe ist erschöpft — was mit der anderen Hälfte des Ungeheuers anfangen, das wieder lebendig ist und sich eine neue Formation geschaffen hat? ... Eine solche Kraft des Beharrens wie diejenige der Russen hier, ist noch nicht dagewesen. Sie standen da wie Erdsäcke, wie schon getötete Ochsen." Auf diese Parallele weist das Novemberheft der „Fortnightly Review" hin.

Ebenso paßt auf die Schlachten von Liaujang und Schaho alles fast wörtlich, was Freiherr v. Ditfurth in seiner Monographie über die „Schlacht bei Borodino" am Schlusse schreibt. Nach der mörderischen Schlacht, in der die Russen an 50000 bis 60000 Mann verloren, konnte sich die geschlagene

Armee mit der größten Ruhe und Ordnung zurückziehen. Den Franzosen wu
weder Geschütz noch Bagage zur Beute.

Noch eins ist merkwürdig. Man lese einmal in Tolstois „Krieg und Friede
nach, was dort über Kutusow und die Schlacht bei Borodino gesagt wi
Die Russen glaubten, sie hätten den Sieg über Napoleon errungen. Kutus
prahlte ganz so wie jetzt Kuropatkin und die militärischen Schriftsteller
Petersburger und Moskauer Tageblätter.

Aber die Lage Oyamas am Schaho ist von der Napoleons an der Mosk
verschieden. Der japanische Heerführer verfügt nicht nur über die Verbindung
linie zu Lande, sondern auch über eine zur See. Im Falle seiner Niederla
wird sein Rückzug sich ohne Katastrophe vollziehen können. Setzen wir d
Fall, Nelson wäre bei Trafalgar geschlagen worden. Die Franzosen hätt
offenbar sodann auf Jahre hinaus die Seeherrschaft gewonnen. Der Pl
Napoleons, nach Moskau zu ziehen, wäre deshalb auch anders ausgefalle
Er hätte seine Streitkräfte in zwei Armeen geteilt: eine von Warschau no
wärts nach Moskau, die andere von der Nordküste Frankreichs, Hollands u
Deutschlands zur See etwa nach Riga gebracht, von wo aus sie ostwärts n
Moskau marschiert wäre. Riga wäre ein französisches Depot geworden, woh
ununterbrochen Munition, Kleidung, Verpflegung aus den unterworfenen Lä
dern eingeführt worden wären. Von Riga aus hätte Napoleon geschützte Po
tionen, Magazine auf der Straße nach Moskau einrichten und vorschieb
können. Nach dem Brande von Moskau und dem Eintritt der Notwendigke
den Rückzug anzutreten, wäre Napoleon nur gezwungen gewesen, sich et
eine Woche westwärts in der Richtung auf Riga durchzukämpfen, um zu sein
von Riga aus gespeisten und vorbereiteten Positionen zu gelangen und schließl
unter dem Schutze seiner Flotte in Riga sein Winterquartier zu beziehe
Napoleons Katastrophe beim Rückzug war dem Umstand geschuldet, daß
nur eine einzige, transeuropäische und vollständig in Feindeshänden befindli
Verbindungslinie hatte. Was Paris-Moskau für Napoleon war, das ist Fusa
Mukden für Oyama; aber was Riga-Moskau für die Franzosen geword
wäre, das ist tatsächlich Dalny-Mukden für die Japaner. Es ist kein Zweif
daß der japanische Generalstab den Feldzug Napoleons studierte und desha
langsam, aber sicher den Vormarsch leitete.

* * *

Am Schlusse nur noch ein Rück- und Ausblick auf den japanisch-russisch
Krieg. Während des zehnmonatigen Feldzugs haben über ein Dutzend Lan
und Seeschlachten stattgefunden. Die Streitkräfte der Kriegführenden war
numerisch ungefähr gleich. Die Russen hatten den Vorzug der Stellunge
Sie kamen auch mit den Traditionen der ersten europäischen Kriegsmac
Dennoch haben sie keine einzige Schlacht gewonnen, aber sie wurden trotz ihr
schlechten Führung und ihrer Desorganisation, trotz der Sittenlosigkeit ihr
Offiziere und der Unwissenheit ihrer Soldaten nicht vernichtet.

Andererseits zeigten die japanischen Soldaten unübertroffenen Mut, d
japanische Heeresleitung eine mustergültige Organisation, die ganze Armee ei
sittliche Kraft und eine Geistesstärke, die bei keiner europäischen Armee unser
Zeit zu finden ist. Die Japaner haben bis jetzt keine einzige Schlacht ve
loren. Man kann die Kriegsberichte der japanischen Admirale und Genera
nicht ohne tiefe Bewunderung für ihre Schlichtheit, Nüchternheit und anti
Geistesgröße lesen.

Würde Rußland nicht über so unerschöpfliche Hilfsmittel verfügen, dann
ınte man schon jetzt über den Ausgang des Krieges nicht im Zweifel sein.
ann für Mann sind die Japaner den Russen überlegen. Bei einer einiger-
ıßen numerisch gleichen Stärke wäre der endgültige Sieg der Japaner sicher.
Wird Rußland imstande sein, eine erdrückende Überlegenheit an Streitkräften
fzubringen?

Dies hängt fast vollständig von der gegenwärtig nach dem fernen Osten
ırenden baltischen Flotte ab. Gelingt es ihr, die chinesischen Gewässer zu
eichen und Togo zu vernichten, so ist Japan höchst wahrscheinlich besiegt.
e japanische Armee wäre sodann auf die unsichere Verbindungslinie Liaujang-
dschu-Fusan angewiesen und könnte den Krieg nicht mehr mit der erforder-
ıen Energie fortsetzen.

Fällt aber Port Arthur, ehe Roschdjestwensky das Gelbe Meer erreicht, so
ten die Japaner gute Aussicht, die russische Flotte in Schach zu halten.
Russen hätten sodann nur noch Wladiwostok offen, und die Japaner
ren wohl imstande, das Gelbe Meer und den Golf von Petschili freizuhalten.
Sieg oder Niederlage hängen da von der Seeherrschaft ab.

Über die Rechtsverhältnisse der Gärtner.

on **Otto Albrecht**, Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Mitte Juli dieses Jahres erhielten die Berufsorganisationen der Gärtner
ı preußischen Ministerium des Innern für Landwirtschaft, Domänen und
sten die Mitteilung, daß beabsichtigt sei, „mit der für das Jahr 1905 in
sicht genommenen Reichs-Berufs- und Gewerbezählung genaue statistische
ıittlungen über die Berufsgliederung und die Betriebsverhältnisse im
tnereigewerbe zu verbinden". Das Ergebnis dieser Erhebung solle „vor
m auch als Unterlage für die zurzeit noch schwebenden Verhandlungen über
Reihe von Fragen, die für die Angehörigen des Gärtnerberufs von großer
htigkeit sein dürften, dienen". Dieser Benachrichtigung waren zugleich Zähl-
iere und -Formulare beigefügt mit der Aufforderung, daß die betreffenden
anisationen sich zu diesen Entwürfen äußern und etwaige Abänderungs-
chläge binnen einer festgesetzten Zeit der Regierung unterbreiten möchten.
Eine solche Benachrichtigung und Aufforderung erhielt auch der Allgemeine
tsche Gärtnerverein, die für die Arbeitnehmerschaft zuständige Organisation,
denn auch nicht verabsäumte, ihre Wünsche geltend zu machen.

Die derzeitigen Rechtsverhältnisse der Gärtner sind ein aus allgemein sozialen
auch aus spezifisch wirtschaftlichen Gründen hochinteressantes Kapitel. Die
tnerei liegt zwischen den Gewerben und den gewerblichen Industrien einerseits
der Land- und Forstwirtschaft andererseits. Während nun die gewerblichen
arbeitsrechtlichen Verhältnisse des erstgenannten Gebiets durch die Reichs-
rbeordnung geregelt sind und während die der anderen im wesentlichen
Landesgesetzen unterstehen, gibt es für die Gärtnerei keine Formel, die hier
notwendige Ordnung schüfe.

Als die jetzige Reichsgewerbeordnung zum Gesetz erhoben wurde (1869),
ıd sich die Gärtnerei „als intensivst betriebener Zweig der Landwirtschaft"
hren Produktionsmitteln noch auf ziemlich primitiver Stufe, und als selb-
iges Gewerbeunternehmen trat damals die Gärtnerei im wesentlichen nur

in der Form des Obst- und Gemüsebaus hervor, einer Betriebsart also,
sich von der allgemeinen Landwirtschaft noch nicht gar zu sehr unterscheid
Wohl gab es damals auch schon recht gut entwickelte Kunst- und Ziergärtn
reien; allein diese befanden sich vornehmlich in dem Besitz von Schloßherr
und waren sogenannte „Hofgärtnereien", dienten hier in der Hauptsache (
meist wohl gar ausschließlich) den eigenen Bedürfnissen und Liebhabereien ih
Besitzer und kamen so für den allgemeinen Wirtschaftsverkehr nicht weiter
Betracht. Die wenigen „Kunst- und Handelsgärtnereien" gewerblicher
wurden infolge ihrer Unbedeutendheit vom Gesetzgeber einfach übersehen. U
in den Motiven zur Gewerbeordnung heißt es darum mit Bezug auf
Gärtnerei auch nur ganz allgemein, daß den Bestimmungen dieses Geset
nicht unterstehen sollen: der Ackerbau, die Viehzucht, der Gartenbau,
Forstwirtschaft, der Weinbau, die schönen Künste.

Das war vor rund vierzig Jahren. Seither hat sich des Gärtnereigewerb
eine ungeahnte Entwicklung bemächtigt. Ursprünglich gab es nur kleine Gemü
krauter, die ihren Garten hauptsächlich mit ihren Familienangehörigen bewi
schafteten; die gärtnereitechnischen Einrichtungen bestanden in einem oder zwei klein
Überwinterungsgewächshäusern („Buden" und „Erdbuden"). Ein solcher Gärtn
beschäftigte sich mit allen Zweigen der Gärtnerei, man konnte bei ihm Gemü
pflanzen, fertige Gemüse, Obstbäume, Staudenpflanzen, Blumen, Topfpflanz
Sämereien und auch „kunstvoll" ausgeführte Blumensträuße und dito Krä
bekommen. Aus diesem „alle Zweige einer (damals modernen) Kunst- u
Handelsgärtnerei" betreibenden Gärtnereiunternehmer hat sich im Laufe
Zeit der heutige Kunst- und Handelsgärtner entwickelt, dessen Typus da
besteht, daß er als Spezialist und in dieser Form als Massenkultivate
und als Großbetriebsunternehmer auftritt.

Das Wirtschaftsgebiet des Gärtnereigewerbes ist heute ein sehr weit a
gedehntes. Schon in Bezugnahme auf die Flächen, die dem Gartenbau dien
diese allein betrachtet reichen natürlich in keinem Falle aus, sich ein m
gebendes Bild vor Augen zu führen: die Flächen sind nur insoweit
Belang, als es sich um ganz bestimmte Zweige und Gebiete des Gartenba
handelt, um Gebiete, die wesentlich ackerbauähnlich produzieren: das ist
Gemüsebau und der Obstbau und etwa noch die Baumschulgärtnerei, die letzt
aber auch schon nur bedingungsweise. Alle anderen Zweige der modern
Gärtnerei, so insbesondere die Blumen- und Zierpflanzengärtnerei, die La
schaftsgärtnerei, die Friedhofsgärtnerei und notabene auch die Baumsch
gärtnerei lassen sich in ihrer wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutu
immer erst dann erfassen, wenn man die Zahl der darin tätigen Arbei
kräfte feststellt. In den ackerbauähnlich betriebenen Gemüse- und O
gärtnereien kann für eine bestimmte Fläche Landes (je nach der Qualität
letzteren) auch eine gewisse bestimmte Anzahl von Arbeitskräften berech
werden, eine gleiche Berechnung für die anderen Gärtnereizweige, die sich
als Kunst- und Ziergärtnerei oder doch als eine Art von den beiden präs
tieren, würde indessen zu Irrtümern führen.[1] Die Kunst- und Ziergärtnere

[1] Die Landschaftsgärtnerei ist zum Beispiel Kunst- und Ziergärtnerei; die Baumsch
gärtnerei ist nur insoweit und dann Ziergärtnerei, wie und wenn sie sich mit der Zucht
Ziersträuchern und Stauden befaßt, tritt aber in ausgeprägter Weise sonst durchgehends
als Kunstgärtnerei auf, da die Hauptarbeitstätigkeit im Veredeln und Formieren der
züchtenden Bäume besteht; die Blumenzucht ausschließlich im freien Lande kann vielle

nnen nämlich, je nach den dort vorhandenen Einrichtungen, als Frühbeete ıd Treibhäuser, Pflanzenvermehrung und -Veredlung, auf gleichen Flächen ie die vorhergenannten Gemüse- und Obstgärtnereien die zehn-, zwanzig- und ɔch mehrfache Anzahl von Arbeitskräften beschäftigen.

Die technische Entwicklung der Gärtnerei hat auch eine große Reihe von eränderungen auf dem sozialen Gebiet mit sich gebracht. Zuerst natürlich die gelrechte Ausbildung der Arbeitskräfte für ihren Beruf und damit eine Aus- hnung des Lehrlingswesens. Dann wiederum das allmähliche Verlassen der ür alle Zweige" der Gärtnerei zugeschnittenen Lehrlingsausbildung und Er- ßung dieser durch die Spezialausbildung für ganz bestimmte Gebiete. Und ıließlich die Anlernung von Arbeitskräften ohne eine regelrechte Lehrzeit für ganz stimmte Einzel- oder Teilarbeiten. So haben wir heute das Faktum, daß von der ınzen großen Gruppe der Kunst- und Ziergärtnereigehilfen es nur verhältnis- äßig wenige gibt, die über genügend Kenntnisse verfügen, um zum Beispiel einer rationellen Gemüsegärtnerei einen dortigen Gehilfen ersetzen zu können. anz gleich verhält es sich mit den Gehilfen in den einzelnen Hauptzweigen r Kunst- und Ziergärtnerei; wir haben da spezielle Baumschulgehilfen, ezielle Topfpflanzen- und Schnittblumengärtner, spezielle Landschaftsgärtner ıd andere, die immer nur für den betreffenden Hauptzweig „eingefuchst" sind. ıd diesen folgen dann gar noch die Spezialisten für die Großkulturen, die ırin nachgerade ebenfalls so einseitig werden, daß sie nur noch schwer zu ıderen Kulturen wieder übergehen können, weil sie die inzwischen dort er- ichten Fortschritte nicht genügend verfolgt haben. Denen schließen sich dann ch, wie bereits bemerkt, die ursprünglich ungelernten Arbeiter an, die teils t den letztbezeichneten Gehilfen gleichzustellen sind, oder die überhaupt nur stimmte Teilarbeiten vollführen. Die Blumen- und Kranzbinderei hat sich r zu einer nahezu schon ganz selbständigen Gewerbeart entwickelt mit durch- s eigenem Personal, das zum großen Teile von der Gärtnerei ebenfalls nicht ehr versteht wie ein Laie, der sich nur aus Liebhaberei für Gärtnerei inter- iert, sie aber nicht ausübt.

Ein weiteres soziales Moment, das sich aus dieser Entwicklung ergeben hat, dieses:

Früher war fast ausnahmslos das sogenannte patriarchalische Arbeits- rhältnis herrschend. Die Lehrlinge sowohl wie auch die Gehilfen wohnten esamt bei ihrem Prinzipal und teilten den Tisch der Familie ihres Arbeit- bers. Heute ist das zu einem großen Teile oder vielleicht auch zum größten Teile ar auch noch der Fall, aber in nahezu allen größeren Gärtnereibetrieben hat) bereits das moderne Arbeitsverhältnis eingebürgert, wie es in den anderen werben und Industrien herrschend ist, vielfach allerdings auch hier noch mit m Unterschied, daß der Gehilfe genötigt wird, im Betrieb des Arbeitgebers ohnung oder Schlafstelle zu nehmen, sei es in einem Raume des Wohn- bäudes, im Anschluß an Stallungen und Remisen oder in einem entsprechenden ıbau oder Abschlag von Gewächshäusern. Im großen ganzen aber finden r das patriarchalische Arbeitsverhältnis auf der ganzen Linie in der Auf- ung begriffen. In seiner ursprünglichen Form, das heißt getragen von wirk-

ar nicht immer als Kunstgärtnerei angesehen werden, ist auf alle Fälle aber Zier- rtnerei, und wiederum die Gemüse- und Obstzucht in Frühbeeten und Gewächshäusern immer Kunstgärtnerei, niemals aber Ziergärtnerei.

lichem Wohlwollen für die Gehilfen und gegenseitiger Anteilnahme in
kleinen Leiden und Freuden auch der Einzelpersönlichkeit, ist es nennens
überhaupt nicht mehr vorzufinden. Der moderne Konkurrenzkampf des moder
Wirtschaftslebens hat diese einander zuneigenden Gefühle erdrückt; an d
Stelle steht heute im wesentlichen auch dort schon, wo der Form nach, äußer
das patriarchalische Verhältnis noch vorhanden ist, das Klassengefühl
doch wenigstens die abgegrenzte Sinnesrichtung bloß auf die eigenen Vort
Wo der Arbeitgeber seinen Gehilfen heute noch Wohnung und Beköstig
ganz oder teilweise, oder eines von beiden gibt, da geschieht das natürlich
um damit von den Gehilfen zu profitieren; sei es, daß da Wohnräume gege
werden, die sonst als solche baupolizeilich nicht genehmigt werden würden;
es, um an den Nahrungsmitteln zu verdienen; oder sei es, um die Gehi
jederzeit für die Arbeit zur Hand zu haben und so eine geordnete und
heutigen Zeitverhältnissen angepaßte tägliche Arbeitszeit nicht einhalten
brauchen. Daher denn auch, was hier nur nebenbei erwähnt sei, allenthal
das mehr oder weniger entschiedene Bestreben der Gehilfenschaft, das Kost-
Logiswesen ganz zu beseitigen. Jedenfalls also hat sich das „patriarchalis
Arbeitsverhältnis durch die allgemeine Entwicklung überlebt und befindet
im Stadium der Auflösung.

Solchergestalt nach und nach sozial in gleiche Bahnen einmündend wie
anderen Gewerbe, tritt dann bei den Angehörigen des Gärtnereigewerbes
Klassenbewegung des modernen Proletariats auf. Die Gärtnerbewegu
erscheint auf der Bildfläche und äußert sich in entsprechenden Organisatio
unternehmungen und gewerkschaftlichen Aktionen.

Wie verhält sich nun ihnen gegenüber das öffentliche Recht? Ist die
Recht diesen Verhältnissen angepaßt, beziehungsweise inwieweit liegt e
zwingende, nicht mehr von der Hand zu weisende Notwendigkeit vor, neue Norm
zu schaffen, oder aber das Gärtnereigewerbe schon bestehenden Normen
unzweifelhafter Bestimmtheit zu unterstellen?

Einleitend hoben wir bereits hervor, daß die Motive zur Reichsgewer
ordnung aussagen, „der Gartenbau" sei nicht den Bestimmungen der Gewer
ordnung mit unterstellt. Folglich also unterfällt er der Agrargesetzgebung
dem allgemeinen bürgerlichen Rechte. Für uns handelt es sich hier im wese
lichen nur um die Verhältnisse des Arbeiterrechtes und um die Sozi
gesetzgebung und natürlich um alle jene Momente, die mit diesen Rech
bestimmungen irgendwie im Zusammenhang stehen.

Der Gartenbau sei der Land- und Forstwirtschaft analog zu behande
Gewiß, das ist ja eine ganz klare Vorschrift. Warum aber spricht hier
Gesetzgeber so allgemein vom „Gartenbau"? Warum nicht präziser von
Gärtnerei? Sicherlich lag ihm der letztere Sprachgebrauch doch ebenso n
wie der andere. Bei Ersetzung des Wortes „Gartenbau" durch „Gärtner
wäre von vornherein jeder Zweifel darüber, ob nicht etwa der eine oder and
Zweig der Gärtnerei doch unter die Gewerbeordnung falle, beseitigt gewes
Daran wird auch der Gesetzgeber gedacht haben. Wenn er aber trotzdem be
„Gartenbau" oder wohl gerade deswegen bei diesem verblieb, so sicherlich a
ganz bestimmten und wohlerwogenen Gründen. Der Gesetzgeber konnte e
nicht so weit greifen; er mußte den auslegenden Richtern und Behörden ein
Spielraum lassen, der diesen gestattete, unter bestimmten Voraussetzungen a
die Gärtnerei zu einem Gewerbe zu erklären, insbesondere in solchen Fäll

o die Gärtnerei ausgeprägt und hauptsächlich als Handelsgärtnerei in die
rscheinung tritt, wo sie also einen handelsgewerblichen Charakter trägt.
ier finden wir die erste Branche, die naturgemäß unter die Gewerbeordnung
hört (soweit nicht etwa gar das Recht des Handelsgesetzbuchs Anwendung
ndet). Dann aber auch die Blumen- und Kranzbinderei, deren Aufgabe
; doch ist, aus vorhandenen „Rohprodukten" (?) neue Kunstprodukte herzu-
ellen. Doch hier kommen wir schon zu Differenzen: Wird nämlich das Kunst-
rodukt von demselben Unternehmer angefertigt, der als Land- oder Forstwirt
is betreffende Rohmaterial oder vielmehr das Urprodukt erzeugte, so wird
iese Kunstproduktion noch kein gewerbliches Unternehmen, sondern erst dann,
enn alle oder die meisten Urprodukte hinzugekauft werden. Es fragt sich nun
lerdings, ob die in Treibhäusern gezüchteten, vielfach exotischen Blumen auch
berhaupt noch als Urprodukte anzusehen sind oder nicht. Die Meinungen
erüber gehen auseinander. Ebenso ist es mit der Baumzucht, mit den ver-
elten und kunstgerecht formierten Bäumen und Sträuchern; diese sind auch
ine eigentlichen Rohprodukte mehr. Auch nicht die Gemüse, die zu außer-
ewöhnlicher Jahreszeit in Frühbeeten und Gewächshäusern gezüchtet werden.
esgleichen solches Obst. Und der landschaftliche und der Ziergarten, den der
andschaftsgärtner im Werkvertrag für den Villenbesitzer herstellt und in Ord-
ung hält — ist denn der ein Produkt der Landwirtschaft; oder ist er nicht
elmehr das Kunstwerk eines Architekten und Baumeisters gärtnerischer Couleur?!

Diese Erwägungen werden es, wenigstens zum Teil, gewesen sein, die den
esetzgeber bestimmt haben, nicht die Bezeichnung „Gärtnerei", sondern „Garten-
au" in den Motiven zur Gewerbeordnung aufzunehmen, dabei es, wie bemerkt,
n Behörden und Gerichten überlassend, von Fall zu Fall zu prüfen, wo ein
stimmter Betrieb einzuordnen sei, wann ein Gärtnereiangestellter als ein
werblicher, als ein handelsgewerblicher oder als ein landwirtschaftlicher
rbeiter zu behandeln ist. Und die Behörden und Gerichte haben denn auch
r möglichstes getan, nicht etwa eine einheitliche Rechtsauslegung herbeizu-
hren, sondern diese möglichst zu verwirren, was nach Lage der Verhältnisse
hließlich anders auch kaum zu erwarten war. Solange einerseits das Gärtnerei-
werbe nur noch klein war, und solange andererseits die verschiedenen Sozial-
setze der neueren Zeit noch nicht bestanden, auch eine eigentliche „Gärtner-
wegung" noch nicht groß in Frage kam, wurden die Gärtner auf die vielen
Widersprüche in der Rechtspflege noch nicht aufmerksam. Seither aber haben
e fast täglich Gelegenheit, ihrem Unmut darüber Ausdruck zu geben; seither
aben die Zustände im gärtnerischen Rechtswesen sich geradezu zu einer öffent-
chen Kalamität ausgewachsen, die nicht anders mehr beseitigt werden kann
ie durch die Gesetzgebung selbst.

Mehr wie ein Jahrzehnt arbeitet heute die Gärtnergehilfenschaft daran, den
setzgebenden Körperschaften des Reiches die Unhaltbarkeit ihrer derzeitigen
echtsverhältnisse vor Augen zu führen und diese Körperschaften zu einem gesetz-
chen Eingreifen zu bestimmen. Am 8. April 1891 gelangte bei den Bera-
ungen der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung diese Gärtnersache
um erstenmal im Reichstag zur Sprache, und zwar aus Veranlassung eines
ntrags der sozialdemokratischen Fraktion, der zum Ziele hatte, durch eine
gänzende Fassung des § 121 der Gewerbeordnung ausdrücklich hervorzuheben,
aß „Personen, die regelmäßig für die Bedienung von Gast- und Schank-
irtschaften und als Gehilfen und Lehrlinge in Gärtnereien be-

schäftigt werden", als Gewerbegehilfen zu betrachten sind; der Antr wurde durch Bebel begründet. Auch im Jahre 1903, am 24. April, w es ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, und zwar der Abgeordn Ledebour, der in der Petitionskommission des Reichstags die Petition d Gärtnergehilfenschaft mit Entschiedenheit vertrat und deren Berücksichtigu beantragte. Da die anderen Parteien jedoch immer versagten, so verbli es bis heute bei den bei diesen Gelegenheiten abgegebenen Erklärungen d Regierungsvertreter, die die Sache um gar nichts klärten. Übereinstimme führten nämlich diese Herren jedesmal aus, es müsse bei der bisherigen Pra sein Bewenden behalten, weil die Gärtnerei einmal so eigen geartet sei, d sich nicht anders wie von Fall zu Fall entscheiden lasse, auch ferner hier d Kompetenzen der einzelnen Bundesstaaten gegenüber denen des Reiches in Fra kämen, und auch aus diesem Grunde von Reichs wegen nichts geschehen könn Wenn man sich nun jetzt aber dennoch anschickt, wenigstens durch Instanz der preußischen Regierung den Versuch zu machen, in die Materie einzugreif (siehe die geplante statistische Erhebung), so kann das die Gehilfenorganisati mit vollem Fug und Recht auf ihr unablässiges Drängen und insbesonde darauf zurückführen, daß sie das Material der neueren Zeit aus der gärtn rischen Rechtspflege sammelte, sichtete, ordnete und veröffentlichte und dam den unabweisbaren Beweis führte, daß es so wie heute unter keinen Umständ weitergehen kann, weil da von einem Recht im Grunde genommen fast übe haupt nicht mehr zu reden ist.

Die erste dieser Veröffentlichungen, die allgemeines Aufsehen hervorrief, w eine Denkschrift an den Reichstag im Jahre 1901. Dieser folgten dann a irgendwie bekannt werdenden weiteren Entscheidungen der Gerichte und Behörd in der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung" und auch in der politisch Tagespresse. Die Gehilfenschaft führte durch Unterstützung ihrer Organisati auch reine Tendenzprozesse, wobei sie sich einmal auf diesen, das andere M wieder auf einen anderen Standpunkt stellte und wobei sie in einigen Fäll in der Tat erreichte, daß ein und dasselbe Gericht in der gleichen Richte besetzung nacheinander die verschiedenartigsten Rechtsgrundsätze formulierte, d einander direkt widersprechen! Die neueste Veröffentlichung geschah in eine vom Schreiber dieser Zeilen verfaßten Artikel[1] im diesjährigen Juliheft d „Annalen des Deutschen Reiches". In diesem Artikel ist das gesamte b dahin gesammelte Material noch einmal knapp zusammengefaßt und nach de jenigen Gesichtspunkten zum Vortrag gebracht, die sich aus den zur Anwendun gelangten Rechtsgrundsätzen der Richter, Behörden und Ministerien ergabe Zirka 70 Urteile, Entscheide und Verfügungen sind in dem in Rede stehende Artikel verarbeitet worden. Die Ordnung dieser Materialien hat das übe raschende Ergebnis gezeitigt, daß zurzeit nicht weniger wie sechs Maßstä in Gebrauch sind, nach denen die Rechtslage der Gärtner bestimmt wird. Die lauten:

Erstens: Eine Gärtnerei ist Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnun wenn in derselben die Handelstätigkeit überwiegt.

Zweitens: Der Gärtnereibetrieb erhält dadurch einen gewerblichen Charakte daß sich das Hauptgewicht der Tätigkeit auf die Umformung der selbs

[1] Das Verhältnis der Gärtner zum Gewerberecht. Heft 7 der „Annalen des Deutsche Reiches", 1904.

gewonnenen Erzeugnisse zu neuen Produkten (Kränzen, Sträußen und dergleichen) richtet.

Drittens: Eine Gärtnerei wird bereits dann ein Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnung, wenn der Betrieb sich als „Kunstgärtnerei" kennzeichnet, das heißt wenn die Pflanzenproduktion vornehmlich mit künstlichen Hilfsmitteln betrieben wird oder wenn das Gelingen des Produktionsprozesses eine überwiegend menschliche Kunstfertigkeit und Handgeschicklichkeit voraussetzt.

Viertens: Gärtnereibetriebe zählen allgemein zu den Gewerben im Sinne der Gewerbeordnung.

Fünftens: Gärtnereibetriebe zählen ausnahmslos zum Gartenbau, das ist zur Landwirtschaft.

Sechstens: Die Landschaftsgärtnerei ist eine bildende Kunst (Ansicht des Amts- und des Landgerichts II zu Berlin, im Gegensatz zum Beispiel zu den Ansichten anderer Gerichte usw., die die Landschaftsgärtnerei unbesehen einfach zu der Landwirtschaft werfen, und des kgl. sächsischen Ministeriums, das die gleiche Gärtnereiart zum Gewerbe rechnet).

Diese sechs sind natürlich nur die Hauptmaßstäbe; sie variieren bei der Anwendung außerdem noch in mancherlei Nuancen. Eine Wirrnis also, die an die babylonische Sprachenverwirrung erinnert und die bei allen Gerichtsinstanzen, Behörden und Ministerien nahezu gleichmäßig verbreitet ist.

Unter diesem „Recht" leben heute die Gärtner!

Daß dem nun, nachdem das alles publik geworden ist, die zuständigen Instanzen der Gesetzgebung nicht länger mehr untätig zuschauen können, wird man füglich als selbstverständlich finden. Es ist der richtige Weg, zunächst eine allgemeine Statistik über die Berufsgliederung und die Betriebsverhältnisse aufzunehmen, um für die Gesetzgebung eine geeignete Unterlage zu schaffen. Allerdings würden wir es für dienlicher gehalten haben, wenn dieser Arbeit sich das Reichsstatistische Amt unterzogen hätte.

So steht die Aufnahme zunächst erst für das Königreich Preußen in Aussicht und weiß man nicht, ob die anderen Bundesstaaten dem Beispiel folgen werden. Immerhin wird natürlich auch das Ergebnis der preußischen Statistik schon allein ein für die Gesetzgebung genügendes Material ergeben, sintemalen die Gärtnereiverhältnisse in den anderen Bundesstaaten nicht wesentlich anders liegen. Die Statistik soll nebenbei doch aber auch wichtige andere, soziale und wirtschaftliche Aufschlüsse bringen, auf die in den Fragebogen des preußischen Ministeriums in sehr zweckdienlicher Weise Bedacht genommen wird und die die Abänderungsvorschläge zum Beispiel des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins noch zu verbessern bezwecken.

Dem Ergebnis der Statistik darf man mit vollem Interesse entgegensehen. Daß dieses ein solches sein wird, das die Ordnung der Materie durch die Reichsgesetzgebung, und zwar durch die Gewerbeordnung, gebietet, davon sind wir schon jetzt überzeugt. Wir können uns auch schon die Formel denken, mit Hilfe welcher die „Rechtsfrage der Gärtner" am Ende gelöst werden muß. Es wird dieselbe sein, die wir schon heute bei Kenntnis der vorliegenden Materialien aus der Rechtsprechung und Verwaltungstechnik den gesetzgebenden Körperschaften als „den Bann lösende Zauberformel" empfehlen, nämlich die, dem § 6 der Gewerbeordnung einen neuen Absatz 3 dieses Inhaltes hinzuzufügen:

„Auf die dem Zwecke des Erwerbes dienende Gärtnerei findet das gegenwärtige Gesetz Anwendung; ausgenommen davon ist nur der (landwirtschaftsartige) Obst- und Weinbau."

Bis zu der durch eine solche Bestimmung gezogenen Grenze wird man schon gehen müssen, will man etwas schaffen, das wirklichen Wert besitzen und das einen einigermaßen erträglichen Rechtszustand herbeiführen soll. Bis zu dieser Grenze mindestens. Noch weiter darüber hinaus wäre uns natürlich noch angenehmer und würde von noch größerem Nutzen sein, sintemalen ja auch noch durch diese Lösung der Frage eine beträchtliche Anzahl von Gärtnern dem Bereich der freiheitlicheren Gewerbeordnung und deren Nebengesetzen entrückt bleiben und weiterhin unter den entwürdigenden Bestimmungen der Gesindeordnungen und den famosen Landarbeitergesetzen zu schmachten gezwungen werden. Allein, nach Lage der Dinge wird dieser noch verbleibende Teil der Gärtner aus den Fesseln kaum früher zu erlösen sein, als bis einmal für die gesamte Landarbeiterschaft die Stunde der Erlösung schlägt. Und deswegen beschränken wir uns einstweilen auf die Erlangung des gegenwärtig Möglichen, dabei das Bessere unverwandt im Auge behaltend und ihm gleichfalls zustrebend, Hand in Hand mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft!

Literarische Rundschau.

Dr. Heinrich Feuerstein, **Lohn und Haushalt der Uhrenfabrikarbeiter des badischen Schwarzwaldes.** Eine sozialökonomische Untersuchung. Vierte Ergänzung zum siebenten Bande „Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen". Karlsruhe 1905, Verlag der G. Braunschen Hofbuchhandlung. Preis 3 Mark. 208 S. gr. 8°.

Die früheren badischen Fabrikinspektoren Friedr. Wörishoffer und Rud. Fuchs haben sich auch als sozialpolitische Schriftsteller eine allgemeine Beachtung verschafft. Die Monographien aus den Federn dieser Beamten über die Lage der Arbeiter umgrenzter badischer Industrien regten den katholischen Pfarrer Dr. Feuerstein, der auf dem Walde pastorierte, zur Abfassung einer ergänzenden sozialpolitischen Untersuchung über die charakteristische Industrie des Schwarzwaldes an. Die Arbeit ist eine sehr schätzenswerte Leistung vor allem der reichen Statistik wegen. Da der Verfasser des Buches, das sich nur auf die Untersuchung der eigentlichen Fabrikindustrie beschränkt, die Absicht kundgibt, seine über die Hausindustrie gesammelten Beobachtungen in ähnlicher Weise zu benutzen, darf man nach dieser ersten Arbeit dem Erscheinen ihrer Ergänzung mit berechtigtem Interesse entgegensehen. Die Feuersteinsche Schrift entstand unabhängig von jener des Dr. Schlenker (Stuttgart 1904), welche nur den württembergischen Teil der schwarzwälderischen Uhrenindustrie behandelt.

Der Hauptteil des Buches behandelt den Arbeitslohn, zuerst den Formcharakter des Lohnes (Das Lohnsystem im allgemeinen, Die kalkulatorische Berechnung des Akkordlohns, Der Geldlohn als Ausdruck des Lohnkalkuls). Der zweite Teil befaßt sich mit der materiellen Lohnhöhe (Methodik der statistischen Lohnerfassung, Darstellung der Nominallöhne), wobei auf über 20 Seiten 15 Einzellohntabellen und eine Gesamttabelle angehängt sind. Zuletzt (auf 100 Seiten) wird an der Hand des Arbeiterbudgets der Reallohn nachgewiesen (Nominallohn und Reallohn, Zur Methode der Haushaltsstatistik, Analyse der Budgets); dazu als Anhang 26 Arbeiterbudgets in beschreibender und tabellarischer Wiedergabe. Diese

Budgets erhalten dadurch einen besonderen Reiz, daß sie vielfach von den Arbeitern selbst kommentiert sind und weil der Verfasser jedesmal eine physiologische Bilanz hinzufügt, die den Beweis der systematischen Unterernährung des Arbeiters und — was der Verfasser als Anhänger des Zentrums wohl nicht zugibt — der Sünden des Zollwuchers augenfällig jedem Arbeiterfreund darstellt.

In einem Schlußwort tritt der Verfasser mit seinen eigenen Anschauungen über die Reformbedürftigkeit des Arbeitsverhältnisses in der Schwarzwälder Uhrenindustrie hervor. Er weist den Arbeiter auf den Weg der gewerkschaftlichen Organisation, um „durch eine machtvolle gewerkschaftliche Einheit sämtlicher Arbeiter der verschiedenen Berufe zur rechtlichen Freiheit des Arbeitsvertrags die wirtschaftliche, das heißt tatsächliche, zu fügen".

Von dem Unternehmertum erwartet der Verfasser keine freiwillige Lohnerhöhung, zumal bei dem gegenwärtig zusammenschrumpfenden Gewinn und Kapitalzins. Den Grund der zunehmenden wirtschaftlichen Krisis erblickt Dr. Feuerstein in dem sich immer mehr fühlbar machenden Strukturfehler der Schwarzwaldindustrie (überwiegende Zahl von Einzelbetrieben, Anarchie der Produktion, Schleuderkonkurrenz, industrielles Freibeutertum). Von einer Preiserhöhung durch die vorgeschlagene, aber unerreicht gebliebene Kartellpolitik sei bei dem zähen Festhalten an den vielen Einzelunternehmungen und auch aus anderen Gründen (Mangel an Treu und Glauben) nicht zu denken. So müsse denn die notwendige Betriebskonzentration vor sich gehen im Wege der zwangsweisen Vergewaltigung kleiner, schlechtrentierender Geschäfte durch die größeren, kreditfähigeren, technisch vollkommeneren Betriebe; auch ihnen bleibe aber das Schicksal des Unterganges, das heißt der Einbuße ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, nicht erspart, wenn sie, wie bisher, es nicht verstehen, gerade ihre besten Arbeiter an sich zu fesseln.

Hier, wo wir seiner sozialreformatorischen Logik am liebsten gelauscht hätten, bricht der katholische Pfarrer ab. Er überläßt der Sozialdemokratie, die er niemals in seinem Buche erwähnt, das letzte Wort zu sprechen. Die „Neue Zeit" wird auf den Inhalt des interessanten Buches noch zurückkommen. Ad. Gk.

Dr. Kurt Lampert, **Die Völker der Erde.** 1. Band. Stuttgart und Leipzig, Deutsche Verlagsanstalt. 384 S.

Das zunehmende Interesse für die Ethnographie hat in den letzten Jahren den Anstoß zur Herausgabe allerlei populärer „Völkerkunden" gegeben, meist leider recht oberflächlicher Leistungen. Das beste sind die Illustrationen; der Text ist gewöhnlich nur zur näheren Erläuterung der Bilder geschrieben und macht auf wissenschaftliche Genauigkeit keinen Anspruch. Auf den Versuch, den Leser in die schwierigeren ethnologischen Probleme einzuführen, wird von vornherein verzichtet und nur das berücksichtigt, was ohne Vorkenntnisse jedem verständlich erscheint. Das Ergebnis ist natürlich, daß der Leser nur eine ganz einseitige Vorstellung von dem Kulturgehalt der ihm geschilderten Völker erlangt; ihr gesellschaftliches Leben, ihre Wirtschaftsinstitutionen, Rechts- und Sittenverhältnisse bleiben ihm größtenteils verschlossen. Was ihm geboten wird, ist meist eine bloße Beschreibung der Beschäftigungsweise, der Wohnungsausstattungen, der Trachten, des Schmuckes und der Waffen, der Feste und Festgebräuche (Hochzeits-, Geburts- und Tanzfeste), der religiösen und kriegerischen Veranstaltungen usw.

Zu den populären Werken dieser Art gehört auch das vorgenannte, von dem vorläufig nur der erste Band erschienen ist, der die Völker Australiens, Ozeaniens und Asiens behandelt. Die Deutsche Verlagsanstalt hat ihn illustrativ reich ausgestattet. Er enthält nicht weniger als 376 Abbildungen, die größtenteils dem vor einiger Zeit erschienenen englischen Werke „The living Races of Mankind" von Hutchinson entnommen sind — neben einigem Veralteten und Minderwertigen auch

manches Gute. Auch der Text ist ansprechend; der Verfasser hat entschieden ein gewisse feuilletonistische Gewandtheit; aber von einer wissenschaftlichen Kritik bei de Übernahme ethnologischer Mitteilungen oder von einem tieferen Eindringen in di Geistes- und Gefühlswelt der verschiedenen geschilderten Völker kann nicht die Red sein. Ängstlich ist vielmehr der Verfasser beflissen, den Charakter seines Buches al einer „für weite Kreise bestimmten Darstellung" zu wahren, das heißt nicht Ding zu berühren, die vielleicht bei einem Teile der Leser Anstoß erregen könnten, vo allem nicht geschlechtliche Verhältnisse.

Es ist, um es kurz zu sagen, bessere ethnographische Unterhaltungslektüre, di Lampert bietet: ein Buch für die reifere Jugend. Wer ernstlich in das Gebiet de Völkerkunde eindringen will, hält sich besser an die Werke von Peschel, Wait Lippert, Ratzel usw., wenn auch in diesen manche Partien durch neuere Forschunge überholt sein mögen. C

Dr. Ludwig Spitzer, **Wesen und Verhütung der Geschlechtskrankheiten.** Vortrag gehalten vor der Gremialkrankenkasse der Wiener Kaufmannschaft, Wien I, Helfer storferstraße 13. Anhang zu den Berichten der Gremialkrankenkasse fü die Jahre 1902 und 1903. Wien 1903 und 1904, Selbstverlag.

Spitzer, Spezialarzt der Krankenkasse des Gremiums (Berufsgenossenschaft) de Wiener Kaufmannschaft, hat in seinen Vorträgen über die Geschlechtskrankheiten ein so übersichtliche, streng wissenschaftliche und dabei doch im besten Sinne populäre Dar stellung dieser verheerenden Seuche gegeben, daß es nur zu bedauern wäre, wenn sein Vorträge, die als Anhang zum Bericht der Gremialkrankenkasse erschienen sind, nich durch Sonderabdruck den weitesten Kreisen, namentlich der arbeitenden Bevölkerung zugängig gemacht werden würden. Spitzer zeigt in seinen Vorträgen, wie alle ge schlechtlichen Erkrankungen, einschließlich der Syphilis, heilbar sind, ja, daß ma die Behauptung aufstellen kann, daß „die Syphilis eine der best heilbaren Krank heiten" ist. Freilich nur, wenn sie rechtzeitig, sachverständig und andauernd be handelt wird. Das aber wird zumeist und namentlich in den ärmeren Volkskreise vernachlässigt und deshalb sind Spitzers Vorträge, die den Krankheitsprozeß ein gehend schildern, von großer Bedeutung, da sie sicherlich dazu beitragen können, da diese sträfliche Nachlässigkeit schwindet, die Erkrankten sich in ärztliche Behandlun begeben und nicht zu Kurpfuschern laufen. Sehr interessant sind auch Spitzers Dar legungen, wie die scheinbaren Heilerfolge der Kurpfuscher zustande kommen und i Wesen der Krankheit begründet sind, die zeitweise verschwindet, um nach Jahren in ver stärkter Form wieder zu erscheinen. Wie gesagt, es wäre schade, wenn Spitzers Vortra nur dem verhältnismäßig kleinen Kreise zugute kommen sollte, der die im Buchhande nicht käuflichen Berichte der Gremialkrankenkasse erhält. Kennzeichnend für den Geis der im Wiener antisemitischen Magistrat herrscht, ist es übrigens, daß er als Auf sichtsbehörde der Krankenkasse ihr im vorigen Jahre verbot, „Vorträge im Rahme einer Generalversammlung der Kasse zu gestatten", denn der beabsichtigte Zweck de Vorträge, belehrend zu wirken, „könne im Hinblick auf die beschränkte Zahl de Teilnehmer nur zum Teil erreicht werden"! Die Statthalterei, an die sich die Kass beschwerdeführend wandte, hob diese „weise" Verfügung des Magistrats auf. Si erhält dadurch einen besonderen Beigeschmack, daß der Kassenvorstand bis vor einige Jahren ganz in den Händen der Antisemiten war, jetzt aber unsere Genossen di Kasse verwalten, durch medizinische Vorträge für Aufklärung der Mitglieder sorge und von den vierzehn früheren antisemitischen Vorstandsmitgliedern Herauszahlun der Remunerationen im Betrag von 10000 Kronen verlangen, die sich jene Herre selber bewilligt hatten! E. W

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 14 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Gedenke zu kämpfen!

⚹ Berlin, 28. Dezember 1904.

Ein Dutzend Tage, kurz vor dem Weihnachtsfest, wurde vor den hiesigen ›eschworenen ein Kriminalprozeß verhandelt gegen einen Zuhälter, der eines :ustmordes an einem unmündigen Kinde angeklagt war. Die Anklage stützte ch auf einen sehr schwachen und zerbrechlichen Indizienbeweis, und soweit sich ach den immerhin ausführlichen Berichten der Zeitungen darüber urteilen läßt, elen die Tatsachen, die für die Unschuld des Angeklagten an der Untat rachen, ungleich schwerer ins Gewicht als alles, was von der Polizei und er Staatsanwaltschaft zu seiner Überführung in monatelanger Untersuchung ısammengebracht worden war. Die Geschworenen halfen sich mit dem bedenk-chen Mittel, zu dem sie in solchen Fällen zu greifen pflegen: sie verurteilten en Angeklagten nicht wegen Mordes, sondern wegen Sittlichkeitsverbrechens nd Totschlags, so daß er nicht dem Henkerbeil verfiel, sondern mit einer infzehnjährigen Zuchthausstrafe davonkam.

Die gerichtlichen Verhandlungen selbst zeichneten sich in keiner Weise durch ›annende Zwischenfälle aus, so daß die lüsterne Neugier des Bourgeois-ublikums, das sich um Eintrittsscheine zu diesem kriminellen Drama nach iner üblichen Gewohnheit schlug, kaum auf ihre Kosten gekommen ist. Es ar auch kein neues Bild, das in dem weitläufigen Zeugenverhör entrollt urde, dies Bild der vorstädtischen Mietskaserne, wo das im kapitalistischen oche ächzende Proletariat, das die Reichtümer der modernen Gesellschaft hafft, in kaum noch unterscheidbarer Grenze übergeht in das müßiggängerische umpenproletariat, das an den Reichtümern dieser Gesellschaft zehrt. War doch ıs gemordete Kind von seinem ersten Laufen und Sprechen an heimisch ewesen unter den Dirnen und Zuhältern, die mit seinen ehrbaren Eltern Band an Wand hausten; hatten doch diese Eltern, bei aller zärtlichen Liebe, e sie offenbar für ihren Liebling hegten, kein Arg darin gefunden, ihn für

solche „Tanten" und „Onkel" Boten- und allerlei andere kleine Dienste tun
lassen.

Neu war dies Bild nicht, und neu sind auch nicht die kritischen Komme
tare, mit denen sich die bürgerlichen Blätter über diese entsetzliche Kehrse
ihrer vielgepriesenen Zivilisation hinwegzuhelfen suchen. Die einen predig
mehr Religion und die anderen mehr Wohltätigkeit, die einen fordern d
Kasernierung der Prostitution und die anderen eine Wohnungsreform. All
das wird in gewohnter Weise abgehaspelt, und nach ein paar Tagen ist d
ganze Geschichte vergessen. An den Zuständen selbst wird nicht das gering
gebessert, aus dem einfachen Grunde nicht, weil an ihnen nichts gebessert werd
kann, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht. Das ist eine Binse
wahrheit für jeden Sozialisten nicht nur, sondern auch für jeden Kapitaliste
der in seiner Welt einigermaßen zu Hause ist. Man überläßt es den beruf
mäßigen Schönfärbern, die sich die bürgerliche Welt in ihren Zeitungen he
gestellt hat, an den Dingen vorbeizureden, als könnten sie dadurch auch n
um Haaresbreite verrückt werden, und denkt sich sein Teil dabei in dem vi
leicht nicht ganz angenehmen, aber doch stoischen Bewußtsein, daß ohne d
Akkumulation dieses intellektuellen, moralischen und physischen Elends an de
einen Pole die Akkumulation unermeßlicher Reichtümer im Privatbesitz a
anderen Pole nicht möglich sein würde.

Jedoch auch Binsenwahrheiten können verkannt oder doch nicht so beacht
werden, wie sie beachtet zu werden verdienen. Niemand wünscht die Z
zurück, wo soziale Nachtgemälde, wie sie sich in dem Prozeß gegen den Zuhält
Berger aufrollten, einen gefühlvollen, aber unklaren Sozialismus entzündete
wo die Romane Eugene Sues, die von solchen Nachtgemälden wimmel
wirksame Hebel der sozialistischen Agitation waren. Aber sie enthalten denno
eine propagandistische Stoß- und Werbekraft, die allzu leicht übersehen wir
seitdem der Sozialismus in geschlossenen Massenheeren mit kühl überlegt
Strategie und Taktik zu kämpfen und manches Terrain der kapitalistisch
Produktionsweise abzutrotzen gelernt hat. Dadurch wird leicht der Glau
genährt, der zu den Grundsätzen der Kriegführung in den Jahrhunderten d
Söldnerheere gehörte, daß nämlich unzählige kleine Erfolge, einer zum ander
gehäuft, endlich einen entscheidenden Erfolg ausmachen. Aber wie die moder
Kriegführung diesen Grundsatz längst zum alten Eisen geworfen hat, so ist
eine eitle Täuschung zu glauben, die kapitalistische Gesellschaft könne so Schri
bei Schritt zur Seite geschoben werden, bis sie endlich hinter den Kulissen d
weltgeschichtlichen Theaters verschwinde. Diese Täuschung offenbart sich a
das, was sie ist, wenn solche Kriminalprozesse, wie wir deren eben einen erle
haben, die furchtbare Wahrheit aufzeigen, daß die kapitalistische Gesellschaft a
jeden Quadratfuß Reform, der ihr mühsam abgerungen worden ist, imm
gleich eine Quadratmeile neuen Elends schafft.

Sie kann einzelnen Schichten der arbeitenden Klassen ein leidlicheres L
gewähren, als diese Schichten bisher gehabt haben, ja sie kann ihnen auch wo
ein an sich leidliches Los gewähren. Sie tut auch das nicht freiwillig, sonder
immer erst unter dem Drucke des kämpfenden Proletariats. Allein durch ei

zelne, größere oder geringere „Sozialreformen“, die ihr entrissen werden, wird ihr inneres Wesen durchaus nicht berührt; es bleibt bei den Gesetzen, nach denen sie sich auswirken muß, bei den Gesetzen, die, wie Marx einmal sagt, die arbeitenden Klassen fester an das Kapital schmieden, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Gelingt es einzelnen Schichten der Arbeiterklasse, die Wucht zu lockern, womit die kapitalistische Produktionsweise auf sie drückt, so fällt diese Wucht desto unbarmherziger auf ihre Masse zurück. So erklärt sich, daß, während die deutsche Arbeiterklasse auf einem Vorwärtsmarsch von vierzig Jahren manche stattliche Teilerfolge errungen hat, sich doch, wenn einmal ein grelles Licht auf ihre untersten Schichten fällt, ein Bild des Elends und der Verwahrlosung bietet, wie es sich vor vierzig Jahren die ärgsten Schwarzseher nicht hätten träumen lassen.

Dies ist die einzig bedeutsame Lehre jenes Mordprozesses, über den sich die bürgerlichen Blätter in wohlfeilen Betrachtungen ergehen. Und diese Lehre kann gar nicht genug beherzigt werden. In bürgerlichen Geschichtswerken findet sich häufig die Bemerkung, daß die größte Gefahr des gänzlichen Zusammensturzes für ein durch und durch verfaultes Staatswesen in dem Augenblick eintritt, wo es sich zu reformieren beginnt. In gewissermaßen umgekehrtem Sinne kann man sagen, daß der kritische Punkt des proletarischen Klassenkampfes dann eintritt, wenn er festen Boden gewonnen hat und die ersten Lorbeeren des Sieges pflückt. Nichts ist ja auch psychologisch erklärlicher als das erste, tiefe Aufatmen nach endlosen Anstrengungen, als das Gefühl der Sicherheit in dem Augenblick, wo wirklich eine sichere Position gewonnen worden ist. Allein in dem proletarischen Klassenkampf gibt es kein Halt, bis die kapitalistische Produktionsweise mit der Wurzel ausgerottet worden ist, zumal da sie, solange sie ungestört in die Halme schießen darf, auf die Dauer auch wieder die Teilerfolge vernichtet, die ihr mühsam genug abgerungen worden sind. Der proletarische Klassenkampf darf und kann nicht nach der Strategie und Taktik der ehemaligen Söldnerheere geführt werden, sondern nur nach der Strategie und Taktik der modernen Massenheere, bei denen jeder Teilerfolg nur dazu dient, den Angriff zu verstärken, bis der Feind den entscheidenden Schlag aufs Haupt erhalten hat.

Wissenschaftlich ist das alles längst klargestellt, und es kommt nicht viel darauf an, wenn die bürgerlichen „Praktiker“, deren ganze Weisheit sich darin erschöpft, aus unzulänglichen Voraussetzungen übereilte Schlüsse zu ziehen, von „überlebten Dogmen“ sprechen. Wer wäre glücklicher als wir, wenn sich das „Dogma“ des Kapitalismus wirklich „überlebt“ hätte, aber da gerade die Prediger der „überlebten Dogmen“ seine inbrünstigsten Pfleger sind, so muß man sich mit seinen sehr lebendigen Konsequenzen abfinden. Jedoch die wissenschaftliche Einsicht, so klar und unanfechtbar sie ist, hält nicht immer den tausend wechselnden Eindrücken des Tages oder der Stunde siegreich stand, und wie leicht schmeichelt sich der Gedanke in die Seelen ermüdeter Kämpfer ein: Es geht vielleicht auch so, ohne das äußerste Maß der Anstrengung. In jeder Schlacht kehrt die Erscheinung wieder, daß der siegende Teil, von einer ungeheuren Spannung erlöst, gern auf die verhältnismäßig leichte Mühe der Ver-

folgung verzichtet, so sicher er in einem Augenblick ruhiger Überlegung weiß, daß er sich dadurch neue Kämpfe erspart, die ihn vielleicht doch aufreiben.

Indessen sähe er das Elend einer Niederlage leibhaftig vor Augen, so würde er nicht einen Augenblick zögern, von neuem zum Schwerte zu greifen. So aber müssen soziale Nachtgemälde, wie sie der Prozeß gegen den Zuhälter Berger enthüllt hat, auf den proletarischen Klassenkampf wirken. Wir kennen wohl das demagogische Lied der kapitalistischen Sykophanten: Was haben ehrenwerte Arbeiter mit solchem Lumpengesindel zu tun; es ist eine Beleidigung, sie damit auch nur zu vergleichen. Aber gerade dieser Prozeß hat ja handgreiflich gezeigt, wie unbarmherzig der Kapitalismus die wehrlosen Schichten der Arbeiterklasse an das Lumpenproletariat herandrängt, wie schmal hier die Grenzscheide ist, die schon eine leichte Krise zertrümmern kann. Die Produktion des Lumpenproletariats ist eingeschlossen in die Produktion des Mehrwertes, seine Notwendigkeit in ihrer Notwendigkeit, mit ihr bildet sie eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des bürgerlichen Reichtums.

Erst wenn die letzte Wurzel der kapitalistischen Produktionsweise ausgerottet sein wird, werden solche Pandämonien, wie sie in dem jüngsten Mordprozeß enthüllt worden sind, endlich aufhören, das Antlitz der Erde zu schänden. Bis dahin werden sie dauern, fester und sicherer, als wären sie im Urgestein gegründet, furchtbare Zeugnisse dafür, wie die Akkumulation von bürgerlichem Reichtum am anderen Ende der sozialen Stufenleiter Elend, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation akkumuliert. Und deshalb rufen sie, wo einmal der Schleier von ihnen fällt, unter dem sie die kapitalistische Gesellschaft zu verbergen sucht, eindringlicher als die bündigste Beweisführung es vermöchte, jedem Todfeind dieser Gesellschaft zu: Gedenke zu kämpfen!

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

7. Die bürgerlichen Republikaner an der Arbeit. (Fortsetzung.)

d. Der Normalarbeitstag.

Neben dem Koalitionsrecht wird uns der Arbeiterschutz der dritten Republik besonders gerühmt. Sie braucht in Wirklichkeit auf diesen ebensowenig stolz zu sein wie auf jenes.

Allerdings, als die Proletarier die zweite Republik erobert hatten, mußte sie ihnen auch das Zugeständnis einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit machen. Ein Dekret der provisorischen Regierung vom 2. März 1848 erklärte, der Arbeitstag sei um eine Stunde verkürzt; er habe hinfort in Paris 10 Stunden statt 11, wie er bis dahin allgemein galt, in der Provinz 11 statt 12 Stunden auszumachen. Aber kaum war die Junischlacht geschlagen und der Traum der „sozialen Republik“ ausgeträumt, so beeilte sich die bürgerliche Republik, die Konzession zurückzunehmen. Das Gesetz vom 9. September 1848 setzte für „Manufakturen und Fabriken“ einen Maximalarbeitstag von 12 Stunden fest. Ein Dekret vom 17. Mai 1851 gestattete dann noch eine Reihe von Aus-

nahmen für diesen famosen Normalarbeitstag — so zum Beispiel einen vierzehnstündigen Arbeitstag für chemische und Zuckerfabriken — Ausnahmen, die eine würdige Krönung dieses Gebäudes bürgerlich-republikanischer Sozialpolitik bildeten.

Aber auch dieser klägliche Normalarbeitstag blieb auf dem Papier, da keinerlei Inspektoren vorgesehen waren, die seine Durchführung zu überwachen hatten. Die dritte Republik setzte dann endlich Inspektoren ein, durch ein Gesetz, das gleichzeitig ein wenig Kinderschutz einführte. Das erste Kinderschutzgesetz Frankreichs datierte vom Jahre 1841, es hatte die Arbeit von Kindern unter acht Jahren verboten, den Arbeitstag der Kinder von acht bis zwölf Jahren auf 8 Stunden festgesetzt. Aber es war ebenso wie die Schutzgesetze der zweiten Republik ein bloßes Schaustück geblieben. 1868 beabsichtigte das Kaiserreich, das Gesetz von 1841 zu verbessern, aber der Entwurf blieb im Senat liegen und der Krieg unterbrach die Reform. So kam es erst 1874 zu einem Fortschritt im Kinderschutz, dem Verbot der Kinderarbeit bis zum zwölften Jahre, aber mit mannigfachen Ausnahmen, die schon vom zehnten Jahre an die Arbeit gestatteten. Für das Alter vom zehnten bis zwölften Jahre wurde die Arbeitszeit auf 6, vom zwölften bis sechzehnten Jahre auf 12 Stunden festgesetzt. Die letztere Schutzbestimmung war eine naive Unverschämtheit, da auf dem Papier noch das Gesetz vom 9. September 1848 bestand, das für alle Arbeiter in Fabriken den 12stündigen Arbeitstag anordnete. Man sieht daraus, wie wirkungslos diese Bestimmung geblieben war. Erst 1883 erinnerte man sich endlich des Gesetzes von 1848 wieder und übertrug seine Durchführung den 1874 zur Überwachung des Kinderschutzes geschaffenen Inspektoren, die nun dafür zu sorgen hatten, daß einmal alle Arbeiter und dann die jugendlichen von zwölf bis sechzehn Jahren nur 12 Stunden arbeiteten. Tatsächlich blieb fast alles beim alten; die Fabrikinspektion stieß allenthalben, bei Unternehmern und Behörden, auf unüberwindliche Widerstände.

Erst 1892 erhielt die Republik das erste nennenswerte Arbeiterschutzgesetz, teils unter dem Andrängen der rasch anwachsenden Sozialdemokratie, teils unter dem Einfluß der allgemeinen internationalen Zeitströmung, die damals den Arbeiterschutz in die Mode brachte. In Deutschland war der neue Kurs, im Gegensatz zum Bismarckschen, aufgetaucht; das Proletariat ist aber heute eine solche Macht geworden, daß kein neues Regierungssystem aufkommen kann, das nicht der Arbeiterklasse Konzessionen macht. Das verschaffte den erwachsenen Arbeitern Österreichs schon 1885 den elfstündigen Normalarbeitstag, brachte den deutschen 1891 die Gewerbegesetznovelle. In diese Zeit fiel auch das Aufkommen des neuen Unionismus in England, das ein Abschwenken der Arbeiter ins Lager der Sozialdemokratie erwarten ließ und die englischen Liberalen trieb, sogar mit der Idee des Achtstundentags zu kokettieren. Da durfte doch die Republik nicht allzuweit zurückbleiben, und so kam, trotz des hartnäckigen Widerstandes des Senats, das Gesetz vom 2. November 1892 zustande, das die Arbeit der Männer zwar nicht berührte, aber doch die der Kinder und Frauen regelte. Die Kinderarbeit vor dem zwölften Jahre wird nun unbedingt verboten, die vor dem dreizehnten Jahre nur für solche Kinder gestattet, die ein genügendes Schulzeugnis sowie die ärztliche Bestätigung ihrer körperlichen Tauglichkeit beibringen. Bis zum sechzehnten Jahre soll ihre Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen. Für Mädchen vom sechzehnten bis achtzehnten Jahre wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden mit

einem Maximum von 11 Stunden täglich, für Frauen über achtzehn Jahre eine tägliche Arbeitszeit von 11 Stunden festgesetzt.

Das deutsche Arbeiterschutzgesetz von 1891 ist ein sehr bescheidenes Ding es entsprach den Forderungen der Arbeiter so wenig, daß die Sozialdemokrate im Reichstag dagegen stimmten. Aber das französische Gesetz von 1892 bleib hinter dem deutschen noch zurück. Für die arbeitenden Frauen wurde in Frank reich der elfstündige Arbeitstag festgesetzt, in Deutschland ebenfalls der elf stündige, aber an Vorabenden von Sonn- und Festtagen der zehnstündige. In Deutschland wurde unter dreizehn, in Frankreich unter zwölf Jahren di Fabrikarbeit unbedingt verboten; hier wird sie für die Kinder vor dem vier zehnten Jahre überall ausgeschlossen, wo die Schulpflicht so lange dauert; i Frankreich nur vor dem dreizehnten Jahre und nur für jene Kinder, die kei Zeugnis über die Entlassung aus der Volksschule besitzen.

Aber nicht genug damit. Auch dieses Gesetz teilte das Schicksal seiner Vor gänger, es wurde nur aufs mangelhafteste durchgeführt.

Das bezeugt uns aufs unzweideutigste kein anderer als ein französische Handelsminister selbst, Herr Millerand. In dem Buche, das Herr Lavy zu seinem Lobe verfaßte, heißt es unter anderem:

„Der Bürger Millerand mußte sich bemühen (als er Minister geworden war) die strenge Durchführung unseres allgemeinen Gesetzes über die Arbeit der Kinder der Mädchen und Frauen zu erreichen, jenes grundlegende Gesetz vom 2. November 1892 das in verschiedenen Punkten bis dahin auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen war" (A. Lavy, „L'oeuvre de Millerand", 1902, S. 27).

Millerand gab den Präfekten einige Aufträge in dieser Richtung, das abe „brachte die Unternehmer in Aufregung, die ein Regime der größten Duldsam keit daran gewöhnt hatte, sich nach Belieben gehen zu lassen". Sie forderten auf das energischste weitere Duldung ihrer Gesetzesverletzungen.

„Der Bürger Millerand setzte dieser Pression eine unerschütterliche Festigkei entgegen und antwortete nur damit, daß er die kompetenten Behörden anwies, mi größerer Wachsamkeit als je die Beachtung der geltenden Gesetze zu sichern. ‚Ic glaubte', erklärte er vor der Kammer am 23. November 1899, ‚das Gesetz von 189 sei ein wirkliches Gesetz und daher wie ein solches durchzuführen.'"

Aber die „unerschütterliche Festigkeit" wurde bald durch den Widerstan der Kapitalisten etwas erschüttert, denn der Bericht fährt fort:

„Trotz alledem hätten weder die energischsten Einschärfungen noch die strengste Anordnungen die unmittelbare Abschaffung der eingewurzelten Mißbräuche ermög licht, die durch die frühere Duldung erklärt wurden; besonders bildete die Verlänge rung der Arbeitszeit der Kinder unter sechzehn Jahren auf 11 Stunden — ein flagrante Verletzung des Artikels 3 des Gesetzes von 1892 — das Ergebnis de modus vivendi, das die Behörden seit Jahren durch ihre ausdrückliche Zustim mung (acquiescement exprès) anerkannt hatten" (S. 35, 36).

Der große Feldzug zur Durchführung des Arbeiterschutzgesetzes endete mi der Anerkennung seiner Undurchführbarkeit:

„Ich erkenne an", erklärte Millerand in der Kammer am 23. November 1899 „in Übereinstimmung mit einer großen Zahl, um nicht zu sagen der Gesamtheit de Industriellen, daß ein Gesetz ein schlechtes Gesetz ist, welches innerhalb derselben Fabrik verschiedene Arten von Arbeitern schafft, von denen die einen 10 Stunde arbeiten, andere 11, andere 12, denn es ist unmöglich, seine Ausführung zu über wachen."

In Wirklichkeit bestehen dieselben Unterschiede der Maximalarbeitszeiten für die verschiedenen Kategorien in Deutschland — Kinder unter vierzehn Jahren 6 Stunden, von vierzehn bis sechzehn Jahren 10 Stunden, Arbeiterinnen über sechzehn Jahre 11 Stunden, Männer unbeschränkt. Trotzdem wird niemand in Deutschland behaupten, das Arbeiterschutzgesetz sei undurchführbar.

Aber es ist richtig, daß es leichter durchführbar wird, wenn alle Arbeiter zu gleicher Zeit anfangen und zu gleicher aufhören müssen. Das besagt aber keineswegs, daß für alle Arbeiter die gleiche Stundenzahl in der *Woche* gestattet sein muß. In England dürfen zum Beispiel in Nichttextilfabriken jugendliche Arbeiter und Frauen 60 Stunden in der Woche arbeiten, Kinder dagegen jeden *zweiten Tag* 10 Stunden oder jeden Tag 6½ Stunden.

Es gibt kein Arbeiterschutzgesetz der Welt, das für die Kinder ebensoviel Arbeitsstunden in der Woche festsetzt wie für Erwachsene. In Frankreich aber wurde das Unbegreifliche Ereignis unter dem sozialistischen Minister. Um das Arbeiterschutzgesetz von 1892 durchführbar zu machen, wußte er sich keinen anderen Rat, als die tägliche wie die wöchentliche Stundenzahl für *alle* Arbeiter gleich hoch anzusetzen — für die Kinder wie für die erwachsenen Männer. Die Lobredner des neuen Gesetzes haben stets nur die letztere Bestimmung hervorgehoben. Sie haben übersehen, daß es für die Kinder vorübergehend noch *hinter* die ohnehin schon unzureichenden Bestimmungen des Gesetzes von 1892 zurückging.

Rühmend erklärt Lavy:

„Der sozialistische Minister stellte die Kammer und den Senat vor die unausweichliche Alternative: entweder vom 1. Januar 1900 an das Gesetz von 1892 mit unerschütterlicher Strenge durchzuführen, um jeden Preis — oder ein neues Gesetz anzunehmen, dessen Durchführung weniger mühsam wäre und das, neben anderen wesentlichen Reformen, für die Kinder, für die Frauen, ja auch für die Männer den zehnstündigen Arbeitstag festsetzte. Das Parlament sah sich gezwungen, mochte es wollen oder nicht, die letztere Alternative zu wählen" (S. 39).

Es zog also das neue Gesetz der Durchführung des alten vor. Und es hatte alle Ursache dazu. Denn acht Jahre nachdem das Gesetz von 1892 den Arbeitstag der Kinder auf 10 Stunden reduziert hatte, setzte es ihn, wenigstens vorübergehend, auf 11 fest. Welch ein Fortschritt!

Aber denjenigen, die ihm das entgegenhielten, erwiderte Millerand in der Kammer:

„Ist es denn wahr, daß die Kinder nur zehn Stunden arbeiten? Das ist nicht richtig und das Gesetz, das Ihnen die Kommission vorschlägt, setzt nur fest, was tatsächlich der Fall ist, den elfstündigen Arbeitstag von Kindern und Frauen."

Mit anderen Worten: Bis 1900 entbehrte die Republik tatsächlich jedes Arbeiterschutzes. Das geht aus dem Millerandschen Gesetz deutlich hervor. Beweist es aber auch, daß von nun an ein wirklicher, nennenswerter Arbeiterschutz in Frankreich herrscht?

In den Betrieben, in denen Frauen und Kinder arbeiten, und *nur in diesen*, nicht in allen, wurde durch das Gesetz vom 30. März 1900 für *alle* Arbeiter, auch die erwachsenen Männer, die gleiche Arbeitszeit festgesetzt; zunächst auf 11 Stunden, die nach zwei Jahren auf 10½, nach weiteren zwei auf 10 Stunden herabgesetzt werden sollte.

Das ist der vielgerühmte Zehnstundentag, den die französischen Arbeiter Millerand verdanken sollen. Daß er nicht das große Lob verdient, welches ihm gespendet wurde, ist klar. Mit Unrecht sieht man in ihm einen Zehn-

stundentag für alle Männer. Und mit Unrecht übersieht man, daß die wich-tigste, am meisten zu schützende Kategorie, die Kinder, nach diesem Gese immer noch schlechter daran ist als zum Beispiel die arbeitenden Kinder i Deutschland, die gerade auch nicht übermäßig geschützt sind. Noch imme können in Frankreich Kinder vom zwölften Jahre an beschäftigt werden, un zwar 10 Stunden lang, während sie in Deutschland in allen Staaten, welch die Schulpflicht bis zum vierzehnten Jahre ausdehnen, bis zu diesem Alter vo aller Fabrikarbeit ausgeschlossen sind.

Selbst bürgerliche Sozialreformer sind keineswegs sehr begeistert von den neuen Gesetz. In einem Referat vor der französischen Sektion der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zitierte Herr Martin Saint-Leon ein Reihe von Ärzten, die die Bestimmungen des Millerandschen Gesetzes über di Kinderarbeit monströs, ja verbrecherisch nannten, und wies ferner nach daß „fast überall das Gesetz viel wirksamer als bei uns das Kind und di jungen Leute in den Fabriken schützt" („La Protection légale des travailleurs discussions de la section nationale française." Paris 1904, Felix Alcan, S. 99)

Aber nicht einmal dies Gesetz wird durchgeführt. Unternehmer und Richter wetteifern miteinander, es zu umgehen und seine Umgehung zu erleichtern.

Immer lauter werden die Klagen darüber in Arbeiterkreisen, zahlreich Artikel der Parteipresse geben davon Kunde. Eben erscheint im „Socialiste" (4. Dezember 1904) aus der Feder von A. Groussier eine gute Zusammen-stellung der Gerichtsurteile, die das Gesetz durchlöchern, dank der Liederlichkei seiner Redaktion, auf die der Advokat Uhry schon im „Mouvement Socialiste" vom März 1902 hinwies.

Wir haben erwähnt, daß durch das Gesetz Millerand-Colliard die Männer nur in jenen Betrieben geschützt werden, in denen sie mit Frauen und Kindern zusammenarbeiten. Nun hat der Kassationshof durch die Urteile vom 30. No-vember 1901 und 20. Februar 1902 entschieden, daß jede Räumlichkeit, in der Männer allein, ohne Frauen oder Kinder, arbeiten, nicht unter das Gesetz fällt Es genügt, bei gemischten Betrieben, die Männer durch eine Scheidewand von den anderen Arbeitern zu trennen, um sie dem Bereich des Gesetzes zu entziehen

Ein Urteil vom 2. Januar 1902 setzte dann fest, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Ruhepausen der Kinder nur dort Geltung hätten, wo der Arbeitstag das gesetzlich gestattete Maximum voll erreiche. Sobald er etwas dahinter zurückbleibe, hätten diese Bestimmungen ihre Gültigkeit verloren.

Wie aber kontrollieren, welches die in der Fabrik wirklich innegehalten Arbeitszeit ist? Es gibt nur einen Weg, der eine wirksame Kontrolle er-möglicht: der Fabrikant muß Anfang und Ende der Arbeitszeit von vornherein anzeigen, und werden Arbeiter vor oder nach der angegebenen Zeit bei der Arbeit angetroffen, so gilt dies als Beweis der Überschreitung der Arbeits-zeit. Anders bestimmt der Kassationshof durch eine Reihe von Urteilen vom vorigen Jahre. Zu welchem Zeitpunkt Arbeiter in der Fabrik getroffen werden ist ihm gleichgültig. Er verlangt den Nachweis, daß sie auch wirklich länger als zehn Stunden arbeiten. Groussier wird wohl recht haben, wenn er an-nimmt, bei der Stimmung der Richter werde dieser Beweis nur dann als er-bracht gelten, wenn der Inspektor zehn Stunden lang neben dem Arbeiter ge-standen und ihm bei seiner Arbeit zugesehen hat.

Diesen im „Socialiste" angeführten Urteilen reiht sich würdig ein im „Mouvement Socialiste" vom 15. November 1903 angeführtes an, das der

fabrikinspektoren das Recht nimmt, eine Fabrik bei Nacht zu betreten, wenn e nur Tagesarbeit eingerichtet hat, „da diese Etablissements bei Nacht unter en Schutz des Hausrechtes gestellt sind". Damit ist es ihnen auch so gut ie unmöglich gemacht, sich zu überzeugen, ob widerrechtlich bei Nacht gerbeitet wird.

Sollte es den Inspektoren aber trotz alledem gelingen, einmal eine Gesetzesbertretung in einer Weise zu konstatieren, daß das Gericht den Unternehmer erurteilen muß, dann wird er zu einer lächerlichen Strafe verurteilt, wie die lagen in den Inspektorenberichten beweisen.

Wenn wir immerhin annehmen dürfen, daß das Gesetz nicht so vollständig ter Buchstabe bleibt wie das von 1892, so rechnen wir dabei auf die Geerkschaften, die heute in Frankreich ebenso wie in Deutschland weit stärker nd als vor zwölf Jahren, und die ihr möglichstes tun, seine Durchführung fördern und das verbrecherische Einvernehmen von Unternehmern, Richtern d Polizei zur Lahmlegung der ohnehin so dürftigen gesetzlichen Bestimmungen durchkreuzen. Zahlreich sind die Streiks, die zur Durchsetzung des Gesetzes sgefochten wurden — aber auch da begegnen die Arbeiter der Regierung. Wenn die Arbeiter nichts verlangen als die Anwendung des Gesetzes", rief tapie auf dem letzten Gewerkschaftskongreß zu Bourges, „dann schickt die Reerung Soldaten gegen sie, um die Verletzer des Gesetzes zu schützen."

Das amerikanische Arbeitsamt hat im Juli 1904 eine vergleichende Überht der Arbeitszeiten von dreizehn verschiedenen Gewerben für Belgien, Frankich, Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten für den Zeitum von 1890 bis 1903 veröffentlicht, gewonnen aus den Lohnlisten typischer etriebe. Sie zeigt für Frankreich (Belgien ausgenommen) die längste Arbeitsit und die geringsten Verkürzungen in diesem Zeitraum. Einige Proben s der Übersicht mögen das zeigen. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug o Woche Stunden:

	Frankreich	Deutschland	England	Ver. Staaten
	Grobschmiede			
1890	60,34	62,00	54,00	59,41
1900	60,34	60,00	53,67	58,87
1903	60,19	59,90	53,67	56,65
	Maurer (bricklayers)			
1890	63,00	59,75	52,67	53,22
1900	63,00	56,50	51,83	49,32
1903	63,00	56,50	51,83	47,83
	Zimmerleute			
1890	60,00	59,41	52,67	55,94
1900	60,00	55,47	50,17	51,86
1903	60,00	55,30	50,17	49,41
	Taglöhner (bloß Paris)			
1890	60,00	59,98	54,17	59,02
1900	60,00	56,70	52,50	58,27
1903	60,00	56,36	52,50	56,13
	Steinmetze (Stone masons)			
1890	66,00	59,75	51,00	54,54
1900	66,00	56,50	50,17	51,89
1903	66,00	56,50	50,17	49,54

Die anderen angegebenen Gewerbe zeigen dieselbe Erscheinung. Sie illustrie
die Rückständigkeit Frankreichs in Beziehung auf die Arbeitszeit und zeigen
Kläglichkeit dessen, was die dritte Republik bisher für das arbeitende Proleta
geleistet hat.

e. **Parlamentarische Korruption und wirtschaftliche Stagnation.**

Wir haben gesehen, daß auf allen Gebieten, wo die Interessen der
dustriellen Bourgeoisie und die des Proletariats sich feindlich begegnen,
dritte Republik für dieses nicht mehr getan hat als die erste beste Monarc
daß sie im Gegenteil noch mehr als die letztere die dem Proletariat feindlic
Tendenzen hervortreten ließ.

Um so mehr muß man sich wundern, daß die Industrie, also das industri
Kapital, in der Republik keineswegs den Aufschwung fortsetzte, den sie un
dem Kaiserreich genommen. Die Ursachen davon sind mannigfaltige, zum T
aber liegen sie in der Wirtschaftspolitik der Republik. Die industriellen Ka
talisten selbst sind nicht immer die besten Berater für ihre Interessen. In
Gier nach Profit sind sie nur zu geneigt, für Augenblicksvorteile die Gru
lagen dauernder Prosperität zu untergraben, das Huhn zu schlachten, das
goldenen Eier legt. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten liefern bekannt
meist das teuerste Produkt. Neben dem Kampfe gegen Gewerkschaften u
Arbeiterschutzgesetze führte das industrielle Kapital Frankreichs aber noch
Kampf für hohe Schutzzölle, also ebenfalls für Verteuerung der Produktio
bedingungen. Der Übergang zum Freihandel war die klügste wirtschaftspoliti
Tat des Kaiserreichs gewesen. Mit seinem Falle begann das Regime
Schutzzolls.

Zu der Kurzsichtigkeit der industriellen Kapitalisten kam aber noch der U
stand hinzu, daß sie nicht für sich allein den Staat regierten, sondern i
Herrschaft teilen mußten mit Bureaukratie und Militarismus, sowie ein
starken Grundbesitz, namentlich aber mit der hohen Finanz, die seit mehr
hundert Jahren jene Macht bildet, welche trotz aller Veränderungen der Staa
formen und Dynastien stets der oberste Herrscher Frankreichs bleibt. Im Bu
mit der hohen Finanz, als Mittel, ihr die demokratischen Kräfte des Lan
dienstbar zu machen, um gemeinsam mit ihr den Staat zu plündern, stel
die Geschäftspolitiker, ein zwar kleiner, aber um so mächtigerer Teil
Bourgeoisie, der in jedem parlamentarischen Staate eine Rolle spielt, und zw
um so mehr, je stärker einerseits das Parlament und je reicher das Geb
über dessen Ausbeutung es verfügt, und je schwächer andererseits die Vol
masse gegenüber den Parlamentariern, das heißt je weniger demokratisch orga
siert und diszipliniert die Parteien, je mehr die Parlamentarier nur mit ei
unorganisierten Masse von Wählern zu tun haben, mit denen sie noch st
leicht fertig geworden sind.

Diese Geschäftspolitiker werden in einer Republik Repräsentanten einer v
selbständigten Staatsmacht, wie sie der Landesfürst in der Monarchie ist; gl
dem Zäsar des Zäsarismus, so werden auch sie nur zu leicht reine Beutepoliti
mit noch niedrigeren und kleinlicheren Gesichtspunkten als ein zäsaristischer Kai

Engels hat das sehr gut dargestellt in seiner Vorrede zum „Bürgerkrieg
Frankreich“:

„Worin bestand die charakteristische Eigenschaft des bisherigen Staates?
Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich du

ıfache Arbeitsteilung, sich eigene Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren
pitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit im Dienste ihrer eigenen Sonder-
teressen aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt. Wie
es zum Beispiel nicht bloß in der erblichen Monarchie, sondern ebensogut in der
mokratischen Republik zu sehen ist. Nirgends bilden die „Politiker" eine ab-
sondertere und mächtigere Abteilung der Nation als gerade in Nordamerika. Hier
rd jede der beiden großen Parteien, denen die Herrschaft abwechselnd zufällt,
bst wieder regiert von Leuten, die aus der Politik ein Geschäft machen, die auf
tze in den gesetzgebenden Versammlungen des Bundes wie der Einzelstaaten speku-
ren oder die von der Agitation für ihre Partei leben und nach deren Sieg durch
ellen belohnt werden. Es ist bekannt, wie die Amerikaner seit dreißig Jahren
rsuchen, dies unerträglich gewordene Joch abzuschütteln, und wie sie trotz alledem
mer tiefer in diesen Sumpf der Korruption hineinsinken. Gerade in Amerika
nnen wir am besten sehen, wie diese Verselbständigung der Staatsmacht gegen-
er der Gesellschaft, zu deren bloßem Werkzeug sie ursprünglich bestimmt war, vor
geht. Hier existiert keine Dynastie, kein Adel, kein stehendes Heer, außer den
ar Mann zur Bewachung der Indianer, keine Bureaukratie mit fester Anstellung
er Pensionsberechtigung. Und dennoch haben wir hier zwei große Banden von
litischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit
korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten — und die
tion ist ohnmächtig gegen diese, angeblich in ihrem Dienste stehenden, in Wirklich-
t aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Poli-
ern" (S. 12, 13).

Die Monarchisten und Absolutisten haben jedoch keine Ursache, über diese
ublikanische und parlamentarische Korruption die Nase zu rümpfen, denn
s wissen sie ihr entgegenzusetzen? Nichts als die Alleinherrschaft der Bureau-
tie, deren Korruption nicht geringer ist als die parlamentarische und sich von
nur dadurch unterscheidet, daß sie nicht einem Kampfe zweier Banden um die
ute entspringt, sondern dem gesicherten Monopol einer einzigen Bande. Die
ensreichen Folgen dieses Systems treten eben jetzt in Rußland deutlich genug
vor. Russisch-bureaukratische oder amerikanisch-republikanische Korruption,
s sind die Extreme, zwischen denen sich das Leben und Weben aller großer
italistischen Staaten bewegt und bewegen muß. Nur der Sozialismus kann
ein Ende machen durch eine Organisation, wie sie die Pariser Kommune
ann, durch weiteste Ausdehnung der Selbstverwaltung, durch Volkswahl
r Beamten, durch Unterwerfung aller Delegierten zu Vertretungskörpern
er die Kontrolle und Disziplin des organisierten Volkes. Heute schon ist
beste Mittel, der parlamentarischen Korruption entgegenzuwirken, die Bil-
g einer großen, stramm disziplinierten proletarischen Partei; dagegen wird
parlamentarische Korruption nicht dadurch bekämpft, daß sozialistische Ab-
rdnete einem der „Kartelle von Politikern" beitreten, die die Nation „be-
schen und plündern", wie Engels sich ausdrückt. Das kann nur bewirken,
die Sozialisten an Kraft verlieren, die bürgerliche Korruption zu bekämpfen,
für diese mitverantwortlich gemacht werden. Und die heutige französische
ublik erfreut sich, dank ihrer Staatsverfassung, des Vorzugs, die parlamen-
sche Korruption zu vereinigen mit bureaukratischer.

Wie die Anteilnahme an einem bürgerlichen „Block" die Sozialisten zur
erierung bürgerlich-parlamentarischer Korruption zwingt, dafür nur ein
spiel.

Auf dem Kongreß zu Tours 1902 (Jaurèsisten) wurde folgende Resolution
gebracht:

„Da es seit einiger Zeit allgemein bekannt ist, daß manche Mitglieder der sozi listischen Partei Dekorationen verschiedener Art nachgesucht haben;

„daß derartige Ansuchen unvereinbar sind mit allen Prinzipien der Partei u ihre Unabhängigkeit und Würde kompromittieren müssen, wird es

„1. jedem Mitglied der Partei verboten, irgendwelche Dekoration zu verlang zu akzeptieren oder zu tragen,

„2. den Erwählten der Partei verboten, irgend ein Verlangen dieser Art unterstützen oder zu fördern.“

Als erster erhielt das Wort einer der Unterzeichner des Antrags, der Bürg Parsons. Er verlangte, den letzten Passus der von ihm unterzeichneten Re lution zu streichen:

„Dieser Teil des Antrags enthält eine Verwechslung, denn es ist klar, daß Bürger Mallot (der Antragsteller) bei der Redigierung des Antrags nur an For rungen dachte, die von Parteigenossen für sich erhoben würden. Aber man kön den Antrag so auffassen, als sollte ein sozialistischer Deputierter nicht das Re haben, Bewerbungen um eine Auszeichnung zu unterstützen, die aus dem Kre seiner Wähler kämen. Nun, dann würden wir unsere Abgeordneten gegenü den anderen benachteiligen, und wir würden ihnen die Mittel verweigern, die unt dem kapitalistischen und parlamentarischen Regime notwendig sin um zu den öffentlichen Gewalten zu gelangen.“

Und später sagte derselbe Delegierte im Laufe der Debatte:

„Sie werden niemals verhindern, daß aus dem Kreise der Wähler eines Soz listen, die das sozialistische Ideal noch nicht kennen, Forderungen an ihn gest werden, die er selbst mißbilligt, deren Unterstützung er aber übernimmt aus ei gewissen Mißachtung des Fordernden und weil er der Ansicht ist, es schade nich einen Bourgeois zu korrumpieren.

„Es ist sicher notwendig, die Partei frei von jeder Korruption zu erhalten, a da wir einmal eine parlamentarische Partei sind und uns das Ziel gesetzt hab in die öffentlichen Gewalten einzudringen, dürfen wir nicht von unseren Abgeordne Dinge verlangen, die im Widerspruch stehen zu den Anforderungen, welche die p lamentarische Taktik ihnen auferlegt.“

So wörtlich nach dem offiziellen Protokoll.

Nach ihm sprach Kosziusko für die Resolution:

„Es ist schon schlimm genug, daß wir konstatieren müssen, unsere Abgeordne und Stadträte seien gewissermaßen zu Stellenvermittlern geworden, so daß n nicht noch notwendig haben, sie zur Vermittlung von Dekorationen zu benutzen.“

Es kommt nun ein Abgeordneter zum Worte, Krauß:

„Ich bin selbst Unterzeichner des Antrags und ich gestehe, Sie würden m einen sehr großen Dienst erweisen, wenn Sie mich von der heute fast absolut Verpflichtung befreiten, das zu tun, was die Kollegen uns vorwerfen. Aber einem Punkte hat Parsons recht: diejenigen, die am meisten von uns verlangen, n sie uns vorwerfen, sind unsere eigenen sozialistischen Genossen. Ich will offen red Ehe ich herkam, vor einigen Tagen, kam in den Wandelgängen ein Mitglied unse Organisation zu mir und sagte: ‚Es ist für einen Freund, also ohne Belang; unt schreibe mir eine Empfehlung für die Verleihung von Palmen (einer akademisch Auszeichnung).‘ Gestern war sie im ‚Journal officiel‘ zu lesen. Also überlegen S diese Frage. Ich verlange nur eins, daß Sie meine Türe von allen den Bewerb um rote, blaue oder sonstige Dekorationen befreien, die uns erdrücken. . . . W oft schon habe ich derartige Forderungen unterzeichnet, weil ich nic wage, es einem Genossen zu verweigern, und man unterschreibt auch für ein

nflußreichen Wähler, der nichts mit dem Sozialismus zu tun hat; man ver-
jafft ihm die Palmen oder eine sonstige Auszeichnung. . . . In den Protokollen
serer Kongresse stehen Resolutionen, ausgehend von höchst puritanischen Genossen,
d dieselben, die uns gebrandmarkt haben, haben hinterdrein unsere Protektion ver-
ngt und gesagt: ‚Das macht nichts, das ist nur für einen Bourgeois‘, oder: ‚Geh
ch zu Millerand oder Baudin und tu dein möglichstes, daß der Genosse befördert
rd.‘“

Nach Krauß führte Camus aus, er verurteile den Ordensschacher, aber die
geordneten seien nach dem Organisationsstatut nur ihrem Wahlkreis ver-
twortlich und man habe daher nicht das Recht, ihnen Vorschriften zu machen.
Endlich meldete sich der Vorsitzende, der Abgeordnete Gerault-Richard, zum
ort und führte in die Diskussion, die bisher hauptsächlich der Ämterjagd für
Genossen und dem Ordensschacher zur Korrumpierung einflußreicher
urgeoiswähler gegolten hatte, ein eigenartiges proletarisches Moment ein:

„Es gibt verschiedene Kategorien von Auszeichnungen: da haben wir zum Bei-
el die Medaillen für die alten Arbeiter. . . .[1] Es ist vielleicht grausam, wenn
, die Sie ein derartiges kindisches Vergnügen nicht brauchen, es denen entziehen
llen, die kein anderes haben. Sie können nicht erwarten, die Menschheit von
ute auf morgen umzuändern; auch wenn wir einen derartigen Beschluß fassen
rden, gelänge es uns nicht, bei den Menschen das Bedürfnis, sich vor den anderen
zuzeichnen, auszurotten.

„Wenn Sie einen alten armen Teufel der unschuldigen Freude berauben, die
das Tragen eines kleinen roten Bändchens bereitet, werden Sie damit einen
ßen Puritanismus beweisen, aber auf Kosten braver Leute, deren Vergnügen
nand schadet und Sie nichts kostet. Wenn von den Dekorationen die Rede ist,
ß man an das treffende Wort der Madame de Girardin denken: Es kostet so
ig und macht so großes Vergnügen.“

Auf dieses famose Plaidoyer zugunsten des Ordensschachers wurde freilich
izewendet, daß die „alten Arbeiter“, die man dekorierte, oft Streber und
eikbrecher seien. Als Millerand in Bordeaux war, habe er einen Arbeiter
oriert, der bei der letzten Gewerbegerichtswahl (Conseil des prud'hommes) der
didat der **Unternehmer** gewesen war.

Charakteristisch wie diese Debatte war ihr Ausgang. Man konnte den An-
g nicht gut zurückweisen und wollte ihn nicht annehmen, da der Ordens-
Stellenschacher einmal eine Notwendigkeit der parlamentarischen Taktik für
Partei ist, die an der bürgerlichen Regierungsgewalt teilnehmen will, wie
sons so schön bemerkte. Man half sich aus der Verlegenheit durch billigen
dikalismus. Die Resolution wurde einer Kommission überwiesen und durch
andere ersetzt, welche die Abgeordneten aufforderte, ein Gesetz einzubringen,
alle Arten von Dekorationen aufhebt. Von diesem Gesetz ist aber bisher
e Rede gewesen. Hoffentlich gelingt es der sich eben vorbereitenden Einigung,
Partei auf eine Basis zu stellen, die den sozialistischen Abgeordneten alle
Mittel unzugänglich macht, welche für alle jene unentbehrlich sind, die
ter dem kapitalistischen Regime“ und mit seiner Hilfe „zu den öffentlichen
alten gelangen wollen“.

[1] Arbeiter, die mehr als dreißig Jahre ununterbrochen in demselben Unternehmen be-
igt waren, können durch eine Medaille „ausgezeichnet“ werden, die der Handelsminister
iht. Es ist ein höchst billiges Mittel, die Arbeiter zu „befriedigen“. Im Budget für
9 sind 39000 Franken dafür ausgesetzt gegen 16 Millionen für die Ehrenlegion, den
n der Besitzenden.

Diese „documents humains“ genügen wohl, zu zeigen, daß der Eintritt d
Sozialisten in den Block der Regierungsparteien an den alten „parlamen
rischen Notwendigkeiten“ nichts geändert, sondern vielmehr die Sozialisten ihn
unterworfen hat.

In der Republik finden wir auch heute noch die beiden „Kartelle v
Politikern“, die sich um die Beute raufen. Sie werden jetzt „Blocks“ genan
Indes kann auch das korrupteste Kartell von Beutepolitikern nicht nach Will
regieren. Seine Politik ist unter gegebenen Umständen gegeben. Diese Her
machen bürgerliche Politik, da sie zur Bourgeoisie gehören; sie machen
Politik der hohen Finanz, welche in der einen oder anderen Form so vi
von ihnen bezahlt; sie müssen aber auch eine Politik machen, die ihre Wäh
nicht allzusehr vor den Kopf stößt, sie müssen also auf demagogische K
zessionen bedacht sein; endlich aber muß jedes Kartell besondere Grundsä
verfechten, die es plausibel erscheinen lassen, daß es das Konkurrenzkartell v
Futtertrog fernhält, der nicht groß genug ist, beide gleichzeitig zu befriedig

Die Politik, die dabei herauskommt, muß nicht immer eine verderbliche se
kann mitunter mit den wirklichen Bedürfnissen der sozialen Entwicklung
sammenfallen. Sehr häufig aber kommt sie in Konflikt mit ihnen. In Fra
reich ist das bisherige Resultat der verschiedenen seine Parlamentarier besti
menden Einflüsse eine Wirtschaftspolitik, die, ganz abgesehen von den prole
rischen Interessen, nicht einmal den Fortschritt der Industrie sichert. We
die Nationalversammlung der großen Revolution sich von umfassenden Theor
und hohen Gesichtspunkten leiten ließ, daher eine einheitliche und kühne Pol
verfolgte und damit Frankreich aus dem Ruin an die Spitze der Nation
Europas erhob, so ist der Parlamentarismus der dritten Republik ein Ausfl
haltlosester und kurzsichtigster Augenblickspolitik, der Frankreich ökonomisch imm
tiefer herabsinken läßt.

Allerdings ist dies nicht der französischen Wirtschaftspolitik allein zu
schreiben, sondern auch durch Verhältnisse bedingt, die von ihr unabhängig si
Das Jahr 1871 brachte den Zusammenschluß Deutschlands und damit d
Aufkommen eines neuen, furchtbaren Konkurrenten. Derselbe Krieg, der Deuts
land um zwei Provinzen vergrößerte und 5 Milliarden in den Reichssch
brachte, machte Frankreich um dieselben Provinzen und Milliarden ärm
nachdem er es grauenhaft verwüstet. Daran ist die Republik unschuldig. D
war das Erbe des zweiten Kaiserreichs. Statt aber nun durch eine kluge u
zurückhaltende Politik dafür zu sorgen, daß die Belastung des Landes du
die Kriegsfolgen baldigst verschwinde, vermehrte noch die dritte Republik di
Lasten durch ihre Großmacht- und Weltpolitik, durch Vereinigung des Mi
tarismus und Marinismus. Daraus erstand jene ungemein drückende Steu
last, die zwar zunächst die unteren Klassen traf, schließlich aber das ga
wirtschaftliche Leben einschnürte, wozu der ungeheure bureaukratische Appa
ebenfalls nicht wenig beitrug. Der Hemmung der Großindustrie entsprach
Stillstand der Bevölkerungszunahme, was wieder auf die Industrie zurückwir
da damit ein Aufhören der Erweiterung des inneren Marktes verbunden w
was um so bedenklicher wurde, je mehr die auswärtige Konkurrenz den äuße
Markt einschränkte.

Die industrielle Stagnation ließ aber auch das Übergewicht der landwi
schaftlichen Bevölkerung bestehen; in Frankreich lebten 1896 noch 61 Proz
der Bevölkerung auf dem Lande, in Deutschland 1895 nur 51 Prozent. Die

bergewicht der bäuerlichen Stimmen trieb dann die bürgerlichen Politiker zu ärkerer Beachtung der ländlichen Interessen auf Kosten der städtischen, amentlich in der Steuer- und Zollpolitik, was wiederum die Industrie be- nträchtigen mußte.

„Der französische Agrarpolitiker Coste“, berichtet Goldstein, „der der Landwirt- aft äußerst wohlwollend gegenübersteht, hat darüber im Jahre 1891 folgende Be- chnungen aufgestellt. In 17 fast rein landwirtschaftlichen Departements Frank- ichs, in denen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft be- äftigt waren, trafen jährlich auf den Kopf der Bevölkerung zirka 34 Franken an aatssteuern. Diese Belastung stieg mit der Zunahme der industriellen Bevölkerung n Stufe zu Stufe und betrug in den 8 Departements, in welchen mehr als zwei ittel der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt waren, zirka 97 Franken o Kopf, also etwa das Dreifache. In Paris betrug die Belastung sogar etwa s Achtfache. Die gesamte Steuerlast der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung rechnete Coste auf zirka 910 Millionen Franken, die Steuerlast der industriellen d städtischen auf zirka 2650 Millionen, das heißt das Dreifache. Seit 1891 sind indirekten Steuern in Frankreich noch stärker in Anspruch genommen worden. benbei hat man auch die Fleisch- und Getreidezölle wieder erhöht, so daß die euerlast der industriellen Bevölkerung eine weitere Steigerung erfahren hat“ Bevölkerungsprobleme und Berufsgliederung in Frankreich“, 1900, S. 187, 188).

Wir entnehmen diesem Buche noch folgende Zahlen, die bezeichnend sind für Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse Frankreichs vor und nach 1870. betrug im Spezialhandel:

n Jahresdurchschnitt	Import	Export	Zusammen	Durchschnittliche jährliche Zunahme des Außenhandels gegen das vorhergehende Jahrfünft
	in Millionen Franken			
7 bis 1856 . .	1077	1224	2301	
7 „ 1861 . .	1883	2044	3927	+ 14 Prozent
2 „ 1866 . .	2518	2816	5334	+ 7 „
7 „ 1869[1] . .	3161	2897	6058	+ 5 „
2 „ 1876 . .	3632	3740	7372	+ 4 „
7 „ 1881 . .	4467	3339	7806	+ 1 „
2 „ 1886 . .	4453	3355	7808	+ 0 „
7 „ 1891 . .	4331	3504	7835	+ 0 „
2 „ 1896 . .	3881	3310	7191	— 1 „

(Goldstein, a. a. O. S. 185.)

Seit 1896 haben sich die Ziffern wieder etwas gehoben, sie betrugen im resdurchschnitt von 1897 bis 1901 für den Import 4403, für den Export 7, zusammen 8280 Millionen Franken. Die Prosperität dieses Zeitraums hte sich auch in Frankreich bemerkbar. Immerhin vermochte sie die Ziffer durchschnittlichen jährlichen Gesamthandels nur um 445 Millionen Franken l: die von 1887 bis 1891 hinaufzuschrauben.

Vergleichen wir Jahrzehnt mit Jahrzehnt, dann finden wir durchschnittlich n jährlichen Außenhandel 1882 bis 1891 von 7876 Millionen und 1892 1901 von 7735, also immer noch eine Abnahme von 141 Millionen. Die ahme von 1897 bis 1901 war geringer als die Abnahme von 1892 bis

[1] Die Zahlen für 1870 und 1871 sind wegen des Krieges weggelassen.

1896. Die Stagnation der ökonomischen Entwicklung in den letzten Ja
zehnten tritt in diesen Ziffern deutlich zutage. Daß sie weniger dem Kri
als der seitdem eingeschlagenen Politik zuzuschreiben, sieht man daraus, daß
sich erst gegen Ende der siebziger Jahre merkbar macht.

Der industriellen Stagnation entspricht auch die Abnahme des Flei
konsums in den Städten. Nach der landwirtschaftlichen Enquete von 18
betrug er in den Städten mit mehr als 10000 Einwohnern:

Jahr	Pro Kopf der Bevölkerung
1854	47,7 Kilogramm
1862	53,9 "
1867	57,9 "
1872	55,5 "
1877	62,3 "
1882	64,6 "
1887	60,7 "
1892	57,0 "

Spätere Zahlen zeigen in Paris eine weitere Abnahme des Fleischkonsum

Im Jahresdurchschnitt[1]	Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung
1876 bis 1880	76 Kilogramm
1881 " 1885	76 "
1886 " 1890	76 "
1891 " 1895	73 "
1896 " 1897	70 "

Gleichzeitig trat auch eine Verminderung des Weizenkonsums ein. Er betr
in Frankreich pro Kopf der Bevölkerung:

Im Jahresdurchschnitt	
1862 bis 1871	ca. 220 Liter
1872 " 1881	250 "
1882 " 1885	285 "
1886 " 1890	270 "
1891 " 1894	270 "
1895 " 1897	245 "

(Goldstein, a. a. O. S. 80, 81, 8

Diese Zahlen sprechen wohl deutlich genug.

Daß Frankreich mit noch nicht 40 Millionen und kaum zunehmender B
völkerung dem Deutschen Reiche mit bald 60 Millionen Einwohnern und ra
anwachsender Volkszahl durch sein stehendes Heer ebenbürtig bleiben, indes
gleichzeitig ein Kolonialgebiet beherrschen und noch vergrößern will, das he
bereits mehr als zehnmal so groß ist wie das Mutterland, muß schon für
allein verderblich wirken. Wenn aber die hohe Finanz, Bureaukratie, Offizie
korps und Geschäftspolitiker, welche diese Politik machen und aus ihr Nu
ziehen, in der Weise für sie eine feste Basis in der Nation sich schaffen woll
daß sie den Bauern Sondervorteile auf Kosten des industriellen Proletari
und schließlich der Industrie selbst zuschanzen und diese dadurch bedrängen u
lähmen, dann heißt das direkt das Land ruinieren. Die Politik der drit

[1] Mit Weglassung der Ziffern für 1878 und 1889, wo die Weltausstellungen au
gewöhnliche Verhältnisse schufen.

Republik muß, wenn sie weiter fortgeht wie bisher, Frankreich trotz seiner reichen Hilfsquellen ebenso zum Verbluten bringen, wie eine ähnliche Politik im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert das absolutistische Spanien verbluten ließ.

Wir in Deutschland haben allerdings keinen Grund, deshalb auf Frankreich hochmütig herabzusehen. Denn das Deutsche Reich treibt, wenn auch aus anderen Gründen, ungefähr die gleiche Politik; aber weil es etwas später damit anfing, sie weniger energisch betrieb, dabei das Land größer ist, die Bevölkerung rascher wächst, hat es noch nicht die gleichen Früchte geerntet wie die dritte Republik. Indes genügen noch einige Kolonialkriege, Marinevorlagen und Handelsverträge, um auch die robuste Natur der deutschen Industrie unterzukriegen. Und das kann um so leichter passieren, als der überlegene industrielle Konkurrent, der nach 1871 für Frankreich in Deutschland erstand, jetzt für Deutschland in den Vereinigten Staaten aufwächst. (Schluß folgt.)

Kommunale Unternehmungen und Profite.

Von **Th. Rothstein** (London).

Mit dem in Bremen angenommenen Kommunalprogramm stellt die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen Liberalismus ein Armutszeugnis schlimmster Art aus. Die politischen Verhältnisse eines Landes müssen wirklich jammervoll sein, wenn im Jahre des Heils 1904 erst noch ausgesprochen werden muß, daß „die Verwaltung der Gemeinde nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein soll". Es ist auch nicht ohne Bedeutung — und für den deutschen Liberalismus nicht sehr empfehlend —, daß ein Programm, welches von seinem Urheber nur als „Richtschnur" gemeint war, in seiner eifersüchtigen Sorge um die Rechte der lokalen Selbstverwaltung erst die Funktionen der Gemeindebehörden mit solcher umständlichen, fast möchte man sagen übertriebenen Genauigkeit präzisieren muß, wie es in Punkt 3 und 4 des Programms geschieht. Hier in England ist das bereits eine alte Geschichte. In England hat die bürgerliche Demokratie ihre historische Mission getreulich erfüllt, und wir Sozialdemokraten haben nur nötig, die bereits bestehende demokratische Maschinerie der Kommunalverwaltung dazu zu benutzen, die weiteren Interessen des Proletariats zu fördern.

Auf diese politischen Verhältnisse ist es wohl zurückzuführen, daß das Problem, welches wir in England als das wichtigste der Gemeindeverwaltung betrachten, auf dem Bremer Parteitag so wenig berücksichtigt wurde. Ich meine die Frage der kommunalen Profite, das heißt der Überschüsse aus kommunalen Unternehmungen. Genosse Lindemann erwähnte sie zwar im Laufe seiner Rede, und andere berührten sie später ebenfalls. Nichtsdestoweniger geht die Resolution stillschweigend darüber hinweg, und sogar die Gründe, die Lindemann anführte, um zu erklären, warum es so kommen mußte — nämlich weil die Ansichten darüber so geteilt waren —, zeigen, daß unsere Genossen der Frage keineswegs viel praktischen Wert beimessen. Wäre es anders, so hätte schon die bloße Existenz so divergierender Ansichten eine durchgreifende Diskussion unvermeidlich gemacht, und das Resultat würde der Resolution als Ergänzung zur „Richtschnur" zu eben dieser Frage einverleibt worden sein.

Daß dies nicht geschah, beweist, wie gesagt, daß diesem Problem in Deutschland nur untergeordnete Bedeutung beigelegt wird.

Es ist nun die Frage, ob dies auch richtig ist. Liegt darin nicht vielmehr eine Unterschätzung? Und zu dieser Auffassung muß man tatsächlich gelangen, wenn man den skrupellosen Mißbrauch der deutschen städtischen Unternehmungen für Zwecke der Profitmacherei sieht. Seitdem 1893 der preußische Landtag den Kommunen zurief: „Enrichissez-vous", begann bei den verschiedenen lokalen Regierungen Deutschlands eine solche Ausbeutung der kommunalen Konsumenten, daß der geriebenste Krämer in einem englischen Stadtrat vor Erstaunen atemlos bleiben würde. Daß dies keine Übertreibung ist, kann an ein paar Beispielen gezeigt werden.

Das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte" bringt von 36 Städten Angaben über deren Gaswerke im Jahre 1901/02. Der Nettogewinn pro 100 Kubikmeter Nutzgas war am höchsten in Altona, wo er 9,4 Mark betrug, dann kam Freiburg i. Br. mit 8,8 Mark, München mit 8,3, Würzburg mit 7,8, Wiesbaden mit 7,7, Essen mit 7,2, Spandau mit 6,3, Magdeburg mit 6,2, Nürnberg mit 5,9, Krefeld und Karlsruhe mit 5,7, Bochum und Elberfeld mit 5,6, Plauen i. V. mit 5,5, Köln mit 5,3, Stettin mit 5,1, Mannheim mit 4,9, Breslau und Leipzig mit 4,8, Charlottenburg mit 4,7, Berlin mit 4,5, Kassel und Zwickau mit 4,4, Liegnitz, Düsseldorf, Bremen mit 3,9, Hamburg mit 3,8, Stuttgart mit 2,1 und Posen mit 1,2 Mark. Der gesamte Nettogewinn war am größten in Berlin, wo er 3009000 Mark betrug, ihm folgte Hamburg mit 2284000 Mark, Dresden mit 1196000, Köln mit 1187000, München mit 1032000, Elberfeld mit 788000, Leipzig mit 749000, Nürnberg mit 733000, Breslau mit 642000 Mark. Die 34 Städte, welche einen Gewinn aus ihren Gaswerken zogen, beziffern diesen insgesamt auf 18½ Millionen Mark!

Vergleichen wir dies mit den Zuständen in England.

1900/01 waren im Vereinigten Königreich im Besitz der lokalen Behörden 240 Werke, und alle zusammen erreichten nicht mehr als 8196000 Mark Reingewinn. Es brachten also 21 städtische Gasanstalten in Deutschland doppelt soviel Gewinn als 240 Gasanstalten in England. Allerdings könnte man denken, da die verhältnismäßig kleine Summe von 8 Millionen Mark die Einkünfte einer großen Anzahl von Städten darstellt, so sei sie eben nur der Saldo, welcher nach Abzug der an einigen Gaswerken zu verzeichnenden Verluste von dem Gewinn der erfolgreichen Gaswerke sich ergibt, und wenn wir folglich eine bestimmte Anzahl von Großstädten wählen, so würden wir dasselbe Resultat erhalten wie in Deutschland. Dem ist aber nicht so. Den größten im Jahre 1900/01 erzielten Reinertrag hatte Manchester, und auch er betrug nur 1 Million Mark, dann folgt Glasgow mit der imposanten Summe von 660, Hull mit 6700, Birmingham mit 10000, Leeds mit 128380 Mark usw. Wenn wir die 21 größten englischen Städte mit städtischen Gaswerken zusammenrechnen, so ergibt sich für *diese* ein Reinüberschuß von nur 3½ Millionen Mark. Zwischen den deutschen und englischen Ziffern ist ein gewaltiger Unterschied, der hauptsächlich darauf beruht, daß das Gas in Deutschland mit größerem Profit seitens der städtischen Gaswerke verkauft wird als in England, wenngleich bei dem Preisunterschied auch die in Deutschland höheren Kohlenpreise in Betracht zu ziehen sind.

Im Jahre 1901/02 war der Preis des Gases pro Kubikmeter in den größeren deutschen Städten folgender, wobei die erste Ziffer den Grundpreis,

ie zweite den niedrigsten Preis bedeutet, der bei Abnahme größerer Mengen ewährt wird:

<table>
<tr><th>Städte</th><th>Grundpreis Pfennig</th><th>Niedrigster Preis Pfennig</th></tr>
<tr><td>Frankfurt a. M.</td><td>37</td><td>33,3</td></tr>
<tr><td>München</td><td>23</td><td>16,56</td></tr>
<tr><td>Augsburg</td><td>22</td><td>19,8</td></tr>
<tr><td>Altona</td><td colspan="2">20</td></tr>
<tr><td>Würzburg</td><td colspan="2">20</td></tr>
<tr><td>Freiburg i. Br.</td><td>20</td><td>18</td></tr>
<tr><td>Kiel</td><td>20</td><td>16,4</td></tr>
<tr><td>Plauen i. V.</td><td>19</td><td>15,15</td></tr>
<tr><td>Hamburg</td><td colspan="2">18</td></tr>
<tr><td>Mainz</td><td colspan="2">18</td></tr>
<tr><td>Nürnberg</td><td colspan="2">18</td></tr>
<tr><td>Leipzig</td><td>18</td><td>17,1</td></tr>
<tr><td>Chemnitz</td><td>18</td><td>17</td></tr>
<tr><td>Görlitz</td><td>18</td><td>16</td></tr>
<tr><td>Breslau</td><td>18</td><td>15,3</td></tr>
<tr><td>Krefeld</td><td>18</td><td>15</td></tr>
<tr><td>Erfurt</td><td>18</td><td>15</td></tr>
<tr><td>Magdeburg</td><td>18</td><td>15</td></tr>
<tr><td>Lübeck</td><td>18</td><td>14,4</td></tr>
<tr><td>Karlsruhe</td><td>18</td><td>12</td></tr>
<tr><td>Mannheim</td><td>18</td><td>11</td></tr>
<tr><td>Braunschweig</td><td colspan="2">17</td></tr>
<tr><td>Danzig</td><td colspan="2">17</td></tr>
<tr><td>Posen</td><td colspan="2">17</td></tr>
<tr><td>Zwickau</td><td>17</td><td>14,28</td></tr>
<tr><td>Liegnitz</td><td>17</td><td>14</td></tr>
<tr><td>Bremen</td><td colspan="2">16</td></tr>
<tr><td>Frankfurt a. O.</td><td colspan="2">16</td></tr>
<tr><td>Königsberg</td><td colspan="2">16</td></tr>
<tr><td>Straßburg</td><td colspan="2">16</td></tr>
<tr><td>Stuttgart</td><td colspan="2">16</td></tr>
<tr><td>Wiesbaden</td><td colspan="2">16 (im Sommer 12)</td></tr>
<tr><td>Kassel</td><td>16</td><td>15,2</td></tr>
<tr><td>Potsdam</td><td>16</td><td>15</td></tr>
<tr><td>Halle</td><td>16</td><td>13,5</td></tr>
<tr><td>Köln</td><td>16</td><td>13</td></tr>
<tr><td>Dresden</td><td>16</td><td>12,8</td></tr>
<tr><td>Düsseldorf</td><td>16</td><td>12,5</td></tr>
<tr><td>Aachen</td><td>16</td><td>12</td></tr>
<tr><td>Duisburg</td><td>16</td><td>12</td></tr>
<tr><td>Dortmund</td><td>16</td><td>11</td></tr>
<tr><td>Elberfeld</td><td>16</td><td>8,8</td></tr>
<tr><td>Barmen</td><td colspan="2">15</td></tr>
<tr><td>Spandau</td><td colspan="2">15</td></tr>
<tr><td>Stettin</td><td colspan="2">15</td></tr>
<tr><td>Essen</td><td>15</td><td>13</td></tr>
<tr><td>Bochum</td><td>14</td><td>11,5</td></tr>
<tr><td>Charlottenburg</td><td colspan="2">13</td></tr>
<tr><td>Berlin</td><td colspan="2">12½</td></tr>
<tr><td>Spremberg</td><td colspan="2">12½</td></tr>
</table>

Die Preisunterschiede sind zum größten Teile durch die Frachtkosten (Eisen-ahn oder Wasserweg, Entfernung von den Kohlengruben) bedingt.

Dasselbe Quantum Gas kostet in Birmingham 7,9 bis 5,8 Pfennig, in ull 7,1, in Manchester 6½, in Leeds 6,4, in Glasgow 6,3 Pfennig. Der urchschnittspreis für Gas ist in England auf 8 Mark pro 100 Kubikmeter rechnet.

Es ist klar, daß die besseren finanziellen Ergebnisse der deutschen städtischen aswerke lediglich durch eine intensivere Ausbeutung des konsumierenden ublikums zustande kommen. Vielleicht ist eine Folge davon, daß in Deutsch-nd noch ein riesiger Verbrauch von Petroleum besteht. 1899 belief sich der etroleumverbrauch auf etwa 11 Millionen Hektoliter, was der Lichtstärke von 750000000 Kubikmeter Gas entspricht, während die Gasproduktion 900000000 ubikmeter nicht überschritt. Das heißt auf den Kopf der Bevölkerung etwa 5 Kubikmeter. In demselben Jahre belief sich der Gasverbrauch in England uf 5014928000 Kubikmeter, wobei auf den Kopf der Bevölkerung etwa 21 Kubikmeter entfallen.

Ebenso steht es mit der städtischen Wasserversorgung. Die 49 größeren tädte Deutschlands besitzen sämtlich städtische Wasserwerke, und keine einzige n ihnen hat ein Defizit aufzuweisen. Dagegen erzielten einige recht statt-he Überschüsse, so ergab das Betriebsjahr 1900 für Berlin 5,2 Millionen ark, für Hamburg 1,8, für Frankfurt a. M. 1,7, für München 1,4, für resden 1,33, für Leipzig 1,28, für Breslau 1,1 Millionen Mark Überschuß.

Nur an einem Orte — in Würzburg — zeigten die Wasserwerke einen G
winn unter 5 Prozent, nämlich 3,4 Prozent, die übrigen 42 Städte, über der
Betriebsergebnisse das Statistische Jahrbuch deutscher Städte für 1900 M
teilungen macht, hatten bis 16,8 Prozent, und zwar 30 Städte 5 bis 10 Prozen
11 Städte 10 bis 15 Prozent und Düsseldorf 16,8 Prozent. Ihr Gesamtübe
schuß betrug an 27 Millionen Mark!

Vergleichen wir wieder mit England. Dort haben die 193 städtischen Wass
werke, von denen statistische Angaben existieren, in den Jahren 1899 bis 19
im Durchschnitt nur 1800000 Mark Reingewinn pro Jahr erzielt. Der Unte
schied ist erstaunlich, ist aber doch wiederum durch die einfache Tatsache
erklären, daß in Deutschland der Preis des Wassers eben bedeutend höher i
Während es in England feststehende Politik einer ganzen Anzahl von Städt
ist, ihre Wasserversorgung so billig wie möglich zu berechnen — obwohl manc
Städte nicht imstande sind, auch nur einen einzigen Pfennig Gewinn zu e
zielen, und andere sogar noch freudig einen Verlust tragen —, machen d
meisten deutschen Städte ein ganzes Studium daraus, wie der Konsument a
wirksamsten ausgebeutet werden kann.

Diese beiden Beispiele werden genügen, um zu zeigen, daß, wenn man d
Frage der kommunalen Profite in England so große Wichtigkeit beilegt, di
um so viel mehr in Deutschland der Fall sein müßte, wo die enormen Übe
schüsse aus den kommunalen Unternehmungen nicht nur sozusagen „legitim
Handelsprofite, sondern auch indirekte Steuern sind. Wir müssen ein f
allemal feststellen, wie wir uns gegenüber dieser Art halbfiskalischer, hal
finanzieller Politik unserer modernen Stadtverwaltungen zu verhalten habe
und gerade wegen der vielen verschiedenen Ansichten über diesen Gegenstan
ist es notwendig, in eine erschöpfende Diskussion einzutreten.

Über einen Punkt können wir meines Erachtens uns schon jetzt einige
welches auch sonst immer unsere Differenzen in bezug auf die Profite sel
sein mögen, und zwar dürfen wir nicht zugeben, daß unsere städtischen Unte
nehmungen auf Schleichwegen indirekte Steuern erheben. Es ist ja ga
vortrefflich, wenn wir das System des „Oktroi" überall bekämpfen, wo n
es mit bloßem Auge sehen. Wir müssen aber auch unseren Scharfsinn a
strengen, um es in seinen maskierten Formen zu verfolgen, wie sie sich
den hohen Kosten des Wassers darstellen. In der Tat, würde eine dire
Steuer auf den Konsum jenes Artikels gelegt, so wäre es auch nicht schlimmer, a
wenn, wie es in Mainz der Fall ist, 17,3 Pfennig für jeden von den städ
schen Wasserwerken gelieferten Kubikmeter Wasser als Gewinn erzielt werde
Ebenso ist es mit allen anderen Artikeln, für welche die deutschen Kommun
exorbitant hohe Preise verlangen. Es ist bei ihnen eine einfache bequeme A
und Weise, den Konsumenten einen Tribut aufzuerlegen — eine Art komm
nalen Wuchers, der in seiner Weise ebenso schlimm ist wie der des Junkertun
Wir, die wir gegen indirekte Steuern in jeder Form und Gestalt sind, müss
ganz entschieden gegen eine solche Politik Stellung nehmen und eine Grenzli
ziehen, welche von den Gemeindeverwaltungen auf ihrer Jagd nach Profit ni
überschritten werden darf. Und das ist gar nicht so schwierig oder so komp
ziert, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Sogar in England, d
Lande des traditionellen Laisser-faire, pflegt das Parlament in fast all
Fällen, wo eine Gemeinde die Erlaubnis zum Betrieb ihres eigenen Gaswer
nachsucht, einen Maximalpreis für den Artikel zu bestimmen, um so die Int

essen der Konsumenten wahrzunehmen. Auch im Falle der privaten Gasgesellschaften fixiert das Gesetz einen Standard für die Dividende und einen Anfangspreis mit dem Vorbehalt, daß die Dividende nur im Verhältnis zu dem jeweiligen Preise der Ware erhöht werden darf. Ich sehe nicht ein, weshalb nicht dasselbe, nur mit der Ausdehnung auf alle in städtischer Regie hergestellten Artikel, auch in Deutschland möglich sein sollte, wo der Staat viel geeigneter ist, sich in kommunale und private Angelegenheiten einzumischen, als in England. Der Staat kann sehr wohl in jedem Falle den Maximalprozentsatz des Gewinns bestimmen, der diesem oder jenem kommunalen Unternehmen kaufmännisch erlaubt sein soll. Dann wird es Sache der Kommunalverwaltung sein, innerhalb dieser Grenze den wirklich erstrebten Gewinn zu fixieren, geradeso wie es bei den englischen Gemeinden üblich ist, daß sie ausnahmslos ihre Gaspreise niedriger als das erlaubte Maximum stellen. Auf diese Weise wird das ganze System, indirekte Steuern unter dem Deckmantel von Betriebsunkosten zu erheben, abgeschafft, und unsere Genossen in den Stadtparlamenten bekommen zugleich Gelegenheit, eventuelle „Freigebigkeiten" der Zentralbehörden bei der Festsetzung der Profitgrenze zu korrigieren.

Über diesen Teil der Frage sind wir, wie gesagt, wohl alle einig, und kommen nunmehr zu dem eigentlichen Kerne des Problems, nämlich der Frage, ob Kommunen überhaupt Profite machen dürfen oder nicht? Hier gehen, wie Sindermann richtig sagt, die Meinungen auseinander — einige sagen zögernd ja und andere erklären entschieden nein.

Zweifellos sind die letzteren in vorteilhafterer Lage. Profite stehen nun einmal bei den Sozialisten in üblem Geruch, und wenn man sie nun gar mit Gemeindeverwaltungen in Zusammenhang bringt, so ist das fast Blasphemie. Gemeindeverwaltungen sind, so heißt es, oder sollten doch sein Werkzeuge des sozialen Wohles; und gerade zu dem Zwecke, die Allgemeinheit, insbesondere die ärmeren Klassen, aus den Krallen der Monopole und Spekulanten zu retten, ist die Lieferung allgemeiner Bedarfsgegenstände oder die Leistung öffentlicher Dienste eingerichtet, oder wenigstens sollte sie diesem Zwecke dienen. Es ist daher der reine Hohn auf das Prinzip, den Gemeindebehörden zu gestatten, daß sie aus ihren Unternehmungen Gewinn ziehen, denn das bedeutet nur einen Ersatz der einen Form der Ausbeutung, der privaten, durch eine andere: die öffentliche.

So sagen die Gegner der kommunalen Profite, und man kann nicht leugnen, daß ihre Anschauung mit unseren Prinzipien mehr in Einklang zu stehen scheint als die andere.

Betrachten wir jedoch die Frage ruhig und vor allem nüchtern. Was sind die Gemeindeverwaltungen von heutzutage? Die Zeiten sind doch vorbei, wo einige von uns im ersten Erglühen des Enthusiasmus für die Idee der Munizipalisierung um jeden Preis die Gemeindeverwaltung als Mittel zur allmählichen Verwirklichung des Sozialismus ansahen. Wir wissen nunmehr sehr wohl, daß die Gemeindeverwaltungen, weit entfernt davon, in dem finsteren Bilde der Gegenwart Lichtblicke darzustellen, Fleisch vom Fleische des allgemeinen Kapitalismus sind, und folglich — um mit den Worten der Bremer Resolution zu reden: „kann nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden, welche die Wohlfahrt aller gleichermaßen fördert". Daß diese Erkenntnis uns nicht hindert, soviel wir nur können in der Gemeindeverwaltung zu erreichen, ist ganz selbstverständlich. Die Grenzen

der Klassenherrschaft sind bis zu einer gewissen Grenze elastisch, und es kan unter günstigen Umständen gelingen, ihnen etwas für die Allgemeinheit Nü liches zu entwinden. Andererseits dürfen wir uns aber auch darüber kein Illusionen hingeben und etwa denken, daß wir hier unsere Prinzipien in a ihrer Reinheit walten lassen können. Der Klassencharakter der Gemeind verwaltung bietet vielmehr einige recht fühlbare Beschränkungen, und gera innerhalb dieser Beschränkungen können wir, indem wir uns nach der De strecken, Erfolg haben.

Die finanziellen Hilfsquellen der Gemeindeverwaltungen legen uns die ei dieser Beschränkungen auf. Wir sollen die Gemeindeverwaltungen als „We zeuge der sozialen Wohlfahrt" betrachten. Aber dazu brauchen wir unter d gegenwärtigen Verhältnissen Geldmittel. Auf welche Art werden wir diese e heben? Unser Programm zeigt uns ein gutes Mittel hierzu in der Erhebun einer Reihe Steuern von den bemittelten Klassen. So weit, so gut. Ab wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die bemittelt Klassen auch ein Wort über diesen Punkt werden mitreden wollen. Nehm wir an, daß sie nicht oder nur in sehr beschränktem Maße darauf eingehe sich für das Allgemeinwohl besteuern zu lassen — was dann? Muß dann d Werk der „sozialen Wohlfahrt" stillstehen oder erst recht beginnen? Od sollen wir sie zwingen und nicht bloß bitten? Das kann wohl vorkomm und kommt vor, wie wir an Roubaix oder an einem für mich bekannter Orte, an West-Ham, sehen.

West-Ham ist ein großes industrielles Zentrum von 267000 Einwohner das sich innerhalb der letzten fünfzig Jahre aus einem kleinen Dorfe zu sein jetzigen Dimensionen entwickelt hat. Ganz dicht bei London gelegen und no seiner Gemeinderechtsprechung unterstellt, hatte es von dieser großen Nähe a Nachteile, ohne auch nur einen einzigen Vorteil zu haben. Es wurde mit Re der „Schutthaufen von London" genannt, auf den der menschliche Abfall d Metropole geworfen wurde — eine Stadt der Fabriken, des Schmutzes, d Armut, der Epidemien und der hohen Sterblichkeit. Fast vierzig Jahre la war der Ort in den Händen der bemittelten Klassen, die sich nicht für d Allgemeinwohl Steuern auferlegten. Endlich bekamen die Arbeiter im Ra die Majorität und gingen ans Werk. In wenigen Jahren zeigte der Ort e ganz verändertes Aussehen — die Kanalisation war ausgedehnt und verbesser die Straßen gepflastert und erleuchtet, Spelunken eingerissen, Arbeiterwohnung erbaut, zwei Krankenhäuser, zwei öffentliche Bibliotheken, öffentliche Bäder, e Museum und eine technische Hochschule waren errichtet und noch vieles ande (darunter ein achtstündiger Arbeitstag für die städtischen Angestellten) für d soziale Wohl geleistet. Das Ergebnis war, daß die Schulden von West-Ha über 1½ Millionen Pfund Sterling betrugen und die Steuern um 50 Proze gestiegen waren. Die bemittelten Klassen wurden gezwungen, zu zahlen. Ab was war das Ende vom Liede? Die Bourgeoisparteien koalierten sich, u die „sozialistische" Majorität wurde gestürzt.

Es ist klar, daß, so wie die Dinge heute liegen, die Beutel der bemittelt Klassen sich durch Zwang nur bis zu einem gewissen Punkte öffnen lass Würden wir versuchen, weiter zu gehen, so würde eine Generalrevolte au brechen, und wir würden mit allen unseren guten Werken niedergeworfen werde

Gegenüber dieser force majeure sehen wir uns — jetzt und auch in Z kunft — geneigt, die Starrheit unserer Prinzipien etwas zu mildern und unse

Zuflucht zu gewinnbringenden Unternehmungen zu nehmen. Noch mitten in der Ausführung ihrer guten Werke fühlten unsere Freunde in West-Ham, daß die Geneigtheit der besitzenden Klassen zu bewilligen zwar elastisch ist, daß aber einmal unvermeidlich der Punkt erreicht wird, wo diese Geneigtheit zu Ende geht und eine heftige Reaktion darauf folgt. Schon zu jener Zeit taten sie daher Schritte zur Einführung von elektrischem Lichte und zum Ankauf der dortigen Straßenbahnen; und nun, da sie langsam wieder zur Macht im Stadtrat gelangen, glauben sie, ihr damaliges Werk nicht besser fördern zu können, als mit Hilfe dieser beiden und ähnlicher Unternehmungen. Ist das unrecht? Stände es mehr in Einklang mit unserer Aufgabe als Sozialdemokraten, das soziale Werk einfach im Stiche zu lassen, wenn wir es nicht durchführen können, ohne aus unseren kommunalen Unternehmungen Profit zu ziehen? Natürlich kann man das Beispiel von West-Ham nicht typisch nennen, vielmehr ist es ein extremer Fall. Dort hatte die Geduld wie die Leistungsfähigkeit des bemittelten Steuerzahlers ihre Grenzen erreicht, und unsere Leute sahen sich dem Dilemma gegenüber: entweder sündigen oder untätig bleiben. Aber wenn wir nicht einmal zur Zeit unserer Macht, während wir in der Lage sind, einen Druck auszuüben, etwas erreichen können, so ist es doch klar, daß wir noch viel weniger Erfolg haben werden, wenn wir schwach sind und bitten müssen. Gerade solche Fälle wie West-Ham oder Roubaix werfen ein Licht auf die ganze Situation. Jenseits einer gewissen Grenze werden — trotz der größten Anstrengungen — die bemittelten Klassen weder gutwillig noch auch mit Gewalt dazu zu bringen sein, sich selbst für soziale Zwecke zu besteuern. Wir müssen daher, wenn wir unsere Sache fördern wollen, zu anderen Mitteln greifen, um das nötige Geld zusammenzubringen. Aber diese Mittel tragen allerdings kapitalistischen Charakter, dagegen ist nichts zu machen, und das ist auch kein Zufall. Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft und können ebensowenig darauf verzichten, ihre Millionen für die allgemeine Wohlfahrt zu benutzen, wie wir ihnen für unsere eigene Person entgehen können.

Tatsächlich benutzen wir sie in anderem Zusammenhang und ohne den geringsten Skrupel. Nehmen wir den genau analogen Fall der Konsumgenossenschaften. Auch sie wurden gleich den Gemeindeverwaltungen einstmals von einigen unter uns für Werkzeuge zur Verwirklichung des Sozialismus gehalten. Jene Zeit ist nun vorbei, aber wir legen ihnen immer noch einige Bedeutung bei, als ein Mittel, den Arbeiter und seine Familie der Profitsucht des Kleinhändlers zu entreißen. Aber tragen wir Bedenken — zum Beispiel in Belgien —, zugunsten der Bewegung daraus Gewinn zu ziehen? Es könnte scheinen, daß in diesem Falle das Profitmachen ebenso unvereinbar ist mit den Zielen, die wir erstreben, wie bei den kommunalen Unternehmungen. Wir scheuen uns aber nicht, „eine Art der Ausbeutung durch eine andere zu ersetzen", und die Bewegung wandelt ruhig auf den Bahnen des Profits. Und warum? Weil wir wissen, daß die Ausbeutung, der der Konsument ausgesetzt ist, mehr als ausgeglichen wird durch die allgemeine Wohlfahrt, die sie fördert.

Und nicht allein in anderen Beziehungen, sondern auch bei den kommunalen Unternehmungen selbst bedenken wir uns nicht, ganz ebenso aus dem Konsumenten Profit zu ziehen. Man beachte doch nur die Tatsachen! In England war nach einer amtlichen Statistik am 31. März 1902 in den verschiedenen gewinnbringenden Unternehmungen der Gemeinden ein Kapital von über 21 Millionen Pfund Sterling investiert. Der Reingewinn — der Gewinn,

gegen welchen die Bedenken erhoben werden — belief sich auf nur 378281 Pfun Sterling. Aber außerdem hatten die Gemeinden, das heißt in Wahrheit da konsumierende Publikum, jährlich durchschnittlich 1264544 Pfund Sterling a Rückzahlung auf das geliehene Kapital und 2975705 Pfund Sterling als Zins auf dieses Kapital zu zahlen. Was ist diese letztere Summe anders als e Gewinn, den das konsumierende Publikum den städtischen Pfandbriefbesitzer verschafft. Aber wir bezahlen sie freudig, ohne darüber zu reden, weil wir de Besitz städtischer Straßenbahnen, Gaswerke usw. als des Opfers wert betrachte Sollen wir, bei einer Ausbeutung der Allgemeinheit in der Höhe von nahez 3 Millionen jährlich im Namen der „sozialen Wohlfahrt", vor der weiter Summe von 378000 Pfund Sterling, die demselben Zwecke dienen soll, Ha machen? Das hieße ein Kamel verschlingen und an einer Mücke ersticken!

So können wir es drehen und wenden, wie wir wollen, das Resultat dasselbe: die Opposition gegen städtischen Profit ist irrationell und ein wen Heuchelei. Wie die Dinge jetzt liegen, sind städtische Unternehmungen eine se reiche, sehr zuverlässige und geeignete Quelle zur Vermehrung der für sozia Verbesserungen bestimmten Einkünfte, und es wäre um so törichter, sie au wer weiß was für einem falsch verstandenen Prinzip fortzuwerfen, da dieselb Geschichte bei anderen und sogar bei derselben Gelegenheit ganz vergnügt doch passiert.

Aber ich höre noch einen Einwand gegen die Politik, die ich befürwort Die Überschüsse werden durchaus nicht für soziale Zwecke benutzt, sonder dienen zur Verringerung der Steuern. Es ist also nicht die Kommune, d davon Nutzen zieht, sondern die Gesamtheit der Steuerzahler, also vor alle die bemittelten Klassen.

Die beste Antwort ist zunächst: Handelt so, wie es in Schottland geschieh Dort werden die Überschüsse zu einem separaten Fonds geschlagen und au schließlich für soziale Verbesserungen verwendet!

Doch angenommen, dies wäre sowohl wegen der jetzigen Gesetzgebung a auch wegen der Hartnäckigkeit der im Stadtrat herrschenden Majorität u möglich. Was dann? Dann, glaube ich, wird der Stadtrat die Steuern ve ringern. Anfangs sieht es aus, als sei den Steuerzahlern damit gedient, ab schließlich will auch die Gemeinde einen Profit dabei haben, wenn nicht i ganz demselben, so doch in ziemlich hohem Grade. Doch diese Wirkung de Steuernachlasses ist eine große Täuschung. Was die Steuerverminderun dem Steuerzahler aus der Arbeit der kommunalen Unternehmungen ein bringt, fast genau soviel muß er später oder gar gleichzeitig durch das direk Anwachsen der Steuern wieder bezahlen. Wenn man die Steuern in ve schiedenen Städten vergleicht, so wird man fast immer finden, daß der Zu schuß aus den kommunalen Unternehmungen die Steuerlast wenig oder ga nicht vermindert hat. Das lehrt uns die Erfahrung in England. Nehme wir zwei Städte, die in der Größe einander so nahe wie möglich stehe Leeds und Bradford. In der ersteren sind 1903/04 den Steuerzahlern au den Unternehmungen 91877 Pfund Sterling = 1 Schilling vom Pfund (als 5 Prozent) des steuerbaren Wertes gezahlt worden; in der letzteren nu 91877 Pfund Sterling = 1$^1/_5$ Penny vom Pfund. Dennoch betrugen di Steuern in der ersteren 7 Schilling 9 Pence aufs Pfund und in der letztere 7 Schilling 8 Pence aufs Pfund, also tatsächlich weniger! Ebenso ist es mi Newcastle und Hull — zwei Häfen mit fast den gleichen Vermögensverhältnisse

r 215000 bezw. 240000 Einwohner. Die Steuern des ersteren Ortes wurden ht um einen einzigen Penny herabgesetzt, dennoch betrugen sie $^4/_9$ aufs Pfund. e Steuern in Hull wurden um $11^1/_2$ Pence aufs Pfund ermäßigt, dennoch rugen sie 7 Schilling $3^1/_2$ Pence aufs Pfund. Bei der Betrachtung der genden kleinen Tabelle werden wir finden, daß ein reichlicher Zuschuß aus n Unternehmungen sich mit hohen Steuern und umgekehrt ein kleiner oder r keiner mit verhältnismäßig niedrigen Steuern gut verträgt.

Name der Stadt	Betrag der Ermäßigung auf das Pfund Sterling des steuerbaren Wertes				Tatsächliche Steuern			
Liverpool	—	Schilling	$11^1/_2$	Pence	7	Schilling	$3^1/_2$	Pence
Manchester	—	"	10	"	7	"	$5^3/_5$	"
Leicester	—	"	7	"	7	"	2	"
Derby	—	"	9	"	8	"	—	"
King's Lynn	—	"	$9^1/_2$	"	7	"	$7^1/_2$	"
Nottingham	1	"	3	"	7	"	10	"
Oldham	—	"	$7^1/_2$	"	7	"	4	"
Rochdale	—	"	10	"	7	"	5	"
Salford	—	"	$10^3/_4$	"	7	"	$5^1/_2$	"
Preston	—	"	$8^1/_2$	"	8	"	5	"
Stafford	—	"	$10^3/_5$	"	8	"	10	"
Warrington	—	"	10	"	7	"	4	"
Accrington	—	"	$1^7/_{10}$	"	6	"	6	"
Booth	—	"	—	"	5	"	11	"
Bournemouth	—	"	9	"	5	"	—	"
Cheltenham	—	"	$^1/_2$	"	6	"	3	"
Croydon	—	"	$2^3/_4$	"	6	"	10	"
Devonport	—	"	$1^1/_4$	"	6	"	6	"
Eastbourne	—	"	$^4/_5$	"	5	"	$6^1/_2$	"
Leamington	—	"	—	"	6	"	5	"
Portsmouth	—	"	$1^1/_3$	"	6	"	8	"
Sunderland	—	"	2	"	6	"	10	"
South Shields . . .	—	"	$1^1/_2$	"	6	"	6	"
St. Helens	—	"	$3^3/_4$	"	5	"	3	"
Tunbridge Wells . .	—	"	—	"	6	"	6	"

In der ersten Gruppe haben wir eine Anzahl von Städten, in denen der uerzuschuß bis 7, 8, 9, 10 und mehr Pence aufs Pfund betrug, und nichts= oweniger beträgt der Steuersatz 7, 8 und mehr Schilling aufs Pfund. In zweiten Gruppe haben wir eine Anzahl von Städten, in denen entweder kein oder nur ein ganz geringer Steuerzuschuß gegeben wurde, mitunter i Bruchteil von einem Penny. Aber ihre Steuern betragen weniger als Schilling aufs Pfund und gehen herunter bis unter 5 Schilling. Wie ist möglich? Ganz einfach: was die Steuerzahler an den Zuschüssen ge= nen hatten, das mußten sie durch die Steuern wieder ausgleichen. Gewiß n man einwenden, was auch meist eingewendet wird, daß ohne diesen Zu= ß die Steuerzahler noch mehr zu zahlen haben würden — in Liverpool a $11^1/_2$ Pence aufs Pfund, in Manchester etwa 10 Pence aufs Pfund usw. r dem ist nicht so. Die Zusatzsteuern würden gar nicht bezahlt worden , weil die Dinge, für die sie beabsichtigt waren, *einfach gar nicht* ge= cht worden wären, wie dies in der Mehrzahl jener Städte der anderen ppe der Fall ist, wo die Steuern niedrig sind. In Wahrheit liegt die

Sache so, daß die bemittelten Klassen, selbst wenn sie so dringenden städti
Problemen gegenüberstehen, wie dies bei den größeren Industrieorten der e
Gruppe der Fall ist, in ihrer Bereitwilligkeit, sich selbst zu besteuern, nur
zu einer gewissen Grenze gehen, sagen wir 9 oder 10 Pence aufs Pf
Jenseits davon müssen sie einen Zuschuß bekommen, wenn die Dinge i
haupt gemacht werden sollen. Das wurde bereits 1894 von Chamberlain,
damaligen Bürgermeister von Birmingham, anläßlich des Ankaufs der
werke klar ausgesprochen. „Vor kurzem", sagte er zum Magistrat, „wu
wir aufgefordert, von dem Sanitätsgesetz Kenntnis zu nehmen. Das ha
Stadtverwaltung in große Ausgaben verwickelt und muß noch größere zukün
Ausgaben nach sich ziehen. . . . Leider ist Birmingham von seiner hohen S
heruntergegangen und . . . ist eine der ungesundesten Großstädte im Land
worden. Unter diesen Umständen ist es durchaus notwendig, daß wir
sanitären Verhältnissen der Stadt unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Ich bra
wohl nicht auf andere Angelegenheiten anzuspielen, sondern nur daran z
innern, daß erst wieder auf der letzten Ratsversammlung die neue obligator
Feuerversicherung uns aufgeladen wurde. Alle diese Pflichten bringen e
großen Zuwachs der Ausgaben mit sich. Ich glaube, daß der Druck der St
last unerträglich wird, wenn nicht Kompensationen gefunden werden, zum Bei
durch Vorschläge wie der vorliegende (der Ankauf der Gaswerke)."

Der Fall liegt ganz klar: Die Birminghamer Steuerzahler waren b
bis zu einer gewissen Grenze hinaufzugehen; diese Grenze war aber schon
reicht durch diejenigen Einrichtungen, zu denen sie gesetzlich gezwungen w
Noch höher zu gehen, waren sie nicht bereit, wenn nicht irgendwelche K
pensation eintrat. Diese bot sich in der Form von Überschüssen aus
neuen Gaswerken und anderen Unternehmungen, und als Resultat entsta
jene großartigen sanitären Verbesserungen, durch die Birmingham mit R
berühmt geworden ist. Wären nicht die Zuschüsse gekommen, die Anl
wären überhaupt nicht gemacht worden. So aber erhielten sie den Zus
und leisteten die Arbeit, und dabei blieben die Steuern auf demselben ho
Niveau von 7 Schilling 2 Pence aufs Pfund.

Es ist also klar, daß die Steuerverminderung aus den Überschüssen städti
Unternehmungen, wie gesagt, eine Täuschung ist. In einigen Fällen we
zwar keine Arbeiten unternommen außer denen, die durchaus notwendig
dann werden die Steuern tatsächlich herabgesetzt. Aber in der Mehrzahl
Fälle werden die Steuern nicht herabgesetzt, und die den Steuerzahlern ü
wiesenen Überschüsse kommen dann der Gemeinde im ganzen zugute.

Ich komme zum Schlusse. Die Frage der kommunalen Profite ist so
pliziert, daß sie nur im Lichte reifer Erfahrung, wie England sie darstellt,
friedigende Lösung finden kann. Das ist meine Rechtfertigung für diese n
gelegentliche Einmischung. — Ich bin nicht der Anwalt der Profite um je
Preis. Ich verdamme es zum Beispiel gemeinsam mit der Mehrzahl der
lischen Stadtverwaltungen, aus dem Wasser Nutzen zu ziehen. Wasser hat e
so überaus hohen sanitären und hygienischen Wert, daß es dem Publ
soviel wie möglich zugänglich gemacht werden müßte, ohne Rücksicht
die Kosten. Ebensowenig wünsche ich, durch hohe Preise oder durch intens
Ausbeutung der Arbeit Profite zu erreichen. Birmingham hat über 50000 P
Sterling jährlichen Reingewinn von seinem Gas, obwohl es dem Publ
nur 6 Schilling pro 100 Kubikmeter abnimmt, und West-Ham erzielt

nen Reingewinn von nahezu 21500 Pfund Sterling jährlich von seiner Elektri=
tät, trotzdem es seinen Angestellten den Achtstundentag und einen Minimal=
hn von 30 Schilling gewährt. Was ich nicht will, ist, daß nach Ver=
lligung der Preise und Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen irgend
n gewonnener Überschuß durch Steuererlasse wieder beseitigt würde. Vielmehr
ll er entweder beiseite gelegt oder in irgendwelcher anderen Form oder Weise
m Wohle der Gemeinde, das heißt der arbeitenden Klassen, verwendet werden.
adurch werden wir unserer Sache wirksamer dienen als durch unnötige
ıd — wie die Dinge heute liegen — unvernünftige Prüderie.

Die Kunstphrase und die Arbeiterfeste.

Von **Otto Krille.**

Künstlerische Wortführer und volksbeglückende Ästheten führen seit geraumer Zeit
s Schlagwort: „Die Kunst dem Volke" im Munde, das Wort, dem einst tiefste
hnsucht nach künstlerischer Lebensführung glühende Beseelung gab. Auch unter
: Arbeiterschaft hat diese Kunstphrase Eingang gefunden und zu mehrfachen Ver=
hen künstlerischer Veranstaltungen geführt. Hier kam ihr der Wissensdrang und
s Schönheitsbedürfnis der kulturell und materiell Enterbten entgegen, und es ent=
nd in der Folge ein Kompromiß, das in seinen Folgen weder dem blutleeren
hlagwort neues Leben eingehaucht, noch den Kunsthunger des Volkes befriedigt hat.
Man wird sicherlich einen Arzt für verrückt erklären, der einem entkräfteten,
bverhungerten Menschen statt einer nahrhaften Kost die Reizspeisen eines über=
tigten Gourmands reichen läßt. Auf künstlerischem Gebiet kuriert man in ähn=
er Weise an dem Magen des Volkes herum, ohne das Widersinnige dieser Kur
empfinden. Die feinsten Blüten einer bis ins Phatologische gesteigerten Literatur
rden unter dem Apostelruf: „Die Kunst dem Volke" mit hohenpriesterlichen Gesten
ı Volke serviert. Das Resultat dürfte das gleiche sein wie bei der obenerwähnten
tlichen Fehlkur, soweit der gesunde Sinn des Volkes, das ich in der Folge immer
der Arbeiterschaft identifiziere, nicht gegen diese Speise reagiert und ihre Wirkung
hebt. Andernfalls ist zu befürchten, daß das Kunstbedürfnis der Masse nicht an=
egt, sondern erstickt wird und einer kränklichen Blasiertheit Platz macht.
Man hat sich heute leider zum Teil schon daran gewöhnt, der Kunstphrase in
gleichen gedankenlosen Anwendung zu begegnen, und denkt bei ihrem Klange
ırl an moderne Dichter=, Komponisten= und Theaterabende. An sich wäre
en solche Veranstaltungen nichts einzuwenden, wenn sie sich in ihrem künstlerischen
halt dem Volksbedürfnis anpaßten. Man komme hier nicht mit dem lächerlichen
wand, daß man nicht nur sozialdemokratische Dichter vorführen könnte. Daran
kt im Ernste niemand. Wie oft aber kann man beobachten, daß poetische Werke,
von dem Korybantentroß des Dichters und schließlich auch von der Kritik als
nders bedeutsame Emanationen seines Dichtergeistes angesehen werden, an der
nge spurlos vorübergehen. Dann hilft man sich mit der Verlegenheitsausrede:
e Leute sind noch nicht so weit!" Ganz natürlich, sie sind noch nicht so weit,
l ihnen das elementarste Erfordernis fehlt, „so weit" zu gelangen. Daß man
ei nicht weiter kommt, wenn man das Volk oder gar speziell die organisierte
eiterschaft als Dummköpfe auf künstlerischem Gebiet ausschreit, ist einleuchtend.
Um künstlerisches Urteilsvermögen zu entwickeln, muß man auf dem Boden einer
tanschauung stehen, sei sie auch individuell noch so ungenügend fundamentiert.
ald die Beschäftigung mit der Literatur nicht bloß eine leere Spielerei und eine
stgefällige Freude an dem Klingklang des Reimes sein soll, wird man sie unter
Gesichtswinkel der Weltanschauung betrachten, ohne daß man damit der ein=
en Dichterpersönlichkeit unrecht zu tun braucht. Immer wird das am gewaltigsten

an unseren Herzen rühren, was unsere eigenen Anschauungen und Empfindun
am treffendsten wiedergibt. Das liegt nicht nur daran, daß in dem poetischen W
„ewig gültige Gefühle“ leben, sondern daß diese Gefühle von geistesverwand
Dichtersinn in poetische Münze umgeprägt worden sind. So können wir zurückge
in der Literaturgeschichte bis in die fernsten Zeiten, und wir werden poetisches G
finden, das auch der Arbeiter mit ehrlicher Freude bewundern wird. Daneben
wird uns manche Dichtung von dem gleichen Dichter in die Hände fallen, die fr
gleiche, ja vielleicht noch höhere Währung hatte, heute aber nur mehr den Histo
interessiert. Daraus erklärt sich auch, daß von der revolutionären Lyrik früh
Zeiten verhältnismäßig viel verloren gegangen ist, ohne daß man allen Litera
geschichtschreibern der Vergangenheit den Vorwurf der Unterschlagung zu ma
braucht, der im einzelnen bisweilen zutreffen mag. Daß wir auch heute noch
manchen Literarhistorikern und Kritikern Henker literarischer Klassenjustiz bewun
können, ist eine oft durch Exempel belegte Wahrheit. Sicher aber ist auch, daß
ebenso große Anzahl außerstande ist, poetische Werke gerecht zu würdigen, w
auf einer entgegengesetzten Weltanschauung erwachsen sind.

Eine Erziehung zur Kunst, zum Verständnis der Dichtkunst insbesondere, und
ist die elementarste Kunst, muß bestrebt sein, dem Volke aus dem Schatze der
samten Dichtung, auch der gegenwärtigen, das zu bieten, was seiner Weltanschau
entspricht, die heute eben nur die sozialistische ist, und wenn sie sich auch biswe
nur in dem großen Gedanken des Sozialismus, der Idee der Gemeinschaft ben
Der Sozialismus aber faßt die edelsten Regungen zusammen und versteht es,
Grund seiner historischen Denkungsweise und der gesamten Lebensauffassung
seine Gegenströmungen zu würdigen. Mit der **Festigung ihrer Weltanschau**
wird auch in den arbeitenden Klassen **das Verständnis für alle Kult**
regungen wachsen. Die Poesie ist nicht nur Stimmungskunst, auch nicht
eine Verherrlichung „ewig gültiger Gefühle“, sondern im edelsten Sinne **Lebe**
kunst, alles das zu umfassen, was aus dem Born des rastlosen Lebens quillt.

Als einen **Mangel** an tiefer sozialistischer Weltanschauung betrachte ic
darum auch, wenn aus unseren eigenen Reihen sich bisweilen Stimmen erheben,
mit Kassandrarufen die „Tendenzpoesie“ von den Arbeiterfesten verdrängen möch
als ob sie die Feindin aller „wahren Kunst“ sei. Diese wahre Kunst ist in
meisten Fällen nichts weiter als **bürgerliche Weltanschauungskunst**.

Wenn aber die „wahre Kunst“ vielfach ohne Eindruck an der Menge vorü
zieht, so offenbart das doch meist mehr einen Mangel an Verständnis bei den
anstaltern als bei dem Publikum. Daher das eigentümliche Bild, daß man oft
naturwüchsigen, naiven, sozialistischen Sinne dekadente, individualistische „Gipfelk
aufzupfropfen versucht. Das Resultat ist gleich Null, begleitet von dem Ge
über proletarische Verständnislosigkeit. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt,
nicht heute schon innerhalb des Proletariats eine Schicht vorhanden wäre, diese
dividualistische Höhenkunst zu würdigen, aber wenn das Wort: „Die Kunst
Volke“ überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß es sich an die Mehrheit
Volkes wenden, und deren künstlerisches Interesse kann man eben nur wecken,
man ihr auf dem Boden ihrer Denkungs- und Anschauungsweise naht. Gegen
Dichtung, die mit unkünstlerischen Mitteln arbeitet und deren Tendenz die poet
Form überwuchert, wird sich das Schönheitsbedürfnis der Menge ebenso we
wie gegen eine unverstandene Kunst. Zudem scheint mir ein Fehlgriff nach d
Richtung wirklich noch nicht so groß wie bei der Vergeudung der Kräfte zur V
mittlung einer Kunst, die wie Rauch und leerer Schall an den Objekten vorüber
Soll das Wort: „Die Kunst dem Volke“ nicht nur eine Phrase bleiben, solange
unter Volk die arbeitenden Klassen versteht, so ist nur hier der Schlüssel zum p
tarischen Verständnis zu finden. Und schließlich soll doch unter Poesie und Dich
der Arbeiterklasse nicht nur die Kenntnis verschiedener Dichternamen verm
werden, sondern die Erkenntnis für den **Lebenswert** tiefster innigster Se
harmonie und reiner Herzenserbauung, das **Ziel der Dichtung** überhaupt.

Literarische Rundschau.

. W. Ed. Biermann, Privatdozent an der Universität Leipzig, **Staat und Wirtschaft.** Erster Band: Die Anschauungen des ökonomischen Individualismus. Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht.

„Das ‚fundamentum divisionis' für die Klassifizierung der sozialwissen-aftlichen Systeme nach bestimmten Gesichtspunkten kann zweierlei sein. Einmal n wirtschaftspolitisch, indem man die Systeme nach ihrer wirtschaftspolitischen ndenz, nach ihrer Stellung zu gewissen allgemeingültigen sozialen Inutionen, wie zum Beispiel zum Eigentum, beurteilt, und alsdann theoretisch-zialphilosophisch, indem man nach den obersten ethischen Prinzipien, nach ökonomischen Weltanschauung des Autors fragt" (S. 1). Wir führen das Zitat, sen Unterstreichungen von uns herrühren, an, um den Leser sofort über die gänz-) unzureichende Schulung des Autors in den primitivsten methodologischen Fragen orientieren. Es handelt sich um eine wissenschaftliche Einteilung, und der teilungsgrund wird nicht etwa gesucht in der wissenschaftlichen Stellungnahme es Autors, etwa in seinen Ansichten über die Kräfte, die die gesellschaftliche Entklung bestimmen, sondern in seinen Tendenzen, die, wenn begründet, doch nur ndäres Resultat seiner wissenschaftlichen Stellung sind, was schon daraus hervort, daß von ganz verschiedener wissenschaftlicher Stellungnahme aus dasselbe sultat erhalten werden kann, wenn auch nur eine Art der Ableitung die richtige 1 kann. Oder aber der Verfasser wählt zum Einteilungsgrund ein ethisches Prinzip, o nicht ein Prinzip des objektiven Erkennens, sondern der subjektiven Beurteilung Erkannten. Es ist, als ob ein Zoologe eine wissenschaftliche Einteilung des rreichs nicht machen würde nach dem Grade der Entwicklung, den die einzelnen ssen repräsentieren, sondern nach dem Gesichtspunkt, ob die Tiere genießbar oder ht, ob sie den Menschen nützlich seien oder nicht. Es ist dem Verfasser der prinielle Unterschied zwischen wissenschaftlicher und ethischer Betrachtung überhaupt lkommen fremd. Behauptet er doch (S. 113), „daß alles volkswirtschaftliche Gehen psychischer und auch ethischer Natur ist". Er weiß nicht, daß kein Gehen, sondern nur die Beurteilung des Geschehens mit Ethik etwas zu schaffen . Und so kommt er auch mit seinen Einteilungsversuchen vollkommen in die iche. Da es in einer Wissenschaft des Geschehens überhaupt keine ethischen nzipien gibt, so muß er sich willkürlich solche konstruieren. So erfindet er sich ethisches Grundprinzip des Marxismus, das „individualistischer Natur" sei, nso wie das des französischen Kommunismus und des Anarchismus. Denn alle e Systeme „erstreben ja nicht das siegreiche Vordringen der Gattung auf Kosten einzelnen, nicht die Vorherrschaft (!) des Staates (des sächsischen oder preußischen?), dern vielmehr das ‚bonheur commun' des einzelnen Individuums". Und das ist, der Verfasser dekretiert, schlecht. Gut sind nur diejenigen, denen „die Gattung, Staat alles (und die Staatsanstellung zum Beispiel als Professor der wichtigste l?), Selbstzweck, das Individuum als bescheidener Teil des großen Ganzen nur ttel zum Zweck ist" (S. 4). Und danach werden Naturrechtslehre, Physiokraten, ssiker, Anarchisten, Manchesterschule, Kommunisten, Marxisten in einen Topf gefen und für ihre Schlechtigkeit bestraft, indem der Verfasser seine Nase in beten Topf steckt.

Am schlimmsten kommt der Marxismus weg, der den Staat abschaffen will, rscheinlich mit der niederträchtigen Absicht, dadurch das gegenwärtige und die i folgenden Werke des Verfassers überflüssig zu machen. Dabei entdeckt der Verer, daß der Marxismus überhaupt jede Rechtsregel im Sinne einer allgemein ngenden Norm verwirft und seinen Zukunftsstaat nur durch Konventionalregeln ichten will. Das ist aber eine Hauptschlechtigkeit. Und dabei ist der Marxismus) unlogisch. Denn der Staat ist doch „nur" Reflex der ökonomischen Erscheinungen. kann also doch überhaupt nicht eingreifen. Und doch wollen ihn die Marxisten

erobern, damit er sich selbst abschaffe! Da hört doch alle Polemik auf, der Verfass
gibt rasch seiner Logik den Abschied, und die Ethik kommt zu ihrem Rechte. Entrüst
fragt der Verfasser: „Und was ist denn der Lohn (!) des Staates für die Tätigke
die der Marxismus unlogischerweise von ihm verlangt? Er soll sich selbst wied
durch die sozialistisch organisierte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überflüss
machen“ (S. 118). Wir begreifen jetzt: mit einem so undankbaren System n
dem Marxismus kann sich solch anständiger Privatdozent doch nicht abgeben, und
ist ethisch durchaus zu billigen und nur zu leicht zu begreifen, daß der Verfass
vom Marxismus keine Ahnung hat. Die Entrüstung über die Schlechtigkeit d
Marxismus, der Staat und Recht, was für den Verfasser dasselbe zu sein schein
abschaffen will, läßt ihn auch seine eigenen Entdeckungen wieder vergessen. Nachde
er S. 1 das ethische Grundprinzip des Marxismus gefunden und diesen nur
in sein System hereinbekommen hat, entdeckt er plötzlich S. 117: „Es fehlt de
Marxismus ein ethisches Grundprinzip, ein bloß materialistisches genügt nicht, u
sozialwissenschaftliche Probleme zu lösen!“ Auf S. 1 diese Entdeckung gemacht — u
der Verfasser hätte sich sein Kapitel über den Marxismus schenken müssen. Ma
sieht, der Verfasser ist recht vorsichtig mit der Plazierung seiner Entdeckungen. E
wäre aber ungerecht, etwa unseren ethischen Dozenten einer Befangenheit gegenüb
dem Marxismus speziell beschuldigen zu wollen. Mit der gleichen logischen un
historischen Verständnislosigkeit steht er allen anderen Systemen gegenüber. Mit d
fortwährenden Wiederholung der Worte „Erkenntnistheorie“ und „Erkenntniskritik
mit ein paar Hinweisen auf neuere erkenntnistheoretische Schriften sucht der Ve
fasser seine Unklarheit zu verbergen. Wir sind nicht verwöhnt, aber diese Arbe
hätten wir doch nicht mehr für möglich gehalten.

Avis aux lecteurs: Der Verfasser will über dieses Thema noch zwei Bänd
schreiben. r

Selma Lagerlöf, **Christuslegenden.** Berechtigte Übersetzung aus dem Schwedische
von Francis Maro. München 1904, Albert Langen.

Einst hat man die Legenden, die in den biblischen Evangelienbüchern um di
Gestalt Christi gewoben sind, für bare Münze genommen. Der Rationalismus de
letzten Jahrhunderte, der die natürlichen Möglichkeiten legendärer Überlieferungen vo
dem Forum der Vernunft, der neuen höchsten Instanz in Glaubenssachen, prüft
warf die christlichen Legenden dem Gespött hin. Man sah sie nun einzig als Stüt
mittel eines dunkelmännerischen Dogmatismus. Die Freiheit in Glaubenssachen, di
größere Selbständigkeit des Individuums der Kirche gegenüber hat aber auch de
Entwicklung einer größeren Freiheit und Objektivität der Auffassung von der Bib
im allgemeinen und von den christlichen Legenden im besonderen die Wege geebne
Der dichterische, symbolische Charakter der Legenden wurde begriffen. Aus de
ethischen Gehalt der Christuslehre heraus hat man sie verstehen, deuten und endlic
durch neue Stücke bereichern gelernt. Namentlich im letzten Jahrzehnt. Was Fr
v. Uhde mit seiner Einfügung der Christusgestalt in den Kreis der Menschen vo
heute für die Malerei leistete, was Klingers Gemälde „Christus im Olymp“ b
deutete, das wurde parallel auch in der Dichtkunst der Gegenwart lebendig. Dehme
Liliencron, Falke, Martin Boelitz, Christian Morgenstern, Hans Benzmann — s
alle dichteten Christuslegenden. Die Christusgestalt wächst in bedeutsamer Prägun
als Symbol der neuen humanitären Ideen heraus. Und so ist Selma Lagerlöf nu
ein besonders deutlicher Ausdruck für eine weithin vorhandene Neigung, neuen Wei
in die alten Schläuche christlich-religiöser Symbolik zu füllen.

Selma Lagerlöfs Legenden sind keine lehrhaften Fabeln, sondern breit aus
gesponnene Erzählungen. Den Stoff hat irgendein bekanntes Evangelienmotiv ode
freie dichterische Erfindung gegeben. Aus dem geschichtlichen Milieu der Christus
zeit und dem örtlichen Milieu Palästinas sind mit reicher Kenntnis Vorgänge un

ben gewählt, und eine abgeklärte, ruhig ausformende Kunst läßt die ersonnenen chichten in gemächlicher Bewegung vorüberziehen. Eine klar entfaltende Psychik inneres Leben und natürliche Einheit. Selma Lagerlöf hat sich das Tempo und naiv unbekümmerte Art biblischen Berichtens zu eigen gemacht. Nicht so, daß etwa die bekannte archaistelnde Stilgebung suchte: sie erzählt vielmehr immer in chtem, einzig durch den reizvollen Inhalt belebtem Stilbau. Man folgt ihr un- kürlich in stillem Zuhören, weil sie eine so milde Art hat, alles zum Dienste stenliebender Menschlichkeit zu fügen und aufzubauen. Im Hintergrund ihrer chichten lauert nichts, was auf eine Absicht deuten könnte, offiziellem Kirchentum ndwelcher Farbe zu dienen, und das könnte ihr wohl die Geduld der Zuhörer allen Lagern gewinnen. Freilich dürfte es Leser genug geben, deren Geduld und gabe über diesen einen Band hinaus nicht andauern wird. Vielleicht aber ist gegen den Schluß sich einstellende Gefühl der Ermüdung nur eine Wirkung der großen Breite der an den Buchschluß gestellten Kreuzzugsgeschichte von der flamme, in der die Dichterin im Fügen des verwunderlich Wundersamen in ein rmaß geriet.

Franz Diederich.

---

ebnisse der Zählung der Geisteskranken im Kanton Bern vom 1. Mai 1902. litteilungen des Berner Statistischen Bureaus, Jahrgang 1903, Lieferung 1. ern 1903, Fritz Käser. 79 S. 8°.

Die Statistik der Geisteskranken gehört zu den schwierigsten Aufgaben, da schon Fragestellung eine schwierige ist, die Erhebung nur eine indirekte sein kann, der isch, von der Zählung nicht erfaßt zu werden, stark ist und nur die gerichtlich ärztlich als geisteskrank Festgestellten mit einiger Sicherheit einbezogen werden en, während es keinem Zweifel unterliegt, daß es außer diesen noch sehr geistesgestörte Personen gibt. Trotzdem bestehen eine Reihe von Erhebungen Geisteskrankheiten, weil ein großes Interesse der Verwaltung vorliegt, hierüber ue Daten zu besitzen. Die letzte Erhebung, die bekannt geworden ist, ist die angezeigte. Wir wollen uns auf eine Kritik derselben nicht einlassen, sondern auf die Mitteilung der wichtigsten Ergebnisse beschränken. Das Haupt- nis ist, daß die Zahl der Idioten und Geisteskranken im Kanton Bern von auf 1902 von 2804 auf 5029, also um 2225, das ist um 79,4 Prozent gestiegen während gleichzeitig die Wohnbevölkerung des Kantons nur um 17,7 gewachsen die Zahl der männlichen Geisteskranken und Idioten wuchs um 81,3 und die weiblichen um 77,6 Prozent. 1871 bildeten die Geisteskranken und Idioten 5,6 je 1000 der Bevölkerung, 1902 8,5 von je 1000. Die Zunahme der eigentlich eskranken betrug 90,9 Prozent, die der Idioten und Schwachsinnigen 69,4 Prozent. sind erschreckliche Ziffern, die aber durchaus wahrscheinlich sind, stehen sie im Einklang mit der ständigen Klage über Überfüllung der Irrenanstalten und der zwingenden Notwendigkeit, neue zu errichten. Wenn kaum zu bezweifeln ist, in den 31 Jahren, die zwischen den Erhebungen liegen, die Psychiatrie große chritte gemacht hat, so daß strengere Maßstäbe bei der Feststellung von Geistes- heiten angewandt werden, so wird dies doch von hervorragenden Irrenärzten itten oder wenigstens als Faktor von ziemlich belanglosem Einfluß bezeichnet. Vorsicht wegen sind die beiden Zählungen nach gleichen Gesichtspunkten und oden vorgenommen worden. Ein interessantes Ergebnis der Erhebung ist das ge Anwachsen der Geisteskrankheiten mit steigendem Alter. Auf je 100000 der den kamen in der Altersgruppe bis zu 14 Jahren 233, in der von 15 bis ahren 672, in der von 30 bis 49 Jahren 1340, in der von 50 bis 69 Jahren in der von 70 und mehr Jahren 1890. Von je 1000 Geisteskranken waren ohne die Kinder unter 15 Jahren 749, verheiratet 87, verwitwet 54, geschieden Es wird damit die alte Behauptung bestätigt, daß die Ehelosigkeit eine Förde- der geistigen Erkrankung mit sich bringt, wenn sich auch die große Zahl der

Ledigen zum Teil dadurch erklärt, daß beim Eintritt in das heiratsfähige A
geistige Erkrankung die Eheschließung ausgeschlossen haben kann. Von den sonsti
Ausscheidungen der Statistik erwähnen wir nur noch die nach Berufsarten, sie
ungenügend, weil die Scheidung in selbständige und abhängige fast völlig fehlt. Ü
die Hälfte, 2589 von 5029, sind als ohne Beruf oder unbekannten Berufs bezeich
wohl hauptsächlich Personen, die schon seit langem infolge der Erkrankung ber
untauglich geworden sind. Außerordentlich auffallend ist der überaus starke An
der ländlichen Bevölkerung an der Zahl der Geisteskranken. Neben 121 selbst
digen Landwirten finden wir 1158 in der Landwirtschaft tätige Arbeiter, 487 La
arbeiter, 272 Landarbeiterinnen, 66 Knechte, 111 männliche und weibliche Taglöh
222 Mägde und 23 Gärtner. Dagegen ist die Zahl der industriell tätigen Perso
eine verhältnismäßig geringe. Wir finden 490, und zwar 39 Schreiner, 25 Schnei
50 Näherinnen, 125 in der Uhrmacherei Tätige, 37 Schuhmacher, 168 andere Ha
werker, 46 Fabrikarbeiter. Endlich seien erwähnt 26 Köchinnen, 25 Lehrerinn
Dann finden wir eine Gruppe von 304 Personen in anderen Berufen. Es ist
haft zu bedauern, daß diese Berufsscheidung nicht eingehender und mit Rücksicht
die Stellung im Beruf ausgearbeitet wurde.

Die erhebliche Steigerung der Zahl der Geisteskranken dürfte vornehmlich
soziale Ursachen im engeren Sinne zurückzuführen sein, denn die großen Ursach
gruppen, wie Alkoholismus, venerische Krankheiten und Vererbung, bestanden
früheren Zeiten ebenso, zum Teil sogar in noch stärkerem Maße wie heute. So
als wichtiger Grund für die starke Steigerung der Geisteskrankenzahl die Unsich
heit der wirtschaftlichen Existenz betrachtet werden.

Wir erwähnen noch kurz, daß die Schrift eine Reihe wertvoller Materia
über Irrenkrankheiten enthält, auf die einzugehen aber nicht unseres Amtes

ad.

Zwiedineck-Südenhorst, **Beiträge zur Lehre von den Lohnformen.** (Ergänzun
heft XIV der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft".) Tübingen 19
VIII und 127 S.

Der Verfasser schildert zwei Formen des Prämienlohnsystems (System Hal
und Rowan) und zeigt, daß bei ihnen „mit wachsender Produktivität der Arbeit
Quote des Produktionsertrags, die auf die Arbeit entfällt, abnimmt". Um zu
weisen, daß eine solche Entwicklung für die Gesamtwirtschaft nachteilig ist, vers
Zwiedineck-Südenhorst, die Bedeutung der Konsumtionskraft der Arbeiterklasse
die ungestörte Zirkulation und Reproduktion des Kapitals nachzuweisen; doch erh
sich seine Darstellung nirgends über die bekannten, seit Rodbertus' Tagen unend
oft wiederholten Halbwahrheiten. Neu ist aber der Schluß, der aus ihnen gezo
wird. Da nämlich das Zeitprämiensystem die Verteilung des Arbeitsertrags so
günstig verändert, fordert der Verfasser — Bekämpfung dieses Systems und „Wi
stand gegen die Herabsetzung von Werklohnsätzen". Das Werklohnsystem — die
Begriff werden die verschiedenen Formen des Stück- und Akkordlohns eingeordne
soll das Mittel sein, um das Sinken des Anteils der Arbeiterklasse am gesellsch
lichen Arbeitsprodukt zu verhindern! Über die Illusion, daß dieser Anteil von
Methode der Lohnbemessung abhängig sei, ist wohl kein Wort zu verlieren.

Im zweiten Teile der Arbeit sollen verschiedene Bedenken gegen die „Stal
sierung" des Arbeitsverhältnisses in staatlichen und Gemeindebetrieben entkrä
werden. Auch hier muß das Allheilmittel des Verfassers helfen. Einführung
Werklöhnen, neben die ein Zeitlohn als Minimallohn zu treten hat, soll verhind
daß die Unkündbarkeit des öffentlich-rechtlich geregelten Arbeitsverhältnisses
Verringerung der Intensität der Arbeit herbeiführt.

O.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



r. 15 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Wort des Dankes.

Vor zweiundzwanzig Jahren, im Januar 1883, erschien das erste Heft der
euen Zeit", die damals noch ein Monatsblatt war. Heute erscheint ihre erste
mmer, an der in keiner Weise mehr der Mann mitgeschaffen hat, der einst ihr Be-
inder war und seither durch alle die langen Jahre ihre stärkste Stütze gewesen ist.

Wir wissen wohl: es geschieht sehr wider Willen und Wunsch des Genossen
etz, wenn wir heute seiner an dieser Stelle mit einem Worte des Dankes
enken. Das einzige Mal, wo er einem seiner Autoren als Verleger drein-
edet hat, war, als der Schreiber dieser Zeilen in seiner Parteigeschichte dem
teil gerecht werden wollte, den Genosse Dietz an den Kämpfen und Siegen
deutschen Arbeiterklasse gehabt hat. Aber es wäre ein beschämendes Zeugnis
die „Neue Zeit", wenn sie sich von ihrem Schöpfer trennen wollte, ohne
entlich zu bekennen, was sie ihm schuldet. So muß uns unsere Pflicht über
Rücksicht auf die persönlichen Wünsche des Genossen Dietz stehen, die wir
auszusetzen sonst allen Grund haben.

Es gehört zu den schwierigsten Aufgaben einer modernen Arbeiterpartei
ist in mancher Hinsicht sogar ihre schwierigste Aufgabe, sich eine wissen-
aftliche Literatur zu schaffen. Sie kann ihrer nicht entbehren, wenn sie
zen will. Wächst das Proletariat nicht auch geistig über die bürgerliche
ilisation hinaus, die selbst noch in ihrem Verfall eine gewaltige Macht dar-
lt, so mag es sich auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft je nach
t und Zeit bessere Lebensbedingungen erkämpfen, aber es wird nie dazu
gangen, die Grundsteine einer höheren Gesellschaftsordnung zu legen. Von
ser Erkenntnis war niemand tiefer durchdrungen, als die Großmeister des
dernen wissenschaftlichen Kommunismus. In all ihrer agitatorischen Kraft
das Kommunistische Manifest und die Inauguraladresse der Internatio-
en Arbeiterassoziation wissenschaftliche Leistungen ersten Ranges.

Auf der anderen Seite jedoch — blutarm, im täglichen Kampfe mit Hunger
Not, sich eben erst aufrichtend aus allem Elend einer künstlich geschaffenen

Degradation, wie kann sich die moderne Arbeiterklasse in einem Schwunge z der geistigen Freiheit und Muße erheben, ohne die kein wissenschaftliche Schaffen möglich ist? Wohl besitzt sie ein so echtes, feines und tiefes Ve ständnis für wissenschaftliches Forschen, wie es keiner anderen Klasse der kap talistischen Gesellschaft gegeben ist; sie hat das Kommunistische Manifest un die Inauguraladresse verstanden, als diese weltgeschichtlichen Urkunden für d ganze bürgerliche Gelehrsamkeit noch unheimliche Runen waren. Aber wie a allen anderen Gebieten, so muß sie sich auch auf diesem erst aus geringen un unscheinbaren Anfängen entwickeln. Jahrzehntelang mußte Marx mit seinen Meisterwerk über die kapitalistische Produktionsweise an bürgerliche Türe klopfen, bis er endlich einen unbefangenen Verleger fand; so auch hat Lassal seine großen Werke bürgerlichen Verlegern gegeben; erst Engels hat in seinen Alter die Genugtuung gehabt, daß seine wissenschaftlichen Arbeiten von de Klasse verlegt werden konnten, in deren Interesse sie geschrieben waren.

Das verdankte er dem Genossen Dietz. Es ist der Ruhm der Arbeiterklass daß sie aus ihren eigenen Reihen den Mann zu stellen gewußt hat, der m großem Sinn und genialer Hand die schwierige Aufgabe, die hier gestellt wa zu erkennen und zu lösen wußte. Geschult in den gewerkschaftlichen un politischen Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse gründete Heinrich Dietz mitte in den schwersten Tagen des Sozialistengesetzes die „Neue Zeit“, an die sich dan im Laufe der Jahrzehnte eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur gegliede hat. Sie enthält sicherlich nicht lauter Meisterwerke, und man kann no weiter gehen und sagen: außer den Schriften unserer großen Meister, die i ihr vertreten sind, zählt sie auch nicht einmal *ein* Meisterwerk. Aber ei Fülle ehrlicher und ernster Arbeit steckt darin, und wie viel des nur hal Gelungenen sich darunter befinden mag, diese Arbeit ausgelöst, gepflegt un gesammelt zu haben, ist das Werk des Genossen Dietz, ein Werk, das zu de größten Lebenswerken gehört, die je im Dienste der modernen Arbeiterklas geschaffen worden sind.

Mit Recht sagt das „Hamburger Echo“, was den Verlag des Genossen Di immer ausgezeichnet und ihm einen guten Ruf auch bei den Gegnern geschaffe habe, sei das Fernhalten von der Spekulation auf die niedrige Sensationslus Allein damit ist die Leistung des Genossen Dietz noch nicht erschöpft. Dassel Lob verdienen auch viele bürgerliche Verlagsgeschäfte, und es wäre schlimm wenn nicht jeder Parteiverlag es verdiente. Vielmehr ist Genosse Dietz vo der allein richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß eine wissenschaftliche Arbeite literatur, wenn sie anders der Arbeiterklasse würdig sein soll, frei sein muß nic nur von der Spekulation auf die niedrige Sensationslust, sondern überhau von jeder Spekulation, auch der erlaubten und — soweit es auf die Füllun der Parteikasse ankommt — selbst verdienstlichen Spekulation. Er hatte vo vornherein mit ungleich größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als jeder bürge liche Verleger. Schwierigkeiten, von denen hier nur eine hervorgehoben sein ma Die wissenschaftliche Literatur der herrschenden Klassen wird durchweg oder fa durchweg von Leuten produziert, die, im Besitz von Sinekuren oder sonst i behäbigen Lebensumständen, auf Autorenhonorar geringen oder gar keinen A

)ruch erheben, ja oft genug selbst die Druckkosten ihrer Werke tragen. Dagegen atte es Genosse Dietz in den Autoren, die er für seinen Verlag heranzog, ırchweg oder fast durchweg mit armen Teufeln zu tun, denen er eine be- heidene Existenz sichern mußte, ehe sie sich auf Jahre und manchmal halbe ahrzehnte einer wissenschaftlichen Arbeit widmen konnten. Unter solchen Um- änden eine wissenschaftliche Literatur zu schaffen, ohne je andere als rein issenschaftliche Zwecke im Auge zu haben, das hat dem Genossen Dietz keiner)r- und auch noch keiner nachgemacht.

Ohne jede Einschränkung können wir dem „Hamburger Echo" beistimmen, enn es sagt, gerade die inhaltlich besten Werke setzten sich nicht immer so cht ab wie Lieferungsliteratur mit pikanten Bildern, und wenn es an dem enossen Dietz nachrühmt, einer so unerfreulichen Tatsache niemals das ge- ıgste Zugeständnis gemacht zu haben, dies Verdienst kann die Partei dem enossen Dietz in der Tat nicht hoch genug anrechnen. Das Achselzucken über s rechnerische Defizit mancher Werke, an die Genosse Dietz all seine Kraft setzt hat, ist vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ebenso salzlos wie das unken mit den pekuniären Überschüssen, die eine wissenschaftlich minderwertige, er pikantere Literatur in die Parteikasse liefert. Vor solchem gleißenden tzengold sich zu hüten, hat die Arbeiterklasse den dringendsten Anlaß.

Wieviel aufreibende Arbeit dem Genossen Dietz sein Lebenswerk gekostet t, das können wir nicht wissen, denn Greinen und Klagen ist seine Sache ht. Und wenn wir es wüßten, so würden wir ihm nicht den Kummer an- tı, öffentlich davon zu reden. Aber wer in solchen Dingen ein Urteil hat, wird verstehen, weshalb Genosse Dietz in aller rüstigen Kraft seiner Jahre en Teil seines Werkes anderen erprobten Händen übergeben hat. Was ner seiner Obhut anvertraut bleibt, ist schließlich doch der wichtigste Teil jes Werkes, der wissenschaftliche Verlag, worin er als ein glänzendes Muster die Partei noch völlig unentbehrlich ist.

Für die „Neue Zeit" aber ist es ein Tag der Trauer, da das letzte Band eißt, das sie mit ihm verband, für die „Neue Zeit" und alle, die zu ihr ören, denn keiner ist unter uns, der nicht, um mit dem Dichter zu reden, ne Großmut und seiner Sitten Freundlichkeit erfahren". Doch bleiben wir verbunden in alter Freundschaft, in unverbrüchlicher Dankbarkeit und in t gemeinsamen Wirken für unsere große Sache.

Republik und Sozialdemokratie in Frankreich.

Von **K. Kautsky.**

(Schluß.)

8. Der Sozialismus unter der dritten Republik.

a. Der Arbeiterfang der bürgerlichen Republikaner.

Wenn man zusieht, welche Entwicklung die Dinge in Frankreich genommen, em die Monarchisten die Republik nach ihren Bedürfnissen eingerichtet und Bourgeoisie — vor allem hohe Finanz, industrielle Kapitalisten, Agrarier, terjäger, Geschäftspolitiker — sich ihrer bemächtigt, um sie zu plündern und

als Herrschaftsmittel zu benutzen, dann darf man wohl neugierig werden a die Beantwortung der Frage: Wie gelingt denn unter diesen Umständen d Bourgeoisie der Arbeiterfang, dessen sie in der Republik noch mehr bedarf a in der Monarchie? Aber siehe da, die Republik selbst hilft ihr aus der Ve legenheit. Der republikanische Gedanke selbst hat sich bisher immer noch a ein probates Mittel erwiesen, das „Kartell der republikanischen Politiker“ m den nötigen Arbeiterstimmen zu versehen.

Mit Befriedigung weist der jüngste Geschichtschreiber des französischen Sozi lismus, der bürgerliche Republikaner Georges Weill, an verschiedenen Stelle seines Werkes darauf hin:

„Bis 1876 bestand die Politik für die Arbeiter ausschließlich in der Unte stützung der republikanischen Partei. Die Arbeiter, schrieb Barberet, ertragen i Elend mit Ruhe, weil der Staat sich eine Republik nennt. ‚Das Wort wirkt magis auf den Geist des Arbeiters. Diese Fata Morgana erfüllt sie mit Hoffnung.‘ D republikanische Bourgeoisie und das Proletariat marschierten Arm in Arm, vereini durch die gleichen Leidenschaften gegen die Monarchie, gegen den Klerikalismu gegen die Reaktion. ‚Die Zeiten sind vorbei‘, schrieb ein republikanischer Philosop Renouvier, ‚wo einige Sozialisten, in der Regel selbst Bourgeois oder Schüler vo Bourgeois, schlecht genug beraten waren, um in ihren Schriften Frankreich in zw feindliche Lager zu spalten, das der Arbeiter und das der Besitzer der Produktion mittel. Diese einseitige Trennung, die in einer freien Gesellschaft immer falsch wa und falsch sein wird, muß auf jeden Fall heute verschwinden, wo die politisc Frage, die ehedem, wie es schien, in allen Punkten gelöst war, wichtiger und bre nender ist als je und notwendigerweise alle anderen zurückdrängt. Heute sind wi alle, Kapitalisten wie Arbeiter, gezwungen, für unsere Rechte, für unsere elemen tarsten Freiheiten, für unsere Gewissen zu kämpfen‘“ („Histoire du mouvemen social en France 1852—1902“. Paris 1905, Felix Alcan, S. 188, 189).

Die Bedrohung der Republik durch Monarchisten und Klerikale, sie wa es, was Arbeiter und republikanische Bourgeois unter einem Banner vereinige sollte. Gambettas Blatt, „La République française“, schrieb damals, de Klassenhaß sei die schlimmste Gefahr für die Republik.

Und diese Anschauungen brechen immer wieder durch. Georges Weill komm denn auch zu dem Schlusse:

„Die Tendenz, eine Klassenpartei zu bilden, ist den französischen Arbeitern nic gegeben; weit entfernt, die Isolierung zu suchen, wenden sie sich leicht gegen alle was die Wirkung hätte, sie in eine Kaste einzupferchen. Die Liebe zur Politik treib sie zur Allianz mit der Bourgeoisie der Linken, und ihre Haltung bei den Wahle hat das oft bewiesen. Proudhon riet ihnen 1863 die Wahlenthaltung, Tolain wollt 1864 Arbeiterkandidaten, Vermorel schlug 1869 sozialistische Kandidaten vor; keine von ihnen wurde gehört. 1885, 1889, 1902, in allen Epochen der Krise haben di Arbeiterwähler die revolutionären Organisationen im Stiche gelassen und ihre ök nomischen Forderungen zurückgestellt, um für die Männer der (bürgerlichen, K Linken zu stimmen und für den Triumph der Republik zu wirken“ (a. a. O. S. 455

Georges Weill hat von seinem Standpunkt, dem des bürgerlichen Republ kaners, ganz recht, diese Erscheinung mit Befriedigung zu konstatieren, aus de seine Partei entschieden Vorteil zieht. Es fragt sich bloß, ob das revolutionä Proletariat das erreicht, was es erreichen will, Sicherung der Republik un Befreiung der Geister vom kirchlichen Joch, wenn es den Klassenkampf geg das Kapital dem Kampfe gegen Monarchisten und Klerikale hintansetzt.

Seit mehr als zwei Jahrhunderten dauert in Frankreich der Kampf de revolutionär gesinnten Teile der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und de

Proletariats gegen die Kirche. „Vernichtet die Infame“, rief schon Voltaire. Der Klerikalismus ist der Feind“, wiederholte ein Jahrhundert später Gambetta. Im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts ertönt derselbe Kriegsruf von neuem i Frankreich, und der Klerikalismus erscheint bedrohlicher als je.

Beweist aber nicht schon diese Tatsache, daß die Bourgeoisie unfähig ist, iit der Kirche fertig zu werden, und daß das Proletariat sich eine Sisyphusrbeit auferlegt, wenn es als Knappe der Bourgeoisie ihr in diesem Kampfe etreulich folgt?

In der Tat haben heute die bürgerlichen liberalen Politiker alles Interesse n dem Kampfe gegen die Kirche, aber keines an ihrer Überwindung. Nur lange der Kampf dauert, dürfen sie auf die Bundesgenossenschaft des Proleriats rechnen. Sie hat ein Ende und der Alliierte verwandelt sich in einen eind an dem Tage, an dem die Kirche zu Boden liegt. Selbst in der Zeit rer größten revolutionären Kraft kam die Bourgeoisie nicht lange ohne Kirche ıs. Die erste Republik hatte dieser vollständig ein Ende gemacht. Die irgerliche Reaktion unter Napoleon führte sie offiziell wieder ein.

Die Kommune von 1871 machte dann mit der Kirche kurzen Prozeß, aber e dritte Republik führt nun schon drei Jahrzehnte lang den Kampf gegen e Kirche, ohne vom Fleck zu kommen. Von Zeit zu Zeit kommt es zu einem onflikt mit ihr, er verschärft sich, die wildesten Worte werden gewechselt, große setzgeberische Taten vorbereitet; aber im entscheidenden Moment klappt regeläßig die Regierung zusammen oder sie wird von der Kammer im Stiche lassen; sollte aber auch diese fest bleiben, so geschieht es nur, weil sie sicher , daß die beiden monarchistischen Pfeiler der dritten Republik, Senat und räsident, ihre Schuldigkeit tun werden. Wenn anfangs der achtziger Jahre der kulturkampf“ im Sande verlief, der damals in Frankreich ebenso heftig tobte wie ute, so ist dies vor allem dem Senat zuzuschreiben, der den kirchenfeindlichen esetzen die schlimmsten „Giftzähne“ ausbrach (1880 und 1882). Und schließlich ug auch der Präsident Grévy dazu bei, daß der Kampf nicht mit einer entiedenen Niederlage der Kirche endete.

Auch heute dürfen wir nicht mehr erwarten, trotz der scharfen Zuspitzung, i der Gegensatz zwischen Staat und Kirche in den letzten Jahren erfahren ıt. Noch im Mai 1903 erklärte Combes in der Kammer, seine Kirchenpolitik uhe „auf der loyalen und vollständigen Beobachtung der Konkordatsgesetze“. ollten diese durchbrochen werden, so würde es nur geschehen von jener Macht, nie aufgehört habe, das Konkordat zu verletzen, und der dann alle Vertwortung für dessen Aufhebung zufallen würde. Das klang nicht sehr npfesfreudig. Vergeblich forderten die Sozialisten ein formelles Versprechen : Regierung, die Trennung von Staat und Kirche vorzubereiten. Wenn es dem zum Bruche zwischen Regierung und Kirche gekommen ist, darf man s Verdienst daran einzig der letzteren zuschreiben. Wie leicht aber trotzdem Regierung auch in der jetzigen Situation noch gegenüber dem Klerikalis.s versagt, zeigt der Fall des Lehrers Thalamas, den die Regierung maßelte, weil einige fanatische Katholiken sich durch seine Lehren gekränkt fühlten. urès sprach in der Kammer gegen den Unterrichtsminister, stimmte aber m mit der Mehrheit für ihn.

Solchen Methoden und einer solchen Mehrheit kann man wohl nicht zuuen, daß sie mit einer Macht fertig werden wie der katholischen Kirche. Wir fen daher erwarten, daß der augenblickliche Kampf gegen sie ebenso endet

wie die früheren und wie der Kampf der „Dreyfusards“ gegen die Armee, d
als Feldzug zur Niederwerfung des Militarismus anfing und mit der Amnest
für alle Verbrecher des Generalstabs und der Aufrechterhaltung seiner bi
herigen Stellung im Staate endete.

Ich will hier gar nicht weiter darauf eingehen, weil es einen eigenen Artik
erforderte, daß auch die Aufhebung des Konkordats und die Trennung vo
Staat und Kirche noch nicht die Befreiung Frankreichs von ihrer Herrscha
bedeutete, wie Österreich, das 1870 das Konkordat aufhob, und Belgien, w
die Kirche vom Staate unabhängig ist, beweisen. Die Macht der Kirche üb
die Massen beruht in letzter Linie darauf, daß sie Funktionen der Wohltäti
keit ausübt, die der kapitalistische Staat nicht überflüssig machen kann, d
er ein zahlreiches Proletariat mit Notwendigkeit erzeugt, die der militaristisc
Staat nicht übernehmen kann, da der Heeresaufwand alle seine Hilfsmitt
erschöpft; sowie darauf, daß die unteren Klassen in der kapitalistischen Gesel
schaft ein unabweisbares Bedürfnis nach Erlösung, nach besseren soziale
Zuständen jenseits der heutigen empfinden, das die bürgerliche Freidenker
nicht befriedigen kann, die keine Möglichkeit einer anderen als der kapitalistische
Gesellschaftsordnung kennt. Nur das Ideal einer sozialistischen Gesellscha
vermag das religiöse Bedürfnis der Armen nach einem besseren Jenseits z
ersetzen; nur das Bewußtsein, daß das Proletariat berufen ist, sein eigen
Erlöser zu sein, kann den Glauben an den himmlischen Erlöser überwinde

Also Kampf für das sozialistische Ideal, proletarischer Klassenkampf geg
Kapitalismus und Militarismus, auch wenn sie von bürgerlichen Republikane
gestützt werden, ist das einzige Mittel, die Gehirne der unteren Klassen dauer
von der Herrschaft der Kirche zu emanzipieren. Das kämpfende Proletari
ist die einzige Macht, die den entschlossenen Willen hat, mit der Kirche fert
zu werden, der proletarische Klassenkampf die einzige Methode, sie zu übe
winden. Dagegen kann der bürgerliche Kulturkampf gegen die Kirche nie z
einem entscheidenden Resultat kommen, und er will es auch nicht.

Es heißt das Proletariat ins Endlose vertrösten, ja ihm das Gegente
einer wirksamen antiklerikalen Politik anpreisen, wenn man es veranlassen wi
seinen Klassenkampf aufzuschieben, bis der Kampf der bürgerlichen Freidenker
mit der Kirche ausgefochten ist.

Das Proletariat muß wohl alle Maßnahmen unterstützen, die imstande sin
die Herrschaft der Kirche zu schwächen; aber es darf sich dabei in keiner Wei
in seiner Klassenorganisation und Klassenaktion beeinträchtigen lassen.

Und was vom Kampfe gegen die Kirche, gilt vom Kampfe für die Republi

Seit drei Jahrzehnten beherrschen die bürgerlichen Republikaner die Republi
Und mit welchem Erfolg?

Die Republik soll heute gefährdeter sein als je, so daß zu ihrer Rettu
Proletariat und Bourgeoisie alles Trennende vergessen und einig gegen de
gemeinsamen Feind marschieren sollen.

Worauf beruht aber die Gefährdung der Republik? Von einem mo
archischen Prätendenten oder von einem ernsthaften Streben, die Monarchie a
Stelle der Republik zu setzen, kann auch das schärfste Auge keine Spur en
decken. Die Republik ist nur gefährdet durch sich selbst. Einerseits dur
ihre Verfassung, die ganz monarchisch ist, wie wir gesehen, und die förmli
nach einer persönlichen Spitze schreit. Dann aber durch ihre kapitalistisc
agrarische Politik und ihre parlamentarische Korruption. Es ist die En

uschung über die Republik, die als Erlöser aus der Not des arbeitenden olkes begrüßt wurde, was sie gefährdet. Nicht durch Konservierung der kapilistischen Republik und ihrer parlamentarischen Korruption, sondern nur durch e Umwandlung in eine wahrhaft soziale Republik ist jene Enttäuschung zu nnen. Und nur durch Selbstverwaltung und Volksbewaffnung ist sie gegen aatsstreiche zu sichern.

Wollen wir die propagandistische Kraft des republikanischen Gedankens in ankreich stärken, so müssen wir vor allem zeigen, daß die Republik, wie wir wollen, die Republik, wie sie die Kämpfer von 1793, 1848, 1871 anstrebten, nmelhoch verschieden ist von der heutigen Republik, weit verschiedener von ser, als die letztere von der Monarchie. Wir müssen aber auch dafür gen, daß es unmöglich wird, uns mit dem „Kartell" der bürgerlichen schäftsrepublikaner zu identifizieren, das die Republik beherrscht und ausıtet.

Wollen wir aber die Republik sicherstellen, so müssen wir jene Klasse en und kräftigen und politisch selbständig machen, die allein unter allen assen der modernen Gesellschaft prinzipiell republikanisch, allein bereit ist, für Republik unter allen Umständen einzustehen, für sie ihr Blut zu vergießen: s Proletariat.

Also auch hier wieder finden wir es als die verkehrteste Politik, wenn das oletariat, um die Republik zu retten, einstweilen, bis sie außer Gefahr ist, die Verfechtung seiner Klassenforderungen verzichten würde, um durch den ssenkampf nicht die Republik zu schwächen. Nichts untergräbt ihre Grunden bedenklicher, als der Verzicht auf diesen Klassenkampf; nichts kann sie er begründen, als seine erfolgreiche Fortführung.

Je mehr die bürgerlichen Republikaner es versuchten, die Arbeitermassen urch zu ködern, daß sie ihnen als ihr einziges nächstes Ziel die Aufgabe lten, im Verein mit der Bourgeoisie und durch Unterstützung ihres Regimes ihrer Methoden die Republik zu retten und die Kirche zu bekämpfen, um so r mußten die Sozialisten bei ihrer Propaganda den bürgerlichen Zielen und tteln des Kampfes kritisch entgegentreten und nachweisen, wie wenig für Proletariat dabei herauskomme; nachweisen, daß die proletarische Republik e andere sei als die bürgerliche; daß die proletarischen Methoden, die ublik zu retten und die Kirche zu bekämpfen, grundverschieden seien von bürgerlichen, und daß die Sozialdemokratie es weit von sich weise, sich ch eine Allianz mit den bürgerlichen Republikanern zu Mitschuldigen an dem zu machen, was diese verbrochen und versäumt.

Dazu war es aber auch notwendig, die revolutionäre Tradition zu kritien, welche am meisten dahin wirkte, die Proletarier zur Gefolgschaft der gerlichen Republikaner zu machen und ihren eigenen historischen Aufgaben entfremden.

Die revolutionäre Tradition führt zur Ansicht, das Prolelariat des neunten und des zwanzigsten Jahrhunderts habe keine andere Aufgabe, als die olution des achtzehnten Jahrhunderts fortzusetzen, dort an sie anzuknüpfen, sie stehen geblieben. Aber diese Revolution war eine **bürgerliche** Revoon, auch in der Schreckenszeit spielte das Proletariat keine besondere Rolle, es nur der energischste und rücksichtsloseste Verfechter kleinbürgerlicher bürgerlicher Interessen und Ideen. Damals stand notwendigerweise der pf gegen Monarchie und Pfaffen in erster Linie und der Kampf gegen das

Kapital nur in zweiter; war eine selbständige proletarische Politik noch un möglich, mußte das Proletariat die Gefolgschaft des Kleinbürgertums un seiner Ideologen und oft auch die der Bourgeoisie bilden. Heute die Ideen und Aufgaben der Revolution des achtzehnten Jahrhunderts zu lebendigen Kräften der proletarischen Bewegung gestalten wollen, heißt das Proletaria im Stadium seiner Kindheit, in Unselbständigkeit und Unwissenheit über sein eigenen historischen Aufgaben erhalten. Vom Standpunkt der bürgerlichen Republikaner ist diese revolutionäre Tradition unschätzbar, denn sie allei ermöglicht ihnen in Frankreich ihren „Arbeiterfang", dessen sie so sehr bedürfen und der um so schwieriger wird, je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen Aber für den proletarischen Sozialismus ist sie eines der größten Hemmniss

b. Die drei Richtungen der sozialistischen Bewegung.

Angesichts dieser Situation lag die Aufgabe der französischen Sozialisten klar zutage: um das Proletariat politisch selbständig zu machen und es vo der liberalen Bourgeoisie loszulösen, mußten sie vor allem dem republikanische Aberglauben entgegentreten, der in Frankreich ein dreifacher ist: nicht bloß de Aberglaube, als bedeute die Republik an sich schon eine Milderung der Klassen herrschaft der Bourgeoisie, sondern auch der Aberglaube, als sei die heutig Republik die Verwirklichung des republikanischen Ideals, das seit 1793 de proletarischen Massen vorschwebt, als entspreche der Namensgleichheit auch ein Wesensgleichheit der Staatsform; und endlich ist der republikanische Aberglaub in Frankreich heute auch noch der Aberglaube, als sei die Republik dort zurzei durch etwas anderes gefährdet, als durch ihre eigenen Mißstände, durch ihr eigenen Herrschaftsmittel, und als gelte es, sie vor etwas anderem zu retten als diesen Herrschaftsmitteln, als sei ihr Bestand in anderer Weise sicherzu stellen, als durch deren Aufhebung.

Dann aber mußten die französischen Sozialisten die revolutionäre Traditio kritisieren, ihr die neue Lehre vom Klassenkampf entgegenhalten, beruhend au der theoretischen Erforschung des modernen Produktionsprozesses und der darau hervorgehenden Einsicht in die Bedürfnisse, Kräfte und Aufgaben sowohl de Proletariats im besonderen wie der gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen also mit anderen Worten: die Lehre des Marxismus.

Schon 1850 in seinen Artikeln der „Neuen Rheinischen Zeitung" und dan im „18. Brumaire" kritisierte Marx den „traditionellen Aberglauben an 1793" In der „Internationale" hatte er dann stets getrachtet, der revolutionäre Tradition die Erkenntnis vom proletarischen Klassenkampf entgegenzusetzen Aber diese Tradition war in Frankreich noch zu tief gewurzelt. Früher al dort wurde, dank besonders günstigen historischen Bedingungen, in Deutschlan eine moderne, auf dem bewußten Klassenkampf beruhende, von den Traditione und Schlagworten der bürgerlichen Revolutionen völlig losgelöste proletarisch Bewegung zur Massenbewegung. Erst als sie dort große Erfolge erzielt hatt faßte die wissenschaftliche Begründung der Lehre vom Klassenkampf und ein darauf beruhende Taktik auch in Frankreich Boden.

Es war also das deutsche Vorbild, was der neuen französischen Sozia demokratie ihren Charakter gab. Aber man irrt, wenn man glaubt, die Lehr vom Klassenkampf selbst sei deutschen Ursprungs. Soweit man sie einer be stimmten Nation zuweisen kann, muß man **Frankreich** ihr Geburtsland nenner **Französische** Historiker waren die ersten, welche die Tatsache des Klassen

mpfes beobachteten, französische Sozialisten die ersten, die den proleta-
chen Klassenkampf erkannten. In Frankreich lernte Marx diese Beobach-
ngen und Tatsachen kennen. Aber freilich, erst er machte aus den Be-
achtungen eine Theorie, indem er sie durch deutsche Philosophie und englische
onomie vertiefte, und erst er erhob den auf dem proletarischen Klassenkampf
ruhenden Sozialismus zu einer Wissenschaft, indem er an Stelle seiner senti-
ntalen Begründung durch die Ungerechtigkeit des Unterschieds von arm und
ch, von Ausbeutern und Ausgebeuteten, die Erkenntnis des kapitalistischen
oduktionsprozesses und der verschiedenen Rollen und historischen Aufgaben
r an ihm beteiligten Klassen setzte und so das sozialistische Ziel aus einer
rderung des beleidigten Gerechtigkeitsgefühls oder bloßer proletarischer Empö-
ng in ein Resultat wissenschaftlicher Forschung verwandelte.

Dieser wissenschaftliche Sozialismus ist international nicht nur seinem
arakter, sondern auch seinem Ursprung nach; Marx konnte ihn nur be-
ünden, weil er im Denken und gesellschaftlichen wie politischen Leben Frank-
chs ebenso zu Hause war wie in dem Deutschlands und Englands. In
ankreich hat die Lehre vom proletarischen Klassenkampf ihren Ausgangs-
nkt, in England ihre theoretische Begründung, in Deutschland ihre bisher
llkommenste und ausgedehnteste praktische Anwendung gefunden, dank seinen
enartigen Verhältnissen.

Unter denjenigen, welche am meisten dazu beigetragen haben, diese Lehre
s Deutschland nach Frankreich zurückzuverpflanzen und den neuen französischen
zialismus auf sie zu begründen, stehen zwei Männer in erster Linie: Jules
uesde und Eduard Vaillant.

Guesde zählte zu den eifrigsten und begabtesten der jungen Sozialisten, die
i die Arbeiterbewegung Frankreichs eingriffen, als diese nach dem Falle der
mmune wieder aufzuleben begann. Um ihn scharten sich neben französischen
beitern auch viele Ausländer in Paris, darunter deutsche Genossen, von
en am meisten Einfluß auf Jules Guesde Karl Hirsch gewann, früher der
dakteur des ersten sozialistischen täglichen Blattes in Deutschland, des seit
70 erscheinenden Chemnitzer „Bürger- und Bauernfreund". 1876 war er
ch Paris übersiedelt, wo er sich an Guesde anschloß und diesen mit den
schauungen von Karl Marx und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie
traut machte. 1878 wurde dann freilich Hirsch, dank der republikanischen
eiheit, aus Frankreich ausgewiesen, wie so mancher Sozialist vor ihm und
ch ihm — noch unter Millerand sind solche Ausweisungen vorgekommen!
er nun war Guesde mit Lafargue und durch diesen mit Marx und Engels
bst bekannt geworden, und er wurde ihr vertrauter und hochgeschätzter Freund.
ch mit anderen deutschen Sozialdemokraten, so Liebknecht, kam Guesde in
rbindung. Die 1879 von ihm gegründete Arbeiterpartei (Parti ouvrier
nçais) stand von vornherein ganz auf marxistischem Boden.

Die Blanquisten konnten anfänglich nur wenig auf die wiederauflebende
beiterbewegung einwirken. Ihr Haupt war seit 1871 im Gefängnis, die
deren Vorkämpfer der Partei im Exil. Erst 1879 wurde der greise Blanqui
nadigt, starb aber schon 1881. Inzwischen hatte aber der wachsende An-
rm des Proletariats den bürgerlichen Republikanern 1880 eine allgemeine
mestie abgezwungen, die den Flüchtlingen der Kommune, damit auch den
vorragenderen Blanquisten, Eudes, Vaillant usw., die Rückkehr nach Frank-
h gestattete. Sie führten die von Blanqui neubegründete Partei weiter, den

„Parti socialiste révolutionnaire“, und es war eine neue Partei nicht bloß der Namen nach. Den alten Blanquismus hatte die Niederlage der Kommune in innerste erschüttert, da sie klar gezeigt, die Taktik, Paris durch einen Hand streich zu erobern und dadurch Frankreich zu beherrschen, sei völlig aussichtslo geworden. Es galt, in ganz Frankreich festen Fuß zu fassen, überall da Proletariat zu organisieren, stark und reif zu machen, ehe man an die Erobe rung der politischen Macht denken konnte. Immer mehr näherte sich die Praxi der Blanquisten der der Marxisten, mit denen sie auch in allen wichtige Fragen zusammengingen. Bald unterschieden sie sich im wesentlichen nur noc durch ihre geographische Verbreitung und ihr Verhalten zu benachbarten sozia listischen Richtungen. Die Blanquisten hatten ihren Schwerpunkt in Paris, di Marxisten in den Industriestädten der Provinz, namentlich des Nordens. Un die Marxisten zeigten sich in ihrem Verhalten zu benachbarten Strömungen, s in den neunziger Jahren zu den Anarchisten, später zu den ministeriellen Sozia listen, vielfach schroffer und ablehnender als die Blanquisten, die bei aller sach lichen Ablehnung doch meist konzilianter waren und sich zu einem Bruche nu entschlossen, wenn sie alle Möglichkeiten einer Verständigung erschöpft hatten Dieser Unterschied entsprang wohl daraus, daß der Parti ouvrier ursprünglic in höherem Grade als der Parti socialiste révolutionnaire auf einer geschlossene Theorie beruhte.

Aber bei allen kleinen Unterschieden waren die Ziele und taktischen Methode der beiden Organisationen im wesentlichen schon vor zwei Jahrzehnten di gleichen. Ihre formelle Verschmelzung zum Parti socialiste de France auf den Kongreß zu Ivry, 3. November 1901, war nur die endgültige Bestätigung ihre lange vorher schon eingetretenen sachlichen Übereinstimmung.

Von Blanquisten kann man heute nur noch in dem Sinne von Schüler Blanquis reden, nicht aber in dem von Fortsetzern der alten Taktik, die Blanqu selbst gegen Ende seines Lebens aufgegeben.

„Die Taktik unserer Partei“, heißt es zum Beispiel im „Annuaire du part socialiste révolutionnaire“ von 1898, „besteht darin, ohne Unterlaß den Fortschritt z beschleunigen, die Reformen ins Leben zu rufen, die soziale Entwicklung zu fördern Wohl ziehen wir es vor, mit raschen Schritten unserem Endziel, der sozialen Republik entgegenzumarschieren, und die am schnellsten wirkenden Mittel sind uns die will kommensten, aber wir ziehen natürlich den langsamen Fortschritt dem Stillstand ode dem Rückschritt vor.

„Deshalb erheben wir uns mit aller Kraft gegen alle reaktionären Bestrebunger und arbeiten ohne Unterlaß daran, der Bourgeoisgesellschaft jede mögliche Reforn abzuringen, wie klein sie auch sei“ usw. (S. 59).

Man wird darin nichts von dem finden, was man gewöhnlich unte Blanquismus versteht.

Unter denjenigen, die am meisten dahin wirkten, die blanquistische Parte in diesem Sinne zu reformieren, ist aber in erster Linie Eduard Vaillan zu nennen, der von 1866 an in Heidelberg, Tübingen und Wien Medizin namentlich in der letzteren Stadt aber auch den deutschen Sozialismus studier hatte, bis ihn der Krieg nach Frankreich berief, wo er an der Kommun tätigen Anteil nahm. Ihr Sturz trieb ihn nach England, wo er in persön liche Beziehungen zu deutschen Sozialisten trat. Er ist bis heute unter den Franzosen einer der besten Kenner der sozialistischen Literatur des Auslands geblieben.

Haben aber Vaillant und Guesde und durch sie ihre Organisationen viel ,u beigetragen, die Klassenkampftaktik der deutschen Sozialdemokratie in ınkreich heimisch zu machen, so haben sie sie doch nicht sklavisch nachgeahmt, dern den veränderten Verhältnissen Frankreichs entsprechend angepaßt. Wohl ıen sie wie die deutsche Sozialdemokratie die sozialistische Methode des Kampfes en die Kirche entgegengesetzt der bürgerlichen Kulturkämpferei, die trotz allen :mens nicht vom Flecke kommt; aber wenn sie daneben auch gegen den ublikanischen Aberglauben zu Felde zogen, so war das eine Tätigkeit, für bei der deutschen Sozialdemokratie natürlich nicht die mindeste Veranlassung ·lag.

Die Bekämpfung des republikanischen Aberglaubens und der revolutionären ıdition war von Anfang an eine durch die Verhältnisse gegebene Notwendig= für die französische Sozialdemokratie, und namentlich Jules Guesde hat seiner Agitation diese Seiten stets aufs schärfste hervorgehoben, unter all= ıeiner Zustimmung aller deutschen Sozialisten, die davon etwas wußten.

Mühsam war die Arbeit der beiden sozialistischen Organisationen, nur gsam gelang es ihnen, die Massen um sich zu sammeln; und jedesmal, wenn einen großen Schritt vorwärts getan, erstand eine politische Situation, die der größere proletarische Massen oder Organisationen zu einem Bündnis den bürgerlichen Republikanern führte.

So trieb das Aufkommen des Boulangismus die Possibilisten ins Regierungs= er. Schon 1882 hatte ein Teil des Parti ouvrier unter Führung von Brousse i: der guesdistischen entgegengesetzte Richtung eingeschlagen, was zu einer altung der Arbeiterpartei führte. Die Broussisten oder Possibilisten ver= ıten gegenüber der organisatorischen Zentralisation die Autonomie der lokalen ganisationen, die „Meinungsfreiheit“, das heißt die Lockerung der Partei= ziplin, sowie gegenüber der prinzipiellen Agitation die „Realpolitik“ und die chränkung des Programms auf das zunächst Erreichbare. Damit war allen ıgeleien mit den herrschenden Parteien Tür und Tor geöffnet, was schließlich weit führte, daß die Possibilisten sich mit den bürgerlichen Republikanern einem „Block“ verbündeten, ja ihre Organe aus den Geheimfonds der gierung unterstützen ließen, als das Auftreten Boulangers den Anschein er= kte, die Republik sei gefährdet, und der alte Ruf nach Konzentration aller publikaner mit erneuter Kraft ertönte.

Blanquisten wie Guesdisten traten damals diesem Treiben auf das schärfste ızegen, unter dem vollen Beifall der deutschen Sozialdemokratie. Im Jahre 1889 r: die Gegnerschaft zwischen beiden Lagern eine so grimmige, daß sie sich nicht nal für den internationalen Kongreß, wenigstens äußerlich, zusammenfanden. Possibilisten hielten ihren eigenen Kongreß ab, die deutsche Sozialdemo= :ie wie auch die meisten sozialistischen Organisationen der anderen Länder ten gemeinsam mit Marxisten und Blanquisten.

Mit dem Boulangismus ging auch diese Blocktaktik vorüber, die Possibilisten erten sich wieder mehr der Taktik des proletarischen Klassenkampfes, gingen r auch gewaltig an Stimmen zurück. Die Blocktaktik erregte allgemeinen Ekel Proletariat und veranlaßte den Hauptteil der Possibilisten unter der Führung Allemane, sich 1890 von Brousse loszusagen und eine eigene Gruppe zu ıen, nach ihrem Führer Allemanisten genannt, die in das entgegengesetzte rem verfielen und den Parlamentarismus unterschätzten. Neben ihnen ge= ınen die beiden anderen sozialistischen Organisationen wieder zusehends an

Einfluß. Die Zahl ihrer Abgeordneten wuchs, und angezogen durch die ne
Macht, schlossen sich ihnen in der Kammer zahlreiche bis dahin radikale A
geordnete an, allerdings als „unabhängige" Sozialisten, ohne sich einer Parte
organisation einzugliedern.

Die Stärke der einzelnen Parteien zeigen folgende, allerdings nur annäher
richtige Stimmenzahlen bei den Kammerwahlen (nach Kritschewsky, „Ne
Zeit", XVI, 2, S. 469):

	1893	1898
Guesdisten	247742	382426
Allemanisten	72241	42145
Blanquisten	30000	60906
Unabhängige Sozialisten . . .	87000	354411
	436983	839888

Eine glänzende Zunahme, aber bedenklich insofern, als der Löwenanteil a
die unabhängigen Sozialisten entfiel. Von ihnen sollte auch die neueste Schwenku
ausgehen.

Das kolossale Wachstum des proletarischen Sozialismus machte den „Arbeite
fang" für die bürgerlichen Republikaner mehr als je zu einer dringenden No
wendigkeit. Wieder einmal sahen sie sich gedrängt, die Republik zu retten u
die Pfaffen zu bekämpfen; aber sie verzichteten bereits darauf, durch die
Mittelchen die Massen der Arbeiterschaft vom Sozialismus formell loszulös
und an ihre zerschlissenen Fahnen zu fesseln. Sie selbst waren zu sehr ko
promittiert und hatten jeden Kredit beim Proletariat verloren. Nur ein Mitt
blieb übrig, seine Macht wieder für bürgerliche Zwecke auszunutzen, das, d
sozialistischen Abgeordneten selbst zu gewinnen, daß sie jene bürgerliche Polit
mitmachten, die für sich allein durchzuführen die bürgerlichen Republikan
bereits zu schwach geworden waren. Da man den Sozialismus nicht meh
töten konnte, suchte man ihn zu zähmen und sich dienstbar zu machen.

Die Dreyfusaffäre schuf den günstigen Boden für dieses Experiment, d
unabhängigen Sozialisten bildeten das geeignete Material für die neue Allian
Die Annehmlichkeiten und der Einfluß, der daraus den Abgeordneten d
ministeriellen Sozialismus erwuchs, waren aber so verführerisch, daß auch g
mancher unter den bis dahin noch einer Parteiorganisation angehörenden sozi
listischen Abgeordneten dadurch verleitet wurde, ebenfalls der lästigen Parte
disziplin ade zu sagen und aus seiner alten Organisation auszutreten. Der 190
gegründete Parti socialiste français (heute bekannt als Jaurèsisten) gab si
dann eine Organisation, welche die „unabhängigen" Sozialisten einschloß, abe
die Parlamentsfraktion tatsächlich unabhängig von der Partei und den ei
zelnen Abgeordneten unabhängig von der Fraktion machte, was der letz
Kongreß nur wenig geändert hat.

Die Tendenzen der auf diese Weise neugeschaffenen Richtung des Sozialism
wurden gut gekennzeichnet durch eine Rede, die Millerand am 3. Dezember 190
in Paris hielt, damals noch nicht der aus der Partei ausgeschlossene Streb
und Ämterjäger, sondern der allenthalben, auch im deutschen Revisionism
hochgepriesene Verfechter der „neuen Methode", die den Sozialismus regeneriere
sollte. Er sagte dort (abgedruckt in Millerands „Le Socialisme réformist
français", Paris 1903, S. 54 ff.) unter anderem:

„In seinem bemerkenswerten Werke ‚Socialisme d'Opposition, Socialisme d
Gouvernement' hat mein Freund Josef Sarraute mit großer Schärfe und Kra

:getan, daß die Idee des Klassenkampfes in der heutigen Gesellschaft ebenso falsch : gefährlich ist, wenn man sie isoliert von ihrer Ergänzung, der Solidarität der ıssen. . . .

„Kein Geld, keine Reformen. Es ist denn auch die dringende Pflicht der sozia-ischen Deputierten, mit ängstlicher Wachsamkeit alle Kapitel des Budgets zu ıfen. Und sie werden es, denke ich, ein wenig kindisch finden, wenn sie nach der skutierung und Abstimmung über alle diese Details ihre Gesamtheit ablehnen r sich doch der Abstimmung darüber enthalten sollen unter dem Vorwand der thodoxie.

„Das Wachstum der Produktivkräfte und des Reichstums des Landes, die Ver-ctung seiner natürlichen Reichtümer und seines Kolonialbesitzes sind für die beiter ebensoviel Lebensfragen.

„Ja, die Franzosen, alle Franzosen, haben das gleiche Interesse daran, ß Frankreich reich sei, daß es stark sei, stark nicht bloß durch seine Allianzen, ıe militärische und finanzielle Macht, sondern auch durch das Prestige, eine große Nation in der Welt erlangt, die vollkommen friedlich und entschlossen ihre Kraft nur im Dienste des Rechtes zu gebrauchen.

„So zeichnet sich scharf die Physiognomie der sozialistischen Demokratie, die sich ı allen anderen Parteien unterscheidet durch ihre ursprüngliche Sorge für die beiterbewegung und die ökonomische Befreiung, und die verbunden ist mit der olutionären Tradition, den republikanischen Institutionen und den anderen ublikanischen Parteien durch die klare Erkenntnis der politischen Bedürfnisse, für sie Lebensbedingungen sind.

„Sie trachtet daher danach, in einem gemeinsamen Vorgehen miteinander jene nokraten, die über die Arbeiterfragen besser informiert sind, und jene Sozialisten vereinigen, die zu einer besseren Einsicht der Verpflichtungen einer großen Demo-:ie gekommen sind, die leben will."

Diese Ausführungen näher zu beleuchten, würde zu weit führen, ist auch :rflüssig. Nur ein Punkt sei hervorgehoben, der leicht mißverstanden werden ın, der Hinweis auf das solidarische Interesse aller Klassen, ihr Land reich sehen. Sicher haben alle Klassen dieses Interesse — aber dabei doch nicht gleiche Interesse, denn jede versteht etwas anderes unter Reichtum. :r Reichtum des Arbeiters besteht in hohen Löhnen und billigen Lebens-teln, aber dadurch kollidiert er ganz gewaltig mit dem Reichtum des Kapi-sten, der in hohen Profiten und niederen Löhnen, wie dem des Grund-tzers, der in hohen Grundrenten und hohen Lebensmittelpreisen besteht.

Oder will man den Reichtum nicht gesellschaftlich fassen, sondern stofflich Menge von Produkten? Nun, die Überproduktion ist das Problem der dernen Ökonomie, und die bürgerlichen Ökonomen preisen die Kartelle, weil die Produktion der Produkte, also des Reichtums, einschränken. Und für große Masse der französischen Politiker ist ein Überfluß an Lebensmitteln in ınkreich gleichbedeutend nicht mit dem Reichtum, sondern der Armut des Landes. Die reichen Länder, sagte Destutt de Tracy vor bald hundert Jahren, sind e, in denen das Volk arm ist, und umgekehrt. Der Bourgeois sah da die ssengegensätze besser als der sozialische Minister, der die Proletarier von Solidarität der Klassen überzeugen wollte, die sie zu Kolonialpolitik und litarismus verpflichte — freilich mit dem Vorbehalt, daß das Schwert nur ı Dienste des Rechtes" gezogen werde. Als ob nicht auch der Zar diese densart gebrauchte, so oft er einen Krieg begann!

Noch deutlicher als vor den Arbeitern sprach Millerand vor den Kapitalisten. erklärte er am 22. Juni 1900 vor den 600 Kapitalisten, die auf dem

Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie vereini waren:

„Von nun an wird man nicht mehr gegeneinander das Volk und die Bourgeoi bewaffnen, die Arbeiter und die republikanischen Unternehmer, die gleichen Ursprun sind. Wenn die Regierung kein anderes Resultat erlangt hätte, als die Notwendi keit der Allianz zwischen Bourgeois und Arbeiter zu erweisen, hätte sie nicht bl der Republik, sondern dem Lande einen Dienst erwiesen, auf den sie stolz sein darf (Zitiert von Ch. Verecque, Trois années de participation socialiste à un gouvern ment bourgeois.)

Dieser Politik entsprach es, wenn Herr Levy in seinem zur Verherrlichun Millerands geschriebenen, hier schon einmal zitierten Buche sich für das Bündn zwischen Waldeck-Rousseau dem Opportunisten und Millerand dem Sozialist begeisterte und schrieb:

„Diese Übereinstimmung zeigt den politischen Geist, der zwei große Fraktion des Proletariats und der Bourgeoisie beseelt; er bezeugt eine neue und, wie w hoffen, definitive Richtung in der Politik unseres Landes.

„Von nun an sind durch ein unzerreißbares Band miteinander verbund die republikanische Bourgeoisie, die glaubt, die beste Methode, den sozial Frieden zu sichern, sei die rechtzeitige Gewährung notwendiger Reformen, und je Fraktion der sozialistischen Partei — ihre bei weitem bedeutendste —, die, g leitet von dem Ideal ihrer Grundsätze, sich bemüht, jeden Tag von der Republ eine Tat der Billigkeit und Güte für das Volk zu erlangen" (S. XI).

Damit stand im Einklang das Streben des ministeriellen Sozialismus, d Traditionen der großen Revolution wieder zu galvanisieren. Die sozialistisch Bewegung wurde hingestellt als Vollenderin der Prinzipien der Revolutio Das Programm, das sich die neue Partei auf dem Kongreß von Tours 190 gab, erklärte:

„Historisch und seit der französischen Revolution haben die Proletarier begriffe daß die Erklärung der Menschenrechte illusorisch bliebe ohne eine soziale Un formung des Eigentums."

Gabriel Deville erklärte damals: „Unsere Prinzipien sind die wahrhaf Verwirklichung der Menschenrechte. . . . Ich mache mich anheischig, unse ganze Theorie aus den Menschenrechten abzuleiten."

So wurde über den „veralteten" Marx hinaus diese allerneueste Phase de Sozialismus begründet auf die Menschenrechte von 1789, auf die Gedanke gänge des aufkommenden Liberalismus.

Von der Praxis, die sich auf diese Theorien aufbaute, haben wir scho genügende Proben kennen gelernt.

Je mehr aber so ein starker Teil der sozialistischen Deputierten und ihre Anhanges in der Wählerschaft sich der bürgerlichen Demokratie näherte un dem Ministerialismus verfiel, desto stärker machte sich in der Masse de kämpfenden Proletariats ein Rückschlag fühlbar.

Es ist bemerkenswert, daß jedesmal, so oft die Taktik des Staatssozia lismus oder der Vereinigung von Sozialisten und bürgerlichen Demokrate hervortritt, ihr als Gegensatz eine antistaatliche und antiparlamentarische Strö mung folgt. Wir haben gesehen, wie in Frankreich nach der Junischlacht a Stelle Louis Blancs Proudhon bei den Arbeitermassen in den Vordergrund trat

Die blutige Maiwoche machte nicht bloß der Kommune, sondern auch den Proudhonismus (wenigstens im sozialistischen kämpfenden Proletariat) ein

de, das heißt dem Glauben, durch seine kleinen, friedlichen Mittel sei das oletariat zu emanzipieren und eine neue Gesellschaftsform zu begründen.

An Stelle des friedlichen Anarchismus kam nach der Kommune der terro- ische Anarchismus Bakunins unter den romanischen Sozialisten zur Blüte, anfangs noch zu Putschen neigte, als aber deren Aussichtslosigkeit mehr mehr offenbar wurde, die individualistische Propaganda der Tat predigte.

Als dann in Frankreich die Possibilisten den Block mit den bürgerlichen publikanern gegen den Boulangismus begründeten, da gedieh auch, als genstück dazu, die Propaganda der Tat. Die Zeit von 1892 (Ravachol) bis 94 (Caserio) bildet den Höhepunkt des gewalttätigen Anarchismus in Frank- h.

Das machtvolle Anwachsen des Marxismus setzte ihn auf den Aussterbe- t, aber der sozialistische Ministerialismus ließ wieder eine neue Form des tiparlamentarismus erstehen, allerdings eine weit höhere und sympathischere die Propaganda der Tat: die Propagierung des **Generalstreiks** nicht Pressionsmittel, das eventuell, wenn alle anderen Mittel versagen, den rlamentarismus ergänzen und stützen kann, sondern als normales Mittel Aktion, um die Teilnahme des Proletariats an den parlamentarischen mpfen überflüssig zu machen.

Zu den Gegnern des Generalstreiks in diesem Sinne gehörte von Anfang Jules Guesde, während gerade spätere Jaurèsisten sehr mit ihm liebäugelten. Extreme berühren sich.

Die Wurzeln der antiparlamentarischen Generalstreiklerei sind zu suchen mal im Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, dann aber im wachsenden l über die parlamentarische Korruption und über den damit verbundenen lamentarischen Kretinismus, der jedes Gefühl und jedes Interesse für die pfende Masse verliert und seine Akte nicht danach bemißt, wie sie auf diese ken, sondern danach, welchen Einfluß sie auf das parlamentarische Intrigen- l üben können.

Der letzte Kongreß von Bourges hat deutlich gezeigt, wie sehr die Masse organisierten Arbeiter Frankreichs von dem Interesse für den Generalstreik für eine revolutionäre, antiparlamentarische Aktion erfüllt ist.

Diese Tendenzen der französischen Gewerkschafter sind tief in den Verhält- en begründet. Sie mußten in dem Maße erstarken, in dem der Ministeria- ius unter den sozialistischen Abgeordneten wuchs, denn um so schreiender de der Gegensatz zwischen den Illusionen der letzteren von der Solidarität Klassen in der Republik und der Wirklichkeit der Zuspitzung der Klassen- nsätze, die gerade in der Republik am deutlichsten zutage treten.

Aber ist der Antiparlamentarismus der Generalstreikler auch begreiflich, so er nichtsdestoweniger völlig verkehrt. Sicher sind die sozialistischen Ab- dneten in der Kammer ohnmächtig ohne die Pression der arbeitenden Masse außen, aber ebenso sicher bedarf die Kraft dieser Masse eines Werkzeugs rhalb des Parlamentes selbst, soll sie sich zur gesetzgebenden Tat gestalten, dieses kann zuverlässig und zweckmäßig nur durch eine starke sozialistische ktion im Parlament gebildet werden.

Andererseits ist es sicher, daß der Parlamentarismus ein bürgerliches Herr- ftsmittel darstellt, das die Tendenz hat, alle Abgeordneten, auch die anti- zerlichen, aus Dienern des Volkes in seine Herren, gleichzeitig aber in ner der Bourgeoisie zu verwandeln. Indes wird diese Gefahr um so größer,

je weniger das Proletariat sich um die Parlamentarier kümmert, je mehr ihnen freie Hand läßt, indem es sich voll Entrüstung und Verachtung von ihn abwendet.

Es geht mit dem Parlamentarismus wie mit der Presse. Auch sie ist e Herrschaftsmittel des Kapitalismus, auch sie hat allenthalben die Tendenz, d Journalisten zu einem Herrn des Volkes und zu einem Diener des Kapita zu machen. Dem Journalismus wohnt die Tendenz inne, ebenso korrumpiere zu wirken wie der Parlamentarismus. Aber deswegen werden die Generalstreikl doch nicht die Abkehr von der Presse predigen. Die Presse ist eines der Her schaftsmittel der Bourgeoisie, aber auch ein Machtmittel des Proletariats, oh das es seinen Klassenkampf nicht führen kann. Eine starke eigene Presse eine der Vorbedingungen der Eroberung der politischen Macht. Nicht die le Entrüstung über die feile Presse, sondern die Unterwerfung der Presse unt die proletarische Disziplin ist hier die Aufgabe des Proletariats, und dassel gilt vom Parlamentarismus. So unverkennbar seine Gefahren sind, er ist n wendig, und parlamentarischem Kretinismus, parlamentarischer Korruption u Impotenz wirkt man nicht durch wohlfeile Entrüstung entgegen, sondern ebe falls nur dadurch, daß man die Abgeordneten der Disziplin des organisiert Proletariats unterwirft.

Die „Meinungsfreiheit“ der sozialistischen Journalisten und Abgeordnet in Frankreich, ihre Unabhängigkeit von den proletarischen Organisationen, d Möglichkeit, daß ihre Politik im Gegensatz zu diesen steht, das ist der Kreb schaden seiner sozialistischen Bewegung; sie hat erst den Ministerialism möglich gemacht, sie und nicht bloß die Blockpolitik muß beseitigt sein, soll die Massen des organisierten Proletariats wieder Zutrauen zu den sozialistisch Parlamentariern bekommen. Nicht bloß die beiden politischen Parteien, d Parti Socialiste de France und der Parti Socialiste Français, sind bei d Einigung in Betracht zu ziehen, sondern ebenso sehr die Confédération du tr vail. Deren Massen zu gewinnen, ist zum mindesten ebenso notwendig, w die beiden politischen Organisationen zu verschmelzen, und bei einer Einigu dieser letzteren wäre der Schaden größer als der Nutzen, wenn sie unter B dingungen vor sich ginge, welche die Mehrheit der gewerkschaftlich organisiert Arbeiter abstießen, statt sie mit neuer Zuversicht in die Zuverlässigkeit ihr Vertretung im Parlament und der Parteipresse zu erfüllen.

Nicht um zwei, sondern um drei Richtungen handelt es sich heute wied in der sozialistischen Bewegung Frankreichs, ebenso wie 1848, drei Richtunge die manche Verwandtschaft mit denen Blanquis, Louis Blancs und Proudho aufweisen, dabei aber doch nicht mehr so sehr voneinander getrennt sind w diese, mehr Gemeinsames aufweisen. Berufen sich doch die Wortführer all drei Parteien auf Marx, freilich zwei davon nur bedingt, indem sie ihn „e gänzen“, die einen durch die unsterblichen Prinzipien von 1789 und 1793, d anderen durch eine Überordnung der Ökonomie über die Politik und ei Unterschätzung der Bedeutung der Staatsgewalt, ganz im proudhonistisch Sinne.

Dem gegenüber hält der „Parti Socialiste de France“ an dem Ziele d Eroberung der politischen Macht fest, das er vom Blanquismus übernomme Aber dabei hat er die Einseitigkeit des ursprünglichen Blanquismus übe wunden, die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit wie die Te nahme an der Gesetzgebung zu Zwecken der Sozialreform in sich aufgenomme

Dagegen bedeutet der sozialistische Ministerialismus die Wiedererweckung id Modernisierung des praktischen Standpunktes Louis Blancs, der mit arxistischen Anschauungen verquickt ward, wie der Antiparlamentarismus der eneralstreikler die Umwandlung des Proudhonismus aus dem Kleinbürger- hen ins Proletarische, aus dem Friedlichen ins Revolutionäre darstellt.

Die Aufhebung der Einseitigkeit dieser beiden Richtungen ist im Interesse s französischen Sozialismus dringend geboten. Sie kann nur erfolgen auf m Boden des Marxismus, auf den die Amsterdamer Beschlüsse von neuem ngewiesen haben.

Das ist die heutige Situation des Sozialismus in Frankreich. Ich habe vas weit ausholen müssen, um ihre historischen Wurzeln bloßzulegen; aber hoffe, dies ist mir gelungen und ich habe vermocht zu zeigen, daß die Spal- ngen des französischen Sozialismus nicht in der Unverträglichkeit und Eifer- ht des einen oder anderen der führenden Genossen zu suchen sind, wie nige Kritiker mit überlegener Miene auseinandergesetzt haben, sondern aus n Verhältnissen selbst erwuchsen, Verhältnissen, die bis auf die große Revo- tion zurückgehen und daher nicht immer leicht überwunden werden konnten.

Es ist mir aber hoffentlich auch gelungen zu zeigen, daß die Propaganda uesdes gegen den republikanischen Aberglauben und die revolutionären Tra- tionen nichts Unerhörtes ist, daß sie vom Beginn der sozialistischen Propa- nda nach dem Falle der Kommune an eine Notwendigkeit war und daß der itsche Sozialismus sie von Anfang an gebilligt hat, da sie ja aus einer sinn- näßen Übertragung ihrer Taktik des Klassenkampfes auf französische Verhält- se entsprang.

Endlich aber haben wir auch gesehen, daß die Kritik des republikanischen erglaubens keineswegs zu Gleichgültigkeit gegen die Staatsform führt. Viel- hr gerade, weil wir dieser eine große Bedeutung für den Klassenkampf Proletariats zuschreiben, müssen wir eine Staatsform bekämpfen wie die tte französische Republik, in der die jeweilig herrschende Klasse mit allen rschaftsmitteln der zentralisierten Monarchie bewaffnet wird. Diese Herr- aftsmittel zu zertrümmern, nicht sie zu stärken, ist eine der wichtigsten Auf- en der französischen Sozialdemokratie. Die dritte Republik, wie sie ist, et den Boden nicht für die Emanzipation, sondern nur für die Unter- ckung des Proletariats. Erst wenn der französische Staat in dem Sinne Verfassung der ersten Republik und der Kommune umgestaltet wird, kann zu jener Form der Republik, zu jener Staatsform werden, für die das nzösische Proletariat seit mehr als elf Jahrzehnten gearbeitet, gekämpft, lutet hat.

Der erste Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Von **Arthur Stadthagen.**

Vom 28. bis 31. Dezember vorigen Jahres wurde der erste Parteitag der ialdemokratie Preußens abgehalten. Von den 3010771 bei den letzten chstagswahlen für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen entfielen 9998 auf Preußen, von den im Juni 1903 gewählten 81 sozialdemokra- en Abgeordneten sind 32 in Preußen gewählt, das insgesamt 235 Ab- dnete in den deutschen Reichstag zu entsenden hat. Dennoch hat die

preußische Sozialdemokratie bislang einen besonderen Parteitag nicht einberufe
im Gegensatz zu den meisten deutschen Partikularstaaten. Anlaß zur Ei
berufung des ersten preußischen Parteitags gab die wachsende, für Deutschla
bestimmende Reaktion in Preußen. Gegen sie als öffentlicher Ankläger a
zutreten, die breiteste Öffentlichkeit gegen die immer unverhüllter auftretend
Pläne der preußischen Junkerschaft und nacktesten Klassenherrschaft aufzurufe
die Forderungen der erwerbstätigen Bevölkerung durch ein Volksparlame
gegen das Dreiklassenparlament auszusprechen, das war der Zweck des Part
tags. Dieser Zweck ist über Erwarten gelungen. Der Parteitag hat auf d
von ihm behandelten Gebieten mit Einhelligkeit Stellung genommen. Er w
eine Massendemonstration eindringlichster Art gegen das Geldsacksparlame
und gegen die von diesem ausgehenden Attentate auf die Menschenrechte d
Unterdrückten.

Den Gegenstand der Tagesordnung des Parteitags bildeten der preußis
Wohnungsgesetzentwurf, der Schulgesetzentwurf beziehentlich der Schulgese
kompromiß der maßgebenden Parteien im Landtag, der „Gesetzentwurf betreffe
die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des G
sindes“, sowie das Landtagswahlrecht.

Die Rückständigkeit des preußischen Wohnungsgesetzentwurfes, d
das Wohnungselend in den Städten in völlig unzulänglicher Weise, das a
dem platten Lande gar nicht eindämmen will, wurde in packender Weise v
Hugo Heimann gekennzeichnet. Das liebevolle Bestreben, die Wohnung
mißstände zu konservieren, klingt deutlich aus dem vom Berichterstatter
wähnten Satze der Motive heraus:

„Mit Rücksicht auf all diese Verhältnisse, die für die ländlichen Gemeind
und die vorwiegend Landwirtschaft betreibenden Teile des Staatsgebiets vielfa
schwerwiegende Nachteile im Gefolge gehabt haben, bedarf die Frage einer so
fältigen Prüfung, ob von einem auf die Beseitigung der vorhandenen Wohnung
mißstände gerichteten Vorgehen ein unerwünschter Einfluß auf die Vermehru
des Zuzugs der ländlichen Bevölkerung nach den Städten und Industriezweig
zu erwarten ist.“

Nach der scharfen Darlegung, daß der preußische Entwurf in dem, was
bringt, und in dem, was er nicht bringt, völlig ungenügend ist, betonte d
Referent, daß eine Gesundung der Wohnverhältnisse für die Massen sich e
erreichen läßt, wenn der Grund und Boden von allen kapitalistischen Inte
essen losgelöst ist und sich im Gemeinbesitz der Gesellschaft befindet. Die v
ihm aufgestellten Forderungen, die zwecks Linderung der heutigen Wohnung
not heute möglich und nötig sind, faßte er in nachstehender Resolution z
sammen:

„Die kapitalistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft schafft auf de
Gebiete des Wohnungswesens Zustände, die für die breiten Volksmassen in Sta
und Land die schwersten Schädigungen in gesundheitlicher, sittlicher und materiell
Hinsicht herbeiführen.

Das Privateigentum an Grund und Boden mit seinen monopolistischen Wirkung
hat namentlich in den Städten die Rente aus Grund- und Hausbesitz maßlos
die Höhe getrieben und dadurch bewirkt, daß die Arbeiterklasse den vierten b
dritten Teil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben muß.

Die unerschwinglich hohen Mieten zwingen entweder zur Aufnahme von Aft
mietern und Schlafgängern in die Familienwohnungen, wodurch eine mit schwer
gesundheitlichen und sittlichen Übelständen verbundene Überfüllung der Wohnung

herbeigeführt wird, oder es werden Räume für Wohnzwecke benützt, die zur Behausung von Menschen ungeeignet sind.

Um eine durchgreifende Änderung dieser Verhältnisse zu bewirken, bedarf es der Loslösung des Grund und Bodens von allen kapitalistischen Interessen, da diese einzig und allein auf Auswucherung des Grund und Bodens und möglichste Steigerung der Grundrente abzielen.

Erst auf dem im Allgemeinbesitz befindlichen, nicht dem Kapitalismus dienstbaren Grund und Boden können gesunde zweckentsprechende Wohnungsverhältnisse für die Arbeiterklasse geschaffen werden.

Die bürgerliche Gesellschaft ist weder gewillt noch — wie die bisher gemachten Wohnungsreformvorschläge beweisen — befähigt, der infolge der kapitalistischen Ausbeutung entstandenen Wohnungsnot der Arbeiterklasse durchgreifend entgegenzutreten.

Auch der von der preußischen Regierung veröffentlichte Wohnungsgesetzentwurf ist völlig ungenügend, den schweren auf dem Gebiete des Wohnungswesens vorhandenen Mißständen ernstlich zu begegnen.

Durch die Beibehaltung des Geldsackswahlrechts für Staat und Gemeinde, durch die Fortdauer der besonderen Bevorrechtung der Hausbesitzer bei den Gemeindewahlen erstickt der Entwurf jede gesunde und wirksame Wohnungsreform im Keime.

Von der alle kulturellen und freiheitlichen Bedürfnisse des Volkes zurückdrängenden preußischen Regierung ist ebensowenig eine ausreichende Wohnungsreform zu erwarten, wie von dem preußischen Landtag, der, das Zerrbild einer Volksvertretung darstellend, nur kapitalistischen Interessen dient, und in dem eine klerikal-absolutistische Majorität ihr volks- und arbeiterfeindliches Wesen treibt.

Die wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung hat zur Voraussetzung einen maßgebenden Einfluß des Proletariats auf Staat und Gemeinde, der nur durch die Eroberung der politischen Macht errungen werden kann.

Der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie fordert daher unter Verwerfung des preußischen Gesetzentwurfes:

1. den Erlaß eines umfassenden Reichswohnungsgesetzes, unter anderem mit Bestimmungen für die in den einzelnen Gemeinden zu erlassenden Wohnungsordnungen und weitgehendem Enteignungsrecht zugunsten der Gemeinden;
2. Schaffung eines Reichswohnungsamtes als Zentralinstanz für die in allen Gemeinden zu errichtenden kommunalen Wohnungsämter;
3. Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Einwohner der Gemeinde. Aufhebung aller Vorrechte für die Hausbesitzer;
4. völlige Selbstverwaltung der Gemeinden.

Erst wenn diese politischen Vorbedingungen gegeben sind, werden die Gemeinden die Wohnungsnot ernstlich bekämpfen können. Als hierfür geeignete Mittel kommen in erster Linie in Betracht:

a. Erhaltung und Vermehrung des Gemeindeeigentums an Grund und Boden;

b. Errichtung von Häusern mit gesunden, dem Bedürfnis der breiten Massen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden. Diese Wohnungen sind zu Mietspreisen abzugeben, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden;

c. Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden;

d. Aufstellung von umfassenden Stadterweiterungsplänen und Erlaß abgestufter Bauordnungen.

e. Übernahme der Verkehrsmittel in kommunale Regie und planmäßige Aufschließung des Gemeindegebietes."

In der Debatte wurde von einigen Rednern und Rednerinnen das Wohnungselend in Stadt und Land aus eigener Anschauung geschildert und

dem Referenten in allen Punkten zugestimmt. Die Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme.

Der Schulgesetzentwurf beziehungsweise der Schulgesetzkompromiß der maßgebenden Parteien im Landtag lautete der zweite Gegenstand der Tagesordnung. Er war durch den bekannten Kompromiß zwischen Liberalen und Konservativen über eine noch stärkere Verfrommung der Volksschulen hervorgerufen. Der Berichterstatter Dr. Leo Arons schlug folgende Resolution zu diesem Thema vor:

„Die Volksschule ist unter der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaft zu einer Anstalt entwickelt worden, deren vornehmste Aufgabe ist, die bestehende Klassenherrschaft zu erhalten und die vorhandenen staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten zu stützen.

Um diesen Zweck in höherem Grade zu erreichen, ist die Schule dem Einfluß und der Herrschaft der Kirche unterworfen, ist der Geistliche zum Vormund des Lehrers eingesetzt worden, ist anstatt der Einheitsschule für sämtliche Kinder des Volkes ein nach den sozialen Schichten geschiedenes Schulsystem entwickelt worden, das darin gipfelt, daß der Lehrstoff für die in den eigentlichen Volksschulen vereinigten Schüler auf das dürftigste bemessen ist.

Obgleich die preußische Volksschule längst von dem Volksschulwesen in vielen anderen Staaten überflügelt wurde, und obgleich es die Entwicklung des modernen Wirtschaftssystems in hohem Grade fördert, wenn auch der letzte Arbeiter ein höheres Maß von Wissen und Können besitzt, hat ein großer Teil der sich liberal nennenden Bourgeoisie sich mit den ausgesprochensten Feinden der Volksbildung zu dem sogenannten Schulkompromiß vereinigt.

Das Schulkompromiß ist ein Verrat an den bisherigen Kulturerrungenschaften, ein Akt namenloser Feigheit einer sich liberal nennenden Bourgeoisie, die damit die Volksschule endgültig zur Dienerin der Kirche herabwürdigen will.

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen sieht in der allgemeinen möglichst hohen Volksschulbildung Aller ein eminentes Kulturelement, das die geistigen und materiellen Interessen des Volkes aufs höchste fördert.

Von diesem Gesichtspunkt aus fordert der Parteitag als Mindestmaß zur Hebung des Volksschulwesens in Preußen:

1. die Trennung der Schule von der Kirche, das heißt die gänzliche Beseitigung des Einflusses der Geistlichkeit in der Schule und die Ausscheidung jedes religiösen Unterrichts aus dem Lehrstoff der Schule;

2. die Einheitsschule für alle der Schulpflicht unterworfenen Schüler; neben der Unentgeltlichkeit des Unterrichts auch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel; Beschränkung der Schülerzahl auf ein Maß, das dem Lehrer die volle Unterweisung seiner Schüler ermöglicht; bessere Ausbildung und Besoldung der Lehrerschaft;

3. Schaffung von Schulräumen und Lehrmitteln, die den Anforderungen der Hygiene und der vorgeschrittensten Pädagogik entsprechen;

4. Ernährung und Bekleidung aller hilfsbedürftigen Schüler.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, im Sinne der vorstehenden Forderungen die Agitation für eine Umgestaltung des Volksschulwesens in Preußen mit größtem Nachdruck zu betreiben.“

Die Resolution und ebenso die Verhandlung über dieses Thema beschränkte sich mit Recht nicht auf Zurückweisung des Versuchs, die Volksschule zwecks geistiger Unterdrückung in noch stärkerem Maße als heute an die Geistlichkeit auszuliefern, sondern behandelte auch die allerdringendsten Mindestforderungen auf dem Schulgebiet. Sie wurden durch Zusatzanträge noch in etwas erweitert. Wally Zepler beantragte, einen „gemeinsamen Unterricht von Knaben und Mädchen bis in die höchsten Klassen“ zu fordern. Lilly Braun verlangte die

esondere Betonung einer „Beseitigung der Bestrebungen, die darauf ausgehen, ie Schule statt zu einer Pflegstätte vorurteilsloser Bildung zu einem Werkzeug olitischer Verhetzung zu machen". Beide Antragstellerinnen begründeten ihre Zusatzanträge in recht wirkungsvoller Weise; die Vorführung einiger Beispiele ir die zurzeit herrschende Lehre des Mordspatriotismus und Byzantinismus us preußischen Volksschulbüchern zeigte, wie tief das Schamgefühl der herr- henden Klasse gesunken ist, wenn es sich um Anwendung von Mitteln zur Verblödung der ihr anvertrauten Jugend handelt. Beide Anträge und die Resolution selbst wurden einstimmig angenommen.

Aus der Debatte möge die Ausführung eines Landarbeiterkindes Anführung nden. Paech (Schwiebus) führte aus seinen Erlebnissen folgendes an:

„Wie es in den Junkerschulen aussieht, weiß ich aus eigener Erfahrung. Die unker besitzen noch das Privileg, die Schulkinder nach Kräften ausbeuten zu können. on 6 bis ½9 Uhr morgens gehen die Kinder zur Schule, und dann werden sie s Sonnenuntergang ausgebeutet. Was sie da lernen, kann man sich denken, die eute können, wenn sie zwei oder drei Jahre aus der Schule sind, knapp ihren amen deutsch schreiben — lateinisch können sie es überhaupt nicht. Auch die Schul- rien richten sich danach, wie die Kinder zur Landarbeit gebraucht werden. Die inder müssen für die Junker Kartoffeln graben, aus diesen Kartoffeln wird dann chnaps hergestellt zur weiteren Verdummung der Massen. (Sehr gut!) Ich habe s Kind 40 Pfennig pro Tag für solche Arbeit erhalten und täglich zwei Glas chnaps. Herr Gamp hat allerdings im Reichstag bestritten, daß so etwas vor- mmt. Wenn er es wieder bestreiten sollte, so schicke man ihn nur an meine Adresse. aß die Disziplin und die Sitten der Kinder darunter leiden, ist erklärlich. Wo es h um andere Stellvertreter Gottes handelt, da achtet die Regierung auf Disziplin, i den Lehrern tut sie das Gegenteil. Dagegen müssen wir Protest erheben. Ebenso ben wir dagegen zu protestieren, wenn Lehrer ihr Amt dazu mißbrauchen, um ozialdemokraten an den Pranger zu stellen."

Diese Ausführung erinnert an die Darlegungen des Abgeordneten Gamp der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Februar 1899:

„Es wäre ein wesentlicher Vorteil, namentlich für den kleinen Grundbesitz und ländlichen Arbeiter selbst, wenn den älteren Kindern in den Morgenstunden der hulunterricht zuteil würde, vielleicht von 6 Uhr bis 9 oder 10 Uhr, wie es in len Gegenden der Fall ist. Dann, meine Herren, befänden sich die kleinen Bauern der Lage, im Sommer ihre Kinder und die Kinder der ländlichen beiter fast den ganzen Tag auszunutzen, das, meine Herren, wäre für sie großer Vorteil."

Der damalige Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein führte in der- ben Sitzung aus:

„Die Anschauungen, die der Lehrer in der Schule vertritt, sind daran schuld, ß viele Kinder den Begriff dafür verlieren, wofür der liebe Gott auf das Land gesetzt hat, daß sie dort ihr Unterkommen finden len."

Dann heißt es in der Rede des Ministers weiter, es sei erforderlich,

„daß die Kinder in dem Glauben groß werden, daß es nötig ist, auf dem ide zu arbeiten, daß es eine hochwichtige Tätigkeit ist, das Vieh ver- nftig zu warten, die Kühe zu melken, daß es viel ehrenwerter ist, n Beruf treu zu bleiben, in dem die Eltern gestanden (Bravo! rechts), in der Stadt in die Fabrik zu gehen. Das wird aber den Kindern t den heutigen Lehrern, die selbst eine ganz andere Anschauung ben, nicht mehr beigebracht."

Wenn trotz solcher Anschauung in den maßgebenden Kreisen und trotz der Mißhandlung des geistigen Wohles der Kinder Männer wie der Genosse Paed den Weg zu einer besseren Bildung finden, so zeugt dies in erfreulichster Weise von dem unaustreibbaren, elementaren Bildungsdrang der erwerbstätigen Bevölkerung.

Neben mir saß ein alter Berliner Arbeiter, der auf dem Lande großgezogen ist. Er meinte: Ich bin noch unter den Raumerschen Regulativen groß geworden, mit mir so viele Genossen, man sieht, alle Versuche, dem Volke die Dummheit zu erhalten, nutzen nichts, der Drang nach Bildung läßt sich uns nicht austreiben, wir müssen aber darauf sehen, daß unsere Kinder es leichter haben als wir. Und daß dieser Ansicht der gesamte Parteitag war, zeigte die einstimmige Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Ein großer Teil der Debatte drehte sich um folgenden, von Wolfgang Heine gestellten, schließlich mit erdrückender Mehrheit gegen etwa 10 Stimmen abgelehnten Antrag:

„In der Resolution zur Schulfrage die Worte: ‚und der Ausscheidung jedes religiösen Unterrichtes aus dem Lehrstoff der Schule' zu ersetzen durch:

„und den Ersatz des konfessionellen Religionsunterrichtes durch Unterweisung in Religionsgeschichte, Moral und Kunstpflege, Gestaltung des gesamten Unterrichtes nach den Grundsätzen fortgeschrittener Pädagogik."

Gegen diesen Antrag wurden formelle und materielle Gründe geltend gemacht. In formeller Richtung wurde betont, daß man nicht gut einige Punkte eines Lehrplans hervorheben könne, ohne einen Lehrplan vorzuschlagen. In materieller Hinsicht wurde bekämpft, daß durch eine Hintertür wieder hineingelassen werden solle, was zur Vordertür herausgeworfen sei, und betont, daß der Begriff „Moral" ein schwankender Begriff ist. Beide Gründe dürften durchaus zutreffende sein. Der heutige Religionsunterricht dient nicht der geistigen Erhebung, sondern den Interessen der herrschenden Klasse. Diese sieht in der Religion ein Mittel, um der „Begehrlichkeit" der Massen einen Zügel anzulegen. „Manchen Fürsten ist der Herrgott der Knecht Ruprecht, mit dem sie die Kinder zu Bette jagen, wenn nichts anderes mehr helfen will, und daher sie auch viel auf ihn halten", meinte Schopenhauer. Die herrschende Klasse hält sich für hinreichend gebildet, um der Religion entraten zu können, für das Volk ist ihr die Religion unentbehrlich. Schrieb doch selbst Goethe:

> Wer Wissenschaft und Kunst besitzt,
> Hat auch Religion,
> Wer diese beiden nicht besitzt,
> Der habe Religion.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß in Staaten, in denen wie in Amerika, Frankreich, Belgien der Religionsunterricht aus der Schule entfernt ist, die Muckerei in größtem Schwange ist, so übersieht man, daß in diesen Staaten nicht die Pfafferei bekämpft, nicht die Religion aus dem Erziehungsunterricht des Volkes entfernt, sondern lediglich eine andere, die geistliche Instanz als Erziehungsinstanz für das religiöse Gebiet eingesetzt ist. Diese Art Gesetzgebung ist bürgerliches Werk. Der klassenbewußte Arbeiter bekundet durch seine Forderung „Religion ist Privatsache" Achtung vor jeder religiösen Überzeugung, aber ist sich bewußt, daß er jede Organisation zu bekämpfen hat, die die Religion zum Deckmantel anderer Bestrebungen macht. Lebt in der untergehenden

ürgerlichen Welt der Mystizismus wieder auf, so mag er dort bleiben; mit r Empfindungswelt des kämpfenden, ringenden, strebenden Arbeiters hat er chts gemein. Es ist erfreulich, daß mit solcher Entschiedenheit der Antrag eine abgelehnt ist, über dessen Tragweite der Antragsteller selbst sich offenbar cht klar war. Es liegt eine Welt geistigen Ringens zwischen Robespierre, r durch Parlamentsbeschluß das höchste Wesen einsetzte und den Atheismus r aristokratisch erklärte, und dem heutigen Sozialdemokraten, der vorurteils- ses Erkennen aller Dinge anstrebt und sich des Zusammenhanges der ideo- gischen Anschauungen mit der ökonomischen Struktur der Gesellschaft klar wußt ist. In der Debatte äußerte Erdmann, der Begriff „Moral" sei ein wankender. Damit hat er unzweifelhaft recht und hätte unter Hinweis auf ankreich hinzufügen können, daß auch der Moralunterricht zur geistigen Unter- ückung mißbraucht wird. Wenn dann Wolfgang Heine äußerte: „Mit uten, die die Moral für eine bürgerliche, die Unterdrückung des Volkes be- eckende Hinterlist zu halten scheinen, diskutiere ich nicht", so bezeugten die rteitagsmitglieder in ihrer überwiegenden Mehrheit durch ihr Verhalten, daß rm und Inhalt solcher Äußerung Zurückweisung verdienen.

Neben der Resolution über den Kompromiß wurden 3 Anträge zur Schul- ge angenommen: der eine strebt die reichsgesetzliche Regelung der Schul- ge an, der zweite legt entschiedenen Protest gegen die Art und Weise ein, der die preußische Regierung die Volksschule in den fremd- beziehungsweise nischtsprachigen Gegenden als Mittel zur sogenannten Germanisation miß- ucht", der dritte verlangt Heranziehung der Staatsmittel zu Schulzwecken unsten steuerschwacher Gemeinden.

Der Einbruch, den der preußische Landtag mit dem Kontraktbruchs- twurf in das Reichsrecht zu ungunsten der Kleinbauern, ländlichen Arbeitern des Gesindes versucht, zeitigte eine lebhafte, außerordentlich interessante batte. Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Der preußische Parteitag erklärt:

Der dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes effend die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des indes" ist ein mit der Reichsgesetzgebung unvereinbares neues Ausnahme- etz gegen die Kleinbauern, die ländlichen Arbeiter und das Gesinde. Dieser Ge- ntwurf sucht diese Arbeiterklasse zugunsten der Großgrundbesitzer vollends zu echten und auf die Stellung mittelalterlicher Höriger und Zwangsarbeiter herab- ücken. Eine bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Vermehrung des Elends der nbauern, der ländlichen Arbeiter und des Gesindes, sowie eine Vermehrung der tenot wäre die notwendige Folge eines solchen Ausnahmegesetzes.

Gegen diesen Gesetzentwurf erhebt der preußische Parteitag den nachdrücklichsten otest.

Der preußische Parteitag fordert entgegen diesem Ausnahmegesetz:

die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und des Gesindes mit gewerblichen Arbeitern;

Beseitigung der gegen die ländlichen Arbeiter und gegen das Gesinde be- nden Ausnahmegesetze, insbesondere des Gesetzes vom 24. April 1854 und Gesindeordnungen;

Arbeiterschutz durch Reichsgesetz für die ländlichen Arbeiter und für das nde und ein volles gesichertes Koalitionsrecht.

Die traurige wirtschaftliche und rechtliche Lage der ländlichen Arbeiterbevölke- g und das Bestreben der herrschenden Klasse, die ländliche erwerbstätige Be- erung vollends rechtlos zu machen, legt den Parteigenossen die dringende Pflicht

auf, die ländliche Bevölkerung über die Mißachtung ihrer Rechte aufzukläre
und ihnen die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses zum gemeinsame
Kampfe gegen Ausbeutung und Reaktion einzuprägen.

Der Parteitag fordert daher die Parteigenossen auf, mit allen Kräften d
Organisation der Landarbeiter und des Gesindes zu betreiben, um die wir
schaftliche Notlage und die politische Unterdrückung des ländlichen Proletariats wir
sam zu bekämpfen."

Die Resolution fand nach Einschaltung eines Zusatzantrags einstimmig
Annahme; der Zusatzantrag forderte Errichtung von Schiedsgerichten fü
die Streitigkeiten der Landarbeiter und des Gesindes unter Mitwirkung vo
Richtern, welche von den Landarbeitern und Landarbeiterinnen und dem G
sinde aus ihren Kreisen auf Grund des allgemeinen gleichen, geheimen un
direkten Wahlrechtes zu wählen sind.

Die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung bildete wohl den Höh
punkt der Parteitagsverhandlungen. In eindringlichster Weise gelangten au
Grund eigener Erlebnisse, zum Teil durch den Mund von Landarbeitern selbs
die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Rechtlosigkeit der ländliche
Arbeiter und des Gesindes zur lebendigsten Darstellung. Die Debatte bilde
eine der wuchtigsten Anklagen gegen die herrschende Klasse, gegen die bestehende
Zustände und gegen die Versuche, die ländliche erwerbstätige Bevölkerun
vollends auf die Stufe rechtloser Höriger und Zwangsarbeiter zu stellen. Ei
besonderer Protest wurde gegen die in Nordschleswig geübte Politik erhoben
aus dem Königreich Dänemark stammende Knechte und Mägde von Amts wege
unter Androhung der Ausweisung zum Kontraktbuch aufzufordern und z
verleiten.

Die eindringlichen, packenden Darlegungen, die der Wanderarbeiter (Schnitter
Schmidt aus Sonnenburg im märkischen Kreise Sternburg über das Land
arbeiterlos auf Grund eigener Erlebnisse machte, machten in ihrer schlichte
Natürlichkeit auf dem Parteitag einen so hinreißenden Eindruck, daß ein
stimmig seine Redezeit um das Doppelte der üblichen verlängert wurde. Sein
Darlegungen zeigen, wie auch auf diesem Gebiet der Kapitalismus sein
Totengräber sich selbst schafft. Die veränderte Produktionsweise auf de
großen Gütern hat an Stelle der früher in ziemlich gleichmäßiger Weise übe
das ganze Jahr verteilten Arbeit Saisonarbeit gesetzt. Nicht mehr in dem
Maße wie früher bedarf das große Gut dauernder Arbeitskräfte, aber zu be
stimmten Zeiten, insbesondere zur Erntezeit, mehr Arbeitskräfte wie früher
Dadurch sind große Massen ländlicher Arbeiter unseßhaft gemacht, sie ver
dingen ihre Arbeitskraft, arbeiten nicht mehr vereinzelt, lernen das Solidaritäts
gefühl praktisch kennen, gelangen in die Stadt und tragen die freiheitliche
Gedanken, die sie durch gemeinsame Arbeit und durch den Kampf ums täglich
Brot sich erworben haben, als Revolutionäre, die der Großbesitz selbst gebilde
hat, weit hinaus aufs Land.

Möge die Erwartung in Erfüllung gehen, daß an die Debatte über da
Kontraktbruchsgesetz sich eine lebhafte Agitation und Organisation unter de
ländlichen Bevölkerung entwickle.

Das Referat über das Landtagswahlrecht erstattete Georg Ledebour. Di
von ihm vorgelegte Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der preußische Landtag hat keinen Anspruch darauf, als eine Vertretung de
preußischen Volkes anerkannt zu werden, da das erkünstelte Gebilde des Herren

ıses durch seine Mehrheit von erblichen und ernannten Gesetzgebern nur der
rrschaft der Junker und Bureaukraten als Rückhalt dient, während das Drei-
ssenwahlsystem durch Bevorrechtung des wohlhabenden Siebentels der Wähler
: einem Zweidritteleinfluß auf den Ausgang der Abgeordnetenwahlen die große
ısse des Volkes tatsächlich entrechtet und das Abgeordnetenhaus selbst zu einer
ldsacksvertretung herabwürdigt.

Eine fortgesetzt reaktionärer sich gestaltende, den wahren Interessen des Volkes
oiderlaufende Gesetzgebung ist die Furcht dieser Zusammensetzung des Landtags.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus sind nach ihrem Ursprung — der ein durch-
s ungesetzlicher ist, weil auf Oktroyierung beruhend — und nach ihrer Zusammen-
ung die Verkörperung nackter Klassenherrschaft und vollendeter Volks- und Ar-
terfeindlichkeit.

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen protestiert deshalb auf das
hdrücklichste gegen die Vergewaltigung und Rechtlosmachung, die der ungeheuren
ehrheit des preußischen Volkes durch das Vorhandensein einer solchen Klassen-
tretung zugefügt wird.

Der erste und notwendigste Schritt zur Niederzwingung der Reaktion in Preußen
deshalb die Umgestaltung des preußischen Parlaments zu einer wahrhaften Volks-
tretung. Wir fordern somit die völlige Beseitigung des Herrenhauses und für
s Abgeordnetenhaus die Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahl-
hts mit geheimer Stimmabgabe an alle staatsangehörigen Männer und Frauen,
das zwanzigste Lebensjahr überschritten haben, nach Maßgabe des Proportional-
hlsystems.

Wir fordern alle Parteigenossen auf, durch unablässige Agitation in Wort und
hrift dafür zu wirken, daß dieses Ziel erreicht wird."

Hierzu war von Eduard Bernstein folgender Zusatzantrag gestellt:

„Insbesondere fordert der Parteitag die sozialdemokratische Parteipresse in
eußen auf, jedesmal, wenn im preußischen Landtag Anträge zur Verhand-
ıg gestellt werden, die irgendwelche Abänderung des bestehenden Landtags-
hlsystems fordern oder in sich schließen, an hervorragender Stelle wiederholt
otestartikel zu veröffentlichen, die in schärfster Weise den reaktionären Wider-
ı und die empörenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlsystems bloßlegen
) die arbeitenden Volksklassen zu erneutem energischen Protest gegen dieses
ıchwerk einer brutalen Reaktion und zum unablässigen Kampfe für das all-
ıeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufrufen.

Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen in Preußen auf, bei solchen
lässen in allen Großstädten und Industriezentren Massendemonstra-
nen größten Stiles gegen die Klassenwahl und für das demokratische Wahl-
ht zu veranstalten."

Der erste Teil dieses Antrags verlangt nichts anderes als die Resolution
ost. Er detailliert in einer überflüssigen und doch nicht erschöpfenden Weise,
ırde aber von einer knappen Mehrheit gebilligt und die so gestaltete Reso-
:ion einstimmig angenommen.

Der zweite Teil des Bernsteinschen Antrags gab zu einer lebhaften Dis-
ıion Anlaß, die mit Ablehnung dieses Teiles des Zusatzantrags endete. In
Debatte wurde von einigen Rednern auf die „Notwendigkeit schärferer
rmen der Agitation", auf „Straßendemonstrationen" hingewiesen und von
em „Verrosten der alten Taktik" gesprochen.

Diese Ausführungen wurden mit Recht als unklare und irrige bezeichnet.
Sie werden trotzdem immer wiederkehren. Sie beruhen im letzten Grunde
rauf, daß im Eifer für eine Beschleunigung des Sieges der Sozialdemokratie

den Vertretern derartiger Ansichten der richtige Maßstab für die reale Wir lichkeit verloren geht. Es liegt in der Dialektik der geschichtlichen Entwicklun daß die Vertreter der heutigen Ordnung, je größer die Schar der Anhäng der sozialdemokratischen Weltanschauung wird, desto zäher versuchen festzuhalte was sie noch haben. Demnach muß der äußere Erfolg der sozialdemokr tischen Bewegung scheinbar immer geringer werden. Und doch dringt unau haltsam den Gegnern gegenüber der sozialdemokratische Gedanke vorwärts.

Utopisch ist der bei einigen Genossen leider immer wiederkehrende Gedank daß unsere Aufgabe sein könne, die herrschende Klasse zu überzeugen. D gute Wille der herrschenden Klasse hängt mehr von ihr als von uns ab. W haben keine Veranlassung, mit besonderen und gar noch besonders kraftvo scheinenden Mitteln auf sie zu wirken. Die Aufgabe der Sozialdemokrat ist die Aufklärung des Proletariats, der arbeitenden Klasse. Diese von de Notwendigkeit des Kampfes und der Gewißheit des Sieges zu überzeugen, s geistig zu revolutionieren, das ist unsere Aufgabe. Wem die sozialistische G dankenwelt durch Nerv und Adern strömt, der weiß: noch gar viel ist zu tun nicht auf Aussinnen utopischer Mittel, die dekorativ hübsch aussehen, ab innerlich hohl sind, kommt es an, sondern unsere Aufgabe ist, die mühselig entschlossene Aufklärungsarbeit und Organisationsarbeit zu vollbringen und d Taktik, die uns von Fortschritt zu Fortschritt geführt hat, beizubehalten.

„In Bereitschaft sein, ist alles." Allerlei revolutionsmäßig schillernd Projekte aushecken, Wau-Wau-Taktik ausposaunen, mit allerlei lärmende Tamtam Eindruck machen wollen, das überlasse man dem Kleinbürger, der i Unklarheit über den Zusammenhang der Dinge lärmt und tobt, und weil e nicht weiß, wie die Dinge zusammenhängen, die ganze Welt zusammenschmeiße will. Die Stärke der Sozialdemokratie beruht in der Schärfe ihrer Erkenntni der sozialen Zusammenhänge, in der Klarheit über die Ursachen der Übel, unt denen die Masse leidet. Nervöse Abweichungen von der „verrosteten Takti mögen ergötzlicher als die unendlich schwere Kleinarbeit der Agitation un Organisation sein, bringen aber die Bewegung nicht vorwärts. Und in de Debatte über das Landtagswahlrecht hatte die gesunde, kräftige, zielbewuß Richtung das entschiedene Übergewicht, die da meinte: ob Beteiligung od Nichtbeteiligung an den preußischen Landtagswahlen zwecks Erringung vo Sitzen in dem vermoderten Parlament, mag dahingestellt bleiben, wir werde uns beteiligen, wenn und weil die Wahlagitation unsere Organisation gestärk hat, und wir werden jedes Mittel ergreifen, das unsere Agitation oder O ganisation stärken könnte. Darüber hinaus uns festzulegen, welche Mitt unter den von uns nicht gekannten Verhältnissen anzuwenden sind, lehne wir ab. Wir bleiben jeden Tag in Bereitschaft, jedes unserer Sache dienlic Mittel anzuwenden. Wem diese Taktik verrostet erscheint, wem „die Bewegun alles, das Ziel nichts", der mag einen Spaziergang für erfrischender und n halten. Für die Partei hat auch diese Diskussion die dringende Notwendigke gezeigt, die Kenntnis der sozialdemokratischen Wähler zu vertiefen und z Agitation und Organisation auch der 72 Prozent Preußen, die bei der letzt Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratie stimmten, auf dem Wege der al bewährten „verrosteten" Taktik vorwärts zu schreiten. —

Neben den erwähnten vier Punkten der Tagesordnung nahm der Parteit zu den Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetz, gegen die Mi handlung der Rechte der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter u

n die besondere Entrechtung der weiblichen Bevölkerung in Preußen
ung. Den Bergarbeitern im Ruhrrevier sprach der Parteitag seine
pathie aus. Ein nächster Parteitag für die Sozialdemokratie Preußens
im Jahre 1906 stattfinden.

Mögen die Beschlüsse, die der Parteitag mit Einhelligkeit gefaßt hat, nicht
dem Papier stehen bleiben, vielmehr durch Aufklärungsarbeit in Wort
Schrift ihre befruchtende Wirkung auf die Revolutionierung der Köpfe
gen.

Literarische Rundschau.

buch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Zweiter Jahrgang 1904.

Das zum zweitenmal vom Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsum-
ne herausgegebene Werk gibt Zeugnis davon, daß die deutsche Konsumvereins-
gung in organisatorischer Hinsicht nunmehr in geregelte Bahnen gebracht
Früherer unnatürlicher Fesseln seit den Kreuznacher Vorgängen entledigt, hat
en Boden für eine unabhängige, selbständige Entwicklung gewonnen. Dieser
n ist der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der im Jahre 1903 in
den gegründet wurde und im Juni 1904 auf dem Genossenschaftstag in Ham-
das erste volle Jahr seiner Entwicklung hinter sich hatte. Das Leben, das sich
esem Zeitraum in der Konsumgenossenschaftsbewegung entwickelte, spiegelt sich
m Jahrbuch für 1904 wieder. — Für den in der Konsumgenossenschaftsbewegung
nden bringt das 672 Seiten starke, technisch vorzüglich hergestellte Werk nichts
s. Es enthält in der Hauptsache das, was auf dem Hamburger Genossenschafts-
auf den einzelnen Unterverbandstagen und auf der Generalversammlung der
einkaufsgesellschaft im Laufe eines Jahres verhandelt und beschlossen wurde.
diesen Tagen nicht beiwohnte, hatte Gelegenheit, sich über sie in Broschüren
in den Berichten des Konsumvereinsorgans zu informieren. Dieser Charakter
Buches bringt auch unvermeidliche sachliche Wiederholungen. Er war im wesent-
von vornherein nach Form und Inhalt gegeben und beeinträchtigt den Wert
Buches als wichtiges Nachschlagewerk für die Entwicklungsgeschichte der
chen Konsumvereinsbewegung durchaus nicht, zumal eine ganze Reihe hoch-
iger Fragen, die das Konsumvereinsleben in nächster Zukunft jedenfalls lebhaft
äftigen werden, in Form von Referaten und Diskussionen behandelt sind. In
Beziehung bietet das Buch auch dem Kritiker, der nicht mit allem ein-
nden ist, was bisher in der modernen Konsumvereinsbewegung getan, versucht
empfohlen wurde, viel Anregung.

Die Anregungen nach der geschäftlichen wie theoretischen und sozialen Seite
n nur so durcheinander. Unsicheres Tappen macht sich vielfach bemerkbar, Un-
finden wir unter dem Weizen, wie es eben in einer jungen Bewegung erklärlich.
nders Studien nach der sozialen und theoretischen Seite hin werden dem Kritiker
Menge Stoff bieten, dessen Verwertung nicht zuletzt im Interesse der Förde-
der Sache liegt. Und zwar besonders nach zwei Seiten hin: einmal um einer
chätzung des Konsumvereinswesens als gesellschaftsumbildenden Faktor vor-
gen; ferner aber auch nach der Richtung, daß dieser Bewegung das Maß von
ennung zuteil wird, das sie zweifellos vom Standpunkt des klassenbewußten
ters verdient. (Es darf bei dieser Gelegenheit gesagt werden, daß in neuerer
leider Personen in der deutschen Konsumvereinsbewegung eine Rolle zu spielen
nen, die den Konsumverein als ein Mittel zu dem Zwecke betrachten, den
ismus und damit die Sozialdemokratie zu überwinden — ein Kapitel, das einer
henderen Untersuchung wert erscheint.)

Die vielen Zahlentabellen, die das Geschäftliche nach allen Seiten beleuchten,
glichen auch interessante Vergleiche der Konsumvereinsbewegung in den ein-

zelnen Bezirken und großen Städten Deutschlands. Als hervorstechendes Merk
findet man da unter anderem die — relativ und absolut — außergewöhnliche
deutungslosigkeit des Konsumvereinswesens in der Millionenstadt Berlin. —
Jahre 1903/04 gehörten dem Zentralverband, der organisch föderativen Chara
hat, 8 Unterverbände mit insgesamt 666 Konsumvereinen und 573085 Mitgli
an, die einen Umsatz von 148006577 Mark machten, der 14552563 Mark Reingen
ergab. — Nicht uninteressant ist eine Berufsstatistik der Mitglieder, die
auf 514333 Personen erstreckt. Von diesen entfallen auf:

Selbständige Landwirte	8583
Landwirtschaftliche Arbeiter	14811
Freie Berufe und Beamte	22593
Personen ohne Beruf	24123
Selbständige Gewerbetreibende	38295
Lohnarbeiter in Gewerbe und Industrie	390601

Daraus ergibt sich zahlenmäßig die an sich selbstverständliche Tatsache, daß
blühende Konsumvereinsbewegung in Deutschland die Beteiligung der Arbeiterma
zur Voraussetzung hat. So ist es erklärlich, daß das klassische Industrieland Sach
auch das klassische Land der deutschen Konsumvereinsbewegung ist. Von den 8
bänden entfallen allein auf den sächsischen 199081 Mitglieder (davon 172278 Lo
arbeiter!), der zweitstärkste (süddeutsche) weist nur 83342 Mitglieder auf. — Au
den 666 Konsumvereinen gehören noch 18 Produktivgenossenschaften und die G
einkaufsgesellschaft in Hamburg dem Zentralverband an.

Das Jahrbuch ist jedem, der sich für die Konsumvereinsbewegung interessi
zum Studium zu empfehlen. H.

Philosophische Bibliothek, Band II. **Aristoteles' Metaphysik,** übersetzt
mit einer Einleitung und erklärenden Anmerkungen versehen von Dr. theol. Eu
Rolfes. Erste Hälfte, Buch I bis VII. Leipzig 1904, Dürrsche Buchhandl
Geh. 2,50 Mark.

Die Metaphysik des alten Aristoteles wird dem Interesse der allermeisten L
dieser Zeitschrift recht fern liegen, obschon sie das bedeutendste Werk des Weisen
Stagira darstellt. Wir beabsichtigen auch keineswegs, für ihre Lektüre Propaga
zu machen. Dagegen möchten wir bei dieser Gelegenheit auf das verdienstv
Unternehmen der „Philosophischen Bibliothek" hinweisen, von der diese A
gabe einen Band bildet. Der auch als (demokratischer) Politiker bekannte Gerid
präsident Julius v. Kirchmann, der 1867 wegen eines im Berliner Arbeiterver
gehaltenen Vortrags „Über den Kommunismus in der Natur" seines Amtes ent
wurde, hatte seine erzwungene Muße dazu benutzt, um neben einer „Histori
politischen" die „Philosophische Bibliothek" ins Leben zu rufen, das heißt eine
weitere Kreise bestimmte Ausgabe der bedeutenderen Philosophen aller Zeiten,
fremdländischen in deutscher Übersetzung. So verdienstlich das Unternehmen —
erschienen schließlich gegen 100 Bände — für seine Zeit war, so begann die Ausg
doch immer mehr zu veralten. Die Texte waren nicht genug gesichtet, orientiere
Einleitungen und Register fehlten, und die an Stelle derselben tretenden „Erlä
rungen", die Kirchmann (soviel uns bekannt, zu allen Bänden!) selbst geschrie
hatte, waren recht mangelhaft. Seit zwei oder drei Jahren hat nun die Dürr
Buchhandlung in Leipzig eine zeitgemäße Neuausgabe begonnen, die wissenschaft
auf der Höhe ist und doch auch dem Nichtfachmann durch ausführliche Einleitun
oder Anmerkungen und erklärende Personen- und Sachregister eine willkomm
Hilfe gibt. Zu diesen Neuausgaben gehören außer der obengenannten Ausga
1. Berkeley, Dialoge, herausgegeben von Dr. Raoul Richter, 2. Giorda
Brunos Hauptschrift, von Professor Ad. Lasson, 3. Deskartes' Meditation
von Dr. Buchenau, 4. Kants Kritik der Urteilskraft und Religion innerhalb
Grenzen der bloßen Vernunft, von Karl Vorländer (vergl. die Besprechung der dri

age von Franz Mehring in der „Neuen Zeit“, XX, 2, S. 123), 5. **Kants** Vor-
gen über Logik, von Professor Kinkel, 6. **Leibniz'** Schriften zur Grundlegung der
osophie, von Dr. Buchenau und Dr. E. Cassirer, 7. **Schelling**, Zur Geschichte
neueren Philosophie, von Professor Drews, 8. **Schillers** philosophische Schriften
Gedichte, von Professor Eugen Kühnemann, 9. **Schleiermachers** Monologe,
F. M. Schiele. Andere Neuausgaben befinden sich in Vorbereitung. Die Preise
in Anbetracht der guten Ausstattung (auch in Druck und Papier) mäßig, wenn-
) für Arbeiterleser eine bedeutende Verbilligung am Platze wäre. Ph.

Owlglaß, **Der saure Apfel.** Simplizissimus-Gedichte. München 1904, Albert
ngen.
av Meyrink, **Orchideen.** München 1904, Albert Langen.
wig Thoma, **Die Wilderer. Agricola.** Bauerngeschichten. Passau, Wald-
uersche Buchhandlung.

In Buchausgabe liegen uns eine Reihe von Simplizissimus-Erzählungen und
ichten vor. Sie veranlassen den Leser zu einer wenig erfreulichen Feststellung.
cher Scherz, manche Groteske, die im Rahmen der Zeitschrift geeignet war, in
müßigen Kaffeehausstunde zu erfreuen, scheint hier, in ununterbrochener
enfolge genossen, schal und nichtssagend. Wir fragen erstaunt, wie es denn
ich war, an den grob sinnlichen Späßen eines Dr. Owlglaß, an den sinnlos
ligen Geschichten eines G. Meyrink Gefallen zu finden. Die einzig erfreulichen
diesen Bucherscheinungen sind L. Thomas prächtige „Wilderer“ und „Agricola“.
zeigt sich wieder, daß eben das Bedürfnis des Tages anderes erfordert als die
. Nicht alles, was journalistisch gut ist, ist literarisch bedeutsam. Und wenn
saure Apfel“ und die „Orchideen“ als ungenießbare Vegetabilien längst keinen
aber mehr finden werden, wird noch die kräftige Kost Thomas, seine nüchternen
doch humorvollen Sittenschilderungen, verlangt werden. h.

Frey, **Wilhelm Waiblinger.** Sein Leben und seine Werke. Aarau 1904,
R. Sauerländer & Co.

Der junggestorbene Dichter Wilhelm Waiblinger ist einer von denen, die es nach-
ch vor ihren längst vermoderten Zeitgenossen zu schützen, zu retten gilt. Seit
Vierteljahrhunderten ist er tot. Die hundertste Wiederkehr seines Geburtstags
inen besonderen Anreiz gegeben, die alten Urteile über ihn nachzuprüfen und
uf die Pflichten objektiver Gerechtigkeit in geschichtlichen Dingen zu besinnen.
Buch des Zürichers Karl Frey hat in dieser Richtung fühlbar gewirkt.
Waiblinger war kein zoon politicon. Seine Arbeit hing ganz im Ästhetischen.
man kann gleichwohl — und gerade deshalb — ein gutes Stück Zeitgeschichte
m studieren. Er hat als ganz junger Kerl angefangen, Tagebücher zu schreiben,
hat einen ausgedehnten Briefwechsel unterhalten. Frey hat beides tüchtig
t, aber die endgültige Ausbeute steht noch aus. Waiblinger hat schwer und
schaftlich mit sich und um sich gekämpft, und diese Kämpfe sind von den Tage-
n und Briefen blutvoll aufgesogen worden. So hat er uns ein Stück Geistes-
chte — individueller Entwicklungsgeschichte — hinterlassen, und diesem Erbe
wahrscheinlich aus der Reihe seiner Werke dauernder Wert zufallen.
Waiblinger war Schwabe von Geburt; er wuchs in der Zeit und im Revier
hwäbischen Dichterschule auf. Also in der Zeit, wo die bekannte bürgerliche
arkeit über persönliche Werte die entscheidenden Zensuren austeilte. Sie reichte
hrem Verstand nicht an einen Goethe heran und verstand auch seine Sittlich-
icht. In Schwaben — natürlich nicht nur dort — gebärdete sie sich im Punkte
e besonders rabiat. Die Dichterschaft, die sich demokratisch gesinnungstüchtig
hland und Schwab gruppierte, machte zwar nicht mit, aber sie stürzte sich doch
n keine Fehde für Goethe. In Sittlichkeitsfragen entschied die Billigung der
ogen. Diese enge bürgerliche Ehrbarkeit ist ja auch heute noch nicht tot. Sie

hat sich — um einen besonders sichtbar gewordenen Fall zu nennen — im Kampfe ge
Nietzsche eifervoll geregt. Wie viel mehr und erfolgreicher konnte sie sich we
gegen die, die zwei bis drei Menschenalter zuvor ein eigenes Leben mit eig
Gedanken zu leben wagten.

Das Nietzscheproblem der Auflösung der bürgerlichen Moral setzt viel fr
als erst mit Nietzsche ein. Die Romantiker schon wagten ein Überfliegen fessel
Sittenenge. Friedrich Schlegel! Die Bewegung brach ab. Die Notwendi
materieller Befreiung lenkte den Strom der poetischen Energie in ein anderes
Waiblinger aber starb vorher. Bei ihm mischt sich romantisches Temperament
antiker Stilbegeisterung. Er gehört in seiner Art noch ganz der alten, vor
mächtigen Bewegung der Geister an: das Ideal, das er sich bildet, liegt gleic
über dem Leben. Die Begriffe, die er sich über das macht, was als höchste Sit
keit gelten darf, fliehen die Wirklichkeit. Man dichtet sich das Weib zum I
um und verachtet philosophisch seine Realität; selbst die bürgerlichen Namen
scheinen zu profan, sie werden durch antike oder romantische Namen mit symboli
Sinne ersetzt. Man nimmt also das Weib nicht in seiner natürlichen Schönheit,
der natürliche Inhalt der Liebe gilt folgerichtig als schmutzig und niedrig.
war pervers, aber es war nicht perverser als anderer bürgerlicher Utopismus.

Die Auffassung von der Niedrigkeit der Liebe bedingt natürlich nicht die As
Waiblinger war in seinem Liebestreiben ungebändigt; er schlug der heimischen
barkeit ins Gesicht. Als er sich zu jenem Liebesideal durchgerungen, lagen J
voll wildfreien Tobens hinter ihm. Natürlich aber verfielen geniale Naturen,
das Leben nahmen und lebten, ohne Fesseln zu dulden, der gesellschaftlichen Ächt
Es ist die Zeit, wo der herrschende kleinliche Durchschnitt den Begriff des „
kommenen Genies" populär macht: so wehrt er sich in seiner Weise gegen das,
sich über seinen Kreis zu setzen wagt, und die Genies hungerten und verhunger
Nicht nur geistig, sondern buchstäblich körperlich. Sie standen zu sehr im Gege
zur Wirklichkeit ihrer Zeit. Und so Waiblinger. Er kam wirklich zu früh au
Welt, drei Vierteljahrhunderte zu früh. Goethe lebt ja auch erst in unserer jün
Generation auf. Für Goethe schwärmte aber ein Waiblinger; er meinte von
er lebe das Leben Fausts. Er war glühender Lebensenthusiast, der durch Ra
wonnen stürmte, aber auch suchend sich zerwühlte, in jungen Leiden und Kämp
die von typischer Jugendlichkeit sind, aber darüber hinaus manchmal ein W
haben, das einem seiner Kenner unlängst den Gedanken eben an Nietzsche ein
Groß ist die Dosis Nietzsche sicher nicht, die man bei ihm findet, aber es wa
immerhin allerhand bemerkenswerte Beziehungen beim Lesen seiner Schriften
die an vergangene wie zukünftige geistige Bewegungen erinnern. Das ist wicht
als die überall sichtbaren und bekannten formellen Anlehnungen an namhafte
bilder: Hölderlin, Wilhelm Müller, Lord Byron, Goethe. Im Inselverlag wer
jetzt die Werke des Ardinghello-Heinse neu herausgegeben. In Heinse — auch ei
ehrbar Verfemten — steckt überaus viel von der Südensehnsucht und der römis
Kunst- und Naturschwelgerei, die für Waiblinger so bezeichnend sein sollten.
gegenwärtige ästhetische Bemühen hat einem Heinse eine Auferstehung gebracht,
vor zehn Jahren wohl nur wenige für möglich hielten. Dieselbe Ursache m
aber die Beschäftigung auch mit Waiblinger so zweckvoll und macht die Vertief
in seine Selbstbekenntnisse — Tagebücher und Briefe — so notwendig. Man kann
Waiblinger den Prozeß der Entwicklung zu jenem vom Leben losgelösten Kunstid
das für eine ganze Epoche charakteristisch war, vermutlich besonders genau verfol
Um so mehr interessant ist das, als in der individuellen Entwicklung Waibling
eine Menge Momente deutlich an Erscheinungen unserer Gegenwart anklingen.

Das Buch Karl Freys untersucht diese geschichtliche Seite am Leben des Dich
nicht. Aber es drängt auf solche Erwägungen hin. Die Tagebuch- und Briefstel
dann die Auszüge aus den Prosaschriften fordern und gebieten immer aufs
ein lebendiges Verknüpfen mit dem Dichter, der sich so unmittelbar zu geben w

gibt die Geschichte einer Jugend, und überall gibt er sie als ein zwar in Wirbeln
ifender, aber doch immer mit Falkenaugen in sich hineinspähender Mensch, den
r heute besser verstehen können als die Zeit, da unsere Großväter blutjung
ren. Es gehört ein feiner psychologischer Kopf dazu, die trefflichen Anfänge der
euten Beschäftigung mit Waiblinger fortzusetzen. Franz Diederich.

Julius Landmann, Sekretär des Internationalen Arbeitsamtes, **Die Arbeiterchutzgesetzgebung der Schweiz.** Basel, Verlag von Helbing & Lichtenhahn. XXXII und 496 S. Preis broschiert 9 Franken, gebunden 10 Franken.

Der Arbeiterschutz ist noch immer das Stiefkind der Gesetzgebung, wenn er sich
h in ihr eine Position errungen hat, von der er nicht mehr zu verdrängen ist. Die
rschende Klasse betrachtet ihn aber immer noch, wie es einst Freiherr v. Stumm im
chstag so drastisch zum Ausdruck brachte, als ein Ausnahmegesetz gegen die Unter-
mer. Nur durch Druck von unten herauf lassen diese sich zu weiterer Einschränkung
es, wie sie meinen, unumschränkten Rechtes über den Arbeiter herbei. Dieser Ent-
ungsgeschichte des Arbeiterschutzes, die in allen Ländern dieselbe ist, entspricht auch
e Gestaltung. Sie trägt den Charakter des ruckweise Eroberten, das im Gegensatz
dem organisch und daher gleichmäßig Entwickelten hier und da einen größeren
stoß zeigt, meist aber nur das allernotwendigste, dem Gegner gerade noch Ab-
ungene umfaßt. Charakteristisch dafür ist auch die, man kann sagen Verzettelung
Gesetzgebungsmaterie in vielerlei Gesetze, Verordnungen und Ausführungs-
immungen. Während sich in jedem Staate das bürgerliche wie das Strafrecht
zeschlossener Form präsentiert, zeigt das Arbeiterrecht in allen Staaten sowohl
splitterung wie große Lücken, so daß es schon aus diesem Grunde, dann aber
infolge des Widerwillens der herrschenden Klasse gegen die Ausgestaltung des
eiterrechtes, an einer systematischen, zusammenhängenden Darstellung fehlt.

Für die Schweiz sucht sie Landmann in dem vor kurzem erschienenen statt-
en Bande zu geben, und es ist ihm dies auch in vollkommener Weise gelungen.
Schwierigkeiten, die er dabei zu überwinden hatte, waren nicht gering, da so-
l der Bund als die Kantone gesetzgeberisch wirken und eine zusammenfassende
rsicht bisher nur für einzelne Fragen wie Frauenarbeit und dergleichen erschienen
. Landmann will nur eine Übersicht nebst den Gesetzestexten bieten, keine Dar-
ung oder Kritik. Doch gewährt seine 132 Seiten starke Einleitung interessante
blicke in die geschichtliche Entwicklung der Schweizer Arbeiterschutzgesetzgebung.
den Lohnfestsetzungen für die Flor- und Seidenweber, -Spinner und -Wirker zu
ich im Jahre 1674 bis zu der auf manchen Gebieten die des Deutschen Reiches
t überragenden heutigen Arbeiterschutzgesetzgebung schildert Landmann unter Be-
ung alles nur aufzutreibenden Materials in knapper und doch erschöpfender Weise
Entwicklung dieser Gesetzgebung, für die die Schweiz auf wichtigen Gebieten
nbrechend wurde. Das ursprünglich klassische Land des Arbeiterschutzes, England,
a schon seit Jahrzehnten vom Kontinent überholt. Ein kleiner Schweizer Kanton
es, der, als erster in Europa, einen Normalarbeitstag auch für erwachsene
nliche Arbeiter schuf, Glarus, das am 10. August 1864 einen zwölfstündigen
malarbeitstag für männliche Arbeiter festsetzte.

Als gute Bekannte wird man in jedem Lande die Einwände begrüßen, die von
Schweizer Industriellen gegen den Arbeiterschutz erhoben werden, Einwände, die
t nur wegen ihrer Unzulänglichkeit bemerkbar sind, sondern noch mehr wegen
Unwahrhaftigkeit, die ihnen aufgeprägt ist. Landmann teilt aus den Erinnerungen
verdienstvollen Schuler ein kennzeichnendes Beispiel mit. Ein Glarner Unter-
ner erklärt dem für den Elfstundentag wirkenden Fabrikinspektor, er werde die
were Schuld auf dem Gewissen haben, daß die Glarner Industrie ruiniert werde:
je noch etwas auf Glarner Gebiet baue, gehöre ins Irrenhaus. „Ein Jahr
her begegneten wir uns an der gleichen Stelle. Der Fabrikant betrachtete den

Fortgang seiner Fabrikneubauten. ‚So, so, Sie bauen‘, bemerkte ich (Schuler), o
etwas weiter beizufügen. Wir konnten beide das Lachen nicht verhalten.“

Ganz wie bei uns wurde in der Schweiz der „Normalarbeitstag als ein sozialistisc
Gedanke angesehen und dem demokratischen Gedanken der individuellen Freiheit e
gegengestellt“. So standen denn auch die Liberalen Schulter an Schulter mit i
Konservativen bei der Volksabstimmung 1877 gegen das Bundesgesetz, das aber
181204 gegen 170857 Stimmen durch Radikale und Katholiken zur Annahme
langte. Seitdem besteht der Elfstundentag für Fabriken. Nur diese unterliegen
gesetzgebenden Kompetenz des Bundes, während für alle außerhalb der Fabriken
schäftigten Arbeiter die Kompetenz den Kantonen zusteht.

Landmann gibt zu den Texten der vom Bunde und den Kantonen erlasse
Gesetze auch alle Verordnungen, ferner statistische Beilagen über die Zahl der
triebe, der Überzeitbewilligungen, der Unfälle und Strafen. Die fleißige Arbeit ka
als Muster für solche Zusammenstellungen, die auch für andere Staaten s
wünschenswert sind, dienen. E.

Dr. F. Schuler, gewesener eidgenössischer Fabrikinspektor des ersten Kreises, **D
schweizerische Hausindustrie** (Separatabdruck aus der „Zeitschrift für schwei
rische Statistik“, Jahrgang 1904). Bern, A. Francke. 42 S. 4°.

Diese Schrift aus dem Nachlaß des verdienten Gewerbeaufsichtsbeamten bezwe
„nicht nur die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens nachzuweisen, sonde
auch zu zeigen, daß ein solches ohne alle Schädigung der Hausindustrie möglich
wenn man nichts Unausführbares verlangt“. Der Verfasser beginnt mit einer B
griffserklärung der Hausindustrie und mit einem historischen Abriß ihrer Entwi
lung, der manchen Widerspruch hervorruft. Er bedauert, daß die ungünstige Fina
lage der Eidgenossenschaft die Ursache war, daß eine Gewerbestatistik nicht a
geführt wurde, welche auch die Hausindustrie umfassen sollte. Was er bietet, s
kein Ersatz sein. Er hofft, „daß dieser erste unvollkommene Versuch einer Darstellu
den Anstoß zu weiteren Untersuchungen und Forschungen geben soll, durch wel
Irrtümer berichtigt, Lücken ergänzt werden dürfen“. Man darf somit nicht mit eine
allzu scharfen kritischen Messer an diese Arbeit herantreten. Sie bietet vieles A
regende, trägt eine Unzahl Notizen zusammen, gibt vieles aus der eigenen Erfahru
des Verfassers und schafft uns einen beruflichen und topographischen Überblick üb
die Ausbreitung der Hausindustrie in der Schweiz. Ihr Charakter als eine Ve
bindung gewerblicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit wird häufig betont, auffalle
ist die Schätzung dieses Betriebssystems für das Familienleben. So schreibt der Ve
fasser im Gegensatz zu fast allen Erforschern der Hausindustrie, daß sie — unt
gewissen Voraussetzungen — einen kräftigen Familiensinn fördere, daß sie Wert a
ein eigenes Heim lege, und dieses Heim sei oft ein recht schmuckes. Doch an ander
Stellen klagt er über die vielfach übermäßige Ausbeutung der Arbeitskräfte, üb
die Mißbräuche in den Löhnungsverhältnissen, daß die Arbeitszeit durch keiner
Mitwirkung von Gehilfen an eine bestimmte Dauer gebunden ist. Bei der Ko
fektionsindustrie klagt er, daß die Arbeitsräume der Heimarbeiter zugleich die Woh
räume der Familie sind, daß sie nicht selten dunkel, feucht, schlecht gelüftet sind, d
die Arbeitszeit 13, 14 Stunden und länger währt. Die Zahl der Heimarbeiter in d
Schweiz schlägt er auf 133000 an, demnach auf 4 Prozent der gesamten schweizerisch
Bevölkerung; auf 100 dem Fabrikgesetz unterworfene Arbeiter kämen 54 bis 55 Hei
arbeiter. Die Maßregeln, die er zum Schutze der Kinder und zur Einschränku
der Überanstrengung von Erwachsenen fordert, gehen nicht weit. Wir glauben nic
daß die Arbeit Schulers zur Einengung der durch die Hausindustrie verursacht
Schäden vieles beitragen wird. Trotzdem ist sie durch ihren Überblick über d
schweizerischen Hausindustrien eine Bereicherung unserer Literatur. ad. b

---

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



. 16 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Theorien über den Mehrwert.

I. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith.[1]

dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky.

Von **Heinrich Cunow.**

Seit mehr als zwei Jahrzehnten deckt die Erde des stillen Friedhofs von hgate, was sterblich war von Karl Marx, dem genialen Denker und Kämpfer; r noch immer geht von dem Geiste dieses Mannes eine lebendige, wirkende ft aus. Seine Gedanken geleiten nicht nur die Arbeiterklasse in den Kampf, bilden auch die unerschöpfliche Fundgrube, aus der die national-ökonomische senschaft — mag sie das auch aus politischen Gründen bestreiten — ihre ten Erkenntnisse bezieht. Wie das Lebenswerk von Marx, sein „Kapital“, bedeutendste volkswirtschaftlich-literarische Tat der zweiten Hälfte des neun-ten Jahrhunderts gewesen ist, so steht es auch als ökonomische Standarte der Eingangspforte des zwanzigsten Jahrhunderts, und sein Einfluß wird aussichtlich so lange dauern wie das kapitalistische Wirtschaftssystem, das malysiert und schildert.

Wie oft ist dies Werk in den bald fünfzig Jahren seit dem Erscheinen seines n Bandes nicht von der zünftigen Nationalökonomie kritisch „vernichtet“, wie oft ist ihr nicht diese „Vernichtung“ von der bürgerlichen Tagespresse lockend attestiert worden; aber während die Schriften der kleinen Kritikaster t verschollen, ihre Namen vergessen sind, steht noch immer „Das Kapital“ trotziger Fels im brandenden Meere. Ganze ökonomische Schulen hat es men und gehen sehen. Wo ist heute die liberal-ökonomische Schule, die als eger der Adam Smithschen in den sechziger, siebziger Jahren des letzten Jahr-derts die deutsche liberale Tagespublizistik beherrschte, wo die mit Glocken-

[1] Verlag von J. H. W. Dietz' Nachf., Stuttgart 1905. Broschiert 5,50 Mark, gebunden ark. — Wie man uns mitteilt, wird demnächst schon eine russische Übersetzung er-en, besorgt von Lawroff unter der Redaktion von Kirsanoff, im Verlag der rasowanje“ in Petersburg. Die Redaktion.

geläute begrüßte historische Schule? Allzu alt geworden, krankt sie an Selb überlebung. Manche im kleinen nützliche, einzelne Geschäftsgebiete des Kapit lismus aufklärende Arbeit hat sie geleistet, kleine Kärrnerarbeit, doch ke einziges grundlegendes Werk. Selbst auf wirtschaftshistorischem Gebiet hat nichts von Bedeutung aufzuweisen — naturgemäß, da sie selbst keine eige Geschichtsauffassung hat und deshalb keinen Beobachtungsstandpunkt zu g winnen vermag, von dem aus sie das zu erforschende historische Terrain seiner Gesamtheit überblicken und in seinem Wegegewirr die dieses dur schneidenden großen Straßenzüge des gesellschaftlichen Entwicklungsprozess erkennen kann. So gilt sie denn selbst in den intelligenteren Kreisen d bürgerlichen Volkswirtschaftler heute nur noch als Notbehelf, und mehr u mehr regt sich das Bedürfnis nach theoretischer Vertiefung, wie sie einst klassische Schule der englischen Nationalökonomie bot.

Diesem Bedürfnis kommt das oben angezeigte kritisch-historische Werk, d nichts anderes ist als eine Fortsetzung der 1859 von Marx veröffentlicht Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, von Kautsky aus dem v Marx hinterlassenen Manuskript zusammengestellt, in einem Maße entgege wie kein anderes nationalökonomisches Werk der jüngsten Vergangenheit. A Marx 1859 die eben genannte Schrift veröffentlichte, betrachtete er diese a den Anfang einer langen Serie von Monographien, in der er vom kritis historischen Standpunkt aus nacheinander alle wichtigeren Probleme der bürg lichen Volkswirtschaft: die Struktur des Kapitals, Grundeigentum, Lohnarbe Staatsfinanzwesen, Handel, Weltmarkt, zu behandeln gedachte. Seit 1844 der Kausalauffassung gelangt, daß das Staats- und Rechtsleben einer jed historischen Epoche durch ihre materiellen Lebensverhältnisse, ihren Wirtschaft charakter bestimmt sei, hatte er sich alsbald in Paris, wie schon seine Antwo auf Proudhons „Système des Contradictions économiques ou Philosophie la Misère“ beweist, auf das Studium der Nationalökonomie geworfen, das nach seiner Ausweisung aus Paris in Brüssel und dann nach 1850 in Lond eifrigst fortsetzte. Die Frucht dieser Studien war eine Reihe kurz hingeworfen Abhandlungen, zunächst nur geschrieben zu eigener Selbstverständigung und z Gewinnung eines sicheren Überblicks über den bisherigen Entwicklungsgang d volkswirtschaftlichen Theoretik, in welchen Marx kritisch-historisch und mehr od minder ausführlich verschiedene Fragen der politischen Ökonomie behandelte.

Einen Teil dieser Studienarbeiten machte Marx im Winter 1858/59 dru fertig und fügte sie zu seiner schon vorhin erwähnten Schrift „Zur Kritik d politischen Ökonomie“, die in einem ersten Abschnitt die einfache Waren- u Geldzirkulation behandelt, zusammen. Ihr sollte in einem zweiten Hefte e weiterer Abschnitt über die allgemeine Struktur des Kapitals folgen, und diese dann zunächst eine Abhandlung über das Grundeigentum und weiter über d Lohnarbeit.

Das war der ursprüngliche Plan von Marx, an dem er bis 1863 fe gehalten zu haben scheint. Dann ließ er ihn fallen und entschied sich dafü die Probleme der Volkswirtschaft nicht, wie er zuerst beabsichtigt hatte, direktem Anschluß an eine Kritik seiner Vorläufer zu erörtern, sondern zunäc seine eigenen Theorien systematisch in logischem Zusammenhang zu entwicke und dann erst später in einem besonderen Bande eine Geschichte der Theor folgen zu lassen. In Verfolgung dieses neuen Planes veröffentlichte Ma 1867 den ersten Band seines „Kapital“, in dessen Vorrede er ankündigte, da

äter diesem ersten, den Produktionsprozeß des Kapitals analysierenden Teile
ı zweiter Band über den „Zirkulationsprozeß des Kapitals“ und den
Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion“ (Verwandlung des Mehrwertes
die verschiedenen Formen des Profits) folgen solle, und diesem dann als
hlußband eine kritische Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien.
Auch in dieser Form ist bekanntlich der Marxsche Plan nicht zur Aus-
hrung gelangt; denn nach dem Tode von Marx im Jahre 1883 sah sich
iedrich Engels, wenn er nicht die von Marx für den zweiten Band hinter-
ssenen Manuskripte stark beschneiden und große Partien völlig umarbeiten
llte, dazu genötigt, statt eines Bandes zwei (drei Bücher) über den Zirku-
ionsprozeß des Kapitals und die Metamorphosen des Mehrwertes folgen
lassen.

Den vierten Band herauszugeben ist Engels, da ihn plötzlich der Tod hin-
graffte, nicht mehr möglich gewesen. An seine Stelle ist auf Ersuchen der
arxschen Erben Kautsky getreten, den Engels noch selbst vor seinem Tode
seinem Nachfolger bestimmt hatte. Engels hatte sich diese Aufgabe so
dacht, daß die in dem von Marx hinterlassenen Manuskript enthaltenen kri-
hen Ausführungen nach Ausscheidung der bereits in den zweiten und dritten
nd des „Kapital“ aufgenommenen Stellen zu einer „Kritischen Geschichte
Mehrwerttheorie“ verbunden werden sollten. In pietätvoller Berücksichti-
ng des Engelsschen Wunsches hat Kautsky zunächst versucht, diesen Inten-
nen zu folgen, aber vergebens. Allzu eng sind im Marxschen Manuskript
Polemik und Kritik mit historischen Exkursen und der eigenen Weiter-
folgung der von den kritisierten Autoren begonnenen Gedankengänge ver-
pft, allzu sehr schlingen sie sich, wechselseitig einander ergänzend und be-
mmend, ineinander, als daß sie aus ihrem Zusammenhang gelöst werden
nten ohne eine Verstümmlung und Schädigung der Marxschen Arbeit. Ent-
der mußten die meisten Teile des Manuskriptes völlig umgearbeitet, ergänzt
in eine andere Form gegossen werden, oder es mußte die von Engels
ünschte Herausschälung der kritisch-geschichtlichen Ausführungen unterbleiben
der Marxsche Entwurf in seinem inneren Zusammenhang veröffentlicht
den. Was tun? Eine Überarbeitung des Manuskriptes hätte zwar den
ichten von Marx und Engels mehr entsprochen; sie hätte durch Ausscheidung
ncher im Manuskript enthaltener Parallelstellen zu Ausführungen in den
ersten Bänden des „Kapital“ den Umfang des neuen Werkes beschränken,
Stoff besser gliedern und vorhandene Lücken ausfüllen können — aber der
diese Weise entstandene „vierte Band des Kapital“ wäre nicht mehr eine
chichte der Wert- und Mehrwerttheorie von Marx gewesen, sondern eine Ge-
hte dieser Theorien von Kautsky auf der Grundlage Marxscher Konzeption.
Kautsky hat, so verlockend es für ihn sein mußte, den vierten Band des
pital“ zu schreiben und dadurch seinen Namen mit diesem Standard-Werk
nationalökonomischen Wissenschaft auf immer zu verknüpfen, sich für die
ausgabe des Manuskriptes in der Marxschen Fassung entschieden, und für
Selbstbescheidung, dieses freiwillige Zurücktreten verdient er unseren herz-
ten Dank. Wenn auch in dem vorliegenden Werke manches lückenhaft er-
nt, wenn auch oft beim Studium sich das Verlangen einstellt, einzelne ab-
ochene Gedanken weiter ausgeführt, die letzten Konsequenzen aus ihnen
gen zu sehen, so präsentiert sich doch der erste Band, wie ihn Kautsky zu-
mengestellt hat und uns bietet, als eine gewaltige, in ihrem Gesamteindruck

faszinierende Leistung. Ein nicht fertiger Gedankenrohbau, aber der Rohba
eines genialen Architekten, dessen feine und doch wieder wuchtige Linienführun
dessen kühn aufstrebende Pfeiler und Säulen in ihrer stolzen, alle kleinlich
Schnörkeln, alle moderne Effekthascherei verachtenden Einfachheit den Meist
verraten. In gewisser Hinsicht bereitet das Studium dieses Rohbaus, ja g
rade seiner unfertigen Teile, einen noch höheren Genuß, als das des „Kapital
denn in diesem finden wir bereits völlig herausgearbeitete, abgeschliffe
Formen; das neuerschienene Werk aber gestattet uns einen intimen Einbl
in die Marxsche Gedankenwerkstatt, es zeigt uns Marx an der Arbeit — u
zwar den jugendlichen Marx, dessen ungestümen Wissens- und Schaffensdra
die späteren langanhaltenden, aufreibenden Krankheiten noch nicht beeinträchti
hatten.

Wenn ich von dem Eindruck, den das Buch auf mich selbst gemacht ha
auf den schließen darf, den es auf andere sozialistische Leser machen wird, dan
wird der Erfolg trotz mancher nicht leicht verständlicher Partien ein bedeutend
sein. Ich habe das Buch keineswegs mit besonderem Interesse zu lesen a
gefangen — wenn ich ehrlich sein soll, dann zunächst nur, weil ich mußte, den
ich vermutete nur eine Wiederholung der Ausführungen einzelner Kapitel d
drei ersten Bände des „Kapital“ in anderer Form; doch je weiter ich dran
je mehr hat mich die Darstellung gepackt. In mir wurde wieder ein Stü
Jugendzeit lebendig: jene Zeit, als ich, nur erst mit wenigen sozialistisc
ökonomischen Schriften bekannt und noch, wie es sich für den jungen Kau
mann geziemte, in bürgerlich-ökonomischen Lehren befangen, zuerst den erst
Band des „Kapital“ in die Hand bekam und mir, obgleich ich manches n
halb verstand, eine neue, andere Welt aufging.

Daß heute sich die „Theorien über den Mehrwert“ aber in dieser For
präsentieren, verdanken wir nächst Marx dem Herausgeber des Werke
Kautsky, der aus einem unleserlichen, fortlaufenden Manuskript ohne Ei
teilung nach Kapiteln oder Abschnitten, aber mit unzähligen Abschweifunge
Wiederholungen und Zurückgriffen auf bereits Gesagtes, das Buch zusamme
gestellt hat. Eine keineswegs leichte und kleine Arbeit, denn es galt über 147
engbeschriebene Quartseiten verstreute Ausführungen ihrem inhaltlichen Z
sammenhang nach so aneinander zu reihen, daß nicht nur die geschichtliche Au
einanderfolge der Theorien eingehalten wurde, sondern auch das Ganze sic
vom Einfachen zum Komplizierteren fortschreitend, zu einem logischen Aufba
zusammenfügte — und doch sollte Marxens bleiben, was Marxens ist. Die
Aufgabe zu lösen ist Kautsky gelungen, so daß der Leser, wenn er nicht a
die Fußnoten achtet, diese Zusammensetzung des Textes aus allerlei Bruchstücke
kaum merkt.

1. Englische Merkantilisten.

Der von Kautsky aus dem Manuskript zusammengestellte erste Band d
„Theorien über den Mehrwert“ behandelt die Anfänge der Wert- und Meh
werttheorie bis Adam Smith. Als zweiter Band verspricht Kautsky die Marxsc
Kritik von Ricardos „Principles of political economy“, während der dritte Ban
R. T. Malthus kritisch auf seinen Irrgängen folgen und die Auflösung d
Ricardoschen Schule schildern wird. In seinem größten Teile beschäftigt si
der erste Band mit der Smithschen Konzeption der Arbeitswert- und der Meh
werttheorie, der Verwandlung des Mehrwertes in Unternehmerprofit, Grund

nte und Kapital und der Smithschen Definition der produktiven Arbeit. Vorauf
ht eine kurze Charakteristik des Physiokratismus und der ersten Mehrwerts-
ıffassungen des englischen Merkantilismus, gewissermaßen als historische Ein-
hrung in die Smithschen Gedankengänge, um deren Zusammenhang mit den
ysiokratischen Anschauungen schärfer hervortreten zu lassen.

Der die Wertbegriffe des englischen Merkantilismus entwickelnde 33 Seiten
llende erste Abschnitt des Buches findet sich jedoch keineswegs in dem Zu-
mmenhang, in welchem Kautsky ihn uns präsentiert, im Marxschen Manuskript.
: ist von Kautsky aus Bruchstücken zusammengestellt, die Marx in seine
itik der Smithschen und Ricardoschen Theorien eingeflochten hat, um zu zeigen,
e weit die Ansätze zu diesen in der Geschichte der englischen politischen
konomie zurückreichen. Berücksichtigt werden Sir William Petty, Charles
Avenant, Dudley North, John Locke, David Hume und J. Massie. Die
ngehendste Würdigung findet William Petty, der „Begründer der modernen
litischen Ökonomie“, wie ihn Marx nennt. Mit einer gewissen Pietät, die
utlich zeigt, wie hoch er Petty als volkswirtschaftlichen Theoretiker schätzt,
ildert Marx dessen Bestimmung des Wertes der Waren durch die zu ihrer
erstellung erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeit, seine Unterscheidung
ischen natürlichem Preise (Tauschwert) und jeweiligem Marktpreis (true price
rrant), seine Auffassung der Grundrente als des Überschusses, den der den
oden bebauende Arbeiter über seine Unterhaltungskosten hinaus produziert,
d seine Berechnung des Bodenwertes nach der Höhe der Rente unter Zu-
undelegung des damals in England allgemein als richtig angenommenen
rauntschen Mortalitätsgesetzes. Als Grundlage seiner Kritik dienen Marx
ttys „Treatise on Taxes“ und „Political Arithmetick“. Die 1682 erschienene,
Anti-Dühring erwähnte Schrift Pettys, Quantulumcunque concerning money“,
gewissermaßen den Abschluß von Pettys Entwicklung bildet, indem er hier
chmals zusammenfassend das Verhältnis des Warenwertes zum Geld- (Münz-)
rt auseinandersetzt, scheint Marx bei der Abfassung seines Manuskriptes noch
ht gekannt zu haben.

Die zusammenhängende Darstellung der „Theorien über den Mehrwert“ be-
nt im Marxschen Manuskript erst mit der Kritik Sir James Steuarts, nach
iner Ansicht der schwächste Teil des Marxschen Buches. Wie in der 1859
chienenen Marxschen Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (zweite
flage, Stuttgart 1897, S. 40/41) sieht Marx auch in dieser Schrift meines
achtens in Steuart zu sehr den die vorklassische Periode der englischen National-
nomie beschließenden wissenschaftlichen Interpreten eines geläuterten Mer-
tilismus, der nochmals als Letzter der Reihe die merkantilistischen Grundsätze
exakter Formulation zu einem wohldurchdachten System zusammenfaßt. Eine
ffassung, die sicherlich im ganzen richtig ist. Aber Steuarts groß angelegtes
rk „An Inquiry into the principles of political economy“ beweist, daß sein
fasser doch bereits durch den französischen Physiokratismus stark beeinflußt
:, den er während jahrelangen Aufenthaltes in Frankreich kennen gelernt
te. Und dieser Einfluß besteht nicht nur darin, daß Steuart seinem „System“
ge physiokratische Anschauungen als dekorativen Aufputz einfügt, sondern
er, indem er sie logisch den englisch-merkantilistischen Auffassungen ein-
liedern sucht, tatsächlich vielfach zu neuen Begriffen und Einsichten kommt.
ne Folgerungen sind allerdings meist echt-merkantilistisch. Teils erklärt sich
daraus, daß es ihm mehrfach nicht gelingt, für differierende merkantilistische

und physiokratische Anschauungen die Synthesen zu finden, noch mehr aber aus dem Postulat, von dem Steuart bei seinen Untersuchungen ausgeht, und aus dem Zwecke, den er mit diesen verfolgt. Man begreift die englische Nationalökonomie des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts in ihren Tendenzen nur, wenn man berücksichtigt, daß ihre Hauptrepräsentanten nicht Gelehrte waren, die sich durch ihre Untersuchungen wissenschaftliches Ansehen zu erwerben gedachten, sondern meist Kaufleute oder in der Staatsverwaltung, dem Handels-, Zoll-, Kolonial- und Finanzdienst beschäftigte Beamte, denen es als Axiom galt, daß England seiner Lage, Natur und historischen Entwicklung nach zum Manufaktur- und Handelsstaat wie kein anderes Land prädestiniert sei. Mit ihrer Untersuchung verfolgten sie deshalb vor allem den Zweck, der sich mächtig entwickelnden englischen Handelsbourgeoisie den Weg zu diesem Ziele zu zeigen. Schon bei Petty finden wir diesen handelspolitischen, kaufmännischen Charakter scharf ausgeprägt. Wenn nicht seinem Beruf nach, so war Petty doch seinem Charakter nach durchaus englischer Großkaufmann, wie er denn auch als Privatsekretär Henry Cromwells (eines Sohnes des berühmten Oliver) hauptsächlich dessen finanzwirtschaftliche Angelegenheiten führte, besonders als dieser die Verwaltung Irlands übernahm. D'Avenant war Finanzmann und Generalinspektor des englischen Außenhandels, Dudley North zuerst Großhändler, dann Generalkommissär der Zölle und Verwalter der englischen Krongüter, Richard Cantillon Kaufmann und später Bankier, und selbst John Locke verfaßte seine nationalökonomischen Schriften als wohlbestallter Beamter des englischen Kolonialministeriums.

Aus diesem Charakter des englischen Merkantilismus erklärt sich auch sein tiefes Verständnis für die Arbeitswerttheorie wie für die Fragen des internationalen Handelsverkehrs. Er ist in seiner Tendenz gewissermaßen nur ein theoretischer Niederschlag der durch die große englische Revolution des siebzehnten Jahrhunderts eingeleiteten Herrschaftsablösung des englischen Feudalismus durch die städtische Handels- und Manufakturbourgeoisie, des Sieges der durch diese vertretenen Bürgerschaft der Handelsstädte, speziell Londons, über das sich auf die „Kavaliere" und die feudal-katholische Geistlichkeit stützende Regiment der Stuarts. Und seine theoretischen Definitionen sind nicht bloße Wortspielereien, sondern durch das Bewußtsein des Klassengegensatzes geschärfte polemische Waffen im Kampfe gegen den feudalen Grundbesitz und dessen überkommene Staatsauffassung. Auch James Steuart, wenngleich schottischer Landlord, betrachtet England als prädestinierten Handelsstaat, und sein Werk verfolgt speziell den Zweck, England einen wissenschaftlichen Leitfaden für seine Wirtschaftspolitik zu liefern: eine Tatsache, die sich schon in dem Untertitel seines Werkes: „Essay on the science of domestic policy in free nations" — als solche „freie" Nation galt ihm speziell England — ausspricht. Von diesem Standpunkt aus aber erschienen naturgemäß Steuart manche der französisch-physiokratischen Anschauungen, als aus anderen wirtschaftlichen Verhältnissen abgeleitet, für Englands Handelsaufgaben ungeeignet und nicht der Beachtung wert. Zweitens aber will Steuart praktische Resultate für die englische Wirtschaftspolitik gewinnen. Er bricht deshalb oft seine theoretischen Erörterungen ab, sobald er meint, ein solches Ergebnis erlangt zu haben. Untersuchungen um ihrer selbst willen reizen ihn nicht.

Trotz dieser unbestreitbaren Unfertigkeit und Einseitigkeit findet man bei Steuart jedoch geradezu geniale Einblicke in das damalige Wirtschaftsgetriebe,

ie Marx entschieden unterschätzt. So sagt Marx zum Beispiel Seite 30 der vorliegenden Schrift:

„Steuart teilt nicht die Illusion, als ob der Mehrwert, der dem einzelnen Kapitalisten daraus entspringt, daß er die Ware über ihrem Wert verkauft, eine Schöpfung von neuem Reichtum sei. Er unterscheidet daher zwischen positivem Profit und relativem Profit.

„‚Der positive Profit bedeutet für niemand einen Verlust; er entspringt aus iner Vermehrung von Arbeit, Industrie oder Geschicklichkeit und bewirkt eine Vergrößerung oder Vermehrung des allgemeinen Wohlstands (public good). . . . Der elative Profit bedeutet einen Verlust für jemanden; er zeigt eine Schwankung der Lage des Reichtums zwischen den Beteiligten (a vibration of the balance of wealth etween parties) an, umfaßt aber keinen Zuwachs zu dem allgemeinen Vermögen stock). . . . Der gemischte (the compound) Profit ist leicht zu begreifen; er ist ine Art Profit, die teils relativ ist, teils positiv. . . . Beide Arten können untertrennlich bei demselben Geschäft vorkommen.‘ (Principles of Political Economy. The Works of Sir James Steuart etc. Ed. by General Sir James Steuart, his on etc. in 6 Bänden. London 1805, I., S. 275, 276.)

„Der positive Profit entspringt aus ‚Vermehrung der Arbeit, Industrie und Geschicklichkeit‘. Wie er hieraus entspringt, darüber sucht sich Steuart keine Rechenschaft abzulegen. Der Zusatz, daß es der Effekt dieses Profits ist, zu vermehren nd anzuschwellen ‚den allgemeinen Wohlstand‘, scheint darauf hinzudeuten, daß Steuart nichts darunter versteht als die größere Masse Gebrauchswerte, die infolge er Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit erzeugt werden, und daß er diesen ositiven Profit ganz getrennt vom Profit der Kapitalisten auffaßt, der stets eine Vermehrung des Tauschwerts voraussetzt.“

Diese Definition des „positiven Profits“ zeigt, daß Marx Steuarts Mehrwertauffassung nur halb erfaßt hat. Steuart geht, indem er auf den primitiven Bodenanbau verweist, von der Grundauffassung aus, daß als kultursteigernd ur die Arbeit gelten kann, die einen Mehrertrag liefert, das heißt die ein rößeres Quantum von Gebrauchswerten schafft, als bei der Produktion für ie Unterhaltung der Bodenbesteller und die Ersetzung der Werkzeugsabnutzung erbraucht worden ist. Liefert die Arbeit diesen Mehrertrag nicht, deckt die Menge der bei der Produktion verbrauchten Gebrauchswerte nur den Produktionsertrag, so kann sich weder die Bevölkerung vermehren, noch die Produktion erweitern, denn es fehlt dafür der nötige Fonds. Deshalb, so erklärt Steuart (I. Buch, XX. Kapitel), ist „das Produkt der Agrikultur“ auch nicht ur „nach seiner Quantität, sondern auch nach der bei der Produktion angewandten Arbeit zu schätzen“, und er führt dann weiter aus, daß die Agrikultur, welche das größte Produkt im Verhältnis zu der in der Produktion ngewandten Arbeit liefert, die vorteilhafteste sei.

Woher kommt aber dieses Mehrprodukt? Nach Steuarts Ansicht daher, aß der Arbeiter länger arbeitet, als er zur Erzeugung seiner Unterhaltungsmittel nötig hätte, daß er zusätzliche Arbeit, „additionelle Arbeit“ nennt e Steuart, verrichtet. Auf den unteren Stufen des Ackerbaus ist der Produktionsüberschuß nur gering, steigt aber mit der Zunahme der Geschicklichkeit er Arbeiter und der Zweckmäßigkeit der Werkzeuge, der allgemeinen Produktivität. Soweit dieser Mehrertrag der Arbeit vom Arbeiter sofort wieder dividuell konsumiert wird, liefert er nach Steuarts Ansicht keinen Profit, wohl ber der Teil, der in irgendwelcher Form in Kapital oder, wie Steuart sich ht merkantilistisch ausdrückt, in Geld verwandelt wird und dadurch die „gesellschaftlichen Güter“ vermehrt.

Darüber hinaus gelangt Steuart allerdings nicht, und es mag dies Steckenbleiben in genialen Ansätzen sein, das Marx zur Unterschätzung Steuart verleitet hat. Die Konsequenz, daß wenn der Arbeiter zusätzliche Arbeit leiste das Mehrprodukt eigentlich Mehrarbeit darstellt, zieht er nirgends. Er faß vielmehr den „Surplus" naiv-physiokratisch als ein zwar durch Arbeit aus gelöstes, in Wirklichkeit aber aus der „Fruchtbarkeit der Erde" ent springendes Erzeugnis auf; und noch weniger gelangt er zu der Folgerung daß die „additionelle Arbeit" unbezahlte Arbeit ist. Von unserem heutigen erhöhten Standpunkt aus erscheint es uns beim Lesen seines Werkes häufig als verliere er in seinen Deduktionen über einen bestimmten Punkt hinaus di sonstige Konsequenz; aber dennoch ergibt sich aus seinen Ausführungen, da Marx die Bedeutung des Steuartschen „positiven Profits" verkennt, wenn e meint, es „scheine", als wenn Steuart unter diesem nur die infolge der Pro duktivitätssteigerung zunehmende „größere Masse Gebrauchswerte" verstände Tatsächlich versteht Steuart darunter den in der Produktion gewonnenen Mehr ertrag, der als Überschuß des Produktionsertrags über die Produktionskoste wieder zum Teil im gesellschaftlichen Produktionsprozeß Anwendung finde und ihn ausweitet.

Neben diesem in der Produktion gewonnenen „positiven" (realen) Profi gibt es aber nach Steuart noch einen „relativen", im Handel gewonnene „Profit", den „profit upon alienation" (Veräußerungsprofit), der dadurch ent steht, daß im Handelsverkehr die Ware über ihrem Wert „veräußert" wird Dieser Profit ist nicht positiv, er entspringt nicht einer Wertsteigerung de Waren, sondern der Übervorteilung. Was der eine gewinnt, muß der ander zu viel bezahlen. Das Gesamtvermögen eines Landes wird also dadurch nu dann verändert, wenn dieser Profit nicht auf dem inneren Markte, sondern i Außenhandelsverkehr erzielt wird.

„Der relative Profit", sagt Steuart (Buch II, Kapitel VIII), „bedeute einen Verlust für irgendeinen, er zeigt eine Balanceschwankung des Reich tums zwischen verschiedenen Beteiligten an, aber er bedeutet keine Hin zufügung zum nationalen Kapital. Der ‚relative' Verlust zeigt demnac zugleich an, daß ein anderer Profit gemacht hat; er bedeutet ebenfalls ein Balanceschwankung, aber ohne daß sich die allgemeine Vermögensmasse ver mindert hätte."

Diese Verkennung des Charakters des Steuartschen „Profits" führt Mar zu einer anderen mißverständlichen Auffassung.

„Der Profit, das ist Mehrwert," sagt er S. 31 ff., „ist relativ und löst sich au in eine Schwankung der Wage des Reichtums zwischen den Beteiligten. Steuar selbst weist die Vorstellung ab, hierdurch den Mehrwert zu erklären. Seine Theori von der ‚Schwankung der Wage des Reichtums zwischen den Beteiligten', so weni sie die Natur und den Ursprung des Mehrwerts selbst berührt, bleibt wichtig be der Betrachtung der Verteilung des Mehrwerts unter verschiedene Klassen und unte verschiedene Rubriken von Profit, Zins, Rente.

„Daß Steuart allen Profit einzelner Kapitalisten auf diesen ‚relativen Profit auf den durch Veräußerung erzielten Profit beschränkt, zeigt sich in folgendem:

„‚Der reale Wert einer Ware (manufacture)', sagt er, ‚ist bestimmt durch di Menge derselben, die durchschnittlich ein Arbeiter des Landes im allgemeine während eines Tages, einer Woche, eines Monats usw. produzieren kann.'

„Zweitens ‚durch den Wert der Lebensmittel und die notwendigen Ausgabe deren der Arbeiter bedarf, sowohl um seine persönlichen Bedürfnisse zu befriediger

ls auch die Werkzeuge anzuschaffen, die zu seinem Beruf gehören, auch dies, wie
ben, im Durchschnitt genommen.'

„Drittens: ‚Durch den Wert des Rohmaterials.' (S. 244, 245.)

„‚Kennt man diese drei Posten, dann ist der Preis des Produkts gegeben. Er
ınn nicht geringer sein als die Summe aller drei Posten, das ist als der reale
Wert. Was darüber hinausgeht, bildet den Profit des Industriellen (manufacturer),
r wird stets im Verhältnis zur Nachfrage stehen und daher mit den Verhältnissen
echseln.'"

Tatsächlich ist diese Mitbestimmung des „realen" Wertes durch den Arbeits-
ohn und das Rohmaterial nicht, wie Marx meint, konfus, sondern es liegt
ır eine Einsicht in den Produktionsprozeß zugrunde, der in Anbetracht des
amaligen Standes der ökonomischen Wissenschaft fast genial genannt werden
ınn. Steuart will in dem betreffenden Kapitel, das den Titel führt: „Wie
ird der Preis durch den Handel bestimmt?" nachweisen, aus welchen Wert-
omponenten sich der durch Angebot und Nachfrage regulierte „Preis" zu-
ammensetzt. Zuerst, so ist sein Gedankengang, kommt die Erhaltung des
rbeiters und der von ihm benutzten Werkzeuge, sowie der Preis der ver-
andten Rohmaterialien — präziser ausgedrückt: die Ersetzung des veraus-
abten variablen und konstanten Kapitals — in Betracht. Damit sind aber
e konstituierenden Elemente des Wertes noch nicht vollzählig; es kommt noch
r Wert der Mehrarbeit hinzu, die der Arbeiter über den Wert der er-
altenen Unterhaltsmittel hinaus dem Produkt hinzusetzt. Wie diesen Wert-
satz bestimmen? Steuart greift zu folgender schwerfälligen Definition: „Was
an zuerst bezüglich der zum Verkauf bestimmten Waren wissen muß, das ist,
ieviel ein Arbeiter davon in einem Tage, einer Woche, einem Monat an-
tigen kann, je nach der Qualität des Arbeitsproduktes, das mehr oder weniger
eit bis zu seiner Fertigstellung erfordern kann. In der Abschätzung dieses
Maßes ist es nötig, eine Bestimmung für die Durchschnittsmenge zu finden,
e der Arbeiter eines Landes im allgemeinen leistet, ohne der beste noch der
lechteste seines Berufs zu sein und ohne daß besondere günstige oder un-
ınstige örtliche Umstände am Arbeitsort vorhanden wären."

Steuart will also neben dem Arbeitslohn, dem Rohmaterialwert und der
nutzung der Werkzeuge auch noch den Grad der durchschnittlichen Arbeits-
lstung, der Produktivität berücksichtigt wissen. Diese Definition ist sicherlich
ıiv und verfehlt; aber sie wurzelt in der richtigen Erkenntnis, daß der „reale"
Wert (Tauschwert) einer Ware nicht nur eine Wiederersetzung der Produktions-
sten in sich schließt, sondern diesen in der Produktion ein weiterer Wert-
wachs (Mehrwert) hinzugesetzt wird. Wird eine Ware unter der Summe
ser Wertkomponenten verkauft, dann bleibt ihr Preis, wie Steuart sagt,
ter dem Werte zurück, wird sie teurer verkauft, dann steht der Preis über
n Wert und der Fabrikant, der solchen Preis erzielt, macht noch einen be-
sonderen Veräußerungsprofit (profit upon alienation). Der „reale" Wert einer
Ware schließt also zwar den in der Produktion erzeugten „zusätzlichen" Wert
, nicht aber den Veräußerungsprofit, wie denn auch Steuart zu Beginn des
treffenden Kapitels sagt: „In dem Preise der Waren finde ich zwei ganz
rschiedene, tatsächlich existierende Dinge: das sind der reale Wert eines
Gegenstandes und der Veräußerungsprofit."

Wenn Marx aber auch vielleicht in diesem Punkte Steuarts theoretische
Leistung unterschätzt, er müßte nicht Marx, der Begründer der materialistischen

Geschichtsauffassung sein, wenn er nicht andererseits Steuarts historisches Ve ständnis für den Kapitalentstehungsprozeß und den bürgerlichen Charakter d Warenproduktion in England des achtzehnten Jahrhunderts erkennen und a erkennen würde. Schon in seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomi (Kautskysche Ausgabe, S. 41) konstatiert Marx diesen Fortschritt Steuarts üb seine Vorgänger hinaus. (Fortsetzung folg

---

Die jüngste Wahl in Amerika und die Arbeiterbewegung.

Von **Philipp Rappaport** (Indianapolis).

Über den Riesensieg der republikanischen Partei, die an Vernichtung streifen Niederlage der Demokraten und die Zunahme der sozialistischen Stimmen si Sie jedenfalls längst unterrichtet.[1] Die Zahl der von den Sozialisten abgegeben Stimmen beläuft sich auf etwas über 400000. Die bedeutendste Zunahme e folgte in Chicago, von 8000 auf rund 50000, und in Milwaukee, woselbst vi Mitglieder der Staatslegislatur und ein Staatssenator von den Sozialist gewählt wurden. Ein sehr bedeutendes Wachsen der Partei ergab sich in de Staaten Idaho, Nevada und Montana, in denen es sehr viele Bergwerk arbeiter gibt.

Trotz des verhältnismäßig geringen Anwachsens der Stärke der Par herrscht darüber doch großes Erstaunen, was wahrscheinlich mehr auf Rechnu der Stetigkeit des Wachstums als auf Rechnung der Stimmenzahl zu schreib ist. Die Partei erschien zum erstenmal im Jahre 1888 auf der Bildfläche u erzielte ein Votum von 2068. In 1890 stieg es auf 13331, in 1892 a 21157, in 1894 auf 33133, in 1896 auf 36364, in 1898 auf 91749, in 19 auf 131109 und in 1902 auf 285000.

Das sind sicherlich im Verhältnis zur Gesamtstimmenzahl (14 bis 15 Mi lionen) sehr kleine Zahlen, und die Bedeutung des diesmaligen Steigens d Ziffer liegt auch nur im Zusammenhang mit der Gesamtlage. Nicht der Um stand, daß die Sozialisten ein paar hunderttausend Stimmen gewonnen habe ist das Wichtigste dabei, sondern der Umstand, daß die Demokraten fast b zur Vernichtung geschlagen wurden, so daß die Erwartung, diese Partei könne j mals wieder ans Ruder gelangen, fast total vernichtet ist. Das Zweiparteiensyste ist hier so tief eingewurzelt, daß das Emporkommen einer neuen Partei oh die Vernichtung einer bestehenden praktisch unmöglich ist. Bisher ist noch jed derartige Versuch mißlungen. Entweder verschwand die neue Partei sofo nach dem ersten Versuch wieder, wie zum Beispiel die Union Labor Party u die United Labor Party, oder sie ging nach einigen Versuchen wieder zugrund wie die Greenback Party, oder sie führte ein kümmerliches Scheindasein weite wie die Partei der Populisten und die der Prohibitionisten. Dritte Partei werden im allgemeinen, als gänzlich aussichtslos, für überflüssig gehalten, u man gibt lieber seine Stimme für das „kleinere Übel" ab, als daß man s ganz „wegwirft". Es sind immer nur wenige Enthusiasten, welche eine f eine aussichtslose Partei abgegebene Stimme nicht als weggeworfen betracht

In der Tat können unter hiesigen Verhältnissen Umstände eintreten, welc selbst den begeistertsten Sozialisten veranlassen können, einmal für eine d

---

[1] Vergl. Nr. 10 der „Neuen Zeit" vom 3. Dezember 1904: Hermann Schlüter, D amerikanischen Wahlen und die Sozialisten. Die Redaktio

den Bourgeoisparteien zu stimmen. Nehmen wir nur zum Beispiel die machvollen Vorkommnisse in Colorado. Genosse Schlüter hat sie in Nr. 40, und 42 des Jahrganges XXII der „Neuen Zeit" ausführlich geschildert. ß diese Vorkommnisse vor allem das Gefühl der Rache erzeugten, ist ebenso bstverständlich, wie daß die Arbeiter sich vornahmen, für den Gegner des zeitigen Gouverneurs Peabody, welcher für einen weiteren Termin kandirte, zu stimmen, denn nur so konnten sie die Unbill rächen. Zur Erwählung i ja nur die höchste Stimmenzahl, eine Pluralität, wie man es hier nennt, tig, nicht aber eine Majorität. Die Arbeiter Colorados, besonders die ubenarbeiter, sind sehr stark vom Sozialismus „durchseucht", aber eine Zersplitterung ihrer Stimmen zwischen Sozialisten und Demokraten hätte die iedererwählung des Gouverneurs Peabody zur Folge haben können, und darch wäre nicht nur das Rachegefühl unbefriedigt geblieben, sondern das sultat wäre noch obendrein im ganzen Lande als eine Gutheißung der Politik gewaltsamen, ungesetzlichen Unterdrückung der Arbeiterbewegung angesehen rden. Glücklicherweise aber ist Peabody von seinem demokratischen Gegner chlagen worden, und der Umstand, daß im übrigen die Republikaner im aate eine Mehrheit erzielten, macht seine Niederlage um so auffallender und t über die Ursache keinen Zweifel. Das ist denn doch ein Arbeitersieg, und ar ein sehr bedeutender, wenn auch nicht sozialistischer.

Die demokratische Partei ist in unseren Parteiblättern stets als die Partei Kleinbürgers bezeichnet worden. Ich habe diese Bezeichnung niemals für tig gehalten, aber sie paßte in die Schablone. Ihre wirtschaftlichen Prinien waren so verschwommen, die Elemente, aus denen sie bestand, so vereden, daß ihre ökonomische Klassifizierung eigentlich eine Unmöglichkeit ist. mittelbar vor der Rebellion in den sechziger Jahren war sie die Proavereipartei, und so wurde sie unmittelbar nach der Rebellion die Partei südlichen Pflanzer, welche noch jetzt zu ihr gehören, wurde Gegnerin der onstruktionspolitik und selbstverständlich Gegnerin des Schutzzolls, der dem umwolle pflanzenden industrielosen Süden unmöglich passen konnte. Als h und nach die der Rebellion entsprungenen Fragen von der Bildfläche verwanden, wurde sie Oppositionspartei aus Opposition. Als die Republikaner nperenzpolitik trieben, schrieben die Demokraten „persönliche Freiheit" auf Banner und gewannen damit das deutsche Element. Daß ihre Opposition en hohe Schutzzölle ihnen die Herzen der Politiker und Geschäftsleute des ßen Einfuhrhafens des Landes, New Yorks, gewann, war nur natürlich, New York verstand es, sich das zahlreiche Irländertum zu sichern. Als Republikaner sich anschickten, die Temperenzpolitik an den Nagel zu hängen, men die Demokraten sie vielerorts wieder auf, ohne dabei jedoch ihren Ruf temperenzfeindliche Partei bis jetzt verloren zu haben. Als die ins Unure wachsende Industrie die Trusts erzeugte und die kapitalistenfreundliche itik der Republikaner klar zutage trat, eiferte sie gegen die Trusts, ohne ch jemals imstande zu sein, auf diesem Gebiet ein klares Programm zutage fördern. Aber die Anfeindung der Schutzzölle und der Trusts brachte sie fach in den Ruf einer volkstümlichen Partei. Wollte sie diesen Ruf nicht ieren, so mußte sie doch zeigen, daß sie ihn verdiente, und so stellte sie vor Jahren Bryan als Präsidentschaftskandidaten auf und setzte die Doppelrung auf ihr Programm. Praktisch hatte sie dabei die Gewinnung der ulisten im Auge. Als sie mit diesem Programm schmählich durchgefallen

war, versuchte sie wieder „respektabel“ zu werden, warf die Doppelwährun über den Haufen, kehrte zu den Fleischtöpfen zurück und stellte Parker, de Freund der New Yorker Börsenjobber, als Kandidaten auf. Das gab ihr nu beinahe den Garaus. Als nationale Partei ist sie tot, sie kann nur noch al lokale Partei weiter existieren.

Nun sprachen zwar die Parteileiter von einer Reorganisation der Parte aber an einer Partei, die aus so heterogenen Elementen wie südliche Pflanze östliche Börsenjobber, Farmer, Arbeiter und kleine Geschäftsleute zusammen gesetzt ist, läßt sich wirklich nichts reorganisieren. Ich denke mir, daß binne kurzem Hunderttausende von Proletariern, die für den Sozialismus reif sin auch sozialistisch stimmen werden, sobald sie wissen, daß eine für die demo kratische Partei abgegebene Stimme ebenfalls „weggeworfen“ ist. Sie dürfte dann eine wachsende Partei immerhin einer absterbenden, beinahe schon tote Partei vorziehen.

Nicht ohne Interesse ist die Auffassung, welche die Bourgeoispresse von de Sachlage hat, und es muß hier genügen, wenn ich folgende Stelle aus de „Indianapolis News“, einem der leitenden Blätter des Landes, wiedergebe Dieses Blatt sagt: „Gewiß haben viele bloß deshalb sozialistisch gestimmt, we sie ihrem Mißfallen mit dem Verfahren der Demokraten Ausdruck gebe wollten. Sie werden wieder abfallen, aber trotzdem wird man die Sozialiste im Auge behalten müssen. Wenn die Regierung vernünftig ist, dann wird si soweit es möglich ist, etwa vorhandene Beschwerden berücksichtigen, nötig Reformen einführen, Sympathie für die Arbeiter kundgeben, der gewiß zum Teil vorhandenen Raubsucht des Kapitals Zügel anlegen und dadurch de Sozialisten den Boden unter den Füßen wegnehmen. Staatsmännische Klug heit kann in dieser Beziehung viel tun. Es ist also weniger Ursache zum Er schrecken, als zu ausgezeichneten Diensten für das Volk vorhanden. Werde diese Dienste geleistet, so wird die Zahl der Sozialisten rasch zusammen schrumpfen. Es genügt nicht, dieser Bewegung zu opponieren, denn wenn ihr Forderungen berechtigt sind, wird Opposition sie nur verstärken. Wir müsse soweit wie möglich unsere Angelegenheiten so ordnen, daß die Forderungen de Sozialisten dem Volke unvernünftig erscheinen. Bis jetzt ist der Sozialismu noch keine Gefahr, aber er kann zu einer solchen werden.“

Daß dieser Rat nicht befolgt wird, kann ja wohl als sicher betrachte werden, aber die Illusionäre und Friedensapostel sind hier so zahlreich, da eine Zeitung solchen Rat geben kann, ohne auf Widerspruch zu stoßen. D hatte vor einigen Tagen die „National Civic Federation“ ihre Beamtenwah und ihr Jahresbankett. Der Zweck dieser Verbindung ist die Erzielung un Erhaltung des sozialen Friedens durch Einführung schiedsrichterlicher Ent scheidung in allen Zwisten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Präsiden der Verbindung wurde August Belmont, Bankier, Millionär und Vertreter de Hauses Rothschild in Amerika, erster Vizepräsident wurde Samuel Gompers der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Unter den Anwesende und Rednern befand sich außer Genannten eine Anzahl Führer von Gewerk schaftsverbänden, ferner der bekannte Erzbischof Ireland, mehrere millionen reiche Bankiers und Fabrikanten und Dr. Eliot, Präsident der Harward Univer sität, der kürzlich in einem Vortrag Streikbrecher als Helden und verdienstvoll Menschen bezeichnete. Da saßen sie beisammen, aßen gut, tranken Wein un Champagner, hielten Harmoniereden und verlasen die ermunternden Zuschriften

ıdrew Carnegies, des bekannten Stahlkönigs, und John Mitchells, des be=
ınten Streikführers der Kohlengräber.

Dem deutschen klassenbewußten Arbeiter ist sicherlich ein solcher Vorgang
'olut unfaßbar. Er läßt es begreifen, daß Gompers, Mitchell und Kon=
ten Gegner der sozialistischen Bewegung sind, aber er zeigt auch, daß die
wegung hier mit ganz anderen Elementen zu rechnen hat als in Deutsch=
d. Dieser selbe Gompers wurde erst vor vierzehn Tagen wieder zum Präsi=
ıten des Gewerkschaftsbundes gewählt, und ich zweifle gar nicht, daß die
erikanischen Arbeiter stolz auf ihn sind und glauben, daß ein Teil des
ınzes ihres mit Millionären verkehrenden Führers auch auf sie abfällt.

Braucht man sich dann darüber zu wundern, daß bei der kürzlichen Tagung
'es Gewerkschaftsbundes in San Francisco eine von sozialistischer Seite ein=
eichte, an sich ganz harmlose Resolution nur nach arger Verstümmlung an=
ommen wurde? Die Resolution empfahl den Gewerkschaften die Besprechung
tschaftlicher Fragen und setzte der Empfehlung die Begründung voran, daß
: System des Kapitalismus seinen Höhepunkt erreicht habe und nicht mehr
tbar sei. Die Begründung wurde gestrichen und die leere Empfehlung an=
ommen. In früheren Tagungen eingebrachte Resolutionen zugunsten des
zialismus wurden stets von dem angeblichen Standpunkt der Neutralität
Gewerkschaften aus abgewiesen. Was es mit diesem Standpunkt auf sich
te, zeigt die Abweisung obiger Begründung.

Man sieht, die Gewerkschaften bieten einstweilen noch einen sehr unfrucht=
en Boden für die sozialistische Propaganda, und es wird nicht eher anders
den, als bis das in den Massen schlummernde Klassenbewußtsein erwacht.
ß dies in nicht allzu ferner Zeit geschieht, dafür wird schon die „Manufac-
er's alliance" sorgen, eine Organisation, die nicht aus Illusionären besteht,
dern mit allen Machtmitteln den Kampf um den open shop führt. Open
p, die offene Werkstätte, offen für jedermann, ob Gewerkschaftsangehöriger
r nicht. Es ist dasselbe, was das „Herr im eigenen Hause sein" des
tschen Fabrikanten bedeutet. Hie open shop, hie closed shop (closed, ge=
ossen für Nichtgewerkschaftler). Darum dreht sich jetzt zunächst der Kampf.
open shop bedeutet aber die ungehinderte Anstellung von Streikbrechern
er dem Schutze von Militär und Polizei. Dieser Kampf muß den Massen
eßlich die Augen öffnen. Aber langsam wird es gehen, und es wird noch
r als eine Wahl stattfinden müssen, bis die sozialistische Bewegung die
italisten in wirklichen Schrecken zu setzen vermag.

Aus den Tagen der dreijährigen Dienstzeit.

Von **Rudolf Krafft.**

In der amtlichen Begründung der neuen Militärvorlage spielt die angeb=
e Erschwerung der Truppenausbildung durch die zweijährige Dienstzeit eine
ze Rolle. Auch am Bundesratstisch liebt man es, auf diese „Erschwerung"
uweisen. Dabei wird freilich das sehr wichtige Faktum vergessen, daß die
führung der zweijährigen Dienstzeit nicht nur ein politischer Schachzug,
ern auch die logische Folge der im Herbst 1888 erfolgten Ab=
ffung des alten Infanterieexerzierreglements war. Mit dem
chwinden dieser Vorschrift kamen das dritte Glied, der Griff „Faßt das

Gewehr an“ sowie eine Reihe sehr komplizierter Evolutionen in Fortfall.
den Herren im preußischen Kriegsministerium das Gedächtnis aufzufrischen u
zugleich der Öffentlichkeit zu beweisen, was von den „größeren Schwierigkeite
die die zweijährige Präsenz mit sich gebracht haben soll, zu halten ist, gebe
zunächst einige Bilder aus dem alten Exerzierreglement zum besten. Da
wird sich auch zeigen, welch schauerlichen Unsinn die deutsche Armee in
Zeiten des „großen“ Moltke treiben mußte.

Während jetzt die Fußtruppen nur mehr in zwei Gliedern, also in ei
Formation aufgestellt werden, aus der jeden Augenblick das Gefecht begon
werden kann, schrieb das alte Reglement für gewöhnlich die Aufstellung
drei Gliedern vor. Wollte die Truppe ein Gefecht beginnen, so mußte
vorher die zweigliedrige Formation annehmen. Das galt nicht nur für
Zug und die Kompagnie, sondern auch für das Bataillon, das Regiment u
die Brigade. Die Folge war, daß die Leute das Exerzieren nicht nur in d
sondern auch in zwei Gliedern lernen mußten. In der dreigliedrigen A
stellung hatte eine Kompagnie zwei Züge, in der zweigliedrigen drei;
Bataillon hatte in der dreigliedrigen Aufstellung acht Züge, in der zw
gliedrigen zwölf. Der Übergang aus der dreigliedrigen Formation in die zw
gliedrige erfolgte auf das Kommando „Kompagniekolonne formiert“, wor
das dritte Glied jeder Kompagnie einen neuen Zug, den sogenannten Schütz
zug, bildete. Die drei Züge der Kompagnie standen in dieser Formation hin
einander, der letzte war der Schützenzug.

Ganz besonders schöne Dinger waren die beiden Schulangriffe, die
alte Reglement für das Bataillon vorschrieb. Man kann sie getrost als
Bild der Gamaschenknöpferei bezeichnen. Im Felde war dieser Blödsinn n
zu verwenden. Beim ersten Schulangriff ging es wie folgt zu. Das Batail
stand in zwei Gliedern in „Kolonne nach der Mitte“, die der heutigen Dop
kolonne entspricht. Dabei waren die Kompagnien in Kompagniekolonnen (s
oben) eng beisammen in der Form eines länglichen Rechtecks aufgestellt.
der rechten Hälfte stand vorne die zweite, dahinter die erste Kompagnie,
der linken Hälfte vorne die dritte, dahinter die vierte Kompagnie. Nun
der Bataillonskommandeur von einem Hornisten das Signal „Schützen v
blasen, worauf eine taktische Narretei verbrochen wurde, die ihresgleichen suc
Das Gefecht wurde nämlich nicht mit den Zügen begonnen, die dem sup
nierten Gegner am nächsten, also an der Spitze der Kolonne stand
sondern mit den Zügen, die am Ende der Kolonne sich befanden. Feier
mußten diese zwei Züge (die Schützenzüge der ersten und der vierten K
pagnie) das ganze Bataillon entlang geführt werden, in der Höhe des ers
Gliedes der vordersten Züge wurde dann das Kommando zum Ausschwärm
gegeben, eine Sektion blieb als „Unterstützung“ geschlossen zurück. Durch ä
liche Intelligenz zeichnete sich das zweite Schulgefecht des Bataillons a
Hier stand das Bataillon in Linie, vorne acht Züge nebeneinander, dahi
die vier Schützenzüge. Auch hier wurde das Gefecht nicht mit den vorde
Zügen, sondern mit zwei Zügen der hinteren Reihe eingeleitet.

Die kurz geschilderten Schulgefechte forderten einen bedeutenden Z
aufwand, bis sie fehlerlos heruntergeleiert werden konnten. Das neue Reg
ment aber kennt einen solchen stundenmordenden Unsinn nicht mehr, denn
verzichtet mit vollem Rechte überhaupt darauf, für den Angriff oder für
Verteidigung besondere Formen zu bestimmen.

Ferner beseitigte das neue Exerzierreglement das Bataillonskarree, das ıenfalls ein zeitverschlingendes nutzloses Ungetüm war. Bis es klappte, ıuerte es auch ziemlich lang.

Es ist mir nicht möglich, an dieser Stelle alle Verzwicktheiten des alten :eglements zu beschreiben. Nur so viel sei noch gesagt, daß das neue Regle- ent höchstens sechs Evolutionen zählt, die man im Felde nicht braucht; das te aber hatte mindestens zwei Dutzend unnötiger Formationen und Formations- ränderungen.

Selbst das Plänkeln war nach dem alten Reglement schwieriger, weil es ıch einen besonderen Abstand von Schützengruppe zu Schützengruppe, ıva vier bis fünf Schritte, forderte, während das neue Reglement nur mehr ıen Abstand zwischen den einzelnen Schützen (ein bis zwei Schritte) anordnet. ie Gruppenabstände sind abgeschafft.[1]

Eine enorme Erleichterung bedeutete der Wegfall des Griffes „Faßt das ewehr an". Damit verschwanden mit einem Schlage sechs, sage sechs Griffe! ıd zwar 1. Gewehr auf, 2. Gewehr ab von angefaßtem Gewehr aus, 3. An- ssen von Gewehr über aus, 4. Übernehmen vom Anfassen aus, 5. Laden vom ıfassen aus, 6. Chargieren vom Anfassen aus. Das Anfassen war weitaus :r am meisten Schwierigkeiten verursachende Griff, denn nach seiner Voll- ıdung mußte der Mann das 9 Pfund schwere Gewehr allein mit dem ıumen, dem Ringfinger und kleinen Finger der rechten Hand tragen. Der uf lehnte an der rechten Schulter, die trotz der relativ großen Belastung der ıhten Hand weder gesenkt noch gehoben werden durfte. Für schwächliche ute war dies nicht leicht. Namentlich der Marsch mit angefaßtem Gewehr :eitete ihnen anfangs viele Verdrießlichkeiten. Weiter mußte der Griff „Faßt ıs Gewehr an" nicht nur stehenden Fußes, sondern auch während des arsches ausgeführt werden, weil er als Ehrenbezeigung vorgeschrieben war.

Aber nicht genug damit, daß die Ausbildung im Exerzieren jetzt bedeutend ıfacher ist als vor zwanzig Jahren, auch die Schießausbildung wurde ırch die Einführung des kleinen Kalibers und des rauchlosen Pulvers er- ıhtert. Die großkalibrigen Gewehre Modell 71 und Modell 71/84 schossen ıfernt nicht so präzis wie das nunmehrige Infanteriegewehr. Ferner hatten ı einen sehr starken Rückstoß, während die kleinkalibrigen Gewehre an einem ıchen Übel nicht leiden. Endlich war bei dem früheren Pulver ein heftiges assenfeuer eigentlich nur ein Schießen in einen undurchsichtigen Nebel, denn ıon nach wenigen Sekunden lagerte vor der Front ein so dichter Pulver- ınpf, daß der Schütze keine zehn Schritte weit sah. Das rauchfreie Pulver ıöglicht hingegen den Blick auf das Ziel auch bei der Anwendung des heftigsten ınellfeuers. Es wäre auch sehr sonderbar, wenn der Fortschritt der ıffentechnik die Anwendung der Waffen erschweren würde.

Nun hat Herr v. Einem im Reichstag gesagt, daß jetzt der Mann in erster ıie einzeln ausgebildet und dann erst in die Abteilung gestellt werde. War ıs früher vielleicht anders? Schon vor zweiundzwanzig Jahren, als ich noch ıs zweifelhafte Vergnügen hatte, bayerischer Kadett zu sein, hörte ich von ıerem damaligen Instruktionsoffizier, der Vorteil der deutschen Truppen- ısbildung liege darin, daß man den Mann einzeln unterrichte, ehe er in die ısse gesteckt und hier gedrillt werde. Auch in der Zeit der dreijährigen Prä-

[1] Die Sektion der geschlossenen Abteilung wurde in der Schützenkette „Gruppe" genannt.

senz wäre kein Offizier auf den Gedanken gekommen, mit dem Massendrill z beginnen.

Ferner stimmte Herr v. Einem ein bitteres Klagelied über die Mangelhafti keit des jetzigen Unteroffiziersmaterials an. Er stellte die Sache so dar, als nur die minderwertigen Soldaten kapitulierten, und suchte diese These mit d Behauptung zu stützen, daß der Industriestaat mit seinen hohen Löhnen d gewandten Leute vom Militär weglocke. Dabei war schon vor zwanzig Jahre das Schimpfen über die Unbrauchbarkeit der Unteroffiziere üblich. Und in d Tat konnte man damals ruhig sagen, daß auf je zwölf Unteroffiziere höchsten vier wirklich tüchtige trafen. Nach meinen Beobachtungen waren daran ab nicht die Unteroffiziere schuld, sondern die Kompagniechefs, die sich m ihren Unteroffizieren ungenügend beschäftigten. Wenn die Unteroffiziere in d Zeit von anfangs Oktober bis anfangs April von ihrem Kompagniechef jede Tag — Sonn- und Feiertage, sowie Wachttage natürlich ausgenommen - Unterricht erhalten würden, dann wären sie auch tüchtig. Ob die Ausbildun der Unteroffiziere durch die Kompagniechefs jetzt auch noch so lax betriebe wird wie früher, weiß ich nicht, aber ein Umstand scheint mir darauf hinz deuten. Man liest nämlich sehr häufig von Mißhandlungen, die Unteroffizier beim Unterricht ihrer Mannschaften begangen haben. Es wird also von de Unteroffizieren auch jetzt noch offenbar sehr viel Unterricht erteilt. Die ist aber nur möglich, wenn die Unteroffiziere selbst nur wenig oder gar keine Unterricht genießen, weil die zur Verfügung stehende Zeit viel zu kurz ist, al daß der Unteroffizier an jedem Tage eine Stunde Unterricht erhalten und ei solche erteilen könnte. In einer gut geleiteten Kompagnie ist der Unterricht w folgt zu regeln: Der Hauptmann unterrichtet die Unteroffiziere, der Oberleutnan oder älteste Leutnant den zweiten Jahrgang, der Rekrutenoffizier die Rekruten Würde dies in der Armee durchgeführt werden, dann hätte sie trotz de „hohen" Löhne des Industriestaats sehr bald gute Unteroffiziere und außerdem verschwänden die furchtbaren Mißhandlungen, die von Unteroffizieren gar nich selten bei der Erteilung des theoretischen Unterrichtes verübt werden.

Ferner läßt der preußische Kriegsminister die amtliche „Begründung" de neuen Militärvorlage folgende Klage über die zweijährige Dienstzeit erheben „Die nachteiligen Folgen sind nicht ausgeblieben. Sie zeigen sich in einer di geistigen (!) und körperlichen Kräfte aufreibenden Tätigkeit des Ausbildungs personals — der Offiziere wie der Unteroffiziere — und haben zu ungünstige Erscheinungen geführt, welche die dreijährige Dienstzeit in gleichem Maße nich kannte. Hierunter hat die Ausbildung, die Behandlung des Manne das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen gelitten."

Die Behauptung, daß die zweijährige Dienstzeit die geistigen Kräft des Ausbildungspersonals aufreibe, ist gewiß kühn. Danach könnte ma glauben, daß die Kaserne in wissenschaftlicher Beziehung ungefähr solche An forderungen stelle wie eine Universität. Ebenso kühn ist der Versuch, die zwei jährige Dienstzeit als die Ursache der Soldatenmißhandlungen bezeichnen z wollen, worauf doch der Satz: „Hierunter hat die Ausbildung usw." hinaus läuft. Der bekannte, die schrecklichsten Soldatenquälereien enthüllende Erla des Prinzen Georg von Sachsen stammt aus den Tagen der dreijährige Dienstzeit. Und wird bei der Kavallerie, die die dreijährige Präsenz hat, nich mißhandelt? Ich selbst stand vor Einführung der zweijährigen Dienstzeit vie Jahre als Offizier in Metz, wo ich sächsische und preußische Truppen beobachte

nte. Darum weiß ich aus Erfahrung, daß auch während der drei-
rigen Dienstzeit schamlos geprügelt wurde. Unter Wilhelm I. scheinen
urteilte Soldatenschinder sogar mit Begnadigungen erfreut worden zu sein.
eußen hält seine militärische Kriminalstatistik vor Einführung des sogenannten
entlichen Militärgerichtsverfahrens wohlweislich geheim. Die bayerische
ßhandlungsstatistik aber zeigt, wie die Soldatenschinderei auch unter der
ijährigen Dienstzeit blühte. Am 7. Oktober 1893 verlas der bayerische
egsminister von Asch im Landtag eine Statistik, aus der hervorging, daß
Jahre 1880 in der bayerischen Armee 174 Soldatenquäler abgeurteilt
rden, 1881 waren es 154, 1889: 109, 1890: 95, 1891: 94, 1892: 84. Man
t, daß auch unter der dreijährigen Dienstzeit fleißig geschunden wurde.

Richtig ist allerdings, daß die Armee jetzt weit mehr strapaziert wird als
her. Aber dies ist durchaus nicht eine aus der zweijährigen Präsenz resul-
ende Notwendigkeit, sondern eine Teilerscheinung des neuen Kurses. Wie
allen Gebieten des Staatswesens, ja sogar auf dem der Gesetzgebung, eine
öse Unruhe herrscht, so ist es auch beim Militär. Ein vernünftiges Aus-
en, ein intensives Beobachten, ein ernstes Überlegen gibt es nicht mehr.

Außerdem steht hinter den Offizieren das Schreckensgespenst der Pensionie-
g. Sie glauben sich gegen die Absägewut am besten damit schützen zu
nen, daß sie recht viel „arbeiten", das heißt ihren Abteilungen möglichst viel
nst aufhalsen.

Endlich haben einzelne Asketen in Generalsuniform einen großen
fluß auf die Armee gewonnen. Der bekannteste dieser Generale war der
kurzem zum Generalfeldmarschall beförderte Graf v. Haeseler, der übrigens
vollendeter Gentleman von hohem Rechtsgefühl ist. Solche Asketen haben
en Sinn für den geselligen Verkehr, sie haben kein Empfinden für Ver-
gen; auch das Verständnis für Kunst und Literatur scheint ihnen häufig
mangeln. Generalstabskarten sind ihnen die angenehmsten Freunde, der
nst ist ihnen die schönste Beschäftigung. Ihr Tisch ist meist nicht viel
r bestellt als der eines armen Soldaten. Und weil sie selbst fast gar keine
ürfnisse haben, weil ihnen Felddienstübungen, Schießen und Exerzieren als
Gipfel des irdischen Glückes gelten, so meinen sie, auch ihre Untergebenen
ten so konstruiert sein. Daraus entspringt folgerichtig die Überanstrengung
Truppen. Ich habe bis zum Beweis des Gegenteils die feste Überzeugung,
während der Zeit, in der Graf v. Haeseler das XVI. Armeekorps kom-
dierte, der jährliche durchschnittliche Krankenstand der Garnison Metz
utend höher war als in den vorhergehenden fünf Jahren. Soviel ich mich
nern kann, stieg schon im Sommer 1890, also kurz nach der Ernennung
Grafen zum kommandierenden General, die Krankenziffer der Metzer
tärpersonen wesentlich.

Das übermäßige Strapazieren der Truppen hat aber gar keine Berechtigung,
wenn es ein General treibt, der im Frieden pränumerando als großer
herr angestaunt wird. Denn im Kriegsfall bleibt die aktive Armee nicht
ich, sondern sie wird mit der Reserve, für die sie den Rahmen bildet, ver-
t. Die Reservisten aber müssen in ihrer Mehrzahl nach der Einberufung
wieder an große Märsche gewöhnt werden, und damit hat die aktive
ee eben zu rechnen.

Das Faktum, daß die Truppen seit einigen Jahren gar nicht mehr zur
kommen und ihre Garnison in jedem Jahre auf zwei und drei Monate

verlassen müssen, um mit großartigen Schießübungen, Brigadeübungen u Manövern bis aufs äußerste angestrengt zu werden, hat also mit der zw jährigen Präsenz, die keine Arbeitserschwerung, sondern viele Erleicht rungen gebracht hat, gar nichts zu tun. Es ist, wie schon bemerkt, ledigl ein Kind der Verhältnisse, die im Deutschen Reiche momentan herrschen u die sich aus naheliegenden Gründen gerade in der Armee am schärfsten äuße müssen.

Die deutsche Krankenversicherung von 1897 bis 1902.

Von **H. Mattutat.**

Die Krankenversicherung ist seit ihrem Entstehen das Schmerzenskind d deutschen Versicherungsgesetzgebung. Trotz aller Klagen der Versicherten, u obwohl der Weg klar vorgezeichnet ist, auf dem allein eine Besserung der v allem Anfang an ungenügenden Versicherungsverhältnisse erreicht werden kan ist bis jetzt noch nichts geschehen, was einer wirklichen Reform ähnlich sä Man beschränkte sich noch stets auf Experimente und Flickereien, ohne dam etwas Wesentliches zu bessern. Auch die letzte Novelle, welche am 1. Januar 19 in Kraft trat, ist dafür ein neuer Beweis.

Die hauptsächlichsten Mängel der deutschen Krankenversicherung sind, n schon oft dargelegt: die ungenügende Ausdehnung der Versicherungspfli und die geradezu ungeheuerliche Zersplitterung des Krankenversicherung wesens in eine Unzahl Krankenkassen. Die Folge ist, daß weite Schichten d werktätigen Volkes für die Zeit der Krankheit jeder Unterstützung entbehre nur zu leicht in Not und Elend versinken und der öffentlichen Armenpfle anheimfallen. Das Schwindelkassenunwesen, wodurch aller Warnungen in d Arbeiterpresse ungeachtet noch jährlich Tausende versicherungsbedürftiger Pe sonen um ihre sauer erdarbten Beiträge geprellt werden, hat in diesen Ve hältnissen seinen alleinigen Ursprung.

Wie ungenügend die gegenwärtige Ausdehnung der Krankenversicherung pflicht ist, zeigt am deutlichsten ein Vergleich mit den beiden anderen Ve sicherungsarten: der Unfall- und der Invalidenversicherung. Während sich d Versicherung gegen Unfall nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes fü 1903 in Deutschland auf rund 19 Millionen, die Versicherung gegen Invalidit auf etwa 14 Millionen Personen erstreckte, weist die Krankenversicherung n etwa 11 Millionen auf. Dabei unterliegt es gar keinem Zweifel, daß für de allergrößten Teil der gegen Unfall Versicherten — darunter auch die kleine Unternehmer und Gewerbetreibenden einschließlich der landwirtschaftlichen Unte nehmer — die Krankenversicherung eine dringende Notwendigkeit darstell Darüber hinaus trifft dasselbe für die unständigen Arbeiter, die Dienstbote und Hausgewerbetreibenden, sowie für die ländlichen Arbeiter zu, welche Arbeite kategorien bisher nur teilweise und in sehr ungenügendem Maße zur Kranke versicherung herangezogen worden sind. Wenn auch neuerdings — angere durch die Regierung — die Gemeinden von dem Rechte, durch statutarisc Bestimmung die Krankenversicherungspflicht auf noch nicht von der Kranke versicherung berührte Kreise — vornehmlich Hausgewerbetreibende und Hein arbeiter — auszudehnen, mehr Gebrauch machen, so will das wenig besage Die bestehenden Mängel werden dadurch wohl gemildert, aber nicht beseitig

Bei einer den vorhandenen Bedürfnissen entsprechenden Krankenversicherung ißte die Zahl der Versicherten bereits weit größer als bei der Unfallversiche= ıg sein. Tatsächlich aber ist die Zunahme der Krankenversicherungspflichtigen ter den gegenwärtigen Verhältnissen nur eine sehr geringe und langsame. den sechs Jahren von 1897 bis 1902, für welche Zeit nunmehr die stati= chen Hauptergebnisse der deutschen Krankenversicherung vorliegen, ist ihre hl nur von 8,3 Millionen auf 9,9 Millionen, also um 18,7 Prozent gestiegen. diesen Zahlen sind die bei den 186 Knappschaftskassen im Jahre 1902 sicherten 671094 Arbeiter nicht mit inbegriffen. Die Zunahme der auf und des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 (Novelle vom April 1892) versicherten Personen ist durch den industriellen Aufschwung ingt; neue Kreise wurden nur in geringem Umfang herangezogen.

Ein wenig erfreuliches Bild von der auf dem Gebiet der Krankenversicherung handenen Kräftevergeudung bietet — wie schon angeführt — die große Zahl Krankenkassen, die dabei noch immer im Zunehmen begriffen ist. Von 7 bis 1902 sind 737 neue Krankenkassen entstanden, ungerechnet die Eintags= zen auf dem Gebiet der Krankenversicherung, welche nach kurzem Vegetieren der verschwanden, so daß — abgesehen von den Knappschaftskassen — am de des Jahres 1902 nicht weniger wie 23214 Krankenkassen mit einer chschnittlichen Mitgliederzahl von 433,4 vorhanden waren. Schon diese len lassen die mangelhafte Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung trotz ältnismäßig hoher Beiträge in ihren Ursachen leicht erkennen. Noch schlimmer stellt sich die Sache, wenn man von dem Durchschnitt absieht und findet, viele Krankenkassen mit weit unter 100 Mitgliedern, ja selbst solche mit 8 und 19 Mitgliedern bestehen. Unter derartigen Umständen kann selbst= tändlich von Leistungsfähigkeit keine Rede mehr sein.

Bedauerlicherweise nimmt die Gemeindekrankenversicherung noch immer einen großen Raum ein; ihre Kasseneinrichtungen sind am zahlreichsten vertreten, ı es bestanden im Jahre 1902 noch 8528 Gemeindeversicherungskassen mit 7895 Mitgliedern. Sie bietet durchweg für den Erkrankungsfall die un= igendste Unterstützung, welche sich nur in äußerst seltenen Fällen über die zlichen Mindestleistungen: unentgeltliche Heilbehandlung, Gewährung von ikamenten und die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns als Krankengeld, er= , was diese Versicherungsart mit Recht zur unbeliebtesten macht. Während Durchschnitt des Jahres 1902 bei den anderen Krankenkassen pro Mitglied bis 24,3 Mark Krankheitskosten aufgewendet wurden, belaufen sich diese gaben bei der Gemeindekrankenversicherung nur auf 9,24 Mark; damit wird Unzureichende ihrer Leistungen deutlich genug bewiesen. Infolge ihrer Un= btheit bei den Arbeitern ist die Gemeindekrankenversicherung trotz Zunahme Versicherten um 117073 doch im langsamen Zurückgehen begriffen, wie sich us ergibt, daß die Zahl der Gemeindekrankenkassen um 59 abgenommen hat.

Im Gegensatz dazu haben die Ortskrankenkassen eine wenn auch nicht wesent= Zunahme erfahren. Sie vermehrten sich von 4548 auf 4699, und ihre gliederzahl stieg von 3850858 auf 4697298. Eine noch stärkere Zunahme ei den Betriebskrankenkassen zu verzeichnen; ihre Zahl stieg von 6974 auf , die der Versicherten von 2160074 auf 2491756. Diese Zunahme ist besonders erfreuliche Erscheinung, denn sie erfolgt auf Kosten der Leistungs= keit der Krankenversicherung, indem sie deren Zersplitterung steigert. Das auch bereits die durchschnittliche Mitgliederzahl bei den Betriebskranken=

kassen erkennen, welche sich pro Kasse auf nur 326 beläuft, während die Or
krankenkassen eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 1000 aufweisen und
jeder Beziehung die vorteilhafteste Krankenkassenart für die Arbeiter darstell
Zwar sind die Ausgaben der Betriebskrankenkassen für Krankheitskosten
annähernd gleichen Krankheitsverhältnissen mit 22,24 Mark pro Mitglied hö
als bei den Ortskrankenkassen, die im Durchschnitt nur 16,60 Mark pro M
glied aufwenden, was wie eine höhere Leistungsfähigkeit der Betriebskassen a
sieht. Allein dieser Vorzug ist nur ein scheinbarer und wird in der Regel all
dadurch erreicht, daß die Betriebskrankenkassen beziehungsweise die Betrieb
unternehmer als deren Leiter eifrig bemüht sind, kranke oder kran
heitsverdächtige Arbeiter von den Betrieben und damit auch von d
Betriebskrankenkassen fernzuhalten oder — soweit sie bereits Mitglied sind
bei erster Gelegenheit zu entlassen. Bei vielen dieser Kassen ist ein derartig
Vorgehen zu einem förmlichen System entwickelt, welches rücksichtslos gehan
habt wird. Andernfalls wäre es rein unmöglich, daß solche Krankenkassen
herunter zu einem Mitgliederstand von nur 19 Versicherten zu existieren v
mögen! Mit wenigen Ausnahmen beabsichtigen die Unternehmer mit d
Gründung von Betriebskrankenkassen eine Verminderung der auf sie entfallend
Beiträge, die sie auch fast ausnahmslos erzielen. Die aus dieser „Sparsa
keit" entspringenden Nachteile müssen freilich die Arbeiter tragen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Baukrankenkassen, die nur eine and
Form der Betriebskrankenkassen darstellen. Ihre Gesamtzahl betrug im Jahre 18
nur 92 mit 19958 Mitgliedern und sank bis 1902 auf 52 mit 15726 Mi
gliedern und einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 302 pro Krankenka
Für die Krankenversicherung sind die Baukrankenkassen völlig bedeutungsl
und überflüssig.

Nicht viel anders steht es mit den Innungskrankenkassen, wenn deren Za
auch größer ist und sich von 593 mit 145819 Versicherten auf 639 m
217833 Versicherten erhöhte. Die durchschnittliche Mitgliedsziffer der Innung
krankenkassen stellt sich auf 340, doch finden sich viele mit weit unter 100 Mi
gliedern. Im allgemeinen trifft das von den Betriebskrankenkassen Gesag
auch für die Innungskrankenkassen zu, besonders da für ihre Errichtung d
gleichen Beweggründe maßgebend sind und der gleiche Zweck damit verfol
wird. Meist zeigt sich deshalb die Neigung zur Gründung von Innung
krankenkassen in solchen Gewerben, die vorzugsweise jüngere Arbeitskräfte b
schäftigen, und wo deshalb die Erkrankungsgefahr eine geringere ist, wie zu
Beispiel bei den Bäckern, Metzgern, Friseuren usw.

Gleichfalls eine Erhöhung erfuhr die Zahl der eingeschriebenen freien Hilf
krankenkassen, welche sich von 1422 mit 730985 Versicherten auf 1445 m
903095 Versicherten vermehrten; die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 62
Durch die Krankenversicherungsnovelle von 1902 werden hier wesentlich ande
Verhältnisse eintreten, da infolge der erhöhten Leistungen eine ganze Anza
freier Hilfskrankenkassen gezwungen werden, sich in Zuschußkassen umzuwandel

Die landesrechtlichen Hilfskassen gingen von 261 mit 58603 Versichert
auf 225 mit 44463 Versicherten zurück. Bei einer durchschnittlichen Mitglied
zahl von nur 153 sind auch diese Kassen bedeutungslos und eigentlich nur da
da, die Buntscheckigkeit der Krankenversicherung unnötig zu erhöhen.

Betrachten wir die finanzielle Seite der Krankenversicherung, so finden w
bei einer Zunahme der Erkrankungsfälle von 2964937 = 0,35 pro Mitgli

f 3578410 = 0,36 pro Mitglied und der Krankheitstage von 51513783 = .8 pro Mitglied auf 67377057 = 6,83 pro Mitglied eine Steigerung so= hl der Einnahmen als auch der Ausgaben. Erstere erhöhten sich bei sämt= jen Krankenkassen von 144589955 auf 193417667 Mark, das ist eine Zu= hme um 33,4 Prozent, der eine solche der Ausgaben von 130475598 auf 3328868 Mark = 41 Prozent gegenübersteht. Berücksichtigt man, daß die hl der Versicherten nur um 18,7 Prozent in diesem sechsjährigen Zeitabschnitt nahm, so muß die Steigerung als sehr erheblich bezeichnet werden, was be= :ders deswegen auffällt, weil die Steigerung der Arzthonorare erst neueren :tums ist.

Auch ohne diese Steigerung nehmen die Ausgaben für Arzthonorar unter : allgemeinen Krankheitskosten, die eine Zunahme von 120487910 auf '801376 Mark = 39,8 Prozent aufweisen, einen ziemlichen Umfang ein und) an der Steigerung beteiligt, indem sie von 26914241 auf 37499311 Mark das ist eine Zunahme von 39,2 Prozent — anwuchsen. Auf den Kopf Versicherten berechnet, entfallen im Jahre 1897 3,20 Mark, 1902 dagegen 2 Mark. In welcher Weise sich die Ausgaben für Arzthonorar auf die ver= edenen Krankenkassen verteilen und den übrigen Krankheitskosten gegenüber= :en, ist aus nachstehenden Tabellen zu ersehen.

I.

Kassen	Mitgliederzahl 1897	Mitgliederzahl 1902	Zu- bez. Abnahme	Krankheitskosten 1897	Krankheitskosten 1902	Krankheitskosten pro Mitglied 1897	Krankheitskosten pro Mitglied 1902	Zunahme
			Prozent	Mark	Mark	Mark	Mark	Prozent
indekrankenkassen .	1 370 822	1 487 895	+ 8,5	11 045 153	13 746 210	8,06	9,24	14,1
rankenkassen . . .	3 850 858	4 697 298	+ 22,0	53 038 746	77 990 052	13,77	16,60	20,5
ebskrankenkassen . .	2 160 074	2 491 756	+ 13,3	41 695 944	55 414 705	19,30	22,24	15,2
:ankenkassen . . .	19 958	15 726	— 26,9	413 854	384 742	20,74	24,47	17,9
ngskrankenkassen . .	145 819	217 833	+ 49,3	1 770 046	3 498 747	12,14	16,06	31,9
schriebene Hilfskassen	730 985	903 095	+ 37,0	11 658 906	16 090 598	15,95	17,82	11,7
wirtschaftl. Hilfskassen	58 603	44 463	— 31,8	865 261	676 296	14,76	15,21	3,0

II.

Kassen	Ausgaben für Arzthonorar 1897	Ausgaben für Arzthonorar 1902	Zu- bez. Abnahme	Erkrankungsfälle pro Mitglied 1897	Erkrankungsfälle pro Mitglied 1902	Krankheitstage pro Mitglied 1897	Krankheitstage pro Mitglied 1902	Arzthonorar pro Mitglied 1897	Arzthonorar pro Mitglied 1902	Zunahme
	Mark	Mark	Prozent					Mark	Mark	Prozent
ndekrankenkassen .	3 136 386	3 905 899	+ 27,7	0,25	0,25	4,23	4,50	2,28	2,62	10,5
ankenkassen . . .	11 209 244	16 600 470	+ 48,0	0,36	0,37	6,39	7,17	2,91	3,22	10,6
bskrankenkassen . .	9 853 674	13 287 215	+ 35,0	0,43	0,42	6,96	7,53	4,56	5,33	14,7
unkenkassen . . .	98 772	82 942	— 19,0	0,52	0,71	8,44	11,31	4,94	5,27	6,6
gskrankenkassen . .	396 713	712 323	+ 79,5	0,31	0,34	5,08	6,51	2,72	3,26	19,8
chriebene Hilfskassen	2 072 309	2 775 320	+ 33,9	0,35	0,36	6,55	7,07	2,83	3,06	8,1
irtschaftl. Hilfskassen	147 143	135 142	— 8,8	0,30	0,29	6,10	5,81	2,51	3,03	20,6

:abelle I zeigt die Steigerung der Krankheitskosten bei den verschiedenen ıkenkassenarten im allgemeinen und auf den Kopf der Mitglieder berechnet, :end in Tabelle II auf gleicher Grundlage die Ausgaben für Arzthonorar der Zahl der Erkrankungsfälle und Erkrankungstage in Vergleich gezogen Dieser Vergleich läßt erkennen, daß, obwohl weder die Erkrankungs= gkeit noch die Erkrankungsdauer pro Mitglied eine wesentliche Zunahme

erfuhr, die Ausgaben für Arzthonorar — und zwar bei allen Kranke kassen — nicht unerheblich anwuchsen. Besonders auffällig ist dabei d Steigerung bei den Betriebs- und Baukrankenkassen, deren Aufwendungen f Arzthonorar pro Mitglied schon von vornherein höhere als bei den übrig Krankenkassen waren.

Gehen wir zu den anderen Ausgaben der Krankenkassen über, so find wir auch da entsprechend der vermehrten Zahl der Versicherten eine Erhöhun der Aufwendungen. So stiegen die Ausgaben für Arznei- und Heilmittel vo 20699812 auf 26576604 Mark = 29 Prozent, für Krankengeld von 5173093 auf 74383502 Mark = 44 Prozent, für Anstaltsverpflegung, Sterbegel Wöchnerinnenunterstützung von 21142918 auf 29341959 Mark = 39 Prozen für Verwaltungskosten von 7606831 auf 10930722 Mark = 43,9 Prozen Das Reinvermögen der Krankenkassen erhöhte sich von 133457564 a 173442529 Mark = 29,8 Prozent.

Das sind zwar ganz imposante Zahlen, aber sie können die Rückständigke der deutschen Krankenversicherung nicht verbergen. Bemerkenswert ist hierbe daß diese Rückständigkeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gerade in de größeren Bundesstaaten vorhanden ist. Die nachstehende Nebeneinanderstellun macht dies deutlich ersichtlich. Von je 1000 Einwohnern waren im Jahre 190 gegen Krankheit versichert in:

Preußen	154	Sachsen-Koburg-Gotha	312
Bayern	145	Anhalt	208
Sachsen	283	Schwarzburg-Sondershausen	227
Württemberg	150	Schwarzburg-Rudolstadt	226
mit Krankenpflegeversicherung	209	Waldeck	89
Baden	241	Reuß ältere Linie	302
Hessen	213	Reuß jüngere Linie	279
Mecklenburg-Schwerin	104	Schaumburg-Lippe	81
Sachsen-Weimar	216	Lippe	282
Mecklenburg-Strelitz	88	Lübeck	221
Oldenburg	103	Bremen	239
Braunschweig	313	Hamburg	445
Sachsen-Meiningen	205	Elsaß-Lothringen	179
Sachsen-Altenburg	282		

Die rückständigste Krankenversicherung haben also nächst Oldenburg, Meckle burg, Waldeck und Schaumburg-Lippe Bayern und Preußen aufzuweisen, w bei in ersterem auch noch die in jeder Beziehung unzulängliche Gemeindekranke versicherung überwiegt. Selbst in einer Reihe von Industrieorten — darunt Nürnberg — ist es den Arbeitern trotz aller seitherigen Bemühungen noch nic gelungen, die Gründung von Ortskrankenkassen durchzusetzen.

Nicht günstiger liegen die Verhältnisse in Preußen, wo besonders die agr rischen Provinzen eine sehr geringe Ausdehnung der Krankenversicherung erkenne lassen. So waren von 1000 Einwohnern versichert in:

Ostpreußen	71	Sachsen	216
Westpreußen	75	Schleswig-Holstein	200
Berlin	315	Hannover	142
Brandenburg	157	Hessen-Nassau	136
Pommern	104	Rheinland	174
Posen	60	Hohenzollern	147
Schlesien	137		

Diese Rückständigkeit der agrarischen Bezirke ist vornehmlich die Ursache,
elche eine durchgreifende Um- und Neugestaltung der deutschen Kranken-
rsicherung bis jetzt verhindert hat. Und es sieht ganz danach aus, als ob
ch die nächste in Aussicht gestellte Änderung des Krankenversicherungsgesetzes
iglich in Rücksicht auf diese agrarischen Kreise von einer gründlichen Reform
r weit entfernt bleiben wird. Das wäre der Fall, wenn, wie beabsichtigt
n soll, die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten usw. nicht in die ordent-
he Krankenversicherung einbezogen, sondern nur in eine Krankenpflegeversiche-
ng, wie sie zurzeit in Württemberg besteht, eingereiht würden. Da diese Art
Krankenversicherung dem Erkrankten lediglich Krankenhauspflege gewährt,
tspricht sie den vorhandenen Bedürfnissen, besonders der verheirateten land-
rtschaftlichen Arbeiter, in keiner Weise, und muß deshalb schon gegen die
sicht einer solchen Reform mit Entschiedenheit protestiert werden. Es ist
hste Zeit, daß den deutschen Arbeitern eine wirkliche Krankenversicherungs-
orm gegeben wird!

Eine Biographie Lassalles.

Von **Franz Mehring.**

Es sind jetzt nahezu dreißig Jahre verflossen, seit Georg Brandes sein Büch-
n über Lassalle veröffentlichte. In sozialdemokratischen Kreisen ist die kleine
hrift stets mit großer Anerkennung genannt und empfohlen worden; in
rgerlichen Kreisen hat sie nicht dasselbe Glück gemacht. In ihrer vierten
flage, die vor vier Jahren erschien, ist sie sogar — bei Lebzeiten des Ver-
ers — durch einen Dritten „bearbeitet", das heißt verballhornt worden,
bezeichnendes Schicksal für eine Schrift, die sich bemüht, den bürgerlichen
issen wenigstens das literarische Charakterbild Lassalles verständlich zu machen.
Denn hierauf beschränkte sich Brandes. Irgendein Verständnis des Agi-
ors, des Politikers, des Sozialisten Lassalle war aus seiner Arbeit nicht zu
innen. Auch der Grundakkord seiner ganzen Auffassung war falsch gegriffen:
salles Person und Werk sollte ein Paradigma des Problems sein, wie sich
dem Deutschland Hegels das Deutschland Bismarcks habe entwickeln
nen. Indessen die Schranken, die Brandes nicht überwinden konnte, waren
niger seiner Person als seiner Klasse gezogen; über deren Vorurteile kam
nicht hinweg und konnte er nicht hinwegkommen, so redlich er sich bemühte,
em Helden genug zu tun. Soweit sich Lassalle vor dreißig Jahren inner-
b der bürgerlichen Klassenvorurteile gerecht beurteilen ließ, hat ihn Brandes
cht beurteilt.

Genau das gleiche Lob läßt sich für unsere Zeit einer Biographie Lassalles
den, die Hermann Oncken kürzlich veröffentlicht hat.[1] Oncken ist Privat-
nt der Geschichte an der Berliner Universität und gehört zu der Schule
Berliner Historiker, die sich zu Ranke bekennt, an der „groben Einseitigkeit"
materialistischen Geschichtstheorie unendlich viel auszusetzen hat, ja sie
zlich aus dem Bereich der „Wissenschaft" verbannt, ihr tatsächlich aber
er steht als jene angeblich „marxistischen" Richtungen der bürgerlichen Ge-
htsforschung, die nach der Art Lamprechts und Sombarts den historischen

[1] Hermann Oncken, Lassalle. Stuttgart 1904, Fr. Frommanns Verlag (E. Hauff).
Seiten.

Materialismus völlig entnerven und verschleimen. Oncken speziell hat seiner zeit jene scharfe Kritik über den fünften Band von Lamprechts Deutscher Ge schichte veröffentlicht, die diesem Historiker einen so schweren und anscheinen unverwindlichen Schlag versetzte.

Von dem wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Geschichtschreibun legt auch seine Biographie Lassalles beredtes Zeugnis ab. Ohne die Arbeiten die von dieser Seite über Lassalle veröffentlicht worden sind, hätte Oncken sei Buch nicht so schreiben können, wie er es geschrieben hat. Nicht als ob wi damit die geistige Selbständigkeit seiner Arbeit irgendwie anfechten wollten wir rechnen es ihm vielmehr durchaus zur Ehre an, daß er unbefangen genu gewesen ist, auch von einer Richtung zu lernen, die ihm in hohem Grade un sympathisch ist und bei seinen bürgerlichen Anschauungen auch unsympathisc sein muß. An emsiger und sorgfältiger Forschung hat Oncken es in keine Weise fehlen lassen, und sein Buch steht in jeder Beziehung hoch über den landläufigen Gerede, das man sonst von bürgerlicher Seite über Lassalle zu hören gewohnt ist. Wir erkennen es gern als eine sehr respektable Leistung an und es würde uns nicht die geringste Überwindung kosten, zuzugeben, da Oncken in den Punkten, wo er von unserer Auffassung Lassalles abweicht, einen Fortschritt in der historischen Würdigung Lassalles gemacht hat, wenn wi anders nur diesen Fortschritt entdecken könnten. Gewiß, Oncken wird un erwidern, das läge nur an unserer „Einseitigkeit“, indessen damit würde e eben nur seine bürgerliche Beschränktheit beweisen (wir gebrauchen das Wor hier ohne jeden verletzenden Nebensinn), die darin besteht, die Befugnis un das Recht wissenschaftlichen Urteils allein der bürgerlichen Weltanschauung zu zuschreiben.

Der Vorwurf der Einseitigkeit, mit dem Oncken immer bei der Hand ist fällt um so schwerer auf ihn selbst zurück, als er sich der kritischen Würdigun dessen, was Lassalle als Mann der Wissenschaft geleistet hat, allemal ent zieht aus dem Grunde, weil er selbst weder in der Philosophie noch in de Juristerei noch in der Ökonomie als wissenschaftlicher Fachmann mitzusprechen berechtigt sei. Er will nur über Lassalle als „Politiker“ urteilen. Indessen über Lassalle als „Politiker“ urteilen wollen, ohne, wenn auch nicht gerad seinen Heraklit, so doch sein System der erworbenen Rechte und seinen Bastiat Schulze durchdrungen zu haben, ist schon ein sehr hoher Grad von Einseitigkeit Oncken steigert diese Einseitigkeit aber auf einen noch höheren Grad, indem er trotz seines freimütig bekannten Mangels an ökonomischen Fachkenntnissen seine Leser versichert, die Darstellung, die Lassalle in Bastiat-Schulze von der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise gebe, sei durch die „neuere Nationalökonomie auf allen Stellen“ überholt, ebenso auch Lassalles Definitionen von Kapital und Arbeit, die deshalb nicht „im einzelnen durch gesprochen“ zu werden brauchten.

Einseitig ist die Darstellung Onckens dann aber auch insofern, als er an den Hatzfeldtschen Händeln sehr oberflächlich vorbeigeht, die gerade den „Politiker“ Lassalle in hohem Grade angehen. Diese Dinge einmal gründlich darzustellen, hätte für einen Biographen Lassalles um so näher gelegen, als sie in den sozialdemokratischen Arbeiten über Lassalle auch nur beiläufig gestreift worden sind. Hier hätte Oncken schon deshalb tiefer graben können und sollen, als es gerade für einen bürgerlichen Historiker eine lohnende Aufgabe gewesen wäre, den Kampf Lassalles gegen den vormärzlichen Feudalismus — denn

is war Lassalles Kampf für die Gräfin Hatzfeldt — eingehend darzustellen. ndessen ist gerade dies Kapitel mit das schwächste in dem Buche Denckens; lbst der alte Philisterkummer, ob nicht einmal „zartere Bande" zwischen assalle und der Gräfin bestanden haben, beunruhigt ihn, und auch soweit er e sozialdemokratische Literatur in diesem Kapitel berücksichtigt, tut er es in r weniger erfreulichen Weise, daß er den Irrtum Bernsteins, wonach lendelssohn wegen des Kassettendiebstahls in contumaciam verurteilt worden ., einfach wiederholt, während ihn schon ein Blick in Lassalles Briefe an ophie Solutzew über den richtigen Sachverhalt hätte orientieren können.

Eine Einseitigkeit der entgegengesetzten Art weist das Kapitel über Bismarck d Lassalle auf. Oncken stellt diese Episode nahezu in den Mittelpunkt von ssalles Arbeiteragitation; „wie ein Turm" habe sich die Staatskunst Bismarcks „inmitten des Durcheinanders der Parteien" erhoben; sehr bald und eher s alle anderen gegnerischen Lager habe Lassalle „die Kraft des Magnetleges an sich selbst erfahren". Das ist denn doch eine allzu originelle Auffssung. Über die erste Annäherung zwischen beiden Männern führt Oncken ie, wie mir scheinen will, ziemlich überflüssige Polemik gegen mich; genau so, e er es jetzt tut, habe ich schon vor sechs Jahren in meiner Parteigeschichte Depesche vom September 1863, worin Bismarck zuerst das allgemeine ahlrecht gegen den Frankfurter Fürstentag ausspielte, als die wahrscheinliche sache angegeben, die Lassalles taktische Schwenkung veranlaßte. Daß Lassalle n versuchte, Bismarck über den Löffel zu barbieren, und ihn zum sofortigen laß des allgemeinen Wahlrechtes anzutreiben, war sicherlich ein arger Mißff, aber der „magnetischen" Kraft Bismarcks ist er nicht auf die Rechnung setzen. Wenn man sich „für das Große in einem Menschen" begeistert, wie nach Oncken Lassalle für Bismarck begeistert haben soll, so macht man h nicht den Versuch, diesen Menschen nach allen Regeln der Kunst hineinegen. In gewissem Sinne mag Lassalle wohl Bismarck überschätzt haben; ren die Argumente, die er in seiner Hochverratsrede für die Oktroyierung allgemeinen Wahlrechtes entwickelte, für Bismarck bestimmt und hat er sie em in ähnlicher Weise vorgetragen, was beides sehr wahrscheinlich ist, so er bei Bismarck ein Maß historischen Verständnisses vorausgesetzt, das er nicht besaß. Von dieser bedingten Überschätzung Bismarcks ist Lassalle r bald kuriert worden, wie der lebhafte Protest zeigt, den er noch in seiner en Veröffentlichung, der bekannten Einsendung an die „Kreuzzeitung", gegen s Experimentieren mit seinen Produktivassoziationen richtete; hat Bismarck, wiederum sehr wahrscheinlich ist, über diesen Punkt schon gegen Lassalle selben Gallimathias produziert, womit er noch fünfzehn Jahre später den chstag erleuchtete, so kann Lassalle in Bismarcks „Staatskunst" nicht einmal n Maulwurfshügel, geschweige denn einen „Turm" erblickt haben.

Um die Beziehungen zwischen Bismarck und Lassalle möglichst auszustaffieren, eht sich Oncken wiederholt auf einen Artikel, den der „Wanderer", eine ner Zeitschrift, im Jahre 1869 über die Unterredungen Lassalles mit marck veröffentlicht hat. Ich entsinne mich dieses Artikels sehr gut, der enem Jahre durch die ganze deutsche Presse lief und mir namentlich des- im Gedächtnis haften geblieben ist, weil er so ziemlich das erste war, ich über Lassalle las. Er war durch und durch feuilletonistisch gehalten wurde von den preußischen Blättern auch nur als ein Feuilleton reprodu-, als eine in keiner Weise beglaubigte, aber ganz amüsante, und wenn

auch nicht wahre, so doch nicht übel erfundene Schnurre nachgedruckt; unt
anderem war darin erzählt, daß Bismarck und Lassalle, um die Fortschrittl
zu ärgern, Arm in Arm auf der Leipziger Straße spazieren gegangen seie
Oncken hat diesen Artikel nicht selbst in Händen gehabt — denn sonst würd
er seinen historischen Quellenwert wohl richtig eingeschätzt haben —, sonder
nur einen Auszug daraus, den er in einem biographischen, wie er selbst sag
„mehr feuilletonistischen" Aufsatz Wurzbachs über Lassalle entdeckt hat. Gleic
wohl hätte Oncken schon an diesem Auszug stutzig werden müssen, wenn sei
Begeisterung für Bismarck nicht seine Quellenkritik getrübt hätte.

Auf die Autorität des „Wanderers" hin erzählt er uns nämlich auf Seite 41
seines Buches, Lassalle habe von Bismarck die Annexion Schleswig-Holstein
verlangt, und als Bismarck dem ausgewichen sei, habe Lassalle gerufen
„Dann oktroyieren Sie das allgemeine direkte Wahlrecht, und die Fortschritt
partei ist besiegt." Darauf habe Bismarck auf den Weg der Bundesrefor
gewiesen; er wolle das allgemeine direkte Wahlrecht proklamieren und na
Cavours Muster alle Deutschen, ohne Unterschied der Geburt, für wählbar i
den preußischen Landtag erklären. Dem habe Lassalle aber widersprochen un
auf der Annexion Schleswig-Holsteins bestanden. In dieser Darstellung de
„Wanderers" erscheint Lassalle als ein großer Konfusionsrat, wodurch si
Oncken nicht hindern läßt, zu erklären, die Erzählung sei zwar ganz unbeglaubig
aber ihr Sinn sei echt. Dabei teilt Oncken etwa siebzig Seiten vorher eine
echten, im Bismarck-Jahrbuche veröffentlichten Brief Lassalles an Bismar
mit, der gleich so beginnt: „Vor allem klage ich mich an, gestern vergessen z
haben, Ihnen noch einmal ans Herz zu legen, daß die Wählbarkeit schlechter
dings allen Deutschen erteilt werden muß. Ein immenses Machtmitte
Die wirkliche ‚moralische' Eroberung Deutschlands." Danach muß man da
Zeugnis des „Wanderers" umgekehrt einschätzen, wie es Oncken getan ha
Irgendwo scheint der „Wanderer" die Glocken läuten gehört zu haben, aber w
sie hingen, hat er nicht gewußt. Er läßt Bismarck an Lassalles und Lassal
an Bismarcks Strange ziehen. Gerade der Sinn seiner Mitteilungen ist vol
kommen unecht, wenn sie auch durch den Brief Lassalles bis zu einem gewisse
Grade beglaubigt sind.

Das sind so einige von den „Einseitigkeiten" Onckens, die wir aufs Gerat
wohl aus seinem Buche herausgegriffen haben. Wir wollen damit nicht b
haupten, daß Oncken ein saloppper Historiker sei; im Gegenteil zeichnet sich sei
Buch im allgemeinen durch große Sorgfalt gerade in dem rein Tatsächliche
aus; in den Anmerkungen am Schlusse gibt Oncken die weitaus vollständigs
Übersicht über die Lassalle-Literatur, die bisher existiert. Wir wollen dam
nur zeigen, daß Oncken trotz dieser Sorgfalt aus seiner bürgerlichen Vo
eingenommenheit Fehler begeht, die jedem unbefangenen Leser seines Buch
sofort in die Augen springen.

Mit dem Vorwurf der „Einseitigkeit", den die bürgerliche Geschich
schreibung gegen den historischen Materialismus erhebt, steht es genau so w
mit dem gleichen Vorwurf, den die feudal-orthodoxe Weltanschauung ihrersei
gegen die bürgerliche Aufklärungsliteratur erhoben hat. Einseitig war die
Literatur gewiß, das werden wir heute am allerwenigsten bestreiten, sowen
wie wir behaupten, daß die historisch-materialistische Methode schon alle hist
rischen Probleme gelöst hat. Aber sie war unendlich erschöpfender und vie
seitiger als der enge, von den dicksten Vorurteilen ummauerte Gesichtskreis d

udal-orthodoxen Welt, mochte diese immerhin die frisch eindringende und ues Leben schaffende Luft nur unter dem einseitigen Gesichtspunkt einer für re altersschwachen Glieder tödlichen Erkältungsgefahr betrachten. Ganz so es mit den Klagen der bürgerlichen Historie, die nun auch altersschwach worden ist, über die „Einseitigkeit" der sozialistischen Geschichtschreibung be-haffen.

Indessen wenn kein bürgerlicher Historiker über die Schranken hinaus-mmen kann, die der historischen Auffassung seiner Klasse gezogen sind, so darf an deshalb doch nicht alle bürgerlichen Historiker über einen Kamm scheren. s macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob der eine sich mit Behagen in m Sumpfe seiner Klassenvorurteile wälzt, oder der andere redlich bemüht ist, h aus ihm zu retten. Unter diesem Gesichtspunkt stehen wir trotz aller kri-chen Vorbehalte nicht an, das Buch Onckens über Lassalle als eine ehrliche nd fleißige Arbeit zu begrüßen, die sich das Andenken unseres großen Vor-mpfers wohl gefallen lassen kann.

Literarische Rundschau.

Schmoller, **Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirt-schaftslehre.** Zweite, vermehrte Auflage. Leipzig 1904, Verlag von Duncker & Humblot. 393 S. Preis 7,20 Mark.

Das Buch Schmollers enthält vier größere Abhandlungen, die sich über die Zeit n 1874 bis 1897 verteilen. Die letzte, die Berliner Rektoratsrede von 1897, i in diesen Spalten ausführlich von Issaïeff kritisiert worden; die erste, die an Ge-t und Umfang bedeutendste, ist die Streitschrift gegen Treitschke, die vor nunmehr ßig Jahren erschien: in dem Streite zwischen Freihändler und Kathedersozia-len, der damals ein beträchtliches Aufsehen machte. Schmoller tut wohl daran, ie alte Schrift, die nun schon ein historisches Dokument geworden ist, nicht zu ändern, und vielleicht hätte er noch besser daran getan, sie ohne die Eskorte der eren Abhandlungen herauszugeben, die auch an anderen Orten zu finden sind d an dieser Stelle eben nur zeigen sollen, ob und wie sich der Verfasser weiter-wickelt hat. Das persönliche Interesse an jenem Streite ist längst erloschen, aber hl besteht noch das historische Interesse an der Frage, um welche Probleme und welchen Gründen und wie man damals stritt, und dies Interesse käme eher auf ie Rechnung, wenn die alte Streitschrift allein erschienen wäre, ohne die anderen handlungen, die ihren Eindruck doch mehr oder weniger abschwächen. Der öko-nisch-philosophisch-politische Stand der bürgerlichen Welt um die Mitte der sieb-r Jahre hat in ihr wohl seinen klarsten und lehrreichsten Ausdruck gefunden; ziell die Pamphlete Treitschkes über den Sozialismus, gegen die sie sich richtete, afen längst den seligen Schlaf der Makulatur. F. M.

Konrad Hartmann, Geheimer Regierungsrat, Senatsvorsitzender im Reichs-ersicherungsamt, Professor an der K. Technischen Hochschule zu Berlin, **Arbeiter-schutz.** Besonderer Abdruck aus dem „Handbuch der Hygiene", herausgegeben von Dr. Theodor Weyl in Berlin. Vierter Supplementband. Soziale Hygiene. Jena, Gustav Fischer. 59 Seiten.

Die Übersicht, die Hartmann über die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung gibt, eet unter dem Mangel jeglicher Kritik dessen, was vorhanden ist, und nur ganz einzelt bringt sie Hinweise auf das, was noch unbedingt geschaffen werden muß, nn der deutsche Arbeiterschutz nicht ein klägliches Stückwerk bleiben soll. Bei der

Unfallverhütung gibt Hartmann zu, daß die Zahl der als unvermeidlich zu bezeich-
nenden Fälle sich durch bessere Einrichtungen bedeutend herabmindern läßt. Di
vom Reichsversicherungsamt bei der Bearbeitung der Unfallstatistik 1897 und 190
als unvermeidliche Betriebsgefahr bezeichneten Unfallursachen seien nur als „zu
Zeit des Unfalls unvermeidlich" zu betrachten, da sie damals „sich durch vor
geschriebene oder sonst bekannte und übliche Schutzmaßnahmen nicht hätten verhüte
lassen". Warum aber jene Maßnahmen noch nicht getroffen waren und daß e
in den allermeisten Fällen Schuld des Unternehmers wie der Aufsichtsbehörde is
daß sie noch nicht getroffen wurden, ja man kann sogar sagen: noch nicht erfunde
waren, darüber geht Hartmann mit Stillschweigen hinweg. Er gibt jedoch zu, da
durch die mit der Entwicklung der Industrie „intensivere Ausnutzung der Menschen
kraft" die Unfallgefährlichkeit der Arbeit sich erhöht hat und der Verunglückte „i
der Regel den Verlust an Arbeitskraft durch die Entschädigung nur zum Tei
ausgeglichen" erhält. Sehr zu tadeln ist, daß Hartmann, trotzdem er anerkenn
die Verwendung ungelernter Arbeiter steigere die Unfallgefahr, als Entschuldigun
dafür anführt, in Zeiten guter Geschäftslage reiche die Zahl der gelernten Arbeite
nicht aus und deswegen sei die Forderung, nur solche zu beschäftigen, nicht durch
führbar! Der Profit des Unternehmers geht bei ihm also dem Arbeiterschutz voran
Deshalb erklärt er auch, die Forderung eines Normalarbeitstags könne „vernünftiger
weise nur dahin erfolgen, daß für verschiedene Industriezweige und Betriebsverhält
nisse verschiedene Maximalarbeitstage bestimmt werden". Der allgemeinen Ver
kürzung der Arbeitszeit, die eine Herabminderung der Ausbeutung des Arbeiter
bezweckt, stellt er die Forderung des nur sanitären Maximalarbeitstags gegenüber
Wie wenig aber selbst auf letzterem Gebiet seitens des Deutschen Reiches geschehen
überläßt er dem Leser zu erraten; seine Übersicht führt nur die erlassenen Verord
nungen an, ohne jeden Hinweis darauf, wie viele Betriebszweige trotz ihrer arge
Gesundheitsschädigung noch ohne jede Schutzvorschrift sind. Auch die ungenügend
Revision der Gewerbebetriebe rügt er nicht, sondern begnügt sich damit, die Zah
der Beamten, der revidierten und revisionspflichtigen Betriebe mitzuteilen. So biete
seine Übersicht zwar das positive Material der Gesetzgebung und Verwaltung, läß
aber jede kritische Beleuchtung vermissen. Sie orientiert also nur über die vorhan
denen Schutzbestimmungen, nicht aber über die fehlenden — und die letzteren bilden
leider im Deutschen Reiche die Mehrzahl. ew

Inventarien von 87 Dresdener Arbeiterhaushalten. Aufgenommen im Novembe
1903. (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden. 13. Heft.
Dresden 1904, v. Zahn & Jaentsch. 36 S. 8°.

Die städtischen statistischen Ämter haben bisher auf dem Gebiet der Sozial
statistik im wesentlichen versagt. Dies ist nicht aus dem Mangel an sozialpolitischen
Aufgaben der Gemeindeverwaltung, sondern aus der Zusammensetzung der städtischen
Körperschaften, die zumeist einen hausagrarischen und sonst kapitalistischen Charakte
tragen, zu erklären. Die Ausnahmen sind auf staatliche Anordnungen und An
regungen, so bei der Nürnberger Wohnungsenquete, oder auf Eifer und Energie de
Leiter der Ämter zurückzuführen, so die hier angezeigte Arbeit. Es handelt sich um
eine exakte statistische Untersuchung der Haushaltstatistik, mit der das Dresdene
Amt eine neue Aufgabe der Kommunalstatistik zu erfüllen begonnen hat. Der Wunsc
des Statistischen Amtes begegnete sich mit dem Bestreben des Dresdener Gewerk
schaftskartells, „nach Art der Nürnberger Erhebung genauen Aufschluß über die Kon
sumtionsverhältnisse der Dresdener Arbeiter zu verschaffen". Die vorliegende Arbei
ist der Anfang der Veröffentlichung, dessen Fortsetzung durch die Wegberufung de
Leiters des Amtes und des Bearbeiters der Haushaltungsrechnungen, Dr. Wiedfeldt
hoffentlich nicht gefährdet ist. Die Arbeit stützt sich auf 87 Inventurbogen au
mannigfaltigen Arbeiterhaushaltungen. Die Seite der Feststellung des Besitzes un

er Einrichtung ist vielfach von den Bearbeitern der Haushaltungsrechnungen wegen
er mannigfachen Schwierigkeiten unberücksichtigt geblieben. Das Dresdener Amt
at mit diesen dankenswerten Feststellungen die Traditionen Le Plays und Schnapper-
lrndts aufgenommen. Die Einblicke in das Leben der Arbeiterfamilie sind überaus
nteressant. In mancher Hinsicht vielleicht wertvoller als das Ergebnis von Haus-
altungsrechnungen. Es handelt sich um Arbeiter verschiedenster Einkommensstufen,
ie untersten sind ein Invalide mit einem Jahresverdienst von 177 Mark und eine
lrbeiterin mit einem Jahresverdienst von 453 Mark. Die höchsten sind Jahres-
inkommen von 1900 Mark und 2040 Mark. Wohnungsverhältnisse, Vermögen und
Schulden, Vorräte, Mobiliar, Haus- und Küchengerät, Kleidungsstücke, Schmuck-
achen, Kunstpflege und Bücher werden festgestellt. Neben Tabellen findet sich ein
nteressanter Text, aus dem man nicht nur über die Bedürfnisse, ihre mehr oder
veniger mangelhafte Befriedigung, sondern auch über den Geschmack und über die
Richtung des Wissensdurstes der Arbeiter, wenn auch nicht vollkommen, so doch in er-
eblichem Maße unterrichtet wird. Bedauerlich sind einige Druckfehler bei der An-
ührung der Bücher, so heißt es zum Beispiel einmal Weiking statt Weitling, ein
ndermal Simar statt Simon. Wir führen dies nicht an, um kleinlich zu nergeln,
ondern weil Druckfehler in statistischen Arbeiten immer ein gewisses Mißtrauen
insichtlich der genauen Korrektur der vom Leser nicht richtigzustellenden Zahlen in
en Tabellen erwecken.

Das kleine Schriftchen verdient weiteste Verbreitung nicht nur bei denjenigen,
velche sich für Haushaltungsrechnungen interessieren, sondern auch bei jedermann,
er das Leben des Arbeiters kennen lernen, der sich über seine Bedürfnisse und über
ie Mängel derselben und über die Schwierigkeiten, die Bedürfnisse zu befriedigen,
nterrichten will. Die Arbeit selbst verdient wegen ihrer Exaktheit und wegen ihres
ebevollen Eindringens in den Gegenstand, insbesondere mit Rücksicht auf die Neu-
eit des Untersuchungsobjektes für die amtliche Statistik alles Lob. ad. br.

---

dward Stilgebauer, **Götz Krafft.** Geschichte einer Jugend. I. Mit tausend
Masten. II. Im Strome der Welt. Berlin, Verlag von Rich. Bong. 416 und
446 S. Preis je 4 Mark.

Der Roman Stilgebauers hat schon eine Geschichte, obgleich sein zweiter, aber
och nicht letzter Band eben erst und der erste vor nicht gar langer Zeit erschienen
t. Rieseninserate des Verlegers in mehr als einem „vornehmen" Blatte priesen
m als den „Roman unserer Zeit", als ein Seitenstück zu Goethes Wilhelm Meister
n und begründeten diesen Anspruch durch abgerissene Sätze aus Briefen, die fünfzig
der gar hundert berühmte oder unberühmte Ästhetiker und Poeten voll heller Be-
eisterung an den Verfasser gerichtet haben sollten. Inzwischen meldeten sich diese
chwurzeugen mit heftigen Beschwerden über den Mißbrauch ihres Namens; auf
ringende und ehrerbietige Bitten des Herrn Stilgebauer hätten sie ihm, als einem
nfänger, und obgleich sie seinen Roman künstlerisch für minderwertig hielten, einige
ufmunternde Worte gespendet, die der Empfänger dann für die Reklamezwecke
ines Verlegers in illoyaler Weise appretiert habe.

Von dieser industriösen Praxis hebt sich die edle Jünglingsgestalt Götz Kraffts,
dem sich der Dichter selbst porträtiert hat, recht eigentümlich ab. Götz Krafft ist
n sehr tugendhafter Held, viel tugendhafter als Goethe, aber leider lange nicht so
lentvoll. Seine inneren Erlebnisse sind gleich Null, und um die Spannung des
sers zu reizen, wird ihm allerlei altbackener Romankram aufgepackt. In zwei
emestern, die der Held in diesen beiden ersten Bänden erlebt, das eine in Lausanne,
s andere in Berlin, wird er in ein Duell, einen Kindesmord, einen anarchistischen
aubmord, eine Kuppeleigeschichte, einige Prozesse und auch in ein paar Liebes-
schichten verwickelt, wobei er sich, wie übrigens auch bei allen anderen Affären,
cht abgeschmackt benimmt, sei es nun, daß er ein entzückendes Geschöpf verschmäht,

Nach den Berichten der Leihbibliotheken das am meisten gelesene
Buch in Deutschland 1904.

um „sie und das kommende Geschlecht nicht unglücklich zu machen“, sei es, daß e
sich an eine Dirne hängt, die sich später als Straßenprostituierte entpuppt. Dab
wimmeln allerlei pseudonyme Leute in den beiden Bänden herum, die aus der
öffentlichen Leben bekannt sind und sich in aufdringlicher Weise bemühen, vom Lese
mit ihrem richtigen Namen erraten zu werden. Besonders widerlich ist die Karikatu
die im zweiten Bande von den russischen Flüchtlingen in Berlin entworfen wird.

Im übrigen soll nicht verkannt werden, daß sich auf den nahezu 900 Seite
dieser Bände mitunter auch ein gewisses Talent zeigt. Aber es ist ganz unreif un
bedürfte der strengsten Schulung, wenn es zu einem bescheidenen Erfolg gelange
wollte. Einstweilen muß man jeden Leser warnen, auf die Reklame hineinzufalle
die mit dem Roman getrieben wird. F. M

Notizen.

Der Kampf um den Stillen Ozean. Zu diesem Artikel (Nr. 12 und 13 de
„Neuen Zeit“, von M. Beer) schreibt man uns: Der Feldzug Napoleons 1812 wir
von Beer mit der Kriegsführung der Japaner in der Mandschurei verglichen, wob
der Verfasser bemerkt, daß Napoleon sehr dadurch beeinträchtigt wurde, daß e
nicht Riga zum Ausgangspunkt seiner Operationen wählte und diese Stadt zu eine
französischen Depot machte, sondern den längeren Weg von der polnischen Gren
nach Moskau marschierte. In der Mandschurei hätten nun die Japaner durch d
Besetzung von Niutschwang zur rechten Zeit diesen Nachteil vermieden.

Wollen Sie mir erlauben, daran zu erinnern, daß ein vorhergehender Kri
gegen Rußland die Richtigkeit dieser treffenden Bemerkung bestätigt? Ich mein
den Feldzug Karls XII. gegen den Zaren Peter I. 1708 bis 1709. Aus Polen wa
der schwedische König mit seinen Truppen tief in Westrußland vorgedrungen un
bei Holowzin hatte er ein russisches Heer besiegt. Dem Feldzugsplane nach soll
der König in dieser Gegend eine Hilfsarmee abwarten, deren Aufgabe es wa
gerade aus Riga unter dem Befehl des Feldmarschalls Lewenhaupt dem Kön
Verstärkungen, Munition und Proviant zuzuführen und die Verbindungslinie na
der Ostküste offen zu halten. Riga war damals noch eine große schwedisch
Handelsstadt. Von dem gegen den Zaren empörten Kosaken-Hetman Mazeppa lie
sich der König jedoch durch die trügerische Vorspiegelung von reichen Quartieren
der Ukraine verlocken, den Marsch nach Südosten einzuschlagen. Der Zar Pet
wieder, der die Gefahr einer für den Feind gesicherten Verbindungslinie zwische
der Küste und dem russischen Binnenland sah, warf sich gegen Lewenhaupt und b
siegte ihn bei Liesna in Westrußland (Litauen). Lewenhaupt verlor alle seine Vo
räte und kam mit nur sechstausend Mann in das Lager des Königs.

Ich glaube, daß es von Interesse sein dürfte, zu zeigen, daß die Darstellun
und das Räsonnement M. Beers mit einem einmal entworfenen Feldzugsplan zu
sammenfallen, der zur Hälfte verwirklicht wurde, der aber an der Unentschlossenhe
in seiner Ausführung scheiterte.

C. N. Carleson,
Redakteur des Sozialdemokraten (Stockholm

Das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz. Na
und nach geben einzelne Versicherungsanstalten selbst zu, daß man mit dem Invalide
gesetz großes Fiasko gemacht hat. Diese suchen deshalb durch Übernahme des He
verfahrens in größerem Umfang sich die Sympathie ihrer Mitglieder zu erringe
die man mit den jämmerlich niedrigen Renten niemals erringen könnte. Diese
Gefühl gibt auch die große Versicherungsanstalt Rheinprovinz Ausdruck. In de
soeben erschienenen Geschäftsbericht pro 1903 schreibt sie: „Das Heilverfahre

ewinnt fortgesetzt größeren Umfang. Auf diesem Felde wird immer
ehr die Haupttätigkeit der Versicherungsanstalten zu suchen sein.
ie Bewilligung der Renten tritt gegenüber dem Heilverfahren zurück!"
eshalb darf man wohl hoffen, daß der Titel „Invalidenversicherung" bald ver-
hwindet? Und trotzdem wagt es Dr. Freund-Berlin vorzuschlagen, die ganze Kranken-
ersicherung an dieses Gesetz zu „hängen"!

Die Versicherungsanstalt der Rheinprovinz berichtet, daß im Jahre 1903 bei ihr
094 Anträge auf Übernahme des Heilverfahrens gestellt wurden, gegen 5477 im
orjahr. Davon wurden 5508 (3178) Anträge bewilligt. Die Ausgaben für Heil-
erfahren betrugen im Berichtsjahr 1120530 Mark gegen 667267 Mark im Vor-
ahr. Pro Fall wurden 251,61 Mark bezahlt. Von den beteiligten Krankenkassen
urde der Anstalt die Summe von 209608 Mark an Krankengeld zurückerstattet.
lehr Beachtung schenkte man auch der Familienunterstützung, indem man diese
bis zum anderthalbfachen Betrag des Krankengeldes oder dreiviertelfachen Betrag
es ortsüblichen Tagelohns" erhöhte. Dies kann den anderen Versicherungsanstalten
ır Nachahmung nur empfohlen werden. Günstig waren auch die Resultate des
eilverfahrens. Beendet wurden im Berichtsjahr 4390 Heilverfahren, die 3368 Männer
nd 1022 Frauen betrafen, wovon in 3535 Fällen = 80,5 Prozent Erfolge erzielt
urden! Tuberkulöse wurden 2689 verpflegt (2247 Männer und 442 Frauen)
nd wurden in 2221 Fällen = 82,6 Prozent Erfolge verzeichnet.

An Beiträgen allein vereinnahmte die Versicherungsanstalt im Jahre 1903
4895108 Mark, während sie nur 7755515 Mark an Renten verausgabte. Das
ermögen der Anstalt stieg in diesem Jahre um 8 Millionen Mark, so daß heute
15795333 Mark beträgt. E. G.

Zum Plane einer Ausstellung von Heimarbeiten. Der erste allgemeine Heim-
rbeiterschutzkongreß, der vom 7. bis 9. März 1904 im Berliner Gewerkschaftshaus
igte, hat weiten Kreisen über das Wesen der Hausindustrie die Augen geöffnet.
lamentlich hat die mit ihm verbundene Ausstellung von Erzeugnissen der Heim-
ıdustrie aufklärend über deren Wesen gewirkt. Sie war eine Art Anschauungs-
nterricht für das große Publikum.

Leider setzte sich die Zahl der Ausstellungsbesucher fast durchweg aus Personen
ısammen, die von den Schäden der Heimarbeit bereits mehr oder weniger über-
ugt waren und die sich für die Sache interessierten, während die Ausstellung gerade
on denen, die der Aufklärung am meisten bedurften, nicht besichtigt wurde. Eine
nregung Legiens, mit jedem Heimarbeiterkongreß eine solche Ausstellung zu ver-
nden, brachte Professor Francke, einen der drei Kongreßvorsitzenden, zu dem Vor-
hlag, unabhängig von künftigen Kongressen eine Ausstellung zu veranstalten, die,
ı Zentrum von Berlin gelegen, von allen Kreisen besucht wird. Sie soll längere
eit hindurch dem Publikum geöffnet sein, eventuell auch als Wanderausstellung
ıch anderen Großstädten und Industriezentren verlegt und durch die örtliche Heim-
dustrie ergänzt werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, an die sich Professor
rancke mit seinen Anregungen wandte, gab ihm Gelegenheit, seine Gedanken und
läne vor einer größeren Zahl von Vertretern der in Betracht kommenden
ewerkschaften zu entwickeln. Die Konferenz tagte in der letzten Woche des
ten Jahres. Professor Francke betonte, daß der Zweck der Ausstellung derselbe
in müsse wie der des Kongresses. Man müsse zeigen, unter welchen miserablen,
sundheitswidrigen Umständen die Heimarbeit hergestellt werde und in welchem
laße auch die Konsumenten unter dieser Betriebsform zu leiden haben. Der ge-
öhnlich sehr hohe Unternehmergewinn und die daraus ersichtliche furchtbare Arbeiter-
ısbeutung müsse durch Gegenüberstellung des Arbeitslohns und des Verkaufspreises
ırgelegt werden, um dadurch zu zeigen, wo der Hebel zur Besserung der Verhält-

nisse angesetzt werden könne. Wenn man zeigen wolle, **was** in der Hausindustr
geliefert und geleistet wird, dann könne man Angaben und Material schließlich au
durch die Unternehmer bekommen, die mit ihren Erzeugnissen gern glänzen würde
Da aber hauptsächlich gezeigt werden müsse, **wie** und unter welchen Verhältniss
die Arbeit angefertigt wird, könne man von den an der Erhaltung und Ausdehnu
der Heimindustrie interessierten Fabrikanten nichts erwarten. Man müsse sich
die Arbeiter selbst wenden durch die Vermittlung der Gewerkschaften, ohne die a
den genannten Gründen durch ihn und seine Freunde nichts auszurichten sei. Sollt
sich aber die Gewerkschaftsvertreter mit seinem Plane einverstanden erklären, da
seien die Gewerkschaften bei dessen Durchführung auch wieder auf die Unterstützu
aus seinen Kreisen angewiesen, da man sonst die bürgerlichen Elemente, denen gera
die Schäden der Hausindustrie vor Augen geführt werden müßten, zum Besuch d
Ausstellung nicht gewinnen würde. Ein gemeinsames Arbeiten sei daher notwend
wenn der gute Plan vollständig durchgeführt werden solle.

Die Franckeschen Ausführungen gaben stark dem Wunsche Ausdruck, t
kräftig und helfend Hand anzulegen, um den Schäden der Heimarbeit energisch
Leibe zu gehen. Alle politischen oder religiösen Gesichtspunkte schieden von vor
herein aus. Und wie bei dem Heimarbeiterschutzkongreß die bürgerlichen Sozi
reformer der Einladung der Gewerkschaften zur Mitwirkung folgten, weil sie es f
ein „Gebot selbstverständlicher Pflichterfüllung" hielten, so lag jetzt für die Gewe
schaftsvertreter kein Grund vor, sich dem von der anderen Seite entwickelten Au
stellungsplan gegenüber ablehnend zu verhalten. Sie stimmten den Ausführung
zu und neunzehn Gewerkschaften erklärten sich zur Mitwirkung bereit. Unter ih
befinden sich die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Textilarbeiter, die Schneider usw
woraus schon jetzt geschlossen werden kann, daß die Ausstellung das ganze gro
Gebiet der Heimindustrie nahezu vollständig umfassen und daß jeder einzelne Au
stellungszweig ebenfalls so gut wie vollständig ausgestaltet sein wird.

Die Konferenz, an der von bürgerlicher Seite außer Professor Francke no
Professor Dr. Sommerfeld, Professor Dr. Albrecht als Direktor der Arbeiterwo
fahrtsausstellung, Diplomingenieur Bernhard, Tischendörfer und verschiedene ande
„Sozialpolitiker" teilnahmen, setzte als Eröffnungszeit der Ausstellung den Her
dieses Jahres fest. Zur Besorgung der Ausstellungsgegenstände erklärten sich d
Gewerkschaftsvertreter bereit. Das Eigentumsrecht würde den ausstellenden Gewe
schaften verbleiben, die ihre Artikel aber nicht vor Beendigung der Veranstaltu
zurückziehen dürfen. Die Anreger der Ausstellungsidee tragen die übrigen Koste
Für Gewerkschaftsmitglieder soll der Eintritt an allen Tagen, für das große Publiku
an Sonntagen frei sein. Einem Vorschlage, einen Tag festzusetzen, an dem die B
sichtigung nur gegen Eintrittsgeld gestattet sein soll, wurde mit Recht die Zustimmu
versagt. Durch ausführliche Darlegungen der Verhältnisse in jedem Zweige d
Heimarbeit soll das, was besondere Beachtung verdient, für das Publikum b
sonders hervorgehoben werden. Einem Kuratorium, daß aus je einem Vertret
der beteiligten Gewerkschaften und aus einer beliebigen Anzahl von Persone
die durch die beteiligte sozialreformatorische Gruppe zu bestimmen sind, besteh
soll, werden unter Empfehlung der skizzierten Leitsätze alle weiteren Schritte übe
tragen.

Zu beachten ist noch, daß von bürgerlicher Seite auch einige Anhänger d
christlichen Gewerkschaften als Mitglieder des Kuratoriums in Aussicht genomm
sind. Trotzdem sich diese Verbände vom Kongreß fernhielten, dürfte gegen ihre Z
lassung bei dieser Veranstaltung nichts einzuwenden sein, da den modernen Gewe
schaften daran liegen muß, möglichst weite Kreise für die Ausstellung zu interessiere
Jedenfalls verdient der Ausstellungsplan die Sympathie aller Bevölkerungsschicht
und die tatkräftigste Förderung durch die Arbeiterschaft. Paul Barthe

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



ꝛr. 17 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Bergarbeiterstreik.

↗ **Berlin**, 18. Januar 1905.

Nach allem, was die Tagespresse über den großen Bergarbeiterstreik im uhrrevier berichtet hat, ist es schwer, in einer zusammenfassenden Wochen- ȝau neue Gesichtspunkte hervorzuheben, zumal da die Dinge noch in vollem lusse sind. Es mag deshalb genügen, mit einigen Strichen die augenblickliche tellung der gewaltigsten Schlacht zu skizzieren, die sich bisher auf deutschem oden zwischen Kapital und Arbeit entsponnen hat.

Der Angreifer in diesem Kampfe ist das Kapital. Was der Vorstand der zialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften in ren Aufrufen darüber gesagt haben, steht über jeden Zweifel hinaus fest. ꝭorauf es abgesehen ist, bedarf auch keiner ausführlichen Auseinandersetzung. ndem das Kohlensyndikat die von ihm ausgebeuteten Arbeiter in einen Streik ꝛibt, von dem es glaubt, daß sie ihn verlieren müssen, will es — neben deren Vorteilen, die auf die Akkumulation und Zentralisation seines Kapitals zielen — vor allem die erstarkenden Bergarbeiterorganisationen zertrümmern, e sie seinen Profit gefährden können. Es wirft den letzten Schleier von nen Absichten, indem es sich hartnäckig allen Einigungsvorschlägen widersetzt ꝺ selbst den schüchternen Vermittlungsversuchen der Regierung die „kalte ufelsfaust“ entgegenstreckt. Nicht einmal an der Wahrung des guten Scheins gt ihm etwas, woraus ihm — wenn es einmal die rücksichtsloseste Gewalt- litik des Kapitalismus treiben will — allerdings kein besonderer Vorwurf macht zu werden braucht.

Eher ließe sich der Regierung ein Vorwurf daraus machen, daß sie noch ı guten Schein zu wahren sucht, während sie mit Herz und Seele dem hlensyndikat zugetan ist. Die Reden, die der Handelsminister Möller und : Polizeiminister v. Hammerstein im preußischen Abgeordnetenhaus über den reik gehalten haben, zeigten sie durchaus auf der Seite des Bergwerkkapitals, ı einen, der nach „ordinärer“ Polizeiansicht bei jedem Streik gleich an die

schießende Flinte und den hauenden Säbel denkt, ganz unverhüllt, den andere ein wenig verschämter. Aber eben diese leichte Maskierung paßte sehr wen zu der kapitalistischen Physiognomie des Herrn Möller, und sie kann selb dem vertrauensseligsten Gemüt nicht die Überzeugung einflößen, daß unse „starke" Regierung mit dem Grubenkapital diejenige Fraktur sprechen wird, d nötig ist, um es Gründen der Menschlichkeit und der Vernunft zugänglich z machen.

Möglich, daß sich die Regierung sagt: die Spuren schrecken. Bekanntli hat der Kaiser selbst vor fünfzehn Jahren bei dem damaligen Bergarbeiterstre im Ruhrrevier ein Machtwort zugunsten der Arbeiter zu sprechen gesucht, un dies Machtwort ist spurlos verhallt. Spurlos oder doch so gut wie spurlo Denn auf den Kampfeseifer der streikenden Arbeiter hat es wohl ein wen lähmend gewirkt, nicht jedoch hat es da gewirkt, wo es wirken sollte: auf d herzlos-kaltblütige Politik des ausbeutenden und unterdrückenden Kapital Trotz des guten Willens, den der Kaiser vor fünfzehn Jahren bekundet ha haben sich die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit im Ruhrrevier in ein Weise entwickelt, die dem kaiserlichen Willen genau entgegengesetzt war, un zwar einzig und allein durch die Schuld des Kapitals. Man kann es desha verstehen, daß die preußischen Minister in der Erinnerung an diesen Mißerfo des Monarchen sich hüten, mit dem Kohlensyndikat anzubinden, aber da hätten sie ehrlich sagen sollen: Wir sind ja gar keine starke, sondern eine se schwache Regierung und dürfen nicht wagen, mit einer mächtigen kapitalistisch Organisation anders als mit devot gekrümmtem Rücken zu verhandeln.

Eher noch, als diese Regierung, die einem Rohre gleicht, das zerbrech und den streikenden Bergarbeitern die Hand durchbohren würde, wenn sie si darauf stützen wollten, ist das Urteil der bürgerlichen Welt ein Machtfaktor dem gegenwärtigen Streik, wenn auch weitaus nicht in dem Maße, wie di Welt in ihrer satten Selbstzufriedenheit sich selbst einbildet. Noch ist ke Streik durch die „Sympathie der bürgerlichen Kreise" zugunsten der Arbeit entschieden worden, aber allerdings — die Stellung des Kapitals wird bis einem gewissen Grade geschwächt, wenn ihm seine eigenen Bewunderer scha dernd den Rücken kehren. Bisher ist die Haltung der bürgerlichen Welt un besonders der bürgerlichen Presse gegenüber dem Bergarbeiterstreik ganz leidli gewesen. Nicht als ob es an wohlfeilen Moralpredigten und jenen weis Ratschlägen gefehlt hätte, von denen immer zwölf auf ein Dutzend gehe darunter tut es der brave Bürgersmann nun einmal nicht. Aber innerl überkommt ihn doch ein Grauen vor der Politik des Kohlensyndikats, das ausgefeimtem Kalkül das Elend und den Hunger von Hunderttausenden verewigen trachtet, um seinen Profit zu steigern. Auch die bängliche Ahnu mischt sich darein, daß wenn sich die kapitalistischen Syndikate in solcher We auswachsen, wie das Kohlensyndikat, auch dem ehrbaren Philister bald d Messer an die Kehle gesetzt werden wird. So steht das, was sich in d kapitalistischen Gesellschaft die „öffentliche Meinung" zu nennen pflegt, ein weilen mehr auf der Seite der streikenden Bergarbeiter, als ihrer Unte drücker.

Wie lange das dauern wird, ist freilich eine andere Frage. Die Wirkungen
ner so großen Arbeitseinstellung auf Handel und Industrie müssen sich sehr
ıld fühlbar machen, und zwar um so fühlbarer, je länger und je nachdrück=
cher die Arbeiter ihren Kampf führen. So weit reicht die „Sympathie der
irgerlichen Kreise“ niemals, daß sie irgend eine ernsthafte Unbequemlichkeit
ıfür in den Kauf nehmen. Man kann deshalb mit völliger Sicherheit vor=
rsagen, daß je mehr sich die Bergarbeiter ihrem Ziele nähern und den Trotz
s Kohlensyndikats zu brechen beginnen, um so mehr sich ihnen das wetter=
ndische Wohlwollen der bürgerlichen Welt entziehen wird. Und unter dieser
oraussetzung können sie auch gut und gern darauf verzichten.

Es ist nicht anders: jeder Kampf, der in den Massen des modernen Prole=
ciats ausbricht, stellt alsbald die besitzenden und die arbeitenden Klassen in
roffe Stellung gegeneinander. Immer heißt es dann: Ein Hüben, ein
rüben nur gilt. Die tatkräftige Hilfe aller deutschen Arbeiter steht hinter
n streikenden Bergleuten des Ruhrreviers, und sie ist die einzige sichere
ütze, auf die sie rechnen können. Wohl haben die Arbeiterführer der rheinisch=
stfälischen Bezirke den Ausbruch des Streiks mit derselben Kraft zu hindern
ucht, womit die Treiber des Kohlensyndikats ihn geschürt haben, aber das
cht der Streikenden und ihr Anspruch auf die Unterstützung ihrer Klassen=
:ossen ist deshalb nicht minder legitim. In dieser Beziehung gilt noch immer,
s Friedrich Engels vor sechzig Jahren schrieb: „Man wird fragen, weshalb
n die Arbeiter in solchen Fällen die Arbeit einstellen? Einfach weil sie gegen
Herabsetzung des Lohnes und selbst gegen die Notwendigkeit dieser Herab=
ıng protestieren müssen, weil sie erklären müssen, daß sie als Menschen
ıt nach den Verhältnissen sich zu schicken, sondern daß die Verhältnisse sich
h ihnen, den Menschen, zu richten haben; weil ihr Stillschweigen eine An=
nnung dieser Verhältnisse, eine Anerkennung sein würde des Rechtes der
ırgeoisie, während guter Handelsperioden die Arbeiter auszubeuten und sie
chlechten Zeiten verhungern zu lassen. Die Arbeiter müssen dagegen pro=
eren, solange sie nicht alles menschliche Gefühl verloren haben. Es ist der=
e, in seiner einfachen Schlichtheit echt und tief philosophische Gedanke, den
iller in die bekannten Verse von der „Grenze der Tyrannenmacht“ ge=
net hat:

> Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
> Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht.

Es gibt unzweifelhaft Streiks, in denen allein das rechnerische Moment
heidet, die ausbrechen oder nicht ausbrechen dürfen, je nachdem eine Aus=
auf Erfolg vorhanden ist oder nicht, deren Anspruch auf Billigung oder
billigung sich einfach in der Frage erschöpft, ob sie mit der gehörigen
legung eingeleitet worden sind oder nicht. Aber es gibt auch Streiks, die
mit der elementarischen Kraft einer Naturgewalt entladen und ihr Recht
einem tieferen Grunde schöpfen, als aus dem flachen Boden des Einmal=
Zu diesen Streiks gehört die Arbeitseinstellung im Ruhrrevier, und sie
auf ihren äußeren Erfolg oder Mißerfolg abschätzen, hieße die moderne
iterfrage in ein simples Rechenexempel auflösen.

Das wäre nun freilich nach dem Geschmack der Kapitalisten, aber Arbeiter denken darüber anders und mit Recht. Für sie sind die streiken Bergleute im Ruhrrevier nicht schlechte Rechner, oder genauer: wenn sie ih schlechte Rechner sind, so stehen sie ihnen um so höher als kühne und to mutige Vorkämpfer der Arbeitersache, als Männer, die, bis aufs Blut ge und gequält, die lammherzige Gelassenheit fahren lassen und sich dem Unget das sie langsam zu erwürgen droht, zum offenen Kampfe auf Leben und stellen. In diesem einzelnen Kampfe, so große Dimensionen er auch genommen hat, wird der Kapitalismus nicht besiegt werden — das weiß j Arbeiter. Aber jeder Arbeiter weiß auch, daß es ein Lebensinteresse se Klasse ist, den einzelnen Kampf so fest, so scharf und so zähe zu führen, er mit ihrer gesammelten Kraft nur immer geführt werden kann. Es ist einzige Weg, den Kapitalismus auf einem Wege aufzuhalten, den er müh vollenden würde, wenn die Arbeiter einfach die Waffen streckten mit dem fe Philistertrost, daß es ja doch nichts nützt, sich zu widersetzen; es ist der ein Weg, der die Arbeiterklasse zum Siege führen kann und wird.

Und auf diesem Wege wird das Kohlensyndikat in all seiner protzenden prunkenden Siegeszuversicht die deutschen Arbeiter finden.

Die Arbeiterklasse und die Schutzzölle.

Von **Otto Bauer.**

Die Frage, die wir uns stellen, lautet: Welche Wirkung üben die Sc zölle auf den *Klassenwohlstand* des Proletariats? Sofern das Proleta nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, und sofern es nur als Klasse der heut Gesellschaft in Betracht kommt, ist sein Streben darauf gerichtet, der Arbe klasse eines Landes eine möglichst große Gütermenge bei möglichst kurzer samtarbeitszeit zuzuwenden. Wie der Erfolg dieses Strebens durch die Sc zölle beeinflußt wird, soll hier untersucht werden.

Selbstverständlich ist mit der Beantwortung dieser Frage das hand politische Interesse der Arbeiterschaft nicht erschöpft. Die Stellung, die Proletariat gegenüber der modernen Handelspolitik einnimmt, ist nicht durch sein Streben nach der Vergrößerung seines Klassenwohlstandes, son auch durch politische Gründe und vor allem durch die Tatsache bestimmt, es sich bewußt ist, nicht nur eine Klasse der heutigen, sondern auch der bauer der künftigen Gesellschaft zu sein.

Aber auch gewisse rein wirtschaftliche Bestimmungsgründe der Stell nahme der Arbeiterschaft zu den Einfuhrzöllen müssen hier unberücksic bleiben; dahin gehört der Einfluß des Außenhandels auf die *Zahlungsbil* Auch die Gestaltung der Zahlungsbilanz ihres Landes ist für die Arbeiters keine gleichgültige Sache; aber die Zahlungsbilanz ist nicht nur von der Han bilanz, sondern auch von vielen anderen Faktoren abhängig. So wenig daher ausgeschlossen ist, daß in irgendeinem Lande die Handelspolitik Arbeiterklasse durch die Rücksicht auf die Zahlungsbilanz mitbestimmt we muß, so muß doch in einer grundsätzlichen Untersuchung der Stellung Proletariats zu den Schutzzöllen der internationale Warenverkehr als bl

roduktenaustausch betrachtet und von den Modifikationen, die sich aus der
paltung des Warenaustausches in Verkauf und Kauf ergeben, abgesehen werden.
Der Klassenwohlstand des Proletariats ist abhängig einerseits von dem
olkswohlstand seines Landes, andererseits von seinem Anteil an diesem
olkswohlstand. Wir gebrauchen das Wort „Volkswohlstand" in dem über-
ferten Sinne der klassischen Ökonomie. Nach Erhöhung des Volkswohlstandes
eben, heißt darum kämpfen, daß jedes Quantum gesellschaftlicher Arbeit der
lksgesamtheit möglichst reichen Gütererertrag erringe. Wenn der Anteil der
beiterklasse am Volkswohlstand mit dessen Wachstum unverändert bleibt oder
: zunimmt, ist auch das Proletariat am Wachstum des Volkswohlstandes
eressiert; es kann aber auch eine Verringerung des Volkswohlstandes sich
allen lassen, wenn sein Anteil in solchem Grade gewachsen ist, daß sein
ssenwohlstand noch immer vermehrt erscheint.

* * *

Die klassische Freihandelstheorie lehrt, daß jeder Schutzzoll eine Verminde-
ig des Volkswohlstandes bewirkt. Diese Lehre ist bis heute allenfalls durch
Rechtfertigung von Erziehungszöllen, die sich selbst überflüssig machen
en, und von Übergangs- oder Erhaltungszöllen, die plötzliche um-
greiche Wertzerstörungen verhindern sollen, modifiziert; aber das Freihandels-
nzip selbst ist durch die Forderung solcher Zölle als vorübergehender Maß-
men keineswegs erschüttert. Sehen wir also zu, wie es sich mit der Be-
ndung der Freihandelstheorie verhält!

Bei Freihandel würden gewisse Güter vom Ausland eingetauscht gegen in-
dische Produkte, zu deren Herstellung ein Arbeitsaufwand von a Arbeits-
nden gesellschaftlich notwendig ist; der Schutzzoll hat die Wirkung, daß die-
en Waren im Inland mit einem Arbeitsaufwand von $a + xa$ Arbeitsstunden
ugt werden, wogegen der Arbeitsaufwand von a Stunden für die Export-
r entfällt; in dem geschützten Produktionszweig ist also ein Arbeitsaufwand
xa Stunden und der ihm entsprechende Wert neu gebunden;[1] um diese
ße verringert sich der Arbeitsaufwand aller anderen Produktionszweige,
nindert sich der Gesamtwert aller anderen Produkte. Während aber in dem
hützten Produktionszweig der Wert $a + xa$ sich in keiner größeren Menge
Gebrauchswerten darstellt als bei Freihandel der Wert a, bedeutet die
minderung der Werte der anderen Produktionszweige von A auf $A - xa$
entsprechende Verminderung des Gütervorrats. Um diese Gütermenge ver-
ert sich infolge des Schutzzolls der Volkswohlstand.

Diese Darlegung ist indessen ohne weiteres nur bei einfacher Waren-
duktion richtig. Bei einfacher Warenproduktion bewirkt in der Tat der
tzzoll eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die zwar die gesell-
tliche Wertsumme nicht verändert, aber diese Wertsumme sich in einer ver-
derten Menge von Gebrauchswerten verkörpern läßt. Bei kapitalistischer
renproduktion ist die Wirkung des Schutzzolls zunächst nicht Neuverteilung
Arbeit, sondern des Kapitals. Auch sie ist freilich die Ursache einer Ver-
rung des Volkswohlstandes, da das mit Zollschutz beglückte Gewerbe den
ren Zweigen der Produktion Kapitalien mit der Wirkung entzieht, daß

[1] Die Größe dieses neu gebundenen Wertes hängt davon ab, 1. in welchem Maße der
zoll prohibitiv wirkt, 2. in welchem Grade die Produktion der geschützten Ware im
d minder produktiv ist, 3. in welchem Verhältnis der Verbrauch des geschützten Pro-
abnimmt.

der geschützte Produktionszweig nicht mehr, die anderen aber weniger Gebrau
werte der Gesellschaft liefern als unter der Herrschaft des Freihandels. A
diese Verminderung des Volkswohlstandes würde sich im Wertbildungs- u
Verteilungsprozeß nur dann in derselben Weise wie bei einfacher Wa
produktion ausdrücken, wenn die neue Arbeitsverteilung infolge des Sch
zolls der neuen Verteilung des Kapitals proportional wäre; sofern das n
der Fall ist, sofern also der Schutzzoll eine Veränderung in der organisc
Zusammensetzung des Kapitals herbeiführt, übt er Wirkungen auf
wirtschaftliche Struktur der kapitalistischen Gesellschaft aus, von denen die
Freihandelsschule freilich nichts wußte.

Die Untersuchung der Funktion des Schutzzolls in einer kapitalistischen W
schaft hat also die Schutzzölle nach dem Gesichtspunkt zu unterscheiden, ob
in welcher Richtung sie die organische Zusammensetzung des Kapitals veränd
Wir bezeichnen im folgenden Zölle, welche die organische Zusammensetzung
Kapitals nicht verändern, als indifferente Zölle, solche, welche zu niedrig
organischer Zusammensetzung führen, als reaktionäre Zölle, endlich
jenigen, die einen Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung bewir
als Erziehungszölle höherer Ordnung. In diesen Benennungen l
keine Beurteilung unter dem Gesichtspunkt des proletarischen Klassenwohlstan
sondern ein Hinweis auf die verschiedene Funktion der Schutzzölle für die k
talistische Entwicklung.

1. Der indifferente Schutzzoll.

Die Wirkung des indifferenten Schutzzolls auf den Volkswohlstand ken
wir bereits; sie unterscheidet sich nicht von der Wirkung des Schutzzolls
der Stufe der einfachen Warenproduktion, wie sie die klassische Ökonomie
schrieben hat. Wir haben also nur die Wirkung des Schutzzolls auf die V
teilung des Volkswohlstandes zu erforschen.

Bei unverändertem Geldwert tritt die Verringerung des Volkswohlsta
in der verminderten Kaufkraft des Geldes in Erscheinung. Es ist denkbar,
durch einen Schutzzoll ausschließlich Gebrauchsgüter der Kapitalisten verte
werden; in diesem Falle trifft die Minderung des Volkswohlstandes nur
Mehrwert, nicht den Arbeitslohn, der Klassenwohlstand des Proletariats
durch sie nicht berührt.[1] Wenn dagegen Arbeitslohn und Mehrwert von
Schutzzoll verhältnismäßig getroffen werden, sinkt der Klassenwohlstand
Arbeiterschaft ebenso schnell wie der Volkswohlstand. Wenn schließlich d
den Zoll Gegenstände des täglichen Bedarfes verteuert werden, gegen die
ein verhältnismäßig größerer Teil des Arbeitslohns als der kapitalistis
Revenuen eingetauscht werden muß, so bewirkt der Zoll eine Steigerung
Mehrwertrate; in diesem Falle trägt das Proletariat den größten Teil der V
ringerung des nationalen Güterreichtums, sein Klassenwohlstand sinkt schn
als der Volkswohlstand.

Diese verschiedene Wirkung des Zolles je nach der Art der von ihm
teuerten Güter ist allen Formen des Schutzzolls gemeinsam; charakteristisch

[1] Wir vergleichen nicht etwa zwei verschiedene Zeitpunkte vor und nach Einführung
Zolles miteinander, sondern wir stellen der Gestaltung der Volkswirtschaft unter dem
fluß des Zolles jenen Zustand gegenüber, den sie in demselben Augenblick ohne Einfüh
des Zolles ceteris paribus erreicht hätte. In diesem Sinne sind Ausdrücke wie „V
ringerung des Volkswohlstandes“, „sinkende Kaufkraft des Geldes“ und dergleichen zu verst

ür den indifferenten Zoll ist, daß er die Nachfrage nach Arbeitskräften weder ermehrt noch vermindert, also die Lage auf dem Arbeitsmarkt unverändert äßt. Daher bleiben ceteris paribus die Geldlöhne unverändert. Zölle, durch ie bloß Gebrauchsgüter der Kapitalisten verteuert werden, sind daher, sofern s sich um indifferente Zölle handelt, dem Proletariat gleichgültig; sie können hm nur dann schädlich werden, wenn sie etwa die Akkumulation des Kapitals nd daher die Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskraft verlangsamen; alle nderen indifferenten Zölle bedrohen dagegen unmittelbar den Klassenwohlstand er Arbeiterschaft.

Wenn allerdings durch den Zoll die Reallöhne so herabgesetzt würden, daß adurch die Reproduktion der Arbeitskraft gehemmt wäre, dann müßte sich das Gesetz des Wertes der Arbeitskraft durchsetzen; aber es würde sich — unter sonst leichbleibenden Umständen — in der für das Proletariat qualvollsten Weise urchsetzen, nämlich durch Verringerung der Zahl der Eheschließungen, größere Kindersterblichkeit, Verkürzung der durchschnittlichen Lebensdauer, Zunahme der luswanderung.

An dieser Stelle sind nun noch zwei Arten von Zöllen zu besprechen, die war nicht immer als indifferente Zölle auftreten müssen, zu deren Begriffs- erkmalen aber eine Einwirkung auf die organische Zusammensetzung des Kapitals jedenfalls nicht gehört. So oft sie nicht als indifferente Zölle er- heinen, ist ihre Wirkung eine Resultante aus ihren an dieser Stelle auf- ıdeckenden Funktionen und aus ihrer Einwirkung auf die Zusammensetzung es Kapitals. Diese beiden Zollformen sind die echten Erziehungszölle nd die Zölle zum Schutze der nationalen Arbeit.

Wenn ein Produktionszweig des Zollschutzes bedarf, damit ihm der Markt ines Landes gesichert werde, so kann dies verschiedene Ursachen haben; un- bänderliche natürliche oder wandelbare soziale Produktionsbedingungen können e Überlegenheit der Produktion des einen Landes über die des anderen begründen. ns interessiert hier nun zunächst der Zoll, der den Angriff des ausländischen apitals abwehren soll, das über höher qualifizierte Arbeit verfügt. In r Zeit des Zollschutzes sammeln die technischen Leiter der kapitalistischen Be- iebe jene Erfahrung, ihre kommerziellen Leiter jene Geschicklichkeit, ihre rbeiter jene Handfertigkeit, ohne die die Konkurrenz mit der älteren aus- ndischen Industrie nicht möglich ist. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit kann r Zoll fallen und die Industrie ist, wenn nur sonst alle Produktionsbeding- ıgen gleich sind, konkurrenzfähig und genießt den Vorteil des näheren Marktes. in solcher vorübergehender Zollschutz bedeutet vom Standpunkt des Volks- ohlstandes ein zeitweiliges Opfer für dauernden Vorteil. Ebenso ist er vom tandpunkt proletarischen Klassenwohlstandes aus zu billigen; denn die Er- hung der Arbeiterschaft steigert den Wert der Arbeitskraft um dieselbe Größe ie den Wert der von ihr erzeugten Waren.[1] Ein solcher Zoll macht in der at sich selbst binnen kurzer Frist überflüssig; hat er seinen Zweck erreicht, so der Volkswohlstand gestiegen und mit ihm der Klassenwohlstand des Prole- riats. Wir nennen diesen Zoll, dessen Zweck es ist, die heimische Produktion ährend einer Periode der Erziehung ihrer Arbeitskraft vor der ausländischen onkurrenz zu schützen, den echten Erziehungszoll. Von ihm und nur von m gelten die Argumente der Theoretiker des Erziehungszolls, die freilich

[1] Vergl. Hanns Deutsch, Qualifizierte Arbeit und Kapitalismus. Wien 1904.

immer wieder zur Rechtfertigung von Zöllen mißbraucht werden, deren Wirke ein ganz anderes ist, von Zöllen, die nicht die verschiedene Qualifikation de Arbeit, sondern die verschiedene ökonomische Struktur zweier Länder, die ver schiedene Zusammensetzung ihres Kapitals ausgleichen sollen; wir werde diese Zölle als *Erziehungszölle höherer Ordnung* kennen lernen.

Aber nicht nur die verschiedene Qualifikation der Arbeit, sondern auch de verschiedene Preis der Arbeitskraft kann die Konkurrenzfähigkeit einer Industri bewirken. Erfordert es nun nicht der *Schutz der nationalen Arbeit*, i es nicht im Klasseninteresse des Proletariats gelegen, einer Industrie de Zollschutz zu gewähren, die bloß darum im Wettbewerb auf dem heimische Markte unterliegen würde, weil sie höhere Löhne zahlt als ihre ausländische Konkurrenten?

Die verschiedene Höhe des Arbeitslohns in zwei Ländern kann mannigfach Ursachen haben. Sie kann einmal darin ihren Grund haben, daß die Arbeiter schaft des höher entwickelten Landes im Vergleich zu der des rückständigen höhe qualifizierte Arbeitskraft darstellt. In diesem Falle ist aber nicht nur der We der Arbeitskraft bei gleicher Arbeitsdauer, sondern auch der Wert der in gleiche Arbeitszeit erzeugten Ware höher als in dem rückständigen Lande. Eine solch Industrie bedarf keines Zollschutzes.

Vom „Schutze der nationalen Arbeit" kann also nur dort die Rede sei wo zwei Länder in konkurrierenden Produktionszweigen Arbeiter von *gleiche Leistungsfähigkeit* haben, wo aber infolge des „historischen und moralische Elementes" unter den Bestimmungsgründen des Wertes der Arbeitskraft de Lohn in dem einen Lande wesentlich höher ist als in dem anderen. Vo Standpunkt des Volkswohlstandes ist ein solcher Zoll immer zu verwerfe unter dem Gesichtspunkt des proletarischen Klassenwohlstandes dagegen kan er verschieden zu beurteilen sein. Wenn er den Klassenwohlstand der Arbeiter schaft verringert — durch Senkung der Kaufkraft des Arbeitslohns, bei nic indifferenten Zöllen durch Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt —, bedeutet er eine Bevorzugung einer Arbeiterschicht auf Kosten des gesamte Proletariats; wenn es sich dagegen um einen indifferenten (oder, um dies vo wegzunehmen, reaktionären) Zoll handelt, der nur Gebrauchsgüter der Kap talisten verteuert, dann trifft die Verringerung des Volkswohlstandes au schließlich die Kapitalistenklasse. Ob wohl die Kapitalisten Vorliebe für solch Zölle haben mögen? Gewiß ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kapitalisten um sich die Unterstützung eines Teiles der Arbeiterschaft für ihr Schutzsyste zu erwerben, auch einmal eine solche Konzession gewähren; dann aber muß da Proletariat dem Schutzsystem trotzdem energisch Widerstand leisten, weil d Schädigung des Klassenwohlstandes der gesamten Arbeiterklasse nicht aufgewoge werden kann durch die Unterstützung irgendeiner Arbeiterschicht mittels de „Schutzes der nationalen Arbeit".

2. Erziehungszölle höherer Ordnung.

Wir betrachten den Warenaustausch zwischen zwei Ländern mit verschieden organischer Zusammensetzung des Kapitals. Sehen wir nur die *Preise* de Waren, so empfängt jedes Land so viel, als es hingibt; fassen wir dagege die *Werte* ins Auge, so sehen wir, daß es keine Äquivalente sind, die au getauscht werden. In den Produkten, die das Land mit höherer organisch Zusammensetzung hingibt, ist weniger Arbeit vergegenständlicht als in de

aren, die es von dem Lande mit niederer Zusammensetzung des Kapitals pfängt. Das höher entwickelte Land leistet also für das rückständige, mit n es Handelsbeziehungen pflegt, weniger Arbeit, als dieses für das fortschrittene Land leisten muß. Das Kapital des entwickelteren Landes gnet sich einen Teil der Arbeit des minder entwickelten Landes , dieses wird von jenem ausgebeutet — und alles das, obwohl Prokte getauscht werden, die gleiche Preise erzielen. Dies übersehen zu haben, der entscheidende Fehler der Freihandelstheorie.[1]

Nun entsteht in dem minder entwickelten Lande das Streben nach Schutzlen; Träger dieses Strebens sind einerseits die Kapitalisten, die damit ihre nderinteressen verfolgen, andererseits aber die Regierung. Ihren durch kalische Interessen geschärften Augen tritt nämlich die notwendige Ausbeutung s kapitalistisch rückständigen Landes im freien Warenaustausch in der Tathe in Erscheinung, daß dessen kapitalistische Entwicklung im Verhältnis m Wachstum der Bevölkerungszahl nur langsam fortschreitet. Denn nn sich auch der Kapitalismus notwendig von einem Lande auf das andere erträgt, so hat doch Parvus gewiß unrecht, wenn er meint, daß dies bei eihandel schneller geschieht als unter Herrschaft des Schutzsystems, daß die pitalistische Entwicklung des rückständigen Landes durch den Zollschutz nur gehalten wird.[2] Im Verhältnis zu der Größe seiner Bevölkerung schreitet rückständigen Lande bei Freihandel die Akkumulation des Kapitals nur ngsam vor, weil bei kapitalistischer Produktion nicht jenes Land, das mehr beit in die Wagschale wirft, sondern jenes, das über mehr Kapital verfügt, n Löwenanteil am Mehrwert an sich zieht.

Wird nun der Schutzzoll eingeführt, so bewirkt er zunächst für das ganze nd einen Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals. i einfacher Reproduktion, das heißt in einer kapitalistischen Gesellschaft, der der Mehrwert der Kapitalistenklasse nur als Konsumtionsfonds dient, wirkt der Zoll, daß sich Kapitalien aus Produktionszweigen mit niederer in he mit höherer Zusammensetzung ergießen. Der Kapitalaufwand in der samtproduktion bleibt unverändert, der Arbeitsaufwand wird verringert. Bei pitalistischer Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter strömt daen in jedem Jahre ein Teil des in früheren Produktionsperioden erzeugten ehrwertes in die Produktionssphäre. Welcher Teil des Mehrwertes unduktiv konsumiert und welcher akkumuliert wird, das hängt von der Psychoie der Kapitalistenklasse, von einem „historischen und moralischen" Faktor Es kann keineswegs allgemein behauptet werden, daß jeder Zoll die kumulationsrate notwendig vergrößert oder verkleinert. Wir nehmen her im folgenden an, daß die Akkumulationsrate unverändert bleibt. Wird am 1. Januar 1906 ein neuer Zoll eingeführt, so verändert er bei gleichibender Akkumulationsrate nicht die Größe des in die Produktionssphäre ndernden Mehrwertes, wohl aber dessen Verteilung auf die verschiedenen

[1] Auch Lexis bemerkt gelegentlich gegen Ricardos Begründung der Freihandelsrie: „Die Bemessung der Realwerte nach dem Arbeitsaufwand gilt nur unter der nicht effenden Voraussetzung, daß in jedem Lande in den verschiedenen Produktionszweigen auf che Arbeitsgrößen auch gleiche Kapitalbeträge kommen" (Schönbergs „Handbuch der polien Ökonomie", II, 2, S. 317). Aber er weiß daraus keine weiteren Konsequenzen zu en.

[2] „Neue Zeit", XIX, 1, S. 774 f.

Produktionszweige. Vergleichen wir den Aufbau des gesellschaftlichen Kapit
im Jahre 1906 nicht etwa mit dessen Struktur im Vorjahr, sondern mit
Gestalt, die es im Jahre 1906 ohne den Schutzzoll, unter Herrschaft des F
handels gewonnen hätte, so erscheint durch den Zoll nicht die Größe des
sellschaftlichen Kapitals, wohl aber dessen organische Zusammensetzung v
ändert und daher die Menge der vom Kapital bewegten lebendigen Arbeit v
ringert.

Welche Wirkung übt nun ein solcher Zoll auf den Volkswohlstand a
Die Menge der dem Lande verfügbaren Güter wird — das hat uns
klassische Freihandelstheorie gelehrt — durch den Zoll vermindert; nennen
aber den Volkswohlstand das Verhältnis zwischen der national
Gütermenge und dem nationalen Arbeitsaufwand,[1] so hat — da
unserem Falle nicht nur der Reichtum an Gebrauchswerten, sondern auch
Arbeitsaufwand sinkt — der Volkswohlstand zunächst gewiß nicht in dem M
sich verringert wie durch einen indifferenten Zoll, er kann unverändert geblie
sein, ja er kann bei sehr großer Veränderung in der Zusammensetzung
Kapitals sogar gewachsen sein, nämlich dann, wenn der Arbeitsaufwand
Lande schneller abgenommen hat als der Gütervorrat. Dieser Unterschied
der Wirkung des Erziehungszolls höherer Ordnung und des indifferenten Zol
drückt sich ökonomisch darin aus, daß bei unverändertem Geldwert die Ka
kraft des Geldes durch jenen niemals in gleichem Grade gesen
wird wie durch diesen, daß sie auch gleich bleiben oder steigen kann. De
die Neuverteilung des Kapitals bewirkt Freisetzung von Arbeitern,
Verminderung des Arbeitsaufwandes zunächst auch Verringerung des Me
wertes, Sinken der Profitrate. Dem kleineren Güterreichtum des Lan
steht also zunächst auch ein kleinerer Kreis proletarischer und ein minder ka
fähiger Kreis kapitalistischer Konsumenten gegenüber; daher die geringere V
teuerung der Waren.

Dabei kann es nun freilich nicht bleiben. Die durch die Änderung der Z
sammensetzung des Kapitals freigesetzten Arbeiter können sich von dem Güt
vorrat des Landes nicht gänzlich ausschließen lassen; ihre Konkurrenz auf d
Arbeitsmarkt drückt den Preis der Arbeitskraft. Die Herabsetzung der Gel
löhne bedeutet für die Kapitalisten einerseits Steigerung der Mehrwertra
andererseits die Möglichkeit, bei gleichem Kapitalaufwand eine größere Arbeit
zahl zu beschäftigen; dem Sinken der Profitrate wird dadurch schnell Halt

---

[1] Der Rahmen dieser Arbeit erlaubt keine ausführliche Analyse der Begriffe des Vol
wohlstandes und des Klassenwohlstandes, wie überhaupt diese Studie die mangelnde Kr
ihrer Begriffe und die Unvollständigkeit ihrer Kasuistik nur damit rechtfertigen kann, daß
als die erste Skizze zu einer größeren Arbeit gedacht ist. Hier muß daher folgendes genüg
die einem Lande in zwei Zeitpunkten zur Verfügung stehenden Gütermengen sind an
keineswegs vergleichbare Größen. Sie werden quantitativ vergleichbar nur, wenn sie bezo
werden einerseits auf eine unveränderte Rangskala der gesellschaftlichen Bedürfnisse, ander
seits auf unveränderten gesellschaftlichen Arbeitsaufwand. Während aber die Bedürfnissk
der Konsumenten als konstant gedacht werden muß, weil sonst der Volkswohlstand eine
kommensurable Größe würde, wird der zweite Faktor berücksichtigt, indem wir den Vol
wohlstand als das Verhältnis zwischen dem nationalen Gütervorrat und dem nationa
Arbeitsaufwand definieren; der Volkswohlstand ist desto größer, je größer bei gleichbleibend
Arbeitsaufwand der Gütervorrat, und desto kleiner, je größer bei gleichbleibendem Güt
vorrat der Arbeitsaufwand ist.

oten. Desto schwerer fällt die ganze Wirkung des Zolles auf die Arbeiterklasse. Freilich bewegt das Kapital schließlich nicht weniger Arme, als es bei Freihandel beschäftigen würde; aber die Arbeiterklasse muß dies dadurch erkaufen, daß sie sich eine Steigerung der Mehrwertrate gefallen läßt. Für die Arbeiterschaft bedeuten die Erziehungszölle höherer Ordnung sinkende Löhne, sinkenden Anteil am Volkswohlstand, verringerten Klassenwohlstand.

Die Geldlöhne sinken — immer sonst unveränderte Umstände, also insbesondere gleiche Entwicklungsstufe der gewerkschaftlichen Organisation vorausgesetzt — desto mehr, je bedeutender die Veränderung in der Zusammensetzung des Kapitals ist. Nun wissen wir aber bereits, daß der Volkswohlstand und mit ihm bei unverändertem Geldwert die Kaufkraft des Geldes desto langsamer abnimmt, je schneller infolge des Zolles das Kapital zu höherer Zusammensetzung fortschreitet. Je weniger also die Kaufkraft des Geldes durch den Erziehungszoll höherer Ordnung verringert wird, desto mehr hat der Zoll die Tendenz, den Preis der Arbeitskraft herabzudrücken. Der Klassenwohlstand des Proletariats sinkt auf jeden Fall: bald mehr durch Herabsetzung der Löhne, bald durch Minderung ihrer Kaufkraft. Wenn der Erziehungszoll höherer Ordnung den Volkswohlstand niemals in gleichem Grade vermindert wie ein indifferenter Zoll, so kommt dies niemals der Arbeiterschaft, sondern immer nur — mittels der Steigerung der Mehrwertrate — der Kapitalistenklasse zustatten.

Auch hier ist die Wirkung des Zolles auf den proletarischen Klassenwohlstand desto drückender, je mehr überwiegend proletarische Gebrauchsgüter durch den Zoll verteuert werden; auch hier kann, wenn der Lohn dauernd unter den Wert der Arbeitskraft gesunken ist, das Lohngesetz sich — ceteris paribus — nur wirksam erweisen, indem es der Vermehrung der Bevölkerung grausam eine Schranke setzt.

Die Erziehungszölle höherer Ordnung dienen der nationalen Wirtschaftsentwicklung; sie bedeuten die Verweigerung eines Arbeitstributs, einer Fron für das Ausland; und doch sind sie dem Proletariat feindlich. Damit charakterisiert sich eine Gesellschaft, der eine Klasse bloßes Werkzeug ist. Vom Standpunkt der Gesellschaft ist jede Verminderung des Arbeitsaufwandes eine Ersparnis; ihr ist ja die Arbeit ein Opfer zur Erzielung eines Gütertrags. Das Proletariat aber sieht durch jede solche Ersparnis seine Machtstellung auf dem Arbeitsmarkt und damit seinen Klassenwohlstand bedroht.

Die Erziehungszölle höherer Ordnung sind aber vor allem ein vorzügliches Mittel zur Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung, zur Züchtung einheimischen Kapitals. Die bei Freihandel an das Ausland abgetretenen Werte werden nun vom heimischen Kapital angezogen. So beschleunigt diese Zollform den Fortschritt zu höheren Stufen der kapitalistischen Entwicklung. Freilich bedeutet sie, daß im Inland mit höheren Kosten erzeugt wird, was vom Ausland hätte billiger gekauft werden können; aber da trotz Erhöhung der Kosten der Arbeitsaufwand abnimmt, legt die Gesellschaft die schwere Last, die sie der Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung zuliebe auf sich genommen, ganz auf die breiten Schultern des Proletariats. Daß diese den Klassenwohlstand der Arbeiterschaft gefährdenden Zölle die Entfaltung des Kapitalismus fördern, ist für die Arbeiterklasse freilich ein bitterer Trost; aber darin drückt sich nur aus, welch bittere Notwendigkeit die kapitalistische Entwicklung für das Proletariat ist.

Freilich gilt diese Darlegung ohne weiteres nur, wenn, wie wir bish vorausgesetzt haben, die Akkumulationsrate, das Verhältnis des in Kapit verwandelten zum Gesamtmehrwert, unverändert bleibt. Die Wirkung der E ziehungszölle höherer Ordnung erscheint wesentlich modifiziert, wo sie die Akkum lationsrate steigern. Dies ist häufig dort der Fall, wo der Schutzzoll Kapitalie die sonst in der Landwirtschaft tätig wären, der industriellen Produktion z führt; infolge des Zolles ist dann möglicherweise die Differentialrente häufiger aber die Differentialrente II kleiner, als sie unter der Herrschaft d Freihandels wäre. Der Zoll verändert daher die Verteilung des Mehrwertes was die Rente verliert, wächst dem Profit zu. Der Klassenwohlstand d Proletariats wird dadurch zunächst nicht berührt; der Arbeiterschaft ist es a sich gleichgültig, wie Kapitalisten und Grundeigentümer den Mehrwert unte einander teilen. Wo aber die Kapitalisten als knausernde Fabrikanten, d Grundeigentümer als leichtlebige Junker in Erscheinung treten, dort ist freili die Verteilung des Mehrwertes auf die beiden Klassen auch für die Arbeite schaft nicht mehr gleichgültig; denn dort bedeutet das Wachstum des Profit auf Kosten der Rente eine Steigerung der gesellschaftlichen Akkumulationsrat Das Steigen der Akkumulationsrate beschleunigt aber nicht nur die kapitalistisch Entwicklung, sondern vermehrt auch die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt un hebt daher den Klassenwohlstand des Proletariats. Das Steigen der Akkum lationsrate wirkt daher den anderen Tendenzen der Erziehungszölle höher Ordnung entgegen.

So wichtig diese Erkenntnis für das Verständnis gewisser historischer Er scheinungsformen der Erziehungszölle höherer Ordnung sein mag, kann sie do hier nicht weiter verfolgt werden. Denn daß mit dem Sinken der Grundren die Akkumulationsrate steigt, folgt nur aus dem verschiedenen wirtschaftliche Charakter der Grundeigentümer- und der Kapitalistenklasse in einer bestimmte Geschichtsepoche. Von solcher für uns zufälligen Bestimmtheit des Charakter der Produktionsagenten ist hier abzusehen, wo wir die notwendigen Wirkunge der Zölle in jeder kapitalistischen Gesellschaft untersuchen. Nur so lernen wi jeden konkreten empirischen Zoll nach der einen Seite seiner gesetzlichen Be stimmung verstehen; der Historiker oder der Wirtschaftspolitiker, der einen solche Zoll zu beurteilen hat, wird sich damit freilich nicht begnügen dürfen. Er wir auch jene Faktoren in seine Untersuchung einzuführen haben, die der Theoretike als für ihn zufällig auszuscheiden hat. (Schluß folgt

---

Der Bergarbeiterstreik und das Kohlenwuchersyndikat.

Von **Hermann Molkenbuhr.**

Der gewaltige Kampf, in den jetzt die Bergleute des rheinisch-westfälischen Be zirkes hineingedrängt sind, ist von symptomatischer Bedeutung. Er zeigt, daß di Kapitalisten Deutschlands bereits zur Erhöhung ihres Profits Mittel anwenden die bisher hier nicht benutzt wurden, sondern Amerika ihr Vaterland nennen

Liest man die Unternehmerpresse, so könnte man glauben, daß die Kapita listen gegen nichts eine größere Abneigung haben als gegen Streiks, weil doc während dieser der Kapitalprofit ausbleibt.

Und doch wird bei dem jetzigen Streik im Kohlenrevier fast allseitig vo derselben kapitalistischen Presse, soweit sie nicht direkt im Solde der Gruben

barone steht, zugegeben, daß dieser Streik von den Grubenbesitzern, also von Kapitalisten, provoziert wurde.

Demnach müßte dieser Streik nicht einen Verlust, sondern einen Gewinn für die Grubenbesitzer bedeuten! Denn sobald eine Steigerung des Profits möglich ist, schreckt der Kapitalist vor keinem Mittel zurück.

Wie liegen nun die Verhältnisse bei diesem Streik?

Die Grubenbesitzer sind im Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat organisiert. Diese Kapitalistenorganisation ist unstreitig der größte wirtschaftliche Machtfaktor des Deutschen Reiches. Von den 116 Millionen Tonnen Steinkohlen, die im Deutschen Reiche gefördert werden, entfallen 75 Millionen Tonnen auf die dem Syndikat unterstellten Gruben. Neben dem Syndikat kommen noch die schlesischen Bergwerke und das Saargebiet als Kohlenproduzenten in Frage. Diese haben aber wegen ihrer geographischen Lage ganz andere Absatzgebiete. Dann kommt noch Großbritannien namentlich für die Küstengebiete und das Königreich Sachsen in Betracht. Großbritannien liefert durchschnittlich reichlich 5 Millionen Tonnen.

Das Kohlensyndikat vertreibt die Kohlen des rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens, soweit diese nicht im eigenen Betrieb verbraucht werden. Zu letzteren gehören auch die in Zechenhütten verbrauchten Kohlen. Ist mit der Zeche ein Eisen- und Stahlwerk verbunden, dann kommen die in diesen Werken verbrauchten Kohlen für das Syndikat nicht in Betracht. Das Syndikat treibt nun folgende Preispolitik. Es hat das Absatzgebiet eingeteilt in ein unbestrittenes und ein bestrittenes. Für das unbestrittene Gebiet gelten die vom Syndikat festgesetzten Preise, während in dem bestrittenen Gebiet, also den Plätzen, wo die westfälische Kohle mit englischer, schlesischer, sächsischer, belgischer oder Saarkohle konkurriert, der Preis der Marktlage angepaßt werden muß. Große Schwierigkeiten entstehen hier aber kaum. Denn der preußische Fiskus, der für die Saarkohle der Hauptlieferant ist, folgte mit seinen Preisen immer den Beschlüssen des Syndikats, und in der Regel fordert der Fiskus für Flammkohle ab Werk Saarbrücken immer noch etwas mehr, als in Essen ab Werk gefordert wird. Ebenfalls hat das mit dem Kohlensyndikat verbundene Rheinisch-westfälische Kokssyndikat mit dem belgischen Kokssyndikat einen Vertrag geschlossen, nach welchem diese sich das Minetterevier, worunter die Kokssyndikate den Roheisenproduktionsbezirk von Luxemburg, Lothringen und des französischen Departements Meurthe et Moselle verstehen, teilen. Eine ernsthafte Konkurrenz tritt daher nur dort ein, wo die westfälische Kohle mit schlesischer und englischer Kohle zusammentrifft, also im Küstenbezirk und in den Provinzen Brandenburg, Sachsen usw. Da der Preis des unbestrittenen Bezirkes nie ganz unabhängig von den Marktpreisen der bestrittenen Bezirke festgesetzt werden kann, so sucht man durch Produktionseinschränkungen, in Zeiten mit niedergehenden Preisen, den Preis zu halten. Die Produktionseinschränkung ist ein Hauptmittel zum Hochhalten der Preise. Dieses Hochhalten der Preise hat das Kohlensyndikat mit gutem Erfolg durchgesetzt. Seit Gründung des Syndikats haben die Kohlenpreise eine steigende Tendenz. Nun ist seit 1901 nach den Notierungen der Düsseldorfer, Essener und Dortmunder Börse ein kleiner Rückgang eingetreten. Gegen Preisrückgänge sind die Kohlenbarone aber sehr aufgebracht. Den Profit nehmen sie, und wenn er auch nur durch Bruch der Verträge und Verstoß gegen Treu und Glauben zu erzielen ist. Hierfür nur ein Beispiel. Als 1901 die Kohlenpreise plötzlich in die Höhe

gingen, war das Syndikat gezwungen, die am 1. April 1901 abgeschlossen Verträge zu halten. Darüber waren einige Kohlenbarone sehr erbost, und 23. Oktober 1901 machten einige Teilhaber großer Werke ihrem gepreßn Herzen in der „Kuxenzeitung" Luft. Sie nannten die Leute, die darauf standen hatten, die Verträge zu halten, „Mäßigkeitsapostel, die wohldenkende Leute sein mögen, aber höchst unwirtschaftliche Streber sind". Man nannte die Unterlassung des Vertragsbruchs einen „wirtschaftlichen Fehler". Im Sinne dieser Leute ging das Kokssyndikat vor. Obwohl die Verträge mit den Eisenwerken bestanden, nach welchen das Syndikat verpflichtet war, Hochofenkoks pro Tonne für 14 Mark zu liefern, so kündigte es an, daß nach Ablauf der Verträge 20 Mark gefordert werden würden, wenn sich die Werke nicht entschlößen, den bereits für 14 Mark gekauften Koks mit 17 Mark zu bezahlen. Und als dann eine größere Anzahl Werke dem Drucke nachgegeben hat, wurde den Zögernden mitgeteilt, daß, wenn sie auf Innehaltung der Verträge bestünden, sie in Zukunft gar keinen Koks mehr erhalten würden. Dadurch wurden dann die Eisenwerke gezwungen, den Koks, den sie für 14 Mark gekauft hatten, mit 17 Mark zu bezahlen.

Diese Beispiele beweisen, daß man in jenen Kreisen kein Mittel verschmäht, wenn nur höhere Profite erlangt werden können. Welchen Einfluß die Kohlenpreise auf die Dividende haben, kann man bei den Aktiengesellschaften berechnen, obwohl diese vielfach durch „Verwässerung" der Aktien ein unverhältnismäßig hohes Anlagekapital haben. Der Profit ist um so höher, je geringer das Anlagekapital für 1000 Tonnen Förderung ist. Stellt man sechs der größten Gesellschaften, die zusammen 36 Prozent der Beteiligung am Syndikat besitzen, nebeneinander und berechnet man den Einfluß von einer Mark Jahresdurchschnittspreis für eine Tonne Kohlen auf die Dividende, dann ergibt sich folgendes Bild:

Zeche	Aktienkapital in Millionen Mark	Beteiligung am Syndikat in Tausend Tonnen	Jede Mark Kohlenpreis bringt folgende Differenz in der Dividende hervor
Arenberg	7,2	1872	26,00 Prozent
Gelsenkirchen	69,0	7698	11,16 "
Harpener	60,0	7240	12,06 "
Hibernia	53,5	5416	10,12 "
Nordstern	20,0	2740	13,20 "
Konsolidation	16,0	1740	10,87 "

In den Dividenden kommt aber noch nicht der ganze Gewinn zum Ausdruck. Bei jeder Steigerung der Dividende steigt auch der Kurs der Aktie, wie ein Fallen der Dividende einen Kursverlust bringt. Die Aktionäre der genannten Gesellschaften hatten seit der im Jahre 1893 erfolgten Gründung des Syndikats bis Ende 1903 für je 100 Mark Stammanteil der Aktien folgende Gewinne: Arenberg 525 Prozent Dividende und 389 Prozent Kursgewinn. (Tatsächlich betrug hier der Kursgewinn 1075 Prozent, da 1900 das Aktienkapital verdoppelt wurde und jedem Aktionär zu jeder alten Aktie eine neue Aktie zu pari gegeben wurde.) Gelsenkirchen hatte 101½ Prozent Dividende und 96,60 Prozent Kursgewinn, Harpener 89 Prozent Dividende und 69,30 Prozent Kursgewinn, Hibernia 111½ Prozent Dividende und 115,40 Prozent Kursgewinn, Nordstern 132 Prozent Dividende und 260,75 Prozent Kursgewinn, und Konsolidation 220 Prozent Dividende und 315 Prozent Kursgewinn.

Wie hier Millionen entstehen, wollen wir an einem Beispiel nachweisen. as Bergwerk Arenberg wurde mit 3 Millionen Mark gegründet. Für dieses ld wurden Grubenfelder gekauft und Schachtanlagen gebaut. Als 1899 tz großer Abschreibungen und Rücklagen 75 Prozent Dividende gezahlt rden, verdoppelte man das Aktienkapital, und später gab man noch für 00000 Mark Aktien aus, die den Aktionären zum Nennwert gegeben wurden. tsächlich eingezahlt sind also 7200000 Mark. Ende 1903 hatten diese /5 Millionen Mark einen Kurswert von 56 3/5 Millionen Mark! Nun d im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier die Preise in den letzten Jahren was zurückgegangen. Das Jahr 1902 hatte einen Rückgang im Verbrauch n 4 Millionen Tonnen, 1903 brachte eine Steigerung von 9 Millionen nnen; aber der Preis war in Hamburg im Jahre 1903 für Stückkohle um 0 Mark niedriger als 1902.

Schon dieses Zurückgehen der Preise kann zu dem Gedanken führen, ge-nete Mittel anzuwenden, um den Profit wieder zu erhöhen. Daß die Kohlen-rone den Streik als ein solch geeignetes Mittel betrachten, darf nicht auf-len. Brachte doch der Streik von 1889 eine Verdopplung des hlenpreises! Flammkohle, die in Dortmund 1888 durchschnittlich 6,30 Mark tete, wurde 1890 für 12,40 Mark verkauft. Dementsprechend war auch die eigerung der Dividende und der Kursgewinn. Ganz offen priesen die großen sitzer den Streik als „rettende Tat“!

Gegenwärtig haben die Zechenbarone eine ganze Reihe von Gründen, um e ähnliche Situation zu schaffen, wie sie 1890 war, zumal sie diese jetzt mit fe des Syndikats viel besser ausnützen können. Bei Erneuerung des Syn-ats im Vorjahr wurde die Einrichtung getroffen, daß die Beteiligungsziffer er Zeche auf die anderen übertragen werden kann. Das führte dazu, daß großen Werke schleunigst die Werke im südlichen Ruhrrevier ankauften, sie stillzulegen und die Kohlen nur in den großen Werken fördern zu en. Von der Verteilungsliste des Syndikats sind schon acht Werke mit einer eiligung von über 4 Millionen Tonnen verschwunden. Diese Beteiligungs-er findet sich in den Ziffern der großen Werke wieder, während die kleinen rke stillgelegt sind. Das Zechenlegen wäre noch viel schneller vor sich ge-gen, wenn der Widerstand der Gemeindebehörden nicht gar zu groß ge-en wäre. Auch die Zeche „Bruchstraße“ stand mit auf der Liste stillzulegenden Zechen! Nun, da es zum Streik gekommen ist, glaubt nnes, der Kohlenkönig des Ruhrreviers, leichtes Spiel zu haben, indem er h Beendigung des Streiks die Arbeit nicht wieder aufnehmen läßt.

Als ferneres Moment, das den Grubenbesitzern die Provozierung eines eiks wünschenswert machte, kommen die Verstaatlichungswünsche des preu-hen Fiskus in Betracht. Den Angriff auf „Hibernia“ haben die Herren nnes, Thyssen, Kirdorf und Genossen glücklich abgeschlagen. Vorläufig muß preußische Staat seine westfälischen Kohlen beim Syndikat kaufen. Hindern großen Herren, unter nicht geringem Kostenaufwand, daß der Fiskus noch r Hibernia-Aktien erlangt, so würden sie es doch kaum hindern können, daß Staat Harpener oder Gelsenkirchener kauft. Und wenn es damit nicht geht, er eine Anzahl mittlerer und kleiner Werke in seinen Besitz bringt. Hier-en kann nur ein exorbitant hoher Kursstand schützen. Hält man den Kurs och, daß die Werke nur bei ganz hohen Kohlenpreisen rentabel sind, dann den die Verstaatlichungspläne à la Möller schwinden. Den hohen Kurs-

stand kann man nur durch hohe Dividende und diese nur durch hohe Koh-
preise halten.

Das Syndikat setzt die Preise zum 1. April jedes Jahres fest. Vor d
1. April muß also, will es das oben gekennzeichnete Ziel erreichen, der a
gemeine Kohlenpreis hoch sein. Fördereinschränkungen wirken aber nicht s
intensiv, daß dieser Zweck erreicht wird; hierzu müssen stärkere Mittel angewe
werden.

Ein solch *stärkeres Mittel ist der Streik, den das Syndikat*
in Rechnung gestellt hat.

Das Syndikat hat seine Abnehmer gebunden. In den Verträgen befi
sich folgende Bestimmung für die Abnehmer: „Sie verpflichten sich, Koh
Koks und Briketts von Zechen des Ruhrgebiets, die unserer Vereinigung n
angehören, weder zu kaufen noch zu vertreiben, sei es unmittelbar oder mit
bar, widrigenfalls die Preise für *sämtliche* zwischen Ihnen und uns bestehen
Lieferungsverträge sich *für die ganze Vertragszeit* um 50 Pfennig für
Tonne erhöhen."

Wer also am Schlusse des Jahres, also vor dem 1. April, andere Ko
kaufen würde, müßte für alle Kohlen, die er im Laufe des Jahres bez
hat, 50 Pfennig für die Tonne nachzahlen. Der Abnehmer ist nach j
Richtung gebunden.

Anders das Syndikat! Es ist *nicht einmal verpflichtet, Kohlen z*
liefern. Will es von jeder Lieferungspflicht entbunden sein, dann brauch
eben nur einen Streik zu provozieren. In dem Vertrag heißt es nämi
„Betriebsstörungen und Betriebseinschränkungen, *Arbeiterausstände*, gl
viel ob solche durch Vertragsbruch oder infolge von vorausgegangenen K
digungen eintreten, höhere Gewalt jeder Art — wozu auch Mobilmachung u
Kriegsfall zu rechnen — *entbinden für die Dauer und den Umfang*
dadurch notwendig werdenden Einschränkung von der Lieferung
Verhältnis der Verringerung der Herstellung in den einzelnen Sorten — n
Abzug des Verbrauchs für eigene Zwecke der Zechen — und findet Nachli
rung nicht statt."

Wie der Streik entstanden ist, ob durch Verschulden der Unternehmer o
nicht, ist höchst gleichgültig. Charakteristisch ist dabei, daß dieser Vertrag n
Syndikat abgeschlossen ist; da der Abnehmer die Kohlen nehmen muß,
ihm vom Syndikat zugewiesen sind, so kann das Syndikat die Lieferung
stellen, wenn *auf irgendeiner* dem Syndikat angeschlossenen Grube S
ausbricht. Die Hüttenzechen dagegen können sich decken, wo und wie sie wo
denn deren Verbrauch fällt in den Verbrauch „für eigene Zwecke".

Gelingt es nun dem Syndikat, einen Streik zum Ausbruch zu bringen, d
werden die Zechenbesitzer auch nicht geschädigt. *Das Syndikat zahlt*
jede durch den Streik ausfallende Tonne Kohlen an den Zech
besitzer 1,50 Mark. Ist so das Syndikat sowohl als jeder Zechenbes
vor Schaden durch den Streik gesichert, so konnte das Spiel um so leic
begonnen werden, sobald ein Streik erwünscht erschien. Das Spiel beg
als ein Stillstand in der Steigerung der Kohlenpreise eintrat. Solange
Kohlenpreise stiegen, stiegen auch die Löhne, aber nur in geringem Maße
langsam. Es stiegen zum Beispiel im Jahre 1900/01 die Verkaufspreise
Kohlen des Harpener Bergwerkes um 1,18 Mark und die Löhne pro To
um 4/5 Pfennig. Die Periode der Stagnation führte aber sofort zu erhebli

ohnabzügen. Nach dem Bericht des „Vereins für bergbauliche Interessen im berbergamtsbezirk Dortmund“ sanken die Löhne von 1332 Mark im Jahre 1900 f 1224 Mark im Jahre 1901 und dann auf 1131 Mark im Jahre 1902. n zwei Jahren also um 201 Mark, das ist um 15 Prozent.

Hat man die Absicht, einen Streik zu provozieren, dann kann dieses in der egel am leichtesten durch Lohnreduktion erreicht werden. Aber hier kommt auch noch wesentlich auf die Form an, in der Lohnabzug gemacht wird. n direkter Lohnabzug wird nie so erbitternd wirken als eine Reihe von hikanen, die denselben Zweck verfolgen.

Schon das Zechenlegen hätte man gern durch einen Streik beschleunigt. äre es auf solchen Zechen, die gelegt werden sollten, zu einem Streik gennmen, dann hätte man die Arbeiter für die Schuldigen erklärt.

Man sann nun nach, was 1889 am meisten die Erbitterung gefördert hatte, d da stieß man auf das Wagennullen. Dieses Mittel wurde in der orosesten Form angewandt. Als nun die Erbitterung stieg, griff die Verndsleitung der Bergarbeiter ein und suchte die Pläne der Zechenbesitzer zu eiteln, indem sie zum Frieden mahnte. Jetzt wurden vom Syndikat stärkere ttel ergriffen. Die Unternehmerpresse verhöhnte die Verbandsleitung wegen er schwächlichen Haltung. Auf den Zechen wurde gegen die Arbeiter ein rfahren eingeschlagen, das jeder Beschreibung spottet. Selbst zur Prügelei ffen einige Aufsichtsbeamten. So wurden die Bergleute gepeinigt, daß Unzufriedenheit aufs höchste stieg. Das gemeinsame Leid führte auch die st feindlichen Brüder zusammen. Die religiösen und politischen Meinungserenzen wurden vergessen. Alle fühlten, daß sie als Bergleute die Leiden erdulden hatten.

Sobald nun die Unzufriedenheit bis zur Siedehitze gesteigert war, bedurfte nur noch eines geringen Anstoßes.

Da kam Herr Stinnes mit seiner Schichtverlängerung.

Schon die Art der ersten Ankündigung, bei der alle gesetzlichen Vorschriften er acht gelassen wurden, hätte bald den Ausbruch des Streiks herbeigeführt. nn kam die Zurücknahme der Verordnung, dann ihre Wiederholung, dann infame Behandlung der Arbeitervertreter.

Das alles mußte zum Streik führen. Das Syndikat wußte, wenn es ndwo zum Streik kommt, daß dann der Streik weitergreifen werde. Die ebenbesitzer wollten den Streik — nun haben sie ihn. Wie die Grubenzer den Streik ausnutzen werden, wird die nächste Zukunft lehren. Kommt ganze Ruhrrevier zum Stillstand, dann macht das einen Ausfall von 1½ Milen Tonnen Kohlen in der Woche. Dieser Ausfall kann durch die konierenden Bezirke in Schlesien, Sachsen, an der Saar, dem Wurmrevier durch England nicht ersetzt werden. Bald werden daher die Kohlenpreise en. Unter den so gestalteten Verhältnissen werden dann zum 1. April die se festgesetzt. Schlimm getroffen werden dann die Eisenwerke, die nicht Zechen verbunden sind. Sie werden die hohen Preise zahlen müssen. Aus n Kreisen wurden schon bittere Klagen geführt, als die Erhebungen über Kohlensyndikat im Februar 1903 im Reichsamt des Innern stattfanden. wischen hat sich der Stahlwerksverband gegründet, es haben große Fusionen gefunden.

Vielfach sind die Besitzer der großen gemischten Werke und die Zechener dieselben Personen. Gehen die Kohlen- und Kokspreise so in die Höhe,

daß die reinen Hochöfen und die reinen Stahl- und Walzwerke nicht mehr stehen können, was kümmert das die Besitzer der großen gemischten We Für sie wird die Bahn frei. Sie brauchen nicht erst in langwierigem K kurrenzkampf ein Werk nach dem andern zu erdrücken!

Durch diesen Kohlenwucher werden alle Industrien in Mitleidenschaft zogen. Die Kohle ist der Hauptkrafterzeuger. Auch die Gemeinden mit ih Gasanstalten und das Publikum für seine Hausbrandkohle muß den Tri zahlen, um die Dividende und den Kurs der Kohlenaktien zu steigern. D Aktienkapital der oben erwähnten sechs großen Gesellschaften, welches ein Nennwert von 225,7 Millionen Mark hat, aber am Schlusse des Jahres 19 einen Kurswert von 585½ Millionen Mark besaß, wird um Dutzende Million steigen.

Jetzt fragt es sich, ob es nicht im Interesse der *ganzen* Gesellschaft lie das Privatbesitzrecht am Steinkohlenbergbau überhaupt zu beseitigen? Auch übergroße Mehrheit der Kapitalisten hat ein Interesse daran, vor der A beutung durch eine Kapitalistenverschwörung, wie sie sich im Syndikat gebil hat, geschützt zu werden. Die Gemeingefährlichkeit des Treibens dieser Le wurde in weiten Kreisen erkannt, als das Zechenlegen begann. Da fand sel das Möllersche Hiberniaprojekt in einigen Kreisen Anklang. Aber der preußis Fiskus ist um kein Jota besser als die Herren Thyssen, Stinnes, Kirdorf u Genossen. In seiner Preispolitik wirtschaftete der Fiskus genau so wie Herren vom Syndikat, und in der Arbeiterpolitik sind die fiskalischen We an der Saar nur eine Filiale des Stummschen Zuchthauses. Unter dem heuch rischen Vorgeben, die Disziplin zu erhalten, nimmt der Fiskus den Arbeitn das durch Reichsgesetz gegebene Koalitionsrecht. Was aber der wirkliche Zw dieses Treibens ist, ersieht man aus den Lohntabellen. Als 1891 in Sa brücken für Flammkohle ab Werk 10,40 Mark bezahlt wurden, hatten Arbeiter einen Jahresverdienst von 1137 Mark. Dann sank der Kohlenpr und zwar im Jahre 1894 auf 9,60 Mark. *Dieser Preisrückgang wur aber für den Fiskus dadurch ausgeglichen, daß man den Arbeiter 216 Mark vom Lohne abzog*, denn 1894 war der Durchschnittslohn n noch 921 Mark. Die Hochkonjunktur am Ende der neunziger Jahre nutzte Fiskus kräftig aus. Während das Syndikat den Preis für Flammkohle Essen nur auf 10 Mark brachte, brachte der Fiskus ihn in Saarbrücken 12,80 Mark. Übertraf der Fiskus das Syndikat in hohen Preisen, so blieb mit den Löhnen erheblich gegen das Ruhrrevier zurück. 1900 wurden im Ru revier 1332 Mark gezahlt, aber an der Saar zahlte man nur 1044 M Also bei einem Preisrückgang von 7,3 Prozent kürzt der preußische Fiskus Löhne um 18,47 Prozent, aber bei einer Preissteigerung von 33⅓ Proz steigert er die Löhne nur um 13,36 Prozent! Es ist dies die Politik, die Geldsackparlament Preußens gebilligt wird.

Ist es schon nicht angängig, die halbe Million Bergleute in Abhängig vom Dreiklassenparlament zu bringen, so würde es auch politisch nicht zu re fertigen sein, alle anderen deutschen Bundesstaaten in wirtschaftliche Abhäng keit von Preußen zu bringen. Von den 1903 geförderten 116⅗ Million Tonnen Steinkohlen wurden 108,9 Millionen Tonnen in Preußen geförd Nur 7,8 Millionen Tonnen entfielen auf die anderen Bundesstaaten. Hä Preußen alle Bergwerke im Besitz, dann würde es durch seine Kohlenpreise Einnahmen der anderen Staaten besteuern. Es liegt daher im allgemein

nteresse, daß die Steinkohlenbergwerke nicht Preußens Verstaatlichung anheim=
llen, sondern Reichseigentum werden.

Der gewaltige Kampf im Ruhrrevier ist nicht nur ein Kampf der Berg=
ute mit den Zechenbesitzern. Es ist ein Abschnitt in dem Streben, neue Mil=
onen in die Taschen reicher Leute zu bringen. Ausgebeutet werden zu diesem
wecke zwar die Bergleute, tributpflichtig werden aber auch Industrie, Land=
irtschaft, Gemeinden und das Kohlen verbrauchende Publikum. Gegen das
reiben der Grubenbarone sollte sich das ganze Volk auflehnen und energisch
e Expropriation der Expropriateure fordern. Nur an einem allgemeinen
iderstand des Volkes kann der Beutezug der Kohlenwuchersyndikate scheitern.
ad da der preußische Fiskus in jeder Beziehung mit dem Syndikat wetteifert,
uß daher die Parole lauten: Übernahme des ganzen Kohlenbergbaus durch
s Reich!

Theorien über den Mehrwert.

I. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith.

is dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky.

Von **Heinrich Cunow.**

(Fortsetzung.)

2. Der Charakter des Physiokratismus.

Zu voller Wucht schwingt sich die Marxsche Diktion jedoch erst in seiner
arakterisierung des Physiokratismus auf: ein Abschnitt, der an knapper,
äziser Darstellung alle bekannten Monographien über den Physiokratismus
d seine Stellung innerhalb der Entwicklung der Volkswirtschaftslehre bei
item übertrifft. Marx gibt kein Gesamtbild der physiokratischen Theorien;
beschränkt sich auf die Skizzierung ihrer wichtigsten Grundsätze und der aus
sen gezogenen Folgerungen. Aber wie ein genialer Zeichner oft durch wenige
riche die charakteristischen Eigenheiten einer Persönlichkeit anschaulicher dar=
llt als ein anderer durch ein vollausgeführtes Porträt, so weiß auch Marx
rch seine Skizze die für die physiokratische Auffassung charakteristischen Ideen=
bindungen zu schärfster Anschaulichkeit zu bringen. Die das Fundament des
ysiokratischen Gedankenaufbaus bildenden Grundauffassungen treten gleichsam
stisch, greifbar hervor. Marx hat einen großen Vorteil vor allen bürger=
en Volkswirtschaftlern voraus, die sich kritisch mit dem Physiokratismus be=
äftigt haben: einen Vorteil, der, indem er von vornherein seinen Übersichts=
ndpunkt erhöht, ihm zugleich für die Beurteilung des physiokratischen Systems
weit größere Perspektive bietet, das ist sein historischer Sinn, der ihm die
twicklung der physiokratischen Lehre nicht nur in ihren Zusammenhängen
der speziellen Entwicklungsrichtung des französischen Wirtschaftslebens im
zehnten Jahrhundert zeigt, sondern zugleich erkennen läßt, wie die Gedanken=
zeptionen der physiokratischen Theoretiker trotz der aus ihnen gezogenen halb=
dalen Konsequenzen bereits die Grundelemente der englisch=klassischen Volks=
tschaftslehre enthalten. Wie zwerghaft nimmt sich zum Beispiel gegen Marx
offiziell von der zünftigen Wissenschaft als Spezialforscher auf dem Gebiet
physiokratischen Theorie anerkannte Professor August Oncken aus, Berns
nomische Leuchte. In mühseliger, erquälter Arbeit, die gegen die geniale
dankenskizze eines Marx absticht, wie irgendein pedantisch ausgeführtes, all=

tägliches Genrebildchen gegen die genialen wuchtigen Pinselstriche Rembrandt gräbt er nach physiokratischen Gedankenformulationen und nennt ihre An einanderreihung Beiträge zur „Geschichte der Physiokratie“. Jede historisch Perspektive, jeder historische Maßstab fehlt, und im Suchen nach physiokratische Weisheiten hat er sich so vollständig in deren Kreuz- und Quergängen verlore daß er es bekanntlich vor einigen Jahren unternahm, die Berechtigung de agrarischen Getreidezollforderungen für das gegenwärtige Deutschland dur Josiah Childs und Thomas Muns Gedanken über den Einfluß des englische Außenhandels auf den Landbau und Quesnays Plaidoyer für hohe Getreid preise zu beweisen.

Nach Marx liegt der Unterschied, der zwischen den Auffassungen des Physi kratismus und Merkantilismus hervortritt, darin, daß der erstere die Unte suchungen über den Ursprung des Mehrwertes aus der Sphäre der Zirkulatio in die Sphäre der unmittelbaren Produktion verlegt:

> „Bei dem Merkantilsystem ist der Mehrwert nur relativ; was der eine gewinn verliert der andere. Profit upon alienation, oscillation oder vibration of th balance of wealth between different parties. Im Innern eines Landes findet al in der Tat keine Bildung von Mehrwert, das Gesamtkapital betrachtet, statt. S kann nur stattfinden im Verhältnis der einen Nation zu den anderen Natione Und der Überschuß, den die eine Nation über die andere realisiert, stellt sich da in Geld (Handelsbilanz), weil eben Geld die unmittelbare und selbständige For des Tauschwerts ist. Im Gegensatz hierzu — denn das Merkantilsystem leugn in der Tat die Bildung von absolutem Mehrwert — will die Physiokratie de letzteren erklären; das produit net. Und da das Mehrprodukt sie am Gebrauch wert festhält, ist ihr die Agrikultur die einzige Bildnerin desselben. . . . Also setzte die Physiokraten das Wesen der kapitalistischen Produktion in die Produktion de Mehrwerts. Dies Phänomen galt es ihnen zu erklären. Und dies war das Problem nachdem sie den aus der Veräußerung entspringenden Profit (profit d'expropriatio des Merkantilsystems beseitigt hatten.“

Tatsächlich liegt in dieser Verschiebung des Untersuchungspunktes, in de Verlegung der Untersuchung in die Sphäre der Produktion, der Fortschritt de Physiokratismus. Allerdings finden wir schon bei den vorhin erwähnten eng lischen Merkantilisten teilweise die Vorstellung, daß neben dem im Handel e zielten relativen Profit es auch noch in der Agrikultur einen Profit od „Surplus“ gibt, der aus einem Überschuß des Produktionsertrags über den die Produktion eingegangenen Gebrauchswerten besteht. Wie weit Jam Steuart in dieser Beziehung über die primär-merkantilistische Auffassung hinau gelangt ist, haben wir vorhin schon gesehen, aber selbst bei Petty tritt un bereits die Einsicht entgegen, daß die auf den Bodenanbau verwandte Arbe einen Mehrertrag (surplus) schafft, der dort, wo der Bodenbesteller nicht zu gleich der Eigentümer ist, dem letzteren als Grundrente zufällt, wie denn Pet auch den ganz physiokratisch anmutenden Satz aufstellt: „Die Arbeit ist de Vater und das aktive Prinzip des Reichtums und die Erde seine Mutter.“

Alle solche Erkenntnisse bleiben jedoch in den ersten Ansätzen stecken. Z einer näheren Untersuchung des in der Agrikultur gewonnenen Mehrertra respektive Profits führen sie nicht. Nicht deshalb, weil die englischen Nation ökonomen der vorklassischen Periode nicht den nötigen Scharfsinn besaße sondern weil die ökonomische Entwicklung Englands die Untersuchung in ande Bahnen lenkte. Seit den Tagen Cromwells, besonders aber seit der Thro besteigung Wilhelms von Oranien hatte sich England zum ersten Handelssta

der Welt entwickelt. Die einstige Machtstellung Spaniens und der Niederlande als Handelsstaaten war vernichtet, die französische Seemacht gebrochen. Die englische Flagge beherrschte die Meere. Der auswärtige Handel Englands, seine Manufakturindustrie, sein Kolonialwesen nahmen einen enormen Aufschwung. Aus allen Gebieten der Erde strömten in seinen Hafenplätzen die Schätze zusammen und fanden von dort aus ihren weiteren Weg nach den Ländern des Kontinents. Wie reichlichen Profit diese Handels- und Kolonialunternehmungen abwarfen, das zeigte sich fast greifbar an der stetig anschwellenden Zahl derjenigen, die sich an derartigen Unternehmungen beteiligten und zu gewaltigem Reichtum gelangten. Solchem offenkundigen Erfolg gegenüber, der alsbald in dem Dogma seinen Ausdruck fand, England sei seiner geographischen Gestaltung nach zum weltgebietenden Handelsstaat bestimmt, mußte eine Lehre, welche die Behauptung aufstellte, der Handel und die aufblühende Industrie seien von nebensächlicher Bedeutung für die Mehrung des Nationalvermögens, notwendig absurd erscheinen. Als ihre Aufgabe ergab sich vielmehr für die englischen Ökonomen, die überdies, wie schon bemerkt, größtenteils als Kaufleute und Bankiers oder als Beamte des englischen Handels- und Kolonialamtes direkt an der Handelsgestaltung Englands interessiert waren, die Untersuchung: Nach welchen Grundsätzen muß der englische Handel betrieben werden, damit er den Landesreichtum noch mehr fördert?

In dieser Richtung bewegen sich denn auch ihre Untersuchungen, und höchst interessant ist es zu verfolgen, wie die englischen Ökonomen unter dem Einfluß dieser Auffassung des damaligen Englands selbst dort, wo sie von ähnlichen Grundprinzipien ausgehen wie die älteren französischen Physiokraten, zu ganz anderen Schlußfolgerungen gelangen, als diese. Während zum Beispiel der französische Physiokratismus aus der Auffassung, daß allein der Landbau einen Produktionsüberschuß liefert, die Konsequenz zieht, Handel und Industrie seien „steril“, zieht James Steuart, indem er die Frage aufwirft, was mit dem landwirtschaftlichen Mehrprodukt geschieht, wenn es nicht Verwertung durch den Handel und Absatz an die industrielle Bevölkerung findet, daraus die Folgerung, daß die Agrikultur sich nur dann auszubreiten und eine Bevölkerungsvermehrung zu bewirken vermöge, wenn sie sich „in einer Linie mit der Industrie“ entwickle. Erscheint in der Auffassung der französischen Physiokraten der industrielle Mittelstand gewissermaßen als Parasit des ländlichen Grundbesitzes, so wird in Steuarts Auffassung die Ausdehnung dieses Mittelstandes zu einer Bedingung der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion.

Ganz anders stand es um Frankreichs Außenhandel und Manufaktur in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts. Beide hatten ihre frühere internationale Bedeutung mehr und mehr eingebüßt. Durch England völlig in den Hintergrund gedrängt, bot sich für das durch Kriege und finanzielle Mißwirtschaft ruinierte, mit enormen Schulden belastete Land kein anderer Weg zur Erlangung einer besseren wirtschaftlichen Position, als die Ausdehnung seines Bodenanbaus und dessen Ertragssteigerung. Damit ergab sich aber zugleich die Frage: wie mehrt man am besten diesen Ertrag und seinen Überschuß über die Herstellungskosten? Und diese Frage wieder führte weiter zur Untersuchung der Natur des Mehrproduktes und seiner Verteilung.

Marx verfolgt kritisch die Entwicklungsrichtung, die diese Untersuchung bei verschiedenen Repräsentanten des physiokratischen Systems einschlägt, indem er nach einer kurzen Skizzierung des allgemeinen Charakters des physiokratischen

Systems nacheinander die Auffassungen Turgots, F. Paolettis, Pietro Verris, Th. Schmalz', Graf de Buats, Neckers usw. behandelt und im einzelnen zeigt, wie das Mehrprodukt, das sogenannte „produit net“, den älteren Physiokraten zunächst nur als Überschuß von Gebrauchswerten gilt und nicht als durch Mehrarbeit geschaffen, das heißt nicht als Produkt unbezahlter Arbeit aufgefaßt wird, sondern als bloße Gabe der allgütigen Natur: ein Geschenk der Muttererde, das man einfach mit der Grundrente identifiziert, so daß der industrielle Profit und der Geldzins nur als verschiedene Rubriken erscheinen, in welche sich bei der Zirkulation die Grundrente zwischen Grundbesitzer, Industrielle und Geldleiher verteilt — als Tribut der Landwirtschaft an die Industrie. Aber Marx war viel zu sehr auch als Nationalökonom Historiker, um sich mit derartigen kritischen Nachweisen zu begnügen. In kleinen eingeschobenen historischen Exkursen setzt er auseinander, wie das physiokratische System, indem es einerseits den ländlichen Grundeigentümer als Arbeitskraft kaufenden Kapitalisten betrachtet, andererseits aus der behaupteten Sterilität der industriellen Produktion die Konsequenz zieht, daß die industriellen Betriebe weder durch Steuern belastet, noch durch staatliche Eingriffe in ihrer Konkurrenz untereinander gehindert werden dürfen, trotz seiner feudalen Verbrämung zur Förderung der kapitalistischen Produktion führt:

„Daher auch in den Konsequenzen, die die Physiokraten selbst ziehen, die scheinbare Verherrlichung des Grundeigentums in dessen ökonomische Verneinung und in Bestätigung der kapitalistischen Produktion umschlägt. Alle Steuern werden auf die Grundrente verlegt, oder das Grundeigentum wird in anderen Worten partialiter konfisziert, was die französische Revolutionsgesetzgebung trotz des Einspruchs Roederers und anderer durchzuführen suchte, und was das Resultat der Ricardoschen ausgebildeten modernen Ökonomie ist. Die Steuer wird ganz auf die Grundrente gewälzt, weil sie der einzige Mehrwert ist, daher jede Besteuerung anderer Einkommensformen schließlich nur das Grundeigentum besteuert, aber auf einem Umweg, also nur auf ökonomisch schädlichem Wege, in einer die Produktion hindernden Weise. Mit dieser ausschließlichen Besteuerung des Grundeigentums wird aber die Steuer und damit alle Staatsintervention von der Industrie selbst entfernt, diese so von aller Staatsintervention befreit. . . .

„Da die Industrie nach physiokratischer Anschauung nichts schafft, nur die ihr von der Agrikultur gegebenen Werte in andere Form verwandelt; da sie diesen Werten keinen neuen Wert zusetzt, sondern als Äquivalent nur in anderer Form die ihr gelieferten Werte zurückgibt, so ist es natürlich wünschenswert, daß dieser Verwandlungsprozeß ohne Störungen und in der wohlfeilsten Weise vor sich geht; und dies wird nur durch die freie Konkurrenz bewirkt, indem die kapitalistische Produktion sich selbst überlassen wird. Die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft von der auf den Trümmern der Feudalgesellschaft errichteten absoluten Monarchie findet also nur im Interesse des in einen Kapitalisten verwandelten und auf bloße Bereicherung bedachten feudalen Grundeigentümers statt. Die Kapitalisten sind nur Kapitalisten im Interesse des Grundeigentums, ganz wie die weiter entwickelte Ökonomie sie nur Kapitalisten im Interesse der arbeitenden Klasse sein läßt.“

Den Schluß des Abschnitts über die Physiokraten bildet eine Erläuterung des Quesnayschen „Tableau économique“. Marx vereinfacht dieses wesentlich. Er faßt die von Quesnay im ursprünglichen Tableau aufgestellten vierzehn wechselseitigen Zirkulationsakte in fünf zusammen; bietet dafür aber andererseits wieder eine interessante Erweiterung, indem er die Zirkulation nicht nur bei dem Akt einsetzen läßt, mit dem sie Quesnay einleitet (der Bezahlung der Jahresrente vom Pächter an den Grundbesitzer), sondern außerdem verschiedene

ndere Ausgangspunkte des Zirkulationsprozesses unterstellt und dann unter-
ucht, wie sich von diesen aus die Zirkulation für den Pächter, industriellen
apitalisten und Arbeiter darstellt: eine Untersuchung, die eine interessante Er-
änzung zu den Marxschen Ausführungen über die Warenmetamorphose im
sten Band des „Kapital“ (I. Abschnitt, 3. Kapitel) liefert.

3. Adam Smith.

Adam Smiths berühmtes Werk „Inquiry into the Nature and Causes of
e Wealth of Nations“, dessen Wert- und Mehrwertskonzeption Marx im
eiten Abschnitt des vorliegenden Bandes ausführlich kritisiert, stellt gewisser-
aßen die Synthese der physiokratischen Mehrwertsauffassung mit der englisch-
erkantilistischen Arbeitswert- und Preislehre dar. Die Auffassung des Mehr-
ertes respektive des mit ihm identifizierten Profits als „Veräußerungsprofit“
ieb naturgemäß die englischen Merkantilisten zur Beobachtung des Aus-
usches: der Verwandlung der Ware in Geld und der vom Händler vor-
nommenen Rückverwandlung seines Geldes in Ware. Und die Beobachtung
eses Prozesses wieder führte zu der Erkenntnis einer fortgesetzten Preis-
wankung der Waren im Handelsverkehr, ohne daß deren Eigenschaft, ihr
utzwert sich verändert hatte. Die Folge war, daß die Merkantilisten alsbald
ischen zwei Werten zu unterscheiden anfingen, einen durch die Marktverhält-
sse bestimmten Marktwert (price, extrinsic value, contingent value, current
ice usw.) und einen eigentlichen, der Ware als solcher anhaftenden inneren
ert (intrinsic value, real value, natural value usw.).

Der „innere“, „reale“ Wert wird anfangs gewissermaßen als Nutzungswert,
s durch die Nutzbarkeit bedingt aufgefaßt; sehr früh jedoch (in roher Form
n Beispiel schon bei Rice Vaughan) findet sich die Einsicht, daß, wenn auch
e jede Ware, um auf dem Markte einen Käufer zu finden, einen Gebrauchs-
rt haben muß, doch der Grad dieses Gebrauchswertes nicht für die Preis-
he entscheidend ist. Vaughan erklärt denn auch schon als eigentlichen Faktor
: Warenpreises den Lohn der gewöhnlichen Arbeiter (price of labourers). Bei
nen Nachfolgern, speziell Petty, tritt an die Stelle des Arbeitslohns als
rtmaß des Tauschwertes der Waren mehr und mehr die Arbeitsmenge,
nessen an der Arbeitszeit, ohne daß jedoch zwischen der Arbeitsmenge (der
igen Arbeitszeit) und dem Werte der Arbeit genau unterschieden würde.
n Gegenteil finden wir immer wieder — am deutlichsten bei William
rris — das Bestreben, den Warenwert nach dem „Arbeitspreis“ (Arbeits-
n) zu bemessen.

Das Immerwiederauftauchen dieser Verwechslung — oft bei demselben
tor, der vorher den Wert der Waren durch die zu ihrer Herstellung er-
derliche Arbeitszeit bestimmt hatte — erklärt sich sehr einfach aus dem da-
ligen Entwicklungsstand der englischen Industrie. Zu einer eigentlichen
chinellen Großproduktion finden wir in England während des siebzehnten
der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts erst unvollkommene An-
e, selbst die Manufakturindustrie hatte nur in einzelnen Gegenden einige
eutung erlangt; die handwerksmäßige Kleinproduktion überwog noch bei
tem. In dieser Betriebsform, in welcher der Produzent gewöhnlich zugleich
Betriebsbesitzer, Arbeiter, Eigner und Verkäufer seines Produktes fungiert, ist
c tatsächlich meist der Warenwert gleich dem sich im „Arbeitspreis“ reali-
enden Werte der Arbeit. Der Handwerker, der auf die Herstellung einer

Ware zehn Stunden verwandt hat, muß, falls er sie zu ihrem Werte verkauft
so viel Geld erhalten, daß er sich dafür wieder das Produkt einer andere
unter gleichen Verhältnissen verrichteten zehnstündigen Arbeit kaufen kann. E
haben sich also eigentlich, da das Geld nur als Austauschmittel fungiert, gleich
Arbeitsmengen gegeneinander ausgetauscht, von denen nur jede sich in eine
anderen Ware vergegenständlicht hatte; und mit dem Produkt, das jeder de
beiden Kleinproduzenten im Austausch erhalten hat, kann er wieder — voraus
gesetzt, daß immer der Verkauf zum Werte erfolgt — eine andere zehn Arbeits
stunden enthaltende Ware kaufen, oder auch (wenn zum Beispiel die gewünscht
Ware nicht fertig ist, sondern erst von dem Handwerker angefertigt werde
muß) zehn Stunden lebendiger, noch nicht vergegenständlichter Arbeit. Im
letzteren Falle tauscht sich direkt der „Wert der Arbeit", der zehn Arbeits
stunden, gegen das zehnstündige Arbeitsprodukt aus. Wert der Arbeit un
Warenwert erscheinen hier als dasselbe, als gegenseitiges Tauschmaß. Di
Grundverschiedenheit beider Werte konnte erst auf einer Entwicklungsstu
der kapitalistischen Wirtschaft scharf erfaßt werden, wo der Arbeiter nic
mehr Eigner der Arbeitsmittel und des von ihm geschaffenen Produktes is
wo er nicht mehr selbst als dessen Verkäufer auftritt, sondern der seine Arbeits
kraft kaufende Besitzer der Produktionsmittel, der Fabrikant. Dieser Zustan
war nun allerdings im England des achtzehnten Jahrhunderts bereits vorhanden
aber noch immer dominierte die kleine handwerksmäßige Einzelproduktion.

Dazu kommt noch ein Zweites. Soweit man bei den englischen Merkan
tilisten überhaupt eine historische Auffassung findet, besteht diese darin, daß s
die Wirtschaftsstufe ihrer Zeit nur als direkte Weiterbildung, als bloße Kom
plikation eines seit Beginn aller Kultur in seinen Grundzügen unveränderli
gebliebenen Wirtschaftsgetriebes betrachten; und diese Auffassung verführt s
zur Folgerung, daß man, um die Grundzüge zu erkennen, auf die ursprün
lichen reinen Verhältnisse zurückgreifen müsse. Ganz besonders findet sich die
Vorstellung bei James Steuart ausgeprägt. Wie später die liberale Vulgä
ökonomie zur Ableitung ihrer naiven Begriffe gerne mit Robinsonaden operier
so greift er mit Vorliebe zur Exemplifikation seiner Darlegungen auf die prim
tiven Ackerbauformen des mittelalterlichen Englands oder gar der biblisch
Erzväter zurück.

Bei den französischen Physiokraten fand die Arbeitswerttheorie, obgleich s
sich teilweise recht vertraut mit den englisch-merkantilistischen Lehren zeige
keine Beachtung. Die Verlegung der Untersuchung des Mehrwerts aus d
Sphäre der Warenzirkulation in den Produktionsprozeß ließ sie den Austausc
verkehr mit ganz anderen Augen ansehen. Von dem Standpunkt aus, da
nur die landwirtschaftliche Produktion ein Nettoprodukt, einen Mehrertr
liefert, nicht Industrie und Handel, daß also der industrielle und kommerziel
Profit nur ein Teil der Bodenrente ist, der den nicht landwirtschaftlich tätig
Erwerbsklassen im Zirkulationsprozeß zufließt, von diesem Standpunkt erschi
es völlig müßig, einen inneren realen Wert für die Waren zu finden, der do
nicht mit dem Marktpreis identisch ist. Es genügte zu wissen, daß der Preis dur
Angebot und Nachfrage bestimmt werde. Weit wichtiger war es zu erfahren, w
im Zirkulationsprozeß das im Ackerbau erzielte Mehrprodukt sich auf die ve
schiedenen Erwerbsklassen verteilt, und in dieser Richtung bewegen sich den
auch die physiokratischen Untersuchungen. Auch das Quesnaysche Tableau die
diesem Zwecke. Die Frage, wie sich der Preis einer Ware zum Tauschwe

verhält und durch welche Faktoren dieser bestimmt wird, schied also gewisser-maßen für die Physiokraten aus.

Die Bedeutung von Adam Smith liegt nun darin, daß er die Vernachlässigung der Werttheorie durch den Physiokratismus als einen Fehler dieses Systems erkennt, der englisch-merkantilistischen Arbeitswerttheorie die physiokratische Mehrwertauffassung hinzufügt und, indem er beide logisch zu verbinden sucht, sie auf die damalige Wirtschaftsform Englands, die fortgeschrittenste der Welt, anwendet. Aus dieser Vereinigung erklärt sich zugleich die Tatsache, daß bei Smith vielfach merkantilistische und physiokratische Anschauungen unvermittelt und unausgeglichen nebeneinander herlaufen, daß er — oft ohne sich des Gegensatzes bewußt zu werden — für dieselben ökonomischen Erscheinungen und Beziehungen einander direkt widersprechende Definitionen bietet. Seine Überwindung des Physiokratismus ist weit mehr eine praktische als theoretische. Er erkennt, daß die theoretischen Folgerungen der physiokratischen Ökonomen mit den Erscheinungen des damaligen englischen Wirtschaftslebens nicht stimmen, und indem er die physiokratischen Abstraktionen mit den tatsächlichen Verhältnissen konfrontiert, gelangt er häufig zu richtigen Korrekturen und Ergänzungen. Doch seine Einsichten in die Unzulänglichkeit der physiokratischen Lehre verdichten und klären sich nicht so weit, daß er diese theoretisch, das heißt durch den Nachweis ihrer einzelnen falschen Voraussetzungen und Schlußfolgerungen zu überwinden vermag. Er erkennt, daß in manchen physiokratischen Folgerungen ein Fehler steckt, teilweise sieht er auch, in welcher Richtung dieser liegt; aber ihn in der Deduktion der physiokratischen Theoretiker als solchen festzustellen und durch ein anderes Mittelglied zu ersetzen, dazu reicht seine Erkenntnis meist nicht aus.

Deutlich zeigt sich diese theoretische Unbehilflichkeit von Adam Smith in seiner Kritik des Physiokratismus (IV. Buch, 8. Kapitel: „Vom Agrikultur- oder dem System der politischen Ökonomie, welches die ländliche Produktion als die alleinige oder doch hauptsächlichste Quelle des Einkommens und Reichtums jedes Landes betrachtet"). Der Behauptung der Physiokraten, daß nur die Agrikulturarbeit produktiv ist, das heißt einen Mehrertrag abwirft, begegnet er zum Beispiel nicht damit, daß er allgemein die menschliche Arbeit, ganz gleich, in welcher Form sie angewandt wird und in welchen Produkten sie sich darstellt, als wertschaffend setzt und dann nachweist, wie der Profit des Industriellen genau derselben Mehrwertquelle entspringt wie die Bodenrente, da auch der industrielle Arbeiter in seinem Arbeitslohn nicht das volle Äquivalent seiner Arbeitsleistung erhält. Smith hilft sich vielmehr mit einer schwächlichen Ausrede, indem er deduziert, daß doch immerhin auch nach physiokratischer Ansicht die Künstler, Fabrikanten und Kaufleute jährlich so viel produzierten, als sie verzehrten, und also wenigstens das Nationalvermögen erhielten. Derartige Personen könne man aber ebensowenig unproduktiv nennen als ein Ehepaar, das nur zwei Kinder erzeugt hätte:

„Wir können eine Ehe nicht steril oder unproduktiv nennen, wenn ihr auch nur ein Sohn und eine Tochter, die Vater und Mutter ersetzen, entspringen, obgleich sie die Menschheit nicht vermehrt, sondern die bestehende Zahl nur erhält. Allerdings Farmer und Landarbeiter reproduzieren jährlich, über das Kapital (stock) hinaus, das sie unterhält und beschäftigt, ein Nettoprodukt, eine freie Rente für den Grundeigentümer. Und wie eine Ehe, die drei Kinder liefert, produktiver ist als eine, die nur zwei hervorbringt, so ist sicherlich die Arbeit der Farmer und Landarbeiter

produktiver als jene der Kaufleute, Künstler und Fabrikanten. Daß die eine Klasse ein größeres Produkt liefert, stempelt deshalb aber noch nicht die andere zu einer sterilen oder unproduktiven Klasse."

Schärfer kann die Befangenheit von Smith in den Anschauungen des physiokratischen Systems, seine Unbehilflichkeit gegenüber dessen Argumentation nicht gekennzeichnet werden, als hier von ihm selbst mit seinen eigenen Worten, und doch ist das derselbe Smith, der an anderen Stellen den Mehrwert als unbezahlte Arbeit, als den Teil der Arbeit definiert, den sich in der Industrie wie in der Landwirtschaft der Eigentümer der Produktionsmittel im Austausch mit der lebendigen Arbeit aneignet, derselbe Smith, der Grundrente und Profit als gleichwertige Mehrwertsformen auffaßt. Ein seltsamer Widerspruch, der sich jedoch sehr einfach erklärt. Seine scharfe Beobachtung des damaligen Wirtschaftsgetriebes, sein ausgeprägter englisch-bürgerlicher Instinkt hoben Smith über das physiokratische System hinaus; aber dieses kritisch aufzulösen, klare theoretische Grenzscheiden zwischen sich und ihm zu ziehen, das vermochte er nicht.

Marx läßt in seiner Kritik diese theoretische Abhängigkeit des Begründers der klassischen Volkswirtschaftsschule vom französischen Physiokratismus scharf hervortreten, ohne den enormen Fortschritt des Smithschen Werkes irgendwie zu unterschätzen. Bereits in seiner 1859 erschienenen Schrift: „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (Kautskysche Ausgabe, Seite 42) weist Marx nach, wie Smith in seiner Bestimmung des Warenwertes die zur Herstellung der Waren nötige Arbeitszeit mit dem Wert der Arbeit verwechselt: eine Gleichsetzung, die, wie vorhin schon erwähnt wurde, in der englischen Nationalökonomie des achtzehnten Jahrhunderts immer wieder auftaucht. In der neuen Schrift setzt Marx diese frühere Kritik fort. Er untersucht zunächst, unter welchen Bedingungen tatsächlich die zur Warenherstellung aufgewandte Arbeitsmenge dem Wert der Arbeit entspricht, und führt dann weiter aus, wie Smith durch seine Erkenntnis, daß in der kapitalistischen Warenproduktion sich beide nicht mehr decken, nicht zu der Folgerung kommt, daß sie sich in ihrem Verhältnis zueinander verschoben haben, sondern zu dem eine ganze Reihe weiterer Irrtümer nach sich ziehenden Schluß, daß in der kapitalistischen Wirtschaft auch die Arbeitszeit nicht mehr als immanentes Wertmaß den Tauschwert bestimmt — die Bestimmung des Wertes der Waren durch das in ihnen enthaltene Arbeitsquantum also eigentlich nur für die vorkapitalistische Wirtschaftsperiode gilt. Und nachdem Marx den Smithschen Wertbegriff in dieser Weise analysiert hat, nimmt er sich dann das sechste Kapitel des ersten Buches von Smiths „Wealth of Nations", das Kapitel „Von den Bestandteilen des Warenpreises" vor und zeigt, wie Smith zwar den Mehrwert als unbezahlte Arbeit auffaßt, aber andererseits doch nicht zur Unterscheidung des Mehrwerts als eigener Kategorie von seinen besonderen Erscheinungsformen, der Grundrente und dem Profit, gelangt, und indem er im Widerspruch mit sich selbst Kapital und Grundeigentum neben der Arbeit als Quellen des Tauschwertes normiert, schließlich auf den Irrweg gerät, neben dem Arbeitslohn Grundrente und Profit als konstitutive Elemente des Warenpreises anzusehen.

Wie nicht erst nachgewiesen zu werden braucht, ist die Marxsche Kritik der betreffenden Kapitel des Smithschen Werkes im höchsten Maße positiv. Auf eine bloße Abwehrstellung, wie sie Smith gegenüber den physiokratischen Theoretikern einnimmt, beschränkt Marx sich nirgend. Indem er die Smith-

chen fehlerhaften Gedankengänge verfolgt, die Unrichtigkeit ihrer Voraussetzungen und Folgerungen nachzuweisen sucht, entwickelt er zugleich seine entgegengesetzte Auffassung. Oft nimmt diese sogar einen weit größeren Raum in Anspruch als die Kritik. Das gilt speziell von den Ausführungen Adam Smiths über die Auflösung des Preises in Arbeitslohn, Profit und Grundrente. Die Widersprüche, in die sich dort Smith verwickelt, geben Marx Veranlassung, in einem über 70 Seiten langen Anhang die Frage des Umschlags und der Reproduktion des konstanten Kapitals (des in Produktionsmitteln angelegten Kapitals) in seinem Verhältnis zum variablen Kapital (Lohnkapital) nach allen Richtungen hin zu untersuchen. Zum Teil sind diese Ausführungen, durchgearbeitet, ergänzt und in einen anderen Zusammenhang gebracht, später in den zweiten Band des „Kapital" übergegangen, wo sie mehrere Kapitel des zweiten Abschnitts über den Umschlag des Kapitals, sowie des neunzehnten und zwanzigsten Kapitels des dritten Abschnitts über die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals füllen. Trotzdem dieser Teil der neuen Schrift jedoch in gewisser Hinsicht Paralleldarlegungen zum „Kapital" bietet, ist er für den, der Marx als geistigen Arbeiter kennen lernen will, hochinteressant. Erscheinen auch die betreffenden Abschnitte des „Kapital" sorgfältiger durchdacht und aufgebaut, so hat dafür die jetzt erschienene ältere Behandlung des Problems den Vorteil einer größeren Ursprünglichkeit, einer geistigen gewissen urwüchsigen Robustizität; und dadurch, daß Marx bald auf die Auffassungen dieses, bald jenes seiner Vorgänger zurückgreift, gewinnt die Darstellung an Unmittelbarkeit und Lebhaftigkeit. Außerdem aber sind auch in dem Anhang einzelne Seiten des Problems weit umfassender behandelt als im „Kapital": speziell die verschiedenen Phasen des Umschlags des konstanten Kapitals, sowie das Verhältnis der industriellen Konsumtion (des Verbrauchs von Produktionsmitteln) zur individuellen Konsumtion (des Verbrauchs von Genußmitteln) und die verschiedenartige Rückwirkung dieser beiden Konsumtionsarten auf den industriellen Reproduktionsprozeß.

Es tritt hier viel deutlicher als im „Kapital" hervor, daß, wenn auch Marx selbst nicht zur Aufstellung einer eigenen Krisentheorie gelangt ist, doch alle Grundelemente einer solchen sich bei ihm finden, und daß er sehr wohl erkannt haben muß, wie mit der durch die kapitalistische Entwicklung bedingten Verschiebung des relativen Größenverhältnisses zwischen industrieller und individueller Konsumtion zugleich auch der Charakter der Krisen sich notwendig verändert.

(Schluß folgt.)

Beiträge zur klerikalen Arbeiterpolitik.

Von **Jean Meerfeld** (Köln).

I.

Es ist kein Zweifel: der Katholizismus leistet dem Vormarsch der Sozialdemokratie stärkeren Widerstand als der Protestantismus. Nicht der Katholizismus insgesamt. In Österreich-Ungarn, in Italien, in Frankreich, selbst in Belgien ist, sofern industrielle Gebiete in Betracht kommen, seine Widerstandskraft weit geringer als bei uns in Deutschland. Die Erklärung für diesen Unterschied liegt nahe: die deutschen Katholiken haben in der harten Schule des

Kulturkampfes Organisation und Disziplin gelernt, der Kampf gegen d
Bismarcksche Unterdrückungspolitik hat sie zusammengeschweißt und das Gefül
geistiger Gemeinsamkeit rege werden lassen. Aber noch ein anderes kam hinzu
sie eher zum Widerstand gegen den Ansturm der modernen Arbeiterbewegun
zu befähigen, der Umstand nämlich, daß die Wiege der sozialistischen Arbeiter
bewegung in Deutschland stand und darum den katholischen Führern frühzeiti
das Verständnis geschärft wurde für die sozialen Forderungen unseres indu
striellen Zeitalters. Ketteler und sein Domkapitular Moufang haben schon i
den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der katholische
Sozialpolitik eine Art theoretischer Grundlage zu geben versucht. Die Ab
hängigkeit Kettelers von Lassalle ist in dieser Zeitschrift bereits nachgewiese
worden,[1] ebenso, mit wie wenig Recht sich die heutigen klerikalen Sozialpolitike
auf den früheren Bischof von Mainz berufen können. Gleichviel aber: im
katholischen Lager hat man schon vor einigen Jahrzehnten eingesehen, daß de
religiöse Kitt auf die Dauer nicht genügen werde, die wirtschaftlich weit aus
einanderstrebenden Elemente der katholischen Bevölkerung zusammenzuhalten
In dem Maße, wie der Kulturkampf abflaute, mußte das Zentrum das wirt
schaftspolitische Gebiet betreten. Mittelstands- und Bauernpolitik lagen ihr
nahe, sie entsprachen dem wirtschaftspolitischen Ideal des Klerikalismus — an
die Arbeiterpolitik aber hat sich das Zentrum nur widerwillig und zaghaf
herangemacht. Der auch heute noch immer als Paradegaul vorgeführte An
trag Galen, womit 1877 das Zentrum dem sozialdemokratischen Arbeiter
schutzgesetzentwurf zuvorzukommen suchte, war ein Gemisch von höchst zahmen
fortschrittlichen und höchst dreisten reaktionären Forderungen, ein getreues Spiegel
bild der Partei, von der er ausging.

„Mit jener Voraussicht, welche die katholische Geistlichkeit von jeher aus
zeichnete, wenn es sich um eine Gefahr für die Kirche handelte, erkannte sie
daß auf die Dauer die Massen nicht bloß mit himmlischen Versprechungen
gewonnen würden, wenn man ihnen nicht auch irdische Vorteile in Aussich
stellte ... und so geschah es, daß das Zentrum weit früher als alle anderen
bürgerlichen Parteien die Frage des Arbeiterschutzes als Mittel für sein
Zwecke in Betracht zog und, der Sozialdemokratie folgend, seine Anträge
stellte." So schildert Genosse Bebel die Beweggründe der klerikalen Arbeiter
politik bereits in seiner Schrift: „Die Tätigkeit des deutschen Reichstags von
1887 bis 1889." Mit der Abflauung des Kulturkampfes, mit dem Wachstum
der sozialdemokratischen Gefahr war das Zentrum, ob es wollte oder nicht, in
immer steigendem Maße genötigt, Arbeiterpolitik zu treiben. Es mußte, wenn
es nicht zu einer reinen Bauernpartei degradiert werden wollte. Nach der Be
endigung des Kulturkampfes kannte das Zentrum nur noch eins: um jeden
Preis seine Macht zu erhalten, und diesem Bestreben verdanken wir seine
grundsatzlose Fortwurstelpolitik, die heute dieser, morgen jener Klasse einen
Brocken zuwirft und vor jedem Stirnrunzeln der Regierung ins Mauseloch
kriecht. Die klerikale Herrlichkeit hat man zu erhalten vermocht, aber es ist
geschehen auf Kosten der politischen Ehrbarkeit und zum unberechenbaren
Schaden unserer gesamten politischen Entwicklung. In der Abwehr des Kultur
kampfes war die Zentrumspartei durchaus berechtigt, heute trägt ihre Existenz
die Hauptschuld an der Jämmerlichkeit der politischen Zustände Deutschlands.

[1] A. Erdmann, Bischof Ketteler als Sozialpolitiker. XX, 2, S. 649.

Es wäre falsch, den Klerikalen wirtschaftspolitische Ideen absprechen zu llen. Die katholische Kirche will den ganzen Menschen haben, sie will seine amten Beziehungen regeln, ihn geistig, sittlich und wirtschaftlich lenken nach ı Morallehren und den wirtschaftspolitischen Anschauungen von Mutter che. Aber die kirchlichen Grundsätze sind nicht so starr, daß sie sich nicht ı Zeitumständen anzupassen vermöchten. Im Grunde ist die Kirche eine ndin der Industrie, eine Feindin der „Atomisierung der Gesellschaft", noch aber hat sie sich den neuen Formen des Wirtschaftslebens vortrefflich zuordnen gewußt. Die wirtschaftspolitischen Ideale des Klerikalismus liegen Jahrhunderte zurück. Die wirtschaftliche Gebundenheit und die ständische iederung des Mittelalters machen den Inhalt dieser Ideale aus, daher denn h das allgemeine und gleiche Wahlrecht den klerikalen Führern (siehe Windt- ſt, Hitze und andere) im besten Falle nur ein vorderhand notwendiges Übel Die alte Zunftordnung aber, das sehen die Klerikalen ein, läßt sich nicht zwanzigste Jahrhundert verpflanzen, und darum stellen sie ihre wirtschafts- itischen Ideale behutsam in den Silberschrank. Herrn Karl Bachem haben i ganz gewiß nicht vorgeschwebt, als er auf dem Osnabrücker Katholikentag h mehr katholischen Kommerzienräten rief und der Sehnsucht der führenden tholiken nach größerem wirtschaftlichen Einfluß Ausdruck gab. Der Klerika- nus will vor allem herrschen, sich die Menschen und die Dinge untertänig chen: das erklärt alles; es erklärt seine Anpassung an die heutigen wirt- ıftlichen Verhältnisse, es erklärt seine Sehnsucht nach Kommerzienräten und ärt auch seine Arbeiterpolitik. Diese Anpassungsfähigkeit hat auch den Vor- , daß dadurch die schon recht stattliche Zahl der Millionärkatholiken — Herr chem mitsamt seiner Sippe gehört selber dazu — vor Gewissenskonflikten vahrt wird. Die Donnersmarck und Ballestrem, die Thyssen und Brandts ı wie sie alle heißen mögen, können ihre Mitmenschen ausbeuten, ohne durch endwelche Gewissensskrupel beunruhigt zu werden.

Es ist an dieser Stelle unnötig darzutun, daß das Schifflein der klerikalen sgleichspolitik bei noch so geschickter Führung an den Klippen der wirtschaft- ien Interessengegensätze zerschellen muß. Nichts wäre aber auch verkehrter, etwa von dem sozialen Reformeifer einer Handvoll klerikaler Führer auf gesamten klerikalen Anhang schließen zu wollen. Wir leben nicht umsonst der Zeit der scharf ausgeprägten Klassengegensätze. Der katholische Krämer, Handwerksmeister, der Fabrikant, der Kleinbauer, der Junker: sie alle haben schiedene, zum Teil sich völlig widersprechende Interessen, und insgesamt erscheiden sich die Interessen all dieser Schichten wieder ganz erheblich von en der katholischen Arbeiter. „Das Zentrum wird a g r a r i s ch sein oder es d nicht sein", sagt der schlesische Zentrumsgraf Strachwitz — „das Zentrum d s o z i a l sein oder es wird nicht sein", sagt der rheinische Zentrumsadvokat mborn. Agrarisch oder sozial, Dinge, die einander ausschließen, und noch — das Zentrum hat bis heute mit bewundernswerter Kunst die tausend wierigkeiten seiner Politik zu überwinden verstanden. Die Behauptung, daß politischen Parteien die wirtschaftlichen Gegensätze bis zu einem gewissen Grade hliffen, trifft, wenn auf eine Partei, dann auf den politischen Klerikalismus dessen Führer sich als Meister bürgerlicher Ausgleichspolitik erwiesen haben. Doch wären alle ihre Künste schon längst zuschanden geworden, stünde nicht ter der politischen Partei des Zentrums die gewaltige Macht der katholischen che. Ohne Kulturkampf hätten wir keine Zentrumspartei, und außerhalb

der katholischen Kirche wäre eine Partei, die solche Interessengegensätze bi wie das Zentrum, überhaupt nicht möglich. Der Protestantismus wäre, a wenn er in Deutschland eine Minderheit statt einer Mehrheit bildete, gar ni fähig, eine Partei ähnlich der Zentrumspartei zu gründen und zu halten – das vermag nur der Katholizismus, dessen tausendjährige Geschichte übergen Proben seiner Lebenskraft und seines Organisationstalentes gegeben hat. ausschließlich oder doch überwiegend katholischen Ländern treten diese Eig schaften lange nicht in dem Maße zutage wie in Deutschland. Gerade Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten der katholische Organismus mäch erstarkt. Die Gründe: erstens der Kulturkampf, zweitens die sozialistische B wegung. Wer nicht mitten drin weilt und sie aus eigener Anschauung kenn lernt, macht sich von der Stärke und dem Umfang dieser katholischen Organisati kaum einen Begriff. Vom Säugling bis zum Greis weiß der Klerikalismus se Anhänger in dutzenderlei Vereine zu gliedern; für jedes Alter, das weibli Geschlecht nicht ausgenommen, für jede Erwerbsschicht sind besondere Vere vorhanden, die einen mit ausgesprochenem politischen, die anderen mit scheinb bloß religiösem Charakter, alle aber mit der Aufgabe, zur Stärkung des Kl kalismus und zur Stütze seiner politischen Vertretung beizutragen. In K gibt's Pfarreien, und sie bilden durchaus keine Ausnahme, mit fünfzehn zwanzig kirchlichen Vereinen aller und jeder Art. Dazu nun die großen, ü weite Bezirke verbreiteten Organisationen! Vor zwanzig Jahren kannte m katholische Arbeitervereine kaum — der älteste im Kölner Bezirk ist einu zwanzig Jahre alt —, heute aber gibt's ihrer 1400 mit 220000 Mitgliede. Die Gesellenvereine sind älter, aber niemals in dem Maße wie heute den p tischen Zwecken des Klerikalismus dienstbar gemacht worden; ihre Zahl wird 1100 mit 160000 Mitgliedern angegeben. Dazu kommen noch 800 Jugendverei mit 140000 Mitgliedern, 15000 kaufmännische Gehilfen und 35000 Arbeiterinn

Die mächtigste klerikale Organisation aber ist der Volksverein für d katholische Deutschland. Im Jahre 1890 von Windthorst gegründet m dem ausgesprochenen Zwecke, in erster Linie der Bekämpfung der Sozialdem kratie zu dienen, hat er sich gerade in den letzten fünf Jahren ungemein en wickelt. Und dieser Fortschritt hält an. Ende Juni 1903 zählte der Vere rund 300000, Ende Juni 1904 dagegen rund 400000 Mitglieder. Dav wohnten im Rheinland 140000, in Westfalen 90000, in Schlesien dagegen n 22000 und gar im rechtsrheinischen Bayern nur 10000. Je gefährdeter Situation für das Zentrum, um so eifriger ist der Volksverein an der Arbe In Köln hat er gegenwärtig 7000 Mitglieder und 900 Vertrauensmänn Vor allem sucht er sich in den Arbeiterbezirken festzusetzen und auf diese We der sozialdemokratischen Agitation entgegenzuarbeiten. Der Volksverein, so hei es im letzten Jahresbericht, „wird eine allumfassende katholisch-soziale Volk bewegung in die Wege leiten. Zu allen großen sozialen Fragen der Gese gebung wie der genossenschaftlichen Selbsthilfe und der gemeinnützigen Tätigk nimmt er Stellung, um der Masse der deutschen Katholiken wie im einzeln den verschiedenen Ständen die rechten Wege zu weisen und sie vor falsch Zielen und Wegen zu warnen. Er will die große soziale und apologetis Fortbildungsschule sein, in der jung und alt sich schulen und erziehen ka zu praktisch-sozialer Arbeit im Geiste des Christentums. Dabei kommt jed Stand zu seinem Rechte. Alle Stände aber sollen die Einigkeit hochhalten b der energischen Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen."

In M.-Gladbach ist die Zentrale des Volksvereins, wo ein Dutzend oder
ch mehr Kapläne, dazu noch etliche Laien, ausschließlich in seinem Dienste
hen. Beachtenswerter noch als seine Mitgliederzahl ist seine Tätigkeit. Im
eschäftsjahr 1903/04 hat er über 1900 Volksversammlungen abgehalten und
sgesamt 6,9 Millionen Druckschriften herausgegeben (im Wahljahr 1902/03
id es sogar 13 Millionen gewesen). Im einzelnen ergeben sich folgende
ahlen: 3,21 Millionen Hefte der Vereinszeitschrift; 1,41 Millionen sozial-
litische und 328537 apologetische Flugblätter (gratis); 8017 Hefte der
Sozialen Tagesfragen" Nr. 1 bis 29; 2986 Hefte der „Apologetischen Tages-
agen" Nr. 1 bis 4; 2039 Hefte des „Materials für Reden"; 21964 sonstige
m Teil größere Schriften; 29014 Hefte der „Präsides-Korrespondenz";
641 Nummern der „Sozial- und Apologetischen Korrespondenz"; 1,76 Mil-
nen Druckschriften für die Zwecke der Organisation und Agitation des Volks-
reins; 3309 aus der sozialwissenschaftlichen Bibliothek entliehene Schriften.
e „Sozialkorrespondenz" und die „Apologetische Korrespondenz" wurden
chentlich an 360 katholische Zeitungen unentgeltlich versandt. Bezeichnender-
eise hat die „Sozialkorrespondenz" allein 65 Artikel über die Arbeiterfrage
d 54 „zur Abwehr sozialdemokratischer Angriffe" gebracht, die „Apologetische
rrespondenz" über „religionsfeindliche Angriffe der Sozialdemokratie" 46,
er „Angriffe der glaubensfeindlichen Wissenschaft" 31, über den „neuen
lturkampf" 14 Artikel. Dem Zentrum zuliebe allwöchentlich mindestens
mal die angebliche Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie „zu beweisen"
d das Gespenst eines neuen Kulturkampfes an die Wand zu malen, ist eine
: vornehmsten Beschäftigungen der Gladbacher Kapläne, die von dieser
iberen Tätigkeit um so weniger lassen werden, als sich damit immer noch
ı erfolgreichsten auf die Herzenseinfalt katholischer Arbeiter spekulieren läßt.
e grausigen Zukunftsstaatsphantasien wirken nicht mehr — mit um so größerem
fer wird darum das religiöse Gebiet beackert. Der Volksverein veranstaltet
ch in seiner Gladbacher Zentrale alljährlich einen sozialpolitischen und apolo-
ischen Kursus. An dem letzten — er dauerte zweieinhalb Monate —
hmen außer 11 Geistlichen 47 Arbeiter teil. Die auf diese Weise für die
cikalen Zwecke gedrillten Arbeiter werden fast sämtlich entweder als katho-
he Arbeitersekretäre oder aber als christliche Gewerkschaftsbeamte unter-
racht.

Der Volksverein ist die Krönung der gewaltigen klerikalen Organisation,
wir nicht minder Respekt zu bezeugen haben wie der vorhin erwähnten
schicklichkeit der klerikalen Führer in der Steuerung ihres politischen Schiff-
ns. Nicht als ob wir etwa der Meinung seien, es türmten sich uns da un-
ersteigbare Schranken auf — so kleingläubig sind wir Sozialdemokraten nicht,
d schon die bisherigen Erfolge des sozialdemokratischen Kampfes gegen den
rikalismus zeigen genugsam, daß zu irgendwelchem Zagen kein Grund vor-
gt —, aber dennoch muß mit aller Entschiedenheit davor gewarnt werden,
sen Gegner zu unterschätzen. Einem mächtigeren Feind als dem Klerika-
mus hat die Sozialdemokratie noch niemals gegenübergestanden. Je mehr
: uns dessen bewußt sind, je besser wir unterrichtet sind über die Widerstands-
igkeit dieses Feindes, um so eifriger werden wir unsere Waffen schärfen,
d um so geringer ist für uns die Gefahr örtlicher oder zeitweiser Niederlagen.
d darum kann auf die machtvolle klerikale Organisation gar nicht ernst und
dringlich genug hingewiesen werden.

Die klerikale Macht wäre übrigens schwerlich zu ihrer heutigen Höhe ge-
diehen ohne das Zölibat. Der ledige katholische Geistliche kann sich schon
wegen seiner größeren persönlichen Freiheit seinem Beruf mit all seinen he-
tigen Nebenpflichten weit mehr widmen als sein evangelischer Kollege, und u-
streitig genießt er in seiner Gemeinde durchweg größeres Ansehen, hat au
viel größeren Einfluß als in evangelischen Gemeinden der verheiratete und m
einer Familie beschwerte Pastor. Jener Papst, der im zwölften Jahrhundert
die Ehelosigkeit der Kleriker mit strengen Maßnahmen durchzusetzen vermochte,
hat damit seiner Kirche unschätzbare Dienste geleistet. Dem Zölibat ve
dankt der Katholizismus den größten Teil seiner Macht. Der in Konvikt u
Seminar höchst einseitig ausgebildete Kaplan stellt seine ganze Person will
in den Dienst seiner Kirche, zumal er in deren Hierarchie die höchsten Würde
erklimmen kann. Auch das vergesse man nicht: die Kirche hat sich trotz ihr
undemokratischen Organisation in gewissem Sinne demokratisiert. Nicht me
in dem Umfang wie vordem werden die Sinekuren und hohen Kirchenämt
unter eine Anzahl Adeliger verteilt, und weniger als in früheren Jah
hunderten dient — in Deutschland wenigstens — die Kirche als Versorgung
anstalt für nachgeborene Prinzen, denn heute wird auch einmal ein Arbeite
oder Kleinbürgersohn Domherr, Bischof oder Kardinal, ist doch auch die Za
der adeligen Kleriker gar nicht groß genug, um aus ihnen alle Prälaten rekr
tieren zu können. Selbst aus der Bourgeoisie gehen — eine Folge des Kultu
kampfes, der abgeschreckt hat — sehr wenig katholische Theologen hervor. D
katholische niedere Klerus entstammt fast ausschließlich den niederen Volksschichte
Reiche Stipendien und andere Unterstützungen erleichtern das Studium d
katholischen Theologie ungemein, zumal der junge Kleriker jeder Sorge um sei
Existenz überhoben ist, sobald er das Priesterseminar hinter sich hat. Die
niedere Herkunft des Klerus ist aber sehr geeignet, das Vertrauen der untere
Volksschichten zu ihm zu befestigen. Es trifft gewiß zu, daß heute die Kirc
ein Werkzeug der Klassenherrschaft ist, jedoch entspricht, worauf auch Kautsk
in seiner Schrift: „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche" zutreffen
hingewiesen hat, die von ihr gelehrte Religion auch heute noch starken Bedür
nissen breiter Massen. Und in diesen Bedürfnissen werden auch die katho
lischen Industriearbeiter um so eher verharren, je mehr der Geistliche dur
seine Herkunft und sein Auftreten ihren demokratischen Instinkten entgegenkomm

Man unterschätze auch nicht das Gefühlsleben! Ganz abgesehen von inne
lichen, wirklich religiösen Bedürfnissen, übt schon der mystische Kultus de
katholischen Kirche auf die große Zahl der für solche Dinge empfängliche
Gemüter gewaltige Anziehungskraft aus. Wer jemals einer prunkvollen Mess
beigewohnt, den feierlichen Gesängen und den Orgelakkorden gelauscht, de
Priesterzeremonien zugeschaut, den betäubenden Weihrauchduft eingesogen ha
oder wer die Stätten stiller Beschaulichkeit kennen gelernt hat, jene einsame
Klosterkirchen oder Kapellen, die so recht zur inneren Einkehr stimmen, de
muß empfinden, welche Wirkung der katholische Kultus selbst auf klügelnde
Verstandesmenschen auszuüben vermag. Wie aber erst auf Naturen, bei dene
ohnehin Gemütsstimmungen vorherrschend sind! Ein Josef Görres hielt i
seiner Jugend revolutionäre Brandreden und redigierte das „Rote Blatt", i
seinem Alter aber schrieb er die „Christliche Mystik" und wurde einer de
scharfsinnigsten Verfechter ultramontaner Ideen. Weit eher noch vermag de
Katholizismus die Frauen zu erobern. Genannt seien hier nur die bekannte

Namen der Schriftstellerinnen Gräfin Ida Hahn-Hahn, der Schwedin Laura Marholm, der Frau v. Hillern (Tochter der Birch-Pfeiffer) und — der Fanny Imle. Selbst weite Schichten der Gebildeten zieht der Katholizismus in seinen Bann, man kann daher seine Wirkung auf die unteren Schichten begreifen, die in großen Massen die Aufrichtung an der Religion in den mancherlei Nöten ihres Daseins nicht entbehren zu können glauben. Die katholische Kirche hat auch sonst Eigenschaften, die ihr diejenigen, die ihren Verstand betäuben wollen zugunsten des Gefühls, weit eher zuführen als dem Protestantismus. Man denke nur an die geistlichen Orden, die eine ungeheure Macht ausüben, und an die barmherzigen Schwestern. Und an die Macht des Beichtstuhls! Er wird rücksichtslos gebraucht zu politischen Zwecken und zu neugierigem Eindringen in das Familien-, sogar in das Geschlechtsleben.

Noch eins darf nicht vergessen werden bei der Aufzählung der kirchlichen Machtmittel: die christliche Charitas! Jüngst erst hat unser französischer Freund Lafargue in dieser Zeitschrift (Nr. 3 bis 5 dieses Jahrganges) in interessanter Weise nachgewiesen, wie die christliche Kirche die auf althergebrachten Rechten beruhende öffentliche Unterhaltung der Armen im heidnischen Rom in freiwillig zu gebende Almosen umgewandelt hat. Die schlauen Kleriker jener Zeit wußten den Wert dieser Maßnahme für das Gedeihen ihrer jungen Organisation sehr wohl zu schätzen, und bis auf den heutigen Tag ist die bei allen Gelegenheiten angepriesene kirchliche Wohltätigkeit ein vortreffliches Propagandamittel geblieben. In einer großen Versammlung in Köln sprach kürzlich ein katholischer Pfarrer über die „Friedensmission der katholischen Kirche" und sang dabei der christlichen Charitas das folgende Loblied:

„Und heran strömen unabsehbare Scharen, die in harter körperlicher Arbeit ihr tägliches Brot erwerben müssen, unabsehbare Scharen, die in bitterer Armut, in leiblicher und geistiger Qual ein schweres Kreuz zu tragen haben, und sie alle heben ihre in Dankbarkeit strahlenden Blicke empor zur Kirche: ‚Nein, du bist nicht eine Verbrecherin, nein, du bist die gütige, liebevolle Trösterin, die in unerschöpflichen Werken der Barmherzigkeit sich niederbeugt zu den Armen und Gequälten, den Bedrängten und Leidenden. Nein, du bist nicht eine Verbrecherin, du bist die größte Wohltäterin, denn du senkest Ruhe und Glück und Frieden in die bekümmerten Seelen. Du hast den Lorbeerkranz verdient. Wir reichen ihn dir als Zeichen unserer Liebe, unserer Verehrung, unseres Dankes.' Meine Herren, pertransiit benefaciendo, sie ging umher, Wohltaten spendend."

Gerade im Kampfe gegen die Sozialdemokratie wird die christliche Charitas in den Vordergrund gestellt. Fast keine Rede und kein Zeitungsartikel, in der nicht viel Rühmens von ihr gemacht würde. Alles in allem aber: in der klerikalen Organisation, deren politischer Ausdruck die Zentrumspartei ist, steckt aller wissenschaftlichen Vernichtung des kirchlichen Lehrgebäudes zum Trotz eine ungeheure Lebenskraft, die zu brechen auch einem so mächtigen Gegner wie der Sozialdemokratie nicht von heute auf morgen gelingen kann. Dieser Tatsache muß sich jeder bewußt sein, der gegen den Klerikalismus im Kampfe steht. Und auch dessen muß er sich bewußt sein, daß mit der Verzapfung von seichtem Aufkläricht gegen den Klerikalismus am allerwenigsten etwas auszurichten ist. Wir kämpfen mit aller Entschiedenheit gegen die Verkirchlichung staatlicher Einrichtungen, gegen die Klerikalisierung der Schule, gegen jede Verquickung religiöser und politischer Fragen — wir kämpfen als Sozialdemokraten aber

keineswegs gegen die Religion an sich. Nichts wäre dem Klerikalismus lieber als ein solcher Kampf, der ihm hochwillkommene Gelegenheit zur Fanatisierung seiner Anhängerschaft böte und seinen Arbeiteranhang hinwegtäuschte über den Kern der Streitfragen zwischen dem politischen Klerikalismus und der Sozialdemokratie. Wir sind Gegner des Klerikalismus viel weniger auf rein religiösem als auf kirchlich-politischem, auf dem allgemein-politischen, vor allem aber auf wirtschaftlichem Gebiet, wir wollen die katholischen Arbeiter für uns gewinnen, und die gewinnen wir am sichersten, wenn wir sie da fassen, wo sie sich als unsere Klassengenossen fühlen: bei den wirtschaftlichen Interessengegensätzen. Deshalb braucht beileibe nicht auf jede prinzipielle Auseinandersetzung mit der klerikalen Weltanschauung verzichtet zu werden. Wenn wir aber nicht selber den Klassenkampf trüben wollen, so muß das in Formen geschehen, die den gläubigen Arbeiter nicht verletzen.

Der Klerikalismus kennt ganz genau seine verwundbarste Stelle; er ist sich bewußt, daß ihm von der Erweckung des Klassenbewußtseins der katholischen Arbeiter die größte Gefahr für seine politische Stellung droht — daher die ungeheuren Anstrengungen, sich die Arbeiter zu erhalten, daher seine Arbeiterpolitik, seine umfangreiche Vereinstätigkeit, seine Gewerkschaftsgründungen. Wir werden in einem zweiten Artikel an Beispielen zeigen, daß der Klerikalismus Arbeiterpolitik nicht der Arbeiter wegen treibt, sondern ausschließlich aus Furcht vor seinem gefährlichsten Gegner, der Sozialdemokratie. (Schluß folgt.)

Bergmanns-Lieder.[1]

Wie's kommen wird.

Wie lange noch — und wieder bricht
Der Streik mit voller Wucht herein!
Wie lange noch — dann wird die Schicht,
Die längste, schnell zu Ende sein. —

Ihr aber, die ihr heute trotzt
Auf Bergmanns Langmut und Geduld,
Die ihr von Überhebung strotzt,
Ihr tragt dann selber auch die Schuld.

Ja, straft und nullt nur frisch drauf los
Doch auch des einen seid gewiß:
Es wächst und wächst lawinengroß
Der Ingrimm und die Bitternis.

Und wenn die Zornessaat gereift,
Und wenn der Bergmann nicht mehr will
Ob ihr dann trommelt oder pfeift —
Stehn wieder alle Räder still. —

Drum straft und nullt nur frisch drauf los
Und drückt den Bergmann immer mehr,
Es wächst und reift im Zeitenschoß
Wie neunundachtzig — wuchtig schwer.

Diese Verse, die den gewaltigen Ausbruch sozialer Verzweiflung und prol tarischen Grimmes im Ruhrrevier prophetisch ankündigen, den wir augen blicklich erleben, entstammen der Gedichtsammlung eines Bergmanns, der ei ganzes Menschenalter hindurch in den Eingeweiden der Erde Kohlen gebroche hat. Einen großen Teil seiner Gedichte hat Kämpchen während der Schic ersonnen, inmitten von Schlagwetterdunst und Kohlenstaub. Den Hauptbestan des Versbuchs bildet denn auch Bergmannspoesie, Gedichte, in denen si Lebensgang, Fühlen und Denken des Bergmanns spiegeln. Freilich keine Berg mannspoesie, wie sie vor einem Jahrhundert der romantisch sehnsüchtelnd

---

[1] Neue Lieder. Gedichte von H. Kämpchen-Bochum. Druck und Verlag von H. Hau mann & Co.

romantisch verschrobene und romantisch schönfärbende Dichter der „Blauen Blume", Novalis, zusammenphantasiert hat. Von den in seinen Roman „Heinrich von Ofterdingen" verwebten Bergmannsliedern ist bekanntlich eines n die Schullesebücher übergegangen, ein schlimmstes Musterbeispiel verlogener Romantik. Das Gedicht nämlich:

„Das ist der Herr der Erde,
Der ihre Tiefe mißt
Und jeglicher Beschwerde
In ihrem Schoß vergißt" usw.

Dies Gedicht malt das Bergmannslos in den sentimental geschminkten Farben jener Romantik, hinter der sich nur allzuoft poetische Ohnmacht und tockreaktionäre Gesinnung verbirgt.

Die Bergmannslieder Kämpchens, des Berginvaliden, tragen begreiflicher-weise einen ganz anderen Charakter als die des phantastisch-exzentrischen Studenten der Bergwissenschaft, der der nüchternen, realistischen „Afterkunst" ines Goethe die echte theosophisch-universelle romantische Kunst entgegensetzen wollte. Auch den Versen Kämpchens' fehlt es nicht an träumerischer Stim-mung und warmem Naturgefühl. Geradezu rührende Töne findet der schlichte Proletarierpoet für seine Liebe zum Walde, für seine Trauer über die indu-strielle Waldverwüstung. In einem Gedicht „Todesahnung" schildert er mit Wehmut die Zerstörung der gründämmernden Buchenhallen. Die Waldgetiere ehen die Holzfäller den todgeweihten Forst durchschreiten und klagen über die Vernichtung ihrer friedlichen Zufluchtsstätte. Und der Dichter klagt mit ihnen.

„Verfallen ist der arme Wald dem Stahl.
Der nächste Lenz, wenn er die Erde küßt,
Umsonst, umsonst wird er den Freund dann suchen —
Verschwunden sind die Eichen und die Buchen,
Die er so oft mit frischem Grün belaubt,
Geschändet ist die Flur dann und beraubt,
Die Quellen siech, das Schattendach verschwunden,
Die Lieder stumm — und was an frohen Stunden
So überreich der treue Wald geboten,
Es ist dahin — verschollen mit dem Toten."

Gar innig liebt der Dichter, den sein Beruf so viele Jahre seines Lebens ur Fron in den finsteren Klüften des Erdinnern verdammt, den wipfelregenden, ichtdurchspielten Wald. Gerade der Kontrast mit dem dumpfen, brütenden Schacht ßt ihn die Wellen des lebenspendenden Lichtes und des unbegrenzten klaren zeans der Luft als Symbole und Lebenselemente des Daseins um so tiefer mpfinden. „Wohl dem, der atmet im goldenen Licht", frohlockt der an den ag Emporgestiegene. „Da unten aber ist's fürchterlich." Nicht als „Herrn r Erde" fühlt sich der Bergmann, sondern als kümmerlichen Fronen, den im ckigen Schacht tausend Gefahren umwittern.

„Dir ist keine Frist gegeben
Für die Freuden der Natur,
Arm und öde ist dein Leben
Und ein steter Frondienst nur.
Ob des Winters Stürme wüten,
Ob der holde Frühling lacht,
Dort, wo gift'ge Dünste brüten,
Mußt du scharren in dem Schacht.

Mußt die harte Felswand sprengen,
Wo dir stündlich Unheil droht,
Mußt dich winden durch die engen
Klüfte unter Druck und Not.
Plötzlich, ohne es zu künden,
Wuchtet nieder das Gestein,
Oder aus verborgnen Schlünden
Bricht die Wasserflut herein.

Heimlich durch das Reich der Nächte,
Lauschend deinem Atemzug,
Schleicht sich das Gespenst der Schächte,
Das so manchen schon erschlug. —

Aus dem Dunkel bricht das Feuer,
Trifft der wilde Wetterstrahl —
Und du bist dem Ungeheuer
Preisgegeben ohne Wahl."

Man versteht die Wollust des Behagens, mit der der ehemalige Grubensklave seine Sinne in der freien Natur badet. Die Atemzüge des Lebens erfüllen ihn mit wonnigen Schauern. Nicht nur das sanfte Wipfelwehen der Waldeinsamkeit, auch das gewaltige Brausen der vom Sturmwind gebeugten Baumkronen greift gleich den Akkorden einer Riesenorgel in seine Brust. Pantheistisches Naturgenießen atmet sein Gedicht „Waldmusik".

Waldmusik.

Eine Orgel ist der Wald,
Riesig aufgetürmet,
Die von Melodien schallt,
Wenn die Windsbraut stürmet.

Alle Grillen fahren hin,
Wenn die Orgel dröhnet,
Wenn es lacht und jauchzt darin,
Wenn es klagt und stöhnet.

Unterm alten Eichenbaum
Hab' ich oft gesessen,
Habe da im halben Traum
Lust und Leid vergessen.

Sah mit Augen nimmermüd',
Wie die Wipfel rangen,
Lauschte nur dem wilden Lied,
Das die Stürme sangen.

Wald, wie bin ich dir so hold,
Wenn die Winde blasen,
Wenn die Orgel dröhnt und grollt,
Wenn die Stürme rasen.

Als ich noch ein Knabe war,
Warst du meine Freude —
Blieb dir treu im grauen Haar
Und in Lust und Leide.

Mag vielleicht den Lebenstraum
Ausgeträumt bald haben —
Unterm alten Eichenbaum
Sollt ihr mich begraben.

Diese süße Sehnsucht nach Licht und Luft, nach Freiheit und Schönheit, wie sie in den dichterisch stimmungsvollen Versen Kämpchens ergreifend zu uns spricht, sie lebt in all den Hunderttausenden der Grubensklaven, die jetzt in zorniger Empörung die Haue zu Boden geworfen haben, weil die Grubenbarone den Sehnsuchtsschrei der gequälten Kreatur mit eisigem Hohne beantworteten. Mag in vielen diese Sehnsucht auch nur als dämmernder Instinkt leben, sie ist darum nicht minder quälend und allmächtig. Alle bürgerlichen Berichterstatter im Ruhrrevier stimmten ja darin überein, daß nie ein Streik wider den Willen der Führer impulsivischer, elementarischer ausgebrochen sei als der Bergarbeiterstreik. So begründet die lange Reihe der Beschwerden war, die von den Vertretern der Bergarbeiter in vierzehn Grundforderungen niedergelegt wurden, so schmerzlich und schmachvoll jeder einzelne Mißstand von den Arbeitern empfunden worden sein mag: die Dominante ihres Fühlens und Wollens war das allgewaltig erwachte Bewußtsein ihrer Menschenwürde. Ihre Kampfparole ist nicht nur der Schrei nach Brot, sondern der Schrei nach Licht und Freiheit und Menschenrecht. Auch die breiten Massen der Bergarbeiter hat der Kulturgedanke des Proletariats ergriffen. Sie wollen nicht ihr ganzes Dasein in Sklavenketten verbringen, um für die Grubenbarone Reichtümer zu Reichtümern zu häufen; sie wollen sich ein menschenwürdiges Los erkämpfen und konstitutionelle Formen der Arbeitsvereinbarung an Stelle der protzigen Diktatur des Geldsacks. Und was auch die Führer ihnen über die Aussichtslosigkeit und Unsinnigkeit eines Generalstreiks sagten: sie wollten sich einmal

ɜstens im Leben als Freie, als Mündige, als Selbstbestimmer ihres Ge-
s fühlen.

ɔer große englische Naturforscher Wallace, der häufig sozialistische Ge-
n vertritt, fordert in seinem neuesten Werke mit hinreißendem Pathos die
ffung sanitärer Lebensbedingungen für alle Menschen. Zu beseitigen seien
ıllem die scheußlichen Massenquartiere für das Proletariat der Großstädte
die dunstgeschwängerten, qualmerfüllten Wüsteneien der Industriereviere.
: Mensch habe das Anrecht auf reine Luft und die erquickenden Eindrücke
unverwüsteten Natur. Die moderne Wissenschaft und Technik böten längst
ittel zur Durchführung dieser elementarsten aller Kulturforderungen. Reine
und erfrischende Natureindrücke — und die trostlose Wüste des rheinisch-
ilischen Kohlenreviers! Des Kohlengräbers Heimat schildert Kämpchen
us anschaulich in einigen knappen Strophen:

Schwarz vom Kohlendampf die Luft,
Überall Gepoch und Hämmern,
Jede Grube eine Gruft,
Um das Leben zu verdämmern.

Zwischendurch der Hütten Dunst
Und die Glut von tausend Essen,
Eine Riesenfeuersbrunst,
Nicht zu malen, nicht zu messen.

Graue Halden, dürr und kahl,
Schlote, die zum Himmel ragen,
Menschenleiber, welk und fahl,
Die sich hasten, die sich plagen.

Sprecht vom Kohlengräberstand
Oft mit klügelnder Gebärde —
Das ist Kohlengräberland!
Das ist unsre Heimaterde!

Ɜallace hat recht: es ist eine Kulturschmach, Millionen von Menschen zu
: Leben in solch einem Milieu zu verdammen. Aber die heutige Gesell-
hat kein Gefühl für diese Schmach. Was braucht das Bergmanns-
tariat Luft, Licht und Lebensfreude! Wenn es sich an Kartoffeln und
nur halbwegs satt zu essen vermag.

ämpchen hat nicht nur poetische Stimmungsbilder aus dem Bergmanns-
geschaffen, er ist auch Schilderer des modernen Kulturkampfes der Arbeiter-
ɜung. Als Tyrtäus des klassenbewußten Proletariats begleitet er jede
pe des heißen, mühsamen Ringens seiner Klassen- und Leidensgenossen.
ige, klirrende Kampfgesänge wechseln mit eindringlichen Mahnungen und
ıerungen zum starken, machtvollen Zusammenschluß gegen den Übermut
Grubenkapitals. So mahnt er:

Seid einig!

Ihr, die ihr tief im Grunde
Mit starker Muskel schafft,
Doch bis zu dieser Stunde
Zerbröckelt eure Kraft. —
Die ihr mit stetem Grollen
Den schweren Hammer schwingt,
Und aus dem jammervollen
Sein nach Erlösung ringt.

Schaut um euch in der Runde
Im Erz- und Kohlenschacht,
Ihr seht zu jeder Stunde
Was Einigkeit vollbracht.
Wie sich die Kübel füllen,
Wie sich die Schale hebt
Und es aus dunklen Hüllen
Zum Licht des Tages strebt.

Was, frag' ich, kann euch halten,
Sobald ihr ernstlich wollt,
Und einig, ungespalten
Die ganze Kraft entrollt? —
Wenn ihr die starken Glieder
Zu gleichem Wollen regt,
Statt, daß ihr jetzt die Hyder
Der Zwietracht emsig pflegt. —

So müßt auch ihr zusammen
An einem Strange ziehn,
Euch brüderlich entflammen,
Sonst ist es eitel Mühn.
Laßt ab von allem Hadern,
Das euch nur selbst betrügt,
Und immer neue Quadern
Zur alten Zwingburg fügt.

Kämpchen hat es am eigenen Leibe erfahren, wie nötig die Einigkeit d
Arbeiter ist, um nicht den Brutalitäten des Unternehmertums ausgesetzt zu sei
Bei der großen Ausstandsbewegung im Jahre 1889 wurde unser Poet, d
zur öffentlichen Führerrolle keinen Beruf in sich fühlte, von der Belegschaft d
Zeche „Hasenwinkel“ zum Delegierten des Streikkomitees gewählt. Obglei
Kämpchen auch jetzt noch seiner Veranlagung gemäß jedes rednerische Hervo
treten vermied, wurde er dennoch von der genannten Zeche gemaßregelt,
deren Dienst er sich vierundzwanzig Jahre lang abgerackert und körperlich a
gerieben hatte.

Der Arbeiterdichter lebt seit jener Zeit in Linden a. Ruhr von seinem kär
lichen Einkommen als Berginvalide.

So liefert denn sowohl seine Dichtung wie sein Schicksal einen interessant
Beitrag zur Beurteilung des gewaltigen sozialen Kampfes im Ruhrrevier. H.

Literarische Rundschau.

**Eine Zeitschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeit
rinnen** ist am 1. Januar dieses Jahres in Berlin erschienen: „Die arbeiten
Jugend“, das Organ des im Herbst vorigen Jahres begründeten Vereins d
Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins. Redaktion und Expediti
befinden sich in Berlin NW. 82, Beusselstraße 83. Der Abonnementspreis beträ
vierteljährlich 25 Pfennig; monatlich erscheint vorläufig eine Nummer von 4 Seite
Redakteur und Herausgeber ist der Vorsitzende des Vereins, H. Lehmann.

Wir begrüßen die Zeitschrift als ein neues Organ der kämpfenden Arbeitersch
mit großer Freude, um so mehr als die vortreffliche Nummer 1 den Beweis liefe
daß der Verein wie sein Organ den richtigen Weg wandeln. Die Jugend zu M
kämpfern ihrer erwachsenen Arbeitsbrüder zu erziehen, „zu selbständig denkende
furchtlos handelnden Menschen“, setzt sich die Zeitschrift als Ziel. Sie wird dab
die Unterstützung der Arbeiter in vollem Maße finden. Der Verein zählt trotz sein
kurzen Bestehens bereits 500 Mitglieder, und wenn dies im Vergleich zu den
Groß-Berlin beschäftigten 50000 jugendlichen Arbeitern auch noch eine kleine Za
ist, so verspricht doch dieser Anfang eine kräftige Entwicklung. Auch in allen andere
Städten des Deutschen Reiches wirbt der Verein Mitglieder. Die organisiert
Arbeiter werden ihn dabei gewiß tatkräftig unterstützen und namentlich alle organ
sierten Väter jugendlicher Arbeiter es sich zur Pflicht machen, ihre Kinder so z
erziehen, daß auch sie ihrer Organisation beitreten. Österreichs Verein jugendlich
Arbeiter, dessen Vorsitzender Hochegger dem neuen deutschen Organ in der erst
Nummer herzliche Wünsche für sein Gedeihen zuruft, hat nun im reichsdeutsche
Verein einen Kollegen erhalten, der ihm mit allen Kräften nacheifern wird. ev

---

Eine neue sozialistische Zeitschrift. Am 1. Januar ist in Rom eine neue sozi
listische Halbmonatsschrift erschienen, „Il Divenire Sociale“ (Das soziale Werden
geleitet von Enrico Leone und Paolo Mantica. Die Zeitschrift ist in Quartforma
zweispaltig, jedes Heft 20 Seiten stark. Die erste Nummer enthält Artikel vo
Cabrini, Lombroso, Ciccotti, Mauclair und Ferrero, ferner eine kurze politische Übe
sicht und einen Überblick über die sozialistischen und gewerkschaftlichen Veröffen
lichungen. Über die Ziele der neuen Zeitschrift spricht sich das Programm in fo
genden Worten aus:

„Der ‚Divenire Sociale‘ beabsichtigt, über die sogenannte Krise des Marxismu
Klarheit zu verschaffen und auf die kritischen Einwände einzugehen, die innerhal

ıußerhalb des sozialistischen Lagers den verschiedenen Theorien entgegengehalten
en, die die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus bilden.
„Insonderheit setzt sich der ‚Divenire Sociale' das Ziel:
1. den Studien der bekanntesten Geschichtsforscher Raum zu geben, um die
cialistische Geschichtsauffassung und die Ergebnisse ihrer Anwendung als ge=
tliche Interpretationsmethode einer Prüfung zu unterziehen;
2. die Abweichungen zu vertiefen und zu klären zwischen der Methode der posi=
und evolutionistischen Schule und der realistisch=dialektischen Methode des
cismus und die entgegengesetzten politischen Gestaltungen zu beleuchten, die sich
beiden ergeben: die Demokratie und den Sozialismus, den ‚aufsteigenden Ent=
ıngsprozeß des sozialen Organismus' und das soziale Werden durch eine Reihe
Klassenkämpfen;
3. die Beziehungen zwischen Sozialismus und Volkswirtschaft aufzuhellen und
Grund dieser Prüfung den wissenschaftlichen Beweis erbringen, daß der Sozia=
ıs im Einklang steht mit den volkswirtschaftlichen Gesetzen und deren natür=
; Ergebnis darstellt;
4. darzutun, bis zu welchem Punkte die objektive marxistische Werttheorie irrig
nd sie mit dem hedonistischen Gesetz der neuen Schule zu ergänzen;
5. an der Hand statistischer Daten die Bewegung der Rente und der Löhne zu
eren, um ihnen die konkreten Gesetze der proletarischen Entwicklung zu ent=
en, ungeachtet der von den Tatsachen nicht bestätigten Hypothese von der fort=
itenden Konzentrierung des Reichtums."
Die erste Nummer macht einen recht streitbaren Eindruck. Die antiparlamen=
che und gewerkschaftliche Note dürfte mit der Zeit immer klarer hervortreten.
der tief eingefressenen Überschätzung des Parlamentarismus kann man besonders
Note mit Freuden begrüßen. Sie wird der neuen Zeitschrift „viel Feind —
Ehr" eintragen. oo.

---

l Henckell, **Mein Liederbuch. Neuland. Ausgewählte Gedichte**, I. und II.
ipzig und Berlin, Verlag von K. Henckell & Co.

„Ist das nicht mehr Rhetorik als Poesie?" Diese Worte, von einem impulsiven
geschrieben, las ich kürzlich auf der letzten Seite eines Exemplars der Henkellschen
chte. Sie schienen mir das Richtige zu treffen. Rhetorik statt Poesie — und
schlimmer ist, Rethorik, die mit dem Anspruch, Poesie zu sein, auftritt. Die
rzahl der Gedichte sind oberflächliche Versware, von gutem Klange, aber ohne
. Ab und zu überrascht ein gedankenreiches Gedicht, zum Beispiel „Die Engel=
erin", „Die Dampfwalze", „Ist's genug?", „Lenzeskost", „Komm in den Wald,
ie!" und andere. Doch sie verschwinden in der Menge gleichgültig=farbloser
t. Und selbst, wo Henckell satirisch wird, findet er keinen eigenen, keinen
akteristischen Ton. — Henckell hat bei der Auswahl fremder Dichtungen —
er der Freiheit, Sonnenblumen — feines Gefühl für echte Poesie bewiesen. Es
u bedauern, daß ihn sein kritischer Sinn bei der Beurteilung eigenen Könnens
Stiche gelassen hat. r. h.

Notizen.

Arbeiterflucht. Obwohl man mit Ausnahmegesetzen gegen die Landarbeiter der
tenot" auf dem platten Lande zu steuern sucht, nimmt die Zahl der „Wanderer"
Jahr zu Jahr zu, welche aus ländlichen Gegenden in die Industriebezirke
nen. Das läßt sich auch aus den Jahresberichten der Invalidenversicherungs=
alten erkennen. Wie der Bericht der Versicherungsanstalt „Posen" zeigt, wandern
Landarbeiter bis in die Gebiete der Versicherungsanstalten Berlin, Brandenburg,

Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hannover, ja bis in die Rheinprovinz und Westfale um sich dort dauernd niederzulassen. Bekanntlich haben sich die Versicherun anstalten gegenseitig Ersatz zu leisten für Beitragserstattungen im Falle der Heir des Todes und Unfalls der Versicherten. Nach erfolgter Beitragserstattung werd dann die Quittungskarten mit Aufstellung der Heimatsanstalt zugestellt. Die V sicherungsanstalt Posen hatte nur 29343 Karten an andere Versicherungsanstal abzusenden, erhielt dagegen 88783 zugestellt!

Der Bericht besagt:

Es sind Karten übersandt an die	Versicherungsanstalt	Es sind Karten eingegangen von der
1161 Stück	Ostpreußen	950 Stück
1287 „	Berlin	11867 „
4404 „	Brandenburg	16565 „
2897 „	Sachsen-Anhalt	8845 „
887 „	Hannover	5314 „
890 „	Westfalen	8128 „
589 „	Rheinprovinz	8242 „
520 „	Königr. Sachsen	2123 „

Die Zahlen würden sich noch erhöhen, wenn die gesetzesunkundigen Landarbei auch alle Anträge auf Beitragserstattung stellen würden. Vielfach wird auch d Mitgliedschaft freiwillig fortgesetzt, deshalb diese Anträge nicht gestellt. Mehr a zwei Drittel der Beitragserstattungen entfallen gewöhnlich auf Anträge im Falle d Heirat. Deshalb geben uns diese Zahlen in erster Linie Aufschluß über die ho Zahl der weiblichen Landesflüchtigen.

Die Versicherungsanstalt Westfalen hatte an die Versicherungsanstalt Posen zahlen 270,13 Mark infolge von Heirat und 746,28 Mark infolge von Tod; Pos dagegen zahlte an Westfalen 6186,59 Mark infolge von Heirat und 91,21 Mark i folge von Tod.

Westfalen erhielt also sechsmal mehr Beitragsersatzleistungen von Posen, als an dieses zu zahlen hatte! Noch auffälliger ist die Aufstellung für Ostpreuße Westfalen hatte an Ostpreußen an Ersatzanteilen zu zahlen 730,72 Mark und erhie von diesem 10403,53 Mark erstattet!

Westfalen hatte an fremde Versicherungsanstalten zu zahlen 42222,54 Mar davon entfallen 28917,46 Mark auf Heirat, 228,47 Mark auf Unfall, 13076,61 Ma auf Tod. Diese Versicherungsanstalt erhielt an Rückzahlungen 79062,96 Mark, vo denen 72586 Mark auf Heirat, 189,05 Mark auf Unfall und 6287,91 Mark auf To entfielen! Der Bericht bemerkt hierzu: „Bei Erstattungen an Verheiratete ist d Entlastung um mehr als das Doppelte größer als die Belastung, während der um gekehrte Fall bei den Erstattungen an Hinterbliebene vorliegt. Dies dürfte sich zun Teil daraus erklären, daß einerseits viele der nach Westfalen ziehende Versicherten sich Frauen aus der alten Heimat wählen, auf der andere Seite aber von den alt gewordenen fremden Arbeitern ein erhebliche Teil wieder in die frühere Heimat zurückzieht!" Der junge polnisch Arbeiter, in Westfalen arbeitend, „holt" sich also die „junge Polin" zur Frau au dem Heimatland, die aber auch dort im Arbeitsverhältnis gestanden hatte, da sie j die Invalidenkarte mitbrachte. Die Industrie zieht also in erster Linie jünger Arbeitskräfte beiderlei Geschlechtes aus dem Lande an. Ist der Industriearbeite alt, mürbe und unfähig zur Lohnarbeit geworden, dann schickt man ihn wiede zur „Heimat" zurück, um ihn dort sterben zu lassen und sich von der Armenunter stützung zu befreien!

E. G

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 19 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Handelsverträge und Hilfsaktionen.

☍ **Berlin**, 1. Februar 1905.

Von den neuen Handelsverträgen, die dem Reichstag nunmehr zugegangen ıd, darf man sowohl sagen, daß sie die schlimmsten Befürchtungen bestätigen, e man von ihnen hegen konnte, als auch daß sie eben deshalb keine Überıschung enthalten. Es ist die umgekehrte Welt: von den Klassen der modernen irgerlichen Gesellschaft schöpft die überflüssigste, der Großgrundbesitz, den ahm ab, und die unentbehrlichste, die Arbeiterklasse, hat die Zeche zu hlen.

Ganz wohl ist auch der Regierung bei dieser Bescherung nicht, sowenig sie ı einem stark ausgebildeten Gefühl ihrer politischen Verantwortlichkeit leiden ag. Erst mußte die offiziöse Presse aus den neuen Verträgen Bruchstücke röffentlichen, die mit allen schlechten Künsten einer wohlfeilen Stimmungsıacherei appretiert worden waren. Dann erschien der Reichskanzler selbst im eichstag, um die Verträge durch eine Rede einzubringen, die „vor der Tagesdnung" gehalten wurde, das will sagen, in einer Form und zu einer Zeit, ı ihm nach der Geschäftsordnung aus dem Hause nicht geantwortet werden ınnte. Graf Bülow dachte nicht gentil genug, um in dieser für ihn aushmsweise günstigen Lage auf Angriffe gegen einzelne Parteien des Hauses verzichten, und er hatte sich diese Situation gewiß auch nicht geschaffen, um s Gentleman zu paradieren. Es kam ihm nur darauf an, um jeden, auch ı den billigsten Preis Stimmung für eine Sache zu machen, für die mit ründen nun einmal kein Staat zu machen ist.

Große Sorge brauchen die Gegner der Handelsverträge freilich nicht darum tragen, daß diese Rede des Reichskanzlers ohne jedes Wort einer parlantarischen Kritik durch das Land gepeitscht werden wird. Denn eine trostere Sammlung leerer Schlagworte hat es selbst auf diesem Gebiet kaum geben, auf dem doch das Schlagwort seit dreißig Jahren eine allmächtige olle spielt. Allerdings hat Graf Bülow nicht den alten Humbug Bismarcks

wiederholt, wonach das Ausland die Zölle tragen soll, aber es ist fast zu v
muten, daß ihm dieser Humbug noch zu geistreich war. Die glorreiche A
kundung seines Willens, daß Deutschland kein Industrie-, sondern nur e
Agrar- und Industriestaat werden solle, stand ganz auf der Höhe sein
gedankenreichen Auffassung, wonach die Getreidezölle die Bauernklasse als d
Grundlage unseres Nähr- und Wehrstandes erhalten, aber auch der Arbeit
klasse zu einer wahren wirtschaftlichen Wiedergeburt verhelfen würden, wo
sogar ein deutscher Professor zitiert wurde. Genug, es war ein Gerede, v
dessen kunterbuntem Durcheinander ein leidlich unterrichteter, aber sonst profan
Mensch nur sagen konnte: Hier steht mein Geist in Ehrfurcht still.

Freilich ist trotz dieser unglaublichen Freiersrede nicht daran zu zweife
daß der Reichskanzler die Braut heimführen wird. Mit der einzigen Ausnah
der sozialdemokratischen Fraktion stoßen die Handelsverträge im Reichstag a
gar keine ernsthafte Opposition. Die Konservativen markieren nur eine g
wisse Unzufriedenheit, nicht sowohl weil sie unzufrieden sind, als weil es i
bewährtes Agitationsprinzip ist, immer unzufrieden zu scheinen. Aber so se
sie nach der Taube auf dem Dache, die sie sich und anderen vorspiegeln, z
schielen scheinen, so denken sie doch nicht daran, den wirklichen Sperling, d
sie in der Hand halten, fliegen zu lassen. Gewissermaßen umgekehrt verfä
die bürgerliche Linke. Sie ist von geheimem Entsetzen über diese Hande
verträge geschlagen, aber nur einzelne ihrer Organe, wie die „Frankfur
Zeitung", machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Die meisten tun s
als ob, wenn sie diesen Habicht nicht an der deutschen Industrie hacken ließ
der Geier eines allgemeinen Zollkriegs über sie kommen würde, und so schic
sie sich an, den Verrat zu krönen, den Herr Eugen Richter und sein Clan i
den Dezembertagen des Jahres 1902 begonnen hat.

Gar zu gern möchten sie auch die sozialdemokratische Fraktion auf d
fahle Pferd verlocken, aber dieser Liebe Müh' wird umsonst sein. Es wä
schwer zu begreifen, wie selbst nur in einem bürgerlichen Gehirn der Geda
auftauchen könnte, daß eine Arbeiterpartei für Handelsverträge stimmen so
die das Proletariat zugunsten des Großgrundbesitzes auspowern, wenn es ni
doch begreiflich würde durch die seit vierzig Jahren hergebrachte Praxis d
deutschen Bourgeoisie, aus lauter Angst vor eingebildeten Gefahren geradesw
ins Lager der Feinde überzulaufen. So ließ sie sich vor vierzig Jahren i
Bismarcks Lager treiben durch die kindische Angst, daß nach Ablehnung d
norddeutschen Bundesverträge ein politisches Tohuwabohu entstehen könne, w
sie sich heute in Bülows Lager treiben läßt durch die ebenso kindische Ang
daß nach Ablehnung der neuen Handelsverträge ein ökonomisches Tohuwabo
entstehen würde. Lorbeeren hat die Bourgeoisie mit dieser Politik gewiß ni
geerntet, sondern nur eine Einbuße an moralischem und politischem Anseh
die sie zum fünften Rad am Wagen des Reiches gemacht hat. Aber zur E
sicht in die Ursache ihres traurigen Schicksals ist sie bei alledem noch nicht g
langt, und so arbeitet sie sich noch immer in aller Treuherzigkeit an der h
nungslosen Aufgabe ab, der Sozialdemokratie einzureden, daß es sich auch i
Sumpfe ganz nett leben lasse.

So wenig sich nun die sozialdemokratische Reichstagsfraktion betören lassen
wird, so ist sie doch nur eine Minderheit im Reichstag, und der Reichskanzler
kann sich damit getrösten, daß er seine Handelsverträge in der Tasche hat.
Viel Freude daran wird er freilich wohl nicht erleben, denn seinen geliebten
Klassengenossen vom ostelbischen Junkertum kann er auf die Dauer doch nicht
helfen, und in den Volksmassen hat er sich und seine Regierung unheilbar
kompromittiert. Es ist deshalb, sowohl aus diesem als auch aus manchem
anderen Grunde, ganz selbstverständlich, daß die Ankündigung der gesetzgeberischen Hilfsaktion, die Graf Bülow als preußischer Ministerpräsident den
streikenden Bergleuten des Ruhrreviers gewähren will, von der deutschen Arbeiterklasse mit kühler Zurückhaltung aufgenommen und speziell die sonderbare
Zumutung des Handelsministers Möller, auf diesen Wechsel hin den Streik
alsbald zu beendigen, mit einem einfachen Achselzucken beantwortet worden ist.
So ehrenwerten Männern, wie die preußischen Minister sind, traut gewiß kein
deutscher Arbeiter einen absichtlichen Schwindel zu; daß sie die gute Absicht
haben, den Beschwerden der Ruhrbergleute bis zu einem gewissen Grade abzuhelfen und dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat, das ihnen eben in der
Hibernia-Affäre so arg mitgespielt hat, einen kleinen Dämpfer aufzusetzen, daran
besteht durchaus kein vernünftiger Zweifel. Anders aber, wie der römische
Dichter, meinen die Arbeiter, daß wenn die Kräfte fehlen, mit dem bloßen
guten Willen nicht viel anzufangen sei.

Über den Wert, den die Versprechungen preußischer Minister für sich geltend
machen können, haben sie zudem allzu reichliche Gelegenheit gehabt, nachzudenken.
Es sind in diesem Februar genau vierzig Jahre her, als ein Vorgänger des
Herrn Möller, der Handelsminister v. Itzenplitz, im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte: Koalitionsfreiheit? Natürlich, die sollen die Arbeiter so reichlich
bemessen haben, wie sie wollen, aber das genügt uns lange nicht, wir wollen
noch ganz andere Dinge für sie vollbringen; es war dieselbe Sitzung, in der
Bismarck die Hohenzollern als rois des gueux, als König der Armen feierte,
was sie nur in dem Sinne gewesen waren, worin einst Friedrich II. dies geflügelte Wort als Hieb gegen seinen Vater geprägt hatte: als Vertreter einer
das Volk arm machenden und die Junker bereichernden Finanzpolitik. Also
vor genau vierzig Jahren haben die preußischen Minister mit der Ära der
Versprechungen begonnen, und genau solange wissen die Arbeiter, daß hinter
solchen Versprechungen nichts steckt, als ein bißchen guter Wille, der am ersten
Hindernis zerflattert wie die Seifenblase am Stein.

Selbst aber an diesem guten Willen möchte man ein wenig zweifeln, wenn
man den Grafen Posadowsky im Reichstag versichern hört, die preußischen
Vertreter im Bundesrat würden nie zugeben, daß die Hilfsaktion zugunsten
der streikenden Bergleute in den Reichstag verlegt würde. Ja, weshalb denn
nicht? Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Reichstag ist unanfechtbar, und
es ist doch klar, daß die Regierung, wenn sie in einem Kampfe zwischen Kapital
und Arbeit zugunsten der Arbeit intervenieren will, in einer Versammlung des
allgemeinen gleichen Wahlrechtes eine günstigere Operationsbasis findet als in
der Geldsackvertretung der Dreiklassenwahl, des feudalen Herrenhauses ganz zu

geschweigen. Auch weiß die Regierung aus dem Schicksal der Kanalvorlag mit welchem diabolischen Humor ihre vor aller Welt in der feierlichsten Wei abgegebenen Verheißungen im preußischen Landtag je nachdem als Futter fi den Papierkorb behandelt werden; ihre Versprechungen können den streikend Bergarbeitern schon deshalb keine Garantie bieten, weil sie selbst nicht die g ringste Garantie dafür besitzt, sie einlösen zu können. Endlich ist auch für d Bergleute die Erinnerung an ihren Streik von 1889 eine eindringliche Warnun davor, auf bloße Versprechungen hin voreilig zu entwaffnen, denn ihre gege wärtige Arbeitseinstellung hat zumeist ihren Grund darin, daß die ihnen dama gegebenen Versprechungen eben nicht eingelöst worden sind.

Immerhin läßt sich der Hilfsaktion der Regierung für die streikenden Ber leute ein gewisser Ernst nicht absprechen. Dagegen ist die Hilfsaktion, die si die bürgerliche Intelligenz mit ihrer sogenannten „Rettung" Gorkis zu leist gestattet, eine wahrhaft erbarmungswürdige Komödie. Eine weltgeschichtli erschütternde Tatsache, wie die russische Revolution, findet im „Volke der Denk und Dichter" kaum noch einen anderen Widerhall, als ein lächerlich-gespreizt Getue vor den zarischen Henkersknechten, weil sich unter deren zahl- und wel losen Opfern auch ein namhafter Dichter befindet. Die Herren Mosse u Paul Lindau, die an der Spitze dieser Falstaffgarde marschieren, hätten do am Ende noch andere Gelegenheiten gefunden, ihre Eitelkeit zu befriedig als gerade diese; muß denn wirklich alles mit aufdringlicher Reklame besud werden?

Diese beschämende und erniedrigende Erscheinung läßt einen, ohne a sonstige Sympathie für das deutsche Bürgertum, doch beinahe wünschen, d es sich zu einer ernsteren und würdigeren Haltung gegenüber der russisch Revolution aufraffen möchte.

Klassenwissenschaft und Philosophie.[1]

Von **A. Pannekoek** (Leiden, Holland).

I.

Die Einwürfe, welche Genosse Belfort-Bax (S. 48 dieses Jahrgangs) geg die von mir entwickelten Ansichten erhebt, entstammen zum Teil einem M verständnis, das wir durch einige nachträgliche Erörterungen aufzuklären v suchen wollen.

Nach Genosse Bax scheine ich zu meinen, „daß die neue sozialistische A gänzlich reinen Tisch machen wird mit der Wissenschaft sowohl wie auch m den Resultaten des heutigen philosophischen Denkens der bürgerlichen We will ich „eine Lehre ... unbefleckt von aller Verwandtschaft mit den Leh bisheriger Denker", sollen „die Erzeugnisse von ernsten und objektiven Denk sowohl in der Philosophie als in der Wissenschaft ... ohne weiteres in d Rumpelkammer geschleudert (werden)".

---

[1] Diese Erwiderung auf den Artikel von Belfort-Bax in Nr. 2 dieses Jahrgangs i schon seit Monaten in unseren Händen. Unser leidiger Raummangel hinderte uns, sie fr zu veröffentlichen. Die Redakt

Es ist schwer verständlich, wie Genosse Bax zu dieser sonderbaren Deutung meiner Ansichten kommt; hätte er sich mit den Dietzgenschen Schriften besser bekannt gemacht, so hätte er sehen können, in wie hohem Maße dessen Lehre „befleckt“ ist durch die Lehren früherer Denker. In seinem Vorwort zu „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit“ sagt Dietzgen als Rechtfertigung seines Versuchs, ein Thema zu behandeln, das schon Kant, Hegel und andere bearbeitet hatten: „Der Same, welchen die Philosophie in das Erdreich der Wissenschaft gepflanzt, ist längst aufgegangen und hat seine Früchte getragen. Was die Geschichte zutage fördert, entwickelt sich geschichtlich, treibt, wächst und vergeht, um in erneuter Form ewig fortzuleben. Die ursprüngliche Tat, das originale Werk ist nur fruchtbar in Kontakt mit den Verhältnissen und Beziehungen der Zeit, welche es geboren; schließlich aber wird es zu einer leeren Hülse, die ihren Kern an die Geschichte abgegeben hat. Was die Wissenschaft der Vergangenheit Positives produzierte, lebt nicht mehr im Buchstaben seines Autors, sondern ist mehr als Geist, ist Fleisch und Blut geworden in der gegenwärtigen Wissenschaft.“ Das heißt also: unsere jetzigen Ansichten sind wie ein Gebäude des Wissens, an dem alle Forscher der vergangenen Zeiten mitgearbeitet haben. Und Dietzgen nennt bezeichnenderweise seine zweite größere philosophische Schrift: „Das Acquisit der Philosophie“, damit ausdrückend, daß es die Resultate der gesamten Geistesarbeit der großen philosophischen Denker enthält, wie sie von einem Sozialisten nachgedacht und als das philosophische Wissen der Jetztzeit zusammengefaßt sind.

Hier ist also ebensowenig ein „geistiger Bruch“ zu finden — in dem Sinne, daß zwischen dem Vorhergehenden und dem Folgenden jeder Zusammenhang fehlt — als irgendwo in der geistigen Entwicklung der Menschheit. Jeder Denker kann nur arbeiten mit dem vorgefundenen Begriffsmaterial seiner Zeit; die Gestalt, in der neue Gedanken auftreten, muß sich immer an das Bestehende anschließen; wo die neue Entwicklung neue Probleme schafft, kommen diese als Unzulänglichkeit oder Falschheit der überlieferten Ansichten zum Bewußtsein, und die neue Wahrheit tritt als Verbesserung dieser Ansicht zutage. So enthält jedes folgende System, indem es eine vorige Anschauungsweise widerlegt, diese zugleich aufgehoben in sich, im Hegelschen Sinne.

So ist der geistige Fortschritt eine Bewegung in Gegensätzen; Gegensätze bestehen überall zwischen den einander folgenden Anschauungsweisen, und nur in fortwährendem Kampfe mit dem Alten kann es dem Neuen gelingen, dessen Stelle einzunehmen. Wie die sozialistische Gesellschaftsordnung in schroffem Gegensatz zu der kapitalistischen steht, trotzdem sie auf dieser ruht, aus dieser gewissermaßen allmählich aufwächst und in gewissem Sinne deren Konsequenz und Vollendung bildet, so steht auch die sozialistische Weltanschauung in schroffem Gegensatz zu der bürgerlichen, trotzdem ihre Kultur ganz auf der bürgerlichen Kultur ruht und auch deren Konsequenz und Vollendung genannt werden darf. Solch ein Gegensatz, den man sogar einen „geistigen Bruch“ nennen könnte, bestand auch seinerzeit zwischen dem Christentum und der Weltanschauung des klassischen Altertums, trotzdem jenes durch die neue ökonomische Lage in einer Welt, welche von der klassischen Überlieferung erfüllt war, aufwuchs, und daher auch mit Recht nur eine Umbildung der antiken Weltanschauung genannt werden darf.

Diese gegensätzliche, dialektische Bewegung der geistigen Entwicklung der Menschheit ist aufs engste verknüpft mit den Klassengegensätzen. Es war immer

die ökonomische Entwicklung, welche den geistigen Kampf hervorrief und an
fachte; Träger der verschiedenen Ansichten waren die verschiedenen Gesellschafts
klassen. Eine neu emporsteigende Klasse ist durch ihre besondere Klassenlag
imstande, eine neue Wahrheit zu verstehen, durch die ihrem Interesse gedien
wird; diese Wahrheit ist dann eine mächtige Waffe im Kampfe gegen di
Machtinhaber der untergehenden Gesellschaftsordnung; die bis dahin herr
schenden Klassen haben weder Interesse noch Verständnis für die neue Lehre
die ihnen als Feind erscheinen muß, den sie möglichst niederzuhalten und z
widerlegen versuchen müssen. So war es mit der Naturwissenschaft, die zu
gleich mit der Bourgeoisie emporstieg; so ist jetzt die politische Ökonomie ein
Wissenschaft des Proletariats. An diesen beiden Beispielen läßt sich am beste
zeigen, was unter Klassenwissenschaft zu verstehen ist.

II.

Die marxistische Nationalökonomie ist nicht wie ein Meteor vom Himm
gefallen; sie hat weder mit allen vorhergehenden Untersuchungen reinen Tis
gemacht, noch deren Resultate in die Rumpelkammer geschleudert; sie ruht au
den Arbeiten bürgerlicher Gelehrten wie A. Smith und Ricardo und bild
deren Vollendung und Abschluß. Dennoch ist sie eine wesentlich proletarisch
Wissenschaft, wie jeder Beobachter der Praxis des Klassenkampfes weiß. D
bürgerliche Klasse hat kein Interesse daran, daß die Wahrheit über die Gesel
schaft enthüllt wird, eine Wahrheit, die nur dazu dienen kann, die Vergän
lichkeit einer Herrschaft darzutun, unter deren Joche sie uns am liebsten ewi
halten möchte, eine Wahrheit, die nur dazu dienen kann, sie selbst zu en
mutigen und ihren Gegner zu stärken und mit Siegeszuversicht zu erfüller
sie braucht eine Lehre, durch die ihr noch im Hinsterben ein ewiges od
wenigstens ein langes Leben vorgegaukelt wird. Das Proletariat dagegen h
alles Interesse daran, das innere Getriebe der Gesellschaft zu erforschen un
so die Ursache der unendlichen Qualen aufzudecken, die das heutige System ih
aufbürdet. Weil die Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, die nichts zu verberge
hat und die deshalb den gesellschaftlichen Erscheinungen unbefangen gegenübe
steht, ist sie allein in der Lage, die Wahrheit über die Gesellschaft einzusehe
und zu verfechten. Und so stark ist das Band zwischen dieser Klasse und dies
Wissenschaft, daß nur derjenige, der die Welt mit den Augen des Proletarier
anzusehen gelernt hat, imstande ist, die Marxschen ökonomischen Lehren völl
zu verstehen, und daß, wer dieselben auch nur halb versteht, sich im gesel
schaftlichen Kampfe sofort auf die Seite der Arbeiterklasse stellen wird. S
stark ist das Band, daß der Klassenkampf da, wo er durch Diskussionen gefüh
wird, die sich stets tieferen Grundanschauungen zuwenden, auf einen Stre
über die nationalökonomischen Lehren hinausläuft, in dem sich Bourgeoisie un
Proletariat nie miteinander verstehen werden.

Gegenüber wohlfeilen Witzen der Verständnislosigkeit über feudale Math
matik und bürgerliche Chemie kann dieses allgemein anerkannte Beispiel ein
Klassenwissenschaft zeigen, wie es mit dem Verhältnis von Klasse und Wisse
schaft bestellt ist. Es bedeutet nicht, daß jede Klasse über alle Wissenschaft
besondere Ansichten hegt; es bedeutet, daß eine besondere Wissenschaft Obje
vom und zugleich Waffe im Klassenkampf sein kann, und daß nur eine Kla
an ihrer Erforschung, Wahrheit und Verbreitung Interesse hat, wodurch ih
Förderung zur wichtigen Lebensfrage für diese Klasse wird.

Ungefähr so wie jetzt mit der Ökonomie ging es vor einigen Jahrhunderten nit der Naturwissenschaft. Die mittelalterliche katholische Kirche hatte kein Interesse an der Naturforschung, die nur dazu führen konnte, ihre geistige lutorität und damit ihre weltliche Macht in Frage zu stellen. Das emporteigende Bürgertum der Städte, das aus solchen frühesten Entdeckungen, wie ie des Schießpulvers und des Kompasses, erhöhte Macht und Gewinn gezogen atte, wandte sich mit um so größerer Energie der Förderung des systemaischen Naturstudiums zu, als dieses ihm die geistigen Waffen zu liefern verprach, die es brauchte, um sich der kirchlichen Herrschaft und Ausbeutung zu ntledigen. Universitäten zur Pflege der Wissenschaft wurden von den Städten der von den Fürsten, den damaligen Bundesgenossen des Bürgertums, geiftet, und diese letzteren schützten oft durch ihre Macht die Naturforscher, die urch ihre „ketzerischen" Entdeckungen den Haß der Kirche auf sich gezogen atten. Man braucht nur Namen wie Roger Bacon, Giordano Bruno, Galilei, Vesalius zu nennen, um sich den erbitterten geistigen Kampf zu veregenwärtigen, der damals von der untergehenden mittelalterlichen Kirche gegen ie Wissenschaft der Bourgeoisie geführt wurde. Als Beispiel ihrer geistigen Vaffen gegen diese Wissenschaft, zugleich als ergötzliche Illustration zu der udalen Mathematik von Genosse Bax mögen hier die Argumente eines iönchischen Widersachers von Galilei erwähnt werden: „Die Geometrie ist eine unst des Teufels, und die Mathematiker sollten aus allen Ländern verbannt erden, denn sie sind die Urheber aller Ketzerei."[1]

Mit der Herrschaft der Bourgeoisie sind auch die Naturwissenschaften zu hren und Würden gekommen, denn ihr Nutzen blieb und stieg fortwährend. Die Erforschung der Naturkräfte gestattet, sie in nie aufhörenden Verbesserungen er Technik den Menschen dienstbar zu machen, wodurch die Lebensbedürfnisse nmer billiger, der Wert der Arbeitskraft immer geringer und der Grad der usbeutung, also die relative Masse des Mehrwertes immer größer wird. lebenbei tat sie noch lange in einem freilich weniger tiefgehenden geistigen ampfe Dienst. Die Überreste der mittelalterlichen Gewalten haben sich zwar it der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Produktion versöhnen üssen; sie haben sich daran angepaßt, sind gleichsam als reaktionärer Flügel die Bourgeoisie einverleibt und haben sich also auch an der bürgerlichen ultur bis zu gewisser Höhe beteiligen müssen; sie pflegen auch die Wissenhaft, namentlich der Jesuitenorden hat tüchtige Gelehrte hervorgebracht. Aber e Macht, in der sie sich bis jetzt zu behaupten wußten, und ihr Anspruch auf nen Teil des Mehrwertes beruht auf dem angeblichen ausschließlichen Besitz ner göttlichen Wahrheit, die sie für die Menschheit unentbehrlich macht. Wo ese Wahrheit von den Resultaten der Wissenschaft immer aufs neue als Lüge tlarvt wird, ist die Wissenschaft noch immer ein Gegenstand des Hasses dieser aktionären Gewalten und ein Kampfmittel der Bourgeoisie, um sich dieses nspruchs zu entledigen; der Kampf der katholischen und der protestantischen irche im neunzehnten Jahrhundert wider den Darwinismus ist ein Beispiel won. Mit dem Emporsteigen des Proletariats verschwindet jedoch das nteresse der Bourgeoisie an diesem Kampfe: sie will mit Freude einen Teil s Mehrwertes der Kirche überlassen, wenn diese dafür das Proletariat ederhält.

[1] Libri, Histoire des sciences mathématiques en Italie. IV, 232.

Zwischen Bourgeoisie und Proletariat gibt es über den Wert der Natur wissenschaft keinen Streit. Das praktische Ergebnis der Naturforschung, di riesenhafte Vergrößerung der Produktivität der Arbeit, erkennen wir als di große Leistung des Kapitalismus an. An der Förderung der Naturerkenntni hat das Proletariat ein noch viel größeres Interesse als die Bourgeoisie, wei die Frucht davon im Sozialismus Erleichterung der notwendigen Arbeitsmüh für jeden, im Kapitalismus nur größeren Gewinn für einzelne bedeutet. Dahe findet alles, was die Bourgeoisie im Interesse der Wissenschaft tut, bei de Arbeiterklasse die lebhafteste Zustimmung und Sympathie, und die Helden un Märtyrer der Naturwissenschaft, die großen Entdecker und die fleißigen Forsche werden von dem Proletariat nicht weniger als von der liberalen Bourgeoisi in Ehren gehalten.

III.

Wie steht es nun aber mit der Philosophie? Wie mit der Naturwisser schaft, womit Genosse Bax sie in einem Atem nennt, oder wie mit der Ök nomie?

In meinem vorigen Aufsatz habe ich gezeigt, daß dem Sozialismus durc seine Theorie, den historischen Materialismus, die Möglichkeit gegeben ist, z einer wissenschaftlichen Erkenntnistheorie zu kommen. Der historische Materi lismus[1] ist der theoretische Ausdruck der Gesellschafts- und also zugleich de Weltanschauung des Sozialismus; er wurde entwickelt als Gegensatz un Widerlegung der Hegelschen Philosophie und ist als solcher der Erbe und de Schlußstein der klassischen deutschen Philosophie; man darf ihn daher mit Fu und Recht die Philosophie des Proletariats nennen. Dabei ist der Begri Philosophie in dem weiten Sinne aufgefaßt wie in der klassischen Zeit, wo d Philosophie sich zugleich mit den tiefsten Fragen über Gott und Welt, Anfan und Ende, Sinn und Ziel des Menschendaseins, mit der Metaphysik befaß und aufs engste mit der ganzen Lebensauffassung zusammenhing. Es kan daher nicht wundernehmen, wenn die „Erzeugnisse von ernsten und objektive Denkern" auf dem Gebiet der Philosophie in hohem Maße bedingt wurde durch die allgemeinen Anschauungen der damaligen Zeit, das heißt der Klass die damals die bedeutendste war, und daher können diese Erzeugnisse nic ohne weiteres als objektive Resultate der Wissenschaft akzeptiert werden.

Nachdem die philosophische Forschung einmal angefangen hatte, die Gewiß heit desjenigen, das die Religion zu glauben befahl, vernunftmäßig zu prüfe

---

[1] Hätte Genosse Bax meine Ausführungen S. 137 aufmerksam gelesen, so hätte er au nicht zu seinem Mißverständnis über den historischen Materialismus kommen können, a bestehe zwischen ökonomischer Struktur und Ideen nur das Verhältnis von Ursache und Wi kung. Ich sagte dort: „Die Tatsachen der Geschichte sind das Werk von denkenden un wollenden Menschen. Alles, was die Menschen taten, mußte zuvor im Geiste sein, zuerst a Gedanke, dann als Wille zur Tat. Den Inhalt seiner Gedanken zeigt der Mensch einersei in seinem praktischen Handeln. . . ." Es findet also wirklich eine Wechselwirkung statt. D es jedoch allbekannt und selbstverständlich ist, daß die Ideen die Ursachen von Änderunge der Gesellschaftsstruktur sind, brauchte das nicht besonders hervorgehoben zu werden nebe der neuen Entdeckung, daß der Ursprung dieser Ideen selbst wieder in der ökonomische Struktur, in den Bedürfnissen der Produktionsweise zu finden war. Der historische Materi lismus widerlegt nicht die alte Anschauung, daß der Mensch die Gesellschaft nach seine Ideen ummodelt, sondern die damit eng verbundene bürgerliche Anschauung, daß diese Idee von selbst entstehen, zufällig oder die Konsequenzen der ewig-menschlichen Natur seien.

mußte sie fortschreiten bis zu einem Resultat, das mit aller Metaphysik, die einen Hauptteil der klassischen Philosophie gebildet hatte, aufräumte und die historischen, materiellen Wurzeln des übersinnlichen Glaubens bloßlegte. Für die Erkenntnistheorie hatte der historische Materialismus die Bedeutung, daß er sie reinigte von dem mystifizierenden Einfluß der bürgerlichen Metaphysik, womit sie bisher am engsten verknüpft war, und sie als einfache Wissenschaft der Erkenntnis aus dem wirren Gespinst der philosophischen Systeme herausschälte. Dem überschwenglichen Ziele der bisherigen Philosophie, die tiefsten Fragen zu lösen, setzte er das klare Bewußtsein entgegen, daß die Erforschung der Welt den speziellen Wissenschaften überlassen werden muß. Darum ist alles, was Marx über den historischen Materialismus schrieb, für die Philosophie von so großer, umwälzender Bedeutung. Zwar liest man darin wenig von dem, was Genosse Bax den „Hauptstandpunkt" der Philosophie nennt: daß die Welt Bewußtseinsinhalt, Bewußtseinsobjekt ist. Von seiner tiefsinnigen Hülle entkleidet, sagt dieser Satz nichts anderes, als daß wir die Welt nur kennen durch unser Bewußtsein, und unsere Erkenntnis also ganz durch die Organisation unseres Geistes bedingt wird. Solche Selbstverständlichkeiten können wir als vollkommen bedeutungslos ruhig fortlassen.

So sehen wir die Philosophie in doppelter Hinsicht durch die Klassenlage bedingt: die klassische Philosophie war Ausdruck der verschiedenen Formen der bürgerlichen Weltanschauung, und die proletarische Weltanschauung erschloß neue Einblicke in das Wesen des Geistes. Dieser Zusammenhang wird weiterhin dadurch bestätigt, daß es mit der Philosophie im neunzehnten Jahrhundert ähnlich geht wie mit der Ökonomie. So wenig der Ausgang der klassischen Ökonomie in die Werttheorie von Karl Marx die bürgerliche Welt befriedigen konnte, so wenig konnte es der Ausgang der klassischen Philosophie in den historischen Materialismus. Weder für das eine noch für das andere hatte sie Verständnis; es lag außerhalb ihres Gesichtskreises, und sie suchte auf den klassischen Lehren andere Konsequenzen aufzubauen. Als die Marxschen Lehren wieder in ihrem Gesichtskreis emportauchten, waren sie Rüstung und Waffe einer drohend anschwellenden proletarischen Bewegung. Daher mußte das Streben, die sozialistischen Lehren zu widerlegen, der Arbeit der bürgerlichen Gelehrten ihre bestimmte Richtung geben. Da die sozialistische Theorie als Wissenschaft auftrat und gleich der Naturwissenschaft auf wissenschaftliche Gewißheit Anspruch machte, war der modernen bürgerlichen Erkenntnistheorie sofort die Gestalt angewiesen, in die sie ihre übrigens oft sehr richtigen und wertvollen Erörterungen kleiden mußte. Sie legt vor allem den Nachdruck auf das Relative und Hypothetische in den Grundlagen aller Wissenschaft; der Name Erkenntnis*kritik* oder Kritizismus, den sie sich selbst am liebsten beilegt, ist bedeutungsvoll. Aus der klassischen Philosophie hebt sie hauptsächlich Ansichten hervor, die die Welt als etwas von uns nur Vorgestelltes behandeln; die Grenzen der Erkenntnis bilden ein beliebtes Thema. Mit besonderer Vorliebe verkündet sie Sätze wie den oben erwähnten als ihren „Hauptstandpunkt", um dadurch den Blick von dieser Welt des Sinnenscheins emporzulenken nach einer höheren, übersinnlichen Welt, wobei zugleich das Streben der habsüchtigen Arbeiter nach einer besseren Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse durch „die" Philosophie als kurzsichtig und beschränkt bezeichnet wird. Die herrschende Klasse hat kein Interesse daran, daß jetzt an dem Glauben an das Übersinnliche, dem einzigen, der noch imstande ist, die Proletarier mit ihrer

Lage zu versöhnen, gerüttelt wird; sie hat kein Interesse daran, daß von allem was geheimnisvoll erscheint, der Schleier weggenommen wird; sie hat kei Interesse mehr daran, daß das Wort: „die Wissenschaft hat es bewiesen" ei ehrfurchtsvolles Gehör findet; das kommt in der modernen bürgerlichen Philo sophie zum Ausdruck.

Die Arbeiterklasse dagegen hat das Bedürfnis nach einer Wissenschaft, di gestattet, den Schein zu durchschauen, die feingesponnenen gelehrten Schleier z zerreißen, die frommen Larven abzureißen; sie braucht Wahrheit. Und sie is auch zuerst dazu imstande. „Erst eine historische Entwicklung", sagte Jose Dietzgen in der Vorrede zu „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit", „welch so weit vorgeschritten, um die Auflösung der letzten Herr- und Knechtschaft z erstreben, kann soweit der Vorurteile entbehren, um das Urteil im allgemeine das Erkenntnisvermögen, die Kopfarbeit wahr und recht zu erfassen.... Ers die neue Ära des vierten Standes findet den Gespensterglauben soweit ent behrlich, um den letzten Urheber alles Spuks, um den reinen Geist entlarve zu dürfen."

Es wird Genosse Bax jetzt wohl klar sein, in welchem Sinne man vo Klassenwissenschaft und von proletarischer Philosophie reden darf. Eine besonder Erörterung über Dietzgens Bedeutung können wir beiseite lassen; wenn Genoss Bax versichert, dieselben Ansichten wie bei Dietzgen fänden sich bei den englische Empiristen, so nenne er Name und Werk. Wir fürchten jedoch, daß er sic hier von einer oberflächlichen Analogie hat verführen lassen und daß sein kritisch-sarkastischen Bemerkungen über Dietzgen nur daher kommen, daß er mi dem Inhalt von dessen Schriften nicht genügend vertraut ist.

Nach dem ersten Akt.

Von **Rosa Luxemburg.**

Vor einer Woche schrieben wir über die Revolution in Petersburg, heu ist es die Revolution fast im ganzen Reiche. In allen größeren Städten — i Moskau, Riga, Wilna, in Mitau und Libau, in Jekaterinoslaw und Kiew in Warschau und Lodz haben die Proletarier mit Massenstreiks — in Warscha mit einem Generalstreik im buchstäblichen Sinne — auf die Petersburge Schlächterei geantwortet und ihre politische Klassensolidarität mit dem Prol tariat an der Newa tatkräftig bewiesen. Und mit der Masse, die in Aktio tritt, wächst, um mit Marx zu reden, auch „die Gründlichkeit" der Masse, dere Aktion sie ist.

In Petersburg war die Erhebung des Proletariats spontan und das Signa dazu von einem zufälligen Führer gegeben, wenn auch die Ziele, das Pr gramm und damit der politische Charakter der Erhebung, wie jetzt dur genaue Berichte festgestellt ist, direkt durch das Eingreifen sozialdemokra tischer Arbeiter bestimmt wurden. Im übrigen Reiche und namentlich i Polen war die Urheberschaft und die Leitung der Bewegung von vornherei in den Händen der Sozialdemokratie. Freilich, auch hier nicht in dem Sinn daß die Sozialdemokratie aus freien Stücken, nur nach eigenem Gutdünken d Massenstreiks aus dem Boden gestampft hätte. Sie mußte sich vielmehr übera dem Drängen der Arbeiterschaft anpassen, die schon durch die ersten Nac richten und Gerüchte von den Petersburger Ereignissen in Erregung kam ur

nstinktiv zur solidarischen Aktion griff. Aber die Sozialdemokratie war es, ie dem Stürmen der Masse sofort den nötigen Ausdruck, die politische Parole nd die klare Richtung gab.

So hat die russische Revolution, im ganzen betrachtet, bereits am Tage nach em Blutbad vom 22. Januar den ausgesprochenen Charakter einer politischen Klassenerhebung des Proletariats erhalten. Denn gerade das Echo, das die Petersburger Ereignisse sofort in anderen Industriestädten und Gegenden Rußlands gefunden, ist der beste Beweis, daß es sich in Petersburg nicht um eine olierte blinde Verzweiflungsrevolte einer bestimmten Arbeiterschaft handelte, ie deren mehrere und blutige unter der russischen Bauernschaft von Zeit zu eit seit jeher vorkommen, sondern daß es ein Ausdruck derselben Gärung und erselben Bestrebungen war, die in den Industriearbeitern im ganzen Reiche bendig sind. Eine derartige bewußte offene Solidaritätsaktion, und zwar olitische Solidaritätsaktion, der Arbeiterschaft in den verschiedenen Städten nd Gegenden Rußlands hat es noch nicht gegeben, seit das Zarenreich existiert. uch nicht die Maifeier, deren Idee in Rußland mächtig gewirkt, hat es je ermocht, eine annähernd zusammenhängende Massenkundgebung hervorzurufen. rst der unmittelbare Kampf hat sie plötzlich zur Tat werden lassen und zum stenmal bewiesen, daß die Arbeiterklasse im Zarenreich nunmehr nicht bloß n abstrakter Begriff oder ein mechanisches Aggregat isolierter Proletariergruppen mit gleichartigen Interessen und parallelen Bestrebungen ist, sondern n organisches, aktionsfähiges Ganzes, eine politische Klasse mit gemeinmem Willen und gemeinsamem Klassenbewußtsein. Seit den Kämpfen der tzten Woche gibt es im Zarenreich nicht mehr zersprengte russische Arbeiter Norden, im Süden, im Osten, lettische, jüdische, polnische Proletarier, die, der Trupp für sich, an den Ketten der gemeinsamen Sklaverei rütteln. Dem arentum gegenüber steht heute eine geschlossene proletarische Phalanx, die rch die ungeheuren Opfer im Kampfe bewiesen hat, daß sie das uralte sungswort der Regierungsweisheit jedes Despotismus: divide et impera, ündlich zu durchkreuzen verstanden hat und die durch das vergossene Blut el wirksamer als durch alle papierenen „Verträge" geheimer Parteikonventikel einer revolutionären Klasse zusammengekittet worden ist.

Darin liegt der bleibende Wert der letzten Januarwoche, die in der Geschichte des internationalen Proletariats und seines Emanzipationskampfes eine ochemachende ist. Das Proletariat Rußlands hat zum erstenmal die politische Bühne als selbständige Macht beschritten, hat in der Schlächterei des . Januar seine historische Bluttaufe erhalten, wie das Pariser Proletariat der Junischlächterei, und ist als neues aktives Glied in die internationale milie des kämpfenden Proletariats eingetreten.

Daß diese gewaltige Tatsache für den bürgerlichen Literaten nicht existiert, sich darauf beschränkt, das befürchtete Martyrium Maxim Gorkis schleunigst e gemeinen Münze mossischer Reklamezwecke auszuprägen, ist nicht mehr wie der Ordnung. Will man gar in reinster Form die grotesken Sprünge der rgerlichen „Intelligenz" vom heutigen Tage vor dem historischen Drama an Newa Spasses halber einmal betrachten, so braucht man nur die in allen rben des „modernen" Dekadenzspülichtes schillernde „Zukunft" des Herrn rden nehmen, der um die Wette mit Trepows Telegraphenagenturen schwarz f weiß beweist, daß der jetzige politische Zustand Rußlands „dem Bedürfnis russischen Masse genügt", die „armen", von Demagogen „mißbrauchten"

Petersburger Arbeiter als fromme und treuherzige Zarenlämmer vor der We rehabilitiert und den Todesmarsch der 2000 um die Freiheit ringenden Prol tarier für ein Kinderspiel gegen — die Dekabristenrevolte vor achtzig Jahre erklärt, in der „sogar Gardeoffiziere" schon einmal die Republik ausgerufe hätten. Bürgerliche Normalschädel waren in ihrer besten Zeit nicht dazu g macht, die historische Größe proletarischer Kämpfe zu fassen. Es werden daz am allerwenigsten die Zwergschädel der Verfallsbourgeoisie berufen sein.

Aber auch für die internationale Sozialdemokratie ist die Erhebung de russischen Proletariats ein neues Phänomen, das man sich erst geistig assim lieren muß. Wir sind alle, mögen wir noch so dialektisch denken, in unsere unmittelbaren Bewußtseinszuständen unverbesserliche Metaphysiker, die an de Unwandelbarkeit der Dinge kleben. Und obwohl wir die Partei des soziale Fortschritts sind, so ist für uns selbst jede gesunde Portion Fortschritt, d unsichtbar vor sich gegangen und nun plötzlich im fertigen Resultat vor un ersteht, eine Überraschung, an die wir erst hinterdrein unsere Vorstellunge anpassen müssen. In der Vorstellung gar manches Sozialdemokraten Wes europas lebt der russische Proletarier immer noch als der Muschik, der Baue mit langem Flachshaar, Fußlappen und stupidem Gesichtsausdruck, der, er gestern vom Lande gekommen, ein fremder Gast in der modern-städtische Kulturwelt ist. Man hat gar nicht bemerkt, wie sich die kulturelle und geisti Hebung des russischen Proletariats durch den Kapitalismus und sodann dur die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit unter der Bleidecke des Absolutismu vollzogen, wie sich der Muschik von gestern in den intelligenten, wissensdurstige idealistischen, kampfbereiten, ehrgeizigen Großstadtproletarier von heute ve wandelt hat. Und wenn man bedenkt, daß die eigentliche sozialdemokratisc Agitation in Rußland kaum fünfzehn Jahre dauert, daß der erste Versu eines gewerkschaftlichen Massenkampfes in Petersburg vom Jahre 1896 datier so muß das Tempo der inneren Minierarbeit des sozialen Fortschritts gerade als ein *rasendes* erkannt werden. Alle schleppenden Nebel und brauende Dämpfe der Stagnation sind vom proletarischen Gewitter plötzlich zerrisse und weggefegt worden, und wo gestern noch eine rätselhafte Zwingburg de starren, jahrhundertealten Stillstandes gespenstisch zu ragen schien, steht v uns heute ein von modernsten Stürmen zerwühltes, durchbebtes Land, vo dem ein gewaltiger Feuerschein auf die gesamte bürgerliche Welt ausgeht.

Es ist eine gründliche Lektion revolutionären Optimismus, die uns dur die Petersburger Ereignisse erteilt wird. Durch tausend Hindernisse, durch al mittelalterlichen Bollwerke, ohne alle modernen politischen und sozialen Leben bedingungen setzt sich das eherne Gesetz der kapitalistischen Entwicklung in d Klassengeburt, das Wachstum und das Bewußtsein des Proletariats siegrei durch. Und erst in vulkanischen Ausbrüchen der Revolution zeigt sich, w rasch und gründlich der junge Maulwurf gearbeitet hat. Wie lustig arbeit er erst der westeuropäischen bürgerlichen Gesellschaft unter den Füßen! D politische Reife und die latente revolutionäre Energie der Arbeiterklasse m Wahlstatistiken oder Gewerkschafts- und Wahlvereinsziffern messen wollen, hei an den Montblanc mit dem Schneiderzentimeter herantreten. Wir wissen g nicht in den sogenannten Normalzeiten des bürgerlichen Alltags, wie mächt unsere Ideen bereits Wurzel gefaßt, wie stark das Proletariat und wie innerli morsch der Aufbau der herrschenden Gesellschaft bereits ist. Und alle Schwa kungen und Verirrungen des Opportunismus laufen im letzten Grunde a

ine falsche Rechnung mit den Kräften der sozialistischen Bewegung, auf eine ubjektive Illusion der Schwäche hinaus.

Mag deshalb platte Kleingeisterei, die nur den kupfernen Pfennig des ofortigen materiellen greifbaren Erfolges mit der Hand zu fassen versteht, über ie „mißlungene Revolution“, über ergebnisloses „Strohfeuer“ der Petersburger rhebung eifern, weil der Absolutismus formell noch existiert, die konstituierende Versammlung noch nicht einberufen ist und die heute noch streikenden Massen ahrscheinlich morgen äußerlich in den Alltag zurückkehren werden. Tatsächlich aben die Ereignisse der letzten Woche durch die Existenz der russischen Ge- llschaft einen Riß gemacht, der nie mehr zugekittet werden kann. Es ist nicht ehr derselbe Zarismus, nicht mehr dieselbe Arbeiterklasse, nicht mehr dieselbe esellschaft, die aus dem revolutionären Strudel hervorgehen. Der Zarismus at innerlich seinen Todesstoß bereits erhalten und seine Weiterexistenz, wie rz oder lang sie auch sein mag, kann nur eine Agonie sein. Er hat zum stenmal Auge in Auge mit derjenigen Volksklasse gestanden, die berufen ist, n zu stürzen. Er hat vor der ganzen Welt dargetan, daß er nicht mehr ank der Passivität, sondern nur noch gegen den positiven Willen derjenigen olksschicht existiert, deren Wille politisch ausschlaggebend ist. Die Arbeiter- asse hat zum erstenmal als Ganzes offen gekämpft und die politische Führung r Gesellschaft gegen den Absolutismus an sich gerissen. Auch die letzte Waffe r brutalen Gewalt, mit der der Absolutismus heute noch knapp gesiegt hat, t gerade durch diesen Gebrauch schartig geworden: das Militär ist sicher durch n Bürgerkrieg so stark demoralisiert und politisch aufgerüttelt worden, wie Jahrzehnte geheimer Kasernenagitation nicht hätten tun können. Noch ein- al darf der Zarismus eine militärische Kraftprobe mit dem eigenen Volke um riskieren.

Und nun beginnt erst die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie, um n revolutionären Zustand in Permanenz zu erhalten. Ihre Pflicht ergibt h von selbst aus der Neigung der politischen Kurzsichtigkeit, den Mißerfolg d das Ende des Kampfes dort zu erblicken, wo erst der Anfang der Revo- tion ist. Der pessimistischen Niedergeschlagenheit der Arbeitermasse entgegen- wirken, auf die die Reaktion spekuliert, den inneren Sinn in die enormen rgebnisse der ersten Attacke dem Proletariat klar zu machen, dem Katzenjammer rzubeugen, der sich gewöhnlich der Masse in bürgerlichen Revolutionen zu mächtigen pflegt, sobald der Zweck der Revolution nicht sofort sichtbar er- icht ist, und der sich ganz zweifellos der liberalen Helden in Rußland hon morgen bemächtigen wird, dies ist die reichliche Arbeit, die sich zunächst r die Sozialdemokratie eröffnet. Die Sozialdemokratie vermag weder in ußland noch sonst in der Welt historische Momente und Situationen künstlich schaffen, wie sich jugendliches Maulheldentum vielleicht einbilden mag. Aber as sie kann und muß, ist, die jeweilige Situation ausnützen, indem sie ihren storischen Sinn und ihre Konsequenzen dem Proletariat zum Bewußtsein ingt und es so zu weiteren Momenten des Kampfes hinüberleitet.

Im gegebenen Moment in Rußland ergibt sich die wichtigste Notwendig- t: der Masse nach dem ersten Kampfe aufklärend, anfeuernd, ermutigend izustehen. Und diese Aufgabe werden weder die Gapons, die gewöhnlich ie Meteore in der Revolution aufzublitzen und dann für immer unter- tauchen pflegen, noch die Liberalen, die nach jedem Anlauf seit jeher wie aschenmesser zusammenklappen, noch auch die allerlei revolutionären Abenteurer

ausführen, die bei einer großen Attacke stets mitzuknallen bereit sind. Die Funktion kann auch in Rußland nur die Sozialdemokratie erfüllen, die jeden Einzelmoment des Kampfes überlegen ist, weil sie ein über alle Einzelmomen hinausführendes Endziel hat, die deshalb nicht im unmittelbaren Erfolg od Mißerfolg des Momentes das Ende der Welt erblickt, kurz, die Sozialdem kratie, für die die Arbeiterklasse nicht Mittel zum Zwecke der politischen Fre heit ist, sondern die politische Freiheit Mittel zum Zwecke der Emanzipatio der Arbeiterklasse.

Die zivilisierte Welt und der Zar.[1]

Von **K. Kautsky.**

Die Redaktion der „Vie Socialiste“ fordert mich auf, meine Ansichten üb den Zarismus und seine jüngsten Bestialitäten auszusprechen. Die Antwo darauf kann nur eine selbstverständliche sein. Denn selbstverständlich ist e daß jeder Sozialist Grimm und Verachtung für die tückischen Bluthunde a der Newa empfindet, mit Grauen des Blutbads von Petersburg gedenkt, m Jubel und Verehrung der Tausende von Helden, die sich der zarischen So dateska entgegenwarfen, um mit ihrem Herzblut die Sache der Revolution zu Sache des gesamten russischen Volkes zu weihen. Ebenso selbstverständlich ab ist es auch für jeden Sozialisten, daß er über den Helden von heute nicht d Helden von gestern vergißt und über den Helden mit klingenden Namen i Wissenschaft und Kunst nicht jene aus der großen anonymen Menge, d kämpfen und dulden bloß um der Sache willen, ohne die geringste Aussicht, j mals Anerkennung oder gar Ruhm dafür zu ernten; jene bescheidenen Proletarie denen der Kampf gegen die herrschende Ordnung in Staat und Gesellschaft ei fach Bedürfnis und Pflicht ist, der sie als einer Naturnotwendigkeit gehorche

Selbstverständlich ist es auch, daß wir uns erinnern, wie die riesenhaf Bewegung von heute unmöglich wäre, wenn nicht die russische Sozialdem kratie den eigentlichen kraftvollen Träger dieser Bewegung, das industriel Proletariat, in zwanzigjähriger mühsamer und opfervoller Arbeit geschult hätt immer wieder von neuem versuchend, es zu organisieren, es aufzuklären üb seine Klassenlage und seine historische Rolle.

Das Große, was sich jetzt in Rußland vollzieht, ist zum erheblichen Tei nur die Ernte dessen, was viele Jahre lang gesät worden, unter Verhältnisse die geeignet waren, den Stärksten zu entmutigen und aufzureiben, in denen nu die tiefste theoretische Einsicht gepaart mit der selbstlosesten Hingebung die Hof nungslosigkeit ebenso wie den Drang nach Abenteuern zu überwinden und dur nie erlahmenden Feuereifer und ruhige, zielbewußte Arbeit zu ersetzen vermocht

Aber so selbstverständlich das alles ist, so schwierig ist die Antwort auf d Frage, die sich uns allen ebenfalls als selbstverständlich aufdrängt: Was tu um unseren kämpfenden Brüdern in Rußland zu Hilfe zu kommen?

Zunächst freilich ist das, was wir machen können, sehr wenig. Gel sammeln ist das wichtigste, nicht minder wichtig aber ist es, allen Bunde genossen des Zaren die Larve vom Gesicht zu reißen und ihnen ihr schmutzige Handwerk möglichst zu erschweren. Und dieser Bundesgenossen gibt es meh

[1] Die „Vie Socialiste“ in Paris hat eine Umfrage bei einer Reihe von Genossen de internationalen Sozialdemokratie über den russischen Absolutismus veranstaltet. Außer i unserem französischen Bruderorgan veröffentliche ich meine Antwort auch hier. K. K

ls man glaubt. Nichts verhängnisvoller, als wenn man im jetzigen Moment
em europäischen Proletariat einreden wollte, es sollte der liberalen Bour=
eoisie und den konstitutionellen Monarchen und republikanischen Oberhäuptern
ertrauen, deren Abscheu den Zarismus außerhalb ihrer Gemeinschaft stellen
nd dadurch zur Kapitulation nötigen würde. Es hat nie eine schlimmere
topie gegeben als diese. Sie beruht auf einer Naivität, die sich der des
riesters Gapon würdig an die Seite stellt.

Tatsächlich hat der Zarismus nie mehr Bundesgenossen und Freunde unter
:n herrschenden Klassen Europas gehabt, als eben jetzt. Vor einem halben
ahrhundert, als die Bourgeoisie noch nicht ganz ihrer revolutionären Phase
itwachsen war, stand sie und standen vielfach auch die Regierungen Europas
:m russischen Zaren feindselig gegenüber. Als während des Krimkriegs
reußen eine wohlwollende Neutralität für Rußland beobachtete, blieb es damit
ınz allein und erntete dafür die allgemeine Verachtung Europas. Seitdem
ıt die Bourgeoisie in Europa alles erlangt, was sie braucht, sie ist damit
nservativ geworden, und ihr gegenüber ist ihr Nachfolger und Erbe und
otengräber zu drohender Kraft herangewachsen: das arbeitende Proletariat.

Wohl sind die herrschenden und ausbeutenden Klassen auch heute noch nicht
ıe einheitliche und einige Masse. Tiefe Interessengegensätze zerklüften sie, die
ir auszunutzen haben.

Aber einig ist die gesamte Bourgeoisie aller Arten in ihrem Abscheu gegen
: Revolution und in ihrem Hasse gegen das kämpfende Proletariat, das heute
: einzige wirklich revolutionäre Klasse geworden ist, ein Umstand, der mehr
ch als die nächsten Klasseninteressen des Proletariats einen unübersteiglichen
ɔgrund zwischen ihm und allen bürgerlichen Klassen eröffnet.

Dem Proletariat gegenüber unterscheiden sich die verschiedenen Schichten der
ɔurgeoisie nicht durch ihre Feindseligkeit, sondern nur durch die Art, wie sie
nen Fortschritt hemmen wollen: die einen wollen das erreichen durch seine
waltsame Niederhaltung, die anderen durch seine Korrumpierung;
: einen durch Polizei und Militär, die anderen durch demokratische Allüren,
sie heucheln, und durch Versprechungen, die sie nie einlösen.

Durch nichts kann man das Proletariat heute mehr schädigen als dadurch,
ß man ihm einredet, es solle diese demokratischen Allüren ernst nehmen und
se Versprechungen für bare Münze halten. Man fördert dadurch das Intrigen=
el seiner gefährlichsten Feinde. Auch das Proletariat kann sagen: Gott schütze
ch vor meinen Freunden. Mit meinen Feinden will ich schon fertig werden.

Wie sich aber dem Proletariat gegenüber die verschiedenen Schichten der
itzenden Klassen Europas nicht durch den Grad ihrer Feindseligkeit,
ıdern nur durch die Art seiner Bekämpfung unterscheiden, so gilt das=
ɔe von ihrer Haltung gegenüber der russischen Revolution.

Wohl kann diese zunächst in ihren Wirkungen nur eine bürgerliche
ı; wohl ist sie eine Notwendigkeit geworden für die gesamte russische Nation,
alle Klassen des russischen Staates, mit Ausnahme des Hofes und der
itzen der Bureaukratie. Aber die Bourgeoisie Europas fühlt instinktiv, daß
Revolution in Rußland nicht ohne Rückwirkung bleiben kann auf West=
opa, und sie weiß es auch dank ihrem hochentwickelten Klasseninstinkt, daß
russische Revolution trotz ihrer bürgerlichen Resultate ihre vornehmste Trieb=
ft im Proletariat findet, einen Sieg des Proletariats darstellt, das Prole=
iat der gesamten Welt kräftigen muß.

So stehen sie alle der russischen Revolution mit mehr oder weniger schlec
verhehltem Mißbehagen gegenüber und unterscheiden sich ihr gegenüber wie de
Proletariat gegenüber nur durch die Methoden, die sie zu ihrer Niederhaltun
anraten: die einen rufen nach gewaltsamer Niederwerfung, indes die ander
fürchten, dies könne erst recht den Brand entzünden, und daher wünschen, d
Zar möge versuchen, das russische Volk durch eine Scheinkonstitution zu b
ruhigen und um den Preis seines Kampfes zu betrügen.

Sie entsetzen sich über die Vorgänge in Petersburg nicht so sehr, weil die
Tausenden von Proletariern das Leben kosteten — Proletarierleben wiegen se
leicht für diese Herrschaften —, als weil diese Vorgänge drohen, einen mäc
tigen Antrieb zur gewaltsamen Revolution zu bilden. Deswegen mißbillig
sie so energisch das Blutbad von Petersburg. Dazu mag sich wohl bei viele
namentlich den Intellektuellen, ein physischer Schauder vor dem Gräßlich
gesellen. Das ist zu vergleichen der Arbeiterfreundlichkeit, die heute außerha
der Sphäre der Politik und des Geschäftes immer mehr wächst, namentlich
der Belletristik und der bürgerlichen Ökonomie, soweit sie nicht wissenschaftli
sondern belletristisch-sentimental oder, wie man sagt, ethisch betrieben wird, d
aber Resultate auch nur in diesen ästhetischen Sphären, nicht in der Pra
der Politik und des Geschäftes zeitigt.

Nicht höher zu bewerten ist das Entsetzen der „zivilisierten Welt" über d
russischen Scheußlichkeiten. Man würde sich gewaltig täuschen, wollte man
der Bourgeoisie davon mehr erwarten als jene vorübergehenden Regungen v
Furcht und Mitleid, wie sie jede wirksam verfaßte Tragödie hervorruft. So w
etwa der mächtige Eindruck, den „Die Weber" Gerhart Hauptmanns erzeugte
noch keinem einzigen Weber den Lohn erhöht und keinen einzigen Streik übe
flüssig gemacht hat, so wird der tiefe Eindruck der Petersburger Metzeleien a
das bürgerliche Publikum nicht die geringste Rückwirkung auf die Politik d
bürgerlichen Regierungen und herrschenden Parteien erregen.

Nein, wo es zu praktischem Wirken kommt, da werden Regierungen u
Kapitalisten das Mordregime von Petersburg auch weiterhin ebenso unte
stützen, wie sie das von Kischineff trotz aller ethischen Entrüstungsausbrüc
unterstützt haben. Noch ist die Allianz zwischen der Republik und dem Zar
nicht gelockert, die liberale Regierung Dänemarks wurde erst unlängst dab
ertappt, wie sie mit frechem Bruche der Neutralität Waffen für Rußla
fabrizierte, Deutschland und Österreich unterstützen den Zaren auf das be
und erschweren seinen Opfern Auswanderung und Desertion; selbst der Alliie
Japans, England, liefert Kohlen für die Kriegsflotten des Zaren — und d
Kapitalisten drängen sich dazu, die Anleihen des bankerotten Staates
zeichnen, um die Tage der Autokratie zu verlängern!

Das sind die Taten der Regierungen und der Kapitalisten gegenüber de
selben Regime, über dessen Fluchwürdigkeiten sie in Salons und Zeitung
einige billige Tränen vergießen.

Nein, auch hier kann kein Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie fruc
bringend wirken, gibt es keine Regierung, der das Proletariat trauen könnt
auch der russischen Revolution gegenüber steht das Proletariat Europas allein, h
es keine zuverlässigen Bundesgenossen, ist es auf seine eigene Kraft angewiese

Es ist aber um so notwendiger, daß es sich dessen voll bewußt wird u
sich nicht auf andere Faktoren verläßt, als die russische Revolution es vi
leicht gar bald vor eine entscheidende Kraftprobe stellen wird.

Siegt früher oder später die Revolution in Rußland, wie wir allen Grund iben, zu erwarten, dann ist zu befürchten, daß die reaktionären Mächte uropas nicht ruhig zusehen, sondern sich ebenso gegen die Revolution im Osten rschwören, wie sie sich Ende des achtzehnten Jahrhunderts gegen die Revolution Westen verschworen haben. Dann würde dem gesamten europäischen Prole=riat eine gewaltige Aufgabe erwachsen, weil es dann gälte, das Spiel dieser nterrevolutionären Koalition zu durchkreuzen.

Die wichtigste Entscheidung fiele aber in einer solchen Situation dem fran=sischen Proletariat zu, denn von seiner Kraft hinge es ab, welchen Sinn nun e franko=russische Allianz erhielte. Es müßte alles aufbieten, ihr einen volutionären Sinn zu geben, sie aus der Mesalliance zwischen dem Despoten id der Republik zu dem natürlichen Bündnis zwischen der russischen und der anzösischen Revolution zu gestalten. Das ergäbe die wirksamste Paralysierung r reaktionären Koalition.

Aber dieser Bündnisfall wird, dessen können wir versichert sein, in allen irgerlichen Parteien Frankreichs seine Gegner finden. Sie alle, die hündisch r dem Zaren gekrochen sind — einmütig von der äußersten Rechten bis weit die äußerste Linke — sie alle werden sich weigern, die Allianz mit Rußland rtzusetzen und ihre praktischen Konsequenzen zu ziehen, wenn das russische olk an Stelle des Zaren getreten ist. Die bürgerliche Republik hält ir den Unterdrücker Rußlands, nicht die Revolution Rußlands für ndnisfähig. Nur die soziale Republik wird ein treuer und kampffroher undesgenosse eines freien Rußland sein.

So kann das sozialistische Proletariat Frankreichs vielleicht gar bald vor ie schwere Kraftprobe gestellt werden, von deren Ausfall das Schicksal nicht ir Rußlands und Frankreichs, sondern auch das des gesamten internationalen ozialismus in den nächsten Jahrzehnten abhängt. Wir alle müssen wünschen, ß dieser große Moment das französische Proletariat einig, stark und klar er seine wirklichen Freunde und Feinde vorfinde. Die russische Revolution rd das Proletariat ganz Europas vor die größten und schwierigsten Probleme llen. Wir werden alle Kraft, allen Scharfsinn, allen Opfermut aufbieten üssen, der riesenhaften Aufgabe gewachsen zn sein. Aber wenn's gelingt, be=utet das auch einen mächtigen Sprung nach vorwärts, zur Eroberung einer nzen neuen Welt.

Theorien über den Mehrwert.

I. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith.

is dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky.

Von **Heinrich Cunow.**

(Schluß.)

4. Produktive und unproduktive Arbeit.

Wie in den meisten seiner Definitionen gelangt Adam Smith auch in der stimmung der produktiven Arbeit und ihres Gegensatzes zur unproduktiven keiner einheitlichen Auffassung. In dem dritten Kapitel des zweiten Buches nes Werkes, in dem er sich speziell mit der Kapitalakkumulation und dem terschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit beschäftigt, laufen

vielmehr ebenfalls zwei sich gegenseitig widersprechende Auffassungen unve
mittelt nebeneinander her. Und forscht man nach den Ursachen dieses Wide
spruchs, dann zeigt sich auch hier wieder, daß Smith sich weder von de
Vorstellungen der englischen Merkantilisten zu emanzipieren, noch die physi
kratische Definition in der dem Charakter der kapitalistischen Produktion en
sprechenden Richtung konsequent fortzuentwickeln vermag.

Was ist produktive Arbeit? Wie die ältesten englischen Merkantilisten de
Tauschwert der Waren zunächst von ihrer Nutzbarkeit für die Gesellschaft a
leiten und daher im allgemeinen Gebrauchswert den eigentlichen Komponent
des „inneren“ Wertes erblicken, bis ihre Beobachtung der Preisverschiebun
der Waren im Handelsverkehr sie auf die in den Waren steckende Arbeit
quantität als Wertfaktor hinweist, so wird von ihnen auch die Frage: „Wa
ist produktive Arbeit?“ zunächst einfach dahin beantwortet: Produktive Arbe
ist solche Arbeit, die der Bedarfsbefriedigung der Gesellschaft dient. Welc
Arbeit aber dient diesem Zweck? Nach der Vorstellung der Merkantilisten al
Arbeit, die sich in verkaufbaren Gebrauchswerten (Waren) vergegenständlic
und dadurch in Geld umsetzen läßt; ganz besonders aber die Tätigkeit der Kau
und Seeleute, die diese Waren nach dem Ausland mit Vorteil verkaufen un
dadurch, daß sie mehr Geld in das Land zurückführen, als die ausgeführte
Waren auf dem einheimischen Markte wert sind, den Nationalreichtum ve
mehren. Deshalb erklärt Petty: „Landbauer, Seeleute, Soldaten, Handwerk
und Kaufleute sind die wahren Grundpfeiler jedes Gemeinwesens.“ A
niedrigsten unter den produktiven Erwerbsklassen stehen die Bauern, höher d
Handwerker, noch höher die Kaufleute, soweit sie wirklich dem Warenabs
dienen und nicht nur „eine Art Spieler“ sind, am höchsten aber der Seeman
der die Waren ins Ausland schafft, denn „es ist mehr zu gewinnen dur
Manufaktur als durch Landwirtschaft, und mehr durch Handel a
durch Manufaktur.“ Ein Seemann aber ist, wie Petty erklärt, „dr
Bauern wert“; er erfüllt nämlich drei Funktionen: er ist Transporteur d
Waren, ihr Verteidiger gegen Angriffe (also zugleich Soldat), und dritte
bringt er als Kaufmann aus dem Ausland Geld ins Land. „Die Arbeit d
Seemanns und die Fracht der Schiffe“, sagt Petty, „ist stets von der Nat
einer ausgeführten Ware; der Überschuß daraus über den Betrag der Einfu
bringt Geld ins Land.“

Dagegen sind Ärzte, Advokaten, Beamte usw. unproduktiv, ganz besonde
aber die Geistlichen, und Petty empfiehlt deshalb denn auch, daß das Zölib
wieder für sie eingeführt und ihre Pfründen auf die Hälfte herabgesetzt würde
Auch David Hume erklärt: „Advokaten und Ärzte schaffen keine Industrie, un
ihre Reichtümer gewinnen sie nur auf Kosten anderer, so daß sie die Reic
tümer anderer gleich schnell vermindern, als sie ihre eigenen vermehren.“

Aus der damaligen Wirtschaftsform Englands und ihrem ideologische
Reflex im Merkantilismus ergibt sich dieser Begriff der produktiven Arbe
ebenso folgerichtig wie die gegenteilige Auffassung, daß nur die auf den Bode
anbau verwandte Arbeit produktiv ist, aus den Voraussetzungen des Physi
kratismus. Fällt die Anschauung, daß der Reichtum eines Landes aus de
im Außenhandel gewonnenen Vorteilen stammt, wird seine Steigerung alle
in der Vermehrung des landwirtschaftlichen Produktionsüberschusses, de
„produit net“, gesucht, so kann folgerichtig die in der Industrie und im Hand
angewandte Arbeit, mag sie auch für den Gesamtproduktionsprozeß vielleic

nentbehrlich und nützlich sein, doch nicht als Mehrerin des Nationalreichtums, lso nicht als produktiv gelten.

Hätte Smith diese Auffassung konsequent auf sein volkswirtschaftliches ystem übertragen, so hätte er zu folgender Deduktion kommen müssen: „Die lgrikulturarbeit ist also deshalb nach der physiokratischen Lehre allein pro- uktiv, weil sie allein einen Mehrertrag liefert, durch den der gesellschaftliche eichtum vermehrt und eine stetige Reproduktion der Gebrauchsgüter auf er- eiterter Basis ermöglicht wird. Wie nun aber nachgewiesen wurde, liefert icht nur die in der Landwirtschaft, sondern auch die in der Industrie an- ewandte Arbeit ein solches Mehrprodukt, folglich ist auch die industrielle Arbeit roduktiv — überhaupt jegliche Arbeit, die Mehrwert und in diesem eine gesell- haftliche Kapitalsvermehrung produziert."

Das ist eine höchst einfache Folgerung, und tatsächlich gelangt denn auch mith zu gleichen Konsequenzen, aber andererseits vermag er die Auffassung er englischen Ökonomen seines Jahrhunderts nicht abzustreifen, daß jede Arbeit roduktiv ist, die verkäufliche, gesellschaftliche Gebrauchswerte (Waren) schafft nd dadurch den Güterumlauf der Nation bereichert. Zu Anfang des oben wähnten Kapitels über produktive und unproduktive Arbeit heißt es zum eispiel:

„Es gibt eine Art Arbeit, die dem Gegenstand, auf den sie verwandt wird, euen Wert zusetzt; es gibt eine andere, die keine derartige Wirkung hat. Die erste rt von Arbeit kann man, weil sie einen Wert schafft, produktive nennen, die andere nproduktive. So setzt die Arbeit eines Industriearbeiters dem Werte des Materials, as er verarbeitet, in der Regel neuen Wert hinzu; nämlich den seiner eigenen rhaltung und den Profit seines Meisters. Die Arbeit eines Dienstboten nenial servant) hingegen vermehrt keinen Wert. Obwohl der Industriearbeiter inen Lohn von seinem Meister vorgeschossen bekommt, so kostet er doch diesem in irklichkeit nichts, weil der Wert dieses Arbeitslohns in der Regel nebst einem rofit in dem erhöhten Werte des Gegenstandes, auf den die Arbeit verwandt urde, wiedererstattet wird. Dagegen werden die Erhaltungskosten eines Dienstboten e zurückerstattet. Ein Mann wird reich, wenn er eine Menge Industriearbeiter schäftigt; er wird arm durch die Haltung einer zahlreichen Dienerschaft."

Schon in den ersten Sätzen zeigt sich deutlich der Widerspruch der Smith- hen Auffassung. Er unterscheidet zwischen der Arbeit, die dem Produkt, in elchem sie sich vergegenständlicht, neuen Wert zusetzt, die Mehrwert produziert, nd solcher, die ein derartiges Resultat nicht hat. Demnach müßte die Defi- ition kurz lauten: Produktive Arbeit ist jene, die einen Mehrwert erzeugt, nproduktiv jene, die keinen erzeugt. Statt dessen aber bestimmt Smith die stere Art der Arbeit nicht deshalb als „produktiv", weil sie mehrwertschaffend t, sondern weil sie überhaupt „einen Wert schafft". Und weiter stellt er nun icht die Arbeit, die einen Profit (richtiger Mehrwert) abwirft, derjenigen egenüber, deren Anwendung dem Kapitalisten keinen Profit einbringt, sondern vergleicht die Arbeit des Industriearbeiters mit der des Dienstboten und ndet den eigentlichen Unterschied der Tätigkeit beider darin, daß der erstere dem Werte des von ihm erzeugten Gegenstandes seinen Arbeitslohn wieder- stattet, der letztere dagegen nicht.

Deutlich werden hier zwei verschiedene Arbeitsarten als „produktiv" finiert: erstens die Arbeit, die dem „Master" (dem industriellen Kapitalisten) nen Profit abwirft, zweitens aber überhaupt jede Arbeit, die sich in einer are vergegenständlicht und in dieser ihren Lohn reproduziert. Und daß es

sich hierbei nicht um bloße Ungenauigkeit des Ausdrucks handelt, beweist der Hinweis in einer Fußnote auf das letzte Kapitel des vierten Buches, in welchem Smith in seiner Polemik gegen die Physiokraten auch die Arbeit, die keinen Mehrwert schafft, sondern nur ihre eigenen Kosten ersetzt, als produktiv bestimmt, und ferner die sich an das obige Zitat anschließende Äußerung:

„Die Arbeit der letzteren (der Dienstboten) hat jedoch ihren Wert und verdient ihren Lohn ebensogut wie die ersteren; aber die Arbeit des Industriearbeiters fixiert und vergegenständlicht sich in einer besonderen Sache oder verkäuflichen Ware, die mindestens eine Zeitlang die Arbeit ihrer Herstellung überdauert. Es wird gleichsam eine bestimmte Menge Arbeit angesammelt und aufgehäuft, um, sobald es nötig wird, bei einer späteren Gelegenheit benutzt zu werden. Der Gegenstand, oder was dasselbe, der Preis dieses Gegenstandes kann später, wenn es erforderlich wird, eine Menge Arbeit in Bewegung setzen, gleich der, die ihn ursprünglich produzierte. Die Arbeit des Dienstboten dagegen fixiert oder vergegenständlicht sich nicht in einer besonderen Sache oder verkäuflichen Ware....

„Die Arbeit einiger der angesehensten Stände der Gesellschaft produziert ebenso wenig als die von Bedienten einen Wert und fixiert oder vergegenständlicht sich nicht in einer dauernden Sache oder verkäuflichen Ware."

An anderen Stellen hebt dagegen Smith treffend hervor, daß das Wesen der kapitalistischen Produktion in der Mehrwerts- oder, wie Smith in seiner Nichtunterscheidung des Mehrwertes als besonderer Kategorie sagt, in der Profiterzeugung besteht, und er betont denn auch weiterhin in demselben Kapitel, daß der industrielle Kapitalist nur solche Arbeit anwendet und als produktiv betrachtet, die ihm nicht nur das in den Produktionsprozeß eingegangene Kapital ersetzt, sondern nebenbei noch einen Profit abwirft:

„Welchen Teil seines Vermögens (stock) ein Mann als Kapital anwenden mag, er erwartet stets, es mit einem Profit wieder zu erlangen. Er wendet es daher nur dazu an, produktive Arbeiter (hands) zu beschäftigen, und nachdem es ihm als Kapital gedient (after having served in the function of a capital to him), bildet es für sie eine Revenue. Sollte er einen Teil davon zur Erhaltung unproduktiver Arbeiter irgendwelcher Art verwenden, so würde dieser Teil sofort aufhören, ihm als Kapital zu dienen und in seinen Konsumtionsfonds übergehen."

Vom historisch-dialektischen Standpunkt weist Marx, indem er die wichtigsten Ausführungen des Smithschen Kapitels miteinander vergleicht und die ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen analysiert, diese Widersprüche im einzelnen nach. Der Begriff der produktiven Arbeit, wie er sich bei den verschiedenen älteren ökonomischen Schulen findet, ist ihm nicht etwas Zufälliges, eine bloße Frage der Abstraktion und Definition, sondern der Gedankenreflex verschiedener Wirtschaftsstufen: eine historische Kategorie. Auf jeder Stufe gilt jene Arbeit als „produktiv", die den Existenzbedingungen der vorherrschenden Wirtschaftsweise und ihrer augenscheinlichen Zweckrichtung am besten entspricht. Demnach ist auch Smiths Auffassung gewissermaßen historisch bedingt. Seine Definition der produktiven Arbeit als „mehrwerterzeugende" Arbeit, als Arbeit, die im Austausch gegen den variablen (für Arbeitslohn verwendbaren) Teil des industriellen Kapitals nicht nur diesen Teil reproduziert, sondern darüber hinaus dem Kapitalisten einen Überschußertrag liefert, hängt mit seiner Auffassung von der Entstehung des Mehrwertes eng zusammen. Und wie die Mehrwertauffassung von Smith gewissermaßen nur eine Ausdehnung der physiokratischen

Mehrwertskonzeption auf die kapitalistisch-industrielle Produktion ist, so folgt Smith auch in seiner Bestimmung der produktiven Arbeit nur der von den Physiokraten eingeschlagenen Richtung, „sie von falscher Vorstellungsweise befreiend, also ihren inneren Kern herausarbeitend“. Diesen Zusammenhang setzt Marx treffend auseinander, und indem er dann die in dieser Auffassung steckenden Konsequenzen weiter verfolgt, definiert er die produktive Arbeit als solche, die sich unmittelbar mit dem Kapital austauscht, die überhaupt erst die Produktionsmittel in Kapital verwandelt. Unproduktive Arbeit ist dagegen solche, die sich nicht gegen Kapital, sondern unmittelbar gegen Revenue austauscht, das heißt gegen Arbeitslohn, Unternehmergewinn, Bodenrente und Zins. Oder mit anderen Worten: *Produktive Arbeit ist solche Arbeit, die von einem Kapitalisten gegen einen Teil seines Kapitals angekauft und in der Produktion angewendet wird, um Mehrwert zu hecken; unproduktive Arbeit hingegen solche, die jemanden für seine Bedürfnisse Dienste respektive Gebrauchswerte liefert und aus seinen Einkünften bezahlt wird.*

„Wo alle Arbeit“, sagt Marx S. 259, „teilweise sich noch selbst bezahlt, wie die Agrikulturarbeit der Fronbauern zum Beispiel, teilweise sich direkt gegen die Revenue austauscht, wie die Manufakturarbeit der Städte in Asien, existiert kein Kapital und keine Lohnarbeit im Sinne der bürgerlichen Ökonomie. Diese Bestimmungen sind also nicht genommen aus den stofflichen Leistungen der Arbeit, weder der Natur ihres Produktes noch den Leistungen der Arbeit als konkreter Arbeit, sondern aus den bestimmten gesellschaftlichen Formen, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, worin sie sich verwirklichen.“

Gegen diese Auffassung aber steht jene andere, die alle warenproduzierende Arbeit ohne Unterschied als produktiv ansieht, im schärfsten Widerspruch; denn diese läßt nicht nur die Mehrwertproduktion, das Fundament der kapitalistischen Wirtschaft, unberücksichtigt, sie zieht auch das Moment der gesellschaftlichen Nützlichkeit respektive Verwertbarkeit in Betracht, wie denn auch Smith die Unproduktivität der Dienstbotenarbeit darin findet, daß sie sich nicht in „einem besonderen Gegenstand oder einer verkäuflichen Ware“ fixiert und gewöhnlich mit dem Augenblick ihrer Vollziehung vergeht.

Dagegen sieht die erste Definition ganz davon ab, ob und inwiefern sich die mehrwertschaffende Arbeit in irgendwelchen nützlichen oder unnützlichen, leichter oder schwerer verkäuflichen Gegenständen realisiert. Dem Kapitalisten liegt an der Nützlichkeit der von ihm angewandten Arbeit ebensowenig als an dem Gebrauchswert des Produktes. Von seinem wie vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt kommt es nur darauf an, ob die Arbeit ihm Mehrwert liefert. Deshalb ist die Arbeit eines Clowns, der im Dienste eines Direktors faule Witze reißt und dadurch diesem einen Gewinn verschafft, doch durchaus produktiv, obgleich diese Arbeit sich sicherlich nicht in dauerhaften Waren fixiert, sondern „mit dem Augenblick ihrer Vollziehung sofort vergeht“. Hingegen ist die Arbeit eines Dorfschneiders, den der Bauer zu sich für einen Tag ins Haus nimmt, damit er ihm eine Hose macht, unproduktiv, denn dieser Schneider produziert keinen Mehrwert für den Bauern, sondern nur einen Gebrauchsgegenstand für dessen Bedarf.

„Die Arbeit, damit sie Ware produziere, muß nützliche Arbeit sein, einen Gebrauchswert produzieren, sich in einem Gebrauchswert darstellen. Und nur Arbeit, die sich in Waren darstellt, also in Gebrauchswerten, ist daher Arbeit, womit sich

Kapital austauscht. Dieses ist selbstverständliche Voraussetzung. Aber es ist nich dieser konkrete Charakter der Arbeit, ihr Gebrauchswert als solcher, daß sie als zum Beispiel Schmiedearbeit, Schusterarbeit, Spinnen, Weben usw. ist, was ihre spezifischen Gebrauchswert für das Kapital bildet, sie daher zur produktiven Arbei im System der kapitalistischen Produktion stempelt. Was ihren spezifischen Gebrauchs-wert für das Kapital bildet, ist nicht ihr bestimmter nützlicher Charakter, so wenig wie die besonderen nützlichen Eigenschaften des Produktes, worin sie sich vergegen-ständlicht. Sondern es ist ihr Charakter als das schöpferische Element des Tauschwertes, ist abstrakte Arbeit, und zwar nicht, daß sie überhaupt ein be-stimmtes Quantum dieser allgemeinen Arbeit vorstellt, sondern ein größeres Quantum, als in ihrem Preise, das heißt dem Werte der Arbeitskraf enthalten ist" (S. 415).

Über die Produktivität oder Unproduktivität der Arbeit entscheidet demnac nicht deren stoffliche Leistung, sondern ob sie Mehrwert liefert: eine Eigenschaft die nicht aus ihrem Inhalt oder ihrem Resultat und dessen Nützlichkeit ent-springt, sondern aus der bestimmten gesellschaftlichen Form, in der sie zur An-wendung gelangt. Es kommt, wie Marx sagt, in der Unterscheidung ein bestimmtes historisch-gesellschaftliches Produktionsverhältnis zum Ausdruck, wes-halb denn auch unter verschiedenen Wirtschaftsformen naturgemäß der Begrif der Produktivität wechselt.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise beruht aber auf der Mehrwertproduktion ohne welche sie weder zu existieren noch ihre gesellschaftlichen Funktionen zu erfüllen vermag. Angenommen, daß diese Mehrwerterzeugung aufhörte, s hörte damit auch sofort die Existenz des ganzen heutigen Wirtschaftsgetriebes auf. Demnach kann auch unter dem jetzigen Wirtschaftssystem nur jene Arbei als produktiv gelten, die den Fortbestand und die Weiterentwicklung diese Systems ermöglicht.

In einem besonderen Anhang führt Marx diese Auffassung in fesselnde Weise weiter aus, indem er auf die Bedingungen der Produktivität des Kapital näher eingeht und die verschiedenen Formen des Austausches von Arbeit gege Kapital und Revenue untersucht.

Wird aber der Begriff der produktiven Arbeit durch den Charakter der je-weiligen Produktionsform bestimmt, dann ist es eine Albernheit, von diesem Charakter zu abstrahieren und die Frage, was produktive Arbeit vom Stand-punkt des Kapitals, des heutigen Wirtschaftssystems ist, in die Frage umzu-setzen, was überhaupt produktive Arbeit (produktive Arbeit an sich ohne Rück-sicht auf die Form ihrer Anwendung und des Produktionsprozesses) ist. Di Antwort läuft notwendigerweise immer auf den Gemeinplatz hinaus, daß pro-duktive Arbeit jede Arbeit sei, die irgendeinen Nutzen habe, wobei es jeder-manns Belieben vorbehalten bleibt, unter „nützlich" das zu verstehen, was ihm paßt. Dennoch ist von den Nachfolgern Adam Smiths, besonders aber von den liberalen deutschen Vulgärökonomen, die Frage meist in der letzterwähnten Fassung gestellt worden. Unfähig, historisch zu denken und die kapitalistisch Wirtschaftsform als eine besondere, geschichtlich bedingte Phase im wirtschaft-lichen Entwicklungsgang aufzufassen, die ihre eigenen Prinzipien und Gesetz hat, dazu meist im kleinlichsten Standesdünkel befangen, verwandelt sich für diese Volkswirtschaftler die Frage, was unter der heutigen Wirtschaftsform produktiv ist, in die ganz allgemeine Frage, was überhaupt „produktiv" ist das heißt losgelöst von allen historisch gegebenen Produktions- und wirtschaft-lichen Existenzbedingungen — ungefähr die gleiche geistreiche Frage wie die

as der Magen „an sich“ ist ohne Zusammenhang mit den übrigen mensch-
chen Körperteilen und ohne Rücksicht auf seine Verdauungsfunktion.

Natürlich kann auf eine derartig unbestimmte, schemenhafte Frage die Ant-
ort nur lauten: Produktiv ist alle Arbeit, die etwas hervorbringt — eine
oße Tautologie, die dadurch nicht genießbarer wird, daß ihr meist auf dem
mweg über allerlei philosophisches Räsonnement von der „Ethik der Arbeit“
e nähere Bestimmung angehängt wird, natürlich müsse die Arbeit nützlich
in; stellt doch sofort bei der weiteren Betrachtung dieses Wortes „nützlich“
h heraus, daß darunter der eine den individuellen Nutzen, das „Wohl des
inzelnen“, der andere hingegen den sogenannten allgemeinen oder gesellschaft-
chen Nutzen (den Nutzen eines Landes oder Staates) versteht, und daß unter
esem gesellschaftlichen Nutzen wieder speziell die Interessen des eigenen Standes
isammengefaßt werden.

Marx liefert zu diesen eigenartigen Erläuterungen des Begriffs „produktive
rbeit“ eine köstliche Persiflage, indem er an einigen Nachfolgern von Adam
mith zeigt, zu welchen komischen Weisheitssprüchen sie in ihren Definitions-
erzitien gelangen. Da ist Monsieur Germain Garnier, der französische Über-
tzer von Smiths „Wealth of Nations“. Er faßt das Wort „nützlich“ rein
dividuell auf und begreift darunter solche Arbeitsresultate, die einen Genuß
er eine Bequemlichkeit verschaffen. Folglich ist ein Parfümeurgehilfe ein höchst
oduktiver Arbeiter, nicht etwa, weil er seinem Unternehmer Profit abwirft,
ndern indem er Leute à la Garnier in guten Geruch setzt, ihnen einen
thetischen Genuß verschafft. Selbstverständlich ist von diesem Standpunkt aus
ich die Arbeit einer Prostituierten höchst „produktiv“. Nach dem weniger für
thetische Genüsse als für materiellen Besitz eingenommenen „Diener im Herrn“
h. R. Malthus ist hingegen jene Arbeit produktiv, die Reichtum hervorbringt.
ast noch kurioser ist die Erklärung des Herrn Ch. Ganilh. Nach seiner Er-
ärung ist jeder Arbeiter produktiv, der bezahlt wird und der, indem er die
ezahlung in Konsumtionsmittel umsetzt, die Produktion fördert. Deshalb ist
ich „die Arbeit, die Vergnügen produziert“, höchst produktiv; denn die Arbeiter
ıf diesem Gebiet, die Schauspieler, Musikanten usw., konsumieren meist ganz
trächtlich. Destutt de Tracy gelten die nicht selbst wirtschaftenden Grund-
sitzer als die unproduktivste, die industriellen Kapitalisten als die produktivste
lenschensorte; während zum Beispiel Say zu der tiefgründigen Weisheit kommt,
ıß alle Arbeit produktiv ist, die ein Resultat hat, am produktivsten aber solche,
ren Produkte dauerhaft sind oder, wie er sich ausdrückt, die nicht gleich kon-
miert werden, sobald sie produziert sind.

* * *

Das Marxsche „Kapital“ ist nicht nur ein wirtschaftstheoretisches, es ist zu-
eich ein wirtschaftshistorisches Werk. Seine Auffassung, daß die ökonomischen
esetze nicht für alle Stufen des wirtschaftlichen Entwicklungsganges gleich-
äßig gelten, daß vielmehr jede Wirtschaftsepoche ihre besonderen Tendenzen
nd Existenzbedingungen hat, treibt Marx dazu, bei seiner Analyse des kapi-
listischen Wirtschaftssystems immer wieder auf dessen Entstehungsformen
ırückzugreifen und zugleich seine weitere Richtung über das erreichte Stadium
naus zu verfolgen. Deshalb enthalten manche Partien seines „Kapital“,
esonders wo er sich mit der Entstehung der modernen Industrie beschäftigt,
öchst interessante historische Exkurse. Ungleich schärfer noch tritt jedoch dieser

historische Charakter in der vorliegenden ersten Konzeption des Marxschen Werkes hervor. Die kritische Verfolgung der theoretischen Richtungen, welche die älteren volkswirtschaftlichen Schulen eingeschlagen haben, bot naturgemäß eine weit bessere Gelegenheit, die Bedingtheit der ökonomischen Auffassungen durch den Wirtschaftscharakter der verschiedenen Zeiten zu erklären und zu beweisen, als jene systematisch-theoretische Darstellung, wie sie Marx später für sein „Kapital" gewählt hat. So erscheinen denn tatsächlich manche Partien des vorliegenden ersten Bandes der „Theorien über den Mehrwert" als Anwendungen der Marxschen Geschichtstheorie auf die politische Ökonomie.

Indem aber Marx die Anfänge unseres heutigen Wirtschaftssystems derart analysiert, zeigt er uns nicht nur dessen historische Grundlagen, sondern schärft zugleich unser Verständnis für die ökonomischen Bedingungen unserer sozialistischen Bewegung als Klassenkampf. Und das ist heute, wo überall, wenn auch in anderen Ländern noch mehr als in Deutschland, der Klassenkampfcharakter der sozialistischen Bewegung durch allerlei allgemeine kulturelle und humanitäre Tendenzen in seiner Schärfe verwischt zu werden droht, vor allem nützlich. Die Marxsche Kritik der ökonomischen Theorien Englands zeigt deutlich, wie in diesen das bürgerliche Klassenbewußtsein gegen den absterbenden Feudalismus rebelliert, ja wie in den fähigsten Köpfen der englischen Nationalökonomie des achtzehnten Jahrhunderts der ausgeprägt-bürgerliche Instinkt in seinen Auffassungen der theoretischen Erkenntnis weit voraus eilt. Auch unsere heutige Bewegung kann nur dadurch das Abschweifen und zeitweilige Sichselbstverlieren auf Nebenwegen vermeiden, kann sich nur dadurch ihre Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit erhalten, daß sie sich ihres spezifischen, historisch bedingten Klassencharakters bewußt bleibt. Daß es uns wieder energisch auf diese Bedingtheit unserer Bewegung hinweist, daß es uns anleitet, unter der Oberfläche der Tagesströmungen die durch die wirtschaftliche Entwicklung gegebenen Richtlinien zu verfolgen: darin liegt meines Erachtens, wenn auch keineswegs die einzige, so doch die vornehmste Bedeutung der neuen Schrift; und ich möchte deshalb ihr Studium allen Kampfgenossen dringend empfehlen, denen die jeweiligen Tageslosungen noch nicht das non plus ultra aller Weisheit sind, die nach tieferer Erfassung des Kampftreibens suchen. Die Arbeit, die das Studium erfordert, lohnt sich.

Zur Lage der Bäckereiarbeiter.

Von **Konrad Fink.**

Von allen Gewerben, die handwerksmäßig betrieben wurden und durch das in ihnen übliche patriarchalische Kost- und Logissystem beim Meister die Ausbeutung der Arbeiter auf das höchste steigerten, hat nur eines diese Tradition fast noch vollständig beibehalten: das Bäckergewerbe.

Welche Mißstände hier noch herrschen, haben neuerdings wieder die Erhebungen des Verbandes der Bäcker Deutschlands gezeigt.[1]

Zunächst wird konstatiert, daß die Bundesratsverordnung vom 6. März 1896 so gut wie gar nicht durchgeführt wurde und Überzeitarbeit noch fast überall anzu-

[1] Die Lage der Bäckereiarbeiter Deutschlands. Nach statistischen Erhebungen des Vorstandes des Deutschen Bäckerverbandes im Januar 1904. Verlag von O. Allmann, Hamburg, Marxstraße 6; 189 Seiten, 1,50 Mark.

effen ist. Außerdem ist den Bäckermeistern noch das Zugeständnis gemacht worden, aß sie die Gesellen außer der eigentlichen Arbeitszeit noch eine halbe Stunde zur ereitung des Vorteigs oder Hefestücks ausbeuten können. Die Ergänzung dieser erordnung durch ein schärferes Schutzgesetz ist notwendig, zumal an eine strikte urchführung der Verordnung vom 6. März 1896 infolge ihrer Mängel nicht zu enken ist.

Diese zahme und lahme Bundesratsverordnung war aber den Konservativen nd den Bäckermeistern noch zu scharf; sie wollten an Stelle des zwölfstündigen laximalarbeitstags einen Minimalruhetag von acht Stunden, so daß sechzehn tunden zur Ausbeutung übrig geblieben wären. Nun blieb zwar die Bundesrats- erordnung bestehen, aber nur auf dem Papier. Eine neue Verordnung, die seit 900 geplant wurde, kam nicht zustande. Viele Städte haben besondere Bäckerei- erordnungen erhalten, etliche Staaten recht scharfe Schutzgesetze.

Die Erhebungen über die Lage im Bäckergewerbe geschahen mittels Fragebogen. auptsächlich beteiligten sich organisierte Arbeiter daran, obwohl auch an Nicht- ganisierte Fragebogen verteilt wurden. Die Organisation umfaßt zwar nur ein ehntel der in Bäckereien beschäftigten Arbeiter, aber in allen Gegenden Deutsch- nds. Die Erhebung kann deshalb als kennzeichnend für das ganze Gewerbe be- achtet werden. Die Statistik ist sehr sorgfältig ausgearbeitet. Zweifelhaftes laterial wurde von der Verwendung ausgeschlossen.

Das Deutsche Reich wurde für die Gruppierung der Erhebungen in acht Be- rke geteilt. Aus 3133 Betrieben mit 10594 beschäftigten Personen kamen be- ntwortete Fragebogen ein. Von ihnen waren 73,2 Prozent Gehilfen, 2,1 Prozent it Herstellung von Backwaren beschäftigte Hilfsarbeiter, 10,5 Prozent sonstige Hilfs- beiter und 14,1 Prozent Lehrlinge.

Ältere Leute sind verhältnismäßig wenig beschäftigt, denn die Bäckermeister ollen nur junge, billige Arbeitskräfte. Die schwere Arbeit, die in dumpfer Luft s ganze Jahr hindurch Tag und Nacht geleistet werden muß, ruiniert den Körper, bst den kräftigsten. Von den 7753 Gehilfen, auf welche sich die Erhebungen er- eckten, waren nur 325 = 5,4 Prozent über 40 Jahre alt, 917 = 11,9 Prozent bis 40 Jahre, 1677 = 21,6 Prozent 25 bis 30 Jahre, 2950 = 38,1 Prozent bis 25 Jahre und 1784 = 23 Prozent unter 20 Jahre alt. 95 Prozent der ehilfen befinden sich demnach im besten Mannesalter. 1651 = 21,2 Prozent d verheiratet. Daß die Gehilfen überhaupt heiraten können, was früher nur ten geschah, kommt daher, daß jetzt in verschiedenen größeren Städten das st- und Logissystem beim Meister durch die Macht der Organisation ab- schafft ist.

Dieses veraltete System ist auch an dem vielfachen Stellenwechsel der Ge- llen schuld. Von 7753 Gehilfen sind 587 = 7,6 Prozent noch nicht vier Wochen, 80 = 19,1 Prozent noch nicht drei Monate, 2148 = 27,7 Prozent noch nicht ein lbes Jahr, 950 = 12,2 Prozent noch nicht ein Jahr und 2588 = 33,3 Prozent er ein Jahr in ihrer Arbeitsstelle.

Ein wunder Punkt neben der Nachtarbeit ist auch die Sonntagsarbeit. Nur 9 Prozent aller Betriebe ist sie beseitigt, in 91 Prozent der Bäckereien wird jahraus rein Sonntags und Werktags gearbeitet. Das Verlangen nach drei freien Nächten, tern, Weihnachten und Pfingsten, ist in 55 Prozent der Betriebe gestillt. Man muß an ihnen aber erst eine Freinacht erbetteln — trotz aller Christlichkeit der Meister! hepausen bestehen in 54,5 Prozent der Betriebe im eigentlichen Sinne des rtes überhaupt nicht. Das Essen wird während der Arbeit eingenommen. In 5 Prozent der Betriebe finden Pausen von unterschiedlicher Dauer statt. Eine egelte Arbeitszeit ist nicht vorhanden. Das bedingt einesteils die Arbeitsweise, ernteils das Kost- und Logiswesen, das es dem Meister möglich macht, zu jeder it über seine Arbeiter zu verfügen. In sehr vielen Fällen kommen die Arbeiter hrend der 12, 13, 14 und mehr Stunden dauernden Arbeit überhaupt nicht aus

dem Backraum. In 28,7 Prozent aller Betriebe werden die Mahlzeiten in diesen selbst, und zwar in den Arbeits- oder Backräumen eingenommen.

Die Bundesratsverordnung entspricht den Wünschen der Arbeiter nicht. In vielen Berufen mit weit weniger schädlicher und anstrengender Arbeit ist längst die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Nach dem Gesetz soll jährlich eine zweimalige Revision der Betriebe stattfinden. Damit ist es jedoch sehr faul bestellt. Die Revisionen geschehen in solch geringem Umfang, daß sie wirkungslos bleiben. Das Gesetz bestimmt, daß zwischen je zwei Arbeitsschichten eine ununterbrochene Ruhezeit von acht Stunden liegen soll. Auch das wird wenig beachtet. Ein Betrieb Kassels beschäftigt Gesellen und Lehrlinge von 10 Uhr abends bis anderen Mittag 11 bis 12 Uhr und einen Gehilfen außerdem noch von 4 Uhr nachmittags bis oft 6½ Uhr des anderen Abends. Ein Betrieb (Köln-Vororte) beschäftigt einen Lehrling von 2 Uhr morgens bis 1½ Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends. In Boberg arbeitet ein Gehilfe von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr abends. Solche Zustände sind nicht vereinzelt, und eine amtliche Statistik würde reichliches Material ergeben.

Es sind beschäftigt bei einer Arbeitszeit von

Stunden	In Betrieben	Gehilfen	In Betrieben	Lehrlinge
8	129	464	30	35
8½	38	87	19	26
9	134	284	54	71
9½	91	196	27	35
10	254	571	100	134
10½	184	461	73	100
11	462	1206	130	184
11½	253	639	81	121
12	727	1935	201	293
12½	168	388	60	85
13	286	626	81	126
13½	93	195	34	38
14	134	230	48	75
14½	41	78	22	37
15	60	140	28	39
15½	17	38	12	17
16	32	62	22	42
16½	6	14	5	8
17 und mehr	23	39	20	35

In der Mehrzahl der Betriebe wird mehr als 12 Stunden gearbeitet. Nach der Bundesratsverordnung soll die Arbeitszeit der Lehrlinge im ersten Lehrjahr zwei Stunden, im zweiten Lehrjahr eine Stunde weniger betragen als die der Gesellen, so daß eine ununterbrochene Ruhezeit von 9, resp. 10 Stunden bleibt. Doch wird auch diese Vorschrift in nur wenigen Betrieben beachtet.

Der Verband der Bäcker begnügte sich nicht damit, die allgemeine Arbeitszeit festzustellen, sondern hat die Fragen dahin ausgedehnt, ob und wie lange Gehilfen und Lehrlinge Überzeitarbeit leisten. Es ergab sich, daß außer der erlaubten Arbeitszeit die Gehilfen in 276 Betrieben Brot austragen und in 610 Betrieben andere Arbeiten verrichten; die Lehrlinge werden in 354 Betrieben zum Brotaustragen und in 252 Betrieben zu anderen Arbeiten verwendet.

Wenn man bedenkt, daß 2670 oder 35,7 Prozent der Gehilfen über zwölf Stunden arbeiten, wird es sofort klar, daß der hierfür bezahlte Lohn viel zu niedrig ist. Der Durchschnittslohn bei voller Kost und Wohnung beträgt 9,20 Mark, hierzu Kost und Wohnung vom Meister gestellt mit 8 Mark berechnet gibt 17,20 Mark Wochenlohn. Berechnet man den Stundenlohn nach der Arbeits-

t, so ist der Unterschied noch krasser. Es verdient bei einer täglichen Arbeits-
t von

10 Stunden ein Gehilfe	24,5	Pfennig die Stunde
11 = = =	22,6	= = =
12 = = =	20,9	= = =
13 = = =	19,5	= = =
14 = = =	18,0	= = =

2170 oder 28 1/10 Prozent der Gehilfen erhalten nicht Kost und Wohnung, sondern
r Lohn in bar. Der Durchschnittsverdienst beträgt 23,37 Mark; das macht bei
ıer täglichen Arbeitszeit von

10 Stunden	33,4	Pfennig pro Stunde
11 = ...	30,7	= = =
12 = ...	28,5	= = =
13 = ...	26,5	= = =
14 = ...	24,8	= = =

Infolge der verschiedenen Löhnungsarten ist es sehr schwer, ein genaues Bild
entwerfen. Ein Teil, welcher sogenannte „halbe Kost und Wohnung" erhält,
kommt Frühstück und Abendessen, ein anderer wieder andere für Essen und Wohnung
tige Aufwendungen in bar vergütet. Was dabei ins Auge fällt, ist der Um-
ınd, daß der bezahlte Preis keineswegs mit den wirklichen Preisen der Naturalien
deckt, sondern weit niedriger ist. Ein anderer Teil erhält nur Kost beim Meister
d ein anderer nur Wohnung. Es sind beschäftigt:

Bezirke	Insgesamt[1]	Mit voller Kost und Wohnung	Mit halber Kost und Wohnung	Nur mit Wohnung	Nur mit Kost	Ohne Kost und Wohnung
1	1203	368	362	114	20	339
2	292	146	106	16	—	24
3	1936	1065	50	12	18	791
4	537	362	2	12	—	161
5	1208	752	84	18	3	351
6	707	259	17	128	4	299
7	388	334	19	12	—	23
8	1443	370	123	767	1	182

Der Durchschnittslohn beträgt:

Bezirke	Bei voller Kost und Wohnung		Bei halber Kost und Wohnung		Nur mit Wohnung		Nur mit Kost		Ohne Kost und Wohnung	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1	10	42	13	48	18	80	19	48	24	98
2	8	26	10	81	16	78	—	—	20	06
3	10	59	14	98	20	08	19	80	25	52
4	9	46	13	50	21	33	—	—	22	83
5	9	03	11	63	16	94	16	—	23	07
6	9	24	12	73	18	71	13	50	23	69
7	8	50	14	02	19	—	—	—	24	13
8	8	15	9	83	18	39	15	—	22	68

[1] Die Ziffern stimmen mit der Gesamtzahl nicht überein, da 39 Gehilfen keine Angaben
er ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse machten.

Die Durchschnittslöhne im allgemeinen betragen:

	Zahl der Gehilfen	Durchschnitts-lohn
Bei voller Kost und Wohnung	3656	9,20 Mark
Bei halber Kost und Wohnung	763	12,62 „
Nur mit Wohnung	1079	18,75 „
Nur mit Kost	46	18,74 „
Ohne Kost und Wohnung	2170	23,37 „

Die Mehrzahl (47,4 Prozent) haben noch Kost und Wohnung beim Meiste 28,1 Prozent stehen nicht mehr in diesem Verhältnis; 13,9 Prozent haben nur noc Wohnung beim Meister. In Altona sind 63,0 Prozent, in Hamburg 48,0 Prozen in Frankfurt a. M. 78,7 Prozent der Gehilfen außer Kost und Wohnung. Daz kommen noch einige Städte, die heute für einen mittleren Prozentsatz der Gehilfe durch die Organisation das Kost- und Logissystem beim Meister abgeschafft haben Kiel, Lübeck, Berlin, Bad Reichenhall i. B. In Frankfurt a. M. haben nur noc acht Gesellen Kost und Wohnung beim Meister.

Die Erhebungen zeigen auch, wie wenig sich die Meister um die gesetzliche Vorschriften kümmern und zu kümmern — brauchen, da sie durch polizeiliche Revisione nicht sehr belästigt werden.

Von 3133 Bäckereien hatten nur 2490 eine Tafel mit den Bestimmungen vo 4. März 1896 und nur 2824 eine Kalendertafel. Die Verordnung bestimmt, da jährlich mindestens zwei Revisionen in jedem zur Nachtzeit Gehilfen und Lehrling beschäftigenden Betriebe stattfinden sollen, außerordentliche nach Bedürfnis.

Das Einschreiten der Polizei gegen Betriebe, die die Verordnung nicht einhalte war sehr gering. In 860 Betrieben wurde Überarbeit geleistet, und nur in zwe Fällen ist die Polizei auf erstattete Anzeige hin eingeschritten. I 175 Orten mit 333 berichtenden Bäckereien haben keine, in 170 Orten mit 2800 be richtenden Bäckereien haben 3565 Revisionen stattgefunden. Der Durchschnitt is 1,27 Revisionen. In Wirklichkeit entfallen auf manchen Betrieb 3, 4, 5 und 6 Revisionen In anderen Orten sind nur einzelne Betriebe revidiert, andere nicht. Zum Beispie entfallen:

	Berlin	Köln	Dresden	Halle a. S.	Karlsruhe
Auf Betriebe	220	46	91	76	32
Revisionen	209	18	79	16	—

	Breslau	Hannover	Frankfurt	Hanau	München
Auf Betriebe	82	85	74	12	315
Revisionen	196	267	137	138	505

Über die Unsauberkeit der Bäckereistuben ist schon oft Klage geführt worden die Erhebungen haben sie bestätigt. Schon die große Zahl der in Kellern liegende und daher ungenügend belichteten Bäckereien läßt vermuten, wie unappetitlich es of bei der Herstellung des täglichen Brotes zugehen mag.

Nach den Erhebungen liegen 34,4 Prozent der Arbeits- und Backräume im Keller, 5,8 Prozent im Souterrain, 59 Prozent im Parterre und der Rest in An bauten. In 443 an der Erhebung beteiligten Bäckereien ist fortwährend künstliche Beleuchtung notwendig. 247 Betriebe sind elektrisch, 2152 mit Gas, 734 mit Petroleum beleuchtet. 300 = 9,9 Prozent haben eine genügende Ventilationseinrichtung, in 34 Be trieben funktioniert sie schlecht oder gar nicht. Und nun die Reinigung der Arbeitsräume! 104 Betriebe berichten, daß eine Reinigung nicht erfolgt. 1023 = 32,6 Prozent werden allwöchentlich einmal naß gereinigt. Am größten ist die Unsauberkeit in Schlesien und Posen. Brandenburg, Pommern, Rheinland und Westfalen stehen nicht viel nach. Es ergibt sich folgendes Bild. Es werden allwöchentlich naß ge reinigt in den acht Bezirken: 14,8, 7,5, 37,9, 16,2, 38,0, 17,4, 30,1, 54,1 Prozent der Betriebe.

Die Brot- und Teigtücher wurden gewechselt in 47,8 Prozent der Betriebe in dem der Erhebung voraufgegangenen Vierteljahr. In 52,2 Prozent wurden die Tücher nicht gewechselt, es sei denn, daß es wegen völliger Unbrauchbarkeit der alten geschehen mußte. Ein- bis zweimaliger Wechsel jährlich bildet die Regel in solchen Betrieben. In 1499 Betrieben erfolgte die Reinigung der Tücher vierteljährlich zweieinhalbmal. Nur einzelne Betriebe wechseln jede Woche!

Völlig unzureichend und zur Unsauberkeit zwingend sind die Wascheinrichtungen. Da 69,5 Prozent der Bäckereiarbeiter beim Meister Kost und Wohnung haben, sind sie vollständig auf die im Betrieb vorhandenen Einrichtungen angewiesen, und diese sind ganz dürftig. Gerade der Bäcker muß aber bei der Arbeit sehr sauber sein, denn nur ein geringer Teil der Bäckereien hat maschinelle Einrichtungen. Meistens wird der Teig mit den Händen, hin und wieder auch mit den Füßen geknetet! Nur 367 = 11,7 Prozent der Betriebe haben genügende Waschvorrichtungen, während bei den andern in Schüsseln und Eimern sich oft vier, fünf und mehr Personen waschen müssen. In 85 Betrieben reinigen sich die Arbeiter in Geschirren, die zur Brotbereitung dienen. Ein besonderer Waschraum ist in 35,2 Prozent der Betriebe vorhanden. In 64,8 Prozent waschen sich die Arbeiter im Backraum. Seife liefern 39,9 Prozent, Handtücher 99,3 Prozent der Betriebe. Viele liefern bloß ein Stück Seife die Woche, was in Anbetracht der stets schmierigen Teighände viel zu wenig ist.

In 294 Betrieben ist der Abort direkt neben dem Backraum. In 2414 Betrieben befindet sich eine Wasserleitung, einen Abfluß haben aber nur 1869 Betriebe. Spucknäpfe wurden nur in 33,3 Prozent der Betriebe gezählt. In Berlin zum Beispiel von 220 nur in 29 Betrieben. In den Arbeitsräumen sind in 32 Prozent, in den Schlafräumen in 11,7 Prozent der Betriebe Spucknäpfe aufgestellt. 1261 Betriebe (40 Prozent) haben technische Hilfsmittel, wovon in 259 Dampf, Wasser und dergleichen zur Anwendung kommen, während in den übrigen der Arbeiter die Antriebskraft liefert. 60 Prozent der Betriebe haben keinerlei Hilfsmittel.

Von 7753 Gehilfen, die an der Erhebung beteiligt waren, hatten 4298 = 55,4 Prozent Kost beim Meister. In 429 Betrieben (13,6 Prozent) wird diese als ungenügend bezeichnet, aus zahlreichen rundweg als schlecht. In 33,6 Prozent der Betriebe wird das Essen am Tische des Meisters eingenommen; dort wird auch wenig geklagt. Prozent der Betriebe haben einen eigenen Eßraum. In 32,4 Prozent dient die Küche als solcher und in 28 Prozent die Backräume. Im ersten und zweiten Bezirk wird vorwiegend in den Backräumen, im dritten, vierten, sechsten, siebenten vorwiegend in der Küche gegessen. 5392 (69,5 Prozent) der Gehilfen haben noch Wohnung beim Meister. 30,5 Prozent können sich auf eigene Faust ein Heim bereiten. 3 Prozent der Schlafräume liegen neben oder über den Backräumen, 3 Prozent im Souterrain oder Keller, 28,7 Prozent unter dem Dache. 188 der Schlafräume sind für die Zahl der darin untergebrachten Personen zu klein, 97 sind sonst ungenügend und in 173 schlafen mehrere Personen in einem Bette. In 1130 (40,9 Prozent) fehlt jedes Mobiliar, selbst nicht einmal ein Kleiderschrank ist vorhanden. Vielfach wird der freie Raum zum Aufstellen von Mehlsäcken oder Betriebsgeräten in Anspruch genommen. In einem Betrieb Danzigs steht der Kleiderschrank in einem Schuppen auf dem Hofe, in Kiel auf dem Mehlboden neben dem Taubenschlag. Zahlreich sind die Klagen über die Betten selbst und darüber, daß sie schlecht gemacht und mangelhaft mit reiner Wäsche versehen sind. Eine Reinigung erfolgt nach dem Belieben des Mädchens oder der Frau Meisterin, oft auch dann nur, wenn's gar zu arg schmutzig wurde.

Alles in allem genommen sieht es im Bäckerhandwerk noch recht traurig aus. Hoffentlich öffnen die Erhebungen des Verbandes der Bäcker dem Publikum die Augen und rütteln die öffentliche Meinung auf. Vor allem aber müssen die Bäckereiarbeiter sich noch besser organisieren! Allein der Appell an Publikum wie an Regierung hilft nicht! Neunzehn Jahre sind schon vergangen, seit Bebel seine

Broschüre: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien" veröffentlichte, die allseitig Aufsehen erregte. 1892 und 1894 hat die Kommission für Arbeiterstatistik umfan reiche Erhebungen angestellt, die Bebels Schilderungen der widerlichen Zustände i den Bäckereien vollauf bestätigten. Und heute liegt, wie die neueste Erhebung d Bäckereiarbeiter zeigt, noch sehr, sehr vieles im argen, und was gebessert wurd darf sich die Organisation der Bäckereiarbeiter auf ihr Konto schreiben. Nur s kann auch weiter dahin treiben, daß die Regierung endlich energisch gegen d Bäckermeister einschreitet, zum Wohle der Bäckereiarbeiter und zum Schutze d brotkonsumierenden Publikums!

Literarische Rundschau.

Friedrich Hertz, **Moderne Rassentheorien.** Wien 1904.

Die letzten Jahre haben uns mit einer ziemlich umfangreichen Literatur üb die „Rassenfrage" beschenkt. Alle historischen Erscheinungen sollen als Rassenkämp begriffen, nach dem Rassencharakter der handelnden Personen gewertet werden. A meisten hat wohl zur Verbreitung dieser Geschichtsauffassung H. St. Chambe lains bekanntes Buch beigetragen. Zu dieser Literatur nimmt Hertz in einer Rei „kritischer Essays" Stellung.

Eine Kritik der Rassentheorien hätte meines Erachtens vom Begriff d Charakters auszugehen. Wir vermögen aus einer Reihe einzelner Handlung eines Individuums ein Allgemeines herauszuheben, es mit einem Worte festzuhalt und in jeder künftigen verwandten Handlung wiederzuerkennen. Dieses Allgemei nennen wir ein Charaktermerkmal. Für denjenigen nun, der den naiven substa tiellen Kausalbegriff noch nicht überwunden hat, liegt es nahe, darin eine Erkläru zu sehen. Die friedfertige Handlung soll aus dem individuellen Charakterzug d Friedfertigkeit ebenso erklärt werden, wie ein naives Denken das Fallen des Stein aus einer geheimnisvollen „Fallkraft", deren Träger der Stein wäre, erklären können vermeint. In der Tat aber bedeutet die Rückführung einer Handlung a den Charakter des Handelnden nichts anderes, als daß ich bei Vergleichung d gegenwärtigen Handlung mit früheren desselben Subjektes an ihnen ein gemeinsam Merkmal entdecke. Daher ist der Charakter noch keine Erklärung, sondern er ist erklären. Mit der Beschreibung des Charakters ist der Psychologie erst ihre Au gabe gestellt. Darum ist aber der Begriff des Charakters doch nicht ganz zu er behren. Denn die Aufgabe der psychologischen Reduktion der Charakterzüge ist keinem Augenblick vollendbar. Von jenen Erscheinungen, die nicht weiter reduzie werden können, sagen wir alles, was wir zu sagen vermögen, wenn wir feststelle daß sie Eigenschaften, Handlungen eines bestimmten Subjektes, Erscheinungen einem bestimmten Subjekt sind. So beschreibt der Begriff des Charakters der Psych logie ihre Grenze; diese Grenze ist aber keine starre Schranke, sondern sie ste weiter zu rücken ist die Aufgabe der Wissenschaft.

Der Charakter ist also ein psychologischer Grenzbegriff, nicht mehr, aber au nicht weniger. Das gilt vom Rassencharakter ebenso wie vom Individual- od Nationalcharakter.

Von solcher kritischen Prüfung des Begriffs des Rassencharakters ist aber Her weit entfernt. Er begnügt sich damit, an reichem historischen Material zu zeige wie unklar der Begriff der Rasse bei den Rassentheoretikern selbst ist, wie wenig z verläßig ihre Beschreibung der Rassencharaktere, wie willkürlich und widerspruch voll die Ableitung historischer Prozesse aus dem Rassencharakter der handelnd Subjekte ist. Weil er aber den Rassencharakter nicht als Grenzbegriff erkannt h geht er in seiner Kritik des Rassenaberglaubens viel zu weit. Gewiß ist die absolu Permanenz der Rassenmerkmale eine Fabel; aber es wird wenige Menschen gebe die nicht geneigt wären zuzugeben, daß zum Beispiel die Germanen oder die Jud

gewisse Eigenschaften haben, die vielleicht als Rassenmerkmale bezeichnet werden können. Nun gilt es freilich, diese Eigenschaften nach den Methoden der Natur- und Sozialwissenschaften abzuleiten, zu erklären. Aber es bleibt wohl stets ein nicht weiter reduzierbarer Rest von Merkmalen übrig, die, derzeit unerklärbar, einfach als Rasseneigenschaften, Funktionen einer anthropologischen Einheit, festgehalten werden müssen.

Durch diese Bedenken gegen Hertz' Methode verliert übrigens sein Buch nicht an praktischem Wert. Wer in der unangenehmen Lage ist, in seinen politischen Gegnern Rassentheoretiker bekämpfen zu müssen, wird ihm viel nützliches Material entnehmen können. Freilich, je seltener wir dazu Gelegenheit haben, desto besser für unsere Sache. Die beste Methode des Kampfes gegen den Rassenglauben wird es immer sein, den Klassengegensatz aufzudecken, den zu verhüllen, wie auch Hertz an einigen treffenden Beispielen zeigt, fast stets der Zweck der Rassentheorien ist.

O. B.

Dr. phil. Moritz Lindeman, **Urbegriffe der Wirtschaftswissenschaft.** Dresden 1904, Verlag von O. V. Böhmert. XI und 248 S. Preis 6 Mark.

Die Verschiedenheit der nationalökonomischen Terminologie beruht, soweit sie nicht bloße scholastische Haarspalterei ist, auf der verschiedenen Grundauffassung, die die Autoren von dem Problem der Nationalökonomie sich gebildet haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß der subjektivistischen Auffassung Mengers, der in der Erklärung eines individuellen Tauschaktes die Aufgabe seiner Wissenschaft erblickt, eine ganz andere Terminologie entspricht, als etwa der Auffassung von Karl Marx, der nach dem Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft forscht. Dieselben Worte wie Wert, Arbeit, Preis haben ganz verschiedene Bedeutung, die gerade in ihrem spezifischen Sinne festgehalten werden müssen, um das ökonomische System, dem sie zugrunde liegen, verstehen zu können. Abstrahiert man aber, wie es Dr. Lindeman tut, gerade von diesem spezifischen Sinne, so kommt man naturgemäß zu leeren Wortumschreibungen, die jeder Bestimmtheit entbehren. Auf diese Weise Einheit der ökonomischen Terminologie stiften zu wollen, heißt nichts anderes als die Einheit der Ökonomie in der vollkommenen Inhaltslosigkeit ihrer Aussagen zu erblicken. Wie wenig der Verfasser sieht, worauf es ankommt, zeigt am besten sein Vorschlag für die Fassung des Begriffs Tauschwert. Er definiert S. 81 folgendermaßen: „Tauschwert ist diejenige Eigenschaft eines Gegenstandes, vermöge deren derselbe, n a c h d e m e r a u s g e t a u s c h t w o r d e n i s t, zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen kann." Abgesehen von allem anderen, erscheint der Tauschwert ja nur innerhalb des Austauschverhältnisses und hat nur in diesem seine Bedeutung. Für Dr. Lindeman beginnt der Tauschwert erst zu existieren, nachdem der Tauschakt vorüber ist. Er hätte kürzer und ebensogut sagen können: Tauschwert ist der Gebrauchswert nach dem Tausch — nur daß in dieser Formulierung die Absurdität einer solchen Definition im vorhinein klar gewesen wäre.

Der Verfasser hat große Mühe und Fleiß darauf verwendet, durch eine geschichtliche Darlegung die Entwicklung der Begriffe Arbeit, Wert, Geld, Preis in der englischen, französischen, italienischen und deutschen Ökonomie darzustellen. Auch hier ohne Erfolg. Denn da sein Sinn immer auf die bloßen Worterklärungen gerichtet ist, übersieht er gerade das Wesentliche und Charakteristische. So gibt er uns eine Darstellung der Mengerschen Wertlehre, ohne den Begriff des Grenznutzens, der Marxschen, ohne den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu erörtern. Die Aufzählung der verschiedenen Autoren macht wohl auf Vollständigkeit keinen Anspruch, trotzdem ist es merkwürdig, daß unter den deutschen Ökonomen gerade die nach Marx bedeutendsten, Thünen und Rodbertus, fehlen. So ist auch der geschichtliche Teil des Buches, da ihm die unerläßliche Vorbedingung für jede Geschichtschreibung der ökonomischen Theorie, das Verständnis für das Wesen ökonomischer Probleme abgeht, ohne Wert.

r. h.

Notizen.

Die Expropriation des kleinen Grubenkapitals durch die Kohlenbarone fand schon statt, ehe noch durch die neuen Satzungen des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats ein weiterer Anreiz zur Expropriation gegeben war. Nach den Mitteilungen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich ergibt sich über die Zahl der Betriebe im Steinkohlenbergbau, die durchschnittliche Belegschaft, Menge und Wert der Produktion folgendes Bild:

	Zahl der Betriebe	Mittlere Belegschaft	Menge der Produktion Tonnen	Wert der produzierten Steinkohle Mark
1872	631	162172	33306400	296668000
1882	492	195958	52118600	267785000
1892	407	289415	71372200	526979000
1902	326	451187	107473900	950517000
1903	303	470305	116637765	1005153000

Also während die Produktion auf mehr als das Dreifache steigt, schmilzt die Zahl der Betriebe auf weniger als die Hälfte zusammen. Recht anschaulich wirken die Durchschnittsziffern, welche angeben, was in den genannten Jahren durchschnittlich an Belegschaft, Menge und Wert der Produktion auf ein in Betrieb befindliches Werk entfällt. Auf ein Werk kommen:

	Mittlere Belegschaft	Förderung an Steinkohle Tonnen	Wert der Produktion Mark
1872	257	52783	470157
1882	398	105931	612984
1892	711	175361	1294790
1902	1384	329674	2915690
1903	1554	384743	3317336

Mit dem Jahre 1903 schließt ein Abschnitt in der Geschichte des Steinkohlenbergbaus ab. 1904 kam die Verlängerung des Kohlensyndikats und dessen Reorganisation, durch welche geradezu eine Prämie auf das Stillegen kleiner Zechen gesetzt wurde. Brachte schon der natürliche Akkumulationsprozeß des Kapitals das rapide Verschwinden kleiner Werke, so wird dies jetzt noch künstlich gesteigert.

Als Grund gegen den Erlaß wirksamer Arbeiterschutzgesetze ist von der Regierung oft die Rücksicht auf die Kleinbetriebe geltend gemacht worden. Diese Rücksicht kann aber beim Steinkohlenbergbau nicht mehr gelten, denn wirkliche Kleinbetriebe gibt es in diesem Produktionszweig nicht mehr. Wenn die Regierung dennoch mit dem Erlaß wirksamer Schutzgesetze zögert, dann können nur zwei Gründe für die Zögerung ernsthaft in Betracht kommen. Entweder sind es fiskalische Bedenken oder es ist Furcht vor der Macht des Großkapitals. Fiskalische Bedenken können insofern mitsprechen, weil der preußische und sächsische Fiskus selbst in großem Umfang am Steinkohlenbergbau beteiligt sind. In der Ausbeutung und Unterdrückung der Bergleute steht der preußische Fiskus nicht zurück gegen die schlimmsten Ausbeuter des Ruhrreviers. Bei einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung würde er also mitgetroffen. Aber auch die Furcht vor der Macht des Großkapitals kann mitsprechen. Die Industriellen des rheinisch-westfälischen Bezirkes sind in Preußen-Deutschland eine politische Großmacht. Sie wissen energisch ihre Interessen zu vertreten. Als Drittes wäre nur anzunehmen, daß beide Gründe zusammenwirken. Die Regierung beugt sich um so williger dem Machtspruch der Großindustrie, weil auch der Fiskus profitiert.

h. m-r.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 20 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

F. W. Fritzsche.

⸗ **Berlin**, 8. Februar 1905.

In einem Alter von fast achtzig Jahren ist in Philadelphia ein Mann estorben, der von seinen Jünglingsjahren bis zur Schwelle des Greisenalters ı der deutschen Arbeiterbewegung tätig gewesen ist und sich mannigfache Ver- ienste um sie erworben hat. Er stand in der Blüte seiner männlichen Kraft, ls er im Jahre 1881 nach Amerika auswanderte, nicht lange vor den Reichs- ıgswahlen dieses Jahres, in denen die entscheidende Probe auf das Sozia- stengesetz gemacht werden sollte, und es sind ihm damals nicht Vorwürfe er- ıart geblieben, daß er von den Rechten des Veteranen zu frühen Gebrauch macht habe. Ob mit Recht oder Unrecht, das wissen wir nicht; auf jeden all geziemt es sich, im Augenblick seines Todes nur dessen zu gedenken, was für die deutsche Arbeiterklasse geleistet hat.

Fritzsche war ein selbstgemachter Mann, in ganz anderem Sinne freilich, s die Bourgeoisie dies Wort zu gebrauchen pflegt. Er war 1825 in Leipzig boren, in den tiefsten Tiefen des Proletariats; ein halbes Jahr Armenschule, ıs war alles, was ihm die beste der Welten für den Kampf ums Dasein itgab. Als Zigarrenarbeiter begab er sich früh auf die Wanderschaft; der rang nach Erkenntnis, den alles Elend seiner Kindheit in ihm nicht hatte sticken können, trieb ihn bald über die Grenzen der Schweiz, die in den vier- ger Jahren für Handwerksburschen und Studenten verbotenes Land war. ıst wäre Fritzsche kurz vorm Hafen noch gescheitert; am Weihnachtsabend, s er auf einem Schleichweg nach Basel zu gelangen hoffte, wurde er von ıem Schneesturm überrascht, dem er, hungernd und spärlich bekleidet, erlegen äre, wenn ihn einige Schicksalsgenossen nicht noch rechtzeitig gefunden hätten. Was er in dieser Stunde empfunden hat, das hat er später einmal so ge- ildert: „Der Wald knisterte leise, eintönig und wirr durcheinander; allmählich ıoch schien mir dies Knistern in ein heimliches melancholisches Flüstern und dlich gar in einen lieblichen Gesang überzugehen, aus dem ich eines jener

naiven und doch so seelenvollen Schlummerlieder herausklingen hörte, m
denen mich mein Großmütterchen so oft mit ihrer zitternden Stimme in de
Schlaf gesungen hatte. Da stiegen aus fernen Nebelmassen ineinander ve
schwimmende Bilder vor mir auf; es waren Bilder aus meinem eigenen Lebe
eine lange, lange Reihe düsterer Bilder, die kaum ein einziger Strahl der Freu
erhellte. Ich sah Vater und Mutter leben und war dennoch eine arme, ve
lassene, schutzlose Waise, seit Großmütterchen ihr sorgenmüdes Haupt i
Armenspittel zur letzten Ruhe gelegt hatte. Mein Herz lechzte danach, sich
den Born der Erkenntnis zu tauchen, um daraus geistiges Leben zu schöpfe
und — ein halbes Jahr Armenschule war der Born, den christliche Barn
herzigkeit mir erschloß. Voll Liebe und Wohlwollen gegen alle, war ich denno
von allen zurückgestoßen wegen einer äußerlichen Krankheit. Hinausgestoß
in die Welt, die den armen Knaben verhöhnte, ward mir kein einziger te
nehmender Freund. Doch halt, da kommt ja, wie eine Oase in der Wüs
ein glänzendes, leuchtendes Bild, eine Weihnachtsbescherung. Wie glänzten d
Kerzen vom Weihnachtsbaum in die Nacht hinein. Eine ganze Schar Junge
meist blaß und schmalbäckig und in ärmlicher Kleidung, umstehen den Lichte
baum und singen: Stille Nacht, heilige Nacht! Es folgt ein Gebet, in salbung
vollem Tone von einem augenverdrehenden Pfaffen vorgetragen. Eine Anza
alter Jungfern, glattgescheitelte langhaarige Herren zweifelhaften Alters u
zwei spindeldürre Ratsherren nicken mit hoffärtig-christlicher Demut, wenn d
Wort Gott oder Christus ausgesprochen wird; alsdann tritt ein Knabe vo
der eine einstudierte Dankrede deklamiert, während seine Augen bald voll Ve
langen die Gaben, bald voll Verdruß die Geber anschauen, die ihn nötige
sie zu preisen, während sein ganzes Herz bei den Lebkuchen und den Spi
sachen weilen möchte. Indes flüstern sich die Herrschaften zu, wieviel jed
an Liebesgaben gespendet hat. Die gezwungene Schaustellung seiner Gefüh
kränkt den Knaben bis zu Tränen; auch bei dieser Freude darf ja ein Tropf
Wermut nicht fehlen. Der Knabe aber, dem die Tränen über die Wang
rollen, bin ich ..."

Einer der Handwerksburschen, die den jungen Fritzsche damals gerade no
vor dem Tode des Erfrierens retteten, war ein Anhänger Weitlings. Von ih
erhielt Fritzsche die erste Kunde des Kommunismus und ging denn auch sel
nach Zürich, um unmittelbar aus der Quelle zu schöpfen. Über seinen Verke
mit Weitling hat er nichts Näheres veröffentlicht, und vielleicht hatte er au
nichts Wissenswertes darüber zu sagen; zur Zeit seines Züricher Aufenthalt
war Weitling schon sehr in die Prophetenrolle hineingeraten und wird sich u
seinen jungen Bewunderer kaum viel gekümmert haben. Auch war Fritzs
weit mehr auf die Praxis angelegt als auf die Theorie, und für Weitlin
Utopie wird er schwerlich ein tieferes Interesse gehabt haben. Indessen f
die revolutionäre Praxis kam Fritzsche in der Schweiz ebenfalls in die richti
Schmiede; nach seinem Aufenthalt in Zürich fand er Arbeit in einer klein
Zigarrenfabrik, die Jean Philipp Becker in Biel eingerichtet hatte.

So hat sich Fritzsche auch an die revolutionäre Praxis gehalten, als il
das Jahr 1848 wieder in Deutschland fand; er kämpfte erst als Freischärl

in Schleswig-Holstein und dann auf den Dresdener Barrikaden in den Maitagen des folgenden Jahres. Dafür wurde er ein Jahr in Untersuchungshaft gehalten und danach ohne Sang und Klang entlassen. Das Jahrzehnt der Reaktion verlebte er in Leipzig, wo er sich mit Vahlteich zusammenfand, der ebenfalls von Weitling kam, aber stets in viel höherem Grade Weitlingianer gewesen und geblieben ist als Fritzsche. Beide widersetzten sich gemeinsam den Bestrebungen der Leipziger Bourgeoisie, „ihre" Arbeiter so ohne alles Federlesens in ihr Schlepptau zu nehmen; sie verhandelten aber auch im November 1862 im Hause Unruhs über das Zusammengehen von Bourgeoisie und Proletariat im preußischen Verfassungskonflikt, jedoch dank der hinterhaltigen Politik der Fortschrittler ohne Erfolg. Für den Augenblick wären sie diesen Kniffen und Pfiffen vielleicht erlegen, wenn das Leipziger Zentralkomitee, dessen treibende Kraft sie waren, nicht den rettenden Entschluß gefaßt hätte, sich an Lassalle zu wenden. Doch war Fritzsche persönlich nicht zugegen, als Dammer und Vahlteich, die Vorsitzenden des Zentralkomitees, die endgültige Abmachung mit Lassalle trafen.

Dammer wurde danach Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für Leipzig, während Vahlteich als Vereinssekretär nach Berlin übersiedelte. Doch lag die Leipziger Agitation hauptsächlich in den praktischen Händen Fritzsches. Zu Lassalles Lebzeiten trat er wenig hervor, und es ist auffallend, daß er auch nicht in den Vorstand des Vereins gewählt wurde, worauf er nach seiner bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung allen Anspruch gehabt hätte. Möglich, daß er, ebenso wie Vahlteich, an Lassalles Person und Politik manches auszusetzen gehabt hat, und mindestens in einem sehr wichtigen Punkt stimmte er nicht mit ihm überein. Aber dann ist es nur um so mehr zu loben, daß Fritzsche nicht daran dachte, seine größere oder geringere Unzufriedenheit mit Lassalle an die große Glocke zu hängen, sondern sich in aller Stille bemühte, praktisch auszuführen, was nach seiner Ansicht von Lassalle mit Unrecht unterlassen worden war.

Wir meinen die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiterbewegung. Für sie ist Fritzsche innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der erste praktische Bahnbrecher gewesen; er begann schon Ende 1865 mit der Gründung des Tabakarbeitervereins, der als sein Organ den „Botschafter" herausgab. Fritzsches Verdienste sind in dieser Beziehung niemals genügend anerkannt worden, namentlich nicht, solange die Legende bestand — die von Bringmann in seiner trefflichen Geschichte der Zimmererbewegung mit großem Nachdruck und Erfolg bekämpft wird —, daß nämlich die Lassalleaner sich überhaupt gegen die Gründung von Gewerkschaften grundsätzlich ablehnend verhalten hätten. Der Lassalleanismus ist auch in dieser Beziehung besser gewesen als der Ruf, den er allzu lange genossen hat; so nahe Lassalles Agitation die Unterschätzung der Gewerkschaften legte, so ist doch diese Gefahr von den Lassalleanern bald genug erkannt und vermieden worden; es ist sicherlich eine so bemerkenswerte wie erhebende Tatsache, daß ein Fehlschluß, den ein Mann von Lassalles genialer Begabung und kolossalem Wissen gemacht hatte, alsbald von einem Arbeiter berichtigt wurde, dessen geistiges Rüstzeug in einem halbjährigen Besuch der Armenschule erworben worden war.

Ebenfalls bemerkenswert, aber keineswegs erhebend, war der Spektakel, de Schulze-Delitzsch über die „müßigen Schwätzereien unnützer Buben" erhob, al Fritzsche und Schweitzer im Herbste 1868 den ersten Gewerkschaftskongreß nac Berlin beriefen. Sie taten es formell in ihrer Eigenschaft als Reichstags abgeordnete — Fritzsche war kurz vorher in einer Ersatzwahl für den Wahl kreis Lennep-Mettmann in den norddeutschen Reichstag gewählt worden — aber tatsächlich doch, Schweitzer als Vorsitzender des Allgemeinen deutsche Arbeitervereins und Fritzsche als sein erfahrenster Gewerkschaftsmann. De Versuch des braven Max Hirsch, gänzlich unvorbereitet wie er war, durc eine verpfuschte Nachahmung der Trade Unions, das Vorgehen Fritzsches un Schweitzers zu vereiteln, rief seine Schmähung des Sparapostels Schulze her vor, die man heute, wo die historische Entwicklung ihr unanfechtbares Verdik gesprochen hat, als ehrende Nachrede an Fritzsches frischem Grabe wiederhole darf.

Als dann Schweitzer in sein Diktatorspielen geriet und dadurch auch di gewerkschaftlichen Interessen empfindlich gefährdete, trennte sich Fritzsche vo ihm, blieb jedoch den Lassalleanern treu, ohne sich je in hervorragender Weis an den gegenseitigen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Der Gothaer Einigungs kongreß erklärte dann auf seinen Antrag die gewerkschaftliche Organisation de Arbeiterklasse für notwendig. Doch war die günstige Zeit für einen Aufschwun der Gewerkschaften im Jahre 1875 vorbei, während der politische Kampf, de Fritzsche niemals vernachlässigt hatte, um so schärfer herandrängte. Im Jahre 1877 eroberte er den vierten Berliner Wahlkreis, den er in de Attentatswahlen des nächsten Jahres behauptete. Er gehörte nach dem Erla des Sozialistengesetzes zu dem ersten Schub der Berliner Ausgewiesenen, wurde als er gleichwohl zur nächsten Session des Reichstags nach Berlin kam, i einen Bannbruchprozeß zu verwickeln gesucht, nahm am Kongreß in Wyde teil und sammelte auf einer Agitationsreise, die er gemeinsam mit Viereck i die Vereinigten Staaten unternahm, 13000 Mark für die Reichstagswahle von 1881.

Doch an diesen Wahlen selbst beteiligte er sich nicht mehr, und er hat dan nur von ferne her die große Bewegung wachsen und wachsen sehen, die früh in ihrer historischen Bedeutung erkannt und mit rüstiger Kraft gefördert zu habe sein Ruhm und sein Verdienst bleibt.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland.

Von **N. Riasanoff.**

I.

Der 19. Februar des Jahres 1861 versetzte dem alten Rußland, dem Ruß land Nikolaus I., den Todesstoß. Es ist daher kein Wunder, daß schon vo vierundvierzig Jahren dieser Tag der Befreiung der Bauern denjenigen, di die Geschichte zu den offiziellen Befreiern der Leibeigenen machte, durchaus nich die Freude brachte, die die Freimachung von Millionen von Sklaven eigentlic

hätte verursachen sollen. Und wenn dieser Tag von 1861 bis 1881 als offizieller Festtag gefeiert wurde, so geschah es bloß deshalb, weil er mit dem Datum der Thronbesteigung Alexanders II. zusammenfiel. Der 1. März 1881 (Tag der Ermordung Alexanders II.), der für die Meschtschersky und Katkows bloß die logische Folgerung des 19. Februar war, bot endlich den Reaktionären die ersehnte Gelegenheit, diesem Tage seinen hohen festlichen Charakter, den er im Laufe der Zeit angenommen hat, immer mehr abzunehmen, bis er ihn ganz verloren hat. Es traten schließlich Zeiten ein, in denen die Feier dieses Tages fast als Verbrechen gegen den Staat angesehen wurde. Die „Korporation von regierenden Dieben und Räubern" (wie W. G. Bjelinsky die Regierung Nikolaus I. nannte), die nach der Bauernbefreiung bloß eine etwas feinere äußere Form angenommen haben, fingen an, die festliche Begehung des 19. Februar als persönliche Beleidigung anzusehen. Daß dieser Tag den Machthabenden durchaus keine Freude war, beweist folgende charakteristische Geschichte. In dem ursprünglichen Texte des Befreiungsmanifestes hieß es in bezug auf den Tag der Abschaffung der Leibeigenschaft: „An diesem für Uns und Unsere treuen Untertanen freudevollen Tage ..." Dieser Passus fehlte aber in der Fassung, die der Moskauer Metropolit Philaret dem Manifest gegeben hat. In der von ihm eingereichten Motivierung des Entwurfes des Manifestes sagt er darüber: „Ich habe nicht von der Freude gesprochen, weil ich nicht wollte, daß im Namen des Zaren ein Wort ausgesprochen werde, dem viele treue Untertanen ihre Zustimmung hätten versagen müssen."

Und wahrhaftig, an diesem Tage war Rußland durchaus nicht in rosiger Stimmung. Die „Befreier", die den wirklichen Wert der Reform kannten, fürchteten sich, wie wir gleich sehen werden, an diesem Tage nicht vor den Gutsbesitzern, sondern vor den von ihnen mit der Freiheit beglückten Bauern. Alles, was in der Frage der Bauernbefreiung vom 10./22. Oktober 1860 bis zum 5./17. März 1861, das heißt von der Beendigung der Arbeiten der sogenannten Redaktionskommissionen bis zur öffentlichen Verkündigung des Befreiungsmanifestes,[1] geschah, war in ein undurchdringliches Geheimnis sogar für die Mitglieder der Redaktionskommission gehüllt. In alle Gouvernements wurden Generale à la suite und Flügeladjutanten im Range von Obersten entsandt, die den Gouverneuren zur Seite stehen sollten. „Angesichts der Möglichkeit von Volksunruhen bei der Bekanntwerdung der Befreiung wurden den Truppen folgende Befehle erteilt: 1. Verhaltungsmaßregeln für die Mannschaften der Truppenteile, die zu einer ‚exekutionellen' Besetzung von Städten, kleineren Flecken und Dörfern in den westlichen Gouvernements bestimmt werden. 2. Instruktionen für die Befehlshaber der Truppenteile im Falle, daß es sich als notwendig erweisen sollte, Soldaten zur Unterdrückung von Volksaufständen und Unruhen zu verwenden. 3. Den Chefs der westlichen Gouvernements wurde das Recht eingeräumt, Teilnehmer an Unruhen vor ein Kriegsgericht zu stellen und die Urteile ohne Aufschub zu vollstrecken. 4. Eine provisorische Instruktion der Bezirkspolizei, durch welche in dringenden Fällen gestattet wurde, Truppen zur Unterdrückung von Revolten herbeizuführen."

In Moskau durchzogen an diesem Tage Patrouillen zu Fuß und zu Pferde mit geladenem Gewehr die Stadt und kamen sogar in die Wirtschaften. In den Zeitungen war von der Befreiung kein Wort zu lesen. Es wurden in

[1] Das Manifest wurde nicht am 19. Februar publiziert, sondern erst am 5. März.

Moskau noch strengere Vorsichtsmaßregeln getroffen als in St. Petersburg, wo man sich auf eine Art feindlicher Invasion vorzubereiten schien. Der Generalgouverneur, Graf Ignatjew, versandte am 4. März an alle Regimenter eine Instruktion, in der ausführlich angegeben wurde, in welchen Polizeidistrikt sich jedes Regiment zu begeben habe; am 5. März sollten sich die Truppen aus den Kasernen nicht entfernen und sich den ganzen Tag bereit halten. Die Schutzmänner wurden mit Revolvern bewaffnet. Und nichts ist für die Stimmung der ehrwürdigen „Korporation der Diebe und Räuber" charakteristischer als der Umstand, daß am 5. März, genau zu derselben Zeit, als in den Kirchen die Befreiung des leibeigenen Volkes feierlich verkündet wurde, einige Hausmeister, die wenige Tage zuvor die Unvorsichtigkeit begangen hatten, von der bevorstehenden Bekanntmachung zu sprechen, körperlich bestraft wurden. . . .

Große Angst herrschte auch im Winterpalast. So wie es einer Bande von „Dieben und Räubern" zu Mute ist, wenn sie einen ausnehmend frechen Einbruch vollbracht hat und jeden Augenblick das Eintreffen der Polizei erwartet, so ungefähr erwarteten die Bewohner des Palais die Resultate der Verkündung der Freiheit.

„Die Personen, die sich im Winterpalais versammelten, um das Erscheinen des Kaisers zu erwarten, waren, wie es scheint, unruhig. Es wurde ein dumpfes Geräusch, einem Schusse ähnlich, hörbar. Der Generalgouverneur läßt nachsehen, was los ist. Man meldete ihm, daß . . . vom Dache des Palais Schnee heruntergefallen ist. Nach einiger Zeit wurde Glockengeläute vernehmbar, wieder wird ein Feldjäger entsandt, der zurückkehrend meldet . . . daß man in der Isaakskathedrale wegen der Beerdigung eines Geistlichen geläutet hat." Die „Diebe und Räuber" atmeten erleichtert auf.

„Die Briefe ohne Adresse" von N. G. Tschernischewsky und die Artikel von N. A. Dobroljubow zeigten, daß auch diejenigen, die am meisten für die Herbeiführung des so lang ersehnten Tages gearbeitet hatten, ihn ohne besonderes Entzücken begrüßten. N. Ogarew nannte das Gesetz vom 19. Februar „eine neue Art von Leibeigenschaft", und M. L. Michailow erließ seinen Aufruf „An die junge Generation". Es entstand dann die geheime revolutionäre Verbindung „Semlja i Wolja" (Land und Freiheit).

Das Gesetz vom 19. Februar wurde auch vom Volke nicht anerkannt. In ganz Rußland rief es Unruhen hervor. Das Volk, das so sehnsuchtsvoll die Freiheit erwartete, wollte die ihm gewährte nicht und forderte ein anderes Manifest. Als Antwort auf seine Forderungen wurde es mit Kugeln, Bajonetten und der Knute traktiert. Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Ministeriums des Innern, das diese Tatsachen selbstverständlich zu vertuschen sucht, ersehen wir, daß während der ersten zwei Jahre — vom 19. Februar 1861 bis zum 19. Februar 1863 — es in 29 Gouvernements zu 1100 Bauernrevolten kam, von denen viele nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten. Auf dem Gute des Grafen Apraxin, Bezdna, Gouvernement Kasan, erhoben sich 5000 Bauern, die die neue Freiheit nicht anerkennen wollten. Es wurde gegen sie Militär verwendet, wobei 55 Bauern getötet und 77 verwundet wurden. Der vermutete „Rädelsführer", Anton Petrow, kam vor ein Kriegsgericht, das ihn zum Tode durch Erschießen verurteilte. Im Gouvernement Pensa, im Dorfe Tschernogai, wurden 3 Bauern erschossen und 18 verwundet, im Dorfe Kandejewka wurden 8 getötet, 27 verwundet. Zu Zwangsarbeiten neben Bestrafung mit Spießruten wurden 26 Mann verurteilt, zur Deportation (nach

Sibirien) 78 Mann. Die übrigen wurden ins Gefängnis gesteckt, der Prügelstrafe unterworfen usw. Auf dem Gute von Stankewitsch im Gouvernement Woronesch tötete man 40 Bauern. So empfing das Volk die ihm „gewährte" Freiheit und so teuer kam sie ihm zu stehen!

II.

Was war der Grund der Unzufriedenheit des Volkes mit der neuen Freiheit, der es veranlaßte, sich ihr so hartnäckig zu widersetzen?

Es mag vielleicht von manchen als Übertreibung angesehen werden, wenn unser großer Satiriker (Saltykow-Schtschedrin) sagte, daß alle Bestrebungen der „Befreier" dahin gingen, „daß der Bauer die Befreiung im Herzen spürt und der Gutsherr sie am Beutel nicht empfindet". Diese Worte sind aber nichts anderes als eine Wiedergabe der Gesichtspunkte, die Alexander II. dem Hauptkomitee als Grundlagen, „wonach es seine Arbeiten zu richten habe", zu befehlen „geruhte".

„Bei der Erwägung und nachherigen Veröffentlichung aller Gesetzmaßnahmen, die Bauernfrage betreffend, müssen unbedingt die drei Grundgedanken im Auge behalten werden: 1. Der Bauer soll, sofort nach dem Bekanntwerden der Befreiungsurkunde, fühlen, daß seine Lage sich gebessert hat. 2. Der Gutsbesitzer soll sich sofort beruhigen können, daß seine Interessen gewahrt worden sind. 3. Die Autorität der lokalen Behörden darf auch für keinen Augenblick ins Schwanken geraten." [1]

Dieses nach allen Seiten befriedigende Programm ist glänzend ausgeführt worden, wofür unter anderem als bester Beweis der langjährige Streit dienen kann, ob sich die materielle Lage der Bauern mit der Abschaffung der Leibeigenschaft verbessert hat.

Es wurde bei uns lange behauptet — und es wird noch jetzt ziemlich häufig getan —, daß die Bauernbefreiung in Rußland nach ganz anderen Grundsätzen als in Westeuropa stattgefunden hat. Außer der persönlichen Freiheit erhielten bei uns nämlich, nach dieser Behauptung, die Bauern auch Landbesitz. Das ist aber eines der Vorurteile, die so oft bei den Anhängern der Theorie der „selbständigen Entwicklung Rußlands" vorkommen, die vergessen, daß die „Eigenart" in der Entwicklung eines gegebenen historischen Prozesses noch nicht seine „Originalität" beweist und daß sogar jede „Eigenart" an sich die Gemeinsamkeit der Grundformen und Tendenzen der sozialen Entwicklung zur Voraussetzung hat.

Auch in Westeuropa wurde die Befreiung der Person der Bauern nicht immer und nicht überall von der sofortigen Expropriierung des dem Bauern gehörenden Landes begleitet. Oft dauerte der Prozeß dieser Expropriierung nicht weniger lange und sogar länger als der Prozeß der endgültigen Befreiung. So wurde die persönliche Befreiung der Bauern in England gegen die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts vollendet, während die Expropriierung erst im neunzehnten Jahrhundert zu Ende geführt wurde. In Frankreich wurde der Prozeß der Loslösung, der im vierzehnten Jahrhundert begann, erst im Jahre 1789 endgültig vollendet. Die Versuche, auf die Bauern Ablösungszahlungen für die in ihrem Besitz gebliebenen Landanteile zu wälzen, schlugen fehl. Das Dekret des Konvents vom 17. Juli 1793 befreite das den Bauern

[1] Diese drei Bedingungen sind von Alexander II. „mit schärferer Betonung" aus den an ihn gerichteten Briefen Rostowzews entnommen.

gehörende Land von allen auf ihm lastenden Verpflichtungen und Zins-zahlungen. „Die eigentümlichen Vorzüge, die die französische revolutionäre Methode geltend macht“, wie sich Marx ausdrückt, äußerten sich auch bei der Vollendung der Befreiung der Bauern. In dem benachbarten Deutschland zog sich der Prozeß der Loslösung der Bauern, der offiziell 1811 begann, auf einige Jahrzehnte hin, und wenn ihm auch die Märzrevolution eine gewisse Beschleunigung verlieh, konnte noch 1890 der bekannte Geschichtschreiber des deutschen Bauernstandes, Knapp, sagen, daß es sich nicht mit Sicherheit feststellen läßt, ob die Beziehungen zwischen den Gutsbesitzern und Bauern in allen Teilen Preußens schon endgültig abgewickelt sind, ob also mit anderen Worten schon überall in diesem Königreich die Leibeigenschaft ganz liquidiert worden ist. Von dem Lande, das der deutsche Bauer besaß, blieb ihm kaum die Hälfte, und auch für diese mußte er Hunderte von Millionen zahlen. Der „schlesischen Milliarde“ entsprechen ebensolche Milliarden in anderen Provinzen Preußens. Die ostelbischen Junker hielten zähe an dem Lande der Bauern fest.

Ebenso ist auch die russische Bauernschaft nicht an einem Tage befreit worden. Es soll damit nicht bloß darauf hingewiesen werden, daß die Leibeigenschaft noch so lange bestehen blieb, als die „Ustawnyja Gramoty“, das heißt Verträge ausgearbeitet wurden, die die Rechte der Bauern und die zukünftige Leistung der „zeitweilig Verpflichteten“ bestimmten. Und nicht nur nicht im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten, sondern genau so wie in Preußen konnten die Bauern von den Leistungen der „zeitweilig Verpflichteten“ nur dann durch Ablösung befreit werden, wenn der Gutsbesitzer das verlangte oder damit einverstanden war, also nur dann, wenn es im Interesse der Gutsbesitzer lag. Solange der Gutsbesitzer nicht auf die Ablösung einging, blieben die Bauern „zeitweilig Verpflichtete“. Erst nach zwanzig Jahren, unter der Wucht der Schläge der Revolutionäre der siebziger Jahre, machten die „Befreier“ die Ablösung obligatorisch, wodurch dem Zustand der „zeitweiligen Verpflichtung“ ein Ende bereitet wurde. Und sogar noch jetzt gibt es Stellen in unserem Vaterland, wo die Leibeigenschaft noch nicht endgültig aufgehoben wurde.

Ist es daher angesichts dieser Tatsachen nicht seltsam, wenn man sogar von einem solchen hervorragenden Gelehrten, wie P. Miljukow, die Worte hören muß: „Es gehörten Jahrhunderte dazu, die Festung der mittelalterlichen Leibeigenschaft in den westeuropäischen Staaten zu vernichten, während bei uns ein einziger Federzug genügte, das morsch gewordene Gebäude der Willkür der Gutsherren umzustürzen“!? Diese Worte klingen noch merkwürdiger, wenn man bedenkt, daß noch jetzt ein Rest der Leibeigenschaft in der Form der Ablösungsabzahlungen vorhanden ist, die mit als „Tribut betrachtet werden müssen, den die soziale Entwicklung zahlt“. Diese Ablösungszahlungen bieten den Gutsbesitzern viel mehr, als die ehemaligen Verpflichtungen der Bauern ihnen geben konnten, und es läßt sich die Änderung infolge der Reform so formulieren, daß während der Leibeigenschaft die Bauern von einigen Zehntausenden Blutegeln in der Gestalt ihrer Besitzer ausgesaugt wurden, indes jetzt an deren Stelle ein einziger Vampir getreten ist. Die Bauern sind bei der Festsetzung der Ablösungszahlungen gezwungen worden, nicht nur für das Land, sondern auch für die Befreiung aus der persönlichen Abhängigkeit zu zahlen, was sogar von solchen gemäßigten Forschern, wie L. Chodsky, zugegeben wird

Unsere Geschichtschreiber verstehen nicht oder wollen bis jetzt noch immer nicht verstehen, daß das Gesetz vom 19. Februar eine Expropriierung der Bauernbevölkerung ist. Man hat den Bauern nicht das Land zugeteilt, sondern sie übervorteilt. „Wir gehören euch, das Land aber uns", so formulierten die Bauern ihr Verhältnis zu den Gutsbesitzern. Dies die Theorie, die die Bauern für die Entstehung des adeligen Grundbesitzes aufstellten. Eine ganz andere „Theorie", die in den folgenden Worten des Kaisers Nikolaus I. ausgesprochen wurde, stellte der Adel auf. „Jetzt", sagte Nikolaus I. zu den Edelleuten, „werde ich zu Ihnen nicht als Kaiser, sondern als erster Edelmann des Reiches sprechen. Das Land gehört uns mit vollem Rechte, weil wir es mit unserem Blute, das für das Reich vergossen wurde, erworben haben. Ich kann aber nicht begreifen, wieso ein Mensch zu einem einfachen Gegenstand werden konnte, und kann es nur als Folge von List und Betrug einerseits und Unwissenheit andererseits erklären." Mit anderen Worten: das Land gehört uns, nicht aber die Bauern. Diese Theorie ist jedenfalls eine Verbesserung der noch älteren Theorie, nach welcher sowohl die Bauern als das Land „uns" gehören. In dieser „Verbesserung" besteht der ganze „Fortschritt", der die bürgerlichen Historiker in so großen Freudentaumel versetzte.

Die wissenschaftlichen historischen Forschungen der letzten Jahrzehnte zeigten, daß die von den Bauern aufgestellte „Theorie" der Kritik gegenüber widerstandsfähiger als die adelige ist. Dem adeligen Grundbesitz ging der freie Bauernbesitz voraus. Je größere Bedeutung in dem Prozeß der Produktion die Landwirtschaft erhalten hatte, um so stärker entwickelte sich die Arbeitsteilung im gesellschaftlichen Organismus, um so schärfer trennten sich die Funktionen der arbeitenden Klassen und ihrer „Beschützer". Der freie Bauer gibt einen Teil seiner Arbeitskraft teils als Naturalprodukt, teils als Arbeit zur Unterhaltung seiner „Beschützer". Diese Arbeit wird aber von den Bauern auf ihrem eigenen Grundbesitz geleistet, der von der ganzen Gemeinde verwaltet wird. Die Pflichten der Bauern verwandeln sich allmählich in Hörigkeitspflichten. Überall, wie es schon Marx bemerkt hat, zeigt es sich, daß die Fronarbeit sehr selten aus der Leibeigenschaft hervorgeht, sondern meistenteils stellt sich umgekehrt heraus, daß die Leibeigenschaft sich aus der Fronarbeit entwickelt hat.

„Wir gehören euch — das Land uns." Die andere Seite stellt diese Verhältnisse anders dar. In dem Maße, als sich die Geldwirtschaft entwickelt, in dem Maße, als der Grundbesitz einen Wert zu gewinnen beginnt, wird der frühere „Herr" zum Grundbesitzer. Wenn er früher bloß das Recht auf die persönlichen Dienstleistungen der freien Bauern hatte, so beweisen „die Verpflichtungen" der Bauern nunmehr, daß sie sich auf seinem Grund und Boden befinden: denn wozu hätten sie sonst ihm Dienste erwiesen? „Die Arbeit der freien Bauern auf ihrem Gemeindeland verwandelte sich in Fronarbeit für die Diebe des Gemeindelandes" (Marx). Nur durch eine ausgekünstelte juristische Fiktion wird das Gemeindeland, ebenso wie die allen Mitgliedern der Gemeinde gleichmäßig gehörenden Weiden, Wälder, Wässer usw. zum Eigentum des Besitzers, des Feudalherrn. Das Recht, das die Bauern erhalten, unentgeltlich den Grund und Boden benutzen zu können, wird zum Beweis einer besonderen „Gnade" seitens der Gutsbesitzer.

Dieser Prozeß läßt sich auch in dem Verlauf der Beziehungen zwischen den russischen Bauern und ihren „Herren" beobachten. Die Gutsbesitzer gaben

nicht, trotz der gegenteiligen Behauptung W. Iljins,[1] den Bauern das Land, sondern nahmen es ihnen weg. Im Laufe der Zeit wird das Recht der Bauern, die Wälder der „Herren" benutzen zu dürfen, immer mehr durch Vorschriften beschränkt, das dem Gutsbesitzer gehörende Ackerland vergrößert sich immer mehr auf Kosten des den Bauern gehörenden Grundbesitzes. Trotz des Widerspruchs der Bauern wurde ihr Land Besitz des Adels oder des Staates. Aber erst das Gesetz vom 19. Februar sanktionierte endgültig das Recht der Gutsbesitzer auf das Land, das ihnen nie gehörte; erst durch dieses Gesetz wurde den Bauern endgültig das Recht genommen, den Wald und anderen Gemeindebesitz benutzen zu dürfen, ein Recht, das ihnen während der ganzen Dauer der Leibeigenschaft nicht entrissen werden konnte. Und in diesem Sinne kann man sagen, daß das Gesetz vom 19. Februar die jahrhundertelang dauernde „Verminderung" des Bauernbesitzes durch eine einmalige kolossale „Beschneidung" vollendete und daß zur großen Zahl der vor 1861, das heißt vor der Befreiung, stattgefundenen „Wegnahmen" in diesem Jahre mit der Aufhebung der Leibeigenschaft die bekannten „Kürzungen" hinzugekommen sind.

Und nichts forderten unsere Gutsbesitzer so energisch — nicht „die Anhänger der Leibeigenschaft", sondern die „redlichen und klugen" Liberalen — als die Anerkennung durch das Gesetz, daß das ganze Land, das von den Bauern benutzt wird, doch den Herren gehört, daß diese außerordentlich großmütig sind, wenn sie den Bauern einen Teil des Landes für eine räubermäßig festgestellte Ablösungssumme zuteilen. Das sogenannte Opfer, das der Adel gebracht hat, war in Wirklichkeit die Hinschlachtung des Bauernstandes im Interesse des altrussischen Adels. Wie immer, brachte der Adel auch hier die Bauern zum Opfer auf dem Altar des Vaterlandes.

Und nur solche Forscher wie P. Struve, der mit den Verteidigern der Interessen unserer Großgrundbesitzer behauptet, „daß die russischen Bauern nie auf ihrem eigenen Lande gesessen haben", können die Rolle des Adels in der Epoche der Befreiung idealisieren.

Vor der Befreiung „besaß" der Adel 105 Millionen Deßjätinen. Indem er einen Teil dieses Landes abgab, gab er das weg, was ihm gar nie gehört hatte. Von den Reaktionären schlimmster Sorte bis zu dem „rotesten" Liberalen war der ganze Adel bestrebt, nicht nur das alte Ackerland, das den Gutsbesitzern gehörte, zu behalten, sondern, wie ich schon sagte, möglichst viel von dem Lande, das die Bauern während der Leibeigenschaft für sich bearbeiteten, abzuschneiden. Alle Debatten in den Gouvernementskomitees und den Redaktionskommissionen drehten sich um die Frage, um wieviel man den Besitz der Bauern verkürzen könne, ohne Gefahr zu laufen, einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen. Der Kampf, der in der Schilderung Iwanjukows und anderer Geschichtschreiber, namentlich Dsjanschiews, als ein Kampf zwischen den Anhängern der Leibeigenschaft und den Liberalen dargestellt wird, ist in der Tat bloß ein Kampf maßlos-gieriger Wölfe einerseits und gemäßigter kluger Füchse andererseits gewesen.

Es ist schwer zu sagen, in welchem Grade die Bauern am 19. Februar 1861 beraubt wurden. Die Art der Befreiung war nicht überall gleichmäßig, aber bei aller Verschiedenheit der Bedingungen entsprang sie immer dem Bestreben

[1] W. Iljin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland.

ie Bauern, wie es auch sein möchte, zu berauben. Von den Angaben, die
3. Miljukow anführt, ist ersichtlich, daß die adeligen Komitees die Hälfte der
on den Bauern innegehabten Anteile wegnehmen wollten, daß sie sich aber
n allgemeinen mit dem fünften Teile begnügen mußten. Ohne einen großen
ehler zu begehen, kann man folgenden Satz aufstellen: Je mehr Land den
lauern vor der Befreiung abgenommen wurde, desto weniger wurde ihnen
ei der Abschaffung der Leibeigenschaft entrissen. Das Gesetz vom 19. Februar
ar, was auch unsere liberalen Lobredner „des Zeitalters der großen Reformen“
igen mögen, ein großer Akt der Expropriierung des Bauernstandes zugunsten
es Adels, es war außerdem das Endglied dieser jahrhundertelang währenden
ewaltsamen Expropriierung.

Ihm sollte eine Ära der „friedlichen“ Expropriierung folgen.

Mit unverschämter Offenheit äußert sich diese „große“ Expropriierung in
em sogenannten „Bettelanteil“. Diejenigen Bauern, die bloß ein Viertel des
nen zugewiesenen Anteils annehmen wollten, wurden sofort von allen Ver-
lichtungen gegenüber der gutsherrlichen Gewalt vollkommen dispensiert.
lehrere Hunderttausende von Bauern (fast eine Million) beeilten sich, von
esem Mittel Gebrauch zu machen, um schneller ihre Beziehungen zu den „groß-
ütigen“ Herren zu lösen.

Millionen von Bauern, die das sogenannte Hofgesinde bildeten, wurden
ne jedes Subsistenzmittel entlassen, ebenso rücksichtslos verfuhr man mit den
Staatsbauern“, die an den Bergwerken arbeiteten. Man ließ sie einfach ohne
n geringsten Landanteil. (Fortsetzung folgt.)

Das Problem der „hundert Völker“.

Von **Rosa Luxemburg.**

Über dem Riesenreich der russischen Knute, dem letzten Schlupfwinkel des
solutistischen „Gottesgnadentums“, steigt endlich die blutige Morgenröte
enigstens einer bürgerlichen Freiheit auf. Der Emanzipation der internatio-
len Arbeiterklasse vom Joche des Kapitalismus geht notwendigerweise die
nanzipation des letzten modern-kapitalistischen Landes von den eisernen
indeln des Mittelalters voraus. Und da konnte es natürlich nicht fehlen,
ß in den Kreisen der russischen und auch der internationalen Reaktion das
kannte alte Thema von der „Unreife“ des Volkes für die bürgerlichen Frei-
iten angeschlagen wurde. Man kennt die Weise, man kennt den Text. Es
l sich offenbar dasselbe gelungene Spiel, das schon mehrmals mit Erfolg
spielt worden, noch einmal wiederholen: die herrschenden Klassen glauben so
ige nicht an die politische „Reife“ des Volkes, als es gutwillig von ihnen
Gewährung seiner Rechte verlangt, als es auf ihre politische Einsicht und
e menschlichen Gefühle noch etwas hält; der Glaube pflegt sich alsdann
ötzlich einzustellen, nachdem das Volk mit festem Griffe dasjenige genommen
t, was ihm hartnäckig verweigert wurde; das politische Maturitätsexamen
s „Volkes“ scheint für die herrschenden Klassen jedesmal erst dann abgelegt
sein, wenn es ihnen nach Lassalleschem Rezept rücksichtslos die Faust aufs
ige und das Knie auf die Brust gedrückt hat.

Nun, wenn es nicht anders geht, so soll es ja auch an dem arbeitenden
lke in Rußland in dieser Beziehung nicht fehlen, hat es doch den letzten

Rest seiner politischen „Unreife“, die in der naiven Hoffnung auf eine friedlic Eroberung der politischen Freiheit, auf eine friedliche Auseinandersetzung m der Knute bestand, bereits gründlich abgestreift.

Aber die bürgerlichen Kannegießereien über die „Unreife“ des Volkes sin an sich eine in mehrfacher Hinsicht interessante Erscheinung. Nichts Amüsa teres, als wenn sich ein Harden um die Schicksale der russischen Freiheit sor und aus seinem Brockhaus fleißig all die Balten, Polen, Finnen, Jude Letten, Schweden, Armenier, Tscheremissen, Esthen, Baschkiren, Kirgisen, Lappe Kalmücken und Burjaten abschreibt, um zu dem Schlusse zu kommen, daß da Land der hundert Völker mit seinem Großstadtproletariat, das „beim erst Schritt ins politische Leben ein Taumelrausch packt“, an dessen Sohle sich „d Raublust“ heftet, und mit seinem Bauerntum, das nicht lesen noch schreib kann, nimmermehr zu einem parlamentarischen Regime reif sei.

Es ist eigentlich recht merkwürdig, daß von der Höhe oder vielmehr vo der Tiefe der bürgerlichen Dekadenz aus jeder Literatenbengel, an dem kei heiler Faden ist, sich berufen fühlt, über die Reife oder die Unreife ganz Völker letztinstanzliche Urteile zu fällen. Und schließlich, wenn es sich um d eigene Haut handelt, wüßten sicher auch die Kirgisen, die Lappen und d Kalmücken die Antwort jener Karausche zu erteilen, die, befragt darüber, ob s lieber gebraten oder gesotten werden möchte, kühl entgegnete, daß sie vor alle vorziehen würde, überhaupt nicht verspeist zu werden.

Die größte Komik liegt aber überhaupt in der rührenden alten Einbildun der Bourgeoisie, es gehöre Gott weiß welche politische „Reife“ dazu, um d tiefsinnigen Mysteriums des bürgerlichen Parlamentarismus teilhaftig zu werde Wie sollte in der Tat ein einfacher russischer oder polnischer Fabrikarbeit ja, ein Bauer in aller Welt verstehen, sich auf die schwindelnden Höhen d bürgerlich-parlamentarischen Politik aufzuschwingen? Jeder ordinäre Börse jobber, jeder fettwanstige Kommerzienrat, jeder stupide Ostelbier, der nur m der Reitpeitsche und im Kuhstall Bescheid weiß, sind natürlich zum Entscheid über innere und äußere Politik der Staaten wie geschaffen, aber ein Proletari ein einfacher Bauer, „der nicht lesen noch schreiben kann“?!

Wenn diese Renommisterei je einigen Eindruck machen und einigen Glaub finden konnte, so war es höchstens in jenem ersten Taumel der bürgerlich Demokratie, als sie noch mit der herrlichen Frucht des Parlamentarismu schwanger ging. Nun aber, nach einer etwa fünfzigjährigen parlamentarisch Praxis der kapitalistischen Länder, nachdem bereits alle Welt hinter das gro Geheimnis von Sais geblickt und sich überzeugt hat, daß hinter dem Vorha aber auch gar nichts steckt, was die normalen geistigen Kräfte eines ganz g wöhnlichen Sterblichen übersteigen würde, heute hat das Thema von der po tischen Reife des russischen Volkes zur bürgerlichen Verfassung einen ga besonderen Beigeschmack der unbewußten feinen Ironie und Selbstpersiflag Zum Überfluß hat die Praxis des deutschen, wie des französischen, wie d italienischen Parlamentarismus zur Genüge gezeigt, daß gerade dieselben Klass und Parteien, die mit Bedauern über die „Unreife“ der Völker die Achseln z zucken pflegen, es verstanden haben, das delikate und verwickelte Problem fü das „Volk“ äußerst zu vereinfachen — durch all die lieblichen international Praktiken des Wahlschachers und des parlamentarischen Kuhhandels nämlic die das „Volk“ systematisch in ein urteilsloses und gehorsames Stimmvi verwandeln. Es steht zu hoffen und ist sogar mit Sicherheit anzunehmen, da

ch auch in dem künftigen befreiten Rußland ein Zentrum, eine nationalliberale
Partei, ein Agrariertum finden, die sich des armen, unmündigen „Volkes“
nnehmen und es durch die Fährnisse des parlamentarischen Lebens mit fester
and führen werden — wenigstens in der ersten Zeit, bis sie von der Sozial-
emokratie der einträglichen Mühe enthoben und zu allen Teufeln gejagt werden.
Doch nichts verrät so gut den Grad der eigenen politischen „Reife“ der
utigen Bourgeoisie, als wenn sie die Freiheit Rußlands gerade an dem
ationalen Problem scheitern sieht. Die vielen Kirgisen, Baschkiren, Lappen usw.,
e übrigens in ihrer Mehrzahl, wie in jedem modernen Staate verschiedene
tämme und Stammüberbleibsel, an der Peripherie des Staatsgebiets ihr
oliertes und passives Dasein führen, ohne bei dem sozialen und politischen
eben Rußlands mehr mitzusprechen, wie etwa die Basken in Frankreich oder
e Wenden in Deutschland, — diese unglücklichen Völker und Völklein stehen
r russischen Freiheit im Wege. In der Tat: wie sollen etwa zwanzig Völker
sammen einen Reichstag wählen, wie sich miteinander über eine einheitliche
olitik verständigen, wie gemeinsame Gesetze beschließen und ausführen? Eine
möglichkeit, eine unlösbare Aufgabe, ein Chaos! Deshalb muß es mit der
rgerlichen Freiheit im Zarenreich auf absehbare Zeit nichts werden. Was
aber dabei mit anderen Worten ausgedrückt? Daß dies selbe unlösbare
oblem, das keine Verfassung, kein Parlament, kein bürgerliches Gesetz zu
en vermag, einzig und allein — durch die schöne Institution des Zarismus
stört werden kann. Die hundert Völker können offenbar nicht zusammen ein-
tliche Gesetze machen, aber die Frage ist gleich gelöst, wenn ihnen allen auf
ndert Rücken dieselbe Knute ihre Gesetze schreibt! Sie können nimmermehr
e gemeinsame Parlamentssprache finden, aber das Zusammenleben wickelt
glatt wie ein Spinnrädchen ab, wenn allen den hundert Völkern ihre
rache genommen, ihr Glaube vergewaltigt, ihre Sitten mit Füßen getreten
rden. Die vielen Völker sind nicht reif, sich selbst schiedlich-friedlich gemeinsam
regieren, aber ein Schwarm höherer und niedrigerer Tschinowniks, einige
tzend blöder Generale mit roter Wutkinase und ein Rudel verschmitzter Diebe
nen die Verwaltung aller dieser Völker spielend besorgen. Mit einem Worte:
hundert Völker würden sich in einem modernen Verfassungsleben binnen
ei Tagen gegenseitig die Haare ausraufen, aber bei dem Knalle der allein-
gmachenden Knute des Absolutismus löst sich plötzlich aller gefährliche Hader
einen harmonischen Versöhnungsreigen auf, nach der alten Melodie:

Tanzt Ihr Polen, tanzt Ihr Deutsche,
Alle nach derselben Peitsche. . . .

Es ist dies wieder ein kostbares Bekenntnis des Bürgertums, daß es heute
seit jeher alle wichtigen sozialen und historischen Probleme, alle wirk-
hen Probleme der Politik und der Staatskunst, die nur irgend über die
mpfste Politik des Essens aus der staatlichen Futterkrippe und die ebenso
mpe Kunst der Ausplünderung des Volkes durch parlamentarische Gewalt-
tel hinausgehen, nicht anders zu lösen versteht, als indem sie mit ihrem
gerühmten Parlamentarismus einpackt und alle Sorgen, die ihr die Welt-
hichte bereitet, einfach vertrauensvoll in die Hände — des Gendarmen legt.
: die soziale Frage — Ausnahmegesetze, für die nationale Frage — die abso-
stische Peitsche, so macht man's in Deutschland, so denkt man's für Rußland.
Tatsächlich geben schon die jetzigen Ereignisse eine deutliche Lehre, wie das
onale Problem in seiner modernen Gestalt allein gelöst wird und gelöst

werden kann. Die gegenwärtige gemeinsame revolutionäre Erhebung d
Proletariats — das ist zugleich der erste Akt der Völkerverbrüderung i
Zarenreich. Alle Tücken und Nücken des Absolutismus, alle Künste der Völk
verhetzung haben nicht gefruchtet. Kischinew hat nicht gewirkt. Die systematis
Brutalisierung der Polen hat nicht geholfen. Die Verfolgung der Unierten u
der Katholiken hat versagt, — die Arbeiter verschiedener Zungen und Religion
waren alle eins im Kampfe gegen den Zarismus, haben alle gefühlt, daß i
Petersburg Fleisch von ihrem Fleische, Blut von ihrem Blute gemordet wer
und gerächt werden müsse. Und damit haben sie zugleich ihre proletarisch
Klasseninteressen und die nationalen Interessen ihrer respektiven Völker a
besten verfochten.

Die bürgerlich-nationalen Bewegungen haben ihre Ohnmacht gegenüber d
Absolutismus bewiesen. Die polnischen Aufstände vermochten seinerzeit tr
der furchtbarsten Opfer nicht nur den Zarismus in Rußland nicht zu
schüttern, sondern nicht einmal die kümmerlichen autonomen konstitutionell
Freiheiten Kongreßpolens vermochten sie zu schützen. Die Finnländer leb
fast ein Jahrhundert in ihrem nördlichen Winkel hinter den chinesischen Mau
ihrer geschichtlichen, sozialen, sprachlichen und politischen Abgeschlossenheit u
kümmerten sich nicht im geringsten um das übrige Zarenreich und seine inner
revolutionären Kämpfe, in dem Wahne, daß an ihre „verbriefte und vereidig
konstitutionelle Autonomie keine Stürme aus Rußlands Steppen heranreich
können. Beide Länder ereilte dann trotz entgegengesetzten Verhaltens dasse
Schicksal: Polen, ungeachtet seiner stürmischen nationalen Unabhängigkei
kämpfe, Finnland, ungeachtet seiner vornehm-zurückhaltenden „Loyalität"
Verhältnis zum zweiköpfigen Adler, verloren beide nacheinander den letz
Rest ihrer partikularistischen Freiheiten, ihre konstitutionelle Autonomie wur
von der Despotie des Stammrußlands aufgesogen. Die Geschichte des M
tyriums a l l e r Nationalitäten unter dem russischen Joche hat eines bewies
daß es keine autonomen Freiheiten auf irgendeinem Teile des Staatsgebi
geben könne, solange an den Stamm der Despotie nicht auch in Petersb
selbst die Axt gelegt wird. Diese Aufgabe ist aber ihrerseits wiederum
geschichtliche Klassenaufgabe dem vereinigten Proletariat aller Nationalitä
im Zarenreich zugefallen.

Und so ist heute in Rußland, wie bereits in Österreich nicht bloß die bürg
liche Freiheit, sondern auch der Völkerfriede durch das klassenbewußte Pr
tariat allein vertreten. Es ist heutzutage ein öffentliches Geheimnis, daß Öst
reich nicht an der Vielheit der Nationalitäten, also gleichsam an einer vis ma
zugrunde geht, wie sich der Bierbankpolitiker bequemlichkeitshalber zu tröst
liebt, sondern an dem wahnwitzigen Regierungs- und Verfassungssystem, d
die Herrschaft in die Hände von Klassen und Parteien legt, deren Lebe
aufgabe es ist, die Nationalitäten hintereinanderzuhetzen, während es die einz
Klasse und Partei vom politischen Einfluß ausschließt, die in diesem F
wahrhaft „staatserhaltend" ist, weil sie auf die Aussöhnung und Zusamm
fassung der Nationalitäten hinarbeitet — die sozialdemokratische Arbeiterkla

Auch in Rußland wird nicht die bürgerliche Freiheit an dem nationa
Problem zerschellen, sondern umgekehrt das nationale Problem durch
bürgerliche Freiheit gesunden, die aus der revolutionären Klassenaktion
Proletariats geboren wird.

Zentrums-Sozialpolitiker gegeneinander.

Von **Gustav Hoch**-Hanau a. M.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie macht den Zentrumsgelehrten viel Arbeit. Die Zeit ist vorüber, da die katholischen Arbeiter unter der Vormundschaft der Zentrumskapläne von der Möglichkeit, auf die Bahn zur Sozialdemokratie zu gelangen, ferngehalten waren. Das wissen die Zentrumsherren. Deshalb veranstalten sie seit einiger Zeit besondere „Kurse“, um einen Stab von Unteroffizieren auszubilden, die unter den katholischen Arbeitern als Drillmeister gegen die Sozialdemokratie und für das Zentrum tätig sein können. Diesen „Kursen“ verdanken wir zwei interessante Schriften. Für den „praktisch-sozialen Kursus“, der vom 9. bis 16. Oktober 1898 in Straßburg stattfand, hat der bekannte Zentrumsabgeordnete Dr. F. Hitze, außerordentlicher Professor für „christliche Gesellschaftswissenschaft“, einen „Vorbericht“ verfaßt. Dieser ist „auf mehrseitig geäußerten dringenden Wunsch“ im November 1899 unter dem Titel „Die Arbeiterfrage“ im Buchhandel erschienen und hat jetzt seine vierte „verbesserte und ergänzte“ Ausgabe (18. bis 21. Tausend) erlebt (M.-Gladbach, Verlag der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland). Die Schrift zerfällt in zwei Teile, einen kurzen theoretischen und einen umfangreicheren praktischen. Der letztere beschäftigt uns hier nicht; er soll, wie Professor Hitze in der „Vorbemerkung“ zu seiner Schrift sagt, eine „möglichst klare und präzise Darstellung der deutschen sozialen Gesetzgebung und ihrer Vorgeschichte“ sein, in Wahrheit aber ist er eine Vergewaltigung der Geschichte des gesetzlichen Arbeiterschutzes in Deutschland behufs Verherrlichung der Zentrumssozialpolitik. Doch das ist bei einer Zentrumsparteischrift selbstverständlich. Wichtiger sind die theoretischen Ausführungen des Professors Hitze, weil sie in einem gewissen Gegensatz stehen zu den „Leitsätzen für die Behandlung der Arbeiterfrage“, welche kürzlich von dem Generalsekretariat des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) im Anschluß an die von dieser Seite veranstalteten „sozialen Kurse“ herausgegeben worden sind (Verlag des „Arbeiter“, Berlin C., Kaiserstraße 37).

Nach den „Leitsätzen“ „ergibt sich“ aus den Schriften der Kirchenväter und den Kundgebungen der Päpste und Bischöfe: Die Religion bedingt die Moral; die Moral bedingt jede wahre soziale Beziehung in Familie, Staat, Stand und Wirtschaft: mithin ist das religiös-sittliche Element das wesentlichste Element in jedem sozialen Organismus und muß ordnend und heiligend die verwandtschaftlichen, politischen, ständischen und wirtschaftlichen Beziehungen durchdringen. Der tatsächliche Zustand der menschlichen Gesellschaft entspricht jedoch nicht ihrer wahren Organisation, mithin auch nicht der Anordnung Gottes. Infolge seiner verderbten Natur handelt der Mensch vielfach seiner Bestimmung und damit Gottes Gebot zuwider. Die Abkehr des Willens von Gottes Geboten ist Sünde. Solange die menschliche Gesellschaft unter der Knechtschaft der Sünde seufzt, gibt es auch eine soziale Frage. In diesem Sinne ist die soziale Frage die Frage, wie die durch die Sünde zerrüttete menschliche Gesellschaft zu einer den Prinzipien der Gerechtigkeit und Liebe entsprechenden Ordnung geführt wird (S. 16). Die Arbeit war ehedem eine Lust, sie ist seit dem Sündenfall für den Menschen eine Last geworden. Weil aber Pflicht, darf der Mensch diese Bürde nicht nach eigenem Gutdünken von sich schütteln,

sondern soll sie als Buße im Hinblick auf die ewige Vergeltung tragen. Dem
nach ist die Arbeit ihrem ganzen Wesen nach ein religiös-sittlicher Faktor un
muß innerhalb der menschlichen Gesellschaft deren Zweck entsprechend nach de
Grundsätzen der Religion und Moral geregelt werden (S. 18 und 19). D
richtige Darstellung dieser Grundsätze bildet das Lehramt der katholischen Kirch
das an den apostolischen Stuhl und den mit diesem verbundenen Episkop
geknüpft ist (S. 30 und 32). Deshalb darf es für die katholischen Arbeit
nur eine solche Arbeiterbewegung geben, die unter der Leitung der Kirche, de
Papstes und der Bischöfe steht.

Diese Leitsätze sind in der Tat „klar und präzis". Ihr einfacher Inha
ist der: Alles Heil kommt von der Kirche; deshalb laßt nur die Kirche na
ihrem Gutdünken schalten und walten, dann ist für die gesamte menschlich
Gesellschaft aufs beste gesorgt. Auch sehr bequem sind diese „Leitsätze"! Wo
sich noch mit der Erforschung der tatsächlichen Verhältnisse, mit der Frage na
der Beseitigung der vorhandenen Mängel usw. abquälen? Alle Mißstän
sind ja nur die Folgen der Sünde, und dagegen gibt es nur ein Heilmitte
eine um so größere Frömmigkeit, einen um so glaubenstreueren Gehorsam gege
über den Geboten der Kirche.

Es fragt sich nur, wie lange die katholischen Arbeiter sich nach dies
„Leitsätzen" leiten lassen. Tagtäglich zeigt ihnen ihre eigene Erfahrung, da
es in dieser sündhaften Welt mit der „Frömmigkeit" allein nicht getan ist. J
schließlich müssen auch sie zu der Erkenntnis gelangen, daß gerade dort, w
sie sich unter dem Segen ihrer Kirche am gehorsamsten der jetzigen Ausbeutung
wirtschaft fügen, die Zustände am — schlimmsten sind. Für diese, vom Zweif
bereits berührten katholischen Arbeiter ist nun die „Arbeiterfrage" d
Professors Dr. Hitze bestimmt.

Professor Dr. Hitze geht ebenfalls von der „Gerechtigkeit" aus. Er bezeichn
die „soziale Frage" als „die Frage des richtigen, den Gesetzen der Gerechtigk
und der Billigkeit entsprechenden Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftlich
Berufsgruppen (Stände) in der Gesellschaft" (S. 3). Aber er verläßt si
nicht darauf, daß die Kirche die Gesetze der Gerechtigkeit und der Billigk
richtig darstellen werde, sondern er räumt den Arbeitern unter anderem das Re
ein, „die Stellung des einzelnen Arbeiters gegenüber seinem Arbeitgeber durch d
Organisation der Berufsgenossen zu stärken und durch die Kraft der Solidarit
auch die Stellung und Macht des ganzen Berufsstandes zu heben" (S. 77).

Hierüber entrüstet sich der Verfasser der „Leitsätze" gar gewaltig. Er zitie
die folgenden Sätze, durch die Professor Hitze die Tätigkeit der „christliche
Gewerkschaften zu rechtfertigen sucht: „In letzter Linie sind die Gewerkverei
‚Verkaufsgenossenschaften' zur besseren Verwertung ihrer ‚Ware' Arbeitskra
zur Ausgleichung der ungünstigeren Lage, in welcher sich gerade der Verkäuf
dieser ‚Ware' gegenüber allen anderen Verkäufern befindet. Wie die Unte
nehmer sich zu Kartellen, Syndikaten, Preiskonventionen usw. zusammenschließe
zum Beispiel eine gemeinsame Verkaufsstelle einrichten, gemeinsam die Pre
festsetzen und sich verpflichten, nicht unter diesem Preise zu verkaufen, gemeinsa
eine Reduktion der Produktion beschließen, um ein Überangebot und dan
einen Preissturz zu verhüten; wie sie oft mit dem Angebot zurückhalten, u
günstigere Bedingungen abzuwarten — ebenso suchen die Gewerkvereine d
Angebot der Arbeit gemeinsam zu regeln, Minimalpreise durchzusetzen, günsti
Konjunkturen zur Erhöhung der Preise auszunutzen, eventuell durch vorüb

gehende Zurückhaltung der ‚Ware‘ (Streik) die ‚Käufer‘ (Arbeitgeber) zur Gewährung geneigter zu machen usw. Sie ziehen die Konsequenz des — nicht von ihnen zuerst proklamierten — ‚Gesetzes‘ von ‚Angebot und Nachfrage‘ auch für die Löhne.“

So Professor Dr. Hitze. Gegen ihn und seine Ausführungen ruft der Verfasser der „Leitsätze“ aus: „Nein, die Arbeit ist nicht Ware, sondern für den Christen der gottgewollte Weg zum Himmel (vergl. Enzykl. rer. nov., S. 40)“. Es scheint also, daß dieser fromme Herr dem Professor Dr. Hitze, der doch auch Geistlicher ist und demnach zur katholischen Kirche gehört, das „einzig wahre“ Christentum absprechen möchte. Außerdem weist er auch auf die gefährliche Konsequenz der Ausführungen des Professors Hitze hin. Behandelt man, so führt er aus, die Arbeit als Ware, für deren „Preis“ in letzter Linie die Zurückhaltung derselben durch die „Verkaufsgenossenschaft“ Gewerkverein, der Streik, maßgebend ist, so muß man schließlich den Klassenkampf der Arbeiter gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft als unvermeidlich anerkennen (S. 42 und 43). So wird Professor Dr. Hitze von seinem christlichen Bruder sogar zum — Klassenkampfgenossen gestempelt!

Freilich versichert Professor Hitze, daß der Kampf der „Christlichen“ ein ganz anderer sei als der der Sozialdemokraten, ja daß die „christlichen“ Kampfesorganisationen geeignet seien, „der Sozialdemokratie ein Gegengewicht zu bieten — die beste Bekämpfung der Sozialdemokratie“ (S. 78). Darauf aber läßt sich der Verfasser der „Leitsätze“ nicht ein, er weist dem Herrn Professor vielmehr das Gegenteil eingehend nach, nämlich daß auch die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften „ihrer innersten Natur nach völlig ungeeignet sind, die Quelle des Rechtes zu sein und den sozialen Frieden zu sichern; im Gegenteil haben sie oft sogar die verhängnisvollsten Rechtsverletzungen zur Folge und gefährden die öffentliche Ordnung (S. 49).

Und der fromme Herr hat gegen Professor Dr. Hitze durchaus recht. Wenn es sich — wie auch Professor Dr. Hitze annimmt — bei der sozialen Frage um „die Frage des richtigen, den Gesetzen der Gerechtigkeit und der Billigkeit entsprechenden Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftlichen Berufsgruppen (Stände) in der „Gesellschaft“ handelte, dann dürfte in der Tat die Macht der verschiedenen „Stände“ bei der Regelung dieses „Verhältnisses“ nicht mitsprechen. Denn das tatsächliche Machtverhältnis hat mit dem angenommenen Gerechtigkeitsverhältnis der katholischen Sozialpolitiker gar nichts gemein. Daher kann der für die katholischen Sozialpolitiker entscheidende Grundsatz von dem Gerechtigkeitsverhältnis nur dann festgehalten werden, wenn man nach dem Beispiel des Verfassers der „Leitsätze“ die tatsächlichen Verhältnisse der verderbten Menschheit einfach unbeachtet läßt.

Hierzu ist jedoch Professor Dr. Hitze zu modern. Er kann sich darüber nicht hinwegsetzen, daß der Klassenkampf zwischen den Arbeitern und ihren Ausbeutern tatsächlich besteht, und daß die Lösung der sozialen Frage unserer Kulturepoche durch den Verlauf dieses Klassenkampfes entscheidend beeinflußt wird. Aus dieser Tatsache ergibt sich aber, daß in Wahrheit die soziale Frage eine Machtfrage und nicht eine Frage der katholischen Gerechtigkeit und Billigkeit ist, daß also jener entscheidende Grundsatz der katholischen Sozialpolitiker von dem Gerechtigkeitsverhältnis als unhaltbar aufgegeben werden muß.

Für diese Konsequenz ist jedoch Professor Dr. Hitze nicht modern genug. Er stellt nach wie vor jenen Grundsatz von dem Gerechtigkeitsverhältnis an

die Spitze seiner Theorie, und zwar nicht etwa nur als schmückendes Beiwerk sondern er errichtet sich damit eine Schutzwehr gegen die — Sozialdemokratie Als die verschiedenen wirtschaftlichen Berufsgruppen (Stände) in der „Gesellschaft“ führt er beispielsweise an: die Agrarier, Handwerker, den Handelsstand den industriellen Unternehmerstand, die Arbeiter (S. 3). Alle diese „Stände“ will er in das „richtige, den Gesetzen der Gerechtigkeit und der Billigkeit entsprechende Verhältnis“ bringen. Auf diese bequeme Weise legt er alle diese Stände und damit die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise als ewig gültig fest und „widerlegt“ damit das sozialdemokratische Programm, das die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, sowie die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion und damit die Beseitigung aller jener Stände als unvermeidlich nachweist. Auch in den praktischen Fragen kommt Professor Dr. Hitze auf jenes Gerechtigkeitsverhältnis zurück. So oft er den Arbeitern ein Zugeständnis macht, hat er seinen Grundsatz von dem Gerechtigkeitsverhältnis bei der Hand, um die praktischen Konsequenzen seines Zugeständnisses soweit wie nur irgend möglich zu vereiteln. Daher die vielen Worte und die kläglichen Taten der Zentrumssozialpolitik.

Wir wollen jedoch bei der Theorie bleiben und aus ihr ein Beispiel dafür anführen, mit welcher Eleganz Professor Dr. Hitze die moderne und die katholische Seite seiner Theorie vereinigt. Er gibt zu, daß sich die „Konzentration der Produktion und des Kapitals“ vollzieht. Aber, so tröstet er sich „diese Entwicklung geht doch tatsächlich nicht so allgemein und schnell, als bisher angenommen wurde. Nur die zwerghaften Alleinbetriebe haben von 1882 bis 1895 abgenommen, die Klein- und Mittelbetriebe sind gewachsen an Zahl und Bedeutung. Die Großbetriebe bilden sich und wachsen allmählich **so daß Arbeitgeber und Arbeiter sich recht wohl organisch in die neuen Verhältnisse einleben können**“ (S. 11). Wie es in Wahrheit mit diesem „organischen Einleben“ steht, zeigte Crimmitschau, zeigen die unaufhörlichen Kämpfe der Metallarbeiter und der gegenwärtige gewaltige Kampf der Bergarbeiter gegen die Industrie- und Grubenbarone zur Genüge.

Aber eines erreichen die Zentrumspolitiker mit ihrer doppelten Weltanschauung: Wenn etwa die Unternehmer, die das Zentrum stützen, sich über Hitzes moderne Anschauungen entsetzen, flugs kommen die katholischen Arbeitervereine und beruhigen sie mit ihrer „gottgewollten Ordnung“. Und die Arbeiter, die sich von der Hitzeschen Sozialreform verlocken lassen, dem Zentrum Gefolgschaft zu leisten, sind die Geprellten dabei!

Kraetkes Sozialpolitik.

Von **Richard Wagner.**

Ein schlaues sozialpolitisches Taschenspielerkunststück des Staatssekretärs für das Reichspostamt, Herrn Kraetke, ist die Einrichtung des „gehobenen Unterbeamtentums“ als besondere Gehaltsklasse.

Ihre Entwicklungsgeschichte ist ebenso lehrreich als kennzeichnend für die sozialpolitischen Strömungen im Reiche wie in seiner Beamtenschaft.

Die Unterbeamten der Reichspost sind keineswegs die gefügigen Lämmer, als die sie das offiziöse Organ des Staatssekretärs, die „Deutsche Verkehrszeitung“

hinstellen möchte. Die Zähne können die Unterbeamten allerdings ihrer Behörde nicht zeigen, denn die Hungerpeitsche der Dienstentlassung ist ein gar schmerzhaftes Züchtigungsinstrument, das gerade bei der Reichspostverwaltung sehr locker am Nagel hängt. Aber wenn die Unterbeamten sich im großen ganzen ihren Groll auch meisterhaft verkneifen können, bei den Reichstagswahlen finden sie doch Gelegenheit, einen zwar stillschweigenden, aber nichts weniger als wirkungslosen Protest gegen das herrschende Regime einzulegen. Sie sind eben Proletarier, die zu allererst als Proletarier und dann erst als Beamte fühlen. Und sie würden trotz der drohenden Hungerpeitsche überhaupt nur als Proletarier fühlen, wenn man sie aussichtslos in ihrer Kaste — der untersten Kulikaste der Beamtenhierarchie — eingeschlossen hielte.

Solange man dies tat, herrschte unter der Postunterbeamtenschaft eine wahrhaft erhebende Solidarität. Augendiener und Speichellecker waren gewiß auch vorhanden, aber fast nur noch in der aussterbenden Generation, und auch hier als gefährliche Zuträger von dem Gros ihrer Kollegen gemieden und stillschweigend verachtet. Der Zusammenschluß der Unterbeamten zu einer Organisation, in der man von dem Geiste der altpreußischen Botmäßigkeit auch keine Spur hätte entdecken können, stand vor der Tür. Die Knute erwies sich als wirkungslos. Man konnte mit ihr nur die öffentliche, nicht aber die geheime Organisation treffen. Eine von proletarischem Bewußtsein getragene Organisation der Unterbeamten wäre aber dem bei der Post bis ins kleinste durchgeführten Despotenregiment noch viel gefährlicher geworden, als die Organisation der Postassistenten.

Hier galt es für den Oberherrn, rasch ein wirksames Mittel zu finden, das den blödstolzen Kastengeist und die entwürdigende Streberei, diese Ingredienzien des Mandarinentums, auch den Unterbeamten einflößen und das Solidaritätsgefühl im Keime ersticken sollte. Dies war aber nur dann angängig, wenn für das Aufrücken in die gehobenen Stellen nicht das Dienstalter, sondern die „Tüchtigkeit“ maßgebend wurde. Diese „Tüchtigkeit“ sollte der Postamtsvorsteher und als höhere Instanz der Oberpostdirektor bestimmen.

Der Herr Staatssekretär meinte kürzlich im Reichstag, daß bei der Auslese der gehobenen Unterbeamten jede Willkür ausgeschlossen sei. Wenn das der Fall wäre, müßten Kraetkes Beamten Engel und nicht Menschen, vor allem aber keine preußisch-deutschen Beamten sein. Selbst wenn indessen persönliche Willkür überhaupt nicht in Betracht kommen könnte, käme man doch niemals über die Tatsache hinweg, daß innerhalb der preußisch-deutschen Beamtenhierarchie „Tüchtigkeit“ unter allen Umständen mit „Gesinnungstüchtigkeit“, nie und nirgends aber mit Gewandtheit und Fertigkeit in der Berufsausübung identisch ist. Unter „Gesinnungstüchtigkeit“ im weiteren Sinne versteht man jedoch in den hier maßgebenden Kreisen nicht bloß die politische „Gesinnungstüchtigkeit“, sondern den traditionellen Kasernengeist, Hundedemut, Knechtseligkeit, skrupellose Unterwürfigkeit nach oben, brutale Überhebung, harte, rücksichtslose Tyrannei nach unten. Ob Willkür oder nicht, die Auslese wird deshalb schon so ausfallen, wie man sie, um die Organisation der Unterbeamtenschaft unmöglich zu machen, gewünscht hat. Die Solidarität ist vernichtet, kein Unterbeamter traut mehr dem anderen, jeder strebt in ungeschwächtem Egoismus mit allen Mitteln nach einer gehobenen Stelle, der Zusammenhalt ist zerstört, an seine Stelle sind Neid und Mißgunst bei den Zurückgebliebenen, höhnisches Frohlocken über den errungenen Sieg und dummstolzes Herabsehen

auf die übrigen Kollegen bei den Beförderten getreten. Die Demoralisatio
ist erreicht, man hat die gefährliche Einigkeit der unterdrückten Klasse gespreng
und kann sich wieder ungestört der Herrschaft erfreuen. Teile und herrsche!

Daß man einzig und allein diese Absicht gehabt hat, zeigte sich schon i
den ersten Tagen, als man zur Auslese der „Gehobenen" schritt. Ich wa
damals Oberpostdirektionssekretär in Kassel und saß mit dem Direktions
beamten, der die Unterbeamtensachen bearbeitete, in einem Zimmer, konnte al
dem ganzen Vorgang gleichsam mit Röntgenstrahlen ins Herz sehen. Vo
Berlin kam keine Anweisung, bei der Auswahl zunächst die älteren Unte
beamten zu berücksichtigen, nur die „Tüchtigkeit" sollte maßgebend sein. D
Auswahl wurde einfach den Postamtsvorstehern überlassen, und diese wählten
wie ich mich aus dem Dienstalter der Vorgeschlagenen und später, als ich z
dem Postamt in Hanau wegen meiner literarischen Tätigkeit strafversetzt wurd
auch durch den Augenschein überzeugen konnte, einfach ihre Lieblinge au
Gerade in Hanau war nur ein einziger älterer Unterbeamter, den man, we
er schon Packmeister war, nicht umgehen konnte, in gehobener Stellung. Ein
der ältesten Postschaffner, das Faktotum der sogenannten Entkartungsstelle, d
seine Geschäfte mit einer Dienstwilligkeit sondergleichen versah und die Stüt
und der Lehrmeister aller jüngeren Beamten war, mußte die Nichtbeförderun
über sich ergehen und sich noch dazu den Spott der ihm vorgezogenen we
jüngeren Kollegen gefallen lassen. Und weshalb? Weil er eben sein Geschä
aus dem Grunde heraus verstand und sich als alter Praktiker und selbständig
Mensch dann und wann ein beratendes, vielleicht auch ein kritisches Wort e
laubte, wenn er eine technische Einrichtung für verfehlt hielt. Er brachte sei
Einwände stets in sachlicher Form vor, aber der Postamtsvorsteher vertr
eben keinen Einwand, obwohl oder gerade weil er von den vielen unpraktisch
Vorstehern, die ich bei der Post kennen gelernt habe, einer der unpraktischst
war. Ein anderer älterer Unterbeamter, der die Geschäfte der Paketannahn
und -ausgabe versah, ein Geschäft, das speziell für die „Gehobenen" vorgeseh
ist, wurde aus dem gleichen Grunde zurückgewiesen. Er beschwerte sich bei d
Oberpostdirektion und wurde eines Tages, ohne daß er vorher davon benac
richtigt worden wäre, plötzlich von seiner Beschäftigung weg in das Burea
des Postdirektors gerufen, wo ihm ein Beauftragter der Oberpostdirektion e
klärte, daß er sofort ein Examen abzulegen habe und daß der Ausfall dies
Examens für seine Beförderung entscheidend sei.

Natürlich befand sich der so plötzlich ins Examen geholte Mann in begrei
licher Aufregung und stockte infolgedessen bei den ihm zur Lösung vorgelegt
Rechenaufgaben, die zudem mit seinen dienstlichen Verrichtungen gar nichts z
tun hatten, worauf man ihm erklärte, daß er durchgefallen sei. Ich glaub
daß auch der Postdirektor durchgefallen wäre, wenn man ihm plötzlich eini
Gleichungen, die er vielleicht in Prima glänzend gelöst, nach so langer Z
plötzlich und unerwartet vorgelegt hätte. Nichtsdestoweniger wurde der Unte
beamte weiter in der Stelle beschäftigt, die er schon viele Jahre lang verseh
hatte. Er tat also auch weiterhin die Dienste eines „Gehobenen", ohne „g
hoben" zu sein. Wie kann man da das Examen, das übrigens keinem d
Lieblinge des Postdirektors aufgelegt worden war, anders bezeichnen als ei
Komödie? Bezeichnenderweise wurde später einer dieser Lieblinge, der d
„Gehobenheit" schon so gut wie in der Tasche hatte, wegen Unterschlagun
amerikanischer Scheckbriefe mit Gefängnis bestraft.

Ich will diese Beispiele, die ich noch um Dutzende vermehren könnte, nicht verallgemeinern; aber daß die Unparteilichkeit der Vorsteher, wie Kraetke meint, über alle Zweifel erhaben sei, ist ein Optimismus, für den die Unterbeamten schwer büßen müssen.

Immerhin würde es mit der Unparteilichkeit weit besser bestellt sein, wenn nicht die Vorsteher sehr gut den Zweck der ganzen Einrichtung erkannt hätten: die Vernichtung jeder Möglichkeit einer selbständigen Unterbeamtenorganisation. Wenn dies Kraetke ohne weiteres eingestanden hätte, so dürfte man ihm wenigstens das Lob der Ehrlichkeit nicht vorenthalten; aber die Maskierung des schlauen Manövers mit dem Mantel des selbstlosen Wohlwollens ist allzu preußisch. Wenn Kraetke in selbstlosem Wohlwollen das Höchstgehalt der Unterbeamten auf 1800 Mark heraufgesetzt hätte, würde er gewiß bei keiner Fraktion auf Widerstand gestoßen sein; aber er hätte ja damit die drohende Organisation der Unterbeamten nicht ins Herz treffen können. Um diesen Zweck ganz sicher zu erreichen und den Kastengeist noch kräftiger zu machen, führte er zudem noch die besonderen Abzeichen für die „Gehobenen" ein. Es liegt mehr Sinn in diesem Litzen-, Schleifen- und Sternenspiel, als man auf den ersten Blick glauben sollte.

Eine allgemeine Erhöhung der Unterbeamtengehälter hätte kaum einer Begründung bedurft; die Schaffung der auserwählten „Gehobenen" ließ sich dagegen nur dann rechtfertigen, wenn man die Geschäfte der Unterbeamten in solche schwieriger und solche leichter Art einteilte. Kraetke traf nicht nur diese Einteilung, sondern er ging noch weiter und teilte den „gehobenen" Unterbeamten solche Geschäfte zu, die früher nur von Beamten besorgt wurden.

Die Trennung der Unterbeamtengeschäfte in schwierige und leichte ist nun eigentlich nur bei ganz großen Ämtern einigermaßen möglich, bei mittleren und kleineren Postanstalten greifen die verschiedenen Dienstzweige derart ineinander, daß eine Trennung gar nicht oder nur höchst willkürlich durchzuführen ist. Indessen auch bei den ganz großen Postanstalten liegt das Unnatürliche und Willkürliche der Trennung auf der Hand. Weshalb der Dienst eines Paket- und Wertbriefbestellers weniger schwierig sein soll als der eines Sortierbriefträgers, der die für die Briefträger bestimmten Briefe nach Straßennamen und Hausnummern in die verschiedenen Bezirke sortiert, ist weder für den Laien noch für den Fachmann einzusehen. Der Paketbesteller ist jedoch ungehoben, der Sortierbriefträger gehoben. Man kann sich hier des Verdachtes nicht erwehren, daß Kraetke die Trinkgelder des Paketbestellers in Rechnung gezogen hat!

Daß die Unterbeamten — und nicht nur die gehobenen Unterbeamten — sehr wohl imstande sind, einen großen Teil der Beamtenstellen zu verwalten, läßt sich nicht leugnen. Der Bahnpostschaffner versieht zum Beispiel genau dieselben Geschäfte wie der Bahnpostbeamte, sogar noch unter erschwerenden Umständen; denn der Bahnpostbeamte hat nur die Briefe, der Bahnpostschaffner sämtliche Sendungen zu bearbeiten. Der Packkammerunterbeamte ist die Seele der Packkammer und der Packkammerbeamte eigentlich nur der Schreiber des Unterbeamten. Jeder jüngere oder frisch zu einem Postamt versetzte Beamte des technischen Dienstes ist gänzlich von den Unterbeamten abhängig und muß sich von diesen förmlich anlernen lassen. Der Schalterbeamte, der den Abholern die angekommenen Postanweisungen auszahlt, hat genau denselben Dienst wie der Postanweisungsbesteller, nur daß der Beamte ruhig hinter dem Schalter sitzt, während der Unterbeamte die ganze Stadt zu durchlaufen hat. Es gibt kaum eine Stelle im technischen Dienste eines Postamtes, zu der man nicht

ebenso schnell einen Unterbeamten wie einen Beamten einlernen könnte. Sogar zu Postamtsvorstehern sind die Unterbeamten zu brauchen, was die Reichspostverwaltung dadurch selbst anerkannt hat, daß sie früher die Postagentenstellen in zahlreichen Fällen den Landbriefträgern übertrug. Die Geschäfte eines Postagenten unterscheiden sich aber kaum von denen eines Postverwalters.

Daß die Unterbeamten mit Vorteil in Beamtenstellen verwandt werden können, läßt sich also kaum bestreiten. Aber wenn dies der Fall ist, weshalb dann überhaupt die Trennung? Man sollte doch auch nach bürgerlichen Begriffen die Arbeiter nach der Leistung, nicht aber nach der Kaste bezahlen, der man sie auf Grund ihres Herkommens zuweist. Wenn Kraetke die Unterbeamten in Beamtenstellen beschäftigt, dann hat er sie auch als Beamte zu bezahlen. Es ist der reine Hohn auf jede Gerechtigkeit, sogar auf die „Gerechtigkeit“ des Klassenstaats, einem alten Unterbeamten, der auf diesem Postamt genau denselben Dienst versieht wie ein weit jüngerer Assistent auf jenem nur die Hälfte des Gehaltes zu zahlen, das der Assistent bezieht. Entweder hat der Assistent eine Sinekure inne, was bei seinem keineswegs hohen Gehalt und seinem anstrengenden Dienste freilich niemand behaupten wird, oder der Unterbeamte wird in einer ganz unerhörten Art ausgebeutet. Einen anderen Schluß gestattet die Logik nicht.

Sogar im alten Indien und im barbarischen Mittelalter Europas hat man die Kasten- und Standesunterschiede wenigstens äußerlich durch die Verschiedenartigkeit der Berufsgeschäfte zu rechtfertigen gesucht. Wenn Kraetke diese Verschiedenartigkeit aufhebt und gleichzeitig die Kastentrennung beibehält, so bekundet er damit ein sozialpolitisches Verständnis, das selbst vor dem des tiefsten Mittelalters die Segel streichen muß. Damit wollen wir nun keineswegs sagen, daß er die Schwierigkeitsgrade der postalischen Geschäfte künstlich aufrechterhalten müßte. Im Gegenteil: der ganze technische Postdienst greift mit all seinen Zweigen so unzerreißbar ineinander ein, daß eine Trennung in Schwierigkeitsgrade überhaupt nicht mehr berechtigt ist. Gerade die Post kann sich als modernes Verkehrsinstitut am allerwenigsten den Einflüssen der wirtschaftlichen Fortentwicklung widersetzen; deshalb wirkt besonders bei ihr die künstliche Aufrechterhaltung der alten Kastentrennung nur lächerlich. Eingestehen, daß im technischen Postdienst die Tätigkeit der Beamten von der der Unterbeamten nicht mehr zu trennen ist, eingestehen, daß, wie es tatsächlich der Fall, die Unterbeamten die Geschäfte der Beamten ebensogut wie diese besorgen können — und dennoch diejenigen, die diese Geschäfte zu erledigen haben, lediglich auf Grund unhaltbarer Vorurteile in verschiedene Gehalts- und Rangklassen teilen, das ist ein vollkommener Widersinn.

Nicht die Schaffung einer neuen Kaste war am Platze, sondern die Aufhebung der Schranke zwischen Beamten und Unterbeamten überhaupt. Und die Notwendigkeit dieser Aufhebung hat Kraetke mit der Schaffung der neuen Unterbeamtenkaste selbst eingestanden. Daß er nicht diesem Eingeständnis entsprechend handeln kann, liegt allerdings nicht allein an ihm, sondern an dem ganzen im Staatsdienst herrschenden System. Aber er hätte, wenn er klug gewesen wäre, wenigstens nicht in so plumper Weise den Widersinn dieses Systems aufdecken sollen. Darüber, daß er dies getan hat, mögen die bürgerlichen Parteien mit ihm abrechnen. Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund dazu. Er hat vielmehr — um in der Sprache seiner Bureaukratie zu reden — uns nur einen neuen Beleg zu unserer Abrechnung geliefert.

Eine Geschichte der Internationale.

Von **K. Kautsky**.

Je älter unsere Bewegung wird, desto größere Bedeutung gewinnt die Kenntnis ihrer Geschichte. Sie wird wichtig nicht bloß für theoretische, sondern auch für praktische Zwecke. Allerdings darf man sich die Geschichte als Lehrerin nicht in der primitiven Weise vorstellen, daß sie uns die Fehler aufzeigte, die in der Vergangenheit gemacht wurden und die wir nun zu vermeiden hätten, so daß wir bloß diese Fehler zu kennen brauchten, um in der Zukunft unseren Aufgaben besser gerecht werden zu können. So einfach liegt die Sache nicht. Die Geschichte ist nicht eine Aufeinanderfolge von Wiederholungen derselben Situationen, sondern diese, die Aufgaben, die sie uns stellen, die Kräfte, die sie uns geben, sind in stetem Wechsel begriffen. Wer direkt aus den Beispielen der Vergangenheit die Regeln für sein Verhalten in der Zukunft entnehmen will, wird leicht noch größere Fehler begehen als einer, der sich bloß an die Gegenwart hält; denn wenn er diese bloß für einen Abklatsch der Vergangenheit hält, so wird ihm das die Erkenntnis der Wirklichkeit eher erschweren als erleichtern. So war zum Beispiel in Frankreich die Situation 1848 eine ganz andere als 1793, und 1871 wieder eine ganz andere als 1848, und daß man das nicht wußte, sondern in der späteren Revolution nur eine Wiederholung der früheren sah, verursachte eine Reihe schwerer politischer Fehler.

Nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Gegenwart haben wir unsere praktischen Ziele und praktischen Mittel zu holen. Der Glaube, als könnte dafür die Geschichte direkt unsere Lehrmeisterin sein, beruht auf der Annahme, als seien die Menschen und die menschlichen Gesellschaften von jeher dieselben gewesen, als führten sie immer wieder dieselben Schauspiele auf, nur mit veränderten Kostümen und Dekorationen. Diese Annahme wird hinfällig mit der Erkenntnis, daß die Gesellschaft und mit ihr das menschliche Fühlen und Denken in beständiger Entwicklung begriffen ist, die immer wieder neue, unerhörte Formen schafft. Damit erhält die Geschichte als Lehrmeisterin für unsere praktische Tätigkeit ein anderes Gesicht. Wir können nicht mehr erwarten, direkt aus der Vergangenheit die Erkenntnis unserer heutigen Aufgaben und der Mittel ihrer Lösung zu schöpfen; das Studium der Vergangenheit hilft uns dabei nur insofern, als es uns die *Gegenwart* besser verstehen lehrt. Wir können eine Erscheinung für sich allein nicht begreifen, sondern nur in ihrem *Zusammenhang* mit anderen Erscheinungen und nur durch *Vergleichung* mit ähnlichen Erscheinungen; nur dadurch vermögen wir die *charakteristische Besonderheit* dieser einen Erscheinung zu erkennen und das *Wesentliche, Typische* vom *Zufälligen* daran zu unterscheiden.

So werde ich auch die proletarische Bewegung eines bestimmten Landes und einer bestimmten Zeit, ihre Aufgaben, ihre Taktik und ihre Aussichten um so besser begreifen, je mehr ich neben ihr auch die proletarischen Bewegungen anderer Länder und anderer Zeiten kenne, je besser ich ihre Kämpfe, Kampfmittel und deren Erfolge studiert habe. Es kann sich dabei nicht darum handeln, einfach die anderswo und zu anderen Zeiten erfolgreich angewandten Mittel und Methoden des Kampfes herauszusuchen, um sie auf dieses Land und diese Zeit zu übertragen und die erfolglos angewandten abzulehnen, denn was früher und anderswo erfolgreich gewesen, kann heute für uns schädlich geworden sein, und umgekehrt können Zeit und Ort für manche Art des Kampfes gekommen sein, die früher anderswo Mißerfolge erzielte. Aber je besser ich die früheren und ausländischen proletarischen Bewegungen in ihren Zusammenhängen begreife, desto besser werde ich auch die heimischen Bewegungen unserer Zeit begreifen und ihre Aufgaben, Methoden und Aussichten erfassen.

Die Geschichte ist also unsere Lehrmeisterin nicht dadurch, daß sie uns in der Vergangenheit einen Spiegel der Gegenwart und Zukunft vorhält und eine Sammlung von Beispielen und Regeln gibt, aus der wir das für uns Passende auszu-

suchen und zu befolgen haben, sondern sie ist unsere Lehrmeisterin dadurch, daß sie unseren Blick für das Verständnis der Eigenart der Gegenwart, ihrer besonderen Bedürfnisse und ihrer besonderen Mittel schärft. Auf diese Weise aber ist sie für jede große politische Bewegung unentbehrlich.

In den Anfängen unserer Bewegung wurde die Kenntnis der Parteigeschichte fast nur durch die mündliche Tradition fortgepflanzt. Dieses Mittel versagt jedoch immer mehr, je älter unsere Bewegung wird. Der Stoff, der zu überliefern ist, wächst ungeheuer, ebenso die Masse der Neulinge, denen er überliefert werden soll, dagegen lichten sich rapid die Reihen derjenigen, die noch das Heldenzeitalter der Sozialdemokratie mitgemacht und die aus eigener Erfahrung davon erzählen können. Die Sammlung der Dokumente zur Parteigeschichte und ihre Verarbeitung in zusammenfassenden Darstellungen wird immer notwendiger.

Eine der größten Lücken in der Parteigeschichte bildete bisher die Geschichte der Internationale. Die deutsche Parteiliteratur weist nur zwei Schriften darüber auf, Eichhoffs „Die internationale Arbeiterassoziation" und die Denkschrift des Generalrats über das Treiben Bakunins, ins Deutsche übersetzt von Kokosky unter dem Namen „Ein Komplott gegen die internationale Arbeiterassoziation". Beide Schriften behandeln nur einzelne Partien der Geschichte der Internationale. Die Eichhoffsche Schrift erschien 1868, konnte also schon deswegen nicht ihre ganze Geschichte geben. Im wesentlichen ist sie nur die Zusammenstellung einiger Dokumente. Und die Denkschrift gegen Bakunin behandelt nur jene Bestrebungen, die zur Auflösung der Internationale führten. Beide Broschüren aber sind im Buchhandel vergriffen, der Parteinachwuchs hatte also in letzter Zeit gar keine Gelegenheit, sich über die Internationale zu informieren, die neben der Lassalleschen Organisation die erste Form der Sozialdemokratie darstellt, zuerst die ihr eigentümlichen Probleme entwickelt hat, allerdings in einem noch recht primitiven Stadium des internationalen Proletariats, dafür aber unter der Leitung eines Karl Marx.

Wenn dieser so interessante Stoff bisher nicht eine historische Bearbeitung fand, obwohl sie ein lebhaftes Bedürfnis geworden war, so ist dies wohl den großen Schwierigkeiten der Aufgabe zuzuschreiben: muß doch der Geschichtschreiber der Internationale in der politischen und ökonomischen Geschichte aller Länder des modernen Kapitalismus zu Hause sein und die Marxschen Gedankengänge ebenso beherrschen wie die vormarxistischen Denkformen des Sozialismus.

Der vierzigste Jahrestag der Gründung der „Internationale" gab endlich den Anstoß zu einer Schrift, die nach der Absicht des Verfassers nur eine Gelegenheitsarbeit werden sollte, eine kurze Übersicht des äußeren Entwicklungsganges dieser großen proletarischen Organisation. Er verzichtete darauf, den tieferen Zusammenhängen nachzuspüren, die einzelnen Erscheinungen aus ihrem Milieu herauswachsen zu lassen. Hätte er das leisten wollen, dann mußte er mehrere Jahre ausschließlich dieser Arbeit widmen, die ein dickleibiges Werk geworden wäre.

Aber obwohl er darauf verzichtete und uns nur den äußeren Entwicklungsgang zu geben suchte, ist er dabei doch über den Rahmen einer Gelegenheitsschrift weit hinausgekommen und dazu gelangt, an Stelle der Skizze, die er geplant, eine eingehende, wohlfundierte Darstellung aller wichtigen Ereignisse in der Internationale zu geben, ihre erste wirkliche Geschichte, und damit eine große Lücke unserer Parteiliteratur auszufüllen. So groß die Schwierigkeiten dabei waren, er hat sie überwunden und eine sehr wertvolle Arbeit geliefert.[1]

Nur in kleinen Einzelheiten hätten wir Ausstellungen zu machen. So wendet Jaeckh sich zum Beispiel dagegen, daß die Franzosen 1865 darüber klagten, sie hätten kein freies Versammlungsrecht. Diese Klage sei „nur halb berechtigt" gewesen. „Bekanntlich hatte Napoleon III. bereits ein Jahr zuvor das Verbot gegen die Ge-

---

[1] Gustav Jaeckh, Die Internationale. Eine Denkschrift zur vierzigjährigen Gründung der internationalen Arbeiterassoziation. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei. VII, 240 S.

werkvereine aufgehoben" (S. 17). Hier liegt eine Verwechslung vor. 1864 wurde nicht das Verbot der gewerkschaftlichen Organisation, sondern nur das des Streikens aufgehoben. Die Klage der Franzosen war vollständig berechtigt.

Auch sonst zeigt sich Jaeckh den französischen Mitgliedern der Internationale nicht sehr hold; er wendet sich gegen die Proudhonisten im allgemeinen mit größerer Härte, als sie verdienen.

Man muß die Leute an ihrer Zeit messen, an der Einsicht, die damals die durchschnittliche war, und nicht an jener, die wir heute erlangt haben. Was heute eine unverzeihliche Torheit wäre, angesichts der Erkenntnisse, die wir teils aus unseren praktischen Erfahrungen, namentlich aber aus der theoretischen Schulung durch Marx geschöpft, konnte vor vierzig Jahren bei den damaligen Erfahrungen und durchschnittlichen theoretischen Kenntnissen eine ganz respektable Leistung sein. Wenn uns so vieles an den Sozialisten jener Zeit unglaublich verworren erscheint, so beweist das nicht ihre Kleinheit gegenüber dem Durchschnitt, sondern die enorme Größe von Marx, der damals schon alles das wußte, was wir seitdem von ihm gelernt, der sie alle riesenhoch überragte, von den wenigsten begriffen, von vielen gefürchtet, ja gehaßt, weil sie seine Überlegenheit nur empfanden, nicht verstanden, so daß sie dadurch niedergedrückt, nicht erhoben wurden.

Übrigens gab es auch in der Internationale nicht wenige Köpfe, die die Größe von Marx neidlos anerkannten, von ihm zu lernen suchten und selbst auf Gebieten, wo sie Marx nicht begriffen, großen Scharfsinn an den Tag legten. So zum Beispiel Jean Philipp Becker, den Jaeckh ebenfalls etwas zu geringschätzig behandelt. Der alte Jean Philipp war ein ganzer Mann und bei aller Naivität ein kluger Taktiker, ein feiner Kopf, ein imponierender Charakter.

Beurteilt Jaeckh die Menschen der Internationale zu sehr vom Standpunkt unserer statt ihrer Zeit, so steht er ihnen auch zu sehr als Kämpfer, zu wenig als Geschichtschreiber gegenüber, und er kämpft nochmals in seiner temperamentvollen Weise die Kämpfe mit ihnen durch, die Marx vor einem Menschenalter mit ihnen ausgefochten. Darunter haben namentlich die Bakunisten zu leiden, die gelegentlich als Lügner, Demagogen, sogar als Verbrechernaturen gebrandmarkt werden. Freilich, die Anarchisten sprechen in ihrer Geschichtschreibung nicht besser von Marx, Liebknecht, Borkheim usw., aber wir sind ja in dem Kampfe mit ihnen die Sieger geblieben, und der Sieger kann unbefangener sein als der Besiegte.

Indes diese Schwächen beeinträchtigen nur wenig die Vorzüge des Buches. Ist auch Jaeckh in seiner Beurteilung der Menschen mitunter zu schroff und streng, so habe ich seine Darstellung der Dinge, der Ereignisse und Verhältnisse — und das ist doch das Entscheidende — in allen wesentlichen Punkten korrekt gefunden — soweit sie mir bekannt sind.

Diese letztere Einschränkung muß ich machen, da Jaeckh eine Menge Tatsachen vorbringt, die selbst den meisten Kennern der Geschichte der Internationale neu sind. Dank unserem Freunde Julius Motteler, der ihm seine reiche Sammlung zur Verfügung stellte, vermochte Jaeckh namentlich die Geschichte der Internationale in England weit eingehender zu schildern, als dies bisher jemals geschehen, und diese Schilderung bildet wohl den verdienstlichsten und wissenschaftlich wertvollsten Teil des Buches.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß über die Tätigkeit der Internationale in England bisher fast gar nichts bekannt geworden ist, und doch nahm sie dort ihren Ausgangspunkt, hatte sie dort ihre Leitung, waren die bedeutendsten Köpfe der Internationale, vor allem Marx selbst, in England tätig, dessen Arbeiterbewegung damals unbestritten die höchstentwickelte der kapitalistischen Welt bildete.

Das Ehepaar Webb weiß zum Beispiel in seiner so viel gepriesenen Geschichte des Trade Unionismus über die Wirksamkeit der Internationale in England so gut wie gar nichts zu sagen. Sie wird in einer Fußnote abgetan (S. 217 der englischen, S. 290 der deutschen Ausgabe), die von Irrtümern wimmelt, und wenige

Seiten später rümpfen die Geschichtschreiber des Trade Unionismus die Nase übe den „rohen (crude) Kollektivismus der Internationale". Das ist alles. Man kan nicht mit größerer Überhebung, aber auch größerer Unwissenheit von der Inter nationale sprechen, als da geschieht. Wer sich nur ein bißchen mit ihrer Ge schichte befaßt hat, muß wissen, daß sie weder ein „kollektivistisches" noch ein kom munistisches Programm hatte. Die Webbs meinen offenbar, wie eine spätere Stell zeigt, unter dem „rohen Kollektivismus" die ökonomischen Anschauungen von Ka Marx. Das läßt aber ihre eigene Unwissenheit und Überhebung Marx gegenübe nur noch „roher" erscheinen. Neben dem Widerwillen der Fabier gegen Marx wir aber die Dürftigkeit und Unrichtigkeit der Angaben des Webbschen Buches über d Internationale den Quellen zuzuschreiben sein, die sie benutzten. Das Bild, das e von der Internationale entwirft, von ihrer Einflußlosigkeit gegenüber den Trad Unions, von dem Mangel an Befugnissen des Generalrats, der ein bloßer Brie kasten gewesen sei, dieß Bild entspricht zwar nicht dem, was sie war, aber dem was die Gegner von Marx in der Internationale, die Gewerkschaftsbeamten, au ihr schließlich mit Hilfe der Bakunisten machen wollten.

Jaeckh weist die Irrtümer der Webbs nach und zeigt, daß die Internationa in England durchaus nicht so bedeutungslos war, wie diese uns glauben mache möchten. Sie hat auf die Gewerkschaftswelt gewaltig gewirkt, aber allerdings, mehr sie die Massen in Bewegung brachte, desto mehr stieß sie auf die Oppositio der Gewerkschaftsbeamten, denen jede gewerkschaftliche Bewegung ein Greuel wurd Denn Bewegung hieß Kampf, hieß Gefährdung der Kassen, diese aber wurden d gewerkschaftlichen Bureaukratie immer mehr Selbstzweck. Die Bewegung wur ihnen nichts und die Kasse alles.

Dazu kam, daß die englische Bourgeoisie frühzeitig diese schwache Seite d englischen Gewerkschaftswesens entdeckte und ausnutzte. Auch ihr war eine star gewerkschaftliche Bewegung, waren proletarische Kämpfe höchst unangeneh dagegen hatte sie gegen starke Unterstützungskassen nichts einzuwenden, die d Armenlasten verminderten und die Arbeiterführer konservativ machten. Die Ge werkschaftsbeamten, die in diesem Sinne wirkten, wurden in der bürgerlichen Pres als vernünftige Männer gelobt, von hohen Herrschaften mit anerkennenden Händ drücken und Einladungen zu Diners regaliert, und dergleichen genügte nur zu o sie anzutreiben, sich dieser schmeichelhaften Anerkennung würdig zu erweisen und zeigen, daß sie in jeder Beziehung auf der Höhe der Bourgeoisie ständen und d „rohen Kollektivismus" den Dogmatikern, Fanatikern und Demagogen überließe Die Verleihung von Pöstchen und Parlamentssitzen diente dazu, diese Entwicklu zu beschleunigen. Der Einfluß von Marx und seinen Anhängern in der Inte nationale wirkte aber der gewerkschaftlichen Bureaukratie entgegen. Jaeckh zeigt d an einigen bemerkenswerten Beispielen. Das eine ist die Neunstundenbewegung v 1871, die von der Internationale lebhaft gefördert wurde im Gegensatz zu d Trade Unionsführern, die bremsten, wo sie konnten. Das andere der gleichzeiti Versuch der englischen Organisation der Internationale, eine selbständige Arbeite partei zu begründen, der ebenfalls auf die Opposition vieler Gewerkschaftsbeamten stie

So hoch Marx die britische Gewerkschaftsbewegung schätzte, so sehr er bemü war, sie nach dem Kontinent zu verpflanzen, so gering dachte er von ihren Führer „Die industriellen Arbeiter", schrieb er 1874 an Kugelmann, „müssen sich vor alle ihre jetzigen Führer vom Leibe schaffen. Als ich die Kerle auf dem Haager Kongr denunzierte, wußte ich, daß ich mir dadurch Inpopularität, Verleumdung usw. den Hals laden würde. Aber solche Konsequenzen waren mir von je gleichgülti Hier und da fängt man an, einzusehen, daß ich mit jenen Denunziationen nur ei Pflicht erfüllte."

Marx hatte im Haag erklärt, es sei eine Ehre, in England kein „anerkannt Arbeiterführer" zu sein, denn jeder davon stehe im Solde von Gladstone, Morle Dilke und Konsorten.

Solange die Internationale im Aufsteigen war, kamen die Gewerkschaftsbeamten
ı ihr gegen Marx nicht auf. Als aber der Fall der Kommune die Internationale
ı Frankreich ausgerottet und die bakunistischen Intrigen dem Generalrat die übrigen
omanischen Länder entfremdet hatten, da gewann die Opposition in der englischen
nternationale gegen Marx immer mehr an Raum; sie verband sich mit den
akunisten, und es gelang ihr, die Internationale und mit ihr die Keime einer selb-
ändigen Arbeiterpartei in England zum Absterben zu bringen.

In der Tat, ein großer Triumph für den bürgerlichen Liberalismus und die
ornierte Nurgewerkschaftlerei. Aber die englische Arbeiterklasse wurde damit zur
tagnation verurteilt. Sie trat immer mehr zurück im internationalen proletarischen
lassenkampf, in dem sie bis dahin als bahnbrechender Vorkämpfer gewirkt. Diese
unktion ging nun an die deutsche Arbeiterschaft über, die in derselben Zeit eine
aftvolle selbständige Partei entwickelte, in der in England die Anläufe dazu zurück-
ewiesen wurden. Seitdem ist aber das Proletariat Englands politisch so herunter-
kommen, daß es nicht einmal mehr den Liberalen die Herrschaft zu sichern vermag,
ıß es den Konservativen ein Jahrzehnt lang die unumschränkte Herrschaft in Eng-
nd überließ, und daß die von den Arbeiterstimmen abhängigen Liberalen, wenn
 jetzt die Konservativen ablösen sollten, inzwischen sich so nach rückwärts gemausert
ıben, daß sie in allen wesentlichen Punkten von den Konservativen nicht mehr zu
nterscheiden sind. Politisch so heruntergekommen ist das englische Proletariat, daß
 nicht einmal mehr imstande ist, die Gefährdung seiner gewerkschaftlichen Rechte
ı verhindern.

Das Proletariat kann nur durch sozialdemokratische Politik zu politischer Macht
langen. Zieht es ihr grundsatzlose oder liberale „Realpolitik" vor, so verurteilt
 sich zum Stillstand und hört auf, ein politischer Faktor zu sein. Aber das Prole-
riat ist die einzige Klasse der heutigen Gesellschaft, die eine fortschrittliche Macht
präsentiert. Schaltet es sich durch den Verzicht auf sozialdemokratische Politik aus
r Politik überhaupt aus, so schaltet es den einzigen Faktor aus, der die Gesell-
ɔaft fortentwickeln kann, verurteilt es nicht bloß sich, sondern damit auch die ganze
esellschaft zur Stagnation.

Die Zeit der Internationale war gerade die der entscheidenden Krisis für das
glische Proletariat. Das Jaeckhsche Buch ist vor allem wertvoll dadurch, daß es
f diese Vorkommnisse neues Licht wirft. Aber es erschöpft den Gegenstand nicht.
as ist auch gar nicht seine Aufgabe, es wäre jedoch sehr verdienstlich, wenn Jaeckh
bst oder ein in England lebender Genosse das Thema weiter verfolgen und uns
ıe Monographie darüber liefern würde. Diese müßte reiche Belehrung für Theoretiker
ıd Praktiker bringen können.

Auf jeden Fall erweckt die Jaeckhsche Schrift den Appetit nach mehr davon. Und
 s darf man als ein gutes Zeichen betrachten. Sie ist eine erfreuliche Bereicherung
serer Parteiliteratur.

Der Zunftgedanke im Tarifvertrag.

Von F. Schnetter.

Aus gewissen Erscheinungen auf dem Gebiet des korporativen Arbeits-
rtrags schließt Genosse Schildbach in einem Artikel in Nr. 7 der „Neuen
it" vom 12. November 1904, daß der Zunftgedanke im modernen gewerb-
hen Konstitutionalismus seine Auferstehung erlebt. Die Vertragsbestimmungen,
 er als Beweis dafür anführt, lassen auch tatsächlich neuzeitliche Formen
er Zunfteinrichtungen erkennen. Da nun Genosse Schildbach der Meinung
ldigt, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gipfle in den Forde-

rungen und Einrichtungen der ehemaligen Zünfte, denen er sozialistischen Gei
beimißt, findet er diesen Gang der Entwicklung erfreulich und begrüßt da
Wiederaufleben des Zunftgedankens als erzieherische Voraussetzung einer sozia
listischen Wirtschaftsordnung.

Demgegenüber möchte ich nun durch Vorführung einiger beachtenswerte
Vorfälle aus dem gewerkschaftlichen Leben jüngster Zeit den Nachweis erbringen
was für unerfreuliche Verhältnisse sich entwickeln müssen, wenn die vom Ge
nossen Schildbach begrüßte Art Tarifpolitik zur Norm würde. Gerade ein
Pflege solch zünftigen Geistes in den Gewerkschaften zwingt diese zur Verleug
nung der Solidarität der Arbeiterinteressen und hintertreibt den Emanzipations
kampf des Proletariats.

Das beweist das Vorgehen der Kartelle und Syndikate in Amerika. Im
„Vorwärts" (Nr. 242, 20. Jahrgang) war in einem Artikel mit der Überschrift
„Moderne Zünfte" darauf hingewiesen worden, daß die Kartelle dort, wo di
Unterdrückung der Arbeiterorganisationen aus politischen und anderen Gründe
nicht aufrechtzuerhalten ist, und wo solche Verbindungen nicht hintertrieben ode
sonst unwirksam gemacht werden können, sich einer anderen Politik zuwenden
sie schließen einen Pakt mit den organisierten Arbeitern ihres Pro
duktionszweigs, um mit ihnen gemeinsam den Markt monopolistisc
auszubeuten.

Beispiele solcher Pakte eines Mißbrauchs der Tarifgemeinschaft zitiert de
„Vorwärts" aus der Septembernummer (1903) von „Mc. Clure's Magazine"
Die mit den Kohlenfuhrherren verbündeten Kohlenfuhrleute in Chicago ve
bieten dem Publikum den Gebrauch von billigem, auf dem Leitungsweg nac
dorthin gebrachten Naturgas so lange bei Strafe des Boykotts, bis auch de
letzte Konsument den Kampf aufgeben muß. Die verbündeten Milchhändle
und Milchfuhrleute, die die ganze Milchversorgung von Chicago kontrolliere
einigen sich, daß nur noch einmal im Tage Milch ausgefahren werden sol
Ein dringender Brief des Gesundheitskommissars, Dr. Reynolds, an die Or
ganisationen, wenigstens in den dort so heißen Sommermonaten eine Ausnahm
zu machen, da in den ärmeren Stadtvierteln bei nur einmaliger Milchlieferun
erhöhte Kindersterblichkeit eintreten werde, hat keinen Erfolg, und in der erste
Juliwoche schwillt die Zahl der an Krämpfen und Unterleibserkrankungen ve
storbenen Kinder um 90 Prozent, die allgemeine Kindersterblichkeit um 40 Prozen
an. Ein Unternehmer im Blech- und Plattenlegergewerbe wagt es, dem Rin
seiner Kollegen entgegenzutreten, die alle ausgeschriebenen Arbeiten planmäßi
unter sich austeilen, wobei ein innerer Ring von Hauptmatadoren die fetteste
Bissen vorwegnimmt und das Publikum zahlen muß, was der Ring verlang
Sofort wird die Organisation der Arbeiter gegen ihn mobil gemacht, und e
muß zu Kreuze kriechen. Neben den Kriegskosten des über ihn verhängte
Boykotts hat er 2500 Dollar an den Unternehmerbund und 500 Dollar a
die Gewerkschaft zu zahlen. Eine Großbäckerei wird mit Hilfe der Arbeite
organisation gezwungen, den Brotpreis zu erhöhen, und anderes mehr.

Der „Vorwärts" verurteilt selbstverständlich jede derartige Verbindung vo
Arbeiterorganisationen mit Unternehmerverbänden, die über die Maßnahme
zur Durchführung und Aufrechterhaltung einheitlicher Lohn-, Arbeitszeit- usw
Bedingungen hinaus sich für die Interessen der Kartelle, Ringe usw. der Unte
nehmer ins Zeug legt. Übertrieben findet er jedoch die von jenem amerika
nischen Journal aus solchen Paktierungen gezogene Schlußfolgerung: „Der al

Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, das, was die horizontale Scheidung der Gesellschaft genannt werden kann, scheint einer ganz anderen, einer vertikalen Scheidung unseres gewerblichen Lebens Platz zu machen, bei der jedes Gewerbe n enger Verknüpfung, Unternehmer und Arbeiter umfassend, der übrigen Welt est gegenübersteht.“ Soweit, meint der „Vorwärts“, komme es nicht. Aber s würde schon eine Anzahl solcher Verbindungen genügen, um große Massen es Publikums, darunter die Mehrheit der arbeitenden Klasse selbst, schwer ı schädigen. Bei uns sei zum Glück bisher davon nichts zu verspüren; nd bei dem Geiste, der unsere Arbeiterklasse durchweht, sei auch schwerlich ı gewärtigen, daß sich ihre Organisationen zu solcher Manipulation herbei- ıssen.

Leider irrt sich der „Vorwärts“ in letzterer Hinsicht. Werden doch in Schild- achs Artikel mehrere solche Vereinbarungen zwischen Arbeiter- und Unter- ehmerorganisationen rühmend hervorgehoben, die neben Regelung der Arbeits- edingungen auch eine Erhöhung der Unternehmergewinne bezwecken! nd die Gefahr der Ausbreitung solcher Verträge wächst um so mehr, je mehr einzelnen Produktionszweigen die beiderseitigen Organisationen an Bedeutung ewinnen und gegenseitig mit sich rechnen müssen und je mehr sich darum die eigung geltend macht, Tarifverträge direkt von Organisation zu Organisation r Vereinbarung zu bringen. Dabei ist einem Unternehmerverband am aller- eisten Anlaß und auch Gelegenheit gegeben, die Arbeiterorganisation zu einer ereinbarung zu verleiten, bei der er die eventuellen Mehraufwendungen für öhne durch Erhöhung der Produktpreise mehrfach aus den Konsumenten wieder rausholen kann, und bei der auch die Organisation der Arbeiter, die durch ingehung derartiger Abmachung das Prinzip des Klassenkampfes verleugnet, rrumpiert wird.

Denn es ist doch gewiß ein Merkmal der Demoralisation, wenn moderne ewerkschaftsorganisationen zur Desavouierung ihrer eigenen Prinzipien ge- ngen! Das zeigen die Tarifvereinbarungen in der Feingold-, Silber- und uminiumbranche, im Chemigraphie- und (seit 1. Januar 1905) im Xylo- aphiegewerbe, in denen sich die Arbeiterverbände vertraglich ver- ichten, für einen bestimmten Mindestunternehmergewinn einzutreten.

Bei der klassenbewußten Arbeiterschaft gilt das Prinzip, eine Hebung ihrer rtschaftlichen Lage auf Kosten des Unternehmerprofits zu erkämpfen. Wenn er jetzt Arbeiter meinen, erst für eine Steigerung der Unternehmer- winne sorgen zu müssen, ehe sie sich für berechtigt halten, auch höhere Löhne dern zu können, so bedeutet dies Rückfall in die törichtste Harmonieduselei c Gewerkvereinler. Wieweit sich dieser Harmoniegedanke in den Gewerk- aften schon eingenistet hat, ergeben die Entgegnungen auf meine Besprech- gen über die Zwangsbestimmung im Chemigraphentarif (siehe „Neue Zeit“, XII, 1, S. 637, 2, S. 819). Ich zeigte, wie die Organisation der Chemi- aphengehilfen, indem sie den vom Bunde der chemigraphischen Anstalten utschlands vorgeschlagenen Passus der gegenseitigen Organisationsförderung i den Tarifvertrag aufnahm, sich von letzterem zu egoistischen Zielen miß- auchen ließ: zur Erlangung einer Monopolstellung im Gewerbe, um den heren hohen Preisen der chemigraphischen Erzeugnisse wieder Geltung ver- affen zu können. Darauf wurde mir unter anderem wörtlich erwidert: ‚icht die früheren ‚hohen‘ Preise sollten wieder erzielt werden, ohl aber solche Preise, auf Grund deren es den herstellenden

Arbeitern möglich ist, auch vernünftige Arbeitslöhne zu fordern" („Neue Zeit", XXIII, 1, S. 160).

Diese Auffassung des Lohnkampfes der Arbeiter: Lohnerhöhungen nicht durch Verringerung des Mehrwertes, den die Unternehmer in ihre Taschen stecken, zu erzwingen, sondern auf Kosten der Konsumenten herbeizuführen, widerspricht dem Klassenkampf und erschwert darum den Emanzipationskampf des Proletariats. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Arbeiterschaft will durch Erringung von Lohnerhöhungen nicht nur ihre Lebenslage bessern, sondern auch der Mehrwertbildung entgegenwirken; sie wird darum nie eine Forderung „vernünftiger" Arbeitslöhne von der Erwägung abhängig machen, ob auch nach deren Durchführung dem betreffenden Unternehmertum ein diesem angemessen erscheinender Gewinn verbleibt. Daß sich das Unternehmertum doch stets schadlos zu halten sucht, lehrt ja auch die Praxis. Und andererseits hat sich das Ausbeutertum auch noch nie darum gekümmert, ob die von ihm gewährten Arbeitslöhne „vernünftig" sind und den Arbeitern eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. Weiter wird der Begriff, wie hoch die Produktpreise sein müssen, auf Grund deren es den Unternehmern möglich ist, den Arbeitern auskömmliche Löhne zu zahlen, bei den Ausbeutern stets ein anderer sein als bei den Ausgebeuteten. Und wenn erst ein Unternehmerbund in einem Produktionszweig Monopolstellung erlangt hat, dann wird er sich auch von niemand abhalten lassen, solch hohe Preise für die von den Arbeitern erzeugten Produkte festzusetzen, wie er sie für gut befindet und durchsetzen zu können glaubt, ohne dabei an eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiter zu denken. Einen Beweis hierfür bildet schon die Tatsache, daß gegenwärtig der Bund der chemigraphischen Anstalten eine neue Preiskonvention festgesetzt hat, ohne seinen Tarifkontrahenten zu Rate zu ziehen und ohne eine Erhöhung des Minimallohns vorzuschlagen. Hingegen rüsten sich jetzt schon die Arbeiter, eingedenk ihrer tariflichen Verpflichtung, solche Unternehmer, die sich etwa durch Austritt aus dem Bunde dieser neuen Preiskonvention entziehen wollen, durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft zu deren Einhaltung zu zwingen.

Übrigens ist auch die Ansicht falsch, daß es den Unternehmern in der Chemigraphie bei den bisherigen Produktpreisen nicht möglich gewesen sei, angemessene Arbeitslöhne bewilligen zu können. Diese Meinung wird schon mit der Tatsache ad absurdum geführt, daß Anstalten, die die im Chemigraphentarif vorgesehenen Arbeitsbedingungen in jeder Hinsicht erfüllen, sich weigern, dem Unternehmerbund und damit dessen Preiskonvention beizutreten.

Und ist es nicht ein Symptom einer vertikalen Scheidung im Gewerbeleben, wenn sich Arbeiter einer chemigraphischen Anstalt infolge vertraglicher Verpflichtung vom Unternehmerbund lediglich nur deshalb zum Streik kommandieren ließen, um die betreffende Anstalt zum Eintritt in den Bund zu zwingen? Erinnert dieser Streik nicht an die Vorkommnisse in Chicago? Bei diesem Ausstand handelt es sich für die Chemigraphen weder um eine Lohnerhöhung noch um eine Arbeitszeitverkürzung oder um eine sonstige Vergünstigung; die Arbeitsverhältnisse in dieser Firma entsprachen vollständig den tariflichen, es handelte sich nur um die Forderung der Anerkennung der Preiskonvention des Unternehmerbundes. Es ist darum auch begreiflich, daß die in dieser Firma beschäftigten Lichtdrucker, die ebenfalls einer Gewerkschaft angehören, den Chemigraphen in diesem Falle die geforderte Solidarität verweigerten.

In einem eigentümlichen Lichte erscheint indes die Organisation der Chemi-
aphengehilfen durch folgende Stellen in einer Erklärung, die jene Firma bei
eser Gelegenheit an ihre Arbeiter erließ: „... Da, wie jeder unserer An-
stellten zugeben muß, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Firma
er günstiger als schlechter sind, als sie von den genannten Verbänden ver-
ngt werden, so kann es sich für die uns bedrohenden Arbeitgeber und Arbeit-
hmer nicht um allgemeine Interessen der Arbeiterschaft handeln,
ndern nur darum, daß einzelne interessierte Arbeitgeber uns mit Hilfe
r in ihrem Schlepptau befindlichen organisierten Chemigraphen
e Unabhängigkeit unserer Geschäftsführung unterbinden wollen. ... Wir
hnen einen Beitritt zu den über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhält-
sse hinausgehenden Beschlüssen des Tarifausschusses ab. ..."

Diese Vorkommnisse ergeben den Beweis, wie moderne Gewerkschaftsorgani-
tionen, die mit Unternehmerverbänden in dieser Weise paktieren, tatsächlich
modernen Zünften ausarten und ihren bisherigen Charakter, erzieherisch für
n Sozialismus zu wirken, verlieren müssen. Tarifverträge, die zu gegen-
tigem Organisationszwang verpflichten und dadurch eine Interessenidentität
vischen den beiden Kontrahenten proklamieren, müssen in ihrer Konsequenz
ch zu gemeinsamen (Zunft-)Organisationen von Arbeitgebern und -nehmern
hren. Bei Gelegenheit der letzten Revision des Buchdruckertarifs wurde auch
on von Unternehmerseite der Gedanke einer Verschmelzung der beiderseitigen
rganisationen im Buchdruckgewerbe angeregt, welchen Vorschlag der Vorsitzende
r Gehilfenorganisation auch als akzeptabel erklärte.

Nurgewerkschaftler, die keine höhere, keine sozialistische Produktionsform er-
eben, mögen in der Wiedererrichtung von Zünften den Endpunkt ihrer
olitik sehen; sie mögen, wie der Vorsitzende des Vereins der Lithographen,
eindrucker und Berufsgenossen, im Organisationszwang der Unternehmer und
beiter die Spitze und das Endziel der Gewerkschaftsbewegung erblicken. Wer
er den Sozialismus will, der kann nicht entschieden genug gegen diese Taktik
otestieren, die sich schließlich in ihrem letzten Ende stets wieder gegen die
beiter selbst richtet.

Eine starke Arbeiterorganisation hat, um Lohnaufbesserungen zu erzielen,
allerwenigsten nötig, sich von der ihr entgegengesetzten Unternehmerorgani-
tion zur Förderung deren Ziele engagieren zu lassen. Dies trifft auch auf
im Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen organisierten
emigraphen zu. Da diese Arbeiter prozentual gut organisiert sind, können
ihre Arbeitsverhältnisse ohne solche Manipulation mit der Prinzipalität
bessern. Man gibt dort selbst zu, daß durch Aufhebung des Organi-
ionszwanges der Ring der Unternehmer gesprengt würde, was selbstverständ-
eine Stärkung der Gehilfenposition zur Folge hätte. Da sich aber jene
emigraphenorganisation vom Unternehmerbund ins Schlepptau nehmen
it, gibt sie trotz ihrer prozentualen Stärke einen Beweis gewerkschaftlicher
reife.

Daß auf diese selbstmörderische Politik aufmerksam gemacht wird, macht sich
ktisch immer notwendiger, denn sie greift mehr und mehr um sich. Zum
Januar 1905 trat im Xylographiegewerbe ebenfalls eine Tarifvereinbarung
Kraft, in welcher eine Bestimmung vorschreibt, daß organisierte Gehilfen
r bei Mitgliedern des Unternehmerbundes, der zu einer festgelegten Preis-
vention verpflichtet, arbeiten, und demgegenüber letztere nur Angehörige des

Arbeiterverbandes beschäftigen dürfen. Da auch im Buchdruckerverband gegenwärtig die Abschließung eines Tarifvertrags von Organisation zu Organisation eifrig propagiert wird, und da sich der „Correspondent deutscher Buchdrucker“ schon sympathisch für den gegenseitigen Organisationszwang geäußert hat, so wird bei der demnächstigen Tarifrevision der Vorsitzende der Prinzipalsvertreter im Tarifausschuß, Herr Kommerzienrat Büxenstein, welcher die Aufnahme der Zwangsbestimmung im Tarifvertrag für das Chemigraphie- und kürzlich auch für das Xylographiegewerbe angeregt und durchgesetzt hat, wenig Mühe haben, der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker die gleiche Krone aufzusetzen.

Bis jetzt hat außer dem „Lithograph“, dem Organ des selbständigen Zentralverbandes der Lithographen und graphischen Zeichner, weiter kein Gewerkschaftsblatt gegen diese Zunfttaktik Stellung genommen, woraus eine stillschweigende Zustimmung gefolgert werden könnte. Das Lob unserer Gegner, das Arbeiter stets dann reichlich finden, wenn sie den Klassenkampf verleugnen, beweist für uns die Notwendigkeit, das in der Gewerkschaftspresse Versäumte hier nachzuholen.

Literarische Rundschau.

Wilhelm Bölsche, **Weltblick.** Gedanken zu Natur und Kunst. Dresden 1904, Karl Reißner.

In dem neuen Buche hat Bölsche unter dem Namen „Weltblick“ eine größere Reihe von Essays zusammengefaßt. Essays? Man findet das Wort nicht, das für diese künstlerisch durchgearbeiteten, beschaulich philosophierenden Naturskizzen passend wäre. Der Autor hat dem alten naturwissenschaftlichen Artikel eine besondere Form gegeben, einen Stil, der sein Stil ist. Er hat etwas von dem reichen Inhalt und der Kürze der besten jener landläufigen und kaum entbehrlichen Essays opfern müssen, aber er ersetzt das, was er nimmt, durch seine besonderen Gaben reichlich. Und seine größte Gabe ist die, gewissermaßen Traumbilder von realistischer Lebenswahrheit hervorzuzaubern und dadurch dem Sinne des Lesers aufzuzwingen, was andere ihm mühsam durch das schwere Tor begrifflicher Auseinandersetzung zuführen müssen. In manchen Werken Bölsches wird das Bild hier und da zu bunt, der Reichtum von Farben grenzt bisweilen an Überladung, aber im „Weltblick“ scheint mir immer die richtige Mitte innegehalten zu sein. Es braucht nicht mehr gesagt zu werden, welchen Genuß die Lektüre eines Werkes von Bölsche gewährt. Es braucht auch nicht mehr betont zu werden, welches Verdienst sich der Autor erwirbt, indem er mit einer Schilderungsgabe sondergleichen Liebe zur Natur in alle Herzen sät und dadurch die Entwicklung zu einer naturwissenschaftlichen Geistesrichtung gewaltig fördert. Aber natürlich schließt jeder Vorzug auch gewisse Mängel in sich. Bölsches Arbeiten geben beim Lesen einen unvergleichlichen Genuß, aber am Schlusse ist doch der Leser durch so viele Vergleiche, angeknüpfte Beziehungen, Ausblicke in die höchste Höhe und die tiefste Tiefe, in die Vor-, Mit- und Nachwelt leicht in einen solch verschwommenen Gefühls- und Ideentaumel versetzt, daß er einen nur geringen Schatz an Neugelerntem davonträgt. Das aber hält der Verfasser vielleicht auch nicht für seine Aufgabe. Er will dem Leser einen künstlerischen Genuß verschaffen, er will ihm das Gefühl weihevollen Aufgehens in das Naturganze mit seinen tausendfachen Beziehungen und Verbindungen geben. Und was er nicht will, darüber soll man mit ihm nicht rechten. k. gr

---

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



:r. 21 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Zum Tode Menzels.



↗ **Berlin**, 15. Februar 1905.

Vor einigen Tagen ist Adolf Menzel, den ein sanfter und schneller Tod in
nem neunzigsten Lebensjahr abberufen hat, mit einem Gepränge zur letzten
uhe bestattet worden, wie es in dem preußischen Militärstaat sonst nur etwa
eneralfeldmarschällen erwiesen zu werden pflegt. Den Grund dieses außer-
wöhnlichen Pompes konnte man der Schleife des Kranzes ablesen, den der
iiser dem berühmten Maler auf den Sarg gelegt hatte; diese Widmung
ıtete: „Dem Ruhmesverkünder Friedrichs des Großen und seiner Armee in
vergänglicher Dankbarkeit Wilhelm II. und sein Heer.“ Sieht man von den
ei letzten Worten ab, die in ihrer staatsrechtlichen Unrichtigkeit immerhin eine
ht unberechtigte Kritik des viel mißbrauchten Schlagwortes vom „Volk in
affen“ enthalten, so fordert die Inschrift des kaiserlichen Kranzes auch sonst
m Widerspruch heraus. Allein dieser Widerspruch geht zu weit, wenn nun
agt wird, Menzel sei mehr durch einen geschäftlichen Zufall als durch künst-
ische Neigung zur bildnerischen Darstellung des friderizianischen Zeitalters
ührt worden.

Einzig zu dieser Frage seien hier einige kritische Bemerkungen gestattet. Um
s ganze reiche Lebenswerk Menzels zu würdigen, namentlich auch in seinem
sammenhang mit der Entwicklung der deutschen Malerei, wäre an dieser
elle der „Neuen Zeit“ nicht der richtige Ort, wie der Schreiber dieser Zeilen
zu auch nicht berufen ist. Es mag nur im allgemeinen darauf hingewiesen
rden, daß es nicht entfernt Menzels künstlerische Bedeutung erschöpfen heißt,
nn man ihn als Maler einer preußischen Geschichtsperiode auffaßt und alles
dere, was er geschaffen hat, als ein Nebenwerk betrachtet, das keine besondere
achtung verdiene. Jedoch wenn er ein großer Künstler war, so muß er sich
h in diesem einzelnen Gebiet seiner Arbeit als solcher bewährt haben. Hat
das nun aber getan? Oder hat er sich dieses Stoffgebiets nur bemächtigt,
es, um den „Ruhm“ des alten Fritz zu „verkünden“, sei es, weil ein „ge-

schäftlicher Zufall“ ihn bestimmte? Unseres Erachtens sind beide Fragen zu verneinen; Menzel hat diesen Stoff aus künstlerischer Neigung ergriffen und ihn mit künstlerischen Mitteln behandelt, in dem alleinigen Drange künstlerischen Schaffens.

Mit der „Ruhmverkündung“ des alten Fritz hat es im Preußischen immer seine Haken gehabt, wenn es auch nicht immer derselbe Haken war. Schon an seinem Todestage schrieb Mirabeau: „Alles ist düster, nichts traurig; alles ist beschäftigt, nichts bekümmert. Kein Gesicht, das nicht Erleichterung und Hoffnung ankündigt; nicht ein Bedauern, nicht ein Seufzer, nicht ein Lob. Dahinaus also laufen so viel gewonnene Schlachten, so viel Ruhm, eine Regierung von fast einem halben Jahrhundert voll so vieler Großtaten. Alle Welt wünschte ihr Ende, alle Welt beglückwünschte sich dazu.“ Und drei Jahre später schrieb die Zarin Katharina II.: „Es ist ohne Frage seltsam, mit welcher Subtilität man dem Ruhm und dem Namen Friedrichs II. zu schaden sucht und das druckt und veröffentlicht sich in Berlin.“ Es waren auch keineswegs nur die Kreaturen seines unfähigen Nachfolgers, die Friedrichs Andenken zu verdunkeln bestrebt waren; aus besseren Gründen ließen sich auch die Stein und Arndt in der härtesten Weise gegen den undeutschen König, den Franzen-Affen, den Feind und Zerstörer der deutschen Verfassung aus, dessen Größe Deutschland zum Verderben und dessen Gedächtnis Deutschland zum Fluche geworden sei.

Wieder aus einer anderen Richtung blies der Wind gegen König Friedrich, als die feudale Reaktion in Napoleon den Erben der bürgerlichen Revolution gestürzt hatte. In seiner mittelalterlich-ständischen Restauration der Staatswissenschaften erklärte Haller das Landrecht Friedrichs als den auffallendsten Beweis von dem unglücklichen Einfluß, den die unphilosophischen Irrtümer auch auf die Fürsten und ihre Umgebungen gehabt hätten. In dasselbe Horn stießen die historisch-politischen Reaktionäre vom Schlage der Leo und Savigny. Aber auf der anderen Seite wollte auch die beschränkte Teutschtümelei der Burschenschaft nichts vom alten Fritz wissen, und ebensowenig die landläufige Hegelei, die mit dem Aufkläricht, den ihr Meister mit Recht verspottet hatte, nun auch gleich die Aufklärung verschüttete. So erscholl in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine „greuliche Katzenmusik“ gegen Friedrich: „Alt- und neutestamentliche Trompeten, moralische Maultrommeln, erbauliche Dudelsäcke, historische Sackpfeifen und andere Schnurrpfeifereien, dazwischen Freiheitshymnen, gebrüllt im urteutonischen Bierbaß“, wie sich der radikale Junghegelianer Köppen ausdrückte.

Von den Schriften des Königs gab es noch immer keine bessere Ausgabe als das schludrige Machwerk, das der berüchtigte Wöllner aus pekuniärem Interesse gleich nach dem Tode Friedrichs veranstaltet und der berühmte Historiker Gibbon als eine Schmach für die deutsche Nation gebrandmarkt hatte. Eine Biographie des Königs, von Preuß, begann allerdings im Jahre 1832 zu erscheinen, aber sie blieb am Äußerlichen haften und war kaum mehr als eine unordentlich zusammengetragene Materialiensammlung. Ein ungleich treueres Bild des friderizianischen Zeitalters enthielt der Roman „Cabanis“ von Wilibald Alexis, der in demselben Jahre erschien und heute



ch sehr lesenswert ist. Er war gleichsam der einzige Lichtschimmer in dem
unkel, das damals auf Friedrichs Andenken lag, allein es ist bekannt, daß
ilibald Alexis weder für diesen Roman noch für die nicht minder trefflichen
omane aus der brandenburgisch-preußischen Geschichte, die er ihm folgen ließ,
gendeine offizielle Anerkennung erhalten hat. Im Gegenteil erhielt er bei
: ersten besten Gelegenheit einen königlichen Rüffel für seine schriftstellerische
itigkeit, worin Treitschke den hohenzollernschen Erbfehler der Undankbarkeit
licht und sich so an seinem Teile um den kaiserlichen Kranz auf seinem Sarge
racht hat. Doch dies nebenbei! Im großen und ganzen stand Friedrichs
ıdenken am Ende der dreißiger Jahre unendlich tief im preußischen Kurse,
daß die einzige revolutionäre Richtung, die es damals gab — von Parteien
ınte noch nicht gesprochen werden —, ihn als ihren Mann auf den Schild
ob: nicht nur der Girondist Ruge in Halle, sondern auch der Montagnard
ppen in Berlin, in der kecken Kampfschrift, die er im Frühjahr 1840 zum
ıdertsten Gedenktag der Thronbesteigung Friedrichs veröffentlichte und seinem
eunde Karl Heinrich Marx aus Trier widmete.

In eben dieser Zeit begann Menzel, ein junger Künstler von 24 Jahren,
in das friderizianische Zeitalter zu vertiefen. Sicherlich nicht, weil er Jung-
elianer war, sondern weil ein spekulativer Buchhändler, angereizt durch den
folg, den eine französische Lebensgeschichte Napoleons mit Illustrationen von
rax Vernet gehabt hatte, dasselbe Geschäft in Deutschland machen wollte
an Menzel den Auftrag erteilte, eine Geschichte Friedrichs zu illustrieren,
en Abfassung dem Kunsthistoriker Kugler übertragen wurde. Das war aller-
gs ein Zufall, aber wohin käme es mit aller Kunst, wenn jedes Kunstwerk
ch den Zufall herabgesetzt werden sollte, der zu seiner Entstehung beigetragen
en mag. Schiller hat seinen Don Karlos geschrieben, weil ihn ein Theater-
ndant damit beauftragte, und seinen Wilhelm Tell, weil irgend ein unbe-
ıner Schwätzer das Gerücht ausgebracht hatte, Schiller wolle den sagenhaften
den der Urkantone dramatisch behandeln. Nicht der Zufall als solcher ent-
idet, sondern es kann sich nur darum handeln, ob sich der Künstler vom
all beherrschen läßt oder ob er den Zufall abzudenken weiß, sobald dieser
künstlerische Neigung erweckt hat.

Eben dies war der Fall Menzels. Sobald der Zufall seinen künstlerischen
k auf das friderizianische Zeitalter gelenkt hatte, hat Menzel diesen historischen
ff mit künstlerischer Leidenschaft erfaßt. Die vierhundert Holzschnitte, die
u Kuglers Geschichte lieferte, brachen auch der künstlerischen Technik neue
ze; man sagte von ihm mit Recht, daß diese schwarz-weißen Zeichnungen
iger seien, als alle Gemälde jener Zeit. Nicht minder legten sie glänzendes
gnis ab von dem ungeheuren Fleiß, womit Menzel das friderizianische
alter durchforscht, von dem kongenialen Verständnis, womit er es durch-
ıgen hatte. Immer aber ist dies Verständnis auf den Ton der Zeit ge-
mt, worin es erwacht war; nicht der Held des verwüstenden Krieges, sondern
Held des aufklärenden Lichtes ist es, den Menzel in Friedrich sieht.

Man darf sich darüber nicht täuschen lassen durch den Erfolg, den seine
strationen zu Kuglers Geschichte auch bei dem frömmelnden und reaktionären

Friedrich Wilhelm IV. fanden, der inzwischen, als sie öffentlich erschienen, den Thron bestiegen hatte. Die bildenden Künste haben es unter dem Despotismus immer leichter als die redenden, besonders wenn der Despot selbst in ihnen dilettiert, wie Friedrich Wilhelm IV. in der Architektur und der Malerei; so gönnte er auch der Karikaturenfreiheit einen längeren Atem als der Preß- freiheit. Ferner war er ein in seiner Art geistreicher Mann, dem die stupide Vermöbelung des alten Fritz, wie sie unter seinem Vorgänger herkömmlich ge- worden war, doch widerstand, zumal da er seinerseits einen zweiten Friedrich, nur von der mittelalterlichen Seite her, spielen wollte. Er sorgte dafür, daß die Akademie eine anständige Ausgabe der Werke Friedrichs veranstaltete, die Menzel zu illustrieren beauftragt wurde. Dann wurde Menzel auch mit einem großen Bilderwerk beschäftigt, das in sechshundert kolorierten Lithographien die Armee Friedrichs in ihren Uniformen reproduzierte. Auf dies Werk, das doch nicht eigentlich künstlerisch genannt werden kann und übrigens bei seinem Preise von 530 Talern nur in dreißig Exemplaren abgezogen wurde, kann sich allein das Wort des Kaisers beziehen, daß Menzel ein „Ruhmesverkünder“ der friderizianischen Armee gewesen sei, denn in jedem anderen Sinne würde es irreführen.

Wo Menzel als frei schaffender Künstler mit der friderizianischen Geschichte geschaltet hat, da stand ihm der Friedensheld immer über dem Kriegshelden. Er hat nur eine Schlacht Friedrichs gemalt, ebenso wie Wilibald Alexis in seinem Roman nur eine Schlacht des Königs geschildert hat. Es ist dieselbe Schlacht, der Überfall bei Hochkirch, eine preußische Niederlage, die, durch Friedrichs vermessene Torheit verschuldet und durch seine schnelle Entschlossen- heit halb wieder ausgeglichen, als nächtliches, wie ein plötzliches Unwetter hereinbrechendes Gefecht, der künstlerischen Darstellung ganz andere Möglich- keiten bot, wie die langweiligen Linearschlachten des achtzehnten Jahrhunderts im allgemeinen. Sonst aber fassen die großen Gemälde, in denen Menzel seinen preußischen Helden wieder aufleben läßt, diesen ganz überwiegend in seinen friedlichen Beschäftigungen auf, als Freigeist, als Künstler, als sorgender Landesvater, in aller künstlerischen Unbefangenheit, ganz unbekümmert um die Dankbarkeit oder Undankbarkeit der Gegenwart.

Gleich das erste dieser großen Gemälde ist dafür charakteristisch, die Tafel- runde in Sanssouci, die auf der Kunstausstellung des Jahres 1850 erschien, zur Zeit, wo sich die Konterrevolution eben fest in den Sattel gesetzt hatte, und die frömmelnde Heuchelei des Treubundes unter dem gnädigen Protektorat des Hofes und der Regierung stand. Da wollte es schon etwas bedeuten, einen preußischen König in aller blendenden Fülle einer unvergleichlichen Kunst dar- gestellt zu sehen, wie er französische Freigeister des ruchlosesten Rufes an seinem gastlichen Tische begrüßt. Noch heute wagt kein preußischer Historiker, selbst wenn er sonst leidlich unbefangen ist, über den Verkehr Voltaires und namentlich Lamettries in Sanssouci anders als mit einer komischen Mischung von geistiger Überlegenheit und sittlicher Entrüstung zu sprechen, und nun erst vor fünfzig Jahren! Man vermerkte denn auch in offiziellen Kreisen dies Bild Menzels sehr übel und ebenso die ihm folgenden aus dem friderizianischen Kreise, da

lötenkonzert in Sanssouci, der König auf Reisen und so weiter — mit Aus-
ahme der Schlacht bei Hochkirch, die der König ankaufte —, obgleich sie an
tzerischer Dreistigkeit das erste nicht erreichten, aber an malerischer Vollendung
um Teil noch übertrafen. Wenn gleichwohl ein paar von ihnen, und darunter
uch die Tafelrunde, in die Nationalgalerie gelangt sind, so nur durch die
stamentarische Verfügung eines Privatmanns, der sie erworben hatte, und
icht durch die dankbare Regierung.

Merkwürdig ist auch, daß Carlyle, der sich 1852 längere Zeit in Berlin
ufhielt, um Studien für seine Biographie Friedrichs zu machen, und von den
fiziellen Kreisen sehr protegiert wurde, von Menzels künstlerischer Tätigkeit
chts erfahren zu haben scheint. Wenigstens erhebt er noch im Jahre 1854
n gewaltiges Lamento darüber, daß die Berliner Galerie der sogenannten
johen Kunst" zwar „aus bocksfüßigen Pans, Europas Ochs, und den Cor-
giositäten des Correggio zusammengesetzt" seien, aber kein Bild Friedrichs
thielten. Für sein Buch über Friedrich, dem man noch am ehesten gerecht
ird, wenn man es unter künstlerischem Gesichtspunkt betrachtet, hätte Carlyle
n dem Künstler Menzel viel lernen können. Menzel hat auch immer be-
uert, daß sie sich nicht getroffen hätten. Er meinte: „Schade, sehr schade!
h hätte ihm manches sagen können, was ihm entgangen ist. Carlyle als
oet hat viel gesehen, visionenhaft, was nicht da war. Er hat den König ver-
underlicht, ihn, der ein Kind seiner Zeit war." Es ist das denkbar treffendste
teil über Carlyles Buch, und niemand hatte ein besseres Recht, dies Urteil
fällen, als Menzel.

Für Carlyle war Friedrich doch nur die Probe aufs Exempel seiner Ge-
ichtsphilosophie, und er half sich mit Visionen, wo die rauhe Wirklichkeit
ht in seiner Rechnung aufging. Menzel aber hatte sich ins friderizianische
italter eingelebt, wie keiner vor und keiner nach ihm, was er aus eigenem
zu gab, war nur der künstlerische Odem, ohne den sich eine untergegangene
elt nicht neu beleben läßt. Wenn wir gleichwohl heute den König Friedrich
t andern Augen ansehen, als ihn Menzel vor fünfzig Jahren angesehen
t, so aus dem Grunde, daß auch der Künstler wie der König, das „Kind
ner Zeit" ist. Dem künstlerischen Werte von Menzels Werken geschieht da-
rch kein Abbruch, so wenig wie ein mittelalterliches Heiligenbild, wenn es
ist von Meisterhand gemalt ist, künstlerisch entwertet wird, weil wir nicht
hr, wie der Maler, an Heilige glauben.

Seitdem Menzel alt geworden war, ergoß sich über ihn der Sonnenschein
ischer Gunst, und er selbst scheint, wie andere große Künstler auch, wie
ethe, Hebbel, Ibsen, an dem Ordens- und Titelsegen eine naive Freude ge-
bt zu haben. Aber nach seinem Tode gehört sein Erbe der ganzen gesitteten
elt, und wir wollen es uns, um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen, nicht
erwunderlichen" lassen, sei es nun in Glimpf oder in Schimpf, durch un-
nstlerische Tendenzen, denen er immer so fremd geblieben ist, wie sie ihm.

Die Bauern und die Revolution in Rußland.

Von **K. Kautsky.**

In seiner Nummer vom 10. Februar bringt der „Vorwärts" einen Artikel über „Die Politik der russischen Regierung", den er mit den Worten einleitet:

„In einem düsteren Artikel, der gewisse Stimmungen der russischen Liberalen wiederzugeben scheint, erörtert ein Moskauer Mitarbeiter der ‚Vossischen Zeitung' die politischen Aussichten. Der Gewährsmann rechnet damit, daß die herrschende Clique systematisch darauf hinarbeitet, den ‚Unverstand der Massen', das ist den Bauern, gegen die revolutionäre Intelligenz rebellisch zu machen. Sicher ist, daß der Zarismus seit jeher diese Taktik verfolgt, und noch neuerdings hat er sie sogar bei den Industriearbeitern angewandt, die freilich für solche Irreführung schon zu aufgeklärt sind."

Aus dem Artikel der „Vossischen Zeitung" zitiert er dann folgendes:

„Am deutlichsten spricht Pobjedonoszew, der sich durch ein Rundschreiben an das Landvolk wendet, worin die Bauern aufgefordert werden, den Zaren zu schützen und der Obrigkeit zu gehorchen! Gegen wen soll der Zar geschützt werden? Doch wohl gegen den Feind der Clique, gegen die Liberalen, gegen alle ‚Nichtrussen' und Intelligenten, die es satt haben, sich und das Volk auspressen zu lassen. Anders ist dieser Aufruf gar nicht zu verstehen. Die Clique bereitet das Volk vor, im gegebenen Augenblick für die Reaktion zu arbeiten. Im Ansiedlungsrayon wird der Jude, in Moskowien der liberale Semstwomann daran glauben müssen. Nach den Vorgängen in Petersburg halte ich die Clique zu allem fähig, und kein gebildeter Russe leugnet, daß die Popularität — wörtlich zu nehmen — auf seiten der Regierung bleiben wird. . . .

„Ich glaube nicht, daß ein Volksaufstand in Rußland in allen Gouvernements gleichzeitig ausbrechen wird; dazu hat die Clique wohl noch zu viel Gegner in den Reihen der Gouverneure. Ebensowenig kann ich annehmen, daß er schon jetzt beginnen wird. . . . Es werden große Trupps von Arbeitern, die sich an den Ausständen beteiligten, in die Heimatdörfer abgeschoben. Wozu wird denn gerade das unruhige Element in die Dörfer geschickt und nicht die Tausende von Bettlern? Es gibt dafür keine andere Erklärung als den Wunsch der Machthaber, das Volk gegen die Intelligenz auf dem Lande zu hetzen.

„Trotz alledem dürfte ein Bauernaufstand gegen die Intelligenz vor dem Frühjahr nicht zu erwarten sein. Dann aber treten wirtschaftliche Faktoren hinzu, die mir einen solchen Aufstand wenigstens für einzelne Gouvernements unvermeidlich erscheinen lassen. Zunächst der Mangel an Saatgetreide und der Mangel an Geld, solches zu beschaffen, und dann die Abwesenheit genügender Arbeitshände. Die Zeit der Ackerbestellung ist in Rußland weit kürzer bemessen als in Deutschland, und die in mehrere Stücke geschnittenen Äcker liegen häufig 2 bis 3 deutsche Meilen auseinander. Nun haben einzelne Kreise sieben und acht Mobilmachungen über sich ergehen lassen müssen. Die Bauern vieler Gebiete werden daher vor der Unmöglichkeit stehen, den Acker zu bestellen und später zu ernten. Der Staat wird nicht in der Lage sein, rechtzeitig Getreide zu liefern, wenn er dazu auch finanziell in der Lage wäre. Was also bleibt dem Bauern übrig, als zu rauben? Oder glaubt jemand, daß er schon so ausgemergelt sei, daß er sich hinlegt, um zu sterben?

„Wenn der Zar nicht einlenkt und unverzüglich die von der gemäßigt-liberalen Gruppe aufgestellten Hauptforderungen: Freiheit der Presse und Zusammentritt eines Parlamentes von Semstwo-Leuten, erfüllt, dann wird Rußland der Tummelplatz eines Volksaufstandes werden, der an Schrecknissen nicht geringer werden wird, als der dreißigjährige Krieg es für Deutschland war. Dieser Aufstand wird vielleicht nicht nur das Haus der Romanows vom Throne fegen — er wird die Kultur vernichten und den russischen Staat zertrümmern."

Der „Vorwärts“ bemerkt schließlich zu diesen Ausführungen:

„In diesem liberalen Stimmungsbild spiegelt sich, wie man sieht, ein gut Stück irgerlicher Angst vor dem Aufstand der dunklen Masse. *Soweit es die Bauern* *ngeht*, die allerdings teilweise sogar in den japanischen Krieg mit verblendeter egeisterung für den Friedenszaren gegangen sind, *mögen die Befürchtungen* *icht ganz unbegründet sein.* Dagegen liegt die ganze Rettungsmöglichkeit in em Industrieproletariat, das zu einem Kampfe gegen die Intelligenz durch die rgsten Lockspitzeleien Väterchens zu gewinnen ist. Aber die ‚gemäßigt Liberalen‘ irchten sich eben auch vor dem proletarischen Klassengegner, und deshalb ihre Angst, e Gespenster sieht. Der ‚gemäßigte‘ Liberalismus gerade ist die Gefahr, die nur irch die entschiedene Demokratie überwunden werden kann.“

Wenn unser Zentralorgan meint, die „Befürchtungen“ der Vossin „mögen, weit es die Bauern angeht, nicht ganz unbegründet sein“, die „ganze ettungsmöglichkeit liege im Industrieproletariat“, so kann das zu sehr falschen uffassungen führen, wenn man hiermit den einleitenden Satz des „Vorwärts“ ısammenhält, daß die „herrschende Clique systematisch darauf hinarbeitet, die auern gegen die revolutionäre Intelligenz rebellisch zu machen“. Man könnte einen, der „Vorwärts“ fürchte von einem Bauernaufstand das Schlimmste r die „revolutionäre Intelligenz“ und die Revolution, und die einzige ettungsmöglichkeit in dieser Situation biete das Industrieproletariat.

Ich weiß nicht, ob der „Vorwärts“ das wirklich sagen wollte. Indes ist ese Frage sehr nebensächlich. Die Hauptsache für uns ist, daß eine solche efürchtung, wenn sie wirklich gehegt wird, eine durchaus verkehrte wäre. Die evolution braucht in Rußland von einem Bauernaufstand nicht das mindeste fürchten, sie darf von ihm das Beste erwarten.

Die „Vossische Zeitung“ hat allerdings darin ganz recht, daß dem „libe- len Semstwo-Mann“ ein Bauernaufstand sehr unangehm werden kann, aber an darf doch diesen Mann nicht mit der „revolutionären Intelligenz“ ver- chseln.

Diese besteht vornehmlich aus *Studenten*, die in Rußland von einem nz anderen Schlage sind als in Deutschland. Wird bei uns das Studium mer mehr ein Privilegium der Wohlhabenden, ist für den richtigen deutschen udenten der Reserveoffizier das Ideal, und studiert er vor allem dahin, jenen efrorenen Dünkel“, den schon Heine verhöhnte, in seiner teutschen Mannes- uft möglichst stark zu entfalten, so sind die russischen Studenten vielfach noch mer Leute Kind, die sich unter den größten Entbehrungen durchschlagen; stets er sind sie von der Polizei überwacht und gehetzt. Die einen sind wirkliche oletarier, die anderen, besser Situierten, sind wenigstens von vornherein pppositionelle, durch ihre Kollegen proletarischem Empfinden leichter zugänglich. ıs sind die Elemente der sozialistischen, *revolutionären Intelligenz*. ıtürlich gehören nicht alle Studenten dazu. Streber und Spitzel finden sich f den russischen Universitäten auch. Aber sie sind weit weniger zahlreich und it verachteter als auf den Hochschulen des Volkes der Denker und Dichter.

Der „liberale Semstwo-Mann“ hat mit dieser revolutionären Intelligenz ht das mindeste zu schaffen. Der „liberale Semstwo-Mann“, der hier in tracht kommt, ist ein *adeliger Gutsbesitzer*, der die „Intelligenz“ höchstens Nebenamt betreibt. Er steht in der Opposition, einmal weil seine Wirt- aft immer mehr zurückgeht und die Regierung trotz aller „Liebesgaben“ an ı verschuldeten Grundbesitz durch ihre Steuer- und Zollpolitik die Landwirt-

schaft ruiniert; dann aber auch, weil er bei einem Bauernaufstand am meisten zu verlieren hat und darum nach einem liberalen Regime drängt, von dem er erwartet, es könne am ehesten den Bauern befriedigen, ohne ihm weh zu tun; endlich aber auch, weil er es schmerzlich empfindet, daß er durch die Allmacht der Bureaukratie zu völliger Nichtigkeit im Staate verurteilt ist.

Diese Liberalen sind also jene Elemente, die vor einer Empörung der Bauernschaft zu zittern haben, nicht aber die „revolutionäre Intelligenz". Glaubt man denn, die rebellischen Bauern würden in die Städte ziehen und die Universitäten stürmen?

Die Befürchtung, die Bauern könnten gegen die revolutionäre Intelligenz mobil gemacht werden, ist eine Reminiszenz an längst vergangene Zustände, wie sie zum Beispiel Turgenjeff in seinem Roman „Neuland" schildert, der ja lange die vornehmste Quelle war, aus der der „gebildete" Westeuropäer seine Kenntnis des „Nihilismus" schöpfte.

Damals, als die studierende Jugend „ins Volk" ging, um die Bauern für den Sozialismus zu gewinnen, da kam es vor, daß die Bauern die Agitatoren aus der Stadt übel aufnahmen, durchprügelten, verjagten oder gar den Behörden auslieferten. Aber diese Zeiten sind längst vorbei. Die Studenten betreiben nur noch in höchst geringem Maße bäuerliche Agitation, und sie haben es nicht notwendig, denn inzwischen ist eine Schicht erstanden, die dem Bauern viel näher steht als der Student, die der Bauer leichter versteht, mit der er zahlreiche soziale Beziehungen unterhält, da sie erst jüngst aus der bäuerlichen Bevölkerung emporgewachsen ist: das industrielle Proletariat.

Der industrielle Lohnarbeiter, der auf das flache Land zurückgeht, geht in *sein* Dorf, in das Dorf, aus dem er stammt, in dem seine Eltern, seine Geschwister, seine Jugendfreunde sitzen. Der wird im Dorf ganz anders aufgenommen, angehört als der Student, dessen Sprache kaum verstanden wird, der in seinem Äußern und seinen Gewohnheiten den dem Bauern verhaßtesten Klassen, den Beamten und Wucherern anzugehören scheint.

Nichts drängt heute die „revolutionäre Intelligenz" auf das flache Land hinaus. Was sollte ihr also die bäuerliche Wut anhaben können?

Dagegen bieten freilich die Schlösser, die vollen Scheunen, das wohlgenährte Vieh der „liberalen Semstwo-Männer" Objekte, die den hungrigen Bauern vor der Nase liegen und nur zu leicht ihre Gier herausfordern. Aber diese gefährdete Position teilen die „liberalen Semstwo-Männer" mit dem gesamten großen Grundbesitz, auch dem der konservativsten und verbohrtesten Verehrer der Autokratie. Diese müßte schon ganz verblendet und völlig kopflos geworden sein, wollte sie die Bauern gegen die liberalen Grundbesitzer hetzen. Die Bauern würden keine Zeit mit Anstellung feiner politischer Unterscheidungen verlieren, sondern sich gegen den gesamten großen Grundbesitz wenden.

Wenn daher der „Vorwärts" mit Beziehung auf die Mitteilungen der „Vossin", daß die herrschende Clique systematisch darauf hinarbeite, die Bauern gegen die Liberalen und Intelligenten aufzuwiegeln, bemerkt: „Sicher ist, daß der Zarismus *seit jeher* diese Taktik verfolgt", so ist vielmehr zu bemerken, daß der Zarismus sich *seit jeher* gehütet hat, diese Taktik zu verfolgen, wenn man unter den „Liberalen" und „Intelligenten" jene Klasse versteht, die in diesem Zusammenhang allein darunter verstanden werden darf, die liberalen Grundbesitzer, und nicht die revolutionären Studenten. Und es müßten schlagendere Beweise vorliegen, als die Angstprodukte der Phantasie eines Moskauer Liberalen,

bevor wir annehmen könnten, daß selbst heute die „herrschende Clique“ „systematisch“ eine so selbstmörderische Politik verfolgt.

Aber damit ist nicht gesagt, daß uns das Frühjahr nicht doch eine Erhebung der Bauern in Rußland bringen kann. Bauernaufstände sind dort nichts Ungewöhnliches. Fast jedes Jahr sieht ein paar Bauernrevolten, die so regelmäßig wiederkehren wie die Donnerwetter im Hochsommer, aber unter normalen Verhältnissen auch nicht viel mehr Schaden anrichten, mit leichter Mühe niedergeschlagen werden.

Mehr noch als im westlichen Europa ist der Bauer in Rußland fern von den Zentren des kulturellen und politischen Lebens; lokale Notstände sind es, die ihn treiben, sich plötzlich der Obrigkeit zu widersetzen, planlos, ohne Einverständnis mit den weiter Wohnenden, ohne Rücksicht auf die Aussichten, welche die allgemeine ökonomische und politische Situation bietet, und ohne Mittel des Widerstandes. Ein paar Kosaken genügen in der Regel, das aufrührerische Dorf zu „beruhigen“, und eine solenne Auspeitschung seiner angesehensten sowie seiner keckten Bewohner bildet den regelmäßigen Abschluß der Empörung.

Aber diesmal dürfte es anders kommen. Die Nachrichten von dem unglücklichen Krieg und den Revolten in den Städten dringen, wenn auch langsam, so doch unaufhaltsam in die entferntesten Dörfer und verbreiten dort allgemeine Erregung.

Der Krieg hat diesmal, im Gegensatz zum letzten russisch-türkischen, schon bei seinem Beginn allgemeines Mißvergnügen erregt, das jede Aushebung von Reserven immer mehr zur Erbitterung steigerte. Der „Vorwärts“ erzählt freilich, daß die Bauern „teilweise mit verblendeter Begeisterung für den Friedenszaren in den Krieg gegangen seien“; aber diese „verblendete Begeisterung“ existierte nur in den verlogenen Berichten der russischen Reptilien. Die Wirklichkeit sah nichts davon.

Der Fortgang des Krieges bewirkt jetzt, daß das Gegenteil dieser „verblendeten Begeisterung“ immer stärker auch auf dem Lande anwächst. Dafür sorgen die Berichte von den Niederlagen, die schließlich auch in die bäuerlichen Hütten dringen, und vor allem die Verstümmelten und Siechen, die aus dem Kriege heimkommen und in ihre Dörfer verschickt werden, um nicht in den Städten im Wege zu sein. Der Jammer und der Grimm jedes dieser mißhandelten Menschen muß selbst den stumpfsinnigsten Bauer aus seiner Apathie wecken.

Zu diesen Agitatoren gegen die Regierung gesellen sich aber nun die rebellischen Arbeiter, die man massenhaft aus den insurgierten Städten ausweist, da man sie nicht gut alle niederschießen und einsperren kann. Sie kommen in ihre Dörfer als Berichterstatter über die Revolten und als Schürer neuen Aufruhrs. So wie unter dem Sozialistengesetz in Deutschland und dem Ausnahmezustand in Österreich die Ausweisungen zahlreicher Genossen aus den großen Städten ein mächtiges Mittel waren, die sozialistische Propaganda in die kleineren Orte zu tragen, so wirkt jetzt in gleicher Weise die russische Reaktion. Aber niemand wird behaupten wollen, daß Bismarck und Taaffe „systematisch“ darauf hinarbeiteten, die Proletarier der Kleinstädte gegen ihre Kapitalisten „rebellisch zu machen“. Das ist heute eine Notwendigkeit, der keine Regierung entgeht, die den Sozialismus bekämpft: entweder muß sie die Unruhestifter in ihrer Nähe dulden, wo sie ihr direkt gefährlich werden, oder sie muß sie aus

ihrer Nähe fortschaffen, wodurch sie für den Moment etwas mehr Luft bekommt, aber nur, um etwas später mit verdoppelter Macht angegriffen zu werden.

Das dürfte sich auch jetzt in Rußland vollziehen, und zwar weit rascher und energischer als in Deutschland und Österreich, denn wenn Kriegsjahre doppelt zählen, so zählen Revolutionszeiten das Zehn- und Zwanzigfache.

Krieg und städtische Unruhe verstärken aber nicht bloß gewaltig die jahraus jahrein wirkenden Antriebe zu bäuerlichen Revolten, sie lähmen auch die Kraft der Staatsgewalt, sie zu unterdrücken. Militär und Polizei sind heute schon aufs äußerste angespannt; und doch sind der Städte verhältnismäßig wenige; nur 14 Prozent der 130 Millionen des russischen Reichs leben in Städten. Das Landvolk lieferte bisher noch genügend Truppen, die Insurrektion der Städte, wenn auch nicht völlig niederzuschlagen, so doch am Siege zu verhindern. Woher dagegen Soldaten nehmen, um die ungeheure Menge der Bauernschaft niederzuhalten? Sehen die Bauern aber erst, daß sie straflos sich empören können, dann flammt der Aufstand leicht lichterloh auf. An Brennstoff fehlt's nirgends.

So dürfen wir erwarten, daß zu den ständigen Unruhen der Städte sich in wenigen Wochen oder Monaten ausgedehnte Unruhen auf dem Lande gesellen, wenn nicht rechtzeitig eine parlamentarische Verfassung mit einem Rucke alles Drängen und Streben der aufkommenden und der leidenden Klassen der Nation in neue Formen der Betätigung drängt. Der „Semstwo-Mann" weiß ganz gut, warum er gerade jetzt so dringend in Liberalismus macht. Sind einmal die Bauern aufgestanden, dann nützen ihm alle Forderungen einer Repräsentativverfassung nichts mehr.

Weit entfernt aber, die Sache der Revolution zu gefährden, muß die Empörung der Bauern sie fördern.

Es war von vornherein nicht zu erwarten, daß die Insurrektionen der städtischen Arbeiter sofort die Autokratie über den Haufen rennen würden. Dieser stehen alle Mittel der modernen Kriegstechnik zu Gebote und gegen die kommt man auch mit Revolvern und Handgranaten nicht auf. Der Sturm auf die Bastille, die Tage des Februar und März 1848 wiederholen sich nicht mehr. Ein modernes, das heißt über alle Machtmittel des modernen Staates verfügendes Regime kann heute nur noch dadurch gewaltsam gestürzt werden, daß man ihm seine Lebensquellen abschneidet und so seine Machtmittel schließlich zum Versagen bringt; daß man seinen Kredit erschüttert, seine Steuereingänge hindert, Militär und Bureaukratie ermüdet, erschöpft, ihr Mißvergnügen hervorruft und endlich Verwirrung und Kopflosigkeit in den Zentralstellen der Regierung aufs höchste steigert. Das ist ein langwieriger Prozeß, in dem schließlich derjenige Faktor siegt, der sich als der zäheste, unermüdlichste und ausdauerndste erweist. Die jetzigen Unruhen sind nur der Ausgangspunkt der Bewegung, aber siegen kann diese nur, wenn sie nicht schon ihren Höhepunkt bedeuten, wenn nach kurzem Zurückebben von neuem sich die Flut wieder erhebt, immer gewaltiger aufgepeitscht durch das Elend, das der Krieg, die Geschäftsstockung immer wieder von neuem erzeugt, durch das Elend, das die blutige Reaktion dazu gesellt. Jede Fortführung des Krieges muß zur Fortführung des revolutionären Stadiums führen, aber andererseits bedeutet der Friede heute einen schimpflichen Frieden, bedeutet die Empörung der Feldarmee, die nutzlos und zwecklos mehr als ein Jahr lang das Äußerste erduldete, um gedemütigt heimzukehren. Die Fortsetzung des Krieges wie der Abschluß des Friedens bedrohen den Zaris-

mus in gleicher Weise — er hat aber nur noch die Wahl zwischen der Scylla und der Charybdis.

Die Lahmlegung der Regierung muß aber durch eine Empörung der Bauernschaft erheblich gefördert werden. Für sich allein kann allerdings die Bauernschaft nie ein modernes Regime gefährden; ganz anders jedoch, wenn eine ländliche Revolte sich gegen eine Regierung wendet, die sich in den Städten nur noch mit Mühe behauptet. Die städtische Revolution wird dadurch unwiderstehlich. Der Gedanke, die Regierung des Zaren könnte sich mit der bäuerlichen Revolution verbünden, um die städtische Revolution niederzuwerfen, ist absurd. Was die Bauern fordern — Land, Getreide, Vieh —, finden sie nicht in der Stadt, sie finden es nur beim großen Grundbesitz. Der Zar ist aber der größte Grundbesitzer im Reiche; jede Plünderung des großen Grundbesitzes bedroht auch *seinen* Besitz. Die kaiserliche Familie besitzt (nach Professor Masaryk in der „Frankfurter Zeitung") 325 Schlösser. Der Zar hat den Bauern nichts zu geben, nur zu nehmen: ihre Söhne für den Kriegsdienst, ihr Geld für den Fiskus.

Ganz anders die städtische Revolution.

Wohl ist die Stellung der Sozialisten zu den Bauern noch überall, auch in Rußland, eine vielumstrittene. Der Bauer ist eine viel zu starke Bevölkerungsschicht, als daß nicht jede demokratische Partei mit ihr rechnen müßte; alle Versuche aber, die bäuerliche Wirtschaft, wie sie ist, in den Rahmen einer sozialistischen Produktionsweise als dauerndes Glied einzuverleiben, führen auf Abwege und zu Monstrositäten.

Indes handelt es sich heute in Rußland zunächst nicht um eine *soziale* Revolution, nicht um die Eroberung der politischen Macht durch eine der unteren Klassen der Gesellschaft zur Anbahnung einer *neuen* Produktionsweise, sondern um eine *politische* Revolution, um die Hinwegräumung der politischen Hindernisse, die das freie Funktionieren der schon *bestehenden* Produktionsweise hindern.

Die historische Rolle des industriellen, sozialistischen Proletariats in dieser Revolution besteht nicht darin, die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft zu legen, sondern darin, rücksichtsloser, „radikaler" als alle anderen Klassen die Interessen der *Demokratie*, zunächst noch auf der Grundlage der heutigen Gesellschaft, zu verfechten.

Gerade diese Rücksichtslosigkeit, dieser Radikalismus aber ist es, wodurch das Proletariat der städtischen Revolution, wenn sie zum Siege gelangt, der bäuerlichen Masse erhebliche Erleichterungen ihrer Existenz bringen kann und wird.

In dem Verhältnis zwischen Bauer und Großgrundbesitzer dürfte die revolutionäre städtische Bewegung neutral bleiben. Sie hat keine Ursache, sich zwischen die Bauern und den Grundbesitzer zu stellen, die Schutztruppe für diesen gegen jene zu bilden; ihre Sympathien sind vollständig auf Seite des Bauern. Aber sie hat auch nicht die Aufgabe, die Bauern gegen die Gutsherren zu hetzen, die heute in Rußland eine ganz andere Rolle spielen, als etwa der Feudaladel des ancien régime in Frankreich. Übrigens würden die städtischen Revolutionäre, selbst wenn sie wollten, auf das Verhältnis zwischen Grundbesitz und Bauern sehr wenig Einfluß haben. Das machen die untereinander aus.

Aber der Bauer steht nicht bloß in einem Verhältnis zum großen Grundbesitz, sondern auch zum Staate. Und hier begegnen sich seine Interessen mit

denen der städtischen Revolution und stehen denen der Regierung diametral entgegen.

Die städtische Revolution verlangt das Aufhören des Krieges, das Aufhören des stehenden Heeres, dessen Ersetzung durch die Volksbewaffnung. Die Verweigerung des Kriegsdienstes dürfte eine der ersten Handlungen der empörten Bauern sein. Nie konnte die Forderung der Aufhebung des stehenden Heeres populärer sein als jetzt, wo Rußland von keiner Seite bedroht ist, das Heer bloß dazu dient, das eigene Volk niederzukartätschen und einen ebenso ruhmlosen wie verderblichen und durch nichts gerechtfertigten Expansionskrieg zu führen.

Die städtische Revolution verlangt aber auch die Aufhebung der das Volk bedrückenden Steuern und ihre Ersetzung durch eine progressive Einkommensteuer, die die kleinen Einkommen steuerfrei läßt. Keine Klasse würde bei der Durchführung dieser Forderung mehr gewinnen als der Bauer, der in Rußland unter der Steuerlast weit mehr leidet, durch sie weit mehr verelendet und ruiniert wird als der westeuropäische Bauer, und für den diese Forderung gleichbedeutend wäre — bei seinem geringen Einkommen — mit Aufhebung jeglicher Steuer.

Das wären zwei Forderungen, die allein schon genügen könnten, den russischen Bauern ebenso mächtig wie die Aufhebung der feudalen Lasten 1789 den französischen Bauern an die Sache der Revolution zu fesseln.

Allerdings sind das zwei Forderungen, zu denen sich die „liberalen Semstwo-Männer“ nicht erheben werden. Nur das revolutionäre Proletariat besitzt die Rücksichtslosigkeit und Kühnheit, sie zu stellen, und insofern kann man allerdings sagen, daß nur das Industrieproletariat imstande ist, die Revolution zu „retten“, das heißt die Bauern zu ihren Verfechtern zu machen.

Aber die städtische Revolution dürfte noch weiter gehen. Ist sie auch noch nicht eine sozialistische, so doch eine proletarische, eine solche, die verlangt, daß der Staat alles tut, was in seinen Kräften steht, dem materiellen und intellektuellen Elend der unteren Volksklassen abzuhelfen. Dazu ist jedoch in der kapitalistischen Gesellschaft Geld notwendig, viel Geld, und woher das nehmen, wenn alle das Volk bedrückenden Steuern wegfallen und nur eine progressive Einkommensteuer auf die größeren Einkommen an deren Stelle tritt? Ein Regime der „liberalen Semstwo-Männer“ müßte an dieser Schwierigkeit scheitern: die proletarische Revolution dagegen würde nicht Halt machen vor den Schranken, vor denen die Liberalen zurückscheuen; sie würde die Konfiskation des Vermögens der gesamten kaiserlichen Familie, sowie der Kirchen und Klöster aussprechen und damit einen reichen Schatz gewinnen, das Kulturniveau Rußlands, des bäuerlichen wie des proletarischen, mit einem Schlage enorm zu steigern. Allein an Grundeigentum besitzt die kaiserliche Familie acht Millionen Hektar, besitzen die Klöster und Kirchen ungefähr ebensoviel, zusammen soviel wie das gesamte Ackerland des Königreichs Preußen ausmacht[1]. Ihr mobiler Besitz wird dementsprechend groß sein. Was ließe sich mit diesen kolossalen Mitteln leisten, wie viele Schulen, Spitäler aus ihrem Erlöse bauen, wie-

[1] Nach dem Bericht Drages über Rußland in der englischen Enquete über Arbeiterverhältnisse (London 1894) beträgt das Land der Krone 7 367 740 Deßjätinen = rund 8 100 000 Hektar, das der Kirchen, Klöster und Städte 8 572 622 Deßjätinen = rund 9 500 000 Hektar. Der Besitz der Städte ist unbedeutend. Diese Zahlen gelten bloß für das eigentliche europäische Rußland ohne Polen, Finland und das Gebiet der Donschen Kosaken.

viel Vieh und Ackerwerkzeug an die Bauern verteilen usw! Übrigens dürfte es eine siegreiche Revolution auch keine übermäßige Überwindung kosten, die großen Latifundien der schlimmsten Gegner der Revolution ebenfalls für die Verbesserung der proletarischen und bäuerlichen Verhältnisse anzuwenden.

Man sieht, die Revolution hat den Bauern weit mehr zu bieten als der Zar. Kommt es zu einer Erhebung der Bauernschaft, worauf alle Anzeichen hindeuten, dann hat also die Revolution dabei nichts zu befürchten, wohl aber der Zar, dem sie nicht bloß die Krone, sondern, was für ihn noch schmerzlicher wäre, auch seine Schätze kosten würde.

Der revolutionäre Proletarier der Stadt dagegen begrüßt im Bauern seinen besten Bundesgenossen. Sollte die „herrschende Clique" wirklich wahnwitzig genug sein, selbst die Bauern zu einer Erhebung aufwiegeln zu wollen, dann würde sie dabei noch ganz andere Erfahrungen machen als mit den Gapons und mit den Subatoffschen Arbeiterorganisationen.

Also nur zu, meine Herren!

Friedrich Leßner.

In der vorigen Nummer der „Neuen Zeit" hatten wir die traurige Pflicht zu erfüllen, einem Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung, der kurz vor Ablauf seines achtzigsten Lebensjahres gestorben war, ein Wort des Abschieds nachzurufen. In der heutigen Nummer dürfen wir einer erfreulicheren Pflicht nachkommen und einem anderen Veteranen des kämpfenden Proletariats unsere herzlichen Glückwünsche zu seinem achtzigsten Geburtstag senden.

Friedrich Leßner wurde am 27. Februar 1825 in Blankenhain im Großherzogtum Sachsen-Weimar geboren. Er lernte das Schneiderhandwerk und wanderte Ende März 1847 nach London aus. Dort trat er dem kommunistischen Arbeiterbildungsverein und dem geheimen Bunde der Gerechten bei. Er hat mitgetagt, als am Ende desselben Jahres Marx und Engels diesem Bunde den Entwurf des Kommunistischen Manifestes als neues Programm vorlegten und in zehntägigen Debatten gegen alle Einwürfe verteidigten; er hat den Bund der Gerechten in den Bund der Kommunisten umwandeln helfen, und als der Eifrigsten einer die Propaganda für die Ziele des Bundes betrieben, solange es dafür auch nur noch eine entfernte Möglichkeit gab.

So ging er nach Ausbruch der Märzrevolution mit Marx und Engels nach Köln, dann als die „Neue Rheinische Zeitung" unterdrückt wurde, mit Schapper nach Wiesbaden, und als ihn im Juni 1850 von hier ein polizeilicher Ausweisungsbefehl vertrieb, nach Mainz, immer in unermüdlicher Agitation für die kommunistische Sache. Im Oktober 1850 wohnte er einem Kreistag des Bundes in Frankfurt a. M. bei und wurde von ihm nach Nürnberg gesandt, um die dortige Bundesgemeinde zu reorganisieren. Er hatte nur geringen Erfolg und kehrte etwas enttäuscht nach Mainz zurück, um in alter Weise fortzuwirken. Doch auch hier waren ihm die Verfolger nun bald auf den Fersen; im Juni 1851 wurde er verhaftet, wenige Wochen nachdem durch die Verhaftung Nothjungs in Leipzig die Polizei auf die Spur des Kommunistenbundes gekommen war. Man machte ihm erst den Prozeß und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis, weil er aus triftigen Gründen das Wanderbuch eines Kollegen für sich gebraucht hatte, verwickelte ihn dann

aber in den berüchtigten Kommunistenprozeß, durch den sich die preußische Regierung für immer mit unauslöschlicher Schmach bedeckt hat.

Noch ist unter den reichhaltigen archivalischen Sammlungen unseres Freundes Motteler das vergilbte Original der Anklageschrift gegen Leßner vorhanden. Sein Äußeres wird hier geschildert: 65½ Zoll (hessisch) groß, von mittlerer Statur, ovale Gesichtsbildung und dunkelbraunen Haaren und Augenbrauen, hoher Stirn, braunen Augen, großer Nase, proportioniertem Munde, starken Zähnen, ovalem Kinn, mit einer kleinen Narbe über dem rechten Auge auf der Stirn". Die Anklage gegen ihn aber ging dahin, „im Laufe der Jahre 1848 bis 1851 zu Köln in Verbindung mit mehreren Personen ein Komplott gebildet zu haben, dessen Zweck war, die Staatsverfassung umzustürzen und die Bürger und Einwohner gegen die königliche Gewalt und gegen einander zur Erregung eines Klassenkrieges zu bewaffnen." Was zur Begründung dieser schweren Anklage angeführt wurde, lief auf ähnlichen Lug und Trug hinaus, wie bei den anderen Angeklagten; ein Hauptbelastungsmoment war, daß bei Leßners Verhaftung in Mainz „eine förmliche kommunistische Bibliothek" in seiner Wohnung vorgefunden worden war.

Nach einer qualvollen Untersuchungshaft hat dann Leßner die sechswöchigen Verhandlungen vor den Kölner Geschworenen mitgemacht, mit all den dramatischen Zwischenfällen, die durch Stiebers infames Meineidssystem herbeigeführt wurde. Am 12. November 1852 wurde er zu dreijähriger Festungsstrafe verurteilt, die er in Graudenz und Silberberg verbüßte. Während seiner Haft erschien das schwarze Buch der Polizei, das von den Polizeihallunken Wermuth und Stieber herausgegeben wurde und auch für Leßner einen ehrenvollen Artikel enthielt, der mit den Worten schloß: „Bemerkenswert ist noch, daß bei ihm, als er in Mainz verhaftet wurde, die größte bisher vorgekommene Sammlung kommunistischer und sonst aufrührerischer Druckschriften gefunden wurde. Der Untersuchungsrichter schildert ihn als ein nichtswürdiges Subjekt, das ohne alle Bildung ist, aber große Zungenfertigkeit besitzt, durch welche er sich besonders in Wirtshäusern und sonstigen Versammlungsorten des Proletariats Geltung zu verschaffen gewußt hat." Vielleicht ist diese entsetzenerregende Schilderung insofern zu Leßners Heil gewesen, als er durch „gnädigste Entschließung" des Großherzogs von Weimar von der nachträglichen Ableistung seiner Militärpflicht entbunden wurde. Diesen hochherzigen Entschluß, den der Weimarische Staatsminister v. Watzdorf am 17. Oktober 1855 der königlich preußischen Festungskommandantur zu Silberberg mitteilte — eine amtlich beglaubigte Abschrift davon ist ebenfalls unter Freund Mottelers Papieren vorhanden —, scheint durch die Sorge hervorgerufen worden zu sein, daß ein so unheimlicher und zungenfertiger Hochverräter am Ende die Großherzoglich Weimarische Kriegsphalanx sprengen könne.

So ist denn Leßner, sobald er aus der Festung entlassen war, nach London zurückgekehrt, um wieder in engsten Verkehr mit Marx, und später, als Engels nach London übersiedelte, auch mit diesem zu treten. Erst der Tod hat das Band der Freundschaft gelöst, das ihn mit beiden verknüpfte, und heute noch hängt Leßner mit der treuesten Dankbarkeit an diesen Männern, die ihm so unendlich viel gewesen sind. Allein auch er ist ihnen ein treuer Berater gewesen, einer von jenen Arbeitern, die sie in beständiger Fühlung mit dem Denken und Empfinden der proletarischen Massen hielten. Es ist klar und von Marx und Engels auch oft hervorgehoben worden, daß sie ohne solche

zühlung das, was sie für die Arbeiterklasse geleistet haben, doch nicht hätten eisten können.

Besonders einflußreich und notwendig wurde diese Tätigkeit Leßners in en Tagen der Internationalen, deren Kriegsjahre er von Anfang bis zu ɔnde ebenso getreulich in der vordersten Reihe mitgekämpft hat, wie die Kriegsjahre des Kommunistenbundes. Er ist von ihrer Gründung im Jahre 1864 is zum Haager Kongreß im Jahre 1872, der zwar noch nicht formell, aber ıtsächlich ihr Ende war, Mitglied des Generalrats und meist auch Teilnehmer)rer Kongresse gewesen, wo es seine Aufgabe war, in dem manchmal noch twas babylonischen Gedankenwirrwarr die klare Auffassung des kommunistischen Prinzips zu vertreten, die ihm schon seit den Tagen des Kommunistischen Manifestes in Fleisch und Blut übergegangen war.

In seinen achtzig Lebensjahren hat Genosse Leßner keine irdischen Schätze ımmeln können, und es mögen nicht viele Jahre darunter sein, in denen die Sorge um die tägliche Nahrung und Notdurft nicht an seine Türe geklopft at. Aber fast sechzig davon hat er dem Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse widmen können und dies Bewußtsein darf ihn bei all der Bescheidenheit, die ihm eigen ist, an seinem Ehrentage doch mit stolzer Genugtuung erfüllen. Es ist ein beneidenswertes Los, und er hat es sich in unermüdlicher Arbeit redlich verdient.

Wir sind sicher, daß der Gruß, den wir dem an Kampf- und wohl auch n Lebensjahren ältesten Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung zu seinem chtzigsten Geburtstag senden, in ihren Reihen einen lebhaften Widerhall nden wird. F. M.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland.

Von **N. Riasanoff.**

(Fortsetzung.)

III.

Aber wenn wir auch, wie es P. Struve tut, annehmen wollten, daß „die auern weder in der Kiewer noch in der Moskauer Periode der russischen eschichte ihr Land besessen, sondern stets das Land fremder Privateigentümer oer der Fürsten bearbeitet haben", so kann man doch nicht von den materiellen pfern, die der Adel bei der Befreiung gebracht haben soll, sprechen, wenn an nicht den Verkauf eines Gegenstandes für eine Summe, die seinen wirkchen Wert fast um das Doppelte übersteigt, als ein „Opfer" betrachten will.

Und ein solches „Opfer" war die berüchtigte Ablösungsoperation. Die Ablösung konnte, auch beim ausdrücklichen Wunsche des Bauern, nur mit Einilligung des Gutsbesitzers stattfinden, die Grundbesitzer konnten aber die Ablösung auch ohne das Einverständnis der Bauern fordern, das heißt also dort, o es ihnen aus irgendeinem Grunde von Vorteil war. Um auch den Krepostniki" (Anhängern der Leibeigenschaft) es möglich zu machen, „materielle Opfer" zu bringen, mußte man die Ablösungsoperation so gestalten, daß sie en „Eigentümer" nicht nur für die ihm verloren gehende Person des Leibgenen entschädigte, sondern auch für das Land, das er dem Bauer „zuteilte". nd lange zerbrachen sich unsere „redlichen und unbestechlichen" Liberalen, die le entschiedene Anhänger der Idee der Ablösung waren, den Kopf, bis sie nen Ausweg fanden, der ihnen die Möglichkeit gab, „die Keuschheit zu be-

wahren und dennoch Geld beiseite zu legen", wie es in dem klassisch gewordenen Ausspruch Schtschedrins heißt.

Worin bestand nun dieser Ausweg? Bekanntlich ist für die „Revisionsseele" ein Maximal- und ein Minimallandanteil festgesetzt worden, wobei das Maximum das Dreifache des Minimums beträgt. Dort, wo die Bauern vor der Befreiung ein größeres Stück Land in Bearbeitung hatten, als dem Maximalanteil entspricht, wurden Kürzungen zugunsten des Grundherrn vorgenommen. Auf den großen Gütern, das heißt auf dem Besitz des einflußreichsten Teiles des Adels, dem der größte Teil der Leibeigenen gehörte, erhielten die Bauern einen Anteil, der dem festgesetzten Minimum fast gleichkam.

Für den erhaltenen Anteil mußten die Bauern entsprechende Leistungen zugunsten der Gutsbesitzer, den sogenannten „Obrok", entrichten. Dem Maximalanteil entsprach in jeder der vom Gesetz dafür festgestellten Zonen auch der maximale Pachtsatz, zum Beispiel auf den Gütern, die nicht mehr als 25 Werst von Petersburg entfernt waren, 12 Rubel für den Maximalanteil, in den Gouvernements Moskau, Jaroslaw usw. 10 Rubel. War aber der Anteil kleiner als der Maximalsatz, so wurde die Pacht nach folgendem Satze berechnet. Sie verringerte sich nicht proportionell der Verkleinerung des Landanteils, sondern nach folgendem Schema: In dem außerhalb der Schwarzerde liegenden Gebiet wurden für die erste Deßjätine bei dem 12 Rubel-Satz 6 Rubel, das heißt die Hälfte des ganzen Satzes, gerechnet. Für die zweite Deßjätine wurde ein Viertel des Maximalsatzes gerechnet, das heißt in unserem Falle 3 Rubel, und der noch übrig bleibende vierte Teil des Pachtsatzes wurde auf die übrigen Deßjätinen des Anteils verteilt. Auf diese Weise fielen schon auf die ersten 2 Deßjätinen drei Viertel des ganzen Pachtsatzes und folglich bei der Ablösung auch drei Viertel aller Ablösungszahlungen. Es ist klar, daß dieser Modus der Berechnung der Ablösungszahlungen ausgedacht wurde, um die Bauern des außerhalb der Schwarzerde liegenden Rayons, wo die Pachtzahlung oft gar nicht aus dem Ertrag des Ackerbaus, sondern von anderen Gewerben bezahlt wurde, zu verhindern, auf einen Teil ihres Landteiles einfach zu verzichten. Hat der Bauer einmal die erste Deßjätine genommen, so hatte es schon für ihn keinen Sinn, auf die übrigen zu verzichten, da er ja für die erste nicht weniger als die Hälfte zahlen mußte. Dieser Modus kam den Gutsbesitzern des Schwarzerderayons zugute, die ihn freudig begrüßten. Denn sie erhielten ja, im Gegensatz zu den Gutsbesitzern der anderen Rayons, eine Belohnung für ungenügende Zuteilung von Land an ihre Bauern.

Das bemerkenswerteste ist, daß nicht die „Krepostniki", nicht die „Anhänger der Leibeigenschaft", dieses Schema ersannen, sondern die „klugen und gebildeten, redlichen und unbestechlichen" Liberalen aus dem Gouvernement Twer. Sie waren es, die das Mittel fanden, alle Befürchtungen der „Krepostniki" zu verscheuchen und ihnen zu zeigen, wie weit entfernt sie vom Wunsche waren, die „Gutsbesitzer zu berauben". Um das zu beweisen, wollen wir bloß ihren Führer, Unkowsky, hören, der, nach dem Ausspruch Djanschiews, „in ganz Rußland den wohlverdienten Ruf genoß, den ihm seine ehrliche, tapfere und edle Arbeit für das Volk verschaffte".

„Als nun die Frage der Festsetzung des Pachtsatzes, mithin auch seiner Kapitalisierung bei der Ablösung, gelöst werden sollte, blieben wir alle verblüfft stehen. Die Gegner der Befreiung wollten einen Kataster herstellen, was die Sache auf mehrere Jahre verzögert hätte. Aus dieser Verlegenheit hat uns

dann Modest Worobjew herausgeholfen. Er schlug das System vor, das nicht nur von uns, sondern auch von der Regierung angenommen wurde. Die Redaktionskommissionen haben nur die Berechnung etwas abgeändert, indem sie den Pachtzins für die ersten Deßjätinen ein wenig herabsetzten und für die dritte und vierte etwas erhöhten, aber der Grundgedanke ist vom verstorbenen Worobjew zur Beschleunigung der Befreiung gegeben worden." Wir haben darüber noch das Zeugnis einer anderen Koryphäe der Liberalen aus dem Gouvernement Twer, A. Golowatschew: „Worobjew hat in der Tat vorgeschlagen, den Pachtzins für einen Anteil von 4 Deßjätinen auf 9 Rubel festzusetzen, indem für die erste Deßjätine der größte Teil dieser Summe und für die zweite, dritte und vierte die kleinere angesetzt werden sollte." Braucht man sich dann zu verwundern, daß nach diesem Vorschlag die Majorität und Minorität des Komitees für das Gouvernement Twer, die Liberalen und ihre Gegner, „die Krepostniki", zu einem so rührenden Einverständnis über die Leistungen der Bauern gelangten?

Die russischen Bauern haben es also gerade „den klugen und gebildeten, ehrlichen und unbestechlichen" Liberalen aus Twer zu verdanken, wenn die Ablösungssummen so hoch festgesetzt wurden, daß sie in gar keinem Verhältnis zu den Erträgen des den Bauern zugewiesenen Landes standen, wie es schon so ausführlich vom verstorbenen Jansson nachgewiesen wurde. So betrugen im Gouvernement Nowgorod die Pachtzahlungen bei dem Maximalanteil 180 bis 210 Prozent des Ertrags, bei den Minimalanteilen 275 bis 365 Prozent desselben, im Gouvernement Moskau 205 Prozent, im erzliberalen Gouvernement Twer 252, in Smolensk 220, Kostroma 240, Pskow 213, Wladimir 276, Wjatka 200 Prozent.

Dann aber, dank der Aktion der „Narodnaja Wolja", entschloß sich endlich die Regierung durch das Gesetz vom 28. Dezember 1881, diese ganz ungeheure Last zu ermäßigen, die obligatorische Ablösung anzuordnen und der formellen Leibeigenschaft, die noch in der Form des Verhältnisses der „zeitweilig Verpflichteten" fortbestanden hatte, ein Ende zu setzen. Dasselbe Resultat bewirkte schon früher in den westlichen und südwestlichen Gouvernements der polnische Aufstand im Jahre 1863.

Wieviel Geld haben nun die Gutsbesitzer für das Land bekommen, das ihnen nie gehörte? Nicht weniger als eine Milliarde Rubel, denn nur vom Jahre 1862 bis zum 1. Januar 1894 flossen in die Taschen der „großmütigen" Besitzer 895 879 473 Rubel. Und der „Zar-Befreier" hat durchaus die Wahrheit gesagt, als er in der Sitzung des Reichsrats am 28. Januar 1861 aussprach, daß „alles, was zur Wahrung der Rechte der Gutsbesitzer vorgenommen werden konnte, ausgeführt würde". Allerdings wurde ihm bewiesen, daß man noch mehr tun kann: der Reichsrat setzte in vielen Gegenden den Maximalanteil herunter und führte den „Bettelanteil" ein.

Das alles — die versteckte Zahlung für die Person des Bauern, der Schenkungs- oder Bettelanteil, die ungeheuren Ablösungszahlungen, die bedeutenden Kürzungen der Anteile, die schon während der Leibeigenschaft in der Benutzung der Bauern gewesen waren, die Aufrechterhaltung der Leibeigenschaft während der zwei Jahre, in denen das Verhältnis zwischen den Bauern und Gutsbesitzern geregelt wurde, ihre Verlängerung auf eine unbestimmte Zeit in der Form der „zeitweiligen Verpflichtung", der fast vollständige Verlust aller Weidefelder und Wälder — erklärte zur Genüge, warum die Verwirklichung

des Gesetzes vom 19. Februar 1861 so viele „Mißverständnisse" oder, wenn man sich weniger offiziell ausdrückt, so viele Bauernunruhen hervorrief. Wie sich ein mir bekannter Bauer äußerte, gab man den Bauern nicht Freiheit, sondern Sand, Knutenhiebe und Kugeln.

Und wenn sich das russische Emanzipationswerk durch etwas von dem der westeuropäischen Länder unterschied, so ist es nur durch den großen Umfang, den die Expropriierung der Bauernschaft erreicht hat und durch die freche Heuchelei, die einen Akt des unverschämtesten Raubes durch die Phraseologie eines billigeren Liberalismus zu verschleiern suchte.

Das juristisch formell, wenn auch nicht vollständig befreite, ökonomisch aber entwaffnete Bauerntum wurde der Willkür der Gutsbesitzer preisgegeben. Schon nach dem Verlauf von zehn Jahren mußte die Steuerkommission die vollständige Erschöpfung des Bauernstandes konstatieren, und nach fünfzehn Jahren entwarf der Arbeiter Peter Alexejew[1] folgendes Bild des Zustandes der Bauern: „Wenn wir einen Blick zurückwerfen, so müssen wir vollkommen enttäuscht sein, und wenn wir dabei an den unvergeßlichen Tag denken, an dem das russische Volk mit weitgeöffneten Armen, voll Freude und Hoffnung auf eine bessere Zukunft, den Zaren und die Regierung segnete, an den 19. Februar, so entsteht die Frage: Was nun? Es war bloß ein schöner Traum für uns! Diese Bauernreform vom 19. Februar 1861, die ‚geschenkt wurde', wenn sie auch erzwungen war, befriedigt auch nicht die geringsten Forderungen des Bauern. Wir haben, wie bisher, keinen Bissen Brot, besitzen Stücke von Land, die zu nichts taugen, und sind nun in die Abhängigkeit von Kapitalisten geraten."

IV.

„Geschenkt, wenn auch erzwungen!" Alexejew hatte recht: die Reform des 19. Februar war eine historische Notwendigkeit, und sie ist nur darum „geschenkt" worden, weil den herrschenden Klassen kein anderer Ausweg blieb.

Ebenso wie in Westeuropa, wie neuerdings auch in Japan wurde die Abschaffung der Leibeigenschaft auch in Rußland durch eine gründliche Änderung der sozialökonomischen Verhältnisse bedingt. Die Naturalwirtschaft wich immer mehr der Geldwirtschaft, die einfache Warenproduktion wurde immer mehr durch die kapitalistische Warenproduktion ersetzt, das Mehrprodukt nahm immer mehr die Form des Mehrwertes an. Die Leibeigenschaft mit den für sie charakteristischen Fronverhältnissen wird allmählich durch eine sozialökonomische Schichtung ersetzt, die die Vorgängerin des Kapitalismus mit seiner Ausbeutung des „freien" Arbeiters ist: es entwickelt sich schnell „ein Kapitalismus mit einer Frongrundlage".

Es ändert sich auch der Charakter der Rolle Rußlands im auswärtigen Handel. Die von ihm auf den Weltmarkt geworfenen Waren werden mehr und mehr „produzierte Waren". Das sind nicht mehr die alten Produkte des „Überflusses", die nur deswegen zu Waren werden, weil sie in den Handel hineingeraten. Das Siegel „Zum Verkauf produziert" wird ihnen schon in ihrer Heimat aufgesetzt. Bekanntlich ist gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts auf dem Weltmarkt eine große Änderung zu konstatieren. Der kapitalistische Warenumsatz, der sich aus dem „einfachen Warenaustausch" innerhalb jedes einzelnen Landes entwickelt, fängt an, auch auf dem internationalen

[1] Aus seiner Rede bei dem Moskauer Prozeß der „50" im Jahre 1877.

Markte zu herrschen. Der letztere ändert sich nicht nur quantitativ, sondern uch qualitativ. Die „edlen" Waren, die bis dahin unumschränkt geherrscht aben, gehen immer mehr in den „plebejischen" unter, die die Sammelbecken es Weltmarktes füllen. Das an der Spitze dieser Entwicklung marschierende ngland verwandelt sich immer mehr in eine Fabrik, die alles mögliche Rohaterial verarbeitet. Rußland, das einst Pelzwaren, Wachs und Honig exortierte, das in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts Hanf, Felle, olz und Schmalz ausführte, liefert in der ersten Hälfte des neunzehnten ahrhunderts zuerst Weizen, darauf Hafer. Die Handelsinteressen Rußlands s eines Landes, das Rohmaterialien exportierte, und zwar hauptsächlich nach ngland, zwangen es schon 1810, das Kontinentalsystem nicht anzuerkennen. iefer Gegensatz zu Napoleon war eine der Hauptursachen des Krieges im ahre 1812, und schon Ricardo konnte in seiner Polemik mit den englischen lgrariern" darauf hinweisen, daß der Getreideexport für Rußland zur ökoomischen Notwendigkeit geworden sei. In den dreißiger und vierziger Jahren ngt Rußland an, Deutschland auf dem englischen Markte zu verdrängen, und ird zum Hauptkonkurrenten Ungarns. In der „Kritik der politischen Ökonomie" gt Marx, daß die gestiegene Einfuhr russischen Getreides nach England in n Jahren 1838 bis 1842 darauf schließen läßt, daß die russischen Gutsbesitzer m ausgezeichnet verstehen, was das Geld eigentlich ist.

Ebenso schnell wuchs der innere Handel. Der Umsatz der beiden größten essen, der von Nishnij-Nowgorod und von Irbit, nahm gegen die Mitte des unzehnten Jahrhunderts einen ungeheuren Umfang an.

So wurden auf die Messe in Nishnij:

n Jahre 1840	gebracht Waren	für	47 265 000	Rubel, verkauft	für	38 829 000 Rubel
1841 bis 1850	"	"	52 762 000	"	"	44 504 000 "
1851 " 1860	"	"	77 511 000	"	"	69 783 000 "

Die Getreidepreise erreichen, wenn sie auch an verschiedenen Stellen des iches ganz bedeutend schwanken, einen viel konstanteren Durchschnittswert s im achtzehnten Jahrhundert.

Auch die Industrie im engeren Sinne des Wortes entwickelt sich. Wenn Jahre 1765 bloß 262 Fabriken mit 37 862 Arbeitern gezählt wurden, so stierten im Jahre 1826 schon 5261 mit 202 000 Arbeitern und im Jahre 1854 44 mit 459 637. Schon 1804 waren von 95 202 Arbeitern 45 624 Lohneiter. Mit der Steigerung des Flachsexportes fängt die Baumwollindustrie sich stark zu entwickeln. Es wurden im Jahrzehnt 1801/1810 im Durchitt 23 900 Pud Baumwolle jährlich eingeführt, 1821/1830 85 300 Pud, 41/1850 321 500 Pud und 1851/1860 2 143 500 Pud. 1829 fand die erste sische Textilwarenausstellung statt, und 1851 nahm Rußland teil an der en Weltausstellung in London. Endlich erhält Rußland im Jahre 1857 ie kapitalistische „Feuertaufe". Während es von der Krise der vierziger hre nur sehr schwach berührt wurde, waren die Folgen der Weltkrise der fziger Jahre in Rußland sehr deutlich wahrnehmbar.

Diese tiefen Veränderungen im sozialökonomischen Bau des Landes hatten erseits nicht weniger tiefe Veränderungen in der Klassenstruktur der ganzen ellschaft zur Folge. Es bildete sich eine neue Klasse von industriellen Untermern, für die die Leibeigenschaft zur unerträglichen Last wurde. Die Fabriken Gutsbesitzer sind der Konkurrenz der mit Lohnarbeitern produzierenden

nicht gewachsen und fangen gegen die vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts an, ihre Tätigkeit einzustellen. Nicht besser stand es mit den industriellen Unternehmungen der Regierung, den sogenannten „Possessionsfabriken“. Durch die Netze der bureaukratischen Reglementierung unterbunden, in der „freien“ Verfügung über die Arbeitskräfte gehemmt, verlieren diese Fabriken immer mehr an Wert. Dagegen entwickeln sich die mit gemischter Arbeit operierenden industriellen Etablissements immer mehr, und gleichzeitig wächst auch die Zahl der Lohnarbeiter. Die Regierung fängt an, für die Interessen des Handels und der Industrie zu „sorgen“. In der schon zitierten Rede sagt Kaiser Nikolaus I.: „Die Leibeigenschaft ist die Ursache davon, daß wir weder Handel noch Industrie haben.“ In den Werken der Slawophilen wiederholt sich immer wieder das Leitmotiv: „Die Leibeigenschaft hemmt die Unternehmungslust, hindert den Kapitalsumsatz usw.“

Noch tiefere Veränderungen rief diese ökonomische Entwicklung in der herrschenden Klasse, im Adel, hervor. Je tiefer sich die Kategorie des Tauschwertes in die alten Fronverhältnisse hineindrängt, je schneller die alte, auf der Leibeigenschaft beruhende Wirtschaftsordnung durch die kapitalistische mit der Fronarbeit als Grundlage ersetzt wird, desto mehr verwandelt sich der alte feudale Grundbesitzer in den modernen Landwirt, desto stärker sein Geldbedürfnis. Und wenn noch zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts die Aufnahme einer Hypothek auf ein Gut als ungemein kühne und komplizierte Operation erschien, so wird sie schon in dem zweiten Viertel desselben Jahrhunderts zur allgemeinen Regel. Schon im Jahre 1843 waren in der Staatsdarlehensbank und anderen Banken 5575515 „Seelen“ männlichen Geschlechtes verpfändet, im Jahre 1852 5843765, und da es nach der neunten Revision (Volkszählung) im Jahre 1851 10708856 Leibeigene männlichen Geschlechtes gab, so waren damals also 54 Prozent aller Leibeigenen verpfändet. Am 1. Januar 1856 betrug die Zahl der Verpfändeten schon 6028794. Es ist daher verständlich, daß der Adel sich von der Notwendigkeit, die Zinsen dieser Schulden zahlen zu müssen, befreien wollte, um so mehr, da sich ihm dabei Gelegenheit bot, „ein Kapital zu erwerben, das zur Aufrechterhaltung des Besitzes (des Standes) der Gutsherren notwendig ist und ihnen die Möglichkeit geben würde, ihr Land mit Hilfe von Lohnarbeitern zu bebauen“, wie sich Unkowsky ausdrückt. Wir haben schon gesehen, wie es dem Leiter der Liberalen in Twer, der der Meinung war, „daß die Gerechtigkeit selbst verlangte, daß bei der Befreiung die Gutsbesitzer sowohl für das ihnen abgenommene Land als auch für die zu befreienden Bauern entschädigt werden müssen“, gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen und sogar die Gutsbesitzer des Schwarzerdegebiets zur Einwilligung in die Zuteilung von Land an die Bauern zu bewegen.

Der Ersatz der Natural- durch die Geldwirtschaft machte den Gutsbesitzern die Erfüllung einer ganzen Reihe von Verpflichtungen ihren Bauern gegenüber „unmöglich“. Sogar solch ein enragierter Reaktionär, wie es der Minister des Innern, Perowsky, war, schrieb in einem Gutachten im Jahre 1845: „Die Gutsbesitzer fangen selber an einzusehen, daß die Bauern ihnen eine Last sind und daß es wünschenswert wäre, dieses für beide Seiten unerquickliche Verhältnis zu lösen. Der Besitz der Bauern wurde allmählich unrentabel infolge des Mangels und der Wertsteigerung des Landes, der Unbestimmtheit, die Verpflichtungen der Bauern und der dadurch entstehenden Zwistigkeiten, der häufigen Mißernten und der schweren Pflicht, die Bauern in solchen

Fällen auf Rechnung des Gutsbesitzers ernähren zu müssen, der Sorglosigkeit des Bauern, der sich um seine Angelegenheiten gar nicht kümmert, weil er sich als Eigentum des Herrn betrachtet und den letzteren als seinen Vormund ansieht."

Eine besondere Bedeutung hatte die Preissteigerung des Landes im mittleren und südlichen Teile des Schwarzerderayons. Die Massenerzeugung am Getreide für die Zwecke der Ausfuhr sowohl als für die Spiritusbrennerei und der Rübenbau, der nach Samarin von so großer Wichtigkeit für die rechtsuferige Ukraina war, erforderte die Anwendung der freien Arbeit und bewies zweifellos ihre Vorteile. Derselbe Perowsky schreibt: „Die Versuche, das Land mit Lohnarbeitern zu bebauen, haben in den Gouvernements Saratow, Tambow, Pensa, Woronesch und anderen gezeigt, daß dort, wo kein Mangel an Menschen herrschte, der Grundbesitzer dabei vorteilhafter produzierte als derjenige, dem Leibeigene zur Verfügung standen."

Der Prozeß der Anpassung an die neuen Verhältnisse war von einer Differenzierung innerhalb des Adels selbst begleitet.[1]

Verhältnismäßig leicht ertrugen die neuen Verhältnisse die Großgrundbesitzer, schwieriger war die Lage der mittleren Landeigentümer, und am schwierigsten hatten es die kleinen Grundbesitzer. Dementsprechend war auch die Lage der Bauern nirgends so schlimm als gerade bei den letzteren. Von 106000 adeligen Kleingrundbesitzern hatten 16000 gar kein Land und besaßen bloß Bauern, die den Häusern zugeschrieben waren; 58000 besaßen durchschnittlich je 77 Revisionsseelen und 3100 je 49. Fürst Wassiltschikow, dem ich diese Ziffern entnehme, macht die sehr interessante Bemerkung: „In der letzten Zeit, in den dreißiger und vierziger Jahren, machte diese Klasse der kleinen Besitzer ungeheure Fortschritte in der Bildung, fast größere als der höchste Adel. Von den Bildungsmitteln, die in den Hauptstädten und Städten konzentriert sind, Gebrauch machend, studierten die jungen Leute an den höheren Bildungsanstalten, und aus ihren Reihen gingen allmählich Gelehrte und Schriftsteller, Künstler, Offiziere und Zivilbeamte hervor. Sie waren zwar der Abstammung nach Adelige, bildeten aber die stärkste Opposition gegen die Leibeigenschaft und gegen das aristokratische Übergewicht des Großgrundbesitzes." Aus dieser Gesellschaftsschicht gingen die radikalsten Politiker der vierziger und sechziger Jahre hervor, und sie lieferten auch das Material der späteren „büßenden Adeligen". Die gemäßigten Anhänger der Emanzipation aber gingen, wie Romanowitsch-Slawatinsky bemerkt hat, fast alle aus den Reihen des mittleren Adels hervor.[2]

---

[1] Nach den von Keppen zusammengestellten Tabellen gab es im Jahre 1834 1453 Gutsbesitzersfamilien, die mehr als 1000 Bauern besaßen. Jenen gehörten 3556959 Revisionsseelen, das heißt ungefähr ein Drittel der gesamten Zahl der Leibeigenen. Zusammen mit noch 2273 Gutsbesitzern, die 1562831 Bauern besaßen, gehörten ihnen nicht weniger als 119790 Revisionsseelen, das heißt mehr als die Hälfte aller Leibeigenen. Dann kamen noch 16740 Gutsbesitzer, die von 100 bis 500 Bauern, zusammen 3634194 Revisionsseelen, besaßen.

[2] Bei Puschkin lassen sich nicht wenige Stellen finden, die beweisen, wie groß der Interessentengegensatz in den Reihen des Adels war, besonders aber äußert er sich in der Poesie Lermontows, der in einer Atmosphäre erzogen wurde, die gesättigt von dem Hasse der vom Glücke umgangenen Geschlechter" gegen die stolzen Nachkommen der „Lakaien und kleinrussischen Kirchenchorsänger", wie Puschkin, selbst ein „Splitter erniedrigter Geschlechter", die im achtzehnten Jahrhundert, namentlich unter Katharina II., aufgekommenen Aristokraten nannte.

Auch die Geistlichkeit widerstand dem Prozeß der Zersetzung der alten sozialen Verhältnisse nicht. Besonders stark litt der niedere Klerus, namentlich die Dorfgeistlichen. Solange noch die Naturalwirtschaft herrschte, konnten die Dorfpopen, wenn sie auch „mit großen Familien gesegnet waren", irgendwie ihr Dasein fristen. Alles änderte sich aber mit der Invasion des „Feindes", des Mammons. Die überflüssigen „Genußmittel", die man vorher aus Mangel an Absatz gern Gott und seinen Dienern dargebracht hatte, wurden jetzt in Geld verwandelt, und den Dorfgeistlichen blieben bloß armselige Bissen. Sie lassen aus ihren Reihen immer mehr Proletarier hervorgehen, die die geistlichen Seminare und Akademien überfüllen und in Gestalt der „Rasnotschinetz" (Deklassierte) zusammen mit den „büßenden Edelleuten" die Hauptcadres des „intellektuellen Proletariats" ausmachen. Schon an den Bauernunruhen im Gouvernement Wologda und an ähnlichen Bewegungen am Ende des achtzehnten Jahrhunderts und im neunzehnten nahm die Dorfgeistlichkeit lebhaften Anteil auf der Seite der Bauern, und Posdejew sagt von den Dorfgeistlichen, „sie seien nichts wie Bauern, bloß könnten sie lesen".

Wir sehen, daß der Boden für „die große Reform" durchaus vorbereitet war. Aber mag eine Reform tausendmal notwendig sein, sie wird nur dann „geschenkt", wenn sie nachdrücklich und zwar sehr nachdrücklich „erzwungen" wird. Schon Radischtschew, einer der ersten Märtyrer der Volkssache in Rußland, sagte, daß das Volk die Freiheit bekommen wird, „wenn es sie fordern wird". Und wir werden gleich sehen, daß derselbe sozialökonomische Prozeß, der die Klassenschichtung der auf der Leibeigenschaft beruhenden sozialen Ordnung veränderte und verwirrte, nicht weniger stark auf das Volk wirkte und ihm den „Willen" nahelegte, die Leibeigenschaft endlich los zu werden. (Schluß folgt.)

Konsumvereinsbewegung und Sozialdemokratie.

Von **Herm. Fleißner.**

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Konsumvereinen — nur diese können von allen Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiter und die Arbeiterbewegung ernsthaft in Frage kommen — ist bis auf weiteres durch die Taktikresolution, die der Parteitag in Hannover beschloß, festgelegt. Der sich auf die Konsumvereine beziehende Absatz lautet:

„Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei."

Danach beobachtet also die sozialdemokratische Partei den Konsumvereinen gegenüber grundsätzlich wohlwollende Neutralität. Sie erkennt deren Nützlichkeit für die Arbeiterklasse, ohne ihnen eine ausschlaggebende Rolle im Befreiungskampf der Arbeiter zuzuschreiben. Die Konsumvereinsliteratur de

letzten Jahre — Bücher, Broschüren und Zeitungen — stehen zum guten Teile in bezug auf Ausdrucksweise im Zeichen des Überschwanges und der Phrase. Aus vielen Gründen kann es aber der Sozialdemokratie nicht so ganz gleichgültig sein, in welche Bahnen die schnell vor sich gehende Entwicklung des Konsumvereinswesens geleitet, beziehungsweise gedrängt wird.

Seitens vieler deutscher Konsumvereinler wird mit Pathos auf England hingewiesen, wo alle Bürger vom Arbeiter bis zum Minister einträchtig beieinander im Konsumverein wohnen. Dies ist in Deutschland noch nie eingetreten, und es wird immer unmöglicher. Der zielbewußte politische Klassenkampf der deutschen Arbeiter schlägt seine Wellen naturgemäß auch auf ihre wirtschaftlichen Organisationen. In den Augen der herrschenden Klasse werden daher die modernen Konsumvereine als „sozialdemokratische" angesehen und behandelt werden genau so wie die modernen Gewerkschaften, die sich nachgerade daran gewöhnt haben. Es ist zwecklos, wenn sich voranmarschierende Konsumgenossenschafter über solche Vorwürfe aufregen, sie als Verleumdungen usw. zurückweisen. Das wild gewordene Bürgertum kehrt sich daran nicht; es sieht nur die Tatsache, daß in Deutschland mit seiner mächtigen sozialdemokratischen Partei jede durch Arbeiter selbst wie immer erzielte Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position der Arbeiterbewegung zugute kommen muß. Je besser der klassenbewußte Arbeiter gestellt ist, desto größer seine Kraft — die geistige und materielle — im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft. Es sind übrigens nicht nur materielle und ideelle, sondern auch historische Berührungspunkte zwischen der Sozialdemokratie und der Konsumvereinsbewegung vorhanden.

In der Theorie ist die Konsumentenorganisation ein Tätigkeitsgebiet für alle Gesellschaftsklassen, an dem alle gleich interessiert sind. In der Praxis wird der Konsumverein Nennenswertes nur als Großbetrieb leisten. Sein ganzes Wesen verkörpert sich im Großbetrieb und damit in der Ausschaltung unnötiger Warenverteuerung. Wirksam durchsetzen kann er sich also nur als Massenorganisation. Die Massen aber sind die Arbeiter! Solange diese Arbeitermassen von den Konsumvereinen nichts wissen wollten, waren letztere nicht viel mehr, oft noch weniger, als bessere Krämereien. Da wurden sie auch geduldet als Veilchen, die im Verborgenen blühten. Einzelne große von bürgerlichen Elementen zusammengesetzte Konsumvereine verknöcherten; ihre Entwicklungsmöglichkeit scheiterte an den sich widerstrebenden Interessen der einzelnen Kategorien des Bürgertums. Als aber die Arbeiter den Konsumvereinen Lebensodem einbliesen, sie zu großen, musterhaften Unternehmungen machten und zu machen versuchten, da wurden sie auch sofort als sozialdemokratische Organisationen stigmatisiert. Tatsächlich haben sie ihre rapide und gesunde Entwicklung zum großen Teile der Tatsache zu danken, daß wir in Deutschland gute sozialdemokratische Organisationen, eine starke politische Arbeiterpartei hatten. Von dort hat die Konsumvereinsbewegung ihre besten leitenden Köpfe hergeholt. Die von der Sozialdemokratie produzierten Organisations- und Agitationstalente haben den Boden für die Konsumvereine bearbeitet. Und da eine eigentliche Konsumvereinsbewegung in Deutschland erst einsetzte, als die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bereits eine Massenbewegung war, so ergibt sich aus alledem ganz naturgemäß, daß sie zwar nicht von der Sozialdemokratie als Partei, aber von sozialdemokratisch denkenden Personen beeinflußt sein mußte. Daher steht auch keine der großen Parteien

den Konsumvereinen näher als die sozialdemokratische. Auch das ist ganz selbstverständlich; es kann gar nicht anders sein! In den Parlamenten wie in der Presse finden die Konsumvereine die einzige entschiedene Vertretung ihrer Interessen bei der Sozialdemokratie. Nicht aus parteitaktischen oder parteipolitischen Gründen, sondern weil die Sozialdemokratie in den Konsumvereinen einen Fortschritt im allgemeinen erblickt. Eine wirkliche, ins Große gehende und leistungsfähige Konsumvereinsbewegung war und wird nur möglich sein gestützt auf die Arbeitermassen und die in den Arbeiterkreisen schlummernde oder bereits geweckte Intelligenz. Formal gibt es keinen Arbeiterkonsumverein, weil Jeder Mitglied werden kann und als Konsument Interesse hat, es zu werden. Praktisch, ihrer ganzen Struktur nach, sind die lebenskräftigen Konsumvereine doch Arbeiterkonsumvereine. Es ist wichtig, das im Auge zu behalten!

* * *

Im Jahre 1902 kam es in Kreuznach zu dem in der „Neuen Zeit“ geschilderten Krach der modernen Konsumvereinsbewegung mit dem Genossenschaftspapst Dr. Crüger.[1] Im folgenden Jahre wurde in Dresden der Zentralverband deutscher Konsumvereine gegründet, dem damals 585 Vereine mit 440000 Mitgliedern beitraten. Heute ist die Zahl der Vereine auf zirka 760 gestiegen, während im Crügerschen Verband die Konsumvereine von 696 im Jahre 1902 auf 272 zurückgingen. In Deutschland gibt es zurzeit etwa 2000 Vereine mit reichlich 900000 Mitgliedern. Eine rasche Entwicklung hat das deutsche Konsumvereinswesen in den letzten fünf bis zehn Jahren aufzuweisen. Diese Tatsache erklärt aber nur teilweise seine Überschätzung, die zweifellos Platz gegriffen hat. Es ist auch kein Zufall, daß diese Überschätzung besonders von bürgerlichen Kreisen angehörenden Genossenschaftstheoretikern kommt, die ganz plötzlich während des Zusammenstoßes mit Crüger aufgetaucht sind. Das soll selbstverständlich kein Vorwurf sein, die Tatsache aber muß zum Verständnis der Situation konstatiert werden.

Diese Überschätzung scheint mir weder den Konsumvereinen noch der Arbeiterbewegung im allgemeinen zuträglich. Sie führt mindestens zur Verwirrung und Unklarheit. Weniger in der Praxis, als in der ganzen Propaganda und Entwicklung. Es ist nicht möglich und auch nicht nötig, zu untersuchen, ob und inwieweit bestimmte Absicht, zielbewußtes Handeln oder nur ein Zuweitgehen im Eifer für die gute Sache vorliegt. Die Wirkungen werden im einen wie im anderen Falle die gleichen sein. Und darauf kommt es an. Der Vorgang scheint in mancher Beziehung viel Ähnlichkeit mit dem Bestreben einiger Kathedersozialisten zu haben, die die Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie auszuspielen versuchten.

Vor reichlich zwei Jahren erschien eine Schrift,[2] deren Verfasser, einer jener plötzlich Aufgetauchten, heute der Konsumvereinsbewegung sehr nahe steht. Dieses Buch erweckt den Eindruck, als ob es zum Teil aus den obengenannten kathedersozialistischen Gründen geschrieben wäre.

So heißt es zum Beispiel: „Mit dem Eindringen des Arbeiterelementes ... ist nunmehr auch die Signatur des Konsumvereinswesens eine wesentlich andere

[1] Siehe „Neue Zeit“, XX, 2, S. 737: „Ein freisinniger Staatsstreich“ von Franz Mehring, und XXI, 2, S. 281: „Eine neue Ära der deutschen Konsumgenossenschaften“ von Herm. Fleißner.

[2] Dr. R. Riehn, „Das Konsumvereinswesen in Deutschland. Seine volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung.“ Cottasche Buchhandlung Nachf., 1902.

eworden. An die Stelle einer unsäglich nüchternen und engherzigen Auf-
ıssung des Konsumvereinsprinzips sind weitsichtige Pläne getreten, in deren
Mittelpunkt die Selbsterhebung der Arbeiterklasse auf dem Wege friedlich-
irtschaftlicher Tätigkeit steht. ..." Die Vereinigung der Konsumenten erscheint
ls „der aussichtsvollste Weg zu einer auf die arbeitenden Klassen
estützten, friedlich sich vollziehenden Neuordnung der Gesellschaft. ...
enn die Konsumgenossenschaft gehört zu den Dingen, die den wirtschaftlichen
nteressenkampf ... in das Stadium der Verhandlungen, der Kompro-
iisse und damit in legitime, der Entwicklung des Ganzen unschädliche
ahnen hinüberleiten. ... Die zunehmende Einsicht in die Notwendigkeit
raktisch-reformerischer Tätigkeit, ohne die eine politisch-dogmatische Phraseo-
ogie auf die Dauer ihre Wirkung verfehlen mußte, tat das ihre, um auch
e politisch organisierten Arbeiter für das Konsumvereinsprinzip zu gewinnen."
ine „friedlich-soziale Reformidee" habe früher „völlig gefehlt", und „die wirt-
haftlichen Erfolge der Konsumvereine und die Stärkung der Gewerkschafts-
ewegung durch sie sind geeignet, die Lust der Arbeiterschaft zu friedlicher
eformarbeit ... zu beleben oder überhaupt erst zu wecken. ... Die Er-
öhung der Kaufkraft des Einkommens, die Befreiung von dem borgenden
leinhändler und die Möglichkeit einer ... Kapitalbildung durch und für sich
lbst" führen zu „immer weiter gehender Anwendung sozialer Selbsthilfe. ...
uf der anderen Seite läuft parallel die Abkehr von der revolutionären
hrase. ..." Weiter: „Nicht minder aber verwirklicht die mit der Kon-
ntration des Betriebs durch den Konsumverein Hand in Hand gehende
ezentralisation des Volkseinkommens einerseits durch Senkung der Profitrate
s Unternehmers, andererseits durch Steigerung der Kaufkraft des kleinen Ein-
mmens ihre (der Arbeiter) sozialen Ideale. Umgekehrt, wie es die
usammenbruchstheoretiker lehren. ... Man fürchtet für die Macht-
llung der alten Dogmen und ahnt wohl, daß mit dem wachsenden Umfang und
rfolg des Konsumgenossenschaftssystems die Trennung einer wirtschaft-
chen Arbeiterbewegung von der politischen unvermeidlich wird."
Es wird dann die Behauptung aufgestellt, daß Konsumvereine und Gewerk-
haften zueinander gehören. Nur eine „wirtschaftliche" Arbeiterpartei werde
geben, und die Umwandlung, beziehungsweise Beseitigung der kapitalistischen
roduktionsweise vollzieht sich, indem der organisierte Konsum auf der einen, die
ganisierte Produktion auf der anderen Seite die bisherige Regel- und Plan-
igkeit in der Staatswirtschaft beseitigen und die neue Ordnung vorbereiten.
Von den Broschüren Kautskys und v. Elms über Genossenschaftswesen heißt
, daß die „schlicht erzählende Agitationsschrift" v. Elms eine „große Absage
alle derartigen Zumutungen" sei, wie sie Kautskys Schrift enthalte; diese
inge „Lockrufe, welche in widerspruchsvolle, nicht einmal sachlich immer richtige,
ufig von der Verlegenheit diktierte Auslassungen gehüllt" sind.

Auch von der „anderen Richtung" ist unter Anspielung auf die innerhalb
r Sozialdemokratie damals gepflogenen Auseinandersetzungen die Rede. Die
Zusammenbruchstheoretiker" und „Dogmatiker" Marx, Engels, Kautsky und
nossen sind Polterer und Phraseure, von denen die Arbeiter freizumachen
große soziale Aufgabe der Konsumvereine sei. Nach Riehn hat die sozial-
mokratische Arbeiterbewegung abzutreten. Bemerkenswert ist, daß sein Buch
Organ der Konsumvereine in zwei Artikeln als eine große Tat gepriesen
ırde und Professor Brentano es mit einem Vorwort versehen hat.

Der schon seit Jahrzehnten als Marxvernichter und letzte geborstene Säul des Proudhonismus bekannte Dr. Arthur Mülberger schrieb:[1]

„Die konsumgenossenschaftliche Bewegung kann und darf keine bloße Lohn arbeiterbewegung sein ..., weil wir damit dem Neubau der Gesellschaft der eben aus der Organisation der Konsumkraft des Volkes erstehe soll, selber den Weg verlegen und die eigentliche Fundamentierung des selben unendlich erschweren. ... Je größer die Massen sind, die in Mitleiden schaft gezogen werden — einerlei auf welcher Stufe der gesellschaftlichen Hier archie sie stehen —, desto bessere Gewähr ist gegeben, daß die soziale Um formung des Güteraustausches sich ohne Erschütterung und Störun vollziehen wird.“ Und in einem anderen Artikel[2] sagt Herr Mülberger: „De von Freund und Feind angestaunte Titane dieser Abstraktionskraft, Karl Marx feiert in seinem ‚Kapital‘ wahre Orgien der Begriffsspielerei! ... Für un Genossenschafter ist es von besonderem Interesse, sich darüber Rechenschaf zu geben, wann und wo wir uns von dieser herkömmlichen Abstraktionswu freizumachen und unsere eigenen Wege zu gehen haben.“

Deutlich genug also auch hier die Marxvernichtung mit Hilfe der Konsum vereine! Dr. Hans Müller, einer von den „Jungen“ der neunziger Jahre jetzt Genossenschafter in der Schweiz, sagt in einer Broschüre[3] vom Ge nossenschaftswesen: „Mit einem Worte: eine neue genossenschaftlich Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist im Werden begriffen. .. Was die konsumgenossenschaftliche Bewegung zum Range einer großen ge schichtlichen Bewegung erhebt, ist die Tatsache, daß in ihr ein großes un neues Prinzip enthalten ist, ein Prinzip, das bestimmt ist, auch die Grund lage verbesserter Produktionsverhältnisse zu werden, ein Prinzip, das i dem Maße, als es unser gesamtes wirtschaftliches Leben durchdringt, zur Auf hebung aller ökonomischen Privilegien und Abhängigkeitsverhält nisse und zu einer gerechten Verteilung der sozialen Rechte und Pflichten führt.

Dann verballhornt er Lassalle: „Die organisierte Konsumkraft des Volke ist der Fels, auf dem allein eine bessere und vollkommenere Gesellschaft erbau werden kann. Nur wer das begriffen, hat erst wirklich das Wesen und di Bedeutung der Konsumvereine erkannt.“

Und auf dem letzten internationalen Genossenschaftskongreß in Budapes meinte Müller: „Wer Genossenschafter sein will, muß prinzipieller Gegne der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsweisen sei oder er ist kein Genossenschafter. ... Das genossenschaftliche Ideal läßt sic so formulieren: Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß soll das gegen wärtige auf Konkurrenz gegründete volkswirtschaftliche System ausgemerz werden und soll ersetzt werden durch gegenseitiges Zusammenwirken für da allgemeine Beste als Grundlage einer menschlichen Gesellschaft.“

Der bekannte Pastor a. D. Kötzschke schreibt in einem Zeitungsartikel: „Noch heute will die orthodoxe Sozialdemokratie unter der Führung Kautsky von der Krämerei in den Konsumvereinen nichts wissen. Ihr sind die Konsum vereine mit ihren kleinen Vorteilen Palliativmittel, die die Parteigenossen vo dem großen revolutionären Zug ablenken. Es sind mehr oder weniger nu

[1] „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ Nr. 13, 1904. — [2] Dieselbe Nr. 10, 1904

[3] „Wesen, Grundsätze und Nutzen der Konsumvereine.“ Verlag des Schweizerischen Ge nossenschaftsbundes, 1900. Genossenschaftliche Volksbibliothek.

[4] „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ Nr. 43, 1904.

die Revisionisten, die in den Konsumvereinen an der Arbeit sind und die Arbeiter, statt auf den Zukunftsstaat zu vertrösten, für die Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage erziehen. ... In unserem eigenen Interesse liegt es, das Konsumvereinswesen nicht zu einer Domäne der Sozialdemokratie werden zu lassen. Darum mit unserem ganzen Einfluß hinein in die Konsumvereine!"

Also: mit Hilfe der Konsumvereine gegen die Sozialdemokratie! Eine gute Probe von dem Überschwang gibt folgender Schlußsatz eines Artikels, den der Redakteur der „Rundschau", Heinrich Kaufmann, schrieb:[1] „So zieht die genossenschaftliche Tätigkeit immer weitere Kreise, bis alle die vielen und verschiedenen genossenschaftlichen Bestrebungen sich zu einem großen genossenschaftlichen System vereinigen, welches in geregelter Arbeit die Naturkräfte dem Wohle der Menschheit dienstbar macht, die Menschen von dem Fluche der Arbeit befreit und ihnen in weitestem Maße das Glück und den Segen der Arbeit zuteil werden läßt. Mit diesem berückenden Blicke in die Zukunft wollen wir die Arbeit des neuen Jahres beginnen. Auf zum großen genossenschaftlichen Werke des Friedens und der Befreiung, auf zur tatkräftigen Teilnahme an dem herrlichen Aufwärtsstreben der Menschheit aus den dunklen Tiefen des organischen Werdens bis zur Sternenhöhe der Herrschaft über das Weltall!"

Professor Tönnies bricht in einem Artikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" eine Lanze für Herbert Spencer, den er für den Sozialismus reklamiert, indem er schreibt: „Nach Herbert Spencer ist die genossenschaftliche Idee, in der er die Richtung auf einen höheren Typus der Arbeit erblickt, die Ausschaltung des letzten Restes von Sklaverei, die Erfüllung der sittlichen Forderung eines gerechten Lohnes; nach diesem erzliberalen Denker ist die genossenschaftliche Idee weit mehr als ein ‚Angriff' auf das kapitalistische System. Sie bedeutet nicht weniger als dessen definitive und vollkommene Überwindung." In einer Broschüre,[2] die viele derartige Stellen enthält, heißt es: „Der Verzicht auf augenblicklichen persönlichen Vorteil ist nötig, damit die Kraft des Ganzen wachse und die Genossenschaft ihre befreiende Aufgabe durch immer umfassendere Organisation auch der Produktion zielbewußt in Angriff nimmt."

Schwungvoll sagt Staudinger bei einer anderen Gelegenheit: „Wie einst Marx nur den Proletariern aller Länder zu politischem Kampfe den Vereinigungsruf sandte, so rufen wir hingegen, alle Bekenntnisse und Parteien umfassend: Konsumenten aller Stände, vereinigt euch!"

Und weiter S. 26 und 28 der genannten Broschüre: „Der Blick darf nicht von der Produktion ausgehen und von da zum Konsum wandern; diese Betrachtungsweise ist die des Profitsystems" (in einer Fußnote: „Marx und Lassalle sind noch von diesem Gesichtspunkt beeinflußt"). ... „Die Massen ... waren von dem Gedanken erfaßt, daß nur die politische Bewegung ... sie zu befreien vermöge, und hielten sich fern." Gegen Ringe usw. sieht derselbe Verfasser „zunächst kein anderes Mittel, als die Vereinigung der Konsumenten zu einem großen machtvollen Ganzen".

[1] „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" Nr. 1, 1904.

[2] Professor Dr. Staudinger: Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach, „Genossenschaftliche Volksbücher" Nr. 2. Herr Staudinger ist Ausschußmitglied des Zentralverbandes der Konsumvereine.

„Giesberts[1] habe allerdings die Gewerkschaft über die Konsumgenossenschaft gestellt. Beide seien notwendig. Man müsse sogar logischerweise annehmen, daß die Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Tätigkeit die übelsten Folgeerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu mildern trachteten, in erster Linie dabei sein müßten, wenn es gelte, an die Stelle kapitalistischer Wirtschaft etwas Höheres und Besseres, nämlich die genossenschaftliche, zu setzen.“ Auch Gedankenreihen anderer Art kommen vor. So berichtete seinerzeit das Handlungsgehilfenblatt über einen Vortrag:[2] „Auch im politischen Kampfe kann die Genossenschaft eine andere Situation gestalten. Das Kleinbürgertum schwankt jetzt in politischer Beziehung unentschlossen zwischen den Parteien; werden seine wirtschaftlichen Interessen bedroht, wendet es sich aber stets gegen die Arbeiterbewegung infolge des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. In der Genossenschaft fällt dieser Gegensatz fort, Mitglieder wie Angestellte haben dieselben Interessen, stehen auf demselben politischen Boden. ... Auch die Befreiung von der Grundrente liegt in der Hand der Genossenschaften; schon heute haben die Baugenossenschaften nach dieser Richtung den Anfang gemacht. ... Die Zukunft wird uns einen gewaltigen Kampf zwischen den großen kapitalistischen Warenhäusern und den Genossenschaftshäusern bringen, der zugunsten der letzteren ausschlagen muß.“

Und so könnten wir noch eine Menge Zitate bringen, die uns im Genossenschaftswesen tätige ehemalige und noch aktive Sozialdemokraten in mehr oder weniger Übereinstimmung mit bürgerlichen Herren zeigen. Was hier angegeben wurde, sind alles Vorgänge aus dem Reiche der modernen Genossenschaftsbewegung, aus ihrer Literatur und ihrer Presse.

* * *

Vor dieser phrasengeschwollenen Überschätzung der sozialen Bedeutung des Genossenschaftswesens muß im eigenen Interesse dieser Bewegung gewarnt werden. Sozialdemokratische Genossenschafter wären in erster Linie dazu berufen, wenn sie sich zu der maßgebenden hannöverschen Resolution bekennen und nicht wollen, daß Verschwommenheit über das Wesen des Klassenkampfes einreißt. Das Gebaren der Genossenschaftsweltbeglücker muß sich schließlich sogar gegen ihre eigene Auffassung kehren. Extreme berühren sich. Als Dr. Crüger der modernen Konsumvereinsbewegung unterstellte, sie wolle die kapitalistische Wirtschaft aus den Angeln heben, da hat man sich mit Recht dagegen verwahrt. Crüger tat das, um die Nichtsozialdemokraten vor den Konsumvereinen graulich zu machen. Im Grunde genommen tun aber die Herren, die von der einen großen staatsumbildenden Genossenschaftsfamilie und ähnlichen Phantasien schwärmen, dasselbe. Sie wollen im Konsumverein als neutraler Organisation alle Volkskreise zusammenführen. Das Bürgertum aber, das nichts von einer Änderung der bestehenden Wirtschaftsweise wissen will, wird sich bedanken, im Konsumverein nach dem Willen derer mitzutun, die mit der Genossenschaftsidee die Welt erlösen wollen. Ihre Theorie kehrt sich also in diesem Falle gegen ihre Praxis! Und glaubt man denn im Ernste daran, daß die herrschende Klasse, solange sie die politische Macht hat, ruhig zusehen würde, wie ihr durch die Genossenschaften das Fell über die Ohren gezogen wird? Wir denken doch, die politische Situation — Wahlrechtsverschlechterungen usw. —

[1] Dr. Riehn im Schlußwort zu einem Vortrag in der Gesellschaft für soziale Reform.
[2] Gehalten von Peus in Halle über Gewerkschaft und Genossenschaft.

eigt zur Genüge, daß die herrschende Klasse ihre Position mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen sucht — ganz gleich ob gegen die politische, gewerkschaftliche oder genossenschaftliche Propaganda. In dem Moment, wo ihr die Genossenschaften wirklich ernsthaft gefährlich werden könnten, würde sie die nötigen politischen Maßregeln zu treffen wissen, es sei denn, die Sozialdemokratie wäre imstande, das zu verhindern.

Die praktisch — als Beamte — im Genossenschaftswesen stehenden Sozialdemokraten legen ja diesen phantastischen Spintisierern keine große Bedeutung bei und sagen: Laßt sie reden. Es dürfte jedoch über kurz oder lang innerhalb der Konsumvereine zu ernsthaften Auseinandersetzungen kommen, wenn so weiter gearbeitet wird. Schon auf dem ersten Dresdener Genossenschaftstag trat das — mehr beiläufig — in die Erscheinung. „Der Ausschuß soll die Mittellinie zwischen den verschiedenen Tendenzen in der Konsumgenossenschaftsbewegung ziehen.“ So wurde unter anderem zur Begründung der Ausschußwahl ausgeführt.

Die moderne Arbeiterbewegung ist insofern interessiert an diesen Dingen, als es ihr nicht gleichgültig sein kann, wenn in der überschwenglichen und die Köpfe der indifferenten Arbeiter verwirrenden Art Agitation für die Konsumvereine getrieben wird. Ein Arbeiter, dem absichtlich oder unabsichtlich auf diese Weise zum Beispiel die Meinung beigebracht ist, daß Gewerkschaften und Konsumvereine die „wirtschaftliche Arbeiterpartei“ bilden, die die Lehren der „Zusammenbruchstheoretiker“ und „Dogmatiker“ vom politischen Klassenkampf Lügen straft, die müssen natürlich eine politische Organisation für überflüssig halten und die Agitationsarbeit der Sozialdemokratie erschweren. Die vielen sozialdemokratischen Konsumvereinsmitglieder aber müssen schließlich unwillig darüber werden, wenn sie merken, daß solche Agitation einen ihrer politischen Auffassung entgegenstehenden Charakter annimmt. Differenzen werden unvermeidlich, und den Schaden haben die Partei wie die Konsumvereine. Es wäre wirklich sehr zu wünschen, daß die für die Konsumvereine schriftlich oder mündlich Agitation treibenden bürgerlichen Herren sowohl als die Sozialdemokraten — letztere aber ganz besonders — das einsehen und sich danach richten. Ein Sozialdemokrat darf in seinen Reden und Schriften keinen Zweifel darüber lassen, daß dem Genossenschaftswesen „keine entscheidende Bedeutung“ in dem Streben nach Beseitigung der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise beizumessen ist.

Im Vorwort zur zweiten deutschen Auflage seines Buches „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ bemerkt Fr. Engels unter anderem: „Heutzutage gibt es auch Leute genug, die den Arbeitern von der Unparteilichkeit eines höheren Standpunktes einen über allen Klassengegensätzen und Klassenkämpfen erhabenen Sozialismus predigen. Aber sie sind entweder Neulinge, die noch massenhaft zu lernen haben, oder aber die schlimmsten Feinde der Arbeiter, Wölfe im Schafspelz.“ Uns scheint, als ob diese treffenden Worte hier zu erwähnen nicht ganz unangebracht wäre.

Es nicht zu Konflikten mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Konsumvereine kommen zu lassen, liegt noch ein anderer sehr wichtiger Grund vor. Die sogenannten modernen Konsumvereine sollen und wollen nicht lediglich Dividendenschluckeranstalten sein. Von den wirtschaftlichen Vorteilen, die sie erzielen, sollen auch die Angestellten ihr Teil haben, so daß ihre Arbeitsverhältnisse jedem gleichartigen Privatbetrieb als Muster im besten Sinne vorgehalten

werden können. Damit bekommen sie vorwärtstreibende Kraft für das Arbeiterleben im allgemeinen. Für Schaffung sozialpolitischer Gesetze zum Beispiel ist es gut, wenn den Zweifeln und bösem Willen des Unternehmertums mit praktischen guten Beispielen aus Arbeiterunternehmungen gedient werden kann. Wollen die Konsumvereine aber diese ihre Aufgabe erfüllen, so gehört dazu bei ihrer demokratischen Verfassung nicht nur eine aus sozialpolitisch aufgeklärten Leuten bestehende Verwaltung. Auch die Mitglieder, die doch in der Generalversammlung die Vereinsgesetze beschließen, müssen sich ihrer Aufgabe klar bewußt sein. Das sind aber nur die politisch und gewerkschaftlich geschulten und erzogenen Arbeiter, also die Sozialdemokraten. Die Konsumvereine brauchen sich dessen wahrhaftig nicht zu schämen, und es berührt peinlich, wenn man sieht, wie die Angst vor dem Odium, daß die Konsumvereine als sozialdemokratisch bezeichnet werden, selbst Sozialdemokraten in Verlegenheit bringt. Auf das, was an den Konsumvereinen wirklich sozialistisch ist und sein darf, kann jeder Sozialdemokrat stolz sein. Das ändert aber an der nötigen und nach Lage der Verhältnisse gebotenen politischen Neutralität der Konsumvereine gar nichts. Die gegenteiligen Behauptungen der Konsumvereinsfeinde kann man sofort, ohne große Rederei, mit der einfachen Frage schlagend widerlegen: Wo und wie betätigen und betätigten sich Konsumvereine politisch? Die Frage kann nicht beantwortet werden, und sie wird nie ihre Wirkung bei vernünftigen Menschen verfehlen. Zu was also das große Lamento! Es berührt geradezu komisch, wenn sozialdemokratische Genossenschafter nicht laut genug sozialdemokratischen Organisationen und Zeitungen vorwerfen können, daß sie zu wenig für die Konsumvereine tun, während sie im anderen Falle am liebsten ängstlich jeden Zusammenhang zwischen Konsumvereinen und Sozialdemokratie leugnen.

Die politisch geschulten Arbeiter lernen heute den Wert der Konsumvereine für die moderne Arbeiterbewegung immer mehr schätzen, aber sie denken nicht daran, auf den Klassenkampf zu verzichten, und bewerten die Konsumvereinsbewegung ganz richtig als eines jener Mittel, die innerhalb der heutigen Gesellschaft zum Vorteil für die Arbeiter benutzt werden können, aber an dem Wesen dieser Gesellschaft niemals etwas ändern. Selbst die auf der Grundlage des organisierten Konsums aufgebaute Eigenproduktion, auf die immer so viel Wert gelegt wird, kann bessere Existenzverhältnisse immer nur für einen Bruchteil der Gesellschaft herbeiführen. Auch die großen englischen an der Grenze ihrer Entwicklungsmöglichkeit angelangten Genossenschaften ändern am Wesen des Kapitalismus im allgemeinen nichts. Hunderttausend Arbeiter mögen dort gute Arbeitsstellen und bessere Existenzbedingungen durch die Genossenschaften haben — die Millionen sind als Produzenten genau so schlimm daran als zuvor.

Wie lange sollten wir denn auch warten, bis Kohle und Eisen auf eigenem Grund und Boden und auf wirtschaftsgenossenschaftlichem Wege gewonnen werden? Darauf aber käme es schließlich an.

Profit, materieller Vorteil ist die wesentliche Voraussetzung des Konsumvereins, mag er groß oder klein sein. Es wird damit wenig an dem Verhältnis, dem Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter geändert. Und da der Krämerprofit ein Teil des gesamten Unternehmerprofits ist, letzterer aber lediglich durch den aus der nichtbezahlten Arbeit entstehenden Mehrwert gebildet wird, so muß auch der Konsumverein wohl oder übel die Lohnarbeit ausbeuten. Der Unterschied zwischen ihm und einem Großkapitalisten des Handels ist nur der, daß der Konsumverein den aus der Beseitigung des

wischenhandels erzielten Profit in viele Teilchen zerlegt, während ihn der
roßkaufmann allein einsteckt. Der materielle Vorteil hat aber in beiden
illen ein und dieselbe Wurzel. Von diesem Profit nun einen dem Stand-
nkt des klassenbewußten Arbeiters möglichst entsprechenden Gebrauch zu
ichen, den Konsumverein nicht lediglich als Dividendenerpressungsmaschine
benutzen, sondern die Mitglieder und Angestellten zu genossenschaftlicher
beit zu erziehen — darin liegt der wesentliche Wert der Konsumvereine für
moderne Arbeiterbewegung. Und gerade Sozialdemokraten sind es, die dem
alen Moment in der Konsumvereinsbewegung Geltung verschafften. Durch
Sozialdemokraten wurden die Konsumvereine vom alten Schlendrian, von
Verknöcherung gerettet; sie haben den Kampf *erfolgreich* „gegen den
en Geist“ geführt; *sie* haben den Konsumvereinen tüchtige Verwaltungen
d verständige Mitglieder verschafft. Die ganze jahrzehntelange Aufklärungs-
beit der Sozialdemokratie ist auch der Genossenschaftsbewegung zugute ge-
mmen, ohne daß es einer Identifizierung der sozialdemokratischen *Partei* mit
i Konsumvereinen bedurft hätte. Dabei sind beide Teile gut gefahren, und
ses Verhältnis wird auch für die Zukunft am besten so bleiben, solange sich
Voraussetzungen dafür nicht ändern. Jedenfalls wird sich die deutsche
nsumvereinsbewegung nicht gegen die Sozialdemokratie *mißbrauchen* lassen.
Parteigenossen werden den Herren, die das etwa wollen, zur rechten Zeit
en dicken Strich durch ihre Rechnung machen.

Literarische Rundschau.

s der Schneegrube. Gedanken zur Naturforschung von *Wilhelm Bölsche*.
Dresden, Carl Reißner.

Im Vorwort einer seiner wundervollen kleinen Ausschnitte aus der Natur des
sengebirges — blühender Apfelbaum am Bauernhäusel, ein- und ausfliegende
schwänzchen, blaues Gewitter im Talgrund, unzählige goldene und weiße Blumen-
kte auf der smaragdgrünen Bergwiese, plätschernder Quell zwischen weißen
den — und dann der Schluß: „Ob es sich nicht lohnt, um diese Natur zu ringen,
sie uns segnet . . .?“ So zeichnet sich Bölsche, der Philosoph, der Ringer um
Welt. Einige Seiten weiter noch ein Satz, der ihn hell beleuchtet: „Ich persön-
gestehe gern, daß ich ohne eine optimistische Grundlinie in meinem Naturbegriff
er die eigene Beschäftigung mit naturwissenschaftlichen Dingen längst eingestellt
e. Nichts wäre mir mehr zuwider, als das Paktieren, das ewige Versuchen,
die Allgewalt dieser Dinge herumzukommen.“ Und auch nach einer dritten Seite
len wir Bölsche kennzeichnen. „Für mich selbst setzte es einige Jahre später wie
Offenbarung ein: welche wunderbare Anteilnahme sich bei der Arbeiterschaft
darwinistische Probleme zeigte. Ich lernte das kennen bei den Vorträgen über
wicklungslehre, die ich Jahre hindurch in Berliner Arbeitervereinen selbst ge-
en habe, vor ungezählten Massen immer neuer Zuhörer und immer vor einem
h dankbaren und aufmerksamen Publikum. Dem eigentlichen politischen Wirken
fern, verzeichne ich diese Tatsache gerade erst recht als eine der erfreulichsten
ihrungen meines Lebens. Sie bewies natürlich nicht, daß Darwinismus und
ialdemokratie identisch seien, aber sie war ein Beweis für das unaufhaltsam
 htvolle Aufblühen eigener Geisteskeime und Geistesbedürfnisse in der Arbeiter-
ft in diesen Jahren . . .“ (Im Kapitel über Ernst Häckel, S. 187, vor einigen
ren zuerst in der „Neuen Zeit“ erschienen.)

Wie Bölsche es versteht, ausgerüstet mit erstaunlichem Wissen auf dem Gesamt-
ete der Naturforschung, die Gesetze des Werdens und Vergehens zu verknüpfen,

mit einer stets an Tatsachen anknüpfenden wundervollen Phantasie und in ein dichterisch vollendeten Sprache, das ist zurzeit außer ihm niemandem gegebe Möchte er gelesen werden und tief in alle Schichten eindringen; möchten vor alle wohlfeile Volksausgaben den Weg hierzu ebnen. Leopold Loeske, Berli

---

Untersuchungen über die Heimarbeit der Frauen in Dresden. Schriften d Dresdener Gesellschaft für soziale Reform. Herausgegeben vom Vorstand. Heft Dresden 1902, Verlag von O. V. Böhmert. 41 S. kl. 8°.

Während die moderne gewerkschaftliche Arbeiterbewegung eine lange Reihe sozi statistischer Untersuchungen aufweisen kann, fehlt es bei den übrigen Gewerkschaf organisationen, wenn auch nicht vollkommen, an sozialstatistischen Untersuchungen. D erste der hier veröffentlichten Erhebungen ward mit Unterstützung verschiedener Orga sationen von Arbeiterinnen, so eines Vereins der Handelsgehilfinnen, von Hirsch-Dunck schen Gewerkvereinen und evangelischen Arbeitervereinen vorgenommen. Dr. Schev und Professor Wuttke haben die Arbeit in Angriff genommen und ausgeführt. V 500 ausgegebenen Fragebogen sind 101 brauchbar ausgefüllte zurückgelangt, auße dem 33 ungenügend beantwortete. Die brauchbaren bezogen sich auf 7 Gewerb arten, so daß die Zahlenangaben nur mit Vorsicht zu verwenden sind. Die Schwä der Organisationen, die bei der Erhebung mitwirkten, ließ eine genaue Feststellu der tatsächlichen Zustände nicht erwarten. Wenn von 260 Blumenarbeiterinnen bl 10 Angaben gemacht haben und diese 10 nicht unter besonderen Gesichtspunkten au gewählte Personen waren, so gehört ein gewisser Mut dazu, die Resultate zu ve öffentlichen. Wenn wir von diesem methodischen Hauptmangel der Arbeit abseh so können wir die Ergebnisse trotzdem für recht bemerkenswert erachten. Auße ordentlich traurige Arbeiterverhältnisse enthüllen sie; so arbeiten Spitzenschneiderinn an den Wochentagen von 5 Uhr morgens bis Mitternacht, Sonntags 7 Stunden u erhalten dafür einen Wochenverdienst von 7 Mark. Daneben finden sich dreizeh stündige Arbeitszeiten, die bis 11 Uhr nachts währen, mit Wochenverdiensten von bis 3 Mark, ja ein Fall wird angeführt, wo die Arbeit morgens um 4 Uhr begin und um 11 Uhr vor Mitternacht endet, wo Sonntagsarbeit von 4 Stunden übli war, und dies alles für einen Wochenverdienst von 1 Mark. Eine ganze Anza Angaben dieser Art wirft traurige Schlaglichter auf die Verhältnisse der Fraue arbeit in Dresden. Der zweite Teil der Arbeit ist einer Untersuchung über die La der Arbeiterinnen in der Dresdener Zigarettenindustrie gewidmet. 73 Fragebog waren eingegangen. Wir finden da Löhne von 4 Mark, doch auch solche v 2,20 Mark, sie steigen bis auf 9 und 12 Mark, doch sind die unteren Lohnstuf häufiger als die oberen. Fast die Hälfte aller befragten Frauen arbeiteten noch a Abend nach 8 Uhr, 4 bis Mitternacht, 19 Frauen arbeiteten regelmäßig am Son tag. Die späten Abendstunden und in den Sonntag fallenden Arbeitszeiten war aber nicht immer veranlaßt durch die große Menge der geleisteten Arbeit, sonde durch den Charakter der Heimarbeit, die dann erst in Angriff genommen wird, we die oft schwere Arbeit für die Familie erledigt ist. So sieht man, daß die Hei arbeit auch dann, wenn sie nicht zur industriellen Überarbeit führt, durch die u gesunde Ausdehnung der Arbeitszeit in die gebotenen Ruhezeiten den Ruf nach ihr Ausrottung heraufbeschwört.

Trotz aller Mängel hat die Arbeit ihren Wert. Sie wird für manche unse Leser wenn auch nichts Neues, so doch wertvolle Belege für oft Behauptetes u an anderen Orten Erwiesenes bringen. ad. 1

Druckfehlerberichtigung. Im Artikel der Genossin Luxemburg über „Das Proble der hundert Völker“ (Heft 20, S. 645 Zeile 22 von oben) ließ der Druckfehlerteu dies Problem „gestört“ statt „gelöst“ werden. Wir bitten, diese Störung d Lösung zu berichtigen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 22 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Siegestaumel und Siegesangst.

⸗ Berlin, 22. Februar 1905.

Der heutige Tag wird in der deutschen Geschichte einen historischen Mark⸗
tein bilden. Die Volksvertretung eines großen Industrielandes, die auf
Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt ist, genehmigt sieben Handels⸗
erträge, die der Industrie schwere Wunden schlagen und der arbeitenden Be⸗
ölkerung den notwendigen Lebensunterhalt in unerträglicher Weise verteuern,
agegen einer kleinen Handvoll Großgrundbesitzer, die längst nur noch ein
udimentäres Organ am nationalen Körper bilden, die Taschen zum Zerplatzen
üllen. Gegen diese selbstmörderische Politik zu stimmen, hatten allein die
arlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse den Mut; nur wenige versprengte
Stimmen aus der Masse der bürgerlichen Parteien schlossen sich ihnen an.

Man kann dem Grafen Posadowsky als dem Macher dieser Handels⸗
erträge heute ein Gefühl des Triumphes nachempfinden. Es ist nicht jeder⸗
manns Sache, die historische Unvernunft in einer parlamentarischen Körper⸗
haft des allgemeinen Wahlrechtes zu einem durchschlagenden Erfolg zu führen.
Man braucht den Grafen nicht zu beneiden, aber man darf ihm danken, daß
: als Sieger wenigstens die Maske fallen läßt und offen ausspricht das, was
t. Drei Jahre hat der Kampf um diese Handelsverträge gewährt, und berge⸗
och hat sich die gesprochene und geschriebene Makulatur getürmt, worin die
Brotwucherer in ihrer Art und mit Gründen, die danach waren, nachzuweisen
ersucht haben, daß sie nur um des Gemeinwohls willen die Hungerpeitsche
ber den Volksmassen schwingen. Alles das schiebt nun Graf Posadowsky mit
issiger Handbewegung fort, als ein trödelhaftes Geschwätz, und erklärt frank
nd frei, der ökonomisch und politisch gleich rückständige Großgrundbesitz solle
urch die Handelsverträge erhalten werden, als Gegengewicht gegen die auf⸗
eigende Klassenbewegung der Arbeiter, gegen das „radikalste Wahlrecht der
Welt", gegen die „nervöse Hast", womit das „Volk" danach strebe, „in höhere
oziale Schichten emporzusteigen". Ist nur erst der Arbeitermasse der Brot⸗

korb höher gehängt, so soll ihr „das Vertrauen zur Regierung und den bürge lichen Parteien“, das sie verloren habe, wieder durch eine „Sozialpolitik“ be gebracht werden, die ihr mit Löffeln wiedergibt, was ihr mit Scheffe genommen worden ist. Es ist der alte Faden von Peitsche und Zuckerbro woran die Arbeiterklasse tanzen soll, und für die neue Nummer, die Gr Posadowsky spann, erhielt er nicht nur den stürmischen Beifall der Rechte sondern auch den feierlichen Händedruck des Reichskanzlers.

Gleichzeitig wird dasselbe Programm in der regierungsfreundlichen Pres verkündet, mit einer Offenheit, für die wir wiederum nur dankbar sein könne Gleichzeitig mit der Rede des Grafen Posadowsky erschien das Märzheft d „Preußischen Jahrbücher“, worin die staatsmännische Kunst der Grafen Bülo und Posadowsky besonders verherrlicht wird, weil sie es fertig bekomme habe, das deutsche Kapital seinen eigenen Schaden mit einer halben Milliar erkaufen zu lassen. Das treffliche Organ führt aus, man dürfe keinen Auge blick vergessen, daß alle Arbeit an den neuen Handelsverträgen vergebli gewesen sein würde, wenn der russischen Regierung nicht gestattet word wäre, ihre große Anleihe auf dem deutschen Geldmarkt unterzubringen. „Bric die russische Finanzwirtschaft einmal zusammen, so wird Graf Bülow no böse Worte zu hören bekommen, daß er die Auflegung der Anleihe in Deutsc land zugegeben hat, aber zuletzt hat der Reichskanzler sie ja nicht empfohle sondern nur nicht verhindert, und den Hauptteil der Verantwortung trage das muß schon jetzt festgestellt werden, immer die Leute selber, die ihr Ge hergeben, und neben ihnen die Bankiers, die solche Anlagen empfehlen. D Regierung mag sich dessen wohl bewußt gewesen sein, wie teuer uns die Sac zu stehen kommen kann, aber neben der Rücksicht auf die Handelsvertrag verhandlungen ist es auch heute zu offenbar das Interesse Deutschlands, Ru land nicht zugrunde gehen zu lassen, als daß ein deutscher Reichskanzler d Fürsorge für die deutschen Kapitalisten hätte so weit treiben sollen, die Auflegun der Anleihe in Deutschland zu verbieten.“ Nun, zu solcher Kühnheit hätte sich d zarische Vasall Bülow ja niemals aufgeschwungen, aber der Nachweis, daß si auch bei diesen Handelsverträgen der unlösliche Interessenzusammenhang zwische der Politik Bülow und der Politik Sergius erwiesen habe, ist allerdings richti

Die „Preußischen Jahrbücher“ geben dann mit dürren Worten zu, da die neuen Handelsverträge vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu verwerfe seien. Aber, so sagen sie, das Wirtschaftliche ist im Leben der Völker nic das Führende, sondern nur ein Dienendes. „Das Entscheidende an den Ve trägen ist der verstärkte Schutz der Landwirtschaft auf Kosten der Industr und des Handels und der Konsumenten. Dadurch wird die natürliche En wicklung jedes Kulturstaats, und besonders heute Deutschlands, in der Ric tung vom Agrarstaat auf den Industriestaat verlangsamt, und das ist wi schaftlich ein Nachteil; sozial aber ist es ein Vorteil, daß die ländlichen b sitzenden Familien, die einen so wesentlichen Teil des historisch-ethischen Kapita unseres Volkes repräsentieren, in ihrem Besitz und ihrem sozialen Status e halten und nicht durch den schnell aufblühenden industriellen Besitz und d Industriefamilien mit einer Art von Plötzlichkeit enteignet werden. Uns

Gutsbesitzer- und Großbauernstand, der so lange die politische und soziale Führung im deutschen Volke hatte, kann schon längst nicht mehr Schritt halten mit den städtischen und gewerblichen Kapitalisten; das ist ein natürlicher und auf keine Weise abzuwendender Vorgang. Man darf auch gar nicht wünschen, daß es anders sei, denn nur durch eine blühende Industrie kann Deutschland den Wohlstand erwerben, den es gebraucht, um im Ringen der Völker mit einander seine Stellung zu behaupten. Wohl aber kann man sich damit einverstanden erklären, daß dieser Prozeß nicht nur nicht forciert, sondern sogar etwas gebremst werde, damit die neu aufkommende Aristokratie sich einlebe in die wertvollen historischen Traditionen der alten, indem sie sich mit ihr vermischt und vereinigt. Es ist ja keine geringe Last, die die hohen Lebensmittelzölle der Gesamtheit des deutschen Volkes auferlegen, aber der Fortschritt, den unsere Volkswirtschaft im ganzen gemacht hat und macht, ist so bedeutend, daß diese Last, um des wertvollen Gleichgewichts zwischen Landwirtschaft und Industrie willen, ertragen werden kann. Die Industrie selbst läßt sich dieses System gefallen, teils weil sie sich vermöge der neuen Geschäftsform der Kartelle und Trusts von der Zollgesetzgebung in hohem Grade unabhängig gemacht hat, teils weil sie zu kurzsichtig ist, teils weil sie, in sozialem Zwiespalt mit ihrer Arbeiterschaft, zu machtlos ist."

Wir haben diese Ausführungen der „Preußischen Jahrbücher" mit einiger Ausführlichkeit wiedergegeben, weil sie den Gedankengang der Rede, die Graf Posadowsky gleichzeitig im Reichstage hielt, noch klarer und unzweideutiger wiedergeben. Beide Kundgebungen stimmen darin überein, daß sie die Erhaltung und Stärkung der ökonomisch und politisch zerrütteten Junkerherrschaft als den eigentlichen Zweck der Handelsverträge proklamieren, aber die Schädigung der Industrie und die schwere Belastung der Volksmassen konnte Graf Posadowsky im Reichstage nicht so unumwunden zugeben, geschweige denn daß er die Industrie wegen ihrer „Kurzsichtigkeit" noch verhöhnen durfte. In diesem Punkte ist freilich die Argumentation der „Preußischen Jahrbücher" auch nicht erschöpfend. Die Industrie ist wegen des sozialen Zwistes mit ihren Arbeitern nicht zu „machtlos", um die Handelsverträge abzuwerfen, — denn in dem Kampfe gegen die Handelsverträge hatte sie die Arbeiterklasse Mann für Mann an ihrer Seite gehabt, und wenn sie diesen Kampf mit derselben Energie geführt hätte, wie das Proletariat, so wären allerdings die staatsmännischen Künste der Bülow und Posadowsky elendiglich zerschellt —, sondern nur zu feige. Sie wagt den Kampf gegen das Junkertum nicht, weil sie im letzten Ende auf dies Junkertum als ihre Schutztruppe gegen das Proletariat rechnet. Dies ist der eigentliche Grund, der sie zu ihrer schmachvollen Haltung in den Kämpfen um den Zolltarif veranlaßt, der sie selbst noch in der entscheidenden Abstimmung über die neuen Handelsverträge, bis auf wenige Stimmen, verhindert hat, auch nur ihre Profitinteressen mit offenem Visier zu vertreten.

Insofern lag historische Logik darin, daß fast nur die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse gegen die neuen Handelsverträge stimmten. Denn nur diese Klasse hat den Kampf gegen den Brotwucher mit dem Nachdruck geführt, womit er im Interesse der Nation geführt werden mußte, und wenn

sie deshalb auch fast allein die Kosten der Niederlage tragen zu müssen scheint, so ist es doch eine jener Niederlagen, in deren Schoße künftige Siege schlummern. Eine bange Ahnung davon geht heute schon durch die Reihen der Sieger, wofür die „Preußischen Jahrbücher" auch beredtes Zeugnis ablegen. Sie spielen den Gedankenleser nicht nur beim Grafen Posadowsky, sondern auch beim Genossen Molkenbuhr, der im Reichstag erklärte, die Partei werde die Agitation gegen die Bülowschen Handelsverträge betreiben, wie der Bund der Landwirte die Agitation gegen die Caprivischen Handelsverträge betrieben habe. Dasselbe empfehlen die „Preußischen Jahrbücher", nur mit der kleinen Verbesserung, daß die Partei für diesen Zweck ihren politischen Charakter aufgeben müsse. „Stellen wir uns vor, daß die Sozialdemokratie morgen ihren politischen Charakter abstreifte und sich als einen bloßen Arbeiterbund konstituierte, der denjenigen politischen Parteien, die ihm zu Willen wären, seine Stimmen verspräche, wie bald würde ein solcher Bund mit seinen Massen den Bund der Landwirte an die Wand drücken." Es ist ein Gedanke, den Pater Lamormain ausgeheckt haben könnte, aber wo bliebe dann das „historisch-ethische Kapital", das im Junkertum stecken und selbst um den Preis des verwerflichsten Brotwuchers erhalten werden soll?

Besonderen Kummer macht es den „Preußischen Jahrbüchern", daß diese historische Ethik — was ja vollkommen richtig ist — den Arbeitern niemals klar gemacht werden kann, während ihnen ihre Abwürgung durch die Getreide- und Fleischzölle „von den Agitatoren rechnungsmäßig klargelegt" wird. Da begrüßen sie es denn als einen „recht glücklichen Zufall", daß der Bergarbeiterstreik der Regierung eine Gelegenheit gebe, den Arbeitern einigen Hokuspokus vorzumachen. Denn dem würde in der Tat so sein, wenn die „Preußischen Jahrbücher" auch in dieser Frage Bülow-Posadowskysche Gedankengänge so genau kennen sollten, wie in der Frage der Handelsverträge. Sie kündigen nämlich an, daß die versprochene Bergnovelle die Erwartungen nicht befriedigen werde. Die eigentlichen konkreten Beschwerden der Bergarbeiter allgemeiner Natur seien gar nicht so sehr erheblich; der wahre Streitpunkt sei das Machtverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern. „Es ist ein Irrtum zu glauben, daß das Arbeiterproblem gelöst sei durch die Koalitionsfreiheit. . . . Es gilt, der Arbeiterschaft eine organisierte Macht zu geben und diese Macht doch wieder so weit einzuschränken, daß die Unternehmer die Leitung in der Hand behalten, und die Unvernunft, Leidenschaft und Begehrlichkeit der Menge nicht das eigene Gewerbe schädigt." Das ist entweder die Quadratur des Kreises oder eine alte Teufelei in neuem Gewand.

So schwatzt mitten in den Siegestaumel, der die intimsten Heimlichkeiten der Sieger ausplaudert, schon die Siegesangst ihr verlegenes Gerede. Und so berechtigt der Taumel über ein Meisterstück historischer Unvernunft sein mag, noch viel berechtigter ist die Angst vor der historischen Vernunft, die sich um so unaufhaltsamer durchsetzen wird, je breiter und tiefer die Volksmassen sich mit der Erkenntnis durchdringen, um wie frivoler Zwecke willen die Not, die ihnen die kapitalistische Produktionsweise verhängt, noch gesteigert werden soll.

Die neuen Handelsverträge.

Von **Heinrich Cunow.**

Am 22. Februar hat der Reichstag die sieben mit Rußland, Österreich-
Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien und Serbien neu ab-
geschlossenen Handelsverträge unter lautem Hallo und Juchhe der junkerlichen
Treiber angenommen. Selbst die Annahme der beiden meistbefehdeten Verträge,
der mit Österreich-Ungarn und Rußland, erfolgte mit der starken Mehrheit von
226 gegen 79 beziehungsweise 228 gegen 81 Stimmen. Gegen die Verträge
stimmten schließlich nur die sozialdemokratische Fraktion, die süddeutsche Volks-
partei und einige Freisinnige. Selten sind wichtige Vorlagen in gleicher Hatz
durchgepeitscht worden. Am 28. Januar in später Abendstunde veröffentlichte
die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einer Sonderausgabe zur „Vermei-
dung weiterer Mißverständnisse“ den ersten kunstgerecht retuschierten Auszug
aus den neuen Verträgen; am 1. Februar gingen die Vorlagen, insgesamt über
2000 Druckseiten im Großquartformat umfassend, beim Reichstag ein; am
9. Februar hatten die Reichstagsabgeordneten bereits die Materie genügend
durchstudiert, um mit der Beratung im Plenum beginnen zu können; am
14. Februar war die erste Lesung beendet, am 15. begann die Kommissions-
beratung, die in drei Tagen zu Ende geführt wurde; dann folgte sofort am
20. die zweite, am 22. die dritte Lesung. Ein richtiger Parforceritt — aller-
dings handelte es sich für die Mehrheit darum, sich endlich aus dem frivolen
Rechtsbruch, unter dem sie im Dezember 1902 den bekannten Antrag Kar-
dorff auf Erhebung der Zölle „nach den Beschlüssen der XVI. Kommission“
durchgebracht hatte, den längst ersehnten Nutzen zu sichern. Ohnehin
hatten nach ihren Begriffen die Unterhandlungen der deutschen Regierung mit
den fremden Vertragsstaaten schon allzulange Zeit in Anspruch genommen.
Als in der denkwürdigen Nacht des 13. Dezember 1902 der neue General-
zolltarif zur Annahme gelangte, hatte Graf Bülow behauptet, daß dieser Tarif
eine gute Basis für die Vertragsverhandlungen biete, und die baldige Vorlage
neuer Tarifverträge versprochen. Dennoch zögerten sich die Unterhandlungen
mit Rußland, mit dem die deutsche Regierung diesmal zuerst zu einer Ver-
ständigung zu gelangen suchte, endlos hin. Im März vorigen Jahres, fünf-
zehn Monate nach der Annahme des Kardorffschen Antrags im Reichstag,
waren die Verhandlungen mit Rußland nach den Äußerungen russischer offi-
ziöser Blätter noch immer nicht über die „gegenseitige Fühlungnahme“ hinaus-
gelangt, das heißt sie drehten sich noch immer über den § 1 des neuen Zoll-
gesetzes, der die Getreidemindestzölle festsetzt. Erst die Niederlagen der russischen
Truppen in Ostasien, die aggressive Haltung Englands und die wachsende
Finanznot Rußlands, die es zur Aufnahme einer neuen Anleihe auf dem
deutschen Markte zwang, bewog die russische Regierung zur Nachgiebigkeit.
Ende Juli konnte endlich die deutsche offiziöse Presse frohlockend verkünden, daß
Graf Bülow und Herr v. Witte auf Norderney den neuen deutsch-russischen
Handelsvertrag unterzeichnet hätten.

Damit hatte die deutsche Regierung eine vorteilhafte Grundlage für die
Vertragsverhandlungen mit den übrigen sechs Staaten gewonnen, mit denen
zu Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts unter dem Reichs-
kanzler Caprivi Tarifverträge abgeschlossen worden waren. Dennoch verging

mehr als ein weiteres halbes Jahr, bis endlich auch die Verhandlungen mit diesen Staaten zum Abschluß neuer Verträge führten. Besonders kamen die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn nur äußerst langsam von der Stelle, und im Dezember drohten sie zeitweilig an der Frage des Malz- und Gerstenzolls und des Abschlusses einer neuen Viehseuchenkonvention völlig zu scheitern.

Die Rechte und das Zentrum werden für diese Geduldprobe durch den Inhalt der neuen Verträge jedoch reichlich entschädigt. Tatsächlich bedeuten diese einen größeren Erfolg der seit etwa zehn Jahren betriebenen landbündlerischen Agitation, als die Agrarkonservativen selbst noch vor sechs Monaten, nach dem Norderneyer Vertragschluß, erwarteten. Wie damals allerdings die agrarische Presse gegen die Regierung eine heftige Kanonade richtete, so hat sie auch nach Veröffentlichung der neuen Verträge aus taktischen Gründen die Fiktion aufrechtzuerhalten versucht, als bereiteten ihr die Verträge, wenn sie auch einzelne Verbesserungen brächten, als Ganzes eine bittere Enttäuschung. Aber diese Haltung ist lediglich durch die Rücksicht auf die weitere Agitation im Lande, auf die Aufrechterhaltung der Organisation des Bundes der Landwirte und das Bestreben diktiert, außer den erlangten handelspolitischen Konzessionen noch einige andere aus der Regierung herauszupressen. Das landbündlerische Schreirezept hat sich so vortrefflich bewährt, daß man es nicht fahren lassen möchte, und selbst wenn man wollte, ginge es kaum, falls man die im Bunde der Landwirte vereinigte Masse für weitere agrarische Aktionen zusammenhalten will. Jahrelang hat man diese Masse an den agrarischen Pückler-Stil gewöhnt, hat man sie mit den Mitteln einer verlogenen Rabulistik zu den ungeheuerlichsten Zollforderungen aufgestachelt, als daß man nun satte Töne anschlagen dürfte, ohne die Abbröckelung großer Teile der bisherigen Gefolgschaft zu riskieren.

Doch diese oppositionelle Kritik vermag nicht darüber zu täuschen, daß in dem Kreise des ostelbischen Großgrundbesitzes, wenn der Appetit auch noch nicht gestillt ist und überhaupt nie ganz gestillt werden kann, eine gewisse behagliche Verdauungsstimmung sich breit macht. Das zeigte sich deutlich in der diesmaligen Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch. Weit milder und wohltemperierter als in den letzten Jahren erklangen die Ansprachen der Herren Wangenheim, Rösicke, Hahn, Örtel und Konsorten, und als Herr v. Bodelschwingh in seiner Rede in den kräftigeren Rebellenton der letztjährigen Zirkusvorstellungen zurückfiel, fand er nur bei den diplomatisch ungeschulten märkischen Bauern auf der Höhe des zweiten Ranges, den Montagnards, die alte Zustimmung, während sich in den Gesichtern der in Pelze gehüllten „notleidenden" Landwirte der Logen und des „Sumpfes" Verlegenheit und sogar eine gewisse Entrüstung über die unzeitige Wiederholung der früheren Tonart spiegelte.

Und noch deutlicher ergibt sich der Stimmungsumschlag, wenn man die Reden, die diesmal Graf Kanitz und der antisemitisch-landbündlerische Graf Reventlow im Reichstag gehalten haben, mit den Reden im März 1894 bei der damaligen Vorlegung des ersten russisch-deutschen Tarifvertrags vergleicht. Der Agrartheoretiker aus Podangen verkündete damals in der Rolle des ergrimmten Propheten Jeremias unter stürmischem Beifall der Rechten den allgemeinen totalen Zusammenbruch der ostelbischen Landwirtschaft, indem er zum Beweis für seine Behauptung ausrechnete, daß die ostpreußischen Landwirte an jeder Tonne Roggen 50 Mark verlören, und Herr Liebermann v. Sonnenberg, der damals anstatt des Grafen Reventlow in der Rolle eines Epigonen

s seligen Falstaff agierte, forderte sogar den heiligen Kampf gegen den ssischen Barbarenstaat. „Wenn die Russen den Krieg haben wollen“, erklärte unter dem Bravogetose der Rechten, „dann werden wir unserem Markgrafen, iserem König durch dick und dünn über die Grenze folgen, und es müssen st einige Armeekorps auf der Strecke oder vielmehr auf der Wahlstatt liegen, e die russischen Heere siegreich unseren Boden betreten. Und wenn das chlachtenglück uns nicht hold ist, wird der Landsturm sich erheben; wir werden is in die Wälder werfen und unsere Provinz zur preußischen Vendée machen.“
Und schließlich wurde Herr Liebermann gar noch poetisch und deklamierte:

„Wie grell und laut euer Hetzruf schrillt,
Viel lauter tönt unsere Fanfare,
Wir führen den Bundschuh im Wappenschild
Und die siegenden Kaiseraare!“

Das war 1894. Wie friedlich und konventionell klang diesmal die Kanitz-eventlowsche Kampfouvertüre. Nicht einmal zu der Drohung einer Ablehnung r neuen Verträge vermochte sich ihr landbündlerischer Oppositionseifer aufschwingen. Die Herren erklärten, erst abwarten zu wollen, welche authentischen ufklärungen die Regierung in der Kommission geben werde; dann würden sich über ihre Stellungnahme entscheiden — das heißt erwägen, ob es nicht s taktischen Gründen besser sei, zunächst noch die Komödie der feudalrarischen Unentwegtheit weiterzuspielen. Doch nur wenige Tage hielten diese weifel an. Am Schlusse der Kommissionsberatung, am 18. Februar, und ebenso n Schlusse der dritten Lesung stimmten auch die Vendéer von der äußersten echten für die neuen Verträge. Und Herr Liebermann, der zur Verstärkung r junkerlichen Karnevalsstimmung zu guter Letzt doch noch das Wort erhalten tte, deklamierte:

„Von Osten kommt zu uns das Licht,
Von Herrn von Gerlach kommt es nicht.“

Erklärlich ist allerdings dieser Stimmungsumschlag im agrarischen Lager. e neuen Tarifverträge bedeuten nicht bloß einige Zugeständnisse an die Landrtschaft, sondern ein völliges Verlassen der Bahnen der sogenannten Caprivischen indelspolitik und Rückkehr zu den Prinzipien der Bismarckschen Wirtschaftsära. as Ziel der Bismarckschen Politik war, dem ostelbischen Junkertum seine rtschaftliche und damit zugleich seine politische Machtstellung im neugeeinigten utschen Reiche preußischer Nation zu erhalten und die industrielle Entwickig, die sich nun einmal nicht aufhalten ließ, in ein solches handelspolitisches leise zu drängen, daß sie dem ganz- und halbfeudalen Grundbesitz nicht über i Kopf wachse. Zwischen den Großindustriellen und dem Junkertum sollte e gewisse zoll- und profitpolitische Interessenkoalition erhalten bleiben. Deslb vereinigte Bismarck zu Ende der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts Schutzzöllner des agrarischen wie industriellen Lagers zu einer gemeinsamen llphalanx und begründete auf dieser seine reaktionäre Wirtschaftspolitik — iktionär vor allem in der Hinsicht, als ihr ausgesprochener Zweck war, mögjst die wirtschaftliche Basis zu erhalten, auf der, wenn auch nicht ausließlich, so doch hauptsächlich der politische Einfluß des Junkertums in Preußen d damit auch des weiteren im neuen Deutschen Reiche ruht.

Der zugleich verschiedenen großindustriellen Branchen, namentlich der Eisen-, aschinen- und Textilindustrie, eingeräumte neue Zollschutz wurde von Bismarck ineswegs unter dem Gesichtspunkt einer Förderung des Industrialismus be-

trachtet; er galt ihm lediglich als ein Hilfsmittel zur Durchsetzung der agra-
rischen Zollforderungen. Ohne Mitwirkung der großindustriellen schutzzöllne-
rischen Kreise ließ sich leider die neue Wirtschaftspolitik nicht durchführen
Soweit neben dem Hauptmotiv, der Erhaltung des ostelbischen Großgrundbesitze
als wirtschaftlichem und politischen Faktor im Staatsleben, noch andere Gründ
Bismarcks Politik bestimmten, bestanden diese nicht in der Stärkung der indu-
striellen Entwicklung, sondern der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches
der Herabsetzung der Matrikularbeiträge, das heißt der Verminderung des Ein-
flusses der süddeutschen Staaten auf den Reichshaushalt, und ferner der Be-
schaffung von neuen Mitteln für die geplante Verstärkung der Friedenspräsen
des Heeres nach dem damals bevorstehenden Ablauf des Septennats.

Tatsächlich erlangte in der neuen schutzzöllnerischen Interessenkoalition, di
im Juli 1879 dem neuen Zolltarif im Reichstag zur Annahme verhalf, den
auch alsbald der agrarische Flügel ein stetig wachsendes Übergewicht, und er wußt
in den Jahren 1884 und 1886 weitere beträchtliche Zollerhöhungen auf land
wirtschaftliche Produkte durchzusetzen. Im Zolltarif von 1879 hatte zunächst de
Zoll für Weizen, Roggen und Hafer 1 Mark, für Gerste 50 Pfennig pr
Doppelzentner betragen; 1884 wurden die Sätze für Weizen und Roggen au
3 Mark, für Hafer und Gerste auf 1,50 Mark pro Doppelzentner erhöht un
1886 für die beiden Brotgetreidearten auf 5 Mark, für Hafer auf 4 Mar
für Gerste auf 2,25 Mark.

Wenn es jedoch auch keineswegs in der Absicht Bismarcks und der Agrarie
gelegen hatte, durch den neuen Zolltarif die industrielle Entwicklung zu förder
seine Wirkung lief darauf hinaus. Zwar ist es lächerlich, die Zunahme de
industriellen Produktion in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts aus
schließlich auf das Konto der Zollgesetzgebung zu setzen. Es läßt sich nach
weisen, daß in den beiden Jahrzehnten vorher trotz der Kriege von 1864, 186
und 1870/71 die industrielle Entwicklung sich noch rascher vollzogen hatte; abe
ein gewisser stimulierender Einfluß auf den Export ist unverkennbar. D
neuen Zölle sicherten der Industrie nicht nur die Herrschaft auf dem deutsche
Markte, sondern zugleich erhöhte Preise und Profite; und gestützt auf die
„besseren Erträge“ begannen alsbald einzelne Branchen ihre Ausfuhr nach de
industriell zurückgebliebenen Nachbarländern mehr und mehr zu forcieren.

Dem Bedürfnis der deutschen Industrie nach Erweiterung ihres ausländische
Absatzgebietes standen jedoch die hohen Zölle der Nachbarstaaten auf deutsch
Industrieartikel hindernd entgegen, war doch die zollpolitische Schwenkung, d
1879 Deutschland vollzogen hatte, auf die Wirtschaftspolitik der übrigen Staate
des europäischen Kontinents keineswegs ohne Einfluß geblieben. Auch i
diesem war inzwischen die schutzzöllnerische Strömung zum Durchbruch gelang
So ergaben sich, als zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhundert
eine Anzahl der bisherigen Handelsverträge ablief, welche die europäische
Staaten unter sich abgeschlossen hatten, und eine Neuordnung der zollpolitische
Beziehungen Deutschlands zu verschiedenen dieser Länder nötig wurde, zw
Wege für die deutsche Wirtschaftspolitik. Entweder wurde die bisherige Richtun
des „Schutzes der Landwirtschaft“, weiterverfolgt, dann war die Folge, da
die Agrarstaaten Europas sich noch mehr durch Zollerhöhungen gegen de
deutschen Industriewarenexport abschließen würden; oder aber der deutsche
Industrie wurde der Absatz nach dem Ausland erleichtert, das heißt es wurde
die fremden Staaten veranlaßt, ihre Zölle auf deutsche industrielle Expor

artikel zu ermäßigen — dann mußten aber unbedingt diesen Ländern insofern Gegenzugeständnisse gemacht werden, als ihnen die Einfuhr ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in das deutsche Zollgebiet erleichtert wurde. Graf Caprivi, der inzwischen an die Stelle Bismarcks getreten war, wählte den letzteren Weg, indem er von dem Gesichtspunkt ausging, die Förderung der industriellen Entwicklung und des Industriewarenexports sei eine Notwendigkeit für Deutschland, da seine landwirtschaftliche Produktion die schnell zunehmende Bevölkerung nicht zu ernähren vermöge; wenn der deutsche Warenexport gehemmt werde, müsse das deutsche Reich im steigenden Maße Menschen exportieren.

Die neuen Verträge, die zu Anfang der neunziger Jahre unter Caprivis Regime zustande kamen, bedeuteten in zweifacher Hinsicht eine Änderung der bisherigen Handelspolitik: erstens insofern, als das System der bloßen Meistbegünstigung, das den vertragschließenden Teilen nur das Recht sicherte, nicht ungünstiger gestellt zu werden als andere Staaten, das aber jedem der Vertragsstaaten das Recht frei ließ, nach eigenem Belieben seinen Zolltarif zu ändern, aufgegeben und dafür die Bindung (Unabänderlichkeit) der ermäßigten Zollsätze bis zum Ablauf der Verträge — in diesem Fall bis zum Schlusse des Jahres 1903 — festgesetzt wurde; zweitens insofern, als das leitende Prinzip der Bismarckschen Handelspolitik durch das der Erleichterung des deutschen industriellen Exports ersetzt wurde.

Der Hauptcharakterzug der sogenannten Caprivischen Verträge, die mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien, Serbien und schließlich auch nach einem kurzen Zollkrieg mit Rußland abgeschlossen wurden, besteht denn auch in dem Eintausch fremder Zollherabsetzungen auf deutsche Ausfuhrartikel, speziell auf Erzeugnisse der deutschen Eisen-, Leder-, Papier-, Elektrizitäts-, Maschinen-, Textil- und chemischen Industrie gegen Ermäßigungen der bisherigen deutschen Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte. So wurden zum Beispiel die deutschen Zölle für Weizen und Roggen von 5 Mark vertragsmäßig auf 3,50 Mark pro Doppelzentner, für Hafer von 4 auf 2,80 Mark, Gerste von 2,25 auf 2 Mark, Mais von 2 auf 1,60 Mark, Bohnen, Erbsen, Linsen von 2 auf 1,50 Mark, Hopfen von 20 auf 14 Mark herabgesetzt. Ferner erfuhren die Zölle auf Vieh, sowie Bau- und Nutzholz Herabsetzungen um 15 bis 25 Prozent. Dieser Charakter der damaligen Verträge: ihre Hinwegräumung eines Teils der bislang die deutsche Ausfuhr hemmenden fremden Zollschranken und Ermäßigung der deutschen Einfuhrzölle auf die Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande, bestimmte auch die sozialdemokratische Partei für sie im Reichstag einzutreten.

Die neuen Verträge, die jetzt im Reichstage zur Annahme gelangt sind, bedeuten ein prinzipielles Verlassen dieser handelspolitischen Bahn, eine Rückkehr zu den „bewährten Traditionen der Bismarckschen vaterländischen Wirtschaftspolitik“, wie die landbündlerische Presse diese Rückkehr in das frühere Geleise nennt. War die Tendenz der Caprivischen Handelspolitik die Herabsetzung der Lebensmittelzölle und Eröffnung eines sicheren Absatzgebietes für die deutschen exportierenden Industriebranchen, so ist umgekehrt das Ziel der neuabgeschlossenen Handelsverträge die Sicherung des einheimischen Marktes für die deutsche Agrarproduktion auf Kosten der deutschen Industrie und der in dieser beschäftigten Arbeiter.

Die Ermäßigung der Lebensmittelzölle, die zu anfang der neunziger Jahre die Caprivischen Verträge brachten, werden durch die neuen Tarifverträge nicht

nur rückgängig gemacht, sondern es werden die betreffenden Zölle noch weit über das Niveau hinaufgeschraubt, das sie vor 1891 hatten; während andererseits die deutsche Exportindustrie nicht nur viele der Vorteile verliert, die sie 1891 bis 1894 erlangt hatte, sondern noch eine Reihe weiterer, teilweise direkt prohibitiv wirkender Zollerhöhungen mit in den Kauf nehmen muß. Es ist nichts als Sophisterei, wenn liberale Blätter im Dienste gewisser Interessenkreise behaupten, die neuen Verträge seien nur eine Fortsetzung der alten, und wer für die früheren Tarifverträge eingetreten sei, müsse konsequenterweise auch für die neuen stimmen. Richtig ist an dieser Deduktion nur, daß die alten wie die neuen Verträge zur Gattung der sogenannten Tarifverträge gehören; aber die Tendenzen und Ziele sind völlig verschieden. Die neuen Verträge bedeuten nicht nur eine Belastungsvermehrung des Lebensunterhalts der Arbeiterklasse, sondern zugleich eine Aufopferung der Exportinteressen der deutschen Industrie.

In den letzten fünf Jahren vor dem Abschluß der Caprivischen Verträge betrug der deutsche Einfuhrzoll für Brotgetreide 5 Mark pro 100 Kilogramm. Durch die neuen Verträge wird dieser Satz nicht nur wiederhergestellt, sondern für Weizen sogar auf 5,50 Mark erhöht. Der Zollsatz für Hafer, der vor 1892 4 Mark, dann durch den Vertrag mit Österreich auf 2,80 Mark herabgesetzt wurde, steigt auf 5 Mark. Für Weizen- und Roggenmehl erhöht sich der Vertragszollsatz von 7,30 auf 10,20 Mark. Betreffs der Gerste, die bisher einheitlich zum Satz von 2 Mark pro Doppelzentner verzollt wurde, ist eine Unterscheidung in Brau- und Futtergerste eingeführt; für die schwerere, meist aus Österreich-Ungarn eingeführte, zur Malzbereitung benutzte Gerste im Gewicht von mindestens 65 Kilogramm pro Hektoliter erhöht sich der Zollsatz von 2 auf 4 Mark, für Futtergerste ermäßigt er sich von 2 auf 1,30 Mark. Dementsprechend steigt auch der vertragsmäßig festgesetzte Malzzoll von 3,60 auf 5,75 Mark. Ebenso erhöht sich der Vertragssatz für Hopfen von 14 auf 20 Mark, für Mais, der meistens in Deutschland als Viehfutter verwendet wird, von 1,60 auf 3 Mark, für Kohl, der bisher frei in das Zollgebiet eingeführt werden konnte, auf 2,50 Mark, für feine Gemüse (zum Beispiel Artischocken, Rhabarber, Spargel usw.) von 4 auf 10 Mark. Gewöhnliches Obst, als Äpfel, Birnen, Quitten, Pflaumen, von denen bisher nur in getrocknetem Zustande ein Zoll erhoben wurde, muß künftig je nach der Qualität (der Art der Verpackung) mit 2 bis 5 Mark verzollt werden. Ferner sind für Butter, Margarine, mehrere Käsesorten die bisherigen Vertragszölle um 25 bis 33¹/₃ Prozent erhöht.

Noch bedeutender sind die Erhöhungen der Viehzölle. Die durch den 1891 mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Vertrag festgesetzten und infolge der Meistbegünstigungsklausel auch den anderen Agrarstaaten eingeräumten Vertragszölle betrugen bisher für: Ochsen 25,50 Mark, Bullen und Kühe 9 Mark, Jungvieh 5 Mark, Schweine 5 Mark pro Stück. In dem am 19. November 1901 dem Reichstag zugegangenen Zolltarifentwurf der Regierung wurden folgende Erhöhungen vorgeschlagen: Ochsen = 12 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht, Bullen und Kühe = 25 Mark pro Stück, Jungvieh 15 Mark pro Stück, Schweine = 10 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht. Die Zollwuchermehrheit des Reichstags setzte den Zoll für alle Vieharten ohne Unterschied auf 18 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht hinauf. Durch den neuen Vertrag mit Österreich wird der Zollsatz für Rindvieh auf 8 Mark, für Schweine auf 9 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht erhöht. Rechnet man für Ochsen ein Durch-

chnittsgewicht von 6, für Bullen und Kühe von 4, für Jungvieh von $2^1/_2$ und für Schweine von $1^1/_2$ Doppelzentnern, dann ergibt sich folgendes Verhältnis der neuen zu den bisherigen Vertragszöllen:

	Neuer Vertragszoll pro 100 kg Lebendgewicht		Alter Vertragszoll pro 100 kg Lebendgewicht
Ochsen	8 Mark	Ochsen	4,25 Mark
Kühe	8 "	Kühe	2,25 "
Jungvieh	8 "	Jungvieh	2,— "
Schweine	9 "	Schweine	3,33 "

Die neuen Vertragssätze sind also um ein Mehrfaches höher als die bisherigen, für Kühe und Jungvieh sogar höher als die von der Regierung in ihrem Tarifentwurf vorgeschlagenen allgemeinen Sätze; denn diese forderten für Kühe und Bullen nur 25, für Jungvieh 15 Mark pro Stück, der neu festgesetzte Vertragszoll stellt sich dagegen auf 32 beziehungsweise 20 Mark pro Stück.

Den Hauptvorteil von dieser Rückkehr zur Bismarckschen „vaterländischen Wirtschaftspolitik" hat der Großgrundbesitz der östlichen preußischen Provinzen. Die Zollerhöhungen auf Getreide kommen in erster Reihe ihm zugute, denn der mittlere und kleine Bauer West- und Süddeutschlands produziert nur wenig Getreide zum Verkauf, sondern meist nur für den Bedarf seiner eigenen Wirtschaft, häufig kauft er sogar beträchtliche Mengen von Getreide hinzu. Selbst von den erhöhten Zöllen auf Rind- und Schafvieh hat im ganzen der östliche Großgrundbesitzer einen größeren Nutzen. Nach dem Umfang der landwirtschaftlich benutzten Fläche berechnet, ist zwar die Rindviehzucht in manchen Teilen Bayerns, in Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen beträchtlich stärker als im Osten des Reiches; aber der Nutzen kann nicht, wie dies oft geschieht, nach dem Verhältnis der Viehzahl zur landwirtschaftlich benutzten Fläche berechnet werden, sondern nur nach dem Verhältnis der Viehzahl zum Betriebskapital. Wenn ein Grundbesitzer im Osten auf seinem Gute von 500 Hektar 150 Stück Rindvieh hält, zwanzig badische Bauern mit einem Gesamtbesitz von ebenfalls 500 Hektar aber 200 Stück, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß von einer Viehpreissteigerung durch Zölle die zwanzig Bauern einen um $33^1/_3$ Prozent höheren Nutzen haben müssen. Der Wert ihrer zwanzig Güter ist vielleicht nicht nur um $33^1/_3$, sondern um mehr als 100 Prozent höher als der des großen Gutes im Osten. Und weiter kommt in Betracht, daß die Großgrundbesitzer der östlichen Provinzen meistens die erforderlichen Futtermittel im eigenen Betrieb produzieren, während die westlichen Viehzüchter vielfach große Mengen hinzukaufen müssen.

Zudem aber kann die Lage nur im Zusammenhang mit den von der Regierung auf Grund des Viehseuchengesetzes verfügten Grenzsperrmaßnahmen gegen die fremde Vieheinfuhr beurteilt werden. Nun ist aber die Einfuhr von Rindvieh aus Rußland, den Balkanstaaten, Dänemark, Schweden und Norwegen, Großbritannien und Amerika in die östlichen Provinzen gänzlich verboten und aus Österreich-Ungarn nur unter sehr erschwerenden Bedingungen gestattet, die, ganz abgesehen von den hohen Transportkosten, auch die Einfuhr von dort völlig ausschließen. Und dasselbe gilt für die Schweineeinfuhr. Auch gegen diese sind die östlichen Provinzen abgesperrt bis auf ein Kontingent von 1360 Stück pro Woche, das über die russische Grenze zur Abschlachtung in Oberschlesien eingeführt werden kann: eine Zahl, die durch den neuen Vertrag

mit Rußland auf 2500 Stück erhöht wird. Das Interesse der östlichen Groß-grundbesitzer an den erhöhten Viehzöllen besteht denn auch nicht in der Verhinderung der fremden Einfuhr in ihr Marktgebiet, sondern in der Erhöhung der Preise auf den Viehmärkten Mitteldeutschlands, um diese mit größerem Vorteil beschicken zu können. Dagegen ist Süddeutschland keineswegs im gleichen Maße gegen die fremde Einfuhr geschützt. Trotz aller Einfuhrbeschränkungen und sogenannter sanitärer Abwehrmaßregeln sind zum Beispiel im Jahre 1903 immerhin noch aus Österreich 88758 Ochsen, 83601 Kühe, 70091 Stück Jungvieh und 5902 Stiere im Gesamtwert von ungefähr 93 Millionen Mark in Süddeutschland eingeführt worden.

Als Entgelt für ihre Anerkennung des von der deutschen Regierung betriebenen Agrarschutzes stellten die fremden Staaten natürlich in den Vertragsverhandlungen die Forderung, daß die deutsche Regierung ihnen zum Ausgleich einen stärkeren Schutz ihrer einheimischen Industrie konzediere, das heißt daß sie in die Erhöhung der Vertragszölle auf die von Deutschland ausgeführten Industrieartikel willige — und die deutschen Unterhändler, denen nach offizieller Ankündigung als Leitprinzip für die Verhandlungen die Durchsetzung „möglichster Steigerung des Schutzes der landwirtschaftlichen Produkte“ mit auf den Weg gegeben worden ist, haben, um dem ostelbischen Junkertum möglichst hohe Agrarzölle herauszuschlagen, bereitwillig die von den Vertragsstaaten verlangten Abwehrzölle gegen die Konkurrenz der deutschen Exportindustrie akzeptiert. Nur die mit Italien und Belgien abgeschlossenen Tarifverträge halten sich, wenn auch selbst sie manche Zollerhöhungen aufweisen, ungefähr auf dem Zollniveau der bisherigen Verträge; alle übrigen Staaten, vornehmlich Rußland, Österreich-Ungarn und die Schweiz haben beträchtliche, in einzelnen Fällen sogar direkt prohibitiv wirkende Erhöhungen ihrer Einfuhrzölle auf deutsche Industriewaren durchgesetzt.

Sofort nach Annahme des neuen deutschen Generalzolltarifs schritten die meisten der Staaten, mit denen Deutschland in den Jahren 1891—1894 Tarifverträge abgeschlossen hatte, zur Herstellung neuer „Verhandlungstarife“, voran die russische Regierung, die ja nicht erst lange mit den verschiedenen Wirtschaftsgruppen eines Parlamentes zu feilschen brauchte. Sie erhöhte einfach in ihrem neuen autonomen Zolltarif die wichtigsten Industrieartikel, die aus Deutschland in das Zarenreich eingeführt werden, um 25 bis 50 Prozent, in manchen Fällen noch um mehr, und fügte ferner die speziell gegen den deutschen Export gerichtete Bestimmung hinzu, daß verschiedene Warengruppen, vornehmlich Erzeugnisse der Eisen- und Maschinenindustrie, wenn sie über die westliche (das heißt deutsche) Landesgrenze eingehen, 20 prozentige Zollzuschläge zahlen müssen. Von diesem neuen russischen Zolltarif haben die deutschen Unterhändler nur den 20 prozentigen Zuschlag heruntergehandelt, allerdings auch noch nicht in allen Fällen. Die Ermäßigungen, die sie vom autonomen Tarif erwirkt haben, sind höchst spärlich und gering, so daß die neuen Vertragszölle Rußlands auf deutsche Gußeisenfabrikate und bessere Stahlwaren durchweg um 100 Prozent, für Werkzeuge und Messerwaren um 15 bis 50 Prozent, Maschinen für die Metall-, Holz-, Papierindustrie um 100 Prozent, Dampfmaschinen, Lokomobilen usw. um 50 Prozent, elektrische Maschinen und Apparate meist um 33 Prozent höher sind als die bisherigen Zollsätze. Ebenso sind die Zollsätze für chemische und pharmazeutische Produkte vielfach um 50 bis 100 Prozent erhöht, in einzelnen Fällen sogar bis

ı 300 Prozent; ferner, wenn auch meist nur um 10 bis 25 Prozent, für Wolle und Holzwaren.

Dasselbe gilt für Österreich-Ungarn, dessen Einfuhrzölle auf Produkte der eutschen chemischen Industrie vielfach um 50 bis 100 Prozent, für Leder und ederwaren um 20 bis 50 Prozent, für die besseren Erzeugnisse der Eisen- und stahlindustrie um 20 bis 40 Prozent erhöht worden sind. Auch für manche extilfabrikate haben die österreichischen Unterhändler bedeutende Zollerhöhungen urchgesetzt, zum Beispiel für feine sowie gebleichte und gefärbte Garne, für ollene und baumwollene Wirk- und Strumpfwaren, Spitzen und Stickereien, sammete, Posamentier- sowie für verschiedene Seiden- und Halbseidenwaren. elbst der Schweiz haben von der deutschen Regierung bedeutende Zoll-höhungen auf deutsche Industrieartikel eingeräumt werden müssen, vornehmlich uf Maschinen, Baumwoll-, Flachs-, Hanf- und Jutegewebe, und vor allem uf die Fabrikate der Konfektionsindustrie.

Es ist ganz zweifellos, daß die Ausfuhr der betreffenden deutschen Industrie-weige nach Rußland, Österreich-Ungarn und der Schweiz teils erschwert, teils st ganz inhibiert wird. Dennoch ist es nicht richtig, wenn die liberale Presse erkündet, am schwersten litte unter den neuen Zollverhältnissen die Industrie, as heißt die Großindustriellen. Der Volksteil, der am schwersten an der Last es neuen handelspolitischen Kurses zu tragen hat, ist die Industriearbeiter-haft. Es läßt sich fast zahlenmäßig nachweisen, daß auch verschiedene Kreise er deutschen Industriellen bedeutenden Vorteil von den neuen Verträgen haben erden. Es sind das die Kreise, die nur in ganz geringem Maße nach den enannten drei Ländern exportieren oder für deren Fabrikate die fremden Zölle ur wenig erhöht worden sind, während andererseits die neuen deutschen Ein-hrzölle auf diese Artikel derartig gesteigert worden sind, daß durch sie die emde Zufuhr vom deutschen Inlandsmarkt ferngehalten und den betreffenden abrikanten die Möglichkeit geboten wird, diesen völlig zu monopolisieren. Wird esen Industriellen vielleicht auch der Absatz nach dem Ausland etwas er-hwert, so gestatten ihnen doch andererseits die erhöhten Industriezölle des euen deutschen Zolltarifs, besonders soweit die betreffenden Branchen in yndikaten und Kartellen organisiert sind, künftig die *Preise für ihre rtikel auf dem Inlandsmarkt noch höher zu halten als bisher ıd sich also gewissermaßen an den auf dem einheimischen Markte zielten Mehrprofiten für die Ausfälle des Exportgeschäftes zu tschädigen.*

Zu diesen Branchen gehören der größere Teil der Hütten- und Walzwerk-dustrie, die feinere Baumwollgarne herstellenden Spinnereien, die Fabrikation nerer Schuhwaren, einzelne Zweige der Holzindustrie (namentlich der Möbel-dustrie) usw. Der deutsche Zoll auf verschiedene Erzeugnisse der Walzwerks-dustrie, zum Beispiel, Röhren, Walzen, Eisenstäben, Blechen, Draht ist um bis 70 Prozent erhöht, während die entsprechenden russischen und öster-chischen Zollerhöhungen nur 10 bis 40 Prozent betragen. Überdies aber hat r deutsche Versand dieser Artikel nach beiden Ländern verhältnismäßig geringe deutung. Für diese Industriezweige überwiegen die Vorteile aus den neuen erträgen die Nachteile. Ferner aber unterhalten manche Industriegruppen, m Beispiel die oberschlesische Eisenindustrie und fast sämtliche größeren deutschen ektrizitätsgesellschaften, Filialbetriebe in Rußland Österreich-Ungarn und mänien, an deren Rentabilität sie meist mehr interessiert sind als am deutschen

Export. Und zu diesen Interessentengruppen gesellt sich die deutsche Bankfinanz die bedeutende Kapitalien in Industrieunternehmungen der genannten Länder angelegt hat.

Aus diesen wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt sich denn auch, daß die sogenannten liberalen Parteien des Reichstags bis auf die süddeutschen Volksparteiler und einige Freisinnige trotz aller Angriffe schließlich doch für die neuen Handelsverträge gestimmt haben. Selbst die Freisinnige Vereinigung hat nicht standgehalten.

Bevor noch der Inhalt der Verträge bekannt war, ja noch ehe die meisten Verträge abgeschlossen waren, begann schon in der Presse das versteckte Plädoyer dieser Interessenkliquen für die Annahme der neuen Verträge, zunächst im „Berliner Börsen-Courier“ und der „Magdeburger Zeitung“, denen sich dann alsbald die „Weser-Zeitung“, das ehemalige Eugen Richtersche Organ, die „Freie Deutsche Presse“, die „Freihandels-Korrespondenz“, die „National-Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und verschiedene andere ehrsame Bank- und Handelsblätter anschlossen.

Als Motiv wurde allerdings nicht das eigene wirtschaftliche Interesse genannt — das wäre gar zu materiell erschienen — sondern die Rücksicht auf Deutschlands Handelsstellung inmitten der europäischen Staaten, das Verlangen des Handels nach Ruhe, der lähmende Einfluß der unsicheren Lage auf das Wirtschaftsleben usw., ganz besonders aber die lächerliche Behauptung, die Regierung werde, wenn die neuen Verträge nicht angenommen würden, den Generalzolltarif vom Dezember 1902 in Kraft setzen.

Alle diese Vorteile der Industrie, richtiger Industriellen, sind aber für die Arbeiterschaft Nachteile. Die neuen Verträge bedeuten für sie nicht nur eine neue Zollbelastung und Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, sondern zugleich eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Die Hinderung und Einschränkung des industriellen Exports führt notwendigerweise zu einer Einschränkung der Fabrikationstätigkeit in den betreffenden Industriezweigen; und wenn der in Kartellen und Syndikaten organisierte Großindustrielle dafür in der stärkeren Ausbeutung des monopolisierten Inlandsmarktes Ersatz, vielleicht sogar Nutzen findet, für den Arbeiter bedeutet diese Entschädigung seines „Arbeitgebers“ eine neue Belastung seines Lebensunterhaltes. Zu der Verteuerung der Lebensmittel durch die Agrarzölle tritt die Verteuerung der Industrieartikel durch die Preispolitik der Syndikate. Und daß die neuen Vertragszölle auf der einen Seite das Syndikatswesen, auf der anderen Seite die Errichtung deutscher industrieller Filialbetriebe im Ausland, die Heranziehung fremder Konkurrenz durch deutsche Unternehmer, mächtig fördern wird, ist zweifellos. Und zu diesen wirtschaftlichen Nachteilen kommt ein politischer. Die neuen Verträge verbessern die wirtschaftliche Lage des ostelbischen Junkertums und damit zugleich die Basis, auf der zum wesentlichen Teile der reaktionäre Einfluß auf die Gesetzgebung Preußens und Deutschlands beruht. Der politische Übermut, mit dem neuerdings wieder die edlen Glieder der -Itze, -Plitze und -Witze auftreten, zeigt deutlich, wie neugekräftigt sie sich fühlen.

Wie Graf Posadowsky am letzten Verhandlungstage im Reichstag offen eingestand, besteht in dieser Wirkung, in der Stärkung der junkerlichen Position sogar der Hauptzweck, den die Regierung mit den neuen Verträgen verfolgt. Das deutsche Volk, behauptete er, hätte das radikalste Wahlrecht der Welt und in keinem anderen Lande drängten die unteren Schichten in gleichem Maß

nach Verbesserung ihrer äußeren Lage. Dadurch sei ein Drängen und Treiben im politischen Leben Deutschlands zur Geltung gekommen, das paralysiert werden müsse. „Gegenüber diesem rastlosen Gange der politischen Maschine,“ erklärte nach dem Parlamentsbericht der Herr Staatssekretär, „bedarf jeder Staat eines politischen Gegengewichtes. Dieses politische Gegengewicht, dessen wir in Deutschland unter allen Umständen bedürfen, sehen wir in der deutschen Landwirtschaft, die der beste Anker unseres Staates ist. Deshalb haben wir ein Interesse, Agrarpolitik zu treiben, und treiben sie.“

Verteuerung der Lebensmittel und Industriewaren, Verminderung der Arbeitsgelegenheit und Stärkung der Junkerherrschaft: das ist der Erfolg des hehren „Werkes zum Segen des Vaterlandes“, als welches Bülow in der denkwürdigen Nacht des 13. Dezember 1902 die Zolltarifreform gepriesen hat.

Der Bittgang des Proletariats.

Von **Rosa Luxemburg.**

Nichts ist so geeignet, unser Denken nach allen Richtungen hin mit einem Schlage von den beengenden Fesseln der Schablone zu befreien, wie eine revolutionäre Periode. Die wirkliche Geschichte ist, wie die schaffende Natur, viel bizarrer und reicher in ihren Einfällen als der klassifizierende und systematisierende Pedant.

Als die erste Kunde von dem Bittgang der Petersburger Arbeiterschaft an den Zaren nach dem Ausland kam, da erweckte sie allgemein sehr gemischte und zweifellos bedrückte Gefühle. Ein seltsam Bild primitiver Naivität mit einem tragisch-großen Zuge zugleich, umflort von mystischem, fremdem und befremdendem Schleier, bot sich da dem realistischen Auge des nüchternen Europäers, der über die verhängnisvolle Verblendung eines ganzen Volkes bedauernd den Kopf schüttelte. Erst das Auffahren der Kanonen auf dem Wassili-Ostrow, erst der buchstäblich „blutige“ Ernst, mit dem der seltsame Pilgerzug vom Zarismus aufgenommen wurde, hat uns an Paris, an die Barrikaden, an ganz moderne westeuropäische Reminiszenzen gemahnt. Und vollends waren wir beruhigt, daß es sich nicht um eine orientalische Karawane, sondern um eine moderne proletarische Revolution handelte, als wir vernahmen, daß in allen anderen Städten Rußlands die Erhebung die landläufige Form des Generalstreiks, dazu mit massenhafter Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter, annahm. Bei aller Hochachtung für die besagten Flugblätter wäre es jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, wollten wir uns einbilden, daß erst durch sie das revolutionäre Moment in die Bewegung hineingetragen wurde. Auch in der russischen Revolution, die soeben von uns erlebt wird, ist es der Sozialdemokratie als Aufgabe zugefallen, die revolutionäre Seite der proletarischen Erhebung bloß zu formulieren, zum klaren Ausdruck zu bringen, sie aus den Schalen einer elementaren Eruption zu befreien. Der revolutionäre Kern steckte in den Ereignissen von vornherein — so gut in den mit Windeseile verbreiteten Generalstreiks wie in dem Bittgang des Petersburger Proletariats selbst.

Die Illusion, daß an den politischen Mißständen im Lande eigentlich ein „Mißverständnis“ zwischen dem Monarchen und dem Volke schuldig sei, das

durch ein systematisches Intrigenspiel der „Berater“ der Krone und der ganzen Hofkamarilla geschürt und erhalten werde, die sich zwischen das Volk und den irregeleiteten Fürsten schieben, diese Illusion braucht gar nicht als ein exotisches Gewächs der eigentümlichen Verhältnisse Rußlands und seines mystischen Halbdunkels betrachtet zu werden. Wir in Deutschland haben es ganz speziell nicht nötig, weit in der Welt herumzustreifen, um ein analoges Beispiel zu finden. Ist es doch ein altes und ewig neues Requisitenstück aus dem politischen Weisheitsschatz des deutschen Liberalismus, daß er sich und anderen periodisch einredet, die ganze preußisch-deutsche Misere rühre hauptsächlich daher, daß der deutsche Kaiser von seinen Beratern „schlecht informiert“ sei und ihm die Möglichkeit genommen werde, sich mit dem Volke in inniger Fühlung zu verständigen. Daß mit dem „Volke“ in diesem Falle niemand anderer als die freisinnigen Mannen selbst mit ihren vielen Schmerzen über nicht zu den Ämtern zugelassene jüdische Richter und dergleichen Grundübel der sozialen Ordnung gemeint sind, ändert nichts an der tiefsinnigen Idee.

Nun liegt aber ein gewaltiger Unterschied zwischen dem politischen Werte einer solchen Illusion in den Köpfen eines verfallenden liberalen Bürgertums und einer aufstrebenden modernen Arbeiterklasse. Die Theorie vom „irregeleiteten Fürsten“ ist ein vollkommen adäquater politischer Ausdruck derjenigen politischen Aspirationen, die in der Brust des heutigen deutschen Freisinns wohnen. Das bittende Winseln vor dem Throne als Mittel und das altweibische Gemäkel an den kleinen Schönheitsfehlern der besten der Welten, in der wir leben, als Zweck der liberalen Politik, geben zusammen eine vollkommene Harmonie, ein absolutes Gleichgewicht ab, das der genannten Politik hundert Jahre ungestörten Daseins stets mit demselben Erfolg sichert und dem Liberalismus gestattet, immer hoffnungsvoll hinaufzublicken und ewig des himmlischen Taus der kaiserlichen Gnade zu harren, sich indes vom Antlitz jedwedes andere Naß geduldig wischend, das von oben kommt.

Hingegen liegt zwischen der Mythe vom „guten Fürsten“ und den historischen Bestrebungen, den Klasseninteressen des modernen Proletariats ein klaffender Widerspruch. Diejenigen, die sich im ersten Augenblick über die demütig bittende Stellung des Petersburger Volkes entsetzten, womit es feierlich, mit feuchten Augen und des Gekreuzigten Bild in den Händen, zum Zaren wallfahrtete, haben bei dem Schauspiel die Hauptsache übersehen, den Umstand nämlich, daß die demütige „Bitte“ der Volksmasse an den Zaren in nichts anderem bestand, als darin, seine heilige Majestät möge sich gütig mit höchstdero eigenen Händen als Alleinherrscher aller Reußen enthaupten. Es war die Bitte an den Autokraten, der Autokratie den Garaus zu machen, die Bitte an den Wolf, von nun an mit zarten Gemüsen, statt mit warmem Blute fürlieb nehmen zu wollen. Es war das radikalste politische Programm, gekleidet in die Form einer rührenden patriarchalischen Idylle, es war der modernste Klassendrang eines tiefernsten reifen Proletariats, gesteckt in den phantastischen Einfall eines bunten Ammenmärchens. Und eben dieser Widerspruch zwischen dem revolutionären Kern der proletarischen Interessen und der primitiven Schale der Illusion vom „guten Fürsten“ ist es, der den zündenden Funken der Straßenrevolution gebären mußte, sobald er auf die Probe der Wirklichkeit gestellt wurde.

Die Probe aber sollte alsbald gemacht werden. Mit dem ganzen ursprünglichen Ungestüm der Volksmasse in stürmischen Zeiten drängt die Arbeiterschaft

uf die tatsächliche Prüfung ihrer Auffassung, die sie ebenso heilig-ernst nimmt, wie die liberale Bourgeoisie alle ihre politischen Glaubensartikel zynisch-feig ei jeder Gelegenheit im Stiche läßt. Das Petersburger Proletariat macht nit seinem Zarenglauben Ernst und zieht mit erschütternder Einfachheit großer Entschlüsse vor des Autokraten Schloß. Hier stellt es sich aber gleich heraus, aß das Gottesgnadentum, daß die monarchische Idee — sogut in Rußland, wie anderswo — eben ohne die schützende Schirmwand der „schlechten Berater", der Hofkamarilla und des Bureaukratentums, ohne das rettende Halbdunkel, hinter dem es sich vor seinen Landeskindern versteckt, gar nicht existieren ann. Es genügt, daß die erregte Volksmasse auf den formell kindlichen, tatsächlich furchtbaren Gedanken kommt, sich einmal ihren Landesvater von Angesicht zu Angesicht anzusehen und die Mythe vom „sozialen König- oder Kaisertum" verwirklichen zu wollen, damit sich die Begegnung mit eherner Notwendigkeit in einen Zusammenprall zweier Todfeinde, in die Auseinandersetzung zweier Welten, in die Schlacht zweier Zeitalter verwandelt.

Nur die unverwüstliche Borniertheit des heutigen freisinnigen Pöbels kann ch dem Wahne hingeben, als sei an dem revolutionären Ausgang der Episode n der Newa der Umstand schuld, daß der Zar Nikolaus nicht zum Petersburger „Pöbel" gutmütig hinausgegangen war und ihn milde angehört hatte, ls habe lediglich die verkehrte Bewirtung des proletarischen Pilgerzugs mit lauen Bohnen verhindert, daß das ganze Schauspiel in eine echt liberale Posse er Versöhnung des Landesvaters mit seinen lieben Kindern unter beiderseitig usammenfließenden Freudetränen und gegenseitigem Hochlebenlassen, in ein ührseliges „Volksstück", in einen Iffland auslief, wie deren unzählige der eutsche Liberalismus noch seit den denkwürdigen Bürgermeisterstagen der Rotteck in Freiburg anno 1833 und bis auf die jüngsten Tage aufgeführt hat.

Das Schauspiel hat sich nämlich schon einmal in der Geschichte zugetragen, nd zwar spielte sich der Anfang ganz nach dem liberalen Rezept ab. An jenem Oktober 1789, als das Pariser Proletariat, die Weiber voraus, nach Versailles g, um sich seinen dicken Capet nach Paris zu holen und mit ihm ein paar Worte unter vier Augen zu reden, da verlief die Sache anfänglich mit leidchem Wohlanstand und in hübscher Ordnung. Ludwig XVI. gab, wenn auch it etwas bebenden Lippen, die Versicherung, daß er „vertrauensvoll und it Vergnügen" zu seinen lieben Parisern zurückkehren wolle, und bald arauf gab es sogar auf dem Marsfeld eine große Vorstellung gegenseitiger reueide und Ewigkeitsschwüre, die kein Ende nehmen wollten, gleichwie wischen einem verliebten Primaner und einem errötenden Backfisch unter ühendem Fliederstrauch. Und doch verwickelte sich der gutmütige Ludwig sbald so in das idyllisch begonnene Spiel mit dem Volke, daß er im letzten chlusse seinen Speckkopf ganz und gar verlor.

Die russische Revolution hat anders begonnen, kann aber sehr leicht einen hnlichen Ausgang in dieser Hinsicht nehmen. Und man muß es dem kleinen ikolaus und seinen „schlechten Beratern" lassen, daß sie von ihrem Standunkt die Situation viel richtiger eingeschätzt haben als die deutsch-liberalen Winkelkonsulenten des bedrückten Despotismus, und daß sie den gefährlichen evolutionären Inhalt der demütigen Sprache des Petersburger Proletariats el rascher erfaßten als selbst mancher westeuropäische Sozialdemokrat, indem sich entschlossen, gleich auf den ersten Schritt des proletarischen Bittganges it dem letzten Trumpf der Despotie zu antworten.

Wollten die lieben Vettern und Amtskollegen Nikolaus' aus den jüngste Ereignissen etwas lernen, dann wäre es das erste, daß sie — nicht streikend und nüchtern, offen kämpfende, wohl aber solche Arbeiter mit „der schwerste Strafe bis zum Zuchthaus" bedrohen sollten, die sich anmaßen, den Glauben a den „guten irregeleiteten Fürsten" unter dem Volke zu hegen und zu verbreite Aus solchen ketzerischen Irrlehren entstehen dann im geeigneten Augenblick d gefährlichen Einfälle der Volksmasse, den Landesvater von Angesicht zu An gesicht zu informieren und ihn um Verschiedenes zu „bitten", was man ebens ungern gewährt wie das Abschlagen des eigenen Kopfes.

Und wir selbst können unter den vielen Lehren, die sich aus der russische Revolution ergeben, wieder einmal an dem Petersburger Beispiel lernen, i den revolutionären Massenbewegungen den Inhalt aus der oft widerspruchs vollen äußeren Form herauszufühlen, statt sie miteinander zu verwechsel Sollte irgendwo einmal das Proletariat auf die Idee verfallen, spontan vo die verehrten gesetzgebenden Versammlungen und die Regierungsgebäude m dem feierlichen Entschluß zu ziehen, die großmütige Übergabe des politische Staatssteuers von den herrschenden Klassen an die Arbeitermassen höflichst e bitten, andernfalls aber, wie die Petersburger Arbeiter, „lieber sterben zu wollen und sei es mit dem Pfarrer Naumann selbst an der Spitze, dann können w ruhig für die Zwingburgen der kapitalistischen Lohnsklaverei schon jene Plaka anfertigen lassen, die auf dem Platze der erstürmten Bastille prangten: „Hi wird getanzt".

Brentanos Preisrätsel für Marxisten.

Von **K. Kautsky.**

Brentano dürstet nach Belehrung: „Ich möchte heute überhaupt nicht kri sieren, sondern nur um Belehrung bitten"; „Ich wäre dankbar, wenn m erklärt würde"; „Ich würde für eine Belehrung recht dankbar sein" — so ge es fort durch seinen Artikel in der „Nation" (28. Januar: „Ist der Hand an sich Parasit?"). Und zwar verlangt er die Belehrung in erster Linie vo uns Marxisten; der Artikel hat den Untertitel: „Eine Frage an Marxist und andere". Dringend heischt er Antwort von uns — offenbar glaubt e wir wüßten keine zu geben, wir wüßten sein Rätsel nicht zu lösen.

Seiner feinen Spürnase ist es gelungen, wieder einmal unvereinbare Wide sprüche zwischen der Marxschen Wertlehre und verschiedenen Marxschen Au fassungen zu entdecken. Mit triumphierender Zuversicht fordert er uns herau diese Widersprüche aufzuhellen.

Zum Glücke hat er wenigstens insofern Mitleid mit uns, daß er die Grö der Aufgabe, kaum daß er sie gestellt, sofort selbst bedeutend einschränkt. Spric Brentano zuerst von „Marxschen Auffassungen", die vom Standpunkt sein eigenen Wertlehre „unhaltbar erscheinen", so reduziert er sofort diese „Au fassungen" auf eine einzige, nämlich auf die Marxsche „Auffassung vo Handel". Aber auch diese Auffassung wird weiter reduziert auf einen einzig Satz des Marxschen „Kapital", der lautet:

„Da es unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Ge in Kapital, die Bildung von Mehrwert zu erklären, erscheint das Handelskapit unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus d

oppelseitigen Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten urch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann" („Kapital", I, 2. Aufl., . 148).

Dieser Satz ist es, der unseren Professor tief bekümmert und seinen un-illbaren Drang nach Belehrung hervorruft. Was diesem Satze folgt, kümmert n nicht mehr. Und doch zeigen schon die nächsten Worte des „Kapital", daß ie Marxsche „Auffassung vom Handel" keine so einfache war. Marx fährt fort:

„Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Waren-roduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern, die er noch gänzlich fehlt, wo die Warenzirkulation und ihre einfachen Momente unsere nzige Voraussetzung bilden."

Diese Mittelglieder, die den Profit des Handelskapitals nicht als bloße rellerei erscheinen lassen, hat dann Marx ausführlich erörtert, namentlich im itten Bande des „Kapital". Aber das ist unserem Herrn Professor zu weit-ufig. Er erklärt, auch in den primitivsten Zuständen der Warenproduktion, o noch nicht kapitalistisch produziert wird, könnten gleiche Werte auf der Basis s Marxschen Wertgesetzes ausgetauscht werden und dabei ein Profit für den aufmann abfallen. Marx dagegen behauptet, auf dieser einfachen Stufe der arenzirkulation könne der Profit des Kaufmanns nur aus einer Verletzung s Wertgesetzes erklärt werden, durch den Einkauf der Waren unter ihrem erte oder durch ihren Verkauf über ihm.

Man kann sich nichts Sinnreicheres denken als die Beweisführung, durch e Brentano den Marxschen Satz über den Haufen rennt. Sie ist wohl etwas rwickelt, aber es lohnt die Mühe, sich durch sie durchzuarbeiten. Der Leser sse sich daher die Mühe nicht verdrießen. Wir geben sie wörtlich wieder. Sie zwar kein Beweis klassischer Ökonomie, aber ein klassischer Beweis des eoretischen Sinnes der modernen Hochschulökonomie.

„Auch nach der Marxschen Wertlehre", sagt Brentano, „ist dessen Beurteilung s Handelsgewinns unhaltbar. Sie wäre nur dann richtig, wenn die Produktions-ten der Waren, deren Umtausch vermittelt wird, für beide Warenproduzenten die ichen wären; dann aber würde ein Handel gar nicht stattfinden. Ein Beispiel ge das zeigen.

„Nehmen wir den bekannten, von Ricardo gesetzten Fall. Angenommen die oduktion von 1000 Ballen Tuch koste in England 100, die von 100 Tonnen ein 120 Jahresarbeiten; in Portugal koste die Produktion von 1000 Ballen Tuch Jahresarbeiten, die von 100 Tonnen Wein 80 Jahresarbeiten. Es geben also) Jahresarbeiten in England 1000 Ballen Tuch oder 83,34 Tonnen Wein, in rtugal 1111,12 Ballen Tuch oder 125 Tonnen Wein.

Dann sind

1000 Ballen Tuch	in England	= 83,34	Tonnen Wein
	„ Portugal	= 112,4	„ „
100 Tonnen Wein	„ England	= 1199,9	Ballen Tuch
	„ Portugal	= 888,8	„ „

„Ein Kaufmann, der 100 Tonnen Wein in Portugal kauft und in England ver-ift, erhält hier dafür 1199,9 Ballen Tuch, also 311,1 Ballen mehr, als ihm der iche Aufwand an Jahresarbeit in Portugal gebracht hätte. 311,1 Ballen Tuch rden ihn in Portugal 27,9 Jahresarbeiten gekostet haben; indem er portugiesischen in nach England bringt und hier gegen Tuchballen vertauscht, gewinnt er auf) Tonnen exportierten Weins 27,9 Jahresarbeiten. Ein Kaufmann, der 1000 Ballen ch in England kauft und in Portugal verkauft, erhält hier dafür 112,4 Tonnen

Wein, also 29 Tonnen mehr, als ihm der gleiche Aufwand an Jahresarbeit in Eng land gebracht hätte. 29 Tonnen Wein würden ihm in England 35 Jahresarbeite gekostet haben; indem er Tuchballen aus England nach Portugal bringt und hie gegen Wein umtauscht, gewinnt er auf 1000 Ballen exportierten Tuchs 35 Jahres arbeiten. Diesen Gewinn macht er aber weder auf Kosten des englischen Weber noch des portugiesischen Weinbauers, deren Produkte er gegeneinander vertauscht... Der vom Kaufmann erzielte Gewinn ist sein Entgelt dafür, daß er jede de beiden Waren von dem Orte herbeigeführt hat, wo ihre Herstellung am wenigste Jahresarbeiten kostet."

Ich hoffe, unsere Leser haben sich mit gebührender Ehrfurcht vor der tiefe professoralen Weisheit durch dieses Rechenexempel durchgearbeitet. Es werde nicht viele sein, die es nachrechnen werden. Es ist aber auch gar nicht no wendig, denn die ganze Kompliziertheit des Exempels ist völlig überflüssig; e läßt sich viel einfacher darstellen, wenn man einen Faktor in Betracht zieh den Brentano merkwürdigerweise völlig vergessen hat, und der beim Hand die Hauptsache, das Geld. Sein Kaufmann kauft nicht und verkauft nich sondern vertauscht Tuch gegen Wein, als lebte er in der tiefsten Barbarei.

Erheben wir ihn in die Zivilisation und lassen wir ihn mit Geld hantiere: eine Hantierung, die sogar bei königlich bayerischen Professoren vorkomme soll. Nehmen wir an, eine Jahresarbeit liefere einen Wert von 1000 Mar Dann haben wir:

1000 Ballen Tuch	kosten in	England	100000 Mk.
100 Tonnen Wein	„ „	„	120000 „
1000 Ballen Tuch	„ „	Portugal	90000 „
100 Tonnen Wein	„ „	„	80000 „

Der Kaufmann legt 80000 Mark aus, um 100 Tonnen Wein in Portug zu kaufen und nach England zu bringen. Die Frachtspesen rechnen wir, w Brentano = 0; ihre Einrechnung würde die Rechnung komplizieren, ohne a theoretischen Ergebnis etwas zu ändern. Er verkauft die 1000 Tonnen England um 120000 Mark, und verdient so 40000 Mark. Damit begnü er sich aber nicht. Er kauft 1000 Ballen Tuch um 100000 Mark und ve kauft sie in Portugal, jedoch nicht gegen Wein, wie ihn Brentano tun läß sondern gegen Geld. Aber diese Abweichung von der Methode der historisch Schule muß er sofort bitter bereuen. Denn in Portugal gelten die 1000 Ball Tuch nur 90000 Mark. Der famose Kaufmann verliert also bei dieser Tran aktion 10000 Mark. Er ist also freilich kein Parasit, wohl aber ein Nar Wäre er ein getreuer Schüler Brentanos geblieben, hätte er den Handel als Au tausch von Naturalien aufgefaßt, dann hätte er allerdings die Kunst besesse sich durch die verworrenste Rechnerei über diese Narrheit hinwegzutäusche Man mag das auch als „Gewinn" ansehen — aber als „Handelsgewinn" dür es selbst bei der historischen Schule nicht gelten.

Es ist dann auch gar nicht wahr, daß der „vom Kaufmann erzielte Gewi sein Entgelt dafür ist, daß er jede der beiden Waren von dem Orte herb geführt hat, wo ihre Herstellung am wenigsten Jahresarbeiten kostet". De nach Brentanos eigener Annahme kostet nicht bloß der Wein, sondern auch d Tuch in Portugal weniger Jahresarbeit als in England, es müßten also bei Produkte von Portugal nach dem letzteren Lande exportiert werden.

Man glaube aber nicht, hier liege ein Versehen vor. Nein, die Zahlen si aus Ricardos „bekanntem Fall" ganz richtig abgeschrieben. Aber freilich, n

ie Zahlen. Sonst ist der „bekannte“ Fall Ricardos unserem Herrn geheimen ofrat ganz „geheim“ geblieben. Und das ist das Lustige bei der Affäre. ie zeigt, wie unsere Leuchten der Wissenschaft die Klassiker studieren, auf die e mit so großer Verachtung herabsehen.

Brentano gibt nicht an, aus welcher Stelle bei Ricardo er seinen „bekannten all“ entnimmt. Aber es handelt sich ohne Zweifel um jene Ausführungen : dem Kapitel über den „auswärtigen Handel“ (7. Kapitel der „Principles“), : denen Ricardo zeigt, daß ohne diesen Handel eine Arbeitsteilung zwischen en verschiedenen Nationen nicht möglich wäre.

Dort heißt es:

„Nehmen wir an, England sei in solchen Verhältnissen, daß die Jahresarbeit n 100 Menschen erfordert ist, das Tuch herzustellen, und es würde gleichzeitig die ahresarbeit von 120 Menschen nötig sein, wenn es versuchte, den Wein zu produ= eren. England fände es da vorteilhafter, den Wein zu importieren und ihn durch n Export von Tuch zu kaufen.

„In Portugal erfordere die Produktion des Weines nur die Jahresarbeit von Menschen, indes die Herstellung des Tuches 90 Arbeiter während eines Jahres nötigte. Für Portugal wäre es daher vorteilhaft, Wein im Austausch für Tuch exportieren. Dieser Austausch könnte sogar stattfinden, trotzdem die in Portugal ngeführte Ware dort mit weniger Arbeit hergestellt werden könnte, als in England. bwohl es das Tuch mit der Arbeit von 90 Mann produzieren könnte, würde es diese are doch aus einem Lande importieren, wo sie die Arbeit von 100 Menschen er= ischt, weil es für Portugal vorteilhafter wäre, sein Kapital auf die Produktion n Wein anzuwenden und dafür mehr Tuch von England zu erlangen, als es oduzieren könnte, wenn es einen Teil seines Kapitals von der Weinproduktion r Tuchfabrikation zuführte.“

Dies der „bekannte Fall“ Ricardos. Man sieht, Brentano hat aus ihm e Zahlen der Jahresarbeiten für Tuch und Wein getreulich abgeschrieben. ber damit hat die Übereinstimmung der beiden Fälle ihr Ende erreicht.

Vor allem fehlt bei Ricardo völlig die Hauptperson Brentanos, der drollige aufmann, der nach den Grundsätzen teutscher Hochschulweisheit seine Profite durch macht, daß er die Ware um 100000 kauft und um 90000 verkauft. s ist nicht von den Gewinnen der Kaufleute die Rede, sondern von den ewinnen der Produzenten und von der daraus sich ergebenden Gestaltung r Produktion. Der Export von englischem Tuche zu 100 Mark den Ballen ch Portugal, wo es um 90 Mark hergestellt werden könnte, bekommt nun nen Sinn. Dieser Export ist eine Folge davon, daß es für den portugiesischen pitalisten profitabler ist, sich ganz auf die Weinproduktion zu konzentrieren d die Tuchfabrikation völlig aufzugeben, weil die Produktivität der portu= esischen Arbeit, verglichen mit England, in der Weinproduktion weit größer als in der des Tuches; die Überlegenheit Portugals gegenüber England in e Tuchfabrikation beträgt bloß 10 Prozent, in der Weinproduktion dagegen Prozent.

Vergleicht man England und Portugal miteinander, so ist in England die chweberei produktiver als die Weinproduktion, während in Portugal das ngekehrte. Wenn daher ein Handelsverkehr zwischen beiden besteht, wirft sich gland ganz auf die Tuchfabrikation und Portugal ganz auf die Wein= oduktion. Davon ist aber gar keine Rede, daß der Kaufmann seinen Profit durch macht, daß er Tuch in England teuer kauft und in Portugal billig kauft.

Diese letztere Annahme ist reines Fabrikat deutscher Universitätsökonomie – jene Art von Fabrikaten, in denen sich die Überlegenheit ihrer Produktivität am besten äußert und in denen sie daher einen gewinnreichen Handel treibt.

Aber Brentano begnügt sich nicht mit diesem einen Erfolg in seinem Streben, die klassische Ökonomie zu korrigieren und Ricardosche Vernunft in den Unsinn der Enkel zu verwandeln.

Er fährt fort:

„Genau so wie beim Austausch der Produkte von Produzenten, die in verschiedenen Ländern wohnen, verhält es sich beim Austausch der Produkte zweier Produzenten desselben Landes."

Dieser Satz erscheint ihm nach dem vorhergehenden so selbstverständlich, daß er eines Beweises nicht mehr bedarf.

Ricardo dagegen fährt in seinem „bekannten Falle" fort:

„England würde also (im Austausch von englischem Tuche gegen portugiesischen Wein) das Produkt der Arbeit von 100 Menschen für das von 80 hergeben. Ein derartiger Austausch könnte zwischen Individuen desselben Landes nicht stattfinden. Die Arbeit von 100 Engländern kann nicht für die von 80 Engländern gegeben werden, wohl aber das Produkt der Arbeit von 100 Engländern für das Produkt der Arbeit von 80 Portugiesen, 60 Russen, 120 Ostindiern."

Man sieht, der „bekannte Fall" Ricardo ist auch hier nicht gerade „genau so", wie der Fall Brentano, sondern so ziemlich das Gegenteil. Und Ricardo zeigt auch gleich, warum das Wertgesetz im internationalen Austausch nicht so sehr gilt wie innerhalb eines Landes: weil die Wanderung des Kapitals ins Ausland schwieriger ist als innerhalb des Landes aus einem Produktionszweig in den anderen. Die freie Beweglichkeit und Konkurrenz der Kapitalien ist aber die Voraussetzung des Wertgesetzes, das sich dadurch durchsetzt, daß Produktionszweige, die einen Preis erzielen, der über dem Werte steht (respektive dem Produktionspreis, der uns hier nichts angeht), höhere als die durchschnittlichen Profite erlangen und dadurch das Kapital anlocken, was die Produktion steigert, die Zufuhr erhöht und so die Preise senkt. Und umgekehrt bei Produktionszweigen, die nur Preise unterhalb des Wertes erzielen.

Wie in jeder Wissenschaft ist auch in der politischen Ökonomie die wissenschaftliche Erforschung von tiefer liegenden Zusammenhängen nur in der Weise möglich, daß man die Erscheinungen so einfach und rein als möglich, frei von allen störenden Nebenerscheinungen betrachtet. Daher ist es auch in der klassischen Ökonomie wie bei Marx die Regel, bei der Erforschung der einfachsten Gesetze der politischen Ökonomie von der Gesellschaft als einem sich selbst genügenden wirtschaftlichen Organismus auszugehen und von störenden Nebenumständen abzusehen, wie zum Beispiel dem auswärtigen Handel. Nur wer sich dies stets vor Augen hält — was bei einem wissenschaftlichen Kopfe selbstverständlich – wird das „Kapital" verstehen. Es gilt auch von dem oben zitierten Satze über die Rolle des Handels bei einfacher Warenzirkulation. Marx erklärt ausdrücklich, daß dieser Satz voll nur dort wirkt, wo gleiche Werte ausgetauscht werden. Bei auswärtigem Handel erleidet also, soweit dieser das Wertgesetz modifiziert, damit auch der Marxsche Satz über die Rolle des Kaufmanns eine Modifikation.

Wer Marx widerlegen will, muß daher von der Warenzirkulation innerhalb des Landes ausgehen und da die Rolle des Kaufmanns zuerst studieren

lber Brentano gehört zum Glücke der historischen Schule an, die alle Be-
hränkungen ihrer freien Forschung durch den Zwang einer festen Methode
lücklich überwunden hat. Brentano studiert daher die Gesetze des Austausches
er Waren zuerst im auswärtigen Handel, und nachdem er sie mit Berufung
uf Ricardo so erfolgreich festgestellt, wie wir gesehen, erklärt er einfach im
ollsten Widerspruch zu Ricardo: genau so geht's auch beim Austausch von
rodukten im Inland zu. Und er will den Marxschen Satz, daß unter der
eltung des Austausches gleicher Werte bei einfacher Warenproduktion der
aufmannsgewinn nur durch Prellerei möglich ist, dadurch widerlegen, daß er
n Beispiel wählt, bei dem ausdrücklich angenommen wird, der Austausch
leicher Werte sei nicht in Geltung.

Für das Inland erspart er sich jede Beweisführung, dafür macht er uns
ber jetzt mit seiner Werttheorie bekannt. Und das ist allerdings ein großer
ewinn. Denn bisher suchten wir vergebens irgendwo in den Brentanoschen
Werken nach einer Andeutung, welcher Art die Werttheorie sei, auf der Brentano
ine ökonomischen Anschauungen aufbaut. Bisher begnügte er sich damit, uns
nmer wieder zu versichern, die Marxsche Werttheorie sei tot, mausetot, ein
orsintflutliches Petrefakt, an das nur noch einige verknöcherte Dogmatiker
auben. Jetzt erfahren wir endlich einmal auch die lebendige Offenbarung,
e wir an Stelle dieses toten Fetischs zu setzen haben.

Brentano erklärt:

„Der Kaufmann gibt einem jeden derselben (der zwei austauschenden Produ-
nten) soviel Jahresarbeiten im Produkt des anderen, als die Herstellung dieses
rodukts den ersteren kosten würde. Da die Beschaffung vom Kaufmann das
pfer von weniger Jahresarbeit erheischt, als wenn jeder der beiden Produ-
nten das vom Kaufmann bezogene Produkt selbst herstellen würde, bezieht der
aufmann die Differenz als Gewinn, ohne einen der beiden Produzenten zu
nachteiligen."

Dies die neue Wahrheit, die uns Marxisten endgiltig zu Boden schmettert.
ur ein schwacher Trost in unserer Vernichtung dämmert uns auf: Auch die
rentanosche Theorie ist eine des Arbeitswerts. Die zur Herstellung eines
rodukts nötige Arbeitszeit bestimmt auch seinen Wert. Aber wie verfeinert
die Brentanosche Auffassung gegenüber der rohen Marxistischen, die von
ner gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit spricht. Brentano weist
rartige sozialistische Schablonen weit von sich, er ist Liberaler, Individualist
d seine Werttheorie läßt sich auf das ungezwungenste jeglicher individuellen
igenart anpassen.

Der schablonisierende Marx kennt nur einen Wert, Brentano hat von vor-
rein zwei zur Verfügung: Eine Ware wird beim Verkauf an den Kaufmann
messen nach der tatsächlich vom Produzenten zu ihrer Herstellung auf-
wandten Arbeitszeit. Das ist ihr Wert und damit muß der Verkäufer zu-
eden sein. Wenn er ihn bekommt, wird er nicht geprellt.

Wird aber eine Ware vom Kaufmann an den Konsumenten verkauft,
nn wird ihr Wert gemessen nach der Arbeitszeit, die sie diesen gekostet
itte, wenn er sie hätte fabrizieren wollen. Wenn er das dafür gibt, er-
lt er sie zu ihrem Wert, ohne jegliche Prellerei.

Die Differenz aber steckt der Kaufmann in seine Tasche als Wohltäter der
enschheit, der durch sein Dazwischentreten erst die Arbeitsteilung und damit
Steigerung der Produktivität der Arbeit und diese Differenz zwischen dem

Einkaufs- und Verkaufswert geschaffen hat. Wohltaten erweist man eben in der ethischen Ökonomie nicht umsonst.

In der Tat, für einen modernen Ökonomen muß die Sache sonnenklar sein. Aber da ich leider noch immer zu den verknöcherten Dogmenfanatikern gehöre, will sie mir doch nicht ganz einleuchten. Die Frage an die „Marxisten“ sei daher mit einigen Gegenfragen beantwortet.

1. Brentano behauptet, die Marxsche Anschauung vom Handel sei unhaltbar auch vom Standpunkt der Marxschen Werttheorie selbst. Meint er etwa, die eben entwickelte Theorie sei nicht die seine, Brentanos, eigene Werttheorie, sondern eine Darstellung der Marxschen? Wäre das die Marxsche Werttheorie, dann erwiese sich allerdings die Marxsche „Auffassung“ vom Handel als „unhaltbar“, und obendrein das ganze Gebäude des Marxismus.

2. Nach welchem Maßstab wird die Arbeitszeit gemessen, die die Herstellung des Produkts den Konsumenten „kosten würde“? Wie hoch bemißt Herr Professor Brentano etwa die Arbeitszeit, die ihn die Herstellung eines Stiefels „kosten würde“? Und ist diese Arbeitszeit, die die Herstellung des Produkts den es kaufenden Konsumenten „kosten würde“, für alle Konsumenten dieselbe oder berechnet der Kaufmann, zum Beispiel der Schuhhändler, den verschiedenen Konsumenten verschiedene Preise je nach ihrer Fähigkeit, das Produkt selbst zu fabrizieren, etwa einem Professor, der jeder Art Produktion ganz hilflos gegenüber steht, völlig unerschwingliche, dagegen einem Stiefel kaufenden Flickschuster, der zur Not sich ein Paar Schuhe selbst machen könnte, sehr niedrige?

Brentano hat nur das Beispiel des auswärtigen Handels bei Ricardo als Beweis für sein Gesetz des Austauschs angezogen. Dort handelt es sich aber um Arbeitszeiten, nicht von verschiedenen Individuen, sondern von verschiedenen Ländern, also um gesellschaftliche zur Herstellung eines Produkts notwendige Arbeitszeiten; das ist bei gegebenen technischen Bedingungen eine bestimmte Größe. Die Brentanoschen „Arbeitskosten“, die den Konsumenten nicht wirklich kosten, sondern kosten würden, dürften, möchten, könnten, sind etwas ganz anderes, rein imaginäres.

Die Arbeitszeit, die der einzelne Konsument zur Produzierung der Gegenstände seines Konsums selbst gebrauchen würde, erscheint mir aber nicht bloß als eine von Individuum zu Individuum wechselnde, unmeßbare und oft unermeßliche, sondern in der Regel auch eine unmögliche Größe zu sein, denn bei einer einigermaßen weit getriebenen Arbeitsteilung ist es dem Einzelnen ganz unmöglich, die einzelnen Objekte seines Konsums selbst herzustellen; es mangeln ihm alle Vorbedingungen dazu. Wie aber eine unmögliche Arbeit messen?

3. Welcher Wertmaßstab kommt zur Anwendung, wenn zwei Produzenten den Einfall haben, ohne Dazwischentreten des Kaufmanns, direkt ihre Produkte miteinander auszutauschen? Eines ist klar, zwei Wertmaßstäbe können sie nicht gleichzeitig anwenden. Tauschen sie die Waren nach der Arbeit aus, so entweder nach der Arbeit, die die Produzenten wirklich aufwendeten, oder nach der Arbeit, die die Konsumenten aufzuwenden haben würden.

Der erstere Fall würde nichts Neues bieten. Nehmen wir aber den letzteren. Wir müssen natürlich voraussetzen, daß es gelingt, die für den Konsumenten eventuell erforderliche Arbeitszeit festzustellen. Nehmen wir dann zwei Konsumenten an, die direkt miteinander tauschen; der eine, ein Bauer, verlangt Leinwand; er würde zwei Arbeitstage benötigen, um 2 Ellen Leinwand zu fabrizieren; der Weber, der 2 Scheffel Korn braucht, hätte ebenfalls zwei

Arbeitstage nötig, um sie herzustellen. So wird der eine 2 Scheffel Korn und der andere 2 Ellen Leinwand erhalten. Nun aber tritt der Kaufmann zwischen sie und sagt zum Leineweber: Du hast nur einen Arbeitstag gebraucht, um die 2 Ellen Leinwand zu fabrizieren. Der Arbeitstag gilt 2 Mark. Nach Brentano bist du verpflichtet, mir dafür dein Produkt zu geben. In den 2 Scheffeln Korn aber steckt nur ein halber Arbeitstag der Arbeitszeit des Bauern, der Kaufmann zahlt diesem also 1 Mark dafür. Er verkauft aber nach Brentanoschen Grundsätzen die 2 Ellen an den Konsumenten zu 4 Mark und die 2 Scheffel ebenso hoch. Der Leineweber, der beim direkten Austausch 2 Scheffel erhielt, kann jetzt nur 1 kaufen, und der Bauer kann gar nur mehr ½ Elle Leinwand erwerben. Sie haben zwar, da sie von Brentano aufgeklärte Leute sind, das beruhigende Bewußtsein, daß alles nach seinem famosen Wertgesetz ohne Prellerei abging, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß trotz seines neuen Wertmaßstabs beim direkten Austausch ohne das Dazwischentreten des Kaufmanns jeder der Produzenten weit mehr erhielt, und daß es das Produkt ihrer Arbeit ist, womit der Kaufmann sich bereichert.

Ob wir also den Wert der Waren beim direkten Austausch messen nach der Arbeit, die sie den Produzenten kosten, oder nach der, die sie den Konsumenten kosten würden, wir kommen stets zu dem Ergebnis, daß das Dazwischentreten des Kaufmanns bei einfacher Warenzirkulation die Austauschenden verkürzt.

Welchen Wert hat also der Brentanosche Wert, der gemessen wird nach der Arbeit, die ein Produkt den Konsumenten kosten würde? Er ist ein würdiges Seitenstück zu seinem Kaufmann, der sich dadurch bereichert, daß er Waren um 100000 Mark kauft und um 90000 Mark verkauft. Aber es liegt ein tiefer Sinn im kindischen Spiele. Die Brentanosche Theorie ist nichts als die Idealisierung der kapitalistischen Praxis. Diese besteht darin, daß, dank dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, alle Fortschritte der Produktivität der Arbeit, die aus der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgehen, vom Kapital aufgefangen und monopolisiert werden. Brentano behauptet, die Arbeitsteilung, die Grundlage jedes Fortschritts der Produktivität, sei nur möglich durch das Kapital, zunächst das Handelskapital. Weil unter der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln eine weitergehende Arbeitsteilung nicht möglich ist ohne das Dazwischentreten des Kaufmanns, darum läßt er den Kaufmann die Arbeitsteilung schaffen und die Steigerung der Produktivität hervorrufen, die aus ihr hervorgeht. Er sieht nicht, daß der Handel selbst auch nur ein Produkt der Arbeitsteilung und der Steigerung der Produktivität ist, die nicht durch den Handel, sondern durch die Gesamtheit der gesellschaftlichen Entwicklung geschaffen wird.

Nachdem er aber den Fortschritt der Produktivität aus dem Dazwischentreten des Kaufmanns zwischen den Produzenten und den Konsumenten hat hervorgehen lassen, leitet er daraus das Anrecht des Kaufmanns, des Kapitalisten, auf die Früchte dieses Fortschritts ab. Und das ist des Pudels Kern.

Herr Brentano entrüstete sich einmal sehr über „die Frechheit“, mit der Marx in seiner Inauguraladresse aus einer Gladstoneschen Rede den Satz zitierte: „Die berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht“ von 1842 bis 1861 sei „ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt“. In der „Concordia“, dem „Organ des deutschen Fabrikantenbundes“, erklärte er anonym 1872: „Marx hat den Satz formell und materiell hinzugelogen“,

und er warf ihm später, ebenfalls anonym, vor, „die zähe Verlogenheit“ mit der er an dem Zitat festhalte, sei „selbst bei jemandem, dem für sein Umsturzpläne kein Mittel zu schlecht ist, erstaunlich.“ Trotz aller Auf klärungen hat Brentano sich stets geweigert, diese feinen Ergüsse seiner wissen schaftlichen Flegeljahre zurückzunehmen. Er hat sie 1890 wiederholt und schein heute noch stolz darauf zu sein.

Jetzt aber vollführt er „formell und materiell“ die unglaublichsten Kapriolen um eine Theorie zu beweisen, die, wenn sie richtig wäre, jene „berauschend Vermehrung von Reichtum und Macht“, welche durch die Arbeitsteilung bewirk wird, „ganz und gar“ als das Produkt der Kapitalistenklasse erscheinen ließe das beim Austausch gleicher Werte ihr allein zufallen müßte. Die Methoden losigkeit und „zähe“ Verbissenheit, mit der er hier das Interesse des Kapital verficht, ist „selbst bei jemandem erstaunlich“, dem für die Herunterreißung de Idee des Klassenkampfes und ihres Urhebers „kein Mittel zu schlecht ist“.

Die politische Lage in Ungarn.

Von **gy—i.**

In Wien ist man sehr aufgeregt. Man schreckt einander wieder mit der ungarischen „Rebellen“ von anno dazumal und interessiert sich wie einstens für den Führer dieser Rebellen, für Kossuth. Was geschehen ist? Die liberal Partei, die seit 37 Jahren über Ungarn regierte und während dieser ganze langen Zeit kein höheres Ziel kannte als die Gunst der Wiener Hofburg (und etwas Panama) ist aus ihrer für unüberwindbar gehaltenen Majorität ver drängt worden. Die letzten Wahlen haben der vereinigten Opposition, die stets so ungeberdig gegen Wien und die Wiener Hofburg gewettert, und deren Führer, Franz Kossuth, als die leibhaftige Revolution gilt, die Majorität ge bracht. Wie soll da nicht ein jeder um Börsenkurse und die Ruhe allerhöchste Herrschaften besorgte gute Bürger in Aufregung geraten!

Nun, die guten Wiener Bürger, höchsten und allerhöchsten Herrschafte mögen beruhigt sein. Es ist nichts geschehen in Ungarn, was der Aufregung wert wäre. Das alte Stück wird ungestört weiter gespielt werden können man wird weiter wursteln und panamieren, nur die Mitspieler, oder richtige gesagt die Mitesser, werden ein klein wenig geändert werden. Und das gil nicht etwa bloß vom sozialdemokratischen Standpunkt aus, daß jetzt nur an die Stelle der einen bürgerlichen Partei eine andere getreten ist, sondern auch von jedem beliebigen anderen Standpunkt aus.

Tatsächlich handelt es sich, wie bei allen bisherigen Krisen, kaum um etwas mehr als um Personenwechsel, nur daß derselbe jetzt mit größerem Lärm in Szene gesetzt wird, weil er — wenn die Opposition zur Regierung gelangt — nicht bloß einige Haupt-, sondern auch zahlreiche Nebenpersonen umfassen wird.

Betrachtet man die jetzige Krise bloß auf die Äußerlichkeiten hin, weiß man nur, daß eine Majorität, die seit 37 Jahren herrschte, plötzlich von einer Mino rität abgesetzt wurde, die sich zehn Jahre hindurch ganz zügellos gebärdete fortwährend obstruierte, allerlei staatsrechtlich und politisch radikale Forde rungen erhob, so erscheint die obige Behauptung paradox. Zerreißt man aber das Lügengewebe, mit dem seit mehr als einem halben Jahrhundert alle unga rische Politik umsponnen wird, so zeigt sich sofort, daß diese Behauptung voll

kommen zutrifft. Leicht ist das allerdings nicht. Kaum gelingt es je einem Fremden, die Eigenart der ungarischen Politik und der ungarischen Verhältnisse richtig zu fassen. Hierzu bedarf es eines zu tiefen Eindringens in die materialistischen Grundlagen der Entwicklung Ungarns, die von jenen aller übrigen europäischen Staaten grundverschieden sind.

Da aber einzig durch diese Eigenart das ungarische Parteileben und damit die jetzige Krise zu verstehen ist, sei es versucht, sie hier wenigstens in ihren Umrissen wiederzugeben.

* * *

Ungarn ist heute noch ganz ebenso wie vor dem Jahre 1848 der Staat des Kleinadels. Die ausschließlich herrschende Klasse ist der Landadel, die Gentry. Der Hochadel, der ja meist dieselben Interessen hat, zieht am gleichen Strick wie die Gentry, und was an Bourgeoisie seit 1848 aufgekommen ist, hat sich, wenn christlich, mit der Gentry verschmolzen, wenn aber jüdisch, ihr vollkommen angepaßt und angegliedert. Alle übrige Welt, so etwa 20 Millionen Menschen, sind nach wie vor quantité négligeable. Was Wunder nun, venn sich alle gesetzlich zulässige Politik um die Erhaltung dieser Gentryherrschaft dreht und alle gegen sie gerichtete Politik — nämlich die sozialdemokratische — für vogelfrei gilt. Alle parlamentarischen Parteien gruppieren sich nfolgedessen auch einzig danach, welche Mittel sie für geeignet halten zur Erhaltung der Gentryherrschaft. Daß unter solchen Umständen die Bezeichnungen radikal, liberal, konservativ und klerikal bloßer Humbug sind, bedarf keiner weiteren Erläuterung. In Ungarn sind alle parlamentarischen Parteien konservativ, ultrakonservativ, und wenn die ungarische oder die ausländische bürgerliche Presse dennoch bei Besprechung ungarischer Parteiverhältnisse mit den Bezeichnungen liberal und klerikal manipuliert, so ist das nur Bauernfängerei, die auf die Sympathien gewisser Finanzkreise abzielt.

Nicht so vollkommen harmonisieren die ungarischen Parlamentsparteien in hren staatsrechtlichen Ansichten (aus dem deutsch-ungarischen Jargon ins Deutsche übersetzt, heißt staatsrechtliche Ansicht: Ansicht über die Beziehungen Ungarns zu Österreich). Aber auch hierbei gibt es keine unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten, sondern nur über die jeweilige Opportunität gewisser Forderungen sind die Parteien uneinig. Sie alle haben das Ideal eines vollständig unabhängigen Ungarns. Nur darüber sind sie nicht recht einig, in welchem Tempo und wieviel sich die Wiener Hofburg von dieser Unabhängigkeit abtrotzen läßt, ohne ernstlich böse zu werden. Denn das fürchten sie alle, weil das wohl nicht für Ungarn, wohl aber für die Gentryherrschaft höchst gefährlich werden könnte.

* * *

Nachdem so der Unterbau der ungarischen Politik ein wenig enthüllt, wird vielleicht der Überbau, die einzelnen Parteien und ihr gegenseitiges Verhältnis, verständlicher sein.

Nehmen wir vor allererst die abgetane Majorität, die *liberale Partei*. Den Namen gab ihr noch vor dreißig Jahren der schlaue Großmeister der Gentrypolitik, Koloman Tisza. Ungarn brauchte damals Geld, viel Geld, und das Wörtlein „liberal“ klang noch allen europäischen Finanzgrößen angenehm in den Ohren. Viel Wasser getrübt hat diese Partei nie. Sie hat den Wiener Machthabern getreulich gehorcht und im übrigen sich recht fleißig „wirtschaftlich betätigt“. Stellte sich die Opposition gar zu ungebärdig, so ließ ihr die libe-

rale Partei auch einen Brocken zukommen, ja manchmal erbettelte sie sogar zur Rettung der Fahnenehre irgendeine kleine, sogenannte nationale Konzession in der Wiener Hofburg. Mit der Zeit wurde aber die Opposition zu hungrig, und da ihr die Wahlen, die die Regierung nach Belieben leitete, keine Rettung bringen konnten, begann sie nach einer Reform des Wahlrechtes zu schreien und gleichzeitig die liberale Partei mit unausgesetzten Obstruktionen zu bedrängen. Um die Menge hinter sich herzulocken, steigerte die Opposition naturgemäß ihre Forderungen immer mehr, bis sie endlich politisch zur Forderung nach dem allgemeinen und geheimen Stimmrecht, und staatsrechtlich zur Forderung nach dem getrennten Zollgebiet und der ungarischen Kommandosprache in der Armee gelangte. Darob großer Schrecken in Wien. Nach langwierigen Krisen glaubte man endlich im Grafen Stefan Tisza, dem Sohne des langjährigen Führers der liberalen Partei, den Retter gefunden zu haben, in ihm aber nur deren Vernichter fand.

Noch kürzer ist die Naturgeschichte der verschiedenen Oppositionsparteien. Im alten Reichstag gab es deren sechs.

Die Dissidentengruppe, das ist Graf Julius Andrassy, und etwa 20 seiner aristokratischen Freunde. Lauter „vornehme" Herren, sehr konservativ, die aber auch der Wiener Hofburg gegenüber ein freies Wort wagen und die nach dem Parlamentsstreich des Grafen Tisza aus der liberalen Partei schieden, zum Teil, weil ihnen der Streich, zum anderen Teile, weil ihnen Graf Tisza antipathisch war. Im großen und ganzen farblos, nur bedeutend wegen ihrer Namen und Reichtümer. Geführte und nicht Führer.

Die Banffygruppe. Früher 3, jetzt 13 Mann. Ihr Führer, der Sozialistenfresser Baron Desidor Banffy, unter dessen Regime die schmachvollsten Sozialistenverfolgungen verübt wurden, war noch vor acht Jahren eines der brauchbarsten, weil rücksichtslosesten Werkzeuge der Wiener Hofburg. Da ihn aber die Hofburg und damit auch die liberale Partei fallen ließen, ging er in die Opposition. Er bekennt sich zum äußersten Chauvinismus und fordert das getrennte Zollgebiet, sowie die ungarische Kommandosprache.

Die Volkspartei, etwa 20 Mann hoch, ist die einzige ausgesprochen klerikale Partei und hat die Revision der kirchenpolitischen Geschichte in ihrem Programm. Im übrigen ist sie weder Fleisch noch Fisch, aber ganz Jesuitismus, ist heute radikal, morgen reaktionär, kriecht einmal vor dem Hofe, während sie das andere Mal mit Revolution droht, wettert gegen die Juden und hat während der Wahl ihre Führer jüdischen Abgeordnetenkandidaten zu Hilfe geschickt.

Die Apponyigruppe und die Ugrongruppe sind während der Wahlen in der Kossuthpartei aufgegangen, der größten und stärksten der Oppositionsparteien. Die Kossuthpartei hat die volle Unabhängigkeit Ungarns ausdrücklich in ihrem Programm und ihrem Namen (Unabhängigkeitspartei), während alle anderen Parteien und Gruppen diese Unabhängigkeit nur im „Herzen" tragen. Darin, darin ganz allein besteht ihr Radikalismus, denn ansonsten ist sie vollauf rückständig, sie lebt in dem beschränkten Geiste der vorachtundvierziger Zeit.

* * *

Ist es nun etwas begreiflicher, daß auch diese Krise keine Frage des Systems, sondern nur eine solche des Personenwechsels ist?

Die oppositionellen Gruppen und Parteien, die sich vereinigten, als ihnen Graf Stefan Tisza am 18. November vorigen Jahres durch einen parlamen-

tarischen Gewaltstreich den Boden unter den Füßen wegziehen wollte, bleiben auch jetzt, da ihnen die Aussicht winkt, zur Herrschaft zu kommen, vereinigt. Warum denn auch nicht? Ihre Prinzipien sind ja nur äußerliche Hüllen, im Wesen sind sie alle konservativ, haben das einzige Bestreben, die Gentry-herrschaft zu erhalten und sind bereit, „unter Aufrechterhaltung ihrer Prinzipien" von Wien soviel anzunehmen, als es sich eben abtreten läßt. Und dann, oder vielmehr vorerst: die Opposition ist hungrig. Siebenunddreißig Jahre hat die liberale Partei gefressen, nun da der Trog frei, wird die Opposition ihn sich nicht entgehen lassen.

Aus alledem ist auch leicht zu prophezeien, was die Opposition, wenn sie ans Ruder kommt, der sozialdemokratischen Partei gegenüber tun wird. Diese steht bisher nicht nur außerhalb des Parlamentes, sondern beinahe könnte man sagen, auch außerhalb des gemeinen Rechtes. Ohne daß sich im Parlament je eine Stimme dagegen erheben würde, wird gegen sie eine staatsanwaltliche und administrative Gewaltskampagne geführt, die nicht asiatisch, sondern sogar osteuropäisch ist. Einzig dadurch, daß sie mit ihren organisierten Anhängern die Straßen von Budapest nicht nur, sondern auch vieler anderer Städte beherrscht und die Straße in Ungarn seit jeher ein Faktor war, hat sie einen gewissen Einfluß auf die Politik. So gelang es ihr vor anderthalb Jahren, die Opposition zur Fortsetzung der Obstruktion zu zwingen und ihr auch das allgemeine und geheime Stimmrecht als Programmpunkt aufzudrängen. Nach dem Handstreich Tiszas hat sich die sozialdemokratische Partei einer Stellungnahme in dem Streite zwischen den Parlamentsparteien enthalten, trotz aller Lockungen der Opposition, welche gar zu gern einige große Straßendemonstrationen gesehen hätte, bei denen sich die Regierung vielleicht zu blutigen Gewaltakten hätte hinreißen lassen. Die sozialdemokratische Partei aber meinte, das sei ein Zank bürgerlicher Parteien, der sie nichts kümmere und wo sie auftrat, trat sie nicht nur gegen die Regierung auf, sondern auch — und zwar vielleicht noch energischer — gegen die Opposition, die fortwährend das allgemeine und geheime Stimmrecht im Munde führt und es fortwährend verrät.

Ob diese Taktik der Sozialdemokratie klug war, ob sie nicht nach dem parlamentarischen Streiche Tiszas einfach gegen ihn hätte Stellung nehmen sollen, weil sie ja doch in dasselbe Parlament, das von Tisza bedroht wurde, hineinstrebt, und bei jeder Wahl Kandidaten aufstellt — darüber sind die Meinungen geteilt. Tatsächlich hat sie jetzt von dem großen Parteien- und Personenwechsel nichts, oder doch nur äußerst wenig zu erwarten. Eine Wahlreform ist allerdings kaum zu umgehen, da diese der einstigen Opposition und jetzigen Majorität schon zu ihrer eigenen Sicherung nötig sein wird. Weiter als bis zu dieser Sicherung wird sie aber keineswegs gehen, und daß sie sich bis zur Einführung des allgemeinen und geheimen Stimmrechtes emporschwingen sollte, ist kaum denkbar. Wer die Psychologie dieser Parteien kennt, weiß, daß sie nichts anderes anstreben werden, als eine Vermehrung der ihnen zugetanen Wähler, die sich hauptsächlich aus den Kreisen der städtischen Kleingewerbetreibenden und der grundbesitzenden Bauernschaft stellen. Dementsprechend wird also der Zensus formuliert werden und die Einteilung der Wahlkreise erfolgen. Ob dabei auch einige Bezirke für die Sozialdemokratie abfallen, läßt sich schwer vorhersagen. Die Arbeiterschaft sieht dies übrigens voraus und hat deshalb jetzt schon in verschiedenen Versammlungen den Generalstreik angekündigt

für den Fall, daß nicht das allgemeine und geheime Stimmrecht eingeführt wird.

P. S. Beinahe hätte ich vergessen, mitzuteilen, daß auch schon dem jetzigen Parlament die Gefahr droht, nicht sozialistenrein zu bleiben. Der Gründer und Führer, der sogenannten neuorganisierten sozialdemokratischen Partei Wilhelm Mezöfi, ist bei einer Stichwahl gegen einen Anhänger der liberalen Partei gewählt worden, weil die Kossuthpartei ihm zu Hilfe kam. Welcher Art Mezöfi ist, geht nicht nur daraus hervor, daß er bei den Wählern mit den Schlagworten christlich und national agitierte, sondern noch mehr aus dem Empfehlungsbrief, den ihm Franz Kossuth höchsteigenhändig gab. Darin ist wortwörtlich Folgendes gesagt: „Da die neuorganisierte sozialdemokratische Partei laut ihrem veröffentlichten und auch in meinen Händen befindlichen Glaubensbekenntnis auf der Grundlage der ungarischen Staatsidee steht, die Forderung des politisch unabhängigen, wirtschaftlich selbständigen Ungarn in ihr Programm aufnahm, sich somit als eine magyarisch patriotische Partei bekennt ... ersuche und fordere ich die Anhänger der Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei auf ... sich unter die Fahne Wilhelm Mezöfis zu scharen und dadurch das Lager der Opposition, die für die Rechtskontinuität, die Gesetzlichkeit und die nationale Zukunft unseres ungarischen Vaterlandes kämpft, zu stärken. Gott mit uns!"

Man muß nur wissen, was „die ungarische Staatsidee" in der chauvinistisch magyarischen Terminologie heißt, um einzusehen, daß nach einem solchen Attest keine Brücke von Herrn Mezöfi zum Sozialismus führen kann.

Die sozialdemokratische Partei, die schon so viele Feinde überstanden, wird auch diesen christlich-nationalen „Sozialdemokraten" überstehen.

Otto Erich Hartleben.

Von **H. Ströbel.**

Hartleben stammt aus jener literarischen Sturm- und Drangperiode, die vor etwa zwanzig Jahren einsetzte und um das Jahr 1890 herum ihren Abschluß fand. Mit dem Lyrikbuch „Moderne Dichtercharaktere" pflanzte die literarische Rebellion ihr Banner in den Streit; mit der Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Einsamen Menschen", denen auch von zahmsten und konservativsten Kritikern respektvolles Lob gespendet wurde, trug sie gewissermaßen den Sieg über die alte Richtung davon. Von da ab war sie bühnen- und gesellschaftsfähig geworden. Eine ganze Reihe von jungen Dramatikern dichtete nunmehr im Stile Hauptmanns, der seinerseits wiederum der gemilderte Stil des Holz-Schlafschen konsequenten Naturalismus war. Die Halle, Hirschfeld, Dreyer usw. stiegen zu rascher Berühmtheit empor.

Freilich war, wie das in solchen Fällen meist zu gehen pflegt, der Sieg der literarischen Umstürzler kein reiner Erfolg, vielmehr ein Kompromiß zwischen Alt und Neu. Sowohl was die Technik, als was den Inhalt des siegreichen Realismus anlangte. Der konsequente Naturalismus wollte das Leben in nacktester Wahrheit, ohne künstlerische Retusche, wiedergeben. Dies Prinzip veranschaulichen am besten die Familie Selicke von Holz-Schlaf und Hauptmanns „Friedensfest". Aber von dieser Technik wollte das Publikum nichts wissen, ganz abgesehen von den Rezensenten, die von „Schnaps-" und „Tierland

omödien“ schrieben. Hauptmann verließ denn auch bald den Naturalismus einer ersten beiden Dramen, um in seinen „Einsamen Menschen“ nach französischer und norwegischer Vorlage jenen realistischen Stil zu schaffen, dem er eitdem treu geblieben ist. Dieselbe Konzession machte man inhaltlich. Die unge Dichtergeneration war bis dahin sozialistisch-revolutionär oder nihilistisch ersetzend aufgetreten. Aus ihren Romanen, Versen und Dramen hallten die Totenglocken der greisenhaft degenerierten Gesellschaft. Seit 1890 etwa vollzog ich langsam der Umschwung. Die literarischen Umstürzler, die glühenden Revolutionäre und grimmigen Pessimisten begannen sich mit den bestehenden Zuständen auszusöhnen. Man fand, daß es doch etwas ganz Schönes um das Leben sei, namentlich wenn es mit dramatischen Kassenerfolgen gesegnet var. Und die Gesellschaft, innerhalb deren solche klingende poetische Erfolge nöglich waren, konnte doch nicht so vernichtungsreif sein, wie man als grüner Bursch gewähnt. So wurde man allmählich immer zufriedener mit sich und der Welt und immer zahmer.

* * *

Otto Erich Hartleben verkörperte geradezu einen Schulfall für diese Entwicklung eines ehedem revolutionären Literatentums. Er hatte den wildesten der jugendlichen Stürmer angehört und rotlodernde Kampfgesänge gedichtet. Aber man bleibt nicht ewig zwanzig Jahre alt. Mit den Jahren verflog Hartlebens Rebellengroll. Der enthusiastische Jüngling wandelte sich mählich n einen biederen Bierstudenten, einen pomadigen Lebenskünstler, der alle Dinge nur noch durch die Brille eines burschikosen, bierseligen Humors betrachtete. Die kleinen humoristisch-satirischen Novellen, die dramatischen Burlesken, die Hartleben jetzt schrieb, waren ja allerdings gerade keine Lektüre für ein Damenpensionat und für plumpe pfäffische Zeloten, vielleicht sogar moralische Greuel, aber jeder gescheitere Bourgeois konnte diese niedlichen Bosheiten und pikanten Offenherzigkeiten über die bürgerliche Moral und die Ehe mit schleckendem Behagen genießen, ohne irgend welchen Schaden für den Bestand dieser verheuchelten Gesellschaftsordnung befürchten zu müssen. Die Satire Hartlebens war keine von zorniger Faust geführte Klinge, die den gegeißelten Lächerlichkeiten den Todesstoß versetzte, sondern nur ein blankes, glitzendes Spielzeug, dessen Führung bloß die eleganten Fechterkunststücke bewundern ließ. Hartleben hatte den lästigen Ballast sozialer Prinzipien kurzerhand über Bord geworfen. Er war „reiner Künstler“ geworden, der allen Dingen gleich „objektiv“, mit demselben spöttelnden Skeptismus gegenüberstand, der alles bewitzelte, gelegentlich auch sich selbst.

Daß Hartleben so wurde, lag zum Teil in seiner individuellen Veranlagung, wesentlich aber auch in dem ganzen literarischen Zuge der Zeit. Die Entwicklung Hartlebens vom sozialistischen Revolutionarismus zum künstlerischen Phäakentum haben ja zahlreiche seiner literarischen Kollegen gleichfalls durchgemacht. Wir brauchen nur Arno Holz, Karl Henckell und Paul Ernst zu nennen. Paul Ernst hat sich ja über seine Entwicklung ausführlicher ausgesprochen. Die paar Äußerungen, die Hartleben in seinen Komödien seinen Apostaten in den Mund legt, decken sich völlig mit den Konfessionen Paul Ernsts. Diese jungen Literaten und Akademiker wurden durch den sozialistischen Gedanken fasziniert, solange sie ihn mit der romantischen Vorstellung verbinden konnten, daß die Revolution, die Umwälzung der Gesellschaft, für die allernächste Zeit bevorstehe. Der jugendlich ungestüme Betätigungsdrang be-

rauschte sich an dem Gedanken solch naher Umwälzung der Gesellschaft und der Umwertung aller Werte. Bald jedoch begriffen die ernüchterten Schwärmer, daß die „Revolution" am Ende doch länger auf sich warten lasse, und daß an die Stelle eines frischfröhlichen abenteuerlichen Feldzugs gegen den Kapitalismus eine langwierige, arbeits- und opferreiche Belagerung treten müsse. Die mühselige Schanzarbeit aber war den Leutchen nicht poetisch genug. Wenn statt der Aufregungen und Abenteuer, statt der Lorbeeren und andern süßen Lohnes nur Arbeit und wieder Arbeit winkte, dann verzichtete man lieber. Und dann war es ja obendrein noch die Frage, ob nicht am Ende diese entsagungsvolle Arbeit im Dienste einer Idee überhaupt zwecklos sei, ob schließlich der Sozialismus auch siegen werde. Mit der romantischen Schwärmere war auch die Siegeszuversicht geschwunden. Das ganze Ergebnis des Klassenkampfes, meint Paul Ernst, werde am Ende nur darauf hinauslaufen, di qualifizierten Arbeiter ökonomisch und intellektuell zu Kleinbürgern zu machen Das sei ein verteufelt mageres Resultat und des Interesses erlesener Geiste wirklich nicht wert, zumal die Arbeiterklasse an sich — des Nimbus ihre marxistischen historischen Mission beraubt — die uninteressanteste von alle Klassen sei. Wie also die Annahme, der proletarische Klassenkampf werd schließlich als Nichtsalsgewerkschaftlerei und organisierter Heringsverschleiß enden, der der Arbeiterklasse eine Anzahl zweifelhafter Freunde aus dem bürger lichen Lager zuzuführen droht, so hat diese gleiche Auffassung eine Anzahl vo zweifelhaften Freunden aus ihren Reihen fortgescheucht!

Zu diesen politischen Zweifeln kommen noch allerhand andere „Enttäuschungen" hinzu. Man machte die furchtbare Entdeckung, daß es auch unter den sozial demokratischen Führern Banausen, Philister und Streber gebe. Da war ei Abgeordneter, der von moderner Kunst nichts verstand, da ein zweiter, au dessen Haupt unsichtbar eine Zipfelmütze thronte, dort ein dritter, der vo seiner Bedeutung etwas stark durchdrungen schien. Und diese unerhörte Ent deckung, daß Sozialdemokraten halt auch Menschen sind, stieß diese mimosen haften Gemüter zurück. Als ob es unter unseren Literaten nicht erst rech wahre Musterexemplare von Fachidioten, Spießern und Karriereschnaufern gäbe

* * *

Über Hartlebens späteres Verhältnis zur Sozialdemokratie finden sich woh die besten Aufschlüsse in der Komödie „Hanna Jagert". Die Titelheldin diese Komödie — die Schicksale des in so wenig delikater Weise bloßgestellten Modells möge hier völlig beiseite bleiben — mausert sich von einer sozialdemokratische Agitatorin zu einem „freien Menschen", der mit etlichen aufgeschnappte Nietzscheschen Brocken um sich wirft. Ihre Abkehr vom Sozialismus motivier sie durch folgende Sentiments:

> Ja — sieh mal —: wenn man schnell vorwärts geht — irgendwohin auf ein bestimmtes Ziel los, das ganz nahe ist — oder man glaubt e wenigstens ganz nah — dann achtet man nicht so auf den Weg — man . . geht eben frisch drauf los. Aber wenn man auf einmal merkt oder erfährt das Ziel ist gar nicht nahe — es ist noch weit, meilenweit — oder — e gibt womöglich gar kein Ziel — dann — bekümmert man sich plötzlich auc um den Weg — auf dem man geht. Und wenn man dann findet, daß e schmutzig ist — na! . . .

Weil der Weg so weit und obendrein „schmutzig" ist, gelangt Hanna z der Einsicht, daß es doch wohl besser sei, wenn man „an sich selber arbeite"

enn der Einzelne habe doch wohl auch seinen Wert. Zu demselben Stand-
ınkt gelangt auch der Schriftsetzer und Agitator Konrad Thieme: Nur der
inzelne könne heute kämpfen — und allein! Im Gegensatz zu diesen beiden
btrünnigen ist der einzige „Genosse" der Komödie, der Vater Hannas, ein
rnierter Mitläufer, der auf die Frauenemanzipation schimpft und im Hause
n Familientyrannen spielt trotz einem Hebbelschen Meister Anton.

Ebenso flach, wie diese Charakterisierung, ist eine Interpretation der
aterialistischen Gesellschaftstheorie. „In der „Erziehung zur Ehe" kanne-
eßert nämlich der Raisonneur des Stücks:

„Die Sozialisten meinen: die Zustände, diese hundsföttischen Zustände
trügen die Schuld. Aber was heißt denn das? Wer hat denn die Zu-
stände gemacht? Doch die Menschen! ‚Menschen'? Diese Hunde, die keine
Menschen sind! Und deshalb zu einem Staate zusammengekrochen, diese . . .

Man weiß wirklich nicht, wo die größere Abgeschmacktheit steckt, in der
nterstellung, der Sozialismus hindere das freie individuelle Ausleben — so-
eit davon die Rede sein kann innerhalb einer Gesellschaft, von der sich
in Mensch ausschließen kann und deren Existenzbedingungen deshalb auch
r Freieste respektieren muß — oder in dem geistlosen Nachplappern Stirnerscher
aradoxen zu einer Zeit, wo die Marx-Engelsschen Entwicklungsgesetze der
esellschaft längst so ganz unmißverständlich klar formuliert waren!

* * *

Im übrigen ist „Hanna Jagert" psychologisch das Feinste und Verwegenste,
as Hartleben je geschrieben hat. Seine übrigen Komödien, zum Beispiel
Die sittliche Forderung", „Die Erziehung zur Ehe", sind ja geistreiche Ver-
ottungen der Spießbürgermoral und des bourgeoisen Kant, aber sie schwingen
e Geißel des Spottes nur über Erscheinungen, über die sich das honette
ürgertum an Herrenabenden oder bei sonstigen Anwandlungen von Auf-
htigkeit selbst lustig zu machen pflegt. Über Ironisierung der landläufigen
uellen Prüderie ist Hartleben sonst nie hinausgegangen. Verblüffende Frei-
iten, wie sie sich die nordische Literatur in ihrem Sturm und Drang heraus-
nommen — zum Beispiel Hans Jäger in seiner „Christiania Bohême" —,
t er sich nie gestattet. Die zynische Selbstsatirisierung eines Frank Wedekind
nnte er ebensowenig, wie die bohrende psychologische Analyse eines Strind-
rg. Bei aller Keckheit seiner Einfälle haftete Hartleben stets am Äußerlichen,
heliegenden. Er zeigt uns, wie rasch bei einem Durchschnittsmenschen aller
ealismus in die Brüche geht, wenn reale Genüsse wirken; wie schnell ein
gebrochenem Herzen laborierendes Mädel sich mit der Börse eines mammon-
egneten Einfaltspinsels tröstet; er ulkt über Alter und Würden, die vor
liebter Torheit nicht schützen. Komplizierteren Problemen des individuellen
d gesellschaftlichen Lebens aber geht er vorsichtig aus dem Wege.

In „Hanna Jagert" nur machte er eine Ausnahme. Hanna soll zeigen,
e ein Weib sich frei auslebt. Ihrem ersten Geliebten wird sie untreu, trotz-
n er im Gefängnis sitzt, weil ihr inzwischen klar geworden ist, daß sie in
n nur den sympathischen Mitkämpfer der gemeinsamen Sache geliebt hat.
r Schriftsetzer und Agitator erscheint ihr primitiv und unbedeutend neben
n bürgerlichen Intellektuellen, der sie lehrt, „daß Goethe sehr schöne Verse
macht hat . . . daß Liebermann Bewegungen malen kann . . . daß das
eib nicht zum Manne werden soll, sondern zum Menschen." Aber Hanna

gibt auch dem zweiten Geliebten — freilich nur nach dessen eigenster Lehre — den Laufpaß, da sie einen Dritten kennen gelernt, den sie „wirklich liebt“ obgleich er nicht gerade das Pulver erfunden hat. Nummer Zwei resignier seufzend und spendet zum dritten Bunde — der diesmal, wegen bevorstehende Familienzuwachses, ein legitimer sein wird — seinen Segen. Und Numme Eins nimmt sich an der freien Toleranz von Nummer Zwei zuletzt gleichfall ein heroisches Beispiel.

Die ganze Komödie scheint von Selbstironie getränkt zu sein. Offenbar i der philiströse Ausgang ironisch gemeint. Denn wenn auch für diesen dritte Bund als festigendes Band das Kind in Betracht kommt, so bürgt doch auc es bei dem „naiven Appetit“, mit dem die Heldin bisher „an all die gute Dinge des Lebens heranging“, keineswegs dafür, daß dies Glied in de Kette zarter Beziehungen das letzte sein wird. Aber sich zum Anwalt de wirklich freien Liebe zu machen, besaß wohl auch Hartleben nicht die nötig Courage.

Auch der Raisonneur dieser Komödie, Nummer Zwei, mit Namen Dr. Könit ist, obgleich wortreicher Repräsentant der Stirner-Nietzscheschen Phraseologi etwas ironisch behandelt. Seine schönen Vorlesungen über das Selbstbestimmungs recht des Individuums haben ihm Hanna zwar erobert, aber sie treiben si nach ein paar Jahren auch in die Arme des Dritten. Dr. Könitz trägt zwa mit philosophischer Fassung diese Schicksalsfügung, er ist sogar noch stolz au sein Erziehungswerk, aber gelegentlich gesteht er doch ein, daß ihn nur ei Mangel an Temperament zu einem solchen Altruismus befähige. Ja, wen sich immer in solch glücklicher Weise Altruisten und Egoisten zusammenfinder ist es nicht besonders schwer, nach Stirnerschen Grundsätzen sein Leben einzu richten. In Wirklichkeit sind diese Probleme doch ein wenig schwieriger z lösen, nämlich nur auf sozialer Grundlage. Eine sozialistisch organisierte Ge sellschaft wird voraussichtlich beiden Geschlechtern soviel Möglichkeiten zum Aus leben ihrer Persönlichkeit geben, daß man das „Ausleben“ nicht lediglich i sexuellen Dingen erblicken wird. Das Verhältnis der beiden Geschlechter z einander, dessen Form ja auch bis jetzt stets durch die soziale Struktur be stimmt wurde, wird dann eine ganz andere Gestalt annehmen.

So lange das nicht der Fall ist, wird die Doktrin vom Selbstbestimmungs recht des Individuums an den Zuständen auch nicht das geringste ändern Die rücksichtslosere Natur wird auch dem altruistischsten Moraldrill Hoh bieten, und die sentimentalere wird altruistisch handeln, trotz alles theoretische Nietzscheanismus!

* * *

Hartleben war kein kühner, luftreinigender Geist, aber er bereicherte doc die deutsche Literatur durch kleine novellistische Meisterwerke eines burschikose Humors, durch feine, geistreich spottende Komödien. Da er sich nie an schwer Probleme und größere Stoffe heranwagte, vermochte er seine Sujets fast stet technisch sauber zu bewältigen. Ein besonders ausgeprägtes Gefüge für nett und adrette Form ist schon seinen Jugendgedichten anzumerken, in denen e antike Metren bevorzugt und die Schule Platens verrät. Schon das beweist daß er kein geborener Lyriker war. Seine Gedichte besitzen denn auch nu einen recht mäßigen Wert. Auch die Versepigramme Hartlebens sind belang loser, als man es bei dem witzigen Prosaisten voraussetzen sollte. Freilic stammen sie auch aus des Dichters letzter, durch Krankheit getrübte Periode

Hartlebens eigentliche Berühmtheit in weiteren Kreisen ist seiner Offiziers-
agödie „Rosenmontag“ zuzuschreiben. Dies Drama wirkte durch seinen
eraus geschickten Aufbau und seine brillante Milieuschilderung. Ein gleicher
ssenerfolg war seinem letzten Stück nicht beschieden, dessen Handlung in
m zur Zeit auf der Bühne gleichfalls so beliebten studentischen Milieu spielt.
ıs allzu handwerksmäßig gearbeitete Stück erlitt einen ausgesprochenen
ißerfolg.

Hartleben gehörte nicht zu den überragend Großen, er war nicht frei von
: Oberflächlichkeit und unangenehmen Überhebung unseres heutigen Literaten-
ns — aber er war trotz alledem ein starkes eigenartiges Talent, ein Kopf
n eigenem Gepräge. Von seinen Novellen und Komödien wird einiges
rleben.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland.

Von **N. Riasanoff.**

(Schluß.)

V.

Die Verwandlung des russischen Bauern in einen Leibeigenen ist gerade so
nig das Resultat eines „Federstrichs“ gewesen wie seine Befreiung. Diese
rwandlung, die durch die Veränderung der sozialökonomischen Struktur des
ıdes bedingt war, ging durchaus nicht auf friedlichem Wege vor sich. Der
fstand Stenka Rasins zeigt, wie schwer es war, die russische Bauernschaft
das Land zu fesseln. Solange aber die Naturalwirtschaft der Leibeigen-
ift zugrunde lag, solange der Hauptbeweggrund der Gutsherrenwirtschaft
Befriedigung der Bedürfnisse des Gutsbesitzers und seiner Familie war,
g das Verhältnis des Bauern zu seinem Herrn noch ein ganz patriarcha-
hes Gepräge. Gutsbesitzer und Gutsbesitzerin waren die „leibliche Vater
Mutter“, die Wohltäter, die Bauern waren „Kinder“, die freilich manch-
„zur Vernunft gebracht werden mußten“, aber immer maßvoll. Das alles
erte sich, sobald der Mehrwert zur Triebfeder der Produktion geworden
. „Sobald“, sagt Marx, „Völker, deren Produktion sich noch in den
origeren Formen der Sklavenarbeit, Fronarbeit usw. bewegt, hineingezogen
den in einen durch die kapitalistische Produktionsweise beherrschten Welt-
ckt, der den Verkauf ihrer Produkte ins Ausland zum vorwiegenden Interesse
wickelt, wird den barbarischen Greueln der Sklaverei, Leibeigenschaft usw.
zivilisierte Greuel der Überarbeit aufgepfropft.“ Es galt nicht mehr eine
isse Masse nützlicher Produkte aus dem Bauern herauszuschlagen. Es galt
die Produktion des Mehrwertes selbst.

Der Aufstand Pugatschews war die erste Offenbarung der durch den neuen
zeß hervorgerufenen Unzufriedenheit. Paul I. mußte dieser unersättlichen
ıd auf die Mehrarbeit der Bauern eine Grenze setzen, indem er die Fron-
eit, allerdings bloß auf dem Papier, auf drei Tage beschränkte. Die Fron-
eit wird zur wahren Zuchthausarbeit. Der patriarchalische Charakter der
naligen Fronarbeit, die von einer reichlichen Bewirtung seitens des „väter-
n Wohltäters“ begleitet war, verschwindet und macht der knauserigen Be-
nung Platz. Solange die von den Bauern bei der Fronarbeit erhaltenen
dukte als Vorrat in den Speichern und Kammern der Gutsbesitzer blieben,
nge sie keinen Absatz fanden, stand die Leibeigenschaft unerschütterlich da.

Die Vorräte der Gutsbesitzer, die an die Stelle der alten Gemeindevorräte getreten waren, erfüllten die Aufgabe der Versicherungsanstalten für die Bauern für den Fall einer Mißernte, lieferten den Gutsbesitzern die Möglichkeit, aller Art obdachlose Leute, Bettler und Krüppel zu ernähren, und bildeten auf diese Weise, gemeinsam mit den Klöstern, einen Ersatz für Versorgungsanstalten für Notleidende und Kranke. Nachdem aber der Gutsbesitzer die auri sacra fames kennen gelernt hat, wurde aus dem „väterlichen Wohltäter" ein Kapitalist, der erbarmungslos seine eigenen Bauern zu Bettlern machte.

Um aber die ganze Erbitterung der Bauern zu begreifen, muß man sich erinnern, daß parallel mit der verstärkten Ausbeutung der persönlichen Arbeit des Bauern die unverschämteste Expropriierung des Bauernlandes vor sich ging. Und das, was solchen Forschern wie P. Struve nur als extensive Ausdehnung der Fronarbeit vorkommt, war in der Tat ihre Intensifizierung sowohl durch Vergrößerung der Ausbeutung der Bauernarbeit als auch durch die Ausdehnung des Landes des Gutsbesitzers auf Kosten des dem Bauern gehörenden und Verwandlung der Bauern in sogenannte Miesiatschniki. Wenn derselbe Struve zum Schlusse gelangt, daß „nicht die Leibeigenschaft sich entwickelt und ausgedehnt hat, sondern die Wirtschaftsordnung, die auf ihr beruhte", daß „die Leibeigenschaft als solche sich nicht verschärft hat", so ist das damit zu erklären, daß dieser „Marxist" es nie verstanden hat, worin sich der „Widerspruch" zwischen den Produktionsverhältnissen und ihrer juristischen Einkleidung äußert. Ebenso wie er „in dem verhältnismäßig dicht bevölkerten Schwarzerdezentrum Rußlands beim Gutsbesitzer keinerlei Neigung, sich seiner leibeigenen Arbeiter zu entledigen", bemerkt, ist ihm auch das Bestreben des Gutsherrn, den Bauern seines Landes zu „entledigen", entgangen, und das nicht minder starke Bestreben des Bauern, seinen Herrn los zu werden. Der Forscher, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Ursachen aufzudecken, die zum Sturze der Leibeigenschaft geführt haben, gelangt zu dem unerwarteten Resultat, daß die auf derselben beruhende Ordnung noch nicht zu ihrem Sturze reif war.

Und doch kann es bloß einem von Klassenfarbenblindheit angesteckten Forscher entgehen, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auf der Grundlage der Fronarbeit der „Gegensatz" zwischen der auf der Leibeigenschaft basierenden Wirtschaftsordnung und den sozialökonomischen Verhältnissen immer größer wurde. Als bester Beweis kann das Kampfverhältnis zwischen dem Bauern und Gutsbesitzer dienen. Dieser Kampf nahm verschiedene Formen an. Die allereinfachste Form des Protestes war die Flucht. Solche Fälle werden besonders im neunzehnten Jahrhundert häufig, und nur durch sie, sowie auch durch die gesteigerte Sterblichkeit ist es zu erklären, daß die letzten Volkszählungen aus der Zeit der Leibeigenschaft eine Verringerung der Zahl der hörigen Bauern feststellen. Sehr bemerkenswert ist auch das Wachsen der Zahl der Selbstmorde unter den unfreien Bauern. Wenn die Selbstmorde der Bauern auch, nach Romanowitsch Slawottinsky, oft als Fälle von plötzlichem Tode eingetragen wurden (so im Jahre 1841 1622 Fälle), so daß ihre wahre Zahl sich schwer feststellen läßt, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß diese Selbstmorde eine ganz gewöhnliche Erscheinung waren.[1]

[1] So sieht man aus den Akten des Bezirksgerichtes Swir, daß in den letzten fünf Jahren der Leibeigenschaft (1855 bis 1860) im Bezirk 443 Fälle von Selbstmord und plötzlichem Tode verzeichnet waren, in den ersten fünf Jahren nach ihrer Abschaffung (1861 bis 1866) bloß 272.

Diese passive Protestform war aber von einer anderen, viel aktiveren, begleitet. Von 1816 bis 1837 wurden 9 Gutsbesitzer, von 1837 bis 1855 ungefähr 150 getötet und auf 80 Attentate verübt. Die Zahl der getöteten Gutsverwalter erreichte 27. Alle diese Ziffern stehen jedenfalls weit hinter der Wirklichkeit zurück. Die Zahl der Brandstiftungen läßt sich nicht feststellen. Schwer ist es auch, die Fälle aufzuzählen, wo die Bauern ihre Besitzer geprügelt haben. Wenn diese Fälle auch besonders häufig in der letzten Periode der Leibeigenschaft wurden, so suchten die Gutsbesitzer selbstverständlich solche „Skandalgeschichten" zu vertuschen.

Ebenso wächst, in sehr schnellem Tempo, die Zahl der Bauernrevolten. Während der Regierungszeit Nikolaus I. kamen 556 Bauernaufstände vor, das heißt durchschnittlich 19 Revolten jährlich. Ihre Anzahl steigt fortwährend bis zum Ende der vierziger Jahre und erreicht ihr Maximum in dem Zeitraum 1848 bis 1854.

Es fanden statt:

In den Jahren 1826	bis 1830	 41	Unruhen
" " " 1830	" 1834	 46	"
" " " 1835	" 1839	 59	"
" " " 1840	" 1844	 101	"
" " " 1845	" 1849	 172	"
" " " 1850	" 1854	 137	"

Zur Strafe für den Ungehorsam ihren Gutsbesitzern gegenüber wurden während der zwanzig Jahre von 1827 bis 1846 1030 Bauern (827 Männer und 203 Frauen) nach Sibirien verbannt.

Am Ende der Regierung Nikolaus I. wurde die Sehnsucht der Bauern, ihre Besitzer los zu werden, so stark, daß der Gedanke an die Wiederholung eines Volksaufstandes à la Pugatschew sehr nahe lag. Besonders grell äußerte sich der Wunsch der Leibeigenen, frei zu werden, in den Unruhen, die dem Manifest des Jahres 1854 über die Bildung eines Landsturmes anläßlich des Krimkriegs folgten. Unter den Bauern verbreitete sich das Gerücht — das früher nie aufgetaucht war —, daß jeder, der sich in die Landwehr eintragen lasse, Freiheit und einen Landanteil erhalten werde. Umsonst versuchte man ihnen beizubringen, daß solch eine Verordnung nicht erlassen wurde. Die Bauern fuhren fort, dasselbe zu wiederholen und zu verlangen.

Alle diese Aufruhrerscheinungen, die düsteren Vorläufer des herannahenden Sturmes, zeigten, um mit Iwaninkow zu reden, zur Genüge, „wie hochgespannt im Volke die Erwartung einer nahen Befreiung von dem Hörigkeitsverhältnis war und was für eine leicht entzündbare Masse der Bauernstand zu jener Zeit darstellte".

Soll ich noch als Beweis die oft zitierten Worte Alexanders II. anführen, die er an den Moskauer Adel richtete: „Es ist besser, die Leibeigenschaft von oben herab abzuschaffen, als die Zeit zu erwarten, wenn sie von selbst von unten her abgeschafft werden wird!"

Wir sehen, daß Radischtschew recht hatte. Das Volk hat die Freiheit erlangt, weil es sie „wollte". Wir haben auch gesehen, von welchen „Verkürzungen" diese „geschenkte" Freiheit begleitet wurde. Der Bauernstand kann infolge seiner eigenartigen Existenzbedingungen, wie stark auch zeitweise die Empörung unter den Bauern sein mag, niemals ein Element der allgemeinen politischen Aktion werden. Da er nur eine Bevölkerungsschicht darstellt, in der

die Gleichartigkeit der Interessen durchaus nicht Hand in Hand mit ihrer Gemeinsamkeit geht, erhebt er sich „wie ein Mann“ bloß in den Fällen, in denen er in der ganzen Ausdehnung des Landes von einem gemeinsamen Schlage, zum Beispiel von einer Hungersnot usw., betroffen wird. Immer aber überwiegen die lokalen Interessen, und daher ist, wie stark auch seine Widerstandsfähigkeit oft sein mag, der Bauernstand doch leicht den Lockungen von dargebotenen Almosen zugänglich. Die politische Aktivität des Bauerntums ist auch sogar zur Zeit, wo es noch schwach differenziert ist, nicht groß, wird aber noch kleiner, nachdem es die starke Einwirkung der Geldwirtschaft erlitten hat.

Der leibeigene Bauernstand war ebensowenig homogen, wie es der damalige Adel war. Er zerfiel schon damals in verschiedene territoriale Gruppen mit besonderen, wenn auch gleichartigen Interessen. In den Gouvernements, die außerhalb des Schwarzerderayons lagen, leisteten die bei weitem größte Zahl der Bauern ihre Fronpflichten nicht in der Arbeit auf den Feldern des Gutsbesitzers, sondern in Geld, das meistens nicht vom Ackerbau herrührte, sondern von anderen Gewerben, die die Bauern betrieben haben. In diesen Gouvernements suchten viele Bauern hauptsächlich sich von ihrer persönlichen Abhängigkeit frei zu machen und sahen nicht so sehr auf das Land. Die Gutsbesitzer suchten aber im Gegenteil, wie wir am Beispiel Unkowskys gesehen haben, den Bauern versandetes und sumpfiges Land aufzuhalsen, um in Form der Ablösung für dieses unbrauchbare Land auch die Ablösung für die Person des Bauern zu erhalten. In den Schwarzerdegouvernements dagegen leistete der größte Teil der Bauern wirkliche Arbeit auf dem Lande der Gutsbesitzer, und sie mußten dort gegen das Streben der letzteren kämpfen, ihnen das Land zu entziehen. Und wenn es der Koalition der Gutsbesitzer des Schwarzerderayons und des außerhalb desselben liegenden Gebiets unter der Ägide des aufgeklärten Adels von Twer gelungen war, ihr Ziel zu erreichen, so geschah es bloß deswegen, weil die Bauernschaft zu nichts anderem als zu isolierten „vulkanartigen“ Aufständen fähig war.

Das Bauerntum war aber nicht bloß territorial differenziert. Zur Zeit des Sturzes der Leibeigenschaft wurden von ihm schon wohlhabende Elemente hervorgebracht, die im schroffsten Antagonismus zu der übrigen Masse der Bauernschaft standen. In dem außerhalb der Schwarzerde liegenden Rayon waren das aus dem Bauernstand hervorgegangene kleinere Fabrikanten, im Schwarzerdegebiet die „tüchtigen Bäuerlein“, in denen Peschechonow mit Recht die Vorfahren der jetzigen Schankwirte und anderen Ausbeuter des Dorfvolkes, die sogenannten „Kulaki“, sieht, und aus deren Reihen die Gutsverwalter (die sogenannten „Burmistre“) während der Leibeigenschaft genommen wurden. Außerdem waren das, in beiden Rayons, die Vertreter des Handels- und Wucherkapitals. Diese Elemente trugen auch zur Zersetzung in dem Bauernmilieu bei und erleichterten es den herrschenden Klassen, nach dem Satze divide et impera zu verfahren.

Diese politische Passivität des Bauerntums war es auch, die den Vertretern der radikalsten Richtung der gebildeten Klassen die Rolle der „Schreckensmänner“ aufzwang, die durch den Radikalismus ihrer Forderungen die herrschenden Klassen an die Möglichkeit der Wiederholung der Greuel Pugatschews erinnern sollten. Und Tschernischewsky verteidigte eifrig solche Vorschläge, die er selber „bei den gegebenen Verhältnissen für unausführbar“ hielt, da er sehr wohl

+) Bauernmeister ?

wußte, daß „das momentan Erreichbare“ auch ohne ihn genug Vorkämpfer finden werde. Und wenn die Resultate auch nicht seinen Erwartungen entsprachen, so haben er und seine Genossen doch die Aufgabe der Revolutionäre erfüllt: sie stellten in dem Rahmen der gegebenen Verhältnisse Forderungen auf, die das Maximum des von der Wirklichkeit zu Verlangenden waren, und verteidigten sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Die Hauptsache war doch vollbracht. Die juristische Befreiung des arbeitenden Volkes sollte nur den ersten Schritt zu seiner politischen Freiheit bilden, dem endlich die soziale Emanzipation folgen sollte. Und diese Überzeugung fand ihren Ausdruck in den Worten Nekrassows:

> Ich weiß, an des Netzes der Leibeigenschaft Stelle
> Haben die Menschen viele andere gesetzt.
> Tut nichts! ... Leichter wird sie nun das Volk zerreißen können!
> Muse! Begrüße, der Hoffnung voll, die Freiheit!

* * *

Wo ist nun aber die Regierung? Wo waren die „selbständigen“ Interessen, die sie veranlaßten, in der Rolle des „Befreiers“ aufzutreten? Es genügt, einen kurzen Blick auf die Geschichte der Bauernfrage unter Nikolaus I. zu werfen, um zu sehen, wie zaghaft die Autokratie vorging, wenn es sich darum handelte, die Interessen der Gutsbesitzer zu verletzen. Nur als die Regierung infolge des von uns dargelegten sozialökonomischen Prozesses die Unterstützung durch gewisse Gruppen aus der Mitte der Gutsbesitzer selbst erhielt, entschloß sie sich — wenn man die zögernden Schritte Alexanders II. in den fünfziger Jahren einen Entschluß nennen will —, die Frage der „Verbesserung der Lage der hörigen Bauern“ auf die Tagesordnung zu setzen. Und es wäre nicht schwer zu zeigen, wie alle zickzackartigen Schritte und Schwankungen der Regierung ihren Ursprung in dem erbitterten Kampfe hatten, der gleichzeitig im Schoße des Adels selbst tobte und der seinerseits durch den immer drohender werdenden Groll des Volkes und die „unterirdische“ Tätigkeit der extremsten Elemente der ihr Volk liebenden „Intellektuellen“ verschärft wurde.

Die chronischen Defizite, die schwierige Lage des ganzen Staatshaushaltes überhaupt, die unverschämteste und allen offenkundige Korruption und Bestechlichkeit der Beamten — Tatsachen, die alle der Regierung gut bekannt waren, auch das Bewußtsein, daß die Leibeigenschaft die Entwicklung des Handels und der Industrie hemme, das alles war nicht imstande, die Regierung Nikolaus I., des „ersten Edelmanns“, zum Auftreten gegen den Adel zu bewegen. Und wenn der Krimkrieg, der alle diese Mißstände grell beleuchtete und dazu noch zeigte, daß bei der Aufrechterhaltung der Leibeigenschaft der Staat auch nicht imstande sei, seine Sicherheit gegen „auswärtige“ Feinde zu bewahren, doch einen Anstoß zur Reform des 19. Februar bildete, so geschah es nur darum, weil er, wie wir oben gesehen haben, noch deutlicher den Wunsch der Bauern zeigte, die Gutsbesitzer los zu werden.

Im Herzen Rußlands stieg allmählich ein „innerer“ Feind empor, der zwar schlecht organisiert und nur kraft seines Hasses gegen die bestehende Ordnung stark war; ein Feind, schwach zu nennen, soweit sein politisches Bewußtsein in Betracht kam, der aber dennoch schrecklich war und nicht vernachlässigt werden durfte. Der Staat, der sich machtlos gegen den „äußeren“ Feind erwies, lief Gefahr, auch dem „inneren“ nicht standzuhalten.

Um die Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, mußte man ihre Form ändern. Als am 20. Februar 1855 Alexander II. im Winterpalais die höchsten Würdenträger des Reiches zu einem Rate zusammenrief, um die Frage zu entscheiden, ob der Krimkrieg fortzusetzen oder Friede zu schließen sei, behielt die Meinung Kisselews die Oberhand. „Es ist wahr", sagte er, „daß das russische Volk in seiner erdrückenden Mehrheit vom Pflichtbewußtsein tief durchdrungen ist. Es gibt aber auch Schichten, die zu schwanken anfangen können, und man darf sich daher nicht in eine Lage setzen, aus der es keinen Ausweg gibt, und die unbedingt zu Verhältnissen führen wird, die noch schwieriger als die jetzigen wären."

Wäre nicht die drohende Haltung des Bauerntums gewesen, infolgederen die Reform des 19. Februar durch alle Instanzen fast im Eilzug passierte, so hätte die Regierung noch lange die Rolle eines Spielzeugs in den Händen der verschiedenen Gruppen des Adels in der Bauernfrage gespielt. Dafür ist sie aber, als sie endlich ihre Furcht überwunden hatte, mit „eiserner Energie" gegen die „Wühler" vorgegangen, die die Hoffnungen der Bauern schürten.

Der Krimkrieg, der mehr als zwei Jahre dauerte, war der Prolog zu dem „Zeitalter der großen Reformen". Die Kluft, die die revolutionären Elemente der politischen Klassen von dem zur Revolution neigenden Bauernstand trennte, der noch dazu einer festen und ausgedehnten Organisation nicht fähig war, gab der Regierung die Möglichkeit, aus der schwierigen Lage einen Ausweg zu finden und der Befreiung eine für die Gutsbesitzer günstige Form zu geben. Noch leichter war ihr das auf dem Gebiet der anderen Reformen, wo, mit Ausnahme der Umgestaltung der Justizverwaltung, die durch die Bedürfnisse eines erleichterten Warenaustausches diktiert und dem westeuropäischen Muster nachgebildet wurde, nur elende Parodien geliefert wurden, die höchstens geeignet waren, die liberalen Liebhaber „erfreulicher Erscheinungen" irrezuführen.

Der 19. Februar bahnte dem Einzug des reinen Kapitalismus den Weg. Die ökonomische Entwicklung setzte an Stelle des Bauern den Proletarier, den Stadtarbeiter. In der russischen sozialdemokratischen Partei vollzog sich die Verschmelzung der russischen revolutionären „Intellektuellen" mit dem „Volke". Der Widerspruch zwischen der sozialökonomischen Entwicklung und der politischen Ordnung wurde immer klarer und äußerte sich immer stärker in den neuen Formen des Klassenkampfes.

Die Jahre, die nach 1861 dahingegangen sind, Jahre des unaufhörlichen Wachsens des Kapitalismus, sind nicht ohne Folgen geblieben. Sie verstärkten die „Schichten, die ins Schwanken geraten können", in einem viel höheren Maße, als es vor der Reform war, und riefen fortwährend neue hervor. Die „vulkanartigen" Ausbrüche der Bauernunruhen in den vierziger Jahren sind ein Kinderspiel schon im Vergleich zu den Ereignissen in Rostow a. D. oder den allgemeinen Streiks im Süden Rußlands im Jahre 1903.

Die gewaltige proletarische Erhebung, die wir in den letzten Wochen in Petersburg und im ganzen Reiche erlebt haben, bürgt dafür, daß der jetzige russisch-japanische Krieg weit mehr noch als der Krimkrieg ein Prolog zu tiefer einschneidenden Umwälzungen sein wird, daß diesmal die „regierende Clique" sich nicht mehr bloß mit einem „Zeitalter großer Reformen" wird begnügen dürfen, sondern daß vielmehr die „große Reform" damit beginnen wird, die „regierende Clique" selbst mit Schimpf und Schande von ihrem Posten zu verjagen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 23 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Vorschmack zur Schillerfeier.

✗ Berlin, 1. März 1905.

Wir wissen es alle: zwischen den besitzenden und den arbeitenden Klassen afft ein Abgrund, von dem man im Schillerjahr sagen kann:

Über diesen grauenvollen Schlund
Trägt kein Nachen, keiner Brücke Bogen,
Und kein Anker findet Grund.

Und dennoch: wenn einmal ein flüchtiger Blitz in diesen Abgrund fällt, so staunt man unwillkürlich, wie bodenlos er ist.

Nämlich — während der Anfang der russischen Revolution und der Riesen-reik im Ruhrgebiet das deutsche Proletariat in seinen tiefsten Tiefen aufregt, ıt sich auch eine „mächtige Bewegung der Geister" in den deutschen „Kreisen on Besitz und Bildung" geregt. Es handelt sich um nichts Geringeres als m die „Freiheit" in ihrer höchsten Potenz, um die „geistige Freiheit", um die Freiheit der Wissenschaft", um die „akademische Freiheit", und es ist beinahe ihrend zu sehen, wie die deutschen „Geisteshelden" auf ihren morschen Beinen ıd mit ihren wackelnden Zöpfen herbeieilen, um die „teuersten Überlieferungen r deutschen Kultur" zu retten.

Billig denkende Leute werden geneigt sein, solchem Spuk nicht jede Berech-gung abzusprechen, und wir möchten um alles in der Welt über die „Geistes-lden" der deutschen Bourgeoisie nicht unbillig urteilen. Es gab wirklich nen Anlaß zu so gewaltiger Aufregung. Kam dieser Tage der neue König on Sachsen nach Leipzig, um seine getreue Seestadt und seine allergetreueste andesuniversität zu begrüßen. Der Rektor empfing ihn mit dem landes-blichen Brimborium von der „Freiheit der Wissenschaft", die sich nur durch e erkannte Wahrheit „binden" lasse, und von der „akademischen Freiheit", ırch die selbständige Charaktere erwüchsen. Das war eitel Heuchelei, aber es ar vom bürgerlichen Standpunkt aus wenigstens konsequente Heuchelei. edoch der neue König, dem selbst seine devotesten „Untertanen" noch nicht die

Huldigung dargebracht haben, die sie seinem Großvater darzubringen pflegten: daß er „ein Gelehrter unter den Königen und ein König unter den Gelehrten" sei, antwortete kurz angebunden, wie Gretchen in „Faust": Ach was, meine Herren! „Ihre Aufgabe ist es, unsere Jugend nicht bloß wissenschaftlich zu bilden, sondern ihr die wahren Gefühle der Gottesfurcht, Pflichttreue, Hingabe und Treue für König und Vaterland, Kaiser und Reich einzuflößen. Ja, ich halte diese Seite der Tätigkeit von Hochschullehrern für die allerwichtigste." Und darüber braust nun „ein gewaltiger Sturm der Entrüstung durch alle deutschen Gauen", darüber —

Ach nein, lieber Leser, darüber weht auch nicht das leiseste Lüftchen durch die „Kreise von Besitz und Bildung". Wie der Rektor der Leipziger Universität, der ehedem ein gar mächtiger Herr war und selbst fürstliche Ehren genoß, die deutliche Abfertigung des Königs stockmäuschenstill einsteckte, so auch die „führenden Geister" Allteutschlands. Das fehlte gerade noch, sich in Unkosten zu stürzen, wenn eine offizielle Heuchelei von alleroffiziellster Stelle entlarvt wird. Nein, was die „gebildeten Kreise" erregt, ist ganz etwas anderes. Die Studierenden der technischen Hochschule in Hannover haben ein Verbot der konfessionellen Verbindungen verlangt, und weil die Regierung, bei ihren zärtlichen Beziehungen zum Zentrum, dadurch angeärgert worden ist und ihren tölpelhaften Polizeistock über die unreifen Knaben geschwungen hat, die nach dem tölpelhaften Polizeistock in ihrem „geistigen Kampfe" gegen die „Geistesknechtschaft" des Ultramontanismus schreien, deshalb braust der schon erwähnte „Sturm" durch die „deutschen Gauen". Ein Bürgertum, das all seine politischen Ideale längst auf dem Tandelmarkt vertrödelt hat, steht auf wie ein vorsintflutlicher Landsturm, um den mittelalterlichen Zopf der „akademischen Freiheit" zu verteidigen, und zwar weil diese „Freiheit" den Anspruch erhebt, sich über die gemeine Vereinsfreiheit hinwegzusetzen, die sogar in der preußischen Verfassung, wenigstens auf dem Papier, verbrieft ist.

Da der liebe Gott nicht immer nur mit den starken Bataillonen sondern auch manchmal mit der gerechten Sache ist, so hat die „gerechte Empörung" sogar einen Sieg erfochten. Die „starke" Regierung hat vor der „akademischen Freiheit" kapituliert, und sogar Herr Althoff der unbeschränkte Beherrscher der preußischen Universitäten, hat im preußischen Abgeordnetenhause so etwas wie Reu und Leid getan, freilich mit einem kaustischen Beigeschmack, der dem heimlichen Freunde ultramontaner Füchse nicht übel anstand, aber von den nationalliberalen Helden vorsichtigerweise als staatsmännischer Ernst genommen wurde. Indessen wenn Herr Althoff sich über diese Helden mit einem gewissen Recht lustig machte, so bleibt es für die Regierung eine nicht geringere Blamage, daß sie unerschöpflich an Ausflüchten ist, wenn es die Beschwerden von Arbeitern auf die lange Bank zu schieben gilt, während sie vor einer korrupten Laune von Studenten, die zu willigen Handlangern der herrschenden Klassen zu werden versprechen, alsbald die Segel streicht. Und es ist am Ende auch nur um so schlimmer, wenn sie dabei denken mag:

Der Knecht singt gern ein Freiheitslied
Des Abends in der Schenke.

Man wird hoffentlich keinem vernünftigen Menschen einreden wollen, daß die rebellischen Studenten auch nur von einer Spur idealer Gesinnung beseelt sind, indem sie im Namen der „akademischen Freiheit“ nach einem reaktionären Handstreich gegen ihre andersdenkenden Kommilitonen riefen, auch wenn sie sich dabei noch so trutziglich geberdeten, auch wenn sie nach mittelalterlicher Weise mit einem Auszug drohten und im teutschesten Bierbaß brüllten:

Wer die Wahrheit denkt und bekennt sie frei,
Der kommt nach Berlin auf die Hausvogtei.

Als dies Lied gedichtet wurde, war „Sands Himmelfahrtswiese“ ein nationaler Wallfahrtsort für die deutschen Studenten; die Wiese bei Mannheim, wo der Burschenschafter Sand hingerichtet wurde, weil er einen russischen Spion erdolcht hatte, der an den Zaren über die deutschen Universitäten berichtete. Heute stehen die deutschen Universitäten, und in erster Reihe die Berliner Universität, unter zarischer Polizeiaufsicht, und zwar durch die Begünstigung der deutschen Regierung, und so lange die deutschen Studenten für diese beispiellose Schmach keine Empfindung zeigen, sollen sie uns gefälligst mit ihrem albernen Trödel von „akademischer Freiheit“ vom Halse bleiben.

Das Schönste ist jedoch, wenn bürgerliche Blätter den „Kampf“ um diesen Trödel die „würdige Feier“ des „Schillerjahres“ nennen. Daß du die Nas' im Gesicht behältst! würde Onkel Bräsig in diesem Falle sagen. Aber der famose Trumpf ist ein netter Vorschmack des verblüffenden Humbugs, den die „Kreise von Besitz und Bildung“ zum 9. Mai loszulassen sich anschicken. Nicht als ob wir Schiller nicht zum Schwurzeugen annehmen möchten! Im Gegenteil! Als im Jahre 1792 in Jena auch ein Kampf um die „akademische Freiheit“ entbrannte — nur entfernt nicht aus so ruppigem Anlaß wie diesmal — schrieb Schiller an seinen Freund Körner: „Wenn ich dir von den hiesigen Unruhen nichts schreibe, so rührt es daher, daß sie gar zu erbärmlich sind und von beiden Seiten die höchste Mittelmäßigkeit sich dabei kund getan hat.“ Man kann nicht treffender über den gegenwärtigen Kampf um die „akademische Freiheit“ urteilen.

Im allgemeinen ist aber zu sagen, daß die bürgerliche Aufklärung, so lange sie ein historischer Fortschritt und eine historische Macht war, den Universitäten ungefähr so gegenüberstand, wie heute die Arbeiterklasse — mit einziger Ausnahme der deutschen Philosophen, die, als sie ihre vernünftigen Gedanken nur noch in einer unvernünftigen Sprache ausdrücken konnten, das akademische Katheder für den richtigen Resonanzboden dieser Sprache hielten. Voltaire meinte, noch nie sei der geistige und wissenschaftliche Fortschritt von Universitäten ausgegangen, und Lessing war durch keine Teufelsgewalt zum „Professorieren“ zu zwingen, obgleich er sogar an der Moskauer Universität Professor werden konnte, was heute jeder echte teutsche Patriot nicht ohne Tränen innigster Rührung annehmen würde.

Schiller ist allerdings, zwar nicht durch Teufels, aber durch Hungers Gewalt, einige Jahre zum „Professorieren“ gezwungen worden. Es war eine Tragikomödie eigener Art in seinem Leben. Die durchlauchtigsten Nutritoren der Universität Jena — ein halb Dutzend Herzöge in der thüringischen Gegend —

beriefen ihn unter der vorsorglichen Bedingung, daß er von ihnen keinen Pfennig Gehalt beanspruchen dürfe, und betrachteten selbst den armen Teufel als willkommenes Ausbeutungsobjekt. „Diese Professur", schrieb Schiller am 17. Januar 1789 an Körner, „soll der Teufel holen: sie zieht mir einen Louisdor nach dem anderen aus der Tasche. Die Geheimen Kanzleien von Gotha und Koburg haben sich bereits mit Kontos für Expeditionsgebühren eingestellt, und mit jedem Posttage drohen mir noch zwei andere von Meiningen und Hildburghausen. Jede kommt mich auf 5 Taler und die gothaische auf 6 zu stehen. Der Magisterquark soll auch über 30 Taler und die Einführung auf der Universität ihrer 6 kosten. Da hab' ich nun schon eine Summe von 60 Talern erlegt, ohne was anderes als Papier dafür zu haben." Und als die Schraube immer fester gezogen wurde, schrieb Schiller am 9. März an Körner: „Könntest du mir innerhalb eines Jahres eine Frau von 12000 Talern verschaffen, mit der ich leben, an die ich mich attachieren könnte, so wollte ich dir in fünf Jahren eine Fridericiade, eine klassische Tragödie und weil du doch so darauf versessen bist, ein halb Dutzend schöne Oden liefern, und die Akademie in Jena möchte mich dann — —."

Sicherlich, wenn Schiller heute noch lebte, so würde er auch dem Fortschritt unserer glorreichen Zeit huldigen, und zwar so, daß er die höfliche Einladung, die er an die Universität Jena nur in Gedankenstrichen richtete, in kernigem Deutsch an die bürgerlichen „Geisteshelden" richten würde, die in dem gegenwärtigen „Kampf um die akademische Freiheit" eine „würdige Feier" des „Schillerjahres" erblicken.

Das Reichsbürgerrecht und die bundesstaatliche Schlagbaumpolitik.

Von **Emil Eichhorn.**

Die skandalöse Liebedienerei der Bülow-Regierung vor dem russischen Absolutismus drängt mit Allgewalt zur Kritik der Behandlung der Ausländer im Deutschen Reiche. Und bei Besprechung der soeben im Reichstag eingebrachten sozialdemokratischen Resolution zum Etat des Reichskanzlers, welche Schutz der Fremden in Deutschland fordert, wird sich zeigen, wie wenig Deutschland im Hinblick auf das Asyl- und Fremdenrecht Anspruch erheben kann, als Kulturstaat zu gelten. Das wird freilich erklärlich, wenn man erfährt, daß selbst innerhalb der Reichsgrenzen und den Reichsangehörigen gegenüber tausenderlei Willkürlichkeiten statthaben, durch welche die verfassungsmäßigen Rechte der Reichsbürger illusorisch gemacht werden.

Die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung, die zum Zusammenschluß des Kleinstaatenwirrwarrs drängte, und die auch in Artikel 4 der Reichsverfassung, der die Zuständigkeit und Befugnisse des Reiches regelt, zum plastischen Ausdruck kommt, verlangt, daß das Schwergewicht der Gesetzgebung in den Händen des Reiches ruht. Nun ist der äußeren Form nach Deutschland zwar ein Staatenbund — aus dem, nebenbei bemerkt, ein Einzelstaat gar nicht austreten kann —, aber den Bundesstaaten war nach dem Geiste der Reichsverfassung doch eine recht untergeordnete Selbständigkeit zugedacht. Es wäre

also durchaus natürlich gewesen, wenn mit der Reichsverfassung ein Reichsbürgerrecht geschaffen worden wäre, das zusammenfällt mit dem Staatsbürgerrecht in den einzelnen Bundesstaaten und das ohne weitere Förmlichkeiten anerkannt werden müßte, sobald der Reichsangehörige, welchem Bundesstaat er auch angehören mag, in einem anderen Bundesstaat seinen Wohnsitz nimmt.

Dies hat die Eifersüchtelei der Bundesstaaten verhindert! Die Verfassung für den Norddeutschen Bund vom 26. Juli 1867, die im Jahre 1871 nur wenig verändert als Verfassung des Deutschen Reiches übernommen wurde, begründete ein „gemeinsames Indigenat" (Staatsangehörigkeit) für alle dem Norddeutschen Bunde angehörenden Staaten. Diese Bestimmung ist auch in die Reichsverfassung übergegangen; sie hat hier folgenden Wortlaut:

Artikel 3. Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Untertan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaats in jedem anderen Bundesstaat als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genuß aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen ist, auch im Betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaats beschränkt werden.

Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt.

Ebenso bleiben bis auf weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Übernahme von Auszuweisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen.

Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältnis zu dem Heimatland wird im Wege der Reichsgesetzgebung das Nötige geordnet werden.

Dem Ausland gegenüber haben alle Deutschen gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reiches.

Dieser Artikel 3 der Reichsverfassung ist kein Muster von Klarheit, im Gegenteil! Nimmt man den ersten Satz des ersten Absatzes in seiner einfachsten Form: „Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige eines jeden Bundesstaats in jedem anderen Bundesstaat als Inländer zu behandeln ist", so wäre es das, was wir wollen. In der Aufzählung der Wirkungen dieses Reichsindigenats sieht die Mehrzahl der Staatsrechtslehrer Einschränkungen, während es freilich auch solche gibt, die nur Beispiele darin sehen. Letzteres ist auch unser Standpunkt. Wir treten unbedenklich denen bei, welche es beispielsweise für verfassungswidrig erklären, daß in einer Anzahl bundesstaatlicher Wahlrechte die Wahlberechtigung und Wählbarkeit neben den sonstigen für Einheimische geltenden Bestimmungen an einen mehrjährigen Besitz der Staatsangehörigkeit gebunden ist.

In der Praxis hat die andere Richtung den Sieg davongetragen und der neuere Kurs, der aus reaktionären Beweggründen das Schwergewicht der Gesetzgebung — besonders der sozialen Gesetzgebung — in die Landtage der Bundesstaaten verlegen möchte, läßt auch nicht erwarten, daß man bald von dieser der „Reichseinheit" ins Gesicht schlagenden Praxis zurückkommen wird.

Ein Zurückweichen vor dem Einheitsgedanken der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches bedeutete schon das Gesetz über Erwerbung und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. Im alten Deutschen Reiche, das zu Beginn des vorigen Jahrhunderts zusammenbrach, wurde für alle Reichsmittelbaren die Angehörigkeit zum Reiche entweder lediglich durch den Wohnsitz innerhalb des Reiches begründet oder sie beruhte auf der Zugehörigkeit zu einer deutschen Gemeinde. Erst später entstanden in den meisten der deutschen Staaten Gesetze, wonach unabhängig vom Domizil die Staatsangehörigkeit durch Geburt, Verheiratung oder Verleihung erworben wurde. Bunt genug sahen diese Gesetze aus. In einem kleineren Teile Norddeutschlands, im Königreich Hannover, in Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Lauenburg, Lippe und Bremen blieb der Grundsatz vorherrschend, daß die Staatsangehörigkeit eine Folge der Gemeindeangehörigkeit sei; so hieß es kurz und bündig in dem Bremischen Gesetz: „Das Gemeindebürgerrecht schließt das Heimatrecht und damit die Genossenschaft des Bremischen Staates in sich."

Zu bemerken ist allerdings, daß in einigen Staaten Ausländer — auch jeder nicht staatsangehörige andere Deutsche war natürlich „Ausländer" — nur mit Genehmigung der Staatsregierung zu Mitgliedern der Gemeinde aufgenommen werden durften.

In der überwiegenden Mehrzahl der jetzigen Bundesstaaten, so in Preußen, Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, Mecklenburg, Großherzogtum Sachsen, Anhalt, Schwarzburg, Waldeck, Reuß, Lübeck und Hamburg stellte sich dagegen die Gesetzgebung auf den Standpunkt, daß der Staat die Entscheidung über die Aufnahme in seinem Verband nicht der Gemeinde überlassen dürfe. Neben der fast selbstverständlichen und auch so ziemlich allgemein üblichen Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch Abstammung, Legitimation und Verheiratung kennt diese Gesetzgebung nur die Verleihung der Staatsangehörigkeit durch die Staatsbehörde als die einzige Form, unter welcher sonst ein Ausländer in den Staatsverband aufgenommen werden konnte. Die Naturalisation (Verleihung der Staatsangehörigkeit) war ein reiner, in den einzelnen Staaten teils vom regierenden Fürsten selbst, teils von einer hohen Staatsbehörde oder von einer beauftragten unteren Verwaltungsbehörde ausgehender Verwaltungsakt. Ein Rechtsanspruch auf Naturalisation war in keinem der Gesetze und unter keinen Umständen anerkannt. Dagegen war die Naturalisation an tausenderlei Bedingungen geknüpft, die fast in jedem Staate andere waren. Ein Staat verlangte neben Unbescholtenheit und gesicherter wirtschaftlicher Existenz den Nachweis der Entlassung aus dem anderen Staate, ein anderer die Aufnahmezusicherung in einer inländischen Gemeinde, wieder andere hielten an einer Menge polizeilicher Schutzmaßregeln fest oder verlangten die Ableistung des Untertaneneids und was dergleichen Bedingungen mehr waren.

Mit diesem Chaos der Indigenatsgesetzgebung mußte nach Abschluß des Norddeutschen Bundes und unter einer Verfassung, die ein Bundesindigenat einführte, natürlich aufgeräumt werden; so meint wenigstens jeder vernünftige Mensch. Nur der preußische Polizeibureaukratismus dachte anders. Zwei Jahre nach Abschluß des Norddeutschen Bundes, in der Session 1868/69, wurde dem preußischen Landtag ein neues Indigenatsgesetz vorgelegt, nach welchem beispielsweise die norddeutschen Bundesgenossen in Sachsen

ınd Mecklenburg mit den Russen und Türken auf eine Stufe gestellt ourden, wenn sie die Naturalisation im „Bundesstaat“ Preußen nachsuchten. Das Gesetz kam zwar nicht zustande, aber das Vorgehen Preußens war doch o brutal-partikularistisch, daß sich einige Abgeordnete des Reichstags für den Norddeutschen Bund, v. Puttkamer-Fraustadt und Dr. Stephani, bewogen ühlten, im Reichstag zu beantragen, diese Materie bundesgesetzlich zu egeln. Der Antrag wurde am 20. Mai 1869 angenommen; Anfang 1870 ing dann dem Reichstag der Entwurf eines Gesetzes über Erwerbung und Berlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit zu, der bald erledigt wurde und n gleichen Jahre noch Gesetzeskraft erlangte.

Der preußische Partikularismus — nach Bismarck der gefährlichste — hat as Gesetz stark beeinflußt. Statt die Zusagen des Artikels 3 der Bundes- erfassung einzulösen und ein Bundesindigenat zu schaffen, das ohne alle förmlichkeiten den Bundesangehörigen in jedem Bundesstaat die Rechte als Inländer gewährt, faßte es nur die gemeinsamen Grundzüge der be- ehenden Indigenatsgesetze zusammen und übernahm damit auch eine Menge chikanöser Polizeimaßregeln, welche das verfassungsmäßige Reichs- ıdigenat immer fragwürdiger machen.

Nach dem Gesetz gibt es eine selbständige Bundes- beziehungsweise Reichs- ıngehörigkeit überhaupt nicht (von einigen ganz belanglosen Ausnahmen ab- esehen). Die Grundlage der Reichsangehörigkeit ist vielmehr die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat. Der ganze Unterschied egen den früheren Rechtszustand besteht darin, daß die Vielheit der bundes- aatlichen Bestimmungen auf eine schlechte Einheit reduziert wurde und daß an jetzt unterscheidet zwischen der Aufnahme in den Staatsverband für en Inländer und der Naturalisation für den Ausländer. Diese nterscheidung ist die einzige Konzession an den im Reichsindigenat zum Aus- uck kommenden Einheitsgedanken. Dem Reichsausländer gegenüber bleiben e Bundesstaaten völlig souverän, die Naturalisation ist freier Willensakt der egierungen, für den das Gesetz nur ein Minimum von Bedingungen auf- ellt; erschweren können die Bundesregierungen die Naturalisation ganz nach elieben — bis zur prinzipiellen Versagung. Dem Reichsinländer dagegen eht ein verfolgbarer Rechtsanspruch auf die Aufnahme in einen eliebigen Bundesstaat zu. Was diese Konzession aber wert ist, wird sich eich zeigen.

Nach den für den Reichsinländer geltenden Bestimmungen des Gesetzes, die ıs hier vornehmlich interessieren, wird die Staatsangehörigkeit begründet durch bstammung, durch Legitimation, durch Verheiratung, und für den Deutschen ırch Aufnahme in den Staatsverband (§ 2). Über die ersten drei Erwerbungs- ten ist nicht viel zu sagen, es ist bekannt, daß das eheliche Kind immer die taatsangehörigkeit des Vaters besitzt, gleichgültig wo es geboren ist; ebenso kannt ist, daß uneheliche Kinder, welche der Staatsangehörigkeit der Mutter lgen, durch nachträgliches Anerkenntnis des Vaters die Staatsangehörigkeit sselben erwerben, und daß bei der Verheiratung die Frau die Staatsangehörig- t des Mannes erwirbt. Bleibt die Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch ufnahme. Hier bestimmt das Gesetz (§ 7):

Die Aufnahmsurkunde wird jedem Angehörigen eines anderen Bundes- ıats erteilt, welcher um dieselbe nachsucht und nachweist, daß er in dem Bundes- at, in welchem er die Aufnahme nachsucht, sich niedergelassen habe, sofern kein

Grund vorliegt, welcher nach den §§ 2 bis 5 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 die Abweisung eines Neuanziehenden oder die Versagung der Fortsetzung des Aufenthaltes rechtfertigt.

Mit der Bezugnahme auf die §§ 2 bis 5 des Freizügigkeitsgesetzes ist der ganze Wust der alten polizeilichen Machtbefugnisse wieder in das Gesetz eingeschmuggelt. Die angezogenen Paragraphen besagen:

§ 2. Wer die aus der Reichsangehörigkeit folgenden Befugnisse in Anspruch nimmt, hat auf Verlangen den Nachweis seiner Reichsangehörigkeit ... zu erbringen.

§ 3. Insoweit bestrafte Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörde unterworfen werden können, behält es dabei sein Bewenden.

Solchen Personen, welche derartigen Aufenthaltsbeschränkungen in einem Bundesstaat unterliegen oder welche in einem Bundesstaat innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden sind, kann der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaat von der Landespolizeibehörde verweigert werden.

§ 4. Die Gemeinde ist zur Abweisung eines Neuanziehenden nur dann befugt, wenn sie nachweisen kann, daß derselbe nicht hinreichende Kräfte besitzt, um sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notdürftigen Lebensunterhalt zu verschaffen, und wenn er solchen weder aus eigenem Vermögen bestreiten kann, noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhält. Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, diese Befugnis der Gemeinden zu beschränken.

Die Besorgnis vor künftiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung.

§ 5. Offenbart sich nach dem Anzug die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung, bevor der Neuanziehende an dem Aufenthaltsort einen Unterstützungswohnsitz (Heimatsrecht) erworben hat, und weist die Gemeinde nach, daß die Unterstützung aus anderen Gründen als wegen einer nur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit notwendig geworden ist, so kann die Fortsetzung des Aufenthaltes versagt werden.

Es ist ohne weiteres aus diesen Vorschriften des sogenannten „Freizügigkeits"gesetzes ersichtlich, daß für unzählige Reichsangehörige damit das Recht, in einem anderen Bundesstaat Aufnahme zu finden, ausgelöscht wird. Wer etwa noch daran zweifelte, der mag nur einen Blick in die Verwaltungsentscheidungen werfen, die in reicher Fülle auf diesem Gebiet ergangen sind.

Aber das ist noch nicht einmal das schlimmste. Das in § 7 des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit stipulierte Recht, in jeden Bundesstaat aufgenommen zu werden, wird viel mehr noch als durch vorstehende Vorschriften des Freizügigkeitsgesetzes illusorisch gemacht durch die Verwaltungspraxis bei der Behandlung der Anträge auf Aufnahme in den Staatsverband. Das Reichsgesetz ist ergangen, ohne daß von Reichs wegen Ausführungsvorschriften beigegeben wurden; diese Ausführungsverordnungen blieben den Bundesstaaten vorbehalten. Auf diesem Umweg ist die alte bundesstaatliche Willkür, die vor der reichsgesetzlichen Regelung der Materie bestand, beinahe wieder hergestellt.

Es fehlt jede Einheitlichkeit in der Zuständigkeit der Behörden für die Entgegennahme der Anträge auf Aufnahme in den Staatsverband, es fehlt an Einheitlichkeit hinsichtlich der erforderlichen Dokumente, es fehlt an einheitlichen und bindenden Vorschriften über die Voraussetzungen, unter denen diese Dokumente ausgestellt werden müssen. Das sind Schwierigkeiten, welche außerordentlich abschreckend

auf jeden wirken, der Neigung zeigt, als Einwohner eines fremden Bundesstaats auch dessen Staatsangehörigkeit zu erwerben, um für die Erfüllung seiner steuerlichen Pflichten auch an den staatsbürgerlichen Rechten teilnehmen zu dürfen.

Nach dem Sinne des Gesetzes wäre dem Antrag auf Aufnahme in den Staatsverband nur der Staatsangehörigkeitsausweis, das ist der Nachweis über die Reichsangehörigkeit (§ 2 des Freizügigkeitsgesetzes) beizufügen; wenn man dann noch bei Verheirateten die Urkunden über die Eheschließung und die Geburten der Kinder verlangte, da Frau und Kinder dem Manne in der Staatsangehörigkeit folgen, so wäre das alles, was verlangt werden kann. Viele Behörden verlangen aber von dem Antragsteller außerdem den Nachweis über die Erfüllung der sonstigen Bedingungen. Das sind ganz unberechtigte Forderungen, die im Klageweg sicher abgewiesen würden. Aber wer macht sich um vielleicht geringfügiger politischer Rechte willen die Umstände einer Verwaltungsklage? In Baden zum Beispiel maßen sich viele Kommunalbehörden das Recht der Begutachtung der Anträge an, und die mit der Erledigung betrauten unteren Verwaltungsbehörden sind geneigt, nach diesen Gutachten zu entscheiden. Auch das ist unberechtigt. Die Kommunalbehörde ist nur darüber zu hören, ob einem Antragsteller gegenüber die Bestimmungen der §§ 3 bis 5 des Freizügigkeitsgesetzes zutreffen, sonst hat sie nichts zu sagen. Vor einer Beschwerde hält also diese Maßregel nicht stand, aber der Zweck ist erreicht: die Zugezogenen werden abgeschreckt, sich die Rechte der Inländer zu erwerben.

Den tollsten Unfug hat man zu überwinden bei Beschaffung des Staatsangehörigkeitsausweises; fast in jedem Staate ist eine andere Behörde zuständig für die Ausstellung: in Preußen das Landratsamt, dem der letzte preußische Aufenthaltsort des Antragstellers untersteht. Handelt sich's dabei um Städte mit mehr als 100000 Einwohnern, so ist das Gesuch an das Polizeiamt der Stadt zu richten. In Bayern ist zuständig das Bezirksamt und teilweise der Magistrat, in Sachsen Polizeiamt, Stadtrat oder Amtshauptmannschaft, je nach der Größe des letzten Aufenthaltsortes, in Württemberg Polizeiamt oder Oberamt des Geburtsortes, in Hessen das Kreisamt des Geburtsortes, in Mecklenburg-Schwerin das Ministerium des Innern, in Mecklenburg-Strelitz die Landesregierung, in den Städten der Fürstentümer Reuß der Gemeinderat, sonst die Landratsämter, in Lippe die Regierung, in Hamburg der Senat, in Bremen die Polizeidirektion oder der Landherr, in Lübeck das Stadt- und Landamt, und so weiter in bunter Folge.

Ebenso bunt sieht die Musterkarte der Bedingungen aus, unter denen ein Staatsangehörigkeitsausweis ausgestellt wird. Sogar in ein und demselben Lande sind die Anforderungen der einzelnen Ämter verschiedene; ein Amt begnügt sich mit den Angaben über Geburtsort und -Datum der Eltern und macht einerseits die notwendigen Erhebungen, ein anderes Amt schiebt dem Gesuchsteller den Beweis für seine Angaben zu und verlangt sie dokumentarisch belegt. Wieder andere Behörden verlangen ganz zwecklose Auskunft über die Familienverhältnisse des Nachsuchenden. Den Vogel schießen indessen Sachsen und Preußen ab. Bureaukratischer Wahnsinn hat dort einen Fragebogen ausgeheckt, der „ausführlich" und „erschöpfend" beantwortet werden muß, wobei einzelne Antworten dokumentarisch zu belegen sind, und erst dann, wenn der Nachsuchende das peinliche Verhör zur Zufriedenheit besteht, hat er Aussicht, die ungeheuer wichtige Tatsache amtlich bescheinigt zu erhalten, daß er Preuße oder Sachse ist!

Dieser Fragebogen, der teils unter persönlichem Verhör des Antragstellers von der Polizeibehörde seines Wohnortes, teils in behördlich beglaubigter Form von dem Antragsteller selbst auszustellen ist, hat folgenden Wortlaut:

Gesuch um Erteilung eines $\frac{\text{Heimatscheins}}{\text{Staatsangehörigkeitsausweises}}$

Verhandelt . . . den . . . 19 . .

An Amtsstelle erscheint d . . .

bittet (!) um Erteilung eines $\frac{\text{Heimatscheins}}{\text{Staatsangehörigkeitsausweises}}$ für . . . und beantwortet die nachstehenden Fragen wie folgt:

I.

1. Vor- und Zuname des Heimatscheinsuchers?
2. Alter — Geburtstag, Monat und Jahr — und Geburtsort?
3. Religion?
4. Beruf? Selbständig oder in einem Arbeitsverhältnis stehend? Wo und bei wem?
5. Militärverhältnis? Ob, wo und wann gedient?
6. Wo und in welchem Staatsgebiet (Bezirk, Amt) soll der Aufenthalt genommen werden?
7. Zu welchem Zwecke und wie lange will sich Heimatscheinsucher dort aufhalten?
8. Befindet er sich bereits dort? Seit wann und in welcher Stellung?
9. An welchen Orten, während welcher Zeit und in welchen Stellungen hat er sich aufgehalten?
10. Wo und wann hat er sich zuletzt in Preußen aufgehalten?
11. Hat er sich länger als zehn Jahre ununterbrochen außerhalb Deutschlands aufgehalten? Wann und wo?
12. Familienstand (ledig — verheiratet — verwitwet — gerichtlich geschieden — getrennt lebend), gegebenenfalls wo und wann hat die Verheiratung stattgefunden?
13. Vor- und Familienname, Alter (Geburtstag, Monat und Jahr), Religion und Geburtsort der Ehefrau?
14. Name, Alter (Geburtstag, Monat, Jahr), Geburtsort, Beruf, Wohnort und Religion sämtlicher Kinder?

II.

15. Wie heißt der Vater des Heimatscheinsuchers oder, falls letzterer unehelich geboren ist, seine Mutter?
16. Geburtstag, Monat, Jahr und Ort sowie Beruf des Vaters? Desgleichen der Mutter? Vor- und Geschlechtsname der Mutter ist möglichst mit anzugeben. Wo und wann hat die Verheiratung stattgefunden?
17. Leben die Eltern noch? Wo und in welcher Stellung? Verneinendenfalls, wo und wann sind sie gestorben?
18. a. An welchen Orten, während welcher Zeit und in welchen Stellungen haben sich die Eltern aufgehalten?
    b. Wo und wann haben sie sich zuletzt in Preußen aufgehalten?
    c. Sind sie in Preußen ansässig gewesen? Wo und in welchen Jahren?
19. Haben sich die Eltern länger als zehn Jahre ununterbrochen außerhalb Deutschlands aufgehalten? Wann und wo?
20. Wodurch hat der Vater — die uneheliche Mutter — die preußische Staatsangehörigkeit erworben (durch Abstammung, Legitimation, Verheiratung, Aufnahme, Naturalisation)?

Vergl. §§ 2 bis 6 des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1870.

III.

21. Wie heißt der Großvater des Heimatscheinsuchers oder, falls $\frac{\text{der}}{\text{die}}$ zu II, 15 nannten unehelich geboren ist, $\frac{\text{dessen}}{\text{deren}}$ Mutter?

22. Geburtstag, Monat, Jahr und Ort, sowie Beruf des Groß-ters? Desgleichen der Großmutter? Vor- und Geschlechtsname der Groß-tter ist möglichst mitanzugeben.

23. Leben die Großeltern noch? Wo und in welcher Stellung? Verneinenden-ls, wann und wo sind sie gestorben?

24. a. **An welchen Orten, während welcher Zeit und in welcher Stellung haben sich die Großeltern aufgehalten?**
  b. Wo und wann haben sie sich zuletzt in Preußen aufgehalten?
  c. Sind sie in Preußen ansässig gewesen? Wo und in welchen Jahren?

25. Haben sich die Großeltern länger als zehn Jahre ununterbrochen außerhalb utschlands aufgehalten? Wann und wo?

IV.

26. Hat Heimatscheinsucher etwa früher schon einen Heimatschein — Staats-gehörigkeitsausweis — gehabt? Bejahendenfalls, wann und von welcher Behörde er ihn erhalten?

27. Etwaige Bemerkungen. V. g. u.
G. w. o.

Zur Beachtung.

1. Die Fragen sind an Polizeistelle zu beantworten und am Schlusse zu unter-eiben, andernfalls ist der Fragebogen mit der eigenhändig ge- und unterschriebenen sicherung der Richtigkeit der gemachten Angaben zu versehen und ortspolizeilich, ichtlich oder notariell beglaubigen zu lassen.

2. **Die Fragen sind sämtlich dem Vordruck entsprechend vollständig und wahr-sgetreu zu beantworten, anderenfalls durch die notwendig werdenden Rückfragen anderweiten Ermittlungen sich die Erteilung des Heimatscheins oder Staats-ehörigkeitsausweises verzögert.**

3. Alle Urkunden und Zeugnisse, welche die vorstehenden Angaben zu bestätigen nögen, sind beizufügen; auf jeden Fall sind die Geburtsurkunden zu age I, 2, II, 16 und wenn möglich auch zu Frage III, 22 zu beschaffen beizufügen.

(Eine vierte Anmerkung: „Bei Rückgabe des ausgefüllten und beglaubigten gebogens sind 1,50 Mark Stempelgebühren portofrei einzusenden" ist durch-hen; die Gebühren werden jetzt per Nachnahme erhoben.)

Dieser famose Fragebogen ist mit folgendem charakteristischen Begleitschreiben sehen:

r Königlich Preußische Landrat .... den ... 19 ..

Zum Nachweis Ihrer behaupteten preußischen Staatsangehörigkeit gebe ich Ihnen eim, die Fragen 1 bis 27 in dem beikommenden Fragebogen ausführlich und chöpfend zu beantworten, den Fragebogen am Schlusse mit Ort und Datum ie der eigenhändig ge- und unterschriebenen Versicherung der Richtigkeit der ge-hten Angaben zu versehen und diese ortspolizeilich, gerichtlich oder notariell be-ubigen zu lassen. Unvollständige Beantwortung des Fragebogens verzögert Ausfertigung des beantragten Staatsangehörigkeitsausweises.

Die Rückgabe des ausgefüllten und beglaubigten Fragebogens nebst dieser fügung und den unter Nr. 3 am Schlusse des Fragebogens geforderten Ur-den und Zeugnissen erwarte ich binnen drei Wochen.

Gehen mir diese Unterlagen nicht innerhalbst dieser Frist zu, so werde ich an-nen, daß Sie von Ihrem Antrag abstehen. (Unterschrift.)

Eine Kritik dieses bureaukratischen Meisterwerkes ist nicht notwendig, es
nur ganz kurz darauf hingewiesen, daß das, was unter den Nummern 3 bis
7 bis 9, 12 bis 14 sowie 21 bis 26 gefragt wird, die Behörden gar nich
angeht! Dasselbe gilt von einer Anzahl bei anderen Nummern erscheinen
Unterfragen. Die Behörde hat das Recht, Namen, Geburtsort und Geburtst
des Vaters, bei unehelichen Ansuchern dieser Angaben über die Mutter
verlangen, mehr nicht! Ihre Sache ist es dann, sich darüber zu verlässig
welche Staatsangehörigkeit der bezeichnete Vater beziehungsweise die Mut
besitzt. Ganz abgesehen davon, daß die unglaublich törichte Frage: an welch
Orten, während welcher Zeit und in welcher Stellung sich die Großelte
aufgehalten haben, absolut nichts mit der Staatsangehörigkeit zu tun hat,
auch diese ganze Fragerei nach allerhand Nebendingen im Gesetz in kei
Weise begründet.

Aber wann hat man denn nach Gesetz und Recht gefragt, solange sich
Geschädigten nicht dagegen wehrten! Man kann sich ein Bild von der Will
machen, die Reichsausländern gegenüber Anwendung findet, wenn man d
Reichsinländer in dieser Weise behandelt!

Und daß es sich dabei nicht um eine Ausnahme, etwa den Streich eines üb
eifrigen Beamten, sondern um ein wohlgeordnetes System handelt, bewei
die gedruckten Fragebogen und die hektographierten Begleitschreiben.

Der Effekt — wir wollen nicht sagen der gewollte, aber doch der t
sächliche Effekt dieser Maßregel ist eine empfindliche Rechtsverkümmerung
weite Schichten des deutschen Volkes; mit dem zunehmenden Verkehr und
Beweglichkeit der Arbeitermassen, die durch die Unsicherheit der Erwer
verhältnisse schon jetzt in beständiger Bewegung erhalten werden, gewinnt di
Rechtsverkümmerung natürlich an Schärfe und Umfang, denn die Teilnah
an Landtags- und Kommunalwahlen ist in der Regel an den Besitz
Staatsangehörigkeit gebunden, und für mannigfache öffentlich- und priva
rechtliche Verhältnisse ist die Staatsangehörigkeit von großem Belang.

Soll dieser Rechtsverkümmerung ein Ende bereitet werden und will m
dem Artikel 3 der Reichsverfassung mit seinem stolzen Reichsbürgerre
einigermaßen zu seinem Rechte verhelfen, so muß man die Schlagbäume nied
reißen, die bundesstaatlicher Partikularismus und Bureaukratismus aufgerich
hat. Das Gesetz über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigk
muß einschneidende Änderungen erfahren und die Handhabung m
reichsgesetzlichen Ausführungsvorschriften unterworfen sein.

Die neuesten amtlichen Erhebungen im Handelsgewerbe.

Von **Hans Dreher.**

Im Jahre 1892 veröffentlichte die Reichsregierung das Ergebnis ihrer E
hebungen über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Konto
des Handelsgewerbes und kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen V
kaufsstellen verbunden sind. Unser inzwischen verstorbener Genosse Swien
hat diese Enquete in der „Neuen Zeit" einer treffenden Kritik unterzogen[1] u
die Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit jener Erhebung nachgewiesen. Z

[1] Wilh. Swienty, Die Arbeitszeit der in Kontoren beschäftigten kaufmännischen A
gestellten. XX, 2, S. 463.

leichen Einsicht und Erkenntnis ist schließlich auch der damals neu gebildete eirat für Arbeiterstatistik gelangt und hatte infolgedessen beschlossen: „zur Vervollständigung der Erhebungen noch die hauptsächlich in Betracht kommenden erbände von Prinzipalen, Gehilfen und Arbeitern über die Frage des Bedürfnisses und die Möglichkeit der Beschränkung der Arbeitszeit schriftlich zu ernehmen".

Das Ergebnis dieser Erhebungen liegt nun in einer stattlichen Drucksache on 174 Seiten vor.

Die inhaltlich völlig gleichen Fragebogen sind von 90 Handelskammern, 2 kaufmännischen Verbänden und Vereinen und 31 Verbänden und Vereinen er Handelshilfsarbeiter beantwortet worden.

Das Ergebnis ist in zwei Teile getrennt; der erste betrifft die Arbeitserhältnisse der gelernten Handelsangestellten, der andere die der Hilfsrbeiter.

Über die gelernten Handelsangestellten sind den Handelskammern ine Tatsachen bekannt geworden, welche beweisen, daß die gegenwärtig beehende Arbeitszeit nachteilige Folgen irgendwelcher Art gezeitigt hätte. Nur erschwindend wenige Kammern machen einige Einschränkungen. Unter bemmten Voraussetzungen, sagt die Kammer Görlitz, sei eine Arbeitszeit von bis 9½ Stunden ohne nachteilige Folgen. Andererseits hält die Kammer öln a. Rh. eine Arbeitszeit von mehr als 10 Stunden nicht für „zweckenlich". Es werden aber doch einige Fälle erwähnt, in denen eine Überstrengung stattfand. Speditionsfirmen zum Beispiel ließen des Nachts beiten, ohne daß den Angestellten am Tage entsprechend freie Zeit gegeben urde.

Auch bei den Gehilfinnen und Lehrlingen, deren Arbeitszeit wie festgestellt st durchweg eine längere als die der Gehilfen ist, verneinen die Handelsmmern samt und sonders, daß Schädigungen eingetreten seien. Die Kammern iel, Flensburg und Dessau sind sogar der Ansicht, daß die Laufburschentigkeit, Botengänge zur Post oder Bank, den Lehrlingen eine Erholung böten! aß die gegenwärtige Arbeitsdauer nachteilig für die Gesundheit der Anstellten sei, bestreiten die Kammern mit mehr oder weniger großer Entiedenheit.

Anderer Meinung sind natürlich die Gehilfenvereinigungen. Von 81 jahen 29 die Frage, 34 verneinen sie, während 18 sich nicht oder unbestimmt ßern. Bei diesem Resultat muß in Betracht gezogen werden, daß unter den twortenden 37 gemischte Vereine, denen eine mehr oder weniger große zahl von Prinzipalen als Mitglieder angehören, entsprechend dem Einfluß r einen oder anderen Kategorie ihr Votum abgegeben haben. Vier der antortenden sind reine Prinzipalsvereine. Die größeren Gehilfenverbände bejahen Frage ohne Ausnahme. Wo die Frage im bejahenden Sinne beantwortet rd, geschieht dasselbe hinsichtlich der weiblichen Angestellten und der Lehrige noch in besonderem Maße. Hervorgehoben wird, daß die vielfach schlechte schaffenheit der Arbeitsräume die Schädigungen der Gesundheit vermehre. ese seien oft eng, überfüllt, staubig, schlecht beleuchtet und gelüftet. Zu ntorzwecken würden oft Räume gemietet, die als Wohnungen nicht verwendet rden können. Als Folgen der herrschenden langen Arbeitszeit werden Nervoit, Tuberkulose, Verdauungsstörungen und bezüglich der weiblichen Anstellten Blutarmut und Bleichsucht erwähnt.

Die Gehilfen heben noch hervor, daß die herrschende Arbeitszeit eine wesen liche Schädigung der Fortbildung und des geistigen sowie sittlichen Leber bedeute, die Überangestrengten erfasse oft geradezu ein Widerwille gegen die For bildung. Die häufig eintönige Arbeit nehme ihnen sowieso schon einen beträch lichen Teil der geistigen Spannkraft.

Die Handelskammern haben dagegen auch auf letztbesagtem Gebiet durc aus keine Schädigungen entdecken können. Dennoch müssen sechs Kamme einräumen, daß die Dauer der Arbeitszeit den Fortbildungsschulbesuch meh oder minder hindere. Alle anderen Kammern behaupten, den Lehrlingen würd die Zeit zum Schulbesuch stets bereitwilligst freigegeben. Daß dem nicht so is beweisen andererseits die Gehilfenverbände aus den Jahresberichten der For bildungsschulen. Der deutsch-nationale Gehilfenverband ist sogar in der Lag einen Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe, in welche der unpünktliche Fortbildungsschulbesuch gerügt wird, für seine Behauptunge anzuführen. Verschiedene Vereinigungen treten für Einführung des reichsgese lichen Fortbildungsschulzwanges ein. Nur dem Zwange, wird gesagt, würde die Chefs weichen. Vielfach wird verlangt, daß die Schulzeit in die Arbeit zeit einbegriffen werden müsse, denn es sei ein Hohn auf alle Sozialpoliti wenn man die Arbeitszeit beschränke, um an ihre Stelle den Schulbesuch trete zu lassen. Die meisten Gehilfenverbände bezeichnen die Abendstunden als a ungeeignetsten für den Schulbesuch. Von ermüdeten und abgespannten Leute könne man keine Aufmerksamkeit verlangen. Die Breslauer Kammer da gegen hat als einzige mit dem Abendunterricht günstige Erfahrungen gemach die Schüler wären „fast durchweg mit Aufmerksamkeit und Frische“ dem Unte richt gefolgt. In Sachsen ist die Fortbildungsschule durch Gesetz obligatoris eingeführt, und sowohl Handelskammern als Gehilfenvereine heben die Vorzü dieses Systems hervor.

Von einer Schädigung des Familienlebens der Angestellten durch d gegenwärtig herrschende Arbeitszeit wissen die Handelskammern nichts zu b richten, während ein großer Teil der Gehilfenverbände und -vereine diese Nac teile besonders hervorhebt.

Die durchgehende sogenannte englische Arbeitszeit findet unter de Kammern keine großen Verehrer, noch weniger aber bei den Gehilfen. Letzte begründen ihre Gegnerschaft zumeist damit, daß der Geschäftsschluß auch b durchgehender Arbeitszeit niemals pünktlich erfolgt, es sei bisher unmögli gewesen, den Chefs diese Unsitte abzugewöhnen. So habe die durchgehen Arbeitszeit zumeist nur die Folge, daß die Stundenzahl der Arbeitszeit ei weitere Vermehrung erfahre.

Die gegenwärtige Mittagspause beträgt bei geteilter Arbeitszeit eine hal bis zwei Stunden, die Kammern konstatieren, daß sich dabei Mißstände nic ergeben hätten, und die Mehrzahl der Gehilfenvereine ist derselben Ansich aber 25 Vereinigungen der Angestellten sind gegenteiliger Meinung. Der deutsc nationale Verband behauptet, daß über Mißstände bezüglich der Mittag pause allgemein geklagt würde, insbesondere daß diese Pause in den Gro städten zu knapp bemessen sei. Die Buchhandlungsgehilfen teilen mit, daß ihrer Branche, soweit Leipzig in Betracht käme, die Mittagspause jede Woc an bestimmten Tagen bis auf eine halbe Stunde gekürzt werde.

Was die Überstunden anbetrifft, so müssen solche, wie die Verbände b richten, fast unbegrenzt geleistet werden. Auch einzelne Handelskammern geb

zu, daß sich die Überarbeitszeit zuweilen bis nach Mitternacht ausdehnt. Während der Saison seien die Überstunden bis in die späte Nacht oder auch in den frühen Morgen hinein allgemein üblich. Besonders die Angestellten in der Spedition beklagen sich, daß sie außer ihrem gewöhnlichen Tagesdienst von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends noch an ein bis drei Tagen in der Woche ohne jede Ruhepause drei bis neun Stunden Nachtdienst machen müßten. „Ungeheuerliche" Arbeitszeiten seien namentlich während der Ostermesse bei den Leipziger Kommissionsbuchhandlungen üblich. Von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachts sei dann gewöhnliche Arbeitszeit. Eine Firma habe gar einmal an einem Mittwoch von 8 Uhr früh bis 7 Uhr früh des nächsten Donnerstags, dann an diesem Tage von 8 Uhr früh, also mit einstündiger Unterbrechung, bis 8 Uhr abends ohne Unterbrechung und im Anschluß daran wieder von 1 Uhr nachts am Freitag mit dreistündiger Mittagspause bis zum nächsten Sonnabendmorgen um 5 Uhr arbeiten lassen. Selbst in kleineren Städten wie Apolda wird zur Saisonzeit etwa drei bis vier Monate lang bis nachts 12 Uhr gearbeitet. Die Ältesten der Kaufmannschaft geben zu, daß in der Berliner Konfektion zu Zeiten im „angestrengtesten" Maße bis 10 Uhr abends gearbeitet werden muß. Dennoch sind sich die Handelskammern mit rühmlicher Ausnahme der von Weimar alle darüber einig, daß sich bezüglich der Überstunden besondere Mißstände nicht zeigen. Wie weit die Überstunden eigentlich noch ausgedehnt werden müßten, um seitens der Kammern als Mißstände empfunden zu werden, das verraten sie vorsichtigerweise nicht. Dagegen behaupten die Gehilfenverbände und -vereine in ihrer übergroßen Mehrzahl, daß sich aus dem Überstundenunwesen wesentliche Schädigungen für die Angestellten ergeben.

Die Angestellten bekämpfen die Überstunden schon aus dem Grunde, weil sie in den meisten Fällen vermeidbar sind. Nicht weniger als 21 Gehilfenverbände geben dieser Überzeugung Ausdruck.

Eine unmittelbare Bezahlung der Überstunden ist fast gar nicht üblich, die Kammern weisen auf die Weihnachtsgratifikationen hin, die den Angestellten für die Mehrleistungen gewährt werden.

Von einer allgemeinen Regelung der Arbeitszeit wollen die Handelskammern durchaus nichts wissen. In dieser Frage stehen sich Prinzipale und Gehilfenschaft geschlossen gegenüber. Selbst die Harmonievereine der Gehilfen sehen sich in dieser Frage gezwungen, den Klassengegensatz, der ihrer Behauptung nach zwischen Handlungsgehilfen und Chef nicht vorhanden ist, scharf zum Ausdruck zu bringen. Seitens der Kammern wird die Notwendigkeit einer Regelung der Arbeitszeit allgemein grundsätzlich verneint, und von der Hälfte dieser Unternehmervertretungen in Reinkultur wird auch die Möglichkeit gesetzlicher Beschränkungen verneint und für gänzlich undurchführbar erklärt. Als Gründe für diese Verneinung müssen die den Angestellten aus der Zeit des Kampfes um die Sonntagsruhe und den Ladenschluß wohlbekannten Ladenhüter, frisch aufgebügelt und neu garniert, wieder herhalten. Die Liegnitzer Handelskammer zitiert sogar, um die bösen Geister des Maximalarbeitstags zu bannen, das rote Gespenst, indem sie kühn behauptet, „die ganze Bewegung sei künstlich entfacht und schließlich auf die Achtstundenbewegung im sozialdemokratischen Lager zurückzuführen, wo die denkbarsten Anstrengungen gemacht würden, die fragwürdigen Parteiwohltaten auch den Handelsangestellten zuzueignen".

Die Liegnitzer Kammer schießt da recht gründlich daneben, denn unter den 81 antwortenden kaufmännischen Vereinigungen steht nur eine einzige auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, alle anderen sind ihre mehr oder weniger scharfen, entschiedenen Gegner. Ja, verschiedene bürgerliche Vereine der Angestellten vertreten noch radikalere Forderungen als der verketzerte Hamburger Zentralverband der Gehilfen!

Auch für einzelne Betriebsarten halten die Kammern eine Arbeitszeitregelung für undurchführbar, da diese dann zu verwickelt würde — eine Meinung, die auch die Angestellten teilen und um derentwegen sie die allgemeine Regelung fordern.

Den Gehilfenverbänden ist es nicht schwer geworden, alle Einwürfe der Kammern gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Engrosgeschäften glänzend zu widerlegen. Die kaufmännischen Verbände und Vereine schlagen überwiegend die Einführung einer Maximalarbeitszeit von neun Stunden vor, bei ungeteilter (englischer) Arbeitszeit wird ein Höchstmaß von acht Stunden verlangt. Überwiegend wird auch der Siebenuhrgeschäftsschluß gefordert, außerdem mehrfach die gesetzliche Einführung eines Sommerurlaubs.

Falls eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit eintreten sollte, wünschen die Handelskammern die weitgehendsten Ausnahmen. Bestimmte Kalendertage hierfür sollen aber nicht festgelegt werden. Verlangt werden für die Ausnahmen dreißig bis hundert Tage im Jahre und zwei bis drei Stunden täglich. Die größere Mehrheit der Gehilfenvereine hält ebenfalls allgemeine Ausnahmen für notwendig, auch für verschiedene Betriebsarten wird dies einzeln gewünscht.

Was die Arbeitszeit der jugendlichen Gehilfen und Lehrlinge anbetrifft, so wollen die Kammern von einer Einschränkung nichts wissen. „Gerade die Schlußstunde", sagt die Kammer Berlin, „sei oft besonders belehrend", weil die Lehrlinge in dieser Stunde (Handelskammern Dresden und Harburg) die Briefe zu kopieren, adressieren und zu verschließen hätten! Die Gehilfenverbände sind selbstverständlich zumeist dafür, daß den Jugendlichen eine Ermäßigung der Arbeitszeit gewährt wird. Während die Handelskammern eventuell die Schutzgrenze bei sechzehn Jahren ziehen wollen, verlangen die Gehilfen, daß diese Grenze auf achtzehn Jahre festgesetzt werde. Empfohlen wird auch seitens der Gehilfen, daß den Gehilfinnen der gleiche gesetzliche Schutz zuteil werde wie den jugendlichen Angestellten.

Die Handelskammern sprechen sich ferner gegen eine Regelung der Mittagspause aus, während die Angestellten in ihrer weitaus großen Mehrzahl die Festlegung einer solchen in der Dauer von anderthalb bis zwei Stunden verlangen.

Mit der gegenwärtigen Sonntagsruhe, meinen die Kammern, sei auszukommen, wenn die Polizeiverwaltungen sich entgegenkommend zeigen. Unzuträglichkeiten hätten sich nur in der Spedition und in Brauereien ergeben. Gegen eine weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit erheben aber die Kammern „ernstliche" Bedenken. Die Gehilfenverbände treten dagegen in ihrer großen Mehrheit für vollständige Sonntagsruhe ein. Selbst der Hamburger Verband von 1858, der sich sonst fast durchweg auf die Seite der Prinzipale stellt, ist überzeugt, daß sich die völlige Sonntagsruhe „ohne die geringste Schädigung des Handels" durchführen läßt. Die Entbehrlichkeit der Sonntagsarbeit

wird von den verschiedensten Gehilfenvereinigungen ausführlich begründet. Schließlich erwähnen die Angestellten noch, daß die Ortsbehörden von ihrer Befugnis, eine weitere Verkürzung der Sonntagsarbeit herbeizuführen, leider nur sehr selten und allzuwenig Gebrauch gemacht hätten.

Als zweiter Teil der Erhebungen wird das seitens der Handelshilfsarbeitervereinigungen zusammengetragene Material behandelt. Von den Handelskammern und den kaufmännischen Vereinen und Verbänden wurden die Fragen, welche die Handelshilfsarbeiter betreffen, durchweg als nebensächlich behandelt. Die Geringschätzung der nichtgelernten Arbeiter kommt darin zum charakteristischen Ausdruck. Dagegen sind die Berichte der Handelshilfsarbeiter selbst, qualitativ sowohl als auch quantitativ, desto gründlicher ausgefallen. Die überwiegende Mehrheit der antwortenden Handelsarbeitervereinigungen steht aber auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, während dies, wie gesagt, bei den Handlungsgehilfen nur bei einem einzigen Verband der Fall ist. Bemerkenswert ist indes, daß auch die sogenannten blauen Vereine der Handelsarbeiter mit einziger Ausnahme dreier sächsischer Markthelferklubs die gestellten Fragen ebenso beantworteten, wie dies die klassenbewußten tun. So stehen bei 31 Befragten fast ausnahmslos in jedem Punkte 28 Ja einem einzigen Nein gegenüber.

Von der Enquete im Jahre 1901 sind, wie schon erwähnt, die Arbeitsverhältnisse der Handelsarbeiter nicht berücksichtigt worden. Selbst die Mehrzahl der Handelskammern erklärt, daß die Arbeitszeit des Hilfspersonals eine längere ist als die des Kontorpersonals. Einzelne Kammern betonen, daß diese tägliche längere Dauer sich bis auf zweieinhalb Stunden erstreckt. Die Mehrheit der kaufmännischen Vereine bestätigt ebenfalls die längere Dauer der Arbeitszeit für die Handelsarbeiter. In der Regel dauert die tägliche Dienstzeit nach den Angaben der Hilfsarbeiter neun bis vierzehn Stunden. Viel länger wird natürlich noch während der Saisonzeiten gearbeitet. Einzelne Geschäftszweige sind es ganz besonders, die „erschreckend lange" Saisonarbeitszeiten aufweisen. An der Spitze stehen hierbei die Berliner Konfektion und der Leipziger Buchhandel. Auf neunzehn bis zwanzig Stunden täglich steigt hier die Arbeitsdauer monatelang. „Ohne Mittags- oder sonstige Pausen müsse der Hausdiener oder Packer während dieser Zeit ununterbrochen am Packtisch stehen und ein bestimmtes Pensum leisten, welches bei regelmäßiger Arbeitszeit kaum zwei bewältigen könnten." Der Chef einer großen Konfektionsfirma äußerte zu einem seiner Hausdiener, als dieser um 1 Uhr nachts nach Hause gehen wollte: „Es ist doch gleich, wo Sie schlafen, ob hier oder zu Hause, legen Sie sich ein bißchen auf die Stoffe, wenn ich Sie wieder brauche, werde ich Sie wecken." Vom frühesten Morgen bis in die sinkende Nacht lägen die Arbeiter der Bier-, Eis- und Petroleumhandlungen auf der Straße. In der Spedition, den Fracht- und Fischgeschäften werde zur Saisonzeit Tag und Nacht gearbeitet.

Die längere Arbeitszeit wird durch verschiedene Nebenarbeiten für die Hilfsarbeiter bedingt. Von den Handelskammern wird darauf hingewiesen, daß nach Geschäftsschluß noch Postpakete aufzugeben und Waren auszutragen oder auszufahren seien. Diese lange Arbeitszeit, meinen die Berichterstatter durchweg, sei aber im Geschäftsinteresse durchaus nicht notwendig, sie ist auf die Unsitte zurückzuführen, die Expedition der bestellten Ware bis zum letzten Augenblick aufzuschieben.

In Betracht kommt außerdem, daß die Tätigkeit der Handelsarbeiter zumeist durchaus keine leichte ist. In der Lederbranche müssen Bürden bis zu 2 Zentner und mehr geschleppt werden. Einzelne Arbeiter werden vor einen mit 12 bis 14 Zentner Papier beladenen Handwagen gespannt. In den Mehl-, Kohlen- und Eisenhandlungen müssen ebenfalls besonders schwere Lasten getragen werden. Zu all der schweren Arbeit komme oftmals noch die riesige Staubentwicklung, welche häufige Erkrankungen der Respirationsorgane herbeiführe. Hervorragend gesundheitsschädlich sei das Verwiegen und Verpacken der pulverisierten Giftstoffe in den Farben- und Drogenhandlungen. Die Einatmung des Giftstaubes sei bei dieser Arbeit gar nicht zu vermeiden. Die Handelsarbeiter in den Großgeschäften für Rohprodukte, Lumpen, Knochen usw. seien ständig Ansteckungsgefahren ausgesetzt und die Krätze sei in dieser Branche keine seltene Krankheit. Dabei gibt es oft in solchen Geschäften nicht mal eine Waschgelegenheit, ebensowenig seien Mundschwämme oder andere Schutzvorrichtungen vorhanden.

Ebensosehr wird über die Beschaffenheit der Pack- und Arbeitsräume geklagt. In dumpfen und feuchten Kellern ohne jedes Tageslicht bis zu 6 Meter unter Tage müssen die Packer tagsüber arbeiten. In den Wein- und Bierkellereien müsse oft in fußhohem Wasser hantiert werden. Gelüftet darf hier nicht werden, da die lagernden Weine eine bestimmte Temperatur haben müssen. Zur Arbeit werden Räume benutzt, die aus irgendeinem Grunde zur Lagerung der Waren nichts taugen. Aus alldem in Verbindung mit der übermäßigen Arbeitszeit ergeben sich die verschiedensten Krankheiten, insbesondere wird über Tuberkulose, Rheumatismus und Magenleiden geklagt.

Daß die übliche lange Arbeitszeit für die jungen Leute unter sechzehn Jahren besonders schädlich ist, wird vielfach hervorgehoben. Hervorragend gesundheitsschädlich sei das Fahren mit den Geschäftsdreirädern, zu welcher Arbeit die jugendlichen Personen vorwiegend benutzt würden. Vielfach würden den Jugendlichen Arbeiten zugemutet, die weit über ihre Kräfte hinausgehen.

Daß das Familienleben unter der langen Arbeitszeit ganz erheblich leide, sei außer Frage. Da nur wenig Zeit zur Erholung bliebe, suche der Arbeiter Trost bei Fusel und Kartenspiel, weil er des Familienlebens entwöhnt sei und kein trauliches, angenehmes Heim habe. Am allermeisten haben darunter die Kinder zu büßen, denen unter solchen Umständen eine Erziehung seitens des Vaters nicht zuteil werden könne. Die lange Arbeitszeit degeneriert die von ihr Betroffenen aber auch geistig und sittlich. Abgestumpft und ohne Sinn für Kunst, Natur und höheres Streben leben diese Leute dahin und sind auch für die Organisation nicht zu haben.

Die Notwendigkeit einer allgemeinen Regelung der Arbeitszeit wird von fast allen Berichterstattern bejaht. Keine einzige Vereinigung ist der Meinung, daß eine gesetzliche Regelung undurchführbar sei. Nicht die Natur der Betriebe bedinge die grenzenlosen Arbeitszeiten, diese sei lediglich der Gewinnsucht und dem mangelnden sozialen Empfinden der Chefs zuzuschreiben. Daß alle Geschäfte, in denen die sogenannte englische Arbeitszeit eingeführt ist, früher schließen, beweist am besten, wie unnötig die Nachtarbeiten sind. Israelitische Geschäftsinhaber schließen oft mitten in der Hochsaison ihre Betriebe auf einen bis drei Tage, ohne daß ihnen wohl ein merklicher Schaden hierdurch entsteht. Hierdurch sei bewiesen, daß eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit ohne Benachteiligung der Geschäftsinteressen möglich ist.

Vorgeschlagen wird eine neun- bis zehnstündige Maximalarbeitszeit für Erwachsene, eine achtstündige für Jugendliche. Für letztere wird zumeist die Hinaufsetzung des Schutzalters auf achtzehn Jahre verlangt. Bei einer eventuellen allgemeinen Regelung der Arbeitszeit wollen nur zwei Vereinigungen Ausnahmen zugelassen wissen. Aus der Praxis sei beweisbar, daß etwaige Mehrarbeit sehr leicht durch Einstellung von Hilfskräften, die jederzeit zu haben seien, bewältigt werden könnte.

Die Anordnung einer bestimmten Mittagspause wird von der großen Mehrzahl der Vereinigungen als notwendig und durchführbar erklärt. Zwei Stunden werden, insbesondere für Großstädte, von den meisten Berichterstattern der Handelsarbeiter als Minimum verlangt, nur im Falle der Einführung der englischen Arbeitszeit werden kürzere Pausen bis auf eine halbe Stunde für angemessen erachtet.

Ein reiches Tabellenwerk schließt die Erhebungen. Dem Sozialpolitiker ist hier ein Riesenmaterial über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe zu lohnendem Studium an die Hand gegeben. Nur das Allerwesentlichste daraus konnte hier in gedrängter Kürze vorgeführt werden. Während die Ergebnisse der Enquete von 1901 das gemeinsame Produkt der Befragungen von Prinzipalen und Angestellten waren, das Resultat daher an ungetrübter Klarheit zweifeln ließ, sind diesmal die Gutachten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getrennt und unabhängig voneinander dargestellt und, wie man sieht, durchaus nicht zum Schaden der Sache. Ungeschminkt und unbeeinflußt kommen in der neuen Enquete die beiderseitigen Meinungen zum Ausdruck, was dem gewissenhaften Beobachter die Urteilsfindung ganz bedeutend erleichtert. Aus dem Ergebnis der ersten Erhebungen war nicht zu ersehen, ob noch, wie vielfach behauptet wird, im Handelsgewerbe eitel Harmonie zwischen Chef und Angestellten herrsche, während die jetzige Enquete scharf zeigt, wie weit die Klassengegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern schon entwickelt sind, wie schroff sich schon die Meinungen gegenüberstehen. Und nicht nur in den reinen Angestellten- und Arbeitervereinen kommt der Gegensatz haarscharf zum Ausdruck, auch die bis zu einem bestimmten Prozentsatz mit Prinzipalen durchsetzten Organisationen können nicht umhin, das Gegenteil dessen zu bekunden, was die Handelskammern als wahre Tatsachen hinstellen. Nur jene Vereinsgebilde, die überwiegend von den Prinzipalen beherrscht sind, pendeln in ihren Aussagen zwischen den beiden Extremen hin und her. Es ist dies alles ein drastisches Zeichen dafür, daß auch die Handlungsgehilfen sich immer mehr den Anschauungen der modernen Arbeiterbewegung nähern, wenn sie dies auch äußerlich und formell noch nicht zugeben wollen. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise geht eben ihren Gang und treibt schließlich mit mathematischer Sicherheit auch die Handelsangestellten, als letzte Nachzügler unter den Arbeitnehmern, ins Lager der zielbewußten proletarischen Armee. Die geplante Befragung von Auskunftspersonen, als Ergänzung der beiden Enqueten, kann nur eine Bestätigung des Gesagten werden, vielleicht wird sie dartun, daß die Klassengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Handelsgewerbes schon zur selben Schärfe ausgereift sind, wie dies in der Industrie seit dem letzten Dezennium der Fall ist. Der Stein ist im Rollen, nutzlose Mühe wäre es, ihn aufhalten zu wollen.

Ein Dokument zur Zeitgeschichte.

Der Königsberger Prozeß.

Von **Karl Liebknecht.**

Es dürfte wenig politische Prozesse von der Tragweite des Königsberger gegeben haben. Die Vorgeschichte und die Verhandlungen des Prozesses haben nicht nur in das Herz der deutschen Reaktion hineingeleuchtet, sondern auch die Lage und Politik Rußlands selbst, des äußeren und des inneren Zarismus, vor aller Welt an den Schandpfahl genagelt und die Fäden jener Internationale der Reaktion, deren Hort die russische Despotie bildet, mit bis dahin kaum erhörter Klarheit gewissermaßen amtlich aufgedeckt. Der ungeheure Eindruck des Prozesses erklärt sich aber nicht nur durch seinen Inhalt und seine Vorgeschichte selbst; es wäre verfehlt, ihn als isolierte Tatsache verstehen zu wollen. Er ist nur ein für uns Deutsche besonders wirksamer Akt des gewaltigen vielaktigen Dramas, in dem sich in wunderbarer Steigerung das Verhängnis des Zarismus vollzieht.

Seit anderthalb Jahrhunderten nahezu hat die preußisch-deutsche Reaktion ihr Geschick mit dem der russischen Barbarei verknüpft, ihre Ehre gesetzt auf das Los des Zarats.

Freilich hat sich das Blättlein gewendet. Einst war die russische Reaktion der gebende Teil, und sie stützte die Reaktion in Mitteleuropa als ein Bollwerk gegen die vom Westen hereinstürmende Zivilisation und Revolution. Jetzt erhebt sich die Hydra der Revolution als unentrinnbare Gefahr im Zarenreich selbst. Das ist keine westeuropäische Importrevolte wie die der Dekabristen, sondern die autochthone nationalrussische Revolution, deren Samen allenthalben über Rußland aufgeht. Jetzt gilt es, den Dank abzustatten, den Dank der mitteleuropäischen, der preußisch-deutschen Reaktion an den Zarismus. Schlägst du mir vor dreiviertel Jahrhundert meine Revolution nieder, so ich dir heute die deine. Natürlich nicht ernstlich aus edelmütiger Dankbarkeit: solche Sentimentalitäten kennt die Politik auch der christlichsten Regierungen nicht; sondern in der Erkenntnis, daß der russischen Despotie Trauer auch der deutschen Trauer ist und die preußische Reaktion der russischen als einer Existenzbedingung bedarf. Und so sehen wir denn, daß sich die Krampfhaftigkeit der preußisch-deutschen Rettungsaktion für den Zarismus jeweils steigert entsprechend der Gefahr, die dem Zarismus droht, entsprechend der Macht der russischen Revolution.

Wenn noch in den Jahren 1902/03 die Vertreter des Deutschen Reiches deutsche Reichsangehörige, die in die Fänge des Zarismus geraten waren, schüchtern in Schutz zu nehmen und die Befruchtung der russischen Freiheitsbewegung von der Westgrenze her als natürlich hinzunehmen wagten, so saßen bereits rund acht Monate darauf fünf deutsche Staatsbürger hinter Kerkergittern, weil sie nichts anderes getan hatten oder getan haben sollten, als daß sie gemäß ihrer Kulturpflicht für die Aufklärung des nach Zivilisation und Menschenrecht lechzenden russischen Volkes ihre Kräfte einsetzten.

Eine Illusion wäre es, wollte man die unmittelbare Bedeutung des Königsberger Prozesses für die russische Freiheitsbewegung nach dem Eindruck schätzen, den dieser Prozeß in Deutschland und in der übrigen „zivilisierten" Welt gemacht hat. Wie bekannt, hat die russische Zensur auch das

armseligste Wörtlein über ihn an der Grenze wochenlang aufzuhalten vermocht. Man erinnert sich der Entrüstung des „Berliner Lokalanzeigers“, jenes neuesten offiziösen Organs, als ihm — sogar ihm — seine farblosen Notizen über den Prozeß von der russischen Zensur geschwärzt wurden. Und überdies, was will all das, was durch seine Zusammenstellung und Häufung im Königsberger Prozeß die zivilisierte Welt zu jenem Abscheu, jener Empörung entflammt hat, bedeuten im Vergleich mit den Erfahrungen am Objekt selbst, die das russische Volk in täglicher Praxis seit Menschenaltern erdulden muß.

Spät, aber doch nicht zu spät, liegt uns seit einigen Wochen Kurt Eisners Bericht über den „Königsberger Prozeß“[1] vollständig vor.

Eisner hat eine höchst mühselige und verdienstliche Arbeit geleistet. Aus weit verstreutem Material, verschiedenen stenographischen Aufnahmen, Notizen und Angaben der Prozeßbeteiligten hat er einen nahezu stenographisch treuen Bericht rekonstruiert, der die Zeitungsberichte wesentlich ergänzt und berichtigt. Das Studium des Eisnerschen Prozeßberichtes lohnt sich daher auch für denjenigen in hohem Maße, der die Zeitungsberichte genauer verfolgt hat. Besonders wesentlich sind die Ergänzungen zu den bekannten Vernehmungen des Professors v. Reußner und des Zeugen Buchholz, ferner zu den Schriften und geschichtlichen Urkunden, die Gegenstand der Verhandlungen waren.

Eisner hat es unternommen, die eigentümliche Mischung von romantischer und hochpolitischer Stimmung, die über den Prozeß gebreitet lag, möglichst photographisch getreu festzuhalten, und das ist ihm glänzend gelungen. Der temperamentvolle Eindruck, den er als ständiger Zuhörer bei den Verhandlungen gewonnen hat, verbreitet über das Buch die frische Farbe lebendiger Anschauung. Den einzelnen Verhandlungstagen sind jeweils vorausgeschickt die im „Vorwärts“ abgedruckten Stimmungsbilder. Zahlreiche Anmerkungen bringen wichtige Erläuterungen zum Inhalt der Prozeßverhandlungen und zur Prozeßgeschichte.

Einen besonderen selbständigen Wert erhält die Schrift durch die Einleitung und das Nachwort des Verfassers sowie den Anhang.

Einleitung und Nachworte, das heißt die ersten und die letzten zwei Kapitel, bieten ein Doppeltes: Die Geschichte und kritische Würdigung des Prozeßverfahrens in allen seinen Stadien unter erschöpfender Benutzung des Gerichtsaktenmaterials (die Geheimdossiers der Staatsanwaltschaft, des Justizministeriums und des auswärtigen Amtes, deren Existenz ebenso notorisch wie gesetzwidrig ist, blieben natürlich unzugänglich) und eine Geschichte des modernen deutschen Russenkurses in allen seinen Verzweigungen, das heißt eine Spezialgeschichte derjenigen politischen Korruption, die der über die Westgrenze Rußlands hinausgreifende Zarismus in Deutschland erzeugt hat, und damit eine Schilderung des Milieus, aus dem der Prozeß herausgewachsen ist.

Abgesehen vielleicht von den Affären Krassikoff-Schekoldin und Wetschesloff, die nur nebenher kurz gestreift werden, ist wohl das gesamte einschlägige Material ausführlich und meist aktenmäßig wiedergegeben. Die Geschichte der

---

[1] Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung, vom 12. bis 25. Juli 1904. Nach den Akten und stenographischen Aufzeichnungen mit Einleitungen und Erläuterungen. Herausgegeben von Kurt Eisner. Mit Illustrationen. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 534 Seiten, in Leinwand gebunden 3 Mark.

bürgerlichen „öffentlichen Meinung“, dieses zugleich für das Verständnis der offiziellen Russenpolitik hochwichtigen Reflexes eben dieser Regierungspolitik, wird überall eingeflochten.

Erheiternd und lehrreich wirkt die Gegenüberstellung der bürgerlichen Preßäußerungen zur Russenschmach **vor** Königsberg, wo selbst der sogenannte Radikalismus kaum ein Tadelnswörtlein fand, und **nach** Königsberg, wo sie zwischen revolutionärer „Sturmgesellen-“Tonart, liberalisierendem Gewimmer und ehrlich freier Opposition weniger bürgerlicher Organe steuerlos hin- und hertreiben.

Auch das Gedächtnis der Sozialdemokratie ist gar oft zu kurz, und allen denen, die heute, wo der Sturm der russischen Revolution auch den deutschen Liberalismus mit sich fortgerissen hat, allzuviel Vertrauen in die Freundschaft der deutschen Bourgeoisie zur russischen Revolution setzen möchten, sei dringend geraten, an der Hand des Eisnerschen Buchs die unsäglich jämmerliche Haltung gerade auch der freisinnigen Parteien und Presse gegenüber der längst aufgedeckten deutschen Russenschmach, jene Haltung, die bis in den Juli 1904, gegenüber dem Ballienskandal sogar bis zum heutigen Tag, angedauert hat, nochmals Revue passieren zu lassen.

Gewiß, die russischen Revolutionäre nehmen ebenso wie die Sozialdemokratie, die Sympathie, wo sie sie finden. Aber Vorsicht!

Der liberale Verrat von gestern, er wird sich morgen wiederholen, ja er hat sich schon heute wiederholt. Sehen wir doch schon heute, kaum einen Monat nach dem Blutbad vom 22. Januar, wie liberale Blätter sich durch die lächerlichen Gaukeleien zarischer Manifeste in ihren russich-revolutionären Tobsuchtsanfällen besänftigen lassen wollen. Gewiß kann der deutschen Bourgeoisie die Barbarei des Zarismus nicht passen, aber sie wünscht eine vorsichtige Reform, die den Pelz wäscht, ohne ihn naß zu machen, und nur eben dem Kapitalismus freie Bahn schafft.

So sehen wir das Schauspiel jener denkwürdigen Reichstagssitzung vom 19. Januar 1904, die Freiherr von Richthofen, von Gott und der Welt preisgegeben, ein in die Wüste geschickter Sündenbock, verließ. — So sehen wir, wie sich die ganze Bourgeoisie aufatmend und glücklich an die Polizeibrust der Hammerstein und Genossen wirft, nachdem die Hammerstein und Schönstedt am 22. Februar 1904 ihrem ängstlichen Gemüt im Abgeordnetenhaus ein bluttriefendes Gespenst des russischen „Nihilismus“ und „Anarchismus“ vorgemalt und einen vernichtenden Schlag gegen die deutsche Sozialdemokratie vorgegaukelt hatten. „Lieber Knutenregiment als Sozialdemokratie“: diese Kardorffsche Parole ward zum bürgerlichen Sammelruf.

Das Aktenmaterial hat Eisner mit Gründlichkeit verarbeitet und dabei auch juristisch Wertvolles geleistet. Seine Kritik des Urteils und seine Ausführungen über die Gemeingefährlichkeit des geheimen Verfahrens wirken überzeugend.

Die Bloslegung der Zitaten- und der Gesetzesfälschungen verdient besondere Beachtung. Eisner verfolgt sie in alle Schlupfwinkel, durch alle Irrgänge des justizministeriellen und staatsanwaltlichen Labyrinths. Den Typus des russischen Generalkonsuls von Wymozew zeichnet er in schneidenden Strichen und führt den Nachweis, daß die durch den Wymozew amtlich vorgelegten Fälschungen der entscheidenden russischen Gesetzesparagraphen noch bei weitem krasser waren, als nach den Prozeßverhandlungen angenommen werden konnte. Eisner geißelt

auch die Rolle, die die Justiz-, Zoll- und Steuerbehörden und auch gewisse Postbehörden[1] dabei gespielt haben.

Wohlverdienter Lächerlichkeit preisgegeben wird die Hilflosigkeit, mit der alle bei der Verfolgung beteiligten Bureaukraten vom Justizminister bis zum Polizeisergeanten und Gendarmen im Gewirr der russischen Parteien hin- und hertaumeln. Nihilismus, Anarchismus, Terrorismus, Aufrührerei und Politik schlechthin: der ungezügelten Polizeiphantastik ist alles dasselbe.

Eisner fügt am Schlusse noch einige wichtige Aktenstücke zur russischen Revolutionsgeschichte bei: Programm und Taktik der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, über die Tätigkeit des jüdischen Arbeiterbundes, das Programm der Sozialisten-Revolutionäre, ihr Manifest zur Ermordung Plehwes usw. Diese Dokumente in Verbindung mit dem in den Prozeßverhandlungen selbst über die russische Revolution gebrachten oder berührten Material geben einige bemerkenswerte Beiträge zur Geschichte der russischen revolutionären Bewegung seit Ende der siebziger Jahre, die gerade heute, angesichts der Vorgänge in Rußland, von großem Interesse sind. Auch nach dieser Richtung ist das Studium des Prozeßberichtes eine Arbeit, die sich lohnt.

---

[1] Hierher gehören, außer dem Fall Weber, der nicht geklärt werden konnte, da die vernommenen Polizeibeamten von der Amtsverschwiegenheit nicht entbunden wurden, folgende Dokumente aus den Prozeßakten:

1. Band III, Blatt 105, Antwort des Königlichen Steueramts I, Charlottenburg, vom 2. Januar 1904 an den Untersuchungsrichter auf das Schreiben vom 29. Dezember 1903: „Russische Schriften werden häufig auf das hiesige Steueramt von einem gewissen Scherrenberg hier, Sachenheimerstraße 1, eingeführt. Die Absender der aus England und der Schweiz stammenden Sendungen sind uns nicht bekannt. Näheres darüber dürfte auf dem hiesigen Postamt 2 zu erfahren sein."

2. Band V, Blatt 18 — Antwort des Kaiserlichen Postamts 4, Charlottenburg, vom 18. Februar 1905 (an den Untersuchungsrichter): „Es konnte hier nicht ermittelt werden, ob Sendungen aus dem Ausland an Ehrenpforth, Weber und Petzel eingegangen und bestellt sind. Die in Betracht kommenden Besteller können sich nicht entsinnen, Auslandssendungen für Ehrenpforth und Weber bestellt zu haben."

3. Band V, Blatt 111, Der Bericht des Obergendarmen Schulze in Zwickau vom 5. November an die Amtshauptmannschaft in Zwickau über Christian Kantzsch: „. . . Davon, daß derselbe Beziehungen zu dem Ausland unterhielt, ist hier nichts bekannt geworden, auch bei den Poststellen nichts in Erfahrung zu bringen gewesen. Im Mai vorigen Jahres . . . ist Kantzsch mit einem Unbekannten . . . im Restaurant Weißhaar . . . verkehrt. . . . Den Namen dieses Unbekannten hat K. nicht genannt, auch die Postanstalten zu Zwickau und Oberholzendorf stellten es als unmöglich hin, durch die Unterlagen der Sendungen über die Persönlichkeit mehr Kenntnis zu erhalten; es seien diese Unterlagen überhaupt nicht mehr vorhanden und Auffälliges habe sich nicht gezeigt. Nachfrage bei K. zu halten ist . . . zwecklos und sind die Recherchen überhaupt nur vertraulich gehalten."

4. Folgendes Schreiben an die Polizeiverwaltung Tilsit, eingegangen am 19. Dezember 1903: „In der Garnisonstraße 2 wohnt ein Russe, wahrscheinlich nicht angemeldet. Derselbe geht bei den Martins . . . aus und ein und die Depeschen gehen bald an einen und an den anderen und betreffen den Schmuggel von Schriften. Behrmann soll er heißen. Ein Postbote."

Erinnert man sich angesichts dieser Dokumente des Falles Wetschesloff und der einst berüchtigten Brief-Stiebereien, so sind die neun Monate Gefängnis, die ein Leipziger Richterkollegium am 24. Februar 1905 dem Verantwortlichen der „Leipziger Volkszeitung", Genossen Lange, hauptsächlich für eine Anzweiflung der absoluten Wahrung des Briefgeheimnisses durch die deutschen Postbehörden zudiktiert hat, schlechterdings nicht zu verstehen.

Politisch-ethische Begriffe.

Von **E. Belfort-Bax.**

In den ersten seiner beiden interessanten und schätzbaren Artikel über den historischen Materialismus von Marx („Neue Zeit", XXII, 25, 26) stellt Paul Lafargue mit leichter Feder in treffenden Worten die „bürgerliche Ideologie" an den Pranger, das heißt die ethischen Begriffe, Humanität, Freiheit und vor allem Gerechtigkeit usw., hinter denen sich die Interessen der bürgerlichen Klassen maskiert haben, und zeigt, daß sie eitel Betrug und Heuchelei in sich bergen. Dazu fügt aber Lafargue folgende Fußnote: „Rappaport, Vandervelde und andere Genossen ärgern sich über meine unehrerbietige und ‚extreme' Art, die ewigen Ideen und Prinzipien bloßzustellen, Gerechtigkeit, Freiheit, Vaterland usw. metaphysische und ethische Dirnen zu nennen, die sich zur Unterlage hergeben für die akademischen Diskussionen, die politischen Programme und die Menschenrechte usw." Lafargue bemerkt weiter, daß die erwähnten Genossen, wenn sie früher gelebt hätten, die Werke von Diderot, Cervantes usw. ebenfalls verurteilt hätten, weil dieselben gleichfalls schonungslos mit der feudalen Ideologie umgegangen sind, wie er in seinen Aufsätzen mit der „bürgerlichen" Ideologie.

Was das alles anbelangt, habe ich nichts dagegen, wenn Lafargue die ethischen wie politischen Prinzipien als metaphysische und ethische Dirnen kennzeichnet; auch sagt mir Genosse Vandervelde in seinen Gefühlsausdrücken nicht immer zu. Seine Äußerungen zum Beispiel im „Mouvement Socialiste" und sein Rügen der Carmagnole, weil das altrevolutionäre Lied zu unsanft mit der „heiligen Jungfrau" und dem „Gekreuzigten" umgeht, sind nicht gerade nach meinem Geschmack, immerhin. Obwohl es mir einerlei ist, wenn Lafargue die bürgerlichen Redaktionen gewisser ethischen Begriffe ethische Dirnen nennt, trage ich doch einige Bedenken der Logik halber, wenn er das Kind mit dem Bade ausschüttet und in seinem Eifer alle Begriffe, die von der herrschenden Bourgeoisie verhunzt worden sind, als null und nichtig erklärt.

In diesem Verfahren begeht Lafargue, wie es mir scheint, einen Fehlschluß, den man häufig bei philosophischen Erörterungen antrifft. Er setzt nämlich gerade den Begriff, gegen welchen er angeblich polemisiert, voraus. Wenn man seine Kritik über Freiheit, Gerechtigkeit usw. in der Form, wie dieselbe von der Bourgeoisie und ihren leitenden Organen ausgebeutet worden sind, liest, kann man kaum verfehlen, zu bemerken, daß der Kritiker selber ein gewisses Ideal von Freiheit, Gerechtigkeit usw. als Norm oder Maßstab voraussetzt, kraft welcher er die bürgerlichen Fälschungen verurteilt. Gerade die Unverträglichkeit letzterer mit seinem, wenn auch unbewußt vor ihm schwebenden Ideal ist es, die er an den Pranger stellt.

Nun behaupte ich, daß dieser normale oder maßgebende Begriff, wovon die Rede ist, ewig bleibt in dem Sinne, daß er wie ein Faden sich durch die ganze menschliche Geschichte hindurchzieht, und noch mehr, daß, wo menschliche Gesellschaft existiert, er vorhanden sein muß. Die Idee der Gerechtigkeit hat, wie Aristoteles schon nachgewiesen, ihren Grund im Begriff der menschlichen Gleichheit absolut oder relativ. Daß eine privilegierte Klasse den Begriff der menschlichen Gleichheit bloß auf sich selber beschränkt und die daraus entspringende Idee der Gerechtigkeit in diesem Sinne verhunzen will, liegt auf

der Hand, und das ist es auch tatsächlich, was sich in der Geschichte vollzogen hat. Die Bourgeoisie zum Beispiel hat in ihrem Kampfe gegen den Feudalismus den wahren Begriff der Gleichheit aller Menschen verkleinert und ihn zum Feldzeichen einer Gerechtigkeit, die diesem Begriff entsprechen sollte, gemacht, doch ist dieses Feldzeichen zum Deckmantel herabgesunken. Denn in der Praxis, als sich die Macht der Bourgeoisie entwickelte, stellte sich heraus, daß die Gleichheit, obwohl nicht mehr nach Rang, Geburt oder dem Besitz von Herrschaftsrechten sich beschränkend, nichtsdestoweniger über das Eigentum als solches nicht hinausging. Infolgedessen erstreckt sich die abgeleitete Gerechtigkeit selbstverständlich nur auf diejenigen Klassen, die über Eigentum verfügen. Kurz und gut, die Gleichheit und Gerechtigkeit richteten sich nicht nach Menschen überhaupt, sondern nur nach Menschen in ihrer Eigenschaft als Eigentumsbesitzer, und so verhält es sich mit anderen ethischen Begriffen. Die Freiheit zum Beispiel erlitt gleichfalls eine ähnliche Einschränkung.

Das alles aber beweist durchaus nicht, daß „Freiheit", „Gleichheit" und „Gerechtigkeit" an und für sich Schwindel sind, wie Lafargue zu verstehen geben möchte. Im Gegenteil, wie bereits gesagt, die ganze polemisierende Kritik der bestehenden Verhältnisse seitens unserer Partei, insofern sie lebendig und nicht nur abstrakt ist, hat diese Ideen zur Voraussetzung. Ohne dieselben kann sie keinen Schritt machen, ohne dieselben wäre sie vollkommen hinfällig und sinnlos. Selbstverständlich, wenn man die Geschichte einzig und allein vom rein ökonomischen Standpunkt aus betrachtet, spielen sie keine Rolle, aber so betrachtet, haben wir nur ein Abstraktum vor uns. Im Leben der Menschheit, am lebendigen Webstuhl der Zeit, wo immer die menschliche Gesellschaft hinreicht, sind sie ewig vorhanden. Wahr ist es, daß, wenn man sie auch abstrakt auffaßt, wie die bürgerlichen Ethiker und Geschichtschreiber es nur zu häufig getan haben, sind sie ebensowenig lebendig. Abstrakt haben sie keinen praktischen Wert, die gute Idee taugt nichts. Um lebendig und anwendbar zu werden, muß sie erst einen Inhalt bekommen, und dieser Inhalt wird ihr erst durch die soziale Entwicklung der Geschichte verliehen. Erst in Verbindung mit letzterem nehmen sie ihren Platz ein als Bestandteile des wirklichen Ganzen der menschlichen Entwicklung.

Literarische Rundschau.

Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, herausgegeben von Dr. N. Reichesberg, Professor in Bern. 1. Band (Lieferung 1 bis 32) und 2. Band (Lieferung 33 bis 47). Bern 1903 und 1904, Verlag der Encyklopädie. Preis für den gebundenen Band 30 Franken; in Aussicht genommen sind drei Bände à 1000 Seiten gr. 8°.

Man darf an Lexika keinen allzu strengen Maßstab anlegen, was sie geben wollen und sollen, sind gut orientierende Berichte über die derzeitigen Verhältnisse, und wenn die einzelnen Artikel die Tatsachen wahr und genau registrieren, so erfüllt ein solches Buch seine Aufgabe. Auch das vorliegende Handwörterbuch will eigentlich nichts anderes; es will nach dem Vorwort „jenen als Hilfsmittel dienen, welche das staatliche und volkswirtschaftliche Leben der Schweiz kennen lernen wollen". Und diese Aufgabe erfüllen, mit wenigen Ausnahmen, die bis jetzt erschienenen Lieferungen. Eine große Anzahl gutgeschriebener Artikel gibt hinreichende Belehrung und verschafft jedem Wißbegierigen auf dem so mannigfaltig-komplizierten Gebiet des

schweizerischen politischen und volkswirtschaftlichen Lebens die gewünschte und sichere Wegleitung.

Die bis jetzt erschienenen anderthalb Bände beginnen mit „Ablösung der Reallasten" und enden mit „Hagelversicherung". Das ganze Buch wird 500 Artikel zählen, deren Ausarbeitung zirka 220 Mitarbeiter übernommen haben. Diese große Anzahl der Mitarbeiter ist die schwache Seite des Werkes, denn es muß darunter die Homogenität des Ganzen leiden. Trotz aller gewollten Objektivität können die Verfasser der einzelnen Artikel ihren subjektiven Klassenstandpunkt nicht ganz verleugnen.

Wenn man die vielen Artikel, die hohe kantonale und Bundesbeamte verfaßt haben, mit denjenigen der sozialdemokratischen Mitarbeiter — wir nennen von diesen nur die Genossen Greulich, Oberrichter Lang und den jüngst verstorbenen, um die genossenschaftliche Organisation verdienten Stefan Gschwind — vergleicht, so offenbart sich eine ziemliche Heterogenität in der Behandlung der einzelnen, oft sogar sachlich sich nahestehenden Materien. Auch springt hier, und nicht gerade vorteilhaft, ins Auge ein sich allzu breit machender Dilettantismus gerade bei Verfassern aus den Kreisen hoher Magistratspersonen. So zum Beispiel nimmt der Artikel des Direktors des Alkoholmonopols „Geistige Getränke" den Raum von zweieinhalb Lieferungen in Anspruch, viel Unwesentliches ließe sich da ausmerzen. Andererseits schneidet etwas armselig die „Geistige Produktion" mit nur 8 Seiten ab. Als eine oratio pro domo muß man den 36 Seiten umfassenden Artikel „Arbeitsversicherung" ansehen. Der Verfasser, ein Mitglied des schweizerischen Bundesrats, plädiert hier für seine eigene, in der Referendumabstimmung vom 20. Mai 1900 verworfene Arbeit. Was wir Essenzielles aus dem langen Artikel erfahren, ist, kurz gesagt, eben die bekannte Tatsache, daß der Schweiz ein Arbeiterversicherungsgesetz fehlt. Der Artikel „Asylrecht" (nur 4 Seiten), ebenfalls die Arbeit eines hohen schweizerischen Beamten, beschränkt sich lediglich auf eine rechtliche Belehrung. Wollte der Verfasser etwas genauer dieses traditionelle „Recht" geschichtlich interpretieren, so hätte er dem Vollzug dieses Rechtes einige Kritik widmen müssen. Der Vollzug des Asylrechtes bildet eben einen dunklen Punkt in der schweizerischen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Ich will hier nur verweisen auf das einerseits tragische, andererseits komische „Steinhölzlifest" der deutschen Handwerkergesellen in Bern am 27. Juli 1834. Aus dem Artikel „Kommunale Sozialpolitik" erfahren wir, wie wenig die schweizerischen Gemeinden, trotz weitgehender Gemeindeautonomie, trotz aller demokratischen Institutionen, auf diesem wichtigen Gebiet bis jetzt geleistet haben. Jeder größere Zug fehlt hier noch, hingegen macht sich breit ein einseitiger Klassenstandpunkt konservativen Kleinbürgertums.

Auffallend erscheint es, daß der für die Produktionsverhältnisse der Schweiz seit jeher höchst wichtigen „Ausländerfrage" kein selbständiger Artikel gewidmet ist. Man kann kaum die schweizerische Volkswirtschaft verstehen, ohne eine eingehende Würdigung dieser Frage, die in den letzten Jahren sehr stark unser Bundes- und die kantonalen Parlamente beschäftigte; bewohnen doch dauernd unter der gesamten Bevölkerung der Schweiz 11 Prozent Ausländer unser kleines Land. Nicht allein unsere Warenproduktion hängt von Ausländern ab, sondern in viel höherem Grade unsere geistige Produktion, die Hochschulbildung, Literatur und Kunst. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz sind äußerst eigentümliche; in Vergangenheit und Gegenwart weisen sie eine Fülle von Besonderheiten auf, die ohne gute Führung schwer verständlich sind. Nicht weniger als sechsundzwanzig einzelne Staatswesen führen in der Schweiz in lebhafter Wechselwirkung untereinander nach vielen Richtungen hin selbständiges Leben. Diese Verhältnisse bringen es mit sich, daß kaum in einem anderen Lande ein so klarer Einblick in das innere Gefüge des Ganzen, in das Leben und Treiben der verschiedenen Klassen, insbesondere in den seit jeher so deutlich hervortretenden Klassenkampf zu gewinnen ist, wie in der Schweiz. Hier gut instruierend, entspricht das Handwörterbuch einem wirklichen Bedürfnis: es gibt die ausreichende Möglichkeit, die Schweiz in volkswirtschaftlich

und sozialpolitischer Beziehung, deren staatlichen und rechtlichen Einrichtungen, gründlich kennen und würdigen zu lernen.

Die jedem Aufsatz beigegebenen Literaturausweise und Quellenangaben werden demjenigen, der eingehendere Studien zu machen wünscht, um so willkommener sein, als es sich der Natur der Sache nach in den meisten Fällen um zerstreute Aufsätze und um amtliche Materialien handelt, die aufzufinden dem Fernstehenden große Mühe machen würde.

In den bisher erschienenen Lieferungen findet sich unter dem Stichwort Arbeiter in seinen verschiedenen Verbindungen ein ziemlich vollständiger Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung und die proletarischen Organisationen: die Arbeitskammern, die lokalen Arbeitersekretariate und Arbeiterunionen; das schweizerische Arbeitersekretariat; die Arbeitervereine, die christlich-soziale Bewegung evangelischer und katholischer Richtung. Durch Vollständigkeit und Zuverlässigkeit zeichnet sich die Darstellung der gewerkschaftlichen Bewegung aus. Von den Aufsätzen, die sich mit den sozialpolitischen Problemen befassen, seien hier namentlich diejenigen über Arbeitslosigkeit, die Arbeiterversicherung und das Armenwesen hervorgehoben. Über die landwirtschaftlichen Zustände und die Agrarpolitik geben namentlich die Artikel über den Futter- und Getreidebau, den Getreidehandel, die Feldpolizei, die Feldwirtschaft, das Forstwesen, die Grundbesitzverteilung, die Bodenverschuldung, die bäuerlichen Berufsorganisationen und das Bauernsekretariat Auskunft. Neben den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen wird als drittes Gebiet die Verwaltung, wenigstens nach ihren wichtigeren Seiten und die Gesetzgebung, soweit sie zur Volkswirtschaft und Politik innere Beziehungen hat, bearbeitet. Im ersten Bande kommt unter anderem das Asylrecht, die Auslieferung und die Fremdenpolizei, das Budgetrecht und die Finanzwirtschaft der Eidgenossenschaft, das schweizerische Staatsrecht und die Organisation der Bundesbehörden zur Sprache. Aus dem zweiten Bande ist hervorzuheben die eingehende Darstellung des Gemeindewesens und der Gewerbegesetzgebung; ein instruktiver Überblick über die verschiedenartige Ausgestaltung der Gewerbegerichte in den einzelnen Kantonen; ferner die Aufsätze über das Grundeigentum, das Grundbuchwesen und das Grundpfand.

Der Herausgeber verspricht, das Werk nach seiner Beendigung durch Nachträge vor dem Veralten zu bewahren. Als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung der Schweiz zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wird es auch dann seinen Wert beibehalten, wenn es von der Entwicklung überholt sein wird. Für eine Reihe von Jahren aber wird das Reichesbergsche Handwörterbuch für die Erkenntnis der vielgestaltigen Zustände der schweizerischen Verwaltung und Volkswirtschaft, die trotz der uniformierenden Tendenz des Kapitalismus zahlreiche individuelle Züge und charakteristische Besonderheiten sich bewahrten, ein wichtiges und bequem zu handhabendes Hilfsmittel bleiben. Dr. J. H-z.

Klara Müller-Jahnke, **Ich bekenne.** Die Geschichte einer Frau. Berlin, Goslar, Leipzig, Verlag von F. A. Lattmann.

Klara Müller hat sich durch formschöne, kraftvolle Gedichte in die Literatur eingeführt. Ihre Begabung versprach uns für die Zukunft noch andere und eigenartige Schöpfungen. Nun hat sie ihr Eigenstes, ihre Selbstbiographie, gegeben. Selbstbiographien von Frauen sind nichts Alltägliches. Sei es, daß ein stärkeres Schamgefühl gerade sie davon abhält, die Erlebnisse ihres Geistes und ihres Körpers mitzuteilen, sei es, daß sie eben keine Erlebnisse mitzuteilen haben. Und doch ist eine Selbstgeschichte, wie die Klara Müllers, eine durchaus berechtigte literarische Erscheinung. Nur der Leser gerät leicht in Verlegenheit angesichts der nackten, brutalen Aufrichtigkeit der Darstellung, die dem einst von Goethe gegebenen Paradigma von „Wahrheit und Dichtung“ wenig entspricht. Darf, was in erster Linie ein „document humain“ ist, überhaupt auf seinen Kunstwert geprüft werden? Darf man diese schonungslose Wahrheit vor sich selbst, diese in ihrer Aufrichtigkeit oft fast

nüchterne Beichte Poesie nennen? Klara Müller erzählt die Geschichte ihres Werdens; die kurzen Sonnentage im Elternhaus; die freudlose Jugend in der großen Stadt; die leere Arbeit ums tägliche Brot; die Verbitterung des alternden Weibes; die Geschichte ihrer sinnlich-unsinnlichen Liebe.

Töne klingen in dem Buche an, die uns seit Arne Garborg und Gabriele Reuter nicht mehr fremd sind. Doch ein Neues kommt hinzu. Klara Müller wird nicht durch die Konvention gebrochen, wie Agnes und Fanny, sondern sie hat die Kraft, das volle Leben durchzuleben und durchzukämpfen. Kein Kompromiß, kein Vertuschen, kein feiges Unterkriechen. Und dieselbe Wahrheit wie im Erleben auch im Erzählen. Das aber macht den künstlerischen Wert dieses Buches aus.

Wenn so der Inhalt die Kritik durch seine freie Offenheit von sich weist, ist die Form des Buches nicht einwandfrei. Wir Bücherleser sind nun einmal an gewisse Formen gewöhnt und verlangen von dem Schriftsteller die eine oder andere, ja lassen uns manchmal selbst eine neue gefallen, wenn sie nur einheitlich ist. Wer aber die ruhige epische Breite der Darstellung auf jeder Seite fast durch leidenschaftliche Anreden an den Geliebten, durch Hinweise auf längst Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges unterbricht, der stört sich selbst die Geschlossenheit der Erzählung und stört dem Leser die Einheit des Empfindens, der, stets aufs neue aus seiner Stimmung aufgepeitscht, Mühe hat, sich nach dem dramatischen Intermezzo wieder in die schlichte Erzählung zu versenken. Die Vorzüge ihres Buches würden besser zur Wirkung kommen, wenn Klara Müller diese Einschaltungen vermieden oder wenigstens auf ein bescheidenes Maß zurückgeführt hätte. h. h.

Max Pellnitz, **Der Lithograph und Steindrucker, einschließlich des Kartographen.** (Mein künftiger Beruf! Praktische Anleitung zur Berufswahl. Heft 43.) Leipzig, C. Banges Verlag. 38 S. Preis 50 Pfennig.

„Es gibt kaum einen Beruf, der seine Angehörigen so enttäuschen kann, als gerade die Lithographie", wird ganz zutreffend in vorliegender Schrift bemerkt. Neben Beschreibung der Technik der Lithographie und neben Anführung der nötigen Eigenschaften, die ein junger Mann, der sich diesem Beruf mit Erfolg widmen will, besitzen muß, macht der Verfasser auch auf die Licht- und Schattenseiten des Lithographiegewerbes in sozialer Hinsicht aufmerksam. Letzteres ist sehr notwendig und zeitgemäß, denn da allgemein die Lithographie für einen der schönsten und -- irrtümlich — einträglichsten Berufe gilt, ist der Zudrang von Lehrlingen ein allzu reichlicher. Wenige Erwerbszweige sind darum von Arbeitskräften so überfüllt wie dieser.

Die Schilderungen der sozialen Schattenseiten des Lithographiegewerbes bedürfen aber in diesem Büchelchen noch vieler Ergänzungen, wenn sie ein wirklich zutreffendes Bild bieten sollen. Auch fehlen sonst noch manche praktische Hinweise. Die Ursache dieser Mängel des Schriftchens mag darin zu suchen sein, daß der Verfasser nicht Berufsgenosse ist; er kennt daher die Verhältnisse in der Lithographie auch nicht aus eigener Erfahrung und Anschauung. Das geht auch aus der Beschreibung des Technischen deutlich hervor, die in mancher Beziehung nicht ganz zutrifft.

Der Verfasser hat zwar außer anderem auch eine aufklärende Notiz, die der Zentralverband der Lithographen, Kartographen, Chemigraphen und im graphischen Gewerbe tätigen Zeichner in Tageszeitungen veröffentlichte, zum Abdruck gebracht, er hätte aber doch noch auf das erschreckende Zahlenverhältnis zwischen Lehrlingen und Gehilfen in diesem Gewerbe hinweisen müssen. Nach einer im Jahre 190[illegible] stattgefundenen statistischen Erhebung des Vereins der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe kamen in Deutschland auf 4103 Lithographengehilfen 1572 Lehrlinge und auf 5744 Steindruckergehilfen 1772 Lehrlinge. Da das Gebiet der Lithographie durch die neueren photomechanischen Reproduktionsverfahren wie Lichtdruck, Dreifarbenautotypie usw. arg bedrängt wird, werden heute aus Konkurrenzrücksichten an den Lithographen die höchsten künstlerischen Anforderungen gestellt.

die natürlich gar nicht der Bezahlung entsprechen. Um auf ein späteres Fortkommen rechnen zu können, genügt für einen Lithographenlehrling darum heute nicht mehr, wie der Verfasser annimmt, ein ziemlich gut entwickeltes Zeichentalent; dieses muß vielmehr in ganz hervorragendem Maße vorhanden sein, auch darf ein gewisser Formensinn nicht fehlen.

Unrichtig ist auch die Meinung, daß ein Lehrling in einer Privatlithographie weniger Gefahr liefe, einseitig ausgebildet zu werden als in einer größeren lithographischen Anstalt, wo er nur einen Teil der Lithographie erlernt, also entweder Chromo-, Merkantil- oder Kartolithographie. Hier muß betont werden, daß es selbst dem talentvollsten Lehrling kaum möglich ist, sich in allen Zweigen dieses Gewerbes gleich tüchtig auszubilden; er muß sich von vornherein für ein bestimmtes Gebiet entscheiden. Gerade die Lehrlinge bei Privatlithographen (zumeist Heimarbeiter, die ihre Aufträge im Submissionsweg erst von lithographischen Anstalten erhalten) laufen Gefahr, gar nichts zu lernen. Der Privatlithograph muß, um Aufträge zu erhalten, gewöhnlich billiger arbeiten als der Lithograph in der Fabrik. Dies kann er aber nur durch rationelle Ausbeutung von Lehrlingen, die auf leichte, in kurzer Zeit zu erlernende Teilarbeiten dressiert werden. Da es aber auch in großen lithographischen Anstalten oftmals nicht besser in dieser Beziehung steht, und da dort bei Einstellung von Lehrlingen über deren Befähigung zumeist nicht der Fachmann, sondern die verständnislose kaufmännische Leitung entscheidet, so haben hier wie dort viele Lithographenlehrlinge nach beendigter Lehrzeit nicht so viele Fertigkeiten erlangt, um ein weiteres Fortkommen finden zu können. Eine Statistik, wie viele dieser jungen Leute, für die die Lehrjahre verloren gingen, gezwungen waren, einen anderen Erwerb zu suchen, würde ein erschreckendes Ergebnis zeigen.

Es wäre darum sehr angebracht, wenn der Verfasser darauf hingewiesen hätte, daß es Pflicht des Vaters oder Vormundes eines Jünglings ist, der Lust zum Lithographenberuf zeigt, sich unter Vorlegung von Zeichnungen den Rat und das Urteil eines Vertrauensmanns der gewerkschaftlichen Organisationen dieses Berufs, die zirka 75 Prozent der Angehörigen umfassen, einzuholen. Viele Jünglinge würden dann vor einem gewissenlosen Lehrherrn bewahrt bleiben und einem traurigen Schicksal entgehen. Im großen und ganzen ist das Schriftchen geeignet, den Laien in technischer wie in sozialer Hinsicht in das Lithographiegewerbe einzuweihen.

F. Schnetter.

Behring, Dr. Hans, **Die Warenhaussteuer in Preußen.** Ein Beitrag zur kaufmännischen Mittelstandspolitik. X und 81 S. 8°. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner.

Diese Arbeit, die eine erweiterte Preisschrift der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster ist, informiert klar und sachkundig über die Frage der Warenhaussteuer in Preußen. Im Zusammenhang damit werden die ökonomischen Vorteile des Großbetriebs im Detailhandel dargestellt und die Steuergesetzgebung einiger anderer Staaten zum Vergleich herangezogen. Das Ergebnis der Arbeit ist eine vollkommene Verurteilung der Warenhaussteuer, sowohl vom finanz- als vom sozialpolitischen Standpunkt wie unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn der Verfasser auch von anderen Gesichtspunkten ausgeht wie wir, kommt er über die Warenhäuser und über die gegen sie geplanten Maßnahmen zu den gleichen Schlüssen wie wir. Er scheint in seinen ökonomischen Betrachtungen zu viel Gewicht auf das psychologische Moment zu legen. Auch findet man Anklänge an manchesterliche Anschauungen in dem Buche, so den Glauben, daß die kleinen Händler nicht bloß durch genossenschaftlichen Zusammenschluß, sondern auch durch eigene Kraft der Konkurrenz des Riesenbetriebs Widerstand entgegensetzen könnten.

Wir können die Arbeit um so mehr empfehlen, als voraussichtlich die Frage der Warenhausbesteuerung die Parlamente, nicht zuletzt den preußischen und den bayerischen Landtag noch oft beschäftigen werden. Die Majoritäten in diesen Parlamenten sind sich wohl längst klar darüber, daß ihre Gesetzgebungskunst nicht der

wirtschaftlichen Entwicklung im Detailhandel Halt geboten hat. Sie sind abe[r] weit entfernt von der Erkenntnis, daß auf dem Wege der Besteuerung den Waren[-] häusern die Existenz nicht unmöglich gemacht werden kann. Sie werden die Steuer[-] Vexationen weiter fortsetzen, dann wird das Buch von Dr. Gehring gute Dienste tun

Die Schrift ist gut ausgestattet und zeichnet sich durch eine flotte, hier und d[a] fast zu flotte Schreibart aus. Unangenehm ist der Druckfehler Kolonialzeitung stat[t] Kolonialwarenzeitung auf Seite 2 der Schrift. ad. br

---

Notizen.

Konsumvereinswesen und Sozialdemokratie heißt die Überschrift eines Artikel[s] in Nr. 21, 23. Jahrgang der „Neuen Zeit", in dem Hermann Fleißner sich mit de[r] modernen Konsumgenossenschaftsbewegung beschäftigt. Neben manchem Richtige[n] und Zutreffenden enthält der Artikel Fleißners doch auch Ausführungen, die nich[t] unwidersprochen bleiben dürfen. Es ist zweifellos richtig, daß gegenwärtig di[e] Konsumvereine den größten Teil ihrer Mitglieder den Arbeiterkreisen entnehmen[.] Dabei verdient besondere Beachtung, daß nicht nur unter den Mitgliedern der freie[n] Gewerkschaften, sondern auch unter den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und de[n] christlich-sozialen Gewerkschaften das Interesse für die Konsumgenossenschaftsbewegun[g] ein immer regeres wird. Sehr stark an der Konsumgenossenschaftsbewegung inter[-] essiert ist heute auch die große Gruppe der Beamten, wenngleich diese leider noc[h] vielfach dem Druck mancher vorgesetzten Behörden folgend, auf den Beitritt zu de[n] allgemeinen Konsumvereinen verzichten und eigene Konsumvereine gründen. Dies[e] Beamtenkonsumvereine können jedoch nur in größeren Städten lebens- und leistungs[-] fähig sein; in kleineren Städten werden in absehbarer Zeit ohne Zweifel die Be[-] amten den allgemeinen Konsumvereinen angehören müssen, wie dies in zahlreiche[n] Städten heute schon der Fall. Auch in den Kreisen der Intelligenz, soweit s[ie] in den sogenannten freien Berufen vertreten ist, zeigt sich wachsendes Interesse fü[r] die Konsumgenossenschaftsbewegung. Endlich dürfen wir nicht vergessen, daß s[ie] in unserem Nachbarland Dänemark eine rein bäuerliche ist und daß auch heute i[n] Deutschland sich schon die Anfänge einer Konsumgenossenschaftsbewegung de[r] Landwirte und Landarbeiter zeigen. Speziell in Nordschleswig, wo der dänisc[he] Einfluß am stärksten zur Geltung kommt, sind im vorigen Jahre mehrere rein bäue[r-] liche Konsumgenossenschaften errichtet worden. Aber auch in anderen Teilen unser[es] Landes, wie in Hannover, bestehen seit langem bäuerliche Konsumvereine; au[ch] werden solche noch beständig gegründet. Es ist zweifellos, daß einer solchen al[l-] gemeinen konsumgenossenschaftlichen Volksströmung die leitenden Be[-] hörden auf die Dauer einen entschiedenen Widerstand nicht entgegensetzen könne[n,] wie ja auch heute schon eine nicht geringe Anzahl höherer Behörden — wofi[ir] wir Beweise haben — der Konsumgenossenschaftsbewegung freundlich gege[n-] übersteht.

Durch eine Reihe von Zitaten sucht Hermann Fleißner zu beweisen, daß spezi[ell] unter den Genossenschaftstheoretikern eine gewisse Überschätzung der sozialen B[e-] deutung der Konsumgenossenschaftsbewegung Platz gegriffen habe. Jedenfalls ab[er] werden diese Theoretiker der Ansicht sein, daß von manchen Genossenschaftern d[ie] Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung nicht hoch genug eingeschätzt wir[d.] Das sind Ansichtssachen, über die man nicht streiten kann. Tatsächlich hat v[or] 20 Jahren in Dänemark niemand geahnt, welche entscheidende Bedeutung die Ge[-] nossenschaftsbewegung heute für die dänische Volkswirtschaft haben würde. Au[ch] in England haben zurzeit der „Redlichen Pioniere von Rochdale" nur wenige Ge[-] nossenschafter, und diese auch nur in ihren besten Stunden, eine genossenschaftlic[he] Entwicklung zu hoffen gewagt, wie sie heute in England schon erreicht ist. W[ie] sollen wir da wissen können, welche Bedeutung die Genossenschaftsbewegung in 2[0]

40 oder 100 Jahren in Deutschland erlangen wird? In solchen Fällen gilt der alte Merkspruch der Redlichen Pioniere:

> In allen Dingen Wahrheit,
> In zweifelhaften Dingen Freiheit,
> In wichtigen Dingen Einigkeit.

Fleißner gibt dann dem Gedanken Ausdruck, daß die herrschende Klasse ihre politische Macht mißbrauchen könne, um durch „politische Maßregeln“ die Genossenschaften, wenn sie „wirklich ernsthaft gefährlich werden könnten“, zu vernichten. Auch das ist eine Ansichtssache, über die sich kaum streiten läßt. Ebensowenig, wie man trotz aller Scharfmachereien dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Reichstagswahlrecht nehmen kann, ebensowenig wie man den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben kann, ebensowenig kann man meines Erachtens durch die Gesetzgebung den Konsumenten das Recht und die Möglichkeit nehmen, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß ihre Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse gemeinschaftlich einzukaufen und für den organisierten Konsum auf gemeinschaftliche Rechnung zu produzieren. Jeder Versuch, eines dieser Grundrechte dem Volke zu nehmen, würde zu Zuständen führen, wie sie heute in Rußland vorhanden sind, zu Zuständen, bei denen die herrschende Klasse nichts gewinnen, aber alles verlieren würde. Man kann die Grundlagen eines modernen Staates nicht antasten, ohne diesen modernen Staat selbst zu zertrümmern. Überdies kann von einer einheitlichen „herrschenden Klasse“ als Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung gar keine Rede sein. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern, die Beamten, die Angehörigen der freien Berufe und zum Teil selbst die Behörden bringen der Konsumgenossenschaftsbewegung steigendes Interesse, wachsende Sympathien entgegen. Daß es so ist, zeigt ein Blick auf das Wachstum unserer Bewegung. Sie selbst gewinnt dadurch an Festigkeit, Sicherheit und Unantastbarkeit. Je mehr man in Arbeiterkreisen den Nutzen der Konsumgenossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung speziell auch für die Arbeiterklasse anerkennt, um so mehr muß man eine solche Entwicklung zu fördern suchen, um so mehr ist alles zu vermeiden, was eine Entwicklung in dieser Richtung zu hindern geeignet ist. Ein solches Hindernis aber ist die Unduldsamkeit und Rechthaberei.

Weiter schreibt Fleißner:

„Ein Sozialdemokrat darf in seinen Reden und Schriften keinen Zweifel darüber lassen, daß dem Genossenschaftswesen ‚keine entscheidende Bedeutung‘ in dem Streben nach Beseitigung der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise beizumessen ist.“

Was ein Sozialdemokrat darf oder nicht darf, ist eine interne Angelegenheit der sozialdemokratischen Partei und ihrer Parteidisziplin. Jedenfalls ist auch hier die sozialdemokratische Partei weit davon entfernt, einen engherzigen Gewissenszwang ausüben zu wollen. Wäre sie gegen divergierende Anschauungen in ihren eigenen Reihen unduldsam, so wäre sie eine kleine Sekte geblieben und würde niemals eine Dreimillionenpartei geworden sein. Tatsächlich lehrt ja auch ein Blick in die sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften, in die Sozialistischen Monatshefte und in die Parteitagsprotokolle, daß die sozialdemokratische Partei von einer solchen Engherzigkeit frei ist. Auch in der Wertschätzung der Genossenschaftsbewegung gehen die Ansichten innerhalb der sozialdemokratischen Partei weit auseinander. Während die einen der Genossenschaftsbewegung jede Bedeutung absprechen, geben andere der Ansicht Ausdruck, daß sie berufen sei, neben anderen Bewegungen eine nicht unwichtige Rolle in dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu spielen. So schreibt einer der hervorragendsten Theoretiker der sozialdemokratischen Partei, Karl Kautsky („Konsumvereine und Arbeiterbewegung“ von Karl Kautsky, Wien 1897):

„Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, neben dem Kampfe der Gewerkschaften um Beeinflussung

der Produktionsbedingungen, neben dem Kampfe des Proletariats um die Macht in Gemeinde und Staat, neben dem Bestreben von Gemeinde und Staat nach Ausdehnung und Vermehrung der von ihnen beherrschten und verwalteten Produktionszweige, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu spielen.

„Und was ist denn das Bild, welches wir uns von der sozialistischen Gesellschaft entwerfen, anderes als das einer ungeheuren Konsumgenossenschaft, die allerdings keine Handelsgenossenschaft, sondern gleichzeitig eine Produktivgenossenschaft ist, deren Betriebe für den Konsum ihrer Mitglieder produzieren!“ [1]

Kautsky hat in den vorstehenden Ausführungen zwar nicht behauptet, daß dem Genossenschaftswesen eine „entscheidende Bedeutung“ in dem Streben nach Beseitigung der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise beizumessen sei, aber jedenfalls ist er weit davon entfernt, der Genossenschaftsbewegung keine Bedeutung beizumessen. Tatsächlich ist ja auch jede Genossenschaft, die landwirtschaftliche Verwertungs- und Bezugsgenossenschaft sowohl wie die Konsumentengenossenschaft der Beamten und Arbeiter und — cum grano salis — selbst die Genossenschaft der Handwerker und Kleinhändler ein wirtschaftlich-sozialistisches Gebilde, durch das ebenso wie durch Staats- und Gemeindebetriebe (Post, Eisenbahn, Straßenbahn, Gas- und Wasserwerke) die individualistisch-kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise eingeengt wird. Die heutige Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in allen Kulturländern, voran in England und Dänemark, dann aber auch in Deutschland, lehrt uns, daß diese wirtschaftlich-sozialistischen Gebilde eine Bedeutung erlangt haben, die den Gedanken nahelegt, daß wir hier eine beachtenswerte Triebkraft einer künftigen Gestaltung unserer Wirtschaftsverhältnisse vor uns haben.

Zum Schlusse gibt Fleißner der Ansicht Ausdruck, daß „sich die deutsche Konsumvereinsbewegung nicht gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen lassen“ werde. Das ist selbstverständlich, wenigstens soweit die Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Frage kommen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine steht auf dem Standpunkt unverbrüchlicher Neutralität gegenüber allen politischen Parteien und allen religiösen Anschauungen. „No party politics, no sect religion“ ist einer jener Fundamentalsätze, welche die „Redlichen Pioniere“ aufgestellt haben und denen die englische Genossenschaftsbewegung ihre Größe verdankt. Ebensowenig wie die Konsumgenossenschaftsbewegung ein Werkzeug in der Hand einer politischen Partei sein kann und will, ebensowenig wird sie sich zu einem Werkzeug gegen irgendeine politische Partei mißbrauchen lassen. Das eine wie das andere wäre ein Abweichen von dem Standpunkt der Neutralität, das die erdrückende Mehrzahl aller Konsumgenossenschafter — mögen sie welcher politischen Partei auch immer angehören — nicht mitmachen und das im Zentralverband deutscher Konsumvereine niemals eine Stätte finden wird.

Heinrich Kaufmann,
Sekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

---

[1] Da Genosse Kaufmann sich auf mich beruft, darf ich wohl annehmen, daß er auch jenen Ausführungen meiner Schrift zustimmt, in denen ich darauf hinweise, daß die Konsumvereine nur unter gewissen Bedingungen für das Proletariat von Vorteil sind, nämlich nur dort, wo der Klassenkampf eine gewisse Höhe erreicht und die Arbeiter geschult hat, wo die Klassengegensätze so schroff sind und die politische wie gewerkschaftliche Bewegung so stark, daß die Konsumvereine nicht mehr jene ihrer Seiten zu entfalten vermögen, durch die sie sonst nur zu leicht den Klassenkampf des Proletariats hemmen und Mittel werden, „die Arbeiter zu versimpeln und ihre Kräfte in unfruchtbaren, sie kompromittierenden Experimenten zu verzetteln.“ K. Kautsky.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 24 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

März-Aphorismen.

⚡ **Berlin**, 8. März 1905.

Die Iden des März kehren wieder, die seit zwei Jahrtausenden den Despoten so oft verhängnisvoll geworden sind. Auch dieser März sieht den Untergang eines Despotismus, wie er grauenvoller niemals früher bestanden hat. Eben jetzt treffen neue Nachrichten von zarischen Niederlagen in Ostasien ein, und gegenüber dem dräuenden Antlitz der Revolution, die sich in Rußland selbst gegen ihn erhebt, taumelt der Zar hilflos hin und her, indem er sich bald an die selbstherrliche Macht zu klammern sucht, die seinen Händen schon entglitten ist, bald in Verheißungen ergeht, die das nahende Verhängnis so wenig beschwören können, wie das ohnmächtige Lallen eines Knaben den Sturm auf dem Weltmeer.

Würdiger oder doch männlicher als dieser Romanow wußte Karl Stuart und selbst Ludwig Capet zu enden. Sie haben in ihren Todesnöten ihr Land verraten, aber die Stufen des Blutgerüstes erstiegen sie mit leidlichem Mute. Vielleicht weil die Stuarts und die Capets auf das Handwerk der Könige dressiert waren, was man von den Romanows eigentlich nicht sagen kann. Seit Michail Fedrowitsch Romanow, ein siebzehnjähriger Junge, im Jahre 1613 auf den Zarenthron gesetzt wurde, weil sich die beiden mächtigsten Bojarengeschlechter der Mstislawsky und der Trubetzkoy so genau die Wage hielten, daß jedes zwar das andere von der Zarenwahl ausschließen, aber den Thron nicht aus eigener Kraft erobern konnte, seitdem war im Hause Romanow der Ehebruch so heimisch wie der Meuchelmord, und man kann vielleicht sagen, daß für jeden echten Romanow, der meuchelmörderisch um die Ecke kam, ein falscher Romanow ehebrecherisch gezeugt wurde.

Schon deshalb sind die Romanows die berufensten Vorkämpfer der legitimen Monarchie, weil ihr historisches Dasein der ausgesuchteste Hohn auf den Begriff der legitimen Monarchie ist. Sie endet in Nikolaus II. als groteske Karikatur, und Freiligrath war viel zu barmherzig, als er so einen letzten Monarchen im Getümmel einer Weltschlacht enden ließ.

* * *

überhaupt sind die Dichter nicht immer Seher. Vor hundert Jahren ahnte der gute Schiller auch nichts von dem heutigen Zustand des zarischen Despotismus; sonst hätte er sicherlich sein letztes Drama nicht auf eine Apotheose der Romanows angelegt. Er hat diese Verherrlichung nicht mehr auszuführen vermocht, aber seine Absichten gehen klar aus dem prosaischen Entwurf seines „Demetrius“ hervor. Der falsche Demetrius erhebt sich gegen den Zaren Boris und erringt solche Erfolge, daß der Zar sich durch Gift tötet, mit Hinterlassung zweier Kinder, des Sohnes Feodor und der Tochter Axinia. Es heißt nun in Schillers Entwurf: „Allgemeine Verwirrung bei der Nachricht vom Tode des Zaren. Die Bojaren bilden einen Reichsrat und herrschen im Kreml. Romanow (nachheriger Zar und Stammvater des jetzt regierenden Hauses) tritt auf an der Spitze einer bewaffneten Macht, schwört an der Brust des Zaren seinem Sohne Feodor den Eid der Treue und nötigt die Bojaren, seinem Beispiel zu folgen. Rache und Ehrsucht sind fern von seiner Seele; er folgt bloß dem Rechte. Axinia liebt er ohne Hoffnung und wird, ohne es zu wissen, wieder geliebt. Romanow will zur Armee, um diese für den Zaren zu gewinnen. . . . Romanow, der zu spät kam, ist nach Moskau zurückgekehrt, um Feodor und Axinia zu schützen. Alles ist vergebens, er selbst wird gefangen gesetzt. . . . Romanow im Gefängnis wird durch eine überirdische Erscheinung getröstet. Axiniens (die inzwischen vergiftet ist) Geist steht vor ihm, öffnet ihm einen Blick in künftige, schönere Zeiten und befiehlt ihm, ruhig das Schicksal reifen zu lassen und sich nicht mit Blut zu beflecken. Romanow erhält einen Wink, daß er selbst zum Throne berufen sei. Kurz nachher wird er zur Teilnehmung an der Verschwörung gegen Demetrius aufgefordert; er lehnt es ab.“ Soweit Schiller. Sein Romanow ist also ein Ausbund von Tugend, wie nicht einmal seine Jungfrau von Orleans, die ja nicht frei von menschlicher Schwäche ist. Historisch ist davon nicht eine Silbe richtig; der erste Romanow kam als unmündiger Knabe auf den Thron, nach dem Sturze des Demetrius und nur, weil sich die beiden Adelsfamilien nicht einigen konnten, als schwarzes Pferd, wie es bei den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten zu heißen pflegt. Auf dem Throne erwies er sich als völlig unfähig, wurde von Polen und Schweden nach Noten zusammengedroschen und mußte ihnen große Teile des Reiches abtreten, in dessen Innerem Zustände gräßlichster Verkommenheit herrschten.

Indessen die historische Wahrheit ist für den Dichter nicht unbedingt heilig; kraft seines ästhetischen Rechtes darf er sie verletzen. Aber wie steht es ästhetisch mit der Verherrlichung der Romanows durch Schiller? Er selbst hat sich darüber schon lange Jahre vorher in der Kritik ausgesprochen, die er an Goethes „Egmont“ übte, wo dem schlafenden Helden im Traume die Freiheit als überirdische Erscheinung in der Gestalt Klärchens erscheint. „Je höher die Illusion in dem Stücke getrieben ist“, sagt Schiller, „desto unbegreiflicher wird man es finden, daß der Verfasser selbst sie mutwillig zerstört. . . . Mitten aus der wahrsten und rührendsten Situation werden wir durch ein Salto mortale in eine Opernwelt versetzt, um einen Traum — zu sehen. Lächerlich würde es sein, dem Verfasser dartun zu wollen, wie sehr dadurch unserem Gefühl Gewalt angetan wurde; das hat er so gut und besser gewußt als wir. Aber ihm

schien die Idee, Klärchen und Freiheit, Egmonts beide herrschenden Gefühle, in Egmonts Kopf allegorisch zu verbinden, gehaltreich genug, um diese Freiheit allenfalls zu entschuldigen. Gefalle dieser Gedanke, wem er will — Rezensent gesteht, daß er gern einen sinnreichen Einfall entbehrt hätte, um eine Empfindung ungestört zu genießen." Diese Kritik trifft auch auf Axiniens überirdische Erscheinung zu, nur daß der bei einem Egmont noch sinnreiche Einfall bei einem Romanow rein sinnlos geworden ist.

Man möchte es fast als Genugtuung empfinden, daß Schiller, wenn er doch schon in der Blüte seiner Jahre sterben sollte, nicht noch einige Monate länger gelebt hat, denn sonst hätte er nach der millionenmal todtgepeitschten Phrase nicht das ideale Bild des schweizerischen Freiheitshelden, sondern die überirdische Verklärung des zarischen Despotismus als sein geistiges Testament hinterlassen.

* * *

Man wird uns nicht im Verdacht haben, als ob wir mit diesen Bemerkungen an Schiller herummäkeln wollten. Wir haben uns schon vor acht Tagen gegen die tendenziöse Verzerrung seiner historischen Gestalt gewandt, und eben dies ist auch heute unser Zweck. Denn ob man ihn ab- oder aufschminkt, das ist derselbe Trödel; wenn man dem angeblichen Dichter der „akademischen Freiheit" einen angeblichen Dichter der „bürgerlichen Revolution" entgegenstellt, so ist belletristisches Gerede hüben wie drüben. Wir meinen, daß Schiller groß genug sei, um eine ehrliche Darstellung seines Wesens und seines Wirkens aus seiner Zeit heraus zu ertragen, und wenn er uns für alle Schönfärberei nach rechts wie nach links zu gut ist, so ist uns die bürgerliche Revolution nicht minder oder noch mehr zu gut dazu.

Schillers revolutionärste Gestalt ist der Räuber Moor, der das bürgerliche Gesetz unter seine Füße rollt, um sich dann selbst dem Henker auszuliefern, weil er eitle Kinderei unternommen habe, weil er zur zerschmetternden Einsicht gekommen ist, daß zwei Menschen, wie er, den ganzen sittlichen Bau der Welt zerstören würden. Marquis Posa ist allerdings der Abgesandte einer Revolution, die bis zu einem gewissen Grade bürgerlich genannt werden kann, aber er führt ihre Sache wie ein Illuminat oder Freimaurer, der die Völker glücklich machen zu können hofft, wenn er einen zukünftigen oder auch gegenwärtigen König zu tugendhaften Grundsätzen bekehrt. Was dann gar der Kampf der schweizerischen Urkantone gegen das Haus Habsburg — selbst wenn man ihn nicht in historisch reaktionärem Sinne auffaßt, wie es der junge Engels in einem prächtigen Aufsatze getan hat — mit der „bürgerlichen Revolution" zu tun hat, ist vollends nicht abzusehen. Nicht als ob damit bestritten werden soll, daß Schillers Dichtung revolutionäre Elemente enthält und auch revolutionär gewirkt hat, aber diese Elemente wollen historisch begriffen sein, und mit dem historischen Begriffe der „bürgerlichen Revolution" haben sie gar nichts zu tun.

Als Schiller diese Revolution mit leibhaftigen Augen sah, kam er ihr zwar freundlich entgegen, aber seine Freundlichkeit hörte auf, sobald ihm klar wurde, daß es sich in der bürgerlichen Revolution nicht um ein ideales Freiheitspathos, sondern um die Verwirklichung reeller Klasseninteressen handelte, die ihm un-

verständlich und eben deshalb unheimlich waren. Danach hat er den revolutionären „Schinderskn echten" sehr energisch abgesagt. Man braucht sich nur das Lirum Larum über die Selbstbefreiung der Völker in seinem Liede von der Glocke, diesem Hohenlied des deutschen Philisters, im Geiste zu vergegenwärtigen, um darüber klar zu sein, daß Schiller nicht der Dichter der „bürgerlichen Revolution" gewesen ist, sondern — insoweit als er seine spießbürgerliche Auffassung dieser Revolution dem deutschen Kleinbürgertum einzuimpfen verstanden hat — seinen gerüttelten und geschüttelten Anteil an ihrem Scheitern in Deutschland trägt. Den Arbeitern darf man diesen Zusammenhang um so weniger durch belletristelnde Schlagworte verwischen, als Schiller mit gutem Fug auch in ihren Kreisen eine große Popularität genießt.

Schillers Empörung über die bürgerliche Revolution begann, als das schuldige Haupt Ludwig Capets vom Schafott rollte. Wer sich durch solche Akte allzu später Sühne die Revolution verleiden läßt, hat sie nie verstanden.

* * *

Ehrlicher aber war Schiller mit seinem Abscheu vor der bürgerlichen Revolution, als die Bourgeoisie selbst, die sehr gut weiß, daß sie ihre Revolution nur mit Blut und Feuer machen kann, aber, sobald sie ihr Schäfchen im Trockenen hat, sich gerne anstellt, als sei sie nur durch verschwenderischen Gebrauch von Rosenwasser an ihr Ziel gelangt. Was hat die französische Bourgeoisie über die idyllischen Anfänge ihrer großen Revolution zusammengeschwärmt und muß sich doch von einem „verstopften Geiste", wie Taine, die Wahrheit vorhalten lassen: „Zuerst leuchten einzelne Feuer auf, die man erstickt oder die von selbst verlöschen; aber einen Augenblick darauf, am selben Orte oder nahebei, beginnt ihr Knattern oder Knistern von neuem, und ihre vielfältige Anzahl, wie ihre Wiederholung zeigen die gewaltige Masse des Zündstoffes auf, der explodieren will. In den vier Monaten, die dem Sturme auf die Bastille vorhergehen, kann man mehr als dreihundert Revolten in Frankreich zählen." Ist hier nicht genau das Bild beschrieben, das wir gegenwärtig in Rußland sehen? Und so mag man den reaktionären Bewunderern Väterchens gern das kurze Gelüste an dem schnellen Erlöschen der einzelnen Feuer gönnen, die doch nur den Sturm auf die Bastille ankündigen, und vielleicht schon für den alten Revolutionsmonat März.

Die Lehren des Bergarbeiterstreiks.

Von **K. Kautsky.**

Der Streik im Ruhrrevier hat leider nicht mit derselben glorreichen Einmütigkeit geendet, mit der er begonnen hatte. Ihm folgten eine Reihe von Diskussionen und Kritiken, deren Leidenschaftlichkeit Zeugnis ablegte von der tiefen Erregung, die der große Kampf, noch mehr aber sein Abschluß hervorgerufen. So unvermeidlich, ja notwendig diese Kritiken waren, sie mußten zunächst von jenen geführt werden, die den Streik selbst mitgekämpft hatten. Nur sie verfügten über die erforderliche Kenntnis der Dinge und der Menschen, um die es sich handelte.

Jetzt scheint aber genügend Material vorhanden zu sein, daß auch fernerstehende Beobachter ein Urteil über den Streik gewinnen, und die Leidenschaften des Kampfes haben sich inzwischen auch soweit gelegt, daß wir unbefangener seine Resultate prüfen können.

Die Diskussionen nach seinem Abschluß galten vor allem der Frage: Bedeutete er eine Niederlage oder einen Sieg? Aber damit, daß man diese Frage überhaupt stellte, hatte man sie auch schon beantwortet. Über Siege diskutiert man nicht; nur Niederlagen gesteht man sich und anderen ungern ein und sucht ihnen ein möglichst trostreiches Gesicht zu geben.

Man hat den Abschluß einen Waffenstillstand genannt. Wollte man damit sagen, daß der Klassenkampf weiter geht und bei nächster Gelegenheit wieder eine akute Form annimmt, dann ist das selbstverständlich, dann ist aber damit auch nicht das Resultat des Streiks besonders charakterisiert, denn das gilt von jedem Streik. Wollte man aber mit dem Worte Waffenstillstand mehr sagen, dann war es falsch; denn unter einem Waffenstillstand versteht man einen Vertrag, der vorübergehend beide Seiten der Kämpfenden bindet. Die Bergarbeiter aber haben die Arbeit bedingungslos aufgenommen. Und sie haben sie aufgenommen, ohne etwas von dem Ziele erreicht zu haben, das sie sich gesteckt: durch die Einstellung der Arbeit den Grubenbesitzern direkt Konzessionen abzuringen. Eine Aktion, die ihr Ziel nicht erreicht, bedeutet aber eine Niederlage.

Andererseits hat man sogar einen Sieg daraus deduzieren wollen, daß der Streik die Massen aufgerüttelt, den gewerkschaftlichen Organisationen neue Mitglieder zugeführt und die Schädlichkeit des Kapitalismus weiten Kreisen klar gemacht habe. Aber wenn man darin einen Sieg sieht, dann gibt es überhaupt keine proletarische Aktion, die nicht mit einem Siege endet. Dann war der Fall der Pariser Kommune auch ein Sieg. Gerade die gewerkschaftliche Organisation ist in ihren Anfängen durch eine Reihe von Niederlagen groß geworden. Alles das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Gegner den Angriff auf ihn abgeschlagen hat. Dieser Mißerfolg ist unleugbar.

Man kann indes noch mehr sagen: er ist nicht bloß unleugbar, er war auch unvermeidlich, sobald man sich das Ziel steckte, die Grubenbesitzer *direkt* zu Konzessionen zu zwingen; er stand von vornherein fest. Mögen Fehler in der Führung während des Streiks begangen worden sein — darüber kann und will ich nicht urteilen; aber auch bei bester Führung ließ sich die Niederlage nicht vermeiden. Denn die Position der Unternehmer ist eine so starke, daß sie mit rein gewerkschaftlichen Machtmitteln nicht mehr zu erschüttern ist. Und so kann man noch weiter gehen und sagen: Wie umfangreich immer die Organisationen der Bergarbeiter werden mögen, wie groß die Geldmittel, die sie ansammeln, sie werden nie ausreichen, um einem Gegner ihren Willen direkt aufzudrängen, der eine Monopolstellung besitzt, wie die organisierten Zechenbesitzer im Ruhrgebiet. Hier versagen alle gewerkschaftlichen Machtmittel alten Stiles.

Dafür sprechen die Erfahrungen der Bergarbeiterstreiks der letzten Jahre; und eine theoretische Erwägung zeigt, daß die lange Reihe von Niederlagen in diesen Streiks kein Zufall ist, sondern einer Notwendigkeit entspringt.

Der Lohnarbeiter steht von vornherein dem Unternehmer in einer nachteiligen Position gegenüber, da jener über nichts verfügt als seine Arbeitskraft. Alle Reichtümer der Gesellschaft, auch alle ihre Lebensmittel, sind in den Händen

der Kapitalistenklasse, und nur durch den Verkauf seiner Arbeitskraft an einen Kapitalisten kann der Lohnarbeiter in den Besitz der notwendigen Lebensmittel gelangen. Er ist also dem Kapital gegenüber stets in einer Zwangslage, und aus ihr rührt seine Ausbeutung her.

Diese Zwangslage wird noch vermehrt dadurch, daß der Lohnarbeiter viele sind, der Kapitalisten wenige, und daß die kapitalistische Produktionsweise eine industrielle Reservearmee erzeugt, welche nach Arbeit um jeden Preis drängt und die Konkurrenz unter den Lohnarbeitern aufs äußerste steigert.

Hier setzt nun die Gewerkschaft ein. Sie sucht die Konkurrenz unter den Arbeitern zu beseitigen, den Druck der Reservearmee auf die Löhne aufzuheben durch Unterstützung der Arbeitslosen, zugleich aber auch die Kräfte der gesamten Organisation, also womöglich aller Arbeiter des Industriezweigs, allen jenen Arbeitern zu Gebote zu stellen, die mit ihren Unternehmern in Konflikt kommen. Die Widerstandskraft der Arbeiter einer Fabrik wird dadurch vermehrt, daß hinter ihnen die Arbeiter aller Fabriken der Branche am Orte stehen; die der Arbeiter eines Ortes, daß hinter ihnen die Arbeiter im ganzen Lande, schließlich die des Landes, daß hinter ihnen die der anderen kapitalistischen Nationen stehen.

So werden die Kräfte der Arbeiter gegenüber ihren Unternehmern durch die gewerkschaftliche Organisation verstärkt, und bürgerliche Sozialpolitiker wie auch Gewerkschaftler selbst waren der Ansicht, diese Verstärkung genüge, den Lohnarbeitern eine befriedigende Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft zu erringen und sie mit dieser auszusöhnen, die Proletarier aus einem revolutionären in ein konservatives Element zu verwandeln.

Diese hoffnungsvollen Harmoniepolitiker, deren theoretischer Vorkämpfer in Deutschland Professor Lujo Brentano ist, vergaßen nur einige Kleinigkeiten.

Zunächst kann die Gewerkschaft im besten Falle für den Arbeiter nur jene Nachteile beseitigen, welche die Konkurrenz mit seinen Kollegen und die industrielle Reservearmee für ihn schafft, nie aber jene, die daraus hervorgehen, daß die Produktionsmittel, deren er bedarf, ohne die er nicht arbeiten und existieren kann, im Besitz einer anderen Klasse sind, welche diesen Besitz dazu benutzt, ihn auszubeuten. Die Tatsache dieser Ausbeutung und das Streben, sie möglichst zu steigern, kann keine Gewerkschaft aus der Welt schaffen; sie kann also auch nicht den Klassengegensatz und den Klassenkampf aufheben, sondern ihn nur unter Umständen für das Proletariat günstiger gestalten.

Aber auch das vermag sie nicht für das gesamte Proletariat. Es ist ein alter Grundsatz, daß Gewerkschaften nur etwas leisten können bei hohen Beiträgen. Diese setzen aber schon eine gewisse Höhe des Arbeitslohns voraus. Wo er knapp nur zur Deckung des Existenzminimums ausreicht oder gar noch darunter steht, da ist es ganz unmöglich, eine größere Zahl von Arbeitern zu veranlassen, dauernd sich so zu beschränken, daß sie einen erheblichen Beitrag zur Gewerkschaft zu zahlen vermögen. Am ehesten zur gewerkschaftlichen Organisation geeignet sind die qualifizierten Arbeiter, die aus technischen oder traditionellen Rücksichten eine längere Lehrzeit haben, die den Zuzug von Lehrlingen beschränken können, wo diese sich meist aus besser situierten Volksschichten rekrutieren, die allein die Mittel für die Lehrzeit erschwingen können und deren Lebenshaltung dann auch die Ansprüche der ausgelernten Arbeiter bestimmt: die von Frauen und Kindern keine Konkurrenz zu fürchten haben und auch durch keine starke industrielle Reservearmee bedrängt werden. Je tiefer man in der Stufenleiter unter diese Arbeiterkategorien herabsteigt, desto größer die

Konkurrenz unter ihnen, desto leichter sind sie zu ersetzen, desto größer der Andrang von Arbeitsuchenden — deklassierte Handwerker, zuziehende Landarbeiter und Bauernsöhne, Ausländer, Frauen, Kinder — desto niedriger die Arbeitslöhne, desto notwendiger die gewerkschaftliche Organisation, aber auch desto schwieriger, bis sie schließlich bei der großen Masse der ungelernten Arbeiter auf unüberwindliche Hindernisse stößt.

Die gesamte Masse des Proletariats gewerkschaftlich zu organisieren, ist eine Utopie, ist völlig unmöglich. Die gewerkschaftliche Organisation wird stets nur eine Elite oder Aristokratie der Arbeiterschaft umfassen.

Andererseits aber sorgt die ökonomische Entwicklung und die gewerkschaftliche Tätigkeit selbst dafür, daß die günstige Position wieder verloren geht, welche die Gewerkschaften den Unternehmern gegenüber erlangt haben.

Man darf sich eben die Entwicklung nicht als eine gradlinige denken; wohl geht sie in einer bestimmten Richtung vor sich, aber im Zickzack oder vielmehr in einer Spirale, daß es oft aussieht, als kehrte man zum Ausgangspunkt zurück. Solange wir nicht die Kraft haben, unsere Gegner völlig niederzuwerfen, dient jeder unserer Erfolge dazu, sie aufzupeitschen zu erhöhten Anstrengungen, sie zum Aufgeben ihrer inneren Zwistigkeiten, zum stärkeren Zusammenschluß gegen uns zu drängen. Je stärker wir werden, desto stärker werden also auch unsere Gegner, desto schwerer unser Kampf, desto größer die Aufgaben, die uns gestellt werden. Das gilt für den politischen wie für den gewerkschaftlichen Kampf. Unsere Gegner lernen von uns, wie man unter den arbeitenden Klassen agitiert, wie man sie organisiert, wie man die Frauen in den politischen und gewerkschaftlichen Kampf einführt usw.; sie gucken uns unsere Taktik ab und wenden sie gegen uns an; und sobald es einmal soweit gekommen, müssen wir wieder neue Methoden des Kampfes erfinden, um unseren Gegnern überlegen zu werden.

Fast jeder große Sieg, den wir errungen, hat daher einen Rückschlag nach sich gezogen, eine Zeit des Stillstandes. So die großen Wahlsiege unserer französischen Genossen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die die Waldeck-Rousseausche Sozialdemagogie hervorriefen, der es tatsächlich gelang, die sozialistische Sturmflut für eine Zeitlang einzudämmen. So der Dreimillionensieg unserer Partei von 1903, der die Reste der bürgerlichen Demokratie ins Lager der Reaktion trieb und den indifferentesten Philister zum Kampfe gegen uns aufrüttelte.

So haben auch die Erfolge der gewerkschaftlichen Streiktaktik neben der Konzentration des Kapitals dahin geführt, daß die Unternehmer sich immer mehr in festen Verbänden zusammenschließen und die Konkurrenz unter sich ausschalten, gerade jenes Moment, das die Streikaktion am meisten begünstigt.

Je mehr die Unternehmerverbände sich entwickeln, desto schwieriger wird es, durch den Streik den Kapitalisten Konzessionen abzutrotzen, desto mehr bricht sich in den Gewerkschaften die Anschauung Bahn, der Streik sei ein veraltetes, barbarisches Mittel, das durch friedliche Vereinbarungen zu ersetzen sei, durch Schiedsämter, die an Stelle des Streiks ein gerichtliches Verfahren mit einem Schiedsspruch setzen, oder durch den Abschluß von Verträgen, und die Einrichtung gemeinsamer Organisationen von Unternehmern und Lohnarbeitern, Tarifgemeinschaften. Diese Einrichtungen bieten sehr verschiedenartige Seiten, und können nicht einfach mit ein paar Worten abgetan werden; aber im ganzen und großen gehen sie Hand in Hand mit einem

Wachstum der Unternehmerverbände und einer Abnahme der Aggressivkraft und Aggressivlust der Gewerkschaften und entwickeln sie einen defensiven, konservativen Charakter. Wo sie auftauchen, da verzichten die Gewerkschaften immer mehr darauf, eine Position der Unternehmer nach der andern zu erobern, diese immer weiter zurückzudrängen; da legen sie das Hauptgewicht darauf, die gewonnenen Positionen nicht wieder verloren gehen zu lassen. Diese Einrichtungen mögen unter Umständen nützlich, ja notwendig sein, aber sie bedeuten nicht einen Fortschritt der Gewerkschaften über ihre früher errungene Machtstellung hinaus, sondern eine Tendenz zum Beharren beim Errungenen, mitunter gar Versuche, mit den Unternehmern gemeinsame Sondervorteile auf Kosten der Gesellschaft oder selbst anderer Arbeiterkategorien zu erringen. Vereinbarungen der letzteren Art sind ein Rückfall in die reaktionärste Zünftlerei. In einer Zeit so gewaltiger technischer und ökonomischer Umwälzungen und Fortschritte bedeutet aber jeder Stillstand einen Rückschritt und eine Verschlechterung der relativen, sozialen Position der Arbeiterklasse.

Der „soziale Friede“, der auf diese Weise hergestellt werden kann, wird natürlich auch im besten Fall nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Der Klassengegensatz muß immer wieder durchbrechen, und wehe der Arbeiterschicht, die für die Zeiten solcher Konflikte nicht gerüstet ist. Aber auch als vorübergehende Erscheinung ist dieser „soziale Friede“ nur für bestimmte Kategorien möglich und sein Gebiet noch viel enger begrenzt als das der gewerkschaftlichen Organisation.

Die Tarifgemeinschaft ist nur die eine Erscheinung, die der Unternehmerverband zeitigt. Die andere ist — der „Scharfmacher“.

In manchen Produktionszweigen, die entweder durch Schutzzölle oder natürliche Bedingungen besonders geschützt sind, gelangt der Unternehmerverband dahin, die Konkurrenz unter seinen Mitgliedern nach allen Seiten hin auszuschließen, seinen Betrieben alle Vorteile eines Monopols zu verschaffen, das in der Ausdehnung der Produktion und Festsetzung der Preise in einem hohen Grade willkürlich verfahren kann. Natürlich nicht ganz willkürlich. Ein absolutes Monopol gibt es nicht. Der Verband oder das Syndikat darf die Preise nicht so hoch ansetzen, daß der Konsum dadurch allzusehr eingeengt wird oder die auswärtige Konkurrenz die Möglichkeit erhält, die Schranken erfolgreich zu überspringen, die die Politik oder die Natur um den Produktionszweig im Lande aufgerichtet. Aber man kann überall von einem Monopol reden, wo die Konkurrenz unter den Unternehmern so weit ausgeschlossen ist, daß diese dauernd Preise erzielen, die ihnen einen erheblich höheren als den Durchschnittsprofit sichern.

Wo es so weit kommt, da brauchen die Unternehmer einen Streik nicht zu fürchten. Er kann sie nicht nur nicht zu Konzessionen zwingen, er kann sie nicht einmal ernsthaft schädigen, da sie die Macht haben, die schlimmsten Konsequenzen eines Produktionsausfalls auf die Konsumenten abzuwälzen. Diese, nicht die Unternehmer, bei denen der Streik ausbricht, sind nun dabei die Leidtragenden. Die Monopolisten können ihn ruhig aushalten.

Diese Produktionszweige sind es, die den Typus des Scharfmachers produzieren, der jede Konzession an die Arbeiter, jedes Verhandeln, jede Vereinbarung mit ihnen hochmütig abweist und stets unbedingten Gehorsam fordert.

Die Schwärmer für den sozialen Frieden lieben es, diesen Typus als einen veralteten zu bezeichnen, einen, der nicht den modernen sozialpolitischen Geist

erfaßt habe, der aber nach und nach entweder zu „moderneren“ Anschauungen „erzogen“ werden oder aussterben müsse. Nichts irriger als das. Der Scharfmacher ist der modernste unter den Kapitalistentypen, nicht ein Produkt der Vergangenheit. Ihm gehört vielmehr die Zukunft — soweit der Kapitalismus noch eine hat. Er dürfte dessen letzte Phase verkörpern.

Äußerlich hat er freilich manches mit dem alten Typus des patriarchalischen „Herrn“ in der Fabrik gemein. Aber vergessen wir nicht, daß die Entwicklung in der Form einer nach aufwärts gerichteten Spirale vor sich geht. Sie kehrt anscheinend immer wieder zu ihren Ausgangspunkten zurück, aber sie wiederholt sie in höherer Form.

Der Herr der vorgewerkschaftlichen Zeit forderte allerdings strengste Disziplin und schweigende Unterwerfung in seinem Betrieb. Aber er war mit diesem groß geworden, verstand ihn aufs genaueste, arbeitete am unermüdlichsten, war der erste an der Arbeit und der letzte, der sie verließ; er kannte seine Arbeiter persönlich, die Unterwerfung, die er von ihnen forderte, war die, welche man von unmündigen Kindern verlangt, die ihm freilich auch oft als ungeratene Kinder erschienen. Nicht jeder dieser Unternehmer war ein Robert Owen. Sie waren oft rücksichtslos, ja grausam, aber das erschien dann mehr als Folge persönlicher Charaktereigenschaften, denn als Geschäftsprinzip. Die Persönlichkeit des Unternehmers war da noch von großer Bedeutung.

Die Gewerkschaft, die den Proletarier widerstandsfähig machte und zum Selbstbewußtsein erzog, bläute den Herren Respekt ein; sie lernten in ihrem Lohnarbeiter den ebenbürtigen Menschen achten.

Nun aber läßt die moderne Zentralisation des Kapitals in ihren Riesenunternehmungen wieder den Typus des absoluten Herrschers erstehen. Indes gehört dieser jetzt zur hohen Finanz, hat persönlich mit seinem Betrieb nichts mehr zu tun, den er besitzt und ausbeutet, aber nicht selbst leitet. Und für die hohe Finanz sind in der Politik wie in der Industrie Menschen nur Schachfiguren, Menschenleben die gleichgültigste Sache von der Welt. Sie macht ebenso gleichmütig ihre Geschäfte zur Unterstützung der Bluthunde von Kischineff und Petersburg, wie sie die Getreidepreise durch einen Corner in die Höhe treibt, um Millionen auszuhungern, oder Baumwolle aufkauft, um hunderttausende von Textilarbeitern brotlos zu machen. Warum soll sie den Lohnarbeitern ihrer eigenen industriellen Betriebe gegenüber sentimental sein, die sie persönlich nicht kennt, die für sie nichts sind, als Arbeitswerkzeuge oder Lasttiere, Zahlen in einem Rechenexempel, dessen Lösung stets einen möglichst hohen Profit bildet? Diese Macht zermalmt alles, was nicht imstande ist, ihr Widerstand zu leisten.

Unter dieser Unternehmerschaft wäre ein Robert Owen heute ganz unmöglich, denn sie ist eine ganz unpersönliche Macht geworden. Auf der einen Seite beruht sie meist auf dem Aktienbesitz, auf der andern Seite ist der Einzelbetrieb in völlige Abhängigkeit vom Unternehmerverband gekommen und was sich an kleineren, noch von den Besitzern selbst geleiteten Betrieben, in diesen Produktionszweigen erhalten hat, ist der Konkurrenz der Großen so wenig gewachsen, daß es sich nur schwer über Wasser hält und am allerwenigsten das Zeug dazu hat, den Arbeitern Konzessionen zu machen, die den großen Konkurrenten unbequem wären.

Dieses moderne Scharfmachertum, weit entfernt, einen überwundenen Typus darzustellen, bemächtigt sich immer mehr des gesamten ökonomischen Lebens;

technisch, indem es gerade jene Produktionszweige umfaßt, die die unentbehr-lichsten Rohstoffe für die Industrie liefern; ökonomisch, indem es in der hohen Finanz seinen Sitz hat, den Finanzkönigen und Banken, die immer mehr den ganzen ökonomischen Prozeß dirigieren; politisch, indem diese Mächte durch ihre enormen Mittel die Regierungen immer mehr in Abhängigkeit von sich bringen. Vergeblich sucht die bürgerliche Gesellschaft sich dieses Regimes zu erwehren; es wird wachsen, solange bis das Proletariat stark genug ge-worden ist, es zu stürzen, damit aber den Kapitalismus überhaupt unmöglich zu machen.

Der Scharfmacher ist kein Überbleibsel aus früheren Zeiten, auch keine zu-fällige individuelle Erscheinung; er wird mit Notwendigkeit aus der modernen kapitalistischen Entwicklung geboren und bedeutet deren Gipfelpunkt.

In jenen Produktionszweigen aber, in denen der Scharfmacher dominiert wird jeder Versuch, ihm durch Streiks Konzessionen direkt abzuringen, immer aussichtsloser.

Also, schließt man, muß hier die parlamentarische Aktion eingreifen. Durch gesetzgeberische Reformen muß erreicht werden, was auf gewerkschaftlichem Wege nicht mehr zu erreichen geht.

Aber sehen wir denn nicht, daß auch die isolierte parlamentarische Aktion immer mehr versagt? Und zwar nicht bloß in Deutschland, sondern überall in der Welt? Seit dem Anfang der neunziger Jahre ist keine soziale Reform von Belang durchgeführt worden. Selbst der vielgerühmte Zehnstundentag des sozialistischen Ministers in Frankreich war im wesentlichen nur eine Neu-auflage des Gesetzes von 1892. Und werden die Parlamente nicht immer ohn-mächtiger, die Regierungen aber immer abhängiger von den großen Monopo-listen, denen die soziale Reform entgegenwirken soll? Ist es da nicht eine Illusion, vom Parlamentarismus zu erwarten, was die Gewerkschaft nicht mehr leisten kann?

Notabene, es gibt Leute, die einen Widerspruch darin sehen, daß gerade jetzt, wo der Parlamentarismus in Westeuropa impotent dahinsiecht, das russische Volk Ströme von Blut vergießt, um den Parlamentarismus zu er-ringen, und daß dieselbe Sozialdemokratie, die im Westen den parlamenta-rischen Kretinismus bitter verhöhnt, in Rußland die ganze revolutionäre Kraft des Proletariats auf die Eroberung einer parlamentarischen Verfassung hin-lenkt. Aber darin kann nur jemand einen Widerspruch erblicken, der im Parla-mentarismus ein Wesen für sich sieht, das eine eigene Existenz führt, unabhängig von der Außenwelt, und das überall in gleicher Weise sich geltend macht. Tat-sächlich ist der Parlamentarismus an sich eine leere Form, die ihren Inhalt erst durch die Klasse erhält, die sie erfüllt. Der Parlamentarismus ist heute die Form der Beherrschung des Staates durch die Bourgeoisie. Mit dieser muß auch jene verkommen. Was als Niedergang des Parlamentarismus er-scheint, ist nur der politische Niedergang der Bourgeoisie, die keine großen poli-tischen Ziele mehr hat, zu deren Erreichung sie des Parlamentarismus be-dürfte. Dieser dient ihr fast nur noch dazu, kleine Zänkereien einiger ihrer Fraktionen unter sich auszufechten und die staatliche Bureaukratie zu kon-trollieren, die sich stets nur schwer den rasch wechselnden Bedürfnissen der kapi-talistischen Wirtschaft anpaßt. Aber man lasse einmal das Proletariat die politische Macht erobern und man wird sehen, wie damit der Parlamentaris-mus neu auflebt und ein fruchtbares Wirken entfaltet! Heute schon sind die

proletarischen Elemente in den Parlamenten die einzigen, die ihnen noch Bedeutung geben. Am offenkundigsten ist, bei gleicher Höhe der Entwicklung, der Verfall des Parlamentarismus dort, wo sie fehlen.

In Rußland aber hat die Bourgeoisie selbst noch dem Absolutismus gegenüber revolutionäre Aufgaben; hat andererseits das Proletariat, wenigstens solange die revolutionäre Periode dauert, eine größere politische Macht erlangt, als irgendwo in Europa. Vor drei Jahren bemerkte ich in meiner Broschüre über die soziale Revolution, nachdem ich darauf hingewiesen, daß ein russisch-japanischer Krieg vielleicht den Weg zu politischen Erschütterungen und proletarischen Erhebungen eröffnen werde: dank ihrem lebendigen revolutionären Bewußtsein ständen die russischen Arbeiter heute als politischer Faktor höher als die Arbeiter Englands mit ihrer „Realpolitik". Diese Bemerkung hat damals manches weise Haupt zu bedenklichem Kopfschütteln veranlaßt: heute wird sie niemand mehr leugnen wollen.

Vermöge dieser Kraft des Proletariats und vermöge der revolutionären Aufgaben der Bourgeoisie kann und wird der Parlamentarismus Rußlands, wenigstens zunächst, eine Kraft entfalten, deren die altersschwachen Parlamente des „verfaulten Westens" nicht mehr — oder auch noch nicht — fähig sind.

Wenn aber an deren Aktion zunächst keine großen Erwartungen mehr geknüpft werden können, wenn die Aufgabe der Sozialdemokratie selbst in den Parlamenten mehr darin besteht, Attentate auf Freiheit und Wohlstand abzuwehren, als darin, große Fortschritte durchzusetzen, die gewerkschaftliche Aktion in der bisherigen Weise für Arbeiterschichten, wie die Bergarbeiter, immer aussichtsloser wird, was können diese dann tun? Bleibt ihnen nichts anderes übrig als das Harren auf den großen Tag der Erlösung?

Es wäre schlimm, wenn dem so wäre, denn das hieße einige der wichtigsten und bisher kampffähigsten Teile des Proletariats aus seinem Emanzipationskampf gerade in einer seiner schwierigsten und wichtigsten Epochen völlig ausschalten und die Bataillone des kämpfenden Proletariats erheblich vermindern.

Aber zum Glücke ist dem nicht so. Weder die politische noch die gewerkschaftliche Aktion ist für sie aussichtslos geworden, sondern nur *besondere Formen* derselben. Aber die gewerkschaftliche wie die politische Organisation und Aktion werden für die Bergarbeiter dadurch nicht überflüssig, sondern notwendiger als je.

Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen im jüngsten Bergarbeiterstreik waren die großen Sympathien, denen er in bürgerlichen Kreisen begegnete. Man darf ihre Wirkung nicht überschätzen — sie dauerten gerade nur so lang, als der Streik dauerte, und haben eine kaum nennenswerte praktische Hilfe gebracht. Man darf in diesen Sympathien auch nicht etwas Unerhörtes sehen. In England äußerte sich derartiges bürgerliches Wohlwollen bei ähnlichen Streiks mitunter viel stärker, aber auch in Deutschland hatten wir schon solche Sympathiekundgebungen bei früheren Streiks zu verzeichnen. Wenn wir aber näher zusehen, so finden wir diese Äußerungen auf zwei Kategorien von Streikenden beschränkt: einmal solche, die dem Lumpenproletariat nahe stehen, völlig unfähig scheinen, aus eigener Kraft sich zu helfen, die also nie der bürgerlichen Gesellschaft als Masse gefährlich zu werden drohen, die nicht zum kämpfenden, sondern nur zum leidenden Proletariat gehören, wie etwa Heimarbeiterinnen. Dann aber die Arbeiter in einem monopolisierten Betriebs-

zweig, der durch sein Monopol die Gesamtmasse der Konsumenten aufs unverschämteste ausbeutet und dadurch seine Profite ungebührlich erhöht. So zum Beispiel die Arbeiter bei Straßenbahnen oder die Kohlengräber.

Bei einem Streik dieser zweiten Kategorie kommt aber nicht bloß die Sympathie der ausgebeuteten Konsumenten mit den ausgebeuteten Produzenten in Betracht — das ist, wie gesagt, eine sehr wenig wirksame Kraft —, sondern vor allem die große Unbequemlichkeit, ja Schädigung, die die Konsumenten durch den Streik erleiden. Wir haben ja gesehen, daß die Unangreifbarkeit der Unternehmer der Monopole gegenüber einem Streik gerade darin beruht, daß dessen Schäden weit mehr die Konsumenten als sie selbst zu tragen haben.

Je umfassender ein solcher Streik ist, je mehr er aus einer lokalen zu einer nationalen, das ganze Volk berührenden Angelegenheit wird, desto näher liegt es dann, daß die Gesetzgebung eingreift, um den Streit zu schlichten, und daß sie den Bergarbeitern gibt, was diese nicht imstande sind, direkt den Unternehmern abzutrotzen. Die bürgerliche Gesellschaft hat keine Ursache, sich für diese besonders kräftig ins Zeug zu legen, die ihr selbst das Fell über die Ohren ziehen; sie ist in diesem Falle eher als sonst geneigt, auf gesetzlichem Wege den Arbeitern Konzessionen zu bewilligen, deren Kosten ja nur eine Unternehmerschicht zu tragen hat, die innerhalb der Kapitalistenklasse eine privilegierte Aristokratie darstellt. Je größer die Schädigung, die der Streik dem allgemeinen Produktionsprozeß der Gesellschaft zufügt, desto leichter wird die Gesetzgebung bereit sein, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Es ist aber selbstverständlich, daß die Erfüllung dieser Forderungen um so weitergehend sein und um so wirksamer gestaltet sein wird, je besser die Arbeiterklasse im gesetzgebenden Körper vertreten ist. Denn der Streik kann nur bewirken, daß dieser Körper den Willen erhält, etwas zu tun, was die Arbeiter einigermaßen befriedigt. Er kann nicht die Details der gesetzgeberischen Tat bestimmen. Indes die Erfahrung zeigt, wie leicht man ein Gesetz so gestalten kann, daß es vielverheißend aussieht und doch unwirksam, rein auf dem Papier bleibt. Bei den bürgerlichen Abgeordneten und gar bei den Regierungen ist aber in solchen Fällen nur der Trieb mächtig, etwas zu tun, was nach einer Hilfe *aussieht*. Einen ernsthaften Kampf gegen die mächtigen Monopolisten aufzunehmen haben sie kein Bedürfnis. Soll etwas Wirksames zustande kommen, so muß hier die Kritik sozialdemokratischer Abgeordneter eingreifen, die dem Kapital rücksichtslos gegenüberstehen, die mit den Pfiffen und Schlichen der Fabrikation und Anwendung von Gesetzen vertraut sind, und die der Arbeiterschaft entstammen oder in engster Verbindung mit ihr leben, deren Bedürfnisse aus eigener Erfahrung kennen.

Nur auf diesem Wege lassen sich noch erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiterschaft erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist aussichtslos geworden; der Streik muß von vornherein als *politischer* auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen, und der Streik muß vorbereitet werden nicht bloß durch die möglichste Stärkung der Gewerkschaft und ihrer Kasse, sondern auch durch politische Aufklärung ihrer Mitglieder und das Streben nach einer möglichst starken Vertretung des kämpfenden Proletariats im gesetzgebenden Körper.

Soweit der jetzige Streik überhaupt etwas erreicht, kann es nur in der Anregung geschehen, die er und die aus ihm resultierenden Verhandlungen des Reichstags zur Schaffung gesetzgeberischer Maßregeln boten. Und dabei kann

es keinem Zweifel unterliegen, daß diese — wie immer sie jetzt ausfallen mögen — weit umfassender und wirksamer gestaltet würden, wenn der Streik noch länger hätte dauern können, wenn er ganz Deutschland umfaßt hätte, durch eine starke internationale Aktion unterstützt worden wäre — kurz, wenn die Gefährdung der nationalen Produktion durch ihn noch gewaltiger gewesen wäre — und andererseits, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht zum preußischen Landtag bestände und in diesem eine starke sozialdemokratische Fraktion säße.

Diese neue gewerkschaftliche Taktik — die des politischen Streiks — der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben; die bestimmt ist, noch die größten Siege für das Proletariat zu erfechten und in dem Maße mehr in den Vordergrund zu treten, in dem die isolierte gewerkschaftliche wie die isolierte parlamentarische Aktion unfruchtbarer wird.

Natürlich ist damit nicht gesagt, daß diese neue Taktik nun unterschiedslos überall anzuwenden wäre und daß ihrer Anwendung der Sieg stets sicher sei. Sie wird stets an bestimmte Bedingungen geknüpft bleiben, und der alten gewerkschaftlichen und parlamentarischen Taktik bleiben noch genug Gebiete übrig, in denen sie am Platze sind und Erfolge erzielen können. Aber die großen entscheidenden Aktionen des kämpfenden Proletariats werden immer mehr durch die verschiedenen Arten des politischen Streiks auszufechten sein. Und die Praxis schreitet da schneller vorwärts wie die Theorie. Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entbrennt spontan, durch Selbstentzündung der Massen, ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen — oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gipfelt jede große politische Kraftprobe in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariern Rußlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw. Dabei ist freilich der Streik um rein politische Machtfragen wohl zu unterscheiden von dem Streik, der die Gesetzgebung zu einer sozialpolitischen Tat drängen will. Jede dieser Streikarten erfordert eine andere Taktik, ist an andere Bedingungen geknüpft; bei dem einen wird die gewerkschaftliche, bei dem anderen die politische Leitung in den Vordergrund treten müssen; der eine ist eine Aktion, die sich des öftern wiederholen kann, der andere bleibt ein letztes Auskunftsmittel verzweifelter Situationen; bei dem einen gilt es, die Regierung zu einer Tat zu drängen, bei dem anderen, die Regierung zu stürzen, der eine gelingt umso besser, je planmäßiger er vorbereitet ist, der andere umso eher, je spontaner er losbricht, Freund und Feind überraschend usw. Aber bei allen Unterschieden beider Streikarten, des politischen Streiks einer bestimmten Arbeiterkategorie, um eine soziale gesetzgeberische Reform durchzudrücken, und des politischen Streikes des ganzen empörten Proletariats, um ein feindseliges Regime zu stürzen oder einen Staatsstreich zu parieren — haben beide Streikarten das miteinander gemein, daß sie eine Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion darstellen.

Nicht nach der Neutralisierung der Gewerkschaften, nicht nach ihrer Isolierung von der politischen Bewegung geht die Tendenz der Entwicklung, sondern nach stärkerer Annäherung, nach engerem Zusammenwirken politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, noch immer stärkerer Beeinflussung der letzteren durch politische, der ersteren durch gewerkschaftliche Aktionen.

Die Anhänger der Neutralität selbst geben denn auch zu, daß die Gewerkschaften — oder sagen wir besser, eine Reihe von Gewerkschaften — immer mehr Politik treiben müssen — aber es soll nicht Parteipolitik sein. Nun, es kommt darauf an, was man unter dieser versteht. Versteht man unter Parteipolitik die offizielle Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteiorganisation und die Anerkennung eines bestimmten Parteiprogramms, dann natürlich sollen die Gewerkschaften nicht Parteipolitik treiben. Aber es handelt sich nicht um organisatorische Zugehörigkeit, sondern um den Geist, der die Gewerkschaften beseelt. Die Frage ist die, sollen sie, soweit sie gezwungen sind, Politik zu treiben, konsequente, zielbewußte Klassenpolitik treiben oder engherzige, bornirte Berufspolitik von Fall zu Fall, ohne Zusammenhang mit der Gesamtheit des kämpfenden Proletariats und ohne leitendes Prinzip. Sollen sie überhaupt eine Politik des Kampfes treiben, eine Politik, die darauf abzielt, der bürgerlichen Gesellschaft Reformen abzuzwingen, oder eine Politik des Schachers, die mit den verschiedensten bürgerlichen Parteien mogelt, um von jeder derselben übers Ohr gehauen zu werden, die durch Wohlverhalten das Wohlwollen der bürgerlichen Gesellschaft zu erkaufen und ihr Reformen abzulisten sucht. Kurz, die Frage ist die, sollen die Gewerkschaften eine Politik des zielbewußten, konsequenten Klassenkampfes treiben, oder eine Politik kurzsichtiger Harmonieduselei; eine Politik rücksichtsloser Aufklärung, oder eine Politik staatsmännischer Unentschiedenheit.

Die Entscheidung über diese Frage ist gerade jenen Gewerkschaften, die nur noch durch politische Streiks vorwärts kommen, am wenigsten zu ersparen: darüber müssen die Bergarbeiter sich vollständig klar geworden sein, ehe sie wieder einen großen Vorstoß unternehmen können. Und wenn der eben ausgekämpfte Streik ihnen den Anstoß gäbe, diese Frage entschieden und weitschauend zu beantworten, dann wird für sie ihre jüngste Niederlage das werden was für das kämpfende Proletariat schon so oft eine Niederlage geworden ist die Mutter künftiger Siege.

Die ungarische Revolution von 1848.

Bemerkungen zu Engels' Artikel über Ungarn in der „Neuen Rheinischen Zeitung"

Von **Erwin Szabó**.[1]

Die ungarische Revolution kann nur verstanden werden, wenn sie aufgefaßt wird als eine Phase im Klassenkampf zwischen dem großen und dem mittleren Adel.

Dieser Klassenkampf war weder eine bloß Ungarn eigentümliche Erscheinung noch auch entstand er unmittelbar vor dem Jahre 1848. Wir begegnen ihm

[1] Aus des Verfassers Einleitungen zu der im Erscheinen begriffenen ungarischen Übersetzung von Marx' und Engels' ausgewählten Werken in drei Bänden, die im gemeinsamen Verlag der Parteibuchhandlung „Volksstimme" und der Politzerschen Verlagsunternehmung in Budapest von ihm herausgegeben wird. Die sogenannte Volksausgabe dieses Werkes erscheint in 40 Heften à 2 Bogen gr. 8° und kostet pro Heft 30 Heller, mithin die drei Bände komplett 12 Kronen: wohl die billigste Ausgabe von Marx' und Engels' Werken. Die Auflage beträgt nicht weniger als 4000 Exemplare.

Der Artikel von Engels, der hier kommentiert wird, ist abgedruckt im dritten Bande der Mehringschen Ausgabe der gesammelten Schriften von Marx und Engels, S. 233 ff. Die Re-

seit dem dreizehnten Jahrhundert, der Zeit des Aufkommens des feudalen Großgrundbesitzes, und finden seine Spuren unzähligemal in der ungarischen Gesetzgebung verzeichnet. Und wir finden diesen Kampf in einem jeden Lande vor, dessen spärliche gewerbliche und kommerzielle Entwicklung das Königtum nach einer anderen Stütze sich umsehen hieß, als das Bürgertum; in solchen Ländern war stets der eine Teil des Adels Verbündeter der Monarchie gegen den anderen Teil. In Ungarn wurde der adelige Großgrundbesitz der Bundesgenosse des regierenden Hauses Habsburg; die häufig wiederkehrenden „nationalen" Aufstände waren die Klassenkämpfe des Mitteladels, die „nationalen" Gegenkönige, die Szapolyai, Bathory, Tököly, Rakoczy usw. stiegen auf seinen Schultern empor. Daß diesen Bewegungen — freilich erst im neunzehnten Jahrhundert — das Attribut „national" beigelegt wurde, dafür gab es nur einen Rechtstitel: daß sich diese Kämpfe zufällig gegen ein fremdes Herrscherhaus richteten, als den Bundesgenossen des ungarischen Hochadels. National im modernen Sinne dieses Wortes waren diese Kämpfe niemals.

Daran ist freilich weder zu loben noch zu tadeln. Der nationale Gedanke ist eine verhältnismäßig junge Idee, ein hervorstechender Reflex jener wirtschaftlichen Revolution, die auf dem europäischen Kontinent erst zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts ihre Flügel zu regen begann; er ist so innig mit der Gestaltung der Bourgeoisie zu einer Klasse verknüpft, daß die Vorwürfe Béla Grünwalds[1] und der anderen chauvinistischen Kritiker des ungarischen Adels nicht weniger ungerecht sind, als der Spott der Kritiker des Nationalismus wenig am Platze ist, wenn er sich gegen den ungarischen Adel des achtzehnten Jahrhunderts kehrt. Der ungarische Adel konnte nicht national sein, bevor die nationale Idee zur Welt kam. Und so gilt es nur, eine Tatsache festzustellen, daß wenn auf die Rolle des ungarischen Adels als Trägers des geschichtlichen Fortschritts Berufung geschieht, dies — wenigstens bis zum neunzehnten Jahrhundert — keineswegs in der Erhaltung der „nationalen" Selbständigkeit und der „nationalen" Eigenart zum Ausdruck gelangen konnte, vie es von unseren Patrioten so gerne behauptet wird. Daß der ungarische Hochadel national gewesen wäre, das zu behaupten wagen zwar auch seine esten Freunde und treuesten Diener nicht; daß aber auch der niedere Adel edes nationalen Elementes ermangelte, beweisen ins Auge springende Tatachen.

Man liebt es, die Regierung Josefs II. als diejenige zu bezeichnen, die der ationalen „Auferstehung" den Anstoß gab, als sie den Adel zur Verteidigung einer konstitutionellen Rechte zwang.

Wo war der Adel, den nationale Triebkräfte in diesen Kampf gezwungen aben sollen?

---

[1] Béla v. Grünwald, der Sprosse einer altadeligen magyarisierten deutschen Familie, var Vizegespan (höchster gewählter Beamter eines Komitats), später Reichstagsabgeordneter. Vie die meisten „Magyaronen" (Renegaten) war auch er glühender magyarischer Chauvinist, ugleich aber einer der gebildetsten und zivilisiertesten Staatsmänner Ungarns. Er hatte ein ffenes Auge für die ökonomischen und sozialen Triebkräfte der Geschichte und war der erste nd (bis auf die neueste Zeit) einzige, der die ungarische Geschichte als Geschichte der impfenden Klassen zergliederte. Sein Hauptwerk, „A régi Magyarorkág" (Das alte ngarn, Budapest 1884), das bei seinem Erscheinen ein wahres Wutgeheul aller reaktionären lemente entfesselte, verdiente heute noch, dem nicht-magyarischen Publikum zugänglich emacht zu werden.

War es etwa jener, der „unter der Regierung von Maria Theresia in den Komitaten, wo die Sprache des Volkes nicht die magyarische ist, sich allgemein der Sprache der Bauern zu bedienen beginnt und die magyarische dabei vergißt"? (B. Grünwald, Das alte Ungarn, S. 119.)

Etwa jener, dessen „Nationalgefühl durch das Standesbewußtsein erstickt wird? Der magyarische Adelige empfindet eine stärkere Solidarität mit dem serbischen, rumänischen, kroatischen oder slowakischen Adeligen, den er auf Grund einer Fiktion für einen ungarischen Edelmann ansieht, als mit dem magyarischen Bauern" (Ebend., S. 127).

Waren es vielleicht jene „magyarischen Gutsherren, die den magyarischen Leibeigenen nicht mögen, weil er selbstbewußter ist, die Willkür schwerer erträgt, auf seinem Rechte besteht, und die deshalb vielerorts in Ungarn und Siebenbürgen die magyarischen Leibeigenen verdrängen und verjagen und unterwürfige und geduldige Slaven oder Rumänen ansiedeln"? (Ebend., S. 127).

Sollte Josef II. jene ungarische Sprache bedroht haben, die er „nirgends mehr im öffentlichen Leben in Gebrauch findet, weil sie von der ungarischen Gesellschaft längst ausgemerzt wurde"? (Ebend., S. 466.)

Sollte er das nationale Empfinden jener Adeligen verletzt haben, welche „die deutsche Sprache wohl nicht für die verfassungsmäßige gesetzliche Sprache, aber auch die ungarische nicht dafür hielten", oder jener Komitate, welche „noch siebenundzwanzig Jahre später, im Jahre 1811, auf dem Reichstag erklären ließen, daß die ungarische Sprache unmöglich zur Amtssprache gemacht werden könne, weil es keinen einzigen unter ihrem Adel gibt, der ungarisch könnte"? (Ebend., S. 467.)

Oder jener, die in der Germanisation „eher eine Ungerechtigkeit als eine nationale Unbill erblickten, die sich darüber kränken, daß verdiente Patrioten ihre Ämter verlieren, bloß weil sie deutsch nicht wüßten, die auch deutsch zu amtieren bereit waren und von denen auch kein einziger sein Amt deswegen niederlegte"? (Ebend., S. 467.)

Alle diese wurden sicherlich nicht durch die nationale Idee zum Widerstand gegen Josefs Reformen getrieben. Sie verteidigten nicht die nationale Idee, sondern die ständischen Interessen, die durch Josefs wohl rechtswidrige, aber moderne Reformen bedroht erschienen. Wenn es eine Klasse gab, welche zu jener Zeit tatsächlich — wenn auch unbewußt — ein Schutzwall für die bedrohte Nationalität war, so war es die Bauernschaft; denn der Adel „hörte faktisch überall auf, ungarisch zu sprechen, wo keine ungarischen Bauern vorhanden waren" (Ebend., S. 119).

Wenn aber im Kampfe gegen das Haus Habsburg die Verteidigung der ständischen Verfassung ein Verdienst war, so muß das Verdienst gerechterweise unter den Ungarn und den „paar längst zerfallenen, ohnmächtig gewordenen Nationalitäten" geteilt werden. (Selbstverständlich nur sofern als sie adelig waren und „die Solidarität der ungarischen Edelleute" empfanden.) Weshalb waren also die Magyaren „revolutionär" und die Slaven „konterrevolutionär"?

Deshalb — antwortet Engels — weil nur die magyarische Nation ein Faktor des Fortschritts war, aktiv in die Geschichte eingegriffen hat und auch jetzt lebensfähig ist.

Engels rührt damit an das schwierigste Problem der ungarischen Geschichte und antizipiert gleich dessen Lösung. Die Magyaren waren es, die — mit

den Deutschen — das Land davor schützten, türkisch zu werden; nur das Magyarentum konnte eine nationale Bourgeoisie hervorbringen, die Magyaren übernahmen gemeinsam mit den gut-magyarisch fühlenden Deutschen die intellektuelle und kommerzielle Leitung. Hingegen konnten es die Slaven zu keinem Bürgertum bringen und gerieten geistig und materiell unter magyarische Oberhoheit.

Diese Gegenüberstellung hält nun unseres Erachtens vor der historischen Kritik nicht stand. Es ist nicht richtig, was Engels über die Rolle der Magyaren im geschichtlichen Prozeß ausführt; es ist nicht richtig, daß die Magyaren, geschweige denn die magyarische Bourgeoisie, der Träger des geschichtlichen Fortschritts gewesen wäre.

Was sind die objektiven Merkmale des geschichtlichen Fortschritts eines Volkes? Die Erweiterung der Kreise der Verkehrswirtschaft; die Entwicklung der wirtschaftlichen Technik; die Differenzierung der ökonomischen Funktionen; die zunehmende Gliederung der Bevölkerung; die gleichmäßigere und breitere Verteilung der Bildung und dergleichen mehr.

Auf all diesen Gebieten war Ungarn seit Beginn der Türkeninvasion[1] fast keinen Schritt vorwärts gekommen. Bis zum Tode Màthias I. (1490) hielt es mit dem gebildeten Westen so ziemlich gleichen Schritt. Ein städtisches Bürgertum entwickelte sich, das einen lebhaften Handel nach dem Westen vermittelte; von den ersten christlichen Missionaren eingeführt, stand die Technik des Ackerbaus der westlichen nicht nach; das Land hatte eine eigene geistige Kultur, eine Hochschule und regen geistigen Verkehr mit dem Ausland. König Mathias beherbergte an seinem Hofe Gelehrte, Dichter und Künstler von europäischem Rufe, legte den Grund zu einer noch heute berühmten Bibliothek. Mit der Türkenherrschaft nahm das ein Ende. Die Religions- und die Verteidigungskriege, der Klassenkampf zwischen Hochadel und Gentry, der immerwährend neue Bürgerkriege entfachte, räumten mit der aufblühenden wirtschaftlichen Kultur gründlich auf; die grausame Knechtung der Leibeigenen nach dem großen Bauernkrieg von 1514 schaltete die übergroße Mehrheit der Bevölkerung aus den Reihen der an der staatlichen Selbständigkeit und dem kulturellen Fortschritt interessierten Klassen aus; die Städte bildeten sich zu armseligen Marktflecken zurück, erstarrten in der Beschränktheit ihrer partikularistischen Interessen, büßten den früheren Einfluß auf die Gesetzgebung vollständig ein; es gab keinen glänzenden Königshof mehr, und da zu jener Zeit Städte und Residenzen die einzigen Orte waren, wo Wissenschaft und Kunst eine Stätte fanden, so war es auch mit Kunst und Wissenschaft aus; damit zerriß das einzige Band, das die geistige Befruchtung Ungarns durch das Ausland hätte vermitteln können. Volle drei Jahrhunderte währte dieser vollkommene Stillstand.

Und als auf dem Ödenburger Reichstag Königtum und Hochadel endgültig gesiegt hatten[2] und die finanziellen und sonstigen Machtinteressen der absoluten

[1] Anfang des sechzehnten Jahrhunderts; Spaltung des Königtums in ein nationales (siebenbürgisches), ein türkisches und ein habsburgisches Territorium.

[2] Auf dem Ödenburger Landtag wurde 1686 das Wahlkönigtum abgeschafft und die Erblichkeit des Habsburghauses gesetzlich anerkannt; zugleich verzichtete der Adel auf das Recht des Widerstandes (jus resistendi); auch wurde die endgültige Scheidung des Reichstags in eine Magnatentafel und das Haus der Gemeinen sanktioniert und an Stelle des bis dahin bestandenen, jedem Adeligen zustehenden Rechtes des persönlichen Erscheinens das Prinzip der Vertretung eingeführt.

Monarchie sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Auslandes — das heißt des verbündeten Österreichs selbst — gebieterisch forderten, daß Ungarn auf diesem Wege folge: da war keine Schicht der erschlafften, jeglicher Aktionsfähigkeit verlustig gewordenen Nation imstande, das Opfer des Fortschritts auf ihre Schultern zu nehmen. Nicht der Adel, nicht das Bürgertum — das Königtum übernahm die geschichtliche Initiative.

Die Regierungen Maria Theresias und Josefs II. wandten alles auf, um Ungarn aus den drückendsten Fesseln des Feudalismus zu befreien und auf die Bahn der industriellen Entwicklung zu drängen; doch alle Anstrengung scheiterte an der Kraftlosigkeit und Beschränktheit des Bürgertums und an dem Widerstand des an seinen Standesvorrechten krampfhaft festhaltenden Adels.

Das wesentlichste Hindernis der Entwicklung des Ackerbaus war die Unterdrückung und Unwissenheit der Leibeigenen. Der Leibeigene konnte, der Gutsherr wollte in seiner Wirtschaft keine Investitionen vornehmen; die Fronarbeit, die Roboten zehrten, hauptsächlich wegen der schlechten Straßen, die beste Zeit des Leibeigenen auf. Die Willkür in der Gerichtsbarkeit der Herrenstühle hielt ihn in fortwährender Unsicherheit; er arbeitete mit Unlust und der Ertrag des ungarischen Bodens blieb unverhältnismäßig hinter dem des Auslandes zurück. Die städtische Bürgerschaft klammerte sich starr an das Zunftwesen; die Städte waren so dünn gesät, daß sie auf das Komitat keinerlei Einfluß hatten, und so waren Straßen und Brücken, welche ebenfalls aus der Steuer der Leibeigenen erhalten wurden, in trostlosem Zustand. Wie hätten sich Gewerbe und Handel entwickeln können?

Maria Theresia ist bestrebt, die Ketten der Leibeigenen zu lockern, aber der Adel widersteht; sie will deren Lasten durch Heranziehung des Adels zur Steuerleistung erleichtern, aber dieser beharrt fest auf seinen Vorrechten; sie ordnet die Errichtung von Volksschulen an, aber nach der Meinung des Adels ist es besser, den Bauer in Unwissenheit zu belassen; sie will die Kenntnis der rationellen Wirtschaft verbreiten, aber die Behörden bleiben untätig; von Jahr zu Jahr erläßt sie Verordnungen behufs Instandhaltung der Straßen, aber die Komitate vernachlässigen diese Verkehrsmittel absichtlich, um anderen Komitaten die Konkurrenz auf dem Getreidemarkt unmöglich zu machen.

Die Regierung Josefs II. bietet gar das Schauspiel einer wahrhaftigen Tragödie. Schonungslos schreitet er über die Borniertheit der Komitate und Städte hinweg, organisiert die Verwaltung, modernisiert die Rechtspflege, schafft die Zünfte ab, hebt die Leibeigenschaft auf, führt die Preßfreiheit, die Religionsfreiheit ein. Nach seinem Tode verwüstet die ständische Reaktion sein ganzes Lebenswerk. Die alten Vorrechte, die Autonomie der Komitate, werden gesetzlich gewährleistet,[1] die Zünfte, die Gerichtsbarkeit der Herrenstühle wiederhergestellt, alle Reformen außer Kraft gesetzt.

---

[1] Man hüte sich, von der Selbstverwaltung der Komitate sich übertriebene Vorstellungen zu machen. Wohl hatten sie das ausgedehnteste Recht der Selbstverwaltung; aber verwaltet — administriert — wurde so wenig als möglich und die Autonomie diente kaum zu etwas anderem als zur Versorgung armer oder Bereicherung reicher Adeligen. Die meisten Komitatsämter waren im, wenn auch nicht rechtlich, doch faktisch erblichen Besitz einzelner Familien; und die Dotation dieser Ehrenämter war, wie Béla v. Grünwald nachweist, nicht nur im Verhältnis der Agenden, sondern auch im Vergleich zu der heutigen Besoldung, übertrieben hoch; all das natürlich auf Kosten der steuerzahlenden Leibeigenen.

Ist es unter solchen Umständen verwunderlich, daß das Herrscherhaus sich dem Lande ganz entfremdet und den Schwerpunkt der Entwicklung zur Großmacht nach Österreich verlegt? Dieses trachtet es um jeden Preis wirtschaftlich zu fördern. Und was der ungarische Adel verweigert hatte und die städtische Bürgerschaft Ungarns nicht gewähren konnte — die Kosten der Staatsverwaltung entnimmt es dem entwickelten Gewerbe und Handel Österreichs, dem es Ungarn als Kolonie ausliefert. Dies ist der Ursprung der famosen Zollpolitik des Hauses Habsburg.[1]

Ist derart Engels' Ansicht unrichtig, wonach das Ungarntum deshalb, weil es seine Nationalität bewahrte und die geschichtliche Initiative ergriff, die „revolutionäre" Nation gewesen sei, so ist es andererseits ungerecht, die slavischen Stämme als „antirevolutionär" zu bezeichnen. Während sich zum Beispiel der Ton des serbischen Nationalkongresses von 1744 in nichts von demjenigen der gleichzeitigen, Gravaminalpolitik[2] treibenden ungarischen Reichstage unterscheidet, ist er andererseits viel nationaler und in einigen Punkten überraschend demokratisch. Er bittet um Zusicherung ungestörten Genusses der Privilegien; protestiert gegen die „geradezu unmenschliche Bedrückung und Quälerei" der Serben durch die ungarischen Gutsherren; die serbische Nation — heißt es — ist bekanntlich kein leibeigenes, sondern ein freies Volk, mit dem Rechte, sich frei niederzulassen und fortzuziehen; man protestiert gegen den der katholischen Kirche zu entrichtenden Zehent; der Zehent soll zusammen mit der auf das serbische Volk ausgeworfenen allgemeinen Steuer in die zu errichtende Nationalkasse fließen, welche von der Nation gewählte verläßliche Personen verwalten und hieraus die Bischöfe bezahlen, die Schulen und Kirchen erhalten und die übrigen gemeinsamen Kosten decken sollen. . . . Hier also dieselbe Verteidigung der Gerechtsame wie bei den Ungarn, aber mit mehr nationaler und demokratischer Tendenz. Der Charakter des ständischen Interessenschutzes auf den ungarischen Reichstagen entbehrte dieses Elementes vollständig und war mit den Anforderungen des geschichtlichen Fortschritts viel weniger im Einklang. So hatte sich der Adel mit diesem Kampfe der Rolle der geschichtlichen Initiative erwehrt, welche in Ungarn die Dynastie Habsburg übernahm.

(Schluß folgt.)

[1] Um den österreichischen Industrieprodukten einen sicheren Absatz zu schaffen und um der österreichischen Industrie die billigsten Rohprodukte zu sichern, wurde alle Ein- und Ausfuhr zwischen Ungarn und dem Ausland durch hohe Zölle verhindert, hingegen dem österreichischen Handel alle möglichen Erleichterungen eingeräumt. Nur dadurch wurde es möglich, daß von der etwa 15 Millionen Gulden betragenden Ausfuhr Ungarns um die achtziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts 14 Millionen nach Österreich und nur etwa 1 Million ins Zollausland gingen; von der Einfuhr entfielen 90 Prozent auf Wien.

[2] Gravaminalpolitik hieß die Politik der ungarischen Landtagsopposition, die, statt positive Gesetzesvorschläge zu machen, Jahrhunderte hindurch jede gesetzgeberische Tätigkeit durch staatsrechtliche Debatten über das Verhältnis der Krone zur Nation und die Rechte des Landtags verhinderte. So radikal und nackensteif diese ständische Obstruktion sich auch geberdete, so war es doch diese, die der absolutistischen Willkür der Krone Tor und Tür geöffnet hatte; andererseits war sie auch das beste Kampfmittel gegen etwaige Reformbestrebungen der Regierung, die jederzeit als Attentat gegen die Rechte der Nation denunziert werden konnten, weil gewisse staatsrechtliche Formalitäten noch immer nicht erfüllt waren.

Ein Roman über die Kommune.

(P. et V. Margueritte: La Commune.)

Von **W. van Ravesteyn.**

Ein neues Buch über die Pariser Revolution vom Jahre 1871 erweckt schon seines Namens wegen unser Interesse. Und wenn es dann von so bekannter und berühmter Hand ist wie das obige, so steigert sich unsere Erwartung um vieles. Dieses Interesse wird bei der Lektüre nicht getäuscht, sondern vollkommen befriedigt.

Die Gebrüder Margueritte haben bekanntlich einen ganzen Romanzyklus den für ihr Vaterland so verhängnisvollen Ereignissen des Jahres 1870/71 gewidmet und „La Commune" bildet den Abschluß dieses Kreises. Ihre Stellung der ganzen Epoche gegenüber ist in der Hauptsache die eines Patrioten, jedoch hat ihr Patriotismus nichts Enges, er wird von keinem Hauche des Chauvinismus getrübt. Sie sind besonders durch ihre kriegsgeschichtlichen Studien zu der Überzeugung gekommen, daß die Dezemberbande und die Großbourgeoisie, die dieser Bande gestattete, Frankreich während zwanzig Jahren zu regieren, die ganze Schuld für die französische Niederlage trifft.

Gambetta und die wirklichen Republikaner, die ihm zur Seite standen während seiner Diktatur in Bordeaux, in seinem großartigen Versuch, die Verteidigung aufs neue zu organisieren und Paris zu entsetzen, sind den Verfassern am meisten sympathisch, und ihr Urteil über Trochu, Jules Simon, Picard, Favre, kurz die Regierung der Nationalverteidigung, und die bonapartistischen Generale wie d'Aurelles de Paladine, der im Oktober 1870 zögerte, Paris zu befreien, ist wohl nicht weniger scharf als das eines Lissagaray.

Es gibt im Buche zwei Personen, die man als die Vertreter dieser Auffassungen der Verfasser betrachten kann. Es sind dies die zwei miteinander befreundeten Gelehrten, der Historiker Thédenat, Professor der Geschichte am Institut, und der berühmte Chemiker Poncet. Der erstere spielt in dem Buche hauptsächlich die Rolle eines Beobachters und Beurteilers, der nur dann und wann versucht, einen Einfluß auf einzelne Personen auszuüben, aber Poncet, der im Sommer 1870 Paris nicht mehr erreichen konnte und deshalb in Bordeaux die Kriegszeit verlebte, hat daselbst mit allen Kräften Gambetta zur Seite gestanden und wird nach der Revolution vom 10. März eines der eifrigsten Mitglieder der Liga der Rechte von Paris, die sich fortwährend fruchtlos bemühte, eine Versöhnung zwischen den kämpfenden Parteien herbeizuführen. Thédenat ist zwar auch einer der Gründer dieser Liga, macht sich jedoch schon anfangs April keine Illusionen mehr über ihre Bemühungen, während Poncet noch bis zum letzten Augenblick, als der Straßenkampf schon wütet, sein Äußerstes tut.

Und diese Rolle Poncets scheint den Gebrüdern Margueritte so vollständig die richtige, daß Thédenat am Schlusse des Buches gesteht, er sei zu der Überzeugung gekommen, die unermüdliche Wirksamkeit seines Freundes, wenn dieselbe schon dem Scheine nach nichts geholfen, wäre doch die Pflicht eines wahren und weitschauenden Patrioten gewesen.

Hiermit haben wir zugleich den Standpunkt getroffen, den die Margueritte der Kommune gegenüber einnehmen: sie bedauern die Revolution des 18. März, weil sie sich vollzog in der Gegenwart und unter den Augen des Feindes, und nennen den Kampf zwischen Paris und Versailles, der aus dieser Revolution hervorging, einen brudermörderischen Streit, der fortfuhr, das Vaterland zu zerreißen zur Augenweide der Fremden.

Sie widmen somit ihr Buch den Besiegern und Besiegten der Kommune, die, wie sie sagen, durch den Tod und das Vergessen miteinander versöhnt sind.

Ihr Urteil über die meisten Mitglieder der Kommuneregierung ist ein strenges und hartes; aber ihre Verurteilung der Politik eines Thiers und der reaktionären

Kammermehrheit in Versailles ist noch viel strenger und härter, und niemand wird das Buch lesen, ohne daß ihn Abscheu und Grauen über die fürchterlichen Missetaten der Ordnungshenker erfüllt, während die Fehler und Missetaten der Kommunards im Vergleich damit als ein Nichts, als etwas gänzlich Unschuldiges erscheinen.

Zum Vergessen und Vergeben der Ereignisse von 1871 wird das Buch jedenfalls nicht beitragen; es wird eher für diejenigen, die es in die Hände bekommen, ein Mittel sein, ihren Haß anzustacheln gegen eine Gesellschaft, die derartiger orientalischer Massenmorde, derartiger scheußlicher Bestialitäten bedarf, um sich zu erhalten. Denn wie wahr sind die Worte, die Lissagaray im Jahre 1896 schrieb: „Die Gallifet sind noch immer da: würde das Volk besiegt, es würde noch einmal ähnliche Mitrailladen erleben."

Die Gebrüder Margueritte ersparen der Kommune und besonders den Leitern der Kommune, wie wir sagten, keineswegs ihre Kritik. Und zwar richtet sich diese nicht gegen die Unfähigkeit allein, die die Mitglieder der Versammlung vom 28. März in so mancher Hinsicht zeigten, sondern auch gegen Maßnahmen, die ihre gute Erklärung finden in dem Kriegszustand, in dem sich die Kommune vom 3. April ab befand — Maßnahmen, von denen man eher sagen möchte, daß sie viel zu wenig streng und konsequent durchgeführt wurden. Wir meinen die Unterdrückung reaktionärer Blätter, die Maßregelung der katholischen Priester, die Einsperrung verdächtiger Personen, die Beschlagnahme der Güter von Privatleuten und der Kirche.

Diese und ähnliche Maßnahmen erwecken besonders die Erregung des Bildhauers Martial Poncet, des Sohnes des Chemikers; als am 26. Februar die Nationalgarde aufmarschierte infolge der irrtümlichen Meldung, die Preußen würden ihren Einzug halten, da marschierte er mit, noch vollkommen einig mit ihr, bloß erfüllt von dem Hasse gegen die Regierung der Verräter; am 26. März aber, am Tage, als die Kommune proklamiert ward, nahm er schon nicht mehr teil an der Nationalgarde, ward aber doch noch von der allgemeinen Freude und Verbrüderung dieses großartigen Tages ergriffen, wie alle, die dabei anwesend waren; am 10. April endlich war er schon derartig gegen die Kommune erregt, daß er am liebsten Paris sofort hätte verlassen wollen.

Doch gegenüber dieser Kritik der Verfasser steht ihr tiefer Begriff von der Gerechtigkeit der Forderungen von Paris, deren brutale Zurückweisung den 18. März verursachte. Paris und seine Nationalgarde haben sich in den Augen der Brüder Margueritte ein so großes Verdienst um das Vaterland erworben durch ihre heldenhafte Ausdauer während der Belagerung und ihre würdevolle Haltung am 1. März, dem Tage des Einzugs der Preußen, daß sie der Pariser Bevölkerung und den Arbeitern von Paris keinen einzigen Vorwurf machen.

Und was mehr ist, das Buch erweist den Arbeitern, die im 18. März den friedlichen Anfang einer neuen Epoche der Geschichte, einer neuen Zeit der Gerechtigkeit sahen, und die wegen dieses Tages wie Helden um und in Paris kämpften und fielen, die ihnen gebührende Ehre und setzt ihnen in der Familie des Schuhmachers Simon ein Ehrendenkmal von großer und wahrer Schönheit.

Die Familie Simon, der Vater ein alter Junikämpfer vom Jahre 1848, die Mutter, Simons uneheliches Weib und nicht die Mutter der Kinder, aber für ihn und die Kinder mehr als die echte, die fort ist; die beiden Söhne, der hübsche, intelligente Louis und der lustige „Gamin" Anatole, endlich Rose, die Tochter von Simons Bruder, ein liebliches Mädchen, das während der Kommune Louis Weib wird, sie sind sämtlich mit einer Liebe, einer Sorgfalt, aber auch mit einer meisterhaften Wahrheit geschildert, die mehr und schöneres bietet als Zola, der Meister der Gebrüder Margueritte, je in der Darstellung des revolutionären Arbeiters hat leisten können.

In dieser Hinsicht haben die Margueritte einen Schritt über den Altmeister des Naturalismus hinausgetan. Zola hat nie einen revolutionären Arbeiter geschaffen,

der nicht entweder ein Phraseur oder ein unklarer Draufgänger wäre, weil Zola von der modernen Arbeiterbewegung und vom Sozialismus nie etwas begriffen oder gewußt hat. Die Margueritte stellen ihren Simon dar wie ein moderner klassenbewußter Arbeiter in der Hauptsache ist, nicht als geschulten Sozialdemokraten, das wäre ja ein Anachronismus, aber mit der Sicherheit, dem Ernst und der Würde, die einem Mitglied der Klasse eigentümlich ist, welche für eine neue Weltordnung, eine neue Menschheit kämpft.

In Gesellschaft der Simons wohnen wir den hauptsächlichsten Ereignissen der zweiten Belagerung bei: ihre Kompanie bildet einen Teil der Besatzung von Issy, die am 30. April gezwungen ist das Fort zu räumen; die zwei Söhne kämpfen dann am 16. Mai in Vanves, wo Rose und Louis ihre Brautnacht feiern. Als auch dieses Fort umzingelt wird, flüchten sie durch die Steinbrüche, die sich meilenweit unterirdisch ausdehnen, und das junge Paar entschlüpft gleichsam durch ein Wunder dem Tod in der Finsternis dieser Höhlen. In der blutigen Woche kämpfen die drei Männer wieder gemeinschaftlich auf den Barrikaden ihres Viertels (der Sorbonne) und Rose, Louis und der alte Simon gehen gemeinschaftlich in den Tod.

Rose und Louis sind wie zwei schöne Blumen die in den heißen, sonnigen Tagen der Revolution schnell emporschießen und abgemäht werden, sie sind ein Bildnis der Fülle von Lebenskraft und Lebensglück, die in der blutigen Woche und nach ihr gewaltsam zerstört wurde.

Ihr Schicksal ist zwar furchtbar, aber sie fallen wenigstens als tapfere Kämpfer für eine Sache, die ihnen heilig ist, und nachdem sie das Glück, wenn auch nur während einer kurzen Zeit, bis zum Boden gekostet haben.

Das Schicksal des Hauptmanns du Breuil und seiner Braut Anine ist weit furchtbarer, weit häßlicher.

Du Breuil ist ein höherer Offizier der Armee, die bei Metz unter Bazaine hatte kapitulieren müssen. Er hatte damals an der Disziplin bis zum äußersten festgehalten und war so in die Gefangenschaft geraten, während sein Freund d'Avol die Pflicht dem Vaterlande gegenüber höher als den strikten Gehorsam stellte und so der Gefangenschaft entkam.

Du Breuil kehrt am 18. März aus der Gefangenschaft nach Paris zurück und wird, weil er ein höherer Offizier ist, gefangen genommen und nach dem Montmartre geführt, wo er bei der Tödtung des Generals Lecomte und von Clément Thomas gegenwärtig ist.

Ein Schauer hat ihn ergriffen beim Blick in die scheußliche Menge des Elends und der menschlichen Verkommenheit, die, aus den Tiefen der Großstadt emporgestiegen, um ihn und die übrigen Offiziere her brüllt und schreit.

Er wird von den Parisern freigelassen und tritt wieder in die reguläre Armee ein; auf einer Spazierfahrt wohnt er der kaltblütigen Ermordung von Duval bei, die auf Befehl des Generals Vinoy erfolgt, und in Versailles bekommt er das gräßliche Schauspiel des Einzugs der ersten gefangenen Kommunards zu schauen. Das Betragen seiner Kameraden und der Herren und Damen der feinen Gesellschaft gegenüber den Gefangenen flößt ihm mehr Abscheu und Ekel ein als die Prostituierten und Zuhälter, die er auf dem Montmartre hatte toben gesehen. Von diesem Tage an fängt er an, die Versailler Gesellschaft im Lichte der Wirklichkeit zu sehen, in ihrer nackten Häßlichkeit, ihrer bestialischen Furcht und teuflischen Wollust an der Qual anderer.

Nur einer in Versailles steht ihm in diesen Gefühlen zur Seite: der ehemalige Abgeordnete aus Metz, Versheim, dessen Tochter Anine seine Verlobte ist.

Versheim, der von seinem Mutterland gewaltsam abgerissen ist, fühlt sich in Versailles wie in einem schwülen Zimmer voll von Irrsinnigen, die fortfahren, sein geliebtes, schon bis zum Tode verwundetes Frankreich zu zerfleischen.

Und du Breuils Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Politik der Thiers und der Versailler wächst immer mehr; Anine ist die Genossin dieser Gedanken, aber als er

von einem General in aktivem Dienste die Aufforderung erhält, Chef seines Generalstabs zu werden, haben Anine und er nicht die Kraft, diese Aufforderung abzuschlagen und damit seine militärische Laufbahn abzuschneiden.

Er macht den Einzug in Paris mit; vergeblich versucht er Rose und Louis zu retten. Als das Kämpfen beendigt ist und nur die Füsilladen der Versailler in den Straßen von Paris wiederhallen, wird du Breuil im Bastilleviertel von einer Kugel aus einem Fenster getroffen und stirbt, ohne daß Anine ihn noch erreichen kann.

Von den zwei Liebespaaren aus dem Buche ist das proletarische bei weitem das glücklichere; in der Nacht, als Rose hört, daß Louis leicht verwundet in Vanves daniederliegt, eilt sie dorthin und gibt sich ihm freiwillig und freudig hin; du Breuil und Anine sind die Sklaven der Konvenienz einer Gesellschaft, deren unfreiwillige Opfer sie beide werden.

Eine Fülle anderer Personen in den zwei großen Feldlagern, in Paris und Versailles, bieten den Verfassern die Gelegenheit, uns in die verschiedensten Milieus einzuführen. Fast könnte man sagen, die Fülle der Personen sei zu groß; jedoch die meisten sind notwendig zur Charakteristik der mannigfaltigen Typen einer in Gärung begriffenen Welt. Unter den Mitgliedern des Comité Central und des Allgemeinen Rates der Kommune kommen Fernol und Jacquenne in den Vordergrund.

Jacquenne ist Jaclard, der Freund und Mitkämpfer Delescluzes; die Margueritte haben diesem Manne die Rolle eines einsamen und fanatischen Wächters der Revolution gegeben. Delescluze sieht bald ein, daß die Unfähigkeit und der Zwiespalt der Führer die Revolution, der er sein Leben geweiht hat, auch diesmal wieder scheitern lassen würden, aber bis zum letzten Augenblick gibt er sich ganz seiner Sache hin. Jacquenne ist im Anfang und vor der Revolution der Freund von Thédenat und Poncet; ihre Versöhnungsversuche, deren Unfruchtbarkeit ihm vom Anfang ab klar ist, haben jedoch zur Folge, daß sie sich während der Kommune voneinander entfernen.

Die vollkommen unschuldigen Opfer der Soldateska werden im Buche repräsentiert durch Calisse, einen Schreiber der Mairie vom Montmartre, der, als die Regierung der Kommune anfängt, seinen Posten nicht verläßt, weil er das Brot für seine fünf kleinen Mädchen verdienen muß. Als die Armee den Montmartre einnimmt, wird er, der niemals eine Waffe in seinen Händen hatte, wie ein Hund niedergeschossen.

Das Buch der Gebrüder Margueritte wird zur Kenntnis der Kommune in breiten Kreisen viel beitragen. Es verdient seiner Unparteilichkeit wegen einen freundlichen Empfang bei der Sozialdemokratie.

Der Simplontunnel.

Von **J. German.**

Weshalb freuen wir uns eigentlich über die Durchbrechung des Simplon? Ist es allein die Freude an dem Gelingen eines Werkes, wie es die Menschheit noch nie vorher vollbracht? Ist es die Hoffnung, daß dadurch für manche Gegenden eine Verbilligung des Verkehrs und damit eine Verbesserung der Lebenshaltung in weitem Sinne hervorgerufen sein mag? Gewiß ist beides ein Anlaß der Freude; obwohl auch hier wieder der Pferdefuß sichtbar wird: wie viele leben davon, daß ihre Arbeit die bisherigen größeren Umwege des Verkehrs überwindet? Die Steigerung der Produktivkraft der Transportarbeit zwischen den Ländern dies- und jenseits der westlichen Alpen kann nicht anders wirken als jede andere Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, sie muß Arbeiter, hier Transportarbeiter, überflüssig machen, schmerzhafte Umwälzungen veranlassen.

Jedenfalls überwiegen in uns die Lustgefühle. Ich meine aber, für den Sozialisten steckt in solchen Werken wie der Simplontunnel ein ganz besonderer

Reiz. Sozialisten sind empörter als andere Menschen, wenn irgendein in der Natur selten vorkommendes Gut zerstört, und sie sind besonders erfreut, wenn ein Werk geschaffen wird, von dem sie meinen, es sei in aller Ewigkeit von Nutzen. Denn wir Sozialisten fühlen uns als Sachwalter einer künftigen sozialistischen Gesellschaft, und wir möchten ihr den Erdball in möglichst nützlichem Zustand übermitteln. Auch der Simplontunnel ist ein Gebrauchswert und von solcher Ewigkeitsdauer als die Erdoberfläche Grundlage des Transports. Indem die Jura-Simplon-Bahngesellschaft in Gemeinschaft mit den Staaten Schweiz und Italien die Alpen an einer neuen Stelle zu durchbrechen unternahm, wurde ein Gebrauchswert nicht nur zur kapitalistischen Ausnutzung für die Jetztzeit, sondern auch für die sozialistische Gesellschaft geschaffen.

Von den meisten Produktionsmitteln unserer Zeit wissen oder vermuten wir, sie werden tot, durch andere ersetzt sein, wenn die Menschheit daran gehen wird, die Produktion sozialistisch zu regeln. Andere Produktionsmittel aber, wie der Simplontunnel — den Verkehr zur Produktion gerechnet —, werden unsere Gesellschaft überleben. Drängt sich da nicht die Vermutung auf, daß dieser Unterschied auch ökonomisch auf unsere Zeit einen Einfluß haben muß? In der Tat, es ist so. Der Simplontunnel ist, ökonomisch gesprochen, konstantes Kapital der Simplonbahn. Konstantes Kapital besteht nun bekanntlich aus Produktionsmitteln und kann nicht zum Ankauf, sondern nur zur Anwendung von Arbeitskraft verwendet werden, zu deren Ankauf anderes Kapital erforderlich ist. Diese Aufgabe wird bei der Simplonbahn ein großer Teil des Betriebskapitals übernehmen. Das konstante Kapital kann nur dann für den Kauf von Arbeitskräften in Betracht kommen, wenn es umgeschlagen ist, wenn sein Wert dem Kapitalisten durch seine Verwertung wiederersetzt ist. Dieser kann dann damit tun, was er will, also auch Arbeitskräfte kaufen. Hier tritt nun die besondere Eigenschaft eines Kapitals, das in Dingen wie ein Tunnel, ein Kanal und dergleichen angelegt ist, in Erscheinung: dieses Kapital schlägt furchtbar langsam um, vielleicht gar nicht, so langsam, daß das Ende der kapitalistischen Gesellschaft früher eingetreten sein wird, als der Umschlag vollzogen. Wir erkennen somit, daß es für die Arbeiterklasse der Jetztzeit einen Nachteil bedeuten kann, wenn sie der Zukunft Gebrauchswerte erzeugt. Das hierzu aufgewandte Kapital wird ihrer Beschäftigung entzogen.

Und noch eines ist zu bedenken. Wir nahmen vorhin an, durch den Simplontunnel werde der Verkehr verbilligt und wiesen auf die Folgen hin, welche die Verbilligung für die Arbeiterklasse hat. Aber selbst wenn der Verkehr ebensoviel kosten sollte wie bisher, so ist doch ein bemerkenswerter Unterschied. Die Zusammensetzung des Kapitals im Eisenbahnverkehr zwischen der Nord- und der Südseite der Alpen hat sich geändert. Der im Produktionsmittel Simplontunnel angelegte konstante Kapitalteil schlägt nicht nur langsam um, er ist auch größer, der andere Kapitalteil, der Transportarbeitern Arbeit gibt, ist kleiner, denn der Transportweg und die Transportdauer werden verkürzt. Solche Bauten bedeuten also den Fortschritt zur höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals im Eisenbahnunternehmen mit den bekannten Konsequenzen, relative Verringerung der Arbeitsgelegenheit und Sinken der Durchschnittsprofitrate. Steckt doch in solchem Tunnel ein Kapital, groß genug, um ein Weltunternehmen in der Eisen- oder Elektrizitätsindustrie zu betreiben! Falls also nicht direkt billige Tarife unser Leben erleichtern, fühlen wir sehr weitherzig, indem wir uns der neuen Bahnlinie freuen. Wir genießen einen Triumph menschlicher

Arbeit und eine Vorfreude des Sozialismus — in Gestalt einer bitteren Pille des Kapitalismus.

Die Baugeschichte des Simplontunnels ist technisch und wirtschaftlich sehr interessant. Die Jura-Simplonbahn war Konzessionärin für Bau und Betrieb des Tunnels schon seit 1874, aber erst 1896 wurde zwischen der Eidgenossenschaft und Italien der Staatsvertrag geschlossen, welcher die finanzielle Unterstützung der Bahngesellschaft und den Bau der Anschlußstrecken sicherte. Die Jura-Simplonbahn sollte den Betrieb bis Domodossola in Italien führen, ein Dutzend Kilometer jenseits des Tunnels, und dorthin die italienische Regierung die Anschlußbahn bauen. Die Bahngesellschaft hatte ihrerseits wieder einen Bauvertrag mit einem Konsortium, bestehend aus den Bauunternehmern Brandt, Brandau & Co. in Hamburg, Locher & Cie in Zürich, der Maschinenfabrik Gebr. Sulzer in Winterthur und der Bank in Winterthur. Das Konsortium sollte den Bau für 69½ Millionen Franken in der Zeit von fünfeinhalb Jahren ausführen. Im August 1898 erteilte der Bundesrat die Baubewilligung und damit war eine Projektierungsarbeit beendet, die bis in die Fünfzigerjahre des neunzehnten Jahrhunderts zurückreichte.

Das älteste Projekt, von dem in einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1894 die Rede ist, stammt von Clo-Venetz, 1857. Es gab drei Gruppen von Tunnelprojekten, solche, welche den Tunnel an der Basis des Gebirges durchlegen wollten, ferner sogenannte Scheiteltunnels und Zwischentunnels. Eine vierte Projektgruppe solcher, welche den Paß in einer Höhe von 2000 Meter überschienen wollten, scheint nicht ernsthaft in Betracht gekommen zu sein. Aber noch anfangs der neunziger Jahre entstand ein Projekt, den Tunnel in der Höhe von 1600 Meter mit einer Länge von freilich nur 8000 Meter durchzulegen und auf beiden Seiten Zahnradbahnen anzuordnen. Von der Arbeit, welche in die Projekte durch Dezennien gesteckt wurde, macht die folgende Aufstellung ein Bild: Basistunnels von 16 Kilometer Länge wurden entworfen von Vauthier 1860, Lommel 1864, Stockalper 1869, Clo-Favre 1875, Simplonbahn 1878, 1882, 1886, 1891. Die Projekte mit Zwischentunnel sind jene von Clo-Venetz 1857, de Vange 1886, Masson 1892, die Projekte mit Scheiteltunnel sind von Flachat 1860, Jaquemin 1860 bis 1862, Thouvenot 1863, Lehaître 1863.

Wäre ein anderer als der Basistunnel durchgeschlagen worden, dann hätte die Bahn nicht mit den anderen Linien, welche die Alpen durchqueren, konkurrieren können. Sie wäre eine Touristenbahn geworden. Indem man sich aber dazu entschloß, den Tunnel in einer Höhe von nur 700 Meter über dem Meeresspiegel zu legen, hatte man eine Tunnellänge von fast 20 Kilometer zu überwinden mit mehr als 2000 Meter Gebirge darüber. Man fürchtete die Temperaturen im Erdinnern, und in Vorträgen, die Sulzer-Ziegler und Oberst Locher am Beginn des Baues hielten, war hauptsächlich von ihnen die Rede und den Mitteln, sie zu bekämpfen. Die Erfahrung hat aber später gezeigt, daß Ströme kalten und heißen Wassers, ein ungeheurer Gebirgsdruck, Gase, noch größere Hindernisse als die Temperatur der Berge dem Unternehmen entgegenstellen sollten; das Wasser erzwang schließlich die Einstellung der Arbeit im Nordtunnel, und vom Süden her wurde das Werk vollendet.

Indem man auf jeder Seite zwei Stollen in den Berg legte, schuf man die Möglichkeit, solche Ströme Luft hindurchzuschicken, daß die Temperatur von 50 Grad Celsius und mehr auf 25 Grad sank. Fünfhundert Pferdekräfte ver-

wandte man auf jeder Tunnelseite, um die Ventilatoren anzutreiben. Im ganzen scheinen mehr als 2000 Pferdekräfte notwendig gewesen zu sein, außer für Ventilation noch für den Betrieb der Pumpen, Bohrmaschinen, Beleuchtung usw. Mehr als 3000 Arbeiter, fast ausschließlich Italiener, arbeiteten in und vor dem Tunnel. Sie haben wiederholt gestreikt, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, und nur in sanitärer Hinsicht zwang der Bauvertrag die bauausführende Untersuchung, mehr zu tun, als bisher bei solchen Bauten üblich gewesen.

Die Bauzeit hat nicht fünfeinhalb, sondern sieben Jahre gedauert, wenn man die Zeit einrechnet, die noch zur Vollendung notwendig ist. Die Jura-Simplonbahn wurde inzwischen verstaatlicht, und die Eidgenossenschaft mußte der Bauunternehmung noch 8½ Millionen mehr bewilligen, so daß die gesamten Baukosten 78 Millionen Franken betragen. Dennoch wird behauptet, pro Kilometer Tunnellänge sei der Simplontunnel billiger als jeder andere der bisher die Alpen durchbohrenden.

Was sind nun die Umwälzungen, welche die Simplonbahn im europäischen Eisenbahnverkehr hervorrufen wird? Nach der Angabe eines Eisenbahnfachmannes wird nicht allein der südschweizerisch-italienische Verkehr, sondern selbst der Verkehr Nordeuropas mit dem Orient von ihr zum Teil ergriffen werden, der Güterverkehr zwischen England, Holland, Belgien, Deutschland, der Riviera und Süditaliens. Genua und Brindisi werden Vorteil haben, die Gotthard- und Mont-Cenis-Bahn haben Nachteil. Im Vergleich mit den bisherigen Verbindungen über diese Bahnlinie wird der Weg von Lausanne nach Mailand um 151 auf der einen, 181 Kilometer auf der anderen verkürzt, jener von Paris nach Mailand um 71 oder 16 Kilometer. Eine ganze Anzahl von neuen Anschlußbahnen ist projektiert.

Nochmals sei darauf verwiesen, wie günstig die niedrige Lage des Tunnels für den Betrieb der Bahn ist. Am Gotthard müssen die Züge 1145 Meter hoch geschleppt werden, am Mont-Cenis 1269, am Arlberg 1394 Meter. Im Vergleich damit ist die Simplonbahn mit ihren 700 Metern eine Ebenbahn, ihr Verbrauch an Kohle viel geringer. Allerdings ist dafür mit höheren Kosten anderer Art zu rechnen, hervorgerufen durch die viel größere Tunnellänge. Die großen Ventilatoren müssen auch nach Vollendung des Baues in Betrieb bleiben und schon die Experten zur Begutachtung des Projektes verwiesen auf die Notwendigkeit elektrischer Traktion, da die Rauchgase die Schienen angreifen und ihre häufige Auswechslung notwendig machen. Elektrisch wird die Bahnlinie vorläufig nicht betrieben; dennoch wird aber wohl die Kohlenersparnis auch heute schon die größeren Ausgaben für die Tunnelstrecke überwiegen.

Sechs Bahnlinien durchbrechen jetzt die Alpenkette. Wie werden wir diesen Teil der Erdkruste noch umzumodeln vermögen?

Literarische Rundschau.

Arthur Stadthagen, **Das Arbeiterrecht.** Vierte durchgesehene und vermehrte Auflage. Stuttgart 1904, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)

„Das Arbeiterrecht" Stadthagens liegt seit kurzem in vierter Auflage vor — ein ausgezeichnetes Werk von wissenschaftlichem Werte und praktischer Brauchbarkeit. Die meisterhafte Beherrschung und Zusammenfassung des in vielen Gesetzen zer-

streuten Materials; das scharfe und tiefe Eindringen in alle Fragen des Arbeiterrechtes; die klare, leichtverständliche Darstellung, die doch keineswegs den wissenschaftlichen Charakter preisgibt, bilden die großen Vorzüge des Stadthagenschen Werkes, die in dieser Auflage ebenso wie in den früheren Auflagen hervortreten.

Stadthagen wirkte bahnbrechend, als er vor einem Jahrzehnt, im Jahre 1895, sein „Arbeiterrecht" herausgab. Dieses Rechtsgebiet war bis dahin arg vernachlässigt, da die Juristen unseres Klassenstaats ihm im allgemeinen wenig Verständnis und Neigung entgegenbrachten. Nachdem das Gewerbegerichtsgesetz das Interesse für Fragen des gewerblichen Arbeiterrechtes in weiten Kreisen geweckt hatte, machte sich der Mangel einer umfassenden Darstellung dieses Rechtes immer mehr fühlbar.

Die erste Auflage des Stadthagenschen „Arbeiterrecht" war bald nach ihrem Erscheinen vergriffen. Im Jahre 1900 erschien schon die dritte Auflage, die ihren besonderen Wert dadurch erhielt, daß sie die großen Rechtsveränderungen, welche durch die neuere Gesetzgebung, namentlich das Bürgerliche Gesetzbuch, hervorgerufen waren, berücksichtigte.

In der vierten Auflage sind wiederum die seitdem erlassenen Gesetze und Verordnungen verarbeitet; so die Unfallversicherungsnovelle (S. 324), die Krankenversicherungsnovelle (S. 450), die Gewerbeordnungsnovelle, das Kinderschutzgesetz (S. 57 und 612), das Phosphor-Zündwarengesetz (S. 233), der auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassenen Bundesratsverordnungen (S. 225—233). So erhalten wir Auskunft über den neuesten Stand der Gesetzgebung. Die vierte Auflage hat aber ihren hervorragenden Wert darin, daß der Verfasser in großem Umfang die inzwischen erschienene Literatur und Rechtsprechung, insbesondere der Gewerbegerichte, würdigt und zu allen aufgetauchten Streitfragen selbständig und eindringend Stellung nimmt.

Die überzeugende Kraft seiner Ausführungen ruht in seiner klaren prinzipiellen Auffassung über den Charakter unserer Wirtschafts- und Rechtsordnung, in der Vermeidung jeder Begriffsspalterei und in der Ablehnung jeder formalistischen Einzwängung der Lebensbedürfnisse.

Unter scharfer Hervorhebung des Wesens des Koalitionsrechtes wird zutreffend nachgewiesen, daß alle Vereinbarungen, welche das Koalitionsrecht zu beschränken oder zu vereiteln suchen, nichtig sind (S. 20). Die Literatur hat sich dieser Auffassung angeschlossen. In interessanter Weise ist die Frage, ob der Arbeiter verpflichtet sei, auf Verlangen seines Arbeitgebers Arbeiten für eine andere Fabrik, über die die Sperre verhängt ist, sogenannte Streikarbeit, zu verrichten, erörtert und mit durchschlagenden Gründen verneint (S. 210). Diese Auffassung wird auch von Professor Lotmar vertreten. Stadthagen will nicht einmal so weit wie Lotmar gehen; es ist jedoch nicht klar, worin er sich praktisch in dieser Frage von Lotmar unterscheidet.

Die von Stadthagen gemachten Ausführungen über den Schadensersatzanspruch, der dem durch schwarze Listen in Verruf erklärten Arbeiter zusteht (S. 51), haben die Anregung zur Erhebung solcher Prozesse gegeben, die auch zum Erfolg geführt haben, namentlich nach der Entscheidung des Reichsgerichtes vom 17. März 1903.

Mit Scharfsinn hat Stadthagen die Rechtsgründe aufgedeckt, mit denen die Juristen den Schiebungen der Bauschwindler im Interesse der geprellten Arbeiter und Handwerker entgegentreten können und entgegentreten müssen, wenn sie ihre Aufgabe nicht formalistisch einengen (S. 32—35; S. 81, 82).

Ebenso gründlich und überzeugend sind die Ausführungen über die Gruppenarbeit, das Kolonnensystem (S. 151—156), die noch nicht bei allen Gerichten Zustimmung gefunden haben, aber die größte Beachtung verdienen, soll nicht das Recht der Arbeiter in vielen Fällen vernichtet werden.

Von allen subjektiven Wünschen frei, streng auf dem Boden der gesetzlichen Bestimmungen bleiben die Darlegungen über den Tarifvertrag und seine Wirksamkeit (S. 149). Sehr beachtenswert sind die in der neuen Auflage enthaltenen Aus-

führungen über die Folge eines nichtigen und insbesondere eines gegen die guten Sitten verstoßenden Geschäftes (S. 39). Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hier vertretene Anschauung mit dem politischen und wirtschaftlichen Erstarken der Arbeiterklasse auch die Rechtsprechung immer mehr beeinflussen wird, so sehr ihr auch die von Stadthagen ihrem Wesen nach scharf gezeichnete Klassenjustiz (S. 41) hinderlich im Wege steht. Sehr eingehend sind die Fälle dargestellt, in welchen dem Arbeiter der Lohn für die Zeit der Behinderung an der Arbeit gezahlt werden muß (S. 159—165). Die viel erörterte für den Arbeiter überaus wichtige Bedeutung des § 616 B.G.B. ist umfassend unter Berücksichtigung der Literatur behandelt.

Das Anwendungsgebiet des Lohnbeschlagnahmegesetzes ist klar dargelegt (S. 171—175). Mit vollem Rechte ist ausgeführt, daß die dem Arbeiter infolge seiner Entlassung gegen den Arbeitgeber zustehende fälschlich als Schadenersatz bezeichnete Lohnforderung nicht der Beschlagnahme unterliegt.

Sehr wertvoll sind die Kapitel über die Unzulässigkeit der Aufrechnung von Gegenforderungen gegen den Lohnanspruch (S. 176—179) und über die Unzulässigkeit der Zurückbehaltung gegenüber dem Lohnanspruch (S. 179 bis 184). Wenn der § 394 B.G.B. bestimmt: „Soweit eine Forderung der Pfändung nicht unterworfen ist, findet die Aufrechnung gegen die Forderung nicht statt“, so statuiert er zwingendes Recht. Auch die Abrede, daß gegen den Lohn eine Aufrechnung stattfinden solle, ist deshalb nichtig. Mit Recht verweist Stadthagen zur Bekräftigung dieser Ansicht auch auf den § 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes. Er hat auch gegenüber Lotmar darin recht, daß die Lohnverwirkungsabrede ohne rechtliche Wirkung ist, da sie nichts anderes bedeutet wie die Abrede der Aufrechnung einer Vertragsstrafe gegen den Lohn.

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist es niemand eingefallen, daß es gegenüber der bestimmten Vorschrift des § 394 möglich sei, dem Arbeiter mittels einer Gegenforderung seinen Lohn zu entziehen. Dennoch haben Theoretiker und Praktiker dies auf dem Umweg über die §§ 273, 274 B.G.B., welche von dem Zurückbehaltungsrecht handeln, erreicht; freilich erst, indem sie nicht nur die sozialpolitische Absicht des Gesetzgebers, sondern auch den Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen zu Boden schlugen. Stadthagen geißelt mit berechtigter Schärfe in der neuen Auflage das „Possenspiel“, das mit dem Gesetz zum Nachteil der Arbeiter getrieben wird, und stellt unangreifbar die Bedeutung der Gesetzesbestimmungen klar. Er irrt aber, wenn er meint, daß in der Praxis jetzt wohl fast einstimmig seine Auffassung vertreten werde. Die ordentlichen Gerichte folgen sehr häufig, allen juristischen Argumenten zum Trotze, der entgegengesetzten Ansicht; diese versicht Professor Dernburg in seinem Bürgerlichen Recht des Deutschen Reiches als die für den Arbeitgeber „zweckmäßige“. Die Landarbeiter, die von den Gewerbegerichten ausgeschlossen sind, leiden oft genug unter dieser Haltung der gelehrten Richter. In ihrem Kampfe um ihr Recht liefert ihnen das „Arbeiterrecht“ gute Waffen.

Es ist unmöglich, in einem kurzen Referat auch nur annähernd den reichen Inhalt des Buchs zu skizzieren. Hinweisen müßte ich noch auf das Verzeichnis der Berufsgenossenschaften (S. 448, 449), das Verzeichnis der Gewerbegerichte (S. 509 bis 511), das Verzeichnis aller einzelstaatlichen Behörden, an welche das Gesuch um Naturalisation zu richten ist (S. 2, 3 des Anhangs).

Auf mehr als 200 Seiten werden in einem Anhang die für die erwerbstätige Bevölkerung wichtigsten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs erörtert, und zwar durchweg in einfacher, klarer, vom schwerfälligen Juristendeutsch sich fernhaltender Form.

In allen Teilen der neuen Auflage offenbart sich das umfassende und tiefe Wissen des Verfassers, sein selbständiges Urteil, der auf die Arbeit verwendete große Fleiß. Das „Arbeiterrecht“ ist geradezu eine Fundgrube der Belehrung für den Gewerberichter und den Arbeitersekretär; es sollte auch in der Bibliothek der ordentlichen Gerichte und auf dem Arbeitstisch der Rechtsanwälte nicht fehlen, denen nur zu oft das Recht des Arbeitsvertrags eine tabula rasa ist.

Aber auch den rechtsuchenden Arbeitern, die einen Rechtsanwalt oder Arbeitersekretär nicht zu Rate ziehen können, leistet es vortreffliche Dienste, namentlich durch die Fülle von **Beispielen und Formularen**, welche die Anwendung der Rechtssätze im Verkehr mit den Behörden veranschaulichen und die praktische Brauchbarkeit des Buchs sehr erhöhen. Seine Anschaffung kann daher nur warm empfohlen werden. Hugo Haase.

Professor Dr. M. Neefe, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Breslau, **Statistisches Jahrbuch deutscher Städte**, in Verbindung mit seinen Kollegen Professor Dr. H. Bleicher usw. usw. herausgegeben. 11. Jahrgang. Breslau 1903, W. G. Korn. XII und 531 S. gr. 8°. 14 Mk.

Wir haben mit der Besprechung dieses Buches gezögert, weil wir die in der Vorrede angekündigten Ergebnisse der Ermittlungen über städtische Lohnverhältnisse und Wohlfahrtseinrichtungen für städtische Arbeiter abwarten wollten. Nun ist aber Jahr und Tag verflossen und diese Veröffentlichung ist noch immer nicht erfolgt. Wenn wir auf sie gewartet haben, so lag ein begründeter Anlaß dazu vor, da doch diese Verhältnisse zu den wichtigsten, nicht uns allein interessierenden Zweigen städtischer Verwaltung und Politik gehören. Ob das Versprechen überhaupt eingelöst wird, wissen wir nicht, jedenfalls haben uns die Städtestatistiker lange genug auf die Bearbeitung dieses Gegenstandes warten lassen. In den ersten elf Jahrgängen des Jahrbuchs sucht man vergeblich nach Aufklärung über die Lage, die Lebens- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter, auch die Verhältnisse der Beamten sind seit 1891 nicht mehr behandelt worden, und Lohnangaben, wenn auch nicht städtischer Arbeiter, sind im Jahre 1892 zum letztenmal Gegenstand der Bearbeitung gewesen. Da nun die Frage der städtischen Arbeiter in den letzten Jahren in einer Reihe von Monographien behandelt wurde, da auch einzelne städtische statistische Ämter, wie die von Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr., Elberfeld und Zürich, diesen Gegenstand in besonderen Veröffentlichungen beleuchtet haben, ist es desto erstaunlicher, daß das Statistische Jahrbuch an dem Gegenstand bisher achtlos vorübergegangen ist, beziehentlich soweit es nicht umhin konnte, in anderem Zusammenhang die Arbeiterverhältnisse zu besprechen, dies in durchaus ungenügender Weise tat. Wir erinnern, daß wir Ähnliches bei einer Besprechung des Berichtes über die Dresdener Städteausstellung festzustellen hatten.

In seiner äußeren Gestaltung hat sich in dem Jahrbuch nicht viel geändert, es sind wiederum eine Reihe Gebiete, die in früheren Jahrgängen behandelt waren, ausgefallen, andere sind wieder aufgetaucht, einiges Neue ist hinzugetreten. Von diesem ist besonders hervorzuheben die gründliche Erörterung des Mannheimer Statistikers Schott über das Wachstum der deutschen Großstädte, die zwar den engen Rahmen der Bevölkerungsstatistik fast gar nicht verlassen hat, aber innerhalb dieses Rahmens ebenso fleißig wie übersichtlich ist. Wenn der Rahmen nicht im Interesse einer sozialstatistischen Beleuchtung durchbrochen wurde, so ist dies durch den Umstand zu erklären, daß der Untersuchung die Volkszählungen zugrunde liegen, die getrennt von anderen mehr sozialstatistischen Erhebungen vorgenommen werden. Es ist auch selbstverständlich, daß in 21 Seiten die Ursachen des Wachstums der deutschen Großstädte zu einer gründlichen Darstellung nicht gelangen können, daß es da schon schwer hält, die bevölkerungsstatistischen Tatsachen richtig zu gruppieren. In mancher Hinsicht kann der Aufsatz von Georg v. Mayr „Die Bevölkerung der Großstädte“ im neunten Bande des Jahrbuchs der Gehe-Stiftung von Dresden als Ergänzung dienen, wie ja auch die übrigen Aufsätze dieser anläßlich der Städteausstellung herausgegebenen Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen über die Großstadt bei dieser Gelegenheit trotz mancher Einwendungen den Lesern dieser Zeitschrift zum Studium empfohlen werden können. Schott beschränkt sich nicht auf die Untersuchung des Wachstums der deutschen Großstädte innerhalb der städtischen Grenzen, er untersucht auch die Bevölkerungszunahme in der Umgebung der Stadt, er ermittelt, und dies war oft sicher sehr mühsam, die Einwohnerzahl der Agglomeration. Freilich

ergeben sich da unzweifelhafte Ungleichheiten, wenn man die Bevölkerung einer Stadt im Umkreis von 10 Kilometern von ihrem Mittelpunkt berechnet. Erstens wirkt doch unzweifelhaft eine engeingeschnürte Stadt mit gewaltiger Volkszahl wie Berlin ganz anders auf die Umgebung als Städte mit einem weiten, noch unausgebauten Gebiet mit bedeutend geringerer Bevölkerungszahl, so etwa Köln a. Rh., dann ergeben sich Schwierigkeiten infolge der engen Nachbarschaft anderer Großstädte, wie zum Beispiel bei Elberfeld und Barmen, bei Essen, bei Nürnberg und Fürth, bei Bremen, Hamburg und Altona. Aber es ist ja bei allem Suchen nach einem Maßstab schwierig, das Ungleiche sich fernzuhalten, doch wäre vielleicht eine vergleichsweise Untersuchung, die einen Ring von 3 oder 5 Kilometer Durchmesser um das Stadtgebiet zur Grundlage hätte, zu empfehlen. Wenn auch dagegen sich leicht Einwendungen, ja zum Teil ähnliche und gleiche machen lassen, so wäre doch das Moment des ungleichen Stadtgebiets und der ungleichen Bebauung desselben ausgeschieden. Die Arbeit von Schott bietet nicht nur interessante Tatsachen und wirkungsvolle Vergleichungen, sondern auch vielfache Anregungen, die sozialstatistisch so interessante Erscheinung der Verschiebung ländlicher und städtischer Bevölkerung und die gewaltige Entwicklung der Großstädte im Deutschen Reiche nach ihren sozialen Ursachen zu untersuchen. Schwierigkeiten werden sich auch da ergeben, weil wegen der Ungleichartigkeit des Stadtgebiets die Bevölkerungszunahme in manchen Orten eingeengt, in anderen für unabsehbare Zeit unbegrenzt ist. Aber gerade die mühsame Arbeit der Berechnung der Agglomeration scheidet ja im wesentlichen diese Ungleichheit aus. Wenn nun die ganze Agglomeration in fast allen ostelbischen Großstädten in ihrem Wachstum unter dem Durchschnitt geblieben ist, und wenn dies auch für unsere meisten Großstädte gilt, während die vom Zuge nach Westen Gewinn ziehenden Großstädte sich über den Durchschnitt vermehrt haben, so wäre dies sehr wohl eine Untersuchung der Ursachen im einzelnen wert. Es würde dies uns Ansätze zu einer wirtschaftlichen Topographie bieten. Man würde da auch erkennen, daß der durchschnittliche Stand der Löhne mit dem Wachstum der Städte Beziehungen aufweist. Schotts Untersuchung der Bevölkerungszahlen mit Rücksicht auf die wechselnde Größe der Gemarkungsfläche erleichtert dieses Eindringen sehr, ebenso seine Tabelle über die Verstärkung der Bevölkerungsdichtigkeit seit 1871 pro Hektar Stadtfläche.

In Beziehung mit diesen Feststellungen steht der einleitende Aufsatz des Herausgebers über Gebiet, Bodenbenutzung und Grundbesitz, ferner der ergänzende des gleichen Verfassers über Grundstücke und Gebäude und der vom Berliner Statistischen Amte ausgehende Aufsatz über die Bevölkerung. Der Wohnungsstatistiker wird in den Aufsätzen von Hasse, der ein weit besserer Statistiker als Politiker ist, über die Bautätigkeit und über die Wohnungen und Haushaltungen viel Material finden. Sozialstatistisch im engeren Sinne erwähnenswert sind die Aufsätze des Münchener Statistikers Singer über die Lebensmittelpreise, die des Frankfurter Statistikers Bleicher über die Krankenversicherung, dann die Statistiken über Streiks, Aussperrungen, Gewerbegerichte, Arbeitsnachweis und Notstandsarbeiten. Den Finanzpolitiker wird die Untersuchung über die Gemeindesteuern vor allem mit Rücksicht auf die Frage der städtischen Verbrauchssteuern interessieren. In das Gebiet der Finanzstatistik fällt die statistische Feststellung des Stadtschuldenwesens. Die militärische Belastung der Städte behandelt der Herausgeber in einer Untersuchung über die Quartier- und Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden. Das Verkehrswesen untersucht Koch in Übersichten über den Post- und Telegraphenverkehr und über den Personenverkehr. Die städtische Nahrungsversorgung wird in einer neu hinzugekommenen Arbeit über die Viehpreise und in gewisser Beziehung auch durch eine Untersuchung über die öffentlichen chemischen Untersuchungsämter berücksichtigt. Das Bildungswesen findet seine Behandlung in einer Statistik über das Unterrichtswesen von dem Magdeburger Statistiker Silbergleit und in einer Statistik über die öffentlichen Bibliothek- und Lesehallen von dem Dortmunder Statistiker Tenius. Die Kommunalstatistik im engeren Sinne wird behandelt in Abschnitten über öffentliche Park-, Garten- und Schmuckanlagen, über Straßenreinigung und

=besprengung, Abfuhr, Kanalisation, Feuerlöschwesen, Beleuchtungswesen und Wasserversorgung. Sonst sind noch zu erwähnen Statistiken über die gerichtlichen Konkurse und über die Sparkassen, und endlich als wertvolle Zugabe, die den Theoretiker zu Dank verpflichtet, ein Anhang, der die Beschlüsse der von 1879 bis 1903 abgehaltenen Konferenzen der Vorstände statistischer Ämter deutscher Städte behandelt. Hoffentlich werden künftig die Protokolle dieser Konferenzen, soweit sie für den Statistiker von Interesse sind, nicht mehr als großes Amtsgeheimnis behandelt, sondern möglichst bald, spätestens in dem zunächst erscheinenden Jahrbuch deutscher Städte, einem weiteren Kreise statistischer Interessenten zugänglich gemacht.

Mag man auch manches in dem Jahrbuch anders wünschen, vor allem eine stärkere Berücksichtigung der Sozialstatistik und eine bessere systematische Ordnung, so können wir doch nur eine weite Verbreitung dieses noch lange nicht nach Gebühr verbreiteten statistischen Jahrbuchs wünschen. Den Statistikern ist es wohl bekannt; vielen Kommunalpolitikern, die aus ihm so manches lernen könnten, sei es warm empfohlen. ad. br.

Professor C. L. Schleich=Berlin, **Die fromme Lüge in der Medizin.**

Der Verfasser, der durch seine praktisch=chirurgischen Leistungen eine hervorragende Stellung unter den zeitgenössischen Ärzten einnimmt, begibt sich hier auf das Gebiet der Sittenlehre. Ethische Streifzüge haben stets geringen reellen Wert. So wird es uns nicht wundern, daß die tatsächlichen Ergebnisse der Untersuchung Schleichs gleich Null sind. Schleich hat gut auf sophistischen Umwegen zu erklügeln, daß die ärztliche Lüge keine Lüge sei; denn erstens wollen die Patienten oft betrogen sein, und zweitens kann man das nicht Lüge nennen, was durch die Erkenntnis der Relativität des ärztlichen Wissens „eine optimistische Pflicht des Arztes“ wird. Patient und Arzt, meinen wir, werden nichtsdestoweniger ein Unbehagen empfinden, der eine, weil die Furcht vor der „optimistischen Pflicht“ des Arztes ihm das Vertrauen raubt, der andere, weil die Lüge gewissermaßen zu seinen Berufsrequisiten gehört. Erscheint sie ihm im Interesse des Kranken oder dessen Familie geboten, so wird er sie ohne moralische Erwägungen auf sein Kerbholz nehmen müssen. Wenn aber — und dies muß endlich einmal gesagt werden — die ärztliche Lüge dem Interesse des Arztes dient, der nur durch diese „optimistische Pflicht“ sich selbst die Behandlung manches Kranken und dadurch die Existenz sichert, werden wir sie als Ausdruck der Abhängigkeit des Arztes vom Kapitalismus beklagen und von Fall zu Fall begreifen oder verdammen. Die bösesten der ärztlichen Lügen würden verschwinden, wenn der Arzt materiell unabhängig wäre. h. h-g.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Die Anfang November dieses Jahres erfolgte Kundgebung des schweizerischen Bundesrats an die Bundesversammlung zeigt deutlich die Ohnmacht der Demokratie, wichtige sozialpolitische Probleme zu lösen. Genau vor zehn Jahren, gelegentlich der Debatten über die damals vom Volke verworfene etwas utopistische Volksinitiative über „Recht auf Arbeit“, erhielt der Bundesrat von der Bundesversammlung den Auftrag, Studien und Erhebungen zu machen zur Schaffung eines schweizerischen Gesetzes „für öffentlichen Arbeitsnachweis und für Schutz gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit“. Im November 1894 hat der Bundesrat die Kantonsregierungen, die Vorstände von Handels= und Industrievereinen, des Gewerbevereins und des Schweizerischen Arbeiterbundes um ihre Ansichtsäußerung gefragt. Im November 1903 waren diese endlich sämtlich eingegangen und im November 1904 in einer bundesrätlichen Kundgebung zusammengestellt, kritisiert und kommentiert.

Und das Resultat dieser zehnjährigen Bemühungen? „Der Bundesrat ist bei der Schwierigkeit des Gegenstandes nicht in der Lage, ein fertiges Projekt dem Parlament vorzulegen; er möchte aber der Bundesversammlung wenigstens Gelegenheit geben, sich grundsätzlich über die Frage auszusprechen!“

Von den 25 kantonalen Regierungen sind 17 der Ansicht, daß die Fürsorge für Arbeitslose nicht Sache des Bundes, sondern der Berufsorganisationen, der Kantone

und der Gemeinden sei. Nur 3 Kantone treten für eine Bundesgesetzgebung ein. 11 Kantone sprechen sich aus für Unterstützungen aus Bundesgeldern; 5 Kantone wollen, daß der öffentliche Arbeitsnachweis vom Bunde erweitert werde; 10 Kantone reden der Schaffung solcher Nachweise auf kantonalem Boden das Wort und 7 Kantone meinen, die Regulierung des Arbeitsnachweises soll Aufgabe des Bundes sein.

Eine Reihe von Vorschlägen macht der Schweizerische Gewerbeverein. Er verlangt, daß die Gründung des öffentlichen Nachweises vom Bunde, den Kantonen und den Gemeinden subventioniert werde. Zur Arbeitslosigkeit meint er, Aufgabe des Bundes wäre lediglich die Schaffung einer einheitlichen Statistik; die Versicherung selbst will er zur Sache der Berufsverbände machen. — Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins befürwortet bezüglich der Arbeitslosigkeit die Durchführung des Sparzwanges; den Arbeitsnachweis will er zur Bundessache machen. — Genosse Greulich, schweizerischer Arbeitersekretär, erklärt: Die Arbeitslosenversicherung könne ihre Aufgabe nur dann ganz erfüllen, wenn sie auf der Organisation und der organisierten Selbständigkeit der Arbeiterklasse beruhe. Es sollte der Versuch gemacht werden mit einer obligatorischen Versicherung auf dem Gemeindegebiet mit Kantons- und Bundessubvention. Für die Regelung des Arbeitsnachweises empfiehlt Greulich die Schaffung von Arbeitsämtern als Zweige der kommunalen und kantonalen Verwaltung, jedoch unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerverbände.

Auf Grund dieser Ansichtsäußerungen, in denen sich der Klassenstandpunkt der Interessenten deutlich offenbart, kommt der Bundesrat zu dem Schlusse, daß bezüglich der Fürsorge für Arbeitslosigkeit eine befriedigende Lösung nicht gefunden worden ist. Die Unterstützung — also nicht die Versicherung — der Arbeitslosen aber ist nach Ansicht des höchsten schweizerischen Magistrats lokal zu ordnen. „Damit ist nicht gesagt" — heißt es weiter — „daß bei großen Krisen, die ganze Landesteile erfassen, nicht auch der Staat (Kantone, Bund) von Fall zu Fall einspringen sollen, wenn die lokalen Hilfsmittel nicht ausreichen." Mit einem Worte: bei großen Krisen appelliert man an den Armensäckel! — Um diese Weisheit herauszumultiplizieren, brauchte es fürwahr keiner zehnjährigen Arbeit!

„Bezüglich der Arbeitslosenversicherung verspricht" — fährt der Bericht fort — „nur das Obligatorium einen durchgreifenden Erfolg; beim Freiwilligkeitssystem bleiben die guten Elemente und ein Teil der in schwankenden Erwerbsverhältnissen Stehenden fern." Das Obligatorium ist aber nicht zu verwirklichen. Dazu fehlt noch unter der Arbeiterschaft das Solidaritätsgefühl. Der Sparzwang paßt für unsere (auch für andere) Verhältnisse nicht. Und zum Schlusse — ein pium desiderium: „So aber werden wir es als unsere Pflicht betrachten, der sonstigen Fürsorge für Arbeitslosigkeit, einer der schwierigsten und größten Fragen der Gegenwart, unsere stete Aufmerksamkeit zu widmen." Also Phrasen, nichts als leere Redensarten!

Hinsichtlich der Organisation des Arbeitsnachweises will der Bundesrat die Gelegenheit bieten zur Schaffung einer Zentralstelle, die über Angebot und Nachfrage in einem Wochenbulletin eine Gesamtübersicht zu geben vermöchte. „Zu untersuchen ist noch, auf welche Grundlage (Gemeinden, berufliche Organisationen) die Arbeitsämter zu stellen seien, in welcher Weise der Bund die Gründung und den Betrieb solcher fördern solle, wie das Verhältnis zur Naturalverpflegung zu regeln sei usw." Also noch wenigstens ein halbes Dutzend Untersuchungen. . . .

Zu diesen geplanten Untersuchungen gewärtigt nun der Bundesrat „die Entscheidung des Parlamentes in prinzipieller Hinsicht", um dann im Falle der Zustimmung „wenigstens über die Förderung des Arbeitsnachweises" endlich einmal eine Gesetzesvorlage ausarbeiten zu können!

Alles in allem ist schließlich eine Bagatelle, und diese Einlösung des vor einem Jahrzehnt gegebenen Versprechens und die Frucht zehnjähriger Arbeit illustriert hinreichend die demokratische Sozialreform.

Dr. J. H—z.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 25 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Allotria.

⸗ Berlin, 15. März 1905.

Den ultramontanen Brotwucherern fängt es an, in ihrer Haut etwas heiß zu werden. Sie sind die einzige bürgerliche Partei, die noch unter den Arbeitern einen Anhang zu verlieren hat, und sie müssen auf allerlei Gaukelspiele bedacht sein, um den Eindruck der Tatsache zu verwischen, daß sie aus der Haut des Proletariats neue Riemen für das Junkertum geschnitten haben. Sie nehmen deshalb die Miene an, als wollten sie dem Militarismus und Marinismus schärfer auf die Finger passen, während sie zugleich eine mimosenhafte Empfindlichkeit gegen jeden Versuch der Regierung verraten, sich anzustellen, als müsse sie nicht einfach nach der Pfeife der Zentrumsmannen tanzen. Kommt jemals den gläubigen Schäflein die Ahnung, daß trotz aller Volksverrätereien „Katholisch" dennoch nicht „Trumpf" sei im neudeutschen Reiche, so beginnt es Matthäi am letzten zu werden in der „maßgebenden" Partei.

Ganz an solchen Versuchen kann es die Regierung aber nicht fehlen lassen. Das „protestantische Kaisertum" will am Ende doch auch nicht den stummen Hund spielen. Kürzlich ist in Berlin ein protestantischer Dom eröffnet worden, der in geschmackloser Weise den Pomp der Peterskirche nachzuahmen strebt und insofern als Kompliment für den Katholizismus angesehen werden mag. Aber bei der Einweihungsfeier soll der Kaiser zu einem Hamburger Geistlichen die Hoffnung ausgesprochen haben, daß bei einmütigem Zusammenwirken der Protestanten in etwa fünfhundert Jahren der Katholizismus besiegt sein werde. Wir wissen nicht, ob der Kaiser diese Äußerung getan hat, aber wenn er sie getan haben sollte, so würden wir nicht sagen, daß er dadurch die Rücksichten der Parität gegenüber den katholischen Staatsbürgern verletzt hätte. Er ist doch Protestant und muß an den Sieg seiner Kirche glauben; wenn er jedoch diesen Sieg bis in eine aschgraue Zukunft verschiebt, in der nach menschlichem Ermessen ein glücklicheres Geschlecht weder vom Katholizismus noch vom Protestantismus mehr etwas wissen wird, so spricht daraus eine große Rücksicht

auf die katholische Bevölkerung des Reiches. Eine viel größere, als sie der Papst auf die protestantische Welt zu nehmen pflegt, wenn er die für ihn sichere Niederlage des Protestantismus in der liebenswürdigen Form ankündigt, daß die Pforten der Hölle den Felsen Petri nicht überwältigen würden.

Gleichwohl stellt sich die ultramontane Presse über die angebliche Äußerung des Kaisers sehr erzürnt an, was zwar nicht auf die Besiegung des römischen Katholizismus durch den Berliner Protestantismus, aber allerdings auf das böse Gewissen der ultramontanen Brotwucherer einen sicheren Schluß gestattet. Nicht minder erzürnt stellte sie sich darüber, daß die Regierung in dem famosen Kampfe um die „akademische Freiheit" einen gewissen Rückzug angetreten hatte, der zuungunsten der ultramontanen Ansprüche gedeutet werden konnte. Der allzu große Biereifer, womit das preußische Kultusministerium den Polizeistock gegen die teutschen Jünglinge schwang, die ihrerseits nach dem Polizeistock gegen die konfessionellen Verbindungen schrien, wurde gedämpft, angeblich auf die Intervention des Kaisers. Darob war großer Kummer im ultramontanen Lager, und wenigstens diese Schmerzen sind nun durch eine authentische Kundgebung des Kaisers gestillt worden.

Es ist leicht zu begreifen, wie der Gedanke, die Unterstützung des Kaisers hinter sich zu haben, die Kämpfer für die „akademische Freiheit" begeisterte. Auf dem Eisenacher Studententag, der eben abgehalten worden ist, floß der lauterste Patriotismus in uferlosen Strömen. Die „Ausländerfrage", in der man so etwas wie ein Rückgrat hätte zeigen können, verschob man vorsichtigerweise auf den nächsten Studententag und schwelgte in dem glorreichen Siege, den man mit Hilfe der hohen Obrigkeit über die Dunkelmänner erfochten zu haben glaubte. Am Sonntag ging ein von ehrfurchtsvoller und treuer Gesinnung überfließendes Telegramm an den Kaiser ab, und abends sammelte man sich bei Fackelschein am Bismarcksturm, wo der Professor Thümmel aus Jena als bestellter Festredner eine wunderschöne Rede hielt.

Er fragte trutziglich, wer denn leugnen wolle, daß in den letzten zwei Jahrzehnten die Ruhe in unseres Deutschen Reiches Leben nur noch durch tägliche Tributzahlungen an die jenseits der Berge hausende Macht, die hier im Vaterland im Zentrum ihr ständiges Invasionsheer unterhalte, kümmerlich genug erhalten worden sei, und er verwies auf das „unbestechliche Urteil der Geschichte", die dermaleinst die Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. als ein, wenn auch reichlich mit Goldinitialen versehenes, so doch in seinem Bestand tiefschwarzes Blatt in ihre Bücher aufnehmen werde. Als deutscher Professor machte Herr Thümmel diese kühne Kritik natürlich wieder gut durch die nachdrückliche Versicherung, daß Wilhelm II. nun auch den „Bestand" des Blattes in eitles Gold verwandeln werde. Er meinte, man nenne es „Freiheit", wenn man verlange, daß auch das ultramontane Unkraut geduldet werde. „Aber", so fragte Herr Thümmel mit heiliger Empörung —, „ist das wahre Liebe zur Freiheit, wenn ich das, was Unkraut ist — an hoher Stelle hat man zwar das Wort Unkraut nicht gebraucht, sondern nur den Ausdruck: unerfreuliche Erscheinung dafür angewendet — neben dem nährenden Kraut — auch Kraut nenne? Wir kennen das Gleichnis Jesu genug, um zu wissen, daß auf diesem Gebiet des



geistigen Lebens mit Schlagen und Reißen nichts getan werden kann, aber von Euch zu verlangen, daß Ihr die neben Euren in geistiger Freiheit sich gebildet habenden Korporationen in innerer und äußerer Unfreiheit emporschießende akademische Unkräuter ebenfalls als gutes Kraut anerkannt — das ist schließlich ein Verlangen wider die Wahrhaftigkeit! Nicht einmal Ruhe kann herrschen zwischen denen und Euch, sondern wie Wasser und Feuer sich bekämpfen, so muß zwischen Euch und Jenen ein Kampf sein.... Ach, wie die Älteren sind meist so ruhig geworden; wir haben so viele Konzessionen machen, so viele Kompromisse schließen müssen, aber in Eurer Jugendseele soll noch ungebeugte Kampfeslust herrschen, wie die alte Burschenschaft vor 88 Jahren so kampfesfreudig war." So feierlich beschworen, und noch dazu in so klassischem Deutsch, leistete die Heldenschar den Hannibalseid gegen „jene Macht jenseits der Berge" und träumten den Heldentraum — ach! nur eine süße Nacht!

Denn am nächsten Morgen stellte die „hohe Stelle", um mit Herrn Thümmel zu sprechen, „schlichtweg ein Verlangen wider die Wahrhaftigkeit". Der Kaiser antwortete auf die Huldigungsadresse des Studententages mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Studenten bestrebt sein würden, die deutsche Geistesfreiheit auch durch die Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender hochzuhalten. Das hieß die konfessionelle Verbindungen auch für „Kraut" erklären. Was sich sonst gegen das kaiserliche Telegramm einwenden läßt, steht auf einem anderen Blatte, das wir vor unseren Lesern nicht erst aufzuschlagen brauchen, aber so weit es sich auf den Kampf um die „akademische Freiheit" bezieht, vermögen wir nicht dem Einwand eines Parteiblattes beizustimmen, das da meint, nach dem Telegramm solle sich die Geistesfreiheit der Studenten in der Achtung der Unterdrückung aller Geistesfreiheit betätigen, die das Programm des Klerikalismus sei. Auf Grund der „akademischen Freiheit" zu verlangen, daß Andersdenkenden die „akademische Freiheit" genommen werde, ist eine Gewissenstyrannei der ärgsten Art, und es ist jammervoll genug, daß deutsche Professoren und Studenten sich diese simple Wahrheit erst von einem Kaiser und, wie die ultramontane Presse nunmehr jubelt, durch eine „schallende Ohrfeige" attestieren lassen müssen.

Erwägenswerter ist der Gesichtspunkt, der in einer studentischen Polemik an anderer Stelle dieses Heftes gegen unsere Auffassung geltend gemacht wird. Es versteht sich von selbst, daß eine studentische Bewegung, die den Studenten die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte sichern will, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht zu tadeln wäre. Aber es ist nicht minder klar, daß der gegenwärtige Kampf um die „akademische Freiheit" gerade von dem Gesichtspunkt ausgegangen ist, daß den Studenten die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte nicht zustehen, indem er von den Universitätsbehörden das Verbot der konfessionellen Verbindungen verlangte. Insoweit stimmt der Einsender der studentischen Zuschrift mit unserer Auffassung überein. Er meint nur, daß der Kampf um die „akademische Freiheit" sich gemausert und die unsinnige Forderung aufgegeben habe, womit er jüngst aufgetreten sei, daß er sich jetzt nur darauf beschränke, den Studenten die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte zu erobern. Wir brauchen auf die Unwahrscheinlichkeit oder selbst Unmöglichkeit

einer solchen psychologischen Umwandlung nicht näher einzugehen, da der Eisenacher Studententag tatsächlich gezeigt hat, daß sie nicht eingetreten ist. Er hat der kulturkämpferischen Pauke des Professors Thümmel stürmischen Beifall gezollt, und wenn er von wegen der „schallenden Ohrfeige" nachträglich etwas Wasser in diesen Fusel geschüttet hat, so gereicht ihm das nicht zum größeren Ruhme, sondern zur größeren Unehre. Er hat schließlich eine Resolution gefaßt, die mit den Worten beginnt: „Der Verband deutscher Hochschulen ist der Ansicht, daß die Freiheit eines jeden Studenten weder von der Behörde noch von der Studentenschaft angetastet werden darf. Daher ist es auch berechtigt, daß sich Studenten zur Pflege von Sonderbestrebungen zusammenschließen", und die mit den Worten schließt: „Aus allen diesen Gründen kann der Verband deutscher Hochschulen die konfessionelle Absonderung als studentische Körperschaften nicht anerkenne, und hält daher ihre Auflösung für dringend erwünscht, wie er andererseits eine Einigung der deutschen Studentenschaft mit Ausschluß der konfessionellen Verbindungen erstrebt". Was zwischen diesen Sätzen steht, die sich gegenseitig ins Gesicht schlagen, ist ein Eiertanz von Worten, der den ehrwürdigen Kompromißgreisen des nationalliberalen und des ultramontanen Kuhhandels Tränen der Rührung entlocken und das freudige Bewußtsein einflößen wird: der Fink hat wieder Samen, dem Herrn sei Lob und Preis!

Wir glauben auch nicht, daß der Einsender der studentischen Zuschrift als „wir sozialdemokratischen Studenten" zu sprechen berechtigt ist. Wir kennen sozialdemokratische Studenten genug, die unsere Auffassung teilen und in diesen „Geisteskämpfen" nichts als Allotria erblicken, durch die vertuscht werden soll, daß die mit gezückten Schwertern gegeneinander rennenden „Geisteshelden" eben in holder Gemeinschaft der Arbeiterklasse die Haut über die Ohren gezogen haben. Es gehört wie der Punkt über dem i zu dem Eisenacher Studententag, daß er zu guter Letzt noch die „Tägliche Rundschau" zu seinem ersten Leiborgan gewählt hat, ein Blatt, das an politischer Gesinnungslosigkeit wie an Brotwucherfanatismus die ultramontane Presse womöglich noch um einige Nasenlängen schlägt.

Kritische Randbemerkungen zur Bergarbeiter-Novelle.

Von **Anton Bredenbeck**-Dortmund.

So ist nun endlich die Welt den Zweifeln entrückt, ob und wie die preußische Regierung ihr den Bergarbeitern gegebenes Versprechen einzulösen gedenkt. Lange genug hat es freilich gedauert!

Als der Streik der Regierung unbequem wurde, da erklärte sie im Reichstag, daß sie schon seit längerer Zeit mit den Vorarbeiten zu einer Bergarbeiternovelle beschäftigt sei, die den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter Rechnung trage, und die nun baldigst dem preußischen Landtag zugehen werde. Der Streik dauerte etwa vier Wochen, aber die Regierung hatte ihr Versprechen noch immer nicht eingelöst. Am 9. Februar erklärte auf der Konferenz zu Essen der christliche Gewerkvereinsführer Efferts, er habe die Versicherung, daß spätestens in drei Tagen die Regierung ihr Versprechen einlösen werde.

Daraufhin hob die Konferenz den Streik auf. Weniger aus Vertrauen zur Regierung als aus Disziplin kehrten die Bergleute wirklich in die Gruben zurück. Da atmete die Regierung auf, den lästigen Mahnern ließ sie durch Minister Möller erklären: „Drängen lasse ich mich nicht!“ Das war die erste schallende Ohrfeige, mit der die preußische Regierung das in sie gesetzte Vertrauen lohnte.

So gingen noch vier Wochen ins Land, bis endlich nach langem Hangen und Bangen die Vorlage das Licht der Welt erblickte. Sie erstreckt sich in der Hauptsache auf drei Punkte: das Nullen, die Schichtzeit und die Arbeiterausschüsse. Von so manchen anderen wichtigen Fragen, wie zum Beispiel die Frauenarbeit auf den Gruben der Zentrumsgrafen in Schlesien, steht in der Vorlage kein Wort.

Das sei vorweg gesagt: in keinem Punkte ist den Forderungen der Bergleute wirklich Rechnung getragen, die Regierung hat ihr den Bergleuten gegebenes Versprechen nicht eingelöst. Hätte sich die Regierung mit dieser Vorlage während des Streiks herausgewagt, die Folgen wären unabsehbar und eine Katastrophe kaum vermeidlich gewesen. Das hat auch die Regierung sehr gut gewußt — und dies die Ursache ihrer Verschleppungstaktik. Jetzt freilich, nachdem allerorts im Ruhrrevier die Ruhe wieder Einkehr gehalten hat, erfährt die Vorlage sehr verschiedene Beurteilung. Allerdings dürfte kaum ein Blatt die Forderungen der Bergleute als durch die Vorlage vollkommen berücksichtigt hinstellen, aber die Zentrumspresse erklärt doch, sie sei so ziemlich zufrieden mit der Novelle. Das ist beim Zentrum ganz selbstverständlich, nicht nur weil es Regierungspartei ist, sondern weil es ja auch die Interessen des sehr bedeutenden ultramontanen Grubenkapitals wahrzunehmen hat. Nahezu einig ist dagegen die Presse der linksstehenden Parteien, daß die Regierung enttäuscht und ihr gegebenes Wort gebrochen habe, und die Bergarbeiter von ihr betrogen worden seien. Leute, die solches schreiben, sprechen sich jedoch selber als Politiker ein Urteil, das ihnen wahrlich keine Ehre macht. Ich persönlich bin durch die Vorlage weder zufriedengestellt noch enttäuscht. Enttäuscht konnte doch nur derjenige werden, welcher zur preußischen Regierung das Vertrauen gefaßt hatte, sie werde wirklich den berechtigten Forderungen der Bergleute gesetzliche Anerkennung verschaffen. Was hat denn aber die Regierung des preußischen Klassenstaats, in dem der Geldsack und der Junker die Herrschaft ausüben, verbrochen, um ein solches für sie beinahe beleidigendes Vertrauen zu rechtfertigen?! Oder hält man vielleicht den Bergwerksminister Möller, den Vertrauensmann des rheinisch-westfälischen Großkapitals, für so vertrauenswürdig? Das ist doch derselbe Möller, der als Abgeordneter für den Wahlkreis Dortmund-Hörde einst im Reichstag erklärte: „Wir befinden uns mit den Arbeitern im Kriege, und im Kriege sind alle Mittel erlaubt!“

Die Unternehmerpresse ist mit der Vorlage natürlich nicht zufrieden, aber weniger wohl wegen der Besorgnis etwaiger Zugeständnisse an die Arbeiter, als wegen der Tatsache, daß die Gesetzgebungsmaschine in der Angelegenheit überhaupt in Bewegung gesetzt wird. Mit meinem Eigentum mache ich, was ich will, so ähnlich äußerte sich noch unlängst der Grubengewaltige Hugo Stinnes. Nirgends ist das Prinzip des „Herrn im eigenen Hause“ so scharf ausgeprägt wie bei den Grubenmagnaten des Ruhrreviers; sie betrachten daher die Bergarbeiternovelle als einen Eingriff in ihre geheiligten Rechte, als ein Majestätsverbrechen am heiligen Geldsack. Diesen wahren Grund öffentlich

auszusprechen, hüten sich die Unternehmer allerdings. Dagegen unterstützen sie ihre Opposition mit allerhand Scheingründen. So führen sie an, daß durch die Annahme der Vorlage die Produktionskosten wesentlich gesteigert würden, was eine Preiserhöhung der Kohle notwendig zur Folge habe, wodurch dann wieder die Konkurrenzfähigkeit leide und große Absatzgebiete an ausländische Kohle verloren gehen würden. In Wirklichkeit verfolgen sie mit diesen Klagen nur den Zweck, die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter scharf zu machen und den kommenden Kohlenwucher als durch die Arbeiter verschuldet und unvermeidlich hinzustellen. Dies festzustellen ist notwendig. Daß den Bergleuten durch die Vorlage keine wesentlichen Vorteile erwachsen und darum auch den Unternehmern keine besonderen Nachteile entstehen können, werde ich noch nachweisen.

Was bietet nun die Vorlage?

Wenn wir sie namentlich in technischer Hinsicht betrachten, zeigt sich der Unwert der scheinbar so viel gewährenden Bestimmungen am deutlichsten.

Da ist zunächst das Wagennullen. § 80c der Vorlage bestimmt hierüber:

„Genügend und vorschriftsmäßig beladene Fördergefäße bei der Lohnberechnung in Abzug zu bringen, ist verboten. Ungenügend oder vorschriftswidrig beladene Fördergefäße müssen insoweit angerechnet werden, als ihr Inhalt vorschriftsmäßig ist. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, zu gestatten, daß die Arbeiter auf ihre Kosten durch einen aus ihrer Mitte von dem ständigen Arbeiterausschuß oder, wo ein solcher nicht besteht, von ihnen gewählten Vertrauensmann das Verfahren bei Feststellung der ungenügenden oder vorschriftswidrigen Beladung und des bei der Lohnberechnung anzurechnenden Teiles der Beladung überwachen lassen; durch die Überwachung darf eine Störung des Betriebs nicht herbeigeführt werden. Der Bergwerksbesitzer ist ferner verpflichtet, den Lohn des Vertrauensmannes auf Antrag des ständigen Arbeiterausschusses oder der Mehrzahl der beteiligten Arbeiter vorschußweise zu zahlen; er ist berechtigt, den vorschußweise gezahlten Lohn den beteiligten Arbeitern bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen."

Vertrauensseligkeit und Unkenntnis hatte aus den Bestimmungen dieses Paragraphen schon herausgelesen, das Nullen sei gänzlich verboten. Das ist aber unrichtig. Was im ersten Satze des Paragraphen bestimmt wird, hatte bisher schon Geltung, neu ist der Satz: „Ungenügend oder vorschriftswidrig beladene Fördergefäße müssen insoweit angerechnet werden, als ihr Inhalt vorschriftsmäßig ist." Daraus geht allerdings hervor, daß gänzliches Vernullen wegen Mindermaß ausgeschlossen sein soll. Um aber allen Betrügereien der Unternehmer vorzubeugen, hätte die gesetzliche Bestimmung aufgenommen werden müssen, daß nach Gewicht bezahlt werden muß, oder daß die Gruben geeichte Förderwagen zu führen haben, sonst wird es immer wieder strittig bleiben, was als „genügend" beladen zu gelten hat. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß bisher ein zu Streichmaß geladener Wagen als nicht genügend gilt, sondern vielfach das Verlangen gestellt wird, die Wagen bis zu 1 Fuß hoch über den Rand hin mit Stückkohlen zu bepacken. Dies wird aber von den Bergleuten ebensosehr als Betrug empfunden, als das regelmäßige Vernullen von Wagen, die nur Streichmaß haben. Die Aufnahme einer Bestimmung nach der von mir angegebenen Richtung ist auch um so notwendiger, als der von den Arbeitern zu bestellende Kontrolleur laut Vorlage nur insoweit seine Funktionen ausüben darf, als der Betrieb nicht darunter leidet.

Aber selbst wenn die von mir erwähnte Bestimmung aufgenommen würde, bleibt es ein großes Unrecht, wegen Mindermaß den Bergleuten auch nur einen Teil des Betrages für den geförderten Wagen in Abzug zu bringen. Denn

wenn Mindermaß gefördert wird, so liegt in mindestens 90 von 100 Fällen die Schuld an der Betriebsleitung. Die Unternehmer wollen möglichst hohe Dividenden, die Beamten möglichst hohe Tantiemen und Prämien, darum muß die Förderziffer möglichst steigen und die Produktionskosten müssen sinken.

Um die Produktionskosten zu mindern, werden die sonderbarsten Mittel angewendet. Man spart da unter anderem am Metergeld für das Treiben der Ortsstrecken, selbstverständlich wird als Folge davon in den minder mächtigen Flötzen das Nachbrechen des Nebengesteins möglichst vermieden und die Strecken werden recht niedrig gebaut. Hat man nun auch noch Quellgebirge, so streicht schon nach wenigen Tagen der leere Wagen die Zimmerung und ein genügendes Beladen der Wagen ist unmöglich geworden. Die Hauer würden den Wagen gerne genügend beladen, sie haben kein Interesse daran, einige Schaufeln Kohlen zu sparen, aber wenn sie nur eine Schaufel über Streichmaß laden, dann sitzt der Wagen unter der Zimmerung festgekeilt und die Förderung hört überhaupt auf. Schließlich quillt das Gebirge mehr und mehr und das Liegende müßte nachgebrochen und das Geleise gesenkt werden. Das geschieht aber nicht, weil das Zeit und Geld kosten würde. Darum wird die Zimmerung behauen und damit geschwächt, bei der nächsten Gelegenheit kann sie den Druck des Gebirges nicht mehr ertragen und bricht zusammen. In der Tagespresse aber liest man anderen Tages die stereotype Notiz: „Durch Steinfall aus dem Hängenden verunglückte der Bergmann usw." Wie auf den Strecken, werden in den Bremsbergen, Sohlenstrecken usw. ebenfalls wenig oder keine Reparaturarbeiten gemacht, die Geleise sind meist sehr schlecht, so daß auch der gut beladene Wagen noch hundert Fährnisse, als Entgleisungen usw., durchzumachen hat, ehe er zutage gelangt. Für diese elende, unverantwortliche Profithascherei soll nach wie vor der Bergmann büßen, indem zwar nicht mehr der ganze Wagen, aber das fehlende Quantum in Abzug gebracht werden soll — und obendrein muß er noch, wie oben angeführt, Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen.

Mit den unrein geförderten Kohlen ist es ebenfalls eine eigene Sache. Auch da sollen die Steine in Abzug gebracht werden; das sei gerecht, heißt es in der Begründung, weil auf die Gebirgsverhältnisse bei der Gedingemachung Rücksicht genommen werde. Eine Behauptung, die nicht den Tatsachen entspricht! Wenn auf die Gebirgsverhältnisse Rücksicht genommen würde, müßte der Gedingesatz meist den dreifachen Betrag des geltenden Gedinges übersteigen. Im übrigen gibt es sogar Flötze, wo gänzlich unmöglich ist, reine Kohlen zu liefern. Das sind Flötze mit mürben Bergmitteln (zwischen lagernden Gesteinsschichten) durchsetzt und mürbem, oft sehr mächtigem Nachfall, der nicht angebaut, aber auch nicht abgeschrämmt werden kann. Muß die Kohle in solchen Fällen noch gar gesprengt werden, so ist alles durcheinandergemischt, eine große graue Masse, aus der in der Grube beim schwachen Scheine der Grubenlampe nur größere Steine herausgeschafft werden können. Wenn nun diese mit kleinen Steinen durchsetzten und mit Gesteinsstaub grau gefärbten Kohlen zutage kommen — was wird mit denen geschehen? Allerdings wandern sie in die Separation und Wäsche wie die übrigen Kohlen, um dann verkauft zu werden. Dann vermute ich aber wohl nicht mit Unrecht, daß die folgende Stelle aus der Begründung der Vorlage Geltung haben soll:

„Hierbei wird den Arbeitsordnungen eine den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprechende Freiheit nicht vorzuenthalten sein; zum Beispiel

wird eine Bestimmung etwa dahin, daß eine Abrundung des Gewichtes der reinen Kohle oder desjenigen der unreinen Bestandteile auf ein gewisses, die Berechnung erleichterndes Gewicht zu erfolgen habe, für zulässig erachtet werden müssen."

Damit können die Unternehmer zufrieden sein, das ist für sie eine vorzügliche Hintertür, die sie zu benutzen wissen werden. Es ist ihnen dadurch die Möglichkeit gegeben, das theoretisch beseitigte Nullen praktisch weiter zu üben. Man sieht, die angeblichen Vorteile, die dieser Paragraph in betreff des Nullens den Bergleuten bietet, sind sehr zweifelhafter Natur. Das Wohlwollen der Regierung den Bergleuten gegenüber wird in dieser Frage noch dadurch illustriert, daß sie in der Begründung den Unternehmern nahelegt, an Stelle des Nullens die Leute mit 3 Mark zu bestrafen, womit der Fiskus im Saarrevier „sehr gute Erfolge" erzielt habe. Das besagt genug!

Im Anschluß an die Frage des Nullens einige Worte über das Strafwesen, worüber die Novelle ebenfalls Bestimmungen enthält. Hier hat die Regierung etwas „Außerordentliches" geleistet. Es wird nämlich bestimmt, daß in Zukunft im Laufe eines Monats Strafen verhängt werden können im Betrag der Höhe des Lohnes für zwei Schichten. Verdient ein Mann im Durchschnitt 4,50 bis 5 Mark die Schicht, so hat die Zeche das Recht, den Mann im Monat mit 9 bis 10 Mark zu bestrafen, im Jahre also mit 100 bis 120 Mark = etwa 10 Prozent seines Lohnes. Hier haben wir den Fall, daß die Regierung den Unternehmern das Recht zu schärferen Bedrückungen einräumt, als sie bisher sich auszuüben erlaubt haben. Im Saarrevier, auf den fiskalischen Gruben, ist der Höchstbetrag der im Monat zu verhängenden Strafen 6 Mark! Bei dieser Strafbestimmung für den Ruhrbergbau merkt man zwar kein soziales Verständnis des Ministers, wohl aber ein kapitalistisches des Vertrauensmanns der Grubenmagnaten. Und so sucht Herr Möller zukünftigen Streiks vorzubeugen!

Die Kardinalfrage ist die Schichtzeit. Die Bergleute fordern schon immer, und zwar mit Recht, die achtstündige Schicht inklusive Ein- und Ausfahrt als Maximalarbeitstag. Sie fordern nur zurück, was man ihnen geraubt hat, die achtstündige Schicht ist ein Erbteil ihrer Väter. Sie ist auch durchführbar, wenn nur der gute Wille dazu da ist; ich selbst habe sie zu Anfang der achtziger Jahre auf Zeche „Glückauf Tiefbau" bei Barop (Dortmund) etwa fünf Jahre lang mitgemacht, wo sie vom Direktor Pieler, dem jetzigen Generalbevollmächtigten des Grafen Ballestrem, eingeführt worden war. Sie bewährte sich durchaus, wurde aber später wieder abgeschafft, als Pieler durch einen anderen Direktor ersetzt wurde. Man will eben den Bergleuten die achtstündige Schicht als Maximalarbeitszeit nicht geben, unter keinen Umständen. Auch die Regierung erklärt jetzt, daß sie ein Recht der Bergleute auf die acht Stunden Schicht nicht anerkenne. Dagegen kommt sie in der Vorlage mit dem sanitären Arbeitstag. Eine recht seltsame Einrichtung, diese sanitäre Arbeitszeit der Bergleute! Von den hier in Betracht kommenden Paragraphen seien die beiden folgenden angeführt:

§ 93b. In den Gruben oder Grubenabteilungen, in denen mehr als die Hälfte der belegten Betriebspunkte eine gewöhnliche Temperatur von mehr als + 22 Grad Celsius hat, darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab $8^1/_2$ Stunden, vom 1. Oktober 1908 ab 8 Stunden nicht übersteigen.

Die Oberbergämter sind ermächtigt, für einzelne Gruben oder Grubenabteilungen diese Anfangstermine um höchstens zwei Jahre hinauszuschieben, wenn dies zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens erforderlich erscheint.

Als Arbeitszeit gilt die Zeit vom Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn.

Die Bergbehörde hat durch schriftliche Verfügung zu bestimmen, ob für eine Grube oder Grubenabteilung die in Absatz 1 bezeichnete Voraussetzung vorliegt.

§ 93c. An den Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als + 28 Grad Celsius beträgt, dürfen Arbeiter nicht länger als 6 Stunden täglich beschäftigt werden.

Man merke wohl: nur wo mehr als die Hälfte der Betriebspunkte auf einer Zeche eine Temperatur von mehr als + 22 Grad Celsius hat, tritt der sanitäre Arbeitstag in Kraft. Allerdings werden ihn eine Anzahl Zechen, namentlich in den nördlichen Revieren, ohne weiteres einführen müssen. Aber auch nur eine Anzahl! Ich vermute wohl nicht mit Unrecht, und werde darin gestützt durch die positive Mitteilung eines technischen Grubenbeamten, daß der sanitäre Arbeitstag auf der großen Mehrzahl der Zechen nicht zur Einführung gelangen wird. Dieser Beamte teilte mir sogar mit, daß es eben mit diesen + 22 Grad seine eigene Bewandnis habe; sie seien gerade die geeignete Grenze, um der famosen Einrichtung der „sanitären Arbeitszeit" aus dem Wege zu gehen. Darüber seien sich die Unternehmer auch schon längst klar geworden. Der Vereitelungsplan der Unternehmer wurde mir folgendermaßen demonstriert: Man denke sich eine Grube mit 600 Betriebspunkten. Davon haben bei gleichmäßiger Bewetterung (Luftzuführung) der Grube etwa 320 Betriebspunkte — also die Mehrheit — eine Temperatur von + 22 bis 24 Grad Celsius, die übrigen 280 Betriebspunkte eine Temperatur von weniger als + 22 Grad. Nun beginnt das Experiment mittels der Bewetterung, sie wird nicht mehr gleichmäßig vorgenommen. Die zuletzt angeführten 280 Betriebspunkte mit weniger als + 22 Grad bleiben davon unberührt, bei ihnen muß die niedrige Temperatur erhalten bleiben. Dagegen wird bei den erstgenannten 320 Betriebspunkten eine Sanierung vorgenommen und etwa 30 bis 40 von diesen mit schärferer Bewetterung versehen. Dadurch wird aber die kühlere Luft den übrigen heißen Betriebspunkten entzogen! Die Temperatur der 30 bis 40 Betriebspunkte wird auf diese Weise unter 22 Grad herabgedrückt, die verbleibenden 280 bis 290 heißen Betriebspunkte erhalten dafür eine Temperatur von 24 bis 26 Grad. Nun steht das Verhältnis so: Anstatt 280 sind jetzt 310 bis 320 Betriebspunkte vorhanden mit einer Temperatur von weniger + 22 Grad Celsius, statt 320 mit mehr als + 22 Celsius, jetzt nur noch 280 bis 290. Die Zeche ist gerettet, sie braucht die sanitäre Arbeitszeit nicht mehr einzuführen, die tags zuvor noch notwendig war gemäß der gesetzlichen Vorschriften. Das alles wurde bewirkt mittels einer Wettertür, die der Zeche etwa 20 Mark Herstellungskosten verursachte. Die Einführung der sanitären Arbeitszeit ist verhindert, obschon jetzt von 280 bis 290 Betriebspunkten in heißerer Temperatur gearbeitet werden muß, wie vordem. Aber zu ändern ist da nichts, dem Gesetze ist Genüge geschehen, und der Unternehmer lacht sich ins Fäustchen. Wenn man noch in Betracht zieht, daß es den Besitzern von Gruben mit einer Temperatur von weniger als + 22 Grad Celsius nicht im geringsten verwehrt

ist, die Schichtzeit nach Belieben zu verlängern, so ist auch hier der Erfolg der Bergleute ein sehr zweifelhafter. Ich bin sogar überzeugt, daß gerade dieser sanitäre Arbeitstag, falls er eingeführt wird, den Keim zu neuen Kämpfen in sich birgt.

Daß es der Regierung gar nicht darauf ankam, den berechtigten Forderungen der Bergleute Rechnung zu tragen, als vielmehr die Unternehmer zu besänftigen, sieht man vor allen Dingen an ihrer Stellungnahme zu den Überschichten. Die Bergleute verlangen Verbot des Überschichtenwesens. Fast wie Hohn klingt es da, daß die Regierung gestattet, die Arbeiter durch die Arbeitsordnungen zu verpflichten, wöchentlich zu Förderzwecken eine ganze Überschicht zu 8 Stunden, oder zwei Überschichten zu à 4 Stunden zu verfahren. Der Arbeiter kann also in der Folge gezwungen werden, im Monat 4 bis 5 volle Überschichten verfahren zu müssen. Hier soll also ein äußerst schwer empfundener Mißstand gesetzliche Sanktion erhalten! Obendrein dürfte kaum eine Zeche vorhanden sein, wo bisher im Monatsdurchschnitt 4 bis 5 Überschichten verfahren worden wären. Der einzige Vorteil, der hier zu verzeichnen ist, besteht darin, daß durch diese Bestimmungen auch den freiwilligen Überschichten eine Grenze gezogen ist. Es ist auch davon die Rede, daß bei Anordnung von Überschichten der Arbeiterausschuß gehört werden muß. Aber das hat keine praktische Bedeutung, weil die auch in der Vorlage vorgesehene Einrichtung der Arbeiterausschüsse, ebenso wie die der von Arbeitern zu wählenden Kontrollbeamten nichts weiter bedeutet wie eine wohlfeile Dekoration. Mit fast verblüffender Offenherzigkeit wird das in der Begründung der Vorlage selbst ausgesprochen, indem es da wörtlich heißt:

„... Der vielfach von Werksbesitzern geäußerten Befürchtung, daß die Arbeiterausschüsse politische Bestrebungen verfolgen oder in sonstiger Weise den Werksverwaltungen Schwierigkeiten bereiten werden, kann eine Berechtigung nicht abgesprochen werden. Diesen Schwierigkeiten wird aber dadurch entgegengewirkt werden können, daß einerseits dem Arbeiterausschuß lediglich eine beratende oder besser informierende Stellung zugewiesen, dem Werksbesitzer dagegen die ihm gebührende volle und freie Entschließung über seine Maßnahmen vorbehalten wird, andererseits dadurch, daß dem Arbeiterausschuß Aufgaben und Tätigkeiten übertragen werden, die ihn vor einem zwecklosen Scheindasein bewahren und ihm eine gewisse Befriedigung gewähren. ...“

Dieser Passus ist so bezeichnend, er gibt so prägnant den Geist wieder, der die ganze Vorlage beseelt, daß es fast überflüssig erscheint, noch weitere Worte darüber zu verlieren.

Doch muß noch erwähnt werden, daß in der Vorlage auch Strafbestimmungen für die Unternehmer vorgesehen sind. Natürlich Geldstrafen — bis zu 2000 Mark! 2000 Mark ist die obere Grenze, nach unten zu ist keine gesetzt, darum kann eine Übertretung auch schon mit 2 Mark gesühnt werden, wenn der Staatsanwalt seine harte Pflicht erfüllen muß. —

Das ist nun die Vorlage, mit der die Regierung vor den preußischen Landtag tritt — wohlweislich nicht vor den deutschen Reichstag. Im Reichstage setzte die Aktion der Sozialdemokratie mit voller Macht ein für die Bergarbeiter und die bürgerlichen Parteien wurden wohl oder übel mit fortgerissen — darum beharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt, die Berggesetzgebung gehöre lediglich zur Kompetenz der Einzellandtage. Sie wußte sehr wohl, wenn sie

mit einer solchen Vorlage vor den Reichstag tritt, welches Strafgericht auf sie herniedergehen würde. Im preußischen Landtage, dem Parlament des Geldsacks und des Junkertums, ist sie in sicherer Hut. Man denke doch nur, das preußische Herrenhaus hat über die Vorlage zu beschließen! Wer kann da hoffen, daß noch etwas Gutes für die Bergleute herauskommen wird? Im Abgeordnetenhause ist es das Zentrum, das die Interessen der Bergleute wahrnehmen soll. Ach, dieses Zentrum als Vertreterin von Arbeiterinteressen! Man hätte ja erwarten können, daß es aus politischen Gründen für geringe Verbesserungen der Vorlage eintreten würde, aber, wie schon gesagt, die Zentrumspresse erklärt sich für zufrieden gestellt. Man weiß, warum. Maßgebende Zentrumsgrafen aus Schlesien sind Grubenbesitzer, und diese fühlen durch jede Verbesserung der berggesetzlichen Bestimmungen ihre Interessen bedroht. Da entspricht es eben der göttlichen Weltordnung, daß sich die Arbeiter zu bescheiden haben. Das Zentrum pocht ja immer auf seine sozialpolitische Fürsorge für die Arbeiter, worin es allen anderen Parteien voraus sei. Nun hat es die beste Gelegenheit, einmal wirkliche Taten sehen zu lassen, diese Vorlage wird den Zentrumsanhängern als Prüfstein gelten.

Indessen hat der bisherige Verlauf der Angelegenheit schon zur Evidenz erwiesen, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien für die Bergarbeiter nichts tun werden; sie sind und bleiben gehorsame Diener des Kapitalismus.

Nun — den Bergarbeitern bringt der Streik wie die jetzige gesetzgeberische Aktion der Regierung den Beweis, daß sie nur aus eigener Kraft im beruflichen und politischen Kampfe ihr Ziel erreichen können. Zentrum und Regierung werden bald die Erfahrung machen, daß sie mit ihrem Vorgehen nur neue Wasserfluten auf die Mühlen der Sozialdemokratie geleitet haben.

Die ungarische Revolution von 1848.

Bemerkungen zu Engels' Artikel über Ungarn in der „Neuen Rheinischen Zeitung".

Von **Erwin Szabó.**

(Schluß.)

Wie ist es unter solchen Umständen zu erklären, daß wir dennoch die Reformperiode erlebten, in der in Ungarn allein mehr politisches Leben pulsierte als im ganzen Deutschen Reiche, und die feudalen Formen der alten ungarischen Verfassung erfolgreicher im Interesse der Demokratie ausgebeutet wurden, als die modernen Formen der süddeutschen Konstitutionen? Wo nahm das friedliche, des Kampfes entwöhnte Volk die Energie, um seine tapfere Revolution auszukämpfen? Was für Kräfte, welch neue Faktoren traten auf dem schwankenden Kampfplatz auf?

An dieser Stelle ist es nicht unsere Aufgabe, die treibenden Kräfte der ungarischen Revolution aufzudecken. Wir müssen uns darauf beschränken, was zur Beleuchtung von Engels' Ausführungen notwendig ist.

Unsere Geschichtschreiber stimmen in der Datierung der Periode der „nationalen Reform" vom Jahre 1825, dem Gründungsjahr der ungarischen Akademie der Wissenschaften,[1] überein. Diese Tatsache allein genügt schon, um jene Geschichtsauffassung, die die soziale Reform und die nationalen Unabhängig-

[1] Im Jahre 1825 stiftete Graf Stefan Széchenyi ein Jahreseinkommen, das ist 60000 Gulden, zugunsten der Errichtung einer ungarischen Akademie.

keitsbestrebungen auf das Aufblühen der nationalen Literatur zurückführt, ad absurdum zu führen.

Es gehört die Selbstüberhebung von Schriftstellern und die Vernageltheit von Literarhistorikern dazu, um in der Gründung einer Schriftstellerakademie den Angelpunkt einer großen sozialen Umwälzung zu erblicken. Die Akademien stehen ihrer inneren Natur nach überall im Dienste der konservativen Interessen, wenn auch nicht immer bewußt, so jederzeit dadurch, daß sie der neuen, aufkommenden Wissenschaft und der jungen Schriftstellergeneration gegenüber die alte, überholte Wissenschaft und deren Vertreter stützen.

Sollte bloß die ungarische Akademie die Anfeindungen der revolutionären Literatur, den Spott und den Zorn der Petöfi usw. unverdient erduldet haben?

Tatsächlich verhält es sich so, daß der Charakter der ungarischen schönen Literatur bis in die vierziger Jahre nicht einmal national war, geschweige denn revolutionär (selbst wenn wir unter revolutionär hier bloß reformerisch verstehen). Die berühmten Leibgardisten Maria Theresias, die Vorkämpfer der ungarischen literarischen Wiedergeburt sowie alle ungarischen Schriftsteller des achtzehnten Jahrhunderts: die Rádai, Baron Amadé, Baron Orczy, Barcsay, Graf Teleky, Bessényei, Anyos, Faludi, Révay, Virág und wie sie alle heißen — Adelige und Geistliche — sangen mit ihrer schwachen Stimme das Loblied des Adels und des Herrscherhauses; von einem nationalen Gefühl keine Spur! Die das Ausland bewegenden großen Gedankenkämpfe erreichen ihre Ohren nicht; der eine oder andere spricht wohl von den humanitären Idealen der idealistischen Philosophie, aber in einem Atem preist er die Zufriedenheit und die glückliche Armut des ungarischen Leibeigenen. Selbst Kazinczy, der hervorragendste Schriftsteller dieser Zeit, der große Spracherneuerer, mochte den Patriotismus in der Dichtkunst nicht, verurteilte ihn sogar ganz entschieden; und die Übersetzung der germanisierenden Verordnungen Josefs II. — schreibt er selbst — war ihm „ein Vergnügen" (Grünwald, S. 469). Nach dem Reichstag von 1811 verstummt die patriotische Poesie vollständig, die in den ersten Jahren der Regierung Franz I. in den Gedichten von Berzsenyi, Virág als Lob der adeligen Gloire manchmal doch zu Worte kam. Durch das große Heldengedicht von Vörösmarty, „Zaláns Flucht" (1823) bekommt die patriotische Poesie neue Anregung, aber auch er zog bloß „den alten Ruhm aus nächtlichem Dunkel" ans Licht; von demokratischen Ideen findet sich in der ganzen Literatur keine Spur, und die wenigen, die an die Zukunft der Nation noch glauben, erwarten die Morgenröte nicht von der Reform.

Aber selbst wenn die Idee der Nationalität, als die der Gleichheit und Selbständigkeit des ganzen, magyarisch redenden Volkes, oder die politischen Strömungen des Westens in der Dichtung dieser Zeit zu Worte gekommen wären: was hätte wohl ihre Wirkung sein können? Hatten doch die magyarischen Schriftsteller kaum Leser! Katonas „Banus Bánk", das erste Drama, in welchem die nationale Erbitterung und die Leiden der Leibeigenen mit dramatischer Kraft zum Ausdruck gebracht werden, wird nirgends aufgeführt. Von der ersten Auflage von „Zaláns Flucht" wurden bloß einige Exemplare abgesetzt. Mit Ausnahme der zwei, drei Jahre unmittelbar vor der Revolution erscheint kaum ein ungarisches Buch anders als mit Unterstützung eines aristokratischen Gönners oder im Subskriptionsweg; wie revolutionär oder national mochte der Ton sein, der die Genehmigung eines ungarischen Magnaten fand,

wie weit der Kreis, in welchem ein Buch durch die Unterschriften sammelnden Freunde des Verfassers verbreitet wurde!

Mit einem Worte: weder in der Vorbereitung der nationalen noch der politischen Reform spielte die magyarische schöne Literatur eine erwähnenswerte Rolle. Nach Bacsányi, dem einzigen, der die Ideale der französischen Revolution nachempfand, war Petöfi der erste im westeuropäischen Sinne nationale und revolutionäre magyarische Schriftsteller; aber Petöfis Einfluß beginnt erst Mitte der vierziger Jahre sich geltend zu machen.

Wollen wir dennoch das Verdienst der Reform an eine Person und ein literarisches Werk knüpfen, so tritt der Name des Grafen Stefan Széchenyi in den Vordergrund. Er war es, der mit seinem „Credit“ (1830) die Agitation für bürgerliche Reformen eröffnete. Er war es, bei dem die Idee der Nationalität kein Greinen nach dem verflogenen Kriegsruhm der Ahnen ist, sondern wie in Westeuropa, der notwendige ideale Zweck der die Nation regenerierenden wirtschaftlichen und sozialen Bewegung, jene sittliche Überforderung, welche den bindenden und hemmenden Kräften gegenüber den unentbehrlichen Schwung und die Selbstaufopferung auslöst.

Aber auch bei Széchenyi, der sich an den Ideen des klassischen Ökonomen der bürgerlichen Gesellschaft, Adam Smiths, und ihres klassischen Philosophen, Benthams, begeistert, verdichten sich die Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft mit den Interessen seiner Klasse zu einer merkwürdigen Synthese. Széchenyi wünschte aufs aufrichtigste die Befreiung der Leibeigenschaft, die Abschaffung der Avitizität,[1] die Entwicklung von Gewerbe und Handel; aber er wünschte diese riesige wirtschaftliche Revolution, welche eine Klasse aus der privatrechtlichen Sklaverei befreien und hinter ihr eine andere entstehen lassen sollte — ohne Erschütterung der bestehenden politischen Kräfteverhältnisse. Das neue Ungarn sollte im Einvernehmen mit dem Königtum und unter Aufrechthaltung der staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Oberherrschaft der Aristokratie zustande kommen.

In der Unvereinbarkeit seines realen wirtschaftlichen und seines utopistischen politischen Programms sehen wir den Schlüssel zur Tragik Széchenyis.

Széchenyi sah nicht, daß wenn er den Hochadel von der Richtigkeit seiner Reformen überzeugen und zu gemeinsamer Reformarbeit gewinnen wollte, er dies nur mit Lösung jener Bande erreichen konnte, welche in jahrhundertelangem gemeinsamem Kampfe den Kern des ungarischen Hochadels unzertrennbar an das Königtum fesselten. Denn die Dynastie war dem Fortschritt Ungarns gegenüber von ganz anderen Empfindungen beseelt als früher. Die Zeit Maria Theresias und Josefs II. war vorbei. Der Sturm der französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege hatte die Reaktion erweckt und ihr Brennpunkt war Österreich, ihr leuchtendes Vorbild Metternich, Österreichs wahrer Herrscher. Hätte sich selbst der Hochadel wirklich von Széchenyi überzeugen lassen, so hätte er zwischen dem Hofe, der ihm die Herrschaft sichert, und Széchenyi und der durch die beginnende wirtschaftliche Bewegung gefährdeten Suprematie wählen müssen.

[1] Die Auflösung der Gentilverfassung hatte für den Adel die verheerendsten Folgen. Um der fortschreitenden Verarmung vorzubeugen, erließ König Ludwig (der Große) im Jahre 1351 das sogenannte Avitizitätsdekret, das das freie Verfügungsrecht des Grundeigentümers über seinen Grundbesitz aufhob; das Grundeigentum konnte weder verkauft noch verpfändet noch verschenkt werden, sondern vererbte sich nach dem Tode des jeweiligen Besitzers auf die männlichen Abkommen; starb die männliche Linie aus, so fiel der Besitz auf die Krone zurück.

Széchenyi sah nicht, daß es außer dem Hochadel in Ungarn nur eine einzige Klasse gab, auf welche er sich in seiner Agitation stützen konnte: den mittleren und kleinen Adel. Széchenyi, der Aristokrat, haßte den ungarischen gemeinen Adel leidenschaftlich, man kann sagen: er verabscheute ihn. Ihr jahrhundertelanger Klassenkampf kam in ihm aufs schärfste zum Ausdruck. Doch vermochte ihn dies nicht davor zu behüten, daß seine Ideen nur insoweit Wurzel schlagen konnten, als sie sich in den Kreisen des gemeinen Adels verbreiteten. Und in dem Maße, als seine Reformideen an Verbreitung gewannen, mußte notwendigerweise der herkömmliche Haß gegen die Dynastie und den Hochadel wachsen, die den Reformen im Wege standen. Hierin liegt das tragische Element: Széchenyi konnte nicht auf der einen Seite bauen, ohne die andere Seite seiner fehlerhaften Konstruktion selbst niederzureißen.

Hierzu kam ein anderer Gegensatz. Während Széchenyi sein persönlicher Mißerfolg politisch immer konservativer und zum überzeugten Wortführer der dynastischen Interessen machte, drängte die Macht des Gegensatzes und die Hitze des Kampfes Kossuth, der im Kampfe der typische Vertreter des mittleren Adels war, immer mehr nach links, in die Richtung der Demokratie und der antiösterreichischen Agitation. Auf diese Weise kam die enge Verknüpfung der Ideen der sozialen Reform und der nationalen Unabhängigkeit zustande, welche ihre Vollendung und Sanktion im Jahre 1848 erreichte: durch die endlich errungene politische Herrschaft des Mitteladels und den Unabhängigkeitskrieg.

Es wäre nämlich der schwerste Irrtum, zu glauben, daß die Revolution die politischen Kräfteverhältnisse der Zeit vor 1848 auf andere Weise verändern konnte, als indem sie an Stelle der Herrschaft des Hochadels — auf kurze Zeit: bis zur Niederringung der Revolution — diejenige des mittleren Adels setzte. Als der ständische Reichstag 1848 die rechtlichen Schranken der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft niederriß, konnte er weder dem Bürgertum noch dem Bauerntum zur politischen Herrschaft verhelfen, auch nicht einmal einer koalierten Mehrheit, welche sich aus den Vertretern dieser Klassen und des mittleren Adels in dem neuen, auf Volksvertretung basierten Reichstag gegen den Hochadel und die Dynastie gebildet hätte. Dies konnte nicht geschehen, weil ein Bürgertum kaum vorhanden, die Bauernschaft infolge der Jahrhunderte währenden Unterdrückung politisch ganz unreif war und daher der Kampf um die politische Macht auch weiterhin nur mit dem Siege des einen der beiden alten Widersacher enden konnte.

Sieger wurde aber der mittlere Adel. Hierüber kann kein Zweifel herrschen, wenn wir einen Blick auf das Zustandekommen der 1848er Gesetzgebung, noch mehr aber auf deren Durchführung werfen.

Äußerlich trug die 1848er Gesetzgebung völlig den Charakter der westeuropäischen bürgerlichen Reformbestrebungen zur Schau. Rechtsgleichheit, Volksvertretung, verantwortliche Regierung, Preßfreiheit usw. sind die Hauptpunkte: ganz wie in Frankreich, Belgien oder im Frankfurter Parlament.

Vergessen wir aber nicht, daß der überwiegende Teil der politischen Reformen nicht entfernt die Frucht des spontanen Willens der Stände war. Als die Revolution ausbrach, war die Masse des mittleren Adels ebenso weit vom Gedanken der Demokratie wie der Hochadel selbst. Für die radikalen Ideen des Westens begeisterten sich nur wenige junge Leute, aber selbst die Führer der Opposition wichen, von der Agrarreform abgesehen, von den Führern der Konservativen höchstens bezüglich des zu befolgenden Marschtempos ab.

Die Frage der Agrarreform lastete sogar immer schwerer auf den Geistern und eroberte gleichermaßen den Hoch- und den mittleren Adel. Anläßlich der Reichstagswahlen 1841 unterlag die Forderung der allgemeinen Steuerpflicht noch in den meisten Komitaten: der Adel wollte sie nicht. Auf dem Reichstag 1843/44 sprachen die Magnaten und der gemeine Adel einmütig die Besitzfähigkeit der Nichtadeligen aus; aber die allgemeine Fähigkeit, Ämter zu bekleiden, nahm das Unterhaus erst später als die Magnaten an, „gleichsam als schämte es sich". Auf dem Reichstag 1847 nahmen beide Häuser die allgemeine Steuerpflicht und die Grundlastenablösung an; die Abschaffung der Avitizität beantragte Paul Somsich, der Führer der konservativen Regierungspartei.

Hatten derart auch das allgemeine wirtschaftliche Elend, die Minderwertigkeit der Leibeigenenarbeit, die durch Österreich bestimmten niedrigen Preise oder geradezu die Unverkäuflichkeit der landwirtschaftlichen Produkte, der Mangel an Kredit die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Reform den Köpfen eingebläut, so kam doch die Abschaffung der politischen Vorrechte des Adels nicht einmal der Opposition in den Sinn. Die demokratische Umgestaltung der Verfassung wurde nur von einigen jungen Leuten gefordert, die, wie Petöfi, Táncsics, Paul Vasvári, sich für die Ideen der französischen Sozialisten (Fourier, Lamennais, Cabet, Blanc) begeisterten. Kossuth selbst war es, der 1847, als Bartholomäus Szemere seinen Antrag bezüglich der allgemeinen Steuerpflicht stellte, den Adel über die Absichten der Opposition beruhigte. Den ungarischen Adel — heißt es in seiner Rede — hat die Geschichte eines Jahrtausends zum Fundament des Bestehens der Nation geweiht. Daß Ungarn wurde, daß Ungarn ist, ist sein Werk. Der ungarische Adel hat es nie erlernt, ein Joch zu tragen, den goldenen Faden der Freiheit ließ er seiner Hand nie ganz entfallen, der ungarische Adel hat hier den Absolutismus nie legitimieren lassen. All dies ist das Werk des ungarischen Adels.

Nach dieser aus dem Munde eines demokratischen Führers etwas sonderbar klingenden Lobrede fuhr Kossuth also fort: Nun frage ich, wer könnte so töricht sein, die politische Stellung dieses Adels vernichten zu wollen? Wir sicherlich nicht. . . . Nein, wir wollen, daß der Adel im öffentlichen Leben dieser Nation jenes politische Gewicht behalte, zu welchem er durch seine Geschichte, seinen Besitz, seine Erfahrenheit im Verfassungsleben und durch tausend und abertausend mit den Jahrhunderten verwobene Verhältnisse berufen ist. . . . Ich wünsche nicht, daß der Adel zunichte werde, sondern wünsche, daß er unter den übrigen Bürgern sei wie unter Brüdern der treue Erstgeborene, ein starker Grundstein des Vaterlandes, dessen führende Stellung den jüngeren Geschwistern Selbstvertrauen einflößt. Gebieter der Nation kann er nicht, aber er kann ihr Führer sein; ein herrlicher Beruf, diesen mag er behalten. . . .

Diese radikale Rede wurde am 29. November 1847 gehalten, dreieinhalb Monate vor dem Ausbruch der demokratischen Revolution.

Nicht weniger bezeichnend ist die Art, wie die Frage der Vertretung der Städte im Reichstag kurz vor der Revolution, im Januar und Februar 1848 im Unterhaus verhandelt wurde.[1]

All dies beweist, daß wenn auch einige Männer der Opposition im Reichstag radikaler waren als ihre Partei, die Frage der demokratischen Reform

[1] Bis zum Jahre 1848 hatten bloß die königlichen freien Städten das Recht, Vertreter in den Reichstag zu senden. Alle Städtevertreter hatten aber zusammen nicht mehr als eine Stimme, während die adeligen Vertreter je eine besaßen.

weitaus nicht so günstig stand, um die Märzgesetze begründet erscheinen zu lassen. Es mußten äußere Ereignisse eintreten, damit der wirtschaftlichen Reform rechtliche und politische Umgestaltungen folgen. Diese Ereignisse waren die Februarrevolution, dann die Pester Märztage.

Die Kunde der Pariser Revolution vom 23. Februar gelangte nach Preßburg, als die Opposition, mißmutig über die zuletzt in der Frage der Administratoren erlittene Niederlage, schon im Begriff war, sich auf die alte Gravaminalpolitik zu werfen und die Frucht langjähriger Kämpfe im Morast staatsrechtlicher Diskussionen zu begraben. Die auf die Pariser Nachrichten hin eingetretene große Bestürzung der Regierung wußte zuerst Kossuth auszunützen. Am 3. März reicht er einen neuen Adreßentwurf ein, der die bekannten Forderungen der Opposition enthält. Das Unterhaus nimmt diesen einstimmig an, was es um so eher tun konnte, als der Entwurf nur in einem einzigen Punkte über die bisherigen Forderungen hinausging: zum erstenmal fordert er eine parlamentarische Regierung. Übrigens ist der Ton der Adresse durchaus nicht entschieden, wie es auch in Kossuths Rede von dynastischen Phrasen nur so wimmelt. „Wir wünschen, daß der Glanz der herrschenden Dynastie ein ewiger sei. ... Mit meinem Antrag gehe ich von dynastischem Gesichtspunkt aus und Gott sei Dank, daß dieser Gesichtspunkt mit dem Interesse unseres Vaterlandes verknüpft ist. ... Meinen Antrag gibt mir die treue Anhänglichkeit an die Dynastie ein." Kossuth und die parlamentarische Opposition verharren auch dann noch auf dem Pfade „weiser" Mäßigung, als die Magnatentafel sich weigert, die Adresse anzunehmen. Ja, nicht einmal die Nachricht der Wiener Revolution vom 13. März reißt ihn fort. „Uns ist jetzt", sagt er in der Ständetafel, „die erhabene Aufgabe zuteil geworden, die Bewegungen weise zu leiten, und wir müssen darauf bedacht sein, daß die Zügel in unseren Händen bleiben; denn so lange können wir auf verfassungsmäßigem Wege fortschreiten; werden sie uns aber einmal entrissen, dann weiß nur Gott die Folgen; es ist daher wünschenswert, daß die Adresse früher vor den Thron gelange, als sich die Kunde von den Ereignissen im Lande verbreitet. ... Niemand lasse sich über die entsprechende Schranke fortreißen; aber bis zu dieser Schranke alles!"

Diese Schranke — wer sähe sie nicht! — ist dort, wo die Parlamentsherrschaft des Adels von der revolutionären Diktatur der Straße und der Felder abgelöst wird. Kossuth, der „ungarische Danton", forderte noch am 14. März nicht einmal so viel, als die „feigen" Wiener mit den Waffen in der Hand bereits erkämpft hatten.

Und so ist es einer der größten historischen Irrtümer, wenn man dem Adel und Kossuth das Verdienst der demokratischen Gesetzgebung der Märztage zuschreibt. Wenn sich selbst der Preßburger Reichstag zur Annahme des radikalsten Antrags Kossuths hätte hinreißen lassen, die Adresse mit Übergehung des Oberhauses dem König zu unterbreiten, so hätte er doch mit dieser Adresse nur so viel gefordert, als in vier der Pester „zwölf Punkte" gesagt ist.[1] Die

[1] Die Pester „zwölf Punkte" waren Forderungen der Pester Märzrevolutionäre, und zwar: 1. Preßfreiheit; Abschaffung der Zensur. 2. Verantwortliches (das heißt dem Parlament verantwortliches) Ministerium. 3. Alljährliche Einberufung des Reichstags nach Pest. 4. Gleichheit vor dem Gesetz und Religionsfreiheit. 5. Nationalgarde. 6. Gleiche Steuerpflicht. 7. Abschaffung der Fronpflicht. 8. Geschworenengerichte. 9. Nationalbank. 10. Beeidigung des Militärs auf die ungarische Verfassung. 11. Freilassung der politischen Gefangenen. 12. Union mit Siebenbürgen. Die Adresse des Reichstags enthielt davon bloß die Punkte 2, 3, 6, 7.

„Märzjugend" war es, die der demokratischen Reform den entscheidenden Anstoß gab. Heute ist darüber kein Zweifel möglich, daß Petöfi die Wahrheit sagte, als er in seinem Tagebuch schrieb, daß der Preßburger Reichstag vor der Nachricht eines Bauernaufstandes erschrack; auch Anton Springer, der liberale österreichische Geschichtschreiber, behauptet, daß die ersten über den Pester Aufstand vom 15. März nach Preßburg gelangten Nachrichten von einer Bauernrevolution sprachen; und Kossuth selbst bestätigt dies, indem er in einer Rede vom 18. März „auch jene Anschauung widerlegen wollte, als hätte der Reichstag zu seinen bereits von Erfolg gekrönten Handlungen von der Pester Bewegung den Anstoß erhalten" (Horváth, „Fünfundzwanzig Jahre aus der Geschichte Ungarns", II, S. 611). Diese Anschauung war, wie wir gesehen haben, sehr gut begründet.

Alle diese Tatsachen, welche die Behauptung unterstützen, daß der Adel während der ganzen Revolution nicht über jene Grenzen hinausging, welche ihm seine wohlempfundenen Klasseninteressen setzten, werden an Beweiskraft durch die achtundvierziger Gesetzgebung selbst noch weit überragt. Kaum waren die Tage des ersten Schreckens vergangen, kaum hatte sich die allgemeine Begeisterung gelegt, welche jede kämpfende Klasse in den übrigen Klassen der Bevölkerung ebenfalls entzünden muß, um überhaupt siegen zu können, und kaum begann die wohlerwogene Kodifikation: so ward den wirklich revolutionären, aber auch den nur aufrichtig freisinnigen Elementen eine unerwartete Überraschung zuteil.

Jene Reformforderungen, die im Interesse des Adels gelegen waren, fanden eine befriedigende Lösung in der Gesetzgebung. Es waren darunter nur zwei, welche die ausschließliche Herrschaft des Adels hätten gefährden können: die Volksvertretung und — mittelbar — die Preßfreiheit. Beide wurden denn auch entsprechend zugerichtet.

Das Wahlgesetz knüpfte das Wahlrecht an einen so hohen Zensus, daß es das Volk aus der Volksvertretung von vornherein ausschloß.

Das Preßgesetz aber ... Bedarf es eines vernichtenderen Urteils als das des Volkes in Pest, welches es auf der Straße verbrannte, oder der nicht entfernt revolutionären „Pester Zeitung" („Pesti Hirlap"), die ausrief: Haben wir Schriftsteller Jahre hindurch darum gekämpft, unsere Freiheit aufs Spiel gesetzt, um aus der Knechtschaft der Regierung jetzt in diejenige der Kapitalisten zu gelangen? Eher zerbrechen wir unsere Federn, als daß wir die Freiheit dieses Preßgesetzes benutzen!

Und wären noch Zweifel darüber vorhanden, ob die Revolution dem Adel zur Herrschaft verhalf, so müssen die einzelnen Vorgänge beim Vollzug der Gesetze sie ebenfalls verstummen machen.

Wer war es, der die Bewegungen der konsequenten Demokraten um jeden Preis — auch um den der Freiheit und Gleichheit — unterdrückte? Die Regierung.

Wer war es, der Táncsics' Blatt vernichtete, weil es „die Luft ganz verpestet", weil es „die Bauern gegen die Adeligen hetzt" — in Wirklichkeit aber, weil er „im Interesse der großen Menge mit der lauten Stimme der Überzeugung und der Gerechtigkeit" schrieb? Gabriel Kazinczy und seine adeligen Genossen.

Wer war es, der einen armen Mann „wegen Verbreitung der Gedichte Petöfis im Volke mit Verhaftung, mit Kerker bedrohte"? Ein Stuhlrichter im Pester Komitat.

Wer war es, der die Vorschrift gab, „jene ... großen Grundbesitzer, die im Orte nicht ständig wohnen, brauchen die ... Gemeindesteuer überhaupt nicht zu zahlen"? Ein Stuhlrichter im Szabolcser Komitat.

Wer war es, der auch noch Ende November 1848 die Fronarbeit forderte, die Steuer verweigerte? Die Grundbesitzer in Garam-Vezekény, Zeliz, Tápió-Szele usw.

Wer war es, der Moritz Perczels Antrag, das Landvolk durch die unentgeltliche Aufhebung der Bauernlasten für die nationale Insurrektion zu begeistern, am 15. September durch den Gegenantrag, daß lieber den Grundbesitzern für den plötzlichen Verlust der Robote eine außerordentliche Unterstützung aus Landesmitteln bewilligt werde, niederschlug?

Und als Táncsics klagte, man wolle die Privilegien noch weiter aufrechthalten, wer war es, der am 14. Dezember antwortete: „Jetzt heißt es das Vaterland retten, und die Volksblätter täten besser, nicht von der Bodenfrage zu schwätzen"? Ludwig Kossuth war es, der sich am 15. September und am 14. Dezember derart hervortat! Er zeigte sich damit offenkundig als derjenige, der er immer war: als unbedingter Vertreter des ungarischen Mitteladels. Nur wenn wir ihn als solchen betrachten, können wir seine Persönlichkeit verstehen.

* * *

Nachwort. Im ungarischen Original der Einleitungen handelt das folgende Kapitel von Kossuth, indem es den dokumentarischen Nachweis führt, daß alle Anklagen, die Marx in „Herr Vogt" gegen ihn erhob, auf unumstößlichen Tatsachen beruhen. Wir gestehen, daß wir anfangs selbst nicht erwartet hatten, diesen Nachweis für alle Punkte führen zu können; wir fürchteten, Marx könnte sich in der Hitze der Polemik mit dem Zeugnis von Kossuths damaligen Gegnern begnügt haben, ohne es in jedem Falle auf seine Richtigkeit zu prüfen. Unsere Befürchtung hat sich nicht erfüllt, denn unsere Untersuchung hat eine Menge schwerer Charakterschwächen Kossuths zutage gefördert, die Marxens Behandlung Kossuths sogar als eine glimpfliche erscheinen lassen; und so verweisen wir an dieser Stelle ausdrücklich auf „Herr Vogt" (S. 121—130), sofern es jemand darum zu tun ist, Kossuths geschichtliche Persönlichkeit von allen Seiten kennen zu lernen.

Wohl sind die dort angeführten Tatsachen nicht von weittragender Bedeutung; aber sie können dazu dienen, unsere Darstellung von Kossuths Rolle in der ungarischen Revolution zu stützen und zu ergänzen.

Neue Reformaktion der Mächte in Makedonien.

Von **Milorad Popowitsch.**

Trotz des russisch-japanischen Krieges, vielleicht gerade wegen der russischen Niederlagen, wird die makedonische Frage wiederum aufgerollt. Neue Reformpläne, neue diplomatische Kämpfe sind aufgetaucht. Die Ententemächte in dieser Frage, Österreich und Rußland, sind mit einem neuen Reformplan aufgetreten. England hat ebenfalls ein Reformprojekt ausgearbeitet, das zur Regelung der makedonischen Angelegenheiten bestimmt ist. Die übrigen europäischen Großmächte, wenn sie auch noch keine fertigen Reformpläne haben, sind nicht weniger in dieser Frage interessiert.

Die Tatsache selbst, daß dieselben Großmächte, die vor einigen Monaten die Einführung der internationalen Gendarmerie in drei makedonischen Vilajets

als sicherstes Mittel zur Beruhigung der Bevölkerung priesen, heute mit einem neuen Reformplan vor die Öffentlichkeit treten, beweist am besten, wie wenig damals die makedonische Frage eine Lösung fand, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprach. Die interessierten Großmächte, besonders Österreich-Ungarn, scheinen das aber auch gar nicht zu wollen. Die unaufhörlichen Unruhen haben dem zivilisierten Europa klar bewiesen, daß die bisherigen Reformen für die Erhaltung der Ruhe auf der Balkanhalbinsel unzureichend sind. Der Appetit kommt aber beim Essen. Nachdem die interessierten Großmächte auf dem osmanischen Gebiet ihre eigene Gendarmerie eingerichtet haben — und sie wurde dieser Tage durch neue Offiziere und christliche Gendarmen bedeutend verstärkt — und neben ihr eigene Zivilagenten — politisch-kommerzielle Kommis der betreffenden Mächte — installiert, nach alledem bereiten heute dieselben Mächte einen neuen Schritt vor, neue Erweiterung der Vorrechte ihrer Diplomatie auf dem ottomanischen Gebiet.

Der heutige Stand der Dinge in der europäischen Türkei, besonders in Makedonien, berechtigt schon in vollem Maße die europäische Intervention. Die Nationalitätenkämpfe haben einen unglaublichen Grad von Heftigkeit erreicht. Die Bevölkerung ist in fünf oder sechs Parteien — die sich Nationalitäten nennen — geteilt, Parteien, die sich bis auf das Messer bekämpfen. Tatsächlich sind es nicht mehr Nationalitäten, sondern Parteien. Es kommt oft vor, daß die Familien in zwei Parteien geteilt sind: in Anhänger des bulgarischen Exarchats und Anhänger des ökumenischen Patriarchats.[1] Es gibt Bulgaren zum Beispiel, die Exarchisten und solche, die Patriarchisten sind. Die Serben sind in drei Parteien geteilt: Exarchisten, Patriarchisten und Halbautonomen (in der Diözese von Uesküb und dem Vilajet von Kossowo). Die Kutzo-Walachen, die alle noch vor einigen Jahren unter der kirchlichen Autorität des Patriarchats waren, teilen sich heutzutage in Exarchisten und Patriarchisten. Die Albanesen sind größtenteils Mohammedaner, es gibt aber unter ihnen orthodoxe Patriarchisten und Katholiken. Jede von diesen Konfessionen, besonders Exarchisten und serbische und kutzo-walachische Halbautonomen, hält eigene Banden, um sie zu unterstützen und gegen andere Konfessionen zu kämpfen. Jedes Dorf hat gewöhnlich eine solche Bande, die es gegen die Übergriffe der Türken, Albanesen oder gegen die anderer Konfessionen zu schützen hat. Diese Bande ist in ständiger Fühlung mit den Notabeln, besonders mit dem Lehrer oder dem Geistlichen des betreffenden Ortes; sie wacht über die Haltung der Bewohner in politischer und religiöser Beziehung und steht in Verbindung mit der oberen Leitung der Banden. Die Organisation der bulgarisch-exarchistischen Banden ist die beste, die strammste. Dieser strammen und guten Organisation hat die bulgarische national-religiöse Propaganda am meisten ihre bisherigen Erfolge zu verdanken.[2]

---

[1] Der ökumenische Patriarch ist der Patriarch der griechischen Kirche von Konstantinopel.

[2] Die neueste kirchliche Statistik teilt mit, daß im Laufe von 1904 im Vilajet Monastir 106 bulgarische Dörfer vom Patriarchat zum Exarchat übergetreten sind. Dieselben verteilen sich größtenteils auf die Exarchien Monastir, Florina und Kastoria. Bemerkenswert ist, daß in der letztgenannten Exarchie, trotzdem sie an der Grenze des bulgarischen und griechischen Sprachgebiets liegt und trotz der dortigen Tätigkeit der griechischen Banden, die meisten Übertritte, nämlich 39, stattfanden, was jedenfalls ein Zeichen der eifrigen Propaganda, des großen Einflusses und guter Organisation des Komitees ist. In der Stadt Monastir selbst sind 28 Familien vom Patriarchat zum Exarchat übergetreten.

Dieses Bandenwesen hat in den letzten Jahren eine ganz beträchtliche ethnographisch-konfessionelle Verschiebung in Makedonien hervorgerufen und es wird wahrscheinlich in Zukunft noch eine weitere Verschiebung hervorrufen. Das ergibt sich schon aus der neuesten offiziellen türkischen Statistik, die vor einigen Wochen veröffentlicht wurde. Es gibt heute, nach dieser Statistik, in den drei Reformvilajets:

	Saloniki	Kossowo	Monastir
Mohammedaner	485555	752534	260418
Patriarchisten	323227	13425	291283
Exarchisten	217117	170005	188416
Halbautonomen (Serben und Kutzo-Walachen)	—	169701	30116

Es gibt mehr als einen Grund, an der absoluten Richtigkeit dieser Statistik zu zweifeln. Trotzdem aber weist sie ganz bedeutende Zahlen der Anhänger des Exarchats, der bulgarischen kirchlichen Organisation, auf. In Beziehung zu früheren Jahren soll die Zahl der Anhänger des Patriarchats, der griechischen kirchlichen Organisation bedeutend zurückgegangen sein. Was die serbischen und kutzo-walachischen Halbautonomen betrifft, so sollen ihre Zahlen vielmehr im Steigen begriffen sein.

Das Fieber des Kampfes hat in der letzten Zeit die ganze Bevölkerung ergriffen. Das ganze Land befindet sich infolgedessen wie im Belagerungszustand. Tagtäglich werden Mordtaten verübt. Alle angesehenen Bürger, alle einflußreichen Leute fallen als Opfer der Rache der Gegenpartei. Der türkische Herrscher ist der letzte, der davon zu leiden hat. Ja, man hat türkischerseits versucht, die Situation auszunutzen. Halmi Pascha, der ein westeuropäisch gebildeter Staatsmann sein soll, hat versucht, die verwüsteten makedonischen Gegenden durch anatolische Bauern zu kolonisieren. Die türkischen landwirtschaftlichen Banken geben dem Kolonen einen billigen Kredit und helfen ihm, sich die notwendigen Landwirtschaftsgeräte anzuschaffen. Dadurch wird der Verwüstung des Landes etwas entgegengewirkt, die unausbleibliche Folge des Bandenwesens wird aber nicht beseitigt. Denn das Land verarmt und verödet immer mehr. Die Lebensmittel sind in Makedonien viel teurer als irgendwo in Westeuropa. Um die Banden leichter verfolgen zu können, haben die türkischen Behörden die Wälder gänzlich vernichtet, was eine Verschlechterung des Klimas zur Folge hatte. Die immer größere Emigration der Bevölkerung, die besonders in der letzten Zeit große Dimensionen angenommen hat, ist daher nicht zu verwundern.

Zur Beruhigung der Bevölkerung hat also die internationale Gendarmerie gar nichts geholfen. Wenn sich aber trotzdem die europäischen Zivilagenten in Saloniki in einer sehr optimistischen Stimmung befinden, so nur angesichts der neuen Forderungen der Großmächte, die die Türkei schließlich bewilligen wird.

Die beiden Ententemächte, Österreich-Ungarn und Rußland, haben ein neues Finanzreglement ausgearbeitet und den Botschaftern in Konstantinopel zur Diskussion vorgelegt. Die Zweigstellen der Ottomanbank werden durch dieses Reglement zu Aufsichtsstellen der Finanzgebarung der drei Provinzen gemacht; die Einkünfte dieser Provinzen sollen ferner in erster Reihe für die Bedürfnisse der lokalen Verwaltung, inbegriffen die Bezahlung der Zivil- und Militärgehälter, verwendet werden.

Die Haltung der übrigen Großmächte diesem Vorschlag gegenüber ist ziemlich verschiedenartig. Frankreich und Italien werden, wie vor kurzem aus Paris gemeldet wurde, möglicherweise selbständig vorgehen. Was Italien betrifft, so ist es durch seinen Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn in gewissem Maße auf ein gemeinsames Vorgehen mit diesem Lande verpflichtet. Denn als im Jahre 1887 der Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn zum erstenmal erneuert wurde, war darin ein Passus aufgenommen, dahingehend, daß Österreich-Ungarn und Italien sich den Status quo auf dem Balkan garantieren, beziehungsweise einander die Versicherung geben, daß keiner der Verbündeten eine Änderung auf dem Balkan anstreben würde, ohne den anderen ins Einvernehmen zu ziehen. Dieser Passus ist bei allen seither erfolgten Erneuerungen des Bündnisvertrags in diesen aufgenommen worden. Schon bei der Angelegenheit der Einführung der internationalen Gendarmerie und der Aufteilung der Reformgebiete und Einflußsphäre war ersichtlich, daß unter diesen Mächten ein vorheriges Einvernehmen bestand. Es ist daher anzunehmen, daß auch heute diese zwei Mächte gemeinsam vorgehen werden.

Die Haltung Frankreichs der Türkei gegenüber wird durch die finanziellen und großkapitalistischen Interessen bestimmt. Man erinnere sich an die frühere Tubiniaffäre. Eine ähnliche Affäre spielt heute zwischen der echt-kapitalistischen Regierung Rouviers und der Pforte. Es handelt sich darum, dem Großunternehmer Schneider in Creusot einen Auftrag der Türkei auf Geschütze im Betrag von mehreren Millionen Franken zu sichern. Dieser Kampf ging soweit, daß die „Banque Ottomane“ ihre Beziehungen als Kreditgeber zu der türkischen Regierung abbrach. Mit einem Worte, die neueste Haltung Frankreichs deutet auf ein genug selbständiges Vorgehen in der Frage des Finanzregiments, ein Vorgehen, das den Gegensatz Englands zu den Ententemächten ausnutzen soll.

Englands Haltung in dieser Frage läßt sich aus derjenigen der englischen offiziösen Presse ersehen. Die „St. James Gazette“ schrieb vor einigen Tagen: „Die britische Regierung ist zu energischen Maßregeln geneigt, und Lord Lansdowne hat den anderen Mächten einen Vorschlag in dem Sinne gemacht. Obschon er keinen detaillierten Plan unterbreitet hat, so zielen seine Vorschläge doch im Kern auf eine europäische Kontrolle in Makedonien. England meint, daß eigentlich die ganzen Revenuen für die Provinz selbst verwendet werden sollen, und zwar nach dem Rate der europäischen Offiziere über diese Verwendung.“ Die Tatsache, daß Englands Reformvorschläge der Türkei gegenüber die weitestgehenden sind, läßt sich durch die Handelsinteressen erklären, die die auswärtige Politik dieses Landes bestimmen.

Deutschlands Haltung ist von besonderem Interesse. Dieses Reich hat es vor einem Jahre abgelehnt, an der Aufteilung der Reformgebiete teilzunehmen. Jetzt findet es die Vorschläge der Ententemächte als zu weitgehend und unterstützt den passiven Widerstand der Türkei. Seit das Deutsche Reich zu dem extremen Protektionismus, der unausbleiblich zu der Einschränkung seiner Warenausfuhr nach dem Ausland führen wird, übergegangen ist, bemüht es sich, wenigstens seinen Kapitalien die Ausfuhr nach dem Ausland zu sichern. Und man kann nicht bestreiten, daß es ihm in der letzten Zeit gelungen ist, einiges in dieser Beziehung, besonders was die Türkei betrifft, zu erreichen. Eisenbahnbauten, Telegraphen- und Kabelinstallationen usw. wurden meistens durch deutsche Kapitalisten ausgeführt. Andererseits, befreundet mit der Türkei

bekommt Deutschland bedeutende Lieferungen für die Armee und Marine dieses Landes. Der neueste Kampf um Lieferung der Schnellfeuer- und anderer Geschütze (um ca. 3½ Millionen türkische Pfund), der sich heute zwischen den europäischen Kapitalisten abspielt, wird sehr wahrscheinlich zugunsten Krupps ausfallen.

Trotzdem daß die Interessen und Bestrebungen der Großmächte in den Reformfragen divergierende, ja sogar entgegengesetzte sind, ist schließlich ein weiterer Schritt im Sinne der Besetzung Makedoniens durch dieselben Großmächte zu erwarten. Denn es liegt im Interesse des westeuropäischen Kapitalismus, daß das eigentlich türkische Regiment in diesem Lande beschränkt wird. Das ist außer Frage für die europäische Diplomatie. Es handelt sich nur noch darum, welche von den Mächten den Löwenanteil bekommen werde. Hier liegt das größte Hindernis für das Fortschreiten der Reformwerke in der Türkei. Nachdem aber vor einem Jahre der entscheidende Schritt getan, ist anzunehmen, daß weitere Schritte keinen zu großen Schwierigkeiten begegnen werden.

Mit diesem langsamen, aber sicheren Fortschreiten des europäischen Einflusses in Makedonien ändert sich allmählich die ethnographische Gestaltung des Landes. Das heimische, besonders das slawische Element wird immer mehr zurückgedrängt, um den Ausländern Platz zu machen. Die Zahl der Juden, Deutschen, Italiener wird immer größer, denn die Interessen der Ausländer sind durch die Kapitulationen ganz anders geschützt als diejenigen der Eingeborenen. Gleichzeitig wächst die Macht der katholischen Propaganda in diesen Gegenden und es ist wahrscheinlich, daß heute schon die Zahl der Katholiken in Makedonien 100000 übersteigt. Mit der Unterstellung Makedoniens unter die internationale Kontrolle wird sich diese Propaganda noch mächtiger entwickeln. Die ethnographische wie die konfessionelle Zusammensetzung dieses Landes ändert sich allmählich. Der gegenseitige nationalistisch-konfessionelle Vernichtungskrieg der Eingeborenen begünstigt nur diese Umänderung.

Die zarischen Intrigen im Kaukasus.

Von einem **Armenier.**

Das schreckliche Blutbad in Baku erinnert uns an die Metzeleien von Kischinew und Homel. Aber angesichts der Tatsache, daß die jetzigen kosakisch-polizeilichen Umtriebe gerade während des revolutionären Sturmes sich geltend machten, wo die zarische Regierung sich in höchster Panik und einer vernichtenden politischen Krisis befindet, überragt der Bürgerkrieg in Baku an Aktualität und noch mehr an Umfang und Bedeutung seinesgleichen in der jüngsten Vergangenheit.

Noch vor ungefähr neun Jahren hat Fürst Galyzin, nach seiner Ernennung zum Statthalter des Kaukasus, kurz vor seiner Abreise dahin, gegenüber dem Vertreter der Petersburger armenischen Kolonie folgendes geäußert: „Man sagt, daß das armenische Volk nach nationaler Selbständigkeit strebt, inwieweit ist das wahr?“ „Keine Spur ist davon vorhanden“, erwidert ihm der Armenier, „soweit es die russischen Armenier betrifft. Solche Bestrebungen haben, wie bekannt, nur die türkischen Armenier.“ Darauf donnert der zarische Bluthund: „Das armenische Volk muß sich endlich fernhalten von solchen verrückten Träumereien, sonst lasse ich die Tataren auf die Armenier los, sobald

ich merke, daß die Armenier im Kaukasus irgendeinen feindseligen Schritt gegen die Regierung unternehmen."

Diese Worte des Statthalters sind jetzt verwirklicht worden. Es ist heute eine sonnenklare Tatsache, daß der traurige Bürgerkrieg zwischen den Armeniern und Persern in Baku ein erbärmliches Werk der russischen Regierung war. „Mehr als tausend Menschen" — melden die Depeschen — „wurden erschossen, hingeschlachtet, lebendig verbrannt, verstümmelt, durch Ausstechen der Augen geblendet, alles in Gegenwart des Gouverneurs Fürsten Nakaschidse, der Polizei und des Militärs, ohne daß drei Tage lang dagegen eingeschritten wurde. Die Polizei lieferte den Tataren Waffen und Munition, und die Kosaken hieben auf die Armenier ein, wenn diese sich gegen Tataren wehrten. Umsonst baten die Armenier den Gouverneur flehentlich, die Ärmsten zu retten. „Ich kann nichts machen!" war die Antwort schon von Anfang an. Während andererseits derselbe Gouverneur die Tataren immer hetzte: „Tun Sie, was Sie wollen und können."

Selbst die liberalen russischen Blätter, namentlich der „Russ", die jetzt von den sonst so krassen Zensorzügeln etwas frei sind, zeigen ihre tiefste Unzufriedenheit und Erbitterung mit der Regierung für die frivole, selbstvernichtende Tat, die die Trepow-Pobjedonoszewsche Polizeiherrschaft begangen hat. „Wer hat Schuld und Verantwortung an diesem Unglück?" fragen die lokalen Blätter vom Kaukasus. Aber sie wagen nicht die wahren Ursachen des offenkundigen Ereignisses voll auszusprechen, selbst nicht in dem Maße, wie es die russischen Hauptstadtblätter zu tun vermögen; die lokale, namentlich die armenische und georgische Presse des Kaukasus steht unter viel schärferer Zensur als die nordrussische Presse. Nur eines geben sie übereinstimmend zu — sowohl armenischer- wie auch persischerseits —, daß unter den seit Jahrhunderten miteinander wohnenden Nachbarvölkern absolut kein nationaler Haß, kein unversöhnlicher Antagonismus besteht, daß die einzelnen Schichten der beiden Nationen mit ihren wirtschaftlich-sozialen Interessen und politischen Verhältnissen ein gemeinsames Schicksal haben. Wie ist es also möglich, heißt es in jenen Blättern, daß ein solcher unvorhergesehener und plötzlicher Zusammenstoß vorkam? Hat die lokale Regierungsverwaltung auch alle Vorsichtsmaßregeln unparteiisch getroffen, um die Völkerzusammenstöße zu verhindern? Dann ist sie verpflichtet, sich gegenüber den erbitterten Protesten des Publikums zu verteidigen und zu beweisen, daß dieser blutige Bürgerkrieg nicht durch administrative Ursachen entstand und ausschließlich und allein als ein unvermeidliches Ergebnis des national-religiösen Fanatismus zu betrachten ist.

Außer diesem schwächlichen Appell ist die örtliche legale Presse gar nicht imstande, auf die wahren Urquellen hinzuweisen und den Urhebern die Maske rücksichtslos herunterzureißen. Die dabei in Betracht kommenden Absichten und Geheimpläne der in dem unvermeidlichen Vernichtungsprozeß begriffenen zarischen Autokratie zu enthüllen und Agitationsmaterial zu schaffen, sind nur die revolutionären Geheimorganisationen imstande. Und sie werden, sie müssen es auch tun, das ist ihre Aufgabe.

Solche politischen Unternehmungen der Regierung darf man aber für keinen Zufall betrachten. Gerade derartige Intrigen und Hetzereien gegen die gefährlichen Elemente liegen im Wesen und in der Natur des Selbstherrschertums, namentlich in dem historischen Moment, wo der innere „schlechtgesinnte" Todfeind, mehr als der äußere, die Existenzberechtigung der selbstherrlichen Staats-

ordnung zu vernichten droht. Gegen den von allen Ecken und Winkeln des riesigen Reiches sich heranstürzenden revolutionären Sturm und Drang zu wehren ist selbst das rücksichtsloseste und unbarmherzigste kosakische Heer und die korrumpierte Bluthundpolizei nicht recht genug. Man wollte noch andere reaktionäre Mittel heranziehen. Das geeignetste dazu ist die Irreleitung der politischen Unreife und Einsichtslosigkeit der kulturell zurückgebliebenen, halbbarbarischen Volkselemente. Die zarische Regierung versteht es wohl — obgleich das alles indirekt zu ungunsten ihrer Existenzdauer spricht —, den niedrigsten politischen Verstand und den religiösen Fanatismus des mohammedanischen Volkes unter Umständen auszunutzen. Gestern hat sie diese Probe mit Hilfe der russischen Bauern bei den Juden gemacht, heute mit Hilfe der Tataren bei den Armeniern. Die absolutistische Regierung hätte gern auch in anderen Landesteilen Rußlands, zum Beispiel im Innern, im Norden, in Polen, Littauen, Finnland usw., solche Hetzereipolitik getrieben und Völker gegen Völker gehetzt. Hätte die Völkerschlacht in Baku einen mächtigen Widerhall auch in vielen Provinzialstädten gefunden, so würde die numerische Übermacht der Mohammedaner den Armeniern ein jammervolles Schicksal bereitet haben, und dann wäre es gelungen, das unruhigste und gefährlichste Element schon im Keime seines revolutionären Tuns und Treibens zu ersticken.

Zum Glück liegen aber die Dinge nicht so — weder im Zentrum des Reiches noch in nordwestlichen Teilen, wo das zielbewußte Proletariat und hinter sich die Volksmasse durch ihre feste und solidarische Einheit dieselbe Kampfparole haben. Im Kaukasus wird die zarische Regierung auf die Dauer nie dafür Raum finden. Nach Polen gilt der Kaukasus für die gefährlichste Gegend, die dem Zarismus große Sorge verursacht. Die wirtschaftlich und kulturell vorangeschrittenen Völker — die Armenier und Georgier — waren von jeher die feindlichsten Elemente gegenüber dem Zarismus. Nach der räuberischen Vergewaltigung der nationalen Kirchengüter der Armenier ist bei ihnen das nationale Selbstbewußtsein und die politische Einsicht so gestiegen, daß eine starke, erbitterte Opposition und nach und nach ein organisierter Kampf gegen die russische Selbstherrschaft zutage trat.

Aber die Gewaltherrschaft hat ja immer — das ist eine alte Erfahrung — gerade das Gegenteil dessen erreicht, was ihre unmittelbare Absicht war, und das namentlich in denjenigen Fällen, wo sie ihren Kampf gegen die naturnotwendige historische Entwicklungstendenz richtet. Die durch den Staatsmechanismus des „Friedenszaren" hervorgerufene Völkerschlacht wird der revolutionären Tatkraft im Kaukasus nie schaden, sondern sie eher stärken als schwächen. Die wirklichen revolutionären Elemente im Kaukasus — sowohl auf dem sozialdemokratischen wie auch auf dem nationalpolitischen Gebiet — waren bis jetzt die Russen, Armenier und Georgier. Von Freiheitsgedanken der Mohammedaner konnte und kann keine Rede sein. Sie liegen noch meist im politischen Schlummer. Selbst die echten Industriearbeiter des persischen Volkes sind für die Sozialdemokratie noch sehr schwer zu gewinnen. Die letzten blutigen Ereignisse in Baku werden unseres Erachtens in dieser Beziehung einen Wendepunkt für die zukünftigen Verhältnisse, ja für die gegenwärtige revolutionäre Bewegung schaffen. Die mehr oder weniger einsichtigen Schichten der Mohammedaner — die Geistlichkeit und Intelligenz —, die ganz entschieden gegen die Metzelei waren, haben sich unmittelbar nach der Wiederherstellung der Ordnung mit den Armeniern friedlich und solidarisch erklärt. Die revolutionären

Geheimorganisationen der vorangeschrittenen Völker haben nun alle Ursache, von jetzt ab eine viel größere Aufmerksamkeit auf die für die allgemeine Sache unzuverlässigen, vielleicht auch verräterischen Elemente zu wenden als bisher. Die rasche und rastlose Agitation, die Aufklärungsbestrebungen für den solidarischen, einheitlichen Kampf gegen den allgemeinen Todfeind, die rücksichtslosen Enthüllungen der zarischen Intrigen, der Absichten und Geheimpläne der Regierung usw. — das alles muß eine der wichtigsten Aufgaben der Freiheitskämpfer werden. Sowohl die Sozialdemokratie wie auch die demokratisch-revolutionären Parteien haben also auf diesen Gebieten noch ein großes, der intensiven Tätigkeit bedürftiges Feld, wo sie viel zu säen haben, um gute und reife Früchte ernten zu können.

Die Gewerkschaften und der Kost- und Logiszwang.

Von **Wilhelm Jansson.**

Der Gewerkschaftskongreß in Köln (Mai 1905) wird sich auch mit der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beschäftigen. Seit jeher haben sich die Gewerkschaften gegen das sogenannte patriarchalische Arbeitsverhältnis gewendet, dessen Abschaffung sie durch teilweise recht schwere Kämpfe, wie beispielsweise die der Bäcker, zu erreichen suchten. Jetzt hat sich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaften vereint hier mehr erreichen können als vereinzelt.

Die ersten Versuche, gemeinsam vorzugehen, wurden in Hamburg im Jahre 1903 gemacht, wo eine Konferenz einiger Gewerkschaften stattfand. Im Anschluß an die Vorständekonferenz der der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände im Oktober 1903 wurde sodann eine größere Konferenz abgehalten und die Generalkommission veranstaltete eine Umfrage, welche zur Folge hatte, daß die Gewerkschaften die Einsetzung einer ständigen Kommission mit dem Sitze in Berlin beschlossen, deren Aufgabe es ist, die Aktion gegen den Kost- und Logiszwang in die Wege zu leiten, alles vorhandene Material zu sammeln und zu sichten und für die weitere Verwendung zu bearbeiten. Diese Kommission hat im Oktober vorigen Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen; sie hat sogleich mit dem Sammeln des Materials, soweit es in den Gewerkschaften selbst schon vorhanden, begonnen, desgleichen den Polizeiverordnungen bezüglich des Schlafstellenwesens in den einzelnen Städten ihr Interesse zugewandt und sie hat vor allem mit Hilfe der Gewerkschaftskartelle begonnen, durch Errichtung von Unterkommissionen in den verschiedensten Städten (zurzeit schon etwa 50) sich eine Organisation zu schaffen, die ihr bei der Einsammlung des weiteren Materials zur Hilfe gehen wird. Außerdem hat sie die propagandistische Tätigkeit durch Herausgabe einer ersten Agitationsbroschüre aufgenommen, die schon in ca. 50000 Exemplaren abgesetzt wurde und außerdem noch ganz oder zum Teil durch die Gewerkschaftspresse gegangen ist, wodurch sie ca. 1½ Millionen Lesern bekannt werden konnte.

Die sozialdemokratische Partei hat ein nicht minder wichtiges Interesse an dieser Frage als die Gewerkschaften selbst. Ist es doch den Arbeitern, die sich bei den Arbeitgebern in Kost und Logis befinden, gänzlich unmöglich, selbst wenn sie es wollten, durch das Lesen und Halten eines Parteiblatts an dem geistigen Ringen des Proletariats teilzunehmen.

Der Kost- und Logiszwang ist in seiner heutigen Gestalt ein Zwitterding zwischen feudaler Rückständigkeit und modern-kapitalistischer Raffiniertheit geworden. Während in alter Zeit der Handwerksgeselle einen Teil der Familie des Meisters mit ausmachte, an dessen Tisch er seine Mahlzeiten einnahm und in dessen Heim er wohnte, ist heute von dem gepriesenen „Familienanschluß“ schier nichts übrig geblieben als

die Phrase, und an Stelle der „Zucht und Ordnung" ist Schmutz und Unordnung getreten. Der moderne Kost- und Logiszwang macht den Arbeiter zu einem doppelten Ausbeutungsobjekt — als Produzenten und als Konsumenten. Außerdem wird die Arbeitszeit möglichst lange ausgedehnt. Abgeschlossen von der Außenwelt, stumpft der an das Haus des Meisters gefesselte Arbeiter ab, verliert jeden Zusammenhang mit seinen Berufskollegen außerhalb der Werkstatt und verbringt seine karge freie Zeit bei rohen Vergnügungen, die ihn noch mehr seinen kämpfenden Kollegen entfremden.

Die Meister nehmen zu dem Kostzwang und zu dem Logiszwang eine verschiedene Stellung ein, je nachdem ihnen der eine oder der andere mehr Vorteil bringt. Die Schlächtermeister zum Beispiel sind eher bereit, den Logiszwang zu opfern, weil es ihnen bei den hohen Mieten in den Großstädten an Platz mangelt. Und wollen sie den Gesellen ein anständiges Zimmer zur Verfügung stellen, so kostet ihnen dies ja fast ebensoviel, als wenn sie Barlohn zahlen. Dagegen darf bei ihnen um Himmelswillen nicht an dem Kostzwang gerüttelt werden. Hier sind sie Selbstproduzenten, können also ein Geschäft dabei machen. Und dann gibt es ja immer so schöne Überbleibsel, die nicht verkauft werden können. Ganz entgegengesetzter Ansicht sind die Kunst- und Handelsgärtner. Wenn sie auch für den Hausbedarf etwas Gemüse ziehen können, so müssen sie doch Fleisch und Brot kaufen. Dagegen findet sich auf dem Gärtnereigrundstück leicht eine kleine Ecke, eine Bretterbude im Anschluß an ein Gewächshaus, eine Stallung oder Remise, wo mit wenig Mühe und Kosten eine „Gehilfenwohnung" errichtet werden kann. Ein selbstgehämmerter und getischlerter Stuhl, Tisch, Bett, aus alten Eierkisten ein „Kleiderschrank" zusammengeschlagen, und das Mobiliar ist fertig. Wenn es sich macht, wird noch ein Heizungsrohr durchgezogen, und das „Zimmer" kann im Winter sogar geheizt werden, ohne besondere Kosten. Diese Gärtnereibesitzer haben weniger Einwände gegen die Abschaffung des Kostzwanges; aber an den Wohnungszwang darf nicht gerührt werden.

Der Kost- und Logiszwang kennt aber noch mehr Mittel, um zu seinem Zwecke zu gelangen. Er kennt zum Beispiel auch verschiedenartige Formen für die Auszahlung des Lohnes und er versteht auch hieraus Kapital zu schlagen.

Die vollständigste Form ist gänzlich freie Station (Kost und Logis) bei Monatslohn; dabei wird der Barlohn auf die niedrigste Stufe herabgedrückt. In der Gärtnerei ist es sehr beliebt, das heißt bei den Unternehmern. Die Summe von 20 bis 30 Mark pro Monat hört sich nicht so schlecht an, als wenn man sagt 5 bis 6 Mark pro Woche. Dann gibt es Wochenlohn bei freier Station, bei Bäckern, Sattlern, Schmieden usw. so 9, 10, 11 Mark pro Woche. Sodann gibt es Monatsbeziehungsweise Wochenlöhne bei halber Station, etwa freie Wohnung und Mittagessen; weiter mit Station, aber ohne Wohnung; oder aber das Gegenteil, mit Wohnung ohne Kost. Von einem wirklichen einheitlichen System, das in irgendeiner Form den Arbeitern auch nur die kleinsten Vorteile bieten könnte, kann also füglicherweise gar keine Rede sein, sondern es handelt sich lediglich und allein um die Vorteile der Arbeitgeber.

Und dieses System bringt etwas ein. Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein hat in den Monaten Juli bis September 1904 eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Gärtnerei aufgenommen, die in diesen Tagen im Druck erscheint.[1] Wir geben daraus einige Zahlen wieder, die sich auf das Gesamtresultat in Handelsgärtnerei, Privatgärtnerei, Landschaftsgärtnerei, Baumschule und Stadtgärtnerei zusammen beziehen. Es betrug der ermittelte durchschnittliche Wochenlohn bei vollständiger Barzahlung des Lohnes, also ohne irgendwelche Naturalien pro Woche 19,75 Mark. Das wäre also der grundlegende Durchschnittslohn, bei dem

---

[1] Wilhelm Jansson, Zur Lage der arbeitnehmenden Gärtner in Deutschland. Berlin 1905, Verlagsbuchhandlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins. Preis 75 Pfennig.

das Kapital schon auf seine Kosten kommen muß. Wo nun neben einem Barlohn freie Wohnung gewährt und Wochenlohn gezahlt wurde, betrug der gezahlte durchschnittliche Wochenlohn 16,88 Mark. Die Arbeiter zahlten also den Unternehmern für die Wohnung pro Woche 2,69 Mark. Diese Wohnung aber ist in der Regel nur eine Schlafstelle primitivster Art, so daß der ermittelte Durchschnittspreis gewiß nicht als niedrig anzusehen ist.

Es wurden dann aber in großer Zahl Monatslöhne bei freier Wohnung gezahlt. Und zwar betrug der durchschnittliche Monatslohn 66,88 Mark gleich einem Wochenlohn von 15,51 Mark. Hier war also nur durch die Veränderung der Auszahlungsform des Barlohns der Wohnungspreis auf 4,06 Mark pro Woche hinaufgetrieben. Das nennt man ein Geschäft!

Aber auch bei freier Station verändert sich das Bild nicht zugunsten der Arbeiter. Es betrug der Monatslohn bei freier Station im Durchschnitt 29,09 Mark gleich einem Wochenlohn von 6,72 Mark. Der Preis für Kost und Logis betrug also demnach 12,85 Mark, ein Preis, der zweifelsohne, im Verhältnis zu dem gezahlten durchschnittlichen Barlohn von 19,57 Mark ohne alles, als ein ganz horrender bezeichnet werden muß.

So wird aus dem Arbeiter mit Hilfe des Kost- und Logiszwanges sowohl in seiner Eigenschaft als Produzent wie als Konsument Kapital geschlagen. Rechnet man hinzu die manchmal jeder Beschreibung spottenden „Wohnungen", die teilweise ungenügende, minderwertige Kost, die geistige Bevormundung durch den Arbeitgeber, die Unmöglichkeit der Eheschließung, die politische Entrechtung, wie sie in einzelnen Bundesstaaten die im Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber stehenden Arbeiter trifft, kurz die ganze kulturelle Rückständigkeit eines Systems, das mit den heutigen Zeitverhältnissen absolut nicht in Einklang gebracht werden kann, so wird man die Pflicht der Gewerkschaften sowohl als der gesamten Arbeiterbewegung erkennen, mit ganzer Wucht gegen dieses Unwesen des Kost- und Logiszwanges vorzugehen. Es ist daher zu begrüßen, daß die Gewerkschaften jetzt einheitlich sich der Sache angenommen haben, die es sicherlich auch mit Erfolg zu betreiben wissen werden.

Die Bekämpfung beziehungsweise Beseitigung — denn darum handelt es sich in der weiteren Konsequenz — ist auf drei Wegen möglich: Zunächst durch die Propaganda unter den betreffenden Arbeitern, wie in der Öffentlichkeit. Sodann durch die Forderung der Barzahlung des Lohnes, die bei Lohnbewegungen zu stellen ist und die gestellt wird und deren Erfolg von dem Erfolg der Lohnbewegung selbst, von der Stärke der Gewerkschaftsorganisation und der damit zusammenhängenden Wucht ihrer Aktion abhängt. Ferner aber auch mit Hilfe der Gesetzgebung. Der § 115 Absatz a der Gewerbeordnung enthält ja heute schon die Bestimmung, daß der Lohn den Arbeitern in bar zu berechnen ist; leider wird dieser Grundsatz durch die weiteren Bestimmungen wieder umgestoßen, indem das Trucksystem zugelassen wird.

Nun sind wir die letzten, die allzu große Hoffnungen auf die Gesetzgebung setzen. Das Höchste, was man von ihr unter gegenwärtigen Verhältnissen erwarten kann, sind Bestimmungen, wie das Schlafstellenwesen beziehungsweise das Wohnungswesen dieser Couleur überhaupt beschaffen sein soll. Aber auch damit wäre schon eine wichtige Handhabe gegeben, die von großem Werte in dem Kampfe der Gewerkschaften gegen den Kost- und Logiszwang wäre.

Immerhin bleibt unausgesetzter Kampf der Gewerkschaften gegen diese Überreste des Mittelalters das beste Mittel, das den größten Erfolg verheißt. Und in diesem Kampfe rechnen die Gewerkschaften auf die Hilfe der politischen Interessenvertretung der Arbeiter, der Sozialdemokratie.

Literarische Rundschau.

Dr. Käte Schirmacher, **Die moderne Frauenbewegung, ein geschichtlicher Überblick.** Leipzig 1905, B. G. Teubner.

Die mit außerordentlich viel Fleiß und Sorgfalt zusammengestellte Broschüre muß der Autorin den Dank aller derjenigen sichern, die auf demselben Gebiete tätig sind. In noch weit höherem Grade als die vor einigen Jahren in französischer Sprache erschienene kleinere Schrift[1] derselben Autorin ist die vorliegende Arbeit geeignet, als Handbuch insbesondere der bürgerlichen Frauenbewegung zu dienen.

Wenn im allgemeinen Weitschweifigkeit als ein Fehler der Frauenrechtsliteratur bezeichnet werden muß, wenn diese zumeist mehr Polemik als Wissensstoff enthält, so ist Dr. Schirmachers Broschüre an wichtigen Daten reich und deren praktische und übersichtliche Zusammenstellung stellt eine sehr beachtenswerte Arbeitsleistung dar, während die Würdigung der angeführten Tatsachen im großen und ganzen von sozialpolitischer Bildung zeugt.

Die spezielle Arbeiterinnenfrage wird zwar viel weniger eingehend behandelt als die Fragen des Eindringens der Frauen in die liberalen Berufe, aber auch die Behandlung der ersteren Frage bekundet ein sorgfältiges Eingehen. Wie schade, daß das Urteil der Autorin hier und da durch Phrasen irregeleitet wird, die in den Anfängen der bürgerlichen Frauenbewegung eine nicht unerhebliche Rolle spielten, heute aber selbst von der Avantgarde dieser Bewegung in ihrer Schiefheit bereits erkannt und verschmäht werden und daß trotz der so anerkennenswerten Knappheit und Klarheit, die das Büchlein auszeichnen, doch gewisse Verschwommenheiten Platz gefunden haben, die aber nicht dem Stile, sondern vielmehr der Gesinnung Käte Schirmachers zur Last zu legen sind.

Recht naiv ist die Auffassung, von der ausgehend Dr. Schirmacher die Empfänge der bürgerlichen Frauenkongresse in Berlin bei der Kaiserin und dem Minister des Äußern, die im vorigen Sommer so vielfach besprochen wurden, als große Errungenschaften bejubelt. Sie fährt dann fort:

„Schon von diesem Standpunkt aus wäre es ein Fehler gewesen, hätte die Kongreßleitung wegen Ablehnung des Frauenwahlrechtes bei den Kaufmannsgerichten auch die Empfänge in den Ministerien abgelehnt, wie das zum Beispiel von sozialistischer Seite gewünscht wurde. Wir aber sind ja gerade deshalb hingegangen, damit eine solche Ablehnung in Zukunft weniger ungeniert erfolgen könne, um persönlich an unsere ‚Ablehner‘ heranzutreten und ihnen, im Privatgespräch, zu sagen, wie scharf und tief wir diesen ‚Mißbrauch der Gewalt‘ empfinden“ (S. 71).

Solche „Kämpferinnen“, die öffentlich ihren Bedrückern alle unter den gegebenen Umständen möglichen Ehren erweisen und ihnen dann im traulichen Privatgespräch ihre „tiefen“ Empfindungen dartun, sind den Machthabern gewiß jederzeit willkommen. Aber nicht immer ist Käte Schirmacher so versöhnlich, und nur zu oft zeigt es sich, daß sie noch von den so ganz primitiv frauenrechtlerischen Vorstellungen beherrscht wird, nach denen der Mann, dieses boshafte Ungeheuer, nichts anderes sinnt und trachtet, als wie es das Weib bedrücken kann, im Gegensatz zu diesem, das sich nur zu zeigen braucht, um Glück und Tugend zu verbreiten.

„Die Gehälter und Löhne“, schreibt sie, „sind aber auch in Australien für beide Geschlechter nicht immer die gleichen. Zum großen Teile kommt das daher, daß man Frauen die Subalternämter oder die schwere, aber schlecht bezahlte Arbeit überläßt, dem Manne, dem ‚Vollbürger‘ und ‚Vollmenschen‘ aber die höheren und gutbezahlten Posten vorbehält“ (S. 25).

---

[1] Le feminisme aux Etas-Unis, en France, dans la Grande-Bretagne, en Suède et en Russie. Arman Colin & Co. 1898.

Der Staat als Arbeitgeber hat mit dem privaten Unternehmen das gemein, daß beide immer lieber wenig als viel bezahlen. Käte Schirmacher scheint sich aber vorzustellen, daß der Unternehmer aus Geschlechtssolidarität den männlichen Arbeiter (Vollbürger und Vollmensch gleich ihm) grundsätzlich weniger ausbeutet als die Frau. Sie mache doch einmal die Probe auf das Exempel und sehe nach, ob weibliche Vorgesetzte und Unternehmer geneigt sind, die weibliche Arbeitskraft höher zu bezahlen. Dann wird sie vielleicht zu der Einsicht kommen, daß weibliche Arbeitskraft auch deshalb so niedrig bezahlt wird, weil ihr Anwender für deren Wiederherstellung nicht allein aufkommen muß, sondern in der angenehmen Lage ist, einen Teil dieser Kosten auf den Vater oder Gatten der Arbeiterin abzuwälzen, wovon ihn der Respekt vor dem „Vollbürger" und „Vollmenschen" durchaus nicht zurückhalten kann.

Voll frommer Gläubigkeit wiederholt dagegen Dr. Schirmacher das oft gehörte Argument zugunsten des Frauenwahlrechtes, daß in Wyoming, wo das Frauenstimmrecht seit 1869 besteht, die Kriminalität bei einer Bevölkerungszunahme von 127,9 Prozent in den letzten Jahren stationär geblieben sei, während sie für die übrigen vereinigten Staaten um 40,3 Prozent zugenommen habe. Ob für diese Tatsache wirklich keine andere Erklärung sich finden ließe als nur das Frauenwahlrecht, das läßt sie ununtersucht, ja sie sagt uns nicht einmal, wie es zu erklären sei, daß die drei anderen Staaten, welche das Frauenwahlrecht gleichzeitig oder um wenige Jahre später einführten, sich nicht eines ähnlich glücklichen Zustandes zu erfreuen haben. Sie fährt vielmehr fort: „1880 enthielten die Gefängnisse von Wyoming 72 Männer und 2 Frauen = zusammen 74, 1890 betrug die Zahl wieder 74, jedoch ausschließlich Männer" (S. 11).

Ist es nicht jammerschade, für eine so gute und ernsthafte Sache wie das Wahlrecht der Frauen mit so kindlichen Argumenten zu kämpfen?

Eine bürgerliche Frauenrechtlerin ist gewiß nicht verpflichtet, von dem Klassenkampf und der Sozialdemokratie etwas zu verstehen, ja ein solches Verständnis könnte sogar ihrer bürgerlich-frauenrechtlerischen Gesinnungstüchtigkeit gefährlich werden, wie man es schon an abschreckenden Beispielen erlebt hat, ist also vielleicht besser zu vermeiden, aber darum sollten bürgerliche Frauenrechtlerinnen es auch unterlassen, der sozialdemokratischen Frauenbewegung gute Ratschläge zu erteilen. Wenn Dr. Schirmacher erzählt, daß „die Sozialdemokratie mit dem ‚Klassenhaß' als Propagandamittel arbeite" (S. III), oder wenn sie schreibt: „Ein Teil der sozialistischen Partei jedoch, die ‚Endzieler', sehen in der Erhaltung des ‚Klassenhasses' das Hauptagitationsmittel der Sozialdemokratie und sind aus diesem Grunde dem friedlichen Handinhandarbeiten mit Bürgerlichen prinzipiell abgeneigt", so verrät sie damit nur, daß sie von unserem Endziel so wenig versteht wie vom Klassenkampf.

Zum Schlusse will ich noch bemerken, daß die Daten, welche die Schrift über die Löhne der Wiener Kontor- und Fabrikarbeiterinnen enthält, nicht mehr ganz stimmen. Die Autorin entnahm sie dem Protokoll der im Jahre 1896 abgehaltenen Frauenarbeitsenquete. Seither aber haben sich dank mannigfacher Bemühungen und Erfolge der Arbeiterorganisationen die Verhältnisse vielfach erheblich gebessert.

Das soll keinen Vorwurf für Dr. Schirmacher bedeuten. Offizielle Daten gibt es darüber nicht, und die von einzelnen Wiener Gewerkschaften durchgeführten Statistiken dürften in den bürgerlichen Kreisen Deutschlands wenig bekannt sein.

Therese Schlesinger-Eckstein.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. In Heften à 20 Pfennig. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

Seit Jahren wird unser lesendes Publikum mit Büchern und Broschüren populärmedizinischen Inhalts überschwemmt. Wahllos kauft die große Menge die in den Auslagen zur Schau liegenden literarischen — wenn man so sagen darf — Erzeugnisse mehr oder minder zweifelhaften Charakters, Klencke und Bilz und Lahmann,

Kneipp und Kuhne und die Scharen Namenloser, die, in hochtrabenden Anzeigen und Titelblättern sich bewußt an die niedrigsten Instinkte wendend, Verständnis, Heilung und Verhütung aller Krankheiten versprechen. Die Mehrzahl dieser Abhandlungen ist von Nichtärzten, Kurpfuschern, Naturheilern, Vegetarianern und andern abgefaßt. Sie entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Ihre Erklärungen sind grobmechanischer Natur, also auch für den Ungebildeten, wenn er nur lesen kann, einleuchtend und faßlich. Ihre Tendenz lautet: Hütet euch vor der Schulmedizin, sie schädigt die Volksgesundheit auf unberechenbare Weise.

Die kleinere Anzahl der populär-medizinischen Werke, die Ärzte zu Verfassern haben, leidet an dem entgegengesetzten Fehler; sie sind gewöhnlich schwer faßlich, unverständlich, also langweilig für den Laien; sie geben ein Zuviel der Krankheitssymptome, das den Leser ängstlich macht und verwirrt; sie tragen jenen Skeptizismus, der die medizinische Wissenschaft — fast möchte ich sagen — auszeichnet, in weite Kreise und graben dadurch ihren Urhebern, dem Ärztestand selbst, den Boden ab.

So ist es mit Freuden zu begrüßen, wenn Ärzte sich zu einem Unternehmen vereinigen, das die Klippen der Fachgelehrsamkeit zu umschiffen weiß, ohne in die Untiefen seichten Naturheilgeschwätzes zu geraten; das die Gefahr der medizinischen Halbbildung, auf welche Dr. Hirschlaff in Heft 3 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" hinweist, in Rechnung zieht und doch dem Laien das Recht nicht abspricht, in den Angelegenheiten der Volksgesundheit mitzureden. In richtigem Verständnis dessen, was not tut, leitet Genosse Dr. Zadek die Herausgabe der „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek". Während die drei ersten Hefte ihr Wissen sine ira et studio mitteilen, sind die beiden folgenden von gesundem Parteigeist getragen. Ein wahres Kampfbuch ist Fröhlichs mit leidenschaftlicher Überzeugung geschriebene, nun schon in zweiter Auflage vorliegende Abhandlung (Alkoholfrage und Arbeiterschaft). Zadek hat in Heft 4 den Achtstundentag als gesundheitliche Forderung behandelt und vorbildlich gezeigt, wie der anscheinend spröde Stoff im Dienste der Klassenbewegung zu verwerten ist.

Alle mir vorliegenden Hefte der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" sind zu empfehlen. Ihr billiger Preis sichert ihnen die Verbreitung. Für die Arbeiterschaft und die Krankenkassen bedeuten sie ein Hilfsmittel zur Förderung der Volksgesundheit. Den Ärzten sind sie eine gute Waffe im Kampfe gegen die Kurpfuscherei. h. h.

Notizen.

Ein Vorschmack zur Schillerfeier.[1] (Von einem Studenten.) Der Artikel der „Neuen Zeit" hat gewiß viel, sehr viel Berechtigtes. Vom sozialistischen Standpunkt aus kann man wirklich das nationale Harikiri gegen die ultramontanen Verbindungen nicht anders beurteilen als mit der Kritik: Ihr führet die Freiheit im Munde und schlaget sie tot.

Und trotzdem muß ich dem Verfasser des „Vorschmacks zur Schillerfeier" in manchem widersprechen. Ich hoffe, man wird deswegen mich nicht als „unreifen Knaben" betrachten, sondern sine ira et studio prüfen, ob wirklich die sogenannte akademische Freiheit den Anspruch erhebt, sich über die gemeine Vereinsfreiheit hinwegzusetzen, oder ob nicht doch ein berechtigter Kern in dem Kampfe um sie steckt.

Was war die akademische Freiheit einst, was ist sie jetzt?

Ehedem, da war sie ein Vorrecht der Professoren und Studenten vor der damals gültigen bürgerlichen Freiheit, oftmals ein Faustrecht schlimmster Sorte.

Heute aber ist die akademische Freiheit ins Hintertreffen gegenüber der bürgerlichen geraten. Denn die Bildung und das Bestehen von studentischen Vereinen ist ausschließlich von der Erlaubnis nicht des bürgerlichen Gesetzes, sondern der Rektoren

[1] Siehe den Artikel „Allotria" an der Spitze dieser Nummer.

und Senate abhängig und genau so verhält es sich mit Studentenversammlungen. Auch der politischen Betätigung der Studenten ist — im Norden mehr als im Süden — durch die Willkür der akademischen Behörden eine Schranke gesetzt. Die zarische Polizeiaufsicht an verschiedenen deutschen Hochschulen hat der Verfasser ja selbst angeführt.

Was aber soll und muß die akademische Freiheit nach wirklich freiheitlichen Grundsätzen sein? Nichts anderes natürlich als das Recht der Studenten auf volle bürgerliche Freiheit und auf absolute Unabhängigkeit ihrer Vereine und Versammlungen, ihrer politischen Betätigung und ihres Gewissens von den Hochschulleitungen. Faßt man so die akademische Freiheit auf, so ergibt sich ohne weiteres, was sie zurzeit in den Begriffen der Regierenden ist: eine etwas größere Freiheit der Studierenden der Hochschulen gegenüber der kleineren der Mittelschüler.

Wir sozialdemokratischen Studenten machen die Bewegung gegen die Unterdrückung der akademischen Freiheit mit, selbstverständlich in unserer Art. Es hat uns daher wehe getan, daß der Verfasser des „Vorschmacks" nur und ausschließlich Hohn — und um die bittere Pille noch bitterer zu machen — geistvollen Hohn über die ganze Bewegung ausgießt. Gewiß verurteilen wir mit aller Schärfe die Bestrebungen, die konfessionellen Verbindungen (lies ultramontanen Verbindungen) durch behördliche Eingriffe zu unterdrücken, gewiß wehren wir uns mit Haut und Haaren gegen die von Burschenschaftern ausgegebene Parole, der Student müsse das Recht haben, sich im nationalen Sinne frei zu betätigen, weil wir unbedingte politische Gewissensfreiheit fordern müssen — ich verweise auf diesbezügliche von Studenten in die „Münchener Post" geschriebene Artikel —, wir bekämpfen aber auch geziemend die Ungeniertheit von Rektoren, den Studenten die freie Aussprache über sie interessierende Fragen schlankweg zu verbieten und Leute, die auf ihr Recht hierzu pochen, zu maßregeln.

In diesem Sinne kämpfen wir mit unseren sonstigen Gegnern, denen gegenüber wir immer auf die trennenden Punkte hingewiesen haben. Und in diesem Sinne erwarten wir auch von unserer Partei tätige Beihilfe, wobei wir uns entschieden dagegen verwahren, mit unseren Gegnern und jetzt teilweise Verbündeten aus Unkentnis der Details in einen Topf geworfen zu werden.

Hoffentlich nimmt man es uns sozialdemokratischen Studenten nicht übel, daß wir uns an der Bewegung beteiligen. Wir glauben nämlich, durch eine gehörige Aufrüttelung der öffentlichen Meinung den Behörden die Lust auszutreiben, sich noch weiter als bisher an unserer „Freiheit" zu vergreifen. Wir wissen ja ganz gut, daß wir alle unsere Forderungen (Vereins- und Versammlungsrecht auf Grundlage des allgemeinen bürgerlichen Rechtes) jetzt nicht verfolgen können. Wir wissen auch, daß wir dem Russenkurs an unseren Universitäten nicht steuern können, weil der Russenkurs ja nicht allein die Studenten bedrückt, sondern von Reichs wegen gegen alle geistig freien Russen in Deutschland ungehinderte Laufbahn hat, wir wollen aber, wie gesagt, aus unserer Bewegung einen Hemmschuh gegen fortschreitende Unterdrückung machen. Diese unsere Absicht ist uns viel wichtiger als der Horror vor einem teilweisen Zusammengehen mit Erzreaktionären, die aus nationalem Fanatismus gegen die „Römlinge", unterstützt von Graf Paul v. Hoensbroech und dem evangelischen Bunde, zu Felde ziehen wollten. Sie haben sich aber inzwischen schon gemausert, denn jetzt sehen sie, wie zuerst in München, so an allen Hochschulen ein, daß sie mit ihrer Forderung nach Unterdrückung der katholischen Korporationen die öffentliche Meinung und die beachtenswerte Presse nicht für sich gewonnen haben; den Haß gegen die konfessionellen Verbindungen können wir ihnen ruhig lassen, denn er wird nur zu unserem Vorteil später, außerhalb des akademischen Lebens, sein.

So möchte ich denn den Kern der Bewegung für den „mittelalterlichen Zopf der akademischen Freiheit" nicht so ganz, als es der Verfasser des „Vorschmacks" tat, verurteilen.

München. -z. -r.

Konsumvereine und Sozialdemokratie. Genosse Kaufmann-Hamburg polemisiert in Nr. 23 der „Neuen Zeit" gegen meinen Artikel, den ich in Nr. 29 dieser Zeitschrift veröffentlichte. Er geht leider auf den Kern meiner Ausführungen gar nicht ein und begnügt sich mit allerhand Bemerkungen, die mit dem von mir behandelten Thema recht wenig oder gar nichts zu tun haben. Und da Genosse Kaufmann als Sekretär des Verbandes deutscher Konsumvereine das Wort nahm, wäre es doch recht interessant gewesen, seine Stellung zu den von mir behandelten Vorgängen klargelegt zu sehen. Er zieht sich in bezug auf die prinzipielle Seite meiner Erörterungen auf die sonderbare Redensart zurück: das wären „Ansichtssachen, über die sich nicht streiten" lasse. Was soll denn damit eigentlich gesagt sein? „Ansichtssachen" sollen doch vertreten und begründet werden, soweit sie überhaupt für das öffentliche Leben in Betracht kommen. Das führt aber und muß führen zu „Streitereien", aus denen der als Sieger hervorgeht, der die besten Gründe für die von ihm verfochtene Ansicht vorzubringen vermag. Ich war nun so frei, auf die meines Erachtens falschen und schädlichen Anschauungen der gekennzeichneten Genossenschaftstheoretiker aufmerksam zu machen. Im übrigen muß Kaufmann als Parteigenosse wissen, daß die Sozialdemokratie jedem ihrer Anhänger bei der Diskussion „divergierender Anschauungen" zwar sehr weiten Spielraum läßt, aber doch Grenzen zieht, ziehen muß, die die Debatten in jedem Falle auf die Grundsätze der Partei hinweisen. Ich habe behauptet, daß die Konsumvereinsbewegung in Deutschland immer mehr von Leuten zu beeinflussen gesucht wird, die nach ihren Ausführungen in ihr ein Mittel zum Zwecke gegen die Sozialdemokratie zu erblicken scheinen, und daß ich diese Strömung in ihren Konsequenzen ebenso nachteilig für die Konsumvereinsbewegung wie für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung halte. Darauf allein kommt es an. Genosse Kaufmann aber geht mit keinem Worte auf diese Feststellungen und Erörterungen ein. Wenn er aber meint, daß das Reichstagswahlrecht und das Koalitionsrecht dem deutschen Volke nicht genommen werden kann, so muß hinzugefügt werden, daß es von der Bedeutung, von der Macht der politischen Arbeiterbewegung, ihrem Einfluß auf das Parlament und das öffentliche Leben abhängt, ob es der herrschenden Klasse ohne Gefahr für ihren eigenen Bestand erschwert oder ganz unmöglich gemacht wird, dem Volke diese Rechte zu nehmen. Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie hält die herrschende Gesellschaft vor Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiter zurück.

Daß Kaufmann eine Broschüre von Karl Kautsky gegen mich auszuspielen versucht, wird jeden überraschen, der diese Schrift kennt. Kautsky selbst hat einem solchen Beginnen durch eine Fußnote ja schon vorgebeugt. Tatsächlich warnt Kautsky in seiner Broschüre vor jenen Genossenschaftsaposteln, die in den Konsumvereinen das endlich gefundene Allheilmittel zur Erlösung der Menschheit gefunden zu haben glauben. Ich konstatiere mit Genugtuung, daß Kaufmann es für ganz „selbstverständlich" hält, daß die Konsumvereinsbewegung nicht gegen die Sozialdemokratie mißbraucht wird. Dann darf man aber auch Bestrebungen, die darauf abzielen, nicht ohne Widerspruch hingehen und weiterwursteln lassen. Besonders darf es der nicht, der so wie ich auf dem Standpunkt steht, daß die Konsumvereinsbewegung politisch völlig neutral zu bleiben hat.

Schließlich noch eine persönliche Bemerkung. Aus mehreren Wendungen des Kaufmannschen Artikels kann geschlossen werden, als ob ich zu denen gehörte, die die Konsumvereinssache unterschätzen, nicht hoch genug schätzen und nun aus Mißachtung oder Mißgunst zu meinen Ausführungen gekommen sei. Kaufmann weiß aber, daß ich seit Jahren energisch für die Konsumvereinssache tätig bin und ihr aus vollem Herzen eine gedeihliche Entwicklung wünsche, daran mitarbeite und auch denen entgegentrete und entgegengetreten bin, die die Konsumvereinsbewegung unterschätzen oder gar ihr schaden. Es ist nötig, das festzustellen. Hermann Fleißner.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 26 23. Jahrgang, 1. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Monarchisch-Dynastisches.

⸗ Berlin, 22. März 1905.

Der preußische Polizeiminister v. Hammerstein ist plötzlich gestorben, seit langer Zeit wohl der erste preußische Minister, der im Amte stirbt. „In den Sielen zu sterben", war bekanntlich Bismarcks Ideal, aber auch ihm ist es nicht vergönnt gewesen, dies Ideal zu verwirklichen. Ein preußischer Offiziöser schrieb vor etwa zwanzig Jahren eine dicke Broschüre, um die innere Fäulnis der republikanischen Staatsform an dem ewigen Ministerwechsel in Frankreich nachzuweisen, aber gemessen an diesem Maßstab würde die preußisch-deutsche Monarchie noch viel schlechter fahren. Denn ihre Minister wehen und wechseln wie Flugsand, und wenn einer von ihnen nach dem Ziele geizt, in den Sielen zu sterben, so wird er gut daran tun, sich ein wenig zu beeilen.

Herr v. Hammerstein freilich hätte die Sache noch eine Weile mit ansehen können, denn seine Stellung war sehr fest. Was ihn schützte, war eine seltene Unfähigkeit, die sich mit einer ebenso seltenen Ungeschicklichkeit paarte. Er hatte immer ein paar Eisen im Feuer, an denen er zum Ärger vieler und manchmal selbst aller Parteien schmiedete. Und das war sein Glück, denn die preußische Krone verabschiedet keinen Minister, der das halbe oder nun gar das ganze Volk gegen sich aufgebracht hat. Sie würde darin eine sie bloßstellende Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen erblicken. Es darf nie der geringste Zweifel daran bestehen, daß ein Minister, der steigt, durch ihren Willen steigt, daß ein Minister, der stürzt, durch ihren Willen stürzt. Daran hält sie fest als an einem kostbaren Privilegium. Wenn sich die preußische Demokratie, als es noch eine gab, den melancholisch-bescheidenen Wahlspruch erwählt hatte: Noch nicht, so könnte die preußische Monarchie statt des mißverständlichen Suum cuique in ihr Wappen den Spruch setzen: Nun erst recht nicht!

Zwischen diesen beiden Parolen bewegt sich seit sechzig Jahren alle preußische Geschichte und in deren Folge auch die deutsche Geschichte. Wenn die Liberalen über das Nun erst recht nicht! stöhnen, so muß man ihnen sagen: Das habt

ihr von eurem Noch nicht! Man kann billigerweise von niemandem verlangen, sich selbst zu entleiben, und somit auch von keiner Monarchie, freiwillig auf die Befugnis zu verzichten, die Minister zu ernennen. Es ist freilich nicht, wie es in liebedienerischer Weise dargestellt wird, eine göttliche Vorsehung, die der preußischen Monarchie das Recht gesichert hat, je nach ihrem souveränen Willen die Minister ein- oder abzusetzen, sondern dies Recht eignete allen absoluten Monarchien, und wo es ihnen nicht gewaltsam genommen worden ist, eignet es ihnen noch. Diese „besondere Eigentümlichkeit“ des preußischen Staates wurzelt keineswegs tief in seiner „historischen Entwicklung“, sondern sie ist eine Konsequenz der Tatsache, daß die bürgerlichen Klassen in Deutschland niemals die Kraft und den Mut gehabt haben, ihre Interessen mit demjenigen Nachdruck zu vertreten wie die bürgerlichen Klassen in solchen monarchischen Ländern, wo die Minister von der Volksvertretung ernannt werden und nicht von der Krone. Sie dürfen deshalb aber nicht dasjenige Maß von Selbstverleugnung, das sie selbst in glorreicher und im Jenseits dermaleinst vielleicht reich belohnter Weise bewährt haben, nun auch von der Krone verlangen. Insofern hat das Nun erst recht nicht! eine bessere historische Legitimation als das Noch nicht!

Bemerkenswerter als die gänzliche Vernachlässigung der frommen Wünsche, mit denen der deutsche Liberalismus gegen die Gewalt der Tatsachen zu operieren liebt, ist der Mangel an Rücksicht, den die Krone bei der Ausübung ihres souveränen Ministerernennungsrechtes nun schon wiederholt gegenüber den Forderungen des Junkertums gezeigt hat. Von einer konstitutionellen Monarchie in Deutschland zu reden, heißt ein unbilliges Spiel mit Worten treiben, aber mit größerem Rechte hat man die preußische Monarchie eine verhüllte Aristokratie genannt, sie als eine Organisation des ostelbischen Junkertums mit einer monarchischen Spitze gekennzeichnet. Neben dem Kriegsministerium haben die ostelbischen Junker aber stets das Polizeiministerium als ihre eigentliche Exekutive betrachtet, die sie niemals aus den Händen lassen dürften, als einen Posten, der unweigerlich mit einem Rochow oder Eulenburg oder Puttkamer oder Recke zu besetzen sei. Diese ehrwürdige Tradition hat die Krone, seit dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Kaisers, wiederholt durchbrochen: selbst gleich zu Anfang, als Wilhelm II. sogar den bürgerlichen Herrfurth zum Minister des Innern ernannte, den „Rübezahl“, den die Junker in boshafter Weise angeärgert und gelästert haben. Aber auch der eben verstorbene Hammerstein, so geist- und seelenverwandt er ihnen sonst war, hatte in ihren Augen doch den unverzeihlichen Fehler, aus Westelbien zu stammen, wo Gesinnungsroheit und Kartoffelschnaps nicht in solchen Massen produziert werden wie in den Kassubei und den anderen Gefilden, in denen die Itzenplitze und Zitzewitze länger hausen als die Hohenzollern.

So wird es ihnen denn ein neues Herzeleid sein, daß Herr v. Bethmann-Hollweg, der bisherige Oberpräsident der Mark Brandenburg, zum Nachfolger Hammersteins ernannt worden ist. Es ist ganz junger Briefadel, wenig über sechzig Jahre alt; die Bethmanns sind eine Bankier-, die Hollwegs eine Professorenfamilie, und der erste Träger der verbundenen Namen, der Großvater des neuernannten Ministers, war sogar ein leibhaftiger „liberaler“ Minister

zur Zeit der neuen Ära. Bismarck läßt sich in seinen Denkwürdigkeiten mit viel Galle über die Fraktion „oder richtiger“ Koterie Bethmann-Hollweg aus, die sich in den fünfziger Jahren erdreistete, an dem Sturze des reaktionären Ministeriums Manteuffel-Westphalen zu arbeiten, und er hat sie noch schonungsloser kritisiert, als sie nach der unheilbaren Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. ihr Ziel erreichte und sich als Ministerium der neuen Ära politisch produzieren konnte.

Möglich, daß die Junker darauf verzichten, die Sünden des Großvaters an dem Enkel zu rächen, zumal wenn der Enkel, wie ja wohl anzunehmen sein wird, sich gebessert haben sollte. Aber verdrießlich wird es ihnen unter allen Umständen sein, daß abermals ein Außenseiter auf den Platz gestellt wird, auf den sie einen erbgesessenen Anspruch zu haben glauben. Anärgern werden sie den neuen Minister genug, aber er wird darauf nicht antworten, indem er ihnen den Daumen aufs Auge drückt, sondern indem er sie durch immer größere Dienstfertigkeit zu versöhnen sucht. So ist es mit allen diesen Ministern gegangen: von Herrfurth an, der das Sozialistengesetz noch gewissenloser mißbrauchte als sein Vorgänger Puttkamer, bis auf Hammerstein, der in der Angelegenheit der Janina Berson ein Maß von Gesinnungsroheit bewährte, wie es ein eingeborener ostelbischer Junker vielleicht doch nicht erreicht hätte und jedenfalls noch nicht erreicht hat. Die Betrachtungen der bürgerlichen Blätter darüber, ob es unter Bethmann-Hollweg anders werden wird, als es unter Hammerstein war, sind deshalb ein unnütz vertaner Aufwand von Worten.

Nicht eine monarchische, sondern eine dynastische Angelegenheit war die Entschädigung des Hauses Glücksburg, die heute vom preußischen Abgeordnetenhaus zwar noch nicht formell angenommen, aber doch der Sache nach gebilligt wurde. Von den Konservativen zu geschweigen, so hatten weder die Nationalliberalen noch die Ultramontanen etwas gegen die skandalöse Forderung der Regierung einzuwenden, und nur ein freisinniger Redner, der freilich nicht mehr als ein paar Dutzend Stimmen hinter sich hat, erhob einen in seiner Art kräftigen Protest. Das Haus Glücksburg ist ein Zweig der schleswig-holsteinischen Herzogsfamilie und soll eine Jahresrente von 150000 Mark nebst einem Schlosse erhalten, nicht weil es auf diese opulente Spende irgendeinen Rechts- oder auch nur Billigkeitsanspruch geltend machen kann, sondern weil es sich heute möglicherweise besser stände, als es sich stehen würde, wenn es bei der dänischen Herrschaft in Schleswig-Holstein geblieben wäre. Es spricht nicht sehr für die intellektuellen und moralischen Qualitäten dieses Hauses Glücksburg, daß seine edlen Glieder lieber eine Bettelei auf so abgeschmackte Titel hin anstellen, als daß sie wenigstens versuchen, sich durch ehrliche und solide Arbeit aus dem Dalles zu befreien, worin sie sich zu befinden scheinen. Aber es spricht auch nicht sehr für die Regierung und den preußischen Landtag, daß sie sich auf eine Affäre einlassen, die würdig wäre, in dem Roten Buche der französischen Ludwige eine Parade- und Prachtnummer zu bilden. Wenn nach diesem Buche die Gräfin von Artois für die Mühewaltung, den Herzog von Berry geboren zu haben, 24078 Livres, oder ein deutscher Prinz vier Pensionen bezog, die erste „für seine Dienste als Oberst“, die zweite „für seine

Dienste als Oberst", die dritte „für seine Dienste als Oberst", die vierte aber „für seine Dienste als Nicht-Oberst" (pour ses services comme non-colonel), so muß man gestehen, daß solche Begründungen, die im Jahre 1790 den Abscheu und das Hohngelächter der ganzen Welt erregten, sich noch sehr ehrwürdig und lustig ausnehmen gegenüber der Begründung, womit eben dem Hause Glücksburg ein Schloß und eine Jahresrente von 150000 Mark aus dem Säckel zugeschanzt worden sind, den die Massen mit ihrer Hände Arbeit füllen müssen.

Jedoch ist dieses verwerfliche Attentat auf die Interessen des Volkes von einigen sozialdemokratischen Blättern nicht unter dem richtigen Gesichtspunkte bekämpft worden. Sie meinen, die preußische Regierung habe sich in so trauriger Weise blamiert, aus Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Hauses Glücksburg zu der deutschen Kaiserfamilie, und sie glauben diese Auffassung dadurch stützen zu können, daß sie sich auf die Kargheit der preußischen Regierung gegen die Depossedierten von 1866 beziehen. Allein dabei läuft eine Verwechslung unter, die sich daraus erklärt, daß Bismarck zeitweise unter fadenscheinigen Vorwänden das Vermögen einiger Depossedierten von 1866 beschlagnahmte, um sich einen Korruptionsfonds zu schaffen. Dieser vorübergehende Gewaltstreich des hohenzollernschen Hausmeiers, der als solcher auf einem ganz anderen Blatte steht, hat nichts mit der Tatsache zu tun, daß die Dynastien unter sich einen sehr festen Assekuranzverband gegen die Unfälle des monarchischen Berufs bilden. Das war 1866 ebenso wie jetzt und als dem entthronten König von Hannover das Doppelte seiner Zivilliste von der preußischen Regierung zugesichert wurde, argumentierte Bismarck ganz in der Art des Roten Buchs, daß König Georg wegen seiner Dienste als Souverän eine Pension haben müsse und wegen seiner Dienste als Nicht-Souverän erst recht.

Das ist so komisch wie traurig, aber es könnte ein so ernstes wie fröhliches Ende nehmen, wenn die Völker sich gegen die Unfälle, die ihnen aus dem monarchischen Beruf erwachsen, ebenso verassekurieren wollten wie die Dynastien unter sich.

Der Kongreß von Rouen und die Entwicklung des französischen Sozialismus zur Einigkeit.

Von **Jean Longuet.**

Um die jetzige Situation der sozialistischen Bewegung in Frankreich zu verstehen und alles, was daran den ausländischen Genossen anormal erscheinen mag, zu erklären, ist es notwendig, die Tatsachen in ihrer historischen Entwicklung zu betrachten und sich die eigentümlichen Bedingungen des Entstehens des Sozialismus in Frankreich zu vergegenwärtigen. Man muß sich vor allem die Umstände zurückrufen, unter welchen die Bewegung sich seit zwölf Jahren entwickelt hat. Die Unkenntnis dieser speziellen Zustände läßt selbst in Frankreich viele, die sich mit dem Studium der Entwicklung des Sozialismus beschäftigen, dieselben chaotisch und unverständlich erscheinen.

* * *

Man weiß, wie stark der Einfluß der alten Sozialisten sich in Frankreich während eines großen Teiles des neunzehnten Jahrhunderts geltend machte und bis zu welchem Grade er dazu beitrug, daß von 1883 bis 1893 eine ganze Reihe Organisationen nebeneinander bestand statt einer einheitlichen großen Partei, wie wir sie in den anderen Ländern des kontinentalen Europa finden.

Aber der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte des französischen Sozialismus ist das Jahr 1893. Aus einem ganz sekundären Faktor im nationalen Leben, wo das „fortschrittliche" Element ausschließlich durch die Radikalen und Herrn Clemenceau vertreten war, wurde die sozialistische Partei zu einer der großen Parteien im Parlament, deren Redner eine Rolle ersten Ranges in allen Diskussionen spielten, und die immer mehr die radikale Partei in den Hintergrund drängte.

Unglücklicherweise war die Parteiorganisation in Frankreich niemals weniger auf der Höhe der Situation, als zu jener Zeit. Neben den verschiedenen sozialistischen Organisationen hatte sich eine seltsame Masse angesammelt, ohne richtige sozialistische Schulung, ohne Zusammenhalt, ohne Organisation irgendwelcher Art. Gleichzeitig hatten die politischen Tagesereignisse, der Panamaskandal und die Bewegung gegen die Plutokratie, die zum Teil durch die demagogischen antisemitischen Feldzüge Drumonts hervorgerufen waren, zur Erzeugung eines unbestimmten sozialistischen Gefühls beigetragen, das gleichzeitig volkstümlich und staatssozialistisch war.

Für diese Elemente bestand das ganze sozialistische Programm in Maßregeln, wie die Unterdrückung der Privilegien der Bank von Frankreich, oder im Kampfe gegen die hohen Finanzbarone. Unter den neugewählten Sozialisten verkörperten Männer wie Millerand, Viviani und Rouanet diese Geistesrichtung. Weit entfernt von der revolutionären, proletarischen Methode von Marx und, was Millerand und Viviani betrifft, auch ohne jede genauere Kenntnis der modernen sozialistischen Literatur, faßten diese Leute den Begriff Sozialismus ganz kleinbürgerlich auf.

Um in einer derartigen Situation eine entschieden sozialistische Politik möglich zu machen, wäre es notwendig gewesen, daß eine große einige sozialistische Partei bestand, die alle klaren kämpfenden Sozialisten in sich schloß. Nur sie konnte eine intensive Entwicklung der sozialistischen Vorbildung, eine ernsthafte Kontrolle der Vertreter durch die Partei und schließlich, was die Hauptsache, die Schaffung von Tagesblättern herbeiführen, die Eigentum der Partei waren und die sie kontrollierte.

Die einzige wirksame Garantie, welche man allen Abweichungen vom Wege entgegenstellen konnte, war die Schaffung einer einigen Klassenpartei, in welcher strengste Disziplin herrschte. Eine geeinigte Partei hätte rasch alle jene Elemente zusammengeschweißt, die vom sozialistischen Standpunkt aus unter allen den neuen Anhängern zusammengehörten, und jene aus der Partei gestoßen, welche weder die Tendenzen noch die Denkungsweise des modernen Sozialismus hatten. Aber leider waren die historisch überkommenen Hindernisse einer Vereinigung aller alten sozialistischen Organisationen noch übermächtig. Auch waren unter den neu zur Partei gekommenen Sozialisten ganze leuchtende Plejaden von „Intellektuellen", die, wie Millerand und Viviani, gar keine oder, wie Jaurès, nur wenig Ahnung von einer Klassenpartei hatten, die sich auf die proletarischen Massen stützt und von ihnen kontrolliert wird, und deren parlamen-

tarische und sonstige Vertreter nur ihre Funktionäre sind ebenso wie ein Gewerkschaftssekretär oder ein Genossenschaftsverwalter.

Statt nun zu allererst eine große proletarische Partei im Lande zu schaffen, begnügte man sich unter diesen Verhältnissen, in der Kammer eine „parlamentarische sozialistische Gruppe" zu bilden, die den seltsamsten Wirrwarr darstellte.

Neben den Vertretern des Parti ouvrier français (Guesdisten) wie Jules Guesde, Chauvin, Carnaud, Sauvanet und Jourde gab es die „Blanquisten": Vaillant, Chauvière, Walter und Thivrier (denen sich bald Sembat und Coutant anschließen sollten), gab es die „Broussisten" Prudent-Dervilliers und Lavy; daneben eine Reihe von Abgeordneten, die sich „unabhängig" nannten, keiner Organisation angehörten, wie Jaurès, Millerand, Viviani, Rouanet, Chassaing, Sautumier, und bald noch Gérault-Richard und Gabriel Deville; dann noch frühere Boulangisten, die niemals einer wirklichen Idee des internationalen Sozialismus angehangen hatten, wie Paulin-Méry, Ernest Roche, Goussot, Argeliès, die fünf Jahre darauf einfach zur Reaktion unter der Form des Nationalismus zurückkehrten; endlich die radikalen Demokraten wie Mirman und Thierry-Cazes.

Die „Allemanisten", die sich nicht ohne Grund darauf beriefen, daß diese Gruppe kein bestimmtes sozialistisches Programm zur Grundlage hätte, hatten sich geweigert, ihr beizutreten, und bildeten nun mit ihren fünf Vertretern Faberot, Dejeante, Groussier, Avez und Toussaint eine kleine, autonome Gruppe.

So war die Lage des französischen Sozialismus von 1893 bis zum Kongreß im Saale Japy (Paris) im Dezember 1899. In dieser merkwürdigen sozialistischen parlamentarischen Gruppe herrschte keinerlei Disziplin. Jeder Delegierte handelte auf eigene Faust, und die Einigkeit der Abstimmung, die Basis der parlamentarischen Aktion der belgischen oder deutschen Sozialdemokraten, war daselbst völlig unbekannt. Die Opposition gegen die reaktionäre Regierung, die gegen Casimir-Perier und Méline geführten Feldzüge hatten bei Guesde, Jaurès und Vaillant einen vorwiegend sozialistischen und proletarischen Charakter, während sie bei Viviani, Rouanet und Millerand einen rein demokratischen und kleinbürgerlichen Charakter trugen. Unter diesen Bedingungen konnten die heterogenen Elemente der parlamentarischen Gruppe vereinigt bleiben selbst nachdem Millerand im Mai 1896 beim Bankett von St. Mandé seine halbkollektivistischen, sehr staatssozialistischen Erklärungen abgegeben hatte.

Überblickt man die Abstimmungen der sozialistischen Deputierten in der Legislaturperiode 1893 bis 1898, wie es die allemanistische Partei in einer kleinen Broschüre getan hat,[1] so kann man konstatieren, daß Jaurès, Guesde und Vaillant immer unzweifelhaft im sozialistischen Sinne stimmen, während Millerand sich entweder der Stimme enthält oder sogar ganz bedenklich stimmt, wo es sich zum Beispiel um die russische Allianz handelt, wobei er von Chassaing, Jourde, Sauvanet und Konsorten unterstützt wird. Die alten Boulangisten in der Gruppe zögern wieder ihrerseits keinen Moment, wenn der Chauvinismus ins Spiel kommt, ihre Stimmen mit denen der schlimmsten Reaktionäre zu vereinigen. Nichtsdestoweniger gelten die einen wie die anderen

---

[1] „Die Wahrheit über die sozialistische Einigkeit", herausgegeben vom Parti ouvrier socialiste Revolutionnaire (1897).

in den Augen des großen Publikums mit gleichem Recht als Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion.

Im Lande existiert keinerlei zentrale Organisation. Neben den vier Fraktionen der „Allemanisten", „Guesdisten", „Blanquisten" und „Broussisten" haben die „unabhängigen" Delegierten niemand hinter sich als ganz zweifelhafte Wahlkomitees. Da kein nationaler Kongreß die Gesamtheit der sozialistischen Kräfte vereinigt, so wird die Partei tatsächlich durch die parlamentarische Gruppe und bei verschiedenen Anlässen durch das einzige tägliche Zentralblatt, die „Petite République", geleitet.

Der proletarische Charakter der Partei verringert sich dadurch, das Mißtrauen, ja sogar der Haß greift in manchen Arbeiterkreisen um sich gegen diejenigen, die man mit Verachtung die „Politiker" nennt. Diesem Umstand ist wohl die um 1894 entstehende und wachsende gewerkschaftliche antiparlamentarische Bewegung zuzuschreiben, welche die Möglichkeit einer politischen Bewegung nicht begreifen kann, selbständig und ganz proletarisch ist, und welche allen Formen der politischen Aktion die gleiche Antipathie entgegenbringt. Auch die Spaltung, die 1896 in der allemanistischen Partei dadurch entstand, daß zwischen dieser Organisation und zweien ihrer Deputierten, Groussier und Dejeante, ein Bruch erfolgte und daß trotz ihres Austritts aus der Partei diese beiden wiedergewählt wurden, trug dazu bei, eine Anzahl allemanistischer Genossen dem gewerkschaftlichen Antiparlamentarismus in die Arme zu treiben und ihnen allen Geschmack für jegliche Form der politischen Aktion zu benehmen. Der internationale Kongreß von London förderte noch diese Stimmung, da auf ihm viele Gewerkschafter an verschiedenen Mitgliedern der parlamentarischen Fraktion Anstoß nahmen, die dort nicht als Delegierte, sondern auf eigene Faust, kraft ihres Mandats, erschienen.[1]

Die Situation in Frankreich von 1893 bis 1899, die einen so tiefen Einfluß auf die weitere Entwicklung der Bewegung hatte, stellt sich also folgendermaßen dar: Keine Zentralorganisation der Partei, eine verworrene Parlamentsfraktion, die außerhalb, ja gewissermaßen über der Partei steht, endlich als Folge davon die Entstehung einer Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zur politischen sozialistischen Bewegung.

* * *

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation des französischen Sozialismus machte sich anläßlich der Dreyfus-Affäre unwiderstehlich geltend unter dem Drucke der militaristischen Gefahr, die auch den Vorteil des Bruches mit den alten Boulangisten und Rochefortisten mit sich brachte. Mehr als jeder andere hatte damals Jaurès die klare Empfindung, zu welcher Inferiorität die Partei durch ihren nicht organisierten Zustand verurteilt war. Seiner Tätigkeit ist es zu danken, wenn sich im Dezember 1899 in Paris beim Kongreß im Saale Japy die „Generalstände der sozialistischen Partei" versammelten.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir den Lesern der „Neuen Zeit" ein historisches Bild der Parteikämpfe in Frankreich während der darauf-

[1] Die Forderung Millerands, Vivianis und mehrerer ihrer Freunde, ohne Mandate zum internationalen Kongreß zugelassen zu werden, „da sie ja ohnehin ein permanentes Mandat von ihren Wählern besäßen", stieß die gewerkschaftlichen Genossen aufs stärkste zurück; wir erinnern uns auch der Verblüffung Liebknechts darüber, der indessen die durch das Eindringen der Anarchisten schon geschaffenen Schwierigkeiten nicht noch vermehren wollte.

folgenden fünf Jahre geben. Es genüge, zu konstatieren, daß es der Ministerialismus Millerands war, der am meisten dazu beitrug, die eben geeinigte Partei wieder zu spalten und zu zerreißen.

Die Entwicklung der Bewegung von 1899 bis 1904 kann man in zwei Perioden teilen, und zwar vom Kongreß von Japy bis zu dem von Tours (1899 bis 1902) und vom Kongreß von Tours bis zu dem Amsterdamer Kongreß (1902 bis 1904). Nach heftigen Kämpfen erfolgte 1900 der Austritt der Guesdisten auf dem Kongreß von Paris, 1901 der der Blanquisten auf dem Kongreß zu Lyon, in der Zwischenzeit (zu Beginn von 1902) der Austritt der Allemanisten und mehrerer selbständiger Föderationen, so daß auf dem Kongreß von Tours im März 1902 die ganz gemäßigten Elemente in dem noch übrigen Reste der Partei triumphieren. Das ist der tiefste Punkt auf dem von der französischen Bewegung eingeschlagenen Wege, der durch die völlige Spaltung der Partei in zwei extreme Organisationen gekennzeichnet wird: Parti Socialiste Français und Parti Socialiste de France. Der Kongreß von Tours bedeutet den Triumph der ministerialistischen Tendenz im Parti Socialiste Français. Man arbeitet daselbst ein Programm aus, dessen Haupttendenz sich weit von den Grundideen des internationalen Sozialismus entfernt, sowohl in gewissen theoretischen Behauptungen als auch in seinen Minimalforderungen. Man stimmte in Tours für die Unterdrückung desjenigen Organs, das der Kongreß von Japy 1899 zur Kontrolle und zur Leitung unter dem Namen Comité Général der Partei berufen hatte, und man beschloß, es durch ein interföderales Komite zu ersetzen, das nichts als einen „Briefkasten" für die Föderationen, die Organisationen der einzelnen Departements bedeutete. Die über die russische Allianz ausgesprochenen Gefühle, die gegen jene Abgeordneten geübte Nachsicht, welche dem chinesischen Expeditionskorps ihre Glückwünsche dargebracht hatten, vervollständigen noch das Bild der absoluten Verkommenheit, in welche eine der beiden großen Fraktionen des französischen Sozialismus geraten zu sein schien.

Nur einige wenige Genossen, die jedoch als „wenig vorausblickend"[1] bezeichnet werden, bleiben unter den „theoretischen und praktischen Verfechtern des Ministerialismus" „verirrt", und Kautsky konnte damals hier schreiben, die Einigkeit in Frankreich sei nur noch möglich gegen, nicht aber mit Jaurès („Neue Zeit", Januar 1902).

Immerhin hat der Jaurès beherrschende Ministerialismus nicht jeden Einheitsgedanken in ihm umzubringen vermocht; das offenbart sich in den Konzessionen, die er der ganz kleinen revolutionären Minorität von Tours, bestehend aus Renaudel, Hervé und Révelin, macht, Konzessionen, die er seinen ministerialistischen Freunden aufzwingt und die dahin zielen, jede Teilnahme eines Sozialisten an der Regierungsgewalt für die nächste Zukunft zu beseitigen.

Übrigens genügte ein geringer Scharfblick, um zu zeigen, daß die Masse der Genossen im Parti Socialiste Français gute Sozialisten waren, deren Bewußtsein vielleicht nicht immer ganz klar, die jedoch voll wirklichen proletarischen Klasseninteresses und in vollem Gegensatz zu allen Bourgeoisparteien waren.

Wenn auch nach außen hin fürs Publikum bloß die großen parlamentarischen Führer sprechend, schreibend und handelnd sichtbar wurden, so durfte man darüber nicht aller anderen Elemente vergessen, deren schlummernde,

---

[1] „Mouvement socialiste", 1. März 1902, S. 386.

wirkungsfähigen Kräfte mit Notwendigkeit die Bewegung mächtig beeinflussen mußten.

Die Gegenwirkung der linksstehenden Elemente kam denn auch mit großer Vehemenz im Innern des Parti Socialiste Français zum Ausbruch.

Sie manifestierte sich im April 1903 durch den Kampf um den Ausschluß Millerands, wofür sie auf dem Kongreß zu Bordeaux eine imposante Minorität erzielte — 89 gegen 109 Stimmen. Freilich nur eine Minorität. Für den von ferne Zusehenden wurden die Gegner Millerands geschlagen. In manchen sozialistischen Kreisen glaubte man darin den endgültigen Sieg, den „Triumph" der hypergemäßigten Elemente in der Partei zu sehen.

Aber anders faßten die „Geschlagenen" selbst die Lage auf. Sie gaben ihre Sache nicht verloren und rechneten auf die immer wachsende Entfernung zwischen der Meinung der auf dem Klassenkampfboden stehenden Sozialisten und dem Standpunkt Millerands, des „Staatsmanns", der immer mehr von den Ideen des sozialen Friedens und der Zusammenarbeit der Klassen durchdrungen wurde.

Die Ereignisse gaben ihnen recht.

Weniger als zehn Monate nach dem vermeintlichen Triumph Millerands und der Millerandisten in Bordeaux, im Januar 1904, wurde die Seine-Föderation, der Millerand angehörte, aufgefordert, sich über neue Streiche des ehemaligen Ministers auszusprechen. Trotz des Sukkurses, den ihm die Komitees der Wahlkreise von Rouanet, Heppenheimer und Gabriel Deville brachten, wurde Millerand mit großer Majorität aus der Seine-Föderation ausgeschlossen. Im Grunde war der ehemalige Minister, dem es sehr am Herzen lag, wieder zur Macht zu kommen, nicht allzu böse über diese Lösung; er hatte seit dem Kongreß von Bordeaux immer mehr die Unmöglichkeit gefühlt, der Führer der Partei zu bleiben. Und der Beweis dafür war, daß er erklärte, nicht gegen die Entscheidung der Föderation bei dem nationalen Kongreß appellieren zu wollen.

Die Rückwirkung auf die Partei war dagegen sehr groß. Die mehr oder weniger ergebenen Anhänger des ehemaligen Ministers waren bestürzt und protestierten laut lärmend gegen dieses „sektiererische" Vorgehen, gegen diese „Exkommunikation". Im Parti Socialiste de France dagegen (Guesdisten und Blanquisten) wurde die Maßregel vielfach mit Genugtuung empfunden, und Genosse Dubreuilh sah sich veranlaßt, in loyaler Weise zu erklären, daß „die proletarischen Elemente des Parti Socialiste Français in ihrer Masse, wenn auch unklar, dennoch von demselben Geiste beseelt wären wie die Anhänger des Parti Socialiste de France".[1] Im ganzen großen jedoch war der Ausschluß Millerands noch weit entfernt davon, die Kluft auszufüllen, die die beiden großen sozialistischen Richtungen in Frankreich trennte. Die hervorragenden Genossen der Unité socialiste Révolutionnaire betrachteten ihn als vereinzelte disziplinarische Maßnahme, die noch keine entschiedene Abwendung vom sozialistischen Opportunismus bedeute. Auch bestand selbst nach Millerands Ausschluß jener Geist, dessen stärkste Verkörperung er bildete, immer noch kräftig in der parlamentarischen Gruppe der Mitglieder des Parti Socialiste Français weiter und verriet sich durch einen wirren Ministerialismus bei den Abstimmungen über den Einbruch der Polizei in die Arbeitsbörse von Paris.

---

[1] Mouvement Socialiste, 15. Februar 1904.

Als in der Kammer eine Untersuchung dieser Schandtat, die die Regierung verteidigte, verlangt wurde, stimmten zwölf Sozialisten für Übergang zur Tagesordnung. Ebenso skandalös war die Bewilligung des geheimen Korruptionsfonds der Regierung.

Indessen vervollkommneten und vermehrten sich die Anstrengungen der linksstehenden Genossen im Parti Socialiste Français beim nationalen Kongreß, der im Februar 1904 in der großen Industriestadt St. Etienne abgehalten wurde. Sie betonten dort mit Nachdruck die Notwendigkeit eines führenden Parteiorgans, das von der Partei selbst überwacht würde, und ihre Tendenzen traten dort dem Opportunismus einiger Parlamentarier gegenüber so klar hervor, daß es nicht mehr möglich war, sie hinwegzuleugnen. Gut die Hälfte des Kongresses von St. Etienne erklärte sich in ihrem Sinne. Die Schaffung eines Nationalrats wurde beschlossen, der dem unverhältnismäßigen Einfluß der Parlamentsfraktion das Gegengewicht der Tätigkeit der Genossen in den Föderationen entgegenstellen sollte.

Inzwischen war der russisch-japanische Krieg ausgebrochen, und während manche Elemente wie Turot und Gérault-Richard in der „Petite République" in die Fußstapfen verstiegener Russophilen zu treten suchten, nahm Jaurès im Gegenteil eine sehr entschiedene Stellung gegen die Allianz selber ein.

In der Kammer hatte inzwischen ein gewaltsamer Bruch zwischen Millerand und Jaurès endgültig stattgefunden; der erstere hatte das Ministerium Combes wütend attackiert, da er ihm seine „unerhört lange" Regierungsdauer nicht verzeihen konnte. Bei der auf die Interpellation Millerand folgenden Abstimmung fanden sich in der Urne zugunsten des von Millerand angegriffenen Ministeriums die Stimmen der beiden parlamentarischen Fraktionen des Parti Socialiste de France und des Parti Socialiste Français zusammen.

Immerhin war man noch weit entfernt von einer Annäherung zwischen den beiden Organisationen, da noch zu viele Ursachen zu gegenseitigem Mißtrauen fortbestanden.

Auf dem Kongreß des Parti Socialiste de France, der in Lille im August 1904 gerade vor dem internationalen Kongreß abgehalten wurde, wurde noch in einer Resolution der Parti Socialiste de France als „einzige politische Organisation des französischen Proletariats" bezeichnet. Anderseits waren im Parti Socialiste Français noch sehr wenige unter den Genossen, die eine Einigung aller sozialistischen Kräfte für möglich hielten, die durch so viele Kämpfe und so viele Feindseligkeiten getrennt waren. Auch hatten sich manche parlamentarische Mitglieder des Parti Socialiste Français mehr und mehr mit den Radikalen vermischt und verschmolzen. Von Deville, der für seinen Disziplinbruch nun auch seinerseits von der Seine-Föderation ausgeschlossen worden war, ganz zu schweigen, trieben eine ganze Reihe von Abgeordneten wie Colliard, Rouanet, Carnaud, Breton, Bagnol ihre reindemokratische Aktion, die nichts mehr vom spezifisch-sozialistischen Charakter hatte, viel weiter noch als Jaurès.

* * *

So war die Situation am Vorabend des Amsterdamer Kongresses, der als ein entscheidender Wendepunkt in der Entwicklung der französischen sozialistischen Bewegung unserer Tage erscheint.

Mit überwältigender Mehrheit — tatsächlich mit Dreiviertelmajorität — sprach sich der internationale Sozialistenkongreß gegen jede Politik der Zu-

sammenarbeit der Klassen aus, die, wie die Dresdener Resolution, sowie auch die von Adler-Vandervelde vorgeschlagene, hervorhob, dazu diene, „die stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern".

Nach diesem sehr deutlichen Tadel der Praxis der Majorität des Parti Socialiste Français und hauptsächlich der Taktik seiner parlamentarischen Vertreter, erklärte der internationale Kongreß der andern sozialistischen Fraktion Frankreichs durch die Resolution Bebel-Ferri, „daß es unerläßlich sei, wolle die Arbeiterklasse mit ihrer ganzen Kraft gegen den Kapitalismus kämpfen, daß es bloß eine einzige sozialistische Partei gäbe, wie es auch bloß ein Proletariat gibt". So war zugleich mit der Notwendigkeit der Einigkeit auch die taktische Basis gegeben, auf der sie sich aufbauen sollte. In der letzten Sitzung des Kongresses gab Renaudel im Namen der Linken des Parti Socialiste Français die bündige Erklärung ab, er und seine Freunde würden sogleich nach ihrer Rückkehr nach Frankreich für die Ausführung dieses und aller anderen Beschlüsse der Internationale eintreten. Vaillant versicherte seinerseits ebenso energisch seinen Wunsch nach Realisierung der Einigkeit.

Jedoch nach der Rückkehr vom internationalen Kongreß konnte man glauben, die Verwirklichung der Einigkeit sei weiter entfernt als je. Die durch die Kongreßdebatten wieder aufs neue erregten Polemiken zwischen den extremen Richtungen schienen durch ihre Heftigkeit jede Hoffnung auf Einigkeit in Frage zu stellen. Die heftigen Angriffe von Jaurès gegen seine Gegner und speziell seine Kritik der Taktik der deutschen sozialdemokratischen Partei, sowie die stürmischen Erwiderungen der Mitglieder des Parti Socialiste de France schienen die Gegnerschaft auf ihre höchste Spitze getrieben zu haben.

Glücklicherweise vereinigten sich drei mächtige Faktoren zugunsten der Einigkeit. Zuerst war es die Haltung des Zentralrats der Parti Socialiste de France, der in seiner Sitzung vom 30. August eine Resolution von Jules Guesde votierte, derzufolge der Parti Socialiste de France sich bereit erklärte, „seine volle Pflicht zu tun und von nun an und schon heute die Einigkeit zu verwirklichen, die auf Grundlage der von den internationalen Kongressen festgelegten Grundsätze errichtet werden soll".[1]

Nicht alle Mitglieder des Parti Socialiste de France teilten die Begeisterung für die Einigkeit. Aber im ganzen erklärte sich der Parti Socialiste de France solidarisch mit der Resolution vom 30. August.

Der zweite Einigkeitsfaktor war der Feldzug, den die Linke des Parti Socialiste Français seit ihrer Rückkehr aus Amsterdam im ganzen Lande führte, um die Notwendigkeit zu beweisen, daß mit der bisherigen Taktik der Abgeordneten der Linken gebrochen werden müsse, die im Parlament die sozialistischen Vertreter in einem ständigen Bündnis mit denen der verschiedenen bürgerlichen Block-Parteien vereinigte.

In einer im Oktober 1904 vom Nationalrat abgehaltenen Sitzung erklärten Renaudel, Revelin, Jean Longuet, Marius Montet, Copigneaux aufs bestimmteste, daß es für alle Sozialisten notwendig sei, eine entschiedenere Klassenpolitik zu befolgen, und eine imposante Minorität erklärte sich schon für sie zugunsten des sofortigen Aufgebens der Block-Taktik. Ein wichtiges Markzeichen war damit auf dem Wege zur Einigkeit errichtet.

---

[1] „La Vie Socialiste" (Januar 1905), S. 290.

Der dritte und nicht der geringste Faktor zugunsten der Einigkeit war Jaurès. War er 1898 selbst der hervorragendste Verfechter der Einheitsidee gewesen, so hatte er sich in den folgenden Jahren immer weiter von ihr entfernt, teils durch seinen ministerialistischen Eifer fortgerissen, teils unzweifelhaft beeinflußt durch ein Milieu von Politikern, die weder seine Ergebenheit für unsere Sache noch seine Ehrlichkeit besaßen. Man kann unmöglich leugnen, daß er trotz seiner Fehler und Irrtümer sich stets ein tiefes sozialistisches Gefühl bewahrt hatte. Die unzweideutige Meinungsäußerung der „Internationale", die bei vielen seiner Freunde vielleicht eine Verstärkung ihrer opportunistischen Tendenzen verursacht hatte, erzeugte bei ihm im Gegenteil eine unleugbare und heilsame Umkehr.

Nach dem französischen Sprichwort, daß der Verurteilte achtundvierzig Stunden lang nach dem Urteil das Recht habe, seine Richter zu verwünschen, brauchte Jaurès, dessen Politik in Amsterdam verurteilt worden war, freilich nicht achtundvierzig Stunden, sondern achtundvierzig Tage zu diesem Zwecke. Dann aber, nach einer gerechten Einkehr in sich selbst, fühlte er, daß unbestreitbar ein gut Teil Wahrheit in diesem von der gesamten Internationale ausgesprochenen Urteil liegen müsse. Die Folgen zeigten, bis zu welchem Punkte er dem Rechnung tragen wollte.

Außerdem hatten die Macht der Tatsachen und der Zeit ihre Arbeit getan. Die Trennung in zwei „Einigkeiten" hatte für jede „geeinigte" Fraktion den glücklichen Erfolg gehabt, daß die verschiedenartigen Elemente innerhalb jeder Fraktion, während sie ihre *Verschiedenheiten* erkannten, sich auch daneben der *Gleichheit* bewußt wurden, die sie mit den Kameraden der anderen Organisation gemein hatten.

Man hatte gesehen, daß keine der beiden Parteiorganisationen einen festen Block ohne jeden Riß darstellte, daß es eine völlige Einheit der Tendenzen innerhalb keiner der Parteien gäbe. So wuchs die Einigkeitsströmung immer mehr in beiden Parteiorganisationen, das Verständnis für die Gemeinsamkeit ihrer Bestrebungen wie der Verschiedenheiten in jeder von ihnen.

Am 15. November 1904 vereinigten sich, zum erstenmal seit dem Pariser Kongreß von 1900, Guesde, Vaillant, Lafargue, Sembat, Groussier, Bracke, Dubreuilh für den Parti Socialiste de France und Jaurès, Briand, Viviani, Renaudel, Revelin, Jean Longuet für den Parti Socialiste Français zu einer gemeinsamen Sitzung.

Die vorbereitenden Verhandlungen wickelten sich in vorzüglicher Weise ab, und am 29. November konstituierte sich eine definitive Kommission, der außer den Genannten noch Vertreter der allemanistischen Fraktion angehörten, die noch eine Anzahl von Organisationen im Gebiet von Paris umfaßt, und ferner die Delegierten mehrerer „autonomer" Föderationen der Departements.

In der Einigkeitskommission beseelte der glühende Wunsch des Gelingens die meisten Delegierten. Jaurès und Revelin einerseits, Bracke und Delory auf der anderen Seite zeigten besonders einen versöhnlichen Geist. Jede Organisation brachte eine Prinzipienerklärung bei, aus welcher man sich bemüht hatte, die Ursachen der Spaltung wegzulassen.

Die politischen Ereignisse hatten nicht wenig dazu beigetragen, die Annäherung zu erleichtern. Infolge wiederholter Verrätereien eines Teiles der Radikalen funktionierte die famose „Vereinigung der Linken" nicht mehr, und so konnte der Parti Socialiste Français die Erklärung abgeben, der Block der

Vereinigten Linken, der übrigens nur eine vorübergehende Methode gebildet habe, die in gegebenen Fällen nützlich und notwendig schien, existiere nicht mehr und werde nicht mehr erneuert werden.

Auf der Basis dieser formellen und bestimmten Versicherung wurden die Verhandlungen fortgesetzt und endigten mit einer gemeinsamen Prinzipienerklärung, in der ausdrücklich festgesetzt wurde, daß „selbst in Ausnahmsfällen die Gewählten nicht das Recht hätten, für die Partei ohne deren Zustimmung Verpflichtungen einzugehen“.

Kein Hindernis schien mehr für die völlige und endgültige Verwirklichung der Einigkeit zu existieren, und der Kongreß sollte alsbald in Paris abgehalten werden.[1]

* * *

Unglücklicherweise ist in der sozialistischen parlamentarischen Fraktion noch immer jener eigentümliche Geist zu finden, dessen Entstehen und Werden wir zu Beginn dieses Artikels kennzeichneten. Wir haben Abgeordnete, die das Bewußtsein nicht kennen, von einer Klassenpartei gewählt und kontrolliert zu sein. Ihre sehr merkwürdige Auffassung finden wir 1897 in einer Rede Millerands widergespiegelt. „Jeder Abgeordnete“, erklärte er, „hat das Recht und die Pflicht, mit den Wählern, denen er sich vorstellt, selbständig (!) einen freien Vertrag abzuschließen.“

Davon, daß der Abgeordnete an die Gesamtpartei gebunden ist, ist nicht einmal die Rede! In verschiedenem Grade ist diese Auffassung Millerands auch heute noch die mancher Abgeordneten, wie zum Beispiel Augagneurs, des sehr geschickten (aber sehr regierungssozialistischen) Bürgermeisters von Lyon, der kürzlich zum Deputierten gewählt wurde. Er ist der Führer der Empörung der Parlamentarier gegen die Entscheidungen der Partei, der sie angehören, und wird darin unterstützt von Delegierten wie Zévaès, Gérault-Richard, Colliard, Carnaud, bei denen jeder revolutionäre Idealismus verschwunden ist, um den niedrigsten politischen und parlamentarischen Vorurteilen Platz zu machen.

Zu Beginn des Februar 1905 schlug eine Anzahl von Radikalen der parlamentarischen sozialistischen Fraktion vor, „die Vereinigung der Linken“ wiederherzustellen, die seit zwei Monaten nicht mehr bestand. Trotz des entschiedenen Widerspruchs von Jaurès und Pressensé, denen sich nur die beiden Arbeiterdeputierten Selle und Cardet anschlossen, trotz der eingegangenen formellen Verpflichtung, beschloß die Fraktion dennoch mit 19 gegen 4 Stimmen unter dem Vorwand einer „gelegentlichen“, „besonderen“ Vereinigung, Delegierte zur Versammlung der vereinigten Linken zu senden. Die Aufregung in der Partei war groß, drohte doch diese Entscheidung die sich so schön anbahnende Einigkeit zu zerstören. Am 7. Februar wurde die Frage dem Nationalrat des Parti Socialiste Français vorgelegt, der mit 33 Stimmen gegen 13 eine Resolution Jaurès annahm, die besagte, daß „die Tätigkeit der sozialistischen Partei mit viel sichererem Erfolg ausgeübt werden könne durch einen steten Appell an die Meinung des Landes und durch energisches Eingreifen in die Kammerdebatten, als durch Verhandlungen mit Gruppen, deren guter republikanischer Wille nur allzuoft in den letzten Monaten gelähmt und abgelenkt wurde durch Uneinigkeiten, Intrigen und Verrätereien, für die die sozialistische Partei unter keinen

[1] Seither ist er für Ostern anberaumt worden.

Umständen die Verantwortlichkeit übernehmen kann“. Bei der Abstimmung hatten 6 Abgeordnete und 24 Delegierte der Föderationen diese Resolution angenommen; gegen sie stimmten 11 Abgeordnete und 2 Delegierte von Föderationen; 3 Abgeordnete enthielten sich.

Am folgenden Tage erklärte die parlamentarische Fraktion, ihre erste Resolution aufrechthalten zu wollen. Daraufhin schlug Jaurès vor, einen Parteikongreß einzuberufen, der die Schwierigkeit lösen sollte. So wurde die Abhaltung des Kongresses von Rouen beschlossen.

Die mächtige Strömung, die heute im ganzen Lande besteht, läßt uns ihm mit Zuversicht entgegensehen. Die „Linke“ der Partei, die jetzt das ganze Zentrum und die große Popularität von Jaurès mit sich hat, kann die Intrigen und die Mißgunst der Parlamentarier verachten, die im Grunde um keinen Preis die sozialistische Einigkeit wollen. Sie fühlen nur zu gut, daß die Einigkeit der Tätigkeit der Partei einen unzweideutig proletarischen Charakter verleiht.

Da diese Parlamentarier nun weit eher Demokraten, Kleinbürger und Volksparteiler als wahre Sozialisten sind, so stehen sie in der Opposition gegen die revolutionären Tendenzen des Proletariats.

Aber es ist nicht zweifelhaft, daß sowohl ohne sie, wenn sie sich weigern, die Parteibeschlüsse anzuerkennen, als auch mit ihnen, wenn sie sich als disziplinierte Genossen zeigen (was leider wenig wahrscheinlich ist), der französische Sozialismus bald und endgültig seine Organisation zu einer einigen Klassenpartei verwirklichen wird.

Die politische Lage in Holland.

Von **W. H. Vliegen.**

Die niederländische Zweite Kammer der Generalstaaten hält in diesen Wochen, bis gegen Ostern, ihre letzten Sitzungen ab. Am ersten Dienstag im Juni ist im ganzen Lande der „Wahltag“, das heißt die Kandidateneinlieferung, wahrscheinlich vierzehn Tage später (die Bestimmung dieses Tages ist dem Minister des Innern überlassen) ist der Stimmtag.

Wenn man sich die Dinge ansieht, wie sie jetzt liegen, dann ist noch vieles zweifelhaft, aber das eine ist ganz sicher: in Holland ist nie ein politischer Kampf geführt worden, der so die politischen Leidenschaften entfesselt hätte, wie es der noch fast vier Monate entfernte Juniwahlkampf jetzt schon tut.

Der 20. Juni (der wahrscheinliche Stimmtag) wird ein heißer Tag werden; ich habe die politischen Dinge nie so die Massen interessieren sehen, als das jetzt bereits der Fall ist.

Es hat sich zum Beispiel schon gezeigt bei der sogenannten Wählererzeugung. Das holländische Wahlgesetz macht jeden zum Wähler, der zu einer direkten Steuer veranschlagt ist und sie bezahlt hat. Daneben gibt es dann eine Anzahl Bestimmungen, nach denen auch nicht zu einer direkten Steuer Veranschlagte Wähler werden können. Wer zum Beispiel in Amsterdam während der Zeit vom August bis Februar eine Wohnung von 2,50 Gulden (4,17 Mark) pro Woche gemietet hat oder im vorangegangenen Jahre 11 Gulden pro Woche verdiente; wer 50 Gulden in der Sparkasse hatte; wer ein gewisses Examen

abgelegt hat usw. Diese Kategorie von Wählern muß sich aber vom 8. bis 15. Februar jedes Jahres auf dem Rathaus anmelden, während die Steuerwähler von selbst auf die Wählerliste kommen.

Diese Wählerkategorie hat bisher nicht viel zu bedeuten gehabt. 1904 gab es 50457 von diesen Anmeldewählern gegen 619794 Steuerwähler. Die klerikalen Parteien brachten in den zweifelhaften Kreisen ihre Leute auf die Listen, die Sozialdemokraten taten es so viel wie möglich, die Liberalen aber fürchteten sich vor dieser Wählersorte, die ganz aus Arbeitern besteht, denn der Arbeiter ist gewöhnlich kein Wähler, auf den die Liberalen bauen können. Und die Klerikalen taten es auch nur in denjenigen Wahlkreisen, in denen sie mit diesen Stimmen auf Sieg hoffen und rechnen konnten.

Die diesjährigen Anmeldungen sind aber viel zahlreicher als je. Die Ziffern sind nicht aus allen Wahlkreisen bekannt, aber zum Beispiel in Amsterdam, wo 1904 nur 1086 solcher Wähler waren, sind jetzt 4900 neue hinzugekommen. Und diese kommen natürlich nur aus denjenigen Kreisen, welche für einen ernsthaften Kampf in Betracht kommen. In gewissen Wahlkreisen, welche 6000 bis 7000 Wähler zählten, sind 1000 bis 2000 hinzugekommen. Die ganze Zahl ist sicher von 50000 auf 125000 gestiegen.

Die für die verschiedenen Richtungen abgegebenen Stimmen betrugen im Jahre 1901:

Für die Klerikalen aller Nuancen . . .	175905
„ „ Liberalen	147710
„ „ Sozialdemokraten	39301

Diese Ziffern betreffen nur 80 von den 100 Kreisen, denn in 20 lief die Wahl ab ohne Stimmabgabe. Wenn nämlich nur ein Kandidat aufgestellt wird, ist dieser ohne Stimmabgabe gewählt. Man sieht aber, von welcher Bedeutung die neue Wählerzahl ist, und es steht fest, daß die große Masse davon keine Klerikalen sind.

Die gesamten freigesinnten Parteien hoffen also das Beste.

Dies ist aber nur eine der Erscheinungen, welche das rege politische Leben bezeugen. Die Kampagne der Presse, die Versammlungen, der Versammlungsbesuch, das alles deutet auf einen heißen Kampf. Die Ursache davon liegt wohl vornehmlich in der Regierungsweise des jetzigen Ministeriums, dessen Chef Dr. Kuyper ist.

Der gewandte Demagoge hat sich als Staatsmann nicht bewährt, und da er eine starke Persönlichkeit ist, der seinen Stempel auf jede Tat, die von seiner Regierung ausgeht, drückt, konzentriert sich die gesamte Unzufriedenheit gegen ihn. Mit Dr. Kuyper ist am besten Dr. Lueger zu vergleichen. Kuyper ist ein Volksmann, der, er drückte es selbst so aus, das Klavier des Volksgewissens ausgezeichnet zu spielen versteht. Er ist der beste politische Redner und vielleicht auch die beste Feder des ganzen Landes. Er redet den kleinen Leuten das Wort und erregt sie gegen die kapitalistische Gesellschaft, wie wir Sozialdemokraten es lange nicht alle können. Nur nennt er den Kapitalismus Mammonismus und sein Rettungsmittel war sein Christentum, *seine* Politik. Er kämpfte für Wahlrechtserweiterung und bildete sich selbst seine Partei. Seine Prinzipien, niedergelegt in ein Programm, sind rein negativer Art. Antirevolutionär nennt er seine Partei, und darunter ist zu verstehen, daß sie kämpft gegen die Prinzipien der französischen Revolution, welche Gottes Souveränität entthronte.

Im Grunde ist die religiöse Hülle, die er um das Ganze gehängt hat, nichts als ein Mantel für die Bewegung des Kleinbürgertums gegen die Herrschaft des Großkapitals, die es vielleicht nirgends so absolut ausübt wie in Holland. Der negative Charakter des Programms erklärt sich daraus, denn das Kleinbürgertum hat keine positiven Forderungen. Übrigens, um so viel wie möglich „kleine Luyden" (kleine Leute) um sich zu scharen, gab er den Bestrebungen der antirevolutionären Partei einen proletarischen Anstrich, der auch jetzt noch zahlreiche christliche Arbeiter an sie fesselt.

Die niederländische Geschichte ist reich an Momenten, wo diese „kleinen Leute" mit dem Haus Oranien gegen die Herrschaftsgelüste der Großkapitalisten, welche lieber selbst regierten, ankämpften, und solche historischen Geschehnisse lassen immer ihre Spuren zurück. Allerdings blieben die kleinen Leute eben immer klein.

Indessen blieb im protestantischen Landesteil der Liberalismus übermächtig, und obschon die antirevolutionäre Partei ihm manchen Kreis entriß, würde sie doch nie eine Mehrheit gewonnen haben. Sobald dies Dr. Kuyper deutlich wurde, strebte er ein Bündnis mit den Ultramontanen an. Niemand im Lande hatte vorher die Katholischen so unbarmherzig verhauen als derselbe Dr. Kuyper, das war aber kein Hindernis, und die Katholiken, obschon sie ihre Kultusfreiheit den Liberalen zu verdanken hatten, gingen sofort darauf ein.

Zum erstenmal bekamen wir durch das Bündnis eine „christliche" Regierung im Jahre 1888. Diese erwies sich aber so unfähig, daß die Liberalen 1901 spielend wieder eine große Mehrheit bekamen. Sie behaupteten dann das Feld volle zehn Jahre, in denen abwechselnd der fortschrittliche und der konservative Flügel regierte. 1894 koalierte sich Dr. Kuyper mit den Fortschrittlern, um ein Wahlgesetz durchzubringen, das das Wahlrecht, soweit es die Verfassung gestattete, erweiterte. Die Katholiken taten das gleiche mit den Konservativliberalen. Die letzteren kamen ans Ruder und das Wahlrecht wurde viel beschränkter geregelt, als den Fortschrittlern gefiel.

Dies alles verhinderte Dr. Kuyper nicht, 1897 sich wieder mit den Katholiken zu verbinden. Diese Koalition wurde aber geschlagen; die Liberalen behielten die Regierung. Die Ursache der klerikalen Niederlage lag erstens in den Getreidezöllen, welche sie auf ihr Programm gesetzt hatten, weil sie dadurch die Bauern zu fangen hofften; zweitens darin, daß die sogenannten Christlich-Historischen, eine klerikale hochkonservative Gruppe, von der antirevolutionären Partei Taten in demokratischem Sinne fürchteten. Sie hatten den demagogischen Wortschwall des Dr. Kuyper ernst genommen.

In der Periode von 1897 bis 1901 aber machte Dr. Kuyper sich mit großer Geschicklichkeit regierungsfähig. Die Getreidezölle flogen aus dem Programm hinaus, Kuyper redete der Privatinitiative das Wort, veranlaßte, daß das Unfallversicherungsgesetz nach dem Herzen der Unternehmer abgeändert wurde, gewann die Liebe der Christlich-Historischen, indem er auf allerhand Gebieten ultrareaktionäre Gelüste zeigte, und 1901 stand die „christliche" Koalition stärker als je da.

Doch wäre es ihr vielleicht nicht gelungen, die Mehrheit zu erlangen, wenn nicht viele konservativliberale Elemente in den sozialreformatorischen Bestrebungen der damaligen, in ihrer Mehrheit fortschrittlichen Regierung Gefahr gesehen hätten. Diese Regierung hatte die persönliche Dienstpflicht, eine kürzere Dienstzeit, den Schulzwang, ein Wohnungsgesetz, ein Unfallversicherungsgesetz

eingeführt, zwar keine welterschütternden Reformen, aber doch für unsere Konservativliberalen zu viel. Viele von ihnen gingen 1901 über die christlich-historische Brücke ins klerikale Lager über. Und die „christlichen" Parteien bekamen eine ganz gewaltige Mehrheit: 58 Sitze von den 100. Die gesamten liberalen Gruppen hatten 35, die Sozialdemokraten 7. Dr. Kuyper trat als Premier auf.

Das ist jetzt beinahe vier Jahre her, und im Juni dieses Jahres wird die Wählerschaft entscheiden, ob Kuyper bleibt oder gehen muß.

Tatsächlich war nun in Holland in breiten Volksschichten noch nie ein so starkes Verlangen, eine Regierung zu stürzen, als jetzt die Dr. Kuypers.

Es ist ein großer Unterschied, ob der Fall einer Regierung verlangt wird von ihren Konkurrenten, welche ihre Plätze einnehmen wollen, oder ob es eine wirkliche Volksströmung ist, welche ihren Sturz verlangt und dafür ihre ganze Energie einsetzt. Dies letzte ist aber jetzt in Holland der Fall, und es ist sogar zu fürchten, daß das Prinzipielle des Wahlkampfes Einbuße erleiden wird gegenüber der großen Strömung, deren ganzes Programm ist: Fort mit Kuyper! Die Sozialdemokratie wird ihr Bestes tun, um dem Wahlkampf seinen prinzipiellen Inhalt zu erhalten, es ist aber eine große Bewegung da, der alles recht ist, wenn nur Kuyper fällt!

Diese Stimmung ist eine natürliche Folge der Kuyperschen Politik, die eine große Volksgruppe nach der anderen gegen ihn in Harnisch brachte.

Unter diesen Gruppen sind die wichtigsten: die Arbeiter, die intellektuellen Kreise und die Freihändler.

* * *

Der Haß der Arbeiterklasse gegen die Regierung ist mehr als leicht zu erklären. Die Geschichte der sogenannten Zwangsgesetze liegt noch frisch genug im Gedächtnis. Daß die Regierung den Eisenbahnerstreik vom 31. Januar 1903 aufbauschte zu einer revolutionären Aktion und unter diesem Vorwand den Eisenbahnern und Arbeitern in öffentlichen Diensten ihr Streikrecht raubte, das kann die Arbeiterschaft natürlich nicht vergessen. Aber fast mehr noch hat es sie aufgeregt, daß dieser rohe Gewaltmensch Tausende von Arbeitern auf die Straße werfen ließ, ohne auch nur ein Wort der Barmherzigkeit für sie zu finden, geschweige denn zu ihren Gunsten einzuschreiten. Und als alles vorüber war, als das Land wieder in voller Ruhe dahin lebte, aber die Arbeiterklasse noch litt unter den Folgen der christlichen Rache, da schrieb der große Christ in der Thronrede von 1903 über „verbrecherische Wühlereien", welche er, dank der Treue der Soldaten, bezwungen hätte. Und das, obwohl er die Soldaten erst einberief, als alles ruhig war, und nur, um sich mit Bajonetten zu umringen, als er die Absicht hegte, Zehntausenden von Arbeitern ihr einziges Recht, das Streikrecht, zu rauben!

Besteht aber die Feindschaft, welche Kuyper durch dieses Vorgehen erweckte, im allgemeinen nur unter den revolutionären Arbeitern, so herrscht in der gesamten Arbeiterschaft große Enttäuschung über die Sozialpolitik dieser Regierung.

Erstens sind diese vier Jahre bis jetzt hingegangen, ohne daß auch der kleinste Fortschritt auf dem Gebiet der Sozialreform getan wurde. Die zwei Fragen, die an erster Stelle auf der Tagesordnung standen, die Unfallversicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Invaliditäts- und Altersversicherung, sind nicht einmal soweit gekommen, daß Vorlagen darüber der

Kammer zugingen. Wohl aber kam eine Gesetzesvorlage über den Arbeitsvertrag, und sie war derart, daß die Arbeiterbewegung — und nicht bloß die Sozialisten — eine große Agitation gegen diesen Zwangskontrakt richtete, welche auch schließlich zu bedeutenden Abänderungen des Entwurfes führte. Aber auch jetzt noch haben die gesamten Gewerkschaften sich mit 31000 Stimmen gegen 3000 Enthaltungen für die Ablehnung des Gesetzes ausgesprochen.

Das deutet schon genügend an, wie in diesem Gesetz mit den Arbeiterinteressen umgesprungen wird. Wenn es in kurzem zur Beratung kommt, will ich den Lesern der „Neuen Zeit" das Resultat mitteilen.

Neben dieser Mißgeburt steht kein einziges Stück sozialreformatorischer Arbeit, welche noch einige Aussicht hat, in dieser Session Gesetz zu werden.

Ein neues Arbeitsgesetz, das alten Wein in neue Schläuche gießt, und eine Vorlage zur Einführung einer Krankenversicherung liegen vor. Beide werden wahrscheinlich noch sehr viele Jahre Vorlagen bleiben.

Zu dem allem kommt dann noch die Abneigung der Regierung gegen das allgemeine Wahlrecht. Dr. Kuyper selbst hat sich wiederholt abfällig geäußert über das bestehende Wahlgesetz, seit er aber in dem jetzigen Wahlkörper die Macht sieht, welche ihn an die Regierung bringen kann, widersetzt er sich entschieden gegen jeden Versuch, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung zu stellen.

Dies alles zusammen hat unter den Arbeitern das lebhafteste Bestreben hervorgerufen, diese Regierung los zu werden.

* * *

Neben den Arbeitern sind es vornehmlich die Schul- und die wissenschaftlichen Kreise, welche mit großer Entschiedenheit gegen die Regierung vorgehen werden, und zwar von den Hochschulen an bis zum Lehrer der Volksschule.

Die Kreise der ersteren sind vornehmlich in ihren Interessen und in ihren Idealen getroffen durch die Abänderung des hohen Unterrichtsgesetzes zugunsten der sogenannten „freien Universität".

Die „freie Universität" ist eine Gründung Dr. Kuypers. Bis jetzt umfaßt sie nur drei Fakultäten: Theologie, Rechtswissenschaften, Literatur und Geschichte.

Neben einer staatlichen Subvention bekommt jede „Universität", welche gewisse Bedingungen erfüllt, den effectus civilis, also ihre Diplome gelten ebensoviel wie die der öffentlichen Universitäten. Diejenigen, welche von diesen freien Universitäten Diplome bekommen, sind zum Beispiel ernennbar für alle Reichsämter, für welche vorher Diplome der öffentlichen Universitäten gefordert wurden.

Es existiert bis jetzt nur noch diese eine „freie" Universität in Holland, es ist aber zu fürchten, daß bald mehrere kommen werden, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt. Seitens der Liberalen wird nun gegen diese offizielle Anerkennung der freien Universitäten vornehmlich angekämpft aus dem prinzipiellen Grunde, daß die Wissenschaft frei sein muß, und an Universitäten, bei denen die Wissenschaft mit Dogmen zu rechnen hat, keine wirkliche wissenschaftliche Erziehung gegeben werden kann. Die calvinistische „freie" Universität heute, morgen eine katholische, übermorgen eine israelitische, so ist man auf dem besten Wege, die Wissenschaft wieder in dogmatische Ketten zu schlagen. Der große prinzipielle Unterschied zwischen Liberalen und Klerikalen in bezug auf die Wissenschaft

mußte in dieser Frage im ganzen Umfang in den Vordergrund treten, und da es für ein Prinzip galt, das den Kern der liberalen Weltanschauung ausmacht, standen in dieser Frage Sozialdemokraten und Liberale zusammen.

Die Liberalen erkannten nun die ganze Gefahr der klerikalen Herrschaft, und auch die konservativsten unter ihnen stehen seitdem der Regierung schroff gegenüber. Der Konflikt verschlimmerte sich, als die Erste Kammer, welche noch eine liberale Mehrheit hatte, das Gesetz ablehnte und Dr. Kuyper dann auch in diesem Falle den „starken Mann“ spielte, indem er die Erste Kammer auflöste. Da die Provinzialstaaten, welche die Erste Kammer wählen, eine klerikale Mehrheit hatten, kann den Liberalen ein gewisser Opfermut in diesem Falle nicht abgesprochen werden.

Aber ein bißchen Schadenfreude erlebten wir Sozialdemokraten doch daran. Wie hatten diese selben Herren ein Jahr früher das Land und ... sich selbst beglückwünscht, daß wir einen solch „starken Mann“ an der Regierung besaßen! Wie hatten diese selben Herren diesem „starken Manne“ Beifall geklatscht, als er seine brutale Kraft beim Niederschlagen der Arbeiter zeigte! Und wie empört waren sie jetzt, daß er seine Kraft nun auch gegen sie gebrauchte!

Das Hochschulgesetz wird schon zum zweitenmal in der Zweiten Kammer verhandelt, und die Mehrheit in der Ersten ist jetzt bereit, es anzunehmen. In wissenschaftlichen Kreisen herrscht aber eine sehr bittere Stimmung der Regierung gegenüber.

Die Unzufriedenheit hat jedoch noch weitere intellektuelle Kreise ergriffen, als die Regierung mit ihren Volksschulplänen kam. Die Schulfrage macht seit fünfzig Jahren und länger noch in Holland einen so großen Teil der Politik aus, daß ein sehr großer Raum nötig wäre, wollte ich diese Frage eingehend erörtern. Eine kurze Beschreibung des gegenwärtigen Standes der Frage kann aber nicht unterbleiben.

Bis 1848 war in Hollaud das Unterrichtgeben Staatsmonopol, wovon nur in vereinzelten Fällen abgewichen werden konnte. Die Staatsschule war christlich im protestantischen Sinne. Gegen die letztere Eigenschaft kämpften die Liberalen und die Katholiken, welche beide die Forderung stellten: die öffentliche Schule soll neutral sein.

Als nach 1848 die Liberalen ans Ruder kamen, ward dieses Neutralitätsprinzip im Schulgesetz von 1857 niedergelegt.

Schon vor dieser Zeit hatten die Calvinisten, welche einen heftigen Religionskampf gegen die niederländisch-reformierte Kirche führten, die bis 1848 die Schule beherrschte, die Forderung gestellt, konfessionelle Schulen gründen zu dürfen. Das Gesetz von 1857 eröffnete dafür die Gelegenheit, und Calvinisten wie Katholiken machten von dieser Freiheit Gebrauch.

1878 tat die liberale Partei, die immer an der Regierung war, einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Gebiet des Volksunterrichtes. Die Schülerzahl für einen Lehrer durfte 44 nicht übersteigen, Erziehungsschulen für Lehrer wurden gegründet, die Schulgelder sehr herabgesetzt, die Gelegenheit, unentgeltlich Unterricht zu empfangen, ward sehr erweitert. Dieses Schulgesetz brachte aber materiell die öffentliche Schule in eine solche Lage, daß die besondere[1] Schule sich in ihrer Existenz bedroht sah, und eine ganz gewaltige

[1] Die Schulen, welche nicht von der staatlichen oder Gemeindebehörde ausgehen, heißen in Holland besondere Schulen. Der Begriff deckt sich nicht mit konfessionellen Schulen, es sind auch nichtkonfessionelle darunter.

Agitation begann gegen die öffentliche Schule, gegen die „gottlose" Schule, für welche, da sie aus der Staatskasse unterhalten wurde, auch diejenigen, welche um keinen Preis ihre Kinder in diese gottlose Schule schickten, bezahlen mußten.

Mit wirklichem Fanatismus ward nun seitens der Befürworter der „Schule mit der Bibel", zu denen allmählich auch Nichtcalvinisten hinzukamen, gearbeitet an der Gründung von konfessionellen Schulen. Die Katholiken taten das gleiche, konnten es aber viel billiger, weil sie in dem Klosterpersonal fast unentgeltliche Lehrkräfte hatten.

Diese gemeinschaftlichen Interessen auf dem Schulgebiet brachten zwischen 1878 und 1888 die Calvinisten und andere Anhänger der konfessionellen Schulen mit den Katholiken zu dem Bündnis, das, als 1887 das Wahlrecht etwas erweitert war, zum Siege der klerikalen Parteien führte und Holland die erste klerikale Regierung brachte.

Diese Regierung führte sofort für die besonderen Schulen ein Subventionssystem ein derart, daß 30 Prozent der Kosten des Unterrichtes, nach dem Maßstab der öffentlichen Schulen berechnet, an die besonderen Schulen aus der Staatskasse bezahlt werden. Da aber die besonderen Schulen viel wohlfeiler wirtschafteten als die öffentliche, betrug für manche diese Subvention viel mehr als 30 Prozent ihrer Kosten.

1901 hat die damalige liberale Regierung diese Subvention vergrößert, damit die Gebäude, in denen die besonderen Schulen sich befinden, höheren Anforderungen entsprechen können.

Und jetzt kommt diese Regierung und geht noch viel weiter. Sie beantragt, die Minima der Saläre der besonderen Schullehrer für Rechnung des Reiches zu übernehmen. Man kann, wenn das geschieht, sagen, daß fast alle Unkosten der besonderen Schulen vom Staate getragen werden, und dann verliert die öffentliche Schule ihren Vorsprung und jedes Risiko verschwindet bei der Gründung konfessioneller Schulen.

In den katholischen Gegenden des Landes erwartet man die Brotlosmachung Hunderter von Lehrern der öffentlichen Schulen, weil die Pfarrer die Kinder in die konfessionellen Schulen treiben werden. Und in den evangelischen Gegenden, wo es von religiösen Sekten wimmelt, kann man die Gründung zahlloser kleiner Schulen erwarten, denn das Gesetz fordert nur eine Kinderzahl von 25.

Und neben dieser Bevorrechtung der konfessionellen Schulen steht noch eine andere, nämlich daß an die konfessionellen Schulen lange nicht dieselben Anforderungen gestellt werden als an die öffentlichen, und daß der Staat, der die Lehrer bezahlt, gar nichts zu sagen haben wird über die Anstellung dieser Leute, welche beim besonderen Unterricht arbeiten.

In dem allem liegt eine große Existenzbedrohung für die öffentliche Schule. Diese hat aber auch ihre Freunde, und diese sind in voller Aktion gegen die Regierung, welche im kommenden Wahlkampf in fast jedem öffentlichen Lehrer einen Feind hat.

* * *

Die dritte Hauptursache der Feindschaft, welche die Regierung erweckt hat, liegt in der Gefahr, die dem Freihandelssystem droht.

Wie bekannt, hat die Regierung eine Tarifrevisionsvorlage beantragt, in der die Einfuhrzölle im allgemeinen verdoppelt, ja mehr als verdoppelt werden. Landwirtschaftliche Produkte bleiben frei, Lebensmittelzölle beantragt die Regierung noch nicht. Aber die Konsequenz dieser Tariferhöhung ist notwendiger-

weise ein gänzliches Verlassen des Freihandelssystems, und in einem Handelsland wie Holland erweckt dies große Besorgnis.

Neben den Arbeitern und den Intellektuellen treten also noch die Freihändler geschlossen gegen die Regierung auf.

* * *

Und dann gibt es noch eine Bevölkerungsschicht, welche ins Gewehr tritt. Ihr einen Namen zu geben ist nicht leicht, man könnte sie aber die Toleranten nennen. Neben viel Fanatismus auf religiösem Gebiet hält der Durchschnittsholländer viel auf Toleranz. Religionskämpfe sind ihm sehr zuwider. Und die Regierung bietet auch in dieser Hinsicht eine Gefahr. Dr. Kuyper versucht immer wieder seine Mehrheit zusammenzuhalten als eine Mehrheit von religiösen Menschen, welche eine gottlose Masse sich gegenüber hat.

Er, der Mann der Schlagworte, hat unlängst gesprochen von Christen einer- und Paganisten (Heiden) andererseits. Seine Anhänger im Lande ziehen diese Scheidung weiter, und ein Professor der calvinistischen theologischen Schule, Van Noordtzy, sprach schon von zwei Armeen, die eine von Christus, die andere vom Satan.

Dies hat schon dahin geführt, daß, als unlängst im Wahlkreis Brielle die Liberalen in einer Nachwahl einen glänzenden Sieg errangen (ihre Mehrheit stieg seit 1901 von 50 auf 550 Stimmen) die liberalen Wähler jubelnd riefen: Es leben die Heiden!

Dies deutet auf eine Zuspitzung der Gegensätze, und dabei schütteln die Toleranten den Kopf und werden gegen die Regierung stimmen, welche so die Leidenschaften geweckt hat.

* * *

Wie verhält sich nun in diesen für ihn günstigen Verhältnissen der Liberalismus? Die oben erwähnten Tatsachen deuten genügend an, daß der Liberalismus in den Niederlanden noch eine Rolle zu spielen hat, daß er noch lange nicht in die Lage des belgischen oder des deutschen gekommen ist.

Wenn der niederländische Liberalismus jetzt Kraft und wirkliche Fortschrittsfähigkeit hätte, könnte er die Landespolitik einen tüchtigen Schritt vorwärts bringen. Anstatt dessen tut er alles mögliche, um nach rechts mehr Anhang zu finden, und dazu läßt selbst der fortschrittlichste Flügel, die freisinnige Demokratie, ihre Hauptforderung: das allgemeine Wahlrecht, für den Augenblick fallen. Verfassungsrevision steht zwar auf dem Programm der freisinnigen Konzentration, aber nur um einen Blankoartikel in die Verfassung zu schreiben, was nur zur Folge hat, daß die Wahlrechtsfrage an den gewöhnlichen Gesetzgeber verwiesen wird. Der rechte Flügel der liberalen Partei verweigert aber, selbst für diese Forderung zu stimmen, und doch ist von einem Kampfe gegen diesen Flügel keine Rede. Die Spekulation ist offenbar, daß es diesem rechten Flügel gelingen wird, gewisse Elemente von den Klerikalen loszumachen, und hat man einmal die Mehrheit, na, dann wird's wohl gehen oder . . . stillestehen.

Indessen ist durch diese liberale Konzentration nach rechts der Sozialdemokratie wieder einmal die Gelegenheit gegeben, die wirklich fortschrittliche Politik allein zu verfechten. Wieder einmal ist bewiesen, daß die Demokratie in unserem Lande ihre immer treuen Anhänger doch nur findet unter der Fahne der Sozialdemokratie.

Über anthropologische Politik.

Von **S. Fleischmann.**

Die Anthropologie als Wissenschaft von dem Menschen, von den Verschiedenheiten in seiner körperlichen Beschaffenheit je nach der Zugehörigkeit zu verschiedenen Unterarten, gehört zwar nicht zu den ältesten Wissenschaften, ist doch aber auch nicht ganz jungen Datums. Sie arbeitet mit den Mitteln der Naturwissenschaften: Beobachtungen, Zählungen, Messungen, sucht Aufschluß über die physische Geschichte der Menschheit zu erlangen, ist auch — ohne den Boden der exakten Wissenschaft zu verlassen und ihre Zuflucht zu leeren Spekulationen zu nehmen — bereits zu recht interessanten Ergebnissen gelangt, und es ist berechtigte Hoffnung vorhanden, daß sich die anthropologischen Forschungen in der Zukunft noch viel fruchtbarer erweisen werden.

Uns interessiert hier hauptsächlich, was uns die moderne Anthropologie über die Rassenfrage sagt.

Wenn wir uns an die hier allein in Betracht kommende weiße, und zwar an die in Europa lebende Bevölkerung halten, so sind die Ansichten der Forscher über die Rassenzusammensetzung derselben im wesentlichen die gleichen.[1] Man unterscheidet in Europa drei Rassen: eine hauptsächlich im Nordwesten verbreitete blonde, helläugige langköpfige Rasse, eine dunkelhaarige und dunkeläugige langköpfige im Südwesten Europas und dazwischen eine kurzköpfige Rasse mit unbestimmter Haar- und Augenfarbe. Die frühere, auf rein linguistischen Gesichtspunkten aufgebaute Einteilung in Arier und Nichtarier und eine weitere Einteilung der Arier in Germanen, Romanen und Slaven ist meist verlassen. Mit Recht wurde bemerkt, daß ebensowenig von einem „arischen" Volksstamm wie von einer langköpfigen oder kurzköpfigen Sprache die Rede sein könne.

Fragen wir jedoch danach, wie die verschiedenen europäischen Völker aus den obengenannten drei Rassen zusammengesetzt sind, so ist vor allen Dingen die sicher festgestellte Tatsache zu konstatieren, daß es kein einziges Volk gibt, das aus Angehörigen einer Rasse bestände. Wohl das „rassenreinste" Volk ist in Schweden zu suchen. Hier ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung blond und langköpfig. Doch fanden sich auch hier unter 45000 untersuchten Soldaten 22,4 Prozent dunkelhaarige und 13 Prozent kurzköpfige.[2] Je weiter wir aber nach Süden fortschreiten, desto größer wird die Verschiedenförmigkeit der betreffenden Verhältnisse. In Deutschland sind noch keine über das ganze Reich ausgedehnten anthropologischen Untersuchungen angestellt worden, die Resultate der Untersuchungen aus einzelnen Gebieten sind aber ganz in diesem Sinne ausgefallen. Nähern sich die Verhältnisse in Holstein[3] noch den schwedischen, so finden wir in Baden nur 11 Prozent Langköpfige und nur 43 Prozent Blonde.[4] Dasselbe läßt sich mutatis mutandis auch von den anderen europäischen Völkern sagen.

Nun wird man sich fragen, wie solche Tatsachen zur Züchtung des Nationaldünkels, zur Rechtfertigung der Eroberungs- und Herrschsucht und zur Geringschätzung alles Fremden beitragen sollen. Bestehen alle europäischen Völker so ziemlich aus denselben Rassen, sind speziell in Deutschland alle diese Rassen, wenn auch nicht gleichmäßig, so doch ziemlich stark vertreten, so ist doch mit den Rassengefühlen

---

[1] Die Verschiedenheiten der Klassifikationen einiger Autoren (Deniker, Fritsch und anderer) können nicht als Abweichungen von der Grundansicht aufgefaßt werden.

[2] C. Retzius: Sur l'enquête anthropologique en Suède. „Bullet. et Mém. de la Société d'Anthropologie de Paris", 1901, t. II, p. 303.

[3] G. Kraitschek, Die Menschenrassen Europas. „Polit.-Anthrop. Revue", I. Jahrgang, S. 30.

[4] Otto Ammon, „Zur Anthropologie der Badener", Jena 1899.

nichts anzufangen, wenn man es nicht darauf abgesehen hat, das Reich, die Länder oder sogar die Familien nach Rassen zu sondern. Es ist auch durchaus zuzugeben, daß mit diesen anthropologischen Tatsachen keine praktische oder propagandistische Politik zu machen ist, wenn man sich streng an die Logik hält. Mit dieser letzteren Bedingung braucht man es aber nicht gar so genau zu nehmen, wenn es sich um so hohe Ziele wie Vervollkommnung der „besseren" Rassen auf Kosten der „schlechteren" handelt.

Das älteste Werk, das sich mit der anthropologischen Politik befaßt und das zu solcher Berühmtheit gelangt ist, daß es Schule gemacht hat, ist vor zirka fünfzig Jahren in Frankreich erschienen. Es ist das dem König Georg V. von Hannover gewidmete Buch des Grafen Josef Arthur v. Gobineau, „Essai sur l'inégalité des raçes humaines". Der streng katholische und royalistische französische Graf, der seinem Geschlecht übrigens eine germanische Herkunft zuschrieb, verzweifelte an seinen Landsleuten, die sich als ebenso schlechte Diener der Könige wie ungeratene Kinder der Kirche erwiesen hatten, und verkündete, daß es nur eine Edelrasse gäbe — die der Germanen. Da Gobineau nun jeden Einfluß des Milieus und anderer materieller Faktoren auf das Zustandekommen und die Entwicklung der Kultur leugnet, so spricht er damit allen anderen, nichtgermanischen Völkern jede Zukunft ab. Ob richtig oder unrichtig, bei den damaligen Ansichten über Rasse und Volk hatte es doch irgendeinen Sinn; identifizierte man die Sprache des Volkes mit seinem Rassencharakter, so konnte man den Völkern germanischer Zunge eine gute, den anderen eine schlechte Prognose stellen, man konnte den ersteren die Überzeugung beizubringen suchen, daß sie nicht nur sich zu vervollkommnen, nach etwas Höherem, Besserem zu streben, sondern daß sie auch als „Höhere" das Recht hätten, alle anderen, die „Niederen", zu überwinden, zu verdrängen. Man sollte doch aber meinen, daß bei der in der neueren Zeit festgestellten Inkongruenz der Rassen solche Anschauungen jeden Sinn verloren haben.

Und doch ist in der letzten Zeit eine Richtung entstanden, die es versucht, die modernen anthropologischen Anschauungen mit den rassenreinigenden Bestrebungen zu verbinden. In Deutschland wird diese Richtung hauptsächlich durch die jetzt im dritten Jahrgang unter Leitung des früheren Sozialdemokraten Herrn Dr. L. Woltmann erscheinende „Politisch-Anthropologische Revue" vertreten. Es ist wohl durch die persönlichen Eigenschaften des Redakteurs zu erklären, daß die politischen Artikel dieser Revue, so viel Widersprüche sich auch darin finden, so unhaltbar ihre Ausführungen und so reaktionär auch die Empfindungen, durch die sie inspiriert sind, sein mögen, doch in einer mehr oder minder anständigen Form gehalten sind. Um so notwendiger erscheint es aber, das Wesen dieser Bestrebungen etwas näher zu beleuchten.

Die „Wahrheiten", die in dieser Zeitschrift fortwährend in allen Tonarten verkündet werden, bestehen in folgenden Sätzen, die sich im wesentlichen an die oben erwähnte Schrift Gobineaus anlehnen:

Es gibt Völker, die zu herrschen und zu siegen, und andere, die zu dienen und besiegt zu werden bestimmt sind.

Die herrschenden, siegenden Völker sind die der germanischen (nordischen) Rasse angehörenden (die chauvinistische russische Presse sagt dasselbe von den slavischen, die französische von den romanischen Völkern), alle anderen Völker der Erde bilden die zweite Kategorie.

Alles Wertvolle, Schöne, Geniale, das je in der Geschichte geleistet wurde, ist eben von den Germanen geleistet worden.

Die Germanen üben diese Spezialität am besten dann aus, wenn sie sich rein von fremden Beimischungen bewahren.

Die Maximen der praktischen Politik, die sich aus diesen Sätzen ergeben, werden in der „Politisch-Anthropologischen Revue" nur beiläufig erwähnt. Dieser Umstand ist wohl durch mehrere Schwierigkeiten bedingt. Erstens könnte man wohl be-

fürchten, daß die großen Massen für solche Maximen noch nicht reif genug sind, da es sich sicher herausstellen müßte, daß der Widerspruch zwischen den Forschungen der politisch-anthropologischen Weltanschauung und den sittlichen, sozialen und ökonomischen Forderungen der Massen vorläufig unüberwindlich ist. Außerdem weiß man wohl nicht recht, wie man es anfangen solle, die Herrschaft der langköpfigen Blonden in einem Lande zu proklamieren, das — wie wir gesehen haben — so viele kurzköpfige Dunkelhaarige und Dunkeläugige enthält. Es geht doch nicht recht an, ein Gesetz zu verlangen, nach dem diese „unreinen" Elemente vertilgt oder zur Sklaverei verurteilt werden sollen. Ja, wäre die „Politisch-Anthropologische Revue" ein paar Jahrzehnte früher gegründet worden, als die gegenseitige Abgrenzung der Germanen, Romanen und Slaven noch so fest stand, so hätte sie es bedeutend leichter gehabt. Jetzt aber ist die Redaktion gezwungen, in ihrem Glaubensbekenntnis mit unbestimmten Redewendungen auszukommen. So erklärt sie, „vom Standpunkt der in der Revue gewonnenen Erkenntnisse die Fragen der sozialen und Rassenhygiene, der Rechts- und Staatsverfassung, der Sozialpolitik und Schulreform" beleuchten zu wollen. Etwas klarer drückt sich eine der Hauptstützen der Revue, Herr L. Wilser, aus: „Unser Hochziel muß sein: Erhaltung und Erweiterung des Deutschen Reiches und ein der Abstammung und Vergangenheit unseres Volkes entsprechender Anteil an der Weltherrschaft." Auf die Weltherrschaft kommt es also an! Was die Bestimmung der Größe des Anteils an dieser Herrschaft betrifft, so braucht man darum nicht in Verlegenheit zu sein. Nach dem Sinne aller anderen Artikel der Revue darf dieser Teil nicht viel kleiner sein als das Ganze. Eventuell könnte oder müßte mit den Engländern geteilt werden, da sie ja auch zur nordischen Rasse gehören. Einen etwas detaillierteren Plan der Teilung der Erde fanden wir in einem Referat im „Zentralblatt für Anthropologie", VI. Jahrgang, über den Artikel: „The real opportunity of the so-called Anglo-Saxon race" von C. Closson. Da wird ausgeführt, daß „alle Länder mit gemäßigtem Klima der nordischen Rasse gehören müssen", außerdem aber müßte dieser Rasse „natürlich auch die Herrschaft über alle übrigen Länder" gehören. Ein Leben ohne das „Herrschen" scheint diesen Herren etwas ganz Unmögliches zu sein.

Gegen die Sozialdemokratie würden die Herren nichts haben, aber nur unter zwei Bedingungen: „erstens daß die Sozialdemokratie sich von ihrem trostlosen Internationalismus befreit und daß sie den utopistischen Kommunismus aufgibt, der wider alle natürliche Entwicklung des Individuums und der Völker ist."[1]

Alle diese Forderungen stützen sich auf die oben angeführten Sätze. Wie will man aber diese Sätze beweisen, die doch mit der wissenschaftlichen Anthropologie, wie sie unter anderem in mehreren wertvollen Artikeln derselben Revue zum Ausdruck kommt, nichts zu tun haben? Das geschieht auf folgende Weise.

Vor allen Dingen wird stillschweigend vorausgesetzt, daß der Wert einer Rasse durch die Zahl der dieser Rasse angehörenden Genies bestimmt wird, daraufhin galt es nur zu beweisen, daß alle genialen Männer der germanischen Rasse angehören. Diese dankbare Aufgabe hat der Redakteur der Revue übernommen. In mehreren Artikeln sucht er mit einer Energie, die einer besseren Sache wert wäre, auf Grund erhalten gebliebener Porträts oder Beschreibungen zu beweisen, daß die meisten großen Männer des Altertums und des Mittelalters Germanen gewesen seien. Unter anderem wird auf diese Weise auch der anthropologische Typus von Alexander von Macedonien, Raffael, Michelangelo, Leonardo da Vinci, Tizian und manchen anderen geprüft. Kam nun die betreffende Beschreibung oder das Porträt dem nordischen Typus nahe, so war das Gewünschte bewiesen, paßte das Material nicht, so konnte das Bild falsch oder übermalt sein. War auch das ausgeschlossen, dann war das betreffende Genie eben ein Mischling der nordischen und der dunklen Rasse, seine

---

[1] A. J. Braunau, Zur Geschichte des öffentlichen Geistes in Deutschland, „Politisch-Anthropol. Revue", Juni 1904.

Genialität verdankte er aber ausschließlich der nordischen Beimischung. Die letztere Behauptung wird unzähligemal wiederholt, aber es wird auch nicht die Spur eines Beweises erbracht. Wir sind denn auch gar nicht überrascht, wenn wir erfahren, daß Tizian Vecellio nach der anthropologischen Politik eigentlich Tietz Wetzel heißen müßte.[1]

Mit den jüdischen Berühmtheiten wird ganz kurzer Prozeß gemacht. „Von dem körperlichen Aussehen Christi wissen wir nichts. Eine alte Legende schreibt ihm indessen blondes Haar zu" („Politisch-Anthropol. Revue", II. Jahrgang, S. 965). Wenn das kein genügender Beweis für die Zugehörigkeit Christi zur nordischen Rasse ist! „Spinoza hatte graublaue Augen, Heine braunblonde Haare" usw.

Will man aber Herrn Woltmann mit seinen eigenen Waffen entgegentreten, dann sagt er: „Mit so vagen Behauptungen, mit physiognomischen Konstruktionen aus vielleicht schlechten Bildern läßt sich kein wissenschaftliches Urteil zusammenleimen" („Politisch-Anthropol. Revue", September 1904, S. 355). Es ist überflüssig, ein weiteres Wort hinzuzufügen.

Für die Behauptung, daß gerade die unvermischten Germanen das Höchste geleistet haben, findet sich auch nicht der Versuch eines Beweises. Die Herren haben es sich aber wohl nicht überlegt, daß, wenn diese Behauptung wahr wäre, die germanische Rasse ihre Rolle ausgespielt haben müßte, da die Reinheit der Rasse mit der Zeit immer abnimmt. Die größten Leistungen der Germanen müßten schon vor einigen Jahrtausenden vollbracht worden sein. Von da ab hätte es mit den Germanen schnell abwärts gehen müssen. Man braucht sich aber darum keine grauen Haare wachsen zu lassen: sowenig die „Politisch-Anthropologische Revue" mit ihren Prophezeiungen in bezug auf die Zukunft der vielen Hunderte von Millionen nichtgermanischer Erdbewohner recht hat, so unzutreffend werden auch die Schlüsse aus ihren unhaltbaren Behauptungen sein.

Man wiederholt jetzt von allen Seiten und in allen Tonarten, daß Deutschland ein Weltstaat par excellence werden soll. Der Verkehr der Deutschen mit anderen Völkern und Stämmen soll sich immer mehr steigern. Da wäre es aber recht unheilvoll, wenn sich diese quasi-wissenschaftliche, chinesische Auffassung von der eigenen Majestät und der fremden Inferiorität, eine Auffassung, die die Eitelkeit so angenehm kitzelt, breit machen würde.

Ein „Tschandala"-Poet.

(Ludwig Scharf.)

Von **Ernst Kreowski** (Chemnitz).

> „Ach dies ewige Gefrette!
> Ach die ewig ekle Not!
> Jeden Morgen aus dem Bette:
> Fort nach Brot, Hund,
> Fort nach Brot . . ."
>
> (Stoßseufzer des Proleten.)

Um 1889 war's. Münchener Luft umgab uns. Die Maler und Dichtergenies wuchsen wie Pilze. Ihr Standort? Die Cafés und Kneipen. Ihr Beruf? „Nebulos". Allenfalls der, ein Genie zu heißen und sich als Kunstzigeuner auf die Portemonnaies gutmütiger Bekannten zu verlassen oder, wenn da nichts mehr zu holen war, bei einer Mokkahebe um Liebe und — Kredit zu betteln. . . .

Damals also lernten wir uns kennen. Ludwig Scharf, der Rheinpfälzer, war Student. Wieviel Semester, das kümmerte ihn selbst am allerwenigsten. Er hatte philologische und philosophische Vorlesungen „belegt". Dann sattelte er um — fortan juristischer Brotstudien beflissen. Aber der Lyrismus lag ihm im Geblüte.

---

[1] „Politisch-Anthropol. Revue", Juli 1904, S. 263.

Epigonendichterei, nichts weiter. Da ging das Gestirn Friedrich Nietzsche auf. Es begann der „Zarathustra“-Taumel. Bald konnte Scharf ganze Kapitel des hirnverdrehenden Buches auswendig herdeklamieren. Die tauben Früchte tändelnder Epigonensingerei wanderten ins Feuer. Jeder Nerv ward eine Brücke zum „Übermenschtum“. Das Jus wurde an den dicksten Nagel gehängt — wo es übrigens seither immer gehangen hatte — und so entstanden die „Lieder eines Menschen“, einige sechzig Gedichte voll zyklopischer Kraftgebärde, aber ungleichem Werte. Dank der Munifizenz des nun wahnsinnig gewordenen Oskar Panizza konnte das Bändchen erscheinen und machte Aufsehen. Scharf wurde von seinen Freunden zum lyrischen Genie gestempelt. Das war vor zehn Jahren — und dabei sollte es vorderhand auch bleiben. Fünf Dutzend Gedichte — sonst nichts, als ein Zigeunerdasein à la Verlaine oder Peter Hille in Berlin, den ja vor wenigen Monaten ein Unglücksfall des trostlosen Lebens beraubte. Ach, es war und blieb ein heimloses Vegetieren. Von München ging Scharf nach Berlin, wo er mit dem verstorbenen Ludwig Jacobowsky Monatsblätter zur Abwehr des — Antisemitismus redigieren mußte. Bald war's da auch nichts. Dann fand Scharf in einem ungarischen Edeling einen Mäcen, der ihn samt Weib und Kind auf seine Güter nahm. Aber auch der Lichtblick hatte rasch ein Ende. Es kamen schreckhafte Zeiten, grenzenloses Hungerelend — in Wien. Die Frau überwand es nicht — wer fragt danach? Die der Mutter beraubten Kleinen fanden Versorgung in einem rheinpfälzischen Waisenhaus. Dem Dichter aber „gehört die Welt“. Ob Paris oder München — Ein Paria, sehe er, wo er bleibe....

Jetzt endlich ist die zweite Frucht seiner kargen Muse — die „Tschandala-Lieder“[1] — herausgekommen. Sie werden sowohl aus stofflichen als aus zeitlichen Gründen bei gewissen Literaturmachern Anstoß erregen. Die Gegenwartslyrik huldigt nämlich anderen Göttern. Sie ist artistisch, neu-romantisch, im höchsten Grade feminin und wer weiß, was noch alles — nur nicht männlich, kraftgenialisch. Der stillen Säusler sind zu viele — und der naserümpfenden „Ästheten“ noch mehr. Sie wittern hinter allem die „soziale Tendenz“. Wehe dem, der sich jemals erkühnte, seine Leier auf den Ton der Zeit zu stimmen! Der das Kind beim rechten Namen nannte, der Klarheit und Prägnanz der Gedanken als Spiegel seiner Seele zum Ausdruck brachte und nicht zum Geschlecht der Schleiereulen gezählt sein mag! Er ist für immer von jenen senilen Knaben proskribiert. Wer in diesem strittigen Punkte aus Erfahrung reden kann, wird für Ludwig Scharf das gleiche Geschick befürchten müssen. Denn in seinen Tschandala-Liedern lodert Sturm und Brand. Es ist ein Buch voll erschütternder Anklagen und aggressivem Prometidentrotz.

Zwei Seelen wohnen in des Dichters Brust, zwischen zwei Polen, bald von diesem, bald von jenem angezogen oder abgestoßen, pendelt sein Denken und ganzes Wesen: Zarathustra heißt der eine, Anarchismus der andere. Nietzsche hat ihm den Weg zum Übermenschtum gezeigt —

„Langsam komm ich hinauf, aus einem Meer von Instinkten
Schwimm ich ans trockene Land, steige auf festes Gestein,
Aber steh ich einst oben: o dann überrag ich euch alle,
Menschengewürm, die ihr jetzt frech mich mit Spötteln beguckt.“

Und an anderer Stelle:

„Ich bleibe für mich, geh meinen Weg,
Ein freier Sohn der Erde,
Und recke mein Haupt über Wolken hinaus,
Daß ich Gott ähnlich werde.“

Im Bewußtsein dieses Entwicklungsganges stellt sich Scharf „jenseits von gut und böse“. Aller herkömmlichen Moral und Sitte wird hohnlachend Trotz geboten.

[1] Stuttgart 1905, Axel Junkers Verlag.

Nichts gilt als das Naturrecht, und auf dies hat nur Anspruch der Starke. Diesem allein steht es zu, sich schrankenlos auszuleben — aber auch mit seinen Schwären vor aller Welt zu paradieren. Und Scharf trägt keine Bedenken, solches zu tun. Ja, es bereitet ihm ein wollüstiges Gefühl. Alle Wurzeln seiner sündhaften Triebe und Gebresten enthüllt er, gleich einem Anatomen, der das Geflecht der Nerven und Sehnen bloßlegt. Der Dichter verheimlicht nichts, weder vor anderen, noch vor sich selber. Er weiß, wie er wurde, und warum er so werden mußte. Vererbung auf der einen Seite, hieraus folgende Verkettung des Schicksals auf der anderen. Er wähnt sich mit dem Kainszeichen des „Tschandala“ behaftet: „Daß man“, nach Friedrich Nietzsches Definition, „nicht als gleich gilt, sondern als ausgestoßen, unwürdig, verunreinigend“, und dann, „weil alle Neuerer des Geistes selbst die furchtbare Kluft fühlen, die sie von allem Herkömmlichen und in Ehre Stehenden trennt“. Wer Scharfs „Tschandala-Lieder“ oberflächlich beschnuppert, wird sich kaum humoristischer Anwandlungen erwehren können. Er vermeint einen Poseur vor sich zu sehen, der mit sich und anderen Komödie treibt. Oder er glaubt einen Tollhäusler toben zu hören, bei dessen prophetischen Gesten und zynischen Wutausbrüchen man nicht recht weiß, ob man lachen oder weinen soll. Höchstes Wollen, titanenhaftes Emporrecken über sich selbst — aber immer jäher Absturz in die Abgründe egozentrischer Begierden!

In Scharfs Wesen erkenne ich Stirnerschen Radikalanarchismus, Nietzsches Ideologie vom Übermenschtum — und beides vermischt mit nihilistischer Tendenz. Sein Ich, seine künstlerische Persönlichkeit stellt er stets voran. Ihn kümmert nicht das Elend der Enterbten; er prostituiert sich als Erzproletarier des gesamten Erdenproletariats, als König aller Lumpen. Ist das „Vagabundenlied“ nicht Scharfs Selbstporträt?

„Einst hatt ich meine graden Glieder
Und heute geh ich krumm —
Einst sang ich süße Liebeslieder
Und heute bin ich stumm.

Ich hab mein Sach auf nichts gestellt.
Das macht mich frei und froh:
Verlier ich was auf dieser Welt,
Ist's kaum ein Bündel Stroh.“

Dahin gehören „Monsieur Tod“, „Fatum“, „Poeta vagabundus“, „Proleta sum“.

Wäre Scharf zu sozialistischer Weltanschauung hindurchgedrungen, statt in der Verneinung jedweder Menschheitsentwicklung zur Freiheit und im Ichkultus unterzusinken, dann verriete wohl ein Lichtgedanke seinen Glauben an die Erlösung von aller sozialen Not, der unsere Kämpfe geweiht sind. Dann riefe er nicht auf zur Propaganda der Gewalttat, sähe er nicht in der Guillotine das Allheilmittel der Rassenverbesserung, ziehe er nicht „Gott, den allgütigen Herrn“, der Langmut, weil dieser noch immer die Reichen gewähren lasse, statt ihnen, Disteln gleich, die Köpfe vom Rumpfe zu schlagen. Man lese: „Wo ist die Guillotine?“ — „Stoßseufzer des Proleten“ (1 und 2) — „Rebellenlied“ — „Proletenweisheit“ — „Der bleiche Verbrecher“ — „Fragment aus einer Höllenfahrt“ — „Blut-Propheten“. . . . Ihn beherrscht nur der Wahn von einem „gottähnlichen“ Zarathustra-Geschlecht, das einst kommen soll und dem er sich mit der Gebärde eines in die Zukunft schauenden Deuters zugesellt:

„Und aus meinem Haupte sprang ein Spiegel:
Drinnen sah ich groß und nackt und frei
Ein Geschlecht von Menschen, schönheitstrunken,
Fern dem Alltag und dem Marktgeschrei.

Ein Geschlecht, das wir erzeugen sollten
Fern auf einer Insel grünem Strand —“ („Der Gefangene“.)

Der Glaube an seinen Sieg und an sich, den „göttlichen“ Menschen, steht bei Scharf unerschütterlich fest.

Ja, diese Siegesgewißheit ist so stark, daß der Dichter alle Schuld für sein Elenddasein ganz allein auf sich nimmt und auch nicht länger mehr „von Trauer und Schmerz geknickt“ am Boden liegen mag:

„Auftrotzen will ich dem Geschick
Wie ein stolzer Negersklave,
Mit eiserner Muskel ertragen will
Ich die unabwendbare Strafe.

Und ruhig, stetig und glaubensstark
Will ich Ausfahrt um Ausfahrt wagen,
Und würde ich auch von Sturm und Graus
Fernab meinem Ziele getragen.

Und sollte mir auch auf meiner Fahrt
Ein Blitz den Schädel zertrümmern:
Ich will als Mann zugrunde gehn
Und nicht als Memme verkümmern.“ („Selbstschau“.)

Es würde seltsam anmuten, wenn solch ein revoltierender Poet nicht doch zuweilen der Welt ins Herz gesehen und ein soziales Schauen und Empfinden dokumentierte. Ich verweise da auf das „Lied vom Nachtwind“: eine Vision voll aufreißender revolutionärer Gewalt. Und ferner auf die Stelle in „Anno wann?“, wo es heißt:

— — — — — — — — —
— — — — — — — — —

„Eine neue lodernde Stunde bricht an
Mit neuen gewaltigen Fragen.

All eins die Welt, ein Bruderstaat
Und ein Wettlauf nach höchster Vollendung:
Ein neuer Glaube mit neuer Tat
Und manneswürdiger Sendung.

All eins die Welt und der Menschenbrust,
Die ganze aufkeimende Erde
Mit ihrer nie schlummernden Lebenslust,
Die da liegt über Gram und Beschwerde!

All eins die Welt! All eins der Gott,
Und die Freiheit in mächtigen Trieben,
Draus neue Gesetze von starker Hand
Dem erschauernden Menschen geschrieben.

Die Erde ward frei, hell leuchtet sie auf
An allen Ecken und Enden —
Es stehen die Bruderplaneten im Lauf,
Der lichten Grüße zu senden.“

Aber diese kosmopolitische Phantasmagorie scheint doch wieder nur auf das enge Prinzip vom „Übermenschtum“ zugeschnitten zu sein, das Scharf, der enragierte Nietzschejünger, vom Boden darwinistischer Naturanschauung aufgelesen hat. Ihm geht die Fähigkeit ab, das Gesetz von der Entwicklung historisch anzuwenden. Er ist eine komplett dekadente Kreatur, auch gerade vom künstlerischen Standpunkt.

Es berührt schmerzlich, zu sehen, wie ein zyklopisches Kraftgeschöpf sich in ohnmächtiger Glut verzehrt. Der promethidische Gedanke wird oft von harter, hölzerner Prosasprache niedergeschlagen. Allerdings merkt man auch hier, daß das Feuer des dichterischen Genius im Innern gelodert; aber die Flamme wirft Asche und Schlacken.

Selten vermag Scharf den Ballast seiner Lebensverschüttung von der Seele zu schütteln. Glückt es aber einmal, dann ist's feierlicher Orgelklang, würdig eines bedeutenden Poeten. Dahin rechne ich „Das stille Schiff", „Nachtwache", „Zwiegesang", „Nocturno", „Wanderers Rast".

Und dennoch, dennoch die zweifelnde Frage: Wie wird Scharfs ferneres Poetenschicksal sein? Zwischen ihm und der Volksseele gähnt eine finstere Kluft: das grausige Nichts.... Nur Sonnen küssen die Welt zur fruchtschwangeren Reife. Ein Irrstern nimmer. Und käm' er zehnmal in Erdennähe — was frommt es ihm, was ihr? Ich fürchte, Scharf wird die Bestimmung eines Kometen teilen. Sie steht ihm im Antlitz vergraben. Man betrachte sein Porträtbild, das Guste Ichenhäuser mit stupender Wahrheitstreue gezeichnet hat und das in Reproduktion den Umschlag des Buches ziert. Bestenfalls wird dieser Lyriker in der deutschen Literatur ein heikles Problem bleiben.

Literarische Rundschau.

Ludwig Gumplowicz, **Geschichte der Staatstheorien.** Innsbruck 1905, Verlag der Wagnerschen Buchhandlung. XI und 592 S. Preis 10 Mark.

Wenn der Verfasser so vieler Bücher, in welchen er gegen die dogmatisch-juristische Staatswissenschaft siegreich ins Feld zog, nun selbst unter die Dogmenhistoriker geht, muß das seine besonderen Gründe haben. Tatsächlich ist Gumplowicz' neues Buch keine gewöhnliche Dogmengeschichte. Er verzichtet von vornherein auf Vollständigkeit sowohl in zeitlicher als in räumlicher Hinsicht und beschränkt sich auf jene Staatstheorien, welche die Entwicklung unserer heutigen Staatswissenschaft irgendwie beeinflussen konnten und beeinflußt haben. Aber auch in der Darstellung der Entwicklung dieser Theorien kommt es ihm nur „auf die epochemachenden Gedanken" an, die tatsächlich diese Entwicklung jeweils gefördert haben. Denn in einer solchen Geschichte der Staatstheorien können wir den Einfluß der politischen Entwicklung auf die Auffassung des Staates und der Gesellschaft verfolgen, wird „letztere daher sich uns als naturgesetzliche Begleiterscheinungen all und jeder politischen Entwicklung darstellen". Damit ist auch die Stellung des Verfassers in der Staatslehre gegeben. Trotz dieser Beschränkung — die jedenfalls sehr berechtigt und löblich ist — kam dennoch ein Buch von 600 Seiten heraus, weil der Verfasser es nirgends bei der einfachen Wiedergabe der fremden Gedankengänge bewenden läßt, sondern von seinem wissenschaftlichen Standpunkt aus fortlaufend scharfe Kritik übt.

Es kommt schon einer Kritik gleich, daß der ganzen Staatswissenschaft bis zum Zeitalter der Revolutionen, also der chinesischen, indischen, griechischen, römischen und christlichen, Machiavelli, Bodin, Grotius und Althusius inbegriffen, kaum ein Dritteil des Buches gewidmet ist, während sie in anderen Darstellungen noch immer den Hauptteil einnehmen. Aristoteles „der Große" muß sich mit 24 Seiten bescheiden, Thomas von Aquin mit 14! Um so ausgiebiger kommt dann, nach den Theoretikern des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, die mit Saint-Simon einsetzende soziologische Staatstheorie zu Worte, von deren namhaften Vertretern bis auf unsere Tage kaum einer übergangen worden ist.

Eine ins einzelne gehende Kritik der Gumplowiczschen Darstellung verbietet die Natur des Stoffes. Wir beschränken uns darauf, die Kapitel 109 und 112, in welchen Engels, Marx und Lassalle zu Worte kommen, hervorzuheben.

Gumplowicz anerkennt, daß „einige Führer der Sozialisten zur Entwicklung der Wissenschaft vom Staate, insbesondere durch ihre Kritik des bestehenden Staates und Widerlegung der bestehenden Theorien viel beigetragen" haben. „Schon die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx enthält in sich eine neue und größtenteils richtige Auffassung des Staates." Aber — sagt er weiter — Engels

verfällt in die Utopie, wenn er meint, daß der Staat absterben wird. Sein Irrtum entsteht aus dem doppelten Grunde, daß erstens der Sozialismus keine Wissenschaft ist, nicht sein kann, sondern bloß ein sozialpolitisches Streben, das durch subjektive Wünsche beeinflußt wird, andererseits daraus, daß er noch auf dem naiv-dualistischen Standpunkt steht und nicht auf monistischem und zum Beispiel einen Unterschied zwischen der Entwicklung der Natur und der Entwicklung der Gesellschaft sieht, indem er dem Menschen „bewußte Absicht“ und „gewollte Ziele“ unterstellt. „Engels hat keine Ahnung davon, daß der soziale Prozeß ganz ebenso ein Naturprozeß ist wie jeder andere.“ ... Als ob das individuelle Bewußtsein daran etwas ändern könnte? ... Auch um unser „gewolltes Ziel fragt der Naturprozeß wenig“.

Es ist unseres Wissens das erstemal, daß dem Geschichtsmaterialismus von Marx und Engels ein solcher Vorwurf gemacht wird. Daß er deterministisch, fatalistisch, automatisch ist, daß er den subjektiven Faktor absolut übersieht, wurde hundertmal gesagt; daß er aber ganz im Gegenteil subjektivistisch, „psychologisch“, ideologisch sei, wird ihm zuerst von Gumplowicz vorgeworfen. Wie kommt Gumplowicz dazu? Anerkennt er nicht in demselben Kapitel die Berechtigung des Sozialismus als einer sozialen Parteitendenz, eines Strebens nach Verwirklichung „eines sozialen Programms, in welchem manche gerechte Forderung enthalten ist“? Wozu das Streben, wenn der soziale Naturprozeß nach unseren gewollten Zielen nicht fragt? Wozu überhaupt die Partei, die doch in erster Reihe das organisierte „Bewußtsein“ gleichinteressierter Menschen darstellt, wenn das Bewußtsein an dem sozialen Naturprozeß nichts ändern kann? Uns scheint es, als ob eher der Gumplowiczsche „Monismus“ ein naiv-simplistischer Standpunkt wäre.

Anders stellt sich Gumplowicz zu Lassalle. Er ist von dessen Darstellung des Wesens einer Verfassung (in dem Vortrag „Über Verfassungswesen“) so sehr entzückt, daß er auf sechs Seiten Absätze wörtlich aus ihm abdruckt. Dann sagt er: „Man kann ruhig behaupten, daß vor Lassalle das Wesen einer Verfassung, also auch des Staates, nie so klar und eindringlich dargelegt wurde. Gegenüber Diezel hat er sofern einen bedeutenden Schritt vorwärts getan, als er uns die abstrakten ‚gesellschaftlichen Kräfte‘ konkretisierte und das Wesen derselben und das Substrat zeigte, an denen sie haften. Damit war an dem lebendigen Staate eine Vivisektion vorgenommen und die sozialen Bestandteile desselben waren bloßgelegt. Nun blieb für die Wissenschaft noch eine Aufgabe: nachzuweisen, wie es geworden.“

Wir schließen uns diesem Urteil gern an, müssen aber eine Einschränkung machen. Gumplowicz hat sich durch die stilistische Schönheit der Lassalleschen Rede gefangennehmen lassen und übersehen, daß sich dieselben Gedanken durch alle Werke von Marx und Engels von 1845 an ziehen. Nur daß Marx und Engels sich stets nur mit dem *wirklichen* Staate befaßten, während Lassalle im „konkreten“ Falle wohl mit unnachahmlicher Kraft und Schärfe das Wesen des Klassenstaats darlegte, hingegen in seiner Staats*theorie* zeitlebens an der Hegelschen Staatsidee festhielt, es in dicken Bänden verfochten und auch seine Politik danach eingerichtet hat. Hier stehen also Marx und Engels Gumplowicz viel näher als Lassalle.

Zum Schlusse sei noch auf den Anhang des Buches: „Zur Kritik der juristischen Methode im Staatsrecht“ hingewiesen. Er hat für Deutschland ein besonderes Interesse, wo die „genialen Bahnbrecher“ und „epochemachenden Genies“ einer preußisch-deutschen Staatslehre zu Dutzenden herumlaufen. Es muß gesagt werden, daß es Gumplowicz glänzend gelungen ist, an einem drastischen Beispiel (an zwei Werken von Professor Lukas) ihre „ganze Wertlosigkeit und Unwissenschaftlichkeit“ zu beweisen.

Erwin Szabó.

Dr. Eugen v. Jagemann, **Zur Reichsfinanzreform.** Heidelberg, Karl Winters Universitätsbuchhandlung. 66 Seiten.

Herr v. Jagemann, früherer badischer Gesandter und Bundesratsbevollmächtigter in Berlin und jetziger Professor in Heidelberg, macht immer noch von Zeit zu Zeit

in Politik. Es ist noch nicht lange her, daß er durch ein juristisches Taschenspielerkunststück sich in den gewiß unverdienten Ruf eines deutschen Staatsstreichtheoretikers gebracht hat — damals interpretierte er die deutsche Reichsverfassung als einen Vertrag, der jederzeit durch den übereinstimmenden Willen aller Vertragschließenden aufgehoben werden könne — und heute begeistert er sich für die „positive Reichsfinanzreform", das heißt für „neu zu erschließende Einnahmequellen für das Reich", genauer für neue indirekte Steuern in der Zeit des Hungertarifs. Das macht: Herr v. Jagemann ist nationalliberal, und zwar einer von der badischen Sorte, das heißt nationalliberaler Staatsmann, der ein Stück Regierung gewesen ist, aber eben darum die Geschichte der Nationalliberalen im Reiche verschlafen oder verschwitzt hat.

Herrn v. Jagemanns Schriftchen zur Reichsfinanzreform ist ein Musterbeispiel dafür, wie man die Frage der Reichsfinanzreform heute offiziell behandelt und wie man sie in ihren historischen Zusammenhängen verfälscht. Sogar die vor etwa Jahresfrist an dieser Stelle besprochene Schrift Köppes über die Reichsfinanzreform hatte den Versuch gemacht, die geschichtlichen Wurzeln der bestehenden Reichsfinanzmisere aus den parlamentarischen Machtkämpfen der Liberalen mit Bismarck bloßzulegen; bei Herrn v. Jagemann findet man darüber höchstens irgendeine allgemein gehaltene Andeutung über „konstitutionelle Bewilligungsrechte", die zudem hinter der ganzen übrigen Darstellung dreinhinkt. Dagegen malt der frühere Bundesgesandte die Finanzwirtschaft des Reiches und die durch die Matrikularbeiträge geschaffene kalkulatorische Unsicherheit der Einzelstaatsregierungen in der Aufstellung ihres Etats grau in grau, so daß man durch dieses Jammern und Wehklagen den von dem Verfasser ganz gewiß nicht beabsichtigten Eindruck bekommen muß, als bestände die Leitung der Reichsfinanzen und der Landesfinanzen und die Budgetkommission des Reichstags aus einer Gesellschaft von durchaus unfähigen oder unverantwortlich leichtsinnigen Personen. Daß die ganze Reichsfinanzmisere ein historisches Erbübel ist, das in erster Linie Bismarck auf seinem soliden Gewissen hat und nebenbei auch, als mehr passiver Teil, die nationalliberale Partei, das darf oder kann ein nationalliberaler Honorarprofessor in Alt-Heidelberg nicht sagen. Statt dessen bringt er als „geschichtliche Grundlage" ein historisches Kuriosum, das der nationalliberale Abgeordnete Braun-Wiesbaden, „an Weisheit schwer und Wein", einst im Reichstag über die Reichsmatrikel aus dem Jahre 1422 ausgegraben hat. Daß die Matrikularbeiträge von Bismarck aus dem seligen alten Deutschen Bund herübergenommen worden waren, daß sich das historische Elend des Bundestags in moderner Konservierung hier erhalten hat, das ignoriert Herr v. Jagemann, obgleich hier, und nicht in der Reichsmatrikel von 1422, der Faden der Ariadne durch das heutige Reichsfinanzlabyrinth liegt.

Wenn Herr v. Jagemann und mit ihm die verantwortlichen Leiter der deutschen Reichsfinanzen über die Notwendigkeit der Anleihewirtschaft klagen — notwendig in dem Augenblick, wo die Ausschreibung von Matrikularbeiträgen über die Überweisungen hinaus vermieden wird —, so müssen sie daran erinnert werden, daß die ganze Unfertigkeit der Organisation des Finanzwesens von Bismarck mit Absicht aus dem Bundestag herübergenommen wurde, um diese Frage als eine politische Machtfrage offen zu halten. Die Liberalen wiederum sahen in diesem Provisorium eine Handhabe, um der Regierung parlamentarische Machtbefugnisse abzutrotzen; sie wollten die finanzielle Selbständigkeit des Reiches nur gegen ein verantwortliches Reichsministerium herstellen helfen. Der Kampf um diese Frage ließ den provisorischen Zustand nicht zu einem endgültigen Abschluß kommen, bis endlich Bismarck nach den Attentatswahlen die Liberalen an die Wand drückte und in seiner Schutzzollpolitik dem Reiche selbständige Einnahmequellen erschloß. Auch diese Lösung brachte nur einen vorläufigen Abschluß, da die Frankensteinsche Klausel nur einen geringen Betrag, 130 Millionen Mark, dem Reiche reservierte, die Überschüsse als Überweisungen buchmäßig an die Einzelstaaten abführte und von diesen als

Matrikularbeiträge zurückerhob, wobei die Matrikularbeiträge oft hinter den Überweisungen zurückblieben, oft diese überstiegen. Dagegen war der politische Machtkampf dadurch abgeschlossen; Bismarck hatte den Liberalismus niedergeschlagen, indem er alle Kräfte des Partikularismus entfesselte. An Stelle der „konstitutionellen Garantien" der unitarischen Liberalen akzeptierte er die „föderativen Garantien" des partikularistischen Zentrums, die die Kraft der Reichsfinanzen von neuem in die Einzelstaaten verlegten.

Wenn dieser Zustand, der eine Vertiefung und Verewigung der Bundestagsfinanzmisere für das Reich bedeutete, zu einer vollständigen Verwahrlosung und Zerrüttung der Reichsfinanzen und teilweise der Landesfinanzen geführt hat, so ist das die historische Schuld des geschichtlichen Verbrechens, das Bismarck mit seiner Schutzzöllnerei und seinem Sozialistengesetz 1879 begangen hat. Und wenn der Reichstag der Regierung 1894 nicht auf einen Wink die gewünschte Finanzreform apportiert und im vorigen Jahre nur die Erhebung der effektiven Matrikularbeiträge unterlassen hat, so tat er damit noch das allerwenigste, was er seinem Ansehen schuldig war.

Herr v. Jagemann ist in seinen positiven Vorschlägen freiwilliger Regierungsmann, wie sich das für einen früheren Gesandten und jetzigen Honorarprofessor geziemt; er hat den gehörigen Respekt vor dem Althergebrachten, indem er die Matrikularbeiträge beibehalten will, und ist doch auch soweit nationalliberal, daß er an die Opferwilligkeit — der anderen Gesellschaftsklassen appelliert. Die Besitzenden sind durch Einkommens- und Vermögenssteuern schon halb expropriiert; darum müssen es indirekte Steuern tun, die alle Deutschen treffen. Welche, sagt er nicht; das überläßt er der Findigkeit der Finanzexzellenzen.

So ist das Schriftchen, wenn es auch die Geschichte der nationalliberalen Partei ignoriert, doch ungewollt zu einem Beitrag zur politischen Psychologie des Nationalliberalismus geworden. gj.

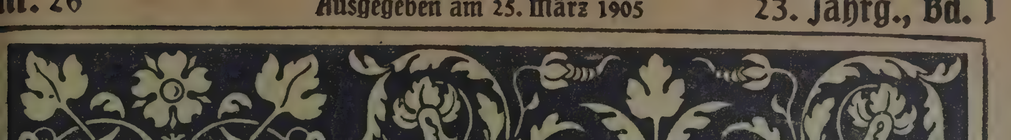
Dr. E. Bischoff, **Der Koran.** Mit zehn Abbildungen. (Morgenländische Bücherei, 4.) Leipzig, Th. Griebens Verlag (L. Fernau). 125 S., brosch. 2 Mk., geb. 2,60 Mk. — **Talmud-Katechismus.** Im gleichen Verlag. 112 S., brosch. 2 Mk., geb. 2,60 Mk.

Weder die Überschwenglichkeiten im Vorwort der ersten Schrift über den Koran noch die Proben aus demselben in der neuen, aber nichts weniger als melodisch gereimten Übersetzung konnten unser Urteil umstoßen, daß der Koran ein langweiliges, gedankenarmes und abgeschmacktes Machwerk ist und Schopenhauer ihn mit Recht ein schlechtes Buch nennt, worin der Theismus in traurigster und ärmlichster Gestalt enthalten sei. —

Weit wertvoller ist dagegen die andere Schrift über den Talmud, der zwar ebenfalls Abgeschmacktheiten genug enthält, aber auch eine Fülle von wertvollen Gedanken, Geist und Poesie, und daneben reiches kulturhistorisches Material. Angesichts der Rolle, welche der Talmud auch heute noch bei Judenhetzern spielt, ist das Erscheinen dieser populären und handlichen Schrift auch darum zu begrüßen, weil darin erstmals von einem gründlichen und den überaus spröden Stoff meisterhaft beherrschenden Kenner, der nach keiner Seite voreingenommen ist und sich von jeder tendenziösen Schönfärberei wie Schwarzmalerei freigehalten hat, ein treues Bild des zwölf Folianten umfassenden voluminösen Werkes und eine vortreffliche Charakteristik seines Geistes gegeben ist. Das Porträt S. 58, das unmöglich authentisch sein kann, wäre besser weggeblieben. Dagegen wäre neben dem Kapitel „Die Frau im Talmud" ein weiteres über die Arbeitergesetzgebung (siehe Farbstein, „Das Recht der unfreien und der freien Arbeiter nach talmudischem Recht") wohl angebracht gewesen. J. St.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Nr. 26 Ausgegeben am 25. März 1905 23. Jahrg., Bd. 1





Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie



Inhalt

Stuttgart
Verlag und Druck von Paul Singer



Abonnements-Bedingungen.

Die „**Neue Zeit**" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von **Mk.** 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Das Jahres-Abonnement beträgt Mk. 13.—

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis **Mk.** 3.25 (ohne Bestellgeld).

Bei direktem Bezug unter Kreuzband
innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90,
innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Einband-Decken für Halbjahrsbände sind angefertigt in Halbfranz, Preis Mk. 1.50, in Ganzleinen 70 Pfg.

Alle Zusendungen an die **Redaktion** der „Neuen Zeit" sind an **Karl Kautsky, Berlin-Friedenau,** Saar-Straße **19,** zu richten.

Alle Zusendungen an die **Expedition** der „Neuen Zeit" sind zu richten an **Paul Singer,** Verlagsanstalt und Buchdruckerei, **Stuttgart,** Furtbachstraße 12.

Der Verlag der Neuen Zeit.

Verzeichnis der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften.

(Die wichtigsten derselben werden in der „Literarischen Rundschau" besprochen.)

Moll, Dr. **Albert,** Berlin, Hypnotismus, Tierischer Magnetismus, Spiritismus. Heft 16 der „Medizinischen Volksbücherei". Laienverständliche Abhandlungen, herausgegeben von Oberarzt Dr. Kurt Witthauer. Halle a. S., Karl Marhold. 20 S. 30 Pf.

Rathgen, Karl, Die Japaner und ihre wirtschaftliche Entwicklung. (72. Bändchen. Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen.) Leipzig, B. G. Teubner. 148 S. Gebd. 1,25 Mk.

Roller, Arnold, Der soziale Generalstreik. (Deutsche Arbeiterbibliothek, 1. Serie, 1. Heft.) Berlin, Gustav Gladasch. 48 S. 10 Pf.

Seiler, Dr. **Gustav,** Ordentlicher Professor an der Wiener Universität, Das juristische Kriterium des Staates. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 103 S. 2 Mk.

Stauffacher, Werner, Das Elend des deutschen Bauernstandes. Seine Rettung vor dem drohenden Untergang und das sichere Ende aller Not. Der einzig mögliche, unfehlbare Weg zur Besserung des Bauernstandes von seiner drückenden Verschuldung, von Bodenpreis, Staatssteuern, Gemeinde- und Armenumlagen, Kreis- und Distriktsumlagen, Real- und Komplexlasten aller Art und zu Wohlstand und Glück für alle. Weißenburg i. B., Gustav Steger. 134 S. 1,20 Mk.

Teleky, Dr. **Ludwig,** Die Kohlenablader der k. k. priv. Kaiser Ferdinand-Nordbahngesellschaft. Eine sozialmedizinische Studie auf Grund von gemeinsamen mit Dr. A. Baß und Dr. A. Götze vorgenommenen Untersuchungen. 1. Band, 3. Heft, 1905. Sonderabdruck aus „Archiv für Soziale Medizin und Hygiene". Leipzig, F. C. W. Vogel. 14 S.

— — Über neuere Vorkehrungen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Separatabdruck aus der Wiener klinischen Wochenschrift, Organ der k. k. Gesellschaft der Ärzte in Wien. Jahrgang 1904, Nr. 44. Wien, Wilh. Braumüller. 14 S.

Urlaub, J. M., Generalstaatsanwalt, Justizkabalen und der Korpsgeist im Recht. Separatabdruck der „Wahrheit". Verlag „Wahrheit", Anton Martin, Wien, Sterneckplatz 21. 15 S. 30 Pf.

Verzeichnis der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften.

(Die wichtigsten derselben werden in der „Literarischen Rundschau" besprochen.)

Adler, Dr. **Max,** 1848. Wien, Verlagsbuchhandlung Ignaz Brand. 24 S. 12 Heller.

Arbeiter-Sekretariat Halle a. S. Fünfter Geschäftsbericht für das Jahr 1904. Bericht über das Gewerkschaftskartell, den Stand der Organisation, sowie einer Abhandlung über das Klagerecht in den verschiedensten Instanzen. Halle a. S., Selbstverlag des Arbeitersekretariats. 68 S.

Brandeis, Dr. med. **Arnold,** Beiträge zur Erziehungshygiene. Prag, G. Neugebauer. 28 S. 70 Pf.

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland in ausführlichen Erläuterungen zum preußischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesgesetzlichen Vorschriften. Mit einem alphabetischen Sachregister. Zweite, durchgesehene und revidierte Auflage. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 128 S.

Eckart, Dietrich, Familienväter. Tragische Komödie in drei Aufzügen. Leipzig-Berlin, Kurt Wiegand. 162 S.

Ficker, Ludwig von, Inbrunst des Sturmes. Ein Reigen Verse. Leipzig-Berlin, Modernes Verlagsbureau Kurt Wiegand. 48 S.

Frensdorff, Walter, Kaiser Tod. Tagebuchblätter und Briefe. Leipzig-Berlin, Modernes Verlagsbureau Kurt Wiegand. 60 S.

Gothein, Georg, Mitglied des Reichstags. Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Vortrag, gehalten in der Sitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin am 20. Januar 1905. Heft 210 der Volkswirtschaftlichen Zeitfragen, Vorträge und Abhandlungen, herausgegeben von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin. Berlin, Leonhard Simion Nachf. 30 S. 1 Mk.

Hoos, Ernst, Gedichte. Berlin, Harmonie, Verlagsgesellschaft für Literatur und Kunst. 96 S.

Kamlah, Kurt, Mumuksha. Mit 28 Bildern und Umschlagzeichnung. Leipzig-Berlin, Kurt Wiegand. 209 S.

Les journaux révolutionnaires, publiés en Russie entre 1830 et 1880. Réédités par B. Baslevsky. In russischer Sprache. Paris, Société nouvelle de librairie et d'édition. 515 S. 7,50 Frs.

Mechthold, Dr. **Franz,** Die Sozialdemokratie ist keine politische Partei, sondern eine Kulturbewegung. Jena, Hermann Costenoble. 16 S. 50 Pf.

Mitchell, John, Vorsitzender der Vereinigten Bergarbeiter, Indianapolis, Ind. U. S. A., Organisierte Arbeit. Ihre Aufgaben und Ideale unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lage der amerikanischen Bergarbeiterschaft. Einzige autorisierte deutsche Uebersetzung. Von Dr. Hermann Hasse, Leipzig. Dresden, U. V. Böhmert. 205 S. mit 4 Illustrationen. 4 Mk.

Natorp, Paul, Professor in Marburg, Ein Wort zum Schulantrag. Leipzig, Julius Klinkhardt. 48 S. 50 Pf.

Pinski, David, Eisik Scheftel. Ein jüdisches Arbeiterdrama in drei Akten. Autorisierte Uebertragung aus dem jüdischen Manuskript von Martin Buber. Berlin, Jüdischer Verlag. 103 S. Broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.

Politikus, Welchen Wert hat die preußische Verfassung für unser Volk? Görlitz, Rudolf Dülfer. 39 S. 60 Pf.

Rodlo, Walter, Held und Holdin. Improvisation. Leipzig-Berlin, Modernes Verlagsbureau Kurt Wiegand. 80 S.

Schellenberg, E. L., Aus Leben und Einsamkeit. Ein Heft Gedichte. Leipzig-Berlin, Kurt Wiegand. 93 S.

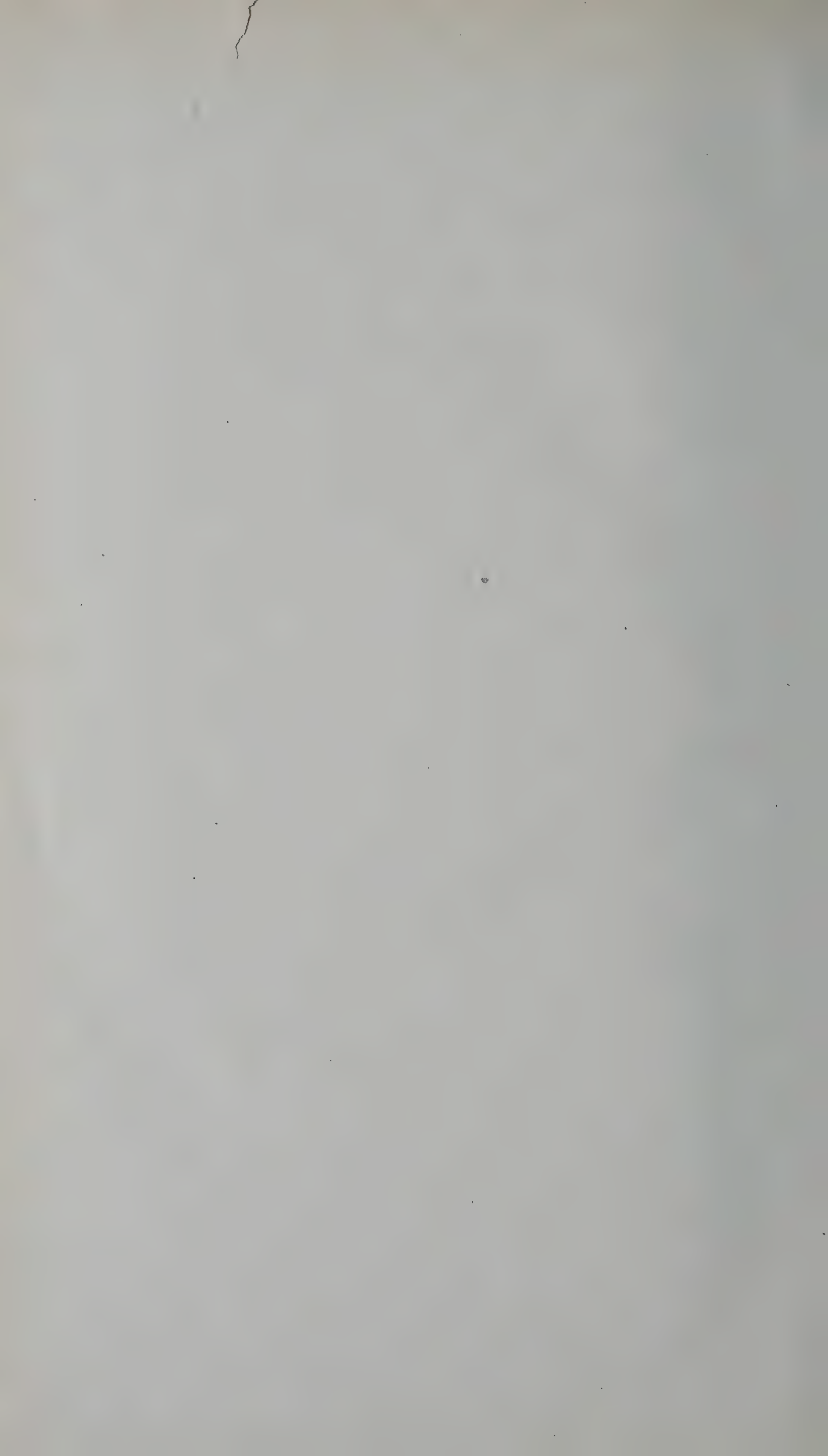
Vail, Rev. **Charles H.,** Autor of the „National Ownerships of Railways", Modern socialism. New-York, Comrade Co-operative Company. 179 S. 25 Cents, gebd. 75 Cents.

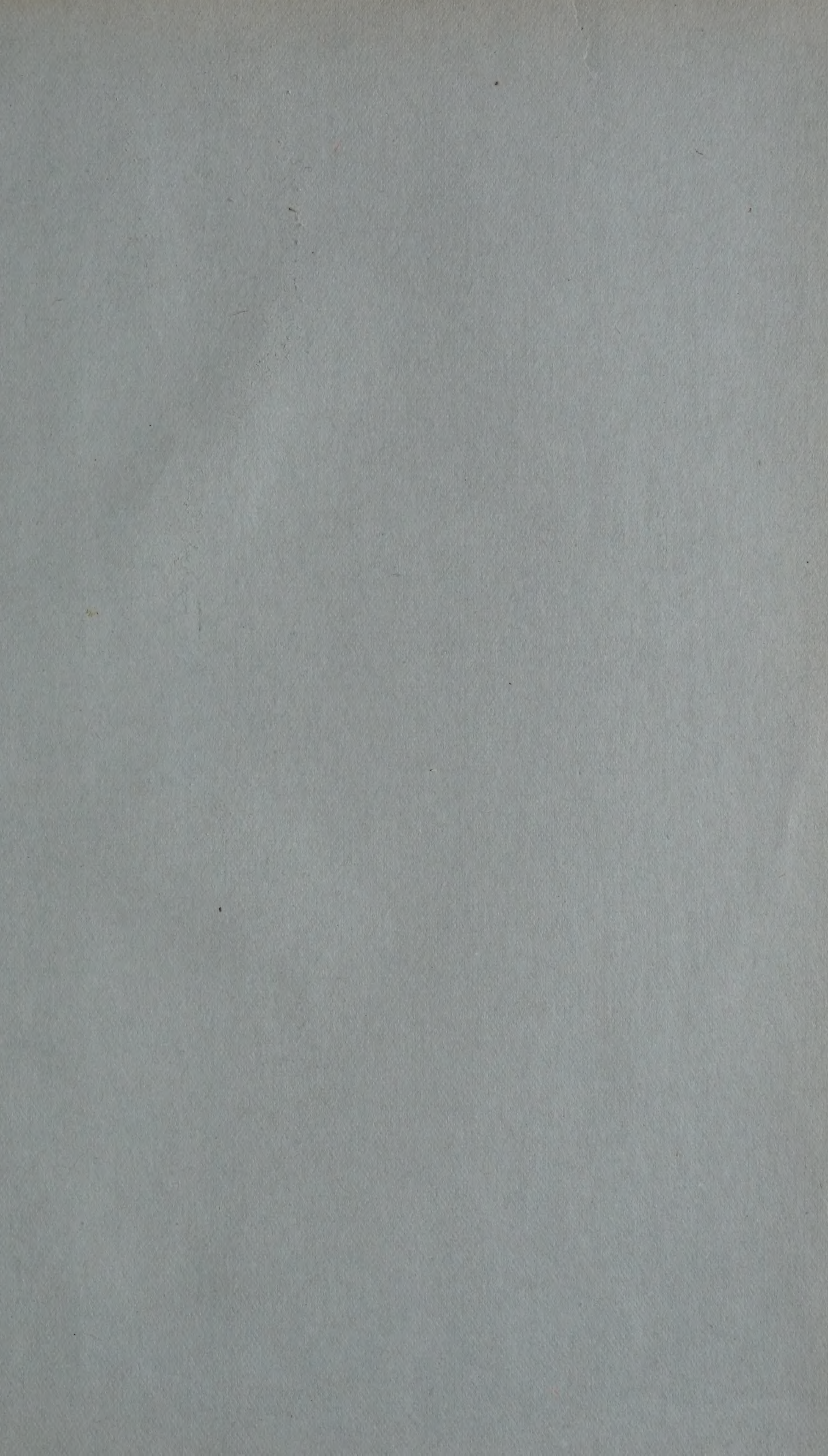
Verlegerlisten für Schriftsteller. Herausgegeben von der Redaktion der Feder. Nr. 3 der „Schriftstellerbibliothek". Berlin, Federverlag (Dr. Max Hirschfeld). 141 S. 1 Mk., gebd. 1,40 Mk.

Vliegen, W. H., De Dageraad der Volksbevrijding. Heft 51, 52 (Schluß).

Weber, Hugo, Sanitätsrat Dr., St. Johann-Saarbrücken, Die ansteckenden Krankheiten (Typhus, Cholera, Tuberkulose, Diphtheritis usw.) und die Mittel zu ihrer Verhütung. Heft 17 der „Medizinischen Volksbücherei". Laienverständliche Abhandlungen, herausgegeben von Dr. Kurt Witthauer. Halle a. S., Karl Marhold. 19 S. 30 Pf.












UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077842125